EUROPA-ARCHIV

Herausgegeben von Wilhelm Cornides

HALBMONATSSCHRIFT
DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT
FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK

Vierzehnter Jahrgang: 1959

Teil 2: Zeittafel · Dokumente

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK

Inhalt

EUROPA-ARCHIV

Halbmonatsschrift der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co.)

Chefredakteur: Hermann Volle (H. V.)

Redaktion: Walter Bödigheimer (W. B.), Norbert Kohlhase (N. K.), Joachim Willmann (Wi.)

Anschrift der Redaktion: Frankfurt am Main, Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5,—; Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 11,50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 12,—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 43,50 zuzüglich Porto. Preise für das Ausland und für zurückliegende Jahrgänge lt. Preisliste.

Vertrieb: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Abteilung Europa-Archiv, Frankfurt am Main, Myliusstraße 20.

Auslieferung für Oesterreich: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

Herstellung: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH., Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Verzeichnis der Dokumente

(nach der Zeitfolge)

Sachverzeichnis für die Dokumente

Zeittafel vom 1. bis zum 15. Januar 1959

Die Ereignisse in Europa

Belgien

13. Januar
In einer Regierungserklärung vor beiden Häusern des Parlamentes sichert Ministerpräsident Gaston *Eyskens* dem Belgischen Kongo die Gewährung des allgemeinen Wahlrechtes und im weiteren Verlauf der Entwicklung die Unabhängigkeit zu. Belgien werde im Kongo eine Demokratie aufbauen, die zur Ausübung der Hoheitsrechte und schließlich zur Entscheidung über die Unabhängigkeit des Landes fähig sei. Belgien werde sich aber von seinen Verpflichtungen erst dann entbunden fühlen, wenn die neu zu bildenden Einrichtungen im Kongo-Gebiet in der Lage seien, die Aufrechterhaltung der Ordnung, die Respektierung öffentlicher und privater Verpflichtungen und den Schutz von Menschen und Eigentum zu gewährleisten. In einer Rundfunkansprache erklärt König *Baudouin*, Belgien sei fest entschlossen, die Bevölkerung des Kongo-Gebietes ohne schädliche Verzögerungen, aber auch ohne unnötige Uebereilung zur Unabhängigkeit in Frieden und Wohlstand zu führen. Diesen Völkern solle keine rein europäische Lösung aufgezwungen werden, die belgische Regierung habe vielmehr die Absicht, eigene Lösungen zu fördern, die ihrem Charakter und ihren Ueberlieferungen entsprechen. (Vgl. Belgisch-Kongo.)

Deutschland

5. Januar
Die Bundesregierung beantwortet die sowjetische Berlin-Note vom 27. November mit einer Note, deren Wortlaut auf S. D 14 dieser Folge wiedergegeben ist.

7. Januar
In ihrer Antwort auf die sowjetische Berlin-Note vom 27. November stellt die Regierung der DDR ihre volle Uebereinstimmung mit der Sowjetunion in der Einschätzung der tatsächlichen und rechtlichen Lage Berlins fest. (Vgl. hierzu S. D 13 dieser Folge.)

7.—11. Januar
Eine albanische Partei- und Regierungsdelegation unter Leitung des 1. Sekretärs des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Enver *Hodscha*, und des Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Albanien, Mehmet *Schehu*, besucht die DDR. In einem nach Abschluß der Besprechungen mit dem 1. Sekretär der SED, Walter *Ulbricht*, unterzeichneten Kommuniqué bezeichnen beide Delegationen den neuen sowjetischen Vorschlag für einen deutschen Friedensvertrag (vgl. Sowjetunion) als einen wichtigen Schritt zur Erhaltung und Sicherung des Friedens in Europa. Zwischen der DDR und Albanien werden ein Konsularvertrag und ein Vertrag über den Rechtsverkehr unterzeichnet.

9. Januar
Bundespräsident Theodor *Heuss* setzt sich bei dem Neujahrsempfang für das Diplomatische Corps in Bonn für eine Lösung der Berlin-Frage nicht nach den Machtgegebenheiten, sondern nach dem Recht der politischen Selbstbestimmung ein.

Die Regierung der DDR veröffentlicht in Ergänzung zu ihrer Antwortnote an die Sowjetunion vom 7. Januar ein Memorandum zur Berlin-Frage, in dem erklärt wird, die vier Großmächte hätten zu keiner Zeit beabsichtigt, aus Berlin eine fünfte Besatzungszone zu machen. Für Berlin sei mit der Errichtung des Alliierten Kontrollrats eine Sonderregelung erfolgt.

12. Januar
Das Berliner Abgeordnetenhaus wählt auf seiner konstituierenden Sitzung Willy *Henneberg* wieder zu seinem Präsidenten.

Willy *Brandt* wird zum Regierenden Bürgermeister wiedergewählt. Am 15. Januar wird der neue Senat gebildet. Ihm gehören an: Regierender Bürgermeister: Willy *Brandt* (SPD), Bürgermeister: Franz *Amrehn* (CDU), Senator für Wirtschaft und Kredit: Paul *Hertz* (SPD); für Inneres: Joachim *Lipschitz* (SPD); für Finanzen: Friedrich *Haas* (CDU); für Bundesangelegenheiten sowie Post- und Fernmeldewesen: Günther *Klein* (SPD); für Justiz: Valentin *Kielinger* (CDU); für Gesundheitswesen: Hans *Schmiljan* (CDU); für Bau- und Wohnungswesen: Rolf *Schwedler* (SPD); für Volksbildung: Joachim *Tiburtius* (CDU); für Jugend und Sport: Ella *Kay* (SPD); für Verkehr und Betriebe: Otto *Theuner* (SPD). In seiner Regierungserklärung vor dem Abgeordnetenhaus am 15. Januar bezeichnet Willy *Brandt* die neuen, im Ton konzilianteren sowjetischen Stellungnahmen zur Berlin-Frage als eine kleine Aenderung dessen, was in den sowjetischen Noten vom 27. November 1958 verlangt worden sei. Die sowjetischen Forderungen seien nach wie vor unannehmbar. Die Rechte und Pflichten der Westalliierten in West-Berlin seien von dem Recht auf freien Zugang nach Berlin nicht zu trennen. Die Offenhaltung des Landweges sei für Berlin lebenswichtig. Die Westmächte sollten zum Ausdruck bringen, daß sie in der Berlin-Frage das ernsteste Risiko einzugehen bereit seien. Die Koppelung der Berlin-Frage mit anderen Problemen dürfe nicht dazu führen, daß der Freiheitsanspruch Berlins Schaden leide.

Bundeskanzler Konrad *Adenauer* erklärt vor dem Fraktionsvorstand der CDU, dem sowjetischen Vorschlag für einen deutschen Friedensvertrag müsse man ein hartes und klares „Nein“ entgegensetzen. Er fordert die politischen Parteien auf, zu dem früheren gemeinsamen Anliegen zurückzukehren, daß ein Friedensvertrag nur mit einer aus freien Wahlen hervorgegangenen gesamtdeutschen Regierung abgeschlossen werden könne. Bundesaußenminister Heinrich *von Brentano* erklärt dazu, dieses „Nein“ falle nicht leicht, weil dadurch die Situation von Berlin nicht erleichtert werde. Man müsse jedoch den sowjetischen Plan ohne Furcht vor Gewalt ganz entschieden zurückweisen.

13. Januar
Bundeskanzler Konrad *Adenauer* erklärt vor der Fraktion der CDU, er sei überzeugt, daß es zu keinem heißen Krieg komme, der die Vernichtung für alle bringen würde. Das wisse auch die Sowjetunion. Die Sowjetunion werde vielmehr versuchen, mit den Mitteln des Kalten Krieges die NATO zu zerstören und das große Potential der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sich zu Diensten zu machen. Der Sowjetunion könne man keinen größeren Dienst erweisen, als in der Bundesrepublik Unruhe zu erzeugen und unüberlegte und unabgestimmte Vorschläge zu fordern.

14. Januar
Das Bundeskabinett erörtert die sowjetische Note vom 10. Januar (vgl. Sowjetunion) und billigt die Auffassung des Bundeskanzlers, daß diese Note eine Dreiteilung Deutschlands, ein wehrloses und isoliertes Deutschland, das Einschrumpfen der europäischen Organisationen und schließlich die Ausdehnung des kommunistischen Systems auf ganz Deutschland zum Ziel habe. Bei dieser Lage sehe das Kabinett keine Möglichkeit zu Gegenvorschlägen. Die grundsätzliche Bereitschaft der Bundesregierung zu allgemeinen Verhandlungen über die Deutschland-Frage und die mit ihr zusammenhängenden Fragen der europäischen Sicherheit und Abrüstung bleibe jedoch bestehen.

15. Januar
Die Bundesregierung beschließt, wirtschaftliche Sanktionen gegen Rumänien wegen der Festhaltung Volksdeutscher im Widerspruch zu dem 1956 abgeschlossenen Abkommen über deren Rückführung zu verhängen.

Finnland

13. Januar
Mit der Bildung eines Minderheitskabinetts unter Leitung von Vieno J. *Sukselainen* wird die seit dem 4. Dezember andauernde Regierungskrise beendet (vgl. Zeittafel in EA 24/1958). Der Regierung gehören an:

Ralf *Toerngren* (Außenminister und stellvertretender Ministerpräsident), Eino *Palovesi* (Inneres), Wiljam *Sarjala* (Finanzen), Ahti *Karjalainen* (Handel), Antti *Hannikainen* (Justiz), Einari *Kaakkola* (Landwirtschaft), Vieno *Simonen* (Soziales), Leo *Happola* (Verteidigung), Heikki *Hosia* (Erziehung), Kauno *Kleemola* (Arbeit und Verkehr). In seiner Regierungserklärung sagt Ministerpräsident *Sukselainen,* in der finnischen Außenpolitik, die auf der Neutralität und der Freundschaft mit der Sowjetunion beruhe, werde sich keine Aenderung ergeben. Seine Regierung werde ihr Bestes tun, um die finnisch-sowjetischen Beziehungen zu verbessern.

Frankreich

7. Januar

Der Ministerrat bestätigt das Recht des neuen Regierungschefs, bis zum 4. Februar die verfassungsmäßig vorgesehenen außerordentlichen Vollmachten weiter auszuüben.

8. Januar

Charles *de Gaulle* übernimmt das Amt des ersten Präsidenten der Fünften Republik. Präsident Charles *de Gaulle* ernennt Michel *Debré* zum Premierminister. Der neuen Regierung gehören an: Jacques *Soustelle* (der Kanzlei des Premierministers zugeordneter Minister), Maurice *Couve de Murville* (auswärtige Angelegenheiten), Antoine *Pinay* (Finanzen und Wirtschaft), Pierre *Guillaumat* (Verteidigung), Jean *Berthoin* (Inneres), André *Boulloche* (Erziehung), Robert *Buron* (Oeffentliche Arbeiten und Transporte), Jean-Marcel *Jeanney* (Industrie und Handel), Roger *Houdet* (Landwirtschaft), Paul *Bacon* (Arbeit), Bernard *Chenot* (Gesundheitswesen), Pierre *Sudreau* (Bauten und Wohnungswesen), Raymond *Triboulet* (ehemalige Frontkämpfer), Bernard *Cornut-Gentille* (Post), Roger *Frey* (Information) und als Staatsminister Félix *Houphouet-Boigny,* Louis *Jacquinot,* Robert *Lecourt* und André *Malraux.*

12. Januar

Der Nationalrat der Sozialistischen Partei gibt in einer Resolution seiner Genugtuung über die Demission der sozialistischen Minister in der Regierung *de Gaulle* Ausdruck, da die Partei die von dieser Regierung beschlossenen wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Maßnahmen ablehne. Die Sozialistische Partei werde gegenüber der neuen Regierung die Haltung einer „positiven Opposition" einnehmen, stets Gegenvorschläge zu den Vorlagen der Regierung einbringen und sich bemühen, die Tätigkeit der Mehrheit unaufhörlich zu korrigieren und zu kontrollieren.

14. Januar

Der Ministerrat beschließt ein umfangreiches Amnestieprogramm zur Entspannung der Lage in Algerien und zur Vorbereitung eines Friedensschlusses.

15. Januar

Mit einer Botschaft von Präsident Charles *de Gaulle* wird die außerordentliche Sitzung der französischen Nationalversammlung eröffnet. Darin bezeichnet de Gaulle die Befriedung und die Umwandlung Algeriens als eine unerläßliche Voraussetzung für eine Neuordnung der politischen Verhältnisse; diese könne sich nur ergeben aus dem allgemeinen Stimmrecht, der Verwirklichung der Französischen Gemeinschaft, der Stellung Frankreichs in seinen Bündnissen und der Rolle, die es in der Welt spielt, aus der Modernisierung der nationalen Verteidigung, der Ordnung der Finanzen, des Handels, der Wirtschaft, der Währung und aus dem sozialen, kulturellen und wissenschaftlichen Fortschritt. In seiner Regierungserklärung nennt Premierminister Michel *Debré* die Algerien-Frage das vorrangige Problem der französischen Politik. Durch seine Anwesenheit und seine Autorität in Algerien garantiere Frankreich die Sicherheit des westlichen Mittelmeeres. Im Hinblick auf das atlantische Bündnis und die europäischen Verträge fordert Debré die Gleichheit in der Solidarität und die Gleichheit in der Verantwortung. Die Regierung werde ihre Bemühungen fortsetzen, Frankreich zur Atommacht zu machen.

Griechenland

3. Januar

Ministerpräsident Konstantin *Karamanlis*

kündigt einen 5-Jahr-Entwicklungsplan an, der Ausgaben in Höhe von 1 Milliarde Dollar vorsieht und den Lebensstandard der griechischen Bevölkerung dem der hochindustrialisierten Länder Mitteleuropas anpassen soll.

9.—11. Januar
Besuch des italienischen Ministerpräsidenten, Amintore *Fanfani*. In einem zum Abschluß der Besprechungen mit Ministerpräsident Konstantin *Karamanlis* und Außenminister Evanghelos *Averoff* herausgegebenen Kommuniqué wird die traditionelle Freundschaft zwischen den beiden Staaten betont. Beide Staaten kommen überein, die Frage der italienischen Kriegsentschädigung an Griechenland in Höhe von etwa 15 Mill. Dollar bald zu lösen und die beiden Länder durch einen Fährverkehr von Süditalien nach Griechenland noch enger zu verbinden.

Großbritannien

5. Januar
Das Kolonialministerium gibt die Außerkraftsetzung der gegenwärtigen Verfassung von Malta bekannt. Nach dem Scheitern der Verfassungsbesprechungen im Dezember 1958 wird jetzt die Insel für eine Uebergangszeit unter die Regierung eines Gouverneursrates gestellt, in dem auch Malteser vertreten sein sollen.

Schweiz

5. Januar
In Genf nehmen die Delegationen der drei Atommächte die Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche wieder auf (vgl. Zeittafel in EA 24/1958).

Sowjetunion

2. Januar
Radio Moskau gibt den Abschuß einer Zweistufenrakete nach dem Mond bekannt. Am 4. Januar passiert die Rakete den Mond in einem Abstand von 7500 Kilometern, beginnt eine elliptische Flugbahn um die Sonne anzutreten und wird damit zum ersten künstlichen Planeten der Sonne.

7. Januar
In Moskau werden die Besprechungen zwischen dem afghanischen Außenminister, Mohammed *Naim*, und Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* beendet. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die Entwicklung der guten Beziehungen zwischen Afghanistan und der Sowjetunion auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung werde zur Festigung des Friedens im Mittleren Osten beitragen.

10. Januar
Die sowjetische Regierung übermittelt den Westmächten und den mit ihren Streitkräften am Krieg gegen Deutschland beteiligten Staaten sowie der Bundesrepublik und der DDR den Entwurf eines deutschen Friedensvertrages (vgl. den Wortlaut auf S. D 21 dieser Folge). In begleitenden Noten wird eine Friedenskonferenz mit Deutschland innerhalb von 60 Tagen in Prag oder Warschau vorgeschlagen, an der sich 29 Länder beteiligen sollen. In den Noten an die Westmächte (vgl. den Wortlaut auf S. D 33 dieser Folge) werden die sowjetischen Forderungen hinsichtlich Berlins wiederholt.

In einer Note an Großbritannien, Frankreich, Italien, Kanada und die Vereinigten Staaten schlägt die sowjetische Regierung vor, die Genfer Expertenkonferenz über die Verhinderung von Ueberraschungsangriffen am 15. Januar wieder aufzunehmen.

15. Januar
In Moskau wird zwischen der sowjetischen und der französischen Regierung ein Kulturabkommen abgeschlossen, das einen Austausch von Büchern, Filmen und Gastspielen vorsieht.

Tschechoslowakei

15. Januar
Die tschechoslowakische Regierung übermittelt an alle ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands sowie an die Bundesrepublik und die DDR zusammen mit Begleitnoten eine Erklärung, in der diese Staaten aufgefordert werden, ihre Zustimmung zur Abhaltung einer Friedenskonferenz mit Deutschland gemäß den sowjetischen Vorschlägen zu geben. Durch ihre Nachbarschaft mit beiden deutschen Staaten sei die Tschechoslowakei an einer solchen Regelung in höchstem Maße interessiert.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Belgisch-Kongo

5. Januar

In Léopoldville kommt es zu Unruhen unter der eingeborenen Bevölkerung und Zusammenstößen mit der Polizei. Am 6. Januar wird der Belagerungszustand verhängt. Am 8. Januar beschließt das belgische Parlament auf einer Sondersitzung die Entsendung einer parlamentarischen Untersuchungskommission. Am 12. Januar entsendet die belgische Regierung Fallschirmtruppen nach Léopoldville zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung. Am 13. Januar sagt die belgische Regierung Belgisch-Kongo die Gewährung des allgemeinen Wahlrechtes und die spätere Unabhängigkeit zu. (Vgl. Belgien.)

Französischer Sudan

1. Januar

In Bamako wird eine dreitägige Konferenz der Ministerpräsidenten Dahomeys, des Senegal und des französischen Sudans beendet. Die auf der Konferenz vertretenen Staaten beschließen, eine Föderation innerhalb der Französischen Gemeinschaft zu bilden. Ober-Volta, Nigeria, Mauretanien und die Elfenbeinküste werden eingeladen, der Föderation beizutreten.

Vereinigte Arabische Republik

4.—7. Januar

Besuch einer Regierungsdelegation der DDR unter Leitung von Ministerpräsident Otto *Grotewohl*. In einer nach Abschluß seiner Besprechungen mit Staatspräsident Gamal Abdel *Nasser* abgegebenen Erklärung betont *Grotewohl* die völlige Uebereinstimmung in wichtigen internationalen Fragen. In den Besprechungen mit dem Staatspräsidenten sei auch die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Vereinigten Arabischen Republik und der DDR erörtert worden. Man sei übereingekommen, die freundschaftlichen Beziehungen durch die Errichtung von Generalkonsulaten zu vertiefen. Nach einer Unterredung mit Präsident *Nasser* am 10. Januar erklärt der deutsche Botschafter in Kairo, Walther *Becker*, daß die Vereinigte Arabische Republik wohl ihre Beziehungen zur DDR vertiefen, aber keine diplomatische Anerkennung aussprechen werde. Der Botschafter begibt sich zur Berichterstattung nach Bonn.

6.—8. Januar

Besuch des italienischen Ministerpräsidenten, Amintore *Fanfani*. In einem zum Abschluß der Besprechungen mit Staatspräsident Gamal Abdel *Nasser* unterzeichneten gemeinsamen Kommuniqué werden periodische Zusammenkünfte verantwortlicher Regierungsmitglieder vereinbart, auf denen der Versuch einer Zusammenarbeit bei der Lösung internationaler Fragen unternommen werden soll. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten sollen ausgebaut werden. Ferner wird ein Kulturabkommen zwischen den beiden Staaten unterzeichnet.

AMERIKA

Kuba

1. Januar

Präsident Fulgencio *Batista* überträgt seine Macht an eine Militärjunta unter Leitung von General Eulogio *Cantillo* und flüchtet in die Dominikanische Republik, nachdem es den Rebellen unter Führung von Fidel *Castro* gelungen ist, weite Teile von Kuba in ihren Besitz zu bringen. Die Militärjunta gibt die Ernennung von Carlos *Piedra* zum provisorischen Präsidenten der Republik bekannt. Am 2. Januar wird Manuel *Urrutia* durch die Aufständischen zum provisorischen Präsidenten der Republik ausgerufen. Am 3. Januar bildet Urrutia eine neue Regierung, der u. a. Roberto *Agramonte* (Außenminister), Angel *Fernandez* (Justizminister), Raul *Chibas* (Schatzminister), Raul *Ceporo Bonilla* (Handelsminister) angehören. Fidel *Castro* wird zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte ernannt. In einer Ansprache in Havanna bezeichnet *Urrutia* als das Programm der neuen Regierung die Wiedergesundung der kubanischen Wirtschaft, die Wiederherstellung der Demokratie im Innern und die Gegnerschaft zu den noch

bestehenden lateinamerikanischen Diktaturen. Die von dem ehemaligen Präsidenten außer Kraft gesetzten verfassungsmäßigen Rechte würden wiederhergestellt werden. Am 5. Januar ernennt Urrutia José *Miro Cardono* zum Ministerpräsidenten und erweitert seine Regierung um vier weitere Mitglieder. Der Kongreß und die von Batista errichteten Strafkammern werden aufgelöst.

Vereinigte Staaten

7. Januar
Senat und Repräsentantenhaus treten zu ihrer ersten Sitzung nach den Neuwahlen zusammen. Die Demokraten wählen zu ihren Fraktionsführern im Senat Lyndon B. *Johnson* und im Repräsentantenhaus John W. *McCormack*, die Republikaner Everett M. *Dirksen* und Charles A. *Halleck*.

Das Außenministerium veröffentlicht ein Weißbuch, in dem die sowjetischen Argumente für die Forderung, daß die Westmächte Berlin verlassen sollen, in allen Einzelheiten widerlegt werden. Die Sowjetunion habe die Geschichte des letzten Jahrhunderts verzerrt, um die Forderung *Chruschtschows* zu untermauern. Den sowjetischen Behauptungen, daß die Westmächte die Angriffspläne *Hitlers* unterstützt hätten, werden die Abkommen zwischen *Stalin* und *Hitler* entgegengehalten, aus denen hervorgehe, daß in Wirklichkeit die Sowjetunion Hitler unterstützt habe.

9. Januar
Präsident Dwight D. *Eisenhower* erklärt in seiner Jahresbotschaft an den Kongreß, die Vereinigten Staaten hätten mit ihren Verbündeten die Verpflichtung übernommen, West-Berlin gegen jeden Versuch einer Zerstörung seiner Freiheit zu verteidigen. In Berlin stehe nicht nur die Freiheit einer einzelnen Stadt, sondern das Vertrauen der ganzen freien Welt auf dem Spiel. Amerika müsse seine Politik der Bündnisse fortführen. Die Welt habe im Libanon, bei Quemoy und in Berlin begriffen, daß die feste Haltung der Vereinigten Staaten die richtige sei.

13. Januar
Außenminister John Foster *Dulles* erklärt auf einer Pressekonferenz in Washington, der gemeinsame Nenner zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sei der Wunsch nach Gesprächen. Dulles weist das Konzept eines demilitarisierten neutralen Deutschland als unrealistisch und gefährlich zurück. Die amerikanische Haltung lasse sich jedoch nicht auf die Formel „freie Wahlen oder keine Wiedervereinigung" bringen. Er wolle nicht über andere Methoden für eine Wiedervereinigung spekulieren, es gebe deren aber viele. Bei seiner Energie und Eigenmacht dürfe man dem deutschen Volk keine Gelegenheit geben, aus einem Machtvakuum heraus eine Schaukelpolitik zwischen Ost und West zu treiben. Der unbeugsame Widerstand von Bundeskanzler *Adenauer* gegen ein Machtvakuum in Mitteleuropa begegne genau den Gefahren, die nach dem Versailler Vertrag von 1919 entstanden seien. Weiter erklärt Dulles, im Falle einer Wiedervereinigung Deutschlands würden die westlichen Truppen nicht bis an die Oder-Neiße-Linie vorrücken.

14. Januar
Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt unter Hinweis auf die Pressekonferenz von Außenminister *Dulles* vom Vortage, die Vereinigten Staaten seien nach wie vor der Ansicht, daß eine wirkliche Wiedervereinigung Deutschlands am besten und folgerichtigsten durch freie Wahlen herbeigeführt werden könne.

15. Januar
In ihrer Antwort auf die Note der Sowjetregierung vom 10. Januar betr. die Genfer Konferenz über die Verhütung von Ueberraschungsangriffen erklärt die amerikanische Regierung im Namen aller auf westlicher Seite an der Genfer Konferenz beteiligten Regierungen, die Expertengespräche seien bisher ergebnislos geblieben, weil die sowjetische Seite versucht habe, politische Fragen mit in die Diskussion zu bringen. Die Konferenz, deren Wiederaufnahme grundsätzlich befürwortet werde, könne erst fortgesetzt werden, wenn die Regierungen ihre Meinungsverschiedenheiten über den Auftrag der Konferenz beseitigt hätten.

ASIEN

Cypern

14. Januar
Der Gouverneur von Cypern, Sir Hugh *Foot,* erklärt, eine Lösung des Cypern-Problems werde auf die Dauer darin bestehen, daß sowohl die griechische als auch die türkische Gemeinschaft für ihre eigenen inneren Angelegenheiten zuständig sein sollten, daß aber beide Gemeinschaften zusammen eine Rolle bei der Regierung der Insel als Ganzes spielen sollten. Unter der Bedingung, daß jede Gewalttätigkeit der Untergrundorganisation EOKA endgültig aufhöre, stellt er die Aufhebung des Ausnahmezustandes, die Schließung der Internierungslager und die Rückkehr des Erzbischofs *Makarios* in Aussicht.

Irak

8. Januar
Besuch einer Regierungsdelegation der DDR unter Leitung von Ministerpräsident Otto *Grotewohl.* In einem gemeinsamen Kommuniqué zum Abschluß der Besprechungen mit Ministerpräsident Abdul Karim *Kassem* wird die weitgehende Uebereinstimmung der Ansichten der beiden Ministerpräsidenten über die wichtigsten politischen Probleme festgestellt. Der Irak werde den Austausch diplomatischer Missionen mit der DDR prüfen und unter Umständen in Erwägung ziehen.

Internationale Organisationen

Organisation der Vereinten Nationen

14. Januar
Die Waffenstillstandskommission der Vereinten Nationen an der ägyptisch-israelischen Grenze beschuldigt Israel, am 8. Januar die ägyptische Lufthoheit verletzt zu haben. In einem Kommissionsbericht wird dieser Luftzwischenfall als eine ernsthafte Verletzung der Waffenstillstandsbestimmungen bezeichnet.

Arabische Liga

14. Januar
In Kairo konstituiert sich die Arabische Entwicklungsbank. (Vgl. Zeittafel in EA 24/1958.)

Europäische Gemeinschaften

1. Januar
Die Mitgliedstaaten der EWG senken als erste Maßnahme zur Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes die Zölle innerhalb der Gemeinschaft um 10 vH.

8.—15. Januar
Das europäische Parlament wählt auf seiner Tagung in Straßburg Robert *Schuman* wieder zu seinem Präsidenten. Das Parlament diskutiert die mit der Eröffnung des Gemeinsamen Marktes zusammenhängenden Probleme und wendet sich gegen eine Ersetzung der Zölle durch interne Abgaben. In einer einstimmig angenommenen Resolution werden die Minister der sechs Mitgliedstaaten aufgefordert, eine Entscheidung über den Sitz der europäischen Institutionen zu fällen, um die gegenwärtige Zersplitterung zu beenden. In weiteren Resolutionen nimmt das Parlament Stellung zu den Fragen der langfristigen Wirtschaftspolitik; es fordert die Hohe Behörde der EGKS auf, einen Vorschlag für eine gemeinsame europäische Energiewirtschaftspolitik zu unterbreiten; es weist auf die Notwendigkeit der Angleichung der Sozialgesetzgebung hin und äußert sich zum Europäischen Sozialfonds, zur Entwicklung der minderentwickelten Gebiete der Mitgliedstaaten, zur Freizügigkeit und zur Harmonisierung der Arbeitsbedingungen; es legt der Hohen Behörde der EGKS nahe, die allmähliche Einführung der Vierzig-Stunden-Woche anzustreben; es fordert die Kommission der Euratom auf, für die Aufstellung einheitlicher Normen der Unfallverhütung in der Kernindustrie zu sorgen; es empfiehlt die Koordinierung der Politik gegenüber den assoziierten überseeischen Gebieten, insbesondere die Regelung des Niederlassungsrechts und die Heranziehung von Angehörigen der assoziierten Gebiete zur Arbeit der Kommission der EWG.

14.—15. Januar
Der Ministerrat der EWG befürwortet auf seiner Sitzung in Paris die Aufnahme von bilateralen Verhandlungen, insbesondere

zwischen Frankreich und Großbritannien, um eine Diskriminierung dritter Länder zu vermeiden.

Südostasien-Pakt (SEATO)

5. Januar

Der Generalsekretär der SEATO, Pote *Sarasin,* führt in Ankara Besprechungen mit dem Generalsekretär der Bagdadpakt-Organisation, *Kestelli.* In einem Presseinterview bezeichnet er als den Zweck seiner Reise die Verwirklichung einer gemeinsamen Politik des Bagdadpaktes, der SEATO und der NATO. Die drei Organisationen verfolgten das gleiche Ziel der Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit. Am 8. Januar führt *Sarasin* in Paris Besprechungen mit dem Generalsekretär der NATO, Paul-Henri *Spaak.*

Aktionsgemeinschaft Europäischer Föderalisten (AEF)

9.—11. Januar

In Wiesbaden findet ein von der Europa-Union Deutschland veranstalteter Kongreß zur politischen Vereinigung Europas statt. Der ehemalige französische Botschafter in der Bundesrepublik, André *François-Poncet,* bezeichnet in seiner Begrüßungsansprache den Neutralismus, die hier und da wiedererwachenden Nationalismen und die Schwierigkeiten einer engeren Assoziation mit Großbritannien als drei Gefahren für den Bestand Europas. An dem Gemeinsamen Markt dürfe Europa nicht scheitern. Der Präsident der Beratenden Versammlung des Europarates, Fernand *Dehousse,* warnt vor einem schädlichen Neben- und Gegeneinander der verschiedenen europäischen Organisationen. Der Präsident der Europa-Union Deutschland, Friedrich Carl Freiherr *von Oppenheim,* betont, daß eine wirtschaftliche Integration nur Mittel zum politischen Zweck sein könne. Die Versammlung billigt einstimmig eine Generalresolution, in der die Verwirklichung der politischen Einheit Europas gefordert wird. Zur Verwirklichung dieses Zieles sollen die bestehenden Gemeinschaften zusammengefaßt, an einem Sitz vereinigt und mit finanzieller Unabhängigkeit ausgestattet werden. Ferner wird die Fusion von Europarat und OEEC empfohlen, um eine parlamentarische Kontrolle aller europäischen technischen Gemeinschaften zu ermöglichen. Zur Festigung der Stellung Europas in der internationalen Politik wird eine Koordinierung der Außenpolitik durch einen ständigen Ministerrat sowie die allmähliche Ausdehnung des durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft eingeleiteten Integrationsprozesses auf einen größeren, auch Großbritannien und die anderen OEEC-Länder umfassenden Raum gefordert.

Internationale Juristenkommission

5.—10. Januar

In Delhi findet ein von der Internationalen Juristenkommission veranstalteter Juristenkongreß statt, an dem Rechtswissenschaftler aus 50 verschiedenen Ländern teilnehmen. Thema des Kongresses ist die Diskussion und Formulierung des Begriffes „Rechtsstaat". In seiner Eröffnungsansprache weist der indische Ministerpräsident, Jawaharlal *Nehru,* darauf hin, daß die Herrschaft des Gesetzes gleichbedeutend sei mit der Aufrechterhaltung des zivilisierten Lebens. Die Versammlung nimmt mit großer Mehrheit eine Erklärung an, in der Richter und Juristen in allen Ländern aufgerufen werden, sich für die Unantastbarkeit der Menschenrechte einzusetzen.

Zeittafel vom 16. bis zum 31. Januar 1959

Die Ereignisse in Europa

Albanien

22. Januar
Die Regierung begrüßt in einer Erklärung den Vorschlag der Sowjetunion über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und erklärt ihre Bereitschaft, an einer Friedenskonferenz teilzunehmen.

Bulgarien

22. Januar
Die Regierung unterstützt in einer Erklärung den sowjetischen Vorschlag, einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen und eine Friedenskonferenz einzuberufen.

Dänemark

22. Januar
Der sowjetische Stellvertretende Ministerpräsident, Anastas I. *Mikojan,* trifft auf seinem Rückflug von den Vereinigten Staaten in Kopenhagen mit Ministerpräsident Hans C. *Hansen* zu einem Gespräch zusammen. In einer Rede vor der dänisch-sowjetischen Gesellschaft in Kopenhagen spricht sich Mikojan für die Auflösung des Warschauer Paktes und der NATO aus. Da dieses Vorhaben gegenwärtig nicht verwirklicht werden könne, solle man jetzt einen Nichtangriffspakt abschließen. Die Bundesrepublik habe die Absicht, die DDR zu verschlingen, dazu fehle ihr zur Zeit jedoch noch die Stärke. Der Bundeskanzler habe vergessen, daß Deutschland im Kriege geschlagen wurde. Das deutsche Volk jedoch habe aus dem Kriege gelernt und wünsche keinen weiteren.

Deutschland

17. Januar
In Berlin wird die 4. Tagung des Zentralkomitees der SED beendet. In einem zum Abschluß der dreitägigen Tagung herausgegebenen Kommuniqué wird der Abschluß eines Friedensvertrages entsprechend dem sowjetischen Vorschlag als der kürzeste und schnellste Weg zur Sicherung des Friedens bezeichnet, der die Voraussetzungen für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat schaffe. Der Friedensvertrag sei die nationale Klammer für das gespaltene Deutschland. Der Erste Sekretär der SED, Walter *Ulbricht,* bezeichnet eine deutsche Konföderation als eine Uebergangslösung, deren Grundlage eine umfassende Demokratisierung des gesellschaftlich-politischen Lebens in Deutschland, der Verzicht beider deutscher Staaten auf die Herstellung, den Erwerb oder die experimentelle Erprobung von Kernwaffen, der Abzug aller ausländischen Truppen vom Territorium Deutschlands und die Liquidierung der ausländischen Militärstützpunkte und der Austritt der Bundesrepublik und der DDR aus der NATO bzw. der Organisation des Warschauer Vertrages und der Verzicht auf die Beteiligung an Militärbündnissen sein müsse. Der Sekretär für Kulturfragen beim Zentralkomitee der SED, Kurt *Hager,* gibt die Umwandlung der bestehenden achtklassigen Grundschulen und der zehnklassigen Mittelschulen in eine zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule bekannt. Der Besuch dieser Schule soll für alle Kinder vom sechsten bis zum sechzehnten Lebensjahr obligatorisch sein.

19. Januar
In Beantwortung der sowjetischen Note vom 10. Januar (vgl. EA 2—3/1959, S. D 33, Anmerkung) stellt die Regierung der DDR ihre volle Uebereinstimmung mit den sowjetischen Vorschlägen fest.

21. Januar
Der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Walter *Ulbricht,* erklärt vor der Volkskammer in

Ost-Berlin in einer Regierungserklärung, der von der Sowjetunion vorgeschlagene Friedensvertrag garantiere dem deutschen Volk Ruhe und Sicherheit. Die Regierung der DDR stimme dem sowjetischen Entwurf grundlegend zu und sei bereit, an einer Friedenskonferenz teilzunehmen und mit der Regierung der Bundesrepublik über einen Friedensvertrag zu verhandeln. Sie rufe die westdeutsche Bevölkerung zur Teilnahme an einer Diskussion über den Friedensvertrag auf, da die glückliche Zukunft des Volkes von der Bändigung des deutschen Militarismus abhänge. Insbesondere müsse das Berlin-Problem gelöst werden. West-Berlin stelle den gefährlichsten Provokationsherd in Europa dar. Eine Konföderation könne als Klammer Deutschland zusammenhalten und eine weitere Entfremdung verhindern sowie die Wiedervereinigung beträchtlich fördern.

23. Januar

Der Erste Sekretär der SED, Walter *Ulbricht*, erklärt in einem Interview mit *UPI*, die DDR würde bei Verhandlungen mit den Westmächten über die Benutzung der Verkehrswege nach West-Berlin nicht unbedingt auf diplomatischer Anerkennung, wohl aber auf Respektierung bestehen.

25. Januar

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy *Brandt*, erklärt in einem Interview mit der amerikanischen Rundfunkgesellschaft CBS, der erweiterte Rapacki-Plan (vgl. Zeittafel in EA 22—23/1958, Polen) könne eine Diskussionsgrundlage für Ost-West-Gespräche darstellen. Eine Beschränkung der Kernwaffen auf zwei oder drei Weltmächte sei begrüßenswert.

28. Januar

Bundesverteidigungsminister Franz Josef *Strauß* fordert in der *Politisch-Sozialen Korrespondenz* den Aufbau einer wirksamen europäischen Luftverteidigung. Eine nationale Luftverteidigung sei bei der Enge des Raumes und der Geschwindigkeit moderner Flugzeuge nicht mehr möglich. Zudem könne ein einzelnes europäisches Land die Kosten für eine wirksame Luftverteidigung nicht mehr aufbringen.

29. Januar

Bundeskanzler *Adenauer* erklärt vor der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Köln, die Aktion der Sowjetunion gegen Berlin und der Vorschlag eines Friedensvertrages gingen in ihrer Bedeutung weit über Deutschland hinaus. Mit ihnen sollten die NATO und Westeuropa getroffen werden. Wenn es der Sowjetunion gelingen sollte, die Wirtschaft der Bundesrepublik von der Westeuropas zu trennen, dann werde sie ihr Ziel erreichen: die Herrschaft des Kommunismus über die Welt.

Finnland

21. Januar

In ihrer Antwortnote auf die sowjetische Note vom 10. Januar erklärt die Regierung, sie betrachte den sowjetischen Vorschlag als ein Mittel zur Stärkung des Friedens in Europa und sei bereit, dazu beizutragen, daß die Friedenskonferenz ihre wichtige Aufgabe erfüllen könne. Die Regierung halte es gegenwärtig jedoch nicht für zweckmäßig, auf die Bestimmungen des Friedensvertrages einzugehen. Von entscheidender Bedeutung sei eine Verständigung zwischen den vier wichtigsten alliierten Staaten, die im Zweiten Weltkrieg gegen Deutschland gekämpft haben.

Frankreich

16. Januar

Die Nationalversammlung spricht der Regierung Michel *Debré* mit 453 gegen 56 Stimmen (Sozialisten und Kommunisten) bei 29 Enthaltungen das Vertrauen aus und billigt das Regierungsprogramm.

In Paris wird ein Abkommen zwischen Frankreich und Guinea abgeschlossen, in dem eine währungspolitische, technische, administrative und kulturelle Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern vereinbart wird. Guinea bleibt in der Franc-Zone, es wird eine eigene Notenbank erhalten, die eng mit den französischen Währungsbehörden zusammenarbeitet. Frankreich wird sich für eine Angliederung Guineas an die EWG einsetzen.

21. Januar

Der griechische Außenminister, Evanghe-

los *Averoff*, und der türkische Außenminister, Fatin *Zorlu*, führen in Paris Besprechungen über das Cypern-Problem. Im Anschluß an die Besprechungen erklärt Außenminister Zorlu, er glaube, daß die Aussichten für eine Vereinbarung gut seien. Es sei eine Reihe von Hindernissen beseitigt worden.

28. Januar
Der Ministerrat ernennt General Paul *Ely* zum Chef des Vereinigten Generalstabes und General Raoul *Salan* zum Militärgouverneur von Paris.

Großbritannien

20. Januar
Premierminister Harold *Macmillan* erklärt in einer Deutschlanddebatte des Unterhauses, Ziel der britischen Regierung bleibe eine deutsche Wiedervereinigung durch freie Wahlen. Die sich daraus ergebende gesamtdeutsche Regierung solle ihre eigene Außenpolitik wählen dürfen.

24. Januar
In London unterzeichnen die Vertreter Dänemarks, Frankreichs, der Bundesrepublik Deutschland, Islands, Norwegens, Polens, Portugals, Großbritanniens, der Sowjetunion und Irlands eine Fischereikonvention für die Nordsee und den östlichen Atlantik.

30. Januar
Vorlage eines Weißbuchs der Regierung über die Verhandlungen zur Freihandelszone (vgl. den Wortlaut auf S. D 77 dieser Folge).

Italien

26. Januar
Die Regierung Amintore *Fanfani* erklärt ihren Rücktritt. Am 31. Januar tritt Fanfani ebenfalls als Generalsekretär der Christlich-Demokratischen Partei zurück.

Jugoslawien

17. Januar
Ein Sprecher der jugoslawischen Regierung bezeichnet die sowjetischen Vorschläge für einen Friedensvertrag mit Deutschland als konstruktiv. Sie beträfen ein Problem, das im Interesse des Friedens in Europa gelöst werden müsse, bis jetzt aber in einer Sackgasse steckengeblieben sei. Die jugoslawische Regierung sei davon überzeugt, daß Verhandlungen bei gegenseitigen Bemühungen zu einem Abkommen führen könnten. Ferner erklärt der Sprecher, falls die Bundesrepublik die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit Jugoslawien wünsche, könnten dazu leicht Mittel und Wege gefunden werden.

Malta

19. Januar
Der Führer der maltesischen Labour Party, Dom *Mintoff*, fordert in einem Presseinterview für Malta eine von den Vereinten Nationen garantierte Neutralität und Unabhängigkeit, ähnlich dem früheren Status von Triest, sowie den Anschluß an den europäischen Gemeinsamen Markt und wirtschaftliche Abkommen mit den arabischen Staaten.

Monaco

29. Januar
Fürst *Rainier* gibt die Auflösung des Nationalrates und des Gemeinderates des Fürstentums Monaco sowie die Aufhebung der Verfassung bekannt. Die Befugnisse des Nationalrates werden einem von Fürst Rainier ernannten Staatsrat übertragen. Am 30. Januar ernennt Fürst Rainier den ehemaligen französischen Innenminister im Kabinett de Gaulle, Emile *Pelletier*, zum Staatsminister mit den Vollmachten eines Ministerpräsidenten.

Norwegen

20. Januar
Außenminister Halvard *Lange* erklärt in der außenpolitischen Debatte des Storting, die sowjetischen Vorschläge für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland könnten nicht akzeptiert werden, da sie darauf abzielten, die Teilung Deutschlands zu verewigen. Lange fordert die Westmächte auf, konkrete Vorschläge zu unterbreiten, die als Grundlage direkter Verhandlungen mit der Sowjetunion dienen könnten. Bei der Ausarbeitung westlicher Gegenvorschläge dürften jedoch nicht die Fragen der europäischen Sicherheit außer acht gelassen werden.

Polen

21. Januar
In Beantwortung der sowjetischen Note vom 10. Januar erklärt die polnische Regierung, der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland entspräche den Interessen des Friedens und der Sicherheit in Europa. Die Regierung der Volksrepublik Polen sei bereit, an einer Friedenskonferenz zur Abfassung und Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit Deutschland teilzunehmen. Sie stimme dem Vorschlag zu, diese Konferenz in Warschau abzuhalten.

Rumänien

26. Januar
Die rumänische Regierung gibt in einer Note an die türkische Regierung ihrer Besorgnis darüber Ausdruck, daß die Türkei mit den Vereinigten Staaten über den Abschluß eines Militärabkommens verhandele und türkisches Gebiet für die Errichtung von Raketenrampen und Atomstützpunkten zur Verfügung stellen werde.

Sowjetunion

17. Januar
Die Moskauer *Prawda* beschuldigt Bundeskanzler Konrad *Adenauer* unter Hinweis auf dessen Erklärung vom 12. Januar (vgl. Zeittafel in EA 2—3/1959, Deutschland), er wolle ein Uebereinkommen zwischen den Mächten hintertreiben. Adenauer sei bestrebt, jede friedliche Regelung mit Deutschland auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben, um inzwischen militärisch an Kraft zu gewinnen, den Geist der Revanche noch mehr zu schüren und unter Ausnutzung der Widersprüche zwischen den Großmächten, die an der Zerschlagung Hitler-Deutschlands beteiligt waren, im passenden Augenblick den Nachbarn die Bedingungen für einen Friedensvertrag selbst zu diktieren. Die Forderung nach freien Wahlen solle dazu dienen, ganz Deutschland in den Bereich der NATO hineinzuziehen.

21.—25. Januar
Der finnische Staatspräsident, Urho *Kekkonen*, führt in Leningrad Besprechungen mit Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* über die finnisch-sowjetischen Beziehungen. In einem zum Abschluß von Besprechungen zwischen dem finnischen Handelsminister, Ahti *Karjalainen*, und Außenhandelsminister *Patolitschew* herausgegebenen Kommuniqué heißt es, in Kürze würden in Moskau finnisch-sowjetische Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages stattfinden. Das Ergebnis der Leningrader Verhandlungen bezeichnet Karjalainen als sehr befriedigend. Die festgefahrenen finnisch-sowjetischen Beziehungen seien wieder in Gang gekommen.

22. Januar
In einer durch *TASS* verbreiteten Erklärung stellt die sowjetische Regierung fest, der Erfolg der Genfer Kernwaffenkonferenz hänge völlig von der Haltung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens ab. Es sei wahrscheinlich, daß die Westmächte nach einem Vorwand suchten, um die Konferenz zum Scheitern zu bringen.

24. Januar
Der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Anastas I. *Mikojan* beurteilt auf einer Pressekonferenz in Moskau die weltpolitische Lage als günstig für Schritte zur Festigung des Friedens. Wenn die Sowjetunion bei den Westmächten den guten Willen sehe, könnte sie die Sechs-Monate-Frist für Berlin auch um einige Tage oder Monate verlängern. Die Hauptsache sei nicht die Frist, sondern das Verhandeln. Er habe in den USA bei der Bevölkerung und insbesondere bei den Geschäftsleuten den aufrichtigen Wunsch nach einem friedlichen Zusammenleben mit der Sowjetunion gespürt, wenn sich auch diese Einstellung noch nicht in der Politik der amerikanischen Regierung widerspiegele.

27. Januar
Der 21. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion wird in Moskau mit einer Rede des Ministerpräsidenten und Ersten Sekretärs der KPdSU, Nikita S. *Chruschtschow*, eröffnet. Chruschtschow erläutert den neuen Siebenjahrplan, der eine Steigerung der Industrieproduktion um 80 vH und der Agrarproduktion um 70 vH vorsieht und die materielle Grundlage des Ueberganges vom Sozialismus zum Kommunismus schaffen soll. Zur deut-

schen Frage erklärt Chruschtschow, diese müsse von den Deutschen selbst geregelt werden, und zwar durch Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten und nicht, wie Bundeskanzler *Adenauer* es wolle, durch Druck auswärtiger Mächte und ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten des deutschen Volkes. Ferner wendet sich Chruschtschow scharf gegen die parteifeindliche Gruppe Malenkow, Molotow, Kaganowitsch, Bulganin und Schepilow, die den vom 20. Parteitag beschlossenen Kurs sabotiert habe. Das Volk habe die Zerschlagung dieser Gruppe durch das Zentralkomitee einstimmig gebilligt. Außenminister Andrej A. *Gromyko* warnt am 29. Januar die Westmächte vor einer Zurückweisung der sowjetischen Vorschläge zur Deutschland-Frage. Notfalls werde die Sowjetunion auch ohne Beteiligung der Westmächte über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland verhandeln und in Uebereinstimmung mit der Regierung der DDR die geplanten Maßnahmen verwirklichen. Der Stellvertretende Ministerpräsident Anastas I. *Mikojan* erklärt am 31. Januar, er habe aus Gesprächen mit amerikanischen Staatsmännern den Eindruck gewonnen, daß die Vereinigten Staaten sich nicht länger in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Länder einmischen wollten und zur friedlichen Koexistenz bereit seien. Wenn dies zutreffe, müßten den Worten nun Taten folgen.

Ungarn

29. Januar

In ihrer Antwort auf die sowjetische Note vom 10. Januar stellt die ungarische Regierung fest, daß die sowjetischen Vorschläge bezüglich eines deutschen Friedensvertrages völlig den ungarischen Ansichten entsprächen.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Belgisch-Kongo

19. Januar

Das Komitee der Kongolesischen Nationalbewegung stellt in einer Erklärung fest, daß die belgische Regierungserklärung vom 13. Januar (vgl. Zeittafel in EA 2—3/1959, Belgien) in ihren Prinzipien den Bestrebungen des kongolesischen Volkes entspreche. Es seien jedoch Präzisierungen in bezug auf die Art der vorgesehenen demokratischen Institutionen notwendig. Insbesondere begrüße das Komitee die Einführung des allgemeinen Wahlrechts.

Föderation von Mali

18. Januar

Die vier zur Französischen Gemeinschaft gehörenden Staaten Dahomey, Obervolta, Senegal und Sudan beschließen in Dakar die Gründung der Föderation von Mali.

Französisch-Äquatorialafrika

17. Januar

Tschad, Kongo, Gabun und die Zentralafrikanische Republik beschließen in Paris die Schaffung einer Zollunion.

Liberia

26. Januar

Die Regierung schlägt in einer offiziellen Erklärung die Schaffung eines Staatenbundes mit der Bezeichnung „Vereinigte Staaten von Afrika“ vor, in den alle unabhängigen Staaten sowie Kolonien, deren Unabhängigkeit bevorsteht, aufgenommen werden sollten.

AMERIKA

Vereinigte Staaten

19. Januar

Präsident Dwight D. *Eisenhower* legt dem Kongreß den Haushalt für 1959/60 in Höhe von 77 Milliarden Dollar vor. 62,3 vH der Staatsausgaben sind für Sicherheit und internationale Aufgaben angesetzt. Der Etat für die Entwicklung von Raketen wurde gegenüber dem Vorjahr um 800 Millionen Dollar erhöht, wie auch der Schwerpunkt der Wissenschaftsförderung bei der Weltraumforschung liegt. Für Kernwaffenversuche sind keine Mittel vorgesehen.

20. Januar

Der sowjetische Stellvertretende Minister-

präsident Anastas I. *Mikojan*, der seit dem 4. Januar zu einem inoffiziellen Besuch in den Vereinigten Staaten weilt, beendet seinen Besuch. Am 5. Januar führte Mikojan Besprechungen mit Außenminister John Foster *Dulles* über das Berlin-Problem, die Deutschland-Frage, Fragen der Abrüstung und der europäischen Sicherheit. Auf einem Bankett in Washington schlug Mikojan Gespräche zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten auf höchster Ebene vor. Die Sowjetunion wolle keinen Krieg, sondern einen friedlichen Wettbewerb zur Verbesserung der Lebensbedingungen. Auf einer Pressekonferenz in San Francisco erklärte Mikojan am 10. Januar, ein Abkommen über das Verbot von Kernwaffenexperimenten würde den ersten Schritt zu freundlicheren Beziehungen zwischen beiden Staaten darstellen. Auf einer Pressekonferenz in New York am 14. Januar befürwortete Mikojan ein Gipfeltreffen der Regierungschefs. Am 16. Januar führte Mikojan in Washington einen weiteren Meinungsaustausch mit Außenminister Dulles über Fragen beiderseitigen Interesses. Zum Abschluß seines Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten traf Mikojan am 17. Januar mit Präsident Dwight D. *Eisenhower* zusammen. Vor Journalisten erklärte Mikojan, der Präsident und er hätten nicht versucht zu verhandeln, sondern die Stellungen ihrer Länder in internationalen Fragen herauszufinden. In einem Fernsehinterview forderte Mikojan am 18. Januar die Vereinigten Staaten auf, ihre Ablehnung der sowjetischen Forderung nach Abzug der westalliierten Truppen aus Berlin bis zum 27. Mai erneut zu überprüfen. Die Position der Sowjetunion sei solide und korrekt. Präsident Eisenhower und die andern amerikanischen Persönlichkeiten, mit denen er Unterredungen gehabt habe, hätten keinen konstruktiven Gegenvorschlag und keine Ergänzung zu den sowjetischen Vorschlägen gebracht.

21. Januar
Präsident Dwight D. *Eisenhower* erklärt auf einer Pressekonferenz, er hoffe, daß der sowjetische Stellvertretende Ministerpräsident Anastas I. *Mikojan* sich jetzt ein klares Bild von dem Friedenswillen des amerikanischen Volkes machen könne und von seiner Entschlossenheit, nicht zu Entscheidungen gegen seinen Willen gezwungen zu werden.

25. Januar
In einer Erklärung nimmt das Außenministerium zu dem Presseinterview des sowjetischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Anastas I. *Mikojan* vom 24. Januar (vgl. Sowjetunion) Stellung. Mikojan sei in Washington davon unterrichtet worden, daß die Vereinigten Staaten über die deutsche Frage und die europäische Sicherheit verhandeln wollen, die Berlin-Frage aber nicht gesondert behandeln werden. Ein künstlicher Druck hinsichtlich des Zeitpunktes solcher Verhandlungen sei nicht nützlich.

27. Januar
Außenminister John Foster *Dulles* erklärt auf einer Pressekonferenz in Washington, er halte es für möglich, daß die Westmächte in ihrer Antwortnote an die Sowjetunion eine Viermächte-Konferenz vorschlagen werden. Dulles lehnt die sowjetischen Vorschläge für einen Friedensvertrag mit Deutschland ab, da sie darauf hinzielten, die Teilung zu sanktionieren. Freie Wahlen seien jedoch nicht die einzige Methode zur Wiedervereinigung Deutschlands, wenn auch die natürlichste und gegebene. Die Art und Weise der Wiedervereinigung müsse dem Willen des Volkes entsprechen und die Teilung des Landes in Freiheit aufheben. Unter Umständen könne auch eine Konföderation den Weg zur Wiedervereinigung bilden.

31. Januar
Außenminister John Foster *Dulles* erklärt in einer Rede vor der New Yorker Anwaltskammer, ein weltweiter Friede könne niemals auf der Grundlage einer weltweiten Tyrannei aufrechterhalten werden. Ein Friede sei nur dann gesichert, wenn an Stelle der Gewaltanwendung ein neues System der Ordnung trete, das auf Recht und Gerechtigkeit beruhe. Die kommunistischen Länder hätten niemals die Charta der Vereinten Nationen wirklich ehrlich anerkannt. Ein Beispiel für die kommuni-

stische Mißachtung von Recht und Gerechtigkeit sei auch die jüngste Bedrohung Berlins.

ASIEN

Ceylon

23.—25. Januar
Staatsbesuch des jugoslawischen Präsidenten, Marschall *Tito*. In einem zum Abschluß der Besprechungen mit Premierminister Solomon W. *Bandaranaike* herausgegebenen gemeinsamen Kommuniqué bekräftigen beide Staatsmänner ihren Glauben an das Selbstbestimmungsrecht der Völker und versprechen den für ihre nationale Freiheit und Selbständigkeit kämpfenden Völkern Unterstützung. Ferner wird die Aufnahme aller bisher nicht in den Vereinten Nationen vertretenen Staaten in die Weltorganisation gefordert.

Volksrepublik China

21. Januar
Die Regierung unterstützt in einer von der Nachrichtenagentur Hsinhua verbreiteten Erklärung den Vorschlag der sowjetischen Regierung über die Abhaltung einer Friedenskonferenz zur Erörterung und zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland.

22.—29. Januar
Besuch einer Regierungsdelegation der DDR unter Führung von Ministerpräsident Otto *Grotewohl*. In einem zum Abschluß der Besprechungen mit Staatspräsident *Mao Tse-tung* herausgegebenen Kommuniqué verpflichten sich beide Seiten zur konsequenten Einhaltung der Grundsätze der Einheit der kommunistischen Bewegung und sagen dem Revisionismus den Kampf an. Die Beziehungen zwischen der DDR und der Volksrepublik China sollen auf allen Gebieten ausgebaut werden.

Indien

16. Januar
Der Besuch der seit dem 12. Januar in Indien weilenden Regierungsdelegation der DDR unter Leitung von Ministerpräsident Otto *Grotewohl* wird beendet. In einer zum Abschluß der Besprechungen mit Ministerpräsident Jawaharlal *Nehru* abgegebenen Presseerklärung gibt Ministerpräsident Grotewohl seiner Freude über die Entwicklung der wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und Indien Ausdruck. Beide Gesprächspartner stimmen überein, daß es notwendig sei, internationale Streitfragen schrittweise und durch friedliche Verhandlungen zu lösen. Jeder Versuch, der anderen Seite seinen Willen aufzuzwingen, werde zu keiner Lösung führen und müsse die bestehenden Spannungen vergrößern.

Japan

17. Januar
Der österreichische Bundeskanzler, Julius *Raab*, beendet einen zehntägigen Besuch in Japan. In einem zum Abschluß der Besprechungen mit Ministerpräsident Nobusuke *Kischi* herausgegebenen Kommuniqué wird die Wichtigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen Japan und Oesterreich betont. Insbesondere sollten die Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen verstärkt, der kulturelle Austausch zwischen beiden Ländern gefördert und die wirtschaftlichen Beziehungen ausgebaut werden.

Thailand

28. Januar
König *Phumiphol Aduldet* billigt die von Ministerpräsident Sarit *Thanarat* ausgearbeitete vorläufige Verfassung, welche die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung vorsieht. Bis zum Inkrafttreten einer neuen Verfassung wird Sarit Thanarat seine Funktion als Ministerpräsident unter dem Kriegsrecht weiter ausüben.

Vietnam (Nord)

17.—21. Januar
Besuch einer Regierungsdelegation der DDR unter Leitung von Ministerpräsident Otto *Grotewohl*. In einer zum Abschluß der Besprechungen mit Ministerpräsident *Pham Van Dong* herausgegebenen gemeinsamen Erklärung bekunden beide Seiten ihre volle Uebereinstimmung in allen internationalen Fragen und sprechen ihre Entschlossenheit aus, die Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten weiter zu festigen.

Internationale Organisationen

Bagdadpakt

26.—28. Januar
Tagung des Ministerrates in Karatschi, an der Vertreter des Iran, Pakistans, der Türkei, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten teilnehmen. Der pakistanische Ministerpräsident, Mohammed *Ayub Khan*, erklärt in seiner Eröffnungsrede, das Bündnis werde trotz des offenbaren Ausscheidens des Irak beibehalten und gestärkt werden. Die verbliebenen Paktmitglieder repräsentierten weiterhin ein strategisch wichtiges, zusammenhängendes Landgebiet von der Türkei bis nach Pakistan und verfügten über einige der besten Armeen Asiens. In einem zum Abschluß der Tagung herausgegebenen Kommuniqué wird der Entschlossenheit Ausdruck gegeben, einem direkten oder indirekten Angriff mit allen legitimen Mitteln, einschließlich einer Aktion der Vereinten Nationen, entgegenzutreten.

Europarat

19.—22. Januar
Dritter Teil der 10. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung des Europarates. In einer Debatte zur Berlin-Frage erklärt Bundesaußenminister Heinrich *von Brentano*, das Ergebnis einer Annahme der sowjetischen Vorschläge wäre eine Dreiteilung Deutschlands, eine Erschwerung der Wiedervereinigung, die Umwandlung der Sektorengrenze zu einer Staatsgrenze und die Schutzlosigkeit Berlins gegenüber einem sowjetischen Angriff. Es dürfe nicht vergessen werden, daß Berlin bis zur Stunde noch ein offenes Tor für Millionen von Menschen sei, die dem ungeheuren politischen und psychologischen Druck nicht mehr standhalten könnten. In einer einstimmig angenommenen Entschließung werden die sowjetischen Berlin-Vorschläge zurückgewiesen und Ost-West-Verhandlungen über das Deutschland-Problem gefordert. Es sei die Pflicht der Westmächte, so bald wie möglich über die deutsche Frage als Ganzes zu verhandeln. Unter Wahrung der unveräußerlichen Rechte der West-Berliner müßten solche Verhandlungen das Sicherheitsbedürfnis aller Beteiligten berücksichtigen. In einer zweiten Entschließung wird darauf hingewiesen, daß die Unterbrechung der Verhandlungen über die Schaffung einer Freihandelszone die Ursache ernsthafter politischer Reibungen in der freien Welt sei. Die entstandenen Schwierigkeiten sollten so rasch wie möglich behoben werden. Die Versammlung behalte sich vor, ihren politischen Einfluß bei der Ueberbrückung der Meinungsverschiedenheiten geltend zu machen.

21. Januar
Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte konstituiert sich in Straßburg.

Nordatlantikpakt-Organisation (NATO)

16. Januar
Der Generalsekretär der Südostasienpakt-Organisation, Pote *Sarasin*, führt in Paris Besprechungen mit dem Generalsekretär der NATO, Paul-Henri *Spaak*.

29. Januar
Der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte, General Lauris *Norstad*, erklärt auf einer Pressekonferenz in Kopenhagen, nicht jeder Mitgliedstaat der NATO müsse Kernwaffen besitzen. Um die Sicherheit ihrer Mitglieder zu gewährleisten und deren Freiheit zu verteidigen, genüge es, wenn die Organisation der NATO über solche Waffen verfüge.

Nordischer Rat

24.—25. Januar
Tagung der Ministerkonferenz des Nordischen Rates in Oslo. In einem zum Abschluß der Besprechungen herausgegebenen Kommuniqué wird mitgeteilt, auf dem Wege zu einem Gemeinsamen Nordischen Markt seien wesentliche Fortschritte gemacht worden. Geplant ist eine stufenweise zu verwirklichende Zollunion für Industrieprodukte. Ferner sollen Agrarprodukte, industriell verarbeitete Lebensmittel, Fische und Fischereiprodukte in den Gemeinsamen Nordischen Markt miteinbezogen werden.

Zeittafel vom 1. bis zum 15. Februar 1959

Die Ereignisse in Europa

Deutschland

2. Februar
Sowjetische Kontrollorgane halten am Kontrollpunkt Marienborn einen aus West-Berlin kommenden amerikanischen Konvoi auf. Die Regierung der Vereinigten Staaten protestiert in einer Note am 3. Februar gegen das sowjetische Vorgehen. Am 4. Februar geben die sowjetischen Behörden den Konvoi wieder frei.

4.—10. Februar
Besuch einer Regierungsdelegation der Republik Guinea unter Führung von Informationsminister Allassane *Diop* und Innenminister Fodeba *Keita* in Ost-Berlin. In einer nach Abschluß der Besprechungen herausgegebenen Mitteilung wird die herzliche und freundschaftliche Atmosphäre betont, in der Fragen der Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten und andere, beide Seiten interessierende Fragen erörtert worden seien.

7.—8. Februar
Der amerikanische Außenminister, John Foster *Dulles,* führt in Bonn Besprechungen mit Bundeskanzler Konrad *Adenauer* über die sowjetischen Deutschland-Vorschläge und das Berlin-Problem. Nach Abschluß der Besprechungen erklärt Bundespressechef Felix *von Eckardt,* die beiden Staatsmänner seien übereingekommen, bei eventuellen west-östlichen Verhandlungen die Möglichkeit von kalkulierten Risiken sehr sorgfältig zu prüfen. Es könne jedoch keine Konzessionen des Westens ohne Gegenleistungen des Ostens geben. Flexibilität könne nicht einseitige Konzessionen bedeuten. Eckardt betont, die Erklärung von Dulles im amerikanischen Kongreß, daß Berlin einen Krieg wert sei, gelte auch noch nach der Reise des Außenministers nach London, Paris und Bonn.

11. Februar
Bundestagspräsident Eugen *Gerstenmaier* erklärt im Bayerischen Rundfunk, der Westen müsse aus den Schützengräben des Kalten Krieges herauskommen und die Positionen des diplomatischen Bewegungskrieges beziehen. Einige konventionelle Denkformen der westlichen Politik müßten überprüft werden. Die Sache der Freiheit verlöre nichts durch die Bereitschaft, im Rahmen eines Friedensvertrages den künftigen politischen und militärischen Status Deutschlands klarzustellen und den Weg zur Wiedervereinigung darin festzulegen.

In einem Kommentar des „Deutschland-Senders" (DDR) heißt es, es könne keine Rede von einer gewaltsamen Vertreibung der Westalliierten aus Berlin sein. Ende Mai werde nichts weiter passieren, als daß dort, wo bisher sowjetische Soldaten Pässe gestempelt und über Flugsicherheit mitentschieden hätten, Vertreter der DDR an ihre Stelle treten.

12. Februar
Der Parteirat und der Parteivorstand der SPD empfehlen der Bundestagsfraktion, Prof. Carlo *Schmid* als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten zu benennen.

13. Februar
Die Synode der Evangelischen Kirche der Union billigt zum Abschluß ihrer Tagung in Berlin-Spandau eine Entschließung, in der das deutsche Volk aufgefordert wird, sich mit einer kontrollierten Begrenzung seines militärischen Potentials einverstanden zu erklären. Insbesondere solle es auf jede atomare Bewaffnung verzichten und die Massenvernichtungsmittel verwerfen. Der gegenwärtige Zustand sei noch immer die Frucht seiner eigenen Schuld. Die Synode bittet die Weltmächte, die beiden Teile Deutschlands nicht länger als das Vorfeld ihrer militärischen und weltanschaulichen Machtpolitik zu behandeln. Zur Voraussetzung eines Friedensvertrages müsse der uneingeschränkte und rechtlich gesicherte Verkehr aller Deutschen inner-

halb der gegenwärtigen Grenzen Deutschlands gemacht werden.

Der Erste Sekretär der SED, Walter *Ulbricht*, erklärt vor dem Groß-Berliner Parteiaktiv in einer Rede über die Bedeutung des XXI. Parteitages der KPdSU, durch den sowjetischen Siebenjahrplan würden die von Karl Marx und Friedrich Engels im Kommunistischen Manifest verkündeten Ideen von der klassenlosen Gesellschaft Wirklichkeit, nachdem der Sozialismus bereits auf einem Sechstel des Erdballs endgültig gesiegt habe und das sozialistische Weltsystem entscheidenden Einfluß auf die Gesamtentwicklung der Menschheit gewinne. Er fordert die sozialdemokratischen Organisationen in der Bundesrepublik auf, den sowjetischen Entwurf zu einem Friedensvertrag zu prüfen und in einen offenen Meinungsaustausch der Werktätigen Westdeutschlands und der Werktätigen der DDR über den Friedensvertrag einzutreten.

15. Februar
Der britische Oppositionsführer, Hugh *Gaitskell*, erläutert vor Studenten der Heidelberger Universität den Disengagement-Plan der Labour Party. Der Westen müsse über die Wasserstoffbombe als Abschreckungswaffe und über genügende konventionelle Verteidigungsmittel zur Bereinigung kleinerer Störungen des Friedens verfügen, die sich sonst in einen großen Krieg entwickeln könnten. In Europa solle jedoch eine militärisch verdünnte Zone geschaffen werden, aus der allmählich alle fremden Streitkräfte abgezogen werden und die durch einen Sicherheitspakt von allen vier Mächten garantiert werden solle. Darüber hinaus müßten die Bundesrepublik aus der NATO und die DDR sowie Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei aus dem Warschauer Pakt entlassen werden. Nach den von den Siegermächten im Zweiten Weltkrieg vereinbarten Grundsätzen solle Deutschland durch ein Uebereinkommen zwischen den beiden deutschen Staaten wiedervereinigt werden.

Finnland

11. Februar
In einer Rede zur Eröffnung des neuen Reichstags weist Staatspräsident Urho *Kekkonen* auf die unruhige weltpolitische Lage hin, die von Finnland gute Beziehungen zu seinen Nachbarländern erfordere. Mit Befriedigung stellt der Präsident fest, daß das Verhältnis Finnlands zu allen Ländern, insbesondere zur Sowjetunion, jetzt gut und vertrauensvoll sei.

Frankreich

3.—4. Februar
Der Exekutivrat der Französischen Gemeinschaft tritt in Paris zu seiner ersten Sitzung zusammen. (Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués in EA 4/1959, S. 119.)

5.—7. Februar
Der amerikanische Außenminister, John Foster *Dulles*, führt mit Staatspräsident Charles *de Gaulle*, Premierminister Michel *Debré* und Außenminister Maurice *Couve de Murville* Besprechungen über die sowjetischen Deutschland-Vorschläge und das Berlin-Problem. Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt dazu, es sei nicht nützlich, die verschiedenen erörterten Ideen zu veröffentlichen.

8. Februar
In Paris gründen führende Politiker, u. a. Robert *Schuman*, André *François-Poncet*, René *Mayer*, Maurice *Faure* und André *Maurice*, unter dem Namen „Bewegung für eine freie Gesellschaft“ eine Sammlungsbewegung. Die Gründungsversammlung billigt einstimmig ein Manifest, in dem die Grundsätze des Privateigentums und der Marktwirtschaft bekräftigt und weitgehende soziale Maßnahmen zur Hebung des Lebensstandards, zur Begabtenförderung und zur Sicherung der Würde und der Freiheit der Persönlichkeit gefordert werden.

Großbritannien

3.—5. Februar
Der amerikanische Außenminister, John Foster *Dulles*, führt in London Besprechungen über die sowjetischen Deutschland-Vorschläge mit Premierminister Harold *Macmillan*. In einer gemeinsamen Erklärung wird ausgeführt, die Vereinigten Staaten und Großbritannien seien sich einig, die alliierten Verbindungen mit Berlin aufrechtzuerhalten. Beide Regie-

rungen seien der Auffassung, daß das Berlin-Problem nur im Rahmen eines Abkommens über die Wiedervereinigung Deutschlands und die europäische Sicherheit zu behandeln sei.

4. Februar
In London wird ein auf zehn Jahre befristeter Vertrag über die Zusammenarbeit in der friedlichen Nutzung der Kernenergie zwischen der Euratom und Großbritannien unterzeichnet.

5. Februar
Premierminister Harold *Macmillan* erklärt vor dem Unterhaus, er werde am 21. Februar nach Moskau reisen und etwa sieben bis zehn Tage in der Sowjetunion bleiben. Der Hauptzweck seiner Reise werde darin bestehen, falsche Vorstellungen zu zerstreuen und eine Grundlage für ein besseres Verständnis zu schaffen. Er werde nicht im Namen des Westens mit der Sowjetunion verhandeln. Die britische Regierung habe ihre Verbündeten von der Reise unterrichtet. Macmillan betont: „In all dem handeln wir zusammen."

11.—13. Februar
Der türkische Außenminister, Fatin *Zorlu*, und der griechische Außenminister, Evanghelos *Averoff*, führen in London Besprechungen mit Premierminister Harold *Macmillan* über den künftigen Status von Cypern auf der Grundlage des in Zürich ausgearbeiteten Cypern-Uebereinkommens (vgl. Schweiz). Am 13. Februar lädt die britische Regierung den Führer der griechischen Cyprioten, Erzbischof *Makarios*, und den Führer des türkischen Bevölkerungsteils, Fazil *Kutchuk*, zur Teilnahme an Verhandlungen über Cypern ein.

Königin *Elizabeth II.* ernennt Admiral Sir Guy *Grantham* zum Gouverneur von Malta als Nachfolger von Sir Robert *Laycock*.

Italien

6. Februar
Nachdem Ministerpräsident Amintore *Fanfani* das Ersuchen von Staatspräsident *Gronchi*, im Amt zu bleiben und sich unverzüglich dem Parlament für ein Vertrauensvotum zu stellen, abgelehnt hat, beauftragt Staatspräsident Gronchi den bisherigen stellvertretenden Ministerpräsidenten und Verteidigungsminister, Antonio *Segni*, mit der Regierungsbildung. Am 15. Februar bildet Segni eine neue Regierung. Ihr gehören an: Außenminister: Giuseppe *Pella;* Justizminister: Guido *Gonella;* Budgetminister: Fernando *Tambroni;* Finanzminister: Paolo Emilio *Taviani;* Verteidigungsminister: Giulio *Adreotti;* Erziehungsminister: Giuseppe *Medici;* Minister für öffentliche Bauten: Giuseppe *Togni;* Landwirtschaftsminister: Mariano *Rumor;* Verkehrsminister: Armando *Angelini;* Postminister: Giuseppe *Spatoro;* Industrie- und Handelsminister: Emilio *Colombo;* Arbeitsminister: Benigno *Zaccagnini;* Außenhandelsminister: Dino *Del Bo;* Minister für die Handelsmarine: Angelo Raffaele *Jervolino;* Minister für Staatsbeteiligungen: Mario *Ferrari Aggradi;* Gesundheitsminister: Camillo *Giardina;* Minister für die Beziehungen zwischen Regierung und Parlament: Giuseppe *Bettiol;* Minister für die Verwaltungsreform: Giorgio *Bo;* Minister ohne Portefeuille: Umberto *Tupini* und Giulio *Pastore.*

8. Februar
Der linke Flügel der Sozialdemokratischen Partei unter der Führung von Matteo *Matteotti* und Mario *Zagari* erklärt seine Selbständigkeit und nimmt den Namen „Einheitsbewegung sozialistischer Initiative" an.

Jugoslawien

3. Februar
In Beantwortung der sowjetischen Note vom 10. Januar bezeichnet die jugoslawische Regierung die sowjetischen Vorschläge für einen Friedensvertrag mit Deutschland als eine konstruktive Initiative und ein durchdachtes Projekt, das eine allgemein akzeptable Basis für Verhandlungen sein könne.

Luxemburg

1. Februar
Bei den Parlamentswahlen erringen die Christlichsozialen 21 Sitze, die Sozialisten 17 Sitze, die Liberalen 11 Sitze und die Kommunisten 3 Sitze.

Oesterreich

6. Februar
Die Verhandlungen einer gemischten deutsch-österreichischen Kommission über die Ansprüche der in Oesterreich lebenden Umsiedler und Vertriebenen sowie die Wiedergutmachungsansprüche politisch Verfolgter werden in Wien ergebnislos abgebrochen. In einem zum Abschluß der Verhandlungen von österreichischer Seite herausgegebenen Kommuniqué wird erklärt, die österreichische Delegation habe die von der deutschen Delegation zum Problem der Umsiedler und Vertriebenen vorgelegten Grundzüge eines Lösungsvorschlages nicht als Verhandlungsbasis ansehen können. Sie habe angeregt, neue Lösungsvorschläge auf einer weiteren Arbeitstagung zu erörtern.

Schweiz

1. Februar
Mit 33,1 vH Ja- und 66,9 vH Nein-Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 66,2 vH wird in einer Volksabstimmung die Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechtes abgelehnt.

5.—11. Februar
Der griechische Ministerpräsident, Konstantin *Karamanlis,* und Außenminister Evanghelos *Averoff* führen in Zürich mit dem türkischen Ministerpräsidenten, Adnan *Menderes,* und Außenminister Fatin *Zorlu* Besprechungen über das Cypern-Problem. Die Ministerpräsidenten arbeiten ein Abkommen über den künftigen Status von Cypern aus. Cypern soll zu einer unabhängigen Republik erklärt werden, mit einem Cyprioten griechischer Abstammung an der Spitze. Vizepräsident soll ein Vertreter des türkischen Bevölkerungsteils der Insel werden. Jeder der beiden Bevölkerungsteile soll ein eigenes Parlament erhalten, zusätzlich soll ein gemeinsames Parlament geschaffen werden, in dem die griechischen und türkischen Cyprioten im Verhältnis 70:30 vertreten sein sollen. Großbritannien darf auf der Insel auch weiterhin seine militärischen Stützpunkte aufrechterhalten. Griechenland und die Türkei sollen eine kleine Garnison von insgesamt 1000 Soldaten auf Cypern unterhalten.

Sowjetunion

3. Februar
Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* empfängt den Botschafter der Bundesrepublik, Hans *Kroll,* zu einer Aussprache über die Deutschland-Frage und das Berlin-Problem.

5. Februar
In Moskau wird der XXI. Parteitag der KPdSU beendet. Am 3. Februar erklärte Verteidigungsminister Rodion J. *Malinowskij,* ein Atomkrieg des Westens gegen die Sowjetunion sei nicht mehr möglich, da die Sowjetunion über die besseren Atomwaffen verfüge. In seinem Schlußwort versichert Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow,* die Sowjetunion wünsche bessere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Vor nicht allzu langer Zeit seien recht scharfe Botschaften gewechselt worden. Jetzt seien diese Ereignisse vorbei; man müsse in die Zukunft blicken. Der freundliche Empfang für *Mikojan* habe die Beziehungen etwas aufgewärmt. Chruschtschow lädt den amerikanischen Präsidenten, Dwight D. *Eisenhower,* ein, die Sowjetunion zu besuchen. Bundeskanzler *Adenauer* fordert er auf, sich nicht wie der „Handlungsgehilfe eines Kolonialwarengeschäftes" zu benehmen und eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion abzulehnen, wenn diese nicht einen entsprechenden Preis dafür zahle. Für die Bundesrepublik gebe es keine andere Politik als die der friedlichen Zusammenarbeit mit ihren Nachbarn in Ost und West. Er fordert den Bundeskanzler zu vernünftigen Vorschlägen auf. Dann sei die Sowjetunion bereit, sich an den gleichen Tisch zu setzen, um eine beiderseitig annehmbare Grundlage für ein Abkommen zu finden. Die Bedingung, die DDR zu liquidieren und die „sozialen Errungenschaften" der Arbeiter der DDR zu vernichten, könne die Sowjetunion nicht in Betracht ziehen. In einer einstimmig angenommenen Entschließung billigt der Parteitag die Thesen und das Referat des Ersten Sekretärs der KPdSU, Nikita S. Chruschtschow, sowie den Siebenjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft in den Jahren 1959—1965.

9. Februar
Das Außenministerium veröffentlicht eine Erklärung zum Stand der Verhandlungen auf der Genfer Konferenz über die Einstellung der Kernwaffenversuche, in der die Vereinigten Staaten zu einer klaren Antwort aufgefordert werden, ob sie tatsächlich bereit seien, die Kernwaffenversuche für alle Zeiten einzustellen. Werde die Geltungsdauer eines Abkommens über die Einstellung der Kernwaffenversuche von einem befriedigenden Funktionieren eines Kontrollsystems abhängig gemacht, so würde das bedeuten, daß die Vereinigten Staaten schon nach einem Jahr die Revision des Vertrages verlangen und sich von den eingegangenen Verpflichtungen lösen könnten. Innerhalb der Kontrollkommission solle über wichtige Fragen nur mit Zustimmung aller drei Atommächte entschieden werden, um die Möglichkeit auszuschließen, daß einem der Partner Beschlüsse aufgezwungen werden, die seiner Sicherheit schaden. Das Personal jedes Kontrollpostens solle aus Vertretern aller drei Atommächte bestehen. Wenn den Vereinigten Staaten wirklich an einem befriedigenden Abkommen gelegen sei, so müßten sie die Versuche aufgeben, ein Kontrollsystem aufzuzwingen, das die Sowjetunion in eine ungleiche Lage gegenüber den Vereinigten Staaten und ihren Militärblockpartnern versetze.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Aethiopien

2.—12. Februar
Besuch des jugoslawischen Präsidenten, Marschall *Tito*. In einem zum Abschluß der Besprechungen mit Kaiser *Haile Selassie I.* herausgegebenen Kommuniqué geben die beiden Staatsmänner ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß nur eine stetige Anwendung der Politik der Koexistenz zwischen allen Staaten, ungeachtet der Verschiedenheiten ihrer sozialen und wirtschaftlichen Systeme, zur Lösung offener internationaler Probleme führen könne.

Algerien

8.—10. Februar
Algerienreise des französischen Premierministers, Michel *Debré*. Bei seiner Ankunft in Algier versichert Debré, Algerien bleibe das erste Anliegen Frankreichs. Der Premierminister unterstreicht in seiner Rede die hervorragende Rolle, die Algerien in der „Erneuerung" Frankreichs gespielt habe. In der konstituierenden Sitzung des Hohen Rates des Constantine-Planes zur wirtschaftlichen Entwicklung Algeriens am 10. Februar bezeichnet Debré den Plan von Constantine als das Sinnbild für die Einheit Frankreichs.

Tunesien

5. Februar
Staatspräsident Habib *Bourguiba* macht in einer Rundfunkansprache territoriale Ansprüche an der Südwestgrenze Tunesiens mit der algerischen Sahara geltend. Entweder solle die Sahara als eine gemeinsame Ausbeutungszone für die angrenzenden Länder angesehen werden, oder Tunesien solle einen Grenzstreifen der Sahara erhalten.

12. Februar
Staatspräsident Habib *Bourguiba* beschuldigt in einem Rundfunkinterview Angehörige des Französischen Konsulats in Tunis, ihre diplomatische Immunität mißbraucht und einen gegen die tunesische Regierung arbeitenden Spionagering unterstützt zu haben.

AMERIKA

Kanada

6. Februar
Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy *Brandt*, führt in Ottawa Besprechungen mit Premierminister John *Diefenbaker* über das Berlin-Problem. Vor der Nordatlantischen Gesellschaft führt Brandt aus, daß mit dem sowjetischen Plan einer „Freien Stadt" West-Berlin in die Hände der Kommunisten gespielt werden solle.

Unter dem Druck eines Ultimatums könne es niemals nützliche Verhandlungen geben.

Vereinigte Staaten

1. Februar

Außenminister John Foster *Dulles* erklärt in Washington vor Pressevertretern, bei der gegenwärtigen Situation in Deutschland seien es vor allem zwei Probleme, die von den Alliierten erörtert werden müßten: das Berlin-Problem und die westliche Antwort auf die sowjetischen Vorschläge sowie die Möglichkeit von Deutschland-Gesprächen mit der Sowjetunion. Er werde sich persönlich nach Europa begeben, weil direkte Gespräche zwischen jenen, die sich kennen und Vertrauen zueinander haben, mehr ausrichten könnten als ein Austausch diplomatischer Noten.

Der argentinische Staatspräsident, Arturo *Frondizi*, beendet einen zwölftägigen Besuch in den Vereinigten Staaten. In einem Gespräch mit Außenminister John Foster *Dulles* am 21. Januar in Washington über wirtschaftliche Fragen brachte Frondizi den Wunsch nach Investition von Privatkapital zur Stabilisierung der argentinischen Währung zum Ausdruck. Auf einer Pressekonferenz in New York am 30. Januar erklärte Frondizi, Argentinien werde die Initiative ergreifen und in Südamerika einen gemeinsamen Markt organisieren. Vor seinem Rückflug erklärte Frondizi am 1. Februar in Miami, er hoffe, sein Besuch in den Vereinigten Staaten werde das Ende des traditionellen Neutralismus Argentiniens zugunsten einer stärkeren Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten bedeuten.

4. Februar

Präsident Dwight D. *Eisenhower* bezeichnet auf einer Pressekonferenz in Washington das Festhalten des amerikanischen Militärkonvois am Kontrollpunkt Marienborn (vgl. Deutschland) als Bruch des Viermächteabkommens über den freien Zugang der Besatzungsmächte nach Berlin.

George F. *Kennan* tritt vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Senates für eine militärische Entflechtung in Mitteleuropa als Lösung der deutschen Frage ein. Er fordert den Verzicht auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, den Abzug aller ausländischen Truppen aus der Bundesrepublik und der DDR und deren Ausscheiden aus der NATO und dem Warschauer Pakt. Ein neutralisiertes, wiedervereinigtes Gesamtdeutschland solle durch einen gesamteuropäischen Sicherheitspakt unter Beitritt der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion garantiert werden, der Deutschland vor politischen Abenteuern bewahren würde. Damit wäre eine Wiedervereinigung Deutschlands außerhalb des sowjetischen Machtbereichs erreicht. und es wären neue Bedingungen geschaffen, unter denen die Staaten Osteuropas politisch unabhängiger würden. In zwei Jahren sei es zu spät zu einem solchen Abkommen. Die zwölf mit Atomwaffen ausgerüsteten westdeutschen Divisionen würden dann die fünf amerikanischen aufwiegen, und die Sowjetunion werde zu dem Schluß kommen, daß diese deutschen Divisionen ihre Hauptsorge sein müßten. Es müsse jedoch der Sowjetunion klargemacht werden, daß jede Verletzung des Sicherheitsabkommens unweigerlich Krieg bedeute.

7.—15. Februar

Besuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy *Brandt*. Nach seiner Ankunft in Washington erklärt Brandt, die einheitliche Haltung des Westens habe der Sowjetunion bereits gezeigt, daß sie das Recht der Westmächte auf Anwesenheit in Berlin nur unter größten Gefahren mit Gewalt antasten könne. Brandt warnt jedoch davor, zu glauben, der Höhepunkt der Spannungen sei bereits erreicht. Es komme darauf an, daß der Westen gegenüber dem sowjetischen Versuch, an Berlin die innere Zusammengehörigkeit des Westens zu erproben, fest bleibe. Am 9. Februar führt Brandt Besprechungen mit Außenminister *Dulles* über das Berlin-Problem und die Deutschland-Frage. Der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Senates, Senator William J. *Fulbright*, versichert Brandt der völligen Uebereinstimmung der Republikaner und der Demokraten bezüglich Berlins. Am 11. Februar empfängt Präsident Dwight D. *Eisenhower* den Regierenden Bürger-

meister von Berlin und versichert, die Vereinigten Staaten würden sich durch keine sowjetische Drohung aus Berlin vertreiben lassen. Amerika werde die Berliner gegen jeden Versuch, ihre Freiheit zu zerstören, verteidigen. In einer Rede in Springfield erklärt Brandt, die freie Welt könne sich auf die Standhaftigkeit Berlins verlassen. Die Berliner wüßten die Bedeutung der Erhaltung des Friedens zu würdigen, sie würden aber vor niemandem die Knie beugen, wenn die Freiheit auf dem Spiel stehe. Brandt weist den von Senator *Mansfield* (siehe unten) vertretenen Gedanken, eine Wiedervereinigung ohne Hilfe der vier Großmächte herbeizuführen, als eine gefährliche Illusion zurück. Gegen gewisse technische und praktische Kontakte zwischen der Bundesrepublik und der DDR habe er nichts einzuwenden, für die deutsche Frage gebe es jedoch weder eine isolierte noch eine plötzliche Lösung. Vor seinem Abflug aus den Vereinigten Staaten setzt sich Brandt auf einer Pressekonferenz in Los Angeles für einen schrittweisen Abzug der sowjetischen und alliierten Truppen aus Deutschland unter gründlicher Kontrolle ein.

9. Februar
Außenminister John Foster *Dulles* bekräftigt nach seiner Rückkehr von seiner Europareise in Washington die Entschlossenheit der Westmächte, ihre Stellung in und den Zugang zu Berlin zu erhalten. Sie hätten sich generell über die Schritte geeinigt, die notwendig würden, wenn die Sowjetunion den Zugang nach Berlin sperren sollte. Der Westen werde in der Berliner Frage keine Uebergabe der Befugnisse der sowjetischen Besatzungsbehörden an die Regierung der DDR akzeptieren.

Außenminister John Foster *Dulles* ersucht Präsident Dwight D. *Eisenhower* um Krankheitsurlaub auf unbestimmte Zeit. Seine Vertretung übernimmt der stellvertretende Außenminister, Christian *Herter*.

12. Februar
Der demokratische Senator Mike *Mansfield* fordert in einer Rede vor dem Senat die Aufnahme von Gesprächen zwischen Vertretern beider deutscher Staaten über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Eine Wiedervereinigung könne mit Berlin beginnen. Es sei an der Zeit, die Führer der beiden Verwaltungen der Stadt aufzurufen, sich ernsthaft um eine Vereinigung der öffentlichen Dienste und schließlich auch der Regierung der Stadt zu bemühen. Nach Abschluß eines entsprechenden Abkommens sollten die alliierten Streitkräfte in der Stadt durch UN-Polizeistreitkräfte abgelöst werden.

ASIEN

Aden

11. Februar
Sechs Staaten des Protektorats Aden, die Emirate Beihan, Dhala, Audhali, Fadhli, das Sultanat Unter-Yafa und das Scheichtum Ober-Aulaqi, schließen sich zur Föderation der südarabischen Fürstentümer zusammen.

Burma

13. Februar
Ministerpräsident *Ne Win* erklärt seinen Rücktritt.

Ceylon

13. Februar
Die Abgeordnetenkammer nimmt ein Gesetz zur Verstärkung der nationalen Sicherheit an, das der Regierung die Möglichkeit gibt, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung die Armee einzusetzen.

Irak

7. Februar
Oberst Mohammed *Aref*, der ehemalige stellvertretende Ministerpräsident der Revolutionsregierung, wird unter der Anklage, einen Versuch zur Ermordung von Ministerpräsident Abdul Karim *Kassem* unternommen zu haben, von einem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt.

8. Februar
Nach dem Rücktritt von sechs Kabinettsmitgliedern am 7. Februar findet eine Regierungsumbildung statt. Zum neuen Außenminister wird Haschem *Jawad* ernannt.

Iran

11. Februar
Dem Schah werden Botschaften von Präsident *Eisenhower*, Premierminister *Mac-*

millan, dem türkischen Staatspräsidenten, Celal *Bayar*, und dem pakistanischen Präsidenten, Mohammed *Ayub Khan*, übergeben, in denen der Iran vor dem Eingehen auf das sowjetische Angebot eines Nichtangriffspaktes gewarnt wird. Am 12. Februar bricht die sowjetische Delegation in Teheran die Verhandlungen ab. Am 15. Februar erklärt Außenminister Ali Asghar *Hekmat*, trotz aller Drohungen von seiten der Sowjetunion werde der Iran im Lager des Westens bleiben. In der gegenwärtigen Weltlage gebe es keinen Platz für Neutralisten und Isolationisten.

Japan

9. Februar
Ministerpräsident Nobusuke *Kischi* erklärt vor dem Haushaltsausschuß des Parlamentes, Japan werde auf Kernwaffen auch zu Verteidigungszwecken verzichten, Kernwaffen selbst nicht herstellen und ihre Einfuhr ablehnen.

Laos

12. Februar
Ministerpräsident Phoui *Sanannikone* erklärt auf einer Pressekonferenz, Laos erkenne die Kompetenz der im Waffenstillstandsabkommen von 1954 vorgesehenen Internationalen Kommission nicht mehr an. Die Regierung habe die Genfer Abkommen von 1954 integral erfüllt. Sie könne eine Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten nicht dulden.

Malayische Föderation

9. Februar
Premierminister Tunku *Abdul Rahman* erklärt seinen Rücktritt, um sich seinen Aufgaben als Parteivorsitzender der United Malaya National Organisation (UMNO) zu widmen. Sein Nachfolger wird der bisherige stellvertretende Premierminister und Verteidigungsminister, Razak bin Dato *Hussein*.

Nepal

12. Februar
König *Mahendra* proklamiert eine Verfassung für Nepal, die die Schaffung eines Zwei-Kammer-Parlamentes vorsieht. Die Regierung ist dem Parlament verantwortlich, die Exekutive bleibt jedoch in den Händen des Königs.

Thailand

9. Februar
Die Verfassunggebende Nationalversammlung wählt Marschall Sarit *Thanarat* einstimmig zum Premierminister. Am 11. Februar stellt Thanarat seine neue Regierung vor. Stellvertretender Premierminister und Verteidigungsminister wird General Thanom *Kittikachorn*, Außenminister Nai Thanat *Khoman*.

Internationale Organisationen

Europäische Gemeinschaften

3. Februar
Die Ministerräte von EWG und Euratom billigen in einer gemeinsamen Tagung in Brüssel die Budgets der beiden Gemeinschaften für 1959 in Höhe von 1 Milliarde bzw. 400 Millionen belgischen Francs.

Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC)

4. Februar
Der Rat der OEEC gewährt Griechenland einen Kredit in Höhe von 15 Millionen Dollar aus dem Europäischen Fonds. Durch diesen Kredit sollen die Kreditierungsmöglichkeiten, die Griechenland in der EZU hatte, ersetzt werden.

6. Februar
Der Rat der OEEC gewährt der Türkei einen Kredit in Höhe von 21,5 Millionen Dollar aus dem Europäischen Fonds, der an die Stelle des nichtausgenutzten EZU-Kredits tritt. Der Rat billigt ferner ein multilaterales Schuldenabkommen mit der Türkei.

Nordatlantikpakt-Organisation (NATO)

11. Februar
Der ständige Rat der NATO erörtert in Paris die von einer Viermächte-Arbeitsgruppe ausgearbeiteten Entwürfe der Antwortnoten der Westmächte und der Bundesrepublik auf die sowjetische Note vom 10. Januar.

Zeittafel vom 16. bis zum 28. Februar 1959

Die Ereignisse in Europa

Belgien

16. Februar
Die Bergarbeiter im südbelgischen Kohlenrevier treten aus Protest gegen die geplante Stillegung von unrentablen Gruben in den Streik und fordern die Verstaatlichung der Gruben. Am 19. Februar rufen die sozialistischen Gewerkschaften zum Generalstreik auf. Am 24. Februar wird der Bergarbeiterstreik durch einen Kompromiß zwischen den Gewerkschaften, den Zechenleitungen und der Regierung beendet.

Deutschland

17. Februar
Bundeskanzler *Adenauer* erklärt vor der CDU-Fraktion, er habe sich mit dem amerikanischen Außenminister, John Foster *Dulles,* nicht auf eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie festgelegt, und dementiert einen entsprechenden Bericht des amerikanischen Nachrichtenmagazins *Newsweek.* Er sei sich mit Dulles lediglich darüber einig gewesen, daß auf einer Außenministerkonferenz auch über die Grenzfrage gesprochen werden könnte. Der Bundeskanzler bezeichnet ein Ausscheiden der Bundesrepublik aus der NATO als katastrophal für dieses Bündnis. Er wendet sich ebenfalls gegen die Idee eines Disengagements. Ein Sprecher des SPD-Vorstandes erklärt zu den Ausführungen des Bundeskanzlers, Adenauer gehe von falschen Voraussetzungen aus. Disengagement bedeute nicht einen Rückzug der Amerikaner vom Kontinent, sondern hinter die deutsche Westgrenze, während sich die Sowjets nach dem Rapacki-Plan tausend Kilometer östlich der Elbe zurückziehen müßten.

Der Vorsitzende der SPD, Erich *Ollenhauer,* vertritt in einem von der Londoner Zeitung *Daily Telegraph* veröffentlichten Artikel über die Deutschland-Frage die Ansicht, zuerst sei ein Abkommen der vier Mächte über den zukünftigen militärischen Status von Deutschland und über dessen Integration in ein europäisches Sicherheitssystem notwendig. Dann werde es leichter sein, über Mittel und Wege einer deutschen Wiedervereinigung zu sprechen. Eine lose Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten könne ein erster Schritt sein. Vorbedingung sei jedoch eine vertragliche Einigung der vier Großmächte unter Mitwirkung der Deutschen über den Modus der Wiedervereinigung. Die deutsche Bevölkerung müsse das Recht zu einer freien Entscheidung über die Form und den Inhalt eines wiedervereinigten Deutschlands haben.

19. Februar
Der Bundestag wählt mit 363 gegen 16 Stimmen bei 32 Enthaltungen Helmut *von Grolmann* zum Wehrbeauftragten des Bundestages.

20.—22. Februar
In Leipzig findet die VI. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften der DDR statt. In seiner Eröffnungsrede erklärt der Erste Sekretär der SED, Walter *Ulbricht,* ein Friedensvertrag werde auch zustande kommen, wenn die Westmächte und die Bundesrepublik die Verhandlungen sabotierten. Ulbricht erläutert den vom 5. Parteitag der SED beschlossenen Siebenjahrplan der Landwirtschaft. Die wirtschaftliche Festigung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sei mit der Gewinnung einer großen Zahl werktätiger Einzelbauern verbunden gewesen. Der sozialistische Sektor umfasse bereits 46 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche der DDR. Der Siebenjahrplan bringe eine weitgehende Beseitigung der Rückständigkeit des Dorfes und durch die Erhöhung der Hektarerträge die weitere Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen des Volkes. Da-

mit sei der Plan ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des Friedens. Die Konferenz beschließt die Ueberarbeitung der Thesen über die LPG entsprechend dem Referat von Parteisekretär Ulbricht und der eingebrachten Anträge.

24. Februar
Die Spitzengremien der CDU/CSU schlagen Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten vor.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Fritz *Erler*, regt einen begrenzten Abzug fremder Truppen aus Europa an. Die Vereinigten Staaten sollten ihre Truppen bis zur deutschen Westgrenze und die Sowjetunion ihre bis zur polnischen Ostgrenze zurückziehen.

25. Februar
Der Bundestag billigt den von der Bundesregierung vorgelegten „Grünen Bericht" über die Entwicklung der Landwirtschaft und gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Auswirkungen der bisherigen „Grünen Pläne" zum ersten Male sichtbar zu einer Verbesserung der Lage der Landwirtschaft geführt haben.

25.—28. Februar
Eine Regierungsdelegation der Republik Ghana unter Leitung des Ministers für Wirtschaft und Planung, Beavagui Louis *Lansana*, stattet der Bundesrepublik einen Freundschafts- und Höflichkeitsbesuch ab.

26. Februar
Der saarländische Landtag wählt mit 30 gegen 10 Stimmen bei 1 Enthaltung und 1 ungültigen Stimme Egon *Reinert* (CDU) erneut zum Ministerpräsidenten, der mit der SPD und der CVP eine Koalitionsregierung bildet.

Der Erste Sekretär der SED, Walter *Ulbricht*, bezeichnet in einem Interview mit der *Neuen Ruhr-Zeitung* den Abschluß eines Friedensvertrages als Grundlage für eine friedliche Lösung der deutschen Frage. Um sich wieder vereinigen zu können, müsse sich das deutsche Volk mit Hilfe des Friedensvertrages von der Gefahr des Atomkrieges und von der Herrschaft der Militaristen in der Bundesrepublik befreien.

28. Februar
Ministerpräsident Otto *Grotewohl* und der Erste Sekretär der SED, Walter *Ulbricht*, empfangen den sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Michail G. *Perwuchin*, zu Besprechungen über Fragen, die sich aus den sowjetischen Vorschlägen über den Abschluß eines Friedensvertrages und die Aenderung des Status Berlins ergeben.

Frankreich

19. Februar
Der Ministerrat ernennt General Gaston *Lavaud* zum Generalstabschef der Armee.

20. Februar
In Paris konstituiert sich der aus elf Mitgliedern bestehende Verfassungsrat, der die provisorische Verfassungskommission ersetzt. Präsident ist Léon *Noel*.

Griechenland

28. Februar
Das Parlament billigt nach einer viertägigen Debatte mit 170 gegen 118 Stimmen das Londoner Cypern-Abkommen. (Vgl. Großbritannien.)

Großbritannien

16. Februar
Das Unterhaus billigt einen Gesetzentwurf, der die Aufhebung der Verfassung von Malta vorsieht und den Gouverneur ermächtigt, die Insel mit Hilfe eines ernannten Rates zu verwalten.

17.—19. Februar
In London findet unter dem Vorsitz von Außenminister Selwyn *Lloyd* eine Konferenz über den zukünftigen Status von Cypern statt, an der der griechische Ministerpräsident, Konstantin *Karamanlis*, der griechische Außenminister, Evanghelos *Averoff*, der türkische Außenminister, Fatin *Zorlu*, Erzbischof Myiarthes *Makarios* und der Vertreter der türkischen Cyprioten, Fazil *Kutschuk*, teilnehmen. Der türkische Ministerpräsident, Adnan *Menderes*, wird bei einem Flugzeugunglück am 17. Februar bei London verletzt und kann nicht an den Besprechungen teilnehmen. Die Konferenz arbeitet ein Abkommen auf der Grundlage des Züricher Cypern-Planes (vgl. Zeittafel in EA Folge 5/ 1959, Schweiz) aus. Cypern soll innerhalb

der nächsten zwölf Monate zu einer selbständigen Republik werden, deren Unabhängigkeit durch einen gemeinsamen Garantievertrag zwischen der neuen Republik, Großbritannien, Griechenland und der Türkei gesichert wird. An der Spitze der Republik werden ein vom griechischen Bevölkerungsteil gewählter Präsident und ein vom türkischen Bevölkerungsteil gewählter Vizepräsident stehen, die beide ein Vetorecht gegenüber den Entscheidungen des von ihnen zu bestimmenden Kabinetts und des Parlamentes haben. Großbritannien erhält für seine militärischen Stützpunkte zwei seiner Souveränität unterstehende Enklaven auf Cypern.

19. Februar
Der Staatsminister im Außenministerium, David *Ormsby-Gore*, legt in der Deutschland-Debatte des Unterhauses die Politik der Regierung in folgenden vier Punkten dar: 1. Die Rechte der Westmächte in Berlin müßten aufrechterhalten bleiben, die britische Regierung sei jedoch bereit, über das Berlin-Problem im Zusammenhang mit der Deutschland-Frage zu diskutieren. 2. Der natürliche Weg für eine deutsche Wiedervereinigung seien freie Wahlen; Deutschland müsse das Recht haben, sein eigenes Schicksal zu bestimmen; Großbritannien bestehe nicht darauf, daß ein wiedervereinigtes Deutschland der NATO angehöre. 3. Ueber die europäische Sicherheit könne mit der Sowjetunion diskutiert werden; falls Deutschland den Wunsch äußere, in der NATO zu bleiben, müßten die Wünsche der Sowjetunion nach Sicherheit entsprechend berücksichtigt werden. 4. Die europäische Sicherheit könne am besten durch ein Abkommen zum Schutz vor Ueberraschungsangriffen und allgemeine Abrüstung in Verbindung mit einem arbeitsfähigen Kontrollsystem garantiert werden.

Italien

19. Februar
Außenminister Giuseppe *Pella* lehnt in einem Gespräch mit dem österreichischen Botschafter, Max *Löwenthal-Chlumecky*, eine Aufhebung des über mehrere Tiroler Politiker verhängten Einreiseverbots ab, da dieses zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung notwendig sei. Gleichzeitig spricht der Außenminister sein Bedauern über die Haltung und Sprache der österreichischen Presse aus. Am 22. Februar eröffnet ein Gericht in Bozen die Voruntersuchung wegen antinationaler Tätigkeit im Ausland gegen fünf Südtiroler Politiker, die Anfang Februar die österreichische Regierung über die Zuspitzung der Lage in Südtirol informiert hatten. Am 24. Februar ruft der österreichische Ministerrat den Botschafter in Rom zur Berichterstattung nach Wien.

24. Februar
Ministerpräsident Antonio *Segni* erklärt in seiner Regierungserklärung vor dem Parlament, Italien habe das 1946 geschlossene Gruber-De Gasperi-Abkommen stets geachtet und gedenke auch in der Zukunft im Geiste großzügigen und weitgehenden Verständnisses daran festzuhalten. Seine Verwirklichung falle aber unter die italienische Zuständigkeit, und Italien komme ausschließlich das Recht und die Pflicht zu, den Schutz der Traditionen und der berechtigten Wünsche der auf seinem Staatsgebiet ansässigen Minderheiten wahrzunehmen. Die Ziele seiner Außenpolitik faßt Segni wie folgt zusammen: aktive Zusammenarbeit mit den verbündeten Ländern, Schutz der nationalen Interessen, Solidarität mit anderen westlichen Ländern im Geiste der NATO und der europäischen Integration, Verwirklichung einer multilateralen Verbindung zwischen den sechs Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den elf anderen Ländern der OEEC.

Jugoslawien

18. Februar
Die jugoslawische Regierung protestiert in einer Note an Albanien gegen die albanische Einmischung in innere Angelegenheiten des Landes und gegen die Errichtung von Spionagezentren auf jugoslawischem Staatsgebiet. Dieses Vorgehen sei nicht mit guten nachbarlichen Beziehungen vereinbar und gefährde den Frieden in Südosteuropa. Die albanische Regierung verweigert die Entgegennahme der Note.

22. Februar
Ein Sprecher des Außenministeriums bezeichnet auf einer Pressekonferenz in Belgrad Gerüchte über die Bereitwilligkeit Jugoslawiens zur Erneuerung des Balkanpaktes als phantastisch und tendenziös. Obwohl es sich beim Balkanpakt von Anfang an um ein regionales, rein defensives Abkommen ohne Beteiligung irgendeiner Großmacht gehandelt habe, würde seine Erneuerung bei der heutigen internationalen Lage die internationalen Spannungen erhöhen und im Gegensatz zu den vorhandenen Bemühungen und Aussichten auf eine Lösung der internationalen Streitfragen stehen.

Luxemburg

23. Februar
Tod des amtierenden Ministerpräsidenten, Pierre *Frieden.*

25. Februar
Pierre *Werner* bildet eine Koalitionsregierung unter Beteiligung der Christlich-Sozialen Partei und der Liberal-Demokratischen Partei. Der neuen Regierung gehören an: Ministerpräsident und Finanzminister: Pierre *Werner;* Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und Außenhandel: Eugène *Schaus;* Minister für Inneres und Transportwesen: Pierre *Grégoire;* Minister für Justiz und Wirtschaft: Paul *Elvinger;* Minister für Arbeit, Gesundheitswesen und Sozialfürsorge: Emile *Colling;* Minister für öffentliche Arbeiten, Energiewirtschaft und Körpererziehung: Robert *Schaffner;* Minister für Erziehung, Landwirtschaft und Weinbau: Emile *Schaus.*

Oesterreich

19. Februar
Die Tiroler Landesregierung und der Tiroler Landtag verurteilen das italienische Einreiseverbot für mehrere Tiroler Politiker (vgl. Italien) als einen unfreundlichen Akt. Am 21. Februar erklärt Bundeskanzler Julius *Raab* in einer Rede in Wien, Oesterreich sei stets bereit gewesen, die Südtiroler Frage durch Verhandlungen mit Italien im beiderseitigen Einvernehmen zu lösen. Das Einreiseverbot beweise jedoch, daß die Klagen der Volksgruppe in Südtirol berechtigt seien. Freiheit herrsche nur dort, wo das Recht respektiert werde. Die Südtiroler verlangten nichts als ihr Recht und die Durchführung der Bestimmungen des Pariser Abkommens. Oesterreich habe als Vertragspartner dieses Abkommens das ausdrückliche Recht und die Pflicht, auf die Einhaltung dieses Vertrages zu dringen.

Sowjetunion

16. Februar
Die Regierungen der Westmächte und der Bundesrepublik lassen ihre Antworten auf die sowjetischen Noten von 10. Januar in Moskau überreichen. (Vgl. den Wortlaut der Antwortnoten in EA 5/1959, S. D 93.)

18. Februar
Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* erklärt in Tula, jeder Versuch des Westens, sich den Zugang nach Berlin mit Gewalt zu erzwingen, werde Krieg bedeuten. Sollte eine Einigung über einen deutschen Friedensvertrag nicht möglich sein, so werde die Sowjetunion mit der DDR einen Friedensvertrag unterzeichnen, der dieser alle Rechte und Pflichten eines souveränen Staates mit völkerrechtlicher Garantie gewähre.

20. Februar
Der britische Premierminister, Harold *Macmillan,* trifft zu einem Besuch in der Sowjetunion ein. In seiner Begrüßungsrede zitiert Ministerpräsident *Chruschtschow* die Waffenbrüderschaft, die beide Länder während des Zweiten Weltkrieges verbunden habe. Inzwischen seien die britisch-sowjetischen Beziehungen umwölkt gewesen, und es habe ein frostiges internationales Klima geherrscht. Er hoffe, daß Macmillans Besuch als ein Zeichen des Tauwetters gelten könne. In seiner Erwiderung appelliert Premierminister Macmillan an die Mächte, sich jeder leichtfertigen Politik zu enthalten und nicht durch eine falsche Einschätzung der Lage einen Krieg heraufzubeschwören. Beide Delegationen kommen am 23. Februar überein, Sachverständigenverhandlungen über den Kulturaustausch aufzunehmen. Unter Bezugnahme auf die Rede von Ministerpräsident Chruschtschow vom 24. Februar in Moskau (s. unten) warnt Premier-

minister Macmillan am 25. Februar den Ministerpräsidenten vor den Folgen, welche die unnachgiebige sowjetische Haltung haben könnte. Am 27. Februar erklärt Macmillan in Kiew, es werde immer Spannungen zwischen den Staaten geben, aber es sei die Aufgabe des Staatsmannes, alles in seiner Kraft Stehende zu tun, um diese Spannungen zu verringern.

In einer Erklärung des sowjetischen Rundfunks werden die Antwortnoten der Westmächte auf den sowjetischen Friedensvertragsentwurf als ein Zeichen dafür bezeichnet, daß der Westen an Verhandlungen über das Deutschland-Problem und Berlin nicht interessiert sei. Sie enthielten nicht einen einzigen konstruktiven Vorschlag für die Lösung der deutschen Frage.

21. Februar
Die Moskauer Zeitung *Iswestija* verbreitet eine Erklärung, daß die Regierung eine Auswanderung von Juden nach Israel mit Rücksicht auf ihre arabischen Verbündeten nicht gestatten werde. Westliche Meldungen über eine Ausreiserlaubnis für die 3 Millionen in der Sowjetunion lebenden Juden seien provokatorische Erfindungen, die dazu bestimmt seien, das arabische Vertrauen auf die Freundschaft der Sowjetunion zu erschüttern.

24. Februar
Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* lehnt auf einer Wahlkundgebung im Kreml den westlichen Vorschlag einer Außenministerkonferenz der vier Großmächte ab. Eine solche Konferenz könne viele Jahre dauern und werde sich in unnützen Debatten erschöpfen. Es wäre viel nützlicher, wenn die Westmächte einer Konferenz der Regierungschefs zustimmten, auf der Entscheidungen getroffen werden könnten. Auf einer Gipfelkonferenz sollten 1. Fragen der europäischen Sicherheit, 2. Truppenabzug von ausländischen Territorien, 3. Reduzierung der Truppenstärken, 4. Verbot der Atomwaffenversuche besprochen werden. Wenn man jedoch diese Fragen den Außenministern überlasse, werde man eher einen Beitrag zur Erhöhung der Spannungen als zu ihrer Verringerung leisten. Weiter erklärt Chruschtschow, die Zustimmung der Westmächte zur beratenden Teilnahme von Vertretern beider Teile Deutschlands laufe auf eine de facto-Anerkennung der DDR hinaus. Nachdem der Westen einmal A gesagt habe, solle er auch B sagen und das Recht der Deutschen anerkennen, die Frage der Wiedervereinigung selbst zu entscheiden. Chruschtschow fordert Premierminister *Macmillan* auf, sich für den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen der Sowjetunion und Großbritannien einzusetzen.

28. Februar
Der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Anastas I. *Mikojan* beklagt auf einer Wahlversammlung in Rostow die starre Haltung, die Premierminister *Macmillan* in der Deutschlandfrage und dem Berlin-Problem einnehme. Er warnt die Westmächte, ihre Unnachgiebigkeit und ihre Weigerung, mit Deutschland einen Friedensvertrag abzuschließen, werden die Sowjetunion zwingen, mit der DDR einen Separatfrieden abzuschließen.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Ghana

25. Februar
Eine Regierungsdelegation der DDR unter Leitung des Stellvertreters des Ministers für Außenhandel und innerdeutschen Handel, Carl *Eckloff*, beendet ihren Besuch in Accra. Mit der Regierung von Ghana werden die Aufnahme von direkten Handelsbeziehungen und ein Kulturaustausch vereinbart. Der Austausch von Handelsvertretungen mit konsularischem Status wird beschlossen.

Mittel-Kongo

18. Februar
In Brazzaville kommt es zu politischen Unruhen, bei denen 54 Menschen ums Leben kommen.

Sudan

17. Februar
Der jugoslawische Präsident, Marschall

Tito, beendet seinen Staatsbesuch im Sudan. In einem zum Abschluß der Besprechungen mit Präsident Ibrahim *Abbud Said* herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, die beiden Regierungen seien entschlossen, sich der Durchführung von Kernwaffenversuchen in Afrika unter allen Umständen zu widersetzen. Ferner wird Jugoslawien dem Sudan Kredite für die Finanzierung industrieller Projekte und den Ankauf von Maschinen und Frachtdampfern gewähren.

Tunesien

17. Februar
Staatspräsident Habib *Bourguiba* fordert auf einer Pressekonferenz in Tunis die Einstellung des algerischen Krieges und die Anerkennung der nationalen Wünsche Algeriens. Tunesien sei dafür bereit, Bizerta Frankreich weiterhin als Stützpunkt zu überlassen. Andernfalls werde Tunesien jedoch die Räumung aller französischen Stützpunkte auf seinem Staatsgebiet fordern.

25. Februar
Staatspräsident Habib *Bourguiba* erklärt in einem in der Pariser Zeitung *Figaro* veröffentlichten Interview, der französische Staatspräsident Charles *de Gaulle* sei der einzige, der den Krieg in Algerien beenden könne. Die Lage, in der sich Frankreich und die Algerische Befreiungsfront befänden, mache alle Verhandlungen unmöglich. Bourguiba schlägt vor, Algerien zu einem Mitgliedstaat der Französischen Gemeinschaft zu machen.

Vereinigte Arabische Republik

21. Februar
Staatspräsident Gamal Abdel *Nasser* erklärt in einer Ansprache zum ersten Jahrestag der Gründung der Vereinigten Arabischen Republik in Kairo, die VAR verbinde eine tiefe Freundschaft und der Geist der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Er zitiert einen Briefwechsel mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita S. *Chruschtschow,* in welchem dieser die Haltung der VAR dem Kommunismus gegenüber als eine Angelegenheit der inneren Politik, die nur die VAR angehe, bezeichnet habe.

21.—28. Februar
Staatsbesuch des jugoslawischen Präsidenten, Marschall *Tito.* In einem zum Abschluß der Besprechungen mit Staatspräsident Gamal Abdel *Nasser* herausgegebenen Kommuniqué wird eine internationale Wirtschaftshilfe für die unterentwickelten Länder gefordert, da diese eine Quelle der Unstabilität und der Bedrohung des Weltfriedens bildeten. Beide Staatsmänner geben ihrer Besorgnis über den Rüstungswettlauf Ausdruck und fordern das Verbot aller Kernwaffenversuche. Das Berlin-Problem müsse durch ein Abkommen aller Beteiligten gelöst werden. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland liege im Interesse aller Staaten und sei zur Erhaltung des Weltfriedens wünschenswert.

28. Februar
In Kairo wird zwischen Großbritannien und der Vereinigten Arabischen Republik ein Finanzabkommen unterzeichnet, das die Freigabe des während der Suez-Krise beschlagnahmten britischen Eigentums und eine Entschädigung für verstaatlichtes britisches Eigentum vorsieht. Großbritannien gibt die seit 1956 blockierten ägyptischen Sterling-Guthaben frei.

Zentralafrikanische Föderation

21. Februar
In Zomba in Njassaland kommt es zu Unruhen. Hastings *Banda,* der Führer der afrikanischen Nationalisten, fordert die unverzügliche Gewährung der Freiheit für Njassaland. Am 26. Februar wird in Südrhodesien der Ausnahmezustand erklärt und der Afrikanische Nationalkongreß, die Organisation der Afrikanischen Nationalisten, verboten.

AMERIKA

Kuba

16. Februar
Präsident Manuel *Urrutia* ernennt Fidel *Castro* zum Ministerpräsidenten.

20. Februar
Ministerpräsident Fidel *Castro* erklärt in einem Rundfunk- und Fernsehinterview, über 50 Jahre lang hätten sich die Vereinigten Staaten in die inneren Angelegenheiten Kubas eingemischt. Mit der Dro-

hung, die Zucker-Importquote herabzusetzen, hätten sie ihre imperialistischen Ziele durchgesetzt. Nun sei für Kuba die Zeit gekommen, selbständig seine Probleme zu lösen.

Mexiko

19.—21. Februar
Der amerikanische Präsident, Dwight D. *Eisenhower,* führt in Acapulco Besprechungen mit Präsident Adolfo *Lopez Mateos* über wirtschaftliche Fragen. In einer zum Abschluß der Besprechungen herausgegebenen gemeinsamen Erklärung wird die Zusammenarbeit beider Staaten zur Errichtung eines Staudammes am Rio Grande bekanntgegeben. Es wird betont, daß die persönlichen Beziehungen zwischen den beiden Präsidenten ein unentbehrliches Element der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten darstellten.

Vereinigte Staaten

18. Februar
Präsident Dwight D. *Eisenhower* erklärt auf einer Pressekonferenz unter Bezugnahme auf die Rede des sowjetischen Ministerpräsidenten in Tula (vgl. Sowjetunion), die Westmächte dächten nicht daran, sich mit Gewalt ihren Weg nach Berlin zu bahnen. Nach wie vor stünden sie zu ihren Verpflichtungen gegenüber West-Berlin. Sollte jemand versuchen, sie an der Erfüllung ihrer Pflichten zu hindern, so könne dies nur durch Gewalt geschehen. Wenn es Schießereien um Berlin geben würde, so müßten die Kommunisten sie beginnen.

22. Februar
Der Stabschef des Heeres, General Maxwell *Taylor,* erklärt vor dem Abrüstungs-Unterausschuß des Senates, die Vereinigten Staaten hätten alle notwendige Macht, etwaiger Gewaltanwendung in Berlin zu widerstehen, wenn sie ihre Reserven rechtzeitig mobilisierten.

25. Februar
Präsident Dwight D. *Eisenhower* erklärt auf einer Pressekonferenz in Washington, er sehe wenig Nutzen in einer Konferenz über die Deutschlandfrage und das Berlin-Problem, wenn Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* bereits im voraus alle westlichen Vorschläge verwerfe. Unter Bezugnahme auf die Rede von Ministerpräsident Chruschtschow vom 24. Februar (vgl. Sowjetunion) erklärt Eisenhower, die Ablehnung des westlichen Vorschlages einer Außenministerkonferenz sei keine hoffnungsvolle Entwicklung, um so weniger angesichts der Bemühungen des britischen Premierministers, Harold *Macmillan,* in Moskau eine günstigere Atmosphäre zu schaffen. Die Vereinigten Staaten würden kein Fußbreit ihrer Rechte in Berlin aufgeben und mit der gleichen Festigkeit versuchen, zu echten Verhandlungen zu kommen. Das Recht der Anwesenheit der Westmächte in Berlin und die Wahrung des freien Zugangs seien jedoch keine Verhandlungspunkte.

ASIEN

Burma

27. Februar
Das Abgeordnetenhaus wählt General *Ne Win* wieder zum Ministerpräsidenten.

Cypern

22. Februar
Die britischen Internierungslager auf der Insel werden aufgehoben und sämtliche inhaftierten cypriotischen Widerstandskämpfer freigelassen.

24. Februar
Der Deportationsbefehl gegen Erzbischof Myiarthes *Makarios* wird aufgehoben.

Iran

22. Februar
Der sowjetische Botschafter in Teheran, Nikolai M. *Pegov,* warnt die iranische Regierung vor dem Abschluß eines gegenseitigen Beistandspaktes mit den Vereinigten Staaten. Der Abschluß eines solchen militärischen Bündnisses werde den Iran zum Feind der Sowjetunion machen. Der Abbruch der Gespräche über einen iranisch-sowjetischen Nichtangriffspakt (vgl. Zeittafel in EA 5/1959) sei eine Beleidigung der Sowjetunion. Ministerpräsident Manutschehr *Eghbal* erklärt dazu, der Iran lasse sich nicht durch Drohungen einschüchtern. Schah *Mohammed Reza Pahlevi* erklärt am 24. Februar vor Senatoren

und Abgeordneten in Teheran, jeder sowjetische Angriff gegen den Iran werde einen Weltkrieg auslösen.

Israel

20. Februar

Premierminister David *Ben Gurion* weist in einem Presseinterview in Tel Aviv die arabische Ansicht zurück, eine verstärkte jüdische Einwanderung aus den osteuropäischen Ländern würde zu einer Expansion Israels führen. Da 80 vH des Landes noch unbebaut seien, könne Israel ohne Schwierigkeiten die 3 Millionen Juden aufnehmen, die hinter dem Eisernen Vorhang zurückgehalten würden. Ben Gurion spricht sich für eine friedliche Einigung mit den arabischen Staaten aus. Diese hänge jedoch von einer Stärkung der Demokratie in den arabischen Staaten, von der Erkenntnis bei den Nachbarn Israels, daß es nicht leicht sein werde, Israel zu zerstören, und von der Verminderung der Spannungen in der Welt ab.

Japan

18.—20. Februar

Besuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy *Brandt*. Am 19. Februar hat Brandt in Tokio mit Ministerpräsident Nobusuke *Kischi* und Außenminister Aiichiro *Fujiyama* eine Aussprache über internationale Fragen und wird von Kaiser *Hirohito* empfangen. Auf einer Pressekonferenz erklärt Brandt, er sei von dem Interesse und der Sympathie des Kaisers für Berlin bewegt und beeindruckt.

Internationale Organisationen

Organisation der Vereinten Nationen

17. Februar

Der Treuhandschaftsrat nimmt mit 12 gegen 1 Stimme (Sowjetunion) bei Stimmenthaltung der Vereinigten Arabischen Republik eine von den Vereinigten Staaten eingebrachte Resolution an, in der der Vollversammlung die Beendigung der Treuhandschaft über Französisch-Kamerun und die Gewährung der Unabhängigkeit zum 1. Januar 1960 empfohlen wird.

20. Februar

Die Vollversammlung tritt zur Erörterung des künftigen Status von Französisch-Kamerun zusammen. Der französische Delegierte Louis *Jacquinot* schlägt der Vollversammlung die Aufhebung der Treuhandschaft über Kamerun zum 1. Januar 1960 vor.

26. Februar

Generalsekretär Dag *Hammarskjöld* erklärt auf einer Pressekonferenz in New York, die Lösung der Berlin-Frage sei zunächst eine Angelegenheit der beteiligten Regierungen. Er habe nicht die Absicht, die Berlin-Frage in Moskau zur Sprache zu bringen, werde aber zu ihr Stellung nehmen, wenn es der Wunsch seiner Gastgeber sei, ihn über ihre Haltung zu informieren.

Nordatlantikpakt-Organisation (NATO)

25. Februar

Der Ständige Rat der NATO begrüßt auf einer Sitzung in Paris das Londoner Abkommen über den zukünftigen Status von Cypern.

Paneuropa-Union

17. Februar

Der Präsident der Paneuropa-Union, Graf *Coudenhove-Kalergi*, bezeichnet in einem Memorandum die Existenz zweier unabhängiger deutscher Staaten als eine der Grundtatsachen der heutigen Weltpolitik und fordert die internationale Anerkennung des bestehenden Zustandes ohne Friedensvertrag. Eine Wiedervereinigung in Freiheit sei ein Wunschtraum, die eigentliche Schicksalsfrage des deutschen Volkes laute: nationale Einheit oder persönliche Freiheit. Die Wiedervereinigung sei heute nur um den Preis einer Kapitulation vor dem Bolschewismus zu erreichen. Die Bundesrepublik solle statt dessen durch eine unauflösliche Union mit Frankreich den Kern der Vereinigten Staaten von Europa schaffen.

Zeittafel vom 1. bis zum 31. März 1959

Die Ereignisse in Europa

Bulgarien

15. März
Die Nationalversammlung beschließt eine Umbildung der Regierung. Die Industrie-Ministerien werden abgeschafft und durch dem Ministerrat verantwortliche Kommissionen ersetzt. Handelsminister Boris *Taskoff* wird durch den Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Raiko *Damianoff* abgelöst.

Deutschland

1. März
In Godesberg wird die vierte deutsch-französische Konferenz von Parlamentariern und Publizisten beendet. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen die politische Entwicklung in Westeuropa seit 1957 und das Verhältnis Westeuropas zu den afrikanischen und asiatischen Ländern. In seiner Begrüßungsansprache am 27. Februar ging Bundespräsident Theodor *Heuss* auf die geschichtlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich ein, er bezeichnete die Begegnungen zwischen Bundeskanzler Konrad *Adenauer* und Staatspräsident Charles *de Gaulle* als ein historisches Ereignis. Der sowjetische Propagandaversuch, das Schmerzhafte in der deutsch-französischen Vergangenheit aufzurühren, sei ohne Echo geblieben. Die Diskussion ergab völlige Einmütigkeit in der Berlin-Frage. Von den Teilnehmern wurde übereinstimmend betont, daß es in den deutsch-französischen Beziehungen keine unüberwindlichen Hindernisse mehr gebe.

3. März
Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* verzichtet auf eine Kandidatur für die Bundespräsidentenwahl.

4.—12. März
Der sowjetische Ministerpräsident, Nikita S. *Chruschtschow,* besucht die DDR. In einer Rede in Leipzig erklärt Chruschtschow, die Sowjetunion werde einen Friedensvertrag mit der DDR schließen, auch wenn die Bundesrepublik ihn nicht unterzeichnen würde. Die Wiedervereinigung sei jedoch eine Angelegenheit der beiden deutschen Staaten. Bei einem Mittagessen im Leipziger Neuen Rathaus erklärt Chruschtschow am 5. März, der bisher genannte Termin der Uebergabe der Kontrollrechte an die DDR zum 27. Mai sei nicht ultimativ. Wenn der Westen vernünftig verhandeln wolle, könne die Uebergabe auch am 27. Juni oder am 27. Juli geschehen. Am 7. März versichert Chruschtschow vor einer „Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz" in Leipzig, die Sowjetunion werde niemals in eine Wiedervereinigung Deutschlands unter Preisgabe der DDR einwilligen. An die Frage der Wiedervereinigung müsse man vom Klassenstandpunkt herangehen. Eine Wiedervereinigung, wie sie die kapitalistische Welt unter Aufgabe der sozialistischen Errungenschaften der DDR fordere, sei völlig irreal. Auf einer Kundgebung am 9. März in Ost-Berlin erklärt Ministerpräsident Chruschtschow, die Sowjetunion sei bereit, alles zu tun, damit die Freiheit und Unabhängigkeit von West-Berlin nicht gefährdet werde. Sie erhebe keinen Widerspruch gegen eine Einschaltung der Vereinten Nationen in der Berlin-Frage oder gegen eine Garantie des Status einer Freien Stadt West-Berlin durch die vier Großmächte und andere, neutrale Staaten mit einem Minimum an Truppen. Am 10. März trifft Chruschtschow mit Ministerpräsident Otto *Grotewohl* in Ost-Berlin zu einem Gespräch über aktuelle Fragen zusammen. In einem zum Abschluß der Besprechungen herausgegebenen Kommuniqué wird betont, es sei volle Einmütigkeit über die Einschätzung der internationalen Lage und über die Wege zur Erhaltung des Friedens und der Gewährleistung der europäischen Sicherheit erzielt worden. Beide

Seiten seien der Ansicht, daß der Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Liquidierung des Besatzungsregimes in West-Berlin besondere Bedeutung zugemessen werden müsse. Beide Regierungen seien überzeugt, daß die Bildung einer Konföderation den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands eröffne.

5.—11. März
Der Präsident des finnischen Reichstags, Karl August *Fagerholm,* besucht in Begleitung einiger anderer Parlamentarier die DDR. Vor Abschluß des Besuchs erklärt Fagerholm in einem Interview mit *ADN* am 10. März, er vertrete die Auffassung, daß die internationalen Spannungen auf dem Wege von Verhandlungen beseitigt werden könnten und müßten. Das finnische Volk wünsche, daß die deutsche Frage den Vorstellungen des deutschen Volkes entsprechend gelöst werde.

6. März
Bundeskanzler Konrad *Adenauer* erklärt in einem Bericht vor dem Bundeskabinett über seine Besprechungen mit dem französischen Staatspräsidenten Charles *de Gaulle* (vgl. Frankreich), die französische Regierung stimme völlig mit der Bundesregierung in der Ablehnung der Disengagement-Pläne überein. Dies bedeute jedoch nicht, daß dieses Thema nicht in Ost-West-Verhandlungen behandelt werden könne.

Bundesverteidigungsminister Franz Josef *Strauß* wendet sich in einem Interview mit der Recklinghausener Wochenzeitung *Echo der Zeit* gegen eine Politik des militärischen Disengagements in Europa. Eine solche Politik stelle eine Gefahr für die operative Verteidigungsbasis des Westens dar, da der Ostblock ein ungeheuer großes Hinterland besitze. Ein machtleeres Gebiet an der Westgrenze der Sowjetunion würde diese nur zu einem brutalen Griff im richtigen politischen Augenblick verlocken. Ein militärisches Disengagement habe nur dann einen Sinn, wenn gleichzeitig auf beiden Seiten die Bereitschaft zu einem politischen Disengagement vorhanden sei und die Sowjetunion bereit sei, für die politische Selbstbestimmung in diesem Gebiet einzutreten.

7. März
Der Ministerpräsident der DDR, Otto *Grotewohl,* erklärt auf einem Empfang für den sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita S. *Chruschtschow* in Ost-Berlin, die DDR werde keine Blockade über West-Berlin verhängen.

9. März
Der sowjetische Ministerpräsident, Nikita S. *Chruschtschow,* empfängt in der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin den Vorsitzenden der SPD, Erich *Ollenhauer,* zu einem Meinungsaustausch, bei dem, dem gemeinsamen Kommuniqué zufolge, Fragen berührt werden, die „den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, den Status von West-Berlin, die Liquidierung des Besatzungsregimes in West-Berlin, die Festigung des Friedens und die Sicherheit in Europa“ betreffen. In dem Kommuniqué betonen beide Gesprächspartner, daß die verschiedenen Probleme auf friedliche Weise gelöst werden müssen. Auf einer Pressekonferenz in West-Berlin erklärt Ollenhauer, er habe den Eindruck, daß die Sowjetunion alle Anstrengungen unternehme, um einen Krieg zu vermeiden. Seiner Auffassung nach gebe es Ansatzpunkte zu Verhandlungen. In einer ganzen Reihe von Punkten sei in seinem Gespräch jedoch keine Uebereinstimmung erzielt worden.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy *Brandt,* lehnt eine Einladung des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow,* zu einem Gespräch in Ost-Berlin ab.

10. März
Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy *Brandt,* lehnt in einer Rede vor dem Berliner Abgeordnetenhaus die Vorschläge *Chruschtschows* für eine internationale Garantie für West-Berlin (s. o.) ab. Die jüngsten Ausführungen des sowjetischen Ministerpräsidenten ließen den Verdacht aufkommen, die Sowjetunion sei an einer Wiedervereinigung Deutschlands nicht interessiert und beabsichtige, den gegenwärtigen Zustand aufrechtzuerhalten.

Der Vorsitzende der SPD, Erich *Ollenhauer,* erklärt im Süddeutschen Rundfunk, sein Gespräch mit Ministerpräsident *Chru-*

schtschow habe ihn überzeugt, daß keine der beiden Seiten einen Krieg wolle. Der Westen müsse sich entschließen, eigene Vorschläge auszuarbeiten, die seinen guten Willen erkennen ließen, zu einer Lösung zu kommen, die bei gleichem guten Willen auch für die andere Seite annehmbar sein könne.

12.—13. März
Der britische Premierminister, Harold *Macmillan,* und Außenminister Selwyn *Lloyd* führen in Bonn Besprechungen mit Bundeskanzler Konrad *Adenauer* und Außenminister Heinrich *von Brentano.* Bundespressechef Felix *von Eckardt* erklärt nach Abschluß der Besprechungen, die Gespräche hätten Einigkeit in der grundsätzlichen Betrachtung der Berlin-Krise, der Deutschland-Frage und der Probleme der europäischen Sicherheit ergeben. Beide Regierungen seien zu Gesprächen mit der Sowjetunion bereit, die gegebenenfalls auch auf einer Gipfelkonferenz geführt werden könnten.

13. März
Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes gibt bekannt, daß zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien ein Meinungsaustausch über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen geführt worden sei, der jedoch zu keinem Ergebnis geführt habe.

13.—15. März
In Königswinter findet das 10. deutsch-englische Parlamentarier-Treffen statt. In fünf Studiengruppen werden das Berlin-Problem und die deutsche Wiedervereinigung, Fragen der europäischen Sicherheit, des Nationalismus und Kommunismus außerhalb Europas sowie das Verhältnis Großbritanniens zu Europa und dem Gemeinsamen Markt erörtert.

18. März
Die stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Carlo *Schmid* und Fritz *Erler* berichten vor der Presse über ihre Reise in die Sowjetunion (vgl. Sowjetunion). Ihr Gespräch mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita S. *Chruschtschow* habe sie davon überzeugt, daß es das Ziel der sowjetischen Politik sei, den bestehenden Zustand in Deutschland und damit die deutsche Spaltung durch einen Friedensvertrag rechtlich zu festigen. Chruschtschow habe erklärt, der Friedensvertrag werde am besten mit beiden deutschen Staaten abgeschlossen, wobei sich die deutschen Friedensverträge in Einzelheiten unterscheiden könnten. Wenn sich die Westmächte nicht dazu bereit fänden, werde die Sowjetunion allein mit der DDR einen Friedensvertrag vereinbaren, und dann würde Berlin eine Stadt der DDR sein. Bis zum Friedensvertrag werde nichts gegen West-Berlin unternommen werden, nach Abschluß eines solchen werde die Lage West-Berlins gemäß den sowjetischen Vorschlägen geregelt werden, falls es nicht zu gemeinsamen Abmachungen käme. Auf den Vorschlag der sozialdemokratischen Politiker für eine schrittweise Zusammenführung der beiden Teile Deutschlands in Verbindung mit schrittweiser militärischer Entspannung habe Chruschtschow entgegnet, solche Vereinbarungen könnten einen Druck auf die DDR bedeuten. Die Sowjetunion werde jeder Vereinbarung zustimmen, die zwischen der Bundesrepublik und der DDR geschlossen werde. Sie werde es auch anerkennen, wenn die Bevölkerung ohne Einmischung von außen ein anderes Staatssystem wähle. Bei einer Einmischung von außen, auch aus der Bundesrepublik, werde die Sowjetunion aber ihre Verpflichtungen gemäß dem Warschauer Pakt gegenüber der DDR erfüllen. Schmid berichtet, auf den Hinweis, daß freie Wahlen der natürlichste Ausdruck jedes Selbstbestimmungsrechtes seien, habe Chruschtschow erwidert, wenn die 50 Millionen Deutschen in der Bundesrepublik die 17 Millionen Deutschen in der DDR überstimmten, werde die Mehrheit, aber nicht die Wahrheit siegen.

19. März
Der Vorsitzende der SPD, Erich *Ollenhauer,* gibt einen von Partei- und Fraktionsvorstand einstimmig angenommenen Deutschland-Plan der SPD bekannt. Als Voraussetzung einer Lösung der politischen Probleme wird eine militärische Entspannung gesehen. Der Plan sieht eine Deutschland, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn umfassende Entspannungs-

zone vor, aus der die Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Paktes ihre Truppen abziehen und die verbleibenden nationalen Truppen Rüstungsbeschränkungen und dem Verbot von Kernwaffen unterliegen sollen. Ein kollektives Sicherheitsabkommen unter Beteiligung der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion solle die Unverletzlichkeit der Staaten in der Entspannungszone garantieren. Der gegenwärtige Status von Berlin solle bis zur Regelung der deutschen Frage beibehalten werden. Angesichts der verschiedenen inneren Entwicklung beider Teile Deutschlands setze die Wiederherstellung der deutschen Einheit eine allmähliche Annäherung in Stufen voraus. So müßten gemeinsame Organe zur schrittweisen Zusammenführung gebildet werden. Eine paritätische gesamtdeutsche Konferenz von Beauftragten der beiden Regierungen solle Regelungen über innerdeutsche Angelegenheiten vereinbaren und die Wahl eines gesamtdeutschen parlamentarischen Rates ausschreiben, der je zur Hälfte in beiden Teilen Deutschlands gewählt werden solle. Später solle der Rat ein Gesetz für die Wahl einer gesamtdeutschen Nationalversammlung erlassen, die eine Verfassung ausarbeiten solle. Nach ihrem Inkrafttreten sollen Wahlen zu einem gesamtdeutschen Parlament abgehalten werden, das die gesamtdeutsche Regierung bildet.

20. März

Ein Sprecher der Bundesregierung erklärt, die Bundesregierung lehne den Deutschland-Plan der SPD ab. Der Plan enthalte keine Koppelung militärischer und politischer Lösungen und fordere in seinen Vorstellungen über das Auseinanderrücken der Truppen eine einseitige Vorleistung des Westens. Die Wiedervereinigung werde ganz in das Belieben der Regierung der DDR gestellt. Der Vorschlag paritätischer gemeinsamer Organe erkenne die DDR als gleichberechtigt an, im Widerspruch zu den einstimmigen Beschlüssen des Bundestages. Freie Wahlen seien erst nach der Verabschiedung einer gesamtdeutschen Verfassung vorgesehen, das heiße, nachdem die Entscheidungen gefallen seien. Deshalb gefährde dieser Plan entscheidend die demokratische Entwicklung Gesamtdeutschlands.

Die FDP veröffentlicht ein Memorandum über die Grundrisse eines deutschen Friedensvertrages. Zugleich mit dem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland sollten Verträge über ein europäisches Sicherheitssystem und eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa abgeschlossen werden. Der Friedensvertrag müsse die volle Souveränität und das Recht des deutschen Volkes auf Wiederherstellung seiner staatlichen Einheit anerkennen und die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Annahme des Friedensvertrages mit der Wiedervereinigung zusammenfalle. Die vertragschließenden Mächte sollen Deutschland die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten zusichern. Deutschland solle sich verpflichten, auf jegliche militärischen Bündnisse gegen Ost oder West zu verzichten, sich aber zum Beitritt in ein kollektives Sicherheitssystem, dem auch die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich angehören sollten, bereit erklären. Eigene nationale Streitkräfte sollen Deutschland eine wirksame Landesverteidigung ermöglichen.

20.—21. März

Besuch des italienischen Ministerpräsidenten, Antonio *Segni*, und des Außenministers Giuseppe *Pella* in Bonn. In Fortsetzung der unmittelbaren Konsultationen zwischen den Regierungschefs erörtern Segni und Pella mit Bundeskanzler Konrad *Adenauer* die Möglichkeit einer italienischen Teilnahme bei künftigen Ost-West-Verhandlungen. Nach Abschluß der Besprechungen erklärt ein italienischer Sprecher vor der Presse, Italien lehne entschieden jede Neutralisierung und jede Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa ab.

23. März

Bundeskanzler Konrad *Adenauer* empfängt den Vorsitzenden der SPD, Erich *Ollenhauer*, und die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Carlo *Schmid* und Fritz *Erler* zu einer Unterredung über ihre Eindrücke von den Gesprächen mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, und zu einer allgemeinen

Aussprache über die außenpolitische Entwicklung.

26. März

In Beantwortung der sowjetischen Note vom 2. März unterstützt die Regierung der DDR die sowjetischen Vorschläge und befürwortet den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland.

Tod des deutschen Mitglieds der Hohen Behörde der Montanunion in Luxemburg und ehemaligen Vizekanzlers, Franz *Blücher*.

27. März

Im Luftkorridor nach Berlin kommt es zu einem Zwischenfall: Sowjetische Düsenjäger behindern eine amerikanische Militärmaschine. Die sowjetischen Militärbehörden beantworten den amerikanischen Protest mit einem Gegenprotest, in dem es heißt, der Luftraum über 3300 Meter über dem Gebiet der DDR sei den sowjetischen Streitkräften vorbehalten.

Frankreich

4. März

Bundeskanzler Konrad *Adenauer* trifft in Paris mit Premierminister Michel *Debré* und in Marly bei Paris mit Staatspräsident Charles *de Gaulle* zu einem Gedankenaustausch über aktuelle Fragen zusammen.

6. März

Staatspräsident Charles *de Gaulle* erklärt in der Sitzung des Ministerrates zu seinem Zusammentreffen mit Bundeskanzler *Adenauer*, die Haltung Frankreichs zur augenblicklichen Lage sei unverändert geblieben. An der völligen Solidarität der französischen Regierung mit ihren Verbündeten habe sich nichts geändert. De Gaulle bestätigt den Willen der Regierung, keine Möglichkeit zur friedlichen Regelung des Berlin-Konfliktes unversucht zu lassen.

9.—10. März

Der britische Premierminister, Harold *Macmillan*, und Außenminister Selwyn *Lloyd* treffen in Paris mit Staatspräsident Charles *de Gaulle*, Premierminister Michel *Debré* und Außenminister Maurice *Couve de Murville* zu einem Gedankenaustausch über die Berlin-Frage, das Deutschland-Problem, die Möglichkeit eines deutschen Friedensvertrages und Fragen der europäischen Sicherheit zusammen. Bei seiner Ankunft auf dem Flugplatz bezeichnet Premierminister Macmillan seinen Besuch als ersten in einer Reihe von Konsultationen, um die westlichen Verbündeten Großbritanniens von den Ergebnissen seiner Moskau-Reise zu unterrichten.

15. März

Die französische Regierung teilt der NATO und den Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantik-Paktes ihren Beschluß mit, die französische Mittelmeerflotte im Kriegsfalle nicht dem Kommando der NATO zu unterstellen, um ihren besonderen Aufgaben im Mittelmeer Rechnung zu tragen.

18.—20. März

Besuch des italienischen Ministerpräsidenten, Antonio *Segni*, und des Außenministers Giuseppe *Pella*. Am 18. März erörtern Segni und Pella mit dem Oberkommandierenden der Atlantikpakt-Streitkräfte, General Lauris *Norstad*, die Mitarbeit Italiens bei den Sicherheitsproblemen des Westens und am 19. März mit Premierminister Michel *Debré* und Außenminister Maurice *Couve de Murville* die Berlin-Frage und das Deutschland-Problem. Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt, die französischen Minister hätten die Rolle geprüft, die Italien bei den Verhandlungen spielen könne. Es sei vollständige Uebereinstimmung erzielt worden. Am 20. März haben Segni und Pella eine Unterredung mit Staatspräsident Charles *de Gaulle*.

25. März

Staatspräsident Charles *de Gaulle* befürwortet auf einer Pressekonferenz im Elysée-Palast eine Ost-West-Außenministerkonferenz und erklärt sich bereit, wenn diese Konferenz Aussicht auf eine Verständigung ergeben sollte, mit Premierminister Michel *Debré* an einer Gipfelkonferenz teilzunehmen. In der Berlin-Frage tritt er für Festigkeit in den Verhandlungen ein. Frankreich könne sich in der Berlin-Frage nicht neutral verhalten. Die völlig freie Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands erscheine als das normale Schicksal des deutschen Vol-

kes, unter der Voraussetzung, daß dadurch nicht die gegenwärtigen Grenzen gegenüber dem Westen, dem Osten, dem Norden und dem Süden in Frage gestellt werden.

Griechenland

2.—4. März
Der jugoslawische Staatspräsident, Marschall *Tito*, führt auf der Insel Rhodos Besprechungen mit Ministerpräsident Konstantin *Karamanlis* und Außenminister Evanghelos *Averoff*. In einem zum Abschluß der Besprechungen herausgegebenen gemeinsamen Kommuniqué erklären beide Staatsmänner ihre Bereitschaft, sich für engere Beziehungen zwischen beiden Staaten einzusetzen.

Großbritannien

1. März
Oppositionsführer Hugh *Gaitskell* erklärt auf einer Versammlung in Halifax, es bestehe kein Grund, auf einer Außenministerkonferenz zu beharren. Er fordert die Westmächte auf, den sowjetischen Vorschlag einer Gipfelkonferenz unverzüglich anzunehmen. Gerade gegenwärtig lägen in allen beteiligten Staaten die wirklichen Entscheidungen in den Händen der Regierungschefs. Gaitskell spricht sich für eine Teilnahme Polens und der Tschechoslowakei an Gesprächen über die Deutschland-Frage aus.

4. März
Premierminister Harold *Macmillan* bezeichnet seine Reise in die Sowjetunion vor dem Unterhaus als einen Gewinn. Trotz großer Meinungsverschiedenheiten sei Uebereinstimmung erzielt worden über das Prinzip, Differenzen zwischen Nationen durch Verhandlungen zu lösen. Die Regierung sei unter folgenden Bedingungen zu einer britisch-sowjetischen Nichtangriffserklärung bereit: 1. daß in allen Streitfragen beide Länder nach dem Geist und dem Buchstaben der Charta der Vereinten Nationen handeln sollten; 2. daß keine Regierung einseitig versuchen solle, Rechte, Verpflichtungen und lebenswichtige Interessen des anderen Landes zu präjudizieren; 3. daß beide Regierungen auf der Basis dieser beiden Prinzipien übereinkommen, Streitigkeiten durch Verhandlungen und nicht durch Gewalt zu regeln. Eine solche Erklärung würde in keiner Weise die bestehenden Defensiv-Bündnisse beeinträchtigen. Macmillan fordert die Verbündeten auf, einen teilweisen Abzug von Streitkräften aus Europa zu erwägen.

13.—23. März
Eine Gruppe von sowjetischen Politikern unter Leitung des Sekretärs des Zentralkomitees der KPdSU Michail A. *Suslow* hält sich auf Einladung der Labour Party zu informatorischen Gesprächen in Großbritannien auf. Am 18. März erklärt Suslow vor dem Unterhaus, die Sowjetunion habe in der Berlin-Frage kein anderes Ziel, als die gefährliche Spannung zu vermindern. Er sei überrascht, daß die Westmächte dies als einen Druck und ein Ultimatum deuteten. Am 20. März hat Suslow einen Gedankenaustausch mit dem Führer der Opposition, Hugh *Gaitskell*, und Aneurin *Bevan* über aktuelle Fragen.

16.—18. März
Besuch des italienischen Außenministers, Giuseppe *Pella*. Am 17. März trifft Pella mit Außenminister Selwyn *Lloyd* in London zusammen, der ihn über seine Reisen mit Premierminister Harold *Macmillan* in die Sowjetunion, die Bundesrepublik und Frankreich unterrichtet. Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt, die Aussprache habe sich darauf bezogen, welche Rolle Italien bei künftigen Verhandlungen mit der Sowjetunion spielen könne.

25. März
Premierminister Harold *Macmillan* erklärt nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten (vgl. Vereinigte Staaten) vor dem Unterhaus, die Konsultationen innerhalb der NATO seien noch nicht beendet. Die Westmächte seien sich darüber einig, daß den West-Berlinern ein Leben nach ihrem eigenen Willen garantiert werden müsse. Macmillan erklärt, er habe mit den Verbündeten Anregungen für eine Zone kontrollierter Begrenzung der Streitkräfte in Mitteleuropa erörtert.

30. März
Das Außenministerium gibt die Räumung des britischen Stützpunktes Habbanija im

Irak gemäß einer Vereinbarung mit der irakischen Regierung bekannt.

Italien

17. März

Der Nationalrat der Christlich-Demokratischen Partei nimmt das Rücktrittsgesuch von Amintore *Fanfani* an und wählt den ehemaligen Unterrichtsminister Aldo *Moro* zum Parteisekretär.

27. März

Das Außenministerium hebt das auf Grund der Spannungen in Südtirol ausgesprochene Einreiseverbot für Tiroler Politiker auf (vgl. Zeittafel in EA 6/1959).

Jugoslawien

6. März

Staatspräsident *Tito* bezeichnet in einer Rede in Skoplje die antijugoslawische Kampagne der Ostblockstaaten gegen seine Asien- und Afrikareise als beschämend. Während Jugoslawien die Prinzipien der friedlichen Koexistenz in den asiatischen und afrikanischen Staaten zu verbreiten und das Vertrauen dieser Staaten gegenüber anderen Staaten zu stärken suche, werde es fälschlicherweise beschuldigt, deren Beziehungen mit den übrigen kommunistischen Staaten vergiften zu wollen.

14. März

Die jugoslawische Regierung beruft ihren Gesandten in Albanien ab.

24. März

Die jugoslawische Regierung beschuldigt in einer Erklärung des Außenministeriums Bulgarien, es betreibe systematisch und planmäßig eine feindselige Politik gegenüber Jugoslawien, die eine ernsthafte Bedrohung des Friedens darstelle.

24.—27. März

Informationsbesuch einer vierköpfigen SPD-Bundestagsdelegation unter Leitung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Fritz *Erler*. In einem Gespräch mit Vertretern des Sozialistischen Bundes der Werktätigen Jugoslawiens erörtern die SPD-Abgeordneten die Deutschland-Frage und das Berlin-Problem. Am 25. März werden sie von Staatspräsident *Tito* in Brioni zu einem Gespräch über die gegenwärtigen internationalen Probleme empfangen.

Niederlande

12. März

Bei den Parlamentswahlen erhalten die Katholische Volkspartei 49 Sitze, die Partei der Arbeit 48 Sitze, die Liberale Vereinigung für Freiheit und Demokratie 19 Sitze, die Protestantisch-Antirevolutionäre Partei 14 Sitze, die Christlich-Historische Union 12 Sitze, die Kommunistische Partei 3 Sitze, die Reformierte Partei 3 Sitze und die Pazifistischen Sozialisten 2 Sitze.

Oesterreich

4. März

In einer Südtirol-Debatte billigt der Nationalrat einstimmig eine Entschließung, in der die Regierung ermächtigt wird, die Südtirol-Frage vor die Vereinten Nationen oder ein anderes internationales Forum zu bringen, falls sich weitere direkte Verhandlungen mit Italien als zwecklos erweisen sollten. Außenminister Leopold *Figl* und Sprecher aller Parteien befürworten eine Landesautonomie für Südtirol und eine gerechte Vertretung der deutschsprachigen Bevölkerungsgruppe in Uebereinstimmung mit dem Gruber-De Gasperi-Abkommen aus dem Jahre 1946 und dem italienischen Friedensvertrag.

12. März

Der Nationalrat beschließt seine Auflösung und die Ausschreibung von Neuwahlen zum 10. Mai.

Polen

10.—19. März

In Warschau findet der 3. Parteikongreß der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei statt. In seiner Eröffnungsrede richtet der Erste Sekretär der Partei, Wladyslaw *Gomulka*, scharfe Angriffe gegen die Bundesrepublik. Gomulka unterstützt die sowjetischen Deutschland-Vorschläge, er verwirft freie Wahlen zur Wiedervereinigung. Die Bundesregierung, die seit Jahren der deutschen Nation den Geist der Rachelust für den verlorenen Krieg einimpfe, würde solche Wahlen in ein Plebiszit gegen die Oder-Neiße-Grenze verwandeln. Am 11. März rechtfertigt Gomulka seine seit Oktober 1956 verfolgte politische Linie und erklärt, der Marxismus sei eine sich

ewig entwickelnde Theorie, die nach den besonderen Bedingungen jedes Landes und gemäß seiner historischen Etappe angewendet werden müsse. Gomulka lehnt das „demagogische Geschrei" der Dogmatiker ab, die statt Methoden der Ueberzeugung administrative Mittel anwenden wollten, um die Widersprüche im Volk zu lösen. Der stellvertretende Ministerpräsident und Vorsitzende der Zentralen Planungskommission, Stefan *Jedrychowski*, erläutert am 13. März den Fünfjahrplan für die Jahre 1961—1965, der eine Steigerung der industriellen Produktion um 80 vH und eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung um 30 vH vorsieht. Am 15. März erklärt der Präsident des Staatsrates, Aleksander *Zawadzki*, die stalinistische Periode sei unwiderruflich vergangen. Außenminister Adam *Rapacki* bezeichnet als Grundziele der polnischen Außenpolitik: 1. den proletarischen Internationalismus in enger Freundschaft mit der Sowjetunion; 2. die Solidarität mit allen Völkern, die für ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit kämpfen; 3. die friedliche Koexistenz mit den kapitalistischen Ländern. Eine deutsche Wiedervereinigung könne nur auf der Grundlage einer kernwaffenfreien Zone, einer Rüstungsbegrenzung, der Anerkennung der gegenwärtigen Grenzen und der Respektierung der Rechte der DDR stattfinden. Der Parteikongreß endet mit der Aufnahme von Zenon *Kliszko*, General Marian *Spychalski* und Edward *Gierek* in das Politbüro. Achtzehn bisherige Mitglieder werden aus dem Zentralkomitee entfernt, zwanzig neue gewählt.

Sowjetunion

1. März
In einem Artikel der Zeitung *Iswestija* wird Pakistan vor dem Abschluß eines Militärabkommens mit den Vereinigten Staaten gewarnt. Ein solches Abkommen erhöhe die Spannungen im Mittleren Osten und bringe Pakistan in die Gefahr, in die militärischen Abenteuer der Vereinigten Staaten hineingezogen zu werden.

2. März
Neue Deutschland-Noten an die Westmächte, die Bundesrepublik und die DDR sowie an die mit ihren Streitkräften am Krieg gegen Deutschland beteiligten Staaten (vgl. den Wortlaut in EA 5/1959, S. D 95).

3. März
Der britische Premierminister, Harold *Macmillan*, beendet seinen Besuch in der Sowjetunion. Am 1. März hatte Macmillan auf einem Empfang der Stadt Leningrad die Sowjetunion aufgefordert, eine Lösung der internationalen Probleme gemeinsam mit dem Westen am Verhandlungstisch zu suchen. Die Welt werde möglicherweise in Kürze vor gefährlichen Situationen stehen, die nur durch internationale Verhandlungen gemeistert werden könnten. Am 2. März war Premierminister Macmillan zu einem weiteren politischen Gespräch mit Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* in Moskau zusammengetroffen, an dem auch der britische Außenminister, Selwyn *Lloyd*, der sowjetische Außenminister, Andrej *Gromyko*, und der Erste Stellvertretende Ministerpräsident, Anastas I. *Mikojan*, teilnahmen. Bei einem Empfang im Kreml schlug Macmillan vor, an Stelle eines von der Sowjetunion vorgeschlagenen Nichtangriffspaktes zwischen Großbritannien und der Sowjetunion eine britisch-sowjetische Erklärung abzugeben, in der sich beide Staaten darauf einigen, ihre Streitigkeiten gemäß der Charta der Vereinten Nationen zu lösen und auf Gewaltanwendung zugunsten von Verhandlungen zu verzichten. (Wortlaut des gemeinsamen Schlußkommuniqués in EA 5/1959, S. D 101.)

Die Regierung veröffentlicht einen Entwurf für einen sowjetisch-britischen Nichtangriffspakt, der im einzelnen vorsieht: 1. Verzicht auf Gewaltanwendung; 2. Verzicht auf Militärstützpunkte auf fremdem Hoheitsgebiet sowie auf Basen fremder Truppen auf eigenem Gebiet; 3. Streitregelung durch Verhandlungen und andere, in der UN-Charta vorgesehene Mittel; 4. Verpflichtung zur Neutralität im Falle eines Angriffs auf einen der Partner. Der vorgeschlagene Nichtangriffspakt soll eine Geltungsdauer von 20 Jahren haben. Jeder europäische Staat und die Vereinigten Staaten sollen die Möglichkeit des Beitritts haben.

11.—17. März
Die stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Carlo *Schmid* und Fritz *Erler* besuchen die Sowjetunion zu informatorischen Gesprächen mit sowjetischen Politikern. Am 16. März werden sie von Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* empfangen. Nach dem Gespräch erklärt Carlo Schmid, es gebe einige Punkte, in denen Uebereinstimmung bestehe, im allgemeinen seien aber ausgesprochene Meinungsverschiedenheiten zutage getreten. Sie hätten aus ihrer Begegnung mit Chruschtschow die Ueberzeugung mitgenommen, daß die sowjetische Regierung in dem Bewußtsein ihrer wachsenden wirtschaftlichen und militärischen Macht fest entschlossen sei, ihre Konzeption des deutschen Friedensvertrages durchzusetzen. (Vgl. Deutschland.)

15. März
In einem Artikel der *Prawda* wird erklärt, die Sowjetunion betrachte den sowjetisch-iranischen Beistandspakt von 1921 weiterhin als gültig und nehme die einseitige Kündigung der Artikel 5 und 6 durch die iranische Regierung (vgl. Zeittafel in EA 6/1959, Iran) nicht an.

16. März
Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* erklärt auf einem Empfang zu Ehren des Besuches einer irakischen Wirtschaftsdelegation in Moskau, der Präsident der VAR, Gamal Abdel *Nasser*, habe kein Verständnis dafür, daß sich der Irak nicht der VAR anschlösse. Eine solche Frage müßten die Völker jener Länder jedoch selbst entscheiden. Er erinnert an die sowjetische Hilfe für die arabischen Länder im Kampf gegen den Imperialismus und die Verbesserung ihrer Wirtschaft. Die Sowjetunion sei daher ungehalten über die Erklärungen Nassers gegen den Kommunismus (vgl. Vereinigte Arabische Republik).

19. März
Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* erklärt sich auf einer Pressekonferenz mit einer Außenministerkonferenz über Deutschland am 11. Mai einverstanden. Die Sowjetunion erkenne die Besatzungsrechte der Westmächte in West-Berlin an, glaube aber, daß nach vierzehn Jahren ein Friedensvertrag unterzeichnet werden sollte. Wenn der Westen vernünftige Vorschläge unterbreite, sei die Sowjetunion zur Erörterung dieser Pläne bereit. Die Sechs-Monate-Frist sei nie ein Ultimatum gewesen, sondern nur eine Art Richtschnur. Auch nach Abschluß eines Friedensvertrages — gegebenenfalls mit der DDR allein — würden sowjetische Truppen auf dem Gebiet der DDR bleiben, bis Vereinbarungen zwischen der NATO und den Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts getroffen seien.

20. März
Der Stellvertretende Ministerpräsident und Vorsitzende der staatlichen Planungskommission, Josej *Kusmin*, wird seiner Aemter enthoben und durch den Stellvertretenden Ministerpräsidenten Alexej *Kosygin* ersetzt.

22. März
Radio Moskau beschuldigt die Regierung der Vereinigten Arabischen Republik, eine wilde und hysterische Kampagne gegen den Kommunismus zu führen. Die Politik der Regierung von Staatspräsident Gamal Abdel *Nasser* lasse sich mit der Hitlers und Mussolinis vergleichen. Wer heute unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Kommunismus Zwietracht unter den Völkern säe, während der Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den Imperialismus, weitergehe, werde schließlich zu einem Dolch im Rücken der arabischen Nation werden.

25. März
Die Regierung bezeichnet in einer offiziellen Erklärung die Militärbündnisse der Vereinigten Staaten mit der Türkei, dem Iran und Pakistan als einen gegen die Sowjetunion gerichteten unfreundlichen Akt. Sie sei dadurch gezwungen, besondere Schritte zur Sicherung ihrer Südgrenzen zu unternehmen.

26. März
Die Westmächte und die Bundesrepublik Deutschland lassen in Moskau ihre Antworten auf die sowjetischen Noten vom 2. März überreichen. Sie schlagen die Einberufung einer Deutschland-Konferenz der Außenminister für den 11. Mai in Genf vor, an der deutsche Berater teil-

nehmen sollen. Die Außenministerkonferenz solle versuchen, konstruktive Vorschläge für ein Treffen der Regierungschefs auszuarbeiten. Die Tagesordnung der Außenministerkonferenz solle jedoch nicht auf die Erörterung des Berlin-Problems und eines deutschen Friedensvertrags beschränkt werden, sondern die Möglichkeit zur Erörterung aller mit dem Deutschland-Problem in Zusammenhang stehenden Fragen bieten. Die Regierungen der Westmächte erklären ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer Gipfelkonferenz der vier Regierungschefs, wenn der Verlauf der Außenministerkonferenz eine solche rechtfertige.

26.—28. März

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld,* führt am 26. März in Moskau mit Außenminister Andrej *Gromyko* und am 27. März in Sotschi mit Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* Besprechungen über aktuelle Fragen. Vor seinem Abflug erklärt Hammarskjöld, sein Aufenthalt in der Sowjetunion sei wie immer sehr nützlich gewesen.

30. März

In Beantwortung der Noten der Westmächte vom 26. März stimmt die sowjetische Regierung dem westlichen Vorschlag zu, für den 11. Mai eine Außenministerkonferenz nach Genf einzuberufen. Sie erklärt sich damit einverstanden, bei der Konferenz das Deutschland-Problem, einschließlich eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Berlin-Frage, zu erörtern. Sie stimmt einer Vertretung der beiden deutschen Staaten an der Außenministerkonferenz zu und spricht ihre Hoffnung aus, daß auf der Konferenz über die Beteiligung der Außenminister Polens und der Tschechoslowakei volle Einigkeit erzielt werde. In ihrer Antwortnote an die Bundesrepublik vom 31. März fordert die sowjetische Regierung die Bundesregierung auf, eine realistischere Haltung zur Deutschland-Frage einzunehmen und nicht die Ost-West-Verhandlungen durch unnötige Polemiken und unbegründete Vorwürfe zu präjudizieren. In Beantwortung der Note der DDR vom 26. März gibt die sowjetische Regierung ihrer Befriedigung Ausdruck, daß die Regierung der DDR sich mit den sowjetischen Vorschlägen einverstanden erklärt habe.

Türkei

4. März

Die Nationalversammlung billigt mit 347 gegen 138 Stimmen das Londoner Cypern-Abkommen (vgl. Zeittafel in EA 6/1959, Großbritannien).

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Algerien

22.—24. März

Algerienreise des französischen Premierministers, Michel *Debré.* In einer Rede in Constantine am 23. März erklärt Debré, Frankreich stehe zu dem von Staatspräsident Charles *de Gaulle* verkündeten Plan von Constantine (vgl. Zeittafel in EA 21/1958) und werde in Algerien ein umfassendes wirtschaftliches und soziales Entwicklungsprogramm durchführen.

Ghana

6. März

Ministerpräsident Kwame *Nkrumah* erklärt am zweiten Jahrestag der Staatsgründung, der Kampf werde weitergehen, bis ganz Afrika frei sei. In Rhodesien, in Njassaland, in Kenia, im Kongo und überall sonst in Afrika würden die Fahnen der Freiheit nicht eingerollt werden, bis der Sieg errungen sei.

Somaliland

4.—8. März

Bei den Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung erringen die Jugendliga von Somaliland 83, die Liberale Partei 2 und die Unabhängige Verfassungspartei 5 Sitze.

Tunesien

2. März

Staatspräsident Habib *Bourguiba* fordert bei der Eröffnung des Neodestour-Kongresses in Sousse eine Konferenz der Groß-

mächte mit dem Ziel, allen noch unter Kolonialherrschaft stehenden afrikanischen Gebieten die Unabhängigkeit zu gewähren. Wenn der Westen sich vom „Kolonialvirus“ befreie, würden manche afrikanische Staaten vom Neutralismus zur Zusammenarbeit mit dem Westen umschwenken.

Vereinigte Arabische Republik

11. März
Staatspräsident Gamal Abdel *Nasser* richtet auf einer Massenversammlung in Damaskus scharfe Angriffe gegen die irakischen Kommunisten und beschuldigt sie, für das Ausland zu arbeiten. Zu dem Aufstand im Irak erklärt Nasser, die VAR wolle für den Irak die völkische Einheit, Ministerpräsident Abdul Karim *Kassem* aber habe die Unruhe gewählt, um das Land unter ausländischen Einfluß zu bringen. Der kommunistische Terror im Irak gegen den arabischen Nationalismus, die VAR und ihre Führer mache diese um so entschlossener, für die Freiheit der arabischen Völker zu kämpfen. Am 12. März weist Nasser in einer weiteren Rede in Damaskus den von Radio Bagdad geäußerten Vorwurf zurück, die VAR habe den Aufstand im Irak unterstützt.

16. März
Staatspräsident Gamal Abdel *Nasser* wendet sich in einem Interview mit Radio Kairo gegen jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Vereinigten Arabischen Republik. Unter Bezugnahme auf die Rede des sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita S. *Chruschtschow* (vgl. Sowjetunion) erklärt Nasser, die Unterstützung und Verteidigung der Kommunisten in der VAR müsse als eine Herausforderung der einmütigen öffentlichen Meinung betrachtet werden. Die VAR schätze die Freundschaft mit dem sowjetischen Volk. Diese Freundschaft habe jedoch die gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des andern zur Voraussetzung.

Zentralafrikanische Föderation

5. März
In Njassaland kommt es zu weiteren Unruhen und Kämpfen zwischen Afrikanern und Sicherheitsstreitkräften. Die Regierung verfügt die Deportation des Nationalistenführers Hastings *Banda* und die Verhaftung der Führer der afrikanischen Kongreßpartei. Am 24. März beschließt das britische Parlament die Entsendung einer Untersuchungskommission. Am 28. März fordert der Vorsitzende der Allafrikanischen Volkskonferenz, Tom *Mboyas*, die britische Regierung auf, Njassaland und Nordrhodesien volle Unabhängigkeit zu gewähren. Jeder Versuch, der Zentralafrikanischen Föderation Dominionstatus zu geben, werde ernste Folgen haben.

AMERIKA

Kanada

17. März
Außenminister Sidney *Smith* stirbt im Alter von 62 Jahren in Ottawa.

18.—19. März
Besuch des britischen Premierministers, Harold *Macmillan*, und des Außenministers Selwyn *Lloyd*. Macmillan unterrichtet Premierminister John *Diefenbaker* über die Ergebnisse seiner Besprechungen in Moskau, Bonn und Paris und erörtert die Grundsätze einer gemeinsamen westlichen Politik in der Berlin-Frage. Nach Abschluß der Besprechung erklärt Macmillan, es sei volle Uebereinstimmung in den Grundprinzipien der Politik erzielt worden.

Uruguay

1. März
Ministerpräsident Martin *Etchegoyen* stellt seine neugebildete Regierung dem Parlament vor. Außenminister ist Homero *Martinez Montero*, Verteidigungsminister General Cipriano *Olivera* und Innenminister Pedro F. *Berro*.

Vereinigte Staaten

1. März
Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senates, Senator William J. *Fulbright*, erklärt in einer Presseverlautbarung, die Vereinigten Staaten seien in ihrer Antwort auf die sowjetische Drohung gegen Berlin einig. Die gegenwärtige Lage sei kritisch, und die Vereinigten Staaten müßten der Möglichkeit eines bewaffneten

Konfliktes über Berlin in diesem Frühjahr entgegensehen. Es sei nötig, fest auf den Rechten in Berlin zu beharren und zur gleichen Zeit auf dem Wege von Verhandlungen und mit der Vermittlung der Vereinten Nationen nach einer friedlichen Lösung zu suchen.

Präsident Dwight D. *Eisenhower* bezeichnet auf einer Pressekonferenz eine militärische Entspannung in Mitteleuropa als nützlich. Es gehe aber darum, Einzelmaßnahmen wie eine militärisch verdünnte Zone, Inspektionsformen, Rüstungskontrolle und Maßnahmen zur Vermeidung von Ueberraschungsangriffen in ein allgemeines Abkommen einzubauen, zu dem man Vertrauen haben könne.

3. März

Die Armee gibt den erfolgreichen Start einer Weltraumrakete bekannt. Am 4. März passiert die Rakete in einer Entfernung von 60 000 Kilometern den Mond und tritt in eine Umlaufbahn um die Sonne ein.

4. März

Präsident Dwight D. *Eisenhower* erklärt auf einer Pressekonferenz, die sowjetische Note vom 2. März sei ein Anzeichen dafür, daß eine Lockerung in der starren Haltung der Sowjetunion eingetreten sei. Seiner Ueberzeugung nach solle aber nur dann eine Gipfelkonferenz einberufen werden, wenn man die Gewähr habe, daß diese zu konkreten Ergebnissen führe.

5. März

In einer Erklärung des Außenministeriums werden die mit der Türkei, dem Iran und Pakistan unterzeichneten bilateralen Beistandspakte als ein Beweis für die Bedeutung bezeichnet, welche die Vereinigten Staaten den kollektiven Anstrengungen dieser Länder zur Entwicklung ihrer Wirtschaft und zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit beimäßen. Jede Bedrohung der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit dieser Länder müßten die Vereinigten Staaten als äußerst schwerwiegend betrachten.

6. März

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senates, Senator William J. *Fulbright,* erklärt in einem Rundfunkinterview, er befürworte die Abhaltung von Gipfelkonferenzen in regelmäßigen Abständen. Gipfelkonferenzen sollten zum ordentlichen Verhandlungsmittel werden.

11. März

Präsident Dwight D. *Eisenhower* erklärt auf einer Pressekonferenz, die Vereinigten Staaten könnten und wollten keinen europäischen Krieg mit konventionellen Bodentruppen führen. Wenn die Sowjetunion den Konflikt mit Berlin auf die Spitze treibe, könne es zwar zu einem Atomkrieg kommen, aber man könne mit Kernwaffen auch niemanden befreien. Zu der Forderung nach einer Erhöhung der Streitkräfte erklärt Eisenhower, es sei sinnlos, jedesmal, wenn die Dauerkrise, in der die Welt lebe, an einem bestimmten Punkt aufflackere, die Rüstungsanstrengungen entsprechend zu erhöhen. Man habe es mit einer dauernden Bedrohung zu tun, die von der Sowjetunion gelenkt werde, die aber nicht der Anlaß zu einer Hysterie werden dürfe.

Der Senat billigt die Aufnahme von Hawaii als 50. Staat der Union. Am 12. März stimmt das Repräsentantenhaus der Aufnahme ebenfalls zu.

13. März

Präsident Dwight D. *Eisenhower* fordert in einer Sonderbotschaft an den Kongreß die Bereitstellung von 3,9 Milliarden Dollar für militärische, wirtschaftliche und technische Auslandhilfe im Rahmen des Programmes für gegenseitige Sicherheit.

15. März

Der stellvertretende demokratische Fraktionsvorsitzende im Senat, Senator Mike *Mansfield,* warnt in einem Fernsehinterview davor, aus Selbstzufriedenheit den Ernst der Berlin-Krise zu unterschätzen; sie sei die schwerste seit Korea. Der Präsident habe die Pflicht, das Land unmißverständlich über den Umfang der Krise aufzuklären. Der Westen müsse die Gedanken der Eden-Pläne und der beiden Fassungen des Rapacki-Plans sowie die Gedanken des britischen Oppositionsführers Hugh Gaitskell über eine militärische Neutralisierung Mitteleuropas aufgreifen. Für eine Verstärkung der ameri-

kanischen Truppen in Europa sei es jetzt zu spät. Mansfield empfiehlt den Abtransport amerikanischer Zivilisten aus Berlin. Das Festbleiben in Berlin dürfe keineswegs den Verzicht auf Verhandlungen zur Klärung der europäischen Fragen bedeuten.

16. März
Präsident Dwight D. *Eisenhower* bestätigt in einer Rede an das amerikanische Volk zur Berlin-Krise über alle Rundfunk- und Fernsehsender die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten, keinen Fußbreit von ihren Rechten und Pflichten in West-Berlin zurückzuweichen. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten seien bereit, mit Vertretern der Sowjetunion zu jeder Zeit und unter allen Bedingungen zu sprechen, die Aussichten auf angemessene Ergebnisse böten. Sie seien jedoch nicht bereit, den Frieden dadurch zu erkaufen, daß sie zwei Millionen freie Menschen in Berlin opfern. Sie könnten auch nicht einer ständigen und zwangsweisen Teilung des deutschen Volkes zustimmen, die Mitteleuropa zu einem ständigen Pulverfaß machen würde. Die Vereinigten Staaten dürften nicht durch Schwäche oder Unentschlossenheit das Risiko eines Krieges vergrößern oder, nur um Flexibilität zu demonstrieren, irgendein Abkommen akzeptieren, das die Sicherheit der Vereinigten Staaten oder ihrer Verbündeten unterminieren würde. Eisenhower erklärt seine Bereitschaft zu einer Gipfelkonferenz im Sommer, wenn die vorhergehende Entwicklung dies rechtfertige.

18. März
Präsident Dwight D. *Eisenhower* ernennt General Lyman L. *Lemnitzer* zum Stabschef des Heeres als Nachfolger von General Maxwell D. *Taylor*.

20.—24. März
Besuch des britischen Premierministers, Harold *Macmillan*, und des Außenministers Selwyn *Lloyd*. Nach einem kurzen informellen Gespräch mit Präsident Dwight D. *Eisenhower* und Außenminister John Foster *Dulles* im Walter Reed-Krankenhaus begeben sich Macmillan, Lloyd, Eisenhower und der amtierende Außenminister, Christian *Herter*, nach Camp David. Macmillan berichtet von seinen Gesprächen mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, dem französischen Staatspräsidenten, Charles *de Gaulle*, und Bundeskanzler Konrad *Adenauer*. Eisenhower und Macmillan erörtern die westliche Antwort auf die sowjetische Note vom 2. März und die Haltung des Westens, falls die Sowjetunion die Kontrolle der Zufahrtswege nach Berlin an die Behörden der DDR übergeben sollte. Auf Vorschlag des britischen Premierministers erörtern die Staatsmänner die Möglichkeit eines „Einfrierens" der Rüstungen in Mitteleuropa. Eisenhower und Macmillan erzielen volle Einigung in der Deutschland-Frage und beschließen, in Uebereinstimmung mit Frankreich innerhalb der nächsten Tage die Sowjetunion zu einer am 11. Mai in Genf beginnenden Außenministerkonferenz einzuladen. Eisenhower und Macmillan erklären ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer Ost-West-Gipfelkonferenz in diesem Sommer, sobald die Ergebnisse der Außenministerbesprechungen eine solche rechtfertigten. Vor seiner Abreise befürwortet Macmillan den Ausbau von Konferenzen der Regierungschefs zu einer Art ständiger Einrichtung, falls sich das Treffen im Sommer als nützlich erweise. Diese Gipfelkonferenzen sollten, befreit vom Druck der Oeffentlichkeit, die meist übertriebene Hoffnungen hege, die Form privater Gespräche haben.

27. März
Das Außenministerium gibt die Wiederaufnahme der 1950 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu Bulgarien bekannt.

28. März
Das Außenministerium beschuldigt in einer offiziellen Erklärung die Volksrepublik China der gewaltsamen Unterdrükkung des tibetischen Aufstandes. Der Dalai-Lama sei durch fremde Einmischung und ohne Zustimmung des tibetischen Volkes abgesetzt worden. Die Auflösung der tibetischen Landesregierung und die Absetzung des Dalai-Lama stellten eine Verletzung der chinesisch-tibetischen Abkommen von 1951 dar. (Vgl. Volksrepublik China.)

ASIEN

China (Formosa)

10.—17. März

Besuch König *Husseins* von Jordanien. In einem zum Abschluß seiner Besprechungen mit Marschall *Tschiang Kai-schek* herausgegebenen gemeinsamen Kommuniqué verpflichten sich beide Staatsmänner zur Zusammenarbeit im Kampfe gegen die Aggression.

Volksrepublik China

4. März

In einer Note an Großbritannien wird erklärt, eine weitere Stationierung von Truppen der Vereinten Nationen in Korea erschwere eine Wiedervereinigung des Landes. Die britische Regierung wird gebeten, die andern an dem Kommando der UN-Streitkräfte in Korea beteiligten Staaten auf die Notwendigkeit einer schnellen Evakuierung der Truppen hinzuweisen.

11. März

In Tibet kommt es zu Unruhen und am 20. März zu Zusammenstößen mit den chinesischen Truppen. Am 25. März kündigt das tibetische Kabinett den im Jahre 1951 geschlossenen Vertrag mit der Volksrepublik China. Es erklärt Tibet für unabhängig und fordert den Abzug der chinesischen Truppen. Am 28. März gibt die chinesische Regierung die Niederschlagung des Aufstandes und die Flucht des Dalai-Lama bekannt. Auf Grund eines Tagesbefehls von Ministerpräsident *Tschu En-lai* wird die bisherige tibetische Landesregierung aufgelöst und ein vorbereitender Ausschuß für die autonome Region Tibet gebildet, dessen Leitung dem Pantschen-Lama übertragen wird. Am 31. März warnt die chinesische Regierung in einer über den Pekinger Rundfunk verbreiteten Erklärung vor einer ausländischen Einmischung in Tibet und bezeichnet die dortigen Vorgänge als eine rein interne Angelegenheit Chinas.

Cypern

1. März

Erzbischof Myiarthes *Makarios* kehrt nach dreijähriger Verbannung nach Cypern zurück. In einer Ansprache in Nikosia bezeichnet Makarios das Londoner Abkommen und die Gewährung der Unabhängigkeit für Cypern als einen großen Sieg der freiheitlichen Kräfte auf Cypern und fordert zur loyalen Zusammenarbeit mit der türkischen Minderheit auf.

4. März

Der britische Gouverneur, Sir Hugh *Foot*, Erzbischof Myiarthes *Makarios* und der Führer des türkischen Bevölkerungsteils, Fazil *Kutschuk*, beschließen in Nikosia die Bildung eines zehnköpfigen Ausschusses, der die Selbstregierung vorbereiten soll.

Indien

2.—5. März

Besuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy *Brandt*. Am 4. März erörtert Brandt mit Premierminister Jawaharlal *Nehru* das Deutschland-Problem. Auf einer Pressekonferenz erklärt Brandt, die indischen Staatsmänner seien mit ihm der Meinung, daß eine einseitige Aenderung des Status von Berlin unannehmbar sei.

23. März

Premierminister Jawaharlal *Nehru* bezeichnet vor dem Unterhaus in Neu-Delhi die Vorgänge in Tibet (vgl. Volksrepublik China) als eine innere Angelegenheit der Volksrepublik China. Er hoffe, daß die gegenwärtigen Streitigkeiten friedlich geregelt werden. Am 30. März erklärt Nehru, die Schwierigkeiten in Tibet hätten vermieden werden können, wenn die chinesische Regierung ihr Versprechen, die Autonomie Tibets zu achten, gehalten hätte.

Irak

8. März

Radio Mosul gibt die Bildung einer Revolutionsregierung unter Führung von Oberst Abdel Wahab *Schawaf* bekannt. Die neue Regierung sei gebildet worden, weil die von Ministerpräsident *Kassem* geleitete Regierung von der arabischen Solidarität abgewichen sei, durch die Julirevolution eingesetzte Minister entlassen und den Staatsrat seiner Souveränität beraubt habe. Am 9. März gibt Radio Bagdad die Niederschlagung des Aufstandes und den Tod von Oberst Schawaf bekannt. Schawaf habe mit ausländischer Unterstützung gegen die irakischen Interessen gearbeitet.

24. März
Ministerpräsident Abdul Karim *Kassem* gibt auf einer Pressekonferenz in Bagdad bekannt, daß der Irak seine Mitgliedschaft im Bagdadpakt gekündigt habe.

Iran

2. März
Die Regierung informiert die Sowjetunion, daß sie die Artikel 5 und 6 des iranisch-sowjetischen Vertrages aus dem Jahre 1921, die einen Einmarsch sowjetischer Truppen bei einer Bedrohung von iranischen Stützpunkten aus gestatten, als ungültig betrachte. Die politische Situation, unter der dieses Abkommen getroffen worden sei, sei überholt.

Libanon

25. März
Der Staatspräsident der Vereinigten Arabischen Republik, Gamal Abdel *Nasser,* trifft in Beirut mit Staatspräsident Fuad *Chehab* zusammen. In einem zum Abschluß der Besprechungen veröffentlichten gemeinsamen Kommuniqué erklären beide Staatschefs ihre Bereitschaft zur Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem Libanon und der VAR, um ihre Unabhängigkeit im Rahmen der Arabischen Liga und der Charta der Vereinten Nationen zu festigen.

AUSTRALIEN

Australischer Bund

17. März
Die Regierung gibt die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion nach fünfjähriger Unterbrechung bekannt.

Internationale Organisationen

Organisation der Vereinten Nationen

10. März
Die Weizenkonferenz der Vereinten Nationen in Genf beschließt ein neues Weizenabkommen, in dem der freie Weltmarktpreis für Weizen auf 1,50 bis 1,90 kanadische Dollar je Bushel festgesetzt wird. Ferner sieht das neue Abkommen die Ausdehnung des Weltweizenhandels und den Abbau von dirigistischen Handelsbeschränkungen vor.

13. März
Die Vollversammlung billigt mit 56 Stimmen ohne Gegenstimmen bei 23 Enthaltungen eine Resolution, nach der Französisch-Kamerun am 1. Januar 1960 die Unabhängigkeit gewährt werden soll. Ein von den afro-asiatischen Staaten eingebrachter Ergänzungsantrag, vor der Gewährung der Unabhängigkeit allgemeine Wahlen durchzuführen, wurde am 12. März im Treuhandausschuß abgelehnt. Ferner billigt die Vollversammlung mit 56 Stimmen ohne Gegenstimmen bei 24 Enthaltungen eine Resolution, in der die Durchführung von Volksabstimmungen im nördlichen Teil von Britisch-Kamerun über den Anschluß dieses Gebietes an Nigeria und im südlichen Teil über den Anschluß an Französisch-Kamerun oder die Erklärung der Selbständigkeit beschlossen wird. Mit 58 Stimmen bei 7 Gegenstimmen beschließt die Vollversammlung, Djalal *Abdoh* (Iran) mit der Ueberwachung der Volksabstimmung in Britisch-Kamerun zu beauftragen. Am 14. März beendet die Vollversammlung den zweiten Teil ihrer 13. Sitzungsperiode.

Arabische Liga

9. März
Der Rat der Arabischen Liga beschließt die Einberufung einer Konferenz der arabischen Staaten zur Erörterung der Palästina-Frage und Festlegung einer einheitlichen Politik der arabischen Länder.

Bagdad-Pakt

5. März
In Ankara werden zwischen den Vereinigten Staaten, der Türkei, dem Iran und Pakistan zweiseitige Verteidigungsabkommen unterzeichnet. Die Vereinigten Staaten sichern jedem dieser drei Länder militärische Hilfe für den Fall eines Angriffs zu.

Europäische Gemeinschaften

16.—17. März
Tagung des Ministerrates der EWG in Brüssel. Der Rat faßt eine Entschließung,

in der er seinen Willen bekräftigt, trotz der bestehenden Schwierigkeiten zu einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik mit den übrigen elf Staaten der OEEC zu kommen. Der Rat nimmt Kenntnis von dem von der EWG-Kommission ausgearbeiteten Bericht über weitere Schritte in der Frage der Wirtschaftsassoziation („Hallstein-Bericht") und bittet die Regierungen der EWG-Mitgliedstaaten um Stellungnahme. Der Ministerrat beschließt die Einsetzung einer gemischten Sonderkommission aus Vertretern der sechs Regierungen und Mitgliedern der EWG-Kommission, um die Bemerkungen und Anregungen der Mitgliedstaaten zum „Hallstein-Bericht" zu prüfen. Am 18. März wird der „Hallstein-Bericht" veröffentlicht. Die Kommission vertritt die Auffassung, die EWG müsse eine mehrseitige Lösung der Probleme einer europäischen Wirtschaftsassoziation unter gleichzeitiger Erhaltung und Intensivierung der OEEC anstreben. Es sei unrealistisch, an einen völligen Abbau der Zölle und Kontingente zu denken, solange nicht eine ausreichende Koordinierung der Wirtschaftspolitik Gewähr dafür biete, daß der bei der Liberalisierung erreichte Stand beibehalten werden könne. Ein Abbau der Zollschranken und Kontingente zwischen hochentwickelten und unterentwickelten Ländern müsse von einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik begleitet sein. Werde ein strenges System der Ursprungskontrolle abgelehnt, so bleibe nur die Möglichkeit einer Wirtschaftsunion, die allen Mitgliedern die gleichen Versorgungsbedingungen sichere, oder ein weltweiter Freihandel, der allen Staaten die volle Gleichberechtigung gewähre. In dem Bericht wird eine europäische Wirtschaftsassoziation der siebzehn Länder der OEEC vorgeschlagen, deren Ziel es wäre, die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten einander anzunähern und die innereuropäischen Handelsschranken soweit als möglich zu beseitigen.

Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC)

17.—18. März

In Stockholm findet eine Konferenz von sieben nicht in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vertretenen Mitgliedstaaten der OEEC — Großbritannien, Schweden, Dänemark, Norwegen, Oesterreich, Schweiz und Portugal — statt, um die gemeinsamen handelspolitischen Probleme dieser Länder gegenüber der EWG zu erörtern. Die Teilnehmer vereinbaren, keine Separatabmachungen mit EWG-Ländern zu treffen, ohne vorher die anderen Staaten der Siebenländergruppe darüber zu unterrichten.

Nordatlantikpakt-Organisation (NATO)

19. März

Der Oberbefehlshaber der Atlantikpakt-Streitkräfte in Europa, General Lauris *Norstad*, erklärt vor der französischen Presse in Paris, er mißbillige jede Art eines militärischen Disengagements in Europa. Ein Rückzug von Streitkräften der Vereinigten Staaten würde selbst bei einem Abzug entsprechender Truppeneinheiten der Sowjetunion eine Schwächung des Westens bedeuten und könne verheerende Folgen haben. Falls der Gegner das Experiment eines begrenzten Krieges unternehmen sollte, würde der ihm geleistete Widerstand die notwendige kurze Frist zum Ueberlegen geben, ob er den Schritt zum nuklearen Krieg tun solle oder nicht. Die Atlantikmächte vermieden oder verringerten daher mit der Anwesenheit ihrer konventionellen Streitkräfte für sich das Dilemma des „alles oder nichts". Diese Konzeption, durch die den konventionellen Streitkräften trotz der nuklearen Weltstrategie unvermindert große Bedeutung zukomme, habe durch das Berlin-Problem hochaktuelle Bedeutung erhalten.

Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)

18.—19. März

In Genf findet eine Weltwirtschaftskonferenz des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften über Probleme des Welthandels, der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und einer Stabilisierung der Rohstoffmärkte statt. In einer einstimmig angenommenen Erklärung über Weltwirtschaftsprobleme geben die Teilnehmer der Konferenz ihrer Besorgnis über die Hemmungen im Wirtschaftswachstum vieler Länder Ausdruck.

Zeittafel vom 1. bis zum 15. April 1959

Die Ereignisse in Europa

Bulgarien

8. April
Die Regierung erklärt in einer Note an die türkische Regierung, sie betrachte den Abschluß des türkisch-amerikanischen Verteidigungsabkommens als einen gegen Bulgarien gerichteten unfreundlichen Akt und eine Bedrohung des Friedens auf dem Balkan. Der türkische Botschafter verweigert die Annahme der Note.

Deutschland

2. April
Ein Sprecher der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin warnt die Vereinigten Staaten vor weiteren Flügen im Luftkorridor nach Berlin in Höhen über 3300 Metern. Ein solcher Flug könne zu Zusammenstößen mit sowjetischen Jägern führen. (Vgl. Zeittafel in EA 7—8/1959).

3. April
Bundeskanzler Konrad *Adenauer* nimmt vor dem Bundeskabinett zu den Ergebnissen der Außenministerkonferenz in Washington Stellung. Die Konferenz habe die Grenzen gezeigt, bis zu denen der Westen zu gehen bereit sei. Der Westen erwäge keine Vorleistungen an den Osten. Zeichen der Aufweichung würden die Sowjetunion nur zu noch größeren Forderungen anreizen. Der Westen sei sich darin einig, daß die politischen und militärischen Fragen sachlich und zeitlich zusammenhingen und daß kein Problem isoliert behandelt werden könne.

Im Luftkorridor nach Berlin kommt es zu einem neuen Zwischenfall. Sowjetische Düsenjäger zwingen eine amerikanische Militärmaschine auf dem Weg von West-Berlin in die Bundesrepublik, auf geringere Höhe herunterzugehen. Ein ähnlicher Zwischenfall ereignet sich am 15. April.

5. April
In einem von dem Ersten Sekretär der SED, Walter *Ulbricht,* unterzeichneten Brief an den Parteivorstand der SPD und an alle sozialdemokratischen Organisationen und Mitglieder erklärt das Zentralkomitee der SED zum Deutschland-Plan der SPD, diese Vorschläge berücksichtigten in mancher Hinsicht die realen Gegebenheiten und stimmten in vielen Punkten mit den Auffassungen der SED überein. Das Zentralkomitee schlage deshalb gemeinsame Beratungen mit dem Parteivorstand der SPD über die Fragen des Kampfes gegen den deutschen Militarismus, für einen Friedensvertrag und die Wiedervereinigung Deutschlands zu einem friedliebenden, demokratischen Staat vor. Am 6. April lehnt das Präsidium der SPD Verhandlungen mit der SED ab. Der Deutschland-Plan sei kein Gegenstand für Diskussionen zwischen SPD und SED, sondern er sei für Verhandlungen der Großmächte bestimmt.

7. April
Ein mit der Auswahl eines Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten beauftragtes Gremium der CDU/CSU nominiert Bundeskanzler Konrad *Adenauer* als Kandidaten der CDU/CSU. Adenauer nimmt die Kandidatur an.

8. April
Bundeskanzler Konrad *Adenauer* spricht im Rundfunk und im Fernsehen zu den bevorstehenden Ost-West-Verhandlungen und zu seiner Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten. Er betont, daß der Westen in den Grundsatzfragen einig sei; es sei zu erwarten, daß bis zum Beginn der Konferenzen auch in den Nebenfragen Einigkeit erzielt werde. In diesem Zusammenhang appelliert der Bundeskanzler an die britische Oeffentlichkeit, angesichts des gemeinsamen Schicksals Großbritanniens und Deutschlands die Erinnerung an die Kriegsjahre zu begraben. Zu seiner Kandidatur erklärt er, an der außenpolitischen Haltung der Bundesregierung werde sich dadurch nichts ändern.

9. April
Der Ministerpräsident der DDR, Otto *Grotewohl,* schlägt in einem Schreiben an Bundeskanzler Konrad *Adenauer* vor, Vertreter aus beiden Teilen Deutschlands noch vor der Genfer Konferenz zu beauftragen, einen gemeinsamen deutschen Standpunkt für einen Friedensvertrag auszuarbeiten.

Die Regierung der DDR spricht in gleichlautenden Noten an die Westmächte die Erwartung der baldigen Einberufung einer Friedenskonferenz zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland aus. Am gleichen Tage beantwortet die Regierung der DDR die sowjetische Note vom 30. März (vgl. Zeittafel in EA 7—8/1959).

13. April
Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD Carlo *Schmid* unterstützt in Göttingen den Deutschland-Plan der SPD als ein offensives Denkmodell, das die verhärtete Situation in Fluß bringen solle. Der Westen müsse versuchen, den Besatzungszustand in Mitteldeutschland zu beenden, mit der Regierung der DDR in ein Gespräch zu kommen und in beharrlichen Verhandlungen gesamtdeutsche Realitäten zu schaffen.

Frankreich

2. April
Der ehemalige Ministerpräsident Pierre *Mendès-France* schlägt auf einer Pressekonferenz in Paris die Einrichtung von „Entspannungsstreifen" beiderseits des Eisernen Vorhangs vor. Diese 50 bis 100 Kilometer beiderseits des Eisernen Vorhangs verlaufenden Streifen sollten völlig abgerüstet sein, eine internationale Polizeitruppe solle in ihnen Ordnungsfunktionen wahrnehmen. Zu beiden Seiten dieses entmilitarisierten „Streifens Null" solle auf einer zu vereinbarenden Breite ein „Streifen Eins" mit nationalen konventionellen Streitkräften ohne Flugplätze und Atomwaffen errichtet werden. Erst im „Streifen Zwei" könnten modernste Waffen stationiert werden. Dieses System von Entspannungsstreifen solle die mit dem Rapacki-Plan verbundenen Fehler vermeiden und Deutschland, Polen und die Tschechoslowakei nicht unter ein diskriminierendes Sonderregime stellen. Mendès-France befürwortet ferner die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Ostgrenze Deutschlands.

In Paris werden Verhandlungen zwischen Großbritannien und Frankreich zur Einschränkung der handelsmäßigen Diskriminierung Großbritanniens durch Frankreich infolge seiner Mitgliedschaft in der EWG beendet. Für das Jahr 1959 wird ein bilaterales Abkommen vereinbart, in dem besondere Regelungen für einige Warenarten getroffen werden.

6. April
Außenminister Maurice *Couve de Murville* erklärt nach seiner Rückkehr von der NATO-Tagung in Washington, bei der Besprechung der gemeinsamen Sorgen hätten sich wohl Unterschiede in der Bewertung der Probleme gezeigt, in der Art, sie zu sehen und in der Ausarbeitung der Technik, wie man an sie herangehen solle, aber über das Wesentliche seien sich die Minister der NATO-Staaten einig gewesen.

10. April
Der ehemalige Innenminister und Vertreter Frankreichs bei den UN-Abrüstungsbesprechungen, Jules *Moch,* macht in *Le Monde* einen neuen Vorschlag zur Berlin-Frage. In Abänderung der Thesen von *Mendès-France* (s. o.) schlägt er vor, Berlin zum Mittelpunkt einer demilitarisierten und unter Kontrolle der UN stehenden Zone zu machen. Die beide Teile Berlins umfassende Zone A solle von UN-Einheiten kontrolliert werden. In einem Umkreis von 200 km um Berlin solle als Zone B ein vollständig abgerüstetes Gebiet geschaffen werden, während in der sich anschließenden, ebenfalls 200 km tiefen Zone C Truppen mit begrenzter Effektivstärke und Bewaffnung stationiert werden dürften. In diesem Kreis dürften keine Raketenabschußbasen errichtet werden.

Großbritannien

6. April
In London werden Besprechungen zwischen Kolonialminister Alan *Lennox-Boyd* und einer Delegation aus Brunei über den zukünftigen Status von Brunei beendet.

Das Kolonialamt gibt in einer zum Abschluß der Besprechungen herausgebenen Erklärung bekannt, Brunei werde eine Verfassung und weitgehende Autonomie der inneren Verwaltung erhalten.

Außenminister Selwyn *Lloyd* erklärt bei seiner Rückkehr von der NATO-Tagung in Washington, von Meinungsverschiedenheiten zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten könne keine Rede sein. Der Westen strebe eine für alle annehmbare Lösung der deutschen Frage an und wünsche sich den freien Zugang nach Berlin zu sichern sowie den West-Berlinern das Recht zu bewahren, selbst über ihre Lebensweise zu entscheiden.

9. April
Premierminister Harold *Macmillan* erklärt vor dem Unterhaus, er glaube nicht, daß eine Entscheidung über die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen im gegenwärtigen Zeitpunkt zweckmäßig sei. Die Kernwaffen könnten der Bundeswehr allerdings auf die Dauer nicht vorenthalten werden, da er nicht glaube, daß Soldaten eine Diskriminierung im Charakter ihrer Waffen gemäß der Nationalität der Truppen dulden könnten.

Eine Gruppe britischer und amerikanischer Parlamentarier, darunter der ehemalige Premierminister Lord *Attlee,* veröffentlichen in London und Washington eine Erklärung, in der eine Ersetzung der Truppen der Westmächte und der Sowjetunion in Berlin durch eine Polizeitruppe der Vereinten Nationen gefordert wird. Die DDR solle den Sitz ihrer Regierung aus Ost-Berlin verlegen, und ganz Berlin solle unter die Aufsicht der Vereinten Nationen gestellt werden.

13.—14. April
Der französische Premierminister, Michel *Debré,* und Außenminister Maurice *Couve de Murville* führen in London Besprechungen mit Premierminister Harold *Macmillan* und Außenminister Selwyn *Lloyd.* Ein Sprecher des Außenministeriums teilt mit, *Debré* und *Macmillan* hätten einen nützlichen Meinungsaustausch über die europäischen Fragen und die am 11. Mai in Genf beginnenden Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion gepflogen. Die Besprechungen hätten die Wiedervereinigung Deutschlands, die Berlin-Frage und die europäische Sicherheit umfaßt. Zwischen beiden Regierungen beständen keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten.

14. April
In London beginnt die Arbeitsgruppe Großbritanniens, Frankreichs, der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik mit der Vorbereitung der für den 29. April geplanten Außenministerkonferenz der Westmächte.

Außenminister Selwyn *Lloyd* erklärt in einem Fernsehinterview, die Idee einer Zone beschränkter und kontrollierter Rüstung sei nur eine Idee. Es bleibe den jetzigen Besprechungen vorbehalten, zu bestimmen, in welcher Verbindung sie vorgebracht werden könne. Man befinde sich noch bei den Vorbereitungen. Am 15. April erklärt Lloyd vor dem Unterhaus, die britische Regierung halte trotz der bestehenden Einwände an ihrer Idee beschränkter und kontrollierter Rüstung fest.

Italien

13.—15. April
Der türkische Außenminister, Fatin *Zorlu,* führt in Rom Besprechungen mit Außenminister Giuseppe *Pella.* In einem gemeinsamen Abschlußkommuniqué heißt es, die Besprechungen über internationale Fragen hätten eine Uebereinstimmung der Ansichten ergeben. Die beiden Außenminister bestätigen den Wunsch ihrer Regierungen nach einer Erhöhung des Handelsvolumens und einer intensiveren Beteiligung der italienischen Produktionskapazität am türkischen Investitionsprogramm.

Niederlande

13.—15. April
Besuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy *Brandt.* Am 14. April empfängt Königin *Juliana* Brandt zu einer Audienz auf Schloß Soestdijk. Brandt erklärt vor der Utrechter Handelskammer, für Berlin könne es keine Separatlösung geben. Eine wirtschaftliche Isolierung West-Berlins von der Bundesrepublik würde West-Berlin in die sowjetische Einflußsphäre treiben.

Schweden

6.—12. April
Besuch des Ost-Berliner Oberbürgermeisters, Friedrich *Ebert,* in Stockholm. Auf einer Pressekonferenz tritt Ebert für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland ein und fordert für West-Berlin den Status einer Freien Stadt. Berlin solle nicht zu einem Zentrum der NATO werden. Am 7. April wird Ebert von Ministerpräsident Tage *Erlander* zu einem viertelstündigen Gespräch über das Deutschland-Problem und die Berlin-Frage empfangen.

Sowjetunion

4. April
In einer Note an die Vereinigten Staaten bezeichnet das Außenministerium den Flug amerikanischer Militärflugzeuge im Luftkorridor nach Berlin in Höhen über 3300 Meter als einen Versuch, die wohlbegründete Ordnung im Luftverkehr nach Berlin zu durchbrechen (vgl. Deutschland). Aus Gründen der Luftsicherheit müsse die 3300-Meter-Grenze eingehalten werden, ihre Verletzung werde die Ost-West-Verhandlungen in der Deutschland-Frage erschweren oder sogar zum Scheitern bringen.

6. April
Die sowjetische Regierung schlägt in einer durch *TASS* veröffentlichen Erklärung zur bevorstehenden Sitzung des Ministerrates der Südostasienpakt-Organisation die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone im Pazifik und in Asien vor, die einen wichtigen Beitrag zur internationalen Sicherheit darstellen könne. Zugleich würde eine solche Maßnahme bedeuten, daß der Pazifik den NATO-Staaten nicht länger für Kernwaffenversuche zur Verfügung stände.

8. April
Die sowjetische Regierung schlägt in einem Aide-mémoire an den geschäftsführenden Sekretär der UN-Wirtschaftskommission für Europa, Sakari *Toumioja,* den Regierungen der Mitgliedstaaten die Schaffung einer gesamteuropäischen Handelsorganisation vor, die eine Beseitigung der Diskriminierung des Handels, die Möglichkeit von Zollsenkungen, Anleihen- und Kreditgewährung sowie gegenseitiger Verrechnungen und Zahlungen prüfen solle. Ein langfristiges Handels- und Wirtschaftsabkommen könne den wirtschaftlichen Beziehungen der Mitgliedstaaten Stabilität und Vertrauen verleihen, die internationale Arbeitsteilung fördern und die Beziehungen zwischen den europäischen Ländern verbessern.

10. April
Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* beschuldigt in einem Interview mit der *Prawda* den amerikanischen Präsidenten, Dwight D. *Eisenhower,* unter Bezugnahme auf dessen Rede vom 4. April in Gettysburg (vgl. Vereinigte Staaten) der Verschärfung der gegenwärtigen Lage. In den Ost-West-Verhandlungen komme es darauf an, Geduld zu zeigen und nichts zu tun, was die richtige Lösung der herangereiften internationalen Probleme stören könnte. Die Sowjetunion habe keine irgendwie gearteten Eroberungsabsichten gegenüber anderen Ländern.

Spanien

12. April
Der marokkanische Ministerpräsident, Abdallah *Ibrahim,* überbringt General *Franco* in Madrid eine Verbalnote von König *Mohammed* V. Mit Außenminister Fernando *Castiella* führt Ibrahim Besprechungen über die spanisch-marokkanischen Beziehungen. In einem vom Außenministerium herausgegebenen Abschlußkommuniqué wird ausgeführt, die Besprechungen seien im Geiste gegenseitigen Verständnisses verlaufen. Beide Regierungen beschließen die Bildung einer gemischten spanisch-marokkanischen Kommission, um die laufenden Probleme zwischen beiden Ländern zu erörtern.

Tschechoslowakei

2.—6. April
Besuch der SPD-Bundestagsabgeordneten Ludwig *Metzger,* Kurt *Mattick* und Ernst *Paul.* Am 4. April werden die SPD-Abgeordneten von Außenminister Vaclav *David* zu einem Gespräch über die Deutschland-Frage und Fragen der europäischen Sicherheit sowie über die Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik empfangen. Am

6. April treffen sie mit dem Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Jiři *Hendrych* zusammen.

Vatikan

14. April
Der *Osservatore Romano* veröffentlicht einen Beschluß der Kardinäle des Heiligen Offiziums, der es den Katholiken verbietet, ihre Stimme den Parteien oder den Kandidaten zu geben, die mit den Kommunisten gemeinsame Sache machen oder sie durch ihre Tätigkeit begünstigen, auch wenn diese Grundsätze bekennen, die nicht im Gegensatz zur Lehre der Katholischen Kirche stehen, oder sich sogar als Christen bezeichnen. Papst *Johannes XXIII.* billigt diesen Beschluß.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Ghana

7. April
Ministerpräsident Kwame *Nkrumah* gibt eine Umbildung der Regierung bekannt. Der bisherige Außenminister Kojo *Botsio* übernimmt das Amt des Wirtschaftsministers, Außenminister wird der bisherige Minister für Arbeit und Genossenschaften, Ako *Adjei.*

AMERIKA

Argentinien

7. April
Das Außenministerium fordert die Abberufung von vier sowjetischen und einem rumänischen Botschaftsangehörigen unter der Beschuldigung, sie hätten sich in die inneren Angelegenheiten des Landes eingemischt.

Vereinigte Staaten

1. April
Die Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland beenden eine zweitägige Konferenz in Washington. (Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués auf S. D 201 dieser Folge.)

4. April
In einer Note an die Sowjetunion protestiert die Regierung gegen eine Begrenzung der Flughöhe in den Luftkorridoren nach Berlin. Die amerikanischen Militärflugzeuge würden ihre Flüge nach Berlin in den ihnen richtig erscheinenden Höhen fortführen.

Präsident Dwight D. *Eisenhower* erklärt in einer Rede vor dem Gettysburg College, die Sicherheit der Vereinigten Staaten sei mit der Sicherheit ihrer Verbündeten unlösbar verknüpft. Ihre militärische und wirtschaftliche Unterstützung sei notwendig, um dem Streben der Kommunisten nach Weltbeherrschung entgegenzuwirken. Die Vereinigten Staaten wünschten keinen Krieg. Sie seien bestrebt, die Herrschaft des Gesetzes an die Stelle der Herrschaft der Gewalt, den Konferenztisch an die Stelle des Schlachtfeldes zu setzen. Der Weg der Beschwichtigung aber sei nicht nur ehrlos, sondern auch der gefährlichste, den es gebe. Die Welt habe für die Lehre von München einen hohen Preis gezahlt, aber sie wohl begriffen.

13. April
Vizepräsident Richard M. *Nixon* schlägt in einer Rede vor der Akademie der Politischen Wissenschaften in New York vor, den Internationalen Gerichtshof in Den Haag zum Schiedsrichter bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung von künftigen Ost-West-Abkommen zu machen. Solche Abkommen sollten bereits die Klausel enthalten, nach der die Verhandlungspartner sich bereit erklären, Meinungsverschiedenheiten dem Internationalen Gerichtshof zu unterbreiten und seinen Schiedsspruch anzuerkennen.

In Beantwortung der sowjetischen Note vom 4. April (vgl. Sowjetunion) erklärt die Regierung, die Vereinigten Staaten hätten niemals eine Begrenzung der Flughöhe in den Luftkorridoren anerkannt. Die Flughöhe werde bestimmt von den Wetterbedingungen und den Flugeigenschaften der Maschine. Wenn auch die Mehrzahl der Flüge in der nächsten Zeit in einer Höhe unter 3300 Metern durchgeführt würden, so behielten sich die Vereinigten Staaten das Recht vor, auch Flüge in größerer Höhe durchzuführen. Der Zwi-

schenfall im Luftkorridor am 27. März sei von der Sowjetunion absichtlich geschaffen worden. Er stelle eine ernste Verletzung der geltenden Regeln in den Luftkorridoren und eine Bedrohung der Flugsicherheit dar.

15. April
Präsident Dwight D. *Eisenhower* gibt den Rücktritt von Außenminister John Foster *Dulles* bekannt.

ASIEN

Volksrepublik China

1. April
Der *Pantschen-Lama* fordert die tibetische Bevölkerung auf, die chinesische Regierung und die neugebildete tibetische Regionalregierung bei der Niederschlagung des Aufstandes zu unterstützen (vgl. Zeittafel in EA 7—8/1959). Am 2. April leiten die chinesischen Truppen eine militärische Offensive ein, um den Widerstand der Aufständischen zu brechen. Am 8. April geben die Aufständischen die Bildung einer Regierung unter Leitung von *Bo Cho Kha Soum* und *Andu Gompu Tashi* bekannt. In einem Manifest bestätigen sie ihre Treue zum *Dalai-Lama* als geistlichem und weltlichem Oberhaupt. Hauptziel der provisorischen Regierung sei die Unabhängigkeit Tibets als souveräner Staat unter der Führerschaft des *Dalai-Lama*, die Schaffung einer Verfassung, die dem einzelnen die Menschenrechte sichere, und die Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen sowohl mit China wie mit Nepal und Indien. Am 11. April teilt die Pekinger Nachrichtenagentur *Hsinhua* mit, die tibetischen Aufständischen seien von Rebellen in der chinesischen Provinz Sikang unterstützt worden. Auf einem Empfang zu Ehren des *Pantschen-Lama* am 14. April in Peking erklärt Ministerpräsident *Tschu En-lai*, der Aufstand in Tibet sei fast völlig niedergeschlagen. Indem die Feinde der Republik sich selbst zugrunde gerichtet hätten, hätten sie besonders günstige Bedingungen für eine beschleunigte Demokratisierung in Tibet geschaffen.

Cypern

2. April
Erzbischof Myiarthes *Makarios* und Fazil *Kutschuk* ernennen die Mitglieder des Uebergangskabinetts. Ihm gehören an: als Vertreter der griechischen Bevölkerungsgruppe: Innenminister Tasos *Papadopoulus;* Justizminister: Glafcos *Clerides;* Finanzminister: Righinos *Theocharou;* Handels- und Industrieminister: Paschal *Paschalides;* Verkehrsminister: Andonis *Georghiades;* Arbeits- und Sozialminister: Polycarpos *Georghadjis;* stellv. Landwirtschaftsminister: Andreas *Azinas;* als Vertreter der türkischen Bevölkerungsgruppe: Verteidigungsminister: Osman *Orek;* Minister für Gesundheitswesen: Nazim *Maniera;* Landwirtschaftsminister: Fazil *Plumer;* stellvertretender Finanzminister: Mehmet *Nazim*. Erzbischof *Makarios* kündigt an, er werde das Außenministerium selbst übernehmen. Am 5. April genehmigt Gouverneur Sir Hugh *Foot* die Kabinettsliste. Am 6. April tritt das Uebergangskabinett zu seiner ersten Sitzung zusammen.

Indien

3. April
Premierminister Jawaharlal *Nehru* gibt vor dem Parlament bekannt, daß der *Dalai-Lama* am 31. März in Indien eingetroffen sei und um politisches Asyl nachgesucht habe. Am 13. April weist das Außenministerium dem *Daila-Lama* Mussoorie als Aufenthaltsort an. Am 5. April erklärt *Nehru* auf einer Pressekonferenz in Neu-Delhi, Indiens außenpolitische Haltung sei durch sein Verlangen nach Sicherheit bestimmt. Es wünsche, seine freundschaftlichen Beziehungen zur Volksrepublik China aufrechtzuerhalten, wenn auch die Sympathie des indischen Volkes auf der Seite der Tibeter sei. Indien werde dem *Dalai-Lama* politisches Asyl gewähren. Er werde in Indien keine Möglichkeit zu politischer Betätigung haben, könne aber geistiges Oberhaupt der Tibeter bleiben.

8.—12. April
Besuch des Chefs der algerischen Exilregierung, Ferhat *Abbas*. Auf einer Pressekonferenz in Neu-Delhi erklärt *Abbas*, er beabsichtige nicht, von Premierminister *Nehru* die Anerkennung der algerischen Exilregierung zu verlangen, sondern suche lediglich seinen persönlichen Rat. Am

15. April erklärt Premierminister Jawaharlal *Nehru* auf einer öffentlichen Veranstaltung in Madras, Indiens Sympathie sei auf der Seite der Algerier und ihrem Wunsch nach Unabhängigkeit. Der Krieg in Algerien sei brutal und unmenschlich.

Iran

1. April
Außenminister Ali Ashgar *Hekmat* erklärt unter Bezugnahme auf die Protesterklärung der Sowjetunion gegen das zweiseitige Verteidigungsabkommen mit den Vereinigten Staaten (vgl. Zeittafel in EA 7—8/1959, Sowjetunion), der Iran werde niemals in die Errichtung von ausländischen Militärstützpunkten oder von Abschußrampen auf seinem Territorium einwilligen.

Pakistan

13.—15. April
Besuch des Chefs der algerischen Exilregierung, Ferhat *Abbas*. Am 14. April hat *Abbas* eine Unterredung mit Ministerpräsident Mohammed *Ayub Khan*. Auf einer Pressekonferenz in Karatschi erklärt Abbas, Ayub Khan habe ihm die volle Unterstützung Pakistans zur Erlangung der algerischen Unabhängigkeit zugesagt.

Internationale Organisationen

Arabische Liga

2.—7. April
Tagung des Politischen Ausschusses in Beirut zur Prüfung der gegenwärtigen Beziehungen zwischen der Vereinigten Arabischen Republik und dem Irak. Der Ausschuß lehnt einen Antrag der Delegation der VAR ab, die Tagesordnung zu ändern und eine Untersuchung der Lage im Irak einzuleiten. Der Irak, Tunesien und Jordanien nehmen nicht an den Beratungen teil. In einer bei Stimmenthaltung des Sudan angenommenen Resolution werden die arabischen Staaten aufgefordert, eine Politik der Bündnisfreiheit und Selbständigkeit zu befolgen, die die beste Garantie für die Erhaltung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität und einen Schutz gegenüber ausländischen Einflüssen darstelle. Der Ausschuß verurteilt alle ausländischen Einflüsse, welche die arabischen Völker zu spalten suchen, sich in ihr Selbstbestimmungsrecht einmischen und zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen ihnen führen. Die Regierung des Irak wird aufgefordert, den anderen arabischen Staaten zu folgen und die Empfehlungen der Resolution einzuhalten.

Nordatlantikpakt-Organisation

2.—4. April
Tagung des Ministerrates der NATO in Washington aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Nordatlantikpakt-Organisation. (Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués auf S. D 202 dieser Folge.)

5. April
Der Generalsekretär der NATO, Paul-Henri *Spaak*, erklärt in einem Interview im amerikanischen Fernsehen, der Westen sei sich über die Grundlinien seiner Politik einig: 1. er könne keiner Neutralisierung Deutschlands zustimmen; 2. ein Rückzug amerikanischer, britischer und kanadischer Truppen aus Mitteleuropa sei unrealistisch; 3. der Westen müsse das Recht des deutschen Volkes auf Wiedervereinigung bekräftigen; 4. er müsse in der Berlin-Frage fest bleiben und sich sein Recht zum Aufenthalt und zum freien Zugang nach Berlin wahren.

Der Oberbefehlshaber der Nordatlantikpakt-Streitkräfte, General Lauris *Norstad*, fordert in einem Interview im amerikanischen Fernsehen für die NATO mehr Truppen und mehr moderne Waffen, darunter Raketen. Obwohl die NATO über bedeutende Streitkräfte verfüge, reichten sie nicht aus, alle bei einer Verteidigung Europas gestellten Aufgaben zu erfüllen. Am 7. April erklärt Norstad in einer Rede vor dem National Press Club in Washington, vom militärischen Standpunkt sei kein Auseinanderrücken der Streitkräfte in Mitteleuropa denkbar, welches das militärische Gleichgewicht unangetastet ließe. Die strategische Lage in Europa schließe wahrscheinlich die Ausrüstung der Bundeswehr mit Mittelstreckenraketen aus. Auch müsse man sich fragen, ob die kostspielige Ausbildung deutscher Einheiten

an diesen strategischen Fernlenkwaffen einen Sinn habe. Der NATO-Schild sei heute so gegliedert, daß der Gegner im Ernstfall eine Zeit zur Ueberlegung habe, ehe die schweren strategischen Waffen ins Spiel kämen. Diese Pause vor der letzten Entscheidung sei das entscheidende Moment; es wäre katastrophal, wenn die Spanne zwischen dem Ausbruch eines Konflikts und der Anwendung der großen Abschreckungsmittel nicht mehr bestünde.

Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)

8. April
Die vom Komitee zur Förderung wirtschaftlicher Entwicklung eingesetzte Expertenkommission (vgl. Zeittafel in EA 24/1958) verabschiedet in Washington das Statut eines interamerikanischen Kreditinstitutes. Das Kreditinstitut wird aus einer Entwicklungsbank zur Finanzierung von langfristigen Investitionen und einem Fonds für Sondervorhaben bestehen, aus dem mit größeren Risiken verbundene, aber sozial notwendige Vorhaben finanziert werden sollen.

Südostasienpakt-Organisation (SEATO)

2.—4. April
Tagung des Militärausschusses in Wellington. In einem zum Abschluß der Beratungen herausgegebenen Kommuniqué geben die Delegierten ihrer Befriedigung über die in der Koordination zwischen den Streitkräften der Mitgliedstaaten erzielten Erfolge Ausdruck und betonen die Wichtigkeit der Fortführung des im März 1958 beschlossenen Ausbildungsprogrammes.

8.—10. April
Tagung des Ministerrates in Wellington. In dem zum Abschluß der Tagung herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, die SEATO habe sich als eine wirksame Abschreckung gegen Aggressionen erwiesen. Die Entwicklung in der Straße von Formosa und in anderen Gebieten habe gezeigt, daß die Kommunisten nach wie vor versuchten, ihre Ziele durch Gewalt zu erreichen, bis zu dem Punkt, wo sie auf entschlossenen Widerstand stießen. Besorgnis errege die kommunistische Wirtschaftsexpansion in Südostasien. Es sei notwendig, den Lebensstandard im Paktgebiet zu erhöhen, um die Sicherheit in diesem Gebiet zu gewährleisten.

Zwischenstaatlicher Ausschuß für Europäische Wanderung (ICEM)

7.—10. April
10. Tagung des Rates der ICEM in Genf. Der Rat beschließt die Steigerung der europäischen Auswanderung im laufenden Jahr auf 121 000 und im Jahre 1960 auf 129 000 Personen sowie Maßnahmen für eine vermehrte berufliche und sprachliche Vorbildung der Auswanderer.

Liberale Weltunion

11.—12. April
Das Exekutivkomitee der Liberalen Weltunion faßt auf einer Sitzung in Zürich eine Resolution, in der die Westmächte zur Einigkeit in den bevorstehenden Ost-West-Verhandlungen aufgefordert werden. Jede Aenderung im Status von Berlin, welche die bestehenden Freiheiten der Bevölkerung West-Berlins und die Rechte der Bundesrepublik sowie der Westmächte einschränke, bedeute eine moralische und politische Niederlage für die ganze freie Welt.

Weltgewerkschaftsbund

2.—7. April
19. Sitzungsperiode des Exekutivkomitees des Weltgewerkschaftsbundes in Warschau. Als Nachfolger von Giuseppe *di Vittorio* wird Agostino *Novella* zum Präsidenten des Weltgewerkschaftsbundes gewählt. In einer einstimmig angenommenen Resolution stimmt das Komitee einem Zehnpunkteprogramm zu, in dem u. a. die Wiedervereinigung Deutschlands durch die Annäherung der zwei souveränen deutschen Staaten bei Aufrechterhaltung der sozialen Errungenschaften der Arbeiter in der DDR, die Schaffung von kernwaffenfreien Friedenszonen in Mitteleuropa, im Pazifik und in anderen Teilen der Welt sowie die Beendigung der Kolonialkriege, insbesondere in Algerien, gefordert wird.

Zeittafel vom 16. bis zum 30. April 1959

Die Ereignisse in Europa

Deutschland

16. April
Der Ministerpräsident der DDR, Otto *Grotewohl*, erklärt vor der Volkskammer, die Delegation der DDR an der Außenministerkonferenz in Genf solle den unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages und eine Bereinigung des Berlin-Problems fordern. Jeden Versuch, die Frage der Wiedervereinigung zum Gegenstand der Besprechungen der Außenminister in Genf zu machen, werde die DDR als eine unzulässige Einmischung in die innerdeutschen Angelegenheiten betrachten. Unter den augenblicklichen Bedingungen sei eine mechanische Wiedervereinigung unmöglich, ein Festhalten an der Viermächte-Verantwortung sei aussichtslos. Wenn die Bundesregierung nicht auf den Gedanken einer Konföderation eingehe, so müsse ein Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten abgeschlossen werden.

19. April
Der außerordentliche Delegiertentag der CSU/CVP des Saarlandes beschließt in Saarbrücken mit 525 gegen 31 Stimmen bei 6 Enthaltungen die Auflösung der Partei und den Anschluß an die CDU.

23. April
Tod des saarländischen Ministerpräsidenten, Egon *Reinert*. Am 30. April wählt der saarländische Landtag Franz Joseph *Röder* zum neuen saarländischen Ministerpräsidenten.

26. April
Bundesaußenminister Heinrich *von Brentano* erklärt auf dem Landesparteitag der CDU in Bad Sooden-Allendorf, die Bundesregierung werde auch in der Zukunft die Politik der letzten zehn Jahre konsequent weiterführen. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Sowjetunion glaubte, mit dem Westen unter Druck verhandeln zu können. Verhandlungen könnten nur darin bestehen, daß beide Seiten Konzessionen machten. Der Status des freien Berlins dürfe jedoch nicht verschlechtert werden. Brentano lehnt alle auf einen Konföderationsplan hinauslaufenden Gedanken sowie alle Disengagement-Pläne ab.

Frankreich

26. April
Bei den Senatswahlen erringen die Rechtsunabhängigen 85 Sitze, die Radikalsozialisten 51 Sitze, die Sozialisten (SFIO) 48 Sitze, die Volksrepublikaner (MRP) 29 Sitze, die Union für die Neue Republik 27 Sitze, die Kommunisten 14 Sitze.

28. April
Der amerikanische Außenminister, Christian A. *Herter*, hat in Paris eine Unterredung mit Staatspräsident Charles *de Gaulle* über die Haltung des Westens bei den bevorstehenden Ost-West-Verhandlungen.

Das Parlament tritt zu seiner ersten ordentlichen Sitzungsperiode zusammen. Premierminister Michel *Debré* führt in seiner Regierungserklärung vor der Nationalversammlung aus, für Frankreich könne es eine Lösung des deutschen Problems nur durch eine Wiedervereinigung auf Grund von freien Wahlen geben. Man könne wohl die eine oder andere Uebergangslösung erörtern, aber eine Konzession in dieser Frage sei für den Westen unvorstellbar. Einer verdünnten Zone in Mitteleuropa könne Frankreich nur dann zustimmen, wenn die Verteidigung proportionell nicht geschwächt werde. Die Sicherheit Frankreichs sei zweifellos noch für lange Zeit an die Anwesenheit der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland gebunden. Eine Neutralisierung Deutschlands berge große Risiken in sich.

29.—30. April
Die Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und der

Bundesrepublik erörtern in Paris die Haltung des Westens auf der Genfer Außenministerkonferenz. In einem zum Abschluß der Konferenz herausgegebenen Kommuniqué bekräftigen die Außenminister ihre Entschlossenheit, die Freiheit der West-Berliner Bevölkerung und die dortigen Rechte und Verpflichtungen der alliierten Mächte aufrechtzuerhalten. Sie bestätigen zugleich ihre Bereitschaft, Verhandlungen mit der Sowjetunion aufzunehmen mit dem Ziel, einen gerechten und dauerhaften Frieden in Europa zu schaffen. Ueber ihre in Genf einzunehmende Haltung sei volle Uebereinstimmung erzielt worden.

30. April
Staatspräsident Charles *de Gaulle* erneuert in einem Interview mit der Zeitung *L'Echo d'Oran* sein Angebot, in Paris mit Vertretern der FLN über einen „Frieden der Tapferen" zu verhandeln.

Großbritannien

19.—28. April
Besuch König *Husseins* von Jordanien. Bei seiner Ankunft in Northolt erklärt König Hussein, seit zwei Jahren werde Jordanien von der Vereinigten Arabischen Republik wegen seiner Beziehungen zu Großbritannien und seiner Haltung gegenüber dem Kommunismus kritisiert. Das Ziel des Kommunismus sei die Beherrschung des ganzen Nahen Ostens. Ein Verlust der dort befindlichen Oelvorkommen werde Europa empfindlich verwunden. König Hussein wird von Königin Elizabeth in Windsor empfangen.

20.—23. April
Besuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy *Brandt*. Am 20. April erörtert Brandt mit Außenminister Selwyn *Lloyd* und am 21. April mit Premierminister Harold *Macmillan* das Berlin-Problem. Am 21. April trifft Brandt mit dem Oppositionsführer, Hugh *Gaitskell*, und dem Labour-Politiker Aneurin *Bevan* zusammen. Nach der Begegnung erklärt ein Sprecher der Labour Party, sie stimme im wesentlichen mit der Auffassung Brandts in der Berlin-Frage überein. Vor seiner Abreise erklärt *Brandt*, er nehme die Ueberzeugung mit, daß die britische Regierung alles tun werde, um ihre außenpolitischen Verpflichtungen zu erfüllen.

21. April
Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt, Premierminister Harold *Macmillan* unterstütze die in einem persönlichen Schreiben an den sowjetischen Ministerpräsidenten gerichteten Vorschläge Präsident Dwight D. *Eisenhowers* (vgl. Vereinigte Staaten). *Macmillan* habe ebenfalls ein Schreiben an *Chruschtschow* gerichtet.

24. April
Die Arbeitsgruppe Großbritanniens, Frankreichs, der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik beendet in London ihre Vorbereitungen für die am 29. April in Paris beginnende Konferenz der Außenminister der Westmächte (vgl. Zeittafel in EA 9—10/1959). Ihr Bericht wird den Regierungen der Westmächte sowie den Mitgliedstaaten der NATO zugeleitet.

27. April
Außenminister Selwyn *Lloyd* erklärt in der außenpolitischen Debatte des Unterhauses, er hoffe, der am 11. Mai in Genf beginnenden Außenministerkonferenz werde eine Gipfelkonferenz folgen, die zum Muster weiterer Gipfelkonferenzen werden könne. In der Berlin-Frage tritt Lloyd für ein neues oder ein zusätzliches Abkommen über den freien Zugang nach Berlin ein. Die ideale Lösung wäre, Berlin zur Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands zu machen. Da sich dies wahrscheinlich nicht in allernächster Zukunft verwirklichen lasse, müsse man für die Zwischenzeit besondere Vorkehrungen treffen. Eine Wiedervereinigung Deutschlands sei nur möglich, wenn in irgendeinem Stadium freie Wahlen stattfänden. Wenn der Westen sich damit einverstanden erkläre, daß freie Wahlen nicht der erste Schritt der Wiedervereinigung sein müßten, so solle er überlegen, ob in der Zwischenzeit Kontakte zwischen den beiden Teilen Deutschlands möglich seien.

Italien

24. April
Ministerpräsident Antonio *Segni* besucht Bundeskanzler Konrad *Adenauer* in sei-

nem Urlaubsort Cadenabbia zu einem Gespräch über aktuelle Fragen.

Jugoslawien

19. April
Staatspräsident Marschall *Tito* bezeichnet in einer Rede in Belgrad auf der Festsitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Jugoslawiens anläßlich ihres vierzigjährigen Bestehens den Konflikt mit der Sowjetunion als eine grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen den fortschrittlichen und den reaktionären Kräften innerhalb des Weltkommunismus. Die jugoslawischen Kommunisten hätten ihre Verpflichtungen gegenüber dem proletarischen Internationalismus stets eingehalten und würden weiterhin ihren Prinzipien treu bleiben. Sie seien jedoch gegen die schädliche These der Identifikation des Sozialismus mit dem als Militärblock auftretenden östlichen Lager.

Norwegen

20. April
Ein Sprecher der Regierung erklärt auf einer Pressekonferenz unter Bezugnahme auf die sowjetische Note vom 19. April (vgl. Sowjetunion), die Errichtung militärischer Versorgungsbasen liege in der Zuständigkeit der norwegischen Behörden und solle es den Verbündeten Norwegens ermöglichen, im Falle eines Angriffs ihren Verpflichtungen gegenüber Norwegen nachzukommen. Bei der Errichtung der Basen werde die Bundesrepublik nach den gleichen Prinzipien behandelt wie die übrigen Mitgliedstaaten der NATO. Die Regierung betrachte die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und den Mitgliedstaaten der NATO als die denkbar beste Garantie gegen ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus.

Sowjetunion

19. April
Die Regierung protestiert in einer Note an die norwegische Regierung gegen die Stationierung von NATO-Streitkräften auf norwegischem Gebiet. Sie sei beunruhigt, daß die norwegische Regierung den „Forderungen der westdeutschen Militaristen" nach Bereitstellung von Versorgungsbasen in Norwegen nachgebe. Norwegen handle damit gegen die Interessen der skandinavischen Länder und gefährde den Frieden und die Sicherheit in Europa.

Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* erklärt in einem Interview mit der japanischen Nachrichtenagentur *Japan Press Service*, die Stationierung amerikanischer Atomwaffen in Japan bedeute eine tödliche Gefahr. Der Friede und die Sicherheit Japans könnten nur durch eine Aufhebung der ausländischen Militärstützpunkte in Japan und den Abzug aller ausländischen Truppen garantiert werden.

21. April
Die Regierung protestiert in einer Note an die Bundesregierung gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Kern- und Raketenwaffen. Eine ähnliche Protestnote richtet die sowjetische Regierung am 22. April an die Vereinigten Staaten (vgl. Wortlaut bzw. Inhaltsangabe der Noten in EA 9—10/1959, S. D 203—D 206).

22. April
In einem Telegramm an die Kommunistische Partei Jugoslawiens aus Anlaß ihres vierzigjährigen Bestehens ruft die KPdSU diese zur Festigung der Freundschaft zwischen den Völkern der Sowjetunion und Jugoslawiens auf.

23. April
In Beantwortung eines persönlichen Schreibens Präsident Dwight D. *Eisenhowers* an Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* vom 13. April (vgl. Vereinigte Staaten) lehnt *Chruschtschow* den Vorschlag für ein Verbot aller Kernwaffenversuche in Höhen bis zu 50 Kilometern als eine unehrliche Abmachung ab. Er unterstützt einen in Moskau geäußerten Vorschlag Premierminister Harold *Macmillans*, wonach die Verhandlungspartner eine festgelegte Zahl von jährlichen Inspektionen vereinbaren sollten. In einem ähnlichen Schreiben an Premierminister Harold *Macmillan* wiederholt *Chruschtschow* diese Vorschläge.

28. April
Die Regierung erklärt in einer Note an die italienische Regierung, mit der Unterzeichnung des Abkommens mit den Vereinigten Staaten über die Errichtung von Abschußrampen für Mittelstreckenraketen

auf ihrem Gebiet habe die italienische Regierung einen weiteren gefährlichen Schritt zur Raketen- und Atomrüstung getan, der die Kriegsgefahr erhöhe und die Lage in Europa verschärfe.

Das Außenministerium erklärt in Beantwortung der Note der Vereinigten Staaten vom 13. April (vgl. Zeittafel in EA 9—10/1959, Vereinigte Staaten), niemand dürfe ohne Zustimmung der anderen Seite die im Luftkorridor nach Berlin bestehende Ordnung verletzen. Die sowjetische Regierung bekräftigt den in ihrer Note vom 4. April (vgl. Zeittafel in EA 9—10/1959) dargelegten Standpunkt und macht die amerikanische Regierung auf die Gefährlichkeit ihrer Maßnahmen aufmerksam.

Spanien

16.—20. April
Besuch des türkischen Ministerpräsidenten, Adnan *Menderes*, und von Außenminister Fatin *Zorlu*. Am 16. April unterzeichnen Außenminister Fernando Maria *de Castiella* und *Zorlu* in Madrid einen spanisch-türkischen Freundschaftspakt.

Tschechoslowakei

24. April
Die Regierung fordert in gleichlautenden Noten an die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich, zusammen mit Polen als gleichberechtigter Partner zu der bevorstehenden Ost-West-Außenministerkonferenz und zu einer späteren Gipfelkonferenz zugelassen zu werden.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Elfenbeinküste

30. April
Staatsminister *Houphouet-Boigny* wird einstimmig zum Premierminister gewählt.

AMERIKA

Argentinien

27. April
Die Regierung verbietet jede politische Tätigkeit der Kommunistischen Partei Argentiniens und der ihr angeschlossenen Organisationen.

Panama

25. April
In Nombre de Dios landet eine Gruppe von Rebellen, und es kommt zu Zusammenstößen mit den Regierungstruppen. Am 27. April ruft die Regierung die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) um Schutz an. Am 28. April beschließen die Vereinigten Staaten, der Regierung Waffen und Munition zur Unterdrückung des Aufstandes zur Verfügung zu stellen. Der Rat der OAS beschließt einstimmig die Unterstützung Panamas.

Vereinigte Staaten

16.—26. April
Besuch des kubanischen Ministerpräsidenten, Fidel *Castro*. Castro erörtert mit dem amtierenden Außenminister, Christian A. *Herter*, die Beziehungen zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten. In einer Rede vor der Amerikanischen Gesellschaft der Zeitungsverleger am 17. April in Washington erklärt *Castro*, das Hauptziel seiner Politik sei die Entwicklung der Industrie und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Am 19. April erklärt Castro in einem Fernseh-Interview, Kuba stehe fest auf der Seite der Demokratie und werde alle internationalen Vereinbarungen getreu erfüllen.

18. April
Präsident Dwight D. *Eisenhower* ernennt den amtierenden Außenminister, Christian A. *Herter*, als Nachfolger von John Foster *Dulles* zum Außenminister.

19. April
König *Hussein* von Jordanien beendet einen vierwöchigen Besuch in den Vereinigten Staaten. Am 24. März erörterten König *Hussein* und der jordanische Ministerpräsident, Samil *el Rifai*, mit Präsident *Eisenhower* und dem amtierenden Außenminister, Christian A. *Herter*, die Lage im Nahen Osten und die Möglichkeit einer verstärkten militärischen und wirtschaftlichen Hilfe der Vereinigten Staaten.

20. April
Das Weiße Haus veröffentlicht ein persönliches Schreiben von Präsident Dwight

D. *Eisenhower* vom 13. April an den sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow,* in dem er Chruschtschow auffordert, seine Einwände gegen eine Inspektion der Versuchsgelände bei Verletzungen eines Abkommens über die Einstellung von Kernwaffenversuchen zurückzuziehen. Wenn die Sowjetunion sich dazu nicht bereit finden könne, solle sie einem Verbot aller Kernwaffenversuche in Höhen bis zu 50 Kilometern als erstem Schritt zu einem völligen Versuchsverbot zustimmen.

23. April

Präsident Dwight D. *Eisenhower* ernennt den bisherigen Außenminister John Foster *Dulles* zum Sonderberater für außenpolitische Fragen.

29. April

Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt, die sowjetische Note über eine Begrenzung der Flughöhe in den Berliner Luftkorridoren vom 28. April enthalte keine neuen Gesichtspunkte.

30. April

In einer einstimmig angenommenen Entschließung unterstützt der Senat die Bemühungen der Regierung, ein Abkommen zur Einstellung der Kernwaffenversuche abzuschließen. Der Senat betont, ein angemessenes Inspektions- und Kontrollsystem müsse Bestandteil eines solchen Abkommens sein. Der Senat fordert den Präsidenten auf, den Inhalt dieser Resolution der Sowjetregierung zu übermitteln.

Bundesverteidigungsminister Franz Joseph *Strauß* beendet einen dreiwöchigen Besuch in den Vereinigten Staaten. Am 20. April erklärt Strauß in einem Interview mit dpa, eine der wichtigsten Aufgaben für die nahe Zukunft sei die Schaffung einer europäisch-amerikanischen Rüstungsintegration. In einer Pressekonferenz zum Abschluß seines Besuches in New York erklärt Strauß, die Bundeswehr werde keine Mittelstreckenraketen erhalten, sondern sich auf die Raketentypen „Nike“, „Honest John“ und „Hawk“ beschränken.

ASIEN

Volksrepublik China

18.—28. April

Tagung des Nationalen Volkskongresses. In seinem Rechenschaftsbericht erklärt Ministerpräsident *Tschu En-lai,* das System der Volkskommunen habe zu einem beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung geführt. Auch im 2. Fünfjahrplan werde die weitere Entwicklung der Schwerindustrie im Vordergrund stehen, zugleich solle die Verbrauchsgütererzeugung um ein Drittel erhöht werden. Die Volksrepublik China begrüße die Erklärungen des indischen Ministerpräsidenten, Jawaharlal *Nehru,* über die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas und zugunsten einer weiteren Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern. China habe mit einer Reihe von Ländern Asiens und Afrikas, die erst in jüngster Zeit ihre Unabhängigkeit errangen, gute diplomatische Beziehungen entwickelt. Diese Länder bildeten eine Friedenszone in Asien, von der er hoffe, daß sie sich über ganz Asien ausdehnen möge. Die Volksrepublik China wünsche die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in ganz Ostasien und dem Pazifik. Zur Deutschland-Frage erklärt *Tschu En-lai,* die chinesische Regierung befürworte die sowjetischen Vorschläge und hoffe, daß auf den Ost-West-Konferenzen die Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland und das Berlin-Problem geregelt werden könnten. Tschu En-lai erklärt ferner, Formosa sei ein unabtrennbarer Teil des chinesischen Territoriums. Die Intrige der US-Imperialisten, zwei chinesische Staaten zu schaffen, werde ebenso wie die von den Vereinigten Staaten gegenüber China betriebene Nichtanerkennungspolitik in eine Sackgasse führen. Der Vorsitzende der Staatlichen Planungskommission, *Li Fu-chun,* unterbreitet am 21. April dem Volkskongreß den Volkswirtschaftsplan für 1959, der eine Steigerung der industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugung um 40 vH vorsieht. Am 27. April wählt der Volkskongreß den stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralkomitees und Präsidenten des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, *Liu Schao-tschi,* als Nachfolger von *Mao Tse-tung* zum Staatspräsidenten. Der bisherige stellvertretende Staatspräsident, Marschall *Tschu Teh,* wird

zum Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses gewählt. Ferner bestätigt der Volkskongreß *Tschu En-lai* als Ministerpräsidenten und billigt die Zusammensetzung des neuen Staatsrates, dem u. a. Innenminister *Tschen Ying*, Außenminister *Tschen Yi* und Verteidigungsminister *Peng Teh-huai* angehören.

20. April
Der *Pantschen-Lama* erklärt auf einem Bankett in Peking, die Erklärung des *Dalai-Lama* vom 18. April (vgl. Indien) stelle eine grobe Entstellung der Tatsachen dar. Diese Erklärung sei augenscheinlich unter Zwang abgegeben worden. Am 29. April erklärt der *Pantschen-Lama* unter Bezugnahme auf die Rede des indischen Premierministers, Jawaharlal *Nehru*, vom 27. April (vgl. Indien), für ihn bestehe unter den gegebenen Umständen keine Notwendigkeit, den Dalai-Lama in seinem Exil zu besuchen. Die tibetische Frage könne nur in Tibet gelöst werden.

Indien

18. April
Der *Dalai-Lama* nimmt in Teipur in einer offiziellen Erklärung zu den Vorgängen in Tibet Stellung, die zu seiner Flucht geführt hatten. Wenn auch Tibet im Verlauf seiner Geschichte mehrmals unter der Souveränität Chinas gestanden habe, so sei im tibetanischen Volk der Wunsch nach Unabhängigkeit lebendig geblieben. Immer aber habe Tibet die Autonomie über die Regelung seiner inneren Angelegenheiten gehabt, auch das 1951 unter dem Druck der chinesischen Regierung abgeschlossene Siebzehn - Punkte - Abkommen habe diese garantiert. Nach der chinesischen Besetzung Tibets sei jedoch auch die Regelung der inneren Angelegenheiten an die chinesische Regierung übergegangen, so sehr auch er und seine Regierung an den Bestimmungen des Abkommens festgehalten hätten. Erst als Gefahr für seine persönliche Sicherheit bestanden hätte, habe er auf Rat seiner Berater die Flucht angetreten. Er sei freiwillig und nicht unter Druck nach Indien gekommen.

24. April
Premierminister Jawaharlal *Nehru* besucht den *Dalai-Lama* in seinem Exil in Mussoorie. Auf einer Pressekonferenz spricht *Nehru* die Hoffnung aus, daß der Dalai-Lama nach Tibet zurückkehren könne. Nehru lädt den Pantschen-Lama ein, nach Indien zu kommen und den Dalai-Lama zu treffen. Am 27. April erklärt Nehru vor dem Parlament, Indien sei sehr betrübt über die Anwendung von Gewalt zur Unterdrückung der nationalen Gefühle der tibetischen Bevölkerung. Nehru weist die chinesische Beschuldigung, der Dalai-Lama sei unter Zwang nach Indien gekommen, als unziemlich und unzutreffend zurück. Er bedaure die chinesischen Behauptungen, indische Expansionisten hätten die tibetische Revolte verursacht.

Indonesien

22. April
Staatspräsident Achmed *Soekarno* fordert in einer Rede vor der Verfassunggebenden Versammlung in Djakarta die Errichtung einer Präsidentschaftsregierung. An die Stelle des Parlamentes solle ein beratender Volkskongreß von Vertretern der gesellschaftlichen Gruppen und der Provinzen treten, der alle fünf Jahre den Präsidenten und den Vizepräsidenten wählen solle.

Japan

21. April
Ministerpräsident Nobosuke *Kischi* weist auf einer Wahlversammlung die Vorschläge von Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* vom 20. April (vgl. Sowjetunion) zurück.

Malaya

16. April
Dato *Abdul Razak ben Hussein* wird als Nachfolger von Tunku *Abdul Rahman* zum neuen Ministerpräsidenten ernannt.

17. April
Der indonesische Ministerpräsident, Hadj *Djuanda*, beendet einen fünftägigen Besuch in Malaya. Zwischen Indonesien und Malaya wird in Kuala Lumpur ein Freundschaftsvertrag zur Förderung der traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten unterzeichnet.

Internationale Organisationen

Vereinte Nationen

16. April
Generalsekretär Dag *Hammarskjöld* erklärt auf einer Pressekonferenz in New York, die Vereinten Nationen könnten eine wichtige Rolle in den kommenden Ost-West-Verhandlungen über die Berlin-Frage spielen. Es bleibe jedoch den Großmächten vorbehalten, die Vereinten Nationen zur Teilnahme an den Beratungen hinzuzuziehen.

24. April
Der Wirtschafts- und Sozialrat beendet in Mexico-City seine 27. Sitzungsperiode. Der Rat befaßte sich mit einer Untersuchung über die Fortschritte in der Entwicklung der Informationsfreiheit in den verschiedenen Staaten. Der Rat fordert in einer Resolution die Förderung der Kleinindustrie, industrieller Zonen, Verwaltungseinrichtungen und technologischer Forschungsinstitute sowie die Errichtung einer Zentralstelle zur Auswertung und Unterrichtung über alle nicht von den Vereinten Nationen geförderten technischen Hilfsprogramme. Ferner wird in einer Resolution vorgeschlagen, die industriellen Entwicklungs- und Energieprogramme derjenigen Länder besonders zu unterstützen, die bei ihrer Exportplanung die Wirtschaftslage der benachbarten Länder berücksichtigten.

Arabische Liga

23. April
In Kairo wird der erste Arabische Oel-Kongreß beendet. In einer zum Abschluß angenommenen Erklärung wird ausgeführt, die Beteiligung der arabischen Länder an den Erdöleinkünften solle erhöht und die Gründung von nationalen Oel-Gesellschaften neben den bestehenden privaten Gesellschaften angestrebt werden. Ferner sollten die Produktion und der Export des Oeles koordiniert werden.

Europäische Gemeinschaften

16. April
In Straßburg wird die Frühjahrstagung des Europäischen Parlaments beendet. Am 9. April hatte der Präsident der Hohen Behörde, Paul *Finet*, erklärt, die Hohe Behörde werde dem Ministerrat direkte Maßnahmen auf dem Kohlesektor im Sinne des Art. 58 des Montanunion-Vertrages, der Maßnahmen im Falle einer offensichtlichen Krise in der Produktion vorsieht, vorschlagen. Am 15. April erklärte Finet, die Hohe Behörde sei bei ihren Aktionen keineswegs auf die Zustimmung des Parlaments angewiesen und werde ungeachtet aller Entschließungen dem Ministerrat die ihr richtig erscheinenden Vorschläge unterbreiten. In einer zum Abschluß der Tagung gefaßten Entschließung gab das Parlament seiner Auffassung Ausdruck, daß sich der Kohlebergbau der Gemeinschaft in einer Krise befinde und daß dieser Lage nicht mehr ausschließlich mit indirekten Maßnahmen begegnet werden könne. Es bedauerte, daß insbesondere durch das Verhalten des Rates keine rechtzeitigen und wirksamen Maßnahmen zur Behebung der gegenwärtigen Schwierigkeiten im Kohlebergbau getroffen wurden. Die Lage im Steinkohlenbergbau mache Gemeinschaftsanstrengungen zur Ueberwindung der Schwierigkeiten erforderlich. Das Parlament empfahl ferner die beschleunigte Verwirklichung einer gemeinsamen, alle Energieträger umfassenden Energiepolitik.

Europarat

20. April
Der Ministerausschuß des Europarates tagt in Straßburg. Der Ausschuß befürwortet die Uebertragung der Kompetenzen der WEU auf sozialem und kulturellem Gebiet an den Europarat und legt ein Abkommen zur Beseitigung des Visumzwangs für Flüchtlinge, eine Konvention über die gegenseitige Rechtshilfe bei Strafverfahren und eine Konvention über die obligatorische Haftpflichtversicherung zur Unterzeichnung auf.

20.—27. April
Tagung der Beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg. Am 20. April tritt der Europarat zu einer Ge-

denksitzung zum 10. Jahrestag der Gründung des Europarates zusammen. In seiner Festansprache gibt der derzeitige Vorsitzende des Ministerausschusses, der österreichische Außenminister Leopold *Figl*, seiner Enttäuschung über das Scheitern der Verhandlungen für eine Freihandelszone Ausdruck. Am 21. April eröffnet die Beratende Versammlung ihre ordentliche 11. Sitzungsperiode und wählt den britischen Labourabgeordneten John *Edwards* als Nachfolger des Belgiers Fernand *Dehousse* zu ihrem neuen Präsidenten. Am 22. April diskutiert die Beratende Versammlung den Jahresbericht der OEEC. In einer einstimmig angenommenen Empfehlung erklärt die Beratende Versammlung, die gegenwärtige Situation verlange eine wirksamere Koordinierung der nationalen Konjunkturpolitik als Teil eines abgestimmten Expansionsprogrammes. Durch steuerliche Anreize, öffentliche Investitionen und Unterstützung privater Investitionen solle eine ständige Wachstumsrate in der Nachfrage und durch den Abbau der noch verbliebenen Handelsschranken der Handel gefördert werden. Ferner wird ein langfristiges Entwicklungsprogramm für die wirtschaftlich weniger entwickelten Länder gefordert. Im Anschluß an eine Deutschland-Debatte nimmt die Beratende Versammlung am 23. April eine Entschließung an, in der die bevorstehenden Ost-West-Verhandlungen über das Deutschland-Problem begrüßt werden. In der Entschließung wird das Recht der West-Berliner Bevölkerung, in Frieden und Sicherheit zu leben, und auf freie Verbindungen mit dem Westen bekräftigt. Der Westen müsse zu den Viermächte-Verpflichtungen von Genf im Jahre 1955 stehen. Es dürfe nichts getan werden, was die Existenz der Europäischen Gemeinschaften in Frage stelle. Der Westen könne auch keiner Aenderung des durch die NATO garantierten militärischen Gleichgewichts zustimmen. Für jede Konzession des Westens müsse es eine gleichwertige Konzession von seiten der Sowjetunion geben. In der Südtirol-Frage erklärt der österreichische Abgeordnete Lujo *Tončić*, Oesterreich sei bereit, mit Italien über eine Lösung des Problems zu verhandeln. In der Schlußdebatte am 27. April erklärt der Vorsitzende des Ministerausschusses für die Freihandelszone, der britische Generalzahlmeister Reginald *Maudling*, wenn der gegenwärtige tote Punkt in der Bildung einer Freihandelszone nicht überwunden werden könne, dann seien die nicht dem Gemeinsamen Markt angehörenden Mitgliedstaaten der OEEC gezwungen, ihren Handel nach anderen Gebieten auszudehnen. Die Beratende Versammlung billigt eine Resolution, in der die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ländern des Gemeinsamen Marktes und den übrigen Mitgliedern der OEEC in der Frage der Bildung einer Freihandelszone bedauert werden und die Notwendigkeit und Dringlichkeit wirtschaftlicher Beziehungen auf multilateraler Basis betont wird.

Warschauer Pakt

27.—28. April
Treffen der Außenminister der Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes und der Volksrepublik China in Warschau zu einem Meinungsaustausch über die am 11. Mai in Genf beginnende Außenministerkonferenz. In einem zum Abschluß herausgegebenen Kommuniqué wird die volle Einmütigkeit in der Einschätzung der gegenwärtigen Lage betont. Die Außenminister unterstützen die sowjetischen Vorschläge zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und zur Aufhebung des Besatzungsstatus in West-Berlin. Sie verurteilen dagegen alle Maßnahmen für eine Ausrüstung der Bundeswehr mit Kern- und Raketenwaffen.

Sozialistische Internationale

23.—24. April
Das Büro der Sozialistischen Internationale tagt in London. In einem zum Abschluß der Tagung herausgegebenen Kommuniqué wird erklärt, das Berlin-Problem könne nur im Rahmen einer umfassenden Lösung der europäischen Sicherheit in befriedigender Weise geregelt werden.

Zeittafel vom 1. bis zum 15. Mai 1959

Die Ereignisse in Europa

Albanien

3. Mai
Die Regierung protestiert in einer Note an die italienische Regierung gegen die Errichtung von Raketenabschußbasen in Italien. Diese Stützpunkte bedeuteten eine unmittelbare Gefährdung Albaniens.

Deutschland

1. Mai
Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy *Brandt*, präzisiert in einer Rede auf der Berliner Mai-Kundgebung den Berliner Standpunkt bei den kommenden Ost-West-Verhandlungen. Unter keinen Umständen könne das sowjetische Projekt einer „Freien Stadt" angenommen werden. Die Zugehörigkeit West-Berlins zum Währungs- und Rechtsgebiet der Bundesrepublik dürfe nicht angetastet werden. Die Sowjetunion dürfe in West-Berlin keine Rechte für sich beanspruchen, die sie nicht auch den Westmächten in Ost-Berlin einräume. Brandt ruft den Beteiligten an den Genfer Verhandlungen zu: „Schaut auf das Volk in Berlin, dann wißt ihr, was die Deutschen wollen! Dann wißt ihr, daß es in diesem Volk nicht nur kleinliches Gezänk, sondern auch einen einigenden Willen gibt und in ihm nach Irrungen und Wirrungen ein starker Freiheitswille lebt." Dieses Volk wolle den sachlichen Ausgleich mit allen seinen Nachbarn, auch denen im Osten.

3. Mai
Der Parteitag des Landesverbandes Bayern des Gesamtdeutschen Blocks/BHE beschließt in Weiden einstimmig die Gründung einer „National - Demokratischen Union" als Dachverband der kleineren Parteien. Besprechungen über einen Beitritt der anderen Parteien außerhalb der CDU/CSU und der SPD sowie mit parteilosen Gruppen und Verbänden sollen umgehend aufgenommen werden.

6. Mai
Der französische Premierminister, Michel *Debré*, und Außenminister Maurice *Couve de Murville* führen in Bonn einen Meinungsaustausch mit Bundeskanzler Konrad *Adenauer*. Ein Regierungssprecher erklärt nach Beendigung des Besuches, es habe völlige Uebereinstimmung über die Haltung des Westens auf der Genfer Außenministerkonferenz bestanden.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy *Brandt*, warnt vor dem Berliner Abgeordnetenhaus vor Scheinlösungen in der Berlin-Frage. Aus einer isolierten Lösung könnten nur neue Gefahren für Berlin und für Deutschland entstehen: alle Schwierigkeiten resultierten aus der Zerstörung der deutschen Einheit.

7. Mai
Der Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten in Europa, General Clyde D. *Eddleman*, erklärt vor der Vereinigung der Auslandspresse in Bonn, ein Rückzug der NATO-Streitkräfte hinter den Rhein bedeute keine militärische Schwächung des Westens, vorausgesetzt, die Sowjetunion würde ihre Streitkräfte ebenfalls aus Deutschland zurückziehen und die Bundeswehr bliebe östlich des Rheins. Zur Verteidigung Berlins seien jedoch die Garnisonen der Westmächte in der Stadt lebenswichtig und könnten nicht durch eine Polizeitruppe ersetzt werden.

8. Mai
Bundesverteidigungsminister Franz Josef *Strauß* berichtet auf einer Pressekonferenz in Bonn über seine Amerika-Reise (vgl. Zeittafel auf S. Z 61 dieser Folge, Vereinigte Staaten). Er habe sich vor allem für Fliegerabwehrgeschütze für die Bundesmarine und das Heer interessiert. Bis jetzt seien für zwei Milliarden Dollar militärische Ausrüstungsgegenstände aus den Vereinigten Staaten beschafft worden.

Strauß befürwortet eine gemeinsame europäisch-amerikanische Rüstungsproduktion. Er betont, das deutsch-amerikanische Verhältnis beruhe auf der Fortsetzung der bisherigen Politik von Bundeskanzler Konrad *Adenauer* und auf dem termingerechten Aufbau einer modernen Bundeswehr. Die Vereinigten Staaten nähmen ihre Verpflichtungen der Bundesrepublik gegenüber sehr ernst, aber sie setzten auch voraus, daß diese gleichermaßen zu ihren Verpflichtungen steht.

9. Mai

Der amerikanische Außenminister, Christian A. *Herter*, besucht Bundeskanzler Konrad *Adenauer* in Bonn zu einem informellen Meinungsaustausch. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes erklärt nach Abschluß des Besuches, die Unterredung sei sehr herzlich verlaufen. Herter zeige ein tiefes Verständnis für die deutschen Probleme.

In Beantwortung der sowjetischen Note vom 21. April (vgl. Zeittafel auf S. Z 59 dieser Folge, Sowjetunion) weist die Bundesregierung die sowjetischen Vorwürfe zurück. Die Sowjetunion habe in dem von ihr besetzten Gebiet schon zu einem Zeitpunkt starke militärische Verbände aufstellen lassen, als in der Bundesrepublik noch keine Maßnahmen der Selbstverteidigung geplant waren. Die Bundesregierung betont, sie halte eine allgemeine, kontrollierte Abrüstung zur Sicherung des Friedens für unerläßlich. Als einzige Regierung der Welt habe sie durch völkerrechtlichen Vertrag auf die Herstellung atomarer, biologischer und chemischer Waffen verzichtet. Sie habe keine aggressiven Absichten gegen die Sowjetunion oder ein anderes Land der Welt. Den bevorstehenden Vier-Mächte-Verhandlungen sehe sie in der Erwartung entgegen, daß sie endlich eine gerechte Lösung der Deutschland-Frage bringen mögen.

12. Mai

Der niedersächsische Landtag wählt Hinrich *Kopf* (SPD) zum Ministerpräsidenten.

12.—15. Mai

VI. Parlament der Freien Deutschen Jugend in Rostock. Am 15. Mai erklärt der Erste Sekretär der SED, Walter *Ulbricht*, die Tatsache, daß an der Genfer Außenministerkonferenz zum ersten Male die Vertreter der beiden deutschen Staaten gleichberechtigt teilnähmen, bedeute eine de facto-Anerkennung der DDR. Das von den Westmächten auf der Konferenz vorgelegte Verhandlungspaket sei nichts anderes als eine neue Verpackung des Planes zur Organisation des Bürgerkrieges und der Annexion der DDR als Ausgangsbasis für weitere Maßnahmen gegen Polen und die Tschechoslowakei. Nachdem in der Bundesrepublik vollendete militärische Tatsachen geschaffen und Deutschland gespalten worden sei, gebe es für die Wiedervereinigung keinen anderen Weg, als durch einen Friedensvertrag eine Ausgangsbasis zu schaffen für die Annäherung und friedliche Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten.

Frankreich

4.—5. Mai

Der Exekutivrat der Französischen Gemeinschaft tagt unter dem Vorsitz von Staatspräsident Charles *de Gaulle* in Paris. Der Rat beschließt verschiedene Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und finanziellen Einheit der Gemeinschaft. Die Vertretung der Mitgliedstaaten im Währungsausschuß der Franc-Zone wird festgelegt. Der Rat lehnt eine gesonderte Vertretung der Föderation von Mali in der Gemeinschaft ab, ihre Interessen sollen bis auf weiteres durch den Senegal und den Sudan wahrgenommen werden. Der Rat nimmt einen Bericht von Außenminister Maurice *Couve de Murville* über die internationale Lage entgegen und bestätigt die Solidarität der Französischen Gemeinschaft mit der Haltung der Westmächte auf der Genfer Außenministerkonferenz. Ferner wird die Bildung eines gemeinsamen Sicherheitsrates beschlossen.

7. Mai

Staatspräsident Charles *de Gaulle* erklärt in einer Rede in Bourges, der Tag sei in Sicht, an dem in Algerien Frieden herrschen werde. Er habe Vertrauen zu der Haltung der Bevölkerung und der Arbeit der Regierung und insbesondere zur Armee und den Behörden in Algerien.

Großbritannien

5. Mai

Außenminister Selwyn *Lloyd* erklärt in einem Fernsehinterview, Großbritannien werde auf der Genfer Außenministerkonferenz fest sein in allem Wesentlichen, jedoch bereit zur Flexibilität in Einzelheiten und zu großer Geduld bei den Verhandlungen. Lloyd wendet sich gegen eine Einschaltung der Vereinten Nationen in die Ost-West-Verhandlungen, die über mehr oder minder technische Dinge hinausgehe. Erst wenn von den Großmächten ein Abkommen ausgehandelt worden sei, komme eine Mitwirkung der Vereinten Nationen in Frage. Diese könnten behilflich sein, die Bestimmungen eines solchen Abkommens durchzuführen.

6. Mai

Premierminister Harold *Macmillan* beantwortet in einem persönlichen Schreiben an den sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita S. *Chruschtschow* dessen Brief vom 23. April (vgl. Zeittafel auf S. Z 59 dieser Folge, Sowjetunion). Macmillan wiederholt seinen Vorschlag einer im voraus festgelegten Anzahl von jährlichen Inspektionen.

Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums erklärt, die Vereinigten Staaten hätten der Royal Air Force eine Anzahl H-Bomben zur Verfügung gestellt, die jedoch unter der Kontrolle der Vereinigten Staaten verblieben und nur durch einen Spezialbefehl Präsident *Eisenhowers* freigegeben werden könnten.

11.—15. Mai

Besuch des deutschen Bundesverteidigungsministers, Franz Josef *Strauß*. Auf einer Pressekonferenz am 11. Mai erklärt Strauß, seine Verhandlungen mit Verteidigungsminister Duncan *Sandys* hätten eine Übereinstimmung über die gemeinsame Entwicklung von Armeeausrüstungen ergeben. Beide Seiten seien von der militärischen und wirtschaftlichen Notwendigkeit einer Standardisierung überzeugt. In einem zum Abschluß der Besprechungen herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, die beiden Minister seien übereingekommen, technische Informationen über die in den beiden Ländern entwickelten Panzer auszutauschen und eine Standardisierung der Kettenfahrzeuge anzustreben. Beide Länder würden bei der Entwicklung modernster Panzerabwehr-Lenkwaffen zusammenarbeiten.

14. Mai

Der Schah von Persien, *Mohammed Reza Pahlevi*, beendet einen zweiwöchigen Staatsbesuch in Großbritannien. Am 9. Mai erörterte der Schah mit Premierminister Harold *Macmillan* die Beziehungen zwischen beiden Ländern und die Lage im Nahen Osten. Am 13. Mai unterstrich der Schah auf einer Pressekonferenz in London den Wunsch der Länder des Nahen Ostens nach Unabhängigkeit. Der Iran wünsche freundschaftliche Beziehungen auch zu der Sowjetunion. Zum Bagdad-Pakt stehe er aus Gründen der Selbsterhaltung.

Italien

12. Mai

Die Regierung weist in ihrer Antwort auf die sowjetische Note vom 28. April (vgl. Zeittafel auf S. Z 59 dieser Folge, Sowjetunion) die sowjetischen Vorwürfe als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Italiens zurück.

Jugoslawien

9. Mai

Außenminister Koca *Popovic* unterstützt in einem Leitartikel der Belgrader Zeitung *Politika* den Anspruch weiterer Staaten auf Teilnahme an der Genfer Konferenz. Als neutraler Staat, der zwischen den beiden Machtblöcken stehe, könne Jugoslawien zur Vermittlung beitragen. Jugoslawien befürworte eine Art de facto-Anerkennung der DDR. Jugoslawien erkenne beide deutschen Staaten an, nicht um die Teilung zu sanktionieren, sondern aus realistischer Erkenntnis der gegenwärtigen Lage.

11. Mai

Außenminister Koca *Popovic* und der Außenminister der Vereinigten Arabischen Republik, Mahmud *Fawzi*, erörtern in Maribor die Beziehungen zwischen ihren beiden Ländern und führen einen Meinungsaustausch über internationale Probleme.

Oesterreich

10. März

Bei den Wahlen zum Nationalrat erringen die Oesterreichische Volkspartei 79 Sitze, die Sozialistische Partei 78 Sitze und die Freiheitliche Partei Oesterreichs 8 Sitze. Die Kommunisten sind nicht mehr im Nationalrat vertreten.

Polen

3. Mai

Der indonesische Staatspräsident, Achmed *Soekarno,* beendet seinen Besuch in Polen. In einem zum Abschluß der Besprechungen mit Ministerpräsident Jozef *Cyrankiewicz,* dem Vorsitzenden des Staatsrates, Aleksander *Zawadzki,* und dem Ersten Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Wladyslaw *Gomulka,* herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, in einer freundschaftlichen Atmosphäre und im Geist gegenseitigen Verständnisses sei ein Meinungsaustausch über internationale Probleme geführt worden. Auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit seien bedeutende Fortschritte erzielt worden. Beide Seiten stimmen der Aufnahme eines Kulturaustausches zu. Mit Sympathie betrachte Indonesien die polnische Initiative zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und unterstütze alle Vorschläge, die einer allgemeinen Abrüstung und dem Verbot der Massenvernichtungswaffen den Weg ebneten. Beide Partner bestätigen ihre Unterstützung der 1955 auf der afroasiatischen Konferenz in Bandung aufgestellten Grundsätze im Kampf gegen die Kolonialherrschaft in allen ihren Formen und Symptomen. Polen unterstützt den Anspruch Indonesiens auf West-Neuguinea.

Schweiz

8. Mai

Die Genfer Konferenz über die kontrollierte Einstellung der Kernwaffenversuche vertagt sich auf den 8. Juni.

11. Mai

Die Außenministerkonferenz der vier Großmächte beginnt in Genf. (Ueber die Konferenz wird das Europa-Archiv von der nächsten Folge an in einer gesonderten Chronologie berichten.

14. Mai

Die Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion führen in Genf eine Aussprache über die Einstellung der Kernwaffenversuche. Sie vereinbaren eine Fortsetzung der Konferenz über die kontrollierte Einstellung der Kernwaffenversuche am 8. Juni. In der Zwischenzeit sollen Techniker der drei Verhandlungspartner weitere technische Möglichkeiten zur Feststellung von Kernwaffenversuchen in großer Höhe und zu dem Verfahren der Ueberwachung eines Versuchsverzichts prüfen.

Sowjetunion

4. Mai

Die Regierung warnt in einer Note die japanische Regierung vor einer atomaren Bewaffnung und vor der Errichtung von Raketenabschußbasen in Japan. In der Note wird erklärt, die Sicherheit Japans könne nicht durch eine atomare Aufrüstung, sondern nur durch die Auflösung fremder Militärstützpunkte auf seinem Gebiet und die Durchführung einer strikten Neutralitätspolitik erreicht werden. Die Sowjetunion sei bereit, die Achtung und Wahrung einer Neutralität Japans zu garantieren, und schlage ein entsprechendes Abkommen zwischen der Sowjetunion, der Volksrepublik China und Japan oder ein kollektives Sicherheitsabkommen der Länder Asiens und des Pazifikraumes einschließlich der Vereinigten Staaten vor. Die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Fernen Osten und im Pazifikraum könne zur Herabsetzung der Spannungen beitragen.

5. Mai

Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* erklärt in einem Gespräch mit einer Gruppe sozialdemokratischer Redakteure aus der Bundesrepublik Deutschland, die Sowjetunion halte auch dann eine baldige Gipfelkonferenz für sinnvoll, wenn das Genfer Außenministertreffen noch keine nennenswerten Fortschritte bringe. Während der Dauer der Verhandlungen werde die Sowjetunion keine Maßnahmen in der Berlin-Frage treffen. Die Berlin-Frage sei nur eine Teilfrage, die nur im Rahmen eines Friedensvertrages mit Deutschland

wirklich gelöst werden könne. Ein solcher Vertrag müsse zur Zeit mit den beiden deutschen Staaten abgeschlossen werden. Chruschtschow warnt vor der Errichtung amerikanischer Raketenbasen in Europa. Im Falle eines Krieges genügten acht Wasserstoffbomben, um die Bundesrepublik zu vernichten. In einem Atomkrieg würde auch die Sowjetunion große Verluste haben, aber die Westmächte würden völlig von der Landkarte ausgelöscht werden.

14. Mai
Die Regierung warnt in einer Denkschrift Griechenland vor der Errichtung von Militärstützpunkten und der Ausrüstung der Armee mit Kernwaffen und fordert die griechische Regierung auf, der Errichtung einer „Zone des Friedens" auf dem Balkan zuzustimmen.

15. Mai
Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* erklärt in seiner Antwort auf ein persönliches Schreiben Präsident Dwight D. *Eisenhowers* vom 5. Mai (vgl. Vereinigte Staaten), die Sowjetunion sei zu technischen Erörterungen zur Feststellung von Kernwaffenexplosionen in der Atmosphäre bereit. Das Ziel sei jedoch eine vollständige Einstellung der Kernwaffenversuche. Erneut fordert Chruschtschow Präsident Eisenhower und in einem ähnlichen Schreiben den britischen Premierminister, Harold *Macmillan*, auf, einer im voraus festgelegten Zahl von Inspektionen zuzustimmen.

Türkei

7.—12. Mai
Besuch des griechischen Ministerpräsidenten, Konstantin *Karamanlis*, und des Außenministers, Evanghelos *Averoff*. In einem zum Abschluß der Besprechungen mit Ministerpräsident Adnan *Menderes* und Außenminister Fatin *Zorlu* herausgegebenen gemeinsamen Kommuniqué wird die Zusammenarbeit in der Durchführung des Cypern-Abkommens und der Schaffung einer unabhängigen Republik Cypern betont.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Guinea

2. Mai
Ministerpräsident Sekou *Touré* und der Ministerpräsident von Ghana, Kwame *Nkrumah*, unterzeichnen in Konakry eine gemeinsame Erklärung, in der an die afrikanischen Staaten appelliert wird, eine afrikanische Gemeinschaft aufzubauen, gegen jede koloniale Beherrschung anzukämpfen und auf der Grundlage der Gleichheit und des gegenseitigen Interesses zusammenzuarbeiten. Den Parlamenten von Guinea und Ghana sowie allen unabhängigen afrikanischen Staaten solle ein Verfassungsentwurf für eine „Union der unabhängigen afrikanischen Staaten" unterbreitet werden.

Madagaskar

1. Mai
Das Parlament wählt den früheren Ministerpräsidenten Philibert *Tsiranana* zum ersten Präsidenten der Republik.

Zentralafrikanische Republik

1. Mai
Das Parlament wählt David *Dacko* einstimmig zum Ministerpräsidenten.

AMERIKA

Argentinien

4. Mai
Der kubanische Ministerpräsident, Fidel *Castro*, beendet seinen Besuch in Argentinien. Am 2. Mai erklärte Castro vor dem Komitee zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der Organisation Amerikanischer Staaten (vgl. Organisation Amerikanischer Staaten) in Buenos Aires, die politische Labilität der lateinamerikanischen Regierungen sei das Ergebnis der wirtschaftlichen Unterentwicklung. Er forderte die Vereinigten Staaten auf, zur Sicherung der Demokratie in den lateinamerikanischen Staaten während der nächsten zehn Jahre 30 Milliarden Dollar zur Verfügung zu stellen.

Panama

1. Mai
Der Leiter des Untersuchungsausschusses der Organisation Amerikanischer Staaten, Fernando *Labo*, gibt die bedingungslose Kapitulation der in Panama eingedrungenen Rebellen bekannt. Der Führer der Rebellen, Ruben *Miró*, wird verhaftet.

Vereinigte Staaten

5. Mai
Präsident Dwight D. *Eisenhower* erklärt auf einer Pressekonferenz in Washington, eine Gipfelkonferenz sei die notwendige Folge, wenn die Genfer Außenministerkonferenz Ergebnisse zeige, die Aussicht auf eine Entspannung böten. In der Sowjetunion gebe es nur einen Mann, der verantwortlich sprechen könne.

Präsident Dwight D. *Eisenhower* erneuert in einem persönlichen Schreiben an den sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, seinen Vorschlag vom 13. April (vgl. Zeittafel auf S. Z 60/61 dieser Folge), als ersten Schritt auf dem Wege zu einem kontrollierten Abkommen über ein Verbot der Kernwaffenversuche alle Versuche innerhalb der Erdatmosphäre sofort zu verbieten. Die Vereinigten Staaten seien bereit, den Vorschlag einer Begrenzung der Zahl der Inspektionen (vgl. Zeittafel auf S Z 59 dieser Folge) zu erörtern.

7. Mai
Die Vereinigten Staaten unterzeichnen in Washington Abkommen mit Großbritannien und Frankreich über die Zusammenarbeit in der Entwicklung von Kernwaffen und atomangetriebenen Unterseebooten.

Außenminister Christian A. *Herter* erklärt in einer Rundfunk- und Fernsehrede, die Westmächte seien entschlossen, geduldig und einfallsreich in Genf zu verhandeln, ohne von ihren Grundprinzipien abzugehen. Die sowjetische Drohung gegen Berlin gebe eine Möglichkeit, nicht nur die Berlin-Frage, sondern, was noch wichtiger sei, das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands zu lösen. Eine wirkliche Lösung für Berlin könne es nur in einem wiedervereinigten Deutschland geben. Ziel der Ost-West-Verhandlungen müsse daher die Wiedervereinigung des deutschen Volkes unter einer von ihm selbst gewählten Regierung sein. Diese Wiedervereinigung werde ein allmählicher Prozeß sein. In der Zwischenzeit müsse die Freiheit Berlins ohne Beschränkung der bestehenden Rechte und Pflichten aufrechterhalten bleiben. Ein umfassendes Sicherheitsabkommen in Verbindung mit einer Rüstungskontrolle solle Frieden und Wohlstand auf der Welt garantieren.

8. Mai
In Beantwortung der sowjetischen Note vom 21. April (vgl. Zeittafel auf S. Z 59 dieser Folge, Sowjetunion) wird der Vorwurf zurückgewiesen, die Vereinigten Staaten versuchten durch eine atomare Bewaffnung ihrer Verbündeten die bevorstehenden Ost-West-Verhandlungen bereits im voraus zum Scheitern zu bringen. Die Vereinigten Staaten würden bei den bevorstehenden Verhandlungen alle Anstrengungen unternehmen, um die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß zu führen. Die Sowjetunion wird aufgefordert, dazu beizutragen, daß die Außenministerkonferenz zu positiven Uebereinkommen in einem möglichst weiten Ausmaß führe.

Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums erklärt zu den Aeußerungen des Oberbefehlshabers der Streitkräfte der Vereinigten Staaten in Europa, General Clyde D. *Eddleman* (vgl. Deutschland), ein Rückzug der amerikanischen Truppen hinter den Rhein sei nicht geplant.

ASIEN

Indien

4. Mai
Ministerpräsident Jawaharlal *Nehru* gibt in einer Rede vor dem Parlament bekannt, seit Beginn der Unruhen in Tibet hätten 9000 Tibeter ihr Land verlassen und in Indien Asyl erhalten. Durch die Lage in Tibet werde sich Indien jedoch nicht von seiner Politik der militärischen Bündnisfreiheit abbringen lassen, und es werde auch weiterhin für die Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen eintreten. Am 8. Mai warnt Nehru die Volksrepublik China vor Versuchen,

Indien durch kriegsähnliche Drohungen einzuschüchtern. Es sei ein Fehler, Indiens Verzicht auf direkte Stellungnahmen in der Tibet-Frage als ein Zeichen der Schwäche auszulegen.

Iran

2.—5. Mai

Besuch des deutschen Bundeswirtschaftsministers, Ludwig *Erhard*. Am 2. Mai erörtert Erhard mit Schah *Mohammed Reza Pahlevi* die Beteiligung der Bundesrepublik an mehreren großen Wirtschaftsprojekten mit Investitionen in Höhe von rund einer Milliarde DM.

5. Mai

In Beantwortung der sowjetischen Note vom 25. März (vgl. Zeittafel in EA 7—8/1959, Sowjetunion) erklärt die Regierung, sie stimme der Errichtung einer kernwaffenfreien Zone im Nahen Osten zu, vorausgesetzt, die beteiligten Großmächte einigten sich auf eine solche. Der Iran wünsche eine Verbesserung seiner Beziehungen mit der Sowjetunion. Dies sei jedoch nur möglich, wenn die Sowjetunion ihre gegen den Iran gerichtete Propaganda einstelle.

Japan

15. Mai

In Beantwortung der sowjetischen Note vom 4. Mai (vgl. Sowjetunion) lehnt die Regierung die sowjetischen Vorschläge zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Fernen Osten ab.

Jordanien

5. Mai

Ministerpräsident Samir *Rifai* erklärt seinen Rücktritt. Hazzaa *Majali* bildet eine neue Regierung, der u. a. als Innenminister Wasfy *Mirza* und als Verteidigungsminister Answar *Nashashibi* angehören. Das Außenministerium übernimmt Majali selbst. Am 10. Mai erklärt Majali, Jordanien werde weiterhin eine Politik der Neutralität und der Unabhängigkeit von den beiden großen Machtblöcken verfolgen.

Internationale Organisationen

Organisation der Vereinten Nationen

2. Mai

Generalsekretär Dag *Hammarskjöld* erörtert in einer Rede vor Studenten in Kopenhagen die Möglichkeit, die geplante Gipfelkonferenz im Rahmen des Sicherheitsrates abzuhalten. Die Diskussionen der Regierungschefs würden dadurch einen klar definierten juristischen Rahmen erhalten, und die Elemente der Unsicherheit über Ziele und Grundsätze würden ausgeschaltet. Hammarskjöld wendet sich gegen den Vorschlag, Berlin unter die Verwaltung der Vereinten Nationen zu stellen. Die UN seien ungeeignet zur Erfüllung von Verwaltungsaufgaben, wenn politische Entscheidungen erforderlich seien. Trotzdem bleibe ein weites Gebiet offen, in dem die Vereinten Nationen Hilfe leisten könnten, wenn eine solche von den beteiligten Staaten verlangt werde.

4.—6. Mai

In Washington findet im Rahmen der FAO eine Konferenz der Weizen exportierenden Staaten statt. Die Konferenz erörtert Möglichkeiten zur Steigerung des Weizenhandels durch Projekte zur Steigerung des Weizenverbrauchs, wirtschaftliche Entwicklungsprogramme und die Errichtung nationaler Vorratslager. Die Konferenz beschließt die Einrichtung eines Komitees, das die Möglichkeiten zur Ausdehnung des Weizenhandels und zur besseren Verwendung der Weizenüberschüsse durch Hilfsprogramme in Notstandsgebieten untersuchen soll.

6. Mai

Die Europäische Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen (ECE) beendet in Genf ihre 14. Sitzungsperiode. In einer einstimmig angenommenen Resolution werden die Mitgliedstaaten ersucht, ihre Stellungnahme zu dem sowjetischen Vorschlag der Einberufung einer Ministerkonferenz über den Handel zwischen den Ländern West- und Osteuropas bekanntzugeben. Das gleiche Verfahren wird in einer ebenfalls einstimmig angenommenen Resolution zu dem sowjetischen

Vorschlag der Errichtung einer gesamteuropäischen Handelsorganisation angewandt. In einer dritten Resolution wird der Exekutivsekretär mit einer Untersuchung über die bestimmenden Faktoren für langfristige Handelsabkommen zwischen den Mitgliedstaaten beauftragt. Die regionalen Wirtschaftsabkommen angehörenden Staaten werden in einer weiteren Resolution aufgefordert, die Interessen dritter Länder zu berücksichtigen.

Europäische Gemeinschaften

5. Mai
Der Ministerrat für EWG und Euratom verabschiedet in Brüssel den Haushalt der EWG für 1959. Auf Anregung des Europäischen Parlaments setzt der Rat die ursprünglich aus dem Haushaltsplan gestrichenen 500 Millionen belgische Francs für den Europäischen Sozialfonds wieder ein. Der Rat erklärt sich bereit, denjenigen GATT-Staaten, denen durch den gemeinsamen Außentarif ein Nachteil entstehe, Kompensationen zu gewähren.

12.—15. Mai
Tagung des Europäischen Parlamentes in Straßburg. Das Parlament billigt einstimmig eine Resolution, in der die Regierungen der Mitgliedstaaten aufgefordert werden, den gemeinsamen und permanenten Sitz der Institutionen endgültig zu bestimmen. Sollten die Regierungen der Mitgliedstaaten sich über dieses Problem nicht einigen können, werde das Parlament zur Selbsthilfe schreiten.

14. Mai
Der Ministerrat der Montanunion lehnt in Straßburg den von der Hohen Behörde der Montanunion vorgelegten Krisenplan zur Behebung der gegenwärtigen Kohlenkrise ab. Der Rat stimmt auf Vorschlag der Hohen Behörde umfassenden Hilfsmaßnahmen zugunsten der belgischen Kohleindustrie zu.

Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA)

11. Mai
Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion unterzeichnen mit der Internationalen Atomenergie-Organisation in Wien Abkommen über die Lieferung von Kernbrennstoffen an die IAEA.

Nordatlantikpakt-Organisation

2. Mai
Der französische Außenminister, Maurice *Couve de Murville*, informiert den Ständigen Rat der NATO in Paris über die Ergebnisse der Außenministerkonferenz der Westmächte. Der Rat billigt die Haltung der Westmächte in Hinblick auf die kommenden Ost-West-Verhandlungen und beschließt die Errichtung eines Verbindungsbüros in Genf für die Dauer der Außenministerkonferenz, das den westlichen Delegationen ermöglichen soll, den NATO-Rat über die Verhandlungen auf dem laufenden zu halten.

7. Mai
Der Ständige Rat der NATO weist unter Bezugnahme auf die sowjetischen Noten vom 21. April (vgl. Zeittafel auf S. Z 59 dieser Folge) in einer Erklärung den Vorwurf zurück, durch eine atomare Ausrüstung und Ausbildung der Streitkräfte der Mitgliedstaaten werde versucht, die bevorstehenden Ost-West-Verhandlungen zu torpedieren. Die Ausrüstung der NATO-Streitkräfte mit modernen Waffen sei bereits im Dezember 1957 beschlossen worden. Während die Sowjetunion ein allgemeines Abrüstungsabkommen verhindere, rüste sie ihre Streitkräfte mit den modernsten Vernichtungswaffen aus.

Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)

8. Mai
In Buenos Aires wird die zweite Tagung des Komitees zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung beendet. Das Komitee billigte verschiedene Resolutionen zur Festigung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der amerikanischen Staaten, in denen u. a. die Konsultation der Außenminister in schwierigen wirtschaftlichen Problemen vorgesehen und nationale Untersuchungen über die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung vorgeschlagen wurden. In einer weiteren Resolution wurde die Umbildung des Wirtschafts- und Sozialrates der OAS zu einem wirksamen Instrument in der Koordinierung der wirtschaftlichen Entwicklungsprogramme gefordert.

Zeittafel vom 16. bis zum 31. Mai 1959

Die Ereignisse in Europa

Albanien

22. Mai
Die Regierung protestiert in einer allen in Tirana akkreditierten diplomatischen Missionen übermittelten Note gegen die Errichtung amerikanischer Raketenbasen in Griechenland.

25. Mai
Der sowjetische Ministerpräsident, Nikita S. *Chruschtschow*, trifft in Begleitung von Verteidigungsminister Rodion J. *Malinowski* zu einem zehntägigen Besuch in Albanien ein. Chruschtschow wird in Tirana von dem Ersten Sekretär der Partei der Arbeit Albaniens, Enver *Hodscha*, von Ministerpräsident Mehmet *Schehu* und dem Ministerpräsidenten der DDR, Otto *Grotewohl*, der seinen Urlaub in Albanien verbringt, begrüßt. Am 26. Mai erklärt Chruschtschow in einer Rede in Tirana, wenn Griechenland und Italien die Errichtung amerikanischer Raketenbasen auf ihrem Gebiet zuließen, werde die Sowjetunion in Albanien ebensolche Basen errichten. Am 28. Mai trifft der Verteidigungsminister der Volksrepublik China, Marschall *Peng Teh-huai*, ebenfalls in Tirana ein. Am 30. Mai wird eine gemeinsame sowjetisch-albanische Erklärung unterzeichnet, in der die Wichtigkeit der Schaffung einer kern- und raketenwaffenfreien Zone in Mitteleuropa betont und die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone auf der Balkanhalbinsel und an der Adria vorgeschlagen wird. Die sowjetische Delegation unterstützt die Bemühungen der albanischen Regierung, die Beziehungen mit ihren Nachbarländern zu normalisieren. Beide Partner bekunden die Bereitschaft, ihre Beziehungen zu Jugoslawien gemäß den Prinzipien gegenseitiger Achtung, Gleichheit und Nichteinmischung auch künftig zu entwickeln. Ferner wird in der Erklärung der rumänische Vorschlag einer Balkan-Konferenz (vgl. EA 22/1957, S. 10 323) unterstützt.

Deutschland

17. Mai
Der Erste Sekretär der SED, Walter *Ulbricht*, lädt in einer Rede auf einer Jugendkundgebung in Rostock den amerikanischen Außenminister, Christian A. *Herter*, nach Ost-Berlin ein, damit er sich an Ort und Stelle überzeugen könne, wo das Potsdamer Abkommen verwirklicht worden sei.

20. Mai
Der Parteivorstand der FDP beschließt, den Vizepräsidenten des Bundestages Max *Becker* als Kandidaten für die Wahl des Bundespräsidenten zu nominieren.

21.—23. Mai
Bundesparteitag der FDP in Berlin. Der Bundesvorsitzende der FDP, Reinhold *Maier*, bezeichnet die FDP als die klassische Partei der Wiedervereinigung Deutschlands. Maier erklärt, der Weg zur Wiedervereinigung gehe über das Disengagement. Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Erich *Mende*, spricht sein Bedauern darüber aus, daß in den westlichen Friedensplan wiederum die unrichtige Vokabel von der Entscheidungsfreiheit Gesamtdeutschlands eingebaut worden sei, hinter der sich die Absicht verberge, das wiedervereinigte Deutschland einseitig an den Westen zu binden. Die FDP sei der Auffassung, nur eine Selbstbeschränkung des deutschen Volkes auf dem Gebiete der bündnispolitischen Entscheidungsfreiheit könne die Nachbarn in Ost und West bewegen, einer Wiedervereinigung zuzustimmen. Mende bezeichnet es als einen bemerkenswerten Fortschritt, daß die Westmächte das Primat freier Wahlen fallen gelassen hätten, und wiederholt den Vorschlag eines freien Volksentscheids über den Friedensvertrag. Am 22. Mai wählt

der Parteitag Reinhold *Maier* wieder zum Bundesvorsitzenden. Am 23. Mai appelliert der Parteitag in einer einstimmig angenommenen Erklärung an die vier Mächte, die Deutschen in Ost und West und alle an der deutschen Frage interessierten Völker, die jetzt begonnenen Verhandlungen erst dann zu beenden, wenn eine gerechte und dauerhafte Lösung der deutschen Frage im allseitigen Einverständnis gefunden sei. Die FDP hoffe, daß es der Genfer Konferenz zumindest gelingen möge, einen freiwilligen Verzicht aller beteiligten Mächte auf Anwendung von Gewalt bei der Lösung der mit der deutschen Frage verbundenen Probleme zu erreichen. Die FDP befürworte die Einsetzung einer ständigen Konferenz auf der Ebene der stellvertretenden Außenminister und die Schaffung einer gemischten deutschen Kommission mit der Aufgabe, die beiden Teile einander anzunähern, ein Wahlgesetz für gesamtdeutsche Wahlen vorzubereiten und einen gemeinsamen deutschen Standpunkt für einen Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland zu erarbeiten.

22. Mai
Der Vizepräsident des Bundestages Carlo *Schmid* wendet sich in einer Sendung des Bayerischen Rundfunks gegen Forderungen auf das Sudetengebiet, das nie zu Deutschland gehört habe. Hingegen sei das Recht der Sudetendeutschen auf Rückkehr in die alte Heimat ein elementares Menschenrecht. Zur Oder-Neiße-Linie erklärt Schmid, nicht die Polen hätten den Zweiten Weltkrieg angefangen. Man müsse verhandeln, um soviel wie möglich zu erreichen.

23. Mai
Der Erste Sekretär der SED, Walter *Ulbricht*, schlägt auf dem 5. Plenum des ZK der SED in Ost-Berlin als ersten Schritt zur Entspannung und zur Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen beiden deutschen Staaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Paktes vor. Am 29. Mai unterbreitet Ulbricht den Vorschlag eines Nichtangriffspaktes Bundeskanzler Konrad *Adenauer* in einem persönlichen Schreiben.

25. Mai
Bundesaußenminister Heinrich *von Brentano* berichtet vor dem Bundeskabinett und dem Auswärtigen Ausschuß des Bundestages über den Verlauf der Genfer Konferenz. Bundespressechef Felix *von Eckardt* faßt vor Journalisten den Inhalt seines Berichtes dahingehend zusammen, daß in den kommenden Verhandlungen eine unerschöpfliche Geduld notwendig sei. Am 26. Mai erklärt Brentano vor der Bundestagsfraktion der CDU, bisher habe die Sowjetunion noch nicht zu erkennen gegeben, daß sie zu einem ernsten Gespräch bereit sei.

30. Mai
Die Bundesrepublik und die Sowjetunion unterzeichnen in Bonn eine Vereinbarung über den kulturellen und technisch-wissenschaftlichen Austausch zwischen beiden Ländern. Die Vereinbarung sieht u. a. den Austausch von Gastspielreisen und Ausstellungen sowie von Wissenschaftlern, Studenten und technischen Sachverständigengruppen vor.

Frankreich

26. Mai
Der Schah von Persien, *Mohammed Reza Pahlevi*, hat anläßlich eines privaten Besuches in Paris eine Unterredung mit Staatspräsident Charles *de Gaulle* über aktuelle politische Fragen und die Festigung der Beziehungen zwischen beiden Staaten. Am 29. Mai erklärt der Schah auf einer Pressekonferenz, der Iran habe nicht die Absicht, die Errichtung von Raketenstützpunkten auf seinem Territorium zu gestatten. Es hänge von der Sowjetunion ab, ob sich die Spannungen zwischen beiden Ländern mildern.

27. Mai
Innenminister Jean *Berthoin* und Landwirtschaftsminister Roger *Houdet* erklären ihren Rücktritt. Staatspräsident Charles *de Gaulle* ernennt am 29. Mai Pierre *Chatenez* zum neuen Innenminister und Henri *Rochereau* zum Landwirtschaftsminister.

Griechenland

27. Mai
Der britische Verteidigungsminister, Duncan *Sandys*, führt in Athen Besprechun-

gen mit Außenminister Evanghelos *Averoff.* Unter Bezugnahme auf die am 26. Mai von dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow,* in Tirana ausgesprochenen Drohungen (vgl. Albanien) erklärt Averoff auf einem zu Ehren Sandys' veranstalteten Empfang der Auslandspresse, die griechische Regierung habe noch nicht über die Errichtung von Raketenbasen entschieden. Bei ihrer Entscheidung werde sie sich weder von dem Rat der befreundeten Staaten noch von Drohungen beeinflussen lassen.

Großbritannien

28. Mai
Königin *Elizabeth* ernennt Lord *Rowallon* zum Gouverneur von Tasmanien als Nachfolger von Sir Ronald *Cross.*

Italien

16.—17. Mai
Der amerikanische Außenminister, Christian A. *Herter,* führt in Rom einen Gedankenaustausch mit Staatspräsident Giovanni *Gronchi,* Ministerpräsident Antonio *Segni* und Außenminister Giuseppe *Pella.* In einem zum Abschluß des Besuchs herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, die Gesprächspartner hätten die Entwicklung der Genfer Außenministerkonferenz und den Friedensplan der Westmächte erörtert. In allen Fragen habe völlige Uebereinstimmung bestanden.

18.—22. Mai
Aus Anlaß eines Staatsbesuchs des griechischen Königspaares finden Besprechungen zwischen Außenminister Giuseppe *Pella* und dem griechischen Außenminister, Evanghelos *Averoff,* statt. In einem Kommuniqué sagt die italienische Regierung Griechenland wirtschaftliche Unterstützung zu.

Niederlande

19. Mai
Die seit dem 12. März andauernde Regierungskrise wird durch die Bildung einer Koalitionsregierung der Katholischen Volkspartei, der Antirevolutionären Partei, der Christlich-Historischen Union und der Liberalen Partei beendet. Der neuen Regierung gehören an: Ministerpräsident: Jan E. *de Quay;* Außenminister: Joseph *Luns;* Innenminister: Edzo *Toxopeus;* Verteidigungsminister: Sidney *van den Bergh;* Finanzminister: Jelle *Zijlstra;* Minister für Soziale Wohlfahrt: Marga *Klompé;* Minister für Erziehung, Kunst und Wissenschaft: Joseph *Cals;* Minister für Landwirtschaft, Fischerei und Ernährung: V. *Marijnen;* Minister für Wohnungsbau: J. *van Aartsen;* Wirtschaftsminister: Jan *de Pous;* Justizminister: Albert *Beermann.*

Rumänien

16. Mai
Die Regierung protestiert in einer Note an die italienische Regierung gegen die Errichtung von amerikanischen Raketenbasen in Italien. Der italienische Gesandte in Bukarest verweigert die Annahme der Note.

Schweiz

19. Mai
Die drei Außenminister der Atommächte erörtern in Genf den Vorschlag des amerikanischen Präsidenten, Dwight D. *Eisenhower* (vgl. Zeittafel in EA 11/1959 auf S. Z 70), in Kürze Sachverständigen-Besprechungen zu beginnen über die Möglichkeiten für eine Kontrolle und Entdeckung von Kernwaffenversuchen in großen Höhen und unter der Erde sowie über die Bedingungen, unter denen die Inspektionsgruppen zu Untersuchungen an Ort und Stelle berechtigt sein sollten. Der sowjetische Außenminister, Andrej A. *Gromyko,* erklärt sich in Uebereinstimmung mit der von dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow,* vertretenen Haltung (vgl. Zeittafel in EA 11/1959 auf S. Z 69) lediglich zu Sachverständigen-Besprechungen über Kernwaffenversuche in großen Höhen bereit.

24. Mai
Die Delegiertenversammlung der schweizerischen Europa-Union schließt den Präsidenten der Paneuropa-Union, Graf *Coudenhove-Kalergi,* aus der schweizerischen Europa-Union aus, um sich von seinem Standpunkt in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands (vgl. Zeittafel in EA 6/1959, Paneuropa-Union) zu distanzieren.

Sowjetunion

16. Mai

Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* erklärt anläßlich der Entgegennahme des Lenin-Ordens, die Sowjetunion sei bereit, eine für alle annehmbare Lösung am Konferenztisch zu suchen. Es sei jedoch notwendig, die einzelnen Fragen einzeln zu erörtern und sie nicht zu einem großen Paket zusammenzupacken. Der von den Westmächten vorgetragene Plan enthalte keine neuen Vorschläge und sei dazu bestimmt, die Regelung wichtiger internationaler Fragen aufzuschieben und dann später die Sowjetunion der Unnachgiebigkeit zu beschuldigen. Die westlichen Vorschläge enthielten jedoch einige Punkte, gegen die die Sowjetunion nichts einzuwenden habe und die eine Erörterung wert seien.

19. Mai

Radio Moskau erklärt, der Briefwechsel zwischen Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* und dem amerikanischen Präsidenten, Dwight D. *Eisenhower* (vgl. Zeittafel in EA 11/1959, S. Z 69 und Z 70) scheine darauf hinzudeuten, daß beide Seiten eine Möglichkeit für eine Annäherung ihrer Standpunkte in der Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche gefunden hätten.

20. Mai

Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* erklärt vor einer Gruppe amerikanischer Geschäftsleute im Kreml, die Sowjetunion sei von einem erfolgreichen Abschluß der Genfer Außenministerkonferenz überzeugt, sonst hätte sie sich nicht bereit erklärt, an einer solchen teilzunehmen. Falls es den Außenminister nicht beim ersten Versuch gelänge, ein Uebereinkommen zu erzielen, müßten sie es noch einmal versuchen. Chruschtschow bezeichnet die gegenwärtige Weltsituation als bedauerlich und fordert die Beendigung des Kalten Krieges. Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten hätten einander nie bekämpft, und er glaube auch nicht, daß sie es in Zukunft tun würden. Es sei besser, das Wettrüsten einzustellen und einen wirtschaftlichen Wettlauf zu beginnen.

23. Mai

In Beantwortung der Note der Vereinigten Staaten vom 8. Mai (vgl. den Wortlaut auf S. D 233 dieser Folge) wird die Ausrüstung der Mitgliedstaaten der Nordatlantikpakt-Organisation mit Kernwaffen und Raketen erneut als eine Gefährdung des Friedens und als im Widerspruch zu den Zielen der Genfer Konferenz stehend bezeichnet. Insbesondere bedrohe die Lieferung solcher Waffen an die Bundesrepublik Deutschland, in der der Militarismus und Revanchegelüste wiederauflebten, die Sicherheit der europäischen Staaten. Die Sowjetunion hoffe, die Vereinigten Staaten würden von weiteren Handlungen Abstand nehmen, die geeignet seien, die internationalen Spannungen zu verschärfen. In einer ähnlichen Note an die Bundesregierung erklärt die sowjetische Regierung, die Bundesrepublik trage die Hauptverantwortung für die forcierte Atom- und Raketenaufrüstung, die ein ernstes Hindernis auf dem Wege einer Abrüstungsvereinbarung aufrichte. Die Sowjetunion versichert in der Note, der Bundesrepublik drohe keine Gefahr. Der Sowjetunion seien aggressive Absichten gegenüber andern Ländern fremd.

28. Mai

Die Sowjetunion und Afghanistan unterzeichnen in Moskau ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit.

30. Mai

Die Regierung fordert in einer Note an Großbritannien die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Internationalen Beobachtungs- und Kontrollkommission in Laos in Anbetracht der durch bewaffnete Zusammenstöße verschärften Lage.

Tschechoslowakei

28. Mai

Eine bulgarische Partei- und Regierungsdelegation unter Leitung des Ersten Sekretärs der Kommunistischen Partei Bulgariens, Todor *Shiwkoff*, beendet einen Freundschaftsbesuch in der Tschechoslowakei. In einem zum Abschluß des Besuches herausgegebenen gemeinsamen Kommuniqué wird die völlige Gleichheit der Ansichten beider Partner bestätigt.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Marokko

18. Mai
König *Mohammed V.* empfängt den stellvertretenden Chef der algerischen Exilregierung, Belkacem *Krim,* und zwei weitere Mitglieder der Exilregierung zu einer Unterredung über algerische Probleme.

Vereinigte Arabische Republik

17. Mai
Staatspräsident Gamal Abdel *Nasser* erklärt in einem Interview mit dem Herausgeber und Chefredakteur einer amerikanischen Zeitung, die Beziehungen zwischen der Vereinigten Arabischen Republik und der Sowjetunion seien niemals schlecht gewesen. Der sowjetische Ministerpräsident, Nikita S. *Chruschtschow,* habe ihm erneut versichert, daß sich die Sowjetunion nicht in die arabischen Angelegenheiten einmischen werde. Ferner kündigt Nasser die Abhaltung von Parlamentswahlen in den nächsten sechs bis zwölf Monaten an. Die Revolution habe ihre vorbereitenden sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsstadien durchschritten und sei nun für politische Reformen reif. Zur wirtschaftlichen Entwicklung benötige die Vereinigte Arabische Republik Investitionen ausländischen Kapitals. Sie sei jedoch nicht gewillt, damit irgendwelche politischen Bindungen einzugehen.

AMERIKA

Argentinien

16. Mai
Zum Nachfolger des am 15. Mai zurückgetretenen bisherigen Außenministers, Carlos *Florit,* wird Diogenes *Taboada* ernannt.

Vereinigte Staaten

24. Mai
Der ehemalige Außenminister John Foster *Dulles* stirbt in Washington an den Folgen seines Krebsleidens im Alter von 71 Jahren. Präsident Dwight D. *Eisenhower* erklärt in seinem Nachruf, mit dem Tod von Dulles hätten die Amerikaner einen Vorkämpfer der Freiheit verloren. Während seiner sechsjährigen Amtszeit als Außenminister habe sein Mut, seine Weisheit und sein freundschaftliches Verständnis im Dienste der Förderung der Beziehungen zwischen den Staaten gestanden. Er habe nur einen einzigen Feind gehabt: die Tyrannei. Am 27. Mai finden in Gegenwart des deutschen Bundeskanzlers, Konrad *Adenauer,* des Premierministers von Australien, Robert G. *Menzies,* und der Außenminister der vier Großmächte und zahlreicher anderer Staaten die Trauerfeierlichkeiten statt.

25. Mai
Die Vereinigten Staaten und Kanada unterzeichnen in Washington ein Abkommen über den Gebrauch von Atomenergie für gemeinsame Verteidigungszwecke sowie den Austausch von Informationen und Konstruktionsunterlagen.

27.—28. Mai
Der anläßlich der Trauerfeierlichkeiten für John Foster *Dulles* in Washington weilende deutsche Bundeskanzler, Konrad *Adenauer,* führt Gespräche mit Präsident Dwight D. *Eisenhower,* Vizepräsident Richard *Nixon* und dem Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Senats, Senator William *Fulbright.*

28. Mai
Präsident Dwight D. *Eisenhower* erörtert im Weißen Haus mit den Außenministern Christian A. *Herter,* Selwyn *Lloyd,* Maurice *Couve de Murville* und Andrej A. *Gromyko* die bisherigen Ergebnisse der Genfer Konferenz. Eisenhower gibt seiner Hoffnung Ausdruck, die Konferenz möge in dem Maße erfolgreich sein, daß ein Treffen der Regierungschefs wünschenswert und nützlich erscheine.

ASIEN

Irak

23. Mai
Ministerpräsident Abdul Karim *Kassem* erläutert in einer Pressekonferenz in Bagdad die Ziele seiner Politik. Der Irak sei ein neutrales und friedliebendes Land. Seine Freundschaft zu kommunistischen Staaten stelle keine feindliche Haltung gegenüber den Westmächten dar, mit

denen der Irak eine Zusammenarbeit auf der Grundlage gegenseitiger Interessen anstrebe. Da sich der Irak noch in einer Uebergangsperiode befinde, sei die Zulassung politischer Parteien noch nicht möglich. Eine neue Revolution im Irak sei ausgeschlossen. Der Irak sei stark genug, um sich zu verteidigen, und er dulde keine ausländischen Einflüsse.

30. Mai
Die Regierung kündigt in einer Note an die Vereinigten Staaten das 1954 abgeschlossene Abkommen über Militärhilfe.

Japan

25. Mai
Zwischen Japan und Dänemark wird in Tokio ein Abkommen unterzeichnet, in dem sich Dänemark bereit erklärt, nach Zahlung einer Summe von 1,175 Millionen Dollar durch Japan auf alle weiteren Reparationsansprüche gegenüber Japan zu verzichten.

Internationale Organisationen

Organisation der Vereinten Nationen

21. Mai
Generalsekretär Dag *Hammarskjöld* bezeichnet auf einer Pressekonferenz in New York die Errichtung einer Garnison der Vereinten Nationen in Berlin, sei es zusammen mit den Streitkräften der Vier Mächte oder um diese zu ersetzen, als nicht ratsam.

Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT)

30. Mai
Die 14. Tagung der Vertragspartner des GATT wird in Genf beendet. Als neue Mitglieder wurden Israel und Jugoslawien aufgenommen. Die Vertragspartner billigen einen vom Arbeitsausschuß ausgearbeiteten Plan, der eine etappenweise Durchführung der Liberalisierung des Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland vorsieht. Die Vertragspartner beschließen ferner die Abhaltung einer Zollkonferenz im September 1960.

Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe

16. Mai
In Tirana wird die XI. Plenartagung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe beendet. In einem zum Abschluß der Tagung herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, bis 1965 sei eine Erhöhung der Produktion von Kokskohle um 53,5 vH bei einem Gesamtanstieg der Förderung von Steinkohle um 21 vH sowie die Durchführung von Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der Kohleindustrie in den volksdemokratischen Ländern vorgesehen. Ebenfalls solle die Produktion von Schwarzmetallen erhöht und die Rohstoffbasis der Schwermetallurgie entwickelt werden. Auf der Tagung wurden ferner die Vorschläge zur Vereinigung der Energiesysteme der Teilnehmerländer des Rates erörtert und die Spezialisierung bestimmter Arten von Maschinenerzeugnissen beschlossen.

Internationale Union Christlicher Demokraten

29.—30. Mai
Der 13. Kongreß der Internationalen Union Christlicher Demokraten tagt unter dem Leitwort „Für Einheit und Freiheit“ in Freiburg (Breisgau). Der Präsident der Union, August E. *de Schryver*, appelliert an die am Kongreß teilnehmenden Vertreter der christlichen Parteien Europas, noch enger zusammenzuarbeiten und Europa als ein gemeinsames Vaterland anzusehen. Der Kongreß stellt in einer Resolution fest, die Verhandlungen zwischen Ost und West könnten nur dann erfolgreich sein, wenn der Westen an der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der heute unfreien Völker nach der Charta der Vereinten Nationen festhalte.

Zeittafel vom 1. bis zum 15. Juni 1959

Die Ereignisse in Europa

Bulgarien

9. Juni
In Beantwortung der griechischen Note vom 3. Juni (vgl. Griechenland) warnt die bulgarische Regierung Griechenland erneut vor der Errichtung von Atom- und Raketenbasen. Die bulgarische Regierung erklärt, sie würde eine Konferenz der führenden Persönlichkeiten der Balkanstaaten begrüßen und unterstütze den Vorschlag zur Schaffung einer atom- und raketenfreien Zone auf dem Balkan. Ferner wird in der Note der Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen Bulgarien und Griechenland als ein Beitrag zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten vorgeschlagen.

Deutschland

2. Juni
Die Bundestagsfraktion der FDP gibt in einem Schreiben an Bundeskanzler Konrad *Adenauer* ihrer Besorgnis darüber Ausdruck, daß die Genfer Außenministerkonferenz die Erörterung der Wiedervereinigung Deutschlands ergebnislos abgebrochen habe und sich nur noch mit einer Zwischenlösung für Berlin befasse. Angesichts der jetzigen Konferenzlage schlage die FDP vor, bei den Vier Mächten eine gemeinsame Erklärung anzuregen, in der diese in Anerkennung des Rechtes des deutschen Volkes auf Wiederherstellung der Einheit die beiden Teile Deutschlands auffordern, in Verhandlungen über den Weg einer Wiedervereinigung einzutreten, und in der die Vier Mächte ihre Bereitschaft zum Ausdruck bringen, diesen Verhandlungen jede Unterstützung zu gewähren. Zur Durchführung dieser Aufgaben soll ein gemischter deutscher Ausschuß gebildet werden, der in regelmäßigen Abständen den Vier Mächten über den Fortgang seiner Arbeit berichtet. Zu seiner Aufgabe gehöre auch, einen Zeitpunkt für Wahlen zu einer gesamtdeutschen Nationalversammlung festzulegen. Das Ergebnis der innerdeutschen Verhandlungen müsse bis zum Abschluß eines Friedensvertrages für das wiedervereinigte Deutschland vorliegen und solle zusammen mit dem Friedensvertrag einem Volksentscheid in beiden Teilen Deutschlands unterworfen werden.

5. Juni
Bundeskanzler Konrad *Adenauer* zieht seine Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten zurück. Adenauer begründet vor dem Vorstand und der Fraktion der CDU seinen Entschluß mit der ungewissen außenpolitischen Entwicklung und der Notwendigkeit, die Kontinuität der Entwicklung zu wahren. Adenauer weist auf seine Erfahrungen als Regierungschef und das Vertrauen hin, das er sich bei den Verbündeten erworben habe. Hingegen sei Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* zwar ein ausgezeichneter Mann und ein guter Wirtschaftsminister, aber für die Außenpolitik noch nicht erfahren genug. Am Schluß der Vorstandssitzung erklärt Bundestagspräsident Eugen *Gerstenmaier*, der Kanzler habe den Vorstand nicht überzeugt. Die Bundestagsfraktion spricht in einer einstimmig angenommenen Resolution zum Abschluß einer mehrstündigen Fraktionssitzung Adenauer ihr Vertrauen aus. Am 7. Juni erklärt Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* in einem Interview im amerikanischen Fernsehen, der Entschluß Adenauers sei sowohl im deutschen Interesse wie im Interesse demokratischer Gepflogenheiten zu bedauern. Am 10. Juni nimmt die CDU-Fraktion einstimmig eine Ehrenerklärung für Bundeswirtschaftsminister Erhard an, in der eine Erklärung von Bundeskanzler Adenauer begrüßt wird, daß ihm jede Disqualifizierung von Erhard ferngelegen habe. Die Fraktion

spricht Erhard ihr Vertrauen aus. Die Parteien benutzen anläßlich der 3. Lesung des Haushaltsplans am 11. Juni die Gelegenheit zu einer Debatte über den Entschluß Adenauers, auf die Kandidatur zu verzichten. Der Vorsitzende der SPD, Erich *Ollenhauer*, wirft dem Bundeskanzler vor, er habe seine Entscheidung aus dem persönlichen Motiv, die Macht unter allen Umständen zu behaupten, getroffen und das Recht der Mehrheit und des Parlamentes, frei über einen neuen Bundeskanzler zu befinden, mißachtet. Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Heinrich *Krone*, bezeichnet den Schritt Adenauers als rechtlich zulässig und nicht der Grundstruktur des Staates widersprechend. Bundeskanzler *Adenauer* erklärt, die SPD möge seinen Entschluß für falsch halten; er könne aber verlangen, daß sie den Entschluß respektiere, den er nach gewissenhafter und reiflicher Erwägung im Gegensatz zur Ansicht mancher seiner Parteifreunde gefaßt habe. Darin sehe er einen Akt wirklicher demokratischer Freiheit. Am 15. Juni wählt das Wahlmännergremium der CDU/CSU Landwirtschaftsminister Heinrich *Lübke* einstimmig zum neuen Präsidentschaftskandidaten der CDU/CSU.

8. Juni
Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy *Brandt*, warnt auf einer Pressekonferenz vor einer isolierten Lösung des Berlin-Problems. In einer Zwölf-Punkte-Erklärung weist er die sowjetischen Behauptungen zurück, die Lage in Berlin gefährde den Frieden. Zu der Unterstellung, Berlin gehöre zum Gebiet der DDR, erklärt Brandt, West-Berlin gehöre zum Geltungsbereich des Grundgesetzes, ohne daß dadurch die übergeordneten Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in Mitleidenschaft gezogen würden. Berlin werde sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die sowjetische Forderung nach der „Freien Stadt West-Berlin" wehren.

10.—12. Juni
Offizieller Besuch des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Robert *Schuman*, in Bonn. Schuman wird von Bundespräsident Theodor *Heuss*, Bundeskanzler Konrad *Adenauer* und Bundestagspräsident Eugen *Gerstenmaier* zu Gesprächen empfangen und nimmt am 11. Juni an einer Plenarsitzung des Bundestages teil.

12. Juni
Der Bundestag verabschiedet den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1959/60 in Höhe von 39,781 Milliarden Mark. Davon entfallen auf Sozialausgaben rd. 10 Milliarden DM, auf Verteidigungslasten 8,5 Milliarden DM, auf den Wohnungsbau 2 Milliarden DM und auf das Verkehrswesen 2,5 Milliarden DM.

Frankreich

4. Juni
Premierminister Michel *Debré* erläutert in einer außenpolitischen Debatte der Nationalversammlung die Algerienpolitik der Regierung und hebt die im vergangenen Jahre verwirklichte politische Gleichberechtigung der Muselmanen und die fortschreitende Demokratisierung hervor. Debré wendet sich gegen jede Integration, unter der eine Sicherung der durch die Zeit überholten Privilegien einer Minderheit verstanden werde. Die Regierung trete für eine Integration ein, welche die soziale, wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung der muselmanischen Bevölkerung anstrebe. Debré erklärt, die Regierung könne die Algerische Befreiungsfront nicht als repräsentative Vertretung der Muselmanen ansehen. Er appelliert an die Verbündeten Frankreichs und erklärt, wenn man der Europäischen Union und der atlantischen Solidarität einen Sinn geben wolle, so müsse man wissen, daß die erste Sache, die für Frankreich zähle, Algerien sei und daß alles in Frage gestellt werden könne, wenn diese Sache nicht die seiner Alliierten sei. Am 10. Juni billigt die Nationalversammlung mit 476 gegen 54 Stimmen die Algerienpolitik der Regierung.

10.—11. Juni
Besuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy *Brandt*. Vor der diplomatischen Presse erklärt Brandt am 11. Juni, die Berliner würden eher eine neue Blockade auf sich nehmen, als den

Weg in den Kommunismus antreten. Das Vertrauen Berlins in die Westmächte sei nicht zu erschüttern. Das setze voraus, daß die Westmächte ihre Rechte in Berlin einschließlich des Rechtes auf freien Zugang behaupten, auch wenn sich technische Verbesserungen zum Vorteil beider Teile der Stadt vorstellen und vereinbaren ließen. Am Nachmittag hat Brandt eine Unterredung mit Staatspräsident Charles *de Gaulle*.

13. Juni
Die Regierung protestiert in einer Note an Jugoslawien gegen den offiziellen Empfang des Chefs der algerischen Exilregierung, Ferhat *Abbas*, und bezeichnet das zum Abschluß des Besuches herausgegebene Kommuniqué (vgl. Jugoslawien) als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs.

Griechenland

3. Juni
Die Regierung beantwortet eine bulgarische Note vom 20. Mai und weist die darin enthaltenen Vorwürfe zurück, die griechische Regierung trage durch die Errichtung von Raketenbasen maßgeblich zur Verschärfung der Beziehungen zwischen den Balkanländern bei. Sie bezeichnet dies als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes.

5. Juni
In einem der Sowjetunion übermittelten Memorandum lehnt die Regierung eine Einbeziehung Griechenlands in eine raketen- und atomwaffenfreie Mittelmeerzone ab und bezeichnet die diesbezüglichen Vorschläge (vgl. Zeittafel in EA 12/1959, Albanien) als ein politisches Manöver, das auf eine Schwächung der Verteidigungskraft Griechenlands abziele.

Großbritannien

3. Juni
Der französische Minister für Atomfragen und Angelegenheiten der Sahara, Jacques *Soustelle*, erklärt vor der Britisch-Französischen Parlamentarischen Gesellschaft in London, auch wenn die Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche ein Uebereinkommen erbringe, werde sich Frankreich nicht damit zufriedengeben, daß nur die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion im Besitz von Kernwaffen seien. Aus diesem Grund würden die französischen Kernwaffenversuche in der Sahara fortgesetzt.

9. Juni
In Beantwortung der sowjetischen Note vom 30. Mai (vgl. Zeittafel in EA 12/1959, Sowjetunion) lehnt die Regierung eine Wiederaufnahme der Tätigkeit der Internationalen Beobachtungs- und Kontrollkommission in Laos ab, da sie keine Verletzung des Genfer Abkommens von 1957 durch die Regierung von Laos feststellen könne.

10.—14. Juni
Besuch des dänischen Ministerpräsidenten, Hans Christian *Hansen*. Am 11. Juni wird Hansen von Königin *Elizabeth II.* empfangen. Am 12. Juni hat Hansen eine Unterredung mit Premierminister Harold *Macmillan*.

Italien

8.—11. Juni
Staatsbesuch des türkischen Staatspräsidenten, Celal *Bayar*. Bayar hat am 11. Juni eine Unterredung mit Staatspräsident Giovanni *Gronchi*. In einem zum Abschluß des Besuches herausgegebenen Kommuniqué wird die Harmonie der Beziehungen zwischen den beiden befreundeten und alliierten Ländern betont. Das Ziel der italienischen wie der türkischen Politik sei es, der Welt den Frieden in Sicherheit und Gerechtigkeit zu garantieren. Der Atlantikpakt stelle gegenwärtig als rein defensiver Pakt das beste Mittel zu diesem Zweck dar.

Jugoslawien

4. Juni
Svetozar *Vukmanovic*, Mitglied des Exekutivkomitees der Liga der Kommunisten Jugoslawiens, erklärt auf dem 4. Kongreß der Liga der Kommunisten Serbiens in Belgrad, das zum Abschluß des Besuches des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, in Albanien unterzeichnete Kommuniqué (vgl. Zeittafel in EA 12/1959, Albanien) könne zu einer

Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion beitragen, vorausgesetzt, die Jugoslawien betreffenden Erklärungen würden in die Tat umgesetzt.

6.—12. Juni
Besuch des Chefs der algerischen Exilregierung, Ferhat *Abbas.* In einem zum Abschluß seiner Besprechungen mit Staatspräsident *Tito* herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, Jugoslawien betrachte die Bereitschaft der algerischen Exilregierung zu Verhandlungen als einen konstruktiven Schritt. Vor seiner Abreise erklärt Abbas, die Besprechungen seien sehr befriedigend verlaufen und Jugoslawien habe sein Verständnis und seine Sympathie für die Algerier bestätigt.

8. Juni
Staatspräsident *Tito* setzt sich in einer Rede in Snederevo für die Errichtung einer atom- und raketenfreien Zone auf dem Balkan ein. Unter Bezugnahme auf die Vorschläge des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow* (vgl. Zeittafel in EA 12/1959, Albanien) erklärt Tito, es sei dies eine alte Forderung Jugoslawiens. Jugoslawien besitze keine Atomwaffen und Raketen und wolle auch keine haben.

Norwegen

7. Juni
Der Vizepräsident des Bundesexekutivrates Jugoslawiens, Edvard *Kardelj,* beendet einen achttägigen Besuch in Norwegen. In einem zum Abschluß des Besuches herausgegebenen Kommuniqué wird erklärt, beide Regierungen mäßen der Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet und der Hilfe an minderentwickelte Länder besondere Bedeutung bei.

Oesterreich

9. Juni
Der Nationalrat wählt den bisherigen Außenminister, Leopold *Figl,* zu seinem Präsidenten.

Rumänien

6. Juni
Die Regierung erneuert in einer Erklärung ihren Vorschlag vom 10. September 1957 für ein Treffen der Regierungschefs der Balkanländer, auf dem ein Vertrag über die kollektive Sicherheit auf dem Balkan beraten und beschlossen werden könnte. Ein solcher Vertrag würde verhindern, daß auf dem Balkan Raketenbasen errichtet werden. In der Erklärung werden Italien und Griechenland vor der Errichtung von Abschußrampen und der Stationierung von mit Kernwaffen ausgerüsteten Truppen gewarnt.

Schweden

1.—13. Juni
Vertreter Schwedens, Norwegens, Dänemarks, Großbritanniens, Portugals, Oesterreichs und der Schweiz erörtern auf einer Konferenz in Stockholm Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. In einem zum Abschluß der Konferenz herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, die Sachverständigen der sieben nicht dem Gemeinsamen Markt angehörenden Mitglieder der OEEC hätten in unverbindlicher Weise Mittel und Wege geprüft, die geeignet erscheinen, neue Verhandlungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Herbeiführung einer multilateralen Assoziierung aller OEEC-Länder einzuleiten. Die Sachverständigen hätten die Möglichkeit der Bildung einer engen handelspolitischen Verbindung der sieben Länder geprüft und ihren Regierungen einen entsprechenden Plan unterbreitet, der eine Beseitigung der Zölle und Kontingente für industrielle Güter innerhalb von zehn Jahren vorsehe und Regeln über einen gerechten Wettbewerb enthalte. Zunächst sei eine Herabsetzung der Industriezölle um 20 vH am 1. Juli 1960 vorgesehen. Für landwirtschaftliche Produkte sei ein besonderes Abkommen geplant. In allen Fragen habe man sich von dem Gesichtspunkt leiten lassen, spätere Verhandlungen mit den EWG-Ländern im Rahmen der OEEC zu erleichtern.

Schweiz

8. Juni
Die Genfer Konferenz über die kontrollierte Einstellung der Kernwaffenversuche nimmt ihre Arbeit wieder auf.

12. Juni
Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy *Brandt,* hat in Genf eine Unterredung mit dem Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Heinrich *von Brentano,* sowie eine mehrstündige Besprechung mit den Außenministern der Westmächte über den Stand der Außenministerkonferenz. (Zum Konferenzverlauf vgl. die Chronologie auf S. 437—446 dieser Folge.

15. Juni
Die Genfer Konferenz über die kontrollierte Einstellung der Kernwaffenversuche beschließt die Einsetzung einer Expertenkommission zur Prüfung wissenschaftlichen Materials über Atomexplosionen in großer Höhe. Die Kommission soll am 22. Juni in Genf zusammentreten.

Sowjetunion

6. Juni
Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* berichtet in einer Rede im Leninstadion in Moskau über seine Reise nach Albanien und Ungarn. Während seines Aufenthaltes in Albanien habe er mit dem Ministerpräsidenten der DDR, Otto *Grotewohl,* nützliche Besprechungen über beide Staaten interessierende Fragen sowie über die internationale Lage geführt. Ferner habe die sowjetische Delegation mit dem Verteidigungsminister der Chinesischen Volksrepublik, Marschall *Peng Teh-huai,* eine fruchtbare Unterredung gehabt. Es sei nützlich, seine Freunde oft zu treffen, und zwar nicht nur dann, wenn Meinungsverschiedenheiten bestünden, sondern auch dann, wenn man sich einig sei. Chruschtschow wiederholt seinen Vorschlag, auf dem Balkan eine kontrollierte atom- und raketenfreie Zone zu errichten, und warnt Italien und Griechenland erneut vor der Errichtung von Raketenbasen. Andernfalls würden solche auch in Albanien und Bulgarien errichtet.

10. Juni
In einer Note an die italienische Regierung weist die sowjetische Regierung auf den in der sowjetisch-albanischen Erklärung vom 30. Mai (vgl. Zeittafel in EA 12/1959, Albanien) enthaltenen Vorschlag hin, im Gebiet des Balkans und der Adria eine atomwaffenfreie Zone zu schaffen. Ein Verzicht auf die Errichtung von Atomstützpunkten und Abschußrampen würde einen bedeutenden Beitrag zur Umwandlung des Balkans und der Adria in eine Zone des Friedens bedeuten.

11. Juni
Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* nimmt auf einer Rede in Riga zu dem Verlauf der Genfer Außenministerkonferenz Stellung. Als wichtigste Fragen bezeichnet Chruschtschow erneut den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Beseitigung der anomalen Lage in Berlin. Die Sowjetunion habe der Genfer Konferenz eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die zu einer Verminderung der Spannungen beitragen könnten. Mit den von Außenminister Andrej A. *Gromyko* am 10. Juni unterbreiteten Vorschlägen (vgl. die Chronologie der Genfer Konferenz auf S. 441 dieser Folge) habe die Sowjetunion erneut ihrem Bestreben Ausdruck gegeben, den Verhandlungen zu einem Erfolg zu verhelfen. Die Sowjetunion bedaure, daß die Westmächte diese Vorschläge für unannehmbar erklärt hätten und auf der Beibehaltung des Besatzungsregimes in West-Berlin beharrten. Chruschtschow fordert ferner die Verwandlung der Ostsee in ein „Meer des Friedens". Es wäre für die Völker aller skandinavischen Länder sehr nützlich, wenn Skandinavien zu einer atomwaffenfreien Zone würde, einer Zone, in der es keine Militärstützpunkte anderer Staaten gebe. Chruschtschow erklärt, Norwegen und Dänemark seien durch ein Mißverständnis in den Atlantikblock geraten.

Tschechoslowakei

3. Juni
Die Regierung protestiert in einer Note an die Vereinigten Staaten gegen die Ausrüstung der deutschen Bundeswehr mit Kern- und Raketenwaffen. Ferner wird in der Note gegen die von der Bundesrepublik ausgehende „revanchistische Propaganda" protestiert. Der Bundesrepublik Deutschland wird eine ähnliche Note zugeleitet.

Ungarn

4.—5. Juni
Informeller Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow,* und des sowjetischen Verteidigungsministers, Rodion J. *Malinowski.*

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Französische Gemeinschaft

6. Juni
Zwischen der Elfenbeinküste, Dahomey, Franz. Sudan, Mauretanien, Niger, Senegal und Volta wird eine Zollunion abgeschlossen.

Tunesien

1. Juni
Proklamation der neuen Verfassung. In der Verfassung wird u. a. ausgeführt, Tunesien sei eine unabhängige und freie Republik, deren Religion der Islam ist. Amtssprache ist das Arabische. Die gesetzgebende Gewalt liegt bei der Nationalversammlung, die wie der Präsident der Republik in allgemeinen und direkten Wahlen auf fünf Jahre gewählt wird. Ferner enthält die Verfassung allgemeine Grundrechtsgarantien.

Vereinigte Arabische Republik

6.—7. Juni
Der libanesische Ministerpräsident, Raschid *Karame,* hat mit Staatspräsident Gamal Abdel *Nasser* eine Unterredung über aktuelle Probleme der arabischen Staaten. Zwischen dem Libanon und der VAR wird ein Wirtschaftsabkommen unterzeichnet, das u. a. Erleichterungen im Grenzverkehr zwischen dem Libanon und Syrien vorsieht.

AMERIKA

Kanada

4. Juni
Der bisherige Minister für öffentliche Arbeiten, Howard *Green,* wird zum neuen Außenminister als Nachfolger des verstorbenen Sydney *Smith* ernannt.

Nicaragua

1. Juni
Präsident Luis *Somoza* gibt die Landung einer Invasionsgruppe nicaraguanischer Emigranten bekannt und verhängt den Belagerungszustand. Am 3. Juni ersucht Nicaragua den Rat der Organisation Amerikanischer Staaten in Washington um Hilfe. Am 4. Juni beschließt der Rat der OAS, eine Untersuchungskommission einzusetzen, um die Ereignisse an Ort und Stelle zu untersuchen. Am 14. Juni wird die Niederschlagung des Aufstandsversuchs bekanntgegeben.

Vereinigte Staaten

2.—5. Juni
In New York findet der 5. Welt-Erdölkongreß statt, auf dem 5000 Delegierte aus 53 Staaten die technischen Probleme der Erdölindustrie erörtern.

3. Juni
Präsident Dwight D. *Eisenhower* erklärt auf einer Pressekonferenz, er betrachte eine Zustimmung der Sowjetunion, die Rechte und Pflichten der Westmächte in Berlin bis zur Wiedervereinigung Deutschlands zu respektieren, als die Mindestbedingung für seine Teilnahme an einer Gipfel-Konferenz. Bis jetzt könne er in Genf keine Anzeichen für einen Fortschritt sehen, der eine Gipfelkonferenz rechtfertigen würde.

3.—9. Juni
Besuch des deutschen Bundeswirtschaftsministers, Ludwig *Erhard.* Am 4. Juni erörtert Erhard mit Unterstaatssekretär Robert *Murphy* die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten. Am 5. Juni hat Erhard eine Unterredung mit Präsident Dwight D. *Eisenhower* über die gemeinsame Wirtschafts- und Handelspolitik sowie über Fragen der europäischen Integration und der Unterstützung der unterentwickelten Länder.

9.—12. Juni
Besuch der Präsidenten der Europäischen Gemeinschaften, Walter *Hallstein* (EWG), Etienne *Hirsch* (Euratom) und Paul *Finet* (EGKS). Am 10. Juni haben die drei Präsidenten in Washington eine Unterredung

mit Präsident Dwight D. *Eisenhower* und dem amtierenden Außenminister, C. Douglas *Dillon*, über Probleme der wirtschaftlichen Expansion, Möglichkeiten zur Erhöhung des Lebensstandards in den Mitgliedsländern der Gemeinschaft und Fragen des Arbeitsschutzes in den neuentwickelten Industrien sowie über das Projekt einer Europäischen Universität. In der Unterredung unterstreicht Hallstein, daß der Erfolg der Europäischen Gemeinschaften von der engen Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten abhänge. In einem zum Abschluß des Besuches herausgegebenen gemeinsamen Kommuniqué geben die Vereinigten Staaten ihrer Genugtuung über die Fortschritte des europäischen Zusammenschlusses Ausdruck und sichern diesem ihre Unterstützung zu. In dem Kommuniqué wird ein liberales, multilaterales, auf den Grundsätzen des Internationalen Währungsfonds und des GATT aufgebautes Welthandelssystems befürwortet und die Notwendigkeit des Abbaus von Handelsbeschränkungen betont. Die EGKS sichert zu, auf die Aufhebung der Maßnahmen verschiedener Mitgliedstaaten gegen Kohleimporte aus den Vereinigten Staaten hinzuwirken, sobald es die Umstände gestatten.

ASIEN

Indonesien

2. Juni
Die Verfassunggebende Nationalversammlung lehnt zum dritten Male einen von Präsident Achmed *Soekarno* vorgelegten Gesetzentwurf ab, der ein Wiederinkrafttreten der Verfassung von 1945 vorsah. Soekarno überträgt der Armee alle Regierungsgewalt und verbietet jede politische Betätigung.

Iran

13. Juni
Ministerpräsident Manutschehr *Eghbal* gibt eine Regierungsumbildung bekannt. Zum neuen Außenminister wird der iranische Delegierte bei den Vereinten Nationen, Djalal *Abdoh*, ernannt.

Japan

11. Juni
Zwischen einer Delegation des japanischen und des nordkoreanischen Roten Kreuzes wird in Tokio ein Abkommen über die Rückführung heimkehrwilliger Nordkoreaner unterzeichnet.

Korea (Süd)

11. Juni
Die Regierung bezeichnet das zwischen einer japanischen und einer nordkoreanischen Delegation des Roten Kreuzes geschlossene Abkommen über die Rückführung heimkehrwilliger Nordkoreaner als eine „barbarische und unmenschliche Maßnahme“ und bricht alle Handelsbeziehungen zu Japan ab.

Pakistan

12. Juni
Die Regierung beschließt die Verlegung des Regierungssitzes von Karatschi nach Rawalpindi.

Singapur

2. Juni
Lee Kuan Yew, der Führer der linksradikalen Volks-Aktionspartei, die bei den Parlamentswahlen am 30. Mai 43 von 51 Sitzen errang, bildet eine neue Regierung. Am 3. Juni tritt die neue Verfassung in Kraft, in der die Selbstverwaltung Singapurs gewährleistet wird.

Internationale Organisationen

Europäische Gemeinschaften

1.—2. Juni
Konferenz der Landwirtschaftsminister der EWG-Staaten in München. In einem zum Abschluß der Besprechungen herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, im Mittelpunkt der Beratungen habe die Organisation eines gemeinsamen Getreidemarktes gestanden. Die Notwendigkeit einer Anpassung der Preise zwischen den Ländern des Gemeinsamen Marktes sei erörtert worden.

Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC)

12. Juni
Der Rat der OEEC beschließt auf seiner

Sitzung in Paris, alle Mitgliedstaaten anzuhalten, geeignete Strahlenschutzmaßnahmen in Uebereinstimmung mit den Empfehlungen des Internationalen Ausschusses für Radiologische Schutzmaßnahmen zu treffen und bis zum 15. November der Europäischen Kernenergie-Behörde über ihre Maßnahmen zu berichten.

Nordatlantikpakt-Organisation

5.—10. Juni

Anläßlich des zehnjährigen Bestehens der NATO findet in London ein von der Parlamentarier-Konferenz der NATO einberufener Atlantischer Kongreß statt, an dem Parlamentarier und führende Vertreter des politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens der Mitgliedstaaten teilnehmen. In verschiedenen Ausschüssen werden die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der Mitgliedstaaten untereinander und zur übrigen freien Welt, insbesondere zum asiatischen und afrikanischen Raum, sowie zum kommunistischen Block erörtert. Der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, General Lauris *Norstad*, warnt vor einer voreiligen und unbedachten einseitigen Abrüstung. Die Gefahr einer Kriegskatastrophe werde nicht dadurch gemindert, daß man sich der Mittel begebe, die Freiheit wirksam zu verteidigen. Der Kongreß billigt eine Erklärung, in der ausgeführt wird, das Verteidigungsbündnis der 15 Mitgliedstaaten habe in den ersten zehn Jahren seines Bestehens Europa den Frieden erhalten, wenn auch die Aggressionsdrohung des Kommunismus immer noch auf Europa und der Welt laste. In der Erklärung wird darauf hingewiesen, daß ein wirksames militärisches Bündnis durch eine enge politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit seiner Partner gestützt werden müsse. Als besonders ernste Pflicht der Atlantischen Gemeinschaft wird die Unterstützung der weniger entwickelten Länder bezeichnet, damit diese in die Lage kommen, sich selbst zu helfen. Zur Verwirklichung dieser Grundsätze arbeitet der Kongreß Empfehlungen aus, in denen u. a. den Regierungen nahegelegt wird, grundsätzliche Entscheidungen über NATO-Probleme nur nach vorheriger Konsultation ihrer Verbündeten zu treffen. Ferner empfiehlt der Kongreß, den Europäischen Wirtschaftsrat zu einer atlantischen Organisation gleicher Aufgabenstellung zu erweitern und eine internationale Entwicklungsorganisation zu gründen, die ein NATO-Wirtschaftsprogramm für die Entwicklungsländer koordinieren solle. Etwaige Streitigkeiten zwischen den NATO-Mitgliedern solle ein internationaler Gerichtshof behandeln und schlichten, dessen Institution durch eine besondere Studiengruppe erarbeitet und festgelegt werden soll. Ferner tritt der Kongreß für jährliche Konferenzen der Regierungschefs der NATO-Staaten ein, um die Kontinuität der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung noch mehr als bisher zu gewährleisten.

8. Juni

Ein Sprecher des Oberkommandos der NATO-Streitkräfte in Europa gibt bekannt, daß mit der französischen Regierung noch kein Uebereinkommen über die Lagerung und Verwendung amerikanischer Atomwaffen auf französischem Boden habe erzielt werden können. Daher würden gegenwärtig Maßnahmen erwogen, welche die Einsatzbereitschaft der zur Zeit in Frankreich stationierten NATO-Luftstreitkräfte gewährleisten sollen.

Internationale Juristenkommission

5. Juni

Der Generalstaatsanwalt des Obersten Indischen Bundesgerichts, Purshottam *Trikamdas*, veröffentlicht in Genf einen ersten Bericht über die im Auftrag der Internationalen Juristenkommission durchgeführten Untersuchungen über die Vorgänge in Tibet. In dem Bericht wird ausgeführt, die Volksrepublik China beabsichtige im Gegensatz zu dem tibetanisch-chinesischen Abkommen von 1951, Tibet planmäßig in eine chinesische Provinz umzuwandeln. Trikamdas macht in seinem Bericht Angaben über die Verletzung der Menschenrechte und brutale Zwangsmaßnahmen, Deportationen und Hinrichtungen und beziffert die Zahl der auf diese Weise ums Leben Gekommenen auf 65 000.

Zeittafel vom 16. bis zum 30. Juni 1959

Die Ereignisse in Europa

Deutschland

16. Juni
Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy *Brandt*, wendet sich in einer SPD-Versammlung in Hamburg gegen eine isolierte Lösung der Berlin-Frage durch die Großmächte und erklärt, die Außenminister sollten sich bemühen, die zweite Phase der Genfer Konferenz zu „entberlinisieren". Nach seinen Erfahrungen in Genf trete er mehr denn je dafür ein, die militärischen Positionen in Europa zu überprüfen und zumindest graduelle Veränderungen zu erreichen, die der Entspannung dienen und den Raum für menschliche und persönliche Kontakte erweitern könnten. Um ein weiteres Auseinandergleiten der beiden Teile Deutschlands zu vermeiden, müsse man erwägen, ob nicht doch Kontakte zwischen diesen möglich seien, evtl. unter dem Auftrag und der Verantwortlichkeit der Vier Mächte. Nach seiner Rückkehr nach Berlin erklärt Brandt am 17. Juni vor Pressevertretern, eine Annäherung des westlichen und des östlichen Standpunktes könne sich bei künftigen Verhandlungen eventuell in der Frage eines gesamtdeutschen Ausschusses erreichen lassen, zu dessen Aufgabe in erster Linie eine Normalisierung des Verkehrs zwischen Berlin und der Bundesrepublik gehören würde.

17. Juni
Bundeskanzler Konrad *Adenauer* erklärt in einem Interview mit der *New York Times*, Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* fehle es an politischer Erfahrung für das Kanzleramt, obwohl er ein sehr begabter Mann sei. Er selbst habe vor, erst nach den nächsten Bundestagswahlen zurückzutreten. Am 19. Juni nimmt Erhard zu dem Interview Stellung und bezeichnet die Aeußerungen als eine systematische Herabwürdigung seines Ansehens vor der Weltöffentlichkeit. Er könne nur wie bisher weiterarbeiten, wenn sichergestellt sei, daß er vor weiteren Verunglimpfungen bewahrt bleibe und seine Arbeit im Rahmen seiner gegenwärtigen Zuständigkeiten gesichert werde. Der Konflikt wird nach Vermittlung des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Heinrich *Krone*, durch einen Briefwechsel zwischen Adenauer und Erhard am 23. Juni beigelegt.

18.—19. Juni
Besuch des australischen Premierministers, Robert G. *Menzies*. Er erörtert mit Bundeskanzler Konrad *Adenauer* aktuelle politische Fragen.

19. Juni
Bundestagspräsident Eugen *Gerstenmaier* beruft die Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten auf den 1. Juli nach Berlin ein.

20. Juni
Bundeskanzler Konrad *Adenauer* befürwortet in einem Interview mit einem Korrespondenten der amerikanischen Scripps-Howard-Presse ein Gipfel-Treffen der Westmächte, um die westlichen Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen. Insbesondere müsse man den britischen Premierminister, Harold *Macmillan*, davon überzeugen, daß man auch einige seiner eigenen Ansichten aufgeben müsse, wenn man einem Bündnis angehöre. Adenauer erklärt, solange Chruschtschow mit der DDR einen separaten Friedensvertrag abzuschließen drohe, sei eine Gipfel-Konferenz mit der Sowjetunion unnütz.

25.—26. Juni
Besuch des dänischen Außenministers, Hans Otto *Krag*, und des Landwirtschaftsministers, Karl *Skytte*. Krag wird von Bundeskanzler Konrad *Adenauer* zu einem allgemeinen Meinungsaustausch empfangen und erörtert mit Außenminister Heinrich *von Brentano*, Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard*, Finanzminister Franz *Etzel* und Landwirtschaftsminister Heinrich *Lübke* die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Dänemark und der Bundesrepublik sowie die sich aus den Plänen

zur Schaffung der sogenannten „Kleinen Freihandelszone“ ergebende Lage. In einem zum Abschluß der Besprechungen herausgegebenen Kommuniqué geben die Teilnehmer ihrer Hoffnung Ausdruck, daß das Endziel nach wie vor die von allen gewünschte umfassende europäische multilaterale Wirtschaftsassoziation sein werde.

25. Juni
Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy *Brandt,* erklärt vor dem Abgeordnetenhaus, der Berliner Senat wünsche in der zweiten Phase der Genfer Konferenz ausreichender informiert zu werden als bisher und die Berlin betreffenden Dokumente nicht erst aus der Tagespresse kennenzulernen. Ferner fordert Brandt eine angemessene Mitwirkung an den Berlin betreffenden Dokumenten.

26. Juni
Bundesverteidigungsminister Franz Josef *Strauß* erklärt in einem Artikel in der *Politisch-Sozialen Korrespondenz,* man müsse sich von der Illusion frei machen, eine Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit sei gegenwärtig möglich. Diese werde nicht in kurzer Zeit und nicht ohne große Anstrengungen und erst recht nicht durch Erfüllung der sowjetischen Wünsche zu erreichen sein. Man müsse bereit sein, jahrelange Verhandlungen mit der Sowjetunion zu führen. Die Verteidigungsanstrengungen im Rahmen des atlantischen Bündnissystems müßten in dem als notwendig erkannten Maße fortgesetzt und dürften nicht durch Drohungen oder Lockungen aus dem Osten hinausgezögert werden.

28. Juni
Bundeskanzler Konrad *Adenauer* dankt den Außenministern der drei Westmächte in getrennten Schreiben für ihre Zusammenarbeit mit der deutschen Delegation während der Genfer Konferenz.

In Mainz wird der Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB) als Spitzenorganisation der christlichen Gewerkschaften gegründet. In ihm sind der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands (CGD), der Gesamtverband Deutscher Angestelltengewerkschaften (GEDAG) und der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Oeffentliche Dienste, Bahn und Post (GCÖD) zusammengeschlossen. Zum Ersten Vorsitzenden wird der bisherige Vorsitzende des Gesamtverbandes Christlicher Gewerkschaften der Saar, Peter *Gier,* gewählt.

30. Juni
Die Regierung der DDR protestiert in Noten an die drei Westmächte gegen den Beschluß, die Wahl des Bundespräsidenten in Berlin durchzuführen.

Frankreich

22. Juni
Der Wirtschafts- und Sozialrat hält seine konstituierende Sitzung ab. Zum Präsidenten wird der frühere Präsident des Wirtschaftsrates der IV. Republik, Emile *Roche,* gewählt. In einer Rede auf der Eröffnungssitzung umreißt Premierminister Michel *Debré* die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung. Hauptziele seien die Steigerung der Ausfuhr landwirtschaftlicher Güter sowie die Anpassung der französischen Industrie an die Verhältnisse im Gemeinsamen Markt. Ferner müßten für die heranwachsende Generation ausreichend Arbeitsplätze beschafft werden, die Sozialgesetzgebung ausgebaut und die wissenschaftliche und technische Forschung entwickelt werden. Um die Stabilität der Währung zu sichern, müßten Lohnerhöhungen in den gebotenen Grenzen gehalten und die Produktion sowie die Produktivität auf ein Maximum erhöht werden.

24. Juni
Premierminister Michel *Debré* erklärt vor dem Senat zur Algerienpolitik der Regierung, nachdem das von Staatspräsident *de Gaulle* gemachte Angebot eines „Friedens der Mutigen“ unbeantwortet geblieben sei, müsse sich die Regierung der Befriedung Algeriens zuwenden. Die Forderung nach Verhandlungen mache den Rebellen, deren Sache aussichtslos sei, nur neuen Mut und verlängere den Krieg. Die Regierung erwäge jedoch gegenwärtig eine Ueberprüfung ihrer Beziehungen zu Tunesien und Marokko. Die Regierung sei bereit, mit ihnen Abkommen über die

Ausbeutung der Sahara abzuschließen, wenn sie Algerien gegenüber absolute Neutralität bewahrten. Debré kritisiert die Haltung einiger Verbündeter Frankreichs, die den Rebellen offen oder insgeheim Sympathien entgegenbrächten. Dem Westen müsse endlich klar werden, daß Frankreichs Kampf in Algerien ein Kampf für die Sicherheit und Zukunft des Westens sei. Am 25. Juni billigt der Senat die Algerienpolitik der Regierung.

Griechenland

16.—18. Juni
Der jugoslawische Außenminister, Koca *Popovic,* führt mit Ministerpräsident Konstantin *Karamanlis* und Außenminister Evanghelos *Averoff* in Athen Besprechungen über aktuelle Fragen. Die Außenminister unterzeichnen eine Reihe von Abkommen, u. a. über die Errichtung eines gemischten Amtes für griechisch-jugoslawische Zusammenarbeit und technische Hilfe, über wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit sowie über die Entschädigung verstaatlichter griechischer Vermögenswerte in Jugoslawien und die Liquidierung der finanziellen Vorkriegsforderungen beider Staaten. In einem zum Abschluß der Besprechungen veröffentlichten Kommuniqué wird erklärt, die Verschiedenheit der Meinungen in manchen Fragen werde die weitere freundschaftliche Zusammenarbeit der beiden Länder nicht beeinflussen.

Großbritannien

16.—19. Juni
Der deutsche Bundesfinanzminister, Franz *Etzel,* führt in London Besprechungen mit Schatzkanzler Derick *Heathcoat-Amory* über die Finanzpolitik der beiden Regierungen, Möglichkeiten der Konvertibilität der europäischen Währungen und die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit betreffende Fragen sowie wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen für unterentwickelte Länder. In einer zum Abschluß seines Besuches vom Finanzministerium herausgegebenen Erklärung wird ausgeführt, die Gespräche würden zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik beider Länder beitragen.

23. Juni
Premierminister Harold *Macmillan* erklärt vor dem Unterhaus, er hoffe, die Genfer Außenministerkonferenz werde zu einem Treffen der Regierungschefs führen. Man dürfe nicht den dort bereits erzielten Fortschritt unterschätzen. Wenn auch bisher kein Abkommen vereinbart worden sei, so habe man doch die Positionen geklärt und in einigen Fällen die Auffassungen einander angenähert.

24. Juni
Das Exekutivkomitee der Labour Party und der Generalrat des Gewerkschaftskongresses fordern in einer gemeinsamen Erklärung ein allgemeines Abrüstungsabkommen und treten für ein Disengagement in Europa ein. Falls ein allgemeines Abkommen nicht zustande kommen sollte, wird in der Erklärung ein Abkommen zwischen allen Staten mit Ausnahme der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion befürwortet, in dem sich diese Staaten verpflichten, Kernwaffen weder zu erproben noch zu erzeugen oder zu besitzen. Eine künftige Labour-Regierung werde sich für eine stufenweise Herabsetzung aller Streitkräfte, konventionellen Waffen und Verteidigungshaushalte und für die Ueberführung der nuklearen Produktion in zivile Vorhaben einsetzen. An eine einseitige Abrüstung Großbritanniens sei jedoch nicht gedacht.

Irland

17. Juni
Bei einer Stimmbeteiligung von 60 vH wird Ministerpräsident Eamon *de Valera* zum Staatspräsidenten gewählt. Noch vor der Bekanntgabe des Wahlresultates tritt de Valera als Ministerpräsident zurück. Am 23. Juni wählt das Parlament den bisherigen stellvertretenden Ministerpräsidenten, Sean *Lemass,* zum neuen Ministerpräsidenten. Der neuen Regierung gehören u. a. an: Stellvertretender Ministerpräsident und Gesundheitsminister: Sean *MacEntee;* Finanzminister: James *Ryan;* Außenminister: Frank *Aiken;* Landwirtschaftsminister: Patrick *Smith;* Justizminister: Oscar *Traynor;* Industrie- und Handelsminister: John *Lynch;* Verteidigungsminister: Kevin *Boland.*

Island

28. Juni
Bei den Parlamentswahlen erringen die Unabhängigkeitspartei 20 Sitze, die Fortschrittspartei 19 Sitze, die Kommunisten 7 Sitze und die Sozialdemokraten 6 Sitze.

Italien

23.—27. Juni
Staatsbesuch des französischen Staatspräsidenten, Charles *de Gaulle,* anläßlich der Gedenkfeiern für die Schlachten bei Magenta, Solferino und San Martino. In Mailand hat de Gaulle eine Unterredung mit dem zur Erholung in Italien weilenden tunesischen Staatspräsidenten, Habib *Bourguiba.* In einem zum Abschluß seiner Besprechungen mit Staatspräsident Giovanni *Gronchi* und Ministerpräsident Antonio *Segni* sowie der Besprechungen zwischen den Außenministern Maurice *Couve de Murville* und Giuseppe *Pella* herausgegebenen Kommuniqué wird das Interesse unterstrichen, das man einer engen Beteiligung Italiens bei der Gestaltung der westlichen Politik beimesse. Die Gesprächspartner hätten die Zusammenarbeit der europäischen Staaten, insbesondere auf politischem Gebiet, sowie die Hilfe an noch nicht genügend entwickelte Länder erörtert.

25. Juni
Außenminister Giuseppe *Pella* befürwortet vor dem Abgeordnetenhaus eine Konferenz der Außenminister der Atlantikpakt-Staaten vor der Fortsetzung der Genfer Konferenz am 13. Juli. Pella gibt der Hoffnung Ausdruck, die Sowjetunion werde die Zeit bis zur Wiederaufnahme der Verhandlungen benutzen, um ihre Haltung zu überprüfen, und ihre bisherige Praxis, dem Westen mit Ultimaten zu drohen, aufgeben.

Polen

22.—23. Juni
Das II. Plenum des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei tagt in Warschau. Der Erste Sekretär des ZK, Wladyslaw *Gomulka,* referiert über die Schlüsselprobleme der Entwicklung der Landwirtschaft in den Jahren 1959—1965. Das ZK billigt den Beschlußentwurf des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und des Hauptausschusses der Vereinigten Bauernpartei über die Hauptaufgaben der Landwirtschaft in den Jahren 1959—1965.

25.—30. Juni
Besuch einer bulgarischen Partei- und Regierungsdelegation unter Leitung des Ersten Sekretärs des ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei, Todor *Shiwkoff.* In einer zum Abschluß des Besuches herausgegebenen Erklärung wird ausgeführt, der Einfluß der sozialistischen Staaten auf die Entwicklung der internationalen Lage sei im Ansteigen. Die friedliche Politik dieser Staaten habe in der letzten Zeit zu einer Verbesserung der politischen Atmosphäre in der Welt geführt. Beide Delegationen unterstützen die sowjetischen Vorschläge in der Deutschlandfrage. Die Parteien beider Länder erklären, sie erachteten einen weiteren Kampf für die Reinheit der allen kommunistischen und Arbeiter-Parteien gemeinsamen Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus, ihre weitere Entwicklung und praktische Ausführung gemäß den für alle sozialistischen Länder gemeinsamen Richtlinien unter Berücksichtigung der konkreten Bedingungen jedes Landes für notwendig.

Sowjetunion

20. Juni
Eine Partei- und Regierungsdelegation der DDR unter Leitung von Ministerpräsident Otto *Grotewohl* und dem Ersten Sekretär der SED, Walter *Ulbricht,* beendet einen zweiwöchigen Besuch in der Sowjetunion. Auf einer Großkundgebung im Kreml am 19. Juni bezeichnet Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* die von der Sowjetunion in Genf unterbreiteten Vorschläge (vgl. den Konferenzbericht in EA 12/1959, S. 395—404, und in EA 13/1959, S. 437—444) als den einzigen Weg zur Entspannung und beschuldigt die Westmächte, durch eine Politik der Stärke jeden Fortschritt zu sabotieren. In einem zum Abschluß des Besuches herausgegebenen gemeinsamen Kommuniqué wird eine Gipfelkonferenz zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und zur Lösung der Berlin-

Frage gefordert. Wenn die reaktionären Kräfte der Bundesrepublik auch weiterhin praktische Maßnahmen zur Annäherung der beiden Teile Deutschlands und zur Wiedervereinigung verhinderten, müsse der Friedensvertrag mit den beiden bestehenden deutschen Staaten abgeschlossen werden. Die DDR werde dann mit der Sowjetunion und den anderen interessierten Staaten einen separaten Friedensvertrag unterzeichnen. Die aus der Kapitulation und der militärischen Niederlage Deutschlands resultierenden Bestimmungen würden damit ihre Gültigkeit verlieren. Bei einem aufrichtigen Bestreben der Westmächte, zu einem Uebereinkommen zu gelangen, werde man sich über die Fristen für die Beendigung des Besatzungsregimes in West-Berlin einigen. Die DDR und die Sowjetunion seien jedoch nicht bereit, das Besatzungsregime auf unbegrenzte Zeit zu sanktionieren.

25. Juni
Die Regierung übermittelt den Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs, Bulgariens, Jugoslawiens, Griechenlands, Italiens, der Türkei, Albaniens und Rumäniens eine Erklärung zur Frage der Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit im Balkan- und Adriaraum. (Vgl. den Wortlaut auf S. D 245 dieser Folge.)

25.—29. Juni
Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in Moskau. Auf der Tagung werden Fragen des Siebenjahrplans, vor allem der Mechanisierung in Industrie und Bauwesen, der Automatisierung der Produktion, des Ersatzes veralteter Ausrüstungen sowie der Verbesserung der Produktionsqualität und der Senkung der Selbstkosten erörtert. Ferner nimmt das ZK einen Bericht über die Beschleunigung der Entwicklung der chemischen Industrie entgegen. Das ZK billigt einen Beschluß über die Arbeit der Parteiorganisationen, Staatsverwaltungen und Volkswirtschaftsräte zur Erfüllung der Beschlüsse des XXI. Parteitages der KPdSU für die Beschleunigung des technischen Fortschrittes in Industrie und Bauwesen.

28. Juni
Die Regierung protestiert in Noten an die Bundesregierung und die drei Westmächte gegen die Einberufung der Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten nach Berlin (vgl. Deutschland).

29. Juni
Außenminister Andrej A. *Gromyko* nimmt in einem Artikel in der *Prawda* zu dem Verlauf der Genfer Außenministerkonferenz Stellung. Er führt aus, der erste Teil der Verhandlungen sei insofern nützlich gewesen, als die Positionen der Verhandlungsteilnehmer geklärt und die Meinungsverschiedenheiten präzisiert worden seien. Außerdem habe man versucht, in einzelnen Punkten die Standpunkte anzunähern. Es gebe Ansatzpunkte, die auf ein positives Ergebnis der Genfer Verhandlungen hoffen ließen. Gromyko wiederholt die auf der Genfer Konferenz vorgebrachten sowjetischen Vorschläge und tritt erneut für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Aufhebung des Besatzungsstatus in West-Berlin ein. Wenn man sich über die Hauptfragen einige, so sei eine Vereinbarung von geeigneten Fristen keine Schwierigkeit. Nach Ablauf dieser Fristen beabsichtige die Sowjetunion kein einseitiges Vorgehen, vielmehr sollten dann neue Besprechungen über West-Berlin beginnen, sofern bis dahin nicht der vorgeschlagene gesamtdeutsche Ausschuß zu einem Ergebnis komme.

Spanien

25. Juni
Generalissimus Francisco *Franco* erörtert in Madrid mit dem Präsidenten des Internationalen Währungsfonds, Per *Jacobson*, dem Generalsekretär der OEEC, René *Sergent*, und dem Vorsitzenden des Direktoriums der Europäischen Zahlungsunion, Karl *von Mangoldt-Reiboldt*, Maßnahmen zur Stabilisierung der spanischen Wirtschaft und Möglichkeiten der Gewährung von Darlehen. In einem Verständigungsmemorandum, das nach den Gesprächen paraphiert wird, ist ein striktes Sanierungsprogramm für die spanische Wirtschaft vorgesehen, das u. a. eine Ab-

wertung der Peseta um 25 vH, Kürzungen der öffentlichen Ausgaben und eine staatliche Begünstigung ausländischer Investitionen umfaßt. Ferner wird der baldige Beitritt Spaniens zur OEEC als Vollmitglied vereinbart.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Tunesien

18. Juni

Staatspräsident Habib *Bourguiba* fordert in einer Rundfunkansprache den Abzug der französischen Truppen aus Bizerta. Bourguiba verweist auf sein Angebot vom 17. Februar (vgl. Zeittafel in EA 6/1959), in der Bizerta-Frage Zugeständnisse zu machen, falls Frankreich den algerischen Krieg einstelle. Dieser Vorschlag gelte nun nicht mehr. Tunesien sei jedoch bereit, sich über Fristen zu verständigen.

Vereinigte Arabische Republik

17. Juni

Der marokkanische Ministerpräsident, Abdallah *Ibrahim*, hat in Kairo eine Unterredung mit Staatspräsident Gamal Abdel *Nasser* und dem Chef der algerischen Exilregierung, Ferhat *Abbas*. Am 21. Juni erörtert Ibrahim mit Außenminister Mahmud *Fawzi* Pläne zur Koordinierung der Außenpolitik Marokkos und der Vereinigten Arabischen Republik, besonders für ein gemeinsames Vorgehen in der Algerien-Frage.

24.—29. Juni

Besuch des Kaisers von Aethiopien, *Haile Selassie I*. Der Kaiser erörtert mit Staatspräsident Gamal Abdel *Nasser* die internationale Lage sowie die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen beiden Staaten. In einem zum Abschluß der Besprechungen herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, bei ihren Gesprächen habe besondere Aufmerksamkeit der Befreiung und Unabhängigkeit der Völker Afrikas gegolten.

30. Juni

Staatspräsident Gamal Abdel *Nasser* erklärt in einem Interview mit der Zeitung *Al Ahram*, die Vereinigte Arabische Republik werde auch durch Drohungen nicht von ihrem Beschluß abzubringen sein, Israel das Recht zur Benutzung des Suezkanals zu verweigern. Die Konvention von Konstantinopel aus dem Jahre 1888 gebe der Vereinigten Arabischen Republik das Recht, Maßnahmen zur Sicherheit des Kanals zu ergreifen. Nasser weist darauf hin, daß die Vereinigte Arabische Republik sich noch immer im Kriegszustand mit Israel befinde.

AMERIKA

Argentinien

25. Juni

Präsident Arturo *Frondizi* ernennt im Verlauf einer Regierungskrise Alvaro C. *Alsogaray* zum neuen Wirtschaftsminister, Justo P. *Villar* zum Verteidigungsminister und Alberto R. *Costantini* zum Minister für Oeffentliche Arbeiten.

Kanada

26. Juni

Der St.-Lawrence-Seeweg wird in St. Lambert Lock bei Montreal von Königin *Elizabeth II.* und dem amerikanischen Präsidenten, Dwight D. *Eisenhower*, feierlich eröffnet.

Vereinigte Staaten

17. Juni

Präsident Dwight D. *Eisenhower* erklärt auf einer Pressekonferenz, der gegenwärtige Stand der Genfer Verhandlungen rechtfertige keine Gipfel-Konferenz. Zuerst müßten die Außenminister einen gewissen Grad von Uebereinkunft erzielen; dies brauche aber nicht in der Berlin-Frage zu sein. Eine Gipfel-Konferenz sei kein Allheilmittel für Fragen, über die auf normalem diplomatischem Wege kein Uebereinkommen erzielt werden könne. Eisenhower befürwortet eine persönliche Aussprache mit dem französischen Staatspräsidenten, Charles *de Gaulle*, über die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und der NATO hinsichtlich der Stationierung von Kernwaffen in Frankreich.

23. Juni
Außenminister Christian A. *Herter* berichtet in einer Rundfunk- und Fernsehansprache über den Verlauf der Genfer Außenministerkonferenz. Er bedaure sehr, daß hinsichtlich des Deutschland-Problems und der Berlin-Frage kein ernsthafter Fortschritt erzielt worden sei. Die Westmächte seien mit dem ernsthaften Willen zu Verhandlungen nach Genf gekommen, die Sowjetunion habe jedoch keine Anzeichen für ein wirkliches Interesse an Verhandlungen zu erkennen gegeben, ihre Vertreter hätten vielmehr zahlreiche Propagandareden gehalten und einige Drohungen vorgebracht. Das Ziel der Sowjetunion sei die Aufrechterhaltung der deutschen Spaltung bis zu dem Augenblick, da die Möglichkeit zu einer Wiedervereinigung unter kommunistischer Herrschaft bestehe. Ein geteiltes Deutschland werde jedoch immer eine Bedrohung des Weltfriedens darstellen. Die Berlin-Frage sei so eng mit dem Deutschland-Problem verknüpft, daß sie nur mit einer Wiedervereinigung endgültig gelöst werden könne. Herter erklärt, er sei der Ansicht, daß die erste Verhandlungsperiode der Genfer Außenministerkonferenz auch positive Ergebnisse gehabt habe. Der westliche Friedensplan zur Wiedervereinigung Deutschlands habe in der ganzen Welt Zustimmung gefunden. Auch habe die Konferenz den Beweis für den hohen Grad der Uebereinstimmung zwischen den Westmächten erbracht. Schließlich hätten die Verhandlungen die Bereiche aufgezeigt, in denen in der Berlin-Frage ein Uebereinkommen möglich sei.

29. Juni
Das Außenministerium veröffentlicht eine Erklärung, in der der sowjetische Protest gegen die Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin (vgl. Sowjetunion) als ein Versuch bezeichnet wird, sich in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland einzumischen.

ASIEN

Indien

21. Juni
Der *Dalai-Lama* beschuldigt auf einer Pressekonferenz in Mussoorie die chinesischen kommunistischen Behörden in Tibet, die Bevölkerung durch wahllose Verhaftungen und Deportationen auf unmenschliche Weise zu terrorisieren und sie an der Ausübung ihres Glaubens zu hindern. Der Kampf aller Schichten der tibetischen Bevölkerung gegen die kommunistischen Eindringlinge werde weitergehen. Tibet werde niemals das kommunistische Regime anerkennen. Der Dalai-Lama erklärt, er und seine Regierung seien bereit, ihre Beschwerden einer internationalen Kommission zur Untersuchung vorzulegen und ihren Beschluß zu akzeptieren. Der Dalai-Lama befürwortet ferner ein Treffen von Premierminister Jawaharlal *Nehru* und dem Ministerpräsidenten der Volksrepublik China, *Tschu Enlai*, zur Erörterung der Lage. Die Wiederherstellung des Status von 1950 sei die wichtigste Voraussetzung für von ihm und seiner Regierung gewünschte freundschaftliche Beziehungen zu der Volksrepublik China.

25. Juni
Premierminister Jawaharlal *Nehru* befürwortet in einem Interview mit der Zeitschrift *Blitz* die Autonomie Tibets im Rahmen des chinesischen Staates. Eine Beherrschung Tibets sei wegen seiner unzugänglichen Lage keinem Staat möglich. Die wirkliche Schwierigkeit liege jedoch darin, daß zwischen dem tibetischen und dem chinesischen Volk keine geistigen oder gesinnungsmäßigen Brücken bestünden. Man müsse den Tibetern helfen, ihre eigenen Reformen vorzubereiten, und in Anbetracht dessen, daß Tibet seit Jahrhunderten von der Welt und ihrem Fortschritt abgeschlossen gewesen sei, alle nur möglichen Konzessionen an die sozialen Eigenarten und nationalistischen Gefühle der tibetischen Bevölkerung machen.

30. Juni
Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt, Indien erkenne keine tibetische Exilregierung an. Es könne keine Rede davon sein, daß eine tibetische Regierung unter dem Vorsitz des Dalai-Lama ihre Funktionen in Indien ausübe.

Vietnam (Nord)

29. Juni

Der indonesische Staatspräsident, Achmed *Soekarno*, beendet einen Besuch in Nord-Vietnam. In einem zum Abschluß seiner Besprechungen mit Staatspräsident *Ho Tschi-minh* herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, die Demokratische Republik Vietnam unterstütze das indonesische Volk in seinem Kampf für die Wiederherstellung der Hoheitsrechte Indonesiens in West-Neuguinea, wie Präsident Soekarno die Bemühungen des vietnamesischen Volkes um die Wiedervereinigung des Landes gemäß den Genfer Abkommen von 1954 billige.

Internationale Organisationen

Organisation der Vereinten Nationen

26. Juni

Mit einem Appell Generalsekretär Dag *Hammarskjölds* an die Regierungen der Welt, den Millionen heimatloser Flüchtlinge ihre Hilfe angedeihen zu lassen, wird das Weltflüchtlingsjahr eröffnet.

Die Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen beendet in Genf ihre seit dem 20. April dauernde 11. Sitzungsperiode. Die Kommission formulierte den vorläufigen Text verschiedener Artikel eines zukünftigen internationalen Vertragsrechtes. Ferner nahm die Kommission die vorläufige Fassung von siebzehn Artikeln eines Vertragsentwurfes über Konsularbeziehungen und diplomatische Immunitäten an.

Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

25. Juni

In Genf wird die 43. Weltarbeitskonferenz nach vierwöchiger Dauer beendet. Die Konferenz billigt drei Konventionen über die Verbesserung der Heuerverträge von Hochseefischern und eine Empfehlung hinsichtlich der Gesundheitsfürsorge für Arbeitnehmer. Die Konferenz billigt ferner einen Bericht über ein langfristiges ILO-Programm zur Unterstützung von Technikern und leitenden Angestellten. Ohne Gegenstimmen wird eine von Indien und den Vereinigten Staaten eingebrachte Resolution gebilligt, die eine Verstärkung der Unterstützungsmaßnahmen für weniger entwickelte Länder vorsieht.

Europäische Gemeinschaften

22.—26. Juni

Das Europäische Parlament befaßt sich auf einer Tagung in Straßburg mit den wissenschaftlich-technischen Problemen der Euratom-Gemeinschaft, der Agrarpolitik in der EWG und einer gemeinsamen Energiepolitik. Der Präsident der EWG-Kommission, Walter *Hallstein*, gibt einen Bericht über die allgemeine Lage der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Der Präsident der Hohen Behörde der EGKS, Paul *Finet*, erklärt seine Absicht, auf eine Wiederwahl zu verzichten. In einer Resolution fordert das Parlament erneut eine Entscheidung über den Sitz der europäischen Institutionen.

Westeuropäische Union

18. Juni

Die Versammlung der Westeuropäischen Union beendet eine viertägige Sitzung in Straßburg. Der Oberkommandierende der NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa, General Jean Etienne *Valluy*, und der britische Abgeordnete Frederick *Mullay*, im Namen des Ausschusses für Verteidigungs- und Rüstungsfragen, berichten über den Stand der europäischen Verteidigungsbereitschaft. Die Versammlung billigt eine Empfehlung an den Ministerrat der WEU, in der sie die Notwendigkeit politischer Initiative zur Erzielung eines internationalen Abkommens über die Begrenzung und Verminderung von angemessen kontrollierten Rüstungen betont. Weiter bringt die Versammlung in der Entschließung ihr Bedauern zum Ausdruck, daß der Ministerrat der Aufstellung angemessener Bodenstreitkräfte nicht genügend Dringlichkeit beimesse. Dem Ministerrat wird ferner empfohlen, die Marine-Verteidigung zu verbessern und zu rationalisieren.

Zeittafel vom 1. bis zum 31. Juli 1959

Die Ereignisse in Europa

Bulgarien

9. Juli

Die Regierung unterstützt in einer Erklärung die sowjetischen Vorschläge vom 25. Juni (vgl. den Wortlaut in EA 14/1959, S. D 245) zur Errichtung einer atom- und raketenwaffenfreien Zone auf dem Balkan und im Adria-Gebiet. Die Regierung habe den ihr benachbarten Staaten bilaterale und kollektive Sicherheits- und Nichtangriffsabkommen vorgeschlagen.

Dänemark

20. Juli

Ministerpräsident Hans C. *Hansen* nimmt zu der Verschiebung des Skandinavienbesuches des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow* (vgl. Sowjetunion), Stellung und erklärt, dieser Besuch hätte zu einer günstigen Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern beitragen können. Hansen erklärt, er bedaure es, daß Chruschtschow es für richtig befunden habe, Presseäußerungen mehr Bedeutung beizumessen als der Einladung der dänischen Regierung. Die dänische Regierung könne die sowjetische Auffassung nicht teilen, wonach die Bedingungen für einen solchen Besuch nicht vorhanden seien, und sie verstehe es nicht, daß die sowjetische Regierung es für notwendig erachte, so zu handeln.

Deutschland

1. Juli

Die Bundesversammlung wählt in Berlin den Präsidentschaftskandidaten der CDU/CSU, Bundesernährungsminister Heinrich *Lübke*, im zweiten Wahlgang mit der absoluten Mehrheit von 526 Stimmen für die nächsten fünf Jahre zum Bundespräsidenten. Der Kandidat der SPD, Carlo *Schmid*, erhält 386 Stimmen, der Kandidat der FDP, Max *Becker*, 99 Stimmen. 22 Mitglieder der Bundesversammlung enthalten sich der Stimme. *Lübke* nimmt die Wahl an. Vor der Wahl hatte Bundestagspräsident Eugen *Gerstenmaier* in einer kurzen Eröffnungsansprache die Rechtslage der Berliner Wahlmänner erläutert. Er wies auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 21. Mai 1957 hin, in dem festgestellt wurde, daß Berlin ein Land der Bundesrepublik sei und das Grundgesetz grundsätzlich auch in Berlin gelte, soweit kein Vorbehalt der drei Westmächte bestehe. Diese hätten jedoch keine Bedenken gegen ein Stimmrecht der Berliner Abgeordneten in der Bundesversammlung vorgebracht. Gerstenmaier erklärte, die Einberufung der Bundesversammlung nach Berlin solle zeigen, „daß wir der Einheit unserer Nation auch im Elend und in der Teilung treu bleiben". Damit sei in keinem Fall eine Provokation beabsichtigt.

Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Karl *Mommer*, erklärt vor der Auslandspresse in Berlin, bis 1952 habe die SPD angesichts der sowjetischen Politik der Sowjetisierung Mitteldeutschlands, der Teilung und Blokkade Berlins unter dem Vorsitz von Kurt *Schumacher* in schärfstem Abwehrkampf gegen den Bolschewismus gestanden. In der darauffolgenden Periode sowjetischer Zurückhaltung und Angebote für eine Wiedervereinigung durch freie Wahlen sei dieser Kampf weniger scharf geführt worden. In dieser Zeit hätten sich manche Mitglieder der SPD zu Anflügen einer Gemeinsamkeit mit den Kommunisten verleiten lassen. Die sowjetischen Vorstöße gegen Berlin und ihre kategorische Verweigerung des Rechts auf Selbstbestimmung und Einheit müßten zu der gleichen Schärfe im Kampf gegen den Kommunismus führen wie vor 1952. Am 2. Juli kritisiert der stellvertretende SPD-Parteivorsitzende Herbert *Wehner* die Ausführungen Mommers und erklärt, es sei falsch, wenn der Eindruck erweckt werde, die sozialdemokratische Außenpolitik bedürfe

der Korrektur. In der Sowjetunion habe die SPD immer nur den staatsrechtlichen Verhandlungspartner gesehen. Sie sei dabei nicht in Gefahr geraten, die Grenzen gegenüber den Ideologien des Kommunismus zu verwässern. In einem über die Sitzung des Parteivorstandes am 5. und 6. Juli in Bonn herausgegebenen Kommuniqué heißt es, es sei nicht zu billigen, wenn parteiinterne Probleme ohne Rücksprache mit den Körperschaften der Partei in die Oeffentlichkeit gebracht werden. Die Erklärung Wehners sei als eine Klarstellung zu Recht erfolgt.

2. Juli

Der frühere Gouverneur von New York, Averell *Harriman*, erörtert in Bonn mit Bundeskanzler Konrad *Adenauer* aktuelle internationale Fragen. Er berichtet über seine Unterredung mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, am 23. Juni in Moskau (vgl. Vereinigte Staaten).

Der Präsident der Weltbank, Eugene *Black*, führt in Bonn Besprechungen mit Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* und Finanzminister Franz *Etzel* über Fragen multilateraler Finanzhilfen an Entwicklungsländer.

3. Juli

Der französische Wirtschafts- und Finanzminister, Antoine *Pinay*, erörtert in Bonn mit Bundeskanzler Konrad *Adenauer*, Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* und Finanzminister Franz *Etzel* wirtschaftspolitische Fragen. In einem zum Abschluß der Besprechungen herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, die Minister hätten deutsche und französische Wirtschaftsprobleme geprüft sowie die Beziehungen zwischen den Staaten der EWG und den übrigen Mitgliedern der OEEC erörtert.

5. Juli

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Fritz *Erler* fordert im Südwestfunk die Bildung eines ständigen Vier-Mächte-Gremiums zur Lösung der deutschen Frage. Während der Beratungen dieses Gremiums dürfe weder der gegenwärtige Status West-Berlins angegriffen noch mit dem Abschluß eines separaten Friedensvertrages gedroht werden. Gleichfalls müsse auch eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr während dieser Zeit zurückgestellt werden.

5.—7. Juli

Die Spitzengremien der SPD tagen in Bonn. Der Vorsitzende der SPD, Erich *Ollenhauer*, erklärt auf einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes, des Parteirates und der Kontrollkommission der SPD, er habe den Wunsch, aus allen Kombinationen über die Kandidatur für ein Regierungsamt auszuscheiden. Der Parteivorstand beschließt die Bildung eines Ausschusses zur Vorbereitung der strategischen Linie für die Bundestagswahl 1961. Dem Ausschuß gehören unter dem Vorsitz *Ollenhauers* an: der Hamburger Bürgermeister, Max *Brauer;* der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy *Brandt;* der Bundestagsabgeordnete Heinrich *Deist;* die stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Fritz *Erler* und Carlo *Schmid;* sowie der hessische Ministerpräsident, Georg August *Zinn*.

6. Juli

Das Saarland wird in das Zoll- und Währungsgebiet der Bundesrepublik eingegliedert. Die gemäß dem deutsch-französischen Vertrag zur Regelung der Saarfrage vom 27. August 1956 festgelegte Uebergangszeit wird damit beendet.

7. Juli

Der niederländische Außenminister, Josef *Luns*, und Finanzminister Jelle *Zijlstra* erörtern in Bonn mit Bundesaußenminister Heinrich *von Brentano* und Finanzminister Franz *Etzel* noch ungeklärte Teilfragen der deutsch-niederländischen Ausgleichsverhandlungen. In einem zum Abschluß der Besprechungen herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, bei den Besprechungen sei eine wesentliche Annäherung der beiderseitigen Standpunkte erzielt worden.

12. Juli

Der Minister für Handel und Versorgung der DDR, Curt *Wach*, tritt zurück. Zu seinem Nachfolger wird Curt Heinz *Merkel* ernannt.

16.—18. Juli

Besuch des japanischen Ministerpräsiden-

ten, Nobusuke *Kischi.* Kischi erörtert mit Bundeskanzler Konrad *Adenauer* in Bonn allgemeine politische Fragen. In einer Unterredung mit Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* wird die Einsetzung einer gemischten Kommission bei der deutschen Botschaft in Tokio vereinbart, die die Nachahmungen deutscher Produkte prüfen soll. Zum Abschluß seines Besuches lädt Kischi Bundeskanzler Adenauer zu einem offiziellen Besuch nach Japan ein. In einem zum Abschluß des Besuches herausgegebenen Kommuniqué wird eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Japan auf allen Gebieten angekündigt.

19. Juli

Der Berliner Senat berät in einer Klausur-Tagung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit über den Stand der Genfer Außenministerkonferenz, den Status West-Berlins, die Rechtsstellung Berlins in bezug auf die Bundesrepublik und die Rechte der Alliierten in Berlin. Am 20. Juli berichtet der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy *Brandt,* in einer Presseerklärung über die Tagung des Senates und erörtert das Problem der Rechtsstellung Berlins zur Bundesrepublik und zur alliierten Oberhoheit. Brandt erklärt, die staatsrechtliche Zugehörigkeit Berlins zur Bundesrepublik könne nicht angezweifelt werden, wie auch nicht bestritten werden könne, daß völkerrechtlich eine Zugehörigkeit Berlins zur Bundesrepublik nicht gegeben sei. Es sei notwendig, die staatsrechtliche und die völkerrechtliche These auf einen Nenner zu bringen. Entscheidend sei, daß sich trotz der gewünschten alliierten Oberverantwortlichkeit eine tatsächliche rechtliche, ökonomische, politische, kulturelle und geistige Verzahnung Berlins mit der Bundesrepublik ergeben habe, und dies nicht nur mit Wissen, sondern mit Willen der Alliierten. Brandt fordert die Westmächte auf, sich nun auch dazu zu bekennen. Gleichzeitig befürwortet er den Vorschlag der Westmächte und der Bundesrepublik zur Schaffung eines Ausschusses der Vier Mächte unter Hinzuziehung von deutschen Beratern und wiederholt die Anregung des Senates für die Konstituierung eines sogenannten interadministrativen Ausschusses, der sich vor allem mit einer praktischen Zusammenarbeit der beiden Teile Deutschlands beschäftigen solle.

25. Juli

Der amerikanische Außenminister, Christian A. *Herter,* besucht Berlin aus Anlaß der Umbenennung der „Zelten-Allee“ in „John-Foster-Dulles-Allee“. In einer Erklärung im Schöneberger Rathaus bezeichnet Herter Berlin als eine Insel der Freiheit von symbolischer, aber auch realer Bedeutung und gibt die Versicherung ab, daß alle grundlegenden Rechte und Freiheiten bewahrt bleiben müssen und werden. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy *Brandt,* erklärt, mit Besorgnis müsse man sich die Frage stellen, ob der anderen Seite im weltpolitischen Kräftespiel schon klar genug geworden sei, daß allein die Bereitschaft der Westmächte zu einem Interimsabkommen über Berlin ein beträchtliches Entgegenkommen sei. Es sei zweifelhaft, ob man andererseits überall im Westen wisse, daß eine Fehlentscheidung in der Berlin-Frage verhängnisvolle Konsequenzen nach sich ziehen werde.

31. Juli

Bundespressechef Felix *von Eckardt* erklärt in Bonn, die Bundesregierung sei grundsätzlich bereit, ihre Erklärungen, bei der Regelung der Grenzfragen im Osten niemals Gewalt anzuwenden, in die vertraglichen Formen eines Nichtangriffspaktes zu kleiden. Ihre Absicht, entsprechende Abkommen mit Polen und der Tschechoslowakei im Verlauf der Genfer Konferenz vorzuschlagen, sei jedoch durch die in der polnisch-sowjetischen Erklärung vom 22. Juli (vgl. Polen) enthaltenen Beschuldigungen gegen die Bundesregierung und insbesondere durch die Erklärung vereitelt worden, Polen werde die DDR bei der Durchführung von Maßnahmen unterstützen, die sie im Rahmen ihrer souveränen Rechte zur Beseitigung der anomalen Lage in West-Berlin für notwendig erachte.

Frankreich

15. Juli

Unter dem Vorsitz von Staatspräsident

Charles *de Gaulle* findet in Paris die konstituierende Sitzung des Senates der Französischen Gemeinschaft statt. Am 17. Juli wählt der Senat Gaston *Monnerville* zu seinem Präsidenten.

20.—21. Juli
Staatsbesuch des Kaisers von Aethiopien, *Haile Selassie I.* In einem zum Abschluß seiner Besprechungen mit Staatspräsident Charles *de Gaulle* herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, im Mittelpunkt der Besprechungen zwischen beiden Staatsoberhäuptern hätten nordafrikanische Fragen gestanden.

22.—23. Juli
Besuch des japanischen Ministerpräsidenten, Nobusuke *Kischi.* Kischi erörtert mit Staatspräsident Charles *de Gaulle* und Premierminister Michel *Debré* in Paris Probleme des Fernen Ostens und der französisch-japanischen Beziehungen. In einem zum Abschluß seines Besuches herausgegebenen Kommuniqué wird ein Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Japan angekündigt. Die französische Regierung sichert eine Prüfung des japanischen Wunsches zu, auf die Anwendung des Art. 35 des GATT zu verzichten. In dem Kommuniqué wird ferner ausgeführt, die Minister hätten eine Verstärkung der kulturellen Beziehungen sowie die mit den Hilfsmaßnahmen für unterentwickelte Länder verbundenen Probleme erörtert.

24. Juli
Staatspräsident Charles *de Gaulle* ernennt in seiner Eigenschaft als Präsident der Französischen Gemeinschaft den Ministerpräsidenten der Republik der Elfenbeinküste, Felix *Houphouet-Boigny,* den Präsidenten der Republik Madagaskar, Philibert *Tsiranana,* den stellvertretenden Ministerpräsidenten der Republik Tschad, Gabriel *Lisette,* und den Präsidenten der Gesetzgebenden Versammlung der Föderation von Mali, Léopold *Senghor,* zu beratenden Ministern. Die Minister werden die Regierung in allen Fragen beraten, die die Französische Gemeinschaft betreffen.

31. Juli
Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld,* erörtert in Paris mit Staatspräsident Charles *de Gaulle* und Premierminister Michel *Debré* aktuelle politische Probleme.

Großbritannien

5.—8. Juli
Der dänische Außenminister Jens *Krag* und Landwirtschaftsminister Karl *Skytte* erörtern in London mit Schatzkanzler Derick *Heathcoat-Amory,* Generalzahlmeister Reginald *Maudling* und Landwirtschaftsminister John Hugh *Hare* wirtschaftspolitische Fragen. In einem zum Abschluß der Besprechungen herausgegebenen Kommuniqué wird die traditionelle Natur der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern betont. Es wird weiter ausgeführt, Großbritannien beabsichtige nicht, eine Politik zu verfolgen, welche die Absatzmöglichkeiten für dänische Produkte reduzieren oder eine Beteiligung Dänemarks an einer Expansion des britischen Marktes verhindern würde.

10. Juli
Außenminister Selwyn *Lloyd* erklärt in einem Rundfunk-Interview, Großbritannien sei bereit, die Verhandlungen mit der Sowjetunion so lange fortzusetzen, wie zu verhandeln sinnvoll erscheine. Er sei geneigt zu glauben, daß man nicht eher zu einem endgültigen Uebereinkommen gelangen werde, bis ein Treffen der Regierungschefs stattfinde.

13.—17. Juli
Besuch des japanischen Ministerpräsidenten, Nobusuke *Kischi.* Am 13. Juli erörtert Kischi mit Premierminister Harold *Macmillan* und Schatzkanzler Derick *Heathcoat-Amory* in London die internationale Situation und Fragen der britisch-japanischen Beziehungen. Am 15. Juli erklärt *Kischi* vor der Auslandspresse in London, die Zukunft der japanischen Wirtschaft hänge von erweiterten Exportmärkten ab. In einem zum Abschluß des Besuches herausgegebenen Kommuniqué sagt die britische Regierung eine Prüfung des die japanischen Exporte diskriminierenden Artikels 35 des GATT-Abkommens zu. Ferner wird die Frage eines britisch-japanischen Handels- und Konsularabkommens geprüft werden.

Italien

4. Juli

In Beantwortung der sowjetischen Note vom 10. Juni (vgl. den Wortlaut in EA 14/1959, S. D 243) weist die italienische Regierung die sowjetischen Proteste gegen die Errichtung von Raketenbasen in Italien zurück und lehnt den Vorschlag zur Bildung einer atom- und raketenwaffenfreien Zone auf dem Balkan und im Adria-Raum ab. (Vgl. den Wortlaut in EA 14/1959, S. D 246.)

19.—21. Juli

Besuch des japanischen Ministerpräsidenten, Nobusuke *Kischi*. In einem zum Abschluß seiner Besprechungen mit Ministerpräsident Antonio *Segni* herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, die Ministerpräsidenten hätten einen Meinungsaustausch über die Beziehungen zwischen den europäischen und den asiatischen Staaten gepflogen. Ferner wird eine Vertiefung der kulturellen Beziehungen zwischen beiden Staaten angekündigt.

Luxemburg

11. Juli

Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Heinrich *von Brentano*, und Außenminister Eugène *Schaus* unterzeichnen in Luxemburg einen deutsch-luxemburgischen Vertrag zur Regelung schwebender Fragen aus der Kriegs- und Nachkriegszeit. In dem Vertrag werden Fragen der Wiedergutmachung, der Kriegsopferversorgung, Sozial- und Privatversicherungen, Finanzfragen und einzelne Grenzfragen geregelt.

Niederlande

8.—11. Juli

Staatsbesuch des Königs der Belgier, *Baudouin I.* In seiner Begleitung befinden sich der belgische Ministerpräsident, Gaston *Eyskens*, und Außenminister Pierre Wigny, die mit Ministerpräsident Jan E. *Quay* und Außenminister Joseph *Luns* aktuelle politische Fragen erörtern. In einem zum Abschluß der Besprechungen herausgegebenen Kommuniqué wird die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten im Rahmen der Benelux-Staaten und im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften hervorgehoben.

30. Juli

Verteidigungsminister S. J. *van den Bergh* erklärt seinen Rücktritt.

Norwegen

20. Juli

Die norwegische Regierung nimmt zu der Verschiebung des Skandinavienbesuches des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow* (vgl. Sowjetunion), Stellung. In ihrer Antwort auf das sowjetische Memorandum vom 19. Juli vertritt die norwegische Regierung die Auffassung, ein Besuch des sowjetischen Regierungschefs hätte zur Verbesserung der guten Beziehungen zwischen den beiden benachbarten Ländern beitragen können. Jedoch pflichte die Regierung dem sowjetischen Standpunkt bei, wonach der Besuch ohne Folgen für die Beziehungen der beiden Länder aufgeschoben werden könne.

Oesterreich

10. Juli

Bundeskanzler Julius *Raab* bildet nach neunwöchigen Koalitionsverhandlungen eine neue Koalitionsregierung der Oesterreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei. Der Regierung gehören an: Bundeskanzler: Julius *Raab;* Finanzminister: Reinhard *Kamitz;* Verteidigungsminister: Ferdinand *Graf;* Unterrichtsminister: Heinrich *Drimmel;* Landwirtschaftsminister: Eduard *Hartmann;* Minister für Handel und Wiederaufbau: Fritz *Bock;* Vizekanzler mit Ministerverantwortlichkeit für die verstaatlichten Betriebe: Bruno *Pittermann;* Außenminister: Bruno *Kreisky;* Innenminister: Joseph *Afritsch;* Justizminister: Otto *Tschadek;* Minister für Sozialwesen: Anton *Proksch;* Verkehrsminister: Karl *Waldbrunner.*

17.—19. Juli

Besuch des japanischen Ministerpräsidenten, Nobusuke *Kischi*. Kischi führt einen Meinungsaustausch über aktuelle Fragen mit Bundespräsident Adolf *Schärf* und Bundeskanzler Julius *Raab*. In einem zum Abschluß der Besprechungen herausgegebenen Kommuniqué werden die freundschaftlichen Beziehungen zwischen

beiden Staaten hervorgehoben. Die Gesprächspartner sprechen sich für eine Intensivierung des Wirtschaftsverkehrs und einen Ausbau des Kulturaustausches aus. Bundeskanzler Raab sagt Kischi eine Prüfung des japanischen Wunsches zu, Oesterreich möge auf die Anwendung des Art. 35 des GATT-Abkommens verzichten.

Polen

14.—22. Juli

Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*. Am 16. Juli ruft Chruschtschow vor dem Kongreß des Bergarbeiterverbandes in Sosnowice zum weltweiten Klassenkampf auf und erklärt, die beste Methode zur Erhaltung des Friedens sei die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse in allen Staaten. Chruschtschow versichert, die Sowjetunion werde niemals einen Krieg anfangen; auch die Kapitalisten hätten jetzt eingesehen, daß es weiser sei, die Stärke der Sowjetunion nicht in einem Krieg herauszufordern, der für alle ein Unglück wäre. Am 17. Juli bezeichnet *Chruschtschow* in Stettin die zwischen der DDR und der Bundesrepublik verlaufende Grenze als die Scheidelinie zwischen der sozialistischen und der kapitalistischen Welt. Diese Grenze sei unverletzlich und heilig, und die Sowjetunion werde sie gegen jede Verletzung verteidigen. Chruschtschow betont ferner den Wunsch der Sowjetunion nach Entspannung und Beendigung des kalten Krieges und wiederholt seine Vorschläge zur Schaffung einer atom- und raketenwaffenfreien Zone im Raum der Ostsee, im Balkan- und Adria-Raum sowie in Mitteleuropa. Am 21. Juli begründet *Chruschtschow* auf einem Empfang in Warschau die Absage seines Skandinavien-Besuches. Das vorgesehene Programm sei zu formal gewesen und habe keine politischen Gespräche vorgesehen. Auch habe man ihm vorher ins Gesicht gespien. In einer zum Abschluß des Besuches herausgegebenen gemeinsamen Erklärung wird die brüderliche sowjetisch-polnische Freundschaft betont. In der Erklärung heißt es u. a., die Delegationen der Sowjetunion und Polens hätten bei der Erörterung der Deutschland betreffenden Fragen einmütig die Vordringlichkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Beseitigung des Besatzungszustandes in West-Berlin festgestellt. Das Fehlen eines Friedensvertrages und die Fortdauer des Besatzungsregimes würden von den dem Frieden feindlich gesinnten Kräften und insbesondere von der deutschen Bundesrepublik dazu benutzt, die politische Lage in Europa zu verschärfen. Als eine besondere Gefahr wird die Militarisierung der Bundesrepublik und die Ausrüstung der Bundeswehr mit Raketen- und Atomwaffen bezeichnet. In der Erklärung werden der Revisionismus sowie der Dogmatismus und das Sektierertum als die Hauptgefahren für die kommunistische Arbeiterbewegung bezeichnet und ihnen unerbittlicher Kampf angesagt.

Rumänien

24. Juli

Die Regierung protestiert in einer Note an die Vereinigten Staaten gegen die Durchführung der „Woche der versklavten Nationen“ und bezeichnet diese als einen gegen Rumänien gerichteten unfreundlichen Akt.

Schweden

11.—12. Juli

Die Ministerpräsidenten Dänemarks, Finnlands, Norwegens und Schwedens erörtern in Kungälv Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der nordischen Länder. In einem zum Abschluß der Tagung herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, der Plan einer „Kleinen Freihandelszone“ (vgl. Zeittafel in EA 13/1959) habe eine neue handelspolitische Situation geschaffen. Die Minister hätten Pläne zur Schaffung eines Nordischen Gemeinsamen Marktes in Form einer Zollunion und den Vorschlag zur Schaffung eines für die wirtschaftliche Zusammenarbeit verantwortlichen Ständigen Nordischen Ministerrates erörtert. Es sei grundsätzliche Einigung darüber erzielt worden, die wirtschaftliche Zusammenarbeit der nordischen Länder den Plänen zur Schaffung einer Kleinen Freihandelszone möglichst weitgehend anzupassen und, wenn notwendig, unterzuordnen.

20.—21. Juli
In Stockholm findet eine Ministerkonferenz Schwedens, Norwegens, Dänemarks, Großbritanniens, Portugals, Oesterreichs und der Schweiz statt. Die Minister erörtern die Berichte der Sachverständigenkonferenz (vgl. Zeittafel in EA 13/1959) über eine handelspolitische Verbindung der sieben Länder. In einem zum Abschluß der Konferenz herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, die Minister hätten beschlossen, ihren Regierungen die Schaffung einer Freihandelszone der sieben Länder zu empfehlen. Ziel dieser Assoziation sei eine Stärkung der Wirtschaft der Mitgliedstaaten durch Förderung der wirtschaftlichen Expansion, Hebung des Lebensstandards und Sicherung der finanziellen Stabilität. Die Minister betonen, daß sie mit der Errichtung einer Freihandelszone den Zweck verfolgten, eine Möglichkeit für baldige Verhandlungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den übrigen Mitgliedstaaten der OEEC zu erleichtern. Die Minister stimmen dem Entwurf der Sachverständigenkonferenz zu und beauftragen Vertreter, bis zum 31. Oktober eine Konvention auszuarbeiten. Für die Landwirtschaft soll ein Sonderabkommen getroffen werden. Ferner vereinbaren die Minister, Finnland die Möglichkeit eines Anschlusses zu geben.

22. Juli
In ihrer Antwort auf die sowjetische Note vom 19. Juli (vgl. Sowjetunion) bedauert die Regierung die Absage des Besuches des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, und spricht die Hoffnung aus, daß der Besuch zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden könne. Auf schwedischer Seite habe man sich eine weitere Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern versprochen. Den sowjetischen Hinweis auf feindselige Pressestimmen weist die Regierung unter Berufung auf die in Tradition und Verfassung verankerte Meinungs- und Pressefreiheit zurück.

Sowjetunion

7. Juli
Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* erklärt in einer Unterredung mit amerikanischen Gouverneuren im Kreml, es wäre nützlich, wenn der amerikanische Präsident, Dwight D. *Eisenhower*, nach Moskau käme und wenn er selbst die Vereinigten Staaten besuchen könnte.

11. Juli
Die Regierungen der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Italiens lehnen in ihren Antwortnoten auf die sowjetische Note vom 25. Juni (vgl. den Wortlaut in EA 14/1959, S. D 245) den sowjetischen Vorschlag zur Schaffung einer atom- und raketenwaffenfreien Zone auf dem Balkan und im Adria-Gebiet ab. An ihrer Stelle wird eine allgemeine kontrollierte Abrüstung befürwortet. (Vgl. den Wortlaut der Note der Vereinigten Staaten in EA 14/1959, S. D 247.) Am 13. Juli lehnt die britische und am 14. Juli die türkische Regierung den sowjetischen Vorschlag ebenfalls ab.

12. Juli
Der Kaiser von Aethiopien, *Haile Selassie I.*, beendet einen vierzehntägigen Staatsbesuch in der Sowjetunion. Am 11. Juli wurde zwischen dem äthiopischen Außenminister *Deressa* und Außenhandelsminister N. S. *Patolitschew* ein Handelsabkommen unterzeichnet, in dem sich beide Länder u. a. die Meistbegünstigungsklausel zusichern. Ferner wurde ein Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der kulturellen Beziehungen vereinbart. Am 30. Juni hatte Haile Selassie eine Unterredung mit Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* und am 2. Juli mit Außenminister Andrej A. *Gromyko*. In einem zum Abschluß des Besuches herausgegebenen gemeinsamen Kommuniqué befürworten die Vertreter beider Staaten eine Politik der kollektiven Sicherheit, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates und der friedlichen Koexistenz. Die Sowjetunion gewährt Aethiopien ein langfristiges Darlehen für die Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft.

19. Juli
Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* sagt seinen für August geplanten Besuch in den skandinavischen Staaten ab. In Memoranden an die Regierungen Däne-

marks, Norwegens und Schwedens wird dieser Entschluß mit „feindseligen Stimmungen“ in diesen Ländern begründet. Der geplante Besuch in Helsinki wird ebenfalls abgesagt.

Die Moskauer *Prawda* warnt Finnland vor einem Anschluß an die „Kleine Freihandelszone“ und erinnert daran, daß die Sowjetunion seit jeher gegen eine Aufteilung Europas in geschlossene Wirtschaftsgruppen aufgetreten sei. Durch einen Anschluß solle Finnland in die Gruppierung der NATO-Staaten hineingezogen werden. Die *Prawda* weist weiterhin auf die günstige Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Finnland und der Sowjetunion hin und erklärt, für beide Länder ergebe sich kein Nutzen aus einem Rückgang dieser Verbindungen.

23. Juli
Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* berichtet auf einer Massenkundgebung in Moskau über die Eindrücke seines Besuches in Polen und hebt die warme und herzliche Aufnahme hervor. Im Verlauf seiner Ausführungen bezeichnet Chruschtschow die in den Vereinigten Staaten veranstaltete „Woche der versklavten Nationen“ als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten. In einem Augenblick, in dem man über internationale Entspannung spreche, an der Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen arbeite, Ausstellungen eröffne und Besuche austausche, stelle dies eine neue antisowjetische Kampagne dar.

Der amerikanische Vizepräsident, Richard M. *Nixon*, trifft zu einem Besuch in der Sowjetunion ein. Am 24. Juli eröffnet Nixon die amerikanische Ausstellung in Moskau. Bei dieser Gelegenheit erklärt der sowjetische Ministerpräsident, Nikita S. *Chruschtschow*, er würde es begrüßen, wenn Präsident Dwight D. *Eisenhower* die Gelegenheit fände, die Sowjetunion zu besuchen. Auf dem Ausstellungsgelände kommt es zu einem Rededuell zwischen Nixon und Chruschtschow. *Nixon* erklärt zu Anspielungen Chruschtschows auf die Stärke der Sowjetunion, keiner von ihnen sollte seine Stärke dazu benutzen, den anderen in die Lage zu bringen, sich einem Ultimatum gegenübergestellt zu sehen. *Chruschtschow* erklärt, Nixon lege große Betonung auf Ultimaten. Damit könne er ihn jedoch nicht erschrecken. Die Sowjetunion werde Drohungen mit Drohungen beantworten. Chruschtschow wendet sich im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung dem Problem der ausländischen Militärstützpunkte zu und erklärt, die Sowjetunion hätte es am liebsten, wenn alle Stützpunkte im Ausland aufgegeben würden. Die Sowjetunion möchte alle Quellen der Reibung, wie beispielsweise West-Berlin, beseitigen. Bis das geschehe, würden sie eine unterschiedliche Sprache sprechen. Auf die Frage, ob Hoffnung auf eine Bereinigung des Berlin-Problems in Genf bestehe, erklärt Chruschtschow, der einzige Weg sei der eines Friedensvertrages mit Deutschland. Am 26. Juli führt *Nixon* mit *Chruschtschow* in dessen Landhaus Besprechungen über aktuelle politische Fragen und die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. *Nixon* bezeichnet das Gespräch als nützlich, da es Gelegenheit für eine offene und umfassende Diskussion in einer ruhigen und objektiven Atmosphäre geboten habe. Am 27. Juli tritt Nixon eine Reise nach Leningrad und Nowosibirsk sowie Swerdlowsk an.

30. Juli
Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* nimmt in einer Rede in Dnjepropetrowsk zu dem Stand der Genfer Konferenz Stellung und erklärt, die Außenminister sollten neue Anstrengungen machen, um gegenseitig annehmbare Lösungen zu finden, und sich in den Fragen einigen, in denen dies möglich sei. Die schwierigeren und grundsätzlichen Fragen müßten jedoch von den Regierungschefs erörtert werden. Chruschtschow erklärt, weder die Sowjetunion noch die Westmächte hätten die Absicht, das gegenwärtige Leben der West-Berliner Bevölkerung zu ändern.

Spanien

19. Juli
Die Regierung gibt eine Abwertung der Peseta um 30 vH bekannt. Am 20. Juli

wird Spanien in den Europäischen Wirtschaftsrat aufgenommen (vgl. OEEC). Am 30. Juli billigen die Cortes das Stabilisierungsprogramm der Regierung sowie ein Gesetz zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, das der Regierung im Fall von Unruhen außerordentliche Vollmachten einräumt.

Tschechoslowakei

13.—17. Juli

Staatsbesuch des Kaisers von Aethiopien, *Haile Selassie I.* In einem zum Abschluß seiner Besprechungen mit Staatspräsident Antonin *Novotny* herausgegebenen gemeinsamen Kommuniqué bekräftigen beide Staatsmänner die Grundsätze der kollektiven Sicherheit, der Nichteinmischung und Koexistenz. Beide Staaten vereinbaren Verhandlungen über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, den Ausbau der Kulturbeziehungen und über den Abschluß eines Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit.

23. Juli

Die Regierung protestiert in einer Note an die Vereinigten Staaten gegen die Durchführung der „Woche der versklavten Nationen".

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Ghana

9. Juli

Die Regierung beschließt die de facto-Anerkennung der algerischen Exilregierung.

Liberia

15.—18. Juli

Die Ministerpräsidenten von Liberia, Ghana und Guinea erörtern in Sanniquelle aktuelle politische Fragen. In einem zum Abschluß der Besprechungen herausgegebenen Kommuniqué schlagen die Ministerpräsidenten die Einberufung einer Konferenz aller unabhängigen afrikanischen Staaten vor, auf der eine „Gemeinschaft der unabhängigen afrikanischen Staaten" gegründet werden soll. In einer Grundsatzerklärung, die der Konferenz als Arbeitsgrundlage dienen soll, heißt es, daß jeder Staat oder Staatenbund als Mitglied der Gemeinschaft seine nationale Identität und seine verfassungsmäßige Struktur behält. Ziel der Gemeinschaft sei die afrikanische Einheit und nicht eine Beeinträchtigung der Politik und der gegenwärtigen und künftigen internationalen Beziehungen und Verpflichtungen der Mitgliedstaaten.

Madagaskar

7.—8. Juli

Tagung des Exekutivrates der Französischen Gemeinschaft unter dem Vorsitz von Staatspräsident Charles *de Gaulle* in Tananarive. In einem zum Abschluß der Tagung herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, die Minister hätten Fragen der gemeinsamen Verteidigung, der Außenpolitik, der Wirtschaft und des Erziehungs- und Verkehrswesens erörtert. Außenminister Maurice *Couve de Murville* habe den Rat über den Verlauf der Genfer Außenministerkonferenz und die allgemeine internationale Lage unterrichtet. Außerdem habe sich der Rat mit Fragen der Einmischung gewisser afrikanischer Staaten in die inneren Angelegenheiten der Gemeinschaft befaßt. Ferner sei die Möglichkeit des Anschlusses der afrikanischen Staaten und Madagaskars an internationale Organisationen erörtert worden.

9. Juli

Der Präsident der Republik Madagaskar, Philibert *Tsiranana,* erklärt auf einer Pressekonferenz, der Exekutivrat der Französischen Gemeinschaft habe sich für die Herstellung einer Atombombe ausgesprochen, um die Verteidigung der Gemeinschaft sicherzustellen.

Vereinigte Arabische Republik

1.—3. Juli

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld,* führt in Kairo Besprechungen mit Staatspräsident Gamal Abdel *Nasser* und Außenminister Mahmud *Fawzi* sowie dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Abdel Khalek

Hassouna, über die Schiffahrt im Suez-Kanal, die Algerien-Frage und das Problem der Palästina-Flüchtlinge.

16. Juli
König *Saud* von Saudiarabien führt in Suez Besprechungen mit Verteidigungsminister Abdel Hakim *Amer* und dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Abdel Khalek *Hassouna,* über aktuelle politische Fragen.

23. Juli
Staatspräsident Gamal Abdel *Nasser* erklärt auf einer Kundgebung anläßlich der Feiern zum Jahrestag der Julirevolution, die Vereinigte Arabische Republik wolle in Freundschaft mit der Sowjetunion wie den Vereinigten Staaten und Großbritannien auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten leben. Nasser beschuldigt die irakischen Kommunisten, die Beziehungen zwischen dem Irak und der Vereinigten Arabischen Republik zu verschlechtern. Die Freundschaft der VAR zum Irak sei unverändert geblieben.

AMERIKA

Kanada

12. Juli
Der amerikanische Außenminister, Christian A. *Herter,* unterbricht seinen Flug zur Teilnahme an der Genfer Außenministerkonferenz und führt in Ottawa Besprechungen mit Außenminister Howard *Green.*

Kuba

17. Juli
Ministerpräsident Fidel *Castro* erklärt seinen Rücktritt, da er sich wegen schwerwiegender Meinungsverschiedenheiten nicht mehr in der Lage sehe, mit Staatspräsident Manuel *Urrutia* zusammenzuarbeiten. Am 18. Juli erklärt *Urrutia* seinen Rücktritt. Der Ministerrat ernennt Oswaldo *Dorticos* zum neuen Präsidenten. Die Minister lehnen das Rücktrittsgesuch Fidel Castros ab. Am 26. Juli fordert eine Massenversammlung in Havanna Castro auf, im Amt zu bleiben. Am 27. Juli gibt Dorticos bekannt, Fidel *Castro* bleibe Ministerpräsident.

Peru

4. Juli
Ministerpräsident Luis Gallo *Porras* erklärt den Rücktritt seiner Regierung. Am 20. Juli bildet Pedro *Beltran* eine neue Regierung. Außenminister bleibt Raul Porras *Barrenechea,* Innenminister Carlos Carillo *Smith* und Verteidigungsminister General Victor Tenorio *Hurtado.*

Vereinigte Staaten

8. Juli
Der ehemalige Gouverneur von New York, Averell *Harriman,* berichtet in einem Artikel der amerikanischen Zeitschrift *Life* über seine Unterredung mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow,* am 23. Juni in Moskau. Chruschtschow habe erklärt, die westlichen Außenminister würden den sowjetischen Außenminister, Andrej A. *Gromyko,* in der zweiten Periode der Genfer Außenministerkonferenz genauso unnachgiebig in der Berlin-Frage finden wie bisher. Wenn die Westmächte nicht auf die sowjetischen Vorschläge eingingen, würde die Sowjetunion einseitig die Rechte der Westmächte in Berlin aufheben. *Chruschtschow* habe erklärt, er werde niemals einer Wiedervereinigung Deutschlands zustimmen, die nicht die Errichtung eines kommunistischen Systems in ganz Deutschland möglich mache. Nachdem *Harriman* Chruschtschow darauf hingewiesen habe, er unterschätze die Entschlossenheit der Westmächte, ihre Rechte in West-Berlin zu verteidigen, habe *Chruschtschow* erklärt, wenn der Westen Krieg wünsche, könne er diesen haben. Harriman berichtet ferner, Chruschtschow habe erklärt, die Sowjetunion unterstütze die Forderung der Volksrepublik China auf Formosa. Falls sich die Volksrepublik China entschließen sollte, gegenüber Formosa Gewalt anzuwenden, werde die Sowjetunion sie unterstützen. In einem Interview mit der amerikanischen Rundfunkgesellschaft CBS am 12. Juli tritt *Harriman* für eine begrenzte Anerkennung der DDR ein. Eine Art de facto-Anerkennung der DDR könne zu einem Entgegenkom-

men der Sowjetunion in der Berlin-Frage führen.

Präsident Dwight D. *Eisenhower* erklärt auf einer Pressekonferenz in Washington zu den Aeußerungen des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow,* gegenüber dem früheren Gouverneur von New York, Averell *Harriman* (s. o.), Ultimaten oder Drohungen seien nicht der richtige Weg, um friedliche Lösungen zu erreichen. An der Haltung der Vereinigten Staaten auf der Genfer Außenministerkonferenz habe sich nichts geändert. Die Vereinigten Staaten würden hinsichtlich ihrer Verantwortlichkeiten und ihrer Rechte in West-Berlin fest bleiben. Zu seinen Besprechungen mit dem Ersten Stellvertreter des sowjetischen Ministerpräsidenten, Frol *Koslow,* erklärt *Eisenhower,* diese hätten keine neuen Gesichtspunkte erbracht. Zu dem Vorschlag *Harrimans, Chruschtschow* in die Vereinigten Staaten einzuladen, erklärt *Eisenhower,* er wolle diese Möglichkeit nicht ausschließen. Doch müsse es sich dabei um einen reinen Höflichkeitsbesuch handeln; wirkliche Verhandlungen könnten nur in Abstimmung mit den Verbündeten der Vereinigten Staaten geführt werden.

13. Juli
Der Erste Stellvertretende Ministerpräsident der UdSSR, Frol R. *Koslow,* beendet einen vierzehntägigen Besuch in den Vereinigten Staaten. Am 30. Juni eröffnete Koslow die sowjetische Ausstellung für Wissenschaft, Technologie und Kultur in New York. Am 1. Juli hatte Koslow mit Außenminister Christian A. *Herter* in Washington einen Meinungsaustausch über den bisherigen Verlauf der Genfer Außenministerkonferenz. Am gleichen Tag hatte *Koslow* eine Unterredung mit Präsident Dwight D. *Eisenhower.* In Anschluß an die Unterredung erklärt *Koslow* vor Journalisten, er habe mit Eisenhower verschiedene Fragen erörtert, die Hauptfrage sei jedoch das Friedensproblem gewesen, und er hoffe, es werde in der Welt Frieden geben. Am 2. Juli appellierte *Koslow* vor dem Nationalen Presseclub in Washington an die Amerikaner, den Verdächtigungen und dem Mißtrauen in den internationalen Beziehungen ein Ende zu machen. Er warnte davor, wegen der Berlin-Frage einen Krieg zu entfesseln. Die Sowjetunion werde Gewalt mit Gewalt begegnen. Am 12. Juli erklärte *Koslow* auf einer Pressekonferenz in New York zum Abschluß seines Besuches, er sei von dem Friedenswillen des amerikanischen Volkes beeindruckt. Koslow bekräftigte den sowjetischen Standpunkt in der Berlin-Frage und trat für eine Lösung der bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten durch Verhandlungen auf der Basis einer friedlichen Koexistenz und der Nichteinmischung ein.

15. Juli
Präsident Dwight D. *Eisenhower* erklärt auf einer Pressekonferenz in Washington, die Sowjetunion müsse Klarheit über ihre Haltung zu den westlichen Rechten und Verantwortlichkeiten in West-Berlin schaffen, bevor Hoffnung auf wirkliche Verhandlungen bei einem Gipfeltreffen bestehe. Die Wiederaufnahme der Außenministergespräche in Genf habe keinen hoffnungsvollen Lichtschimmer gebracht. Aber der Westen werde seine Versuche fortsetzen, mit der Sowjetunion zu einer Einigung zu kommen. Die Vereinigten Staaten dächten jedoch nicht daran, die DDR diplomatisch anzuerkennen. Zu einem möglichen Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow,* in den Vereinigten Staaten erklärt Eisenhower, gegen seinen Besuch sprächen schwerwiegende Gründe. Er werde sich jedoch nicht weigern, Chruschtschow einzuladen, wenn der Augenblick gekommen sei, in dem ein solcher Besuch dem Frieden dienen könne.

21. Juli
In einer Erklärung des Außenministeriums zu den am 19. Juli in Kraft getretenen Atomabkommen mit Griechenland, der Bundesrepublik, den Niederlanden und der Türkei wird ausgeführt, diese Abkommen bedeuteten eine Stärkung der Freien Welt. Sie bedeuteten jedoch

keine Aenderung der Politik der Vereinigten Staaten, die Zahl der Atommächte nicht zu vergrößern sowie eine internationale Kontrolle und Begrenzung der Rüstungen anzustreben. Die Abkommen sähen einen Austausch von Informationen und die Anlage von Depots atomarer Waffen vor. Die Atomsprengköpfe selbst blieben jedoch in amerikanischem Gewahrsam.

Präsident Dwight D. *Eisenhower* ernennt Frederick Henry *Mueller* zum neuen Handelsminister.

22. Juli
Präsident Dwight D. *Eisenhower* erklärt auf einer Pressekonferenz in Washington, eine Gipfelkonferenz sei noch immer denkbar, wenn in Genf genügender Fortschritt erzielt werde und die Sowjetunion die Rechte des Westens in Berlin anerkenne. Zu der Frage einer neuen Luftbrücke im Fall einer Berliner Blockade erklärt Eisenhower, Berlin sei eine wohlhabende Stadt, die ihre Rohstoffe aus Ost- und Westdeutschland beziehe. Diese Rohstoffe könnten nicht durch Lufttransport geliefert werden.

24. Juli
Präsident Dwight D. *Eisenhower* leitet einen Bericht des Präsidialausschusses zur Untersuchung des US-Militärhilfeprogramms an den Kongreß weiter. In dem Bericht (Draper-Report) wird empfohlen, zur Verwaltung der Wirtschaftshilfe an andere Länder eine einzige Körperschaft zu errichten. Folgende Funktionen sollten schrittweise dieser Körperschaft übertragen werden: 1. Funktionen, Einrichtungen und Personal des Amtes für Auslandshilfe (ICA), 2. der Entwicklungsanleihefonds, 3. die Vollmacht zur Entscheidung darüber, welche Länder Agrarüberschüsse erhalten, in welcher Form und in welcher Menge, 4. die Verantwortung über die Entwicklung der Wirtschaftshilfepläne für die verschiedenen Länder. Der Ausschuß empfiehlt ferner, die Empfängerländer der Wirtschaftshilfe zu ermutigen, konstruktivere Schritte zur Lösung ihrer eigenen Probleme zu unternehmen, und die Hilfe nur so lange zu gewähren, wie die Empfängerländer ihre Projekte vernünftig ausführten. Ferner sollten die Vereinigten Staaten die Entwicklungshilfe vielseitiger gestalten.

29. Juli
Präsident Dwight D. *Eisenhower* ordnet eine neue Untersuchung über die Grundlagen für ein internationales Abrüstungsabkommen an und ernennt Charles A. *Coolidge* zum Vorsitzenden der Studiengruppe.

Präsident Dwight D. *Eisenhower* bezeichnet auf einer Pressekonferenz in Washington den Besuch Vizepräsident Richard M. *Nixons* in der Sowjetunion als sehr erfolgreich und seine freundliche Aufnahme als ein Zeichen für die Bereitschaft des sowjetischen Volkes, Amerikaner willkommen zu heißen. Auf die Frage, ob *Nixon* den Auftrag habe, *Chruschtschow* in die Vereinigten Staaten einzuladen, erklärt *Eisenhower, Nixon* habe völlige Freiheit, alle Gegenstände zu erörtern, die ihm richtig erschienen, er habe jedoch nicht den Auftrag, eine solche Einladung auszusprechen.

ASIEN

Indien

31. Juli
Die Zentralregierung enthebt die kommunistische Regierung des Unionsstaates Kerala, in dem es in den vergangenen Wochen mehrfach zu Unruhen gekommen war, ihres Amtes mit der Begründung, daß diese nicht in der Lage sei, verfassungsmäßig zu regieren.

Indonesien

5. Juli
Staatspräsident Achmed *Soekarno* ordnet die Auflösung der verfassunggebenden Versammlung und die Außerkraftsetzung der provisorischen Verfassung an und befiehlt die Rückkehr zur Revolutionsverfassung von 1945. Am 5. Juli gibt Ministerpräsident Hadj *Djuanda* den Rücktritt der Regierung bekannt. Am 9. Juli bildet *Soekarno* eine neue Regierung, in der er selbst das Amt des Ministerpräsidenten übernimmt. Zum Verteidigungsminister wird der Generalstabschef der Armee, General Abdul Haris *Nasution, zum* Außenminister *Subandrio* und zum Ersten Mini-

ster und Finanzminister Hadj *Djuanda* ernannt. Am 22. Juli billigt das Parlament das Vorgehen Soekarnos.

Irak

14. Juli

Ministerpräsident Abdul Karim *Kassem* stellt am Jahrestag der irakischen Revolution in Bagdad eine Wiederzulassung der politischen Parteien am 6. Dezember, dem Tag der irakischen Armee, sowie in den nächsten achtzehn Monaten Parlamentswahlen und einen Volksentscheid über eine Verfassung in Aussicht. Der Irak wünsche die Freundschaft mit allen Ländern auf der Grundlage gegenseitigen Interesses. Am 19. Juli gibt die Regierung die Niederschlagung von blutigen Unruhen im Gebiet von Kirkuk bekannt.

30. Juli

Ministerpräsident Abdul Karim *Kassem* richtet auf einer Pressekonferenz in Bagdad scharfe Angriffe gegen „die Pseudo-Demokraten, die, unter dem Vorwand, die Regierung vor imaginären Komplotten schützen zu wollen, erst kürzlich die Massaker bei Kirkuk organisiert hatten". Kassem erklärt, die Regierung habe die notwendige Kraft, alle Unruhestifter zum Schweigen zu bringen.

Israel

5. Juli

Ministerpräsident *Ben Gurion* erklärt seinen Rücktritt. Ursache des Rücktritts ist die Weigerung der der Achdut Avoda-Partei und der Mapam-Partei angehörenden Kabinettsmitglieder, ihre Posten zur Verfügung zu stellen, nachdem sie im Knesset gegen die Lieferung von Granatwerfermunition an die Bundesrepublik gestimmt hatten. Der Knesset hatte das Waffengeschäft am 1. Juli gebilligt.

Jordanien

18. Juli

Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Abdel Khalek *Hassouna,* erörtert mit König *Hussein* von Jordanien aktuelle politische Probleme und führt Besprechungen über die bevorstehende Konferenz der arabischen Außenminister sowie die Palästina-Frage. Am 21. Juli kündigt Hassouna die baldige Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen sowie die Wiedereröffnung des Grenzverkehrs zwischen Jordanien und der Vereinigten Arabischen Republik an.

Internationale Organisationen

Organisation der Vereinten Nationen

16. Juli

Der Ständige Vertreter Indiens bei den Vereinten Nationen beantragt in einem Schreiben an Generalsekretär Dag *Hammarskjöld,* die Frage der Vertretung Chinas in der Organisation der Vereinten Nationen auf die Tagesordnung der 14. ordentlichen Tagung der Vollversammlung zu setzen.

23. Juli

Generalsekretär Dag *Hammarskjöld* erklärt auf einer Pressekonferenz in New York, er hoffe, die Genfer Konferenz ende erfolgreich und bringe wenigstens einige Interims-Vereinbarungen für West-Berlin. Die Vereinten Nationen seien bereit, jede Rolle zu übernehmen, die ihr die Außenminister der Vier Mächte zuwiesen. Insbesondere sei das Sekretariat bereit, eine Beobachtungsgruppe gemäß dem Vorschlag des amerikanischen Außenministers, Christian A. *Herter,* nach Berlin zur Ueberwachung der Propaganda und Spionage in Ost- und West-Berlin zu senden. Falls er dazu aufgefordert werde, würde er auch ohne einen besonderen Auftrag von der Vollversammlung oder dem Sicherheitsrat entsprechend handeln.

31. Juli

Der Wirtschafts- und Sozialrat beendet in Genf den ersten Teil seiner 28. Sitzungsperiode. Der Rat billigt eine Vielzahl von Resolutionen. Zum Problem der wirtschaftlichen Entwicklung der unterentwickelten Länder fordert der Rat die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, ihre Hilfsmaßnahmen für die wirtschaftliche Entwicklung der unterentwickelten Länder zu verstärken. Der Generalsekretär wird aufgefordert, Einzelheiten über die unter der Aufsicht der Vereinten Nationen

durchgeführten Programme zur Erschließung der Erdölvorkommen in den unterentwickelten Ländern zu veröffentlichen und einen Erfahrungsbericht über die verschiedenen technischen Hilfsprogramme auf dem Gebiet der Industrialisierung und der Energiewirtschaft ausarbeiten zu lassen. Der Rat verabschiedet ferner eine Reihe von Resolutionen zur Koordinierung der Arbeit der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen. Der Rat billigt den Bericht der Menschenrechts-Kommission und übermittelt der Vollversammlung den Entwurf einer Erklärung der Rechte des Kindes. In weiteren Resolutionen fordert der Rat eine stärkere Kontrolle der Rauschgifte. Der Rat billigt ferner eine Reihe von Resolutionen zur Sozialpolitik, zum Wohnungsbau und Gesundheitswesen.

Benelux-Wirtschafts-Union

29. Juli

Die Ministerpräsidenten der Benelux-Staaten erörtern bei Arnheim agrarpolitische Probleme.

Europäische Gemeinschaften

1. Juli

Die EWG-Kommission billigt die Durchführungsverordnungen für den Europäischen Sozialfonds. In den Verordnungen wird das Anwendungsgebiet für den Sozialfonds umrissen und das Verfahren bestimmt, nach dem die Bewilligung von Mitteln aus dem Fonds erfolgen soll.

9.—10. Juli

Die Landwirtschaftsminister der sechs EWG-Länder erörtern in Luxemburg Fragen einer gemeinsamen Getreidepolitik sowie der Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

16.—17. Juli

Die Finanzminister der sechs Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erörtern auf einer Konferenz in Königswinter finanzpolitische Fragen. Die Minister beschließen, regelmäßig zu weiteren finanzpolitischen Konferenzen zusammenzukommen und ein Sekretariat zu schaffen, das zwischen den Tagungen die Kontinuität einer gemeinsamen Finanzpolitik sichern soll. In einem zum Abschluß herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, die Minister hätten darin übereingestimmt, daß die Finanzpolitik der Mitgliedstaaten wesentlich zur Beeinflussung des Konjunkturablaufs, zur Sicherung der wirtschaftlichen Expansion und zur Erhöhung des Lebensstandards im Gemeinsamen Markt beitragen könne.

25. Juli

Tagung des Ministerrates der EWG in Brüssel. Die Minister erörtern ein Gesuch der griechischen Regierung um Assoziierung mit der EWG. In dem Gesuch wird auf die enge wirtschaftliche und politische Verbundenheit Griechenlands mit den Mitgliedstaaten der EWG hingewiesen. Die Minister beauftragen die EWG-Kommission, unverzüglich mit der griechischen Regierung über die Modalitäten der Assoziierung zu verhandeln. (Am 31. Juli richtet die türkische Regierung ein ähnliches Gesuch an die EWG.) Auf der Tagesordnung steht ferner die Wahl der Mitglieder der Hohen Behörde. Da die deutsche Regierung noch keinen Kandidaten benannt hat, wird die endgültige Konstituierung dieses Gremiums auf den 15. September verschoben. Eine Delegation des Europäischen Parlamentes ersucht die Minister, eine Entscheidung über den Sitz der europäischen Institutionen zu treffen. Es wird jedoch kein Fortschritt in dieser Frage erzielt.

Tagung des Ministerrates der Euratom. Der Rat ermächtigt die Euratom-Kommission, das Abkommen über Zusammenarbeit mit der kanadischen Regierung und das technische Abkommen mit der Atomic Energy of Canada Ltd. (AECL) zu unterzeichnen. Der Rat wird ferner über die Entwicklung der von der Kommission zur Durchführung des gemeinsamen Forschungsprogrammes der Gemeinschaft geführten Verhandlungen unterrichtet. Hierzu wurde am 22. Juli mit der italienischen Regierung ein Vertrag unterzeichnet, durch den der Gemeinschaft das Kernforschungszentrum in Ispra für einen Zeitraum von 99 Jahren zur Verfügung gestellt wird.

Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC)

1. Juli

Der Rat der OEEC beschließt, die Ver-

pflichtung der OEEC-Mitgliedstaaten, ihre privaten Einfuhren aus andern OEEC-Ländern von allen mengenmäßigen Begrenzungen bis zum Mindestmaß von 90 vH zu befreien, bis 30. Juni 1960 zu verlängern.

7. Juli
Der Rat der OEEC beschließt gemäß den Vorschlägen des Ausschusses für Steuerfragen Maßnahmen zur Ausschaltung von Doppelbesteuerungen zwischen Mitgliedstaaten.

20. Juli
Der Rat der OEEC beschließt die Aufnahme Spaniens als 18. Mitglied der OEEC. Ferner gewährt der Rat der OEEC Spanien einen Kredit aus dem Europäischen Währungsfonds in Höhe von 100 Millionen Dollar. Spanien erhält ferner einen Kredit des Internationalen Währungsfonds in Höhe von 75 Millionen Dollar sowie Kredite privater Geldinstitute und der Regierung der Vereinigten Staaten in Höhe von 200 Millionen Dollar.

28. Juli
Der Rat der OEEC wählt Derick *Heathcoat-Amory* (Großbritannien) wieder zum Ratsvorsitzenden. Ebenfalls wird der Vorsitzende des Exekutiv-Ausschusses, Roger *Ockrent* (Belgien), wiedergewählt.

29. Juli
Zwischen Jugoslawien und der OEEC wird ein Abkommen über die gleichberechtigte Teilnahme Jugoslawiens an den Arbeiten des Ministerausschusses der OEEC für Landwirtschaft und Ernährung unterzeichnet.

30. Juli
In Paris findet die erste Sitzung der Vollversammlung der Europäischen Gesellschaft für die chemische Behandlung von Kernbrennstoffen (vgl. Zeittafel in EA 2/1958) statt.

Europarat

1. Juli
Der Ministerausschuß des Europarates richtet auf seiner Tagung in Straßburg anläßlich des Weltflüchtlingsjahres einen Aufruf an alle Mitgliedstaaten, durch gemeinsame Anstrengungen das Los der Flüchtlinge in aller Welt zu erleichtern.

4.—9. Juli
Die Ministerstellvertreter prüfen auf ihrer Tagung in Straßburg die von der Beratenden Versammlung auf ihrer April-Tagung (vgl. EA 11/1959) abgegebenen Empfehlungen. Die Ministerstellvertreter nehmen das von der Beratenden Versammlung vorgeschlagene Programm zur Teilnahme am Weltflüchtlingsjahr an. Sie beschließen nach Prüfung des Berichtes des Sachverständigenausschusses auf dem Gebiete des öffentlichen Gesundheitswesens, die Aufmerksamkeit der Hohen Behörde der EGKS auf die Notwendigkeit zu lenken, für die Bevölkerung von Industriegebieten Schutzmaßnahmen gegenüber der immer stärker werdenden Verschmutzung der Atmosphäre durch Rauch- und Staubentwicklungen zu ergreifen. Sie beschließen ferner, die Arbeitsgruppe für das Studium der Probleme des europäischen Dienstrechts in einen Beratenden Ausschuß umzuwandeln, der eine koordinierende Funktion zwischen den einzelnen Organisationen ausüben soll.

7. Juli
Die Europäische Kommission für Menschenrechte beendet ihre 18. Sitzungsperiode in Straßburg. Die Kommission prüfte u. a. die Beschwerde der griechischen Regierung gegen Großbritannien wegen Verletzung der Menschenrechte auf Cypern. Im Einvernehmen mit den beiden beteiligten Regierungen stellt die Kommission das Verfahren ein, da mit dem Londoner Abkommen über den zukünftigen Status von Cypern vom 19. Februar 1959 (vgl. Zeittafel in EA 6/1959, Großbritannien) die Frage eine politische Lösung gefunden habe.

Nordatlantikpakt-Organisation

6. Juli
Der Ständige NATO-Rat in Paris kommt überein, daß kein Bedürfnis für ein Ministertreffen der NATO-Staaten vor dem Wiederzusammentritt der Genfer Außenministerkonferenz am 13. Juli bestehe, und lehnt damit eine entsprechende italienische und belgische Anfrage ab.

8. Juli
Die amerikanische Regierung teilt dem Ständigen NATO-Rat mit, sie werde in Kürze 200 in Frankreich stationierte Jagdbomber, die geeignet sind, Atombomben mit sich zu führen, nach Großbritannien und der Bundesrepublik verlegen.

22. Juli
Der britische Außenminister, Selwyn *Lloyd*, berichtet dem Ständigen NATO-Rat in Paris über den Stand der Genfer Außenministerkonferenz.

Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)

2. Juli
Der Rat der Organisation Amerikanischer Staaten erörtert eine Beschwerde der Dominikanischen Republik, in der Cuba und Venezuela beschuldigt werden, einen Bürgerkrieg in der Dominikanischen Republik anzustiften. Der Rat der OAS vertagt sich ohne Beschlußfassung. Am 10. Juli zieht die Dominikanische Republik ihre Beschuldigung zurück. Am 13. Juli billigt der Rat einstimmig eine von den Vereinigten Staaten, Brasilien, Chile und Peru eingebrachte Resolution, in der die Einberufung einer Außenministerkonferenz der einundzwanzig amerikanischen Staaten zur Untersuchung der Spannungen in Mittelamerika gefordert wird. Am 18. Juli beschließt der Rat die Einberufung der panamerikanischen Außenministerkonferenz nach Santiago.

Internationaler Bund Freier Gewerkschaften

3. Juli
In Berlin wird eine fünftägige Vorstandstagung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften beendet. In einer Resolution zur Algerienfrage wird die Freilassung der noch inhaftierten algerischen Gewerkschaftsführer sowie die volle Wiederherstellung aller Freiheiten in Algerien gefordert. In einer weiteren Resolution wird die Apartheid-Politik der südafrikanischen Regierung als eine flagrante Verletzung der Menschenrechte bezeichnet.

Sozialistische Internationale

13.—17. Juli
6. Kongreß der Sozialistischen Internationale in Hamburg. In einer am 17. Juli einstimmig angenommenen Entschließung wird die Hoffnung geäußert, daß bald eine Gipfelkonferenz den Kalten Krieg beenden möge. Die Internationale betont ihre Solidarität mit der Bevölkerung von Berlin und fordert, daß der freie Zugang nach Berlin und die Beziehungen zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik sowie der übrigen freien Welt nicht beschränkt werden dürften. Eine dauerhafte Lösung für Berlin könne es nur im Rahmen eines vereinigten demokratischen Deutschland und einem vom Rüstungswettkampf freien Europa geben. In der Frage eines Disengagements wird die unterschiedliche Haltung der verschiedenen Parteien erwähnt. Ferner werden in der Entschließung Verhandlungen zwischen den Staaten der EWG und den übrigen Mitgliedstaaten der OEEC gefordert zur Förderung einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die auf die wirtschaftliche, soziale und politische Zusammenarbeit mit den nichteuropäischen Ländern auf der Grundlage vollkommener Gleichberechtigung gerichtet sei. Der demokratische Sozialismus wird als der einzige Weg für die Entwicklungsländer bezeichnet, um Selbständigkeit, politische Freiheiten und einen höheren Lebensstandard zu erringen. In einer zweiten Entschließung wird die freie Durchfahrt durch den Suezkanal für die Schiffe aller Völker einschließlich Israels gefordert. In einer dritten Entschließung wendet sich die Internationale gegen einen Eintritt Spaniens in die europäischen Institutionen und westlichen Bündnisse und begrüßt das wachsende Verlangen des spanischen Volkes nach politischer Freiheit und Demokratie und verurteilt die brutalen Maßnahmen der Regierung, dieses Verlangen zu unterdrücken.

Zeittafel vom 1. bis zum 15. August 1959

Die Ereignisse in Europa

Belgien

6. August
Die Regierung fordert in einem Memorandum an alle NATO-Staaten eine Konsultation aller Mitglieder der atlantischen Gemeinschaft vor den Begegnungen des amerikanischen Präsidenten, Dwight D. *Eisenhower*, mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*. Eine Fühlungnahme nur mit Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland widerspreche dem Charakter des atlantischen Bündnisses. Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt ferner, es müsse klargestellt werden, daß die Unterredungen zwischen Eisenhower und Chruschtschow nur der beiderseitigen Erkundung dienten, daß aber alle Entscheidungen und Vereinbarungen vorher mit den NATO-Verbündeten erörtert würden. Der Sprecher erklärt, man hege kein Mißtrauen gegenüber den Vereinigten Staaten, doch sei es angebracht, an das Vorhandensein einer Allianz zu erinnern. Es dürfe in diesem Bündnis kein Direktorium von zwei, drei oder vier Staaten geben.

Bulgarien

8. August
In Beantwortung der griechischen Note vom 1. August (vgl. Griechenland) gibt die Regierung ihrer Hoffnung Ausdruck, die griechische Regierung werde ihre ablehnende Haltung zu dem bulgarischen Vorschlag eines bilateralen Nichtangriffspaktes revidieren.

Dänemark

4.—6. August
In Kopenhagen finden zwischen Vertretern der dänischen Regierung und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland Verhandlungen über Fragen der Wiedergutmachung für dänische Opfer nationalsozialistischer Verfolgung statt. Die Vertreter beider Regierungen paraphieren einen Vertrag, in dem sich die Bundesrepublik zur Zahlung eines Betrages von 16 Millionen Mark verpflichtet.

Deutschland

3. August
Bundeskanzler Konrad *Adenauer* spricht in einem Interview mit *UPI* die Hoffnung aus, daß der Besuch *Chruschtschows* in den Vereinigten Staaten diesen von der Macht der Vereinigten Staaten und ihrer Entschlossenheit, den Frieden und die Freiheit in der Welt zu erhalten, überzeugen werde.

Die Botschafter Belgiens, Frankreichs, Kanadas, der Niederlande, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten sowie der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes unterzeichnen in Bonn die auf die Stationierung verbündeter Truppen in der Bundesrepublik bezüglichen Zusatzvereinbarungen zum NATO-Truppenstatut. Die Zusatzvereinbarungen bestehen aus dem Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut sowie dem Unterzeichnungsprotokoll, dem Abkommen über die Aufhebung des Truppenvertrags, des Finanzvertrags und des Steuerabkommens, dem Abkommen über die Anmeldung von Manövern und anderen Uebungen und dem Verwaltungsabkommen über das Fernmeldewesen. In einem weiteren Abkommen wird das Manöverrecht der Stationierungsstreitkräfte im Raum Soltau-Lüneburg geordnet.

5. August
Der Außenminister der DDR, Lothar *Bolz*, lädt die Außenminister der Vier Mächte im Auftrag der Regierung der DDR zu einem Besuch in der DDR ein. In der Einladung heißt es, die Genfer Außenministerkonferenz habe gezeigt, wie sehr die Arbeit der Minister dadurch erschwert wurde, daß ein Teil von ihnen die Ver-

hältnisse in der DDR nicht aus eigener Anschauung kenne.

7. August
Der Außenpolitische Ausschuß des Bundestages nimmt auf einer Sondersitzung einen Bericht von Bundesaußenminister Heinrich *von Brentano* über die zweite Phase der Genfer Außenministerkonferenz entgegen. In der Aussprache erörtert der Ausschuß das Verhältnis der Bundesrepublik zu den kommunistischen Staaten Osteuropas sowie die Möglichkeit, Polen und der Tschechoslowakei zu gegebener Zeit schriftliche Vereinbarungen über einen Gewaltverzicht anzubieten.

8. August
In einer Erklärung der Regierung der DDR zum Abschluß der Genfer Außenministerkonferenz wird die Konferenz als Auftakt für eine Periode von Verhandlungen bezeichnet, die entscheidende Beschlüsse zur Beendigung des Kalten Krieges, „zur Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland" und zur Lösung internationaler Streitfragen bringen müsse. Die Teilnahme der DDR an der Genfer „Sechsmächtekonferenz" bedeute die de facto-Anerkennung der DDR durch die Westmächte. In der Erklärung werden die geplanten gegenseitigen Besuche zwischen dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow,* und dem amerikanischen Präsidenten, Dwight D. *Eisenhower,* begrüßt.

Frankreich

1. August
Der stellvertretende Ministerpräsident von Laos, *Sasorith,* erörtert in Paris mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld,* die Lage in Laos (vgl. Laos).

3. August
Der Botschafter der Vereinigten Staaten in Paris, Amory *Houghton,* erörtert mit Staatspräsident Charles *de Gaulle* in Colombey-les-Deux-Eglises die Einladung des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow,* in die Vereinigten Staaten. In einem am 4. August in Paris veröffentlichten Kommuniqué wird erklärt, der Botschafter habe dabei die Antwort de Gaulles auf eine am 2. August übermittelte persönliche Botschaft des amerikanischen Präsidenten entgegengenommen. In dem Kommuniqué wird weiter ausgeführt, Frankreich begrüße die jüngste internationale Entwicklung unter der Voraussetzung, daß dabei die internationalen Interessen der Verbündeten der Vereinigten Staaten respektiert würden.

Griechenland

1. August
Die Regierung lehnt in einer Note an Bulgarien das von Bulgarien am 22. Juli gemachte Angebot ab, einen auf zwanzig Jahre befristeten Nichtangriffspakt abzuschließen.

Großbritannien

3. August
Premierminister Harold *Macmillan* begrüßt in einer offiziellen Erklärung die gegenseitigen Besuche des amerikanischen Präsidenten, Dwight D. *Eisenhower,* und des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow.* Macmillan erklärt, er sei seit jeher der Ueberzeugung gewesen, daß die internationale Spannung zwischen Ost und West in einem großen Ausmaß durch persönliche Gespräche gelöst werden könne. Er erinnert an seine Besprechungen mit Chruschtschow zu Anfang dieses Jahres. Er habe diese äußerst nützlich gefunden und sei überzeugt, daß diese Besuche, wenn der Zeitpunkt für eine Gipfelkonferenz gekommen sei, zu einem ertragreichen und aufbauenden Treffen der Regierungschefs führen werden. Macmillan hebt den Unterschied zwischen der gegenwärtigen politischen Situation und der im November 1958 hervor und erklärt, an die Stelle der Drohworte und Ultimaten sei die versöhnlichere Sprache persönlicher Besuche und Verhandlungen getreten. Macmillan begrüßt auch die Bereitschaft Eisenhowers, Europa zu besuchen und mit den Regierungschefs der Westmächte die politische Lage zu erörtern.

Norwegen

7. August
In Oslo wird ein Abkommen zwischen der norwegischen Regierung und der Regierung

der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet, das eine Zahlung von 60 Millionen DM an von nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen betroffene Norweger vorsieht.

Polen

2.—4. August
Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten, Richard M. *Nixon*. Am 3. August hat Nixon ein Gespräch mit dem Ersten Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Wladyslaw *Gomulka*, mit Ministerpräsident Jozef *Cyrankiewicz* und Außenminister Adam *Rapacki*. In einem zum Abschluß der Besprechungen von der polnischen Regierung herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, es habe ein offener und konstruktiver Gedankenaustausch über die Beziehungen zwischen Polen und den Vereinigten Staaten sowie über die internationale Lage stattgefunden. Auf einem Empfang für Nixon in Warschau am 4. August bezeichnet der Präsident des Staatsrates, Aleksander *Zawadski*, die Leiden des polnischen Volkes im vergangenen Krieg als einen Grund, der Polen zu erhöhter Wachsamkeit zwinge. Polen habe das Recht und die Pflicht, seine warnende Stimme gegen die Kräfte des Militarismus und der Revanche zu erheben, die in der Bundesrepublik Deutschland auflebten und einen wachsenden Einfluß ausübten. Zawadski hebt hervor, daß es für Polen nur den sozialistischen Weg gebe, weil nur dieser Weg die Freiheit und Unabhängigkeit Polens, die Freundschaft mit der Sowjetunion und mit den übrigen benachbarten Staaten sowie die Unverletzlichkeit seiner Grenzen garantiere. *Nixon* erklärt, trotz Meinungsveschiedenheiten in der Einschätzung internationaler Fragen und der Art ihrer Lösung sowie über die Verschiedenheit der gesellschaftlichen und politischen Systeme stimmten beide Länder darin überein, daß das, was Polen erlitten habe, niemals wieder geschehen dürfe, weder in Polen noch in irgendeinem Land der Welt.

4. August
Ministerpräsident Jozef *Cyrankiewicz* erklärt gegenüber einem Vertreter der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, ein Nichtangriffspakt zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland würde diplomatische Beziehungen voraussetzen und sei als isolierter Vertrag zwischen den beiden Partnern schwer denkbar. Ein solcher Vertrag müßte in ein europäisches Sicherheitssystem eingebaut oder mit gleichzeitigen Nichtangriffsverträgen zwischen der Bundesrepublik und anderen interessierten Staaten verbunden werden. Wenn die Bundesrepublik ihre Versicherung ernst meine, die Grenzfrage niemals mit Gewalt zu lösen, dann könne sie auch die Grenze anerkennen, denn ohne Gewalt könne man diese nicht ändern. Zugleich bemerkt Cyrankiewicz, daß die Bundesrepublik und Polen gar keine gemeinsame Grenze hätten. Abschließend erklärt Cyrankiewicz, die Bundesrepublik hätte viele Möglichkeiten, ihre Beziehungen zu Polen zu verbessern. Sie mache aber nicht von diesen Möglichkeiten Gebrauch und würde am liebsten alle Entspannungsmöglichkeiten einfrieren lassen.

Portugal

6. August
Zur Förderung der industriellen und landwirtschaftlichen Entwicklung wird eine Entwicklungsbank mit einem Kapital von 1 Milliarde Escudos gegründet.

Schweiz

2. August
Der britische Außenminister, Selwyn *Lloyd*, erörtert in Genf mit dem sowjetischen Außenminister, Andrej *Gromyko*, die Lage in Laos (vgl. Laos). Am 4. August beschäftigen sich die Außenminister der Westmächte mit der Situation in Laos.

5. August
Beendigung der Außenministerkonferenz der Vier Mächte in Genf (vgl. den Bericht in EA 15—16/1959, S. 521—530).

Sowjetunion

2. August
Der amerikanische Vizepräsident, Richard M. *Nixon*, beendet einen zehntägigen Besuch in der Sowjetunion (vgl. Zeittafel in EA 15—16/1959). Am 1. August unterstrich Nixon in einer Rundfunk- und Fern-

sehrede den gemeinsamen Friedenswunsch des amerikanischen und des sowjetischen Volkes. Dieser Friede könne nur ein gerechter, auf der Anerkennung der Stärke der beiden Partner und der gegenseitigen Achtung beruhender Friede sein und nicht eine Kapitulation oder ein Diktat von der einen oder der anderen Seite. Die einzige Möglichkeit, die schwere Rüstungslast von den Schultern der Völkern zu nehmen, sei die Beseitigung der Furcht und des Argwohns. Dies könne jedoch nur durch gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen erreicht werden. Nixon legte erneut den Standpunkt der Vereinigten Staaten in der Frage der ausländischen Stützpunkte, der Einstellung der Atombombenversuche und zur Abrüstung dar. Wenn in diesen Fragen einige grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion bestünden, so sei die Tatsache, daß sie in der Vergangenheit nur geringe Fortschritte erzielt hätten, der stärkste Grund für eine Verdoppelung ihrer Bemühungen, ein besseres Verständnis zwischen ihren beiden Staaten zu schaffen. Als Vorschläge, die zum gegenseitigen Verständnis beitragen könnten, nannte Nixon eine Ausweitung des Reise- und Kulturaustausch-Programmes sowie häufigere offizielle Besuche und einen freieren Informationsaustausch. Nixon bezeichnete die Idee der Koexistenz als unzureichend und erklärte, man brauche heute nicht zwei Welten, sondern eine einzige Welt, in der die verschiedenen Völker sich in Freiheit die ihnen entsprechenden politischen und wirtschaftlichen Systeme wählen. Auf einer Pressekonferenz am 2. August erklärte Nixon, er habe mit Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* eine Reihe von umstrittenen Fragen erörtert. Nixon befürwortete eine Einladung Chruschtschows in die Vereinigten Staaten, erklärte jedoch, die Entscheidung darüber bliebe Präsident *Eisenhower* vorbehalten. Eine solche Reise würde Chruschtschow die Möglichkeit geben, sich aus erster Hand über die amerikanische Politik und die Haltung des amerikanischen Volkes zu unterrichten.

4. August
Radio Moskau weist die amerikanische Behauptung einer Einmischung Nordvietnams in Laos zurück (vgl. Vereinigte Staaten). Wenn es überhaupt eine ausländische Einmischung in Laos gebe, dann komme sie von den Vereinigten Staaten. Durch die Kämpfe sei eine äußerst schwierige Lage entstanden, die den unverzüglichen Zusammentritt der Waffenstillstandskommission notwendig mache. Radio Moskau beschuldigt die Vereinigten Staaten, sie hätter schon seit langem versucht, Laos zur Aufgabe seiner Neutralität zu zwingen.

5. August
Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* gibt auf einer Pressekonferenz in Moskau eine Erklärung zu seiner geplanten Reise in die Vereinigten Staaten (vgl. Vereinigte Staaten). Chruschtschow erklärt, er werde mit dem amerikanischen Präsidenten, Dwight D. *Eisenhower*, offizielle Gespräche, aber keine Verhandlungen führen. Wichtig sei, eine gemeinsame Sprache und ein gemeinsames Verständnis für die Fragen zu finden, die sie zu lösen hätten. Was die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten angehe, so hätten beide Länder keine territorialen Streitigkeiten oder unlösbaren Gegensätze. Es gebe keine Fragen, die einer künftigen Atmosphäre des Vertrauens und des gegenseitigen Verständnisses im Wege stünden. Chruschtschow erklärt, er sehe in der Begegnung mit Eisenhower keinen Ersatz für eine Gipfelkonferenz, er hoffe jedoch, daß diese Begegnung die Chance einer Gipfelkonferenz verbessern werde. Es sei keine feste Tagesordnung mit Präsident Eisenhower vereinbart worden; sie würden alle Fragen erörtern, die mit einem „Schmelzen des Eises" in Zusammenhang stehen. Im Mittelpunkt ihrer Gespräche werde wohl das Deutschland-Problem stehen. Chruschtschow betont, es sei notwendig, die Ueberreste des Zweiten Weltkrieges zu beseitigen und einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen. Die Berlin-Frage sei nur eine Folgeerscheinung des Deutschland-Problems. Chruschtschow versichert, nach seiner Ueberzeugung könne keine Aenderung des Status von Berlin eintreten, solange Verhandlungen im Gange seien.

Tschechoslowakei

6. August
Der sowjetische Außenminister, Andrej A. *Gromyko*, unterbricht seine Rückreise von Genf und hat in Prag eine Unterredung mit Ministerpräsident Viliam *Široky* und dem Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei, Jiři *Hendrych*, sowie den stellvertretenden Außenministern Antonin *Gregor* und Jiři *Hajek*.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Guinea

6. August
Die Regierung beschließt die Anerkennung der algerischen Exilregierung und den Austausch von Botschaftern mit dieser.

Liberia

4.—8. August
In Monrovia findet eine Konferenz der unabhängigen afrikanischen Staaten Äthiopien, Ghana, Guinea, Liberia, Libyen, Marokko, Sudan, Tunesien und Vereinigte Arabische Republik statt. In seiner Eröffnungsansprache erklärt der liberische Staatspräsident, William V. S. *Tubmann*, das Hauptziel der Konferenz sei, zu einer Befriedung der Lage in Algerien beizutragen und beide Seiten zu Verhandlungen zu bewegen. Es müsse angestrebt werden, daß Franzosen und Algerier ihre extremen Forderungen mildern. Am 6. August erkennt die Konferenz die Delegation der algerischen Exilregierung als Vollmitglied an. In einer zum Abschluß der Tagung gefaßten Resolution verurteilen die Konferenzteilnehmer alle Formen von Rassentrennung und rassischer Diskriminierung. In einer weiteren Resolution wird die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und des Rechtes auf nationale Unabhängigkeit gefordert. Die Konferenz fordert Frankreich auf, das Recht der algerischen Bevölkerung auf Unabhängigkeit anzuerkennen, seine Truppen abzuziehen und Verhandlungen mit der algerischen Exilregierung auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu beginnen. Die Regierungen der Mitgliedstaaten der NATO werden ersucht, sich dafür einzusetzen, daß keine Waffen der NATO in Algerien verwendet werden. Die Konferenzteilnehmer wenden sich ferner gegen eine Verwendung der Sahara als Versuchsgelände für Kernwaffen.

Marokko

12. August
Die Regierung protestiert in einer offiziellen Erklärung gegen die in der Sahara geplanten französischen Kernwaffenversuche. Sie werde mit Hilfe der zuständigen internationalen Organisationen geeignete Schritte unternehmen, um die Weltöffentlichkeit auf die mit den Experimenten verbundenen Gefahren hinzuweisen.

AMERIKA

Kuba

7. August
Auf Kuba kommt es erneut zu Unruhen. Am 13. August gibt Ministerpräsident Fidel *Castro* die Niederschlagung einer „Gegenrevolution" bekannt. Am 15. August bezeichnet Castro die Unruhen als Teil eines planmäßig gegen die kubanische Regierung gerichteten Komplotts, das seinen Ausgang von der Dominikanischen Republik nehme. Er beschuldigt die Vereinigten Staaten, die Verschwörer zu unterstützen.

Vereinigte Staaten

1. August
Das Außenministerium beschuldigt in einer offiziellen Erklärung die Volksrepublik China und Nord-Vietnam der Unruhestiftung in Südostasien. In der Erklärung werden die Unruhen in Laos als ein von kommunistischen Kräften außerhalb des Landes unterstützter Versuch bezeichnet, eine Krise zu erzeugen.

3. August
In Washington und Moskau wird gleichzeitig bekanntgegeben, daß Präsident Dwight D. *Eisenhower* den sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, zu einem Besuch der Vereinigten Staaten im September eingeladen habe und daß Eisenhower im Spätherbst dieses

Jahres der Sowjetunion einen Gegenbesuch abstatten werde. Präsident Eisenhower erklärt dazu in einer Pressekonferenz, daß er bei den informellen Besprechungen mit Chruschtschow nicht als Sprecher der Westmächte auftreten werde. Die Verbündeten hätten jedoch den Austausch der Besuche gutgeheißen. Ende des Monats werde er nach Europa reisen, um mit den Regierungschefs der westlichen Verbündeten zu konferieren. Eisenhower unterstreicht, daß die bevorstehenden Gespräche in keinem Zusammenhang mit einer eventuellen späteren Gipfelkonferenz stünden. Eisenhower erklärt, seinem Entschluß sei ein Briefwechsel zwischen ihm und Ministerpräsident Chruschtschow vorausgegangen. Die Regierung habe die Argumente für und wider einen solchen Besuch gründlich erörtert und sei zu dem Schluß gekommen, daß ein Besuch Chruschtschows in den Vereinigten Staaten und ein Besuch seinerseits in der Sowjetunion einen Versuch bedeute, das Eis zu schmelzen.

5. August
Vizepräsident Richard M. *Nixon* berichtet Präsident Dwight D. *Eisenhower* über seine Reise nach der Sowjetunion und seine Unterredungen mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*. Er überbringt Eisenhower ein persönliches Schreiben Chruschtschows.

6. August
Außenminister Christian A. *Herter* macht bei seiner Rückkehr von der Genfer Außenministerkonferenz auf dem Flughafen in Washington die Sowjetunion dafür verantwortlich, daß es nicht gelungen sei, auf der Konferenz ein Uebereinkommen zu erzielen. Doch hätten die langen, wenn auch unproduktiven Verhandlungen dazu beigetragen, die Berlin-Krise abzuschwächen. Auch hätten die Verhandlungen in einigen Punkten eine Annäherung der Standpunkte gebracht.

8. August
Vize-Admiral Hyman G. *Rickover* erklärt in Washington, sein Besuch in der Sowjetunion und in Polen habe ihn davon überzeugt, daß sich der wirkliche Wettlauf zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion auf dem Gebiete der Erziehung abspielen werde. Rickover kritisiert das amerikanische Schulsystem, das zuviel Nebensächlichkeiten lehre, und erklärt, das europäische und das sowjetische Schulsystem seien dem amerikanischen in der Heranbildung fähiger Wissenschaftler überlegen.

11. August
In einer Erklärung des Außenministeriums wird die Vermutung ausgesprochen, daß es sich bei den Kämpfen kommunistischer Rebelleneinheiten in Laos um einen Teil eines von der Sowjetunion gesteuerten Planes handele, neue Spannungen in Südostasien hervorzurufen. In der Erklärung wird ferner die Möglichkeit erörtert, daß es sich bei den Unruhen in Laos um das Vorspiel zu einer neuen Offensive in Südostasien handele.

Das Außenministerium teilt mit, zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten sowie dem Generalsekretär der Vereinten Nationen seien Konsultationen über die Art und Weise einer Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen entsprechend dem Kommuniqué der Genfer Außenministerkonferenz im Gange. In der Erklärung wird betont, jedes Verfahren, auf das man sich für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen einigen könne, müsse die Verantwortlichkeiten der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet voll berücksichtigen.

12. August
Präsident Dwight D. *Eisenhower* erklärt auf einer Pressekonferenz in Gettysburg, er werde bei seinem Zusammentreffen mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, alle Fragen anschneiden, die einer Beendigung des Kalten Krieges im Wege stehen. Er hoffe, daß seine Zusammenkunft mit Chruschtschow zur Entspannung beitragen könne. Seine Teilnahme an einer Gipfelkonferenz hänge jedoch weiter davon ab, ob in der Lösung der Hauptfragen des Kalten Krieges wirkliche Fortschritte erzielt werden können. Eisenhower erklärt ferner, er werde es begrüßen, wenn sich Chruschtschow ein möglichst umfassendes Bild von der Lebensweise des amerika-

nischen Volkes und von seiner Verteidigungsbereitschaft mache.

ASIEN

Volksrepublik China

12. August
In einer Erklärung des Außenministeriums zur Lage in Laos wird ausgeführt, die Volksrepublik China sehe in der amerikanischen Aktivität in Laos eine Bedrohung ihrer eigenen Sicherheit. In der Erklärung wird die Zurückziehung aller amerikanischen Militärberater und des gesamten Kriegsmaterials aus Laos sowie die Abschaffung aller amerikanischen Militärstützpunkte gefordert. Ferner wird die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Internationalen Waffenstillstandskommission gefordert.

Indien

7. August
Ministerpräsident Jawaharlal *Nehru* bezeichnet auf einer Pressekonferenz in Neu-Delhi die Situation in Laos als ernst und fordert, die Internationale Waffenstillstandskommission wieder ins Leben zu rufen. Es müsse jetzt grundsätzlich entschieden werden, ob man nach wie vor zu den in Genf getroffenen Vereinbarungen stehe oder ob man eine neue Methode zur Lösung des Konfliktes suchen wolle. Nach seiner Ansicht böten die Genfer Vereinbarungen die beste Möglichkeit, eine Zuspitzung der Lage zu vermeiden. Selbstverständlich müsse die Meinung der laotischen Regierung berücksichtigt werden. Er habe nicht die Absicht, sich in die inneren Angelegenheiten anderer souveräner Staaten einzumischen.

13. August
Zwischen den Rotkreuz-Gesellschaften Japans und Nordkoreas wird in Kalkutta ein Abkommen über die Rückkehr in Japan lebender Koreaner nach Nordkorea unterzeichnet.

Iran

4. August
Der ehemalige iranische Botschafter in Japan, Abbas *Aram,* wird zum neuen Außenminister als Nachfolger von Djalal *Abdoh* ernannt.

Japan

13. August
Zwischen den Rotkreuz-Gesellschaften Japans und Nordkoreas wird in Kalkutta ein Repatriierungsabkommen unterzeichnet (vgl. Indien).

Laos

2. August
Die Ende Juli zwischen Regierungstruppen und kommunistischen Aufständischen im nördlichen Teil des Landes ausgebrochenen Kämpfe breiten sich aus. Am 2. August läßt die Regierung die Führer der linksgerichteten Neo-Lao-Haksat-Partei, die die prokommunistische Pathet-Lao-Bewegung unterstützen, verhaften. Am 4. August wird in sechs Provinzen der Notstand ausgerufen. Die Regierung ersucht den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld,* in einer Botschaft, die Mitglieder der Vereinten Nationen von der ernsten Lage in Laos zu unterrichten. In der Botschaft wird Nord-Vietnam der Aufhetzung und der Unterstützung der Rebellen beschuldigt. Die Regierung lehnt jedoch einen Wiederzusammentritt der Internationalen Waffenstillstandskommission mit der Begründung ab, die laotische Regierung habe alle Bedingungen des Waffenstillstandsabkommens erfüllt. Am 10. August bittet die Regierung die indische Regierung um die Entsendung von Beobachtern.

Vietnam (Nord)

5. August
In einer Erklärung des Außenministeriums wird die Beschuldigung der Unruhestiftung in Laos (vgl. Laos und Vereinigte Staaten) zurückgewiesen, und die „amerikanischen Imperialisten und ihre Anhänger in Laos" werden für die Unruhen verantwortlich gemacht. Am 10. August warnt die Regierung vor einer bewaffneten ausländischen Intervention in Laos und erklärt, in einem solchen Falle werde sie nicht untätig bleiben. Am 11. August macht die Regierung in Noten an Großbritannien, Indien und die Sowjetunion diese auf die ernste Lage in Laos aufmerksam und fordert diese Staaten auf, unverzüglich die notwendigen Maßnahmen für eine Wiederaufnahme der

Tätigkeit der Internationalen Waffenstillstandskommission zu ergreifen.

Vietnam (Süd)

3.—5. August
Besuch des Ministerpräsidenten von Kambodscha, Prinz Norodom *Sihanuk*. Vor seiner Abreise erklärt Sihanuk, er habe mit Ministerpräsident *Ngo Dinh Diem* Gespräche über die Verbesserung der Beziehungen zwischen Kambodscha und Vietnam geführt. Während dieser Gespräche seien Verhandlungen über Finanzprobleme und der Abschluß eines Handelsabkommens beschlossen worden. Auch habe man Maßnahmen für eine größere Sicherheit der Grenzen beider Länder vereinbart.

Internationale Organisationen

Organisation der Vereinten Nationen

13. August
Generalsekretär Dag *Hammarskjöld* erklärt auf einer Pressekonferenz in New York, die Vereinten Nationen beabsichtigten nicht, eine Kommission nach Laos zu senden, um die dortigen Unruhen zu untersuchen. Die Initiative zur Entsendung einer solchen Kommission müsse von dem betreffenden Staat selbst ausgehen. Bisher habe die laotische Regierung aber keinen derartigen Antrag bei den Vereinten Nationen gestellt. Zu der Wiederaufnahme der Abrüstungsgespräche erklärt Hammarskjöld, Gespräche der Großmächte außerhalb der Vereinten Nationen könnten sehr nützlich sein, wenn sie mit der Weltorganisation koordiniert würden und in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen stünden. Die letzte Verantwortung für die Erhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit liege jedoch bei den Vereinten Nationen.

Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC)

10. August
Das am 20. Dezember 1957 unterzeichnete Abkommen über die Schaffung einer Sicherheitskontrolle auf dem Gebiete der Kernenergie (vgl. Zeittafel in EA 2/1958) tritt in Kraft.

Nordatlantikpakt-Organisation (NATO)

5. August
Der Ständige NATO-Rat erörtert in Paris das Ergebnis der Genfer Außenministerkonferenz. Die Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten billigen ohne Abgabe einer formellen Stellungnahme die Haltung der westlichen Außenminister in Genf.

Jüdischer Weltkongreß

2.—11. August
Tagung des Jüdischen Weltkongresses in Stockholm. Zum Präsidenten des Kongresses wird Nahum *Goldmann* wiedergewählt. Der Kongreß billigt eine Resolution zur Lage des Judentums in Deutschland und Oesterreich, in der das Auftreten von antisemitischen und nationalsozialistischen Tendenzen bedauert und der Wunsch ausgesprochen wird, daß die Bundesrepublik wirksame Schritte gegen solche Tendenzen unternehme. In einer weiteren Resolution wird der Regierung der DDR vorgeworfen, sie habe es bisher unterlassen, Schadenersatz an die Opfer des Nationalsozialismus zu zahlen, während ehemalige Nationalsozialisten heute wieder wichtige Posten im politischen Leben der DDR einnähmen. Der Kongreß gibt ferner seiner Beunruhigung über die Lage der Juden in der Sowjetunion Ausdruck.

Zeittafel vom 16. bis zum 31. August 1959

Die Ereignisse in Europa

Dänemark

24. August
Der Vertrag zwischen Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland über Leistungen zugunsten der dänischen Opfer des Nationalsozialismus (vgl. Zeittafel in EA 17/1959) wird in Kopenhagen unterzeichnet.

Deutschland

21. August
In einer Erklärung des Außenministeriums der DDR wird betont, die DDR stehe fest an der Seite Vietnams, der Volksrepublik China und aller Kräfte, die gegen die „imperialistische Aggressionspolitik der Vereinigten Staaten und die Provokationen ihrer Handlanger in Laos" einträten.

Die Regierung der DDR protestiert in einer Note an die Bundesregierung gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen und die Ueberlassung von Informationen über die „Anwendung der Kernenergie für militärische Zwecke" durch die Vereinigten Staaten. Das Auswärtige Amt lehnt die Annahme der Note ab. In einer ähnlichen Note an die Vereinigten Staaten richtet die DDR an diese den dringenden Appell, von allen Maßnahmen abzusehen, die die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik unterstützen.

26. August
Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy *Brandt,* begrüßt den amerikanischen Präsidenten, Dwight D. *Eisenhower,* anläßlich seines Besuchs in der Bundesrepublik im Namen der Bevölkerung Berlins in einem Telegramm, in dem er erklärt, die feste Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten in den letzten Monaten habe wesentlich dazu beigetragen, die Stadt Berlin vor großem Unglück zu bewahren. Brandt spricht die Ueberzeugung aus, daß Eisenhower bei den kommenden internationalen Verhandlungen die Freiheit Berlins und seiner Bevölkerung weiter sichern und damit dem Frieden der Welt am besten dienen werde. Am 28. August spricht Eisenhower von London aus in einem Antwortschreiben der Bevölkerung Berlins die Bewunderung des amerikanischen Volkes für ihre ruhige und entschlossene Haltung aus. Er hoffe, daß die geplanten internationalen Besprechungen eine Beendigung der gegenwärtigen Periode der Spannung wegen Berlin ermöglichen werden.

26.—27. August
Besuch des amerikanischen Präsidenten, Dwight D. *Eisenhower.* Am 27. August wird Eisenhower von Bundespräsident *Heuss* empfangen und führt mit Bundeskanzler Konrad *Adenauer* in Bonn ein längeres Gespräch über die weltpolitische Lage. In einer Pressekonferenz erklärt Eisenhower, er habe bisher keine Anzeichen dafür feststellen können, daß seine geplanten Gespräche mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow,* die Einigkeit der westlichen Allianz schwächen könnten. Der Bundeskanzler teile seine Hoffnung, daß der geplante Austausch von Besuchen zu einer Verbesserung der Atmosphäre beitragen könne. Eisenhower erklärt, er habe mit Adenauer keinen neuen Berlin-Vorschlag diskutiert. Auf eine Frage zu den deutsch-polnischen Beziehungen erklärt Eisenhower, daß es dabei um eine besondere deutsche Aufgabe gehe und daß hier ein Tätigkeitsfeld der deutschen Politik liege, über das er nichts zu sagen berechtigt sei. Man dürfe die bevorstehenden Besprechungen mit Chruschtschow nicht noch mehr komplizieren, indem man Fragen wie die der Oder-Neiße-Linie aufwerfe, die nur zu einem Abgleiten in Detail-

fragen führen würden. Der Versuch müsse dahin gehen, die Atmosphäre zu verbessern. In einem zum Abschluß der Besprechungen Eisenhowers in Bonn herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, der Präsident und der Bundeskanzler hätten Abrüstungsfragen, die Berlin-Frage und die Wiedervereinigung Deutschlands, die Politik der europäischen Einigung und die Fortführung der beiderseitigen Zusammenarbeit innerhalb des atlantischen Bündnisses erörtert. Sie hätten eingehend die Ergebnisse der Genfer Außenministerkonferenz und die Haltung des Westens gegenüber der Sowjetunion besprochen. Eisenhower und Adenauer seien sich darüber einig gewesen, daß kollektive Verteidigungspakte, die im Einklang mit Art. 51 der Satzung der Vereinten Nationen stünden, der Erhaltung des Weltfriedens dienen. Die Zusammenarbeit beider Länder innerhalb des atlantischen Bündnisses werde daher auch künftig einer der Eckpfeiler ihrer Außenpolitik sein. Präsident Eisenhower und Bundeskanzler Adenauer bekräftigen ihren festen Willen, für das Problem der verhängnisvollen Teilung Deutschlands eine gerechte Lösung in Frieden anzustreben, die den Wünschen des deutschen Volkes entspricht und Frieden und Sicherheit in Europa gewährleistet. In diesem Zusammenhang habe Eisenhower erneut auf das Versprechen der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten verwiesen, die Freiheit und Wohlfahrt der Berliner Bevölkerung zu schützen.

28. August

Bundeskanzler Konrad *Adenauer* beantwortet das persönliche Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten. Nikita S. *Chruschtschow*, vom 18. August (vgl. Sowjetunion). Er bezeichnet als die wahrhaft entscheidende und zukunftsbestimmende Frage die bis zum äußersten fortgetriebene Bewaffnung mit konventionellen und nuklearen Waffen. Wer dabei das stärkste Waffenpotential habe, spiele erst in zweiter Linie eine Rolle; ein globaler Krieg werde keinen Sieger kennen. Adenauer regt eine Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen an. Erst ein allgemeines Abrüstungsabkommen könne die Atmosphäre der Spannung vermindern. Er spricht die Hoffnung für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion aus und erklärt, ideologische Unterschiede sollten kein Hindernis, insbesondere für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit, sein.

28.—30. August

Besuch des australischen Außenministers, Richard G. *Casey*. Er erörtert am 29. August in Bonn mit Bundesaußenminister Heinrich *von Brentano* und Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* aktuelle politische Fragen und besucht am 30. August Berlin.

31. August

Bundeskanzler Konrad *Adenauer* erklärt in einer Rundfunkrede zum 20. Jahrestag des Kriegsausbruches am 1. September, es sei die Aufgabe aller Menschen, gleich welchen Glaubens und welcher politischen Auffassung, den Zustand der Friedlosigkeit und der bewaffneten Angst zu beenden. Adenauer gedenkt des polnischen Volkes, das in besonderem Maße unter den kriegerischen Ereignissen in Europa gelitten habe. Er gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß Deutschland einmal ein guter Nachbar Polens sein werde.

Frankreich

16. August

Premierminister Michel *Debré* fordert in einer Rede in Ile Bouchard die Verbündeten Frankreichs zur Unterstützung der französischen Algerienpolitik auf. Debré erklärt, Frankreich habe das Recht, von seinen Verbündeten die vollste Unterstützung für eine Sache zu verlangen, die weit über das Interesse eines einzigen Volkes oder einer einzigen Generation hinausgehe. Nur Frankreich könne den gewalttätigen Gegnern einer wirklichen Integration entgegentreten und Algerien den wirtschaftlichen Fortschritt und die Demokratie bringen. Debré bezeichnet die nationale Erneuerung der französischen Politik als eine Reaktion auf die Bündnisse, die Frankreich durch seine Schwäche dem Willen ausländischer Staaten unterworfen hätten. Ein Land wie Frankreich müsse in der Lage sein, dafür zu sorgen, daß es gehört und verstanden werde, um zu ver-

hüten, daß es durch Uebereinkünfte der Weltmächte zermalmt werde.

Der sowjetische Botschafter, Sergei A. *Winogradow*, sucht Staatspräsident Charles *de Gaulle* in Colombey-les-deux-Eglises auf und überreicht ihm ein persönliches Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, sowie ein Memorandum der sowjetischen Regierung.

Griechenland

16. August
Der Führer der ehemaligen griechischen Untergrundbewegung EOKA auf Cypern, George *Grivas*, fordert in einer Rede in Jannina „ein neues mächtiges Griechenland, das alle versklavten Gebiete einschließlich des nördlichen Epirus und Cyperns umfaßt". Grivas erklärt, er bedauere, daß Cypern heute zwei Führer statt einem habe. Wenn der Ruf an ihn ergehe, so sei er bereit, die Verantwortung zu übernehmen, jedoch nur auf gesetzmäßige Weise.

22.—26. August
Besuch des deutschen Bundeswirtschaftsministers, Ludwig *Erhard*. Am 24. August erörtert Erhard in Athen mit Koordinationsminister Aristides *Protopapadakis* Fragen der Assoziierung Griechenlands mit dem Gemeinsamen Markt sowie eine Verstärkung der deutsch-griechischen Handelsbeziehungen. Anläßlich eines Essens erörtert Erhard mit Ministerpräsident Konstantin *Karamanlis* aktuelle politische Fragen.

Großbritannien

16. August
Der Premierminister von Ghana, Kwame *Nkrumah*, beendet einen sechstägigen Besuch in Großbritannien, in dessen Verlauf er mit Premierminister Harold *Macmillan* die Beziehungen zwischen Ghana und Großbritannien erörterte.

27. August
Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt, Großbritannien werde seine Kernwaffenversuche nicht wieder aufnehmen, solange mit der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten nützliche Gespräche über eine Einstellung der Kernwaffenversuche im Gange seien.

Der amerikanische Präsident, Dwight D. *Eisenhower*, trifft zu einem fünftägigen Besuch in Großbritannien ein. Am 28. und 29. August ist Eisenhower Gast der königlichen Familie auf Schloß Balmoral, während der amerikanische Außenminister, Christian A. *Herter*, und Außenminister Selwyn *Lloyd* in London aktuelle politische Fragen erörtern. Am 29. und 30. August führen Eisenhower und Premierminister Harold *Macmillan* in Chequers vertrauliche Besprechungen. Nach Mitteilung eines amtlichen Sprechers wurde in allen wichtigen weltpolitischen Fragen breite Uebereinkunft erzielt. Die Regierungschefs hätten das Berlin-Problem, die Ergebnisse der Genfer Außenministerkonferenz, die Lage in Algerien, die Situation in Laos, Fragen der allgemeinen Abrüstung und Möglichkeiten zur Stärkung der NATO erörtert. Am 31. August bekräftigen Eisenhower und Macmillan in einem gemeinsamen Fernsehgespräch die Grundsätze ihrer Politik. Als größte vor ihnen liegende Aufgabe bezeichnen sie die Erhaltung von Frieden und Gerechtigkeit. Eisenhower bekräftigt erneut die Entschlossenheit des Westens, die Freiheit West-Berlins zu verteidigen. So sehr die Völker auch nach Frieden verlangten und so furchtbar auch der Gedanke an den Krieg sei, so dürfe es doch keine Preisgabe von Prinzipien geben. Eisenhower und Macmillan unterstreichen die Bedeutung und den Wert persönlicher Kontakte zwischen den Staatsmännern und den Völkern der Welt. Macmillan gibt in diesem Zusammenhang seinem Wunsch nach einer Gipfelkonferenz Ausdruck.

31. August
Der amerikanische Präsident, Dwight D. *Eisenhower*, empfängt während seines Besuchs in London den spanischen Außenminister, Fernando Maria *Castiella y Maiz*. Castiella überbringt Eisenhower ein Schreiben von Generalissimus Francisco *Franco*. In einer nach dem Besuch herausgegebenen Erklärung wird ausgeführt, Castiella habe dem Präsidenten das völlige Vertrauen des spanischen Staatschefs in den

Erfolg seiner Europa-Mission zur Festigung des Friedens ausgesprochen. Eisenhower habe für die Zusammenarbeit bei der Errichtung der amerikanischen Stützpunkte in Spanien gedankt.

Italien

22. August
Der deutsche Bundeskanzler, Konrad *Adenauer*, und Ministerpräsident Antonio *Segni* erörtern in dem Urlaubsort Adenauers, Cadenabbia, aktuelle politische Probleme. Ein Sprecher der Bundesregierung erklärt, das Gespräch habe in freundschaftlichem Geiste stattgefunden. Adenauer und Segni seien sich einig, daß eine verstärkte europäische Zusammenarbeit notwendig sei. Beide Gesprächspartner hätten sich für eine geschlossene Haltung aller NATO-Mitgliedstaaten sowie für die Gleichberechtigung aller Partner in der NATO ausgesprochen und hätten ihre Meinungen im Hinblick auf den bevorstehenden Besuch des amerikanischen Präsidenten, Dwight D. Eisenhower, abgestimmt.

Jugoslawien

23. August
Der Kaiser von Aethiopien, *Haile Selassie I.*, beendet einen zehntägigen Staatsbesuch. Am 16. und am 22. August erörterte er mit Marschall *Tito* in Brioni aktuelle Fragen. In einem zum Abschluß der Besprechungen herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, beide Staatsmänner seien übereingekommen, die Beziehungen zwischen beiden Ländern, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, zu verstärken.

Schweiz

26. August
Die Genfer Konferenz über die kontrollierte Einstellung der Kernwaffenversuche vertagt sich bis zum 12. Oktober.

Sowjetunion

16. August
Die Regierung läßt den Regierungen Frankreichs und Großbritanniens Memoranden überreichen, deren Inhalt nicht bekanntgegeben wird.

17. August
In einer Erklärung des Außenministeriums wird die Regierung von Laos der Verletzung des Genfer Waffenstillstandsabkommens beschuldigt. Die laotische Regierung habe in Verträgen mit den Vereinigten Staaten die Anwesenheit amerikanischer Truppen gebilligt und amerikanischen Militärs die Kontrolle über die laotische Armee übertragen. Durch militärische Vorbereitungen, einschließlich dem Bau von Luftstützpunkten in Nord-Laos, sei eine Aggression gegen Nord-Vietnam, die Volksrepublik China und die anderen Staaten Südost-Asiens planmäßig vorbereitet worden. Ferner habe Laos seine in den Waffenstillstandsverträgen festgelegte Neutralität durch die Entsendung militärischer Beobachter zu den Tagungen der SEATO verletzt. In der Erklärung wird eine Wiederaufnahme der Tätigkeit der internationalen Waffenstillstandskommission gefordert.

19. August
In einem Schreiben an den deutschen Bundeskanzler, Konrad *Adenauer*, erklärt Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow*, die bisher noch nicht beseitigten Ueberreste des Zweiten Weltkrieges verhinderten eine Aufnahme von gutnachbarlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den sozialistischen Ländern. Chruschtschow fordert erneut den Abschluß eines Friedensvertrages und erklärt, die von der Bundesregierung vertretene Politik trage nicht zur Wiedervereinigung Deutschlands bei, sondern vertiefe die Kluft zwischen den beiden deutschen Staaten. Mit dem Vorschlag einer Konföderation habe dagegen die DDR einen guten Weg zur Ueberwindung der Spaltung eingeschlagen. Chruschtschow erklärt, er bedaure, daß es in der Bundesrepublik Kräfte gebe, die auf dem Standpunkt der Revanche und einer Revision der Grenzen stünden. Er erklärt ferner, man gewinne den Eindruck, daß sich die Bundesregierung mehr um die Ausrüstung der Bundeswehr mit Kern- und Raketenwaffen kümmere als um die Vereinigung des Landes. Selbst bei Ausnutzung aller wirtschaftlichen Möglichkeiten und Menschenreserven werde die Bundesrepublik nicht in der Lage sein, eine Armee auf-

zubauen, die der Macht der Sowjetarmee und ihrer Verbündeten gleichkäme.

24. August
Eine Regierungsdelegation der Republik Guinea unter Leitung des Vorsitzenden der Nationalversammlung, Saifullaye *Diallo*, und des Ministers für öffentliche Arbeiten, Ismail *Touré*, beendet einen Besuch in der Sowjetunion. In einem zum Abschluß des Besuches herausgegebenen gemeinsamen Kommuniqué wird der Abschluß eines Abkommens über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Guinea bekanntgegeben.

28. August
Die Regierung gibt in einer offiziellen Erklärung ihren Beschluß bekannt, die Kernwaffenversuche nicht wieder aufzunehmen, vorausgesetzt, daß auch die Westmächte auf eine Wiederaufnahme der Versuche verzichten. In der Erklärung wird Bezug genommen auf die Erklärungen der amerikanischen Regierung vom 26. August (vgl. Vereinigte Staaten) und der britischen Regierung vom 27. August (vgl. Großbritannien), und es wird die Bereitschaft der Sowjetunion betont, ein Abkommen zur völligen Einstellung der Kernwaffenversuche zu unterzeichnen.

30. August
Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* nimmt in einer Rede in Weschenskaja zu dem Schreiben des deutschen Bundeskanzlers, Konrad *Adenauer*, vom 28. August (vgl. Deutschland) Stellung. *Chruschtschow* erklärt, die Antwort mache einen günstigen Eindruck. Wenn die Bundesrepublik dem in dem Schreiben geäußerten Wunsch nach Verständigung und Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern Taten folgen lasse, so dürfe man annehmen, daß jene Scheidelinie überwunden werde, welche die beiden Länder bei der Erörterung der herangereiften Fragen in den internationalen Beziehungen trenne.

Türkei

16.—22. August
Besuch des deutschen Bundeswirtschaftsministers, Ludwig *Erhard*. Am 18. August wird Erhard von Staatspräsident Celal *Bayar* sowie Ministerpräsident Adnan *Menderes* und Außenminister Fatin *Zorlu* empfangen. Am 22. August erklärt Erhard auf einer Pressekonferenz in Istanbul, die Bundesrepublik werde den türkischen Antrag auf Assoziierung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unterstützen sowie das von der türkischen Regierung vorbereitete Programm für Kapitalinvestitionen im Europäischen Wirtschaftsrat und vor dem Internationalen Währungsfonds befürworten. Ferner sichert Erhard der Türkei die weitere Hilfe der Bundesrepublik bei ihrem wirtschaftlichen Aufbau zu.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Algerien

27.—30. August
Staatspräsident Charles *de Gaulle* unterrichtet sich auf einer viertägigen Besichtigungsreise über die Lage in Algerien. De Gaulle erklärt in einer Rede in Tebessa, zuerst müsse die Befriedung zu Ende geführt werden, dann werde sich ein neuer Weg öffnen, und die Algerier könnten frei über ihr Schicksal entscheiden.

Tunesien

20. August
Staatspräsident Habib *Bourguiba* kündigt in einer Rundfunkansprache die französisch-tunesische Zollunion auf. Bourguiba erklärt, die tunesische Regierung sei jedoch bereit, die Verhandlungen mit Frankreich über die schwebenden finanziellen Fragen fortzusetzen.

Vereinigte Arabische Republik

16. August
Das Außenministerium gibt die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Jordanien bekannt.

AMERIKA

Vereinigte Staaten

19. August
Das Außenministerium weist in einer Erklärung die sowjetische Beschuldigung

(vgl. Sowjetunion) einer Einmischung der Vereinigten Staaten in die inneren Angelegenheiten von Laos zurück. Die sowjetische Erklärung vom 17. August verzerre die Tatsachen und lasse auf eine Mitschuld der Sowjetunion an der kommunistischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Laos schließen. In der Erklärung wird ausgeführt, die Vereinigten Staaten unterhielten keinerlei Truppen in Laos, und die Entsendung von technischen Beratern stände im Einklang mit den Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens.

21. August
Präsident Dwight D. *Eisenhower* unterzeichnet eine Proklamation zur Aufnahme von Hawaii als 50. Staat in die Union.

25. August
Präsident Dwight D. *Eisenhower* bezeichnet auf einer Pressekonferenz in Washington den Beweis der Loyalität der Vereinigten Staaten gegenüber ihren Bündnispartnern und ihrer Bereitschaft zu realistischen Verhandlungen mit der Sowjetunion als Hauptziel seiner Reise nach Europa. Wenn es um die Zukunft der Menschheit gehe, dürfe kein Versuch zur Entspannung unterlassen werden. Er habe den sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow,* in die Vereinigten Staaten eingeladen, um die Ansichten des sowjetischen Regierungschefs kennenzulernen und herauszufinden, welche Möglichkeiten für eine Verminderung der Spannungen in der Welt bestünden, und um Chruschtschow keine Zweifel über die wirtschaftliche und militärische Stärke der Vereinigten Staaten zu lassen. Die Vereinigten Staaten seien bereit, mit der Sowjetunion über jeden vernünftigen Plan einer kontrollierten Abrüstung zu verhandeln sowie einen wirklichen Beitrag zur Lösung der Deutschland-Frage und der Herabsetzung der Spannungen zu leisten. Die Vereinigten Staaten würden jedoch niemals von ihren Idealen oder Prinzipien ablassen und seien entschlossen, ihre Sicherheit zu verteidigen.

26. August
Das Außenministerium kündigt zusätzliche Hilfsmaßnahmen für Laos an. Laos werde Ausrüstungsgegenstände wie Jeeps, Lastwagen, leichte Waffen, Zelte und Uniformen erhalten. Die Vereinigten Staaten würden sich mit ihren Lieferungen im Rahmen des Waffenstillstandsvertrages halten und Laos keine schweren Waffen liefern, wenn auch dieser Vertrag von Nord-Vietnam durch Waffenlieferungen aus der Volksrepublik China verletzt worden sei.

Das Außenministerium gibt eine Verlängerung des einseitigen Kernwaffenversuchsstops der Vereinigten Staaten bis zum 31. Dezember bekannt. In einer Erklärung des Außenministeriums heißt es, diese Entscheidung sei anläßlich der Vertagung der Genfer Konferenz über die kontrollierte Einstellung der Kernwaffenversuche getroffen worden.

ASIEN

Volksrepublik China

16. August
Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei beendet eine vierzehntägige Geheimsitzung in Luschan. Unter dem Vorsitz des Ersten Sekretärs der Kommunistischen Partei Chinas, *Mao Tse-tung,* erörterte und billigte das Zentralkomitee einen neuen Volkswirtschaftsplan für 1959, der eine Herabsetzung der Soll-Zahlen für die Stahlerzeugung, die Kohleförderung, die Getreideernte, die Baumwollgewinnung, die Industrieerzeugung und die Bauvorhaben vorsieht.

20. August
Der Präsident von Nord-Vietnam, *Ho Tschi Minh,* erörtert auf der Rückreise von einem Ferienaufenthalt in der Sowjetunion mit Ministerpräsident *Tschu En-lai* und Staatspräsident *Liu Schao-tschi* in Peking aktuelle politische Fragen.

24. August
In Peking findet die 17., erweiterte Tagung der Obersten Staatskonferenz statt. Die Konferenz erörtert und billigt einstimmig einen Bericht Ministerpräsident *Tschu En-lais* über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes in der ersten Hälfte des laufenden Jahres. In dem Bericht werden eine Steigerung der Produktion unter Aufbietung aller Kräfte und die Be-

kämpfung rechter, konservativer Auffassungen gefordert.

Cypern

17. August
Erzbischof Myiarthes *Makarios* wendet sich in einer Predigt in Nikosia gegen die neue Cypriotische Enosis-Front, die einen Anschluß Cyperns an Griechenland fordere und in Flugblättern mit neuen Gewaltakten drohe. Ihr Vorgehen sei eine Verschwörung gegen den Frieden Cyperns.

Indien

24. August
Premierminister Jawaharlal *Nehru* gibt im Parlament den Inhalt einer Note der Volksrepublik China bekannt, in der indische Pilger aufgefordert werden, aus Gründen ihrer eigenen Sicherheit von Pilgerfahrten nach Tibet Abstand zu nehmen, da sie durch Strafaktionen der Volks-Befreiungsarmee gegen eine kleine Minderheit Aufständischer gefährdet werden könnten.

25. August
Premierminister Jawaharlal *Nehru* nimmt im Parlament zu Grenzverletzungen durch die Volksrepublik China Stellung und erklärt, Indien habe mit Sikkim und Bhutan vertragliche Vereinbarungen, auf Grund derer Indien für die Verteidigung dieser Gebiete verantwortlich sei. Indien sei bereit, jede Beeinträchtigung der vertraglichen Vereinbarungen abzuwehren. Am 28. August stellt Indien die Nordostgrenze gegen China und Tibet unter Militäraufsicht. Am 31. August nimmt Nehru im Parlament zu erneuten Grenzverletzungen Stellung und spricht sich gegen eine Gewaltanwendung bei der Abwehr chinesischer Uebergriffe auf nordindisches Gebiet aus. Nehru erklärt, es sei nicht angebracht, daß zwei Staaten, die bisher freundlich miteinander verkehrt hätten, plötzlich zu den Waffen greifen, um Streitigkeiten auszutragen. Er hoffe, daß diese Angelegenheit durch Verhandlungen geregelt werden könne.

Indonesien

17. August
Präsident Achmed *Soekarno* warnt die Niederlande in einer Rede zum 25. Jahrestag der Unabhängigkeit vor einer weiteren unnachgiebigen Haltung in der Frage West-Neuguineas und droht mit einer Verstaatlichung des niederländischen Kapitals einschließlich der Kapitalbeteiligungen in Indonesien. Die Vereinigung West-Neuguineas mit dem Mutterland sei eine Lebensfrage der Nation.

Laos

20. August
Die Regierung ersucht den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld,* in einem Schreiben, geeignete Maßnahmen für eine friedliche Lösung der gegenwärtigen Krise in Laos vorzuschlagen (vgl. Zeittafel in EA 17/1959).

Malaiische Föderation

19. August
Bei den Wahlen zum ersten Parlament der Malaiischen Föderation erringen die Allianz-Partei des bisherigen Ministerpräsidenten Tunku *Abdul Rahman* 70 Sitze, die pan-malaiische Islam-Partei 13 Sitze, die Sozialisten 8 Sitze, die chinesische Fortschrittspartei 4 Sitze, die Unabhängige Partei 3 Sitze, die Malaiische Partei und die Negara-Partei je einen Sitz. Am 22. August gibt Tunku Abdul Rahman die Zusammensetzung der neuen Regierung bekannt, der u. a. angehören: Premierminister: Tunku *Abdul Rahman;* stellvertretender Premierminister und Verteidigungsminister: Dato *Abdul Razak bin Hussein;* Finanzminister: *Tan Siew Sin;* Außen- und Wirtschaftsminister: Ismal *bin Dato Abdul Rahman;* Innen- und Justizminister: Inche Suleiman *bin Dato Abdul Rahman.*

Vietnam (Süd)

31. August
Bei den Wahlen zur Nationalversammlung erringen die National-Revolutionäre Bewegung von Ministerpräsident *Ngo Dinh Diem* 76 Sitze, die Unabhängigen 41 Sitze, die Sozialisten 4 Sitze, die Sozialdemokraten und die Arbeiterpartei je 1 Sitz.

Internationale Organisationen

Organisation der Vereinten Nationen

27. August

Generalsekretär Dag *Hammarskjöld* gibt zu dem Schreiben der Regierung von Laos vom 20. August (vgl. Laos) eine Erklärung ab, in der er feststellt, daß die rechtlichen Voraussetzungen für die Entsendung einer Beobachtergruppe der Vereinten Nationen gegenwärtig nicht gegeben seien. Solche Missionen könnten nur auf Beschluß der Vollversammlung oder des Sicherheitsrats entsandt werden, oder der Generalsekretär könne sie auf Einladung der beteiligten Regierungen entsenden. Derartige Einladungen lägen jedoch nicht vor. Eine andere Möglichkeit sei aber eine gemeinsame Initiative der beiden Vorsitzenden der Genfer Konferenz von 1954, die diese in Übereinstimmung mit den beiden betroffenen Staaten in Anbetracht ihrer besonderen Verantwortung unternehmen könnten.

Arabische Liga

18. August

In Beirut wird eine zehntägige Expertenkonferenz der arabischen Staaten beendet. Die Sachverständigen erörterten einen Plan des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld,* vom 15. Juni 1959, in dem eine Eingliederung der Palästina-Flüchtlinge in die Wirtschaft der arabischen Staaten und eine Fortführung des Hilfsprogrammes der UNRWA vorgeschlagen wurde. Die Vertreter der arabischen Staaten lehnen diesen Plan ab, da eine wirtschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge ihre dauernde Ansiedlung zur Folge haben würde und somit einem Verzicht auf die Rückkehr nach Palästina gleichkomme.

Bagdad-Pakt

18. August

Der Bagdad-Pakt wird in „Central Treaty Organisation (CENTO)" umbenannt.

Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)

18. August

In Santiago de Chile wird eine achttägige Konferenz der Außenminister der amerikanischen Staaten beendet. Am 17. August billigten die Außenminister eine Resolution, in der das Interamerikanische Friedenskomitee ermächtigt wird, ohne Auftrag von sich aus im Rahmen seiner vom Hauptausschuß der Außenministerkonferenz festgelegten Zuständigkeiten tätig zu werden. Das Komiteee wird beauftragt, die Einschränkung demokratischer Grundrechte und die Verletzung von Menschenrechten zu untersuchen und der 11. Interamerikanischen Konferenz im Februar 1960 darüber Bericht zu erstatten. In einer als „Deklaration von Santiago de Chile" bezeichneten Schlußerklärung werden Diktaturen als unvereinbar mit den Grundsätzen der Organisation Amerikanischer Staaten und als eine Gefahr für den Frieden in der westlichen Hemisphäre bezeichnet. In der Erklärung wird die Bedeutung folgender sieben Grundsätze für die amerikanischen Staaten hervorgehoben: 1. Sicherung der Grundsätze des Rechtsstaates durch Teilung der Gewalten und Kontrolle der Exekutive; 2. freie Wahlen als Grundlage der Regierungsbildung; 3. keine Machtausübung ohne festgelegte zeitliche Begrenzung; 4. Garantie der Menschenrechte, Sicherung der persönlichen Freiheit und Ausübung einer auf die Menschenrechte gegründeten sozialen Rechtsprechung; 5. Aufnahme der Menschenrechte in die Gesetzgebung und Schutz durch die Rechtsprechung; 6. Unvereinbarkeit politischer Verfolgungen mit den demokratischen Grundsätzen; 7. Verstärkung der Zusammenarbeit der amerikanischen Staaten zur Festigung der demokratischen Institutionen, der Entwicklung der Wirtschaft und der Verbesserung der Lebensbedingungen. In zahlreichen weiteren Resolutionen wird die Arbeit der OAS auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet hervorgehoben und eine Verstärkung der Anstrengungen auf allen Gebieten gefordert.

Internationale Juristenkommission

21. August

Die Internationale Juristenkommission gibt in Genf die Einsetzung einer Sonderkommission zur Untersuchung der Lage in Tibet bekannt.

Zeittafel vom 1. bis zum 30. September 1959

Die Ereignisse in Europa

Belgien

3. September

Der Minister für den Kongo und für Ruanda-Urundi, Maurice *van Hemelrijk*, erklärt auf Grund von Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung über den Aufbau von Organen einer demokratischen Selbstverwaltung in den ehemaligen Kolonialgebieten seinen Rücktritt. König *Baudouin* ernennt Staatsminister August *de Schrijver* zu seinem Nachfolger.

Deutschland

7.—13. September

In Stuttgart findet der 8. Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes statt. In seiner Begrüßungsansprache dankt Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* den Gewerkschaften für die Zusammenarbeit, mit der man gemeinsam die Not überwunden habe. Erhard warnt vor einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit unter dem Eindruck der gegenwärtigen guten Konjunktur und fordert statt dessen eine verstärkte Hilfe für die unterentwickelten Länder. In seinem Rechenschaftsbericht erklärt der DGB-Vorsitzende, Willi *Richter*, die wachsende wirtschaftliche Konzentration sei geeignet, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften zu untergraben. Richter erklärt, für den DGB könne es keine Kontakte mit Organisationen der DDR geben, solange es dort keine freie, unabhängige Interessenvertretung der Arbeitnehmer gebe. Das Vorstandsmitglied Ludwig *Rosenberg* verweist in einem wirtschaftspolitischen Referat auf die Bedeutung der europäischen Gemeinschaften und der Schaffung eines europäischen Gemeinsamen Marktes. Der bisherige DGB-Vorsitzende, Willi Richter, wird mit großer Mehrheit wiedergewählt. Zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden wird Ludwig Rosenberg als Nachfolger von Georg *Reuter* gewählt.

8. September

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy *Brandt*, befürwortet in einer Erklärung vor dem Abgeordnetenhaus eine Verbesserung des status quo in Berlin durch eine klare Festlegung dessen, was freier Zugang bedeute. Dabei könne eine korridorartige Verbindung mit der Bundesrepublik der Stadt eine größere Sicherheit im Personen- und Warenverkehr gewährleisten. Brandt verweist auf die im Juni 1949 in Paris getroffenen Vereinbarungen und schlägt die Bildung einer Sachverständigenkommission der Vier Mächte unter Hinzuziehung von Vertretern oder Beratern der beiden Teile Deutschlands zur Systematisierung und Verbesserung der bestehenden Regelung auf dem Verkehrsgebiet vor.

10. September

Der Vorstand der SPD veröffentlicht den Entwurf eines neuen Grundsatzprogrammes, in dem ausgeführt wird, die SPD sei von einer Partei der Arbeiterklasse zu einer Partei des Volkes geworden. In klarer Abgrenzung gegen den Kommunismus, der die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker vergewaltige, strebe die SPD eine auf den Grundwerten des demokratischen Sozialismus aufgebaute Ordnung an. In dem neuen Programm tritt an die Stelle der Ueberführung der Großwirtschaft in Gemeineigentum die Forderung nach einer Kontrolle der Verfügungsgewalt über die Unternehmen der Großwirtschaft durch Kartellkontrolle, Investitionskontrolle, Wettbewerb durch öffentliche Unternehmen und Unternehmen der freien Gemeinwirtschaft sowie eine weitgehende Publizität. Das Gemeineigentum wird dann als zweckmäßig und notwendig bezeichnet, wenn mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden könne. Das Grundsatzprogramm enthält das Bekenntnis der Sozialdemokratie zum Grundgesetz und zur Einheit Deutschlands in gesicherter Freiheit sowie auf außenpolitischem Gebiet die Gedanken der

internationalen Zusammenarbeit und der Sicherung des Friedens durch eine schrittweise Abrüstung und Entspannung.

12.—14. September
Besuch des tunesischen Außenministers, Sadok *Mokkadem*, der mit Bundesaußenminister Heinrich *von Brentano* in Bonn aktuelle politische Fragen erörtert.

13. September
Beginn der Amtszeit des neuen Bundespräsidenten, Heinrich *Lübke*. Am 15. September wird Lübke in einer gemeinsamen Sitzung von Bundesrat und Bundestag, an der auch Alt-Bundespräsident Theodor *Heuss* teilnimmt, vereidigt.

14. September
Bundeskanzler Konrad *Adenauer* gibt vor der CDU/CSU-Fraktion einen Bericht über die außen- und innenpolitische Lage. Nach seiner Auffassung bleibe der Kernpunkt der Weltpolitik die allgemeine, kontrollierte Abrüstung. Zu den deutsch-britischen Beziehungen erklärt Adenauer, die britische Einstellung zum Rapacki-Plan berge Möglichkeiten für Meinungsverschiedenheiten in sich. Wahlkampferklärungen des britischen Premierministers, Harold *Macmillan*, legten die Vermutung nahe, daß eine konservative britische Regierung nach der Wahl irgendeine Form des Rapacki-Planes erörtern möchte. Adenauer bezeichnet diesen Plan in jeder Form als eine Schwächung der NATO. Eine weitere Möglichkeit zu Differenzen liege in der Frage einer europäischen Freihandelszone. Adenauer betont, der politische Grundgehalt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft müsse unangetastet bleiben.

21. September
Der Ministerrat der DDR beschließt eine Aenderung der schwarzrotgoldenen Staatsflagge, die in Zukunft in der Mitte das Wappen der DDR, einen von Aehren umkränzten Hammer und Zirkel, tragen soll.

30. September
Bundespräsident Heinrich *Lübke* ernennt den schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten Werner *Schwarz* zum neuen Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Frankreich

2.—4. September
Besuch des amerikanischen Präsidenten, Dwight D. *Eisenhower*. Am 2. September führt Eisenhower in Paris und am 3. September in Rambouillet Besprechungen mit Staatspräsident Charles *de Gaulle*, zu denen Premierminister Michel Debré und Außenminister Maurice *Couve de Murville* sowie der amerikanische Außenminister, Christian A. *Herter*, hinzugezogen werden. In einem zum Abschluß der Besprechungen herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, Präsident Eisenhower habe de Gaulle seine Ansichten über die Beziehungen der Vereinigten Staaten zur Sowjetunion dargelegt. Beide Staatsmänner stellen in dem Kommuniqué ihre vollständige Uebereinstimmung in der Berlin-Frage fest. Sie erklären sich damit einverstanden, daß eine im Prinzip nützliche Gipfelkonferenz nur dann zusammentreten könne, wenn sie vernünftige Aussichten auf ein positives Resultat böte. In dem Kommuniqué heißt es, Eisenhower und de Gaulle hätten die afrikanischen Probleme, insbesondere diejenigen Nordafrikas, eingehend geprüft und Fragen einer vermehrten Hilfe für die unterentwickelten Länder erörtert. Sie hätten ferner einen Gedankenaustausch über Methoden für ein verbessertes Funktionieren der NATO gehabt. Eisenhower und de Gaulle bekunden ihre Verbundenheit mit der NATO. Sie befürworten eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung. Beide Verhandlungspartner begrüßen eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich durch Konsultationen über alle wichtigen politischen und militärischen Fragen.

3. September
Der amerikanische Präsident, Dwight D. *Eisenhower*, empfängt während seines Aufenthaltes in Frankreich in Paris den Präsidenten des Ständigen NATO-Rates, den holländischen Außenminister Josef *Luns*, und den Generalsekretär der NATO, Paul-Henri *Spaak*, zu Besprechungen über die Zusammenarbeit innerhalb der NATO. Ferner erörtert Eisenhower mit dem ita-

lienischen Ministerpräsidenten, Antonio *Segni*, und Außenminister Giuseppe *Pella* die internationale Lage und Fragen des bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Besuchsaustausches. In einem zum Abschluß der Besprechungen herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, das Gespräch habe volle Uebereinstimmung in allen geprüften Fragen ergeben. Beide Regierungen geben ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß eine kontrollierte und ausgewogene Begrenzung der Rüstungen das geeignetste Mittel zur Garantie friedlicher Beziehungen zwischen West und Ost sei.

4. September

Der amerikanische Außenminister, Christian A. *Herter*, führt anläßlich des Europa-Besuches des amerikanischen Präsidenten, Dwight D. *Eisenhower*, in Paris getrennte Besprechungen mit dem griechischen Außenminister, Evanghelos *Averoff*, und dem türkischen Außenminister, Fatin *Zorlu*. In einem zum Abschluß der Besprechungen herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, die Außenminister hätten eine allgemeine Uebereinstimmung erreicht.

Staatspräsident Charles *de Gaulle* empfängt in Rambouillet den italienischen Ministerpräsidenten, Antonio *Segni*, und Außenminister Giuseppe *Pella* zu Besprechungen über aktuelle politische Fragen. In einem Schlußkommuniqué wird ausgeführt, die Besprechungen hätten in einer herzlichen Atmosphäre stattgefunden. In Fragen der europäischen Einheit, der Zusammenarbeit innerhalb der NATO, der Ost-West-Beziehungen und in der Berlin-Frage sei volle Uebereinstimmung erzielt worden.

5. September

Staatspräsident Charles *de Gaulle* empfängt den spanischen Außenminister, Fernando Maria *Castiella y Maiz*, in Paris zu Besprechungen über aktuelle politische Fragen.

7. September

In einem gleichzeitig in Paris, London, Moskau und Washington veröffentlichten Kommuniqué wird die Einigung der Vier Mächte über die Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen durch eine Zehn-Mächte-Kommission bekanntgegeben (vgl. Vereinigte Staaten), die ihre Arbeit zu Beginn des nächsten Jahres in Genf aufnehmen solle.

10.—11. September

Tagung des Exekutivrates der Französischen Gemeinschaft in Paris. Dem Schlußkommuniqué zufolge erörterte der Rat Fragen der gemeinsamen Verteidigung. Verteidigungsminister Pierre *Guillaumat* unterrichtete den Rat über die Kernwaffenversuche in der Sahara. Anschließend an einen Bericht von Außenminister Maurice *Couve de Murville* über die internationale Lage berichtete Staatspräsident Charles *de Gaulle* dem Rat über seine Unterredungen mit dem amerikanischen Präsidenten, Dwight D. *Eisenhower*. Ferner fand eine Aussprache über die Zukunft der Gemeinschaft statt.

16. September

Staatspräsident Charles *de Gaulle* sichert in einer vom Rundfunk übertragenen Grundsatzerklärung zur Algerienpolitik allen Algeriern das Recht der Selbstbestimmung zu. Spätestens vier Jahre nach Abschluß der Befriedungsaktion sollen in Algerien freie Wahlen stattfinden, bei denen die algerische Bevölkerung zwischen der völligen Unabhängigkeit, einer vollständigen Integration mit Frankreich und der Bildung einer autonomen Regierung innerhalb der französischen Gemeinschaft wählen könne. Verhandlungen mit den Aufständischen werden von de Gaulle abgelehnt. Er fordert diese erneut auf, ihre Waffen niederzulegen und einen „Frieden der Tapferen“ einzugehen.

Großbritannien

1. September

Der amerikanische Präsident, Dwight D. *Eisenhower*, beendet einen fünftägigen Besuch in Großbritannien (vgl. Zeittafel in EA 18/1959) und begibt sich nach Paris. Außenminister Selwyn *Lloyd* erörtert mit dem spanischen Außenminister, Fernando Maria *Castiella y Maiz*, in London Fragen der britisch-spanischen Beziehungen, das Gibraltar-Problem, die Situation der Protestanten in Spanien sowie die Zusammenarbeit im Europäischen Wirtschaftsrat.

4.—6. September
Besuch des australischen Außenministers, Richard G. *Casey*. Am 5. September erörtert Casey in Chequers mit Premierminister Harold *Macmillan* aktuelle politische Fragen.

7. September
In einem gleichzeitig in London, Paris, Moskau und Washington veröffentlichten Kommuniqué wird die Einigung der Vier Mächte über die Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen durch eine Zehn-Mächte-Kommission bekanntgegeben (vgl. Vereinigten Staaten), die ihre Arbeit zu Beginn des nächsten Jahres in Genf aufnehmen solle.

22. September
In Beantwortung der sowjetischen Note vom 15. September (vgl. Sowjetunion) verweist die Regierung auf die Entsendung einer Untersuchungskommission nach Laos durch den Sicherheitsrat und bezeichnet die Frage einer Konferenz über Laos als nicht aktuell.

Italien

8.—11. September
Besuch des belgischen Außenministers, Pierre *Wigny*. Am 11. September erörtert Wigny mit Außenminister Giuseppe *Pella* in Rom Fragen der italienisch-belgischen Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die Möglichkeiten wirtschaftlicher Investitionen in den unterentwickelten Gebieten und die Beschäftigung italienischer Bergarbeiter im belgischen Kohlenbergbau.

Jugoslawien

6.—12. September
Besuch des stellvertretenden griechischen Ministerpräsidenten, Panayotis *Kanellopoulos*. Am 8. September erörtert Kanellopoulus mit Staatspräsident *Tito* in Brioni Fragen des griechisch-jugoslawischen Waren- und Finanzverkehrs sowie die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit beim Ausbau des Stromnetzes in Nordgriechenland.

20. September
Staatspräsident *Tito* nimmt zu den Vorwürfen der Ostblock-Presse gegen revisionistische Strömungen innerhalb der jugoslawischen Politik Stellung und erklärt, sie seien Revisionisten, indem sie ihre Methoden revidiert und ihre Gesetze und Verordnungen geändert hätten, um bessere Resultate zu erzielen. Diese Veränderungen hätten sich jedoch im praktischen Bereich vollzogen, in ihrer Ueberzeugung seien sie Marxisten und Leninisten. Tito fordert die Kritiker seiner Politik auf, selbst nach Jugoslawien zu kommen und die Erfolge dieser Politik sich anzusehen und es dann nachzumachen.

Oesterreich

6.—8. September
Der finnische Ministerpräsident, Vieno J. *Sukselainen*, führt in Wien Besprechungen mit Bundeskanzler Julius *Raab* und Außenminister Bruno *Kreisky*.

8. September
Die Regierung beschließt den Beitritt Oesterreichs zur Konvention über die Regelung der Schiffahrt auf der Donau vom 15. August 1948 (Belgrader Donaukonvention).

13.—16. September
Der belgische Ministerpräsident, Gaston *Eyskens*, erörtert am 14. September mit Bundespräsident Adolf *Schärf* und Bundeskanzler Julius *Raab* aktuelle politische Fragen sowie einen Ausbau der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen beiden Staaten.

Polen

1. September
Ministerpräsident Josef *Cyrankiewicz* erklärt zum 20. Jahrestag des Ueberfalls auf Polen in einer Rede in Warschau, es sei Polens Aufgabe, zu warnen und zur Vorsicht zu mahnen gegenüber allen Kräften, die wiederum die Welt in ein neues Abenteuer stürzen wollen, das dieses Mal noch schrecklicher in seiner Wirkung und von unermeßlichen Konsequenzen sein würde. Cyrankiewicz beschuldigt die Bundesrepublik, daß in ihr wiederum Kräfte des Revisionismus und des Revanchismus am Werk seien. Die Rede *Adenauers* vom 31. August (vgl. Zeittafel in EA 18/1959, Deutschland) sei ein Versuch, einen Keil zwischen Polen und die Sowjetunion zu

treiben. Cyrankiewicz erklärt, dieser Versuch sei jedoch vergebens.

8.—13. September
Besuch des dänischen Außenministers, Jens O. *Krag*. Krag erörterte am 8. September in Warschau mit Außenminister Adam *Rapacki* aktuelle politische Fragen und wird am 9. September von Ministerpräsident Josef *Cyrankiewicz* empfangen. In einem Vortrag vor dem Polnischen Institut für internationale Fragen erklärt Krag zu den sowjetischen Vorschlägen, die Ostsee in ein „Meer des Friedens" zu verwandeln (vgl. Zeittafel in EA 13/1959, Sowjetunion), die Ostsee müsse als Teil des offenen Meeres betrachtet werden, sie zu schließen, wäre eine Verletzung des Völkerrechts. Krag lehnt ebenfalls den Gedanken eines Nichtangriffspaktes zwischen den Ostsee-Staaten ab. Ein solcher erübrige sich, da die Charta der Vereinten Nationen die Anwendung von Gewalt, außer zu Zwecken der Selbstverteidigung, verbiete. In einem zum Abschluß des Besuches herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, beide Staaten würden sich um eine Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen bemühen. Der Abschluß eines Luftfahrtabkommens wird beschlossen und ein Kulturabkommen als wünschenswert bezeichnet.

Rumänien

1. September
Rumänien nimmt die diplomatischen Beziehungen zu Japan wieder auf.

Sowjetunion

3. September
Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* bezeichnet in einem Artikel der amerikanischen Zeitschrift *Foreign Affairs* den Abschluß von Friedensverträgen mit beiden Teilen Deutschlands vor dem Vollzug der Wiedervereinigung und die Umwandlung Berlins in eine „Freie Stadt" sowie die endgültige Absage des Westens an jede Vorstellung einer Veränderung der sozialen Systeme in den sozialistischen Staaten als wichtigste Voraussetzungen für eine friedliche Koexistenz. Wenn von der Sowjetunion verlangt werde, daß sie sich zur Erhaltung des Friedens mit der Aufrechterhaltung des status quo in Europa einverstanden erkläre oder für Konzessionen Gegenkonzessionen mache, so werde dabei die reale Lage übersehen. Es sei notwendig, die Spuren des Zweiten Weltkrieges zu beseitigen und einen Friedensvertrag abzuschließen. Jede Möglichkeit, daß jemand dabei gewinne und der andere verliere, stehe hier nicht zur Debatte. Chruschtschow wiederholt seine Forderung nach einer Gipfelkonferenz und erklärt, eine Einstellung der Kernwaffenversuche werde in Kürze möglich sein und könne die Grundlage für weitere Abrüstungsmaßnahmen bilden.

4.—5. September
Besuch einer polnischen Regierungsdelegation unter Leitung von Ministerpräsident Josef *Cyrankiewicz*. Cyrankiewicz eröffnet eine polnische Industrieausstellung in Moskau und wird von Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* zu einer allgemeinen Besprechung empfangen.

7. September
In einem gleichzeitig in Moskau, London, Paris und Washington veröffentlichten Kommuniqué wird die Einigung der Vier Mächte über die Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen durch eine Zehn-Mächte-Kommission bekanntgegeben (vgl. Vereinigte Staaten), die Anfang nächsten Jahres in Genf ihre Arbeit aufnehmen solle.

Zwischen der Sowjetunion und Nord-Korea wird in Moskau ein Abkommen unterzeichnet, auf Grund dessen die Sowjetunion Nord-Korea bei der Entwicklung der Kernenergie Unterstützung gewähren wird.

9. September
In einer Erklärung der Nachrichtenagentur *TASS* werden die Zwischenfälle an der indisch-chinesischen Grenze bedauert und die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die beiden Regierungen das entstandene Mißverständnis unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen im Geiste der traditionellen Freundschaft zwischen den Völkern Indiens und Chinas regeln werden.

12. September
Die Nachrichtenagentur *TASS* gibt den Abschuß einer kosmischen Mehrstufen-

rakete „Lunik II“ bekannt, die am 13. September den Mond erreicht.

14. September
Die Regierung bezeichnet in einer Erklärung die Einsetzung einer Untersuchungskommission für Laos als einen „unrechtmäßigen Akt des Sicherheitsrates, der unter der Flagge der Vereinten Nationen eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Laos bezwecke“. Dieser Beschluß sei eine gegen die Bestrebungen der internationalen Entspannung gerichtete Maßnahme. In der Erklärung wird auf das Genfer Abkommen von 1954 hingewiesen und die Einberufung einer Konferenz der Genfer Vertragspartner sowie eine Wiedereinsetzung der Internationalen Waffenstillstandskommission gefordert.

15. September
In einer Note an Großbritannien schlägt die Regierung eine Konferenz der Teilnehmerstaaten der Genfer Indochina-Konferenz von 1954 zur Prüfung der Lage in Laos vor.

28. September
Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* berichtet in einer Rede auf einer Massenkundgebung in Moskau über seine Reise in die Vereinigten Staaten und appelliert an die Welt, miteinander in friedlicher Koexistenz zu leben. Sie sei die einzige Zukunft im Zeitalter der Raketen und Wasserstoffbomben. Chruschtschow erklärt, die Großmächte könnten nicht länger prähistorische Beziehungen pflegen. Die Sowjetunion habe dies seit langem erkannt und bestehe deshalb auf einem Gipfeltreffen. Chruschtschow erklärt zu seinen Besprechungen mit dem amerikanischen Präsidenten, Dwight D. *Eisenhower,* wenn auch nicht alle Probleme zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten durch einen einzigen Besuch gelöst werden konnten, so habe Eisenhower bei der Erörterung der internationalen Situation staatsmännische Weisheit, Mut und Tapferkeit gezeigt.

Tschechoslowakei

5.—6. September
Der finnische Ministerpräsident, Vieno J. *Sukselainen,* führt in Brünn Besprechungen mit Ministerpräsident Viliam *Siroky* über die finnisch-tschechoslowakischen Beziehungen.

Türkei

15.—18. September
Besuch des italienischen Ministerpräsidenten, Antonio *Segni,* und Außenministers Giuseppe *Pella.* Segni und Pella erörtern in Istanbul mit Ministerpräsident Adnan *Menderes* und Außenminister Fatin *Zorlu* Fragen der Zusammenarbeit innerhalb der NATO sowie der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Algerien

28. September
In einer in Tunis veröffentlichten Erklärung nimmt die Algerische Exilregierung zu der Algerien-Erklärung des französischen Staatspräsidenten, Charles *de Gaulle,* Stellung (vgl. Tunesien).

Tunesien

28. September
Der Ministerpräsident der Algerischen Exilregierung, Ferhat *Abbas,* nimmt in einer in Tunis veröffentlichten Regierungserklärung zu der Algerien-Erklärung des französischen Staatspräsidenten, Charles *de Gaulle,* Stellung. In der Erklärung heißt es, die Algerische Exilregierung sei bereit, sofort mit der französischen Regierung über die politischen und militärischen Bedingungen einer Feuereinstellung zu verhandeln und die Bedingungen und Garantien für die Anwendung der Selbstbestimmung Algeriens zu erörtern. In der Erklärung bezeichnet sich die Algerische Exilregierung als legitimierter Sprecher des algerischen Volkes. Ohne ihre Anerkennung könne es keinen Frieden geben. De Gaulle habe in seiner Erklärung das Recht der Algerier auf Selbstbestimmung anerkannt, dies sei nur durch die Fortsetzung des Befreiungskampfes durch die

Nationale Befreiungsfront möglich gewesen. Ferhat Abbas fordert den Abzug der französischen Truppen aus Algerien, ohne den eine freie Entscheidung des algerischen Volkes nicht möglich sei.

Vereinigte Arabische Republik

1.—4. September

Besuch König *Sauds* von Saudiarabien. Am 1. September führt König Saud Besprechungen mit Staatspräsident Gamal Abdel *Nasser.* Am 3. September findet eine Zusammenkunft zwischen König Saud, Nasser und dem Imman von Oman, *Ghaleb Ibn Ali,* statt. In einem Kommuniqué wird die Wiederaufnahme einer uneingeschränkten Zusammenarbeit zwischen Saudiarabien und der Vereinigten Arabischen Republik angekündigt.

16. September

Die Nachrichtenagentur *MEN* gibt die Einstellung der Bemühungen zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Vereinigten Arabischen Republik und Tunesien bekannt.

AMERIKA

Argentinien

3. September

Heeresminister General Elbio C. *Anaya* entläßt den Oberkommandierenden des Heeres, General Carlos Toranzo *Montero.* Zu seinem Nachfolger wird General Pedro *Castrineiras* ernannt. Am 4. September ruft General Montero zu einer offenen Militärrevolte auf. Unter dem Druck der rebellierenden Offiziere erklärt Heeresminister Anaya seinen Rücktritt. Neuer Heeresminister wird General Rodolfo *Larcher,* und General Montero kehrt auf seinen Posten als Oberkommandierender des Heeres zurück.

Vereinigte Staaten

7. September

In einem gleichzeitig in Washington, London, Paris und Moskau veröffentlichten Kommuniqué wird die Einigung der Vier Mächte über die Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen durch eine Zehn-Mächte-Kommission, der außer den Vier Großmächten Kanada, Italien, Bulgarien, Tschechoslowakei, Polen und Rumänien angehören sollen, bekanntgegeben. Die Arbeit dieser Kommission solle in keiner Weise die Zuständigkeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Abrüstung präjudizieren, vielmehr solle diese Kommission eng mit dem Abrüstungsausschuß der Vereinten Nationen zusammenarbeiten und diesem von ihren Bemühungen Bericht erstatten. Die Kommission solle ihre Arbeit zu Beginn des nächsten Jahres in Genf aufnehmen.

10. September

Präsident Dwight D. *Eisenhower* gibt in einer Rundfunk- und Fernsehansprache einen Ueberblick über die Ergebnisse seiner Europa-Reise. Er sei dankbar für die große Uebereinstimmung, die sich in seinen Besprechungen mit den verbündeten Regierungschefs ergeben habe. Sie hätten gemeinsam die Grundsätze der NATO und die Bereitschaft zur Verteidigung von Freiheit und Menschenwürde bekräftigt. Er habe den Verbündeten seine Beweggründe für die Einladung des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow,* in die Vereinigten Staaten dargelegt. Eisenhower gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß seine Zusammenkunft mit Chruschtschow zur Entspannung beitrage. Auch die westlichen Verbündeten seien überzeugt, daß der außerordentliche Schritt des Besuchsaustausches unternommen werden müsse. Die Vereinigten Staaten würden in keinem Fall von ihren Grundsätzen abgehen. Die Freiheit von zwei Millionen West-Berliner sei ihnen ebenso wichtig wie die Freiheit der gesamten westlichen Allianz. Die Politiker, mit denen er gesprochen habe, teilten seine Ansicht, daß eine Gipfelkonferenz nur dann nützlich sei, wenn die Gewißheit bestehe, daß der Status des Westens in Berlin geachtet werde und sich aus dem Verhalten der Sowjetunion schließen lasse, daß ernsthafte Verhandlungen Hoffnung auf eine Entspannung zuließen. Die Vereinigten Staaten seien bereit, realistische Verhandlungen über eine allgemeine Abrüstung, eine Lösung des Deutschland-Problems und die Verbreiterung der Kontakte auf allen Lebensgebieten mit der Sowjetunion zu beginnen.

15.—27. September
Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*. Am 15. September trifft Chruschtschow in Washington zu einem Gespräch mit Präsident Dwight D. *Eisenhower* zusammen, an dem auch die Außenminister Andrej A. *Gromyko* und Christian A. *Herter* teilnehmen. Am 16. September erklärt Chruschtschow vor dem *National Press Club* in Washington, er sei nach den Vereinigten Staaten gekommen, um die seit Jahren angehäuften Spannungen zu lösen. Vordringlich seien eine Beseitigung des Kalten Krieges, Abrüstung, ein Friedensvertrag mit Deutschland als Anerkennung des status quo in Mitteleuropa, Erweiterung der sowjetisch-amerikanischen Handelsbeziehungen und eine allgemeine Besserung der Beziehungen auf menschlichem und kulturellem Gebiet. Nach einer Reise durch die Vereinigten Staaten führt Chruschtschow vom 26. bis 27. September in Camp David vertrauliche Besprechungen mit Präsident Eisenhower. In einem zum Abschluß der Besprechungen herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, die Gespräche seien zur Klärung der beiderseitigen Haltung in einer Anzahl von Fragen nützlich gewesen. Die Regierungschefs seien übereingekommen, die Frage einer umfassenden Abrüstung als das wichtigste Problem zu betrachten. Beide Regierungen wollten alles unternehmen, um eine konstruktive Lösung dieses Problems zu erzielen. Im Verlauf der Diskussionen habe ein Meinungsaustausch über die Deutschland-Frage einschließlich eines Friedensvertrages mit Deutschland stattgefunden. In der Berlin-Frage sei ein Uebereinkommen darüber erzielt worden, daß vorbehaltlich der Billigung der an dieser Frage direkt betroffenen Parteien neue Verhandlungen stattfinden sollten, um in Uebereinstimmung mit den Interessen aller Betroffenen und der Aufrechterhaltung des Friedens eine Lösung zu finden. Ferner hätten die beiden Regierungschefs die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten sowie Handelsfragen erörtert. In der Frage eines verstärkten Personen- und Gedankenaustausches sei zwischen den Beratern ein wesentlicher Fortschritt erzielt worden, und es sei zu hoffen, daß in der nächsten Zeit gewisse Uebereinkommen erzielt würden. Abschließend heißt es, Ministerpräsident Chruschtschow und Präsident Eisenhower seien übereingekommen, alle offenen internationalen Probleme nicht durch Anwendung von Gewalt, sondern durch friedliche Mittel auf dem Verhandlungswege zu lösen. Vor seiner Rückreise in die Sowjetunion versichert Ministerpräsident Chruschtschow auf einer Pressekonferenz in Washington am 27. September, die Sowjetunion bemühe sich ernsthaft um eine Verbesserung der Beziehungen. Chruschtschow erklärt, er sei der Ueberzeugung, auch Präsident Eisenhower und das amerikanische Volk wünschten Frieden und eine Verbesserung der Beziehungen, wenn es auch in den Vereinigten Staaten einflußreiche Kreise gäbe, die noch dem Kalten Krieg huldigten.

15. September
In einer Erklärung des Außenministeriums wird der sowjetische Vorschlag vom 14. September (vgl. Sowjetunion), eine Konferenz der Teilnehmerstaaten der Genfer Indochina-Konferenz von 1954 einzuberufen, als nicht notwendig bezeichnet, da der Sicherheitsrat bereits eine Untersuchungskommission nach Laos gesandt habe. Eine Besserung der Lage in Laos könne nicht durch internationale Konferenzen als vielmehr durch eine Einstellung der kommunistischen Intervention in Laos erzielt werden.

17. September
Präsident Dwight D. *Eisenhower* erklärt auf einer Pressekonferenz in New York, seine erste Begegnung mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, sei außergewöhnlich freundlich verlaufen. Sein Verhalten lasse darauf schließen, daß ihm daran gelegen sei, zu einer Vereinbarung über internationale Fragen zu kommen. Eisenhower wiederholt den amerikanischen Standpunkt in der Abrüstungsfrage, die nur einen Sinn habe, wenn sie mit einem wirksamen Kontrollsystem gepaart sei. Zu

dem Algerienplan des französischen Staatspräsidenten, Charles *de Gaulle*, erklärt Eisenhower, dieser scheine der amerikanischen Vorstellung von einer gerechten Lösung der Algerienfrage zu entsprechen.

22. September

Außenminister Christian A. *Herter* erklärt vor UN-Korrespondenten in New York, die Vereinigten Staaten würden den von dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, der UN-Vollversammlung unterbreiteten Abrüstungsvorschlag (vgl. Vereinte Nationen) genau prüfen. Herter weist jedoch darauf hin, daß der umstrittene Punkt der bisherigen Abrüstungsverhandlungen, die Frage von Inspektionen und Kontrollen, durch den sowjetischen Vorschlag keineswegs gelöst sei. Zum Deutschland-Problem erklärt Herter, er halte die Berlin-Krise für gegenwärtig nicht mehr so akut, als dies nach den Noten Chruschtschows vom 10. November 1958 der Fall gewesen sei. Die Drohung eines separaten Friedensvertrages mit der DDR, der nach Ansicht der Sowjetunion alle Rechte und Verpflichtungen des Westens in bezug auf Berlin auslöschen werde, bleibe jedoch bestehen. Herter erklärt, die Vereinigten Staaten hätten keine Einwände gegen einen Friedensvertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR, wenn bei dem Abschluß eines solchen Vertrages die Rechte ausgenommen würden, die den Westmächten zuständen und die der DDR zu übertragen die Sowjetunion kein Recht habe. Herter bezeichnet ferner den Algerienplan des französischen Staatspräsidenten, Charles *de Gaulle* (vgl. Frankreich), als eine gerechte und friedliche Lösung des Algerienproblems und erklärt, er hoffe, die Vollversammlung der Vereinten Nationen werde nichts unternehmen, was eine Verwirklichung dieses Planes präjudizieren könnte.

23. September

In einem persönlichen Schreiben an den französischen Staatspräsidenten, Charles *de Gaulle*, bekräftigt Präsident Dwight D. *Eisenhower* erneut die Haltung der Vereinigten Staaten in der Algerien-Frage. Ferner wird in dem Brief die Rolle Frankreichs im Atlantik-Pakt und der Wunsch nach intensiver Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich in Fragen der Weltpolitik hervorgehoben.

28. September

Präsident Dwight D. *Eisenhower* gibt auf einer Pressekonferenz in Washington einen Ueberblick über seine Besprechungen mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, und erklärt, die unmittelbare Bedrohung Berlins sei beseitigt worden. Er habe mit Chruschtschow vereinbart, daß künftige Berlin-Verhandlungen zeitlich nicht begrenzt werden sollen, wenn man sich auch einig darüber sei, daß die Verhandlungen zur Beendigung der anomalen Lage in Berlin nicht endlos dauern könnten. Damit sei von seiner Seite aus die Voraussetzung zu einem Gipfeltreffen gegeben. Eisenhower erklärt, er werde die Verbündeten Amerikas über seine Besprechungen unterrichten, und betont, bei allen Verhandlungen müßten die legitimen Rechte der Beteiligten gewahrt bleiben.

29. September

Präsident Dwight D. *Eisenhower* richtet an den deutschen Bundeskanzler, Konrad *Adenauer*, den britischen Premierminister, Harold *Macmillan*, und den französischen Staatspräsidenten, Charles *de Gaulle*, persönliche Botschaften.

ASIEN

Afghanistan

14.—18. September

Besuch des indischen Premierministers, Jawaharlal *Nehru*. Nehru wird von König *Zahir* empfangen und erörtert mit Ministerpräsident Mohammed *Daud Khan* in Kabul aktuelle politische Fragen. In einem Abschlußkommuniqué wird ausgeführt, die beiden Regierungschefs seien übereingekommen, die zwischen beiden Ländern bestehenden freundschaftlichen Beziehungen durch eine erweiterte kulturelle Zusammenarbeit und Förderung des gegenseitigen Handels zu verstärken.

Ceylon

25. September

Ministerpräsident Solomon *Bandanaraike* wird bei einem Attentat schwer verletzt

und stirbt am 26. September. Zu seinem Nachfolger wird der bisherige Erziehungsminister, Wijayananda *Dahanayake*, ernannt.

Volksrepublik China

5.—13. September
Besuch des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenministers von Afghanistan, Prinz Sardar Mohammed *Naim*. In einem zum Abschluß seiner Besprechungen mit Ministerpräsident *Tschu En-lai* herausgegebenen gemeinsamen Kommuniqué wird eine Vertiefung der wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Beziehungen zwischen Afghanistan und der Volksrepublik China angekündigt.

8. September
In einem Schreiben an den indischen Premierminister, Jawaharlal *Nehru*, schlägt Ministerpräsident *Tschu En-lai* vor, die Grenzstreitigkeiten zwischen der Volksrepublik China und Indien durch Verhandlungen unter Berücksichtigung des historischen Hintergrundes, der bestehenden Gegebenheiten und der Grundsätze der friedlichen Koexistenz beizulegen. Diese Verhandlungen sollten gut vorbereitet werden und Schritt für Schritt erfolgen. Vorläufig sollten beide Staaten den status quo beibehalten. Tschu En-lai erklärt, seine Regierung erkenne die *Mac-Mahon-Linie* nicht an, und wirft Indien vor, sich zahlreicher Grenzverletzungen und Provakationen schuldig gemacht zu haben.

9. September
Der stellvertretende Ministerpräsident *Tschen-Yi* nimmt in einer Erklärung zu dem Beschluß des Sicherheitsrates (vgl. Vereinte Nationen) Stellung, ein Komitee zur Untersuchung der Situation in Laos zu entsenden. Er erklärt, jeder Versuch, sich mit Mitteln der Vereinten Nationen in Laos einzumischen, werde die Spannung in diesem Gebiet verstärken und stehe nicht im Interesse der Lösung des laotischen Problems. Die laotische Regierung solle die Abkommen von Genf und Vientiane befolgen, und die Vereinigten Staaten sollten ihre Basen in Laos verlassen.

17. September
Auf Empfehlung des Staatsrates beschließt der ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses, Verteidigungsminister *Peng Teh-huai*, den Oberbefehlshaber der Armee, General *Huang Ke-cheng*, und den Präsidenten des Obersten Volksgerichtshofes, *Hsien Schueh-tsai*, ihrer Aemter zu entheben. Neuer Verteidigungsminister wird Marschall *Lin-Piao*. Zum Oberbefehlshaber wird der bisherige stellvertretende Ministerpräsident und Minister für öffentliche Sicherheit, *Lo Jui-ching*, ernannt. Das Ministerium für öffentliche Sicherheit übernimmt *Hsieh Fu-chih*. Neuer Präsident des Obersten Volksgerichtshofes wird *Wang Wei-kao*.

30. Oktober
Der sowjetische Ministerpräsident, Nikita S. *Chruschtschow*, trifft zu einem Besuch der Volksrepublik China anläßlich der Festlichkeiten zum 10. Jahrestag der Volksrepublik China ein. Chruschtschow führt mit Staatspräsident *Liu Schao-tschi*, Ministerpräsident *Tschu En-lai* und dem Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei, *Mao Tse-tung*, in Peking vertrauliche Besprechungen.

Indien

1. September
Premierminister Jawaharlal *Nehru* und der pakistanische Präsident, *Ayub Khan*, erörtern in Delhi die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan. In einem Abschlußkommuniqué wird ausgeführt, die beiden Staatsmänner seien übereingekommen, in der Zukunft die Beziehungen zwischen beiden Staaten vernünftiger und planvoller zu gestalten. Schwierigkeiten sollten im beiderseitigen Interesse nach den Rechtsgrundsätzen und im Geiste einer freundschaftlichen Zusammenarbeit gelöst werden.

2. September
Der *Dalai-Lama* erörtert in Delhi mit Staatspräsident Rajendra *Prasad* und Premierminister Jawaharlal *Nehru* aktuelle politische Fragen. Der Dalai-Lama ersucht Nehru, die Tibet-Frage vor die Vereinten Nationen zu bringen. Am 5. September erklärt Nehru vor dem Parlament, eine Auseinandersetzung über Tibet in

den Vereinten Nationen könne nicht zur Entspannung beitragen. Ferner gehöre Tibet rechtlich zur Volksrepublik China und diese sei nicht Mitglied der UNO. Am 7. September wendet sich der Dalai-Lama vor dem Indian Council on World Affairs in Delhi gegen die Auffassung, Tibet sei ein Teil der Volksrepublik China. Die *Simla-Konvention*, die auch die MacMahon-Linie als Nordost-Grenze Indiens festlege, bestätige die Unabhängigkeit Tibets. Wenn Indien an der *MacMahon-Linie* festhalte, müsse es auch die Unabhängigkeit Tibets anerkennen. Am 9. September fordert der Dalai-Lama in einem Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld*, eine sofortige Aktion der Vereinten Nationen in der Tibet-Frage.

7. September
Die Regierung veröffentlicht ein Weißbuch über den indisch-chinesischen Notenwechsel seit 1954, das 97 Noten, Memoranden und Briefe zur Situation in Tibet, Ladakh, Bhutan und an der indischen Nordost-Grenze enthält.

9. September
In Beantwortung des Schreibens des chinesischen Ministerpräsidenten, *Tschu En-lai*, vom 8. September (vgl. Volksrepublik China) erklärt sich Premierminister Jawaharlal *Nehru* bereit, die indischen Truppen aus dem umstrittenen Gebiet zurückzuziehen, wenn China das gleiche tue. Nehru erklärt jedoch, die *MacMahon-Linie* stelle die endgültige Grenze zwischen Indien und dem chinesischen Tibet-Gebiet dar. Indien sei auch unter Gewaltandrohung nicht bereit, seine Truppen aus Gebieten zurückzuziehen, die zu Indien gehörten.

10.—16. September
Besuch des Ministerpräsidenten der Mongolischen Volksrepublik, Yumjagiin *Tsedenbal*. In einem zum Abschluß seiner Besprechungen mit Premierminister Jawaharlal *Nehru* herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, die Regierungschefs hätten die wirtschaftliche Entwicklung ihrer beiden Länder und aktuelle politische Fragen erörtert.

Iran

8. September
Der Schah von Persien, Mohammed Reza *Pahlevi*, erörtert mit dem pakistanischen Außenminister, Manzur *Quadir*, in Teheran Probleme der CENTO.

19.—20. September
Besuch des indischen Premierministers, Jawaharlal *Nehru*. Nehru erörtert in Teheran mit Ministerpräsident Manutscher *Eghbal* aktuelle politische Probleme.

Japan

1. September
Die Regierung beschließt die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Rumänien.

8. September
Die Regierung beschließt die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Bulgarien.

Jordanien

20. September
König *Hussein* ernennt im Verlauf einer Regierungsumbildung Moussa *Nasser* zum Außenminister und den bisherigen Innenminister Wasfi *Mirza* zum neuen Verteidigungsminister.

Laos

4. September
In einer Note an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, *Dag Hammarskjöld*, ersucht die Regierung die Vereinten Nationen um Entsendung von Truppen innerhalb allerkürzester Frist, um der Aggression Einhalt zu bieten und ihre Ausbreitung zu verhindern.

Nord-Vietnam

5. September
In einer Regierungserklärung und in einem dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld*, übermittelten Memorandum werden die Vereinigten Staaten für die gegenwärtige ernste Lage in Laos verantwortlich gemacht. Die Vereinten Nationen werden aufgefordert, das „unbegründete Ersuchen" der laotischen Regierung um Entsendung von UN-Truppen zurückzuweisen. Statt dessen wird die Wiederaufnahme der Tätigkeit

der Genfer Waffenstillstandskommission gefordert.

6. September
In Noten an die Volksrepublik China, Kambodscha und Frankreich werden diese auf die Lage in Laos aufmerksam gemacht und als Teilnehmerstaaten der Genfer Konferenz von 1954 aufgefordert, dringende Maßnahmen zu ergreifen, um eine Wiederaufnahme der Tätigkeit der Internationalen Waffenstillstandskommission zu erreichen.

8. September
Staatspräsident Pham *Van Dong* ersucht in einem Schreiben den indischen Premierminister, Jawaharlal *Nehru,* seinen Einfluß geltend zu machen, um einen Wiederzusammentritt der Genfer Waffenstillstandskommission zu erreichen und den Frieden an der laotischen Grenze wiederherzustellen.

Internationale Organisationen

Organisation der Vereinten Nationen

7. September
Der Sicherheitsrat erörtert das Ersuchen der laotischen Regierung um Entsendung von UN-Streitkräften nach Laos. Der Rat nimmt mit 10 Stimmen gegen die Stimme der Sowjetunion einen von Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten eingebrachten Resolutionsentwurf an, der den Rat zur Ernennung eines aus den Vertretern Argentiniens, Italiens, Japans und Tunesiens bestehenden Unterausschusses ermächtigt, um die vor dem Rat abgegebenen Erklärungen in der Laos-Frage zu prüfen, weitere Erklärungen und Dokumente entgegenzunehmen und solche Untersuchungen durchzuführen, die er für erforderlich hält, sowie dem Sicherheitsrat so schnell wie möglich zu berichten. Obwohl der Präsident des Sicherheitsrates, Egidio *Ortona,* die Abstimmung als eine Verfahrensfrage bezeichnet, die nicht dem Vetorecht unterliege, bezeichnet der sowjetische Delegierte, Arkady A. *Sobolew,* den Beschluß als illegal. Die Sowjetunion könne ihn nicht anerkennen.

11. September
Die aus 81 Nationen bestehende UN-Abrüstungskommission billigt in ihrer 1. Sitzung nach Einsetzung durch die 13. UN-Vollversammlung (vgl. Zeittafel in EA 22—23/1958, Vereinte Nationen) einstimmig einen von den Vier Großmächten ausgearbeiteten Plan zur Schaffung einer Zehn-Mächte-Kommission außerhalb der Vereinten Nationen, die Mittel und Wege untersuchen soll, um mögliche Fortschritte hinsichtlich einer kontrollierten Begrenzung und Reduzierung der Waffen und Streitkräfte zu erreichen.

12. September
Der vom Sicherheitsrat eingesetzte Viermächteausschuß reist nach Laos, um sich an Ort und Stelle über die Lage zu informieren.

15. September
Eröffnung der 14. Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York. Die Versammlung wählt den ehemaligen peruanischen Außenminister Victor *Belaunde* zum Präsidenten.

17. September
In der Generaldebatte der Vollversammlung verurteilt der amerikanische Außenminister, Christian A. *Herter,* jegliche Gewaltanwendung und befürwortet ernsthafte Verhandlungen über die Abrüstungsfrage, die Zusammenarbeit bei der Erforschung des Weltraumes und der Lösung des Berlin-Problems und der Deutschland-Frage. Der britische Außenminister, Selwyn *Lloyd,* unterbreitet der Vollversammlung einen Dreistufenplan zur Abrüstung, der in der ersten Etappe eine Einstellung der Kernwaffenversuche durch ein Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Großbritannien vorsieht. Eine technische Konferenz solle ein Kontrollsystem für die Produktion von Uran und Plutonium für militärische Zwecke ausarbeiten. Ebenfalls ist eine neue Konferenz über die Verhinderung von Ueberraschungsangriffen vorgesehen. In der zweiten Etappe sollen die herkömmlichen Waffen reduziert und die Produktion von Kernwaffen

eingestellt werden. Die vorhandenen Atomvorräte sollen für friedliche Zwecke verwandt und ein Inspektionssystem zur Sicherung gegen Ueberraschungsangriffe errichtet werden. Die dritte Etappe sieht ein Verbot der Produktion von Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen, der Verwendung solcher Waffen und der Verwendung des Weltraumes für militärische Zwecke vor. Am 18. September schlägt der sowjetische Ministerpräsident, Nikita S. *Chruschtschow,* die uneingeschränkte Abrüstung und Abschaffung aller Armeen, Flotten, militärischen Einrichtungen und Generalstäbe innerhalb von vier Jahren vor. Alle Stützpunkte sollen aufgegeben und den Staaten nur noch Polizeistreitkräfte zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung verbleiben. Als erste Maßnahmen solle eine Zone der Kontrolle, Inspektion und Verringerung der Stärke der in Westeuropa stationierten ausländischen Truppen gebildet und in Mitteleuropa eine kernwaffenfreie Zone geschaffen sowie alle ausländischen Militärstützpunkte aufgelöst werden. Zwischen den Staaten der NATO und den Mitgliedern des Warschauer Paktes solle ein Nichtangriffspakt abgeschlossen und ein Abkommen über die Verhütung von Ueberraschungsangriffen ausgearbeitet werden. Am 21. September bringt der österreichische Außenminister, Bruno *Kreisky,* die Südtirol-Frage zur Sprache und erklärt, bei einem unbefriedigenden Verlauf zweiseitiger Verhandlungen mit Italien über Südtirol habe Oesterreich keine andere Wahl, als an die Vereinten Nationen zu appellieren. Die Vollversammlung erörtert ferner die Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen. Der amerikanische Delegierte, Walter *Robertson,* wendet sich gegen eine Aufnahme, da die Politik Chinas den Grundsätzen der UN-Charta widerspreche, und beschuldigt diese einer blutigen Terrorjustiz auf dem chinesischen Festland und in Tibet, während der sowjetische Delegierte, Wasilij *Kusnezow,* ihre Friedensliebe betont. Am 22. September stimmt die Vollversammlung in einer von den Vereinigten Staaten eingebrachten Resolution mit 44 gegen 29 Stimmen bei 9 Enthaltungen einer Empfehlung des Lenkungsausschusses zu, über eine Aufnahme der Volksrepublik China in diesem Jahr nicht zu beraten. Am 23. September erklärt der italienische Außenminister, Giuseppe *Pella,* zu den Ausführungen Kreiskys über Süd-Tirol, er sei verwundert über den österreichischen Schritt, die Frage vor die Vereinten Nationen zu bringen, und erklärt, eine Polemik sei den im Gang befindlichen Verhandlungen nicht dienlich. Am 24. September protestiert der israelische Außenminister, Frau Golda *Meir,* gegen den mit den Prinzipien der freien Welt unvereinbaren Kriegszustand gegen Israel und fordert die Einstellung des Boykotts der israelischen Schiffahrt im Suez-Kanal. Am 30. September erklärt der französische Außenminister, Maurice *Couve de Murville,* eine Erörterung der Algerien-Frage in der Vollversammlung überschreite die Zuständigkeiten der Vereinten Nationen. Couve de Murville verweist auf die in der Algerienerklärung des französischen Staatspräsidenten, Charles *de Gaulle* (vgl. Frankreich), enthaltenen Grundsätze des Selbstbestimmungsrechts für Algerien und erklärt, nach Beendigung der sinnlos gewordenen Kämpfe müßten die Algerier in völliger Freiheit selbst über ihr Schicksal entscheiden.

Arabische Liga

1.—9. September

32. Sitzung des Rates der Arabischen Liga in Casablanca. An der Sitzung nimmt eine Beobachterdelegation der Algerischen Exilregierung teil; der Irak und Tunesien sind nicht vertreten. Am 2. September beschließt der Rat auf Vorschlag des Vertreters der Vereinigten Arabischen Republik, die vom Rat am 12. Oktober 1958 ausgesprochene Verurteilung der tunesischen Regierung (vgl. Zeittafel in EA 22/1958) aufzuheben und die entsprechende Resolution aus dem Sitzungsprotokoll zu streichen. In einer weiteren Resolution wird die Algerische Exilregierung mit dem Status eines Beobachters aufgenommen. In der Resolution wird betont, die Algerien-Frage könne auf friedlichem Wege nur durch Verhandlungen mit der Algerischen Exilregierung gelöst werden.

Europäische Gemeinschaften

11. September

Tagung des Ministerrates der EWG und der Euratom in Brüssel. Der Rat beschließt, den Wunsch der Türkei nach einer wirtschaftlichen Assoziierung mit dem Gemeinsamen Markt wohlwollend zur Kenntnis zu nehmen. Der EWG-Kommission wird der Auftrag erteilt, mit der türkischen Regierung zur Klärung der gegenseitigen Standpunkte Fühlung aufzunehmen.

14. September

Der bisherige Vizepräsident der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Piero *Malvestiti* (Italien), wird im schriftlichen Verfahren von den sechs Regierungen zum Präsidenten der Hohen Behörde der Montanunion ernannt. Die beiden bisherigen Vizepräsidenten, Dirk *Spierenburg* (Niederlande) und Albert *Coppé* (Belgien), werden in ihren Aemtern bestätigt. Am 15. September gibt der Ministerrat die Neubesetzung der Hohen Behörde bekannt, der außer Malvestiti, Spierenburg und Coppé Albert *Wehrer* (Luxemburg), Paul *Finet* (Belgien), Heinz *Potthoff* und Fritz *Hellwig* (Bundesrepublik Deutschland) sowie Roger *Reynaud* und Pierre-Olivier *Lapie* (Frankreich) angehören.

22.—25. September

Tagung des Europäischen Parlamentes in Straßburg. Am 24. September legt der Präsident der Kommission der EWG, Walter *Hallstein*, dem Parlament eine vom Sonderausschuß zur Prüfung der Fragen betreffend eine europäische Wirtschaftsassoziation ausgearbeitete Denkschrift über die Außenwirtschaftspolitik der EWG vor. Seit der Vorlage des ersten Memorandums sei es trotz angestrengter Bemühungen nicht gelungen, innerhalb der Gemeinschaft zu einer einheitlichen Auffassung hinsichtlich einer Europäischen Wirtschaftsassoziation zu kommen und eine Antwort auf die Frage zu finden, wie sich das Verhältnis der EWG zu ihren europäischen Nachbarn gestalten solle. Nach Auffassung der Kommission könne die Assoziationsfrage nur als Stück einer progressiven Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft gegenüber der Außenwelt schrittweise gelöst werden. Das Problem sei nicht mit einem Schlag total zu lösen, wolle man nicht ähnliche Enttäuschungen wie im Dezember 1958 riskieren. Ferner müsse man sich darüber klar sein, daß es mehr als eine richtige Form der Assoziierung gebe. Als konkrete Maßnahmen werden ein schrittweiser Abbau der mengenmäßigen Beschränkungen für Industrieerzeugnisse gegenüber der ganzen Welt, die Ausdehnung der für den 1. Juli 1960 geplanten EWG-Zollsenkung um 10 vH auf dritte Länder und die Harmonisierung der Konjunkturpolitik und Beteiligung an weltweiten Hilfsprogrammen für die Entwicklungsländer sowie eine beschleunigte Konsolidierung des inneren Aufbaus der EWG und regelmäßige Konsultationen zwischen der EWG, Großbritannien und den Vereinigten Staaten vorgeschlagen. Zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten wird die Bildung eines Kontaktausschusses aus Sprechern der Gemeinschaft und den andern europäischen Staaten und Staatengruppen vorgeschlagen. Das Parlament verabschiedet eine Reihe von Resolutionen, in denen u. a. ein Ausbau der gemeinsamen Handelspolitik zwischen den Mitgliedstaaten des Gemeinsamen Marktes gefordert wird. Die Hohe Behörde der Montanunion wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der Kommission des Gemeinsamen Marktes und der Euratom eine gemeinsame Energiepolitik auszuarbeiten.

Europarat

7.—10. September

Tagung des Rates der Ministerstellvertreter in Straßburg. Der Rat beschließt die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung des Rechtes der Berufsausübung, der Universitätstitel und der technischen Diplome in den Mitgliedstaaten sowie einer Kommission zur Vorbereitung eines Europäischen Konsularabkommens.

14.—18. September

In Straßburg findet der 2. Teil der 11. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung statt. Die Versammlung erörtert Fragen der Rationalisierung der verschie-

denen Europäischen Organisationen sowie des Sitzes der europäischen Institutionen. In einer am 17. September einstimmig angenommenen Resolution wird den Regierungen der Mitgliedstaaten empfohlen, bis zum 31. März 1960 eine Absichtserklärung zu unterzeichnen, in der allgemeine Grundsätze für ein Abkommen über eine europäische Wirtschaftsassoziierung festgelegt werden, um eine wirtschaftliche Spaltung Europas in eine Sechser- und eine Siebenergruppe unter Benachteiligung der keiner Gruppe angehörenden Mitglieder der OEEC zu verhindern. Die Versammlung empfiehlt, die Verhandlungen für ein solches Abkommen, das am 1. Januar 1962 in Kraft treten solle, innerhalb der OEEC zu führen. Die Versammlung nimmt eine Empfehlung des Rechtsausschusses an, zwischenstaatliche Minderheitenkonflikte dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag zur Entscheidung vorzulegen, falls zweiseitige Verhandlungen erfolglos bleiben. In einer am 18. September angenommenen Resolution werden die Westmächte aufgefordert, ihre Rechte und Verpflichtungen in Berlin zu wahren und sich um ein Abkommen für eine allgemeine kontrollierte Abrüstung zu bemühen.

14.—19. September

Tagung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg. Der Gerichtshof wählt den früheren Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag, Lord *McNair,* zu seinem Präsidenten.

Mittelpakt-Organisation (CENTO)

9.—10. September

Tagung des Militärausschusses in London. In einem Abschlußkommuniqué heißt es, auf dem Gebiete der militärischen Planung sowie über Projekte des Nachrichtenwesens, des meteorologischen Dienstes und über die gemeinsame Ausbildung der Truppen sei eine sehr befriedigende Uebereinstimmung erzielt worden.

Nordatlantikpakt-Organisation (NATO)

3. September

Der amerikanische Präsident, Dwight D. *Eisenhower,* besucht während seines Aufenthaltes in Paris (vgl. Frankreich) eine Sondersitzung des Ständigen NATO-Rates. In Anwesenheit der Außenminister Frankreichs, Italiens, Belgiens und der Türkei erklärt Eisenhower, sein Erscheinen sei ein Beweis für die Bedeutung, die er und sein Land dem Rat zumäßen. Die Vereinigten Staaten strebten keine Sonderstellung in der NATO an; als gleichberechtigter Partner seien sie bereit, mit allen Mitgliedstaaten ohne Rücksicht auf deren Größe zusammenzuarbeiten. Am Nachmittag stattet Präsident Eisenhower dem Hauptquartier der NATO-Streitkräfte in Europa (SHAPE) in Fontainebleau einen Besuch ab.

4. September

Der amerikanische Außenminister, Christian A. *Herter,* gibt vor dem Ständigen NATO-Rat in Paris einen Ueberblick über die Ost-West-Beziehungen im Hinblick auf den bevorstehenden sowjetisch-amerikanischen Besuchsaustausch sowie über die Besprechungen des amerikanischen Präsidenten, Dwight D. *Eisenhower,* in Bonn, London und Paris. Herter versichert erneut, Eisenhower werde mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow,* keine einseitigen Verhandlungen über weltpolitische Fragen führen. Ferner erörtert Herter die Möglichkeiten einer Gipfelkonferenz, Fragen der Weiterführung der Genfer Konferenz zur kontrollierten Einstellung der Kernwaffenversuche und Fortschritte auf dem Gebiet einer kontrollierten Abrüstung. In einer allgemeinen Diskussion begrüßen die Ratsmitglieder die amerikanische Initiative und die Einladung Chruschtschows in die Vereinigten Staaten, warnen jedoch davor, voreilige Hoffnungen zu hegen oder zu glauben, der Austausch von Besuchen allein könne schon zur Entspannung führen.

Nordischer Rat

3.—4. September

Tagung der Außenminister in Reykjavik. In einem am 5. September herausgegebenen Kommuniqué geben die Außenminister ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die in letzter Zeit unternommenen Versuche zur Verbesserung der gegenseitigen Beziehun-

gen zwischen den Völkern zu einer Entspannung beitragen werden. Ferner hätten die Minister die Erweiterung der Fischfangzone Islands erörtert.

Südostasienpakt-Organisation (SEATO)

6. September
Der laotische Außenminister *Kamp Han Panya* informiert in Bangkok den Generalsekretär der SEATO, Pote *Sarasin*, über die Lage in Laos.

11. September
Der SEATO-Rat erörtert in Bangkok die Lage in Laos. In einem zum Abschluß der Tagung herausgegebenen Kommuniqué wird der Besorgnis über die Lage in Laos Ausdruck gegeben und die Einsetzung einer Untersuchungskommission durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen begrüßt.

28. September
Der Ministerrat der SEATO erörtert auf einer Sondersitzung in Washington die Lage in Laos. In einem Abschlußkommuniqué wird ausgeführt, die Mitglieder seien übereingekommen, weitere Aktionen der Vereinten Nationen zur Stabilisierung des Friedens in Laos zu unterstützen. Sie würden aufmerksam alle Entwicklungen verfolgen, die den Frieden und die Sicherheit im Paktgebiet bedrohten, und seien entschlossen, ihren Vertragsverpflichtungen nachzukommen.

Weltbank

15. September
Der Präsident der Weltbank, Eugene R. *Black*, gibt eine Erhöhung des Kapitals der Weltbank von 10 Milliarden Dollar auf 21 Milliarden Dollar bekannt.

Interparlamentarische Union

4. September
In Warschau wird die seit dem 27. August andauernde 48. Jahrestagung der Interparlamentarischen Union beendet. Im Mittelpunkt der Tagung standen Fragen der Entspannung und der Abrüstung. Am 28. August bezeichnete der Leiter der deutschen Delegation, Hermann *Kopf*, das „Dritte Reich" als das traurigste Kapitel der deutschen Geschichte und betont, daß es in Deutschland weder offen noch versteckt revanchistische Kräfte gebe und daß die deutsche Politik auf die Erhaltung des Friedens ausgerichtet sei. Die Mitgliedschaft in der NATO und die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik stehe damit nicht in Widerspruch. Kopf erklärte, mit einer Wiedervereinigung in Uebereinstimmung mit dem freien Willen der Deutschen würde ein wesentlicher Faktor der Beunruhigung aus dem Wege geräumt sein. Im Namen der SPD bedauerte Karl *Mommer*, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht schon längst ihre Beziehungen zu Polen normalisiert habe. Unter Berufung auf das Potsdamer Abkommen betonte Mommer, daß die Grenze erst bei einer endgültigen Friedensregelung festgelegt werden sollte. Er unterstrich, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit einem deutschen Staat die Lösung dieser „unglücklichen Grenzfrage" erleichtern würde. Der polnische Außenminister, Adam *Rapacki*, befürwortete erneut seinen Plan zur Entspannung in Mitteleuropa. Der polnische Staatspräsident, Aleksander *Zawadski*, ersucht angesichts des Wettrüstens und der Drohung einer Bewaffnung der Bundesrepublik mit Kernwaffen um Verständnis für „die tiefe Besorgnis einer Nation, die so sehr mit dem friedlichen Wiederaufbau beschäftigt sei". Polen werde keine Mühen für einen eigenen Beitrag zur internationalen Entspannung und zur Erhaltung des Friedens scheuen. Zum Abschluß seiner Tagung billigt der Kongreß einstimmig eine Reihe von Resolutionen zur Abrüstung, zur Respektierung der Neutralität, für den Abbau von Handelshindernissen, für Maßnahmen gegen Kriegspropaganda und zum Schutz der Persönlichkeitsrechte.

Europa-Union

4. September
In Köln findet die konstituierende Sitzung des Kuratoriums des Bildungswerkes Europäische Politik statt. Zum Vorsitzenden des Kuratoriums wird Professor Arnold *Bergsträßer* (Freiburg) gewählt.

Zeittafel vom 1. bis zum 15. Oktober 1959

Die Ereignisse in Europa

Deutschland

1. Oktober

Die Volkskammer der DDR richtet an den Bundestag eine Entschließung, in der ein gemeinsames Eintreten der beiden deutschen Staaten für eine sofortige Beendigung der Kernwaffenversuche, der Verzicht auf eine atomare Rüstung, eine Verringerung der Streitkräfte, der Verzicht auf die Wehrpflicht und der Abzug der ausländischen Streitkräfte gefordert werden. Beide Staaten sollten ihre Bereitschaft zur Mitwirkung an der Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und zur Bildung eines paritätisch zusammengesetzten Ausschusses aus Vertretern beider Regierungen erklären, der den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland vorbereiten, die Erweiterung von Kontakten zwischen den beiden deutschen Staaten prüfen und die Voraussetzungen einer Wiedervereinigung schaffen solle.

1.—4. Oktober

In Bad Godesberg findet ein von der Atlantik-Brücke e. V. veranstaltetes deutsch-amerikanisches Gespräch statt. Der amerikanische Professor Henry A. *Kissinger* fordert eine Verstärkung der NATO-Schildstreitkräfte und erklärt, Lücken im Verteidigungssystem der freien Welt bedeuteten eine Gefährdung des Friedens. Auch der Frankfurter Publizist Adalbert *Weinstein* vertritt die These, jede Verstärkung der konventionellen Streitkräfte erhöhe die Chance, daß im Kriegsfalle keine atomaren Waffen angewendet würden. Bei einem teilweisen Abzug alliierter Truppen aus der Bundesrepublik werde es notwendig, die Bundeswehr mit taktischen Kernwaffen auszurüsten In zwei Arbeitsgruppen erörtern die Gesprächsteilnehmer die politischen und militärischen sowie die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Aspekte der Ost-West-Spannung. In einer Auseinandersetzung mit den Äußerungen *Weinsteins* lehnen die Gesprächspartner eine Ausrüstung der Bundeswehr mit strategischen Kernwaffen ab. Bei einer Diskussion des Verhältnisses zwischen Deutschland und dem westlichen Bündnis wird von einem Teil der Gesprächspartner hervorgehoben, daß ein Sicherheitssystem nicht denkbar sei, welches Deutschland den gegenwärtigen Grad von Sicherheit gewährleiste, ohne daß sich die Bundesrepublik an diesem Sicherheitssystem in der bisherigen Weise beteilige, während sich die Befürworter eines Disengagement von diesem auf längere Sicht politische Möglichkeiten für eine Wiedervereinigung erhoffen. Von verschiedenen Teilnehmern, insbesondere von dem früheren amerikanischen Außenminister Dean *Acheson*, wird eine Stärkung des bestehenden Bündnisses befürwortet und die Möglichkeit einer erweiterten Atlantischen Gemeinschaft erörtert, die politische und wirtschaftliche Ziele haben und in die auch bisher nicht der NATO angehörende Staaten einbezogen werden sollten. Ferner werden eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Organisationen sowie gemeinsame Hilfsprogramme für die Entwicklungsländer erörtert.

2. Oktober

Der portugiesische Außenminister, Marcello *Mathias*, beendet einen fünftägigen Besuch in der Bundesrepublik. Mathias führte mit Bundeskanzler Konrad *Adenauer* und Bundesaußenminister Heinrich *von Brentano* einen Meinungsaustausch über die weltpolitische Lage und die deutsch-portugiesischen Beziehungen. In einem Abschlußkommuniqué werden eine Verstärkung der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit sowie der Abschluß eines Kulturabkommens angekündigt.

6. Oktober

Die Ost-Berliner Behörden hissen auf den der Reichsbahnverwaltung unterstehenden S-Bahnhöfen West-Berlins die Flagge der DDR. Bei der Entfernung dieser Flaggen durch West-Berliner Polizei kommt es zu

Zusammenstößen. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy *Brandt,* wendet sich an die westlichen Stadtkommandanten mit der Bitte um Intervention bei dem sowjetischen Stadtkommandanten. Am 8. Oktober werden die Flaggen zurückgezogen.

7. Oktober

Auf einer Kundgebung zum 10. Jahrestag der DDR fordert der Erste Sekretär der SED, Walter *Ulbricht,* eine Normalisierung der Lage von West-Berlin und verweist auf das Beispiel der Vatikanstadt. Das Vatikan-Statut sehe vor, daß der Vatikan die Gesetze des italienischen Staates einhalte, während dieser ihm freie Verbindungswege garantiere.

Bundeskanzler Konrad *Adenauer* unterstützt in einem Interview mit der Pariser Zeitung *Le Monde* die Algerienerklärung des französischen Staatspräsidenten, Charles *de Gaulle,* vom 16. September (vgl. Zeittafel in EA 19—20/1959, Frankreich) und erklärt, ein Sieg der Aufständischen könne Algerien in die kommunistische Einflußsphäre bringen. Adenauer befürwortet eine Vermittlung durch den tunesischen Staatspräsidenten, Habib *Bourguiba.* Zur Berlin-Frage erklärt *Adenauer,* er halte zunächst weitere Verhandlungen auf einer „mittleren Ebene" für wünschenswert. Das wichtigste Problem sei seiner Meinung nach das Abrüstungsproblem, der Vorschlag des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow,* vor den Vereinten Nationen am 18. September (vgl. den Wortlaut auf S. D 310) solle daher von den Westmächten ernst genommen werden. Auf eine Frage zur Oder-Neiße-Linie lehnt *Adenauer* eine Anerkennung derselben durch die Bundesrepublik ab, da die polnische Regierung Deutschland keine Gegenleistungen geben könne, solange Deutschland geteilt sei. Auch habe die BRD keine gemeinsame Grenze mit Polen.

9. Oktober

Bundesverteidigungsminister Franz Josef *Strauß* erklärt in Bonn vor Journalisten, er halte eine erste Zone der Truppenverminderung, Inspektion und Kontrolle in Europa als Teil eines sich über die ganze Erde vollziehenden stufenweisen Abrüstungsprogramms für durchaus möglich. Es dürfe jedoch nicht bei dieser ersten Phase bleiben, da eine Kontroll- und Inspektionszone in Europa allein bei dem derzeitigen Stand der Fernwaffen nicht genüge. Die Bundesrepublik werde sich den Abrüstungsvereinbarungen der großen Mächte ohne Wünsche auf eine bestimmte eigene militärische Stärke unterwerfen. Es könne jedoch keine auf das Bundesgebiet oder einen Teil des Bundesgebietes beschränkte Inspektions- oder Kontrollzone geben.

13. Oktober

Bundeskanzler Konrad *Adenauer* erklärt vor der Auslandspresse in Bad Godesberg, eine Gipfelkonferenz erfordere sehr sorgfältige Vorbereitungen. Die Westmächte könnten nicht auf eine solche Konferenz gehen, ohne unter sich vollkommene Einigkeit und Uebereinstimmung festgestellt zu haben. Man werde sich schließlich auf einer Gipfelkonferenz damit begnügen müssen, die Atmosphäre für weitere Verhandlungen auf Außenminister-Ebene zu bereiten. Zu den deutsch-britischen Differenzen erklärt Adenauer, die sechs Staaten der EWG seien bereit, Großbritannien auf wirtschaftlichem Gebiet so weit entgegenzukommen, wie es möglich sei, ohne die politische Zielsetzung der EWG anzutasten. Zum Rapacki-Plan, dem andern Punkt unterschiedlicher Auffassungen, erklärt Adenauer, die Bundesrepublik werde sich niemals einer auf Deutschland oder Teile Europas beschränkten Abrüstungskontrolle unterwerfen. Eine mindere Bewaffnung der Bundesrepublik würde das Ende der NATO bedeuten. Adenauer betont jedoch, daß sich die Bundesrepublik einer allgemeinen Abrüstung unterwerfen werde. Sie wende sich jedoch gegen eine politische Deklassierung.

15. Oktober

Der Präsident der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Walter *Hallstein,* berichtet der Bundesregierung über den Aufbau der Gemeinschaft und ihre weitere Entwicklung. Im Anschluß an diesen Bericht erörtert das Kabinett Fragen der deutschen Europapolitik. Ein Sprecher der Regierung erklärt, die Bun-

desregierung trete für eine möglichst weitgehende Freizügigkeit im Wirtschaftsaustausch zwischen den Ländern der EWG und anderen Staaten ein. Sie unterstreiche aber auch die Notwendigkeit der weiteren Festigung der Gemeinschaft als Ausdruck der Einigung Europas.

Frankreich

8. Oktober
Staatspräsident Charles *de Gaulle* empfängt in Paris den marokkanischen Kronprinzen *Mulay Hassan* zu einer Unterredung.

11. Oktober
Außenminister Maurice *Couve de Murville* erklärt in einem Interview mit der amerikanischen Rundfunk- und Fernsehstation CBS, Frankreich sei bereit, mit allen in Algerien Kämpfenden über einen Waffenstillstand zu diskutieren, also auch mit Vertretern der FLN.

13. Oktober
Premierminister Michel *Debré* bekräftigt in einer Regierungserklärung vor der Nationalversammlung die Bereitschaft der Regierung, mit Vertretern der FLN über eine Einstellung der Feindseligkeiten zu verhandeln. Debré befürwortet ferner eine Gipfelkonferenz unter der Bedingung, daß sie gut vorbereitet werde. In der Deutschland-Frage tritt Debré für eine Bewahrung des derzeitigen Zustandes ein. Dazu gehöre eine Achtung aller Grenzen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie.

Griechenland

7. Oktober
Der Führer der griechischen Bevölkerungsgruppe auf Cypern, Erzbischof Myiarthes *Makarios,* hat auf der Insel Rhodos eine Aussprache mit dem ehemaligen Leiter der cypriotischen Untergrundorganisation EOKA, *Grivas. Makarios* erklärt nach der Aussprache, alle Mißverständnisse zwischen ihm und *Grivas* seien nun beigelegt.

Großbritannien

8. Oktober
Bei den Unterhauswahlen erhalten die Konservativen 49,4 vH der abgegebenen Stimmen und 365 Sitze, die Labour Party 43,9 vH Stimmen und 258 Sitze, die Liberalen 5,8 vH Stimmen und 6 Sitze. Ein Sitz fällt an einen unabhängigen Kandidaten. Am 14. Oktober gibt Premierminister Harold *Macmillan* die Zusammensetzung der neuen Regierung bekannt: Außenminister: Selwyn *Lloyd;* Innenminister: Richard *Butler;* Schatzkanzler: D. H. *Heathcoat Amory;* Kolonialminister: Iain *Macleod; Handelsminister:* Reginald *Maudling;* Verteidigungsminister: Harold *Watkinson;* Minister für Erziehung und Wissenschaft: Sir David *Eccles;* Minister für Zivilluftfahrt: Duncan *Sandys;* Minister für Commonwealth-Beziehungen: Lord *Home;* Arbeitsminister: Edward *Heath;* Verkehrsminister: Ernest *Maples;* Lordsiegelbewahrer: Lord *Hailsham;* Generalzahlmeister: Lord *Mills;* Lordkanzler: Viscount *Kilmuir;* Landwirtschaftsminister: John *Hare;* Wohnungsbauminister: Henry *Brooke;* Minister für schottische Angelegenheiten: John *Maclay;* Kanzler des Herzogtums Lancaster: Charles *Hill.*

Sowjetunion

3. Oktober
Die Regierung beschuldigt in einer Note an die britische Regierung diese der Verletzung des Genfer Abkommens über Indochina, da sie ohne Konsultation der Sowjetunion Kambodscha die Liquidierung der Kontrollkommission für Kambodscha vorgeschlagen habe.

5. Oktober
Die Regierung veröffentlicht eine vom 30. September datierte Note, in der sie sich in Beantwortung einer britischen Note vom 24. September damit einverstanden erklärt, die Wiederaufnahme der Konferenz über die kontrollierte Einstellung der Kernwaffenversuche vom 12. auf den 24. Oktober zu verschieben.

5.—15. Oktober
Staatsbesuch des österreichischen Bundespräsidenten, Adolf *Schärf.* Am 6. Oktober wird Schärf von Staatspräsident Kliment *Woroschilow* in Moskau empfangen. Am 13. Oktober trifft *Schärf* zu einer Unterredung mit Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* zusammen. In einer Rede vor der Sowjetisch-Oesterreichischen Gesellschaft erklärt *Schärf,* Oesterreich könne und wolle nicht in die Auseinandersetzun-

gen der großen Mächte eingreifen. Oesterreich halte sich jedoch stets bereit, bei der Milderung der Spannungen mitzuhelfen. Staatspräsident *Woroschilow* weist auf die Rolle hin, die Oesterreich als eine Brücke zwischen Ost und West spielen könne. Am 14. Oktober erörtert der österreichische Außenminister, Bruno *Kreisky*, mit Außenminister Andrej A. *Gromyko* Fragen der sowjetisch-österreichischen Beziehungen.

10. Oktober
Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* erklärt in einer Rede in Nowosibirsk, sein Besuch in den USA habe ihm gezeigt, daß die Mehrheit des amerikanischen Volkes keinen Krieg wolle. Die Erfolge der Sowjetunion und die Entwicklung des sozialistischen Systems in der Welt seien eine Tatsache, die bei der Lösung internationaler Probleme nicht übersehen werden könne. Die friedliche Koexistenz müsse jedoch richtig verstanden werden. Sie bedeute die Fortsetzung des Kampfes zwischen zwei sozialen Systemen, der jedoch mit friedlichen Mitteln, ohne Krieg und ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates, geführt werde. Es handele sich um einen wirtschaftlichen, politischen und ideologischen, nicht jedoch militärischen Kampf.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Ghana

4. Oktober
Ghana und die Volksrepublik China beschließen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

Marokko

14. Oktober
Der Chef der algerischen Exilregierung, Ferhat *Abbas*, führt in Rabat Besprechungen mit König *Mohammed V.* und Kronprinz *Moulay Hassan.*

Tunesien

1. Oktober
Staatspräsident Habib *Bourguiba* tritt in einer Rundfunkansprache für Verhandlungen zwischen Vertretern der französischen Regierung und der algerischen Exilregierung ein. Tunesien sei bereit, in einer gemeinsamen Aktion mit König *Mohammed V.* von Marokko zu einer Verständigung über das Algerien-Problem beizutragen. Er erklärt seine Bereitschaft zu einem Zusammentreffen mit *de Gaulle.*

Vereinigte Arabische Republik

6. Oktober
In einem zum Abschluß der Besprechungen zwischen Staatspräsident Gamal Abdel *Nasser* und dem burmesischen Ministerpräsidenten, General *Ne Win*, herausgegebenen Kommuniqué bekunden beide Staatsmänner ihre Treue zu der Erklärung von Bandung und appellieren an alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, die Algerien-Frage friedlich zu lösen.

AMERIKA

Vereinigte Staaten

4. Oktober
Der italienische Ministerpräsident, Antonio *Segni*, beendet einen fünftägigen Besuch in den Vereinigten Staaten. Segni erörterte am 30. September mit Präsident Dwight D. *Eisenhower* in Washington die internationale Lage. In einem Abschlußkommuniqué wird ausgeführt, Segni und Eisenhower stimmten darin überein, daß sich der Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, für die Sache des Friedens als nützlich erwiesen habe. In dem Kommuniqué wird erklärt, die Vereinigten Staaten träten auch weiterhin für eine Teilnahme Italiens an den großen internationalen Fragen ein. *Eisenhower* und *Segni* betonen, daß die gegenwärtige internationale Lage kein Nachlassen der westlichen Verteidigungsanstrengungen zulasse, und bekräftigen ihre Ueberzeugung, daß die vereinte Stärke und die gemeinsamen Maßnahmen der souveränen Staaten der NATO die Gewähr für den Frieden und die Sicherheit der freien Welt seien. Trotzdem sollten alle Anstrengungen für eine kontrollierte Abrüstung unternommen werden. Am 1. und 2. Oktober führten *Segni* und der italienische Außenminister, Giuseppe

Pella, Besprechungen mit Außenminister Christian A. *Herter*, bei denen u. a. die Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit bei der Hilfe für die unterentwickelten Völker erörtert wurde. In einer Rede vor dem National Press Club in Washington wendete sich *Segni* gegen eine Abrüstung, die nicht mit einem wirksamen Kontrollsystem verbunden sei.

6. Oktober
Außenminister Christian A. *Herter* erklärt auf einer Pressekonferenz in New York, der Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, habe dazu beigetragen, die Spannungen zu mildern und jede Drohung in Hinblick auf künftige Verhandlungen zu beseitigen. Den konkreten Wert dieses Besuches könne allerdings erst die Zukunft erweisen. Ohne Zweifel sei Chruschtschow das Abrüstungsproblem besonders wichtig. In der Berlin-Frage seien keine Einzelheiten und kein neuer Vorschlag erörtert worden. Die Haltung der Vereinigten Staaten bleibe unverändert. Die Erklärung *Eisenhowers* vom 28. September (vgl. Zeittafel in EA 19—20/1959), die Lage in Berlin sei anomal, entspreche durchaus der bisher von den Westmächten vertretenen Ansicht.

7. Oktober
Der polnische Außenminister, Adam *Rapacki*, erörtert in Washington mit Außenminister Christian A. *Herter* beide Regierungen interessierende Probleme und führt mit ihm einen Gedankenaustausch über die internationale Lage.

9. Oktober
Präsident Dwight D. *Eisenhower* empfängt den anläßlich der CENTO-Tagung in Washington weilenden iranischen Ministerpräsidenten, Manouchehr *Eghbal*, den türkischen Ministerpräsidenten, Adnan *Menderes*, und den pakistanischen Außenminister, Manzur *Qadir*, zu getrennten Besprechungen. In einem vom Weißen Haus herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, *Eisenhower* habe erklärt, die standhafte Haltung des Irans angesichts der Propagandaangriffe in den vergangenen Monaten habe die Bewunderung der Freien Welt erregt. Die Vereinigten Staaten würden stets die gemeinsamen Anstrengungen des Irans und der übrigen freien Staaten zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit unterstützen.

15. Oktober
Der marokkanische Ministerpräsident, Abdullah *Ibrahim*, erörtert mit Präsident Dwight D. *Eisenhower* in Washington die Zukunft der amerikanischen Militärstützpunkte in Marokko.

ASIEN

Volksrepublik China

1. Oktober
Verteidigungsminister *Lin Piao* erklärt in einem Tagesbefehl zum 10. Jahrestag der Volksrepublik China, China verfüge über eine mit modernsten Waffen ausgerüstete Armee, deren Ziel die Verteidigung der Heimat und der Schutz des sozialistischen Aufbaus sei. Die Volksrepublik sei entschlossen, Formosa, die Peskadoren-Inseln und die von den Nationalisten besetzten Küsteninseln zu befreien. Ferner wird in dem Tagesbefehl die führende Stellung der Sowjetunion innerhalb des sozialistischen Lagers hervorgehoben.

4. Oktober
Der sowjetische Ministerpräsident, Nikita S. *Chruschtschow*, beendet einen fünftägigen Besuch in der Volksrepublik China (vgl. Zeittafel in EA 19—20/1959). Auf einem Empfang anläßlich der Feiern zum 10. Jahrestag der Volksrepublik China erklärte Chruschtschow u. a., schon jetzt seien die Kräfte des Sozialismus so groß, daß reale Möglichkeiten bestünden, Kriege als Mittel einer Regelung internationaler Streitigkeiten auszuschließen. Es sei nicht zu bestreiten, daß auf der Welt zwei Systeme — das kapitalistische und das sozialistische — bestünden. Diese Tatsache habe auch der amerikanische Präsident, Dwight D. *Eisenhower*, anerkannt. Es gelte deshalb, alles zu tun, um Kriege als Mittel einer Regelung strittiger Fragen auszuschließen und diese Fragen im Wege von Verhandlungen zu lösen. Die Staatsmänner der kapitalistischen Länder könnten nicht umhin, einem so entscheidenden Faktor unserer Zeit, wie dem Bestehen

des mächtigen weltweiten Lagers des Sozialismus, Rechnung zu tragen. Es gebe nur einen Weg, den Frieden zu erhalten — den Weg der friedlichen Koexistenz der Staaten mit verschiedenen sozialen Systemen. *Chruschtschow* forderte eine realistische Denkweise und eine richtige Beurteilung der gegenwärtigen Lage. Die Stärke des sozialistischen Lagers bedeute nicht, daß es durch Gewalt die Stabilität der kapitalistischen Ordnung auf die Probe stellen solle. Man dürfe selbst eine so hochsinnige und fortschrittliche Ordnung wie den Sozialismus nicht entgegen dem Willen des Volkes diesem mit Waffengewalt aufzwingen. Deshalb konzentrierten die sozialistischen Länder ihre Bemühungen auf den friedlichen Aufbau. Am 2. Oktober führte *Chruschtschow* Besprechungen mit dem Vorsitzenden des ZK der Kommunistischen Partei Chinas, *Mao Tse-tung*, Staatspräsident *Liu Schao-tschi* und Ministerpräsident *Tschu En-lai*, an denen auch der sowjetische Außenminister, Andrej A. *Gromyko*, und das Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets, Mikhail A. *Suslow*, teilnahmen. Ueber die Besprechungen wurde kein Kommuniqué herausgegeben. Am 3. Oktober hatte *Chruschtschow* eine Unterredung mit dem Staatspräsidenten der Volksrepublik Nord-Vietnam, *Ho Tschi-minh*. In einer Abschiedsansprache erklärte *Chruschtschow*, die Sowjetunion fühle sich als Bruder und Verbündeter des chinesischen Volkes. Die Sowjetunion werde auch künftig alles zur Stärkung dieser Freundschaft tun.

Die Volksrepublik China und Ghana beschließen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

14. Oktober
Auf der 10. Plenarsitzung des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses in Peking gibt der *Pantschen-Lama* einen Bericht über die Erfolge der demokratischen Reform in Tibet und wendet sich gegen eine Behandlung der Tibet-Frage durch die Vereinten Nationen.

Indien

3. Oktober
Premierminister Jawaharlal *Nehru* erklärt in einem Antwortschreiben auf die persönliche Botschaft des chinesischen Ministerpräsidenten, *Tschu En-lai*, vom 8. September (vgl. Zeittafel in EA 19—20/1959, Volksrepublik China) seine Bereitschaft, die Grenzangelegenheiten auf friedliche Weise durch Verhandlungen zwischen Indien und der Volksrepublik China zu regeln. Verhandlungen könnten jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn China seine widerrechtlich eingedrungenen Truppen aus den umstrittenen Gebieten zurückziehe und von weiteren Drohungen Abstand nehme.

8.—9. Oktober
Der burmesische Ministerpräsident, General *Ne Win*, und Premierminister Jawaharlal *Nehru* erörtern in Neu-Delhi die chinesischen Grenzforderungen (vgl. Zeittafel in EA 19—20/1959, Volksrepublik China).

Irak

7. Oktober
Auf Ministerpräsident Abdul Karim *Kassem* wird in Bagdad ein Attentat verübt. *Kassem* wird dabei durch mehrere Schüsse verletzt.

Korea (Nord)

6.—10. Oktober
Besuch des tschechoslowakischen Staatspräsidenten, Antonin *Novotny*, in der Volksrepublik Korea. In einem Abschlußkommuniqué wird ausgeführt, Novotny habe mit Vertretern der koreanischen Regierung die internationale Lage, Fragen der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern und den Austausch von Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus erörtert.

Mongolei

11.—13. Oktober
Besuch des tschechoslowakischen Staatspräsidenten, Antonin *Novotny*. In einem Abschlußkommuniqué wird der gemeinsame Kampf beider Staaten gegen deutschen Militarismus und Revanchismus betont. Ferner wird die Einmischung „aggressiver imperialistischer Kreise“ in die inneren Angelegenheiten der asiatischen Länder verurteilt.

Internationale Organisationen

Organisation der Vereinten Nationen

2.—12. Oktober

In Fortführung der Generaldebatte (vgl. Zeittafel in EA 19—20/1959) fordert der polnische Außenminister, Adam *Rapacki*, eine Anerkennung des Vorhandenseins zweier deutscher Staaten. Eine Lösung des Deutschland-Problems könne nur durch eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten erfolgen. Am 5. Oktober beschuldigt der Außenminister der Vereinigten Arabischen Republik, Mahmud *Fawzi*, Israel, durch das Verlangen auf freie Durchfahrt durch den Suez-Kanal künstlich eine Krise zu erzeugen. Die VAR sei zu Verhandlungen über eine Aufhebung der Blockade israelischer Güter bereit, wenn die Rechte der arabischen Palästinaflüchtlinge anerkannt würden. Der israelische Delegierte, Arthur *Lourie*, erklärt, seine Regierung sei zur sofortigen Aufnahme von Verhandlungen zur Regelung aller offenen arabisch-israelischen Probleme bereit, und zwar ohne jede Vorbedingungen. Am 6. Oktober nimmt der sowjetische Delegierte bei den Vereinten Nationen, der Erste Stellvertretende Außenminister, Wassilij W. *Kusnezow*, zu der Abrüstungserklärung des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, vom 18. September (vgl. den Wortlaut auf S. D 306) Stellung und erklärt zu der geäußerten Kritik, daß die Abrüstungsvorschläge nicht mit einem entsprechenden Kontrollsystem gekoppelt seien. Die Sowjetunion trete seit jeher bei all ihren Abrüstungsvorschlägen für deren Ergänzung durch ein striktes internationales Kontrollsystem ein. Die Sowjetunion wende sich jedoch gegen die Einrichtung von Kontrollorganen, die nur dazu dienten, technische Daten zu erlangen, ohne daß eine wirkliche Abrüstung stattfinde. Kusnezow weist darauf hin, daß die Sowjetunion bereit sei, zu jeder Zeit ein Abkommen über die vollständige Einstellung der Kernwaffenversuche zu unterzeichnen, während die Vereinigten Staaten durch immer neue Einwände den Abschluß eines solchen Abkommens verzögerten. *Kusnezow* fordert ferner eine engere Zusammenarbeit innerhalb der Vereinten Nationen zur Erforschung des Weltraumes und erklärt den UN-Weltraum-Ausschuß in seiner jetzigen Zusammensetzung für diese Aufgabe als unzureichend. Er kündigt an, daß die Sowjetunion eine internationale Konferenz von Wissenschaftlern zum Austausch von Erfahrungen in der Weltraumforschung vorschlagen werde. Am 12. Oktober beschließt die Vollversammlung in einer von Irland und Malaya eingebrachten Resolution mit 43 zu 11 Stimmen bei 25 Enthaltungen, die Tibet-Frage auf die Tagesordnung der Vollversammlung zu setzen. Für die ausscheidenden Mitglieder Finnland, Mexiko, Pakistan, Polen, Sowjetunion und Großbritannien werden Brasilien, Großbritannien, Dänemark, die Sowjetunion, Polen und Japan in den Wirtschafts- und Sozialrat gewählt.

Europäische Gemeinschaften

6. Oktober

In Brüssel werden zwischen der EURATOM und der kanadischen Regierung sowie der Atomic Energy of Canada Ltd. zwei Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der friedlichen Nutzung der Kernenergie unterzeichnet.

13.—14. Oktober

Der Ministerrat der EWG und der EURATOM beschließt auf seiner Tagung in Brüssel die Einsetzung eines Interimsausschusses unter dem Vorsitz des Präsidenten der EURATOM-Kommission, Etienne *Hirsch*, der sich mit der weiteren Entwicklung der Pläne für eine Europäische Universität befassen solle. Die Minister erörtern ferner Möglichkeiten einer wirksamen politischen Zusammenarbeit und beschließen die Bildung eines ad hoc-Komitees, das Methoden für eine wirksame Unterstützung der unterentwickelten Länder ausarbeiten soll.

Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA)

2. Oktober

In Wien wird die seit dem 22. September andauernde 3. Ordentliche Tagung der

Generalkonferenz der IAEA beendet, die den japanischen Botschafter in Wien, Hiroo *Faruuchi,* zu ihrem neuen Präsidenten wählte. Am 24. September lehnte die Generalkonferenz eine Aufnahme der Volksrepublik China ab. Am 25. September wurden Bulgarien, Ceylon, die Philippinen, Spanien und Mexiko an Stelle von Rumänien, Pakistan, Korea, der Türkei und Argentinien in den Gouverneursrat gewählt. Ueber einen von der Tschechoslowakei eingebrachten Entschließungsantrag, in dem die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß Großbritannien, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten ihre Bemühungen um ein baldiges Abkommen über die Einstellung von Kernwaffenversuchen und die Errichtung einer angemessenen internationalen Kontrolle fortsetzen werden, wurde nicht abgestimmt. In einer von der Konferenz gebilligten Resolution wurde beschlossen, die Programme zur Vermittlung technischer Informationen und die Versorgung mit Kernbrennstoffen der Mitgliedstaaten auszuweiten.

Mittelpakt-Organisation (CENTO)

7.—9. Oktober

Tagung des Ministerrates der CENTO in Washington. In einem Abschlußkommuniqué wird betont, nur durch Wachsamkeit, Zusammenarbeit und Beibehaltung der gegenwärtigen Stärke werde man auch in der Zukunft in der Lage sein, sich gegen ausländischen Druck zu schützen. In diesem Zusammenhang wird der Verteidigungscharakter der Organisation betont. In einer besonderen Erklärung nimmt die CENTO zu der gegen den Iran gerichteten kommunistischen Propaganda Stellung und verurteilt diese Propaganda, die im Gegensatz zu den Bemühungen um einen Abbau der Spannungen stehe.

Weltbank,
Internationaler Währungsfonds,
Internationale Finanz-Corporation

2. Oktober

In Washington werden die Jahresversammlungen der Gouverneursräte der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Internationalen Finanz-Corporation (IFC) beendet. In der Eröffnungssitzung am 28. September befaßte sich der amerikanische Präsident, Dwight D. *Eisenhower,* insbesondere mit dem Problem der Hilfe an die Entwicklungsländer, die nach amerikanischer Auffassung eines dringenden Ausbaus bedarf. Eisenhower forderte die Industrieländer auf, sich stärker als bisher an der Unterstützung der Entwicklungsländer zu beteiligen. Im Verlauf der Ratstagungen legten der Generaldirektor des IMF, Per *Jacobsson,* der Präsident der Weltbank, Eugene R. *Black,* und der Präsident der IFC, Robert L. *Garner,* die Jahresberichte ihrer Institute vor, die anschließend erörtert wurden. Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* unterbreitete der Versammlung einen auch von Großbritannien unterstützten Vorschlag zur Koordinierung der internationalen Entwicklungshilfe, um zu erreichen, daß die verfügbaren Mittel mit dem jeweils höchsten Nutzeffekt angewendet werden. Am 2. Oktober billigte die Versammlung einstimmig eine von den Vereinigten Staaten eingebrachte Resolution, in der die Gründung einer Internationalen Entwicklungsgesellschaft (IDA) als Tochtergesellschaft der Weltbank beschlossen wurde. Die Direktoren der Weltbank wurden aufgefordert, die Satzung für diese neue Institution auszuarbeiten und den Mitgliedstaaten zu unterbreiten.

Europa-Union

1.—3. Oktober

In Dortmund findet der XI. Jahreskongreß der Europa-Union Deutschland statt. Der Kongreß stellt eine Reihe politischer und sozialpolitischer Leitsätze auf, in denen eine direkte Wahl der Abgeordneten zum Europäischen Parlament, eine ständige Konferenz der Regierungschefs der sechs EWG-Staaten, die Ernennung eines politischen Generalsekretärs, dem in Auftrag dieser Konferenz die Koordinierung der Gemeinschaften und die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament obliegen solle, sowie eine Vereinigung der Exekutivorgane der bestehenden Wirtschaftsgemeinschaften gefordert werden.

Zeittafel vom 16. bis zum 31. Oktober 1959

Die Ereignisse in Europa

Deutschland

17. Oktober
Bundeskanzler Konrad *Adenauer* erklärt auf einer Tagung des Vereins der Unions-Presse, die Vorbereitungen für die Ost-West-Besprechungen hätten begonnen; man müsse mit ernsten und langen Verhandlungen rechnen. Notwendig sei jetzt eine gute und anständige Liquidierung des von den Nationalsozialisten entfesselten letzten Krieges. Es bleibe dabei nicht aus, daß die Liquidierung zu deutschen Lasten gehe.

17.—20. Oktober
Besuch des thailändischen Außenministers, Thanat *Khoman*, in der Bundesrepublik. Auf einer Pressekonferenz in Bonn setzt sich Khoman für eine stärkere wirtschaftliche, kulturelle und politische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Thailand ein.

23. Oktober
Der Bundesrat wählt den saarländischen Ministerpräsidenten, Franz Joseph *Röder*, zum neuen Bundesratspräsidenten.

25. Oktober
Bundeskanzler Konrad *Adenauer* befürwortet in einer Rede auf dem Parteitag der badischen CDU in Baden-Baden eine sorgfältige Vorbereitung einer Ost-West-Gipfelkonferenz. Diese könne nur Erfolg haben, wenn der Westen in allen wichtigen Fragen einig und geschlossen wäre. Im Mittelpunkt der Tagesordnung müsse die kontrollierte Abrüstung aller nuklearen und konventionellen Waffen stehen. Wenn in dieser Frage ein Fortschritt erzielt werden könnte, dann gäbe es auch für die Deutschland-Frage eher eine Lösung.

Die Regierung der DDR protestiert in einer Erklärung gegen die am 23. Oktober in Berlin durchgeführte Sitzung des Bundesrates und bezeichnet diese als eine Provokation.

Finnland

22.—29. Oktober
Besuch des stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Anastas I. *Mikojan* anläßlich der Eröffnung einer sowjetischen Ausstellung in Helsinki. Auf einer Pressekonferenz in Helsinki nimmt Mikojan zu der Frage eines Anschlusses von Finnland an die Kleine Freihandelszone Stellung. Er gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß sich Finnland in dieser Frage von seinen handelspolitischen Interessen werde leiten lassen. Die Sowjetunion wende sich gegen eine Aufteilung Europas in kleine Wirtschaftsblöcke unter dem Deckmantel der Integration. Die EWG wie auch die Kleine Freihandelszone charakterisiert Mikojan als „Reste aus einer Epoche des Kalten Krieges" und empfiehlt an ihrer Stelle die Bildung einer gesamteuropäischen Handelsgemeinschaft im Rahmen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa.

Frankreich

21. Oktober
In einer Erklärung des Ministerrates wird ausgeführt, Frankreich sei entschlossen, aktiv an einer eventuellen Besserung der Beziehungen zwischen Ost und West mitzuarbeiten, wenn sich in dieser Hinsicht im Laufe der nächsten Monate günstige Zeichen zeigen sollten. Die Regierung begrüße daher im Prinzip den Plan einer Gipfelkonferenz; sie halte es jedoch für notwendig, daß sich vorher eine wirkliche Entspannung abzeichnet. Eine Konferenz der Staats- oder Regierungschefs müsse jedoch sorgfältig vorbereitet werden, und ihr sollte ein Treffen der Westmächte vorangehen. Sie sei daher der Ansicht, daß eine Gipfelkonferenz erst für das nächste Frühjahr vorgesehen werden sollte.

23. Oktober
In einem gleichzeitig in Paris und Moskau (vgl. Sowjetunion) veröffentlichten Kom-

muniqué wird bekanntgegeben, Staatspräsident Charles *de Gaulle* habe den sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, zu einem Besuch nach Frankreich eingeladen. Chruschtschow habe diese Einladung angenommen.

27. Oktober
In einer von Premierminister Michel *Debré* im Senat und von Außenminister Maurice *Couve de Murville* in der Nationalversammlung verlesenen Regierungserklärung wird die Hoffnung ausgesprochen, der Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, werde Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch über die französisch-sowjetischen Beziehungen, die Abrüstungsfrage und das Deutschland-Problem geben. Die französische Regierung trete ferner für eine Aufnahme der Abrüstungsfrage und des Deutschland-Problems in die Tagesordnung einer Gipfelkonferenz ein. Als günstigster Zeitpunkt für eine Gipfelkonferenz wird unter der Voraussetzung einer gründlichen Vorbereitung der März nächsten Jahres bezeichnet.

28. Oktober
Staatspräsident Charles *de Gaulle* richtet an die französischen Beamten und die Angehörigen der Streitkräfte in Algerien eine Botschaft, in der er erklärt, es handele sich darum, Algerien zu befrieden, seine wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern und den Algeriern der verschiedenen Gemeinschaften alle materiellen und moralischen Gründe zu geben, mit Frankreich vereinigt bleiben zu wollen. Nach einer Frist, die sich wahrscheinlich über mehrere Jahre erstrecken wird, werde es sich darum handeln, die Freiheit und Würde der Befragung zu sichern, durch welche die Algerier unter Bedingungen, die innerhalb einer nützlichen Frist ausgearbeitet werden, selbst über ihr Schicksal bestimmen werden. De Gaulle fordert die Beamten und Angehörigen der Streitkräfte auf, sich in Hingabe und Disziplin für dieses Ziel einzusetzen, ohne sich durch irgendeine andere Ueberlegung ablenken zu lassen.

Staatspräsident Charles *de Gaulle* schlägt in persönlichen Botschaften an den amerikanischen Präsidenten, Dwight D. *Eisenhower*, den britischen Premierminister, Harold *Macmillan*, und den deutschen Bundeskanzler, Konrad *Adenauer*, den 19. Dezember als Termin für ein Treffen der Regierungschefs der Westmächte vor.

Großbritannien

20. Oktober
Das Unterhaus wählt Sir Harry *Hylton-Foster* zum neuen Sprecher.

29. Oktober
Außenminister Selwyn *Lloyd* erklärt vor dem Unterhaus, die Regierung betrachte die Vorstellung eines „disengagement" in Mitteleuropa als höchst gefährlich. Etwas anderes sei die Errichtung von Inspektionszonen und Gebieten beschränkter Rüstung in der Welt, die die britische Regierung durchaus befürworte. Staatssekretär John D. *Profumo* erklärt, das Beharren der Labour Party auf einem „disengagement" diene dazu, das Mißtrauen der Verbündeten Großbritanniens wachzurufen. Die Regierung strebe nach einer für alle ihre Partner in Europa annehmbaren politischen und wirtschaftlichen Lösung.

Island

24.—25. Oktober
Bei den Wahlen zum Althing erringen die Konservativen 24 Sitze, die Progressisten 17 Sitze, die Kommunisten 10 Sitze, die Sozialdemokraten 9 Sitze.

Jugoslawien

20.—27. Oktober
Besuch des stellvertretenden afghanischen Ministerpräsidenten und Außenministers, Ali Sardar *Mohammed Na'Im Khan*. In einem Abschlußkommuniqué wird ein Ausbau der Beziehungen zwischen Afghanistan und Jugoslawien angekündigt und der Beitrag betont, den die keinem Machtblock angehörenden Länder zur Schaffung einer günstigeren Atmosphäre in der Welt leisten könnten.

Polen

17. Oktober
Das 3. Plenum des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei verabschiedet eine Resolution über die Wirtschaftslage Polens, in der festgestellt wird, daß die

derzeitige Lage ein striktes Regime der Wirtschaftszweige der gesamten Volkswirtschaft und umfassende wirtschaftliche und politische Maßnahmen erfordert, um die Ordnung auf dem Fleischmarkt wiederherzustellen, die unkontrollierte Zunahme der Kaufkraft aufzuhalten, die exzessive Expansion der Investitionen zu beenden, Kosten zu verringern und Produktionsreserven für den erhöhten Export bereitzustellen. Das Plenum empfiehlt die Ergreifung koordinierter Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzdisziplin und zur Erzielung einer weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität, um trotz der ungünstigen Lage die Durchführung des Fünfjahrplanes sicherzustellen.

27. Oktober
Im Verlaufe einer Regierungsumbildung wird Edward *Ochab* seiner Funktionen als Landwirtschaftsminister enthoben und Mieczyslaw *Jagielski* zu seinem Nachfolger ernannt. Der bisherige Erziehungsminister Wladyslaw *Bienkowski* wird durch Waclaw *Tulodziecki* ersetzt. Eugeniusz *Szyr* und Julian *Tokarski* werden zu stellvertretenden Ministerpräsidenten und der bisherige Botschafter in Moskau, Tadeusz *Gede*, zum Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden der Planungskommission beim Ministerrat ernannt. Am 28. Oktober erklärt das Mitglied des Politbüros Jerzy *Morawski* seinen Rücktritt.

Rumänien

19.—25. Oktober
Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, in Rumänien. Am 25. Oktober teilt Radio Bukarest mit, Chruschtschow habe in Begleitung des Ersten Sekretärs der Kommunistischen Partei, Gheorghe *Gheorghiu-Dej*, Staatspräsident Gheorghe *Maurer* und Ministerpräsident Chivu *Stoica* verschiedene rumänische Orte besucht.

Schweiz

19. Oktober
Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy *Brandt*, erklärt in einem Presseinterview und in einer Rede in Zürich, mit den Gesprächen zwischen dem amerikanischen Präsidenten, Dwight D. *Eisenhower*, und dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, sei ein schwerer Druck von Berlin genommen worden. Es bestehe Grund zu der Annahme, daß keine geheimen Vereinbarungen getroffen worden seien. Der Westen müsse sich jedoch davor hüten, sich unter ein neues, eigenes Ultimatum zu stellen, wenn er auf einer Konferenz eine Berlin-Lösung suche. Um Berlin zu retten, müsse man nicht unbedingt etwas ändern; man müsse wissen, wer die Störenfriede seien.

25. Oktober
Bei den Wahlen zum Nationalrat erringen die Freisinnige Partei 51 Sitze, die Konservativ-christlichsoziale Partei 47 Sitze, die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei 23 Sitze, die Sozialdemokratische Partei 51 Sitze, die Liberal-konservative Partei 5 Sitze, der Landesring der Unabhängigen 10 Sitze, die Demokratische Partei 4 Sitze, die Evangelische Volkspartei 2 Sitze, die Partei der Arbeit 3 Sitze.

27. Oktober
Die Genfer Konferenz über die kontrollierte Einstellung der Kernwaffenversuche nimmt ihre Arbeit wieder auf.

Sowjetunion

17. Oktober
Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* beantwortet das Schreiben des deutschen Bundeskanzlers vom 28. August (vgl. Zeittafel in EA 18/1959, Deutschland) mit einer persönlichen Botschaft.

19. Oktober
Eine Gruppe von sechs amerikanischen Kernforschern, der u. a. der Vorsitzende der Atomic Energy Commission, John A. *McCone*, und John H. *Williams* angehörten, beendet eine zwölftägige Reise durch die Sowjetunion, bei der sie sowjetische Einrichtungen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie besichtigten.

20. Oktober
Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* richtet an den französischen Staatspräsidenten, Charles *de Gaulle*, ein persönliches Schreiben.

Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* informiert die Regierung der DDR in einer Note über seine Gespräche mit dem ameri-

kanischen Präsidenten, Dwight D. *Eisenhower.*

23. Oktober
In einer von Radio Moskau veröffentlichten TASS-Erklärung wird ausgeführt, die sowjetische Regierung befürworte die baldige Einberufung einer Gipfelkonferenz und sei der Auffassung, je rascher eine solche Konferenz abgehalten werde, desto besser werde sich dies für den Frieden auswirken.

In einem gleichzeitig in Moskau und Paris (vgl. Frankreich) veröffentlichten Kommuniqué wird bekanntgegeben, der französische Staatspräsident, Charles *de Gaulle,* habe Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* eingeladen, Frankreich zu besuchen. Chruschtschow habe diese Einladung angenommen.

27.—31. Oktober
In Moskau findet die 3. Tagung des Obersten Sowjets statt. In einem Referat über den Staatlichen Plan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR für 1960 gibt der stellvertretende Ministerpräsident und Vorsitzende des Staatlichen Plankomitees, Alexei *Kossygin,* einen Ueberblick über die Entwicklung der sowjetischen Volkswirtschaft. Besondere Aufmerksamkeit widme die Sowjetunion dem Ausbau der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Ländern, insbesondere zu den Entwicklungsländern. Der stellvertretende Finanzminister, Wassili *Garbusow,* beziffert in einem Referat über den Staatshaushaltsplan die Höhe der Einnahmen des Staatshaushaltes für 1960 auf 772,1 Milliarden Rubel und die Ausgaben auf 698,8 Milliarden Rubel. Davon sind wie im vergangenen Jahr 96,1 Milliarden Rubel für Verteidigungsausgaben vorgesehen. Der Oberste Sowjet billigt einstimmig den Haushaltsplan für 1960. In einem Referat zur internationalen Lage und zur Außenpolitik der Sowjetunion erklärt Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow,* in der internationalen Lage sei eine Entspannung infolge der wachsenden Macht und des steigenden internationalen Einflusses der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten eingetreten. Die einzige Alternative zu einer bewaffneten Auseinandersetzung sei die Zusammenarbeit nach den Prinzipien friedlicher Koexistenz. Eine derartige Koexistenz von Staaten verschiedener gesellschaftlicher Systeme setze jedoch voraus, daß sie einander Zugeständnisse im Interesse des Friedens machen müßten. Dabei könne es sich jedoch nicht um ideologische Zugeständnisse handeln. Erforderlich seien ein reales Herangehen und eine nüchterne Einschätzung des wirklichen Sachverhalts, ein gegenseitiges Verstehen und eine Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen. Nach einer Diskussion über das Referat Chruschtschows billigt der Oberste Sowjet die Außenpolitik der UdSSR. In einer Botschaft werden die Parlamente in der Welt aufgefordert, ihr Möglichstes zu tun, um eine allgemeine und vollständige Abrüstung zu erreichen.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Algerien

19. Oktober
Der Chef der algerischen Exilregierung, Ferhat *Abbas,* erklärt in einem Interview mit dem marokkanischen Rundfunk, Staatspräsident Charles *de Gaulle* (vgl. Zeittafel in EA 19—20/1959, Frankreich) und die algerische Exilregierung seien sich über das Prinzip der Selbstbestimmung, d. h. das Recht des algerischen Volkes, durch eine allgemeine Volksabstimmung souverän über seine Zukunft zu entscheiden, einig. Nun müßten die Bedingungen erfüllt werden, die es dem algerischen Volk ermöglichen würden, frei über sein Schicksal zu bestimmen.

Vereinigte Arabische Republik

19. Oktober
Die Vereinigte Arabische Republik und Australien beschließen die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen.

21. Oktober
Staatspräsident Gamal Abdel *Nasser* ernennt den Vizepräsidenten und Ober-

befehlshaber der Streitkräfte, Feldmarschall Abdel Hakim *Amer*, zum Beauftragten für die Region Syrien. Alle Minister und der Exekutivrat der Region Syrien sind ihm künftig verantwortlich. Ferner kann Amer Gesetze und Dekrete im Namen des Staatspräsidenten erlassen.

AMERIKA

Kuba

17. Oktober
Staatspräsident Osvaldo *Dorticos* ernennt Raoul *Castro* zum Minister für die Revolutionsstreitkräfte.

22. Oktober
Ministerpräsident Fidel *Castro* beschuldigt die Vereinigten Staaten, gegen die Regierung gerichtete konterrevolutionäre Kräfte zu unterstützen. Ferner protestiert Castro gegen den Abwurf von Flugblättern durch ein amerikanisches Flugzeug über Havanna.

Vereinigte Staaten

16. Oktober
Tod des früheren Außenministers der Vereinigten Staaten General George C. *Marshall.*

17. Oktober
Präsident Dwight D. *Eisenhower* richtet an den britischen Premierminister, Harold *Macmillan,* den französischen Staatspräsidenten, Charles *de Gaulle,* und den deutschen Bundeskanzler, Konrad *Adenauer,* persönliche Botschaften.

19. Oktober
Der mexikanische Staatspräsident, Adolfo *Lopez Mateos,* beendet einen zehntägigen Staatsbesuch. Am 10. und 11. Oktober erörterte er mit Präsident Dwight D. *Eisenhower* in Camp David gemeinsame wirtschaftliche Probleme. In einem Kommuniqué wurde eine engere Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Gebiet angekündigt.

20. Oktober
Der Staatssekretär für politische Angelegenheiten, Robert *Murphy,* erklärt in einer Rede vor dem *Institute of World Affairs* in New York, um die Motive der sowjetischen Politik zu verstehen, müsse man das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion in Rechnung ziehen, das sich infolge der verschiedenen geographischen und historischen Gegebenheiten grundlegend von dem der Vereinigten Staaten unterscheide. Die Vereinigten Staaten sähen sich konfrontiert mit einem starken russischen nationalen Sicherheitsbedürfnis, das von einer verhältnismäßig kleinen, aber unablösbaren Führungsgruppe der Kommunistischen Partei dazu benutzt werde, ihre Anschauung vom Sozialismus der ganzen Welt aufzuzwingen. Die Schaffung von Satellitenstaaten in Osteuropa müsse daher weitgehend vom Sicherheitsstandpunkt betrachtet werden; die ideologische Legitimation sei zufällig oder zweitrangig. Murphy äußert die Ueberzeugung, daß das russische Volk ebenso wie das amerikanische Frieden wolle. Zwischen beiden Staaten gebe es nur künstlich geschaffene Konflikte.

21. Oktober
Präsident Dwight D. *Eisenhower* kündigt in einer Erklärung in Georgia die Ueberführung der Raketenentwicklungsgruppe der Armee in die Zuständigkeit des Bundesamtes für Aeronautik und Raumfahrt (NASA) an. Die geplante Ueberführung solle der Raketenentwicklungsgruppe neue Möglichkeiten geben, ihre besonderen Fähigkeiten in den Dienst des immer umfangreicher werdenden zivilen Raumfahrtprogrammes zu stellen.

22. Oktober
Präsident Dwight D. *Eisenhower* befürwortet auf einer Pressekonferenz in Augusta einen frühen Termin für eine Gipfelkonferenz der westlichen Regierungschefs, um die Haltung des Westens zu koordinieren. Einen Termin für eine Ost-West-Gipfelkonferenz könne er noch nicht angeben, er sei aber bereit, jederzeit an einer solchen teilzunehmen. Er habe gehofft, daß eine Ost-West-Gipfelkonferenz noch in diesem Jahr stattfinden könne, aber er wolle die Verbündeten der Vereinigten Staaten nicht drängen. Diese Verbündeten seien wichtige und gleichberechtigte Partner der Vereinigten Staaten.

Der frühere Botschafter in Moskau George F. *Kennan* erklärt in einer Rede im *Women's National Democratic Club* in

Washington, die Politik der Westmächte während der vergangenen zwei Jahre, insbesondere der Ausbau der deutschen Streitkräfte als Kern der NATO-Landstreitkräfte, habe die Frage einer deutschen Wiedervereinigung erschwert. Solange die Ungewißheit über die Zukunft und Rolle Deutschlands als Militärmacht in Europa bestehe, werde man keine Verständigung über die Streitkräfte in Europa erlangen können. Um so wichtiger seien ernsthafte Verhandlungen über eine Abschaffung der Kernwaffen. Solche Verhandlungen könnten jedoch nur dann Hoffnung auf Erfolg haben, wenn die Vereinigten Staaten von ihrer These abgingen, daß es in einem ernsthaften bewaffneten Konflikt entscheidend sei, wer als erster Kernwaffen einsetze. Wenn der einzige Weg zur Ueberwindung des gefährlichen Wettbewerbs zwischen weittragenden Kernwaffen darin bestehe, die konventionellen Streitkräfte zu stärken, so müsse man dieses Opfer bringen.

27. Oktober
In einer Note an die kubanische Regierung weist das Außenministerium die Beschuldigung zurück, die Vereinigten Staaten unterstützten gegen die Regierung gerichtete konterrevolutionäre Kräfte (vgl. Kuba). Die Regierung sei sehr beunruhigt darüber, daß die kubanische Regierung die traditionelle Freundschaft durch Mißtrauen und Feindschaft zu ersetzen suche. Die Regierung der Vereinigten Staaten werde fortfahren, eine Politik der Nichteinmischung in Mittelamerika zu verfolgen.

28. Oktober
Präsident Dwight D. *Eisenhower* erklärt auf einer Pressekonferenz, der französische Staatspräsident, Charles *de Gaulle*, der britische Premierminister, Harold *Macmillan*, und der deutsche Bundeskanzler, Konrad *Adenauer*, hätten sich bereit erklärt, Mitte Dezember an einer Gipfelkonferenz des Westens teilzunehmen. Er stimme diesem Termin zu, dessen genaues Datum sowie der Ort auf diplomatischem Wege noch festgelegt werden müßten. Vor einem solchen Treffen müsse noch sehr viel vorbereitende Arbeit geleistet werden, um eine starke und koordinierte Haltung des Westens auf einer Ost-West-Gipfelkonferenz zu ermöglichen. Zu der Auffassung Bundeskanzler Adenauers (vgl. Deutschland), eine Ost-West-Gipfelkonferenz solle sich auf eine Erörterung der Abrüstungsfrage konzentrieren, erklärt Eisenhower, es sei wohl kaum möglich, die Tagesordnung einseitig festzulegen. Die Westmächte seien sich darüber einig, daß Fortschritte in der Abrüstungsfrage fast das Höchste seien, was im Augenblick in dem Bemühen zur Milderung der Spannungen erreicht werden könne. Er sehe jedoch nicht, wie in der Abrüstungsfrage eine Einigung erzielt werden könne, ohne das Deutschland-Problem zu erwähnen.

ASIEN

Volksrepublik China

17. Oktober
Ministerpräsident *Tschu En-lai* empfängt den nord-vietnamesischen Ministerpräsidenten, *Pham Van Dong*, in Peking zu einer Besprechung.

20. Oktober
Chinesische Truppen räumen den umstrittenen Grenzposten Longju an der indisch-tibetanischen Grenze.

22. Oktober
Die Regierung protestiert gegen das Eindringen indischer Truppen auf chinesisches Gebiet. Am 26. beschuldigt das Außenministerium die indische Regierung, diese Zwischenfälle (vgl. Indien) durch widerrechtliches Eindringen auf chinesisches Gebiet provoziert zu haben. In der Erklärung heißt es, wenn indische Truppen nach Belieben die traditionelle chinesisch-indische Gewohnheitsgrenze im Westen überschreiten könnten, würden die chinesischen Truppen um so mehr Grund haben, im Osten in das Gebiet südlich der sogenannten Mac-Mahon-Linie für Patrouillenzwecke zu gehen, da die Mac-Mahon-Linie illegal sei. Auch habe das Gebiet südlich dieser Linie bis 1951 unter chinesischer Verwaltung gestanden.

Indien

20. Oktober
An der indisch-chinesischen Grenze in Süd-Ladakh in Kaschmir kommt es zu einem

neuen Grenzzwischenfall (vgl. Zeittafel in EA 19—20/1959), bei dem zehn Inder getötet werden. Am 23. Oktober protestiert die Regierung bei der Volksrepublik China gegen das Eindringen chinesischer Truppen auf indisches Territorium und fordert die unverzügliche Freilassung der von den Chinesen gefangenen Inder. In Beantwortung einer chinesischen Note vom 22. Oktober (vgl. Volksrepublik China) weist die indische Regierung den chinesischen Protest zurück und fordert die chinesischen Behörden auf, ihre Truppen von indischem Territorium zurückzuziehen und in Zukunft ein illegales Eindringen auf indisches Gebiet zu verhindern. Am 24. Oktober warnt Premierminister Jawaharlal *Nehru* auf einer Kundgebung in Meerut die Volksrepublik China, daß Indien sich durch Drohungen oder Gewaltakte nicht einschüchtern lassen werde. Unter Hinweis auf die traditionelle Freundschaft zwischen Indien und China erklärt Nehru, er sehe keinen Grund, warum sie gegenwärtig keine freundschaftlichen Beziehungen haben sollten. „Wir müssen mit Zurückhaltung und Verantwortungsbewußtsein handeln und dürfen uns nicht von Gefühlen leiten lassen."

23. Oktober

In einem zum Abschluß von Verhandlungen zwischen der indischen und pakistanischen Regierung in Delhi herausgegebenen gemeinsamen Kommuniqué wird die Regelung der zwischen Indien und Pakistan noch offenen Grenzfragen an der Ostgrenze bekanntgegeben und die Hoffnung ausgesprochen, daß es an der Westgrenze zu einer ähnlichen Regelung kommen werde.

Korea (Nord)

23. Oktober

General *Nam Il* wird seiner Funktionen als Außenminister enthoben und durch *Pak Sung Tschul* ersetzt.

Laos

30. Oktober

Tod des Königs *Sisavang Vong* in Luang Prabang.

Mongolische Volksrepublik

19.—22. Oktober

Besuch einer polnischen Regierungsdelegation unter Leitung von Staatspräsident Aleksander *Zawadski*. In einem gemeinsamen Abschlußkommuniqué wird ausgeführt, zwischen Polen und der Mongolischen Volksrepublik sei eine völlige Uebereinstimmung der Standpunkte in der Beurteilung der gegenwärtigen internationalen Lage sowie in Fragen der weiteren Entwicklung der brüderlichen Zusammenarbeit erzielt worden.

Internationale Organisationen

Organisation der Vereinten Nationen

16. Oktober

Die Vollversammlung billigt mit 76 Stimmen bei 2 Enthaltungen eine Empfehlung des Treuhandausschusses, in den gegenwärtig unter britischer Verwaltung stehenden Territorien Süd-Kameruns eine Volksabstimmung durchzuführen, in der die Bevölkerung über einen Anschluß an Nigeria oder Kamerun entscheiden soll.

20. Oktober

In der Tibet-Debatte der Vollversammlung erklärt der sowjetische Delegierte, Wassilij *Kusnetzow*, eine Erörterung der Tibet-Frage vor den Vereinten Nationen belaste die Beziehungen zwischen Ost und West. Der amerikanische Delegierte, Henry Cabot *Lodge*, fordert die Vollversammlung auf, sich nicht durch Drohungen einschüchtern zu lassen und die Tatsache zu erörtern, daß die Volksrepublik China in Tibet die Menschenrechte verletzt habe. Eine Reihe von Delegierten, darunter die Vertreter Frankreichs, Großbritanniens und Belgiens, äußern ihre Zweifel über die Zulässigkeit einer Stellungnahme der Vereinten Nationen, da es sich rechtlich um eine innere Angelegenheit der Volksrepublik China handele. Am 21. Oktober billigt die Vollversammlung mit 46 gegen 9 Stimmen bei 26 Enthaltungen eine von Malaya und Irland eingebrachte Resolution, in der unter Bezugnahme auf die Charta der Vereinten Nationen die Achtung der fundamentalen Menschenrechte

des tibetanischen Volkes und des ihm eigenen kulturellen und religiösen Lebens gefordert wird.

Allgemeines Abkommen über Zölle und Handel (GATT)

27.—29. Oktober

In Tokio findet die Ministertagung der 13. Sitzungsperiode der Vertragsparteien des Allgemeinen Abkommens über Zölle und Handel statt. In einem Abschlußkommuniqué geben die Minister ihrer Befriedigung über die verbesserte wirtschaftliche Lage Ausdruck und stellen fest, daß nun die Möglichkeit zur Beseitigung der Einfuhrquoten aller Länder mit einer positiven Handelsbilanz gegeben sei. Die Minister anerkennen die Bedeutung der Hilfe für die unterentwickelten Länder, die bisher an dem allgemeinen Aufschwung noch nicht teilhaben konnten. Sie weisen jedoch auf die Gefahren eines plötzlichen Anstiegs der Exporte aus Ländern mit einem niedrigen Lohnniveau hin. Die Minister geben ihrer Hoffnung Ausdruck, daß regionale wirtschaftliche Bündnisse, wie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die projektierte Kleine Freihandelszone, die Handelsinteressen anderer Staaten berücksichtigten und eine mit den Prinzipien und Zielen des GATT in Uebereinstimmung stehende Wirtschaftspolitik verfolgten.

Europäische Gemeinschaften

16. Oktober

Die Mitglieder der Hohen Behörde der Montanunion beenden einen zweitägigen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland. Die Mitglieder wurden in Bonn von Bundespräsident Heinrich *Lübke* und Bundeskanzler Konrad *Adenauer* empfangen und erörterten mit Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* Fragen der deutschen Kohlewirtschaft. Der Präsident der Hohen Behörde, Piero *Malvestiti*, sprach sich auf einer Pressekonferenz in Bonn für eine wirksamere Gestaltung der Arbeit der Hohen Behörde durch strukturelle Anpassungsmaßnahmen und eine Koordinierung der Energiepolitik aus. Malvestiti befürwortete ferner eine Verbesserung der Wettbewerbslage der Kohle durch eine Sanierung des Kohlebergbaus und eine elastischere Preisgestaltung.

In Athen finden Besprechungen zwischen dem Präsidenten der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Walter *Hallstein*, und dem griechischen Ministerpräsidenten, Konstantin *Karamanlis*, sowie Außenminister Evanghelos *Averoff* über die Assoziation Griechenlands mit der EWG statt.

Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)

19.—24. Oktober

In Washington findet die konstituierende Sitzung der Interamerikanischen Kernenergiekommission (IANEC) statt. Die Kommission beschließt die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung eines koordinierten Planes zur Förderung der Ausbildung und Forschung in den Atomwissenschaften in den amerikanischen Staaten. Die Kommission erläßt ferner Empfehlungen für die Verwendung von Kernenergie in den amerikanischen Staaten.

Pazifik-Pakt (ANZUS)

26. Oktober

In Washington findet die 10. Tagung des Ministerrates der ANZUS-Staaten statt. In einem Abschlußkommuniqué erklären die Minister, die Sitzung des Ministerrates habe sich für die weitere Stärkung der freundschaftlichen Beziehungen der Mitgliedstaaten, ihre gemeinsame Sicherheit und den Weltfrieden als äußerst nützlich erwiesen. Ferner betonen sie die Notwendigkeit einer verstärkten Entwicklungshilfe an die unterentwickelten Länder Südostasiens.

Westeuropäische Union

21. Oktober

Der Rat der Westeuropäischen Union verabschiedet in London eine Ergänzung des Protokolls zum Brüsseler Vertrag, in der der Bundesrepublik Deutschland gestattet wird, gemeinsam mit anderen Mitgliedern der WEU Fernlenkwaffen zur Luftabwehr herzustellen.

Zeittafel vom 1. bis zum 30. November 1959

Die Ereignisse in Europa

Deutschland

5. November
Außenpolitische Debatte im Bundestag. Bundesaußenminister Heinrich *von Brentano* betont in einer Regierungserklärung, die Bundesregierung wolle jeden Beitrag leisten, damit die bevorstehenden internationalen Gespräche zum Erfolg führen. Die Bundesregierung werde nicht müde werden, die Wiedervereinigung zu fordern; diese dürfe jedoch nur in der Weise stattfinden, daß dem ganzen deutschen Volk das Recht zur freien Selbstbestimmung zurückgegeben werde. Am Beginn der Wiedervereinigung müßten freie Wahlen stehen. Zu den Ergebnissen des Chruschtschow-Besuches in den Vereinigten Staaten erklärt Brentano, die Bundesregierung begrüße die Entscheidung, eine Gipfelkonferenz einzuberufen. Mit besonderer Befriedigung stelle sie fest, daß es gelungen sei, die in der sowjetischen Note vom 27. November 1958 enthaltene Drohung auszuräumen. Brentano erklärt, künftige Verhandlungen über Berlin müßten von der gegebenen Rechtslage ausgehen. Der Bundeskanzler habe darauf hingewiesen, daß in künftigen internationalen Verhandlungen die Abrüstungsfrage den Vorrang einnehmen sollte. Die Bundesregierung sei bereit, ihren Beitrag bei den bevorstehenden Abrüstungsverhandlungen zu leisten und sich jeder Kontrolle zu unterwerfen, die auch andere für sich akzeptieren. Brentano unterstreicht die Bündnistreue der Bundesrepublik zur NATO und erklärt, die gemeinsame Verantwortung in diesem Bündnis lasse es nicht zu, eigene Ziele auf Wegen zu verfolgen, die mit den Zielen der Gemeinschaft unvereinbar seien. Wenn Deutschland diese Allianz verlasse oder auch nur schwäche, dann müsse es dafür in Kauf nehmen, daß seine Bündnispartner sich ihrerseits von der gemeinsamen Politik lossagen und aus verständlichem eigenem Interesse den Versuch unternehmen würden, ihre Beziehungen zur Sowjetunion ohne die Bundesrepublik, vielleicht gegen sie, neu zu ordnen. Zu dem Verhältnis der Bundesrepublik zu den Ostblock-Staaten erklärt Brentano, die Bundesregierung halte die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für richtig, sie trete jedoch für eine Erweiterung der Handelsbeziehungen ein. Als Sprecher der Opposition kritisiert der Vorsitzende der SPD, Erich *Ollenhauer*, die Regierungserklärung. Er bezeichnet es als Mißachtung des Parlamentes, daß der Außenminister als Berichterstatter und nicht der Bundeskanzler als wirklich amtierender Außenminister gesprochen habe. Ollenhauer fordert größere Zurückhaltung von deutscher Seite in der Frage der Tagesordnung einer Ost-West-Gipfelkonferenz. Er weist darauf hin, wie sehr in der Vergangenheit der Streit um die Tagesordnung das Zustandekommen einer Konferenz erschwert habe. Auch Ollenhauer betont die Wichtigkeit der Abrüstungsfrage und fordert die Bundesregierung auf, aktiv an einer Entspannung mitzuarbeiten, evtl. indem sie mit der Forderung an die drei Atommächte herantrete, keine atomare Ausrüstung an andere Staaten zu liefern. Ollenhauer erörtert ferner die Beziehungen der Bundesrepublik zu Frankreich und Großbritannien. Er kritisiert insbesondere Aeußerungen des Bundeskanzlers, die das deutsch-britische Verhältnis belasteten. Abschließend weist Ollenhauer auf den Deutschland-Plan der SPD (vgl. den Wortlaut in Folge 9—10/1959, S. D 187) als Alternativpolitik in der Deutschland-Frage hin. In der sich daran anschließenden Debatte kommt es zu einer lebhaften Auseinandersetzung über den Deutschland-Plan der SPD.

Die Regierungen des Bundes und der Länder veröffentlichen in Bonn eine gemeinsame Erklärung, in der sie die Meinung vertreten, das Zeigen der neuen Fahne der DDR störe die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik und damit die öffentliche Ordnung. Die Be-

hörden werden angewiesen, in allen erforderlichen Fällen gegen das Zeigen der Fahne einzuschreiten.

10.—11. November
Der spanische Außenminister, Fernando Maria *Castiella y Maiz*, führt in Bonn Besprechungen mit Bundesaußenminister Heinrich *von Brentano*, Bundesschatzminister Hermann *Lindrath* und Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard*. In einem Kommuniqué wird die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft der westlichen Völker betont. Die Außenminister erörtern ferner die Festigung der deutsch-spanischen Beziehungen und legen die Grundlagen für den Abschluß eines Abkommens über wirtschaftliche Zusammenarbeit und für eine Intensivierung der kulturellen Beziehungen.

13. November
Der belgische Außenminister, Pierre *Wigny*, führt in Bonn Besprechungen mit Bundesaußenminister Heinrich *von Brentano* über eine Verbesserung der Zusammenarbeit innerhalb der EWG und die Koordination der Exekutiven der drei Gemeinschaften. Dem Kommuniqué zufolge werden ferner die Entwicklungsmöglichkeiten der Handelsbeziehungen zwischen der EWG, der Europäischen Freihandelsvereinigung, den Vereinigten Staaten und Kanada erörtert.

13.—15. November
Ein außerordentlicher Parteitag der SPD in Bad Godesberg beschließt das neue Grundsatzprogramm der Partei (vgl. Zeittafel in EA 19—20/1959). In dem Programm bekennt sich die SPD ausdrücklich zur Landesverteidigung, sie lehnt jedoch atomare Waffen grundsätzlich ab und strebt die Einbeziehung ganz Deutschlands in eine entspannte kernwaffenfreie Zone an.

16.—17. November
Staatsbesuch des Präsidenten der Republik Guinea, Sékou *Touré*. Er führt in Bonn Besprechungen mit Bundeskanzler Konrad *Adenauer*, Bundesaußenminister Heinrich *von Brentano* und Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* über die zukünftige Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern. In einem Kommuniqué wird angekündigt, daß der Abschluß eines Handelsvertrages sowie eines Vertrages zur Förderung von Kapitalinvestitionen und eine Erweiterung des kulturellen Austausches beabsichtigt sind.

17. November
In Bonn wird ein Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Liberia über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet.

19.—25. November
Eine tschechoslowakische Partei- und Regierungsdelegation unter Leitung des Ersten Sekretärs des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Antonin *Novotný*, besucht die DDR. Novotný führt Besprechungen mit dem Ersten Sekretär des ZK der SED, Walter *Ulbricht*, und Ministerpräsident Otto *Grotewohl*. In einem Kommuniqué wird die Bereitschaft der Tschechoslowakei betont, mit beiden deutschen Staaten oder nur mit jenem deutschen Staat, der dazu bereit ist, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Beide Staaten kommen überein, den „konsequenten und kompromißlosen Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus und Militarismus" fortzusetzen.

23. November
Der Erste Sekretär des ZK der SED, Walter *Ulbricht*, fordert in einem Fernseh-Interview mit *Westinghouse Broadcasting Corporation* einen Abzug der ausländischen Truppen aus Deutschland. Zur Einstellung des kalten Krieges sei es vor allem notwendig, die von der Bundesrepublik unterstützten Störzentralen aus West-Berlin zu entfernen. Da West-Berlin auf dem Territorium der DDR liege, könne eine Angliederung an die Bundesrepublik nicht ernsthaft erörtert werden. Mit dem Aufhören der Tätigkeit der Interalliierten Kontrollkommission gebe es keinen sachlichen Grund mehr für ein Besatzungsstatut in West-Berlin sowie für die Anwesenheit ausländischer Truppen.

26.—28. November
In Berlin findet der Jahreskongreß des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland" statt. In seiner Begrüßungsansprache erinnert der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy *Brandt*, an den Jahrestag

des sowjetischen Berlin-Ultimatums und weist darauf hin, daß der Anschlag auf den Selbstbehauptungswillen der Bevölkerung und das Leben der Stadt abgewehrt worden sei. Als Ergebnis der Beratungen der Arbeitskreise verabschiedet der Kongreß eine Erklärung, in der eine gemeinsame Deutschland-Politik des Bundestages und der Bundesregierung gefordert wird. Die deutsche Frage dürfe nicht von der Tagesordnung der internationalen Konferenzen abgesetzt werden. Eine Isolierung der Berlin-Frage wird abgelehnt. In der Erklärung wird die Bedeutung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Ostblock-Staaten betont, doch lehne es die Bevölkerung der Bundesrepublik nachdrücklich ab, den Rechtsanspruch auf die deutschen Ostgebiete aufzugeben. Jeder Revanchismus und jede unfreundliche Haltung gegenüber den osteuropäischen Völkern seien scharf abzulehnen.

Finnland

13. November
Handelsminister Ahti *Karjalainen* erläutert in einer Regierungserklärung die Haltung der Regierung zur Europäischen Freihandelsvereinigung. Er erklärt, Finnland beabsichtige angesichts seiner besonderen handelspolitischen Lage nicht, Vollmitglied in der Europäischen Freihandelsvereinigung zu werden. Die Regierung wolle jedoch mit den Mitgliedern der EFTA Verhandlungen aufnehmen, um festzustellen, auf welche Weise Finnland sich an der Freihandelsvereinigung beteiligen könne. Am 17. November billigt der Reichstag die Regierungserklärung. Am 21. November richtet die Regierung an die Ministerkonferenz für die Europäische Freihandelsvereinigung ein Memorandum, in dem sie Verhandlungen über die Beziehungen zwischen Finnland und der EFTA vorschlägt. Karjalainen erklärt dazu in einer Rundfunkansprache, solange das Verhältnis der Freihandelsvereinigung zur Sowjetunion und zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft noch ungeklärt sei, könne Finnland nicht über eine Mitgliedschaft verhandeln. Finnland müsse seinen Handel mit der Sowjetunion und dessen Entwicklungsmöglichkeiten berücksichtigen. Ferner müßten die voraussichtlichen Auswirkungen auf die finnische Industrie und Landwirtschaft noch näher geprüft werden.

Frankreich

3. November
Staatspräsident Charles *de Gaulle* bezeichnet in einer Rede in der Ecole Militaire in St. Cyr das „Integration" genannte System der militärischen Verflechtung der verbündeten Streitkräfte als überlebt. Die Konzeption eines Krieges oder auch nur einer Schlacht, in denen Frankreich nicht in seinem eigenen Sinne und mit seinen eigenen Kräften kämpfe, könne nicht zugelassen werden. Jedoch würde das französische Verteidigungssystem seine Streitkräfte und seine strategische Konzeption selbstverständlich mit denen anderer Länder verbinden. De Gaulle erklärt, die französischen Streitkräfte würden sich bei einem strategischen Gegenschlag auf von Frankreich selbst hergestellte oder von ihm gekaufte Atomwaffen stützen. Da Frankreich unter Umständen von jedem Teil der Erde aus zerstört werden könnte, müßten seine Streitkräfte darauf ausgerichtet werden, überall in der Welt eingreifen zu können.

4. November
Staatspräsident Charles *de Gaulle* beantwortet ein persönliches Schreiben des deutschen Bundeskanzlers, Konrad *Adenauer*, vom 31. Oktober. In seinem Schreiben vertritt de Gaulle die Ansicht, bei den Besprechungen der vier westlichen Regierungschefs über die Vorbereitung der Ost-West-Gipfelkonferenz solle die Bundesrepublik an der Erörterung aller Fragen teilnehmen.

10. November
Staatspräsident Charles *de Gaulle* erklärt auf einer Pressekonferenz in Paris, nach zehn Jahren der internationalen Spannung schienen auf der sowjetischen Seite nun Anzeichen für eine Entspannung vorzuliegen. Die Gründe lägen einmal in einem Gleichgewicht der Macht, zum andern beginne das sowjetische System etwas von seiner inneren Virulenz zu verlieren. Die Macht der Chinesischen Volksrepublik wachse, und die Völker der osteuropäischen Staaten sowie „Preußen und

Sachsen" lehnten das kommunistische System mit überwältigender Mehrheit ab. De Gaulle warnt jedoch vor einer Konferenz, die nur zu Versicherungen des gegenseitigen Wohlwollens, zu wechselseitigen Angriffen auf das von jeder Seite vertretene System oder zu brüchigen Vereinbarungen führe. Die französische Regierung setze sich für eine Gipfelkonferenz ein, die den Weg zu praktischen Regelungen öffne. De Gaulle nennt die Abrüstungsfrage, die Hilfe für die Entwicklungsländer, den Verzicht auf die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und das Deutschland-Problem als mögliche Tagesordnungspunkte. Er befürwortet ein weiteres Treffen der Regierungschefs der vier Westmächte im Frühjahr und gibt bekannt, daß der Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, in Frankreich für die zweite Märzhälfte geplant sei.

11.—12. November

Der britische Außenminister, Selwyn *Lloyd*, führt in Paris Besprechungen mit Staatspräsident Charles *de Gaulle*, Premierminister Michel *Debré* und Außenminister Maurice *Couve de Murville*. Sprecher des französischen und des britischen Außenministeriums betonen nach Abschluß der Besprechungen, die britisch-französischen Beratungen hätten zu einer völligen Harmonisierung der Gesichtspunkte geführt. Lloyd und Couve de Murville seien übereingekommen, die Abhaltung eines weiteren Treffens der vier westlichen Regierungschefs vor der Ost-West-Gipfelkonferenz im Frühjahr anzuregen. Als Termin für die Gipfelkonferenz sei ein Zeitpunkt nach dem Frankreich-Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, ins Auge gefaßt worden. Die Minister hätten sich ferner geeinigt, die Abrüstungsfrage als Punkt der Tagesordnung einer Gipfelkonferenz beschleunigt auf diplomatischem Wege vorzubereiten. Sie seien auch übereingekommen, die politische Konsultation der sechs EWG-Staaten mit Großbritannien im Rahmen der Westeuropäischen Union zu vermehren und zur Vertiefung der Beziehungen zwischen dem Gemeinsamen Markt und der Europäischen Freihandelsvereinigung die Schaffung eines Kontaktausschusses vorzuschlagen.

13.—15. November

In Bordeaux findet der Jahreskongreß der Union für die neue Republik (UNR) statt. Der Kongreß nimmt eine Erklärung an, in der Staatspräsident Charles *de Gaulle* und Premierminister Michel *Debré* volles Vertrauen ausgesprochen wird und in der es heißt, de Gaulle könne sich bei den vor ihm liegenden Aufgaben ganz auf die Unterstützung der Union verlassen. In der Erklärung wird das Recht des algerischen Volkes anerkannt, sein Schicksal frei zu bestimmen. Nach einer lebhaften Auseinandersetzung einigt sich der Kongreß auf eine Resolution zur Algerien-Frage, in der die UNR die Algerienerklärung de Gaulles vom 16. September (vgl. Zeittafel in EA 19—20/1959) unterstützt. In der Erklärung heißt es, die UNR mache sich zur Aufgabe, die Algerier zu einer freien Entscheidung für Frankreich zu veranlassen. Durch eine großangelegte Aktion sollten die Befriedung beschleunigt und durch den Plan von Constantine die Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessert werden.

19. November

Die Nationalversammlung verabschiedet den Verteidigungshaushalt für 1960, der Ausgaben von 1653 Milliarden Francs vorsieht. In der Haushaltsdebatte weist Premierminister Michel *Debré* darauf hin, daß Frankreich Herr über sein eigenes Schicksal bleiben und seine Verteidigung selbst sichern müsse. Der Haushalt sieht u. a. Mittel für die Weiterentwicklung der französischen Atombombe, den Bau von Atombombern und die Entwicklung von Mittelstreckenraketen vor.

Großbritannien

1.—4. November

Der kanadische Außenminister, Howard C. *Green*, führt in London Besprechungen mit Premierminister Harold *Macmillan*.

7. November

Außenminister Selwyn *Lloyd* erklärt in einem Interview mit dem französischen Fernsehen, Großbritannien dränge nicht nach einer Gipfelkonferenz, sondern sei vielmehr der Auffassung, daß die Gele-

genheit dazu nicht verpaßt werden dürfe. Auch habe Großbritannien nicht die Absicht, „die Tür des Atom-Clubs zu schließen, ehe Frankreich im Besitz seiner Bombe sei". Das britische Eintreten für einen baldigen Termin für eine Gipfelkonferenz sei nicht von dieser Ueberlegung bestimmt gewesen. In seinem Interview fordert Lloyd mehr Vertrauen zwischen Frankreich und Großbritannien. In der Frage der europäischen Handelsintegration erklärt Lloyd, Großbritannien habe den Gemeinsamen Markt seit jeher begrüßt. Er hoffe, der Gemeinsame Markt werde sich nicht mit einem Schutzzollgürtel umgeben. Lloyd betont die Notwendigkeit einer Verbindung Großbritanniens zur EWG und spricht die Hoffnung aus, daß die im Gange befindlichen Verhandlungen über die Bildung einer Europäischen Freihandelsvereinigung einen Brückenschlag zwischen den Mitgliedern der EWG und den übrigen europäischen Staaten ermöglichen würden.

8. November

Der belgische Außenminister, Pierre *Wigny*, führt in London Besprechungen mit Außenminister Selwyn *Lloyd*.

8.—9. November

Der neuseeländische Premierminister, Walther *Nash*, führt in Chequers Besprechungen mit Premierminister Harold *Macmillan* und Außenminister Selwyn *Lloyd*.

10. November

Der indische Verteidigungsminister, Krishna *Menon*, führt in London Besprechungen mit Außenminister Selwyn *Lloyd*.

10.—12. November

Staatsbesuch des Präsidenten der Republik Guinea, Sékou *Touré*. Er führt in London Besprechungen mit Premierminister Harold *Macmillan* und Außenminister Selwyn *Lloyd* über afrikanische Angelegenheiten sowie wirtschaftliche Fragen. Touré erklärt in einer Rede, Zweck seiner Besuche sei nicht die Bitte um technische Hilfe, sondern die Einleitung einer Zusammenarbeit auf der Grundlage gegenseitigen Respektes und absoluter Gleichheit. Als Ziele seiner Politik bezeichnet *Touré* die Bildung einer losen Union Guineas mit Libyen, Aethiopien, dem Sudan, Marokko, Ghana, Liberia und der Vereinigten Arabischen Republik sowie anderen afrikanischen Staaten, die Bildung eines afrikanischen Marktes, die Beseitigung der afrikanischen Rivalitäten und die Koordinierung der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung.

17.—19. November

Der deutsche Bundeskanzler, Konrad *Adenauer*, und Bundesaußenminister Heinrich *von Brentano* führen in London und Chequers mit Premierminister Harold *Macmillan* und Außenminister Selwyn *Lloyd* Besprechungen über das Abrüstungsproblem, die geplante Gipfelkonferenz und die Beziehungen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Freihandelsvereinigung. Auf einer Pressekonferenz in London gibt Adenauer eine Erklärung über seine Besprechungen mit Macmillan ab, in der er die Uebereinstimmung der Ansichten in der Abrüstungsfrage betont. Bei einer Ost-West-Gipfelkonferenz werde die Abrüstungsfrage ein wichtiges Thema sein, aber es müßten auch andere Themen erörtert werden, so z. B. die Frage, wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für Mitteldeutschland, dem es bisher vorenthalten werde, nach den Grundsätzen der UN-Charta verwirklicht werden könne. In diesen Themenkomplex sei auch Berlin eingebettet. Adenauer erklärt ferner, die Bildung der EWG und der EFTA dürfe unter keinen Umständen zu einem Wirtschaftskrieg in Europa führen, der der Idee der politischen Einheit Europas widersprechen würde. Das Ziel sei vielmehr, den Handelsaustausch so stark zu entwickeln wie nur irgend möglich.

20.—21. November

Der niederländische Außenminister, Josef *Luns*, führt in London Besprechungen mit Außenminister Selwyn *Lloyd*.

28.—29. November

In Blackpool findet der Jahreskongreß der Labour Party statt. Hugh *Gaitskell* fordert die Labour Party auf, aus der Wahlniederlage die Konsequenzen zu ziehen und ihr Parteistatut von 1918 an die gegenwärtige Lage anzupassen. Gerade in der Frage der Sozialisierung seien in den

letzten Jahren grundlegende Veränderungen eingetreten. Die Labour Party bekenne sich seit langem zu einer gemischten Wirtschaftsverfassung und lehne die völlige Verstaatlichung der Wirtschaft ab. Die Labour Party müsse sich die Grundsätze eines demokratischen Sozialismus zu eigen machen und zum Sprecher der Bedürftigen und zum Anwalt einer sozialen Gerechtigkeit werden. Aneurin *Bevan* stellt dagegen die Frage, wohin die Labour Party käme, wenn sie als Folge einer augenblicklichen Unpopularität in einer sich ständig ändernden Gesellschaft sogleich eine Kehrtwendung in ihren Grundsätzen vollziehe. Es gehe nicht darum, das Parteiprogramm für die Wählerschaft anziehend zu machen, sondern dieses der Wählerschaft auf eine anziehende Weise nahezubringen.

Island

20. November
Olafur *Thors* (Konservative Partei) bildet eine neue Koalitionsregierung. Ministerpräsident: Olafur *Thors;* Außenminister: Gudmundur *Gudmundsson;* Finanzminister: Gunnar *Thoroddsen;* Minister für Justiz, Industrie und Fischereigrenzen: Jarni *Benediktsson;* Minister für Landwirtschaft und Verkehrswesen: Ingolfur *Jonsson;* Minister für Fischerei und Soziale Wohlfahrt: Gylfi *Gislason.*

Italien

9.—11. November
Der griechische Ministerpräsident, Konstantin *Karamanlis,* und Außenminister Evanghelos *Averoff* führen in Rom Besprechungen mit Ministerpräsident Antonio *Segni* und Außenminister Giuseppe *Pella.*

Jugoslawien

11.—12. November
In Belgrad finden Besprechungen zwischen einer jugoslawischen und einer italienischen Regierungsdelegation über Fragen der jugoslawisch-italienischen Beziehungen statt. In einem Kommuniqué wird festgestellt, die zwischen den beiden Ländern bestehenden unterschiedlichen Auffassungen über gewisse internationale Probleme und die unterschiedliche gesellschaftliche Struktur ständen der Verbesserung der gutnachbarlichen Beziehungen und der weiteren Entwicklung freundschaftlicher Zusammenarbeit nicht im Wege. Zwischen beiden Staaten seien eine Ausdehnung der Wirtschaftsbeziehungen sowie der Abschluß einer Konsularkonvention vereinbart worden.

28. November
In Belgrad wird ein Abkommen zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit unterzeichnet.

Oesterreich

25. November
Bundeskanzler Julius *Raab* erklärt vor dem Nationalrat, in der gegenwärtigen Situation sei es für Oesterreich wirtschaftlich gerechtfertigter und im Hinblick auf seine Verpflichtungen staatspolitisch richtiger, der Europäischen Freihandelsvereinigung beizutreten, als sich an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft anzuschließen. Raab spricht die Ueberzeugung aus, daß beide Organisationen zu größeren europäischen Lösungen führen werden. Bei der Zusammenführung Gesamteuropas im Rahmen der OEEC müsse Oesterreich eine besondere Rolle spielen.

Polen

4. November
Der norwegische Außenminister, Halvard *Lange,* beendet einen fünftägigen Besuch. Mit Außenminister Adam *Rapacki* führte Lange Besprechungen über die norwegisch-polnischen Beziehungen sowie über Fragen von beiderseitigem Interesse. In einem Abschlußkommuniqué wird ausgeführt, die Beziehungen zwischen Norwegen und Polen hätten sich zufriedenstellend und zum Vorteil beider Völker entwickelt und stellten einen Beitrag zur friedlichen internationalen Zusammenarbeit dar. Es sei das ehrliche Bestreben beider Seiten, diese Beziehungen zu festigen.

25. November
Ministerpräsident Josef *Cyrankiewicz* erklärt in seinen Erläuterungen zum Budget und Wirtschaftsplan für 1960, die Umbildung der Regierung (vgl. Zeittafel in EA 22/1959) bedeute nicht, daß von der

bisherigen Linie der Politik abgewichen werden solle.

Schweden

5. November

Eine Expertenkonferenz von sieben nicht der EWG angehörenden Mitgliedstaaten der OEEC (Schweden, Norwegen, Dänemark, Großbritannien, Portugal, Oesterreich und die Schweiz) beendet in Stockholm die Arbeiten an dem Konventionsentwurf einer Europäischen Freihandelsvereinigung (EFTA). Am 20. November paraphieren die Minister der sieben Staaten die Konvention, welche die Abschaffung aller Zölle und mengenmäßigen Beschränkungen innerhalb von zehn Jahren vorsieht. (Vgl. hierzu EA 18/1959, S. D 269ff.) In einer dem Konventionstext vorangestellten Resolution wird die Assoziation als die Vorstufe eines Abkommens zwischen allen Mitgliedsländern der OEEC bezeichnet.

Schweiz

3. November

Die Genfer Konferenz über die kontrollierte Einstellung der Kernwaffenversuche beschließt die Einsetzung eines Sachverständigenausschusses der drei Mächte, der neuere wissenschaftliche Erkenntnisse über die Entdeckung unterirdischer Kernexplosionen studieren soll.

Sowjetunion

11. November

In Noten an Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten protestiert die sowjetische Regierung gegen die von der deutschen Bundesregierung im Entwurf für ein Rundfunkgesetz vorgesehene Errichtung eines „Deutschlandsenders" in West-Berlin. Am 13. November wird der deutschen Bundesregierung eine Note gleichen Inhalts übermittelt.

14. November

Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* nimmt in einer Rede vor Journalisten im Kreml zu Fragen der sowjetischen Politik Stellung. Zu der von der Sowjetunion angestrebten Entspannungspolitik erklärt Chruschtschow, wenn im Westen einige Leute behaupteten, die Sowjetunion habe ihre Politik geändert und deshalb sei es leichter geworden, mit ihr zu sprechen, so sei das falsch. Sie seien als Kommunisten geboren, sie lebten als Kommunisten und würden nicht sterben, sondern als Kommunisten voranschreiten. Die Sowjetunion sei ehrlich zur Abrüstung bereit. Die „Imperialisten" sollten aber wissen, daß die Sowjetunion dies nicht aus militärischer, wirtschaftlicher oder politischer Schwäche vorgeschlagen habe. Sie habe jetzt so viel Raketen, Atom- und Wasserstoffsprengköpfe aufgehäuft, daß sie alle wahrscheinlichen Gegner von der Erde hinwegfegen könne, falls man sie überfalle. Unter Bezugnahme auf seinen geplanten Besuch in Frankreich erklärt Chruschtschow, die Regierung glaube, mit Frankreich ein gegenseitiges Verständnis erreichen zu können. Ihre Wege würden sich nirgends überschneiden. Die Wirtschaft der Sowjetunion sei unabhängig, deshalb liege kein Grund für irgendwelche Zusammenstöße und Meinungsverschiedenheiten vor. Natürlich vertrete Frankreich in der Deutschland-Frage eine andere Ansicht, aber dieser Unterschied bestehe eher in der Form als im Inhalt, denn die Franzosen empfänden für die deutschen Revanchisten nicht mehr Sympathie als die Sowjetunion. Chruschtschow bezeichnet die geplante Errichtung eines Rundfunksenders der Bundesrepublik in West-Berlin als gesetzwidrig und provokatorisch. An die Bundesregierung gewandt, erklärt Chruschtschow: „Wir haben Rechte von Ihnen auf West-Berlin niemals anerkannt, erkennen sie nicht an und werden sie nicht anerkennen." Er fordert statt dessen die Bundesrepublik zu Verhandlungen auf und betont: „West-Berlin gehört bekanntlich nicht zur Bundesrepublik Deutschland, sondern befindet sich auf dem Territorium der DDR".

19.—26. November

Staatsbesuch des Ministerpräsidenten von Guinea, Sékou *Touré*. Er führt mit Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* und Außenminister Andrej A. *Gromyko* Besprechungen über internationale Fragen. In einem Kommuniqué wird ausgeführt, Guinea schätze die Bemühungen der sowjetischen Regierung um internationale Entspannung und Festigung des Friedens.

Beide Seiten geben ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß die Beseitigung des Kolonialsystems eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart sei und daß die Völker Afrikas wie die Völker aller anderen Kontinente ungehindert das Recht auf nationale Unabhängigkeit genießen müßten. Ferner wird ein Abkommen zwischen Guinea und der Sowjetunion über kulturelle Zusammenarbeit geschlossen.

Tschechoslowakei

14. November
In einer Note an die Bundesrepublik Deutschland protestiert die tschechoslowakische Regierung gegen fortgesetzte Verletzungen des Luftraumes durch Militärflugzeuge der Bundesrepublik. In der Note wird mitgeteilt, daß die zwei seit dem 22. Oktober vermißten deutschen Jagdbomber in der Tschechoslowakei abgestürzt sind.

26.—30. November
Staatsbesuch des Ministerpräsidenten von Guinea, Sékou *Touré*. In einem zum Abschluß seiner Besprechungen mit Vertretern der tschechoslowakischen Regierung herausgegebenen Kommuniqué wird eine Intensivierung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten angekündigt. Beide Staaten treten ferner für eine Einstellung der Kernwaffenversuche ein und fordern die französische Regierung auf, von den vorbereiteten Atombombenversuchen in der Sahara Abstand zu nehmen. Es wird ein Kulturabkommen unterzeichnet und der Abschluß eines Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit angekündigt.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Aethiopien

9. November
In Addis Abeba wird ein Abkommen zwischen Aethiopien und der Bundesrepublik Deutschland über wirtschaftliche und technische Hilfe unterzeichnet.

Algerien

20. November
Die Algerische Exilregierung stellt in einer Erklärung fest, für sie könne es keinen Waffenstillstand mit Frankreich geben, solange die Algerier keine Garantien für den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts erhielten. Die Algerische Exilregierung sei jedoch zu Verhandlungen mit der französischen Regierung bereit und werde ihren Delegierten die notwendige Vollmacht erteilen. Als Delegierte werden die in französischem Gewahrsam befindlichen algerischen Politiker Hocine *Aït Ahmed*, Mohammed *Ben Bella*, Rabah *Bitat*, Mohammed *Boudiaf* und Mohammed *Khider* benannt.

Ghana

11. November
In Accra wird eine gesamtafrikanische Gewerkschaftskonferenz beendet. Die Konferenz beschloß die Gründung eines Gesamtafrikanischen Gewerkschaftsbundes. In einem von der Konferenz angenommenen Programm werden eigene Maßnahmen zur baldigen Einstellung des Algerienkrieges und zur Gewährleistung des Rechtes des algerischen Volkes auf Unabhängigkeit angekündigt. Ferner wird die beabsichtigte Durchführung von Kernwaffenexperimenten in der Sahara verurteilt.

Kamerun

8. November
In einer unter der Kontrolle der Vereinten Nationen im nördlichen Teil des unter britischer Verwaltung stehenden Treuhandgebiets von Kamerun durchgeführten Volksabstimmung sprechen sich 61,9 vH für eine Fortdauer der Treuhandschaft der Vereinten Nationen aus und 38 vH für einen Anschluß an Nord-Nigeria, das am 1. Oktober 1960 seine Unabhängigkeit erlangt.

Sudan

24. November
Ministerpräsident Ibrahim *Abboud* bezeichnet in einem Interview mit der Kairoer Zeitung *Al Akhbar* den Kommunismus als den größten Feind des Sudans. Die Regierung habe jedoch einen General-

plan ausgearbeitet und werde den Kommunismus auf das schärfste bekämpfen.

Tunesien

8. November

Bei den Parlaments- und Präsidentenwahlen werden 91 vH der Stimmen für Staatspräsident Habib *Bourguiba* und die Kandidaten der Neodestour-Partei abgegeben.

Vereinigte Arabische Republik

8. November

Die Vereinigte Arabische Republik und der Sudan unterzeichnen in Kairo ein Abkommen über die Verteilung des Nilwassers sowie einen Zoll- und Handelsvertrag.

9.—21. November

Der Ministerpräsident von Kambodscha, Prinz *Norodom Sihanouk*, erörtert in Kairo mit Staatspräsident Gamal Abdel *Nasser* die Situation im Mittleren und im Fernen Osten sowie allgemeine internationale Fragen. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird ausgeführt, beide Staaten seien übereingekommen, diplomatische Missionen zu errichten sowie ein Handelsabkommen und eine Kulturkonvention abzuschließen.

AMERIKA

Kuba

13. November

In Beantwortung der amerikanischen Note vom 27. Oktober (vgl. Zeittafel in EA 22/1959, Vereinigte Staaten) weist die Regierung den amerikanischen Vorwurf zurück, vorsätzlich die traditionelle Freundschaft durch Mißtrauen und Feindschaft zu ersetzen, und spricht die Hoffnung aus, die Vereinigten Staaten würden ihre Politik gegenüber Kuba ändern.

Mexiko

18.—28. November

Der sowjetische Erste Stellvertretende Ministerpräsident, Anastas I. *Mikojan*, besucht anläßlich der Eröffnung der sowjetischen Ausstellung Mexiko. Mikojan erörtert mit Präsident Adolfo *Lopez Mateos* internationale Fragen von beiderseitigem Interesse.

Panama

3. November

In Panama und in der Kanalzone kommt es zu Ausschreitungen gegen die amerikanische Botschaft und gegen die amerikanischen Behörden. Eine amerikanische Protestnote (vgl. Vereinigte Staaten) wird am 4. November von der Regierung zurückgewiesen, wobei die amerikanischen Behörden provokatorischer Maßnahmen beschuldigt werden. Am 5. November mahnt Präsident Ernesto *de la Guardia* zur Ruhe und erklärt, die Vereinigten Staaten und Panama hätten ein gleiches Interesse am Panama-Kanal. Die gerechtfertigten Beschwerden Panamas könnten nur durch diplomatische Verhandlungen zufriedenstellend geregelt werden. Am 7. November bekräftigt die Regierung ihren Standpunkt in einer weiteren Note.

Vereinigte Staaten

2. November

Die Regierung gibt bekannt, auf Vorschlag des französischen Staatspräsidenten, Charles *de Gaulle*, sei beschlossen worden, beginnend mit dem 19. Dezember in Paris eine Konferenz der vier westlichen Regierungschefs abzuhalten, um eine erste Prüfung der Fragen vorzunehmen, die später mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, erörtert werden könnten.

Die Regierung trifft Maßnahmen, um eine den Interessen der Vereinigten Staaten nicht dienliche Abreise von Ausländern aus den USA nach Kuba zu verhindern. Insbesondere sollen private Flüge nach Kuba überwacht werden.

3. November

Die Regierung protestiert in einer Note an Panama gegen die Ausschreitungen in der Panamakanal-Zone (vgl. Panama).

4. November

Präsident Dwight D. *Eisenhower* gibt auf einer Pressekonferenz in Washington bekannt, daß er vor dem für den 19. Dezember in Paris geplanten Treffen der Regierungschefs der Westmächte Italien, die Türkei, Pakistan, Afghanistan, Indien, den Iran und Griechenland besuchen werde. Nach seinem Aufenthalt in Paris plane er einen Besuch in Marokko. Eisen-

hower erklärt, besondere Bedeutung messe er seinem Besuch in Asien zu, das noch nie ein Präsident der Vereinigten Staaten besucht habe. Zu der in der kommunistischen Presse häufig gebrauchten Bezeichnung „Geist von Camp David" erklärt Eisenhower, er könne sich darunter nichts vorstellen. In seinen privaten Gesprächen mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, sei über allgemeine Grundsätze selbstverständlich ein größerer Grad von Uebereinstimmung erzielt worden, als bei Erörterungen spezieller Fragen möglich sei, mit denen sich die Außenminister beschäftigen müßten. Eine Bewahrung des „Geistes von Camp David" durch eine Gipfelkonferenz könne es also nicht geben. Die Dinge seien vielmehr im Fluß. Wichtig sei deshalb eine gründliche Vorbereitung der Gipfelkonferenz.

8. November

Der ehemalige Präsident Harry S. *Truman* fordert in einem Artikel in der *New York Times* die sofortige Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche. Truman erklärt, man solle aufhören, sich selbst damit zu betrügen, daß die Sowjetunion einer kontrollierten nuklearen Abrüstung zustimmen werde. Wenn die Vereinigten Staaten in der Entwicklung der Kernforschung in Rückstand gerieten, würden sie ihre eigene Sicherheit verraten und möglicherweise den Frieden gefährden. Solange es keine internationalen Bestimmungen über eine Beschränkung der Waffenproduktion gäbe, hätten die Vereinigten Staaten die Verpflichtung, ihre eigene militärische Stärke zu erhalten. Truman unterstützt den Abrüstungsplan des britischen Außenministers Selwyn *Lloyd* (vgl. Zeittafel in EA 19—20/1959, Vereinte Nationen) und begrüßt die Bemühungen des französischen Staatspräsidenten, Charles *de Gaulle*, Frankreich zur vierten Atommacht zu machen.

8.—9. November

Anläßlich der Tagung des Ministerkomitees für die gemeinsame Verteidigung der Vereinigten Staaten und Kanadas in Camp David erörtern der kanadische Außenminister, Howard C. *Green*, und Außenminister Christian *Herter* die Frage einer verstärkten Konsultation innerhalb der NATO in entscheidenden Fragen, wie z. B. Verhandlungen mit der Sowjetunion. Green schlägt ein Treffen des NATO-Rates nach dem für den 19. Dezember geplanten Treffen der vier westlichen Regierungschefs vor. In einem Kommuniqué kommen die Minister überein, die Konsultation zwischen den Mitgliedern der NATO bei der Vorbereitung der bevorstehenden Ost-West-Verhandlungen zu verstärken. Um eine engere Zusammenarbeit zwischen den NATO-Staaten zu ermöglichen, sei die Möglichkeit einer weiteren Sitzung der Außenminister im NATO-Rat am 22. Dezember erwogen worden.

10. November

Der Staatspräsident von Guinea, Sékou *Touré*, beendet einen Staatsbesuch in den Vereinigten Staaten. In einem zum Abschluß seiner Besprechungen mit Präsident Dwight D. *Eisenhower* am 28. Oktober veröffentlichten gemeinsamen Kommuniqué wird die wachsende Bedeutung der afrikanischen Staaten hervorgehoben und die Aufmerksamkeit der Welt auf die Bedürfnisse der Entwicklungsländer gelenkt. Zwischen den Vereinigten Staaten und Guinea wird ein Kulturabkommen unterzeichnet. Ein technisches Hilfeprogramm sowie Verhandlungen über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit werden in Aussicht genommen.

11. November

Ein Sprecher des Weißen Hauses teilt mit, Präsident Dwight D. *Eisenhower* habe eine Einladung des spanischen Staatschefs, Francisco *Franco*, und des tunesischen Ministerpräsidenten, Habib *Bourguiba*, angenommen und werde mit diesen im Verlauf seiner bevorstehenden Reise zusammentreffen.

16. November

Außenminister Christian *Herter* nimmt in einer Rede vor dem Außenhandelsrat in New York zu Fragen der amerikanischen Außen- und Handelspolitik Stellung und gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion eine gemeinsame Sprache für ein Ueberleben im Atomzeitalter finden würden. (Vgl. den Wortlaut auf S. D 343 dieser Folge.)

18. November
Der Gouverneur von New York, Nelson D. *Rockefeller,* schlägt in einer Rede vor dem Außenhandelsrat in New York die Bildung einer Wirtschaftsgemeinschaft der westlichen Hemisphäre in der Art der EWG vor. Die Aufgabe einer solchen Wirtschaftsunion wäre einmal die Zusammenarbeit mit anderen Teilen der Welt in einer gemeinsamen Handelspolitik und zum andern die Herabsetzung der Hindernisse für einen freien Austausch von Gütern, Kapital und Arbeitskräften innerhalb der Hemisphäre. Auf diese Weise könne dem Weltfrieden gedient, der Lebensstandard in Lateinamerika erhöht und der amerikanische Handel vermehrt werden.

21. November
Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion kommen überein, das Abkommen über wissenschaftlichen, technischen, kulturellen und sportlichen Austausch für weitere zwei Jahre zu verlängern.

24. November
Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion unterzeichnen in Washington ein Abkommen über ein gemeinsames Kernforschungsprogramm.

ASIEN

Volksrepublik China

7. November
Ministerpräsident *Tschu En-lai* beantwortet das Schreiben des indischen Premierministers, Jawaharlal *Nehru,* vom 26. September (veröffentlicht am 3. Oktober, vgl. Zeittafel in EA 21/1959, Indien). Unter Bezugnahme auf die indische Note vom 4. November (vgl. Indien) schlägt Tschu En-lai die Errichtung einer 20 km breiten Entspannungszone vor, die im Osten beiderseits der MacMahon-Linie und im Westen beiderseits der Linie, bis zu der beide Staaten die effektive Kontrolle ausüben, verlaufen soll. In dieser Zone sollten die Verwaltungsfunktionen von einer zivilen Verwaltung ausgeübt werden. Beide Seiten sollten sich verpflichten, den Streifen nicht aufs neue militärisch zu besetzen oder überwachen zu lassen. Tschu En-lai bedauert den Ton der indischen Note, die in vieler Hinsicht grundsätzliche Fragen des Grenzstreits und die wahren Vorgänge außer acht lasse, und erklärt, die chinesische Regierung habe nicht die Absicht gehabt, die indisch-chinesischen Beziehungen zu gefährden. Tschu En-lai fordert Premierminister Nehru zu einem Treffen in nächster Zeit auf und erklärt, China sei zu einer Regelung der Grenzfrage durch friedliche Verhandlungen bereit und werde alles tun, um den Frieden im Grenzgebiet für immer zu wahren.

Indien

1. November
Die Regierung beschließt, die Posten der Grenzpolizei an der indisch-chinesischen Grenze durch militärische Einheiten zu ersetzen und der Armee die Ueberwachung der Grenze zu übertragen.

4. November
In einer Note an die Volksrepublik China weist die indische Regierung die in der chinesischen Note vom 25. Oktober und der Erklärung vom 26. Oktober enthaltene Darstellung des Grenzzwischenfalles in Süd-Ladakh (vgl. Zeittafel in EA 22/1959) zurück. Die chinesische Behauptung, Gebiete südöstlich und nördlich des Kongka-Passes gehörten seit jeher zum chinesischen Territorium, wird entschieden zurückgewiesen. Weiter heißt es in der Note, die aggressive Haltung der Volksrepublik China an verschiedenen Stellen der indisch-chinesischen Grenze sowie die gegen Indien gerichtete Propaganda stehe in schärfstem Gegensatz zu den fünf Prinzipien der Koexistenz und der Erklärung von Bandung sowie der von der Volksrepublik China häufig geäußerten Verdammung des Imperialismus. Die indische Regierung werde auch in Zukunft dafür eintreten, alle internationalen Konflikte auf friedlichem Wege zu lösen. Im Falle einer offenen Aggression habe sie jedoch die Verpflichtung, dieser mit allen verfügbaren Mitteln entgegenzutreten. Die Unabhängigkeit und die Unversehrtheit Indiens dürften nicht gefährdet werden. Die Regierung erwarte daher, daß China seine Streitkräfte von indischem Territorium abziehe und kleinere Grenzstreitigkeiten auf friedliche Weise regele.

5. November
Premierminister Jawaharlal *Nehru* erklärt auf einer Pressekonferenz in Neu-Delhi, Indien werde sich in dem indisch-chinesischen Grenzkonflikt fest zeigen. Er glaube nicht, daß es zu einem Krieg kommen werde; wenn es notwendig sei, sei er jedoch zu starken Taten (strong action) bereit. Nehru betont, obwohl er zu Verhandlungen und Gesprächen bereit sei und immer versuchen wolle, Gewaltmaßnahmen zu vermeiden, müsse man für diese vorbereitet sein, wenn sie sich nicht länger vermeiden ließen.

16. November
Premierminister Jawaharlal *Nehru* lehnt in seiner Antwort auf das Schreiben des chinesischen Ministerpräsidenten, *Tschu En-lai,* vom 7. November (vgl. Volksrepublik China) dessen Vorschlag zur Errichtung einer Entspannungszone entlang der indisch-chinesischen Grenze ab. Eine Neutralisierung dieser Zone sei schon deshalb nicht erforderlich, weil die indischen Grenzposten nur mit Polizisten besetzt seien, die lediglich über leichte Waffen verfügten. Zusammenstöße könnten ferner ausgeschaltet werden, indem beide Seiten auf Patrouillengänge verzichten. Indien habe bereits angeordnet, daß bis auf weiteres keine Patrouillen entsandt würden. In Anbetracht des umstrittenen Grenzverlaufs in Ladakh schlägt Nehru vor, Indien solle sich als Uebergangsmaßnahme hinter die von China beanspruchte Grenze und die Volksrepublik China hinter die von Indien geforderte Grenze zurückziehen. Da das zwischen beiden Linien liegende Gebiet fast völlig unbevölkert sei, erübrige sich die Unterhaltung von Verwaltungsbehörden. Nehru erklärt sich bereit, zu geeigneter Zeit mit Tschu En-lai zusammenzutreffen; zunächst müsse jedoch eine Grundlage dafür geschaffen werden. Die Bemühungen sollten zuerst darauf konzentriert werden, eine einstweilige Regelung zustande zu bringen, die eine Verschlechterung der Lage verhindere.

Die Regierung veröffentlicht ein zweites Weißbuch zum indisch-chinesischen Grenzkonflikt.

24. November
In Neu-Delhi wird ein Abkommen zwischen Indien und der Tschechoslowakei über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet.

Irak

14. November
Ministerpräsident Abdul Karim *Kassem* beschuldigt in einer Rundfunkrede die „Imperialisten", das irakische Volk zum Bürgerkrieg anzustacheln und die Republik beseitigen zu wollen. Bisher habe die Regierung jedoch alle Angriffe erfolgreich abwehren können, und sie habe sich selbst vom Imperialismus durch die „Zerstörung" des Bagdad-Paktes befreit und von der Eisenhower-Doktrin zurückgezogen.

Israel

3. November
Bei den Wahlen zur Knesset erringen die Mapai 47 Sitze, die Cheruth 17 Sitze, die Nationale Religiöse Front 12 Sitze, die Mapam 9 Sitze, die Allgemeinen Zionisten 8 Sitze, die Achdut Haavoda 7 Sitze, die Progressive Partei 6 Sitze, die Orthodox-religiöse Partei 6 Sitze, die Kommunisten 3 Sitze, die arabischen Parteien 5 Sitze.

Jordanien

3.—6. November
Staatsbesuch des Schahs von Persien, *Mohammed Reza Pahlevi.* Der Schah führt in Amman Besprechungen mit König *Hussein* und Ministerpräsident Hazzaa *Majali.* Zwischen dem Iran und Jordanien wird ein Kulturabkommen unterzeichnet. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, der Iran und Jordanien seien entschlossen, die Charta der Vereinten Nationen zu respektieren und den Frieden im Mittleren Osten zu wahren.

Laos

2. November
Das Kabinett proklamiert Kronprinz *Savang Wathana* zum neuen König von Laos. Der König nimmt den Namen *Setha Khatia* an.

6. November
Der Untersuchungsausschuß der Vereinten Nationen veröffentlicht seinen Bericht (vgl. Vereinte Nationen). Vom 12.—21. November Besuch von Generalsekretär *Hammarskjöld* (vgl. Vereinte Nationen).

Vietnam (Nord)

18. November

Die Regierung veröffentlicht eine Erklärung, in der ausgeführt wird, für den Besuch des UN-Generalsekretärs, Dag *Hammarskjöld,* in Laos sei ein unpassender Zeitpunkt gewählt worden. Dieser Besuch behindere eine friedliche Regelung des Laos-Problems auf der Grundlage der Genfer Abkommen. Die Regierung protestiere gegen die Schaffung irgendeines ständigen Organs der Vereinten Nationen in Laos.

AUSTRALIEN

Australischer Bund

12. November

Lord *Dunrossil* (ehemals William S. *Morrison,* Sprecher des britischen Unterhauses) wird von Königin *Elizabeth II.* zum Generalgouverneur des Australischen Bundes ernannt.

Internationale Organisationen

Organisation der Vereinten Nationen

6. November

Der vom Sicherheitsrat am 7. September eingesetzte Ausschuß zur Untersuchung der Lage in Laos (vgl. Zeittafel in EA 19—20/1959) veröffentlicht einen Bericht über die Ergebnisse seiner Untersuchungen. In dem Bericht heißt es, Zeugenaussagen, Reisen in die Grenzgebiete sowie eine Inspektion der erbeuteten Gegenstände hätten keinen klaren Beweis für einen Grenzübertritt regulärer Einheiten aus Nord-Vietnam ergeben. Zeugenaussagen deuteten darauf hin, daß die von Nord-Vietnam erwiesene Hilfe für die Aufständischen vorwiegend aus Ausrüstungsgegenständen, Waffen, Munition, Versorgungsgegenständen und politischen Kadern bestanden habe. In dem Bericht wird der gegen die laotische Regierung geführte Kampf als ein Guerilla-Krieg beschrieben, dessen Hauptträger die Pathet-Lao-Bewegung sei.

12.—21. November

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld,* besucht Laos, um sich über die Lage in Laos zu informieren. Am 13. November erörtert Hammarskjöld in Vientiane mit Ministerpräsident Phoui *Sananikone* die Frage einer Hilfe der Vereinten Nationen. Am 15. November ersucht Hammarskjöld den Exekutivsekretär der UN-Wirtschaftskommission für Europa, Sakari S. *Tuomioja,* sich mit ihm in Laos zu treffen und eine etwa vierwöchige Untersuchung der wirtschaftlichen Lage in Laos durchzuführen.

17. November

Die Vollversammlung gibt in einer mit 62 gegen 3 Stimmen bei 7 Enthaltungen gebilligten Resolution ihrem Bedauern und ihrer Besorgnis über die Rassenkonflikte in der Südafrikanischen Union Ausdruck. Die Vollversammlung verabschiedet sieben weitere Resolutionen über die Lage in Südwestafrika, in denen sie ihr Bedauern über die Politik der südafrikanischen Regierung ausspricht und diese auffordert, der nächsten Vollversammlung Vorschläge für eine Verwaltung Südwestafrikas in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen und Zielen des Treuhandschaftssystems vorzulegen.

20. November

Die Vollversammlung nimmt mit 51 gegen 16 Stimmen bei 15 Enthaltungen eine von den afro-asiatischen Staaten eingebrachte Resolution an, in der sie ihrer Besorgnis über die Absicht der französischen Regierung, Kernwaffenversuche durchzuführen, Ausdruck gibt und Frankreich ersucht, von solchen Versuchen Abstand zu nehmen. Die Vollversammlung nimmt einstimmig eine von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion eingebrachte Resolution an, in der sie die Hoffnung ausspricht, daß zu dem Ziel allgemeiner und vollständiger Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle geeignete Maßnahmen in möglichst kurzer Frist in ihren Einzelheiten ausgearbeitet und angenommen werden. Die Vollversammlung billigt ferner ohne Gegenstimmen bei Stimmenthaltung des Sowjetblockes eine von Irland eingebrachte Resolution, in der die Atommächte aufgefordert werden, eine Verbreitung der Kernwaffen zu verhindern. Die Vollversammlung beschließt ferner, die aus allen Mit-

gliedstaaten der UN bestehende Abrüstungskommission beizubehalten. Am 21. November nimmt die Vollversammlung ohne Gegenstimmen bei Stimmenthaltung von Frankreich und Afghanistan eine von Oesterreich, Japan und Schweden eingebrachte Resolution an, in der Großbritannien, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten aufgefordert werden, baldmöglichst ein Uebereinkommen über ein Verbot der Kernwaffenexperimente zusammen mit einem wirksamen Kontrollsystem zu erzielen und während der Dauer der Verhandlungen ihre Kernwaffenversuche nicht wieder aufzunehmen. In einer von den afro-asiatischen Staaten eingebrachten und von der Vollversammlung mit 60 Stimmen gegen die Stimme Frankreichs und bei 20 Stimmenthaltungen angenommenen Resolution wird ein schnelles Uebereinkommen über ein Verbot der Kernwaffenversuche gefordert, und die Nicht-Atommächte werden aufgefordert, sich jeglicher Kernwaffenexperimente zu enthalten.

25. November
Die Vollversammlung beschließt mit 51 gegen 10 Stimmen bei 15 Enthaltungen, die Ungarn-Frage auf ihre Tagesordnung zu setzen. Die Vollversammlung diskutiert ferner einen Bericht des Politischen Ausschusses über die Frage einer Revision der UN-Charta im Sinne einer Vergrößerung der Zahl der nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrates und einer Erweiterung des Wirtschafts- und Sozialrats und des Internationalen Gerichtshofes. Die Vollversammlung beschließt mit 48 gegen 10 Stimmen (Ostblock) bei 22 Enthaltungen, diese Frage bis zur nächsten Tagung zurückzustellen.

Ernährungs- und Landwirtschafts-Organisation (FAO)

20. November
In Rom wird die 10. Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation beendet. Die Konferenz beschloß, in einer umfangreichen Kampagne Maßnahmen zur Bekämpfung des Hungers in der Welt zu ergreifen. In einer Resolution heißt es, ein großer Teil der Weltbevölkerung leide Hunger. Während die Steigerung der Nahrungsmittelerzeugung kaum mit dem Bevölkerungszuwachs Schritt halte, werde in den Industriestaaten die Nahrungsmittelerzeugung durch beschränkte Exportmöglichkeiten künstlich gedrosselt. Die Konferenz wählte Louis *Maire* zum neuen Präsidenten des Rates der FAO. B. R. *Sen* wurde als Generaldirektor wiedergewählt.

Allgemeines Abkommen über Zölle und Handel (GATT)

20. November
In Tokio wird die 15. Sitzungsperiode der Vertragsparteien des Allgemeinen Abkommens über Zölle und Handel beendet (vgl. Zeittafel in EA 22/1959). Als assoziiertes Mitglied wurde Jugoslawien und als provisorisches Mitglied Tunesien aufgenommen.

Colombo-Plan

11.—14. November
In Djakarta findet die 11. Tagung des Beratenden Ausschusses des Colombo-Planes statt. Der Ausschuß beschließt eine weitere Verlängerung des Planes bis 1966.

Europäische Gemeinschaften

4. November
Die Landwirtschaftsminister der sechs Mitgliedstaaten der EWG führen in Rom einen Gedankenaustausch über Fragen der Zusammenarbeit auf dem landwirtschaftlichen Sektor.

17.—18. November
Die Finanzminister der sechs Mitgliedstaaten der EWG führen in Brüssel einen Gedankenaustausch über gemeinsame Finanzprobleme.

23. November
Die Außenminister der sechs Mitgliedstaaten der EWG beschließen in Straßburg eine engere politische Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft. Sie kommen überein, sich regelmäßig über die internationale Lage und deren Auswirkungen auf die Tätigkeit der Gemeinschaft zu konsultieren. Sie vereinbaren, sich alle drei Monate zu treffen. Die Minister prüfen ferner durch die Stärkung und Beschleunigung der wirtschaftlichen Zusam-

menarbeit im Rahmen des Gemeinsamen Marktes aufgeworfene Fragen.

23.—27. November
Tagung des Europäischen Parlaments in Straßburg. Am 24. November findet eine Aussprache zwischem dem Parlament, den Ministerräten und den Exekutivorganen der drei Gemeinschaften statt. Der belgische Abgeordnete Charles *Janssens* kritisiert die Zusammenarbeit zwischen Parlament und Ministern sowie den Exekutivorganen, insbesondere die mangelnde Konsultation des Parlamentes. Fernand *Dehousse* regt eine Ueberprüfung der Vertragstexte an; in ihrer gegenwärtigen Form könnten die von ihnen geschaffenen Institutionen weder ihre exekutiven noch ihre legislativen Funktionen richtig erfüllen. Dehousse hebt die föderalistischen Züge der Gemeinschaft hervor und weist in diesem Zusammenhang auf das Verfassungsbeispiel der Bundesrepublik Deutschland hin. Das Parlament billigt einstimmig eine Resolution, in der es den Willen der Gemeinschaft bekräftigt, die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den assoziierten Ländern Afrikas zu vertiefen und den Lebensstandard der afrikanischen Völker zu verbessern. Es tritt zu diesem Zweck für eine Steigerung des Absatzes der assoziierten Länder auf dem Markt der Gemeinschaft und die Förderung eines gemeinsamen Planes zur Steigerung der öffentlichen und privaten Investitionen ein. Die Handelspolitik der Gemeinschaft gegenüber Dritten dürfe die Präferenz der afrikanischen Gebiete nicht beeinträchtigen. Ferner wird die Notwendigkeit der Gewährung technischer und wirtschaftlicher Hilfe zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Verbesserung der sozialen Verhältnisse betont. In einer zweiten Resolution werden die Ministerräte der Gemeinschaften aufgefordert, ihre Zusammenarbeit mit dem Parlament zu verbessern.

24. November
Der Ministerrat der EWG beschließt auf seiner Tagung in Straßburg, die schrittweise Beseitigung der mengenmäßigen Beschränkungen gegenüber dritten Ländern fortzusetzen. Als erste unmittelbare Maßnahme erklären sich die Länder der Gemeinschaft bereit, am 1. Januar 1960 den dritten Ländern die gleichen Vorteile einzuräumen, die sie sich zu diesem Termin untereinander gewähren. Der Ministerrat spricht die Erwartung aus, daß die übrigen OEEC-Länder entsprechende Maßnahmen treffen. Zusätzlich werden die Länder der EWG eine möglichst weitgehende Globalisierung der Kontingente vornehmen. Diese Maßnahmen sollen auf alle Mitgliedstaaten des GATT angewendet werden und auf die Staaten, auf die die Meistbegünstigungsklausel Anwendung findet. Die Gemeinschaft erklärt sich ferner bereit, mit anderen europäischen Staaten oder Staatengruppen einen Kontaktausschuß zur Förderung der Handelsbeziehungen zwischen der Gemeinschaft und ihren europäischen Partnern zu bilden. Die Gemeinschaft erklärt ihre Bereitschaft zur Teilnahme an regelmäßigen Konsultationen mit den Vereinigten Staaten, Kanada, Großbritannien und allen übrigen Staaten, um die Kohärenz und Wirksamkeit der Hilfsmaßnahmen für die Entwicklungsländer im Rahmen eines internationalen Programms zu gewährleisten. Ebenso sei die Gemeinschaft zu Konsultationen zur Ausarbeitung einer abgestimmten Konjunkturpolitik bereit.

Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC)

5. November
Die OEEC veröffentlicht den Schlußbericht der Europäischen Zahlungsunion (EZU), der eine allgemeine Analyse über die Arbeitsmethoden der EZU sowie Tatsachenmaterial und Zahlen über die von ihr getätigten Operationen enthält. Für die Tilgung der zum Zeitpunkt der Beendigung ihrer Tätigkeit noch ausstehenden Kredite wurden 105 bilaterale Abkommen über einen Gesamtbetrag von 1570 Millionen Dollar geschlossen. (Vgl. hierzu EA 4/1959, S. D 69—D 77.)

Europarat

23. November
Tod des Präsidenten der Beratenden Versammlung des Europarates, John *Edwards*.

Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA)

16.—23. November
In Monaco findet eine gemeinsam von der

Internationalen Atomenergie-Organisation und der UNESCO unter Mitwirkung der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) veranstaltete internationale wissenschaftliche Konferenz über die Beseitigung radioaktiver Abfälle statt.

Nordatlantikpakt-Organisation (NATO)

17.—20. November
In Washington findet die 5. Parlamentarier-Konferenz der NATO statt. Der amerikanische Außenminister, Christian A. *Herter*, weist in seiner Rede auf die Bedeutung des westlichen Bündnisses hin und erklärt, die Vereinigten Staaten würden auch in Zukunft der NATO ihre volle Unterstützung geben. Der Präsident der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Walter *Hallstein*, setzt sich in seiner Rede für eine Politik des freien Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ein. Der frühere amerikanische Außenminister Dean *Acheson* warnt vor Nachgiebigkeit gegenüber den sowjetischen Forderungen in der Berlin-Frage. Ein Rückzug der alliierten Streitkräfte aus Berlin würde zum Zusammenbruch des westlichen Verteidigungssystems in Europa führen. Wenn man über Berlin verhandeln wolle, um mit der Sowjetunion ins Gespräch zu kommen, so beschönige man damit seine eigene Nachgiebigkeit und nehme die sowjetischen Bedingungen an. Nicht die Lage in Berlin, sondern jene in Mitteldeutschland und Osteuropa sei anomal. Eine echte Möglichkeit für Verhandlungen gebe es jedoch in der Abrüstungsfrage. Der Generalsekretär der NATO, Paul-Henri *Spaak*, weist insbesondere auf die Gefahr einer kommunistischen Infiltration, vor allem im Mittleren Osten und in Afrika, hin. Spaak betont die Notwendigkeit der wirtschaftlichen und technischen Unterstützung der Entwicklungsländer. In einer einstimmig gebilligten Entschließung werden die Regierungen der Mitgliedstaaten der NATO aufgefordert, ihre Hilfe an die Entwicklungsländer zu verstärken und die innerhalb der OEEC und gegenüber den Vereinigten Staaten und Kanada bestehenden Handelsschranken so schnell wie möglich abzubauen. Zum Abschluß ihrer Tagung billigt die Konferenz eine Reihe von Resolutionen, in denen u. a. jährliche Treffen der Regierungschefs der Mitgliedstaaten der NATO vorgeschlagen werden. In der Berlin-Frage wird jede Regelung ausgeschlossen, durch die die Sicherheit, die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht West-Berlins sowie seine Bindungen mit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet würden. Die Konferenz spricht sich für eine umfassende Abrüstung aus, die so bald wie möglich verwirklicht werden solle. Alle Länder werden aufgefordert, ihre Streitigkeiten nach dem Gesichtspunkte der Vernunft zu lösen und sich internationalen Gerichtsbeschlüssen zu fügen. Eine internationale Polizeitruppe solle Verstöße gegen das Recht verhindern.

Nordischer Rat

2.—7. November
In Stockholm findet eine Tagung des Nordischen Rates statt. Der Rat beschließt die Einsetzung eines Ministerausschusses sowie eines Ständigen Sonderausschusses zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den nordischen Staaten. Der Rat empfiehlt ferner eine gemeinsame Erschließung der Energiequellen, den Ausbau des Straßennetzes sowie des Flugverkehrs und erörtert Möglichkeiten zur Hebung des Lebensstandards der lappischen Bevölkerung und zum Schutz ihrer Kultur.

Zwischenstaatliches Komitee für Europäische Auswanderung (ICEM)

20. November
In Genf wird die 11. Sitzungsperiode des Zwischenstaatlichen Komitees für Europäische Auswanderung beendet. In seinem Rechenschaftsbericht teilte der Direktor des ICEM, Marcus *Daly*, mit, seit Aufnahme seiner Tätigkeit 1952 habe das Komitee über 950 000 europäische Auswanderer in Uebersee angesiedelt. Für das Jahr 1960 wird mit 116 800 Auswanderern gerechnet. In einer Resolution werden die Regierungen der Mitgliedstaaten aufgefordert, die Finanzierung der Flüchtlingstransporte durch zusätzliche Beiträge zu unterstützen.

Dokumente zur Veränderung der Gesellschaftsstruktur in der Volksrepublik China

In der Zeit vom 17. bis zum 30. August 1958, zu der gleichen Zeit also, da die von der Volksrepublik China ausgelöste Krise in der Straße von Formosa ihrem Höhepunkt entgegenging, fand eine Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas statt, in deren Verlauf ein Beschluß über die Bildung von „Volkskommunen auf dem Lande" gefaßt wurde. Hiermit wurde eine radikale Veränderung der Gesellschaftsstruktur vollzogen, deren Auswirkungen im einzelnen noch nicht abzusehen sind. Die theoretische Parteizeitschrift *Rote Fahne,* die am 31. August 1958 den Anbruch dieser neuen Phase der kommunistischen Revolution Chinas bekanntgab, bezeichnete als den Zweck der Errichtung von Volkskommunen die „Organisierung nach militärischen Gesichtspunkten, den kriegsmäßigen Arbeitseinsatz und das Kollektivleben", wodurch „die höchste Stufe der Demokratie realisiert werden soll". Weiter hieß es:

„Solange uns keine äußeren Feinde angreifen, zielen die Volkskommunen, in denen Arbeiter, Bauern, Händler, Studenten und Soldaten zu einer Einheit verschmolzen sind, auf den Sturm der Festungen der Natur und auf den Marsch in die glückliche Zukunft der Industrialisierung, Urbanisierung und des Kommunismus auf dem Lande. Wenn und wann äußere Feinde einen Angriff auf uns wagen sollten, dann wird die gesamte bewaffnete Bevölkerung zur entschiedenen und vollständigen Vernichtung dieser Feinde mobilisiert werden."

Am 6. September 1958 forderte der Oberste Staatsrat der Volksrepublik China auf einer Tagung in Peking die allgemeine Mobilisierung der 600 Millionen Einwohner des Landes „für den Kampf gegen die Kriegsprovokation der amerikanischen Imperialisten im Gebiet von Taiwan". Diese Anordnung wurde nach der Billigung der Erklärung von Außenminister *Tschu En-lai* erlassen, in der sich die Volksrepublik China zur Wiederaufnahme der chinesisch-amerikanischen Botschafterbesprechungen bereit erklärt hatte.

Das Europa-Archiv wird in der nächsten Folge einen Bericht mit den wichtigsten Dokumenten über die Formosa-Krise des Jahres 1958 veröffentlichen. Auf die Probleme der Volkskommunen wird das Europa-Archiv zu einem späteren Zeitpunkt in einem eigenen Beitrag eingehen.

Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas vom 29. August 1958 über die Bildung von Volkskommunen auf dem Lande

Das ZK beschließt:

1. Die Bildung von Volkskommunen ist eine natürliche Folge der Entwicklungstendenz auf dem Lande. Es sind große, umfassende Volkskommunen entstanden, und in manchen Gegenden haben sie sich schon auf breiter Basis durchgesetzt. In einigen Gebieten entwickeln sie sich sehr schnell. Wahrscheinlich wird es im ganzen Lande bald zu einer unaufhaltsamen Flut der Gründung von Volkskommunen kommen. Die Grundlage für die Entwicklung der Volkskommunen sind in der Hauptsache der allseitige, kontinuierliche Sprung nach vorn in der landwirtschaftlichen Produktion Chinas und das ständig wachsende politische Bewußtsein der 500 Millionen Landbewohner. Nachdem die Verfechter des kapitalistischen Wegs wirtschaftlich, politisch und ideologisch eine restlose Niederlage erlitten haben, wurde ein noch nie dagewesener Fortschritt bei den Investitionsbauvorhaben in der Landwirtschaft erzielt. Dies schuf eine neue Basis für die praktische Beseitigung von Ueberschwemmungen und Dürren und für eine verhältnismäßig stabile Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion. Nach der Ueberwindung der rechten und konservativen Abweichungen und der Beseitigung der althergebrachten agrotechnischen Methoden entwickelte sich die landwirtschaftliche

Produktion sprunghaft. Die Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen hat sich verdoppelt oder um das Mehrfache erhöht, in einigen Fällen ist sie sogar um mehr als das Zehnfache gestiegen. Dies hat die ideologische Befreiung des Volkes weiter gefördert. Die umfassenden Investitionsvorhaben in der Landwirtschaft und die Anwendung fortschrittlicher technischer Methoden erfordern mehr Arbeitskräfte. Die Entwicklung der Industrie in den Landgebieten erfordert daneben die Ueberführung eines Teils der Arbeitskräfte aus dem Landwirtschaftssektor. Mechanisierung und Elektrifizierung werden in den Landgebieten Chinas immer dringender. Die Investitionsbauvorhaben in der Landwirtschaft und der Kampf für gute Ernten erfordern eine umfassende Zusammenarbeit, die über die Grenzen der Genossenschaft, der Gemeinden (hsiang) und der Kreise (hsien) hinausgeht. Die breiten Massen lassen sich von dem Prinzip leiten, sich nach militärischem Vorbild zusammenzuschließen, kämpferisch zu arbeiten und ein Kollektivleben zu führen. Dadurch erhöht sich das kommunistische Bewußtsein der 500 Millionen Landbewohner noch mehr. Die Einrichtung von Volksgaststätten, Kindergärten, Kinderkrippen, Schneiderstuben, Friseurstuben, öffentlichen Badeanstalten, „Feierabendheimen" (Altersheimen), Landwirtschaftsfachschulen und „Rot und Fachmann"-Schulen führt die bäuerliche Bevölkerung zu einem glücklicheren Gemeinschaftsleben und fördert und stärkt den Kollektivgeist der bäuerlichen Massen noch mehr. All das beweist, daß die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft mit hundert oder mehreren hundert Haushalten den Anforderungen der sich verändernden Lage nicht mehr gerecht werden kann. Unter den gegenwärtigen Umständen ist die Errichtung von Volkskommunen, in denen Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Viehzucht, Hilfswirtschaften und Fischereiwesen allseitig entwickelt werden, in denen Industrie (Arbeiter), Landwirtschaft (Bauern), Handel (Händler), Kultur und Volksbildung (Studenten) und Militärwesen (Angehörige der Miliz) zu einer Einheit verschmelzen, die grundlegende Politik, um die Bauern dazu zu führen, den sozialistischen Aufbau zu beschleunigen, den Aufbau des Sozialismus vorfristig zu vollenden und den allmählichen Uebergang zum Kommunismus durchzuführen.

2. Unter den gegenwärtigen Bedingungen sollte als Größenmaßstab für die Organisation einer Volkskommune im allgemeinen eine Kommune mit ungefähr 2000 Haushalten je Gemeinde gelten. Wenn sich eine Gemeinde über ein weites Gebiet erstreckt und nur dünn besiedelt ist, können mehr als eine Kommune errichtet werden, wobei jede weniger als 2000 Haushalte zählen kann. In einigen Fällen können sich unter Berücksichtigung natürlicher topographischer Bedingungen und der Erfordernisse der Produktionsentwicklung auch mehrere Gemeinden zu einer Kommune zusammenschließen, die ungefähr 6000 bis 7000 Haushalte umfaßt. Es ist auch nichts gegen die Errichtung von Kommunen einzuwenden, denen über 10 000 oder gar 20 000 Haushalte angehören. Im Augenblick aber braucht man die Bildung so großer Kommunen nicht zu fördern. Mit der weiteren Entwicklung der Volkskommunen wird sich möglicherweise die Tendenz zeigen, daß sich die Kommunen zu Föderationen auf Kreisebene zusammenschließen. Im Zusammenhang damit sollten jetzt auf Kreisebene Pläne aufgestellt werden, um eine rationelle Verteilung der Volkskommunen zu gewährleisten.

Mit der Erweiterung der Volkskommunen durch die komplexe Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht und der Fischerei sowie der Industrie, des Handels, der Volksbildung und des Militärwesens ist innerhalb des Verwaltungsapparats der Kommunen eine entsprechende Arbeitsteilung erforderlich. Nach dem Prinzip der wirksamen Organisation und der Teilnahme fähiger, nicht von der Produktion gelöster Kader sind eine Reihe von Abteilungen zu schaffen, die für ein bestimmtes Arbeitsgebiet verantwortlich sind. Die Verwaltungen der Gemeinden und Kommunen müssen zu einer Einheit verschmelzen, wobei das Gemeindekomitee der Partei mit dem Parteikomitee der Kommune und der Volksrat der Gemeinde mit dem Volksrat der Kommune identisch ist.

3. Bei der Errichtung der Volkskommunen läßt man sich davon leiten, kleine Genossenschaften zu großen zu verschmelzen und diese in Kommunen umzuwandeln. Das ist die allgemeine Forderung der breiten Volksmassen. Die armen Bauern und die kleineren Mittelbauern unterstützen diesen Kurs entschieden; die Mehrzahl der wohlhabenderen Mittelbauern tritt gleichfalls dafür ein. Wir müssen, gestützt auf die armen Bauern und kleineren Mittelbauern, die Massen mobilisieren, eine umfassende Meinungsäußerung und Diskussion entfalten, die Mehrheit der wohlhabenderen Mittelbauern, die für eine Verschmelzung der kleinen Genossenschaften zu größeren und für ihre Umwandlung in Kommunen eintreten, zusammenschließen, die Unentschlossenheit der übrigen größeren Mittelbauern beseitigen, die Gerüchtemacherei und Sabotage der Grundbesitzer und reichen Bauern anprangern und zum Scheitern bringen, damit die breiten Massen der Bauern auf Grund ideologischer Ueberzeugung und nach dem Prinzip der Freiwilligkeit die kleineren Genossenschaften zu größeren verschmelzen und ihre Umwandlung in Kommunen energisch in Angriff nehmen, wobei Zwang und Administrieren zu vermeiden sind. Dort, wo die Verschmelzung kleinerer Genossenschaften zu größeren und ihre Umwandlung in Kommunen in einem Zug vorgenommen werden kann, ist dies sehr zu begrüßen. Wo dies jedoch nicht möglich ist, kann die Umwandlung in zwei Etappen erfolgen, und zwar ohne Zwang oder Hast. In allen Kreisen sollten zunächst an einigen Stellen Versuche durchgeführt und die dabei gesammelten Erfahrungen allmählich Allgemeingut werden.

Die Verschmelzung zu großen Genossenschaften und ihre Umwandlung in Kommunen müssen in enger Verbindung mit den laufenden Produktionsaufgaben durchgeführt werden, damit keine schädlichen Auswirkungen auf die Produktion eintreten und daß darüber hinaus die Maßnahmen zu einer immer größeren Steigerung der Produktion führen. Aus diesem Grunde kann man im Anfangsstadium der Zusammenlegung der Genossenschaften nach der Methode verfahren, „die obere Struktur zu verändern, während die untere unverändert bleibt". Die ursprünglichen kleineren Genossenschaften können nach dieser Methode zuerst den Vorstand der größeren Genossenschaft wählen, eine einheitliche Struktur schaffen, die einheitliche Planung und Arbeitsteilung festlegen und sich in „Landwirtschaftszonen" oder Produktionsbrigaden verwandeln. Die ursprüngliche Organisation der Produktion und das Verwaltungssystem können vorläufig unverändert bleiben und wie bisher fortgeführt werden; später kann man dann Schritt für Schritt alles, was einer Zusammenlegung oder Regelung bedarf, sowie die mit der Zusammenlegung verbundenen konkreten Probleme so lösen, daß alle schädlichen Auswirkungen auf die Produktion vermieden werden.

Ueber die Größe der Kommunen, über das Tempo der Zusammenlegung kleinerer Genossenschaften zu größeren und ihre Umwandlung in Kommunen sowie über die anzuwendenden Methoden und Schritte können die verschiedenen Provinzen, autonomen Gebiete und die der Zentralregierung direkt unterstellten Gemeinden nach Maßgabe der örtlichen Bedingungen selbst entscheiden. Indessen muß ab sofort zwischen den kleinen Genossenschaften, deren Zusammenlegung im Herbst, im Winter oder erst im Frühjahr nächsten Jahres vorgesehen ist, eine enge Koordinierung hergestellt werden, damit sie gemeinsame Pläne für die ab Herbst dieses Jahres durchzuführenden landwirtschaftlichen Investitionsbauvorhaben erörtern und ausarbeiten können und gemeinsame Absprachen über die Vorbereitungsarbeiten für noch größere Ernten im nächsten Jahr treffen.

4. Mit der Zusammenlegung der Genossenschaften ergeben sich einige wirtschaftspolitische Probleme. Im Verlauf der Zusammenlegung der Genossenschaften sollten wir die Erziehungsarbeit verstärken, um zu verhindern, daß in einigen Genossenschaften der Lokalpatriotismus um sich greift, für die unteilbaren Fonds wenig oder überhaupt nichts abgezweigt wird und ein zu großer Teil der Einnahmen oder sogar alle Einnahmen unter die Mitglieder verteilt werden. Andererseits muß man jedoch verstehen, daß in-

folge der verschiedenen Bedingungen der einzelnen zu vereinigenden landwirtschaftlichen Genossenschaften die Höhe des gemeinsamen Besitzes und die Verpflichtungen innerhalb und außerhalb der Genossenschaften nicht in allen Fällen gleich sein können. Im Verlauf der Zusammenlegung müssen die Kader und die Massen im Geiste des Kommunismus erzogen werden. Sie müssen diese Unterschiede erkennen und die Methode kleinlicher Kalkulationen ablehnen, sie sollten nicht auf gleichen Anteilen bestehen und sich über Lappalien streiten.

Wenn eine Volkskommune gegründet wird, sollte bei der Regelung von Fragen, wie Nutzung des eigenen Hoflandes, einzelner Obstbäume und Besitzanteile, nichts übereilt werden. Es ist auch nicht notwendig, diese Fragen generell zu regeln. Im allgemeinen kann das individuell genutzte Hofland zur Kollektivbewirtschaftung in den Besitz der Kommune übergeführt werden; einzelne Obstbäume können vorerst Privatbesitz bleiben, und die Regelung dieser Frage kann der Zukunft überlassen werden. Die Lösung der Frage der Besitzanteile usw. könnte für ein bis zwei Jahre aufgeschoben werden; mit der Entwicklung der Produktion, mit der Erhöhung des Einkommens und mit dem wachsenden Bewußtsein der Menschen werden sie automatisch in gemeinsames Eigentum übergehen.

5. Es erhebt sich ferner die Frage, welche Bezeichnung die Volkskommunen führen, wie die Besitzverhältnisse und das Verteilungssystem geregelt werden sollen. Die Kommunen sollten einheitlich als „Volkskommunen" bezeichnet werden. Für ihre Umwandlung in Staatsgüter besteht keine Notwendigkeit; denn Staatsgüter können nicht gleichzeitig Industrie, Landwirtschaft, Handel, Volksbildung und Militärwesen umfassen. Nach Gründung der Volkskommunen besteht kein Anlaß, die Umwandlung des Kollektiveigentums in Volkseigentum zu überstürzen. Gegenwärtig ist es immer noch besser, die Form des Kollektiveigentums beizubehalten, um zu vermeiden, daß sich durch den Umwandlungsprozeß der Eigentumsformen unnötige Komplikationen ergeben. In der Praxis sind im Kollektiveigentum der Volkskommunen bereits einige Elemente des Volkseigentums enthalten. Mit der weiteren Entwicklung der Volkskommunen werden diese Elemente ständig zunehmen, das Volkseigentum wird allmählich das Kollektiveigentum ersetzen. Der Uebergang vom Kollektiveigentum zum Volkseigentum ist ein Prozeß, der in einigen Fällen weniger Zeit (etwa drei bis vier Jahre), in anderen Fällen mehr Zeit (vielleicht fünf oder sechs Jahre oder noch mehr) in Anspruch nehmen kann. Wenn das Stadium des Volkseigentums erreicht ist, werden die Volkskommunen ebenso wie die staatseigene Industrie ihrem Charakter nach noch sozialistisch sein, d. h. es wird das Prinzip gelten: „Von jedem nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung". Erst nach einer Reihe von Jahren, wenn das Sozialprodukt wesentlich gestiegen ist, wenn sich das kommunistiche ideologische Bewußtsein und die Moral des ganzen Volkes bedeutend erhöht haben, wenn die allgemeine Volksbildung eingeführt und ihr Niveau gestiegen ist, wenn die von der alten Gesellschaft hinterlassenen Unterschiede zwischen Arbeitern und Bauern, zwischen Stadt und Land, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, die unvermeidlich auf die Periode des Sozialismus übertragen wurden, allmählich verschwinden, wenn die Reste des ungleichen bürgerlichen Rechts, das diese Unterschiede widerspiegelt, ebenfalls allmählich verschwinden, wenn die Funktion des Staates nur darin bestehen wird, eine Aggression der äußeren Feinde abzuschlagen, wenn die inneren Funktionen des Staates absterben werden, erst dann und nur dann wird unsere Gesellschaft in das Zeitalter des Kommunismus eintreten, in der das Prinzip verwirklicht werden wird: „Von jedem nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen".

Nach Gründung der Volkskommunen ist es ferner nicht notwendig, die Veränderung des ursprünglichen Verteilungssystems zu überstürzen, um ungünstige Auswirkungen auf die Produktion zu vermeiden. Wir müssen von konkreten Bedingungen ausgehen. Dort, wo es die Voraussetzungen erlauben, kann man zum Lohnsystem übergehen. Dort, wo

die Voraussetzungen hierzu noch nicht gegeben sind, kann vorläufig das bisherige Entlohnungssystem nach Arbeitseinheiten beibehalten werden (so z. B. das System festgelegter Produktionsnormen, Arbeitseinheiten und Kosten, wobei ein Teil der Ueberproduktion als Prämie ausgezahlt wird; oder das System der nach der Produktion berechneten Arbeitseinheiten). Wenn die Bedingungen dafür reif sind, kann dieses System geändert werden. Obgleich das Eigentum der Volkskommunen immer noch Kollektiveigentum ist und das System der Verteilung — mag es sich nun um das Lohnsystem oder um das System der Bezahlung nach Arbeitseinheiten handeln — auf dem Prinzip „Jedem nach seiner Leistung", nicht aber auf dem Prinzip „Jedem nach seinen Bedürfnissen" basiert, sind die Volkskommunen gleichwohl die beste Organisationsform für die Verwirklichung des Sozialismus und für den allmählichen Uebergang zum Kommunismus. Sie werden sich zur gesellschaftlichen Grundeinheit der künftigen kommunistischen Gesellschaft entwickeln.

6. Unsere Aufgabe im gegenwärtigen Stadium ist der Aufbau des Sozialismus. Die Gründung der Volkskommunen soll in erster Linie das Tempo des sozialistischen Aufbaus beschleunigen. Der Aufbau des Sozialismus soll den Uebergang zum Kommunismus aktiv vorbereiten. Die Verwirklichung des Kommunismus in China scheint keine Frage der fernen Zukunft mehr zu sein. Wir sollten die Form der Volkskommunen aktiv dazu benutzen, einen konkreten Weg für den Uebergang zum Kommunismus zu erproben.

Quelle: *Ostprobleme,* Nr. 21 vom 24. Oktober 1958.

Musterstatut für eine Volkskommune

Artikel 1

Die Volkskommune ist die Grundeinheit der Gesellschaft, in der sich die Werktätigen auf Grund freier Willensentscheidung und unter Führung der Kommunistischen Partei und der Volksregierung zusammenschließen. Ihre Aufgabe besteht in der Leitung der gesamten industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, des Handels, des Kultur- und Erziehungswesens und der Politik.

Artikel 2

Auf politischem Gebiet hat die Volkskommune die Aufgabe, das sozialistische System zu konsolidieren und energisch die Voraussetzungen für den allmählichen Uebergang zum Kommunismus zu schaffen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir beharrlich alle unsere Energie darauf richten, die landwirtschaftliche und industrielle Produktion zu steigern, das Niveau des Kultur- und Erziehungswesens zu heben und dabei umfassendere, bessere und wirtschaftlichere Methoden anzuwenden. Wir müssen beharrlich danach streben, die technische und kulturelle Revolution durchzuführen und die Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen körperlicher und geistiger Arbeit schrittweise abzubauen. Wenn die Gesellschaft einen Ueberfluß an Produktion zu schaffen vermag und die Menschen von einem hohen politischen Bewußtsein getragen sind, wird man auch von dem Prinzip „Von jedem nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung" schrittweise zum Prinzip „Von jedem nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" übergehen können.

Artikel 3

Alle Bürger über 16 Jahre können Vollmitglieder der Kommune werden. Ehemalige Grundherren, reiche Bauern, Konterrevolutionäre und andere Personen, denen die politischen Rechte abgesprochen wurden, können als inoffizielle Mitglieder aufgenommen werden. Wenn sie nach dem Gesetz wieder in den Besitz ihrer politischen Rechte gelangt sind, können sie Vollmitglieder werden. Alle Mitglieder haben die Pflicht, die Beschlüsse der Kommune durchzuführen, die Arbeitsdisziplin einzuhalten und mit dem

Kommuneneigentum sorgsam umzugehen. Mit Ausnahme von Mitgliedern, die nicht im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte sind, haben alle Vollmitglieder das Recht, zu wählen, gewählt zu werden, abzustimmen und über die Angelegenheiten der Kommune zu wachen. Die „inoffiziellen" Mitglieder sollten nicht das Recht besitzen, zu wählen, gewählt zu werden oder in der Kommune abzustimmen; in wirtschaftlicher Hinsicht jedoch sollten sie die gleichen Rechte wie Vollmitglieder besitzen.

Artikel 4

Alle landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die sich zu einer Kommune zusammenschließen, sollen das gesamte genossenschaftliche Eigentum im Geiste kommunistischer Zusammenarbeit in das Eigentum der Kommune überführen. Ueberschüsse sollen nicht eingezogen, Rückstände nicht nachgefordert werden. Außer den Schulden, die im Rahmen der Produktion des laufenden Jahres entstanden und die von den jeweiligen Genossenschaften selbst zu tilgen sind, werden alle früheren Schulden von der Kommune übernommen. Die von den Genossenschaftsmitgliedern eingebrachten Kapitalanteile sollen weiterhin auf den Namen der Mitglieder laufen, jedoch nicht verzinst werden. Investitionen der Genossenschaftsmitglieder sollen von der Kommune zurückgezahlt werden. Von Mitgliedern, die der Kommune beitreten und das 17. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, sollen keine Anteilszahlungen gefordert werden. Bei Austritt oder in Todesfällen dürfen die Anteile nicht zurückgefordert werden.

Artikel 5

Da die Produktionsmittel in das Eigentum der Kommune übergehen, sollen die der Kommune beitretenden Mitglieder ihr gesamtes privates Hofland, eigene Häuser, Aecker, Vieh und Obstbäume in das Eigentum der Kommune überführen; sie können jedoch einen kleinen Bestand an Haustieren und Geflügel als Privatbesitz behalten. Privateigenes Vieh und privateigener Obstbaumbestand sollen als eingebrachter Anteil gelten, während der darüber hinaus eingebrachte Mehranteil als Investition dem jeweiligen Kommunemitglied gutzuschreiben ist.

Artikel 6

Um eine ständige Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zu gewährleisten, muß die Kommune künftig Bewässerungsanlagen bauen, in größerem Maße Düngemittel verwenden, Bodenmeliorationen durchführen, für die allgemeine Verwendung guter Saaten sorgen, den Viehbestand vermehren, Insektenplagen und Pflanzenseuchen verhindern und bekämpfen, die Methode des rationellen Engpflanzens anwenden, das Tiefpflügen aktivieren und eine sorgfältige Kultivierung durchführen. Sie muß energisch nach einer Verbesserung des landwirtschaftlichen Geräts streben und die Mechanisierung der Landwirtschaft und die Elektrifizierung des flachen Landes in kürzester Frist durchführen.

Die Kommune muß möglichst rasch die Industrie entwickeln. Hierbei ist in erster Linie das Hauptaugenmerk auf die Errichtung von Fabriken und die Erschließung von Gruben zu legen, um die Bodenschätze auszubeuten; ferner sind Betriebe zur Produktion von Eisen und Stahl, Kugellagern, landwirtschaftlichen Geräten, Kunstdünger und Baumaterial zu errichten. Daneben müssen die Einrichtung von Reparaturwerkstätten für Maschinen sowie der Bau von Wasserkraftwerken und Einrichtungen zur Nutzung von Methangas betrieben werden. Die Kommune muß systematisch Straßen anlegen, die Wasserwege ausbauen, die Verkehrs- und Transportmittel verbessern, Fernsprechleitungen legen und allmählich ein modernes Fernsprechnetz aufbauen. Jede Produktionsgruppe soll ein bis zwei Postangestellte ernennen, die von der Kommune zu bezahlen sind, wobei sie als Mitglieder der Kommune Dienst tun und zusätzliche Gebühren von den Mitgliedern nicht erhoben werden.

Artikel 7

Die Kommune soll als Grundeinheit der staatlichen Handelseinrichtungen eine Versorgungs- und Marktabteilung einsetzen. Die Fonds für die Versorgungs- und Marktabteilung werden von den vorgesetzten staatlichen Handelsorganen zugeteilt. Die Entlohnung ihres Personals übernimmt die Kommune. Die von ihr erzielten Gewinne sind an die übergeordneten staatlichen Handelsorgane abzuführen, wobei jedoch die Kommune einen gewissen Prozentsatz des Gewinns beanspruchen kann. Die Kommune muß darüber wachen, daß die Versorgungs- und Marktabteilung die staatlichen Aufgaben eines geplanten und einheitlichen Verkaufs erfüllt und die Pläne und Methoden der höheren staatlichen Handelsorgane durchführt. Gleichzeitig hat die Kommune das Recht, die Versorgungs- und Marktabteilung in fachlicher Hinsicht zu kontrollieren.

Die Versorgungs- und Marktabteilung soll bei den einzelnen Produktionsabschnitten der Kommune Filialen sowie bei den einzelnen Produktionsbrigaden Kantinen einrichten, die zu den für die Massen günstigen Zeiten zur Einnahme der Mahlzeiten geöffnet werden. Die Filialen der Versorgungs- und Marktabteilung sollen auf eigene Rechnung arbeiten; für ihre Gewinne und Verluste ist die Versorgungs- und Marktabteilung verantwortlich. Die Fonds für die Filialen werden aus den Anteilen gebildet, die die Mitglieder an die ehemaligen Versorgungs- und Marktgenossenschaften zahlten. Wenn dieser Anteil nicht ausreicht, soll die Versorgungs- und Marktabteilung das Defizit auszugleichen versuchen. Solche Anteile sollen keine Dividenden mehr bringen. Die Versorgungs- und Marktabteilung soll Mitglied der Versorgungs- und Marktgenossenschaft des Kreises sein.

Artikel 8

Die Kommune soll als Zweigstelle der Volksbank eine Kreditabteilung schaffen. Das Kapital für die Kreditabteilung soll von der Volksbank zugewiesen, ihr Personal von der Kommune bezahlt werden. Die von der Kreditabteilung erzielten Gewinne sollen an die Volksbank abgeführt werden, wobei die Kommune jedoch einen gewissen Prozentsatz des Gewinns beanspruchen kann. Die Kommune muß darüber wachen, daß die Kreditabteilung die Pläne der Volksbank durchführt. Gleichzeitig hat die Kommune das Recht, die Kreditabteilung in fachlicher Hinsicht zu kontrollieren.

Artikel 9

Die Kommune wird Schritt für Schritt ihre Mitglieder zu Arbeitern mit hohem kulturellem Niveau, technischem Wissen und allseitigen Fähigkeiten erziehen. Die Kommune wird die Pflichterziehung in enger Verbindung mit der Produktion durchführen. Sie wird Grundschulen und Freizeit-Fortbildungsschulen errichten und schrittweise danach streben, daß alle schulpflichtigen Kinder Schulen besuchen und alle begabten Jugendlichen und Erwachsenen bis zum mittleren Alter die Grundschulreife erlangen. Die Kommune soll dafür sorgen, daß jeder Produktionsabschnitt über eine Landwirtschaftsfachschule verfügt, um begabten Jugendlichen durch Freizeitstudium zur Fachschulreife zu verhelfen. Wo die Voraussetzungen dafür gegeben sind, sollen Fachschulen und Universitäten gegründet werden, die den Erfordernissen der einzelnen Kommune Rechnung tragen. Wenn die Produktion künftig eine höhere Entwicklungsstufe erreicht, kann die Arbeitszeit entsprechend verkürzt werden, um den Mitgliedern mehr Zeit zum Studium zu lassen. Die Kommune soll ihre Mitglieder zu wissenschaftlichen Studien auf breiter Basis anspornen und ihnen zur Seite stehen. Hierbei handelt es sich vor allem um Studien und Versuche, die eine Verbesserung des anzubauenden Saatguts, die Bodenmelioration, die Kultivierung des Obstbaumbestands, die Vermehrung des Viehbestands, die Ausrottung von Insektenplagen und Pflanzenseuchen sowie eine Verbesserung des landwirtschaftlichen Geräts und der Technik zum Ziele haben.

Artikel 10

In der Kommune wird ein System von Milizsoldaten errichtet. Alle wehrfähigen jungen Männer im Wehrdienstalter und bis zum mittleren Alter sowie demobilisierte und in den Ruhestand versetzte Soldaten sollen in Milizeinheiten zusammengeschlossen werden, reguläre militärische Uebungen durchführen und die ihnen vom Staat gestellten Aufgaben erfüllen. Während der militärischen Uebungen und der Durchführung der ihnen gestellten Aufgaben sollen die Milizangehörigen den üblichen Lohn erhalten. Die Kommune übernimmt die Verantwortung für die Mobilisierung der Milizsoldaten und für die Einschaltung der demobilisierten Milizsoldaten in den Arbeitsprozeß. Angehörige von Opfern der Revolution, kriegsbeschädigte Soldaten sowie Familien, deren Angehörige ihrer Wehrpflicht genügen und denen es an Arbeitskräften fehlt, sind von der Kommune entsprechend bevorzugt zu behandeln.

Artikel 11

Die Grenzen der Kommune werden sich mit den Gemeindegrenzen decken, d. h. in jeder Gemeinde wird eine Kommune errichtet. Zur Arbeitserleichterung sollen die Gemeinde und die Kommune eine Einheit bilden. Die Abgeordneten des Gemeinde-Volksrats sind gleichzeitig Mitglieder des Verwaltungskomitees der Kommune, der Leiter der Gemeinde gleichzeitig Direktor der Kommune und der Arbeitsapparat des Verwaltungskomitees der Kommune gleichzeitig der Arbeitsapparat des Gemeinde-Volksrats.

Artikel 12

Oberstes Verwaltungsorgan der Kommune ist die Kommuneversammlung, die alle wichtigen Angelegenheiten der Kommune erörtern und über sie entscheiden soll. Ihr sollten Vertreter aller Produktionsbrigaden und aller Volksschichten angehören: Frauen, Jugendliche, alte Leute, Kulturschaffende und Erzieher, Vertreter des Gesundheitswesens, Wissenschaftler und Techniker, Vertreter der Industrie und des Handels sowie der Minderheiten. Die Kommuneversammlung wählt das Verwaltungskomitee, das mit der Wahrnehmung der Kommuneangelegenheiten beauftragt wird. Das Verwaltungskomitee setzt sich aus dem Kommunedirektor, mehreren stellvertretenden Kommunedirektoren und einer Anzahl von Mitgliedern zusammen. Innerhalb des Verwaltungskomitees sind verschiedene Abteilungen oder Ausschüsse zu bilden, z. B. für Landwirtschaft, Bewässerungsanlagen, Finanzen, Handel, Kultur und Erziehung, für innere Angelegenheiten und Arbeitskräfte, für Verteidigung, Planung, wissenschaftliche Forschung usw. Die Mitglieder der Ausschüsse sollen vom Verwaltungsausschuß ernannt und von der Kommuneversammlung gebilligt werden. Mit der Erledigung der laufenden Routinearbeit kann das Verwaltungskomitee einen gewählten ständigen Ausschuß betrauen. Zur Ueberwachung der Angelegenheiten der Kommune wählt die Kommuneversammlung einen Kontrollausschuß. Ihm sollen ein Vorsitzender, mehrere stellvertretende Vorsitzende und mehrere Mitglieder angehören. Bei seiner Arbeit soll er den staatlichen Kontrollorganen untergeordnet sein. Die Amtszeit der Kommuneversammlung, des Verwaltungskomitees und des Kontrollausschusses soll zwei Jahre betragen. Personen, die ihre Pflichten gröblich vernachlässigen, können vor Ablauf dieser Frist von ihrem Amt entbunden werden.

Artikel 13

Um das System der Verantwortlichkeit zu verwirklichen, soll für die Kommune das Prinzip der zentralen Leitung bei gleichzeitig dezentralisierter Kontrolle gelten. Gemäß dem Prinzip, den Produktionsablauf und die Leitung zu erleichtern, soll sich die Kommune in mehrere Produktionsabschnitte aufgliedern, die sich jeweils in mehrere Produktionsbrigaden aufteilen. Die Produktionsabschnitte sind Einheiten, die die Kontrolle der Produktion und die wirtschaftliche Rechnungsführung durchführen, während für Gewinne oder Verluste die Kommune verantwortlich zeichnet. Die Produktionsabschnitte

sind die Grundeinheiten für die Organisation der Arbeit. Um die allgemeine Planerfüllung der Kommune zu gewährleisten, besitzen die Produktionsabschnitte bei der Organisierung der Produktion und der Investitionsbauvorhaben sowie bei der Entlohnung und Prämienverteilung einen gewissen Spielraum. Wenn die Produktionsabschnitte und -brigaden ihr Planziele erreichen oder Produktionskosten einsparen, sollten die Kommune und die Produktionsabschnitte eine entsprechende Summe als Prämien ausschütten. Wenn die Mechanisierung der Landwirtschaft erreicht ist, sind bei den Produktionsabschnitten Traktorenbrigaden zu bilden. Große Fabriken, Forst- und Viehwirtschaften sollen von der Kommune direkt geleitet werden, kleinere dagegen können den Produktionsabschnitten unterstellt werden. Kleinere Maschinen und Ausrüstungen, wie Sämaschinen, Methangasinstallationen und Ausrüstungen zur Herstellung von Kunstdünger, können von den Produktionsbrigaden selbst verwaltet werden. Jeder Produktionsabschnitt soll eine Vertreterkonferenz bilden, die sich aus seinen Deputierten bei der Kommuneversammlung zusammensetzt. Die Vertreterkonferenz des Produktionsabschnitts ernennt ein Verwaltungskomitee für den Produktionsabschnitt und bildet einen Kontrollausschuß. Die Amtszeit dieser Körperschaften beträgt ein Jahr. Die Kommuneversammlung wählt den Leiter und die stellvertretenden Leiter des Produktionsabschnitts; sie bilden das Abschnittskomitee, das die Produktionsarbeit leitet.

Artikel 14

Wenn die Einkünfte beständig sind, große Fonds zur Verfügung stehen und die Mitglieder zur Einhaltung einer strengen Arbeitsdisziplin fähig sind, soll die Kommune das Lohnsystem einführen. Die Lohneinstufung soll je nach der Bedeutung der Stellung, den physischen Bedingungen, dem technischen Niveau und der Einstellung zur Arbeit durch die Massen selbst erfolgen. Die festgelegten Löhne sollen monatlich gezahlt werden; Personen mit Spezialausbildung können außerdem Technikerzulagen gewährt werden. Die Höhe des Monatslohns kann je nach den Einkünften der Kommune und den Bedürfnissen ihrer Mitglieder sehr unterschiedlich sein. Im Falle außergewöhnlicher Naturkatastrophen kann der Monatslohn entsprechend gekürzt werden. Nach Einführung des Lohnsystems soll die von den einzelnen Einheiten und Einzelpersonen geleistete Arbeit periodisch überprüft und verglichen werden.

Personen, die gewissenhaft arbeiten und ihre Aufgaben zufriedenstellend bewältigen, erhalten Prämien. Personen, die sich passiv zur Arbeit verhalten und ihren Aufgaben nicht nachkommen, sollen durch eine Kürzung ihres Lohnes bestraft werden. Die Summe der von der Kommune jährlich gezahlten Prämien darf ein Viertel der gesamten Jahreslohnsumme nicht übersteigen. Die der Kommune, den Produktionsabschnitten bzw. -brigaden zur Verfügung stehenden Prämien sollten sich in drei Gruppen aufgliedern. Als Grundlage für die Prämienverteilung und als Vergleichsmaßstab für die Durchführung einer Arbeit soll der Durchschnitt der Höchstnormen gelten. Fernbleiben vom Arbeitsplatz hat nach Einführung des Lohnsystems eine Kürzung des Lohnes zur Folge.

Jedes männliche Kommunemitglied hat jedoch Anspruch auf zwei bezahlte Urlaubstage im Monat, weibliche Mitglieder dagegen auf drei Tage. Werdende Mütter können einen Monat Urlaub bei halbem Lohn erhalten. Im Falle eines Arbeitsunfalles soll für die Zeit der Genesung der Lohn weiter gezahlt werden. Personen, die infolge langer Krankheit dem Arbeitsplatz fernbleiben müssen, und Arbeitsunfähige sollen Zuwendungen aus dem öffentlichen Wohlfahrtsfonds erhalten. Bis zur Einführung des vollen Lohnsystems kann zunächst das teilweise Lohnsystem gelten. Dabei soll der Wert jedes Arbeitstages festgesetzt und die Arbeitsentlohnung ganz oder teilweise gemäß den von den einzelnen Mitgliedern geleisteten Arbeitstagen vorgenommen werden. Der Verwaltungsapparat der Kommune soll Sparsamkeit üben. Die Löhne für das Verwaltungspersonal dürfen 1 Prozent der gesamten Lohnsumme nicht übersteigen.

Auch die Versammlungen sollen möglichst einfach gestaltet werden, um zu vermeiden, daß produktive Arbeitsstunden verlorengehen.

Artikel 15

Unter der Voraussetzung, daß die Getreideproduktion einen hohen Stand erreicht und alle Mitglieder der Kommune damit einverstanden sind, soll ein neues System der Getreidebelieferung eingeführt werden. Danach können alle Kommunemitglieder je nach der Zahl der arbeitenden Familienmitglieder und entsprechend der Stärke des einzelnen Haushalts kostenlos mit Getreide beliefert werden. Das Getreidebelieferungssystem muß gewährleisten, daß Mitglieder, deren Familien mehr Arbeitskräfte stellen, künftig auch über ein größeres Einkommen als in der Vergangenheit verfügen. Einzelne Faulenzer und Bummler, die schlecht arbeiten und sich trotz Ermahnungen nicht bessern, können mit Einverständnis der Kommunemitglieder zum Arbeiten unter Aufsicht und zur Besserung gezwungen werden.

Artikel 16

Dem Lohnsystem und dem Getreidebelieferungssystem liegt das für alle Mitglieder der Kommune geltende Prinzip zugrunde: „Von jedem nach seinen Fähigkeiten". Jedes Kommunemitglied soll sich gewissenhaft an folgende Grundregeln der Arbeitsdisziplin halten: 1. aktiv an der Arbeit teilzunehmen; 2. mit dem Kommuneeigentum sorgsam umzugehen; 3. für Qualitätsarbeit zu sorgen; 4. die Anordnungen zu befolgen; 5. freiwillig die Koordinierung durchzuführen. Die Kommune soll die politische Arbeit, die kommunistische ideologische Erziehung intensivieren, den kommunistischen Arbeitseifer und die Arbeitsmoral heben, indem sie sich auf die Aktivisten unter den armen Bauern und kleineren Mittelbauern stützt, damit allmählich das Prinzip „Jedem nach seiner Leistung" im entschlossenen Handeln jedes einzelnen Kommunemitglieds seinen Niederschlag findet.

Artikel 17

Zu den Aufgaben der Kommune gehört es, Kantinen, Kinderkrippen und Schneiderstuben einzurichten, um die Frauen von der Hausarbeit zu befreien. Um die Verwaltung zu erleichtern, sollen die Kantinen und Kinderkrippen im allgemeinen auf der Ebene der Produktionsbrigaden errichtet werden. Es steht den einzelnen Mitgliedern frei, die Kantinen und Kinderkrippen in Anspruch zu nehmen. Diejenigen, die in den Kantinen essen, können ihr eigenes Gemüse und andere Zutaten liefern. Die Löhne für das in den Kantinen, Kinderkrippen und Schneiderstuben beschäftigte Personal sollen von der Kommune bezahlt werden. Die Gebühren für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen sollten nach dem Prinzip erhoben werden: „Kein Gewinn und kein Verlust". Die Kantinen sollten Gemüsegärten anlegen, Schweine und Hühner halten und sich um eine immer bessere Verpflegung bemühen.

Artikel 18

Die Kommune soll nach und nach einen ärztlichen Betreuungsdienst aufbauen und vervollkommnen. Schritt für Schritt soll die Kommune ein Zentrales Krankenhaus einrichten, in dem ernstere Fälle Aufnahme finden können; die Produktionsabschnitte sollten eine Klinik einrichten, in der im allgemeinen leichtere Fälle behandelt werden können, die Produktionsbrigaden wiederum sollten über Krankenpersonal und Hebammen verfügen, die den Ausbruch von Seuchen verhindern, die Kranken betreuen und als Geburtshelfer arbeiten können. Wo die Bedingungen dafür gegeben sind, soll die Kommune Sanatorien einrichten. Die ärztliche Betreuung soll in der Kommune auf kooperativer Basis erfolgen. Entsprechend der Stärke der einzelnen Familien sollen die Kommunemitglieder für die kooperative ärztliche Betreuung an den jährlichen Kosten beteiligt werden und dafür in den Genuß kostenloser ärztlicher Betreuung kommen.

Das Zentralkrankenhaus sollte ernste Fälle, die es nicht behandeln kann, in zuständige Spezialkrankenhäuser überweisen und die Transportkosten übernehmen. Im Augenblick jedoch sollten Fälle, deren Ursachen Altersschwäche und chronische Krankheiten sind, nicht in andere Krankenhäuser überwiesen werden. Sobald die Kommune auf einer gesunden wirtschaftlichen Grundlage steht, wird sie die kostenlose ärztliche Betreuung einführen.

Artikel 19

Die Kommune soll Maßnahmen ergreifen, um den Alten, Schwachen, Waisen, Witwen und arbeitsunfähigen Mitgliedern und Invaliden, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können, ein auskömmliches Leben zu sichern. Für kinderlose alte Leute soll die Kommune Altersheime („Heime des Glücks") gründen, sie zu leichten Arbeiten heranziehen und mit allem Nötigen versorgen, damit sie ihren Lebensabend glücklich verbringen können. Die Kommune soll öffentliche Friedhöfe anlegen. Wenn es die Interessen der Produktion und des Aufbaus erfordern, sollen die bestehenden Gräber mit Einverständnis ihrer Eigentümer beseitigt werden.

Artikel 20

Zug um Zug soll die Kommune für ihre Mitglieder bessere Wohnbedingungen schaffen. Dementsprechend sollen langfristige Pläne für die Anlage von Wohnvierteln und für den allgemeinen Wohnungsbau ausgearbeitet und allmählich durchgeführt werden; hierbei können kleinere Wohnviertel nach dem Prinzip der Produktions- und Verwaltungsvereinfachung allmählich zusammengelegt werden. Der Wohnungsbau soll nach einem Plan erfolgen, wobei die Kommune das benötigte Material und die Arbeitskräfte nach einem zentralisierten Plan liefert. Neubauten sollen Eigentum der Kommune werden und ihre Bewohner eine Miete bezahlen, die den Kosten für Unterhalt und Reparaturen entspricht.

Artikel 21

Die Kommune soll eine breite kulturelle, freizeitgestaltende und sportliche Massenaktivität entfalten, um die Kommunemitglieder zu geistig und physisch entwickelten kommunistischen Bürgern zu erziehen. Schrittweise wird die Kommune daran gehen, eine Bücherei sowie eine Theater- und Filmvorführungsgruppe ins Leben zu rufen. Für die Produktionsabschnitte sollen Klubs, Freizeitgestaltungs-, Gesangs- und Tanzgruppen geschaffen werden, während für die Produktionsbrigaden kleine Leseräume und Räume für gemeinsamen Rundfunkempfang eingerichtet werden.

Artikel 22

Das von der Kommune jährlich erzielte Einkommen soll wie folgt verteilt werden:

1. Abführung der während des Jahres entstandenen Produktionskosten;
2. Abführung der Amortisation des kommunalen Eigentums;
3. Abführung der Steuern an den Staat;
4. Auszahlung der Lebensmittelrationen an die Mitglieder;
5. Auszahlung der Grundlöhne und Prämien an die Mitglieder;
6. Rücklagen für das Erziehungs- und Gesundheitswesen, für kulturelle Betreuung und andere Wohlfahrtseinrichtungen; hierbei darf der Wohlfahrtsfonds im allgemeinen nicht mehr als 5 Prozent der Gesamteinnahmen betragen;
7. Rücklage der gesamten Restsumme als Reservefonds, der für die Anlage von Reserven und für eine erweiterte Reproduktion, Bau von Verkehrsmitteln usw. verwendet werden soll. Die Kommune soll daneben dafür sorgen, daß für ein bis zwei Jahre ausreichende Getreidereserven und die notwendigen Lohnfonds angelegt werden.

Die Verteilung des Einkommens soll auf dem Prinzip einer raschen Erweiterung der Reproduktion beruhen. Gleichzeitig mit der Entwicklung der Produktion sollte von

Jahr zu Jahr eine Lohnerhöhung erfolgen, die jedoch die Produktionszuwachsrate nicht übersteigen darf. Nach Angleichung des mittleren Lohnniveaus (einschließlich der Belieferung mit Getreide) an den Lebensstandard wohlhabender Mittelbauern sollte die Anhebung der Löhne gebremst werden, um eine rasche Entwicklung der Industrie, die Mechanisierung der Landwirtschaft und die Elektrifizierung des flachen Landes sicherzustellen.

Artikel 23

Die Kommune soll das Prinzip der planmäßigen Leitung einführen und in Uebereinstimmung mit dem Staatswirtschaftsplan und den konkreten Voraussetzungen der Kommune langfristige Aufbau- und Jahrespläne aufstellen. Die Kommune soll konkrete Produktionspläne, technische Pläne, Produktionskostenpläne und Pläne für den Einsatz der Arbeitskräfte in den Produktionsabschnitten, Fabriken, Gruben, Viehwirtschaften und Forstwirtschaften ausarbeiten. Die Produktionsabschnitte sollen ähnliche Pläne für die Produktion und die Durchführung des Prämien- und Bestrafungssystems ausarbeiten. Produktionspläne, Pläne für Investitionsbauten, Belieferungs- und Verkaufspläne, Pläne für die Warenverteilung und den Maschinenkauf, Finanzpläne sowie Lohnpläne müssen geprüft und vor Inkrafttreten mit den staatlichen Planbehörden und den zuständigen Abteilungen abgestimmt werden.

Artikel 24

Die Kommune soll sich in ihrer Leitung an das demokratische Prinzip halten. Die Kommune, die Produktionsabschnitte und -brigaden, die Fabriken, Gruben, Forst- und Viehwirtschaften, Traktorenbrigaden, Schulen, Krankenhäuser, Verkaufsläden, Banken, Kantinen und Milizorganisationen müssen ihr Leben in lebendigem, echt demokratischem Geiste aufbauen. Die für die Buchführung zuständigen Einheiten sollen ihre Abrechnungen und Listen für verteilte Prämien rechtzeitig veröffentlichen. Im Rahmen des Möglichen muß das gesamte Verwaltungspersonal in die Produktion eingeschaltet werden. Für Kritik, Selbstkritik, Empfehlungen und Vorschläge müssen den breiten Massen Wandzeitungen zur Verfügung stehen, um Mängel in der Arbeit ständig überwinden zu können.

Artikel 25

Die Kommune muß sich an das Prinzip der Zielstrebigkeit und Rentabilität halten. Sie soll die Massen anhalten, gewissenhaft zu arbeiten und zu produzieren, dabei ihren Einfluß voll geltend machen und Schwierigkeiten überwinden. Sie soll sparsam wirtschaften, die Produktionskosten senken, sich gegen überflüssige Ausgaben wenden, unproduktive Ausrüstungen und verfehlte Methoden ablehnen und nach Möglichkeit mit dem Vorhandenen auskommen.

Artikel 26

Die Kommune muß ein strenges System der Finanzkontrolle errichten. Alle Buchführungsstellen müssen rechtzeitig Pläne für Einnahmen und Ausgaben ausarbeiten und die bei der Kassen- und Rechnungsführung notwendigen Formalitäten einhalten. Mit der Eigentumskontrolle der Kommune sollten besondere Personen betraut werden. Verlust von kommunalem Eigentum, der durch Nachlässigkeit entstanden ist, sollte kritisiert, die verantwortlichen Personen sollten bestraft werden. Korruption, Diebstahl und Zerstörung kommunalen Eigentums sollte streng geahndet, schwere Fälle sollten den übergeordneten Justizorganen zur Strafverfolgung übertragen werden*.

Quelle: *Ostprobleme*, Nr. 21 vom 24. Oktober 1958.

*) Im Anhang folgen nähere Anweisungen für die Bildung der Versorgungs- und Marktabteilungen und der Kreditabteilungen (Art. 7 und 8).

Dokumente zur deutschen Frage und zur europäischen Sicherheit (Januar 1959)

Redaktionelle Vorbemerkung

Am 31. Dezember 1958 übergaben die Botschafter der drei Westmächte in Moskau die Antwortnoten ihrer Regierungen auf die Vorschläge der Sowjetregierung vom 27. November hinsichtlich einer Aenderung des Status von Berlin. (Vgl. „Dokumente zur deutschen Frage und zur europäischen Sicherheit [Oktober—Dezember 1958]“ in Europa-Archiv 24/1958, S. 11 295 bis 11 318.)

Wenige Tage nach den Westmächten, am 5. Januar 1959, leitete auch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Sowjetregierung ihre Antwort auf deren Note vom 27. November zu. In dieser Antwortnote unterstützte die Bundesregierung den Standpunkt der Westmächte in der Berlin-Frage und bezeichnete den sowjetischen Vorschlag für die Bildung einer „freien“ Stadt West-Berlin auch ihrerseits als unannehmbar. Nach einer detaillierten Zurückweisung der in der sowjetischen Note vom 27. November geübten Kritik an der Politik der Bundesrepublik wiederholte die Bundesregierung im Schlußteil der Note ihren Vorschlag für Verhandlungen der Vier Mächte über die Wiedervereinigung Deutschlands und die Vorbereitung eines Friedensvertrags, wobei sie sich ausdrücklich bereit erklärte, auf „jegliche negative Begrenzung der Verhandlungsthemen“ zu verzichten. (Wortlaut der Note auf S. D 14.)

Am 7. Januar antwortete als letzte der durch die sowjetischen Noten vom 27. November direkt angesprochenen Regierungen die Regierung der DDR. In ihrer Note teilte sie voll und ganz den Standpunkt der Sowjetregierung, akzeptierte deren Vorschläge und wiederholte in einer Darlegung „einiger wichtiger Faktoren der historischen Entwicklung“ die Argumentation der Sowjetregierung. In einer Auslassung zur Rechtslage Berlins auf Grund der Abkommen der vier Besatzungsmächte von 1944 und 1945 behauptete die Regierung der DDR, die Besetzung West-Berlins durch Streitkräfte der Westmächte habe nichts an der „obersten Gewalt“ des Befehlshabers der sowjetischen Besatzungstruppen über ganz Berlin geändert, mithin habe ganz Berlin zur sowjetischen Besatzungszone gehört und gehöre jetzt zur DDR. In Anbetracht der „gegenwärtigen Schwierigkeiten“ verzichte die Regierung der DDR jedoch auf eine Eingliederung West-Berlins „in vollem Umfange“ in die Hoheitsgewalt der DDR und erkläre sich zu dem „Zugeständnis“ bereit, „auf dem Territorium der DDR eine entmilitarisierte Freie Stadt West-Berlin zu errichten“. Schließlich erklärte die Regierung der DDR, daß sie „ihre Hoheitsrechte auch hinsichtlich des Verkehrs der in West-Berlin stationierten Streitkräfte der Westmächte zu Lande, zu Wasser und in der Luft im Geiste der friedlichen Verständigung wahrzunehmen gewillt ist“. (Wortlaut: *Neues Deutschland*, Nr. 8 vom 8. Januar 1959.)

Nur zehn Tage ließ die Sowjetregierung verstreichen, ehe sie die Noten der Westmächte mit einem neuen Vorstoß beantwortete: Sie legte am 10. Januar einen fertig ausgearbeiteten Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland vor[1], den sie mit Begleitnoten den drei Westmächten, der Bundesrepublik und der

---

1) Vgl. hierzu die früher von der Sowjetunion unterbreiteten Entwürfe über die Grundlagen eines Friedensvertrags mit Deutschland:

Anlage zur Note der Sowjetregierung vom 10. März 1952; Wortlaut in Europa-Archiv 7/1952, S. 4832;

Anlage zum Vorschlag Außenminister *Molotows* über die Vorbereitung eines Friedensvertrags mit Deutschland, vorgelegt auf der Berliner Viermächtekonferenz am 1. Februar 1954; Wortlaut in Europa-Archiv 8—9/1954, S. 6526.

DDR sowie allen am Kriege gegen Deutschland mit ihren Streitkräften beteiligten Staaten übermittelte. In ihren Noten forderte sie, binnen zwei Monaten eine Friedenskonferenz zur Erörterung dieses Entwurfs nach Warschau oder Prag einzuberufen. In den Noten an die drei Westmächte wiederholte die Sowjetregierung außerdem ihre Forderungen hinsichtlich Berlins und verlangte, daß darüber „neben dem Abschluß eines Friedensvertrages" von den vier Mächten verhandelt werde. Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands lehnte die Sowjetregierung neuerlich ab: der Friedensvertrag soll mit den Regierungen beider deutschen Teilstaaten oder gegebenenfalls mit einer „Deutschen Konföderation" abgeschlossen werden, und bis zur Wiedervereinigung, die als ausschließliche Angelegenheit der beiden deutschen Teilstaaten bezeichnet wird, soll West-Berlin den Status einer „entmilitarisierten Freien Stadt" erhalten. (Wortlaut des Friedensvertragsentwurfs auf S. D 21, Wortlaut bzw. Inhaltsangabe der Begleitnoten auf S. D 33.)

Note der Bundesregierung an die Sowjetregierung vom 5. Januar 1959

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bestätigt den Empfang der Note der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 27. November 1958, die sich mit dem Status der Stadt Berlin sowie mit der Note der Bundesregierung an die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 17. November 1958 befaßt. Nach Prüfung dieser Note beehrt sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken folgendes mitzuteilen:

I.

Die Regierung der Sowjetunion hat in der erwähnten Note die Bundesregierung über ihre Absicht unterrichtet, den Viermächte-Status Berlins einseitig aufzukündigen. Die Bundesregierung, die sich zwar auf Grund der Tatsache, daß sie die einzige frei gewählte Regierung Deutschlands ist, für das Schicksal des gesamten deutschen Volkes verantwortlich fühlt, sieht es nicht als ihre Angelegenheit an, das einseitige Vorgehen der Regierung der Sowjetunion zurückzuweisen, da sie nicht zu den Signatarstaaten der dem Viermächte-Status Berlins zugrunde liegenden völkerrechtlichen Abmachungen gehört.

Die Bundesregierung teilt jedoch die Rechtsauffassung der Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten, daß eine einseitige Aufkündigung der interalliierten Vereinbarungen über Berlin durch die Regierung der Sowjetunion nicht statthaft ist und daß die in den Noten der Regierung der Sowjetunion an die drei genannten Regierungen enthaltenen Mitteilungen in keiner Weise den anderen Vertragspartnern ihre Rechte nehmen oder die Sowjetunion von ihren Verpflichtungen entbinden können. Die Bundesregierung teilt auch die Ansicht, daß die Sowjetregierung nicht berechtigt ist, ihre besatzungsrechtlichen Befugnisse, die sich auf die Anwesenheit westlicher Truppen in Berlin und die Freiheit des Zugangs dorthin beziehen, auf Behörden der sogenannten DDR zu übertragen.

Der Feststellung der Sowjetregierung, daß die Lage Berlins „allgemeine Befürchtungen" auslöse, läßt sich leider im Augenblick nicht widersprechen. In der Beurteilung der Ursachen, die zu diesen Befürchtungen Anlaß geben, ist die Bundesregierung jedoch ganz anderer Ansicht als die Sowjetregierung, die in ihrer Note behauptet, der hauptsächliche Grund für diese Befürchtungen bestehe darin, daß die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten „unter Ausnutzung der durch die alliierten Abkommen über Deutschland eingeräumten Sonderrechte den westlichen Teil Berlins von der DDR isoliert haben, indem sie aus West-Berlin eine Art Staat im Staate schufen". Diese Behauptungen sind der Bundesregierung unverständlich. Jedermann ist in der Lage, an der Zonengrenze bei Helmstedt oder bei Marienborn

oder an der Sektorengrenze am Brandenburger Tor oder wo immer es sein mag, mit eigenen Augen festzustellen, daß es die Polizei des SED-Regimes ist, die das von ihr kontrollierte Gebiet nach außen abgesperrt und auf diese Weise dieses Gebiet und seine Bevölkerung isoliert. Es wird der Sowjetregierung ein leichtes sein, sich durch ihre militärischen Organe darüber unterrichten zu lassen, daß sogenannte Todesstreifen, elektrisch geladene Drähte, mit bewaffneten Posten besetzte Wachtürme und ähnliche Absperrvorrichtungen sich in Deutschland ausschließlich östlich des Eisernen Vorhangs und in Berlin nur auf der Seite des Ostsektors befinden.

Trotz aller Schwierigkeiten, die diese von der Sowjetregierung geduldeten oder geförderten Behinderungen des freien Verkehrs in ganz Deutschland für Berlin und seine Bevölkerung mit sich gebracht haben, brauchte bisher niemand in bezug auf Berlin Befürchtungen zu hegen, wie sie die Sowjetregierung durch die Erwähnung des Namens „Sarajewo" überhaupt erst heraufbeschwört. Es ist klar, welche Wirkung die Nennung dieses Namens haben muß; sie muß dazu führen, eine Kriegspsychose zu schaffen. Nur wenn es in der Absicht der Sowjetregierung liegt, diese Wirkung herbeizuführen, ist die Erwähnung des Namens in einem solchen Zusammenhang begreiflich. Nur unter dieser Voraussetzung ist es auch begreiflich, daß es die Sowjetregierung für angezeigt hält, an anderer Stelle ihrer Note die Folgen auszumalen, die ein Krieg mit modernen Kampfmitteln auf dem Gebiete der Bundesrepublik anrichten würde.

Wenn es „allgemeine Befürchtungen" in bezug auf Berlin gibt, dann ausschließlich solche, die durch diese Aeußerungen der Sowjetregierung in Verbindung mit der angekündigten einseitigen Aufhebung des Viermächte-Status der Stadt hervorgerufen worden sind.

Im Hinblick auf diese Ausführungen der sowjetischen Note begnügt sich die Bundesregierung mit dem Hinweis auf die Bemerkung, welche die Sowjetregierung selbst in ihren an die Adresse der drei Westmächte gerichteten Noten vom 27. November gemacht hat:

> „Bei der Lösung eines Problems wie der Berlin-Frage ist die Methode der Erpressung und der unüberlegten Gewaltandrohung am allerwenigsten angebracht. Solche Methoden tragen nicht dazu bei, auch nur eine einzige Frage zu lösen, sie können nur die Lage gefährlich erhitzen."

Mit Erstaunen hat die Bundesregierung der sowjetischen Note vom 27. November entnommen, daß die Sowjetregierung zu glauben behauptet, die westlichen Teile Berlins befänden sich in einem Zustand der Zerrüttung und des Niedergangs ihres Wirtschaftslebens — und dies vor allem im Vergleich mit dem Wirtschaftsleben der mitteldeutschen Gebiete.

Man muß sich wundern, daß die Sowjetregierung in aller Oeffentlichkeit eine derartige These vertritt, die in Widerspruch zu den Berichten zahlloser Touristen und anderer Besucher Berlins aus allen Teilen der Welt steht, insbesondere soweit diese Gelegenheit hatten, sowohl die westlichen wie auch die östlichen Teile der Stadt zu besichtigen.

Wenn Berlin nicht durch die von der Sowjetunion künstlich aufrechterhaltene Teilung von seinen natürlichen Absatzmärkten, von seinen Rohstoff-, Nahrungsmittel- und Brennstoffquellen losgelöst und sogar zeitweise von allen westdeutschen Versorgungsquellen abgeschnitten worden wäre, sondern die Vorteile einer Wirtschaftseinheit mit der Bundesrepublik hätte genießen können, wäre auch der wirtschaftliche Wiederaufbau der Stadt schneller und eindrucksvoller vonstatten gegangen, als dies unter den obwaltenden unnatürlichen Verhältnissen möglich war. Die Bundesregierung muß in diesem Zusammenhang auch auf die laufenden erheblichen finanziellen Zuschüsse hinweisen, die zur Aufrechterhaltung der unter diesen schwierigen Bedingungen arbeitenden Wirtschaft Berlins notwendig waren.

Die Bundesregierung sieht keine Möglichkeit und keinen Anlaß, zu der von der Sowjetregierung behaupteten Tätigkeit von angeblichen „Spionage- und Diversionszentralen“ in West-Berlin Stellung zu nehmen. Sie unterstützt keine derartige Tätigkeit. Sie ist ebenso wie der Senat von Berlin der Auffassung, daß Berlin kein geeigneter Platz für Organisationen ist, die sich mit „Spionage“-, „Diversions“- oder „Wühlarbeit“ befassen, ganz zu schweigen von der von kommunistischer Seite mehrfach geübten Methode der gewaltsamen Menschenentführung.

In Uebereinstimmung mit der Sowjetregierung bedauert es die Bundesregierung, daß 13 Jahre nach Beendigung des Krieges noch kein Friedensvertrag geschlossen ist, daß Berlin noch unter einem Besatzungsstatut leben muß und daß der unter der Herrschaft der SED stehende Teil Deutschlands nach wie vor von den übrigen Teilen Deutschlands getrennt ist. Im Vergleich zu den schweren Unzuträglichkeiten, die das Fehlen eines Friedensvertrages, die Spaltung Deutschlands und die anomale Lage Berlins mit sich bringen, ist allerdings die Anwesenheit von Truppen befreundeter Staaten in Berlin ein Umstand, der im Hinblick auf die Gefährdung Berlins durch die aggressive Haltung der Behörden der sogenannten DDR von seinen Bewohnern als Schutz gegen Angriffe als notwendig begrüßt wird. Die in West-Berlin stationierten Streitkräfte Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten werden seit mehr als 10 Jahren von der Bevölkerung als eine Schutzmacht betrachtet, die ihre Sicherheit und Freiheit garantiert. Dies hat sich in eindrucksvoller Weise bereits während der Blockade von 1948/49 gezeigt.

Am 7. Dezember 1958 hat die Bevölkerung von West-Berlin in freier Wahl mit überwältigender Mehrheit für diejenigen Parteien gestimmt, die eindeutig dem gegenwärtigen, auf Besatzungsrecht beruhenden Zustand gegenüber jedem anderen die Spaltung Deutschlands aufrechterhaltenden Zustand den Vorzug geben.

Insgesamt gaben bei einer Wahlbeteiligung von 93,1 vH 1 584 436 Berliner (d. h. 98,1 vH) ihre Stimmen den demokratischen Parteien; dagegen wählten nur 1,9 vH (31 529) Berliner die kommunistische SED. Die Bevölkerung dieser Stadt hat damit selbst in eindeutiger Form den Vorschlag zur Schaffung einer angeblich „freien“ Stadt zurückgewiesen, den die Sowjetregierung in ihren Noten vom 27. November gemacht hatte. Dieses einwandfreie Votum findet die einhellige Zustimmung des gesamten deutschen Volkes. Die Bundesregierung stellt fest, daß auch die Sowjetregierung in ihrer Note vom 27. November für den Grundsatz eintritt, „daß West-Berlin so existiert, wie dies seine Bevölkerung will“.

Der sowjetische Vorschlag zur Schaffung einer sogenannten „Freien Stadt“ West-Berlin ist in der Tat unannehmbar. Er würde Berlin jedes wirksamen Schutzes berauben. Wirtschaftlich und verkehrsmäßig würde er West-Berlin von der Willkür des in der sogenannten DDR herrschenden Regimes abhängig machen, dem die Berliner kein Vertrauen schenken und dem die Bundesregierung die Anerkennung als Staat und als Regierung versagen muß. Im übrigen würde die Errichtung einer „Freien Stadt“ West-Berlin und die im Zusammenhang damit geforderte, für sich genommen schon unannehmbare Anerkennung der sogenannten DDR als Staat dazu führen, daß die 1945 unter Viermächte-Kontrolle gestellten Teile Deutschlands nicht nur in zwei, sondern sogar in drei getrennte Staaten aufgelöst würden: die sogenannte „Freie Stadt“ wäre der dritte deutsche Staat.

Das deutsche Volk will sich jedoch nicht auf drei Staaten aufteilen lassen. Es würde eine solche staatliche Aufsplitterung als schweren Rückschritt betrachten. Es ist daher fest entschlossen, seine nationale Einheit in einem einzigen Staatsverband zu wahren.

Die Bundesregierung hat der Sowjetregierung bereits mehrfach dargelegt, daß sie den Vorschlag zur Bildung einer deutschen Konföderation — ein Vorschlag, der an der historischen Entwicklung vorbeigeht und sie ungeschehen machen will — nicht als

einen Vorschlag zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands aufzufassen vermag. Es scheint im Gegenteil die Absicht dieses Vorschlags zu sein, die wirkliche Wiedervereinigung Deutschlands auf unabsehbare Zeit hinauszuzögern. Die Verbindung des Konföderationsvorschlags mit dem Vorschlag zur Errichtung einer Freien Stadt West-Berlin macht beide Vorschläge nicht besser, sondern nur noch bedenklicher.

Die gegenwärtige unnatürliche Lage Berlins läßt sich nach Auffassung der Bundesregierung nur dadurch beheben, daß Berlin wieder seine natürliche und historische Rolle übernimmt: Hauptstadt eines wiedervereinigten deutschen Staates zu sein. Jede Zwischenlösung wäre falsch und verderblich. Die Schaffung sogenannter „freier" oder „internationalisierter" Städte hat auch in der Vergangenheit nur zu Schwierigkeiten, Spannungen und internationalen Krisen geführt. Berlin würde nach Auffassung der Bundesregierung diese Erfahrung nur bestätigen.

Die Beteiligung der Vereinten Nationen an einer internationalen Garantie für die Unabhängigkeit Berlins würde daran wenig ändern können. Kein kommunistisches Land hat bisher politischen oder militärischen Organen der Vereinten Nationen die zur Durchführung ihrer Mission erforderliche Bewegungs- und Handlungsfreiheit eingeräumt. Schon 1952 hat die Sowjetunion den Vorschlag zur Ueberwachung freier gesamtdeutscher Wahlen durch Organe der Vereinten Nationen zurückgewiesen und hat einer mit vorbereitenden Untersuchungen beauftragten Kommission der Vereinten Nationen das Betreten Ost-Berlins und der sowjetisch besetzten Zone verwehrt. Die Bundesregierung darf auch mit Nachdruck auf die vergeblichen Bemühungen der Vereinten Nationen hinweisen, Ende 1956 und Anfang 1957 einer von ihnen eingesetzten Untersuchungskommission oder ihrem Generalsekretär Einlaß nach Ungarn zu verschaffen.

Die Sowjetregierung hat in ihrer Note vom 27. November 1958 längere Ausführungen dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 gewidmet.

Es ist nicht Sache der Bundesregierung, zur Auslegung oder zu der Frage der rechtlichen Fortgeltung eines Abkommens Stellung zu nehmen, das von Dritten abgeschlossen und unterzeichnet ist und an dem sie selbst nicht als Vertragspartner beteiligt war.

Die Bundesregierung ist jedoch der Ansicht, daß die Berliner Frage überhaupt keinen Anlaß bietet, in eine juristische Auseinandersetzung über die Fortgeltung des Potsdamer Abkommens einzutreten, da dieses Abkommen offensichtlich nicht die Rechtsgrundlage des Berliner Viermächte-Status bildet. Die Bundesregierung nimmt davon Kenntnis, daß die Sowjetregierung das Potsdamer Abkommen dahingehend auslegt, daß die Signatarmächte Deutschland — und damit meint die Sowjetregierung in ihrer Note offenbar Deutschland auch über die Besatzungszeit hinaus — als wirtschaftliche Einheit ansehen wollten.

Die Bundesregierung ist ihrerseits, ganz abgesehen von der rechtlichen Tragweite des Potsdamer Abkommens, der Auffassung, daß die Ausmerzung des Militarismus und des Nationalsozialismus und der Aufbau des Staatslebens auf demokratischer und friedlicher Grundlage oberste und verbindliche Grundsätze der Politik der Bundesrepublik — unter welcher Regierung auch immer — sind. Seit der Gründung der Bundesrepublik im Jahre 1949 sind diese Grundsätze unbeirrt befolgt worden. Die Sowjetregierung irrt, wenn sie das Gegenteil behauptet. Die Bundesregierung hat dies bereits zu wiederholten Malen dargelegt. Sie wird nicht müde werden, die Sowjetregierung immer wieder auf die Unrichtigkeit ihrer Behauptungen hinzuweisen, und hält es für erforderlich, erneut folgendes festzustellen:

1. Es ist unrichtig, daß in der Bundesrepublik „aggressive militaristische Kräfte" aktiviert worden seien. Will die Sowjetregierung etwa die von ihr erwähnte „Schaffung einer regulären Armee" in der Bundesrepublik als Beweis dafür anführen? Gibt es

nicht in der Sowjetunion ebenso wie in den meisten anderen Staaten der Welt reguläre Armeen? Angesichts der Kampfkraft der Armeen der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten Staaten erscheint es der Bundesregierung völlig abwegig, dem Vorwurf eines aggressiven Militarismus ausgesetzt zu werden. Die im Vergleich zu den Armeen der Sowjetunion und der Ostblockstaaten minimale Kampfkraft der Bundeswehr dient keinem anderen Zweck als dem der Abwehr von Angriffen. Ihr aggressive Absichten zu unterstellen, heißt, die tatsächlichen Verhältnisse in ihr Gegenteil umzukehren.

2. Es ist unklar, welchen Vorwurf die Sowjetregierung erheben will, wenn sie die Bundesrepublik beschuldigt, der NATO als einer „in sich geschlossenen militärischen Gruppierung der Westmächte" beigetreten zu sein. Die NATO ist bekanntlich eine mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen im Einklang stehende regionale Verteidigungsorganisation, die unter dem Eindruck des kommunistischen Putsches in Prag zur Abwehr der von kommunistischen Gruppen mit Unterstützung der Sowjetunion in den Satellitenstaaten betriebenen Bewegungen gegründet wurde. Schon aus diesen, die Gründung bedingenden Ereignissen ergibt sich ihr defensiver Zweck. Jedes Mitglied der atlantischen Verteidigungsorganisation hat das größte Interesse daran, daß keines von ihnen in der Verfolgung seiner nationalen politischen Ziele Schritte unternimmt, die zu einer kriegerischen Verwicklung führen könnten. Die Zugehörigkeit zu dieser Organisation muß daher eine mäßigende Wirkung ausüben. Nur dann kann ein Mitgliedstaat auf die Hilfe seiner Verbündeten rechnen, wenn er das Opfer eines Angriffs ist.

3. Die Behauptung der Sowjetregierung, die Bundesregierung verkünde eine „Politik der Stärke", kann in Anbetracht des eklatanten Unterschieds zwischen den Streitkräften der Sowjetunion und denen der Bundesrepublik nur als absurd bezeichnet werden. Die Bundesregierung hat im übrigen auf die Anwendung von Gewalt zur Erreichung ihrer politischen Ziele feierlich verzichtet. Natürlich bedeutet dies nicht, daß sie auf die Verteidigung ihrer Rechte und ihrer Freiheit verzichtet.

4. Es ist abwegig, die Bundesregierung oder das deutsche Volk zu bezichtigen, daß es „nach dem Osten giere" oder in ihm ein „Objekt der Eroberungen und Verdienste" sehe, wie dies die sowjetische Note behauptet.

Der oben (unter 3) erwähnte Gewaltverzicht bezieht sich insbesondere auch auf die Frage der deutschen Ostgebiete. Im übrigen hat die Bundesregierung, abgesehen von ihrem berechtigten Wunsch, daß ein künftiger Friedensvertrag eine gerechte und vernünftige Regelung der Frage der deutschen Ostgrenzen treffen möge, keine politischen Ziele im Osten, sie hat nur den Wunsch, ein Verhältnis guter Nachbarschaft zu den Völkern Osteuropas herzustellen.

Gerade aus diesem Grunde erfüllt die Tatsache der seit 1945 erfolgten sowjetischen Ausdehnung nach Westen, die auch als „sowjetischer Drang nach Westen" bezeichnet werden könnte, das ganze deutsche Volk mit tiefster Sorge für den Fortbestand seiner nationalen Existenz und seiner politischen Freiheit.

5. Es ist unrichtig, daß die Bundesregierung — wie die an die drei Westmächte gerichtete Note der Sowjetregierung vom 27. November behauptet — systematisch den „kalten Krieg" entfessele. Richtig ist vielmehr, daß die Bundesrepublik und ihre führenden Staatsmänner gerade in jüngster Zeit zur Zielscheibe einer offensichtlich systematisch gelenkten haßerfüllten Verdächtigungs- und Diffamierungskampagne gemacht worden sind, an der sich offiziöse sowjetische Zeitungen und sogar leitende Staatsmänner des Ostblocks führend beteiligt haben.

6. Unzutreffend und irreführend ist die an gleicher Stelle von der Sowjetregierung gebrauchte Formulierung, die von angeblichen „revanchistischen Stimmungen" im deutschen Volke spricht. Es gibt keine solchen Stimmungen in Deutschland. Das deutsche Volk ist von den furchtbaren Erlebnissen und den Verwüstungen des letzten Krieges

genauso tief beeindruckt, wie dies nach den Ausführungen der sowjetischen Note die Völker der Sowjetunion sind. Es beklagt zutiefst das furchtbare Unglück, das Diktatoren über die Welt gebracht haben, die über unumschränkte Machtbefugnisse verfügten und durch keine demokratische Kontrolle gezügelt wurden.

Das deutsche Volk empfindet keinerlei Haß- und Rachegefühle gegen die Völker der Sowjetunion, und insbesondere nicht gegen das russische Volk. Es liest nach wie vor die Werke der großen russischen Dichter mit Bewunderung. Gleiches Interesse bringt das deutsche Volk den kulturellen und humanitären Leistungen der Sowjetvölker auf anderen Gebieten entgegen. Das deutsche Volk wäre froh, wenn der kulturelle Austausch und die Zusammenarbeit der Nationen nicht immer wieder durch politische Zwistigkeiten erschwert oder unmöglich gemacht würden.

7. Die Bundesregierung benutzt diese Gelegenheit, auf das entschiedenste die Behauptung zurückzuweisen, daß das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil gegen die Kommunistische Partei Deutschlands „beeinflußt" gewesen sei oder „ungesetzlich" gehandelt habe.

Leider muß man feststellen, daß es auch heute noch Länder zu geben scheint, in denen auch Oberste Gerichtshöfe nicht ihrem Gewissen, sondern einem Machtanspruch folgen und sich nicht scheuen, offenkundig von bestehenden Gesetzen abzuweichen. Die Verurteilung und Hinrichtung politischer Gegner, deren man unter Bruch des Versprechens freien Geleits habhaft wurde, ist leider ein Schauspiel, das noch in jüngst vergangenen Jahren die ganze Welt erschüttert hat.

Es ist bekannt, daß sich in der Bundesrepublik Deutschland nichts Derartiges abspielen könnte. Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den demokratischen Staaten, die aus bitteren geschichtlichen Erfahrungen ihrer jüngeren Vergangenheit gelernt haben, daß sich auch ein freiheitlicher Rechtsstaat gegen einen Mißbrauch seiner freiheitlich-demokratischen Ordnung durch subversive Kräfte sichern muß, die sich die Beseitigung dieser Ordnung zum Ziel gesetzt haben.

Aus diesem Grunde hat das Bundesverfassungsgericht nicht nur die Kommunistische Partei Deutschlands, sondern ebenso faschistische oder neo-nazistische Parteien, wie z. B. die „Sozialistische Reichspartei", verboten und die Neugründung entsprechender Ersatzorganisationen untersagt.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich eine Verfassung gegeben, die freiheitlich, demokratisch und auf die Erhaltung des Friedens gerichtet ist. Sie hat sich vertraglich feierlich verpflichtet, in ihrer auswärtigen Politik die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen zu beachten — und sie hat dies getan, obgleich sie wegen der Spaltung Deutschlands und des noch ausstehenden Abschlusses eines Friedensvertrages nicht Mitglied der Vereinten Nationen werden konnte. Sie hat sich in der praktischen Gestaltung ihrer Politik strikt an diese Grundsätze ihrer Verfassung und der von ihr abgeschlossenen Verträge gehalten.

Zu ihrem Bedauern muß sie, wie schon mehrfach zuvor, feststellen, daß in der sogenannten DDR von einem freiheitlichen demokratischen Verfassungsleben nach wie vor keine Rede sein kann. Wenn die leitenden Funktionäre des dortigen Regimes ihre Ergebenheit gegenüber den Forderungen des Potsdamer Abkommens immer wieder beteuern, so werden diese Deklamationen niemanden irreführen können, der die wirklichen Verhältnisse kennt.

Wenn die Sowjetregierung die kürzlich abgehaltenen Volkskammer- und Bezirkstagswahlen als Beweis dafür anführt, daß damit der deutschen Bevölkerung östlich des Eisernen Vorhangs Gelegenheit zu einer echt demokratischen Willensäußerung gegeben worden sei, so ist dazu zu bemerken: Das für diese „Wahlen" vorgeschriebene Ver-

fahren bot dem Wähler überhaupt keine Möglichkeit, andere als die von der SED ausgewählten Kandidaten der sogenannten „Nationalen Front" zu wählen. Somit mußten alle Wahlberechtigten, die zur Wahlurne gingen, für die Einheitsliste und ihre Kandidaten ihre Stimme abgeben. Um diesem Zwang einen demokratischen Anstrich zu geben, beschloß jedoch die SED-Führung — offenbar hat sie von den Methoden Hitlers einiges gelernt —, die hundertprozentige Zustimmung „abzumildern" und sich mit 99,5 vH zu begnügen. Sie hat sich dabei nicht einmal die Mühe gemacht, eine Ausrede dafür zu finden, daß das Wahlverfahren niemanden, auch nicht 0,5 vH der Wahlberechtigten, erlaubte, gegen die Einheitsliste zu stimmen.

In jedem wahrhaft demokratischen Lande weiß man, was von derartigen Wahlergebnissen zu halten ist.

II.

In einigen wenigen Absätzen ihrer Note vom 27. November befaßt sich die Sowjetregierung mit dem einstimmigen Beschluß des Deutschen Bundestages vom 2. Juli 1958, der die Bildung eines Viermächte-Gremiums vorschlug, und mit der Note der Bundesregierung vom 17. November 1958, die nähere Vorschläge für die Abgrenzung des Beratungsgegenstandes in diesem Gremium machte.

Die Bundesregierung nimmt an, daß die wenigen Sätze, die sich mit der Note der Bundesregierung vom 17. November befassen, keine abschließende Antwort auf diese Note geben sollen. Sie bedauert, daß die Sowjetregierung den von der Bundesregierung eingenommenen Standpunkt hinsichtlich der Aufgaben dieses Gremiums für „unrealistisch" hält. Die Bundesregierung glaubt, daß ihr Standpunkt sowohl den politischen Realitäten wie der bestehenden Rechtslage entspricht.

Die gegenwärtige Rechtslage Deutschlands, wie sie sich seit 1945 entwickelt hat, läßt keinen Zweifel daran, daß die vier Mächte, die 1945 die oberste Gewalt in Deutschland übernahmen, in den zur Erörterung stehenden Fragen der Wiedervereinigung und des Friedensvertrages mit Deutschland eine Verantwortung tragen, die es erforderlich macht, daß zunächst zwischen ihnen Verhandlungen aufgenommen werden, um eine Einigung zu erzielen.

Zu dieser Verantwortlichkeit hat sich auch die Sowjetregierung wiederholt, zuletzt in der Genfer Direktive der vier Regierungschefs vom Juli 1955, bekannt.

Die Bundesregierung hat dieser Rechtslage Rechnung getragen. Es kommt dies auch in dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten vom 23. Oktober 1954 dadurch zum Ausdruck, daß sich die Drei Mächte gemäß Art. 2 „im Hinblick auf die internationale Lage, die bisher die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages verhindert hat", die „Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung" vorbehalten haben.

Auch die Sowjetunion hat diese Rechtslage berücksichtigt, indem sie durch Beschluß ihres Ministerrats vom 20. September 1955 ihren Botschafter in Ost-Berlin mit der Aufgabe betraute, „die entsprechenden Verbindungen mit den Vertretern der USA, Englands und Frankreichs hinsichtlich der Fragen aufrechtzuerhalten, die ganz Deutschland betreffen und sich aus Viermächte-Beschlüssen ergeben".

In ihrer Note an die drei Westmächte vom 18. Oktober 1955 hat sich die Sowjetregierung ausdrücklich darauf berufen, daß sie ihre Verpflichtungen aus den bestehenden internationalen Abmachungen in bezug auf Deutschland als Ganzes berücksichtigt habe.

Diese Abmachungen in bezug auf „Deutschland als Ganzes" betreffen bekanntlich die Fragen der Wiedervereinigung und des Friedensvertrages. In der Wiedervereinigungs-

frage hält die Sowjetregierung — wie die Bundesregierung zu ihrem Bedauern feststellen muß — an ihrem bekannten Konföderationsvorschlag fest, der eine wirkliche staatliche Wiedervereinigung Deutschlands für unabsehbare Zeit ausschließt.

Die Auffassung der Bundesregierung in der Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages bzw. der hierfür erforderlichen Vorarbeiten ist in der Note der Bundesrepublik an die Regierung der Sowjetunion vom 17. November 1958 behandelt worden. In ihrer Note vom 27. November erwähnt die Sowjetregierung jene Bestimmung des Potsdamer Abkommens, die „eine friedliche Regelung für Deutschland" vorsieht. Die Sowjetregierung zitiert jedoch nicht den genauen Wortlaut dieser Bestimmung, der besagt, daß eine solche Friedensregelung durch die Regierung Deutschlands angenommen werden soll, nachdem eine hierfür geeignete Regierung gebildet worden ist.

Die Annahme eines Friedensvertrages kann jedoch, wenn der Vertrag kein bloßes Diktat darstellen soll, nicht allein in der Unterzeichnung des Vertragsdokumentes bestehen.

Die Bundesregierung hat daher in ihrer Note vom 17. November 1958 entsprechend der Anregung des Deutschen Bundestages die Bildung eines Viermächtegremiums vorgeschlagen, das sich sowohl mit der Frage der Wiedervereinigung als auch mit den mit der Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrages zusammenhängenden Fragen befaßt. Indem die Bundesregierung die gleiche Bereitschaft bei der Regierung der Sowjetunion voraussetzt, erklärt sie sich ausdrücklich bereit, auf jegliche negative Begrenzung der Verhandlungsthemen in dem von ihr in der Note vom 17. November vorgeschlagenen Gremium zu verzichten.

Die Bundesregierung wiederholt ihre Auffassung, daß die Berliner Frage nur im größeren Zusammenhang des gesamten Deutschlandproblems gelöst werden kann. Sie weist darauf hin, daß sich die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten immer wieder bereit erklärt haben, die gesamte Deutschlandfrage ebenso wie die damit zusammenhängenden Probleme der Sicherheit und der Abrüstung zum Gegenstand von Besprechungen und Verhandlungen zu machen. Alle diese Fragen stehen in einem unlösbaren Zusammenhang miteinander. Das Kommuniqué des Atlantikrats vom 16. Dezember 1958 bestätigt noch einmal diese Bereitschaft, die von der Bundesregierung warm begrüßt wird.

Die Bundesregierung ist davon überzeugt, daß nur eine offene, vorbehaltlose Aussprache, die nicht durch ultimative Forderungen oder auch einseitige Aufkündigung bindender Abmachungen belastet werden darf, zu einer Lösung der genannten Fragen führen kann. Sie ist ihrerseits in Anerkennung der ihr wie allen anderen beteiligten Regierungen auferlegten großen Verantwortung bereit, ihren Teil zu der Lösung dieser Fragen beizutragen und damit den von allen Völkern ersehnten Frieden sichern zu helfen. Daß sie in diesem Bestreben die einmütige Zustimmung des gesamten deutschen Volkes findet, geht aus Wortlaut und Geist des Bundestagsbeschlusses vom 2. Juli 1958 hervor, der der Regierung der Sowjetunion übermittelt wurde.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 2 vom 6. Januar 1959.

Sowjetischer Entwurf vom 10. Januar 1959 für einen Friedensvertrag mit Deutschland

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, die Vereinigten Staaten von Amerika, die Französische Republik, Australien, die Volksrepublik Albanien, Belgien, die Bjelorussische Sozialistische Sowjetrepublik, die Volksrepublik Bulgarien, Brasilien, die Ungarische Volks-

republik, Griechenland, Dänemark, Indien, Italien, Kanada, die Volksrepublik China, Luxemburg, die Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Pakistan, die Volksrepublik Polen, die Rumänische Volksrepublik, die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik, Finnland, die Tschechoslowakische Republik, die Föderative Volksrepublik Jugoslawien und die Südafrikanische Union als Staaten, die mit ihren bewaffneten Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen haben, im weiteren als „verbündete und vereinigte Mächte" bezeichnet, einerseits

und Deutschland, gegenwärtig vertreten durch die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik (oder — falls zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Friedensvertrages eine deutsche Konföderation gebildet sein wird — durch die deutsche Konföderation sowie durch die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik), andererseits

haben unter Feststellung, daß die weitere Fortdauer des zutiefst anomalen Zustandes nicht gerechtfertigt werden kann, daß im 14. Jahr nach Beendigung der Kampfhandlungen auf dem Territorium Deutschlands weiter ausländische Truppen verbleiben und die deutsche Nation immer noch der Möglichkeit beraubt ist, in vollem Umfange ihre staatliche Souveränität auszuüben, gleichberechtigte Beziehungen mit anderen Staaten zu unterhalten und außerhalb der Organisation der Vereinten Nationen steht;

von dem Bestreben geleitet, unter den bestehenden Bedingungen die grundlegenden Bestimmungen, die in den Dokumenten der Anti-Hitler-Koalition und besonders im Potsdamer Abkommen enthalten sind, zu verwirklichen;

in der Auffassung, daß das Fehlen einer Friedensregelung nicht gestattet, ein gerechtes Verhältnis zu den rechtmäßigen nationalen Interessen des deutschen Volkes zu gewährleisten, und in bedeutendem Umfange zur Verstärkung der Spannungen und der Unbeständigkeit in Europa beiträgt;

einig in ihrer Absicht, endgültig einen Strich unter den Krieg zu ziehen, der von Hitler-Deutschland entfesselt wurde und vielen Völkern, darunter auch dem deutschen Volk, unermeßliches Unglück und Leid gebracht hat;

in Anerkennung, daß das deutsche Volk in den seit Beendigung der Kampfhandlungen verflossenen Jahren in vielem bewiesen hat, daß es die Verbrechen verurteilt, die im Ergebnis der vom deutschen Militarismus entfesselten Aggression gegen die Völker Europas begangen wurden;

erfüllt von der Entschlossenheit, nicht zuzulassen, daß Deutschland jemals wieder seine Nachbarn oder andere Staaten bedroht und einen neuen Krieg entfesselt;

in dem Wunsche, Deutschland die Möglichkeit einer friedlichen und demokratischen Entwicklung und einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit anderen Staaten als gleichberechtigtes Mitglied der Völkerfamilie zu garantieren;

überzeugt, daß der Abschluß eines Friedensvertrages außerordentlich große Bedeutung für die Gewährleistung der Sicherheit in Europa und die Festigung des Friedens in der ganzen Welt haben wird;

in der Auffassung, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland ein notwendiger und wichtiger Schritt zur Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands ist;

beschlossen, den vorliegenden Friedensvertrag abzuschließen, und zu diesem Zweck die Unterzeichneten als ihre bevollmächtigten Vertreter ernannt, die nach Vorlage ihrer in gehöriger Ordnung und gebührender Form befundenen Vollmachten über nachfolgende Bestimmungen übereingekommen sind:

I. POLITISCHE UND TERRITORIALE BESTIMMUNGEN

1. Frieden und friedliche Beziehungen

Artikel 1

Die verbündeten und vereinten Mächte einerseits und Deutschland andererseits stellen fest und bestätigen die Beendigung des Kriegszustandes und die Herstellung friedlicher Beziehungen zwischen ihnen, wobei alle sich daraus ergebenden politischen und rechtlichen Folgen mit dem Inkrafttreten einer entsprechenden Erklärung oder eines Beschlusses jeder einzelnen der verbündeten und vereinten Mächte eintreten.

Artikel 2

Bis zur Wiederherstellung Deutschlands in dieser oder jener Form werden unter dem Begriff „Deutschland" in dem vorliegenden Vertrag die beiden bestehenden deutschen Staaten — die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik — verstanden, und alle Rechte und Pflichten Deutschlands, die durch den Vertrag vorgesehen sind, beziehen sich sowohl auf die Deutsche Demokratische Republik als auch auf die Deutsche Bundesrepublik.

Artikel 3

Die verbündeten und vereinten Mächte erkennen die volle Souveränität des deutschen Volkes über Deutschland einschließlich seiner Territorialgewässer und des Luftraumes an.

Artikel 4

1. Die verbündeten und vereinten Mächte erklären, daß sie ihre Beziehungen zu Deutschland auf der Grundlage der Einhaltung der Prinzipien der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität Deutschlands, der Nichteinmischung in seine inneren Angelegenheiten, des Nichtangriffs, der Gleichheit und des gegenseitigen Vorteils sowie auf der Grundlage der Bestimmungen des vorliegenden Vertrages gestalten werden. Deutschland wird sich in seinen Beziehungen mit allen Ländern von den gleichen Prinzipien leiten lassen.

2. Deutschland übernimmt die Verpflichtung, seine internationalen Streitigkeiten nur mit friedlichen Mitteln zu lösen, damit der internationale Friede und die Sicherheit nicht bedroht werden. Deutschland verpflichtet sich ebenfalls, sich in den internationalen Beziehungen der Drohung mit Gewalt oder der Gewaltanwendung gegen die territoriale Unverletzlichkeit oder politische Unabhängigkeit eines jeden Staates zu enthalten und keinem Staat oder keiner Gruppe von Staaten, die den internationalen Frieden und die Sicherheit verletzt haben, Hilfe oder Unterstützung zu gewähren.

Artikel 5

1. Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Militärbündnisse einzugehen, die gegen irgendeinen Staat, der Teilnehmer des vorliegenden Vertrages ist, gerichtet sind, sowie nicht an Militärbündnissen teilzunehmen, deren Teilnehmer nicht alle vier wichtigsten verbündeten Mächte der Anti-Hitler-Koalition — die UdSSR, die USA, das Vereinigte Königreich und Frankreich — sind.

2. Die verbündeten und vereinten Mächte werden die Verpflichtung Deutschlands zur Nichtteilnahme an den in Punkt 1 erwähnten Militärbündnissen achten und sich jeglicher Handlungen hinsichtlich Deutschlands enthalten, die eine direkte oder indirekte Verletzung dieser Verpflichtung durch Deutschland nach sich ziehen können.

3. Die verbündeten und vereinten Mächte werden alles Notwendige unternehmen, damit Deutschland auf gleichberechtigter Grundlage an Maßnahmen teilnehmen kann, die auf die Festigung der gesamteuropäischen Sicherheit und Schaffung eines auf den gemeinsamen Anstrengungen der europäischen Staaten beruhenden Sicherheitssystems in Europa gerichtet sind.

4. Mit dem Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages wird Deutschland — die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik — frei von den Verpflichtungen, die mit der Mitgliedschaft in den Organisationen des Warschauer Vertrages beziehungsweise des Nordatlantikpaktes und der Westeuropäischen Union im Zusammenhang stehen.

Artikel 6

Deutschland erkennt die volle Gültigkeit der Friedensverträge mit Bulgarien, Ungarn, Italien, Rumänien und Finnland an.

Artikel 7

Nach dem Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages werden die verbündeten und vereinten Mächte den Antrag Deutschlands auf Aufnahme als Mitglied in die Organisation der Vereinten Nationen unterstützen.

2. Grenzen

Artikel 8

Die Grenzen Deutschlands werden so sein, wie sie am 1. Januar 1959 waren. Die Grenzen Deutschlands sind auf der Karte verzeichnet, die dem vorliegenden Vertrag beigefügt ist (Anlage 1).

Bis zur Vereinigung Deutschlands zu einem einheitlichen Staat werden die Territorien der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik durch die Linie voneinander abgegrenzt, die am 1. Januar 1959 bestanden hat, wie das auf der dem Vertrag beigefügten Karte verzeichnet ist (Anlage 1).

Artikel 9

In Uebereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen von 1945

a) verzichtet Deutschland auf alle Rechte, Rechtstitel und Ansprüche auf ehemalige deutsche Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee etwas westlich von Swinemünde und von da entlang der Oder bis zum Zufluß der westlichen Neiße und entlang der westlichen Neiße bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Territoriums des ehemaligen Ostpreußens sowie auf das Territorium der ehemaligen Stadt Danzig, die der Souveränität der Volksrepublik Polen unterstellt worden sind, was Deutschland anerkennt.

b) verzichtet Deutschland auf alle Rechte, Rechtstitel und Ansprüche auf die ehemalige Stadt Königsberg und das umliegende Gebiet, die der Souveränität der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken unterstellt worden sind, was Deutschland anerkennt.

Artikel 10

Deutschland erkennt die Ungültigkeit des Münchner Abkommens mit allen sich aus ihm ergebenden Folgen an und erklärt, daß es das Territorium des ehemaligen sogenannten Sudetengebietes immer als unantastbaren Bestandteil des Staatsgebietes der Tschechoslowakischen Republik anerkennen wird.

Artikel 11

Deutschland erkennt an, daß das Territorium Elsaß-Lothringens ein Bestandteil der Französischen Republik ist.

Das Saargebiet gehört zum Gebietsbestand Deutschlands.

Artikel 12

Deutschland bestätigt und anerkennt die Veränderungen und die Festlegung seiner Grenzen, die gemäß den mit den Nachbarstaaten in der Zeit vom Mai 1945 bis zum 1. Januar 1959 abgeschlossenen Abkommen vorgenommen worden sind.

3. Deutschland und Oesterreich

Artikel 13

1. Deutschland erkennt die volle Gültigkeit des Staatsvertrages über die Wiederherstellung des unabhängigen und demokratischen Oesterreichs vom 15. Mai 1955 und das darin enthaltene Verbot des Anschlusses an.

2. In Uebereinstimmung damit wird Deutschland die Souveränität und Unabhängigkeit Oesterreichs achten und verzichtet auf alle territorialen und politischen Ansprüche hinsichtlich Oesterreichs und des österreichischen Territoriums.

3. Deutschland erkennt die ständige Neutralität Oesterreichs in der Form an, wie sie durch das vom österreichischen Parlament am 26. Oktober 1955 angenommene Bundesverfassungsgesetz Oesterreichs festgelegt ist, und verpflichtet sich, diese zu achten.

4. Um der Gefahr des Anschlusses vorzubeugen, wird jede politische oder wirtschaftliche Union zwischen Deutschland und Oesterreich verboten. Deutschland erkennt seine Verantwortung in dieser Frage vollkommen an und wird in keinerlei Form eine politische oder wirtschaftliche Union mit Österreich eingehen.

Deutschland darf keinerlei Abkommen mit Oesterreich schließen, keinerlei Handlungen unternehmen oder Maßnahmen durchführen, die direkt oder indirekt eine politische oder wirtschaftliche Union zwischen ihm und Oesterreich fördern oder der territorialen Integrität, der politischen oder wirtschaftlichen Unabhängigkeit Oesterreichs Schaden zufügen können.

Deutschland verpflichtet sich weiter, auf seinem Territorium keinerlei Handlungen zuzulassen, die direkt oder indirekt eine solche Union fördern können, und muß das Bestehen, die Wiedergeburt und die Tätigkeit aller Organisationen verhindern, die sich eine politische oder wirtschaftliche Union mit Oesterreich und die Propaganda für eine Union mit Oesterreich als Ziel stellen.

4. Grundrechte und Grundfreiheiten des Menschen

Artikel 14

1. Deutschland verpflichtet sich, alle Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um zu gewährleisten, daß alle unter deutscher Gerichtsbarkeit stehenden Personen, ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der Nationalität, der Herkunft oder der politischen Ueberzeugung die Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen, einschließlich der persönlichen Freiheit, der Freiheit des Wortes, der Presse und Veröffentlichungen, des religiösen Kultes, der politischen Anschauungen, des Zusammenschlusses und öffentlicher Versammlungen.

2. Deutschland wird außerdem gewährleisten, daß alle auf seinem Territorium geltenden Gesetze sowohl hinsichtlich ihres Inhaltes als auch ihrer Anwendung keine Diskrimi-

nierung für Personen deutscher Staatsbürgerschaft auf Grund ihrer Rasse, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der Nationalität, der Herkunft, der politischen Ueberzeugung oder der Parteizugehörigkeit festlegen oder nach sich ziehen sowohl hinsichtlich ihrer Person, ihres Vermögens, ihrer Tätigkeit, ihrer beruflichen oder finanziellen Interessen, ihres Status, ihrer politischen oder bürgerlichen Rechte als auch hinsichtlich aller anderen Fragen.

3. Die frühere Zugehörigkeit einer Person deutscher Staatsbürgerschaft zur Nationalsozialistischen Partei oder ihren Gliederungen und unter ihrer Kontrolle befindlichen Organisationen kann kein Grund für die Beschränkung der in Punkt 1 genannten Rechte und Freiheiten sein, wenn diese Person nicht durch Gerichtsbeschluß in ihren Rechten beschränkt wurde.

4. Personen deutscher Nationalität, die entsprechend den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz des Jahres 1945 aus anderen Ländern nach Deutschland umgesiedelt wurden, genießen auf dem Territorium Deutschlands als gleichberechtigte deutsche Bürger alle in Punkt 1 genannten Rechte ohne irgendwelche Diskriminierung.

Artikel 15

Verboten ist jegliche Verfolgung oder Unterdrückung jeder beliebigen Person durch die deutschen Behörden oder durch deutsche Bürger auf Grund der Tatsache, daß diese Person während des Zweiten Weltkrieges Handlungen zugunsten der verbündeten und vereinten Mächte begangen oder mit deren Sache sympathisiert hat, desgleichen auf Grund der Tatsache, daß diese Person in der Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages Handlungen begangen hat, die darauf abzielten, die Erfüllung der gemeinsamen Beschlüsse der UdSSR, der USA, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und Frankreichs über Deutschland oder irgendeiner der auf Grund dieser Beschlüsse herausgegebenen Proklamationen, Befehle, Anweisungen und Instruktionen zu erleichtern.

5. Politische Parteien und andere Organisationen

Artikel 16

Deutschland wird die freie Betätigung der politischen Parteien und anderer Organisationen gewährleisten, mit Ausnahme der in den Artikeln 13, 17 und 18 genannten Parteien und Organisationen, wobei diese das Recht erhalten, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, Kongresse und Versammlungen durchzuführen, die Freiheit der Presse und der Veröffentlichungen wahrzunehmen.

Artikel 17

Deutschland verpflichtet sich, das Wiedererstehen, die Existenz und Tätigkeit der Nationalsozialistischen Partei und ihrer Gliederungen oder unter ihrer Kontrolle befindlicher Organisationen auf dem Territorium Deutschlands einschließlich der politischen, militärischen und halbmilitärischen Organisationen, wie auch die Entstehung und Tätigkeit anderer ähnlicher Parteien und Organisationen und insbesondere revanchistischer Parteien und Organisationen, die eine Ueberprüfung der Grenzen Deutschlands fordern oder territoriale Ansprüche an andere Staaten zum Ausdruck bringen, unter der Androhung strafrechtlicher Verfolgung nicht zuzulassen.

Artikel 18

Deutschland verpflichtet sich, jegliche Organisationen, darunter auch Emigrantenorganisationen, die eine feindliche Tätigkeit gegen irgendeine der verbündeten und

vereinten Mächte betreiben, aufzulösen und die Existenz und Tätigkeit solcher Organisationen auf seinem Territorium unter Androhung strafrechtlicher Verfolgung nicht zuzulassen.

Deutschland wird Personen, die den obengenannten Organisationen angehören, kein politisches Asyl gewähren.

6. Sonstige Bestimmungen

Artikel 19

Deutschland erkennt das Urteil des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg und die Urteile anderer Gerichte hinsichtlich der sowohl innerhalb als auch außerhalb Deutschlands begangenen Verbrechen an, die das Statut dieses Tribunals vorsieht.

Artikel 20

Deutschland verpflichtet sich, keine, wie auch immer geartete Propaganda zuzulassen, die das Ziel verfolgt oder geeignet ist, eine Bedrohung des Friedens, eine Verletzung des Friedens oder einen Akt der Aggression zu schaffen oder zu verstärken, einschließlich der Kriegspropaganda wie auch jeglicher Art revanchistischen Auftretens mit der Forderung auf Revision der Grenzen Deutschlands oder der Anmeldung territorialer Ansprüche an andere Länder.

Artikel 21

1. Deutschland wird die Repatriierung von Bürgern der verbündeten und vereinten Mächte, die durch den Krieg nach Deutschland verschlagen wurden, in ihre Heimat mit allen Mitteln unterstützen.

2. Ihrerseits werden die verbündeten und vereinten Mächte in den Fällen, wo dies noch nicht geschehen ist, in gleicher Weise die Repatriierung deutscher Bürger, die durch den Krieg auf das Gebiet der verbündeten und vereinten Mächte verschlagen wurden, nach Deutschland unterstützen.

3. Die verbündeten Mächte verpflichten sich, soweit sie dies noch nicht getan haben, innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages alle deutschen Spezialisten nach Deutschland zurückzuführen, die während des Krieges und nach Kriegsende zwangsweise ausgesiedelt wurden. Die Bestimmungen dieses Artikels erstrecken sich nicht auf Personen, die Deutschland auf eigenen Wunsch verlassen haben.

II. BESTIMMUNGEN, DIE SICH AUF DIE WIEDERHERSTELLUNG DER EINHEIT DEUTSCHLANDS BEZIEHEN

Artikel 22

Die verbündeten und vereinten Mächte erkennen das Recht des deutschen Volkes auf Wiederherstellung der Einheit Deutschlands an und bringen ihre Bereitschaft zum Ausdruck, den beiden deutschen Staaten jegliche Unterstützung zur Erreichung dieses Zieles auf der Grundlage der Annäherung und Verständigung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik zu gewähren.

Beide deutsche Staaten, wie auch die verbündeten und vereinten Mächte, betrachten den vorliegenden Vertrag als einen wichtigen Beitrag zur Vereinigung Deutschlands, entsprechend den nationalen Hoffnungen des deutschen Volkes sowie den Interessen der Gewährleistung der Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt.

Artikel 23

Unter Berücksichtigung dessen, daß jeder Versuch, die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands mit Gewalt zu lösen, einen Krieg heraufbeschwören würde, der den Völkern Europas und vor allem dem deutschen Volk selbst unermeßliches Unglück brächte, übernehmen die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik die feierliche Verpflichtung, zur Erreichung der Vereinigung Deutschlands niemals Gewalt anzuwenden oder mit der Anwendung von Gewalt zu drohen, und daß sie alle Streitfragen, die in den Beziehungen zwischen ihnen entstehen können, mit friedlichen Mitteln lösen werden.

Artikel 24

Nach der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands bleibt dieser Vertrag in Kraft, und seine Bestimmungen werden sich auf den einheitlichen deutschen Staat erstrecken.

Artikel 25

Bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und der Bildung eines einheitlichen deutschen Staates erhält West-Berlin die Stellung einer entmilitarisierten Freien Stadt auf der Grundlage ihres besonderen Statuts.

III. MILITÄRISCHE BESTIMMUNGEN

Artikel 26

Deutschland wird eigene nationale Streitkräfte besitzen (Land-, Luft- und Seestreitkräfte), die für die Sicherung der Landesverteidigung erforderlich sind.

Artikel 27

Verboten wird der Dienst in den deutschen Streitkräften:

a) Personen, welche von Gerichten solcher Länder, die sich im Kriegszustand mit Deutschland befanden oder von deutschen Gerichten wegen Verbrechen gegen den Frieden, gegen die Menschlichkeit und wegen Kriegsverbrechen verurteilt wurden,

b) Personen, die keine deutschen Staatsbürger sind,

c) Personen nichtdeutscher Nationalität, die während und nach dem Kriege nach Deutschland verschlagen wurden, unabhängig davon, ob sie später die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben oder nicht.

Artikel 28

Deutschland darf nicht besitzen, produzieren, erwerben oder experimentell erproben:
a) jegliche Arten von Kernwaffen und andere Mittel der Massenvernichtung einschließlich der biologischen und der chemischen,

b) jegliche Arten von Raketen und gelenkten Geschossen sowie Apparate und Vorrichtungen, die zu ihrem Abschuß oder ihrer Lenkung dienen,

c) Flugzeuge, die in der Hauptsache als Bombenflugzeuge eingerichtet sind und Aufhängevorrichtungen für Bomben und Geschosse besitzen,

d) Unterseeboote.

Artikel 29

Es ist Deutschland untersagt, über die für den Bedarf der durch Artikel 26 dieses Vertrages genehmigten Streitkräfte benötigte Menge hinaus Kriegsmaterial, Waffen und

Geräte, ganz gleich ob auf staatlichem, auf privatem oder anderem Wege, zu besitzen, zu produzieren oder zu erwerben, Produktionskapazitäten für deren Herstellung zu unterhalten sowie irgendwelches Kriegsmaterial, Waffen und Geräte nach anderen Ländern auszuführen.

Artikel 30

Alle ausländischen Truppen, die sich in Deutschland befinden, müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Vertrages aus Deutschland abgezogen werden.

(Oder: Nach Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages müssen alle ausländischen Truppen, die sich in Deutschland befinden, innerhalb von Fristen aus Deutschland abgezogen werden, die zwischen den interessierten Seiten zu vereinbaren sind, wobei binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages die zahlenmäßige Stärke der auf dem Territorium Deutschlands stationierten ausländischen Truppen um ein Drittel verringert wird.)

Gleichzeitig mit dem Abzug der ausländischen Truppen aus Deutschland müssen auch alle ausländischen Militärstützpunkte auf dem Territorium Deutschlands liquidiert werden.

In Zukunft wird Deutschland keine Stationierung irgendwelcher ausländischer Streitkräfte und keine ausländischen Militärstützpunkte auf seinem Territorium zulassen.

Artikel 31

Deutschland verpflichtet sich, auf deutschem Territorium die Gräber der Militärangehörigen, der Kriegsgefangenen und der nach Deutschland zwangsverschleppten Bürger der Mächte, die sich im Kriegszustand mit Deutschland befanden, die Denkmäler und Embleme auf diesen Gräbern sowie die Denkmäler des militärischen Ruhms der Armeen, die gegen Hitler-Deutschland kämpften, zu achten, zu schützen und zu pflegen.

Die verbündeten und vereinten Mächte werden ihrerseits die Pflege der auf ihrem Territorium erkennbaren Gräber deutscher Militärangehöriger gewährleisten.

IV. WIRTSCHAFTLICHE BESTIMMUNGEN

Artikel 32

Deutschland werden keinerlei Beschränkungen in der Entwicklung seiner Friedenswirtschaft auferlegt, die dem Wachstum des Wohlstandes des deutschen Volkes dienen soll.

Deutschland wird ebensowenig Beschränkungen im Handel mit anderen Ländern, in der Seeschiffahrt und im Zugang zu den Weltmärkten ausgesetzt sein.

Artikel 33

Nach dem Abzug der ausländischen Truppen vom Territorium Deutschlands wird alles deutsche Eigentum, das die Streitkräfte der ausländischen Staaten auf dem Territorium Deutschlands benutzen und für das keine Entschädigung gewährt wurde, den Eigentümern zurückerstattet oder eine entsprechende Entschädigung dafür gewährt.

Artikel 34

1. Deutschland wird in den Fällen, in denen dies noch nicht geschehen ist, die legitimen Rechte und Interessen der verbündeten und vereinten Mächte und ihrer Bürger in Deutschland, wie sie am 1. September 1939 und für die Tschechoslowakische Republik

und ihre Bürger am 30. September 1938 bestanden, wiederherstellen und das Eigentum der verbündeten und vereinten Mächte und ihrer Bürger zurückerstatten oder aber eine Entschädigung gewähren. Das Verfahren und die Bedingungen für die Realisierung der Bestimmungen dieses Artikels sind durch besondere Vereinbarungen zwischen Deutschland und den interessierten Staaten festzulegen.

Der Ausdruck „Eigentum" bezeichnet bewegliches oder unbewegliches, materielles oder nichtmaterielles Vermögen, einschließlich des industriellen, literarischen oder künstlerischen Eigentums sowie der Eigentumsrechte und -interessen aller Art.

2. Der Kriegszustand an sich wird nicht als Umstand gelten, der die Pflicht zur Zahlung von Geldschulden beeinflußt, die sich aus Verpflichtungen und Verträgen ergeben, die vor der Entstehung des Kriegszustandes existierten.

3. Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Diskriminierung bei der Befriedigung der Schadenersatzansprüche der Bürger der verbündeten und vereinten Mächte zuzulassen, unabhängig von der Art der ihnen zustehenden Entschädigung sowie der Organisation oder Einrichtung, die den Anspruch befriedigt.

Artikel 35

Deutschland erkennt die Rechte einer jeden verbündeten und vereinten Macht auf die deutschen Auslandsaktiva an, die dieser Macht infolge der Abkommen zwischen der UdSSR, den USA, dem Vereinigten Königreich und Frankreich übergeben worden sind.

Deutschland erkennt die Bestimmungen über die deutschen Auslandsaktiva in Oesterreich an, die der Staatsvertrag über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Oesterreichs enthält.

Artikel 36

1. Deutschland verzichtet in seinem Namen beziehungsweise im Namen der deutschen Organisationen und Bürger auf alle Ansprüche jeglicher Art an die verbündeten und vereinten Mächte, an deren Organisationen und Bürger, die unmittelbar mit dem Krieg verbunden sind oder sich aus Maßnahmen ergeben, die infolge des Kriegszustandes in Europa nach dem 1. September 1939 getroffen wurden, unabhängig davon, ob sich die betreffende verbündete und vereinte Macht zu dieser Zeit im Zustand des Krieges mit Deutschland befunden hat oder nicht. Dieser Verzicht auf Ansprüche umfaßt insbesondere:

a) Ansprüche im Zusammenhang mit Verlusten oder Schäden, die durch Handlungen der Streitkräfte oder Behörden der verbündeten und vereinten Mächte entstanden sind,

b) Ansprüche, die sich aus der Anwesenheit, den Operationen oder Handlungen der Streitkräfte oder Behörden der verbündeten und vereinten Mächte auf deutschem Territorium ergeben,

c) Ansprüche hinsichtlich der Entscheidungen oder Anordnungen der Prisengerichte der verbündeten und vereinten Mächte, wobei Deutschland alle Entscheidungen und Anordnungen solcher Gerichte, die nach dem 1. September 1939 in bezug auf deutsche See- und Binnenschiffe oder auf deutsche Frachten oder auf Kostenzahlungen gefällt wurden, als gültig und verpflichtend anerkennt,

d) Ansprüche, die sich aus der Wahrnehmung der Rechte einer kriegführenden Partei oder aus den Maßnahmen zur Wahrung dieser Rechte ergeben.

2. Der Verzicht Deutschlands auf Ansprüche gemäß Punkt 1 dieses Artikels schließt Ansprüche ein, die sich aus Maßnahmen ergeben, die eine der verbündeten und ver-

einten Mächte gegenüber deutschen See- und Binnenschiffen nach dem 1. September 1939 getroffen hat, sowie alle Ansprüche und Schulden, die sich aus den geltenden internationalen Konventionen über die Kriegsgefangenen ergeben.

3. Die Bestimmungen dieses Artikels schließen alle Ansprüche der obengenannten Art vollständig und endgültig aus. Diese Ansprüche sind von jetzt an aufgehoben, ganz gleich, wer der interessierte Partner ist. Die Regierung Deutschlands erklärt sich bereit, den Personen, die den Streitkräften der verbündeten und vereinten Mächte auf deutschem Territorium im Rahmen der Requierierung Versorgungsgüter oder Dienstleistungen zur Verfügung gestellt haben, sowie für die Befriedigung der Ansprüche an die Streitkräfte der verbündeten und vereinten Mächte, die sich aus nichtkriegsbedingten Schäden auf deutschem Territorium ergeben haben, eine angemessene Entschädigung in Deutscher Mark zu zahlen.

Artikel 37

Deutschland verzichtet auf alle Ansprüche staatlichen Charakters, Ansprüche öffentlicher deutscher juristischer Personen, Ansprüche deutscher privater juristischer Personen und deutscher Bürger, die mit den Gebieten verbunden sind, die anderen Staaten zurückgegeben und ihrer Souveränität unterstellt wurden.

Artikel 38

Die Staaten, auf die die Souveränität über einen Teil des ehemaligen Territoriums Deutschlands überging, tragen keine Verantwortung für Verpflichtungen, die sich aus Schulden des deutschen Staates, der deutschen Städte und Gemeinden und der deutschen öffentlichen Einrichtungen ergeben sowie aus anderen öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Fragen, die bis zum 8. Mai 1945 entstanden und mit diesem Territorium verbunden sind.

Artikel 39

1. Deutschland ist bereit, mit jeder verbündeten und vereinten Macht in Verhandlungen zu treten und Verträge oder Abkommen über den Handel und die Seeschiffahrt abzuschließen, wobei jeder verbündeten und vereinten Macht auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die Stellung der meist begünstigten Nation eingeräumt wird.

2. Deutschland wird in allem, was seinen Handel mit den verbündeten und vereinten Mächten betrifft, keine Diskriminierung und künstliche Beschränkung zulassen. Die verbündeten und vereinten Mächte werden sich ihrerseits im Handel mit Deutschland an den gleichen Grundsatz halten.

3. Deutschland wird innerhalb seiner Grenzen keinem einzigen Land irgendwelche ausschließlichen oder diskriminierenden Rechte hinsichtlich der Verwendung kommerzieller Flugzeuge im internationalen Verkehr einräumen, es wird den verbündeten und vereinten Mächten auf der Grundlage der Gegenseitigkeit gleiche Möglichkeiten für den Erwerb von Rechten auf deutschem Territorium auf dem Gebiet der internationalen kommerziellen Luftfahrt gewähren, einschließlich des Landerechts zur Treibstoffaufnahme und Reparatur. Diese Bestimmungen dürfen die Interessen der nationalen Verteidigung Deutschlands nicht beeinträchtigen.

Artikel 40

Deutschland verpflichtet sich, Oesterreich das Recht des ungehinderten Transits und Verkehrs ohne Erhebung von Zöllen und Abgaben zwischen Salzburg und Lofer (Salzburg) über Reichenhall-Steinpaß und zwischen Scharnitz (Tirol) und Ehrwald (Tirol) über Garmisch-Partenkirchen zu gewähren.

V. REPARATIONEN UND RESTITUTIONEN

Artikel 41

Die Frage der Zahlung von Reparationen durch Deutschland zur Wiedergutmachung des den verbündeten und vereinten Mächten während des Krieges von ihm zugefügten Schadens gilt als vollständig geregelt, und die verbündeten und vereinten Mächte verzichten auf alle Ansprüche an Deutschland hinsichtlich der weiteren Zahlung von Reparationen.

Artikel 42

Deutschland verpflichtet sich, in den Fällen, wo dies noch nicht geschehen ist, identifizierbare Gegenstände, welche künstlerischen, historischen oder archäologischen Wert besitzen und zum Kulturgut der verbündeten und vereinten Mächte gehören und gewaltsam oder zwangsweise von ihrem Territorium nach Deutschland verschleppt wurden, im gut erhaltenen Zustand zurückzuerstatten.

Die Forderungen auf Restitution der genannten Gegenstände können innerhalb von zwölf Monaten nach Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages angemeldet werden.

Deutschland wird den Staaten, denen Teile des ehemaligen Territoriums Deutschlands zurückgegeben oder deren Souveränität solche Territorien unterstellt wurden, gleichfalls alle historischen, Gerichts-, Verwaltungs- und technischen Archive mit den Karten und Plänen übergeben, die diese Gebiete betreffen.

VI. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 43

Vom Inkrafttreten des vorliegenden Friedensvertrages an wird Deutschland von allen Verpflichtungen aus internationalen Verträgen und Abkommen entbunden, die von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Deutschen Bundesrepublik vor Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages abgeschlossen wurden und im Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrages stehen.

Artikel 44

Jeder Streit um die Auslegung oder Erfüllung des vorliegenden Vertrages, der nicht durch direkte diplomatische Verhandlungen oder in anderer Weise durch Vereinbarung zwischen den Partnern des Streites geregelt wird, ist einer Kommission zu übergeben, der Vertreter der Sowjetunion, des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs, der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik angehören.

Falls dieser Streit innerhalb von zwei Monaten in der Kommission nicht durch eine Vereinbarung geschlichtet werden kann, wird er, wenn die Partner des Streites zu keiner Vereinbarung über andere Verfahren seiner Regelung gelangen, einer Kommission übergeben, der je ein Vertreter eines jeden Partners und ein weiteres Mitglied angehören, das auf Vereinbarung beider Seiten unter den Bürgern eines dritten Landes ausgewählt wird.

Artikel 45

1. Der vorliegende Vertrag bedarf der Ratifikation und tritt unverzüglich nach der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich und Deutschland in Kraft. Für jeden weiteren

Staat, der den vorliegenden Vertrag in der Folge ratifiziert oder ihm beitritt, tritt er vom Tage der Hinterlegung der Dokumente über die Ratifikation oder den Beitritt durch diesen Staat in Kraft.

2. Wenn der Vertrag innerhalb von 10 Monaten nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunden Deutschlands nicht in Kraft tritt, kann jeder Staat, der ihn ratifiziert hat, diesen Vertrag zwischen sich und Deutschland durch eine Notifikation an Deutschland und an den Depositärstaat innerhalb von drei Jahren nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunden Deutschlands in Kraft setzen.

Artikel 46

Jeder Staat, der sich im Kriegszustand mit Deutschland befunden hat und nicht zu den Unterzeichnerstaaten dieses Vertrages gehört, kann diesem Vertrag beitreten.

Artikel 47

Der Vertrag gewährt keinerlei Rechte, schafft keinerlei Rechtstitel oder Vorteile für Staaten, die nicht Partner des vorliegenden Vertrages sind, und keinerlei Rechte, Rechtsgrundlagen oder Interessen Deutschlands können durch irgendwelche Bestimmungen des vorliegenden Vertrages zugunsten solcher Staaten beeinträchtigt werden.

Artikel 48

Der vorliegende Vertrag sowie alle Dokumente über die Ratifikation und den Beitritt sind bei der Regierung ... zu hinterlegen, welche beglaubigte Abschriften des Vertrages an jeden Unterzeichnerstaat oder beigetretenen Staat versendet sowie diesen Staaten Mitteilung über alle Ratifikationen und Beitritte macht.

Zur Bestätigung dessen haben die endesunterfertigten bevollmächtigten Vertreter den vorliegenden Vertrag unterzeichnet und ihn mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in ... in russischer, in englischer, in französischer und in deutscher Sprache, wobei alle Texte gleichermaßen authentisch sind.

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (sowjetische Botschaft, Bonn), Beilage zu Nr. 3 vom 20. Januar 1959.

Begleitnote der Sowjetregierung an die Regierung der Vereinigten Staaten zum Friedensvertragsentwurf vom 10. Januar 1959*

Es erscheint der Sowjetregierung notwendig, die Aufmerksamkeit der amerikanischen Regierung auf die gänzlich anomale Situation zu lenken, die infolge der Verzögerung bei der Lösung eines der wichtigsten internationalen Nachkriegsprobleme — des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland — entstanden ist.

*) Die Noten der Sowjetregierung an Großbritannien und Frankreich sind — von Ausnahmen abgesehen — gleichlautend mit der Note an die Vereinigten Staaten.

Die Noten der Sowjetregierung an die Bundesrepublik Deutschland und an die DDR sind mit dem 1. Teil der Noten an die Westmächte weitgehend identisch; sie enden beide mit dem Absatz, in dem erklärt wird, daß nur derjenige einem Friedensvertrag nicht zustimmen könne, der wünscht, daß Deutschland ein „Ort gefährlicher Spannung und des Kalten Krieges" bleibe (vgl. S. D 37), sie enthalten also nicht mehr den Berlin betreffenden Abschnitt.

Die Abweichungen in beiden Noten sind folgende:

1. Nur an die Bundesrepublik (nicht an die DDR) erklärt die Sowjetregierung, der Wunsch des deutschen Volkes, seine Heimat „stark und unabhängig, von jeder fremden Bevormundung frei" zu sehen, sei dem Sowjetvolk „nah und vertraut".
2. An Stelle der beiden Absätze auf S. D 35/36, in denen die ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands aufgefordert werden, sich über den Friedensvertrag zu verständigen, steht in der Note

Während mit anderen Staaten, die am Zweiten Weltkrieg auf Deutschlands Seite teilnahmen, schon längst Friedensverträge abgeschlossen worden sind und diese Staaten sich auf selbständiger nationaler Grundlage entwickeln, hat das deutsche Volk noch immer keinen Friedensvertrag. Dies beraubt das deutsche Volk der Möglichkeit, seine staatliche Souveränität voll auszuüben und ein gleichberechtigtes Mitglied in der Völkergemeinschaft zu werden. Darüber hinaus stehen noch immer ausländische Truppen auf dem Territorium Deutschlands, und in einigen Teilen Deutschlands, beispielsweise in West-Berlin, ist noch ein Besatzungsregime in Kraft.

Die Verschleppung einer friedlichen Regelung mit Deutschland läßt von Jahr zu Jahr viele Fragen ungelöst, die nicht nur die Interessen Deutschlands, sondern auch der Staaten berühren, die im Kriege gegen Deutschland gekämpft haben. Das Fehlen eines Friedensvertrages mit Deutschland kompliziert die Lage in Europa ernsthaft, ruft Argwohn und Mißtrauen in den Beziehungen zwischen den Staaten hervor und behindert eine Normalisierung dieser Beziehungen.

Es muß ferner darauf hingewiesen werden, daß wegen des Fehlens eines Friedensvertrages der deutsche Militarismus in Westdeutschland wieder sein Haupt erhebt und an Stärke gewinnt. Dies muß das sowjetische Volk wie auch andere europäische Völker beunruhigen, denen das militaristische Deutschland wiederholt großes Elend und Leid zugefügt hat.

Ein Friedensvertrag, der die friedliche Entwicklung Deutschlands fördert, würde die notwendigen Voraussetzungen schaffen, um eine Wiederholung der tragischen Ereignisse der Vergangenheit unmöglich zu machen, in der deutsche Militaristen die Menschheit in verheerende Kriege mit unermeßlichen Verlusten an Menschen und Material verwickelten.

Getreu ihren Verpflichtungen gegenüber Deutschland und unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen des deutschen Volkes und anderer europäischer Völker, hat die sowjetische Regierung in den Nachkriegsjahren den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs wiederholt Vorschläge für die Vorbereitung und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unterbreitet.

Leider sind die sowjetischen Vorschläge für eine Friedensregelung mit Deutschland von den Westmächten nicht günstig aufgenommen worden. Weit davon entfernt, eigene

---

an die Bundesregierung ein Absatz, in dem dieser vorgeworfen wird, die Frage des Friedensvertrages zu „bagatellisieren", hingegen wird in der Note an die DDR deren Regierung Anerkennung für ihre Bemühungen um den Friedensvertrag gezollt.

3. Nur in der Note an die Bundesregierung wird besonders darauf hingewiesen, daß der sowjetische Vertragsentwurf sich „von Grund auf" vom Versailler Vertrag unterscheide, der ein „imperialistisches Diktat" gewesen sei.

4. Der drittletzte Absatz der Noten an die Westmächte, betreffend die Bereitschaft zu Vorverhandlungen zwischen den Vier Mächten unter angemessener Beteiligung der Bundesrepublik und der DDR (vgl. S. D 40), ist in den Noten an die Bundesrepublik und die DDR vor den im folgenden unter 5) erwähnten Absätzen eingeschoben.

5. Vor dem gleichlautenden Schlußabsatz sind in den Noten an die Bundesrepublik und an die DDR Absätze eingefügt, in denen die Sowjetregierung ihrer Hoffnung Ausdruck gibt, daß ihre Vorschläge von den beiden deutschen Regierungen unterstützt werden. Dabei wird nur in der Note an die DDR zusätzlich folgendes ausgeführt:

   „Die Sowjetregierung geht davon aus, daß der Friedensvertrag für die Deutsche Demokratische Republik eine Registrierung und eine völkerrechtliche Bestätigung dessen sein wird, was auf Grund der konsequenten Durchführung der Prinzipien des Potsdamer Abkommens bereits erreicht und errungen wurde."

Die gleichzeitig überreichten Noten an die übrigen am Kriege gegen Deutschland mit ihren Streitkräften beteiligten Staaten sind mit dem 1. Teil der Noten an die Westmächte identisch; sie enden wie die Noten an die Bundesrepublik und an die DDR mit dem eingangs dieser Anmerkung erwähnten Absatz.

Vorschläge vorzulegen, wollten sie dieses dringende Problem nicht ernsthaft diskutieren. Viele Jahre lang bestanden sie darauf, daß den sogenannten freien gesamtdeutschen Wahlen Vorrang gegeben und daß die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands nicht von den Deutschen, sondern von den vier früheren Besatzungsmächten behandelt werden sollte. Diese These war auch der Kernpunkt der Noten der Westmächte vom 30. September 1958, die in den Noten der sowjetischen Regierung über die Berlin-Frage vom 27. November 1958 erschöpfend beantwortet wurden.

Wenn wir an Stelle eines Wunschdenkens der Wahrheit ins Gesicht sehen, müssen wir zugestehen, daß die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands unvermeidlich mehrere Etappen einer Annäherung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland durchlaufen muß. Jetzt können wir nur hoffen, den Beginn dieses Prozesses zu erleben, dessen Erfolg allerdings von den Bemühungen beider deutscher Staaten abhängt. Der Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland ausweichen zu wollen, bedeutet eine Situation anzustreben, in der das deutsche Volk weder einen Friedensvertrag noch einen vereinten Nationalstaat besitzt.

Dies würde bedeuten, daß die bestehende unerträgliche Situation aufrechterhalten bleibt, die es der Bundesrepublik ermöglicht, zu versuchen, der DDR eine innere Ordnung nach ihrem Vorbild aufzuzwingen. In diesem Falle würde auch die DDR berechtigt sein, die Frage einer Aenderung der in der Bundesrepublik vorhandenen Ordnung und ihres Regimes aufzuwerfen. Selbstverständlich würde dies nicht dazu beitragen, die nationale Einheit Deutschlands zu erreichen, sondern im Gegenteil die Kluft zwischen den beiden deutschen Staaten nur weiter vertiefen.

Andererseits ist unter den gegenwärtigen Bedingungen der Abschluß eines Friedensvertrages gerade die Maßnahme, die früher als irgendeine andere das deutsche Volk näher an die Lösung seiner grundlegenden nationalen Aufgabe heranführen könnte — die Wiedervereinigung des Landes. Wenn in einem Friedensvertrag der militärische Status Deutschlands und die äußeren Bedingungen umrissen würden — deren Beachtung die innere Entwicklung vor ausländischer Einmischung schützen würde —, hätte das deutsche Volk klare Aussichten für die Zukunft Deutschlands. Dies würde es den Deutschen, die in zwei Staaten mit verschiedenen Sozial- und Wirtschaftssystemen leben, in vieler Hinsicht leichter machen, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um zwischen ihnen die Kontakte zu erweitern und Vertrauen zu schaffen. Ein Friedensvertrag würde eine gute Grundlage für eine Annäherung der beiden deutschen Staaten und für die Ueberwindung jener tiefgehenden Gegensätze schaffen, die noch der Wiedervereinigung ihres Landes zu einem Ganzen im Wege stehen.

Es ist nur gerecht, darauf hinzuweisen, daß die Regierung der Bundesrepublik zu einem beträchtlichen Teil die Verantwortung für die in Deutschland bestehende Lage trägt und auch für die Tatsache, daß Deutschland noch keinen Friedensvertrag hat, da sie Kurs auf die Remilitarisierung genommen und ihre Politik eng mit den Plänen des NATO-Militärblocks verflochten hat, die in schreiendem Gegensatz zu den nationalen Interessen Deutschlands stehen. Wenn es irgendeines neuen Beweises dafür bedarf, daß die Regierung der Bundesrepublik genau diesem Kurs folgt, gibt ihn die Note der Bundesregierung vom 5. Januar 1959, in der sie die Note der sowjetischen Regierung zur Berlin-Frage vom 27. November 1958 beantwortet. Diese Note zeigt, daß die Bundesregierung, anstatt zur Lösung der Berlin-Frage im Interesse des Friedens in Europa und der deutschen Nation selbst beizutragen, bestrebt ist, die Leidenschaften anzustacheln und die Atmosphäre um die Berlin-Frage zu erhitzen, um die Beibehaltung des Besatzungsregimes in West-Berlin zu erreichen.

Es kann keine Entschuldigung für eine solche Lage geben, in der die Staaten, die am Krieg gegen Hitler-Deutschland teilnahmen, in einer derartig ernsten und dringenden

Frage wie der Vorbereitung und des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland warten und passive Zuschauer bleiben müssen.

Diese Staaten, die während des Krieges erfolgreich eine enge Zusammenarbeit schufen, können jetzt trotz bestehender Meinungsverschiedenheiten eine gemeinsame Sprache finden, um eine friedliche Regelung mit Deutschland zu verwirklichen und endlich ein friedliches und sicheres Leben für die europäischen Völker einschließlich des deutschen zu gewährleisten. Die Notwendigkeit, diese Aufgabe zu lösen, ist um so dringender, als in beiden deutschen Staaten, der DDR und der Bundesrepublik, eine Bewegung für frühestmögliche Vorbereitung und Abschluß eines Friedensvertrages wächst.

Ausgehend von den oben angeführten Überlegungen und getragen von dem Wunsche, eine brauchbare Grundlage für eine friedliche Regelung mit Deutschland darzubieten, hat die sowjetische Regierung einen Friedensvertrag entworfen und unterbreitet ihn hiermit der Regierung der USA zur Prüfung.

Dem sowjetischen Staat sind Wünsche, die Welt in Sieger und Besiegte zu teilen, ebenso fremd wie Rachegefühle gegenüber seinen früheren Kriegsfeinden. Der sowjetische Entwurf für den Friedensvertrag beruht auf dem Gedanken einer friedlichen und demokratischen Entwicklung Deutschlands. Dieser Entwurf sieht die Wiederherstellung der vollständigen Souveränität des deutschen Volkes über Deutschland, sein Territorium und seinen Luftraum vor. Deutschland werden keinerlei Beschränkungen in der Entwicklung einer friedlichen Wirtschaft, des Handels, der Schiffahrt oder beim Zugang zu den Weltmärkten auferlegt. Deutschland erhält das Recht, die für die Verteidigung des Landes notwendigen nationalen Streitkräfte zu unterhalten. Alle diese Bestimmungen des Entwurfes geben dem deutschen Volk große Möglichkeiten für friedliche schöpferische Arbeit und gewährleisten ihm eine gleichberechtigte Stellung unter den anderen Nationen der Welt.

Natürlich sieht der Vertragsentwurf gewisse militärische Beschränkungen vor, die nach der Überzeugung der sowjetischen Regierung sowohl den nationalen Interessen des deutschen Volkes, das die Schrecken von Weltkriegen erlebt hat, als auch den gemeinsamen Friedensinteressen entsprechen. Die Deutschland auferlegten militärischen Verpflichtungen schließen vor allem ein Verbot ein, Kern- und Raketenwaffen herzustellen und die deutschen Streitkräfte damit auszurüsten. Dies würde zur Stärkung der europäischen Sicherheit beitragen und eines der größten, jetzt zwischen den beiden deutschen Staaten bestehenden Hindernisse beseitigen.

Von großer Bedeutung für die Sicherung des Friedens in Europa ist die Bestimmung des Friedensvertrages, die die Möglichkeit einer deutschen Beteiligung an irgendeinem militärischen Bündnis ausschließt, das gegen einen der Staaten gerichtet ist, die mit Hitler-Deutschland Krieg führten und zu dessen Mitgliedern nicht alle vier alliierten Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition zählen — die Sowjetunion, die USA, Großbritannien und Frankreich. Die Aufnahme dieser Bestimmung in den Vertrag würde die Menschheit in beträchtlichem Maße vor der Gefahr eines neuen Krieges bewahren, da niemand bestreiten wird, daß diese Gefahr viel größer ist, wenn ein Militärbündnis einer oder mehrerer Großmächte mit Deutschland besteht, ein Bündnis, das gegen eine andere Großmacht gerichtet ist.

Unter Berücksichtigung des oben Gesagten schlägt die Sowjetregierung vor, binnen zwei Monaten eine Friedenskonferenz nach Warschau oder Prag einzuberufen, um den vorgelegten Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erörtern und um einen vereinbarten Text des Vertrages auszuarbeiten und zu unterzeichnen. Der Konferenz sollten einerseits die Regierungen der Staaten beiwohnen, die mit ihren Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilnahmen, andererseits die Regierungen der Deutschen

Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, die den Friedensvertrag im Namen Deutschlands unterzeichnen würden.

Falls eine Deutsche Konföderation vor dem Abschluß des Friedensvertrages geschaffen wird, könnte der Vertrag von Vertretern der Deutschen Konföderation und auch der beiden deutschen Staaten unterzeichnet werden.

Es versteht sich von selbst, daß die sowjetische Regierung den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik das Recht zuerkennt, ein Uebereinkommen über eine angemessene deutsche Vertretung bei der Vorbereitung und der Unterzeichnung des Friedensvertrages zu treffen.

Bei der Vorlage des Friedensvertragsentwurfes für Deutschland geht die sowjetische Regierung von der Tatsache aus, daß die Standpunkte aller Beteiligten in der deutschen Frage jetzt absolut klar sind und daß es notwendig ist, nun ohne unnötige Polemiken vorzugehen und zur Ausarbeitung brauchbarer Entscheidungen zu kommen, die von der in Deutschland herrschenden Situation und von den Interessen der Stärkung des Friedens in Europa diktiert werden.

Die sowjetische Regierung ist überzeugt, daß nur diejenigen gegenüber dem Vorschlag, einen Friedensvertrag abzuschließen, unfreundlich bleiben können, die dem deutschen Volk nichts Gutes wünschen, die Deutschland geteilt lassen wollen, die Europa nicht in einen Kontinent dauerhaften Friedens und der Sicherheit verwandeln, sondern es vielmehr als Ort gefährlicher Spannung und des Kalten Krieges behalten wollen, was eine ernsthafte Bedrohung der Sache des Friedens darstellt.

Die Sowjetregierung glaubt, daß neben dem Abschluß eines Friedensvertrages schon jetzt praktische Schritte im Hinblick auf Berlin unternommen werden können, wie sie die sowjetische Regierung besonders in ihrer Note an die USA-Regierung vom 27. November 1958 schon vorgeschlagen hat. Soweit die amerikanische Regierung ihre Ansichten zu den oben erwähnten Vorschlägen in ihrer Note vom 31. Dezember 1958 dargelegt hat, scheint es der Sowjetregierung notwendig, folgendes in Beantwortung dieser Note festzustellen.

Die Zeit, in der die alliierten Regierungen Deutschlands Unterwerfung unter die Bestimmungen der bedingungslosen Kapitulation verlangten, gehört seit langem der Vergangenheit an, ebenso auch die Zeit, in der die oberste Macht in Deutschland in den Händen der Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen der Vier Mächte lag, in der der Kontrollrat seine Tätigkeit noch ausübte ebenso wie auch die „Alliierte Kommandatura“ für die gemeinsame Verwaltung des von ihr regierten „Groß-Berlin“. Man gewinnt jedoch den Eindruck, daß die amerikanische Note zu den ersten Jahren der Besatzung Deutschlands passend abgefaßt worden ist, ohne Rücksicht auf die großen Veränderungen, die in den Nachkriegsjahren in Deutschland vor sich gegangen sind. Sie ist vollkommen vom Geist jener Zeit durchdrungen, einem Begehren, das „Recht auf Besatzung“ zu rechtfertigen und zu bestätigen, obgleich die amerikanische Regierung das Anomale der Situation erkennt, wenn Berlin, 13 Jahre nach dem Krieg, noch immer unter einem 1945 geschaffenen Besatzungssystem lebt.

Niemand kann sich Argumenten beugen, das Verbleiben amerikanischer Truppen in Berlin sei durch die Tatsache gerechtfertigt, daß sie als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges dorthin kamen.

Wenn wir die Ueberreste der Besatzungszeit beseitigen und die Lage nüchtern abschätzen wollen, wird klar werden, daß der Wunsch der USA, Großbritanniens und Frankreichs, ihre Positionen in West-Berlin zu bewahren, nichts mit den Konsequenzen des letzten Krieges und den Nachkriegsabkommen zu tun hat, die Deutschlands Entwicklung als friedliebender und demokratischer Staat festlegten. Dies ergibt sich aus dem

neuen Stand der Dinge, hervorgerufen durch die krasse Verletzung der oben erwähnten Abkommen durch die Westmächte, ihren Verzicht auf gute alliierte Beziehungen und die Umkehrung ihrer Politik in Richtung auf eine Verschärfung der Beziehungen zur Sowjetunion und das Zusammenschmieden von Militärblöcken.

Für die Beibehaltung der gegenwärtigen Situation in Berlin können sich nur diejenigen einsetzen, die West-Berlin als ein Instrument feindlicher Tätigkeit gegen die Sowjetunion, die Deutsche Demokratische Republik und die ihnen befreundeten Länder ausnutzen möchten, als ein Instrument zur weiteren Verschärfung der bestehenden Gegensätze und zur Vergrößerung der internationalen Spannung.

Wenn der gegenwärtige Zustand in West-Berlin beibehalten wird, bleibt die Gefahr bestehen, daß sich der Kalte Krieg in einen dritten Weltkrieg mit allen damit zusammenhängenden schwerwiegenden Konsequenzen für die Völker verwandelt. Unter diesen Umständen kann niemand erwarten, daß die Sowjetunion mit ihren eigenen Händen das Besatzungsregime in West-Berlin stützt.

Die Besatzung, die unmittelbar nach der Niederlage Hitler-Deutschlands verständlich und notwendig war, da sie zu einer Umformung des deutschen politischen Lebens auf friedliebenden und demokratischen Wegen führte, hat jetzt nur noch vor allem den Zweck, die Verwandlung West-Berlins in einen NATO-Stützpunkt im Herzen der DDR zu verschleiern. Die Note der USA erinnert an die alliierten Uebereinkommen über Berlin von 1944 und 1945 und legt darüber hinaus diese Abkommen in einer Weise aus, als ob sie nicht vom Potsdamer Abkommen abhängig seien und den Westmächten noch immer ein Recht gäben, ihre Tuppen in West-Berlin zu belassen. Wir können dieser Auslegung nicht zustimmen, da sie in Widerspruch zu den allgemein bekannten Tatsachen und den von den Mächten gegenüber Deutschland übernommenen Verpflichtungen steht.

Berlins Viermächte-Status entstand und existiert nicht unabhängig von all den anderen alliierten Abkommen über Deutschland. Sein Ziel war lediglich, die grundlegenden Aufgaben der Besetzung Deutschlands in der Zeit unmittelbar nach dem Kriege zu erfüllen, Aufgaben, die in dem Potsdamer Abkommen festgelegt sind. Da die USA, Großbritannien und Frankreich den Weg zur Wiederbewaffnung Westdeutschlands eingeschlagen haben und es in ihr Militärbündnis einbeziehen, haben sie das Potsdamer Abkommen kraß verletzt und damit alle legitimen Rechte auf Beibehaltung des gegenwärtigen Status von Berlin wie auch auf die Besetzung Deutschlands im allgemeinen verwirkt.

Die Sowjetunion ist ihren internationalen Verpflichtungen, einschließlich der Deutschland betreffenden, immer nachgekommen und kommt ihnen nach. Ferner kann niemand der Sowjetunion vorwerfen, daß sie nicht gewarnt habe, als die Westmächte ein alliiertes Abkommen nach dem anderen über Bord warfen und Westdeutschland auf den Pfad zum Militarismus und Revanchismus zogen.

Wenn die drei Westmächte wie die Sowjetunion das Potsdamer Abkommen erfüllt hätten und an ihren Absprachen gemäß diesem Abkommen festgehalten hätten, könnten wir mit Sicherheit feststellen, daß es jetzt keine Berlin-Frage und kein deutsches Problem im allgemeinen geben würde, da diese zum Wohle der deutschen Bevölkerung und im Interesse des europäischen Friedens gelöst wären.

Die Viermächte-Abkommen sowohl über Berlin als auch über Deutschland in seiner Gesamtheit sind von vorläufigem Charakter, nur für die Periode der Besetzung Deutschlands gültig. Aber die Besetzung ist vorüber. Die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und die anderen Staaten haben die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland erklärt. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Behauptungen der USA-Note über gewisse Rechte zur Fortsetzung der Besetzung offensichtlich grundlos.

Angesichts dieser Tatsache versteht man leicht, daß die Sowjetunion keine einseitige Aufkündigung der Abkommen über Berlin beabsichtigt, wie die Regierungen der drei Westmächte dies darzustellen versuchen, sondern daß sie lediglich die logische Schlußfolgerung aus der bestehenden Lage zu ziehen versucht, einer Lage, die durch die Beendigung der Besetzung Deutschlands und durch die offenkundige Verletzung der bei Kriegsende übernommenen Verpflichtungen durch die Westmächte gekennzeichnet ist.

In ihrer Note erklärt die Regierung der Vereinigten Staaten, daß die Westmächte ihre Rechte in Berlin auch dadurch erworben hätten, daß sie der Sowjetunion „erlaubten", gewisse Gebiete Deutschlands, die im Verlauf des Krieges durch die amerikanischen und britischen Truppen besetzt worden waren, zu besetzen.

Diese Behauptungen stellen lediglich eine offenkundige Verdrehung der Tatsachen dar. Es ist wohlbekannt, daß das Abkommen über die Besatzungszonen während des Krieges abgeschlossen wurde, als es noch schwierig war, vorauszusehen, wessen Truppen diese Zonen zuerst erreichen würden. Gleichzeitig ist es erforderlich, daran zu erinnern, daß bei Kriegsende in Europa sowjetische Truppen nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Gebieten mancher anderer Staaten, zum Beispiel in Oesterreich, standen. Die Sowjetunion hat jedoch niemals die Frage einer Kompensation für die Zurückziehung ihrer Truppen aus diesen Gebieten angeschnitten und hat auch keine Konzessionen dafür verlangt, daß alliierte Truppen in Gebiete einrückten, die von den sowjetischen Truppen besetzt waren — zum Beispiel Wien —, denn derartige Forderungen zu erheben, wäre gleichbedeutend mit einem unberechtigten Schacher mit den Gebieten anderer Nationen. Es ist daher erstaunlich, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bei einem Land wie Deutschland einen derartigen Versuch zuläßt.

Die Regierung der Vereinigten Staaten erklärt, daß sie zustimmen könnte, die Berlin-Frage in breiteren Besprechungen über die Lösung des Deutschlandproblems einschließlich der Vereinigung Deutschlands und der Frage der europäischen Sicherheit zu erörtern.

Die Sowjetregierung hat wiederholt darauf hingewiesen, daß es keine Viermächte-Besprechungen zur Erörterung der Frage der Vereinigung Deutschlands geben kann, weil diese Frage außerhalb der Zuständigkeit der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs liegt.

Die Viermächte-Verhandlungen über die Einheit Deutschlands waren vollkommen rechtmäßig während der Besetzung, als diese Mächte Verwaltungs- und Kontrollfunktionen in Deutschland ausübten. Jetzt jedoch, da die Besetzung der Vergangenheit angehört und sich zwei unabhängige deutsche Staaten auf dem Territorium Deutschlands entwickelt haben, ist die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands ein inneres deutsches Problem geworden, das nur durch eine Annäherung und ein Uebereinkommen zwischen diesen Staaten gelöst werden kann.

Was das Problem der europäischen Sicherheit betrifft, so mißt die sowjetische Regierung seiner Lösung sehr große Bedeutung bei. Sie hat verschiedentlich Vorschläge für die Errichtung eines Systems von Maßnahmen zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit unterbreitet. Es genügt, an solche Vorschläge zu erinnern wie die zum Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Mitgliedstaaten des Nordatlantik- und des Warschauer Vertrages, auf Rückzug der ausländischen Truppen von europäischem Boden und auch an die Unterstützung des polnischen Vorschlages für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa durch die sowjetische Regierung. Die sowjetische Regierung ist überzeugt, daß das Problem der europäischen Sicherheit eine besondere Diskussion erfordert und nicht mit anderen Fragen einschließlich des Themas Berlin in einen Topf geworfen werden kann. Zufälligerweise sagt die amerikanische Regierung in ihrer

Note kein Wort über die Mittel und Wege zur Sicherung der europäischen Sicherheit, die für alle beteiligten Staaten annehmbar wären.

Unter diesen Umständen muß man den Eindruck gewinnen, daß die amerikanische Regierung offenkundig eine vereinbarte Entscheidung in der Berlin-Frage und über die europäische Sicherheit behindern will, indem sie die Lösung dieser Fragen voneinander abhängig macht.

Die sowjetische Regierung versucht, die Berlin-Frage durch Verhandlungen zwischen den betroffenen Staaten zu regeln. Sie ist überzeugt, daß ihr Vorschlag, West-Berlin in eine entmilitarisierte Freie Stadt zu verwandeln, eine gesunde Grundlage für ein Übereinkommen bietet, da er mit den allgemeinen Interessen übereinstimmt, den Frieden in Europa zu festigen. Gleichzeitig beeinträchtigt die Ausführung des sowjetischen Vorschlages weder das Prestige noch die Sicherheitsinteressen irgendeines Staates. Auch gewährt sie niemandem einen einseitigen Vorteil.

Es versteht sich von selbst, daß nach Ansicht der sowjetischen Regierung ihr Vorschlag für eine Freie Stadt West-Berlin in keiner Weise irgendwelche Zusätze oder Ergänzungen ausschließt.

Sie ist bereit, von anderen Mächten unterbreitete Vorschläge zu diesem Thema zu prüfen, vorausgesetzt, daß diese Vorschläge darauf abzielen, das Besatzungsregime in West-Berlin zu beenden und den Frieden in Europa zu festigen.

Die Weigerung der Westmächte, mit der Sowjetunion in Verhandlungen über eine Normalisierung der Situation in Berlin einzutreten, wird die Sowjetunion natürlich nicht dazu bewegen, auf halbem Wege zu dem Ziele stehenzubleiben, das das Leben selbst gesetzt hat und das eine stabile Lage und Ruhe im Zentrum Europas gewährleistet.

Niemand kann die Sowjetunion davon abhalten, auf ihre Funktionen im Hinblick auf Berlin und seine Verbindungen mit Westdeutschland zu verzichten und die sich daraus ergebenden Probleme durch ein Abkommen mit der Deutschen Demokratischen Republik zu regeln.

Zusammenfassend schlägt die Sowjetregierung außer ihrem Vorschlag zur Einberufung einer Friedenskonferenz vor, daß die betroffenen Staaten die Berlin-Frage gleichfalls erörtern sollen.

Wenn die Westmächte es für zweckdienlich erachten, mit der Sowjetunion über den Inhalt des Friedensvertrages vor der Einberufung der Friedenskonferenz einen Meinungsaustausch zu führen, würde die Sowjetunion dem zustimmen. In diesem Falle wird es erforderlich sein, eine angemessene Beteiligung der DDR und der Deutschen Bundesrepublik als den am Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unmittelbar interessierten Staaten sicherzustellen.

Die Sowjetregierung spricht die Hoffnung aus, daß die Regierung der Vereinigten Staaten mit der notwendigen Aufmerksamkeit die unterbreiteten Vorschläge und den Entwurf des Friedensvertrages mit Deutschland, der gleichzeitig vorgelegt wird, studieren und ihrerseits alle Anstrengungen unternehmen wird, um zu gewährleisten, daß die Friedenskonferenz ihre wichtige Aufgabe erfolgreich vollendet.

Gleichzeitig würde die Sowjetunion gerne die Ueberzeugung gewinnen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten anerkennt, daß die Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes in West-Berlin anomal ist, daraus die erforderlichen Schlußfolgerungen zieht und dazu beiträgt, die Berlin-Frage so zu regeln, wie es im Interesse der Festigung des Friedens in Europa und in der Welt liegt.

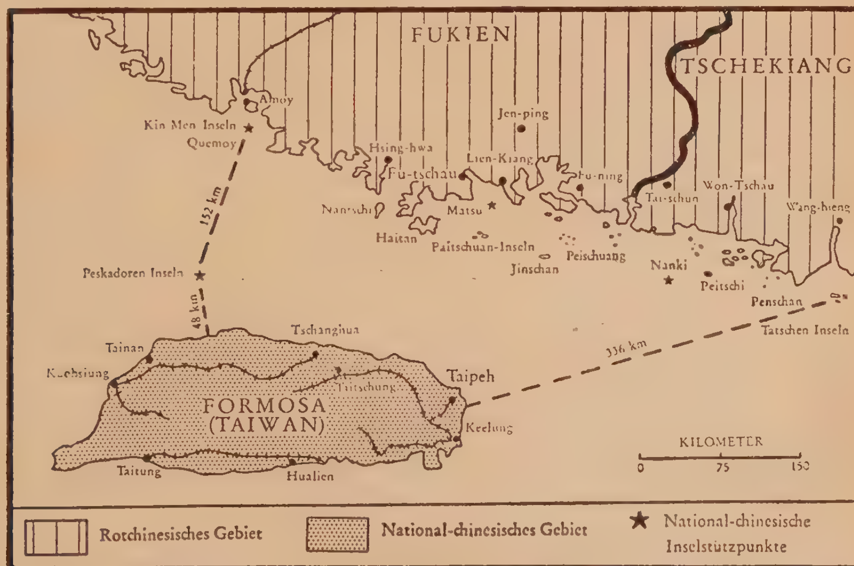
Quelle: Uebersetzung der dpa nach TASS/Englisch.

Dokumente zur Fernost-Krise vom Herbst 1958

Inhalt

An Stelle einer Vorbemerkung zu den im folgenden wiedergegebenen Texten verweisen wir auf den Bericht „Der Verlauf der Fernost-Krise vom Herbst 1958“ auf S. 81—86 dieser Folge, der die Erläuterungen zu diesen Dokumenten enthält.

Es folgt eine Uebersicht über die auf S. D 42—D 66 wiedergegebenen Dokumente.



Erklärung des amerikanischen Außenministers, John Foster Dulles, in Newport am 4. September 1958

Ich habe mit dem Präsidenten im einzelnen die ernste Situation erörtert, die sich aus den aggressiven militärischen Aktionen der chinesischen Kommunisten im Gebiet der Straße von Formosa ergeben hat. Der Präsident hat mich ermächtigt, folgende Erklärung abzugeben:

1. Weder Formosa noch die Inseln Quemoy und Matsu haben jemals unter der Autorität der chinesischen Kommunisten gestanden. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, in einer Zeitspanne von mehr als dreizehn Jahren, sind sie ständig unter der Autorität des freien China, das heißt der Republik China (Nationalchina), gewesen.

2. Die Vereinigten Staaten sind durch einen Vertrag verpflichtet, Formosa gegen einen bewaffneten Angriff zu verteidigen, und der Präsident ist durch eine gemeinsame Resolution des Kongresses ermächtigt, amerikanische Streitkräfte zur Sicherung und zum Schutz damit in Verbindung stehender Positionen wie Quemoy und Matsu einzusetzen.

3. Jeder Versuch von seiten der chinesischen Kommunisten, jetzt diese Positionen oder eine von ihnen zu besetzen, würde eine offenkundige Verletzung der Grundsätze darstellen, auf die sich die Ordnung in der Welt gründet, nämlich daß kein Land Waffengewalt anwenden sollte, um ein neues Gebiet in Besitz zu nehmen.

4. Die chinesischen Kommunisten haben etwa zwei Wochen lang Quemoy einer schweren Artilleriebeschießung ausgesetzt und durch Geschützfeuer und den Einsatz kleiner Kriegsschiffe die reguläre Versorgung der Zivilisten und Soldaten auf den Quemoy-Inseln, insgesamt etwa 125 000 Menschen, beeinträchtigt. Die amtliche Rundfunkstation in Peking hat wiederholt erklärt, daß diese militärischen Maßnahmen auf die Einnahme Formosas wie auch von Quemoy und Matsu durch Waffengewalt zielen. In praktisch jeder Rundfunksendung aus Peking werden Formosa und die Küsteninseln zusammen als das Ziel der sogenannten „chinesischen Volksbefreiungsarmee“ bezeichnet.

5. Trotz allem, was die chinesischen Kommunisten sagen und bisher getan haben, ist es jedoch nicht sicher, daß sie tatsächlich beabsichtigen, einen umfassenden Versuch zur Eroberung Formosas und der Küsteninseln durch Waffengewalt zu unternehmen. Es ist auch noch nicht klar, ob derartige Versuche, wie sie jetzt unternommen werden oder unternommen werden können, nicht durch die tapferen und ausschließlich der Verteidigung dienenden Anstrengungen der nationalchinesischen Streitkräfte zurückgeschlagen werden, mit Hilfe des wesentlichen militärischen Nachschubs, den die Vereinigten Staaten zur Verfügung stellen.

6. Die oben erwähnte gemeinsame Resolution des Kongresses enthält die Feststellung, daß „der Besitz der westpazifischen Inselkette, zu der Formosa gehört, durch befreundete Regierungen von lebenswichtiger Bedeutung für die Vereinigten Staaten und für alle befreundeten Nationen am Pazifik ist“. Diese Resolution ermächtigt den Präsidenten ferner, amerikanische Streitkräfte nicht nur zum Schutz Formosas, sondern auch „für die Sicherung und zum Schutz solcher damit in Verbindung stehender Positionen und Gebiete, die sich in befreundeten Händen befinden, einzusetzen und solche anderen Maßnahmen zu ergreifen, als er für die Verteidigung Formosas für notwendig oder angemessen erachtet“. In Anbetracht der im vorherigen Absatz erwähnten Situation ist der Präsident bisher nicht zu dem Schluß gekommen — wie es diese Kongreßresolution voraussetzt —, daß der Einsatz amerikanischer Streitkräfte zur Verteidigung Formosas notwendig oder angemessen ist. Der Präsident würde jedoch nicht zögern, zu einem solchen Schluß zu kommen, wenn er glaubt, daß die Umstände dies notwendig machen, um die Absichten der Kongreßresolution zu verwirklichen. In diesem Zusammenhang haben wir erkannt, daß die Sicherung und der Schutz von Quemoy und Matsu in

zunehmendem Maße mit der Verteidigung Formosas zusammenhängen. Dies haben auch die chinesischen Kommunisten anerkannt. Die Vereinigten Staaten haben militärische Vorbereitungen getroffen, damit einer Entscheidung des Präsidenten, falls sie getroffen wird, eine rechtzeitige und wirkungsvolle Aktion folgen würde.

7. Der Präsident und ich hoffen aufrichtig, daß das kommunistische Regime in China nicht wieder, wie im Falle Koreas, die grundlegenden Prinzipien, auf denen die Ordnung der Welt beruht — daß nämlich keine bewaffneten Streitkräfte zur Verwirklichung territorialer Ziele verwandt werden sollen —, mißachten wird. Jede derartige Anwendung nackter Gewalt würde eine Frage aufwerfen, die weit über das Problem der Küsteninseln und selbst der Sicherheit Formosas hinausgehen würde. Dies würde eine weitgehende Anwendung von Gewalt im Fernen Osten voraussetzen, durch die lebenswichtige Positionen der freien Welt und die Sicherheit der Vereinigten Staaten gefährdet würden. Ein Nachgeben an diesem Punkt würde den Frieden überall bedrohen. Wir glauben, daß die zivilisierte Weltgemeinschaft niemals eine offenkundige militärische Eroberung als ein legitimes Instrument der Politik gutheißen wird.

8. Die Vereinigten Staaten haben jedoch nicht die Hoffnung aufgegeben, daß Peking aufhören wird, den Wunsch der Menschheit nach Frieden zu mißachten. Dies würde nicht einen Verzicht der Kommunisten auf ihre Ansprüche voraussetzen, so schlecht begründet wir sie auch einschätzen. Ich erinnere daran, daß sich bei den ausgedehnten Verhandlungen, die Vertreter der Vereinigten Staaten und des kommunistischen Regimes in China von 1955 bis 1958 in Genf führten, die Vereinigten Staaten unter besonderem Hinweis auf das Gebiet von Formosa nachdrücklich um eine Erklärung bemüht haben, in der beide Seiten die Anwendung von Gewalt, ausgenommen im Falle einer Selbstverteidigung, ausschließen sollten. Eine solche Erklärung würde jedoch nicht die Fortsetzung einer Politik mit friedlichen Mitteln beeinträchtigen. Die chinesischen Kommunisten haben diese Deklaration abgelehnt. Wir glauben jedoch, daß ein solches Vorgehen das einzige zivilisierte und annehmbare Verfahren darstellt. Die Vereinigten Staaten haben die Absicht, weiter diesem Kurs zu folgen, es sei denn, daß die chinesischen Kommunisten durch ihre Handlungen den Vereinigten Staaten keine andere Wahl lassen, als die Prinzipien zu verteidigen, an die sich alle friedliebenden Regierungen gebunden fühlen.

Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 206 vom 6. September 1958 (dpa-Übersetzung).

Deklaration der Regierung der Volksrepublik China vom 4. September 1958 über die territorialen Gewässer Chinas

Die Regierung der Volksrepublik China erklärt:

1. Die Breite der territorialen Gewässer der Volksrepublik China wird auf 12 Seemeilen festgesetzt. Diese Bestimmung betrifft alle Gebiete der Volksrepublik China einschließlich des chinesischen Festlandes und seiner Küsteninseln und ebenso Taiwan und dessen Nachbarinseln, die Inseln Penhuliehtad, Dunscha, Sischa, Tschshunscha, Nanscha und alle übrigen Inseln, die zu China gehören und vom Festland und dessen Küsteninseln durch das offene Meer getrennt sind.

2. Die Grundlinie der territorialen Gewässer Chinas entlang der Festlandsküste und um ihre Küsteninseln herum ist die Linie, die aus einzelnen geraden Linien besteht, die die Grundpunkte auf der Festlandsküste mit den Grundpunkten auf den Küsteninseln am äußersten Rand verbinden, und der Wasserstreifen, der sich über 12 Seemeilen von dieser Grundlinie aus erstreckt, bildet die territorialen Gewässer Chinas. Die Gewässer, die sich innerhalb der Grundlinie befinden, einschließlich der Bucht von Bochai und der Meerenge von Tschiuntschshou, sind chinesische Binnengewässer. Die Inseln, die sich

innerhalb der Grundlinie befinden, einschließlich der Inseln Dun In, Kaoten, Matsu, Baitsiuan Ytsiuiui, der Großen und Kleinen Quemoy-Inseln, der Inseln Dadan, Erdan und Dundindao, sind Inseln chinesischer Binnengewässer.

3. Keinerlei ausländische für militärische Zwecke bestimmte Schiffe und keinerlei ausländische Flugzeuge dürfen ohne Genehmigung der Regierung der Volksrepublik China in die chinesischen territorialen Gewässer oder in den Luftraum darüber eindringen. Jedes ausländische Schiff, das die chinesischen territorialen Gewässer befährt, muß die entsprechenden Gesetze und Vorschriften beachten, die von der Regierung der Volksrepublik China erlassen wurden.

4. Die in den Paragraphen 2 und 3 vorgesehenen Grundsätze betreffen auch Taiwan und dessen Nachbarinseln: Penhuliehtad, Dunscha, Sischa, Tschshunscha, Nanscha und auch alle übrigen zu China gehörenden Inseln.

Die Gebiete Taiwans und der Inseln Penhuliehtad werden noch immer von Streitkräften der Vereinigten Staaten okkupiert. Dies ist ein ungesetzlicher Anschlag auf die territoriale Integrität und die Souveränität der Volksrepublik China. Taiwan, die Inseln Penhuliehtad und andere ähnliche Gebiete müssen noch zurückgewonnen werden, und die Regierung der Volksrepublik China hat ein Recht darauf, diese Gebiete mit allen geeigneten Mitteln und zu einem geeigneten Zeitpunkt zurückzugewinnen. Dies ist eine innere Angelegenheit Chinas, in die eine fremde Einmischung unzulässig ist.

Quelle: *Dokumentation der Zeit,* Heft 177 vom 5. November 1958, S. 25.

Erklärung des Außenministers der Volksrepublik China, Tschu En-lai, vom 6. September 1958

Am 4. September 1958 gab der Staatssekretär der USA, Dulles, vom Präsidenten der USA, Eisenhower, bevollmächtigt, eine Erklärung ab, in der er offen mit der Ausdehnung der Aggression gegen die Chinesische Volksrepublik im Raum der Taiwan-Straße sowie mit militärischen Provokationen drohte und auf diese Weise die in diesem Gebiet von den USA geschaffene gespannte Lage noch mehr verschärfte und den Frieden im Fernen Osten und in der ganzen Welt in ernste Gefahr brachte. Im Zusammenhang damit bin ich von der Regierung der Chinesischen Volksrepublik bevollmächtigt, folgendes zu erklären:

1. Taiwan und die Penhuliehtad-Inseln sind seit langem chinesisches Territorium. Diese Inseln, die einstmals von Japan in Besitz genommen wurden, erhielt China nach dem Zweiten Weltkrieg zurück. Die Verwirklichung seines souveränen Rechts auf Befreiung dieser Gebiete durch das chinesische Volk ist absolut eine innere Angelegenheit Chinas. Dies ist das heilige und unantastbare Recht des chinesischen Volkes. Die Regierung der USA hat seinerzeit öffentlich erklärt, daß sie in einen Bürgerkrieg Chinas im Raum von Taiwan nicht hineingezogen werden würde. Wenn die Regierung der USA entgegen ihrer Erklärung hinterher nicht zur bewaffneten Intervention geschritten wäre, so würden Taiwan und die Penhuliehtad-Inseln schon längst befreit sein und unter der Herrschaft der Volksrepublik China stehen.

Dies ist eine unwiderlegbare Tatsache, die von der gerechten Weltmeinung einmütig anerkannt wird.

2. Die Unterstützung der vom ganzen chinesischen Volk schon längst gestürzten Tschiang-Kai-schek-Clique auf Taiwan und den Penhuliehtad-Inseln seitens der USA und die direkte bewaffnete Okkupation Taiwans und der Penhuliehtad-Inseln durch die Vereinigten Staaten sind unrechtmäßige Akte, die auf die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas und auf einen Anschlag auf die territoriale Integrität Chinas

abzielen und in direktem Widerspruch zur UN-Charta und zu allen Normen des internationalen Rechts stehen.

Jeder beliebige sogenannte Vertrag, der zwischen den USA und der Tschiang-Kai-schek-Clique abgeschlossen wurde, und jede beliebige Resolution, die in dieser Frage vom amerikanischen Kongreß angenommen wurde, sind vor dem chinesischen Volk völlig rechtsungültig; sie können keinesfalls die aggressiven Handlungen der USA rechtfertigen und um so weniger als Vorwand zur Ausdehnung der Aggression im Raum der Taiwan-Straße durch die Vereinigten Staaten dienen.

3. Die Tschiang-Kai-schek-Clique, die mit Unterstützung der USA lange Zeit die Insel Quemoy in der Nähe der Stadt Siamyn und die Insel Matsudao in der Nähe der Stadt Futschshou sowie andere Küsteninseln als Vorposten benutzt hat, befaßt sich mit verschiedenen Provokationen und Wühlarbeit gegenüber dem chinesischen Festland. In letzter Zeit, nach der bewaffneten Intervention der USA gegen die arabischen Länder, begann die Tschiang-Kai-schek-Clique, die Provokationen und Wühlarbeit gegen das chinesische Festland immer uneingeschränkter durchzuführen. Die chinesische Regierung hat das volle Recht, den Tschiang-Kai-schek-Truppen, die sich auf den Küsteninseln verschanzt haben, entscheidende Schläge zu versetzen und notwendige militärische Aktionen gegen sie zu unternehmen. Jegliche Einmischung von außen ist ein verbrecherischer Anschlag auf die Souveränität Chinas. Die USA jedoch sind bestrebt, die Aufmerksamkeit der Völker der ganzen Welt von ihrer fortdauernden Aggression im Mittleren Osten und von der Verzögerung ihres Truppenabzugs aus dem Libanon abzulenken, und nutzen diesen Umstand zur Konzentration großer Truppenkontingente im Raum der Straße von Taiwan, wobei sie offen mit der Ausdehnung ihrer Aggression der Taiwan-Straße bis zu den Inseln Tsinmyndao, Matsudao und anderen Küsteninseln drohen. Dies ist eine ernsthafte militärische Provokation gegen das 600 Millionen zählende chinesische Volk und eine ernsthafte Bedrohung des Friedens im Fernen Osten und in der ganzen Welt.

4. Die Entschlossenheit des chinesischen Volkes, sein Territorium Taiwan und die Inseln Penhuliehtad zu befreien, ist unerschütterlich. Um so weniger kann das chinesische Volk die direkte Bedrohung dulden, die von Quemoy, Matsudao und anderen in den Binnengewässern des chinesischen Festlandes gelegenen Küsteninseln ausgeht. Keinerlei militärische Provokation der USA wird das chinesische Volk einschüchtern, im Gegenteil, sie wird das 600-Millionen-Volk nur noch mehr empören und es in seinem Entschluß bestärken, den Kampf gegen die amerikanischen Aggressoren noch hartnäckiger zu Ende zu führen. Die Vereinigten Staaten, die ihre Aggressionstruppen aus dem Libanon noch nicht abgezogen haben, schaffen jetzt im Raum der Taiwan-Straße eine neue Kriegsgefahr. Die Folge davon ist, daß alle friedliebenden Länder und die Völker der ganzen Welt das wahre Gesicht der amerikanischen Aggressoren, die den Frieden vorsätzlich zu untergraben bestrebt sind, noch klarer erkannt haben, und es ist ihnen klargeworden, daß der amerikanische Imperialismus der schlimmste Feind aller nationalen Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika, Lateinamerika und der Friedensbewegung in der ganzen Welt ist.

5. Ausgehend von ihrer friedlichen Außenpolitik, tritt die chinesische Regierung unentwegt für die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen auf der Grundlage der fünf Prinzipien und ebenso für die Beilegung aller internationalen Streitigkeiten auf friedlichem Verhandlungswege ein. Ungeachtet dessen, daß die USA mit Hilfe bewaffneter Kräfte die chinesischen Inseln Taiwan und Penhuliehtad okkupierten und die elementarsten Normen internationaler Beziehungen grob verletzten, schlug die chinesische Regierung im Bestreben, die Spannung im Raum von Taiwan zu mildern und zu beseitigen, dennoch vor, sich zu Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung an einen Tisch zu setzen. Im Verlaufe der im August 1955

begonnenen Verhandlungen zwischen der Chinesischen Volksrepublik und den USA auf Botschafterebene war von chinesischer Seite mehrmals der Vorschlag gemacht worden, daß beide Seiten auf der Grundlage des Prinzips der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität sowie der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten sich bereit erklären sollten, die Streitigkeiten zwischen der Chinesischen Volksrepublik und den USA im Raum von Taiwan auf friedlichem Verhandlungswege beizulegen und nicht zu drohen oder Gewalt anzuwenden. Im Gegensatz zu den Versicherungen, die in Dulles' Erklärung vom 4. September enthalten sind, weigerten sich gerade die USA, eine solche Erklärung abzugeben, und brachen sogar danach die Verhandlungen einseitig ab. Als die chinesische Regierung dann im Juli d. J. forderte, die Verhandlungen zu einem angegebenen Zeitpunkt wiederaufzunehmen, benannte die amerikanische Regierung, wenn sie die Forderung auch nicht rechtzeitig beantwortete, dennoch letzten Endes ihren Vertreter im Range eines Botschafters zu diesen Verhandlungen. Nun hat sich die Regierung der USA bereit erklärt, die Streitigkeiten zwischen der Chinesischen Volksrepublik und den USA im Raum des chinesischen Territoriums Taiwan auf friedlichem Verhandlungswege beizulegen. Die chinesische Regierung, die erneut um die Erhaltung des Friedens bemüht ist, erklärte sich bereit, die Verhandlungen zwischen beiden Staaten auf Botschafterebene wiederaufzunehmen. Jedoch verringert dies in keiner Weise die Kriegsgefahr, die von den USA im Raume des chinesischen Territoriums Taiwan heraufbeschworen wurde. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Handlungen der amerikanischen Regierung oftmals von ihren Worten abweichen, daß sie — die Regierung — oftmals den Schleier friedlicher Verhandlungen benutzt, um ihre Aktionen, die auf eine beständige Ausdehnung der Aggression gerichtet sind, zu tarnen, dürfen das ganze chinesische Volk und die friedliebenden Völker der ganzen Welt in ihrem Kampf gegen die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Chinas und in der ganzen Welt nicht im geringsten Maße nachlassen.

6. Die internationalen Streitigkeiten zwischen China und den USA im Raum der Taiwan-Straße und die innere Angelegenheit des chinesischen Volkes — die Befreiung seines Territoriums — sind ihrem Charakter nach zwei grundverschiedene Fragen. Die USA versuchen stets, diese beiden Fragen zu vermengen, um ihre Aggression und Einmischung gegenüber China zu tarnen. Dies ist absolut unzulässig. Das chinesische Volk hat das volle Recht, alle entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen, zum angemessenen Zeitpunkt sein Territorium zu befreien und keinerlei Einmischung seitens fremder Staaten zu dulden. Wenn die amerikanische Regierung alles außer acht läßt und die wiederholten Warnungen des chinesischen Volkes und die Friedenswünsche der Völker der Welt ignoriert, ihre Aggression und Einmischung China gegenüber fortsetzt und dem chinesischen Volk einen Krieg aufzwingen wird, so fällt die ganze Verantwortung für alle daraus entstehenden ernsthaften Folgen auf die amerikanische Regierung.

Quelle: *Dokumentation der Zeit,* Heft 177 vom 5. November 1958, S. 25—26.

Erklärung des Weißen Hauses vom 6. September 1958

Der Präsident erörterte die Lage in der Formosa-Straße mit dem Außenminister, dem Finanzminister, dem Verteidigungsminister und dem Chef des gemeinsamen Stabes, die dem Nationalen Sicherheitsrat angehören. Weiter waren anwesend der Direktor des amerikanischen Informationsamtes (USIA), der Direktor des Amtes für die Zivil- und Verteidigungsmobilisierung und der amtierende Direktor des zentralen Abwehramtes. Der Vizepräsident war auf Grund länger dauernder Verpflichtungen außerhalb Washingtons nicht in der Lage, an der Besprechung teilzunehmen.

Es wurden Maßnahmen erörtert, die im Einklang mit der am 4. September von dem Außenminister im Auftrage des Präsidenten dargelegten Politik stehen würden. Besondere Beachtung wurde den Berichten über die Rundfunkerklärung Tschu En-lais beigemessen, in der angedeutet wird, daß die chinesischen Kommunisten bereit wären, die Botschafterbesprechungen mit den Vereinigten Staaten wiederaufzunehmen, „um einen weiteren Beitrag zur Sicherung des Friedens zu leisten". Diese Besprechungen, die mehrere Jahre lang in Europa geführt wurden, sind kürzlich von den chinesischen Kommunisten abgebrochen worden.

Bisher haben die Vereinigten Staaten in dieser Angelegenheit noch keine offizielle Mitteilung erhalten. Wir hoffen jedoch, daß die berichtete Erklärung Tschu En-lais auf die dringende Aufforderung hin erfolgte, die in unserer politischen Erklärung vom 4. September enthalten war, daß „zur Befriedigung territorialer Ansprüche keine bewaffnete Gewalt angewendet werden darf", wobei der Verzicht auf Gewalt nicht unbedingt den Verzicht auf Ansprüche oder die Verfolgung einer Politik mit friedlichen Mitteln zu bedeuten braucht. Dies ist der Kurs, den die Vereinigten Staaten in Uebereinstimmung mit unseren Lebensinteressen, unseren vertraglichen Verpflichtungen und den Grundsätzen, auf denen die Weltordnung beruht, unbedingt verfolgen.

Die Vereinigten Staaten haben sich bemüht, diese Politik bei ihren früheren Besprechungen auf Botschafterebene mit den chinesischen Kommunisten zu verwirklichen. Am 28. Juli 1958 und später erneut haben wir eine Wiederaufnahme dieser Besprechungen angestrebt.

Wenn die chinesischen Kommunisten jetzt bereit sind, diesem Ersuchen nachzukommen, dann begrüßen die Vereinigten Staaten diese Entscheidung. Der Botschafter der Vereinigten Staaten in Warschau steht bereit, sofort mit dem dortigen Botschafter der chinesischen Kommunisten, der früher in dieser Angelegenheit verhandlungsführend war, zusammenzutreten.

Selbstverständlich werden die Vereinigten Staaten bei den wiederaufgenommenen Besprechungen an ihrem Verhandlungsstandpunkt festhalten, den sie im Jahre 1955 einnahmen, daß wir nämlich bei diesen Besprechungen an keinem Abkommen teilhaben werden, das die Rechte unseres Verbündeten, der Republik China, präjudizieren würde.

Quelle: *The Department of State Bulletin*, Vol. XXXIX, No. 1004 vom 22. September 1958, S. 446—447. Deutscher Text: *Amerika-Dienst* (United States Information Service, Frankfurt), 23. September 1958.

Schreiben von Ministerpräsident Chruschtschow an Präsident Eisenhower vom 7. September 1958 zur Lage im Raum von Formosa

Herr Präsident,

Ich wende mich an Sie in einer Frage von großer Wichtigkeit, die, wie wir überzeugt sind, jetzt den Geist aller beschäftigt, denen die Sache des Friedens teuer ist.

Infolge der Politik, die die USA hinsichtlich Chinas durchführen, und im besonderen infolge der Akte, die zur Zeit von der amerikanischen Regierung im Raum der chinesischen Insel Taiwan und der Taiwan-Straße unternommen werden, ist im Fernen Osten eine gefährliche Lage entstanden. Die Menschheit befindet sich aufs neue in unmittelbarer Gefahr des Ausbruchs eines Kriegsbrandes.

In diesem schwerwiegenden Moment hat die Regierung der Sowjetunion beschlossen, an die Regierung der USA den Appell zu richten, Einsicht an den Tag zu legen und keine Schritte zuzulassen, die irreparable Folgen haben könnten.

Sie wissen gut, Herr Präsident, daß die Sowjetunion fest auf dem Standpunkt der friedlichen Koexistenz aller Staaten steht, ganz gleich welchen gesellschaftlichen oder

staatlichen Systems, und dafür eintritt, auf dem ganzen Erdball die Bedingungen für ein ruhiges Leben der Völker zu gewährleisten und den Ausbruch militärischer Konflikte nicht zuzulassen.

Ich denke, niemand wird bestreiten, daß die Prinzipien der friedlichen Koexistenz bereits weitgehend internationale Anerkennung gefunden haben, und man kann sagen, daß sie für die überwältigende Mehrheit der Staaten Grundlage ihrer Beziehungen mit den anderen Ländern sind.

Indessen erhält sich in der Nachkriegszeit infolge der Politik der USA im Fernen Osten eine höchst anomale Lage, deren Ursache die aggressive Politik der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, die Politik des Krieges ist. Die Hauptursache der bestehenden gespannten, und man muß rundweg sagen, überaus gefährlichen Lage liegt darin, daß die USA mit Waffengewalt von altersher chinesisches Territorium — die Insel Taiwan mit den Penhuliehtad-Inseln — besetzt haben und diese Territorien weiter okkupieren. Dabei motivieren sie diese Okkupation mit Hinweisen auf ihre Unterstützung des Verräters am chinesischen Volk Tschiang Kai-schek und suchen ihre Aggression auf die chinesischen Küsteninseln auszudehnen.

Wie die Sowjetregierung in der Organisation der Vereinten Nationen sowie beim Schriftwechsel mit der Regierung der USA und den Regierungen anderer Mächte schon wiederholt erklärt hat, ist es auch völlig unzulässig, daß ein großer Staat — die Volksrepublik China — infolge des Standpunkts der USA-Regierung der Möglichkeit beraubt ist, an der Tätigkeit der Organisation der Vereinten Nationen teilzunehmen, ja, in dieser Organisation nicht vertreten ist, obgleich sie ein legitimes Recht dazu hat.

Sie wissen ebensogut wie ich, daß der chinesische Staat einer der Begründer der Organisation der Vereinten Nationen ist und daß allein schon kraft dieses Umstandes die bestehende Lage absolut anomal und gegenüber dem chinesischen Volk zutiefst ungerecht ist.

Die Lage, die jetzt infolge der Akte der USA im Raume der Insel Taiwan und der Taiwan-Straße entstanden ist, beunruhigt die Sowjetregierung und das Sowjetvolk ernstlich. Und es ist wohl keine Uebertreibung zu sagen, daß sie die ganze Welt, daß sie jedes Land beunruhigt, ganz gleich, in welcher Entfernung vom Taiwanraum es sich befindet. Sieht man der Wahrheit ins Gesicht, so muß man zugeben, daß die Vereinigten Staaten von Amerika darauf aus sind, sich auch in diesem Raum die Funktionen eines Weltgendarms anzueignen. Wir sind der Auffassung, daß es für jeden zivilisierten Staat, ganz gleich, wie stark und einflußreich er ist, eine unwürdige und recht riskante Sache ist, diese Rolle zu übernehmen.

Die Regierung der USA führt militärische Demonstrationen durch, um die Befreiung Taiwans zu vereiteln und diese chinesische Insel als ihren Militärstützpunkt, mit der Spitze vor allem gegen die Volksrepublik China gerichtet, zu behalten. Sie versucht, die legitimen Handlungen der Volksrepublik China zu verhindern, die auf die Befreiung der chinesischen Küsteninseln abzielen, auf welchen sich die Tschiang-Kai-schek-Leute eingenistet haben. Im Raume der Taiwan-Straße befindet sich einer der größten Verbände der amerikanischen Kriegsflotte — die VII. Flotte der USA.

Es werden eilige Maßnahmen zur Verstärkung dieser Flotte getroffen und aus den USA, aus dem Mittelmeer und anderen Räumen Kriegsschiffe und Militärflugzeuge in den Fernen Osten entsandt. Weit mehr: es wurde bekanntgegeben, daß in den nächsten Tagen im Taiwanraum „gemeinsame Manöver" der Seestreitkräfte und der Marine-Infanterie der USA und des Tschiang-Kai-schek-Klüngels durchgeführt würden; unter diesem Vorwand werden nach Taiwan neue amerikanische Truppenkontingente beordert. Es fragt sich, kann man diese Akte in der gegenwärtigen Lage anders denn als offene

Provokation bewerten? Uns scheint, daß selbst bei nachsichtiger Betrachtung eine andere Bewertung dieser Akte unmöglich ist.

Man muß sagen, daß überhaupt die Praxis der eiligen Entsendung von Kriegsschiffen der USA aus einem Erdteil in den anderen in letzter Zeit zu einer nicht seltenen Erscheinung geworden ist. Aus der Richtung der Bewegung der USA-Kriegsflotte kann man jetzt wahrlich fast fehlerfrei schlußfolgern, wohin die Spitze der nächsten Erpressung und der nächsten Provokationen gerichtet werden wird.

Vor gar nicht langer Zeit war die Welt Zeuge derartiger amerikanischer Kriegsflottendemonstrationen im Mittelmeer, als die militärische Intervention der USA im Libanon durchgeführt wurde und als die VI. Flotte der USA die Hauptstadt des Libanons, ja, dieses ganze Land unter den Mündungen ihrer Geschütze hielt.

Wenn man heute mit dem Säbel zu rasseln und China zu drohen sucht, so sollte man, so meinen wir, nicht außer acht lassen, daß China nicht der kleine Libanon ist, der kürzlich Opfer einer ausländischen Intervention geworden ist, die auf der soeben beendeten außerordentlichen Tagung der Vollversammlung der UN allgemeine Verurteilung gefunden hat. Das große, 600 Millionen Menschen zählende chinesische Volk ist mächtig, unbezwingbar — nicht nur wegen seiner unerschöpflichen Ressourcen, sondern auch wegen seines Zusammenschlusses um die Regierung — und schreitet zuversichtlich und fest den Weg der weiteren Entwicklung und Stärkung seines Landes, der Hebung seines Wohlstandes, worüber wir Sowjetmenschen uns aufrichtig freuen und worüber alle die, die dem chinesischen Volk Gutes wünschen, sich nur freuen können.

Ich möchte aber nicht nur diese Seite der Sache unterstreichen, sondern auch betonen, daß China nicht allein steht, daß es treue Freunde hat, die bereit sind, China in jedem Moment einer gegen dieses Land gerichteten Aggression zu Hilfe zu kommen. Denn die Interessen der Sicherheit Volkschinas sind von den Interessen der Sicherheit der Sowjetunion untrennbar.

Angesichts der Praxis der Entsendung von Kriegsflotten und Luftverbänden von einem Ende des Erdballs in das andere, beispielsweise in die Räume des Nahen und Mittleren Ostens, Lateinamerikas u. a., um bald die einen, bald die anderen Staaten unter Druck zu setzen und ihnen einen fremden Willen zu diktieren zu versuchen, entsteht überhaupt die Frage: Ist es nicht an der Zeit, mit dergleichen Akten Schluß zu machen, die selbstverständlich in keiner Weise als normale Methoden in den internationalen Beziehungen angesehen werden können?

Es kommt die berechtigte Frage auf: Soll dies nicht in der Organisation der Vereinten Nationen erörtert und ein Beschluß gefaßt werden, der den Mächten verbietet, sich mit derartigen Operationen ihrer See- und Luftstreitkräfte zum Zwecke der Erpressung und Einschüchterung zu befassen, und der dahin geht, daß diese Kräfte in den Grenzen ihres Landes gehalten werden?

Bei dieser Gelegenheit möchte ich in Anbetracht der Anwendung solcher Methoden in der Außenpolitik der USA noch eine Bemerkung machen.

Scheint es Ihnen nicht, Herr Präsident, daß eine derartige Beorderung von Kriegsschiffen bald in dieser, bald in jener Richtung jetzt in beträchtlichem Maße jedes Sinnes entbehrt — zumindest in Hinsicht auf die Staaten, die über die modernen Waffenarten verfügen? Ich weiß nicht, was Ihnen Ihre militärischen Berater sagen; doch kann diesen, so meinen wir, nicht unbekannt sein, daß die Blüteepoche der Macht der Kriegsflotten über Wasser vorbei ist, daß sie der Vergangenheit angehört. Im Zeitalter der Kern- und Raketenwaffen von bis jetzt nie dagewesener Wucht und Aktionsgeschwindigkeit taugen diese einstmals so furchtgebietenden Kriegsschiffe im Grunde genommen nur noch zum Abstatten von Höflichkeitsbesuchen, zum Abgeben von Saluten. Schließlich könnten sie

auch noch als Zielscheibe für entsprechende Typen von Raketen dienen. Dies wird empfindsame Menschen, die mit der Kriegsflotte eng verknüpft sind, vielleicht schmerzlich berühren; doch was ist da zu machen, über unbestreitbare Tatsachen kann man sich nicht hinwegsetzen.

So gut wie jeden Tag stoßen leitende Politiker und Militärs der USA Drohungen gegen Volkschina aus.

Diesen, und nur diesen Sinn haben die wiederholten Erklärungen des Staatssekretärs der USA, Herrn Dulles, über die Akte der Vereinigten Staaten von Amerika im Raume der Taiwan-Straße, und im besonderen die Erklärung, die er in Ihrem und in seinem eigenen Namen am 4. September abgegeben hat. Diese Erklärung kann nur entschiedenste Verurteilung finden. Sie stellt einen offenen Versuch grobschlächtiger und ungenierter Verletzung der souveränen Rechte anderer Staaten dar. Die Regierung der USA, die dazu in keiner Weise berechtigt ist, gestattet sich, irgendwelche Bereiche ihrer Interessen und Operationssphären ihrer Streitkräfte auf dem Territorium Chinas selbstherrlich festzulegen. Solche Handlungen können unmöglich anders qualifiziert werden denn als aggressive Akte, die zweifellos bei allen Völkern Verurteilung finden werden.

Nicht anders kann auch die Erklärung der Regierung der USA vom 6. September bewertet werden.

Besondere Aufmerksamkeit zieht die aufstachelnde Erklärung des Verteidigungsministers der USA, McElroy, auf sich, die unverblümte Drohungen gegen die Volksrepublik China enthält und darauf abgestellt ist, die aggressiven Akte der amerikanischen Streitkräfte im Fernen Osten zu rechtfertigen und den Tschiang-Kai-schek-Klüngel in Schutz zu nehmen. Und der Befehlshaber der USA-Streitkräfte auf Taiwan, Vizeadmiral Smooth, ist schon ganz und gar außer Rand und Band geraten und erklärt, daß die USA beabsichtigen, gemeinsam mit den Tschiang-Kai-schek-Leuten „dem kommunistischen China eine Niederlage beizubringen".

Die leitenden Militärs der USA suchen mit stillschweigendem Einverständnis der amerikanischen Regierung sogar zur Atomerpressung gegenüber China zu greifen, wobei sie offenbar noch unter dem Eindruck der Stimmungen mechanisch weiter agieren, die in Washington in dem kurzen Zeitabschnitt herrschten, in dessen Verlauf die USA das Monopol auf Atomwaffen besaßen. Bekanntlich war auch in jener Zeit die Politik der Atomerpressung ohne jeden Erfolg und konnte auch keinen Erfolg haben. Besteht denn eine Notwendigkeit, davon zu sprechen, daß unter den jetzigen Gegebenheiten, wo die USA schon längst nicht mehr über das Monopol im Bereich der Atomwaffen verfügen, Versuche zur Einschüchterung anderer Staaten mit der Atomwaffe eine völlig aussichtslose Sache sind?

Ich spreche davon, weil, wie mir scheint, es in den USA noch Leute gibt, die von der Politik der Drohungen und der Atomerpressung nicht Abschied nehmen wollen, obgleich, wie es sein sollte, jeder Tag nicht wenig Beweise dafür erbringt, daß eine derartige Politik auch weiterhin zum Fiasko verdammt ist.

Man kann mit voller Ueberzeugung sagen, daß Drohungen und Erpressungen das chinesische Volk nicht einzuschüchtern vermögen. Dies ergibt sich deutlich auch aus der Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der Volksrepublik China, Tschu En-lai, vom 6. September. Das chinesische Volk will Frieden und steht für den Frieden ein, aber es fürchtet einen Krieg nicht. Wird China, dessen Volk von Entschlossenheit erfüllt ist, seine gerechte Sache zu verfechten, ein Krieg aufgezwungen, so besteht bei uns nicht der geringste Zweifel, daß das chinesische Volk dem Aggressor die gebührende Abfuhr erteilen wird.

Die aggressiven Vorbereitungen der USA im Fernen Osten beschränken sich, nach allem zu urteilen, nicht nur auf den Raum der Taiwan-Straße. Es liegen Angaben vor,

daß der von den USA begünstigte und ermunterte Li Syng-man aufs neue militärische Kriegsprovokationen vorbereitet und erklärt, er beabsichtige „in einen Feldzug gegen Norden“ zu marschieren. Offenbar haben irgendwelche Kreise in den USA bestimmte Pläne, aufs neue Korea zu einem blutigen Schlachtfeld zu machen. Weigert sich übrigens nicht etwa deswegen die Regierung der USA so hartnäckig, ihre Truppen aus Süd-Korea abzuziehen? Eine Wiederholung der koreanischen Tragödie darf jedoch nicht zugelassen werden, und die verbrecherischen Pläne der Li-Syng-man-Leute müssen vereitelt werden. Man kann nicht bezweifeln: riskieren die Li-Syng-man-Leute, ihren „Feldzug“ zu wiederholen, so harrt ihrer das gleiche Los, das sie betroffen hat, als das koreanische Volk und die chinesischen Volksfreiwilligen dem Aggressor eine vollständige Niederlage beibrachten und seine Pläne vereitelten. Die Verantwortung für die Provokationen Li Syng-mans trägt selbstverständlich voll und ganz die Regierung der USA.

Auf der vor kurzem abgeschlossenen außerordentlichen Tagung der Vollversammlung der UN sprachen Sie, Herr Präsident, von einer indirekten Aggression, die mehreren arabischen Staaten des Nahen Ostens seitens anderer arabischer Staaten drohe, und forderten zur Verurteilung dieser nichtexistenten, indirekten Aggression auf.

Zur gleichen Zeit führen die USA selber im Fernen Osten nicht nur eine indirekte, sondern auch eine direkte Aggression durch, indem sie die chinesische Insel Taiwan okkupiert haben und den antinationalen Klüngel der Verräter am chinesischen Volk unterstützen, die sich unter dem Schutze der amerikanischen Waffen auf dieser Insel festgesetzt haben und von da aus Banditenausfälle gegen China unternehmen.

Die Entsendung ihrer Streitkräfte in den Raum von Taiwan und der Gewässer des Pazifik um Taiwan sucht die USA-Regierung gewöhnlich mit Hinweisen auf „Verpflichtungen“ zu rechtfertigen, die sie im Hinblick auf den „Schutz“ dieses Raumes eingegangen sei. Hat aber etwa das chinesische Volk die amerikanische Regierung gebeten, eine derartige Verpflichtung zu übernehmen, auf die sie sich beruft, um sich zu gestatten, China an der Wahrnehmung seiner souveränen Rechte in bezug auf Taiwan und die anderen chinesischen Inseln zu hindern?

Das amerikanische Volk hatte in der Vergangenheit selber Versuche ausländischer Mächte abzuschlagen, die dahin gingen, sich in seine inneren Angelegenheiten einzumischen und ihm mit bewaffneter Hand ihren Willen aufzuzwingen. Es ist wohl bekannt, daß diese Versuche für diejenigen, die sie unternahmen, ein trauriges Ende genommen haben.

Wäre es nicht richtiger, die entsprechenden Schlußfolgerungen aus diesen historischen Erfahrungen der Vereinigten Staaten zu ziehen und die Politik der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas zu beenden? Wenn die nationale Unabhängigkeit dem amerikanischen Volk teuer ist, weshalb sollte sie da dem chinesischen Volk und jedem anderen Volk weniger teuer sein?

Sie finden möglicherweise, daß meine Aeußerungen zu hart sind. Ich gestatte mir aber, dem nicht beizupflichten. In diesem Schreiben an Sie möchte ich mich ebenso wie in anderen Fällen einfach freimütig äußern und die ganze Gefahr der Lage unterstreichen, die im Raum von Taiwan und der anliegenden chinesischen Inseln infolge der Akte der USA entstanden ist. Würden wir unsere Gedanken hinter äußerlich höflichen diplomatischen Formulierungen verbergen, so würde es für uns, nehme ich an, schwieriger sein, einander zu verstehen. Indessen wollen wir, daß Sie, die Regierung der USA und das ganze amerikanische Volk, mit dem wir nur gute Beziehungen und Freundschaft wünschen, eine richtige Vorstellung von den Folgen haben, welche die jetzigen Akte der USA im Fernen Osten nach sich ziehen können.

Es wäre ein großer Rechenfehler, wenn Sie in den USA die Schlußfolgerung zögen, daß man mit China so fertig werden kann, wie dies von mehreren Mächten in der Ver-

gangenheit getan wurde. Ein derartiger Rechenfehler könnte schwere Folgen für die Sache des Weltfriedens haben. Laßt uns deshalb volle Klarheit in die Angelegenheit bringen, denn Verschweigen und Mißverständnisse sind in solchen Dingen das Gefährlichste.

Ein Angriff auf die Volksrepublik China, die ein großer Freund, Verbündeter und Nachbar unseres Landes ist, bedeutet einen Angriff auf die Sowjetunion. Treu seiner Pflicht, wird unser Land alles tun, um gemeinsam mit Volkschina die Sicherheit der beiden Staaten, die Interessen des Friedens im Fernen Osten und die Interessen des Weltfriedens zu schützen.

Nichts wäre von der Wahrheit weiter entfernt als ein Versuch, diesen meinen Appell an Sie als Absicht zu bewerten, überflüssigerweise etwas dick aufzutragen, oder gar als Absicht, irgendwelche Drohungen auszustoßen. Wir wollen nur Ihre Aufmerksamkeit auf die Lage lenken, der niemand — weder Sie noch wir — entgehen könnten, wenn im Fernen Osten ein Kriegsbrand auflodert. Wir wollen eine gemeinsame Sprache mit Ihnen finden, damit dem jetzigen Abgleiten auf schiefer Ebene Einhalt geboten wird, damit durch gemeinsame Bemühungen der UdSSR, der USA, der Volksrepublik China und der anderen Länder die im Fernen Osten entstandenen Spannungen beseitigt werden, damit gesagt werden kann, daß durch die gemeinsamen Anstrengungen ein nützliches Werk im Interesse des Weltfriedens vollbracht worden ist.

Selbstverständlich ist es die Sache der Regierung der USA selber, zu entscheiden, die Volksrepublik China „anzuerkennen“ oder „nicht anzuerkennen“. In diesem Zusammenhang kann man nur vermerken, daß weder die Tatsache des Bestehens der Volksrepublik China als eine der Großmächte der Welt noch die Rolle, die dieser Staat zu unserer Zeit in den internationalen Beziehungen spielt, dadurch geändert werden.

Doch jetzt ist angesichts der Politik, welche die Regierung der USA gegenüber China durchführt, eine solche Lage entstanden, daß die Frage der Einstellung der USA zu China sichtlich über den Rahmen einer reinen inneren Angelegenheit der USA hinausgegangen ist.

Es ist eine Lage entstanden, welche die Interessen vieler Länder berührt. Die künstliche Aufrechterhaltung der Spannung, durch die Politik der USA, in den Beziehungen zwischen Ihnen und China und um so mehr die Akte, welche die USA jetzt im Fernen Osten unternehmen, führen dahin, daß auch die Beziehungen zwischen den Großmächten, welche die Organisation der Vereinten Nationen begründet haben, sich verschärfen. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß die jetzige Politik der USA gegenüber China die Lösung vieler wichtiger internationaler Fragen erschwert und die normale Tätigkeit der UN als internationaler Organisation, die zur Erhaltung des Friedens berufen ist, in ernster Weise stört.

Es gibt einen chinesischen Staat, und der befindet sich in China und nirgendwo anders, und ein Teil Chinas sind Taiwan und die anderen chinesischen Inseln, wo sich jetzt die Tschiang-Kai-schek-Leute eingenistet haben.

Nur die Regierung, die sich in Peking, der Hauptstadt Chinas, befindet und der das Millionen Menschen zählende Volk die Leitung seines Landes anvertraut hat, ist berechtigt und hat reale Möglichkeiten, China in den internationalen Beziehungen zu vertreten.

Und lediglich der irreale Standpunkt der Regierung der USA, die es noch immer vorzieht, vor der wirklichen Lage der Dinge in China die Augen zu verschließen, ist der Stein des Anstoßes und hindert die Mitgliedstaaten der UN, den einzig richtigen Beschluß zu fassen: aus dieser Organisation den politischen Leichnam des Tschiang-Kai-

schekschen Usurpators hinauszuwerfen und den Vertretern des großen China ihren legitimen Platz in der UN einzuräumen.

Wer wird bestreiten, daß China sein Territorium zu befreien bestrebt ist, das in einen Militärstützpunkt einer fremden Macht umgewandelt wurde und zu einer Quelle ständiger Bedrohung des friedlichen Lebens des chinesischen Volkes geworden ist. China hat ein volles, legitimes Recht, alle notwendigen Maßnahmen gegen den Verräter Tschiang Kai-schek zu ergreifen. Es trifft diese Maßnahmen auf seinem Boden, und es beordert nicht seine Streitkräfte auf Territorien anderer Länder. Diese Handlungen der Volksrepublik China sind nur berechtigte Maßnahmen der Selbstverteidigung, die auch die Charta der Organisation der Vereinten Nationen vorsieht. Ganz anders handelt die Regierung der USA, die sich das Recht anmaßt, ihre Streitkräfte viele Tausende Kilometer von ihrem Lande entfernt zu entsenden, um die von den USA okkupierten chinesischen Inseln zu behalten. Es ist kein Zufall, daß sogar die Militärblock-Verbündeten der Vereinigten Staaten recht laut die amerikanische Chinapolitik als irreal und gefährlich rügen.

Ich denke, jeder Mensch, der wirklich Sorge für den Frieden trägt, muß sich dafür erklären, daß der anomalen und gefährlichen Lage ein Ende gesetzt wird, die infolge des jetzigen politischen Kurses der USA-Regierung im Fernen Osten entstanden ist. Dafür ist es, nach Ueberzeugung der Sowjetregierung, vor allem erforderlich, sich von dem engstirnigen und jeder Realität baren Herangehen an die großen historischen Wandlungen, die sich in China vollzogen haben, loszusagen, ist es erforderlich, die legitimen Rechte und Interessen der Volksrepublik China anzuerkennen und ein für allemal mit der Politik der Provokationen und der Erpressung gegenüber dem chinesischen Volk Schluß zu machen.

Im Fernen Osten kann es keinen dauerhaften Frieden geben, solange die amerikanische Militärflotte nicht aus der Taiwan-Straße abberufen wird, solange die amerikanischen Soldaten die chinesische Insel Taiwan nicht verlassen und nach Hause zurückkehren. Wir sind überzeugt, daß dieser Auffassung nicht nur die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten, sondern auch alle anderen Länder sind, denen der Friede im Fernen Osten und in der ganzen Welt am Herzen liegt.

Herr Präsident, zum Schlusse dieses meines Schreibens an Sie, das durch das Bewußtsein der großen Verantwortung unserer Länder für die Wahrung des Weltfriedens diktiert ist, möchte ich mit allem Nachdruck betonen, daß es völlig von den weiteren Handlungen der Regierung der USA abhängt, ob im Fernen Osten der Friede herrschen oder dieser Raum weiterhin ein gefährlicher Kriegsherd sein wird.

Ich möchte hoffen, daß Sie dieses Schreiben der Sowjetregierung an Sie mit gebührendem Verständnis aufnehmen werden. Ich gestatte mir auch, der Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß diese Botschaft vom gesamten amerikanischen Volk richtig verstanden werden wird, das — dessen sind wir gewiß — ebenso wie die anderen Völker Frieden und nicht Krieg will.

Nimmt die Regierung der USA den Weg der Achtung der legitimen souveränen Rechte des großen chinesischen Volkes, so wird dies zweifellos von allen Völkern mit Befriedigung als wichtige Beisteuer der Vereinigten Staaten von Amerika zur Sache der Festigung des allgemeinen Friedens beurteilt werden.

Mit Hochachtung
N. Chruschtschow

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (sowjetische Botschaft, Bonn), Beilage zu Nr. 27 vom 20. September 1958.

Schreiben von Präsident Eisenhower an Ministerpräsident Chruschtschow vom 12. September 1958

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Ich habe Ihr Schreiben vom 7. September erhalten. Ich stimme Ihnen zu, daß im Gebiet von Formosa eine gefährliche Situation entstanden ist. Ich stimme nicht mit Ihnen hinsichtlich der Ursachen dieser gefährlichen Situation überein.

Die gegenwärtigen Spannungen im Gebiet von Formosa wurden direkt durch die Aktionen der chinesischen Kommunisten hervorgerufen und nicht durch die der Republik China oder der Vereinigten Staaten. Tatsache ist, daß die chinesischen Kommunisten nach einer langen Periode relativer Ruhe in diesem Gebiet, ohne irgendwie provoziert worden zu sein, plötzlich Quemoy unter schweren Artilleriebeschuß nahmen und die Versorgung der Zivilbevölkerung und des Militärs auf Quemoy zu stören begannen. Diese intensive militärische Aktivität setzte am 23. August ein — etwa drei Wochen nach Ihrem Besuch in Peking. Der offizielle Pekinger Rundfunk hat wiederholt erklärt, daß es das Ziel dieser militärischen Operationen ist, Formosa wie auch Quemoy und Matsu mit bewaffneter Gewalt zu nehmen. In praktisch jeder Sendung des Pekinger Rundfunks werden Formosa und die dem Festland vorgelagerten Inseln als das Ziel der, wie es heißt, „Befreiungsarmee des chinesischen Volkes" bezeichnet.

Die Frage ist nun, ob die chinesischen Kommunisten versuchen werden, ihre ehrgeizigen Ziele durch Anwendung von Gewalt zu erreichen, wie sie dies in Korea taten, oder ob sie das in einem Atomzeitalter für den Frieden und die Ordnung auf der Welt entscheidende Erfordernis akzeptieren und auf die Anwendung von Gewalt als Mittel zur Befriedigung ihrer territorialen Ansprüche verzichten. Das betreffende Gebiet unterstand niemals der Kontrolle des kommunistischen China. Im Gegenteil wird die Republik China — trotz der Art, wie Sie sie aus ideologischen Gründen bezeichnen — von der großen Mehrzahl der souveränen Nationen der Welt anerkannt, und ihre Regierung hat die Herrschaft über das betreffende Gebiet ausgeübt und übt sie immer noch aus. Die militärischen Streitkräfte der Vereinigten Staaten operieren im Gebiet von Formosa in Erfüllung der Bündnisverpflichtungen gegenüber der Republik China, dieser bei der Verteidigung Formosas und der Pescadoren beizustehen. Sie stehen dort, um bei der Abwehr einer Aggression mitzuhelfen — nicht um eine Aggression zu begehen. Keine noch so entstellte Darlegung in Ihrem Schreiben kann diese Tatsache ändern.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die Bereitschaft auf seiten der chinesischen Kommunisten zu einer Wiederaufnahme der Botschafterbesprechungen begrüßt, die vor drei Jahren in Genf begannen und die dem Zwecke dienen sollen, eine Möglichkeit für eine Verringerung der Spannungen im Gebiet von Formosa zu finden. In der Vergangenheit hat der Vertreter der Vereinigten Staaten bei diesen Besprechungen jede nur annehmbare Möglichkeit ausgeschöpft, um den Vertreter des kommunistischen China dazu zu bewegen, ein Abkommen über einen beiderseitigen Verzicht auf Gewalt im Gebiet von Formosa zu erreichen. Dieser aber weigerte sich beharrlich, ein solches Abkommen zu erreichen. Die Vereinigten Staaten hoffen, daß eine solche Übereinstimmung durch eine Wiederaufnahme der Besprechungen erreicht werden kann, die sicherstellen wird, daß niemand zur Anwendung von Gewalt bei dem Versuch, die Fragen dort einer Lösung zuzuführen, Zuflucht nimmt.

Ich muß mit Bedauern feststellen, daß ich in Ihrem Schreiben keine Bemühungen feststellen kann, die gemeinsame Sprache zu finden, die eine Beseitigung der durch die derzeitige Situation im Gebiet von Formosa heraufbeschworenen Gefahr erleichtern könnte. Im Gegenteil scheint die Darstellung dieser Situation in Ihrem Schreiben

offensichtlich darauf abgestellt zu sein, den ehrgeizigen Zielen des internationalen Kommunismus zu dienen, und nicht darauf, ein wirkliches Bild von den Tatsachen zu geben. Ich stelle ferner fest, daß Sie noch kein Schreiben an die Führer des kommunistischen China gerichtet und diese zur Mäßigung aufgefordert haben. Wenn Ihr Schreiben an mich nicht lediglich ein Mittel für eine einseitige Denunzierung der Taten der Vereinigten Staaten sein soll, sondern wirklich dem Wunsche entsprungen ist, eine gemeinsame Sprache für den Frieden zu finden, dann schlage ich vor, daß Sie diese Führer auffordern, ihre militärischen Operationen einzustellen und sich einer Politik für eine friedliche Beilegung des Formosastreits zuzuwenden. Wenn die Führer des kommunistischen China im Interesse einer Bereinigung der Fragen, die den Frieden im Raum von Formosa zu stören drohen, dazu bewegt werden können, ihr Vertrauen in Verhandlungen zu setzen und eine Bereitschaft zum Einlenken zu zeigen, dann, so versichere ich Ihnen, werden die Vereinigten Staaten ihrerseits ebenfalls aufrichtig in diesem Geiste auf das gleiche Ziel hinarbeiten.

Quelle: *Amerika-Dienst,* 19. September 1958.

Schreiben von Ministerpräsident Chruschtschow an Präsident Eisenhower vom 19. September 1958

Herr Präsident,

Ihr Schreiben vom 12. September habe ich erhalten und studiert. Ich bin sehr betrübt, daß Sie, wie mir scheint, das Wesen meiner Botschaft an Sie nicht erfaßt haben. Und das Wesen dieser Botschaft lag darin, die ganze Gefahr zu zeigen, die der Menschheit droht, wenn die Vereinigten Staaten von Amerika ihrer aggressiven Politik nicht absagen, die ständig ernste Konfliktherde bald in dem einen, bald in dem anderen Raum des Erdballs schafft und zu der gegenwärtig besonders gespannten Lage im Fernen Osten geführt hat.

In Ihrer Antwort erkennen Sie an, daß im Raume der Insel Taiwan eine gefährliche Situation entstanden ist, und suchen zugleich die Regierung der USA von der Verantwortung für die den Frieden bedrohende Gefahr in diesem Raum freizusprechen.

Zur Rechtfertigung der aggressiven Akte der USA wird dabei in Ihrer Botschaft die tatsächliche Lage der Dinge völlig entstellt und ein Bild entworfen, das mit der Wirklichkeit nichts gemein hat.

Jedermann, der die entstandene Lage, gestützt auf die realen Tatsachen, nüchtern beurteilt, muß anerkennen: Die einzige und tatsächliche Quelle der Spannungen in diesem Raum der Welt ist, daß die USA angestammtes chinesisches Territorium — Taiwan und eine Reihe anderer Inseln — okkupiert haben, unter dem Schutze ihrer Kanonen den von dem chinesischen Volk hinausgeworfenen Tschiang-Kai-schek-Klüngel halten und ihn zu Ausfällen und Provokationen gegen Volkschina anspornen.

Die Ereignisse der letzten Zeit sind denn auch eine der Erscheinungen dieses allgemeinen aggressiven Kurses der USA gegenüber China.

Verwunderung ruft Ihre Bemerkung hervor, daß ich, der an Sie eine Botschaft gerichtet hat, nicht ein Schreiben, wie Sie sagen, den kommunistischen Staatsmännern Chinas gesandt habe, denen sowie der Chinesischen Volksrepublik gegenüber in Ihrer Botschaft ein verächtlicher und feindseliger Ton angeschlagen wird.

Vor allem möchte ich Ihnen, Herr Präsident, in diesem Zusammenhang folgendes sagen:

In der ganzen Geschichte Chinas haben keine einzige Partei und ihre Führer, keine einzige Regierung ein solches Vertrauen und eine solch unbegrenzte Unterstützung

durch das gesamte chinesische Volk genossen wie die große Kommunistische Partei Chinas und ihre Führer sowie die Regierung der Volksrepublik China. Ja, und tatsächlich sind die Führer der Kommunistischen Partei die anerkannten Führer des chinesischen Volkes. Sie stehen jetzt nicht nur an der Spitze der Kommunistischen Partei Chinas, sondern auch an der Spitze des gesamten chinesischen Volkes, des neuen volksdemokratischen Staates — der Volksrepublik China.

Die Botschaft zu den Ereignissen im Raume von Taiwan habe ich aus dem einfachen Grunde an den Präsidenten der USA und nicht an die Regierung der Volksrepublik China gerichtet, weil sich nicht China in die inneren Angelegenheiten der Vereinigten Staaten von Amerika einmischt, sondern sich die USA unter Verletzung aller Normen des Verhaltens zivilisierter Staaten in die Angelegenheiten Chinas grobschlächtig eingemischt haben, ihr System mit Waffengewalt in fremdem Hause zu errichten suchen und so eine schwere Gefahr für den Frieden im Fernen Osten heraufbeschworen. Ueberdies: uns aufzufordern — wie Sie, Herr Präsident, es tun —, irgendwelchen Einfluß auf die Regierung der Volksrepublik China in Zusammenhang mit den Ereignissen im Taiwanraum auszuüben, heißt den Versuch zu unternehmen, die Sowjetunion zur Einmischung in die Angelegenheiten Chinas zu drängen. Die Sowjetunion wird niemals Partner in dieser schmachvollen Angelegenheit sein, denn dies würde ihrer dem Frieden dienenden Außenpolitik von Grund auf zuwiderlaufen und wäre mit den Beziehungen der unverbrüchlichen Freundschaft und brüderlichen Zusammenarbeit unvereinbar, die das sowjetische und das chinesische Volk verknüpfen.

Wie Sie in Ihrem Schreiben zu vermerken für notwendig hielten, war ich vor kurzem in Peking und hatte die Möglichkeit, mit den leitenden Persönlichkeiten der Regierung der Volksrepublik China die Meinungen in allen die Sowjetunion und die Volksrepublik China interessierenden Fragen auszutauschen.

Ich kann Ihnen rundweg und freimütig sagen, daß bei unseren Aussprachen in Peking aufs neue die völlige Einmütigkeit der Sowjetunion und der Volksrepublik China bezüglich der wichtigsten Probleme bekräftigt wurde — die Einmütigkeit darin, daß es notwendig ist, auch weiterhin mit aller Entschlossenheit den Kampf gegen die aggressiven Kräfte zu führen und die Kräfte, die für den Weltfrieden einstehen, zu unterstützen. Das chinesische Volk ist von dem Bestreben beseelt, seine Wirtschaft zu entwickeln, sein Lebensniveau zu heben, was nur unter Verhältnissen des Friedens und der Sicherheit möglich ist. Deshalb ist es natürlich, daß das Volk Chinas ernste Besorgnis angesichts der im Raume der Insel Taiwan entstandenen Lage an den Tag legt.

Wenn sich auf der Insel Taiwan seit einer Reihe von Jahren ein vom chinesischen Volk verjagter General verkrochen hat, der sich der legitimen Regierung nicht unterstellte und mehrere Küsteninseln, einige Kilometer von den großen Zentren der Küstenprovinzen Chinas entfernt, besetzt hält, so ist dieser nicht zu duldende Zustand einzig und allein deshalb möglich geworden, weil die Regierung der USA, unter Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas, den käuflichen Tschiang-Kai-schek-Klüngel unter militärischen Schutz genommen hat.

Wer kann bestreiten, daß ohne Unterstützung durch die Vereinigten Staaten von Amerika der Tschiang-Kai-schek-Klüngel sowie das sogenannte Taiwanproblem längst nicht mehr bestünden, daß, wenn es keine Einmischung der USA gäbe, die Völker dieses Raumes seit langem in Frieden und Ruhe leben würden. Jedermann ist klar, daß die Vereinigten Staaten diese Inseln rechtswidrig okkupiert haben, davon ausgehend, daß ihnen die Konservierung der Tschiang-Kai-schek-Clique auf Taiwan die Möglichkeit gibt, ihre Streitkräfte in diesem Raum zu halten und die Volksrepublik China mit Krieg zu bedrohen. Nur ein Verräter an seinem Volk wie Tschiang Kai-schek kann einer ausländischen Macht — den Vereinigten Staaten von Amerika — gestatten, Streitkräfte gegen China, gegen das chinesische Volk zu konzentrieren.

Sie sind bemüht, Unbeweisbares zu beweisen, nämlich, daß die Regierung der USA irgendein moralisches und juridisches Recht habe, ihre Streitkräfte im Taiwanraum zu halten. Es steht jedem frei, die Tatsachen so auszulegen, wie ihm dies seine Moral gestattet. Doch die Tatsachen lassen sich nicht umgehen. Sie sprechen für sich selber. Und Tatsache ist, daß sich die Regierung der USA mit Gewalt dem chinesischen Volke gehörender, vom amerikanischen Kontinent 10 000 km entfernter Inseln bemächtigt hat und sie zu behalten bestrebt ist.

Noch mehr: Sie wollen, China solle auf sein Territorium verzichten und sich damit abfinden, daß dieses in fremder Hand ist und als Basis für die Ausdehnung der Aggression gegen die Volksrepublik China und die anderen friedliebenden Staaten Asiens dient.

Ist es aber nicht offensichtlich und sprechen davon denn nicht alle Erfahrungen des Kampfes der Völker für die nationale Befreiung und Unabhängigkeit, daß sich eine große Weltmacht wie die Volksrepublik China nie und nimmer mit der Losreißung eines Teiles ihres Territoriums einverstanden erklären und um so weniger damit abfinden wird, daß auf ihrem Territorium ausländische Streitkräfte mit dem Ziel einer Aggression gegen sie konzentriert werden?

Gerade die Beibehaltung eines solchen Zustandes wird, wie aus Ihrem Schreiben zu ersehen ist, von der Regierung der USA erstrebt. Welchen Sinn können denn andernfalls Ihre Worte darüber haben, daß ich nicht an die leitenden Staatsmänner der Volksrepublik China ein Schreiben, „in dem sie zur Mäßigung aufgefordert werden", gerichtet hätte. Pflichteten wir Ihrem Standpunkt bei, so würden wir im Grunde genommen zur Vorbereitung des Krieges gegen China, unseren großen Freund und Verbündeten, beitragen.

Es genügt, auch nur für einen Augenblick eine solche Annahme gelten zu lassen, damit ihre ganze Absurdität offensichtlich wird. Wie kann man denn, Herr Präsident, von uns erwarten, daß wir die Wachsamkeit unserer chinesischen Freunde einschläfern und die aggressiven Kräfte bei der Vorbereitung eines Angriffs auf die Volksrepublik China und so die Vorbereitung eines Angriffs auf die Sowjetunion fördern werden. Dies von uns zu erwarten, ist zwecklos.

In Ihrem Schreiben erklären Sie, daß die Insel Taiwan und die Küsteninseln niemals unter der Kontrolle des kommunistischen China gestanden haben. Dies wird offenbar erklärt, um den Versuch zur Losreißung dieses Territoriums von der Volksrepublik China zu rechtfertigen. Indessen haben die Vereinigten Staaten von Amerika in der Kairoer Deklaration vom Jahre 1943 feierlich anerkannt, daß diese Territorien China gehören. Dies wurde auch in der Potsdamer Deklaration vom Jahre 1945 bekräftigt, welche die Vereinigten Staaten von Amerika und mehrere andere Großmächte unterzeichnet haben.

Unter diesen Deklarationen stehen die Unterschriften Ihrer Vorgänger auf dem Posten des Präsidenten — die Unterschriften Roosevelts und Trumans. Haben denn die genannten Territorien aufgehört, chinesisch zu sein, nachdem in China durch den Sieg der Volksrevolution eine Regierung gebildet worden ist, die dem Willen des ganzen chinesischen Volkes entspricht und sich von den Ideen des Kommunismus leiten läßt? Keineswegs. Dies zu bestreiten, bedeutet Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker, bedeutet, die Funktion eines Gendarmen zu übernehmen.

Ihre Erklärung bezeugt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika bedauerlicherweise nicht die Absicht hat, von der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas Abstand zu nehmen, den aggressiven Kurs gegenüber der Volksrepublik China aufzugeben. Und dies ist gerade eine sehr bedrohliche Politik, welche die Gefahr des Ausbruchs eines militärischen Konflikts im Fernen Osten und in anderen Räumen heraufbeschwört. Baut man seine Politik von einer derartigen Konzeption ausgehend

auf, so könnte England, wenn es dazu imstande ist, beispielsweise Krieg gegen die USA lediglich auf der Grundlage beginnen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika früher nicht existiert haben und daß ihr jetziges Territorium eine Kolonie des Britischen Empire war.

Man muß auch bemerken, daß, wenn Sie in Ihrem Schreiben Taiwan und die Küsteninseln ganz China gegenüberstellen, es ein unverhohlener Versuch ist, eine Situation der „zwei China" zu schaffen. Derartige Versuche, die eine Aufteilung des Territoriums Chinas bezwecken, werden vom Volk und von der Regierung der Volksrepublik China sowie von allen, die Achtung für die souveränen Rechte der Völker und die territoriale Integrität der Staaten empfinden, entschieden abgelehnt. Bis jetzt gehen Sie, Herr Präsident, offenbar davon aus, daß Tschiang Kai-schek irgend etwas in China darstelle. In Wirklichkeit aber ist er für 600 Mill. Chinesen alles in allem nur ein verhaßter Schatten der Vergangenheit. Und sie wollen, daß dieser Schatten möglichst schnell und auf immer verschwinde. In China gibt es nur eine Regierung: die Regierung der Volksrepublik China. Das nicht zu sehen, bedeutet, seine Handlungen auf Illusionen aufzubauen, die natürlich nicht als Grundlage für die Außenpolitik eines beliebigen Staats dienen können.

Haltlos ist auch der in Ihrem Schreiben enthaltene Hinweis, daß die Streitkräfte der USA im Raum von Taiwan in Erfüllung vertragsmäßiger Verpflichtungen der USA gegenüber einer Handvoll von Verrätern am chinesischen Volk, mit Tschiang Kai-schek an der Spitze, handeln. Ich spreche erst gar nicht davon, daß diese Handvoll von Leuten — die Acheson, damals Staatssekretär der USA, bereits 1949 als Leute charakterisiert hatte, die moralisch verkommen sind und das Vertrauen ihres Volkes eingebüßt haben — schon lange niemanden außer sich selbst vertreten.

Gegenwärtig hat Tschiang Kai-schek nicht mehr Grund, in der Eigenschaft eines Vertreters Chinas zu fungieren, als beispielsweise Kerenski in der Eigenschaft eines Vertreters des Sowjetvolkes.

Folgt man aber der Logik Ihres Schreibens, so ergibt sich, daß die Vereinigten Staaten mit Kerenski — solange er irgendwo in den USA als Kostgänger lebt — als dem Oberhaupt einer provisorischen Regierung, die seinerzeit in Rußland bestanden hat, ebenfalls einen Vertrag abschließen könnten und, gestützt auf diesen Vertrag, wie Sie sich jetzt auf den Vertrag mit Tschiang Kai-schek stützen, einen Krieg gegen die Sowjetunion beginnen könnten. Zeigt dieses Beispiel etwa nicht, wie unsinnig die Hinweise auf vertragsmäßige Verpflichtungen sind, ähnlich den Verpflichtungen der USA mit Tschiang Kai-schek? Derartige Verträge werden ausschließlich dazu erfunden und fabriziert, um Aggressionsziele zu tarnen.

Sie behaupten in Ihrem Schreiben, Tschiang Kai-schek, der Kostgänger der USA-Regierung ist, werde von den meisten Staaten anerkannt. Ich würde mich, Herr Präsident, nicht mit derartigen Berechnungen befassen, denn sie können zu ernsten Fehlrechnungen führen. Ich muß jedoch sagen, daß gegenwärtig die Volksrepublik China von mehr als 30 Staaten anerkannt wird, deren Bevölkerung mehr als 1 Milliarde ausmacht. Was jedoch die Anerkennung der Tschiang-Kai-schek-Clique durch eine Reihe von Regierungen betrifft, so wissen Sie selbst sehr wohl, welcher Anstrengungen der Vereinigten Staaten es bedurfte und bedarf, um diese Anerkennung aufrechtzuerhalten. Das ist auch Ihrem Staatssekretär, Herrn Dulles, gut bekannt.

Ich lege kein Geheimnis bloß, wenn ich sage, daß die Länder, die Beziehungen mit den Tschiang-Kai-schek-Leuten unterhalten, diese Anerkennung bedrückt und die Tage dieser Anerkennung gezählt sind. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die meisten Staaten, die unter dem Druck der USA die diplomatischen Beziehungen zu Tschiang Kai-schek bewahren, sich freuen werden, wenn endlich ein Zustand zu Ende geht, der dem gesun-

den Menschenverstand offenkundig widerspricht, den Interessen der Völker dieser Länder zuwiderläuft, und wenn China seinen rechtmäßigen Platz in internationalen Organisationen einnimmt.

Sie wissen natürlich gut, daß sogar diese Länder, die es nicht wagen, die Volksrepublik China anzuerkennen, weil sie befürchten, Unzufriedenheit bei den USA hervorzurufen, ernste Beunruhigung angesichts der evtl. Folgen der gegenwärtigen Politik der Vereinigten Staaten gegenüber der Volksrepublik China empfinden. Das ist auch verständlich, denn die Drohungen der Staatsmänner der USA gegenüber der Volksrepublik China sowie die Konzentration amerikanischer Streitkräfte und andere militärische Vorbereitungen der USA im Raum Taiwan schaffen tatsächlich die Gefahr eines militärischen Konfliktes mit allen sich daraus ergebenden gefährlichen Folgen. Was die Erpressungsmanöver und Drohungen gegenüber Volkschina betreffen, so ist zu sagen, daß sie ihr Ziel nicht erreichten und nicht erreichen können.

Wie ich bereits in meiner vorigen Botschaft festgestellt habe, versuchen gewisse amerikanische Militärs, China sogar mit Atomwaffen zu drohen.

Die Presse meldet, daß mit Kernwaffen ausgerüstete Einheiten der amerikanischen Luftwaffe nach Taiwan geworfen, verschiedenartige Raketen und ferngelenkte Geschosse, darunter solche vom Typ „Nike Herkules", herangeschafft, Startplätze für sie und dergleichen mehr gebaut werden. Diese Handlungen der USA-Regierung können natürlich nicht zu einer Minderung der Spannung in diesem Raum, zu einer Entspannung und zur Schaffung von Voraussetzungen für die Festigung des Vertrauens führen. Im Gegenteil, diese Handlungen sind darauf gerichtet, die Lage zu verschärfen, und erhöhen die Gefahr eines Krieges, bei dem die verheerendsten modernen Waffen zum Einsatz kommen.

Ich muß Ihnen, Herr Präsident, mit aller Offenheit sagen, daß eine Atomerpressung gegenüber der Volksrepublik China weder uns noch die Volksrepublik China schreckt. Diejenigen, die Pläne eines Atomüberfalles auf die Volksrepublik China schmieden, sollten nicht vergessen, daß nicht nur die USA, sondern auch die Gegenseite über Atom- und Wasserstoffwaffen sowie über entsprechende Beförderungsmittel verfügt, und wenn ein solcher Ueberfall auf die Volksrepublik China erfolgt, so wird der Aggressor umgehend eine gebührende Abfuhr mit den gleichen Mitteln erhalten.

Ein Krieg gegen China unter dem Vorwand der Verteidigung sogenannter Sicherheitsinteressen der USA oder unter irgendeinem anderen, ebenso erkünstelten Vorwand wird den Vereinigten Staaten nichts einbringen. Einen Krieg gegen Volkschina entfesseln, heißt Söhne des amerikanischen Volkes in den sicheren Tod schicken und einen Weltkriegsbrand entfachen.

Das heißt ferner, eine schwere Verantwortung gegenüber der Menschheit, gegenüber der Geschichte auf sich laden. Die Verantwortung dafür wird auch Sie, Herr Präsident, persönlich treffen.

Muß man eigentlich noch besonders betonen, daß ein solcher Schritt der USA-Regierung von den Völkern der ganzen Welt, darunter auch, dessen bin ich gewiß, vom amerikanischen Volk, einmütig verurteilt werden würde?

Ich habe Ihnen bereits erklärt und halte es für notwendig, nochmals zu betonen, daß ein Ueberfall auf die Volksrepublik China ein Ueberfall auf die Sowjetunion ist. Mit dem großen Freund, Verbündeten und Nachbarn unseres Landes, Volkschina, haben wir einen Vertrag über Freundschaft, Bündnis und gegenseitige Hilfe geschlossen, der den grundlegenden Interessen des sowjetischen und des chinesischen Volkes, den Interessen des Friedens entspricht. Und niemand soll daran zweifeln, daß wir die übernommenen Verpflichtungen restlos erfüllen werden.

Daher möchte ich erneut an Sie appellieren, die Atmosphäre nicht zum Glühen zu bringen, keine Zustände zu schaffen, die die nach Frieden dürstende Menschheit beunruhigen würden, alle Umstände zu überlegen und abzuwägen, bevor irgendwelche Schritte unternommen werden, die katastrophale Folgen haben können.

Es ist die Pflicht der Regierungen, und vor allem der Regierungen unserer Länder, alles Nötige zu tun, damit die internationalen Ereignisse sich in Richtung der Festigung der friedlichen Zusammenarbeit entwickeln, damit sich zwischen den Völkern Handel, wirtschaftliche Verbindungen, kulturelle Beziehungen entwickeln und alle Arbeitsergebnisse für die Hebung des Wohlstandes der Völker und für die Sicherung des weiteren Fortschritts eingesetzt werden.

Als Sie zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt wurden, setzten sowjetische Staatsmänner große Hoffnungen in Sie. Eingedenk der guten Erfahrungen in der Zusammenarbeit der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten in einer Zeit, da Sie Oberbefehlshaber der Streitkräfte der USA, Englands und Frankreichs im Krieg gegen den Faschismus, gegen Hitlerdeutschland waren, rechneten wir damit, daß es gelingen werde, diese Zusammenarbeit auch nach dem Kriege in der gegenwärtigen Periode im Interesse der Erhaltung und Festigung des Friedens zu verwirklichen. Jetzt hat die Politik, die Sie als Präsident durchführen, jedoch diese guten Gefühle in bedeutendem Maße untergraben, und sie bestärkt uns immer mehr in der Meinung, daß die Politik des Herrn Dulles „am Rande des Krieges" sich im Grunde genommen nicht von Ihrem Namen trennen läßt, mit ihm im Zusammenhang steht. Das ist sehr traurig.

In unserer Zeit kann eine „Politik der Stärke", eine Politik des Balancierens „am Rande des Krieges" keinen Erfolg haben. Zum Unterschied von jener Zeit, da Hitler einen Weltkrieg entfesselt hatte, sind heute die Kräfte des Friedens unvergleichlich erstarkt und, was besonders wichtig ist, hat sich das Kräfteverhältnis in der internationalen Arena von Grund auf zu ihren Gunsten gewandelt. Die Geschichte wird über jene Staatsmänner strenges Gericht halten, die ohne Rücksicht auf den gesunden Menschenverstand und auf die Interessen der Völker der ganzen Welt versuchen, den Weg der Kriegsabenteuer zu beschreiten.

Es ist allgemein bekannt, daß die Regierung der Volksrepublik China wiederholt Initiative an den Tag gelegt und Vorschläge unterbreitet hat, die auf eine Minderung der Spannungen im Fernen Osten, auf eine friedliche Regelung der strittigen internationalen Fragen in diesem Raum abzielen. Entgegen der in Ihrem Schreiben enthaltenen Behauptung schlugen im Laufe der Botschafterverhandlungen zwischen der Volksrepublik China und den USA in Genf die Vertreter Chinas wiederholt vor, daß beide Seiten auf Grund der Prinzipien der gegenseitigen Achtung der Souveränität und territorialen Integrität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eine Erklärung abgeben, derzufolge sie bereit sind, die Streitfragen zwischen der Volksrepublik China und den USA im Taiwanraum durch friedliche Verhandlungen zu regeln und nicht zu Gewaltanwendungen oder Gewaltandrohung zu schreiten. Die chinesisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf haben nur deshalb keine positiven Resultate gezeigt, weil sich die USA weigerten, diesen Standpunkt zu beziehen, und später die Verhandlungen einseitig abgebrochen haben.

In Ihrer Botschaft erklären Sie, Herr Präsident, daß Sie die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den USA und der Volksrepublik China begrüßen. Wir begrüßen ebenfalls die Initiative der Volksrepublik China und freuen uns, daß die Bemühungen der Regierung der Volksrepublik China in dieser Hinsicht bei der Regierung der Vereinigten Staaten Widerhall gefunden haben.

Wir wollen hoffen, daß die USA bei diesen Verhandlungen endlich eine vernünftige, realistische Haltung einnehmen werden. Die Vernunft und Realität der

Haltung kann aber nur darin zum Ausdruck kommen, daß die USA-Regierung an die Beurteilung der entstandenen Lage unter Berücksichtigung der historischen Veränderungen, die in China vor sich gegangen sind, herangeht, daß sie aufhört, die Tschiang-Kai-schek-Clique zu unterstützen, und die nötigen Konsequenzen daraus zieht, daß China die Volksrepublik China ist, deren Regierung den chinesischen Staat, das ganze chinesische Volk repräsentiert.

Wenn man es nicht auf die Vorbereitung eines Krieges abgesehen hat, sondern sich in der Tat von den Ideen der friedlichen Zusammenarbeit leiten läßt, so ist es das wichtigste, die Regierung der Volksrepublik China anzuerkennen. Ein solcher Schritt der USA-Regierung würde mit einem Schlag die internationale Situation gesunden und überall als sehr wertvoller Beitrag zur Erhaltung des Friedens begrüßt werden. Ein Herangehen an die Lösung internationaler Probleme vom Standpunkt der friedlichen Zusammenarbeit erfordert auch, daß die Obstruktionspolitik in der Organisation der Vereinten Nationen eingestellt wird. Auch dürfen der Regelung der unaufschiebbaren Frage, die Rechte der Volksrepublik China in den UN wiederherzustellen, keine Hindernisse bereitet werden.

Das würde von allen Mitgliedstaaten der UN zweifellos mit Befriedigung aufgenommen werden, da die Organisation der Vereinten Nationen ohne die Volksrepublik China kein vollwertiges internationales Organ zur Erhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit sein kann, wie es die UN-Charta fordert.

Es muß ein für allemal Schluß gemacht werden mit der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas. Die amerikanische Kriegsflotte muß aus der Taiwanstraße abberufen werden, und die amerikanischen Soldaten müssen Taiwan verlassen und heimkehren. Andernfalls kann es keinen dauerhaften Frieden im Fernen Osten geben. Werden die USA das jetzt nicht tun, so bleibt Volkschina kein anderer Weg als die Vertreibung der ihr feindlichen Streitkräfte von seinem eigenen Territorium, auf dem ein Aufmarschgebiet für einen Ueberfall auf die Volksrepublik China geschaffen wird. Wir stehen voll und ganz zur chinesischen Regierung, zum chinesischen Volk. Wir unterstützen ihre Politik und werden sie unterstützen.

Beschreitet die USA-Regierung aber den Weg der Achtung der souveränen Rechte des großen chinesischen Volkes und gründet sie ihre Politik gegenüber China auf die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, so braucht man nicht daran zu zweifeln, daß das nicht nur gestatten wird, die gegenwärtige Spannung im Raum Taiwan zu beseitigen, sondern auch die nötigen Voraussetzungen für eine zuverlässige Festigung des Friedens im Fernen Osten und in der ganzen Welt schaffen wird.

Hochachtungsvoll

N. Chruschtschow

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (sowjetische Botschaft, Bonn), Beilage zu Nr. 28 vom 1. Oktober 1958.

Erklärungen des Weißen Hauses vom 20. September 1958 betr. die Zurückweisung des Chruschtschow-Schreibens

Erste Erklärung

Präsident Eisenhower erhielt heute vormittag (20. September) von der Botschaft der Vereinigten Staaten in Moskau den Text einer umfangreichen Mitteilung von Ministerpräsident Chruschtschow betreffend die Lage im Fernen Osten.

Diese Mitteilung ist voll von falschen Anschuldigungen; sie ist in einer Sprache abgefaßt, die beleidigend und maßlos ist; sie enthält persönliche Angriffe, sie enthält unzu-

lässige Drohungen. All dies macht die Mitteilung nach den üblichen internationalen Gepflogenheiten unannehmbar.

Dementsprechend ist sie zurückgewiesen worden, und der Geschäftsträger der Vereinigten Staaten in Moskau ist angewiesen worden, die Mitteilung an die sowjetische Regierung zurückzugeben.

Zweite Erklärung

Das vom Präsidenten zurückgewiesene Schreiben des Ministerpräsidenten Chruschtschow behandelte die ernste Lage, die sich im Gebiet von Taiwan (Formosa) seit dem bewaffneten Angriff der chinesischen Kommunisten am 23. August 1958 entwickelt hat. Chruschtschow verlangte, daß die Flotte und die Streitkräfte der Vereinigten Staaten sofort von Taiwan (Formosa) und den umgebenden Gewässern zurückgezogen werden und „nach Hause gehen". Er erklärte, widrigenfalls würden die chinesischen Kommunisten mit der Unterstützung der Sowjetunion keine andere Wahl haben, als die Streitkräfte der Vereinigten Staaten „zu vertreiben". Es ist tragisch, daß der sowjetische militärische Despotismus der Gewaltanwendung zur Befriedigung expansionistischer Absichten seine Unterstützung gewährt.

Die Charta der Vereinten Nationen verlangt, daß die Nationen ihre Streitigkeiten durch „friedliche Mittel" regeln. Die Vereinigten Staaten sind bereit, dies zu tun, und sind gegenwärtig bestrebt, eine friedliche Lösung durch Botschafterbesprechungen in Warschau zu finden. Es ist aber nicht leicht, unter dem Druck von Drohungen zu verhandeln, wie sie gegenwärtig von der Sowjetunion erhoben werden. Wir bedauern die Anwendung solcher Drohungen auf das tiefste.

Die Vereinigten Staaten halten den sowjetischen Standpunkt für grotesk und gefährlich. Tatsächlich könnte man nur in einer „auf dem Kopf stehenden Welt" behaupten, es handele sich bei der Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten mit einer befreundeten Regierung zu rein defensiven Zwecken um eine „Aggression" und es bedeute „Frieden", wenn die Sowjetunion dem chinesischen kommunistischen Regime ihre Unterstützung verspricht, um diesem Regime zu ermöglichen, durch Gewalt ein Gebiet zu erobern, über das es niemals Autorität ausgeübt hat.

Quelle: *The Department of State Bulletin*, Vol. XXXIX, Nr. 1006 vom 6. Oktober 1958, S. 530—531. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Tagesbefehl des Verteidigungsministers der Volksrepublik China, Peng Teh-huai, vom 20. Oktober 1958

Genossen der Volksbefreiungsarmee der Fukien-Front!

Da die Behörden von Taiwan in der Nacht vom 19. zum 20. und am Morgen des 20. einen amerikanischen Geleitverband in die Gewässer von Quemoy haben eindringen lassen, ist der Befehl an unsere Armee, die Beschießung von Quemoy einzustellen*, gegenstandslos geworden. Unsere Armee hatte das Feuer eingestellt und die Feuerpause verlängert, und trotzdem haben die Behörden von Taiwan keine Reue gezeigt. Die Behörden von Taiwan beharren auf ihrer eigensinnigen Haltung, verweigern die Aufnahme von Friedensverhandlungen, verstärken ihre Kriegsvorbereitungen und betonen laut ihre

*) In einer Botschaft an die Soldaten und Zivilisten auf Taiwan (Formosa) und den Küsteninseln hatte *Peng Teh-huai* am 6. Oktober erklärt, die Beschießung von Quemoy sei nur erfolgt, um die Aufmerksamkeit der Formosa-Chinesen zu „erwecken", sie werde jedoch nun für sieben Tage eingestellt, sofern keine amerikanischen Kriegsschiffe in die Gewässer von Quemoy eindringen. Am 13. Oktober hatte Peng Teh-huai in einer weiteren Botschaft die Verlängerung der Feuerpause um weitere 14 Tage angekündigt, daran jedoch wiederum die Bedingung der Nicht-Entsendung amerikanischer Geleitschutzkräfte geknüpft.

Absicht, den Kontinent wiederzuerobern. Jetzt, am Vorabend der Ankunft von Dulles, den sie eingeladen haben, um einen Schritt weiter in der Ausführung des zwischen den Vereinigten Staaten und Tschiang Kai-schek geschlossenen „Vertrages" tun zu lassen, haben sie amerikanische Geleit-Kriegsschiffe fünf Stunden lang in die Gewässer von Quemoy vorgeschickt. Das ist eine flagrante Verletzung der von uns für die Feuereinstellung gestellten Bedingung. Wenn man das erträglich nennen wollte, was sollte man dann als unerträglich bezeichnen? Folglich ist die Beschießung als Strafmaßnahme wieder aufzunehmen.

Wir dürfen den Amerikanern keinesfalls erlauben, sich in chinesische Angelegenheiten einzumischen; das ist für uns eine edle nationale Pflicht. Diejenigen, die eigensinnig in ihrem Irrtum beharren, stellen schließlich nur eine winzige Minderheit dar. Augenscheinlich bedarf es noch einiger Zeit, bis die Behörden von Taiwan die Notwendigkeit einsehen, auf dem irrigen Wege, den sie eingeschlagen haben, umzukehren und eine friedliche Regelung zu akzeptieren; unsererseits werden wir die Hoffnung auf diesen Tag nicht aufgeben. Es kann nicht angehen, daß die Amerikaner sich an Taiwan und an die Meerenge von Taiwan klammern, und es ist absolut unzulässig, daß die Amerikaner sich in innere chinesische Angelegenheiten einmischen. Wir werden kein amerikanisches Manöver dulden, das darauf abzielt, die Behörden von Taiwan zu benutzen, um in die Souveränität unseres Landes einzugreifen. Die Patrioten von Taiwan, Penghu, Quemoy und Matsu, Soldaten wie Zivilisten, müssen sich ihrer Lage bewußt werden. Taiwan, Penghu, Quemoy und Matsu müssen in den Schoß des Vaterlandes zurückkehren.

Peng Teh-huai
Verteidigungsminister
der Volksrepublik China

Quelle: „Ordres du Ministre de la Défense Nationale de la République Populaire de Chine" (hrsg. von der chinesischen Botschaft in Bern). Uebersetzung des Europa-Archivs.

Gemeinsames Kommuniqué vom 23. Oktober 1958 über die Beratungen zwischen Präsident Tschiang Kai-schek und Außenminister Dulles in Taipeh (Formosa)

Während der vergangenen drei Tage haben zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und der Regierung der Republik China auf Grund von Artikel 4 des Gegenseitigen Verteidigungsvertrages Beratungen stattgefunden. Diese Beratungen erfolgten auf Einladung von Präsident Tschiang Kai-schek. An den Beratungen haben unter anderem teilgenommen:

für die Republik China: Präsident Tschiang Kai-schek, Vizepräsident Tschen Tscheng, der Generalsekretär des Präsidenten, Tschang Tschun, Außenminister Huang Schao-ku und der Botschafter in den Vereinigten Staaten, George K. C. Yeh;

für die Vereinigten Staaten von Amerika: Außenminister John Foster Dulles, der stellvertretende Staatssekretär Walter S. Robertson und der Botschafter in der Republik China, Everett F. Drumright.

Die Beratungen hatten ursprünglich während der beiden Wochen stattfinden sollen, in denen die chinesischen Kommunisten ihrer Erklärung nach die Beschießung von Quemoy einstellen wollten. Man hatte gehofft, daß unter diesen Umständen mit Vorrang Maßnahmen hätten erörtert werden können, die zur Festigung einer echten Situation des Nicht-Kriegführens beigetragen hätten.

Unmittelbar vor den Beratungen haben die chinesischen Kommunisten jedoch entgegen ihrer Erklärung wieder mit dem Artilleriefeuer auf die Quemoy-Inseln begonnen. Angesichts dieser Entwicklung waren die Beratungen notwendigerweise zum großen

Teil den militärischen Aspekten der Lage gewidmet. Es wurde anerkannt, daß unter den derzeitigen Bedingungen die Verteidigung der Quemoy-Inseln zusammen mit der der Matsu-Inseln in engem Zusammenhang mit der Verteidigung Taiwans und der Penghu-Inseln (Pescadoren) steht.

Die beiden Regierungen erinnerten daran, daß ihr gegenseitiger Verteidigungsvertrag den Zweck gehabt hatte, ihre Einigkeit zum Ausdruck zu bringen, „damit kein potentieller Aggressor die Illusion hegen könnte, daß einer von ihnen im Gebiet des Westpazifik allein steht". Die Beratungen boten eine neue Gelegenheit, diese Einigkeit zu demonstrieren.

Die beiden Regierungen bekräftigten erneut ihre Solidarität angesichts der neuen Aggression der chinesischen Kommunisten, die jetzt in der Bombardierung der Quemoy-Inseln ihren Ausdruck findet. Diese Aggression und die gleichzeitige Propaganda der chinesischen Kommunisten haben sie nicht getrennt, wie dies die Kommunisten hofften. Im Gegenteil, dies hat sie noch enger zusammengeführt. Die beiden Regierungen sind der Ansicht, daß sie nicht nur sich selbst, sondern der Sache des Friedens dienen, indem sie sich gemeinsam der Aggression entgegenstellen. Wie Präsident Eisenhower am 11. September gesagt hat, ist der Widerstand gegen jede gewaltsame Aggression die einzige Haltung, die mit dem Frieden der Welt in Einklang steht.

Die beiden Regierungen nahmen von der Tatsache Kenntnis, daß die chinesischen Kommunisten, unterstützt von der Sowjetunion, ganz offen bestrebt sind, Taiwan zu erobern, das freie China zu beseitigen und die Vereinigten Staaten generell aus dem westlichen Pazifik zu vertreiben sowie sie zu zwingen, ihre kollektiven Sicherheitsabkommen mit den freien Ländern dieses Gebiets aufzugeben.

Diese Politik kann unmöglich gelingen. Die Regierungen der Vereinigten Staaten und der Republik China hoffen und glauben, daß die Kommunisten ihre Politik angesichts der bewiesenen Einigkeit, Entschlossenheit und Stärke nicht in einem allgemeinen Krieg auf die Probe stellen werden und daß sie alle militärischen Schritte aufgeben werden, die sie zur Einleitung ihrer nutzlosen und gefährlichen Politik bereits unternommen haben.

Außer der gegenwärtigen militärischen Situation erörterten die beiden Regierungen die allgemeinen langfristigen Aspekte ihrer Beziehungen.

Regierung und Volk der Vereinigten Staaten haben festes Vertrauen in das chinesische Volk und eine tiefempfundene Achtung vor dem großen Beitrag, den es zu einer Zivilisation geleistet hat und weiterhin leisten wird, die das Individuum und sein Familienleben achtet. Die Vereinigten Staaten erkennen an, daß die Republik China der Sprecher des freien China und der von der großen Masse des chinesischen Volkes getragenen Hoffnungen und Bestrebungen ist.

Die Regierung der Republik China erklärt es als ihr Ziel, ein würdiger Vertreter des chinesischen Volkes zu sein und danach zu streben, jene Fähigkeiten und Charaktereigenschaften zu erhalten, die es den Chinesen ermöglicht haben, so viel zum Wohle der Menschheit beizutragen.

Die beiden Regierungen bestätigten erneut ihr Bekenntnis zu den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen. Sie erinnerten daran, daß der Vertrag, der die Grundlage ihres Handelns ist, defensiven Charakter trägt. Die Regierung der Republik China betrachtet die Wiederherstellung der Freiheit ihres Volkes auf dem Festland als ihre heilige Mission. Sie ist der Ansicht, daß die Grundlage dieser Mission in den Gedanken und den Herzen des chinesischen Volkes verankert ist und daß das wichtigste Mittel zur erfolgreichen Durchführung dieser Mission die Befolgung der Drei Volks-Prinzipien von

Dr. Sun Yat-sen (Nationalismus, Demokratie und soziale Wohlfahrt) und nicht die Gewaltanwendung ist.

Die Beratungen erlaubten ein sorgfältiges Studium und die neuerliche Ueberprüfung der dringenden Probleme, die von beiderseitigem Interesse sind. Sie erwiesen sich als sehr wertvoll für beide Regierungen. Diese sind der Ansicht, daß solche Beratungen weiterhin in angemessenen Zeitabständen abgehalten werden sollten.

Quelle: *The Department of State Bulletin*, Vol. XXXIX, Nr. 1011, S. 721—723. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Botschaft des Verteidigungsministers der Volksrepublik China, Peng Teh-huai, an die Bewohner von Taiwan (Formosa) vom 25. Oktober 1958

Landsleute, Soldaten und Zivilisten, auf Taiwan, Penghu, Quemoy und Matsu:

Wir sind uns voll bewußt, daß die überwiegende Mehrheit von Euch Patrioten sind und daß nur äußerst wenige von Euch freiwillige Sklaven der Amerikaner sind. Landsleute! Chinesische Probleme können nur von uns Chinesen geregelt werden. Wenn die Dinge im Augenblick schwierig zu regeln sind, kann man immer noch später über sie sprechen. Der amerikanische politische Agent Dulles möchte seine Nase in die Geschäfte anderer Völker stecken. Er wünscht, sich in die lang andauernde politische Meinungsverschiedenheit zwischen der Kuomintang und der Kommunistischen Partei einzumischen, den Chinesen zu befehlen, dies oder das zu tun, und den chinesischen Interessen zugunsten der amerikanischen Interessen zu schaden. Das heißt: erstens Taiwan zu isolieren, und zweitens, Taiwan unter Vormundschaft zu stellen. Wenn die Dinge nicht so gehen, wie sie es wünschen, sind sie fähig, zu den finstersten Maßnahmen zu greifen.

Wißt Ihr, wie General Tschang Tso-lin den Tod gefunden hat? Es gibt im Nordosten Chinas einen Ort, der heißt Huangkutun, dort wurde er umgebracht. Kein Imperialist in der Welt hat ein Gewissen. Und die amerikanischen Imperialisten sind besonders boshaft, mindestens nicht besser als die Japaner, die Tschang Tso-lin töteten.

Landsleute! Ich rate Euch, etwas sorgfältiger zu sein. Ich rate Euch, Euch nicht zu sehr auf andere zu verlassen, auf daß Euch nicht die anderen Eure Rechte und Euer Ansehen nehmen. Es ist sehr leicht, die Dinge zwischen unseren beiden Parteien zu regeln. Ich habe unseren Truppen an der Fukien-Front bereits den Befehl gegeben, an den geraden Kalendertagen den Flughafen von Quemoy, den Kai, den Strand und die Schiffe in der Liaolo-Bucht nicht zu beschießen, damit die Landsleute, Soldaten wie Zivilisten, auf den großen und kleinen Inseln von Groß-Quemoy, Klein-Quemoy, Tatan, Erhtan und anderen genügend Nachschub, wie Nahrungsmittel, Gemüse, Speiseöle, Brennstoffe und militärische Ausrüstung, erhalten können, um die Einrichtung Eurer Stellungen für eine lange Zeit zu erleichtern. Wenn Ihr an irgend etwas Mangel leidet, sagt es nur, und wir werden es Euch geben.

Es ist nun an der Zeit, daß aus Feinden Freunde werden. Eure Schiffe und Flugzeuge sollten nicht an ungeraden Tagen kommen. Wir wollen nicht notwendigerweise an ungeraden Tagen schießen. Aber Ihr solltet darauf verzichten, zu kommen, um mögliche Verluste zu vermeiden. Auf diese Weise wird die Hälfte eines jeden Monats frei für Transporte sein, und es wird Euch nicht an Nachschub fehlen.

Einige von Euch befürchten, daß wir die Einigkeit zwischen Euren Truppen und der Zivilbevölkerung und zwischen den Offizieren und Soldaten unterminieren wollen. Nein, Landsleute! Wir hoffen, daß Ihr Eure Einigkeit stärkt und so einmütig den Fremdlingen entgegentretet. Der Wechsel zwischen Kampf und Waffenstillstand, Halb-Kampf und Halb-Waffenstillstand ist nicht ein Trick, sondern eine normale Sache unter

den gegenwärtigen besonderen Umständen. Der Flughafen, der Kai, der Strand und die Schiffe werden unter der Bedingung nicht beschossen, daß keine amerikanischen Eskorten durchgeführt werden. Eine Ausnahme wird nur gemacht, wenn es doch Eskorten geben sollte.

Während der Besprechungen zwischen Tschiang und Dulles habt Ihr einige Federn gelassen. Ihr habt nur noch das Recht, im Namen des „Freien China" zu sprechen. Außerdem erlaubt man Euch nur, eine kleine Gruppe von überseeischen Chinesen darzustellen. Die Amerikaner haben Euch den Titel Klein-China gegeben. Am 23. Oktober veröffentlichte das amerikanische Außenministerium ein Interview, das Dulles einem Korrespondenten einer britischen Rundfunkgesellschaft gegeben hat und das bereits vorher, am 16. Oktober, aufgenommen worden war. Das Interview wurde veröffentlicht, als Dulles Taiwan verließ. Dulles sagte, daß er ein China der Kommunisten sehe, und da dieses Land tatsächlich existiere, wolle er sich mit ihm befassen usw. Gott sei Dank, unser Land ist von einem dieser amerikanischen Herren bemerkt worden. Das ist ein großes China.

Unter dem Druck der Umstände haben die Amerikaner ihre Politik geändert und Euch als eine politische „de facto-Einheit" behandelt, d. h. in Wirklichkeit nicht als ein Land. Solch eine politische „de facto-Einheit" wird von den Amerikanern noch für das jetzt beginnende erste Stadium benötigt. Das bedeutet die Isolierung Taiwans. Im zweiten Stadium wird Taiwan unter Vormundschaft gestellt. Freunde der Kuomintang, fühlt Ihr diese Gefahr noch nicht? Wo ist der Ausweg? Denkt darüber nach! Das als Ergebnis der Besprechungen zwischen Tschiang und Dulles veröffentlichte Dokument war diesmal nur ein Kommuniqué ohne rechtliche Wirkung. Es wird Euch leichtfallen, Euch davon loszusagen, und es hängt nur davon ab, ob Ihr den Willen dazu habt oder nicht.

Es gibt nur ein China auf der Welt, nicht zwei. Darin sind wir uns einig. Das ganze chinesische Volk einschließlich Euch und den Landsleuten draußen wird auf keinen Fall dulden, daß das amerikanische Komplott, zwei Chinas zu schaffen, Wirklichkeit wird. Das gegenwärtige Zeitalter ist ein Zeitalter voller Hoffnung. Alle Patrioten haben eine Zukunft und sollten keine Angst vor den Imperialisten haben. Natürlich raten wir Euch nicht, sofort mit den Amerikanern zu brechen. Eine solche Idee wäre nicht realistisch. Wir hoffen nur, daß Ihr dem amerikanischen Druck nicht nachgebt, daß Ihr Euch nicht ihren Launen und ihrem Willen unterwerft, Eure souveränen Rechte verliert, um schließlich ohne Schutz in der Welt zu sein und ins Meer geworfen zu werden. Diese unsere Worte sind gut gemeint und enthalten keinerlei böse Absicht. Nach und nach werdet Ihr sie verstehen.

Peng Teh-huai, Verteidigungsminister

Quelle: *Peking Review,* Nr. 35 vom 28. Okt. 1958, S. 5. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Dokumente zur europäischen Handels- und Währungspolitik

Redaktionelle Vorbemerkung

Am 27. Dezember 1958 haben die Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie Großbritanniens, Dänemarks, Norwegens und Schwedens dem Internationalen Währungsfonds mitgeteilt, daß sie die Ausländerkonvertibilität[1] für ihre Währungen einführen. (Vgl. die Erklärung des IMF und die Erklärung der britischen Regierung auf S. D 68.)

Gleichzeitig erklärten die obengenannten Regierungen ihre Absicht, das Europäische Währungsabkommen (EWA) vom 5. August 1955[2] in Kraft zu setzen und die Europäische Zahlungsunion[3] zu beenden. Gemäß den Bestimmungen des EWA und des Abkommens über die EZU, die vorsehen, daß diese Maßnahme erfolgt, wenn Länder, die zusammen mehr als 50 vH der Quoten der EZU stellten, den Wunsch dazu äußern, hat der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC) am 27. Dezember das Inkrafttreten des EWA und die Beendigung der EZU verkündet. (Vgl. den Wortlaut der Mitteilung der OEEC auf S. D 69.)

Die Liquidation der EZU wurde mit Wirkung vom 15. Januar 1959 vollzogen. Ihr Kapital wurde dem unter dem EWA zu bildenden Europäischen Fonds übertragen, und die zu diesem Zeitpunkt bestehenden Forderungen und Schulden gegenüber der EZU wurden in bilaterale Forderungen und Schulden umgewandelt. (Vgl. die diesbezügliche Mitteilung der OEEC auf S. D 71 und die Erklärung des Präsidenten des Direktoriums des EWA, Dr. *von Mangoldt-Reiboldt*, auf S. D 74.)

Durch die Einführung der Konvertibilität — und ebenso durch die französische Wirtschafts- und Währungsreform[4] — ist eine neue Situation entstanden, der man bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Regelung der Außenhandelsbeziehungen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Drittländern wird Rechnung tragen müssen. Die hierzu bisher im Rahmen der OEEC mit dem Ziel einer Freihandelszone[5] geführten Verhandlungen sind im Dezember 1958 ergebnislos abgebrochen worden. Ueber diese Verhandlungen hat die britische Regierung am 30. Januar ein Weißbuch veröffentlicht, in dem der Verhandlungsverlauf in britischer Sicht dargestellt ist. (Vgl. den Wortlaut des Weißbuchs auf S. D 77.)

---

[1]) Zum Problem der Konvertibilität vgl. die unter dieser Ueberschrift zusammengefaßten Beiträge von Hans *Möller*, Hanns-Joachim *Rüstow* und Walter E. *Genzer* in Europa-Archiv 4/1955, S. 7323—7342; ferner die Zusammenfassung der CEPES-Studie „Die wirtschaftspolitischen Voraussetzungen für die Konvertibilität der europäischen Währungen", ebenda, S. 7342—7344, und die Resolution der Europäischen Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit, ebenda, S. 7344. Eine zusammenfassende Darstellung des Weges zur Konvertibilität gibt Randall *Hinshaw*, „Toward European Convertibility" in: *Essays in International Finance*, Nr. 31, November 1958 (International Finance Section, Department of Economics and Sociology, Princeton University).

[2]) Zum EWA vgl. den erläuternden Aufsatz von Wolfdieter *Wabnitz* in Europa-Archiv 19/1955, S. 8237—8246; ebenda Wortlaut des Abkommens und des 1. Zusatzprotokolls; Wortlaut des 2. Zusatzprotokolls in: *Bundesanzeiger*, Nr. 160, 22. August 1958.

[3]) Zur EZU vgl. Hans *Möller*, „Das intereuropäische Zahlungs- und Verrechnungsabkommen" in Europa-Archiv 1/1949, S. 1781, und Helmuth *Camman*, „Großbritannien und die Europäische Zahlungsunion" in Europa-Archiv 19/1953, S. 6001, sowie die laufende Berichterstattung in der Rubrik „Informationen und Berichte" des Europa-Archivs.

[4]) Vgl. hierzu den Bericht von Norbert *Welter* auf S. 121—124 dieser Folge, ferner den Beitrag von Walter *Schütze* auf S. 87—108.

[5]) Zum Problem der Freihandelszone vgl. die bisher im Europa-Archiv erschienenen Beiträge und Berichte: Richard *Bailey*, „Die britische Einstellung zum Europäischen Gemeinsamen Markt und zur Freihandelszone" in Folge 9/1957, S. 9803; Günter *Keiser*, „Die Verhandlungen über die Errichtung einer europäischen Freihandelszone" in Folge 1/1958, S. 10 423; Wilhelm *Cornides*, Norbert *Kohlhase* und Joachim *Willmann*, „Die Freihandelszone als Krisenherd der europäischen Integrationspolitik" in Folge 9/1958, S. 10 707; Norbert *Kohlhase*, „Die OEEC und der Gemeinsame Markt" (Würdigung des Ouin-Berichts").

Erklärung des Internationalen Währungsfonds vom 27. Dezember 1958 zur Währungsentwicklung in Europa

Die Regierungen Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Luxemburgs, der Niederlande, Norwegens, Schwedens und Großbritanniens haben den Internationalen Währungsfonds davon unterrichtet, daß sie Maßnahmen zur Herstellung der Ausländer-Konvertibilität ihrer Währungen ergriffen haben.

Ganz allgemein bedeutet dies, daß die Währungen dieser Länder, von unbedeutenden Ausnahmen abgesehen, für Ausländer konvertierbar werden, und zwar nicht nur wie bisher untereinander, sondern auch in amerikanische Dollars.

Der Währungsfonds begrüßt diese Währungsmaßnahmen als einen bedeutsamen Schritt auf dem Wege zur Schaffung eines echten, multilateralen Zahlungssystems, das mit den Zielen des Währungsfonds im Einklang steht. Die Bedeutung dieser Maßnahmen wird noch dadurch erhöht, daß sie durch eine Verminderung der Handelsbeschränkungen und Diskriminierungen weiter verstärkt werden.

Als ein an diesem Schritt zur Ausländer-Konvertibilät beteiligtes Land hat Frankreich heute mit dem Währungsfonds eine neue Währungsparität, und zwar 493,707 Franken für den US-Dollar, vereinbart. Diese Abwertung dürfte zusammen mit neuen Maßnahmen auf dem Gebiete der öffentlichen Finanzen, des Kredits, der Preise und des Handels der Wiederherstellung und Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit französischer Erzeugnisse dienen und maßgeblich zu der Schaffung einer gesunden Zahlungsbilanz-Position beitragen.

Die oben genannten Regierungen haben ebenfalls ihren Beschluß bekanntgegeben, die Europäische Zahlungsunion zu beenden und durch das Europäische Währungsabkommen zu ersetzen. Dieses Abkommen wurde im Rahmen der OEEC im Jahre 1955 als ein geeignetes neues Instrument der währungspolitischen Zusammenarbeit für den Zeitpunkt ausgearbeitet, an dem die europäischen Länder in der Lage sein würden, die Ausländer-Konvertibilität einzuführen.

Die Verwirklichung der Ausländer-Konvertibilität zu diesem Zeitpunkt spiegelt die große Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Europas und die Stärkung seiner Währungsreserven wider.

Diese Entwicklung wurde ermöglicht nicht nur durch die allgemeine Steigerung der Produktion während der Nachkriegszeit und durch bestimmte andere günstige Umstände, sondern insbesondere durch die Befolgung einer wirksamen Fiskal- und Kreditpolitik.

Die jetzt ergriffenen Maßnahmen stellen eine Festigung des seit dem Kriege erzielten Fortschritts dar und dürften die Basis für weitere Fortschritte nicht nur in Europa, sondern auch in den Beziehungen zu anderen Wirtschaftsräumen bilden. Dieser gleichzeitige Schritt zahlreicher europäischer Länder zur Ausländer-Konvertibilität ist eine bemerkenswerte gemeinsame Anstrengung.

Quelle: *New York Herald Tribune* (Paris Edition) vom 29. Dezember 1958. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Presseverlautbarung der britischen Regierung vom 27. Dezember 1958

Es wird vom Schatzamt bekanntgegeben, daß mit Wirkung vom Montag, dem 29. Dezember, 9 Uhr, Sterling-Guthaben, die Personen, die nicht im Sterling-Gebiet wohnen, gehören oder von diesen erworben werden, in der ganzen Welt frei transferierbar sein werden. Infolgedessen werden alle Sterling-Guthaben von Ausländern zum offiziellen Wechselkurs in Dollar konvertierbar sein.

In der Marge des Pfundes gegenüber dem Dollar wird keine Aenderung eintreten; sie wird weiterhin zwischen $ 2,78 und $ 2,82 liegen.

Die Devisenkontrolle bleibt aufrechterhalten. Die Politik hinsichtlich des Kapital-Transfers außerhalb des Sterling-Gebiets bleibt unverändert. Bezüglich der laufenden Zahlungen für Handelsgüter oder Dienstleistungen tritt keine unmittelbare Aenderung ein. Die Regierung wird ihre in Montreal angekündigte Politik einer Lockerung der Beschränkungen fortsetzen, soweit und sobald die Umstände dies rechtfertigen.

Die jetzt getroffene Maßnahme ist Bestandteil einer koordinierten europäischen Aktion. Die Wahl des Zeitpunktes erfolgte nach Konsultationen, die zunächst zwischen der Regierung Ihrer Majestät und der französischen und der deutschen Regierung stattfanden. Eine Anzahl anderer europäischer Regierungen hat sich bereit erklärt, gleichlaufende Maßnahmen zu treffen. Im Jahre 1955 billigte die OEEC in Bereitschaft für eine Aktion dieser Art Abmachungen, die als Europäisches Währungsabkommen bekannt sind und an die Stelle der Europäischen Zahlungsunion treten, sobald die erforderliche Anzahl von Mitgliedern beschlossen hat, daß dies geschehen sollte. Die erforderlichen Benachrichtigungen wurden an den Generalsekretär der OEEC gesandt, um das EWA in Kraft zu setzen. Diese Maßnahme ist daher das Ergebnis einer engen europäischen Zusammenarbeit auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet.

Es ist die Politik der Regierung, die auf verschiedenen Commonwealth-Konferenzen unterstützt wurde, Handel und Zahlungen zu liberalisieren, soweit und sobald solche Maßnahmen mit Sicherheit und Nutzen getroffen werden können. Dementsprechend hat die Regierung seit einiger Zeit beabsichtigt, das Verfahren einer Vereinheitlichung der verschiedenen Arten von Sterling-Guthaben im Besitz von Ausländern, das seit Kriegsende läuft, abzuschließen.

Im März 1954 gab es nur noch zwei Hauptarten, die offiziellen und die transferierbaren Sterling-Guthaben. Im Jahre 1955 gestattete die Regierung, daß sich das Devisenausgleichskonto auf dem Markt für transferierbare Pfund Sterling betätigt, und seitdem konnten transferierbare Pfund Sterling gegen einen kleinen Abzug vom offiziellen Wechselkurs gegen Dollar ausgetauscht werden. Im Hinblick auf die Lage der Devisenmärkte in den letzten Monaten und auf Gespräche in Montreal, New Delhi und Paris hält die Regierung den Zeitpunkt für gekommen, die transferierbaren und offiziellen Pfund Sterling zu vereinheitlichen. Die Behörden werden Maßnahmen ergreifen, um transferierbare, amerikanische, kanadische und registrierte Guthaben zu vereinheitlichen, die in Zukunft als externe Guthaben bezeichnet werden. Es ergibt sich daraus, daß in Zukunft Sterling für Ueberseerechnung in London auf einem einzigen Markt gehandelt werden.

Quelle: *New York Herald Tribune* vom 29. Dezember 1958.

Mitteilung des Europäischen Wirtschaftsrats (OEEC) vom 27. Dezember 1958 über das Inkrafttreten des Europäischen Währungsabkommens (EWA)

Der Generalsekretär der OEEC, René Sergent, hat heute die Regierungen der Mitgliedstaaten davon unterrichtet, daß das Europäische Währungsabkommen, das am 5. August 1955 unterzeichnet wurde, in Kraft gesetzt worden ist.

Diese Bekanntmachung erfolgt im Anschluß an die heute vormittag erfolgte Notifizierung an den Generalsekretär durch die Regierungen Belgien-Luxemburgs, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der Niederlande, die mehr als 50 vH der Quoten der Europäischen Zahlungsunion auf sich vereinigen. In ihren Noten äußern die Regierungen den Wunsch, die EZU zu beenden und das EWA in Kraft zu setzen. Dies Notifizierung erfolgt gemäß den Bestimmungen des EWA und des Abkommens über die Errichtung der EZU.

Der Generalsekretär ist auch von den Regierungen Dänemarks, Norwegens und Schwedens unterrichtet worden, daß sie mit diesen Maßnahmen einverstanden sind.

Die Bestimmungen des EWA sehen vor, daß die anderen Mitgliedstaaten der OEEC ebenfalls an dem EWA teilnehmen. Die beigefügte Tabelle enthält eine Liste aller Mitgliedstaaten, in der auch die von ihnen bei der EZU innegehabten Anteile an der Gesamtquote und das Verhältnis ihrer Beiträge zum Europäischen Fonds verzeichnet sind.

	EZU-Quoten	Beiträge zum Europ. Fonds
	in vH	*in vH*
Großbritannien	25,5	26,4
Frankreich	12.5	12,8
Deutschland	12.0	12,8
Belgien/Luxemburg	8,7	9,1
Niederlande	8,5	9,1
Schweiz	6,0	6,4
Schweden	6,3	4,6
Italien	4,9	4,6
Norwegen	4,8	4,6
Dänemark	4,7	4,6
Oesterreich	1,7	1,5
Portugal	1,7	1,5
Türkei	1,2	0,9
Griechenland	1,1	0,9
Island	0,4	0,3

Das EWA sieht die Schaffung eines Europäischen Fonds in Höhe von 600 Millionen Dollar vor. Ein Teil dieses Fonds wird durch die Transferierung von 271 Millionen Dollar, die den ursprünglichen Beitrag der Vereinigten Staaten zu dem Kapital der EZU darstellen, aufgebracht. Der Restbetrag des Fonds wird durch Beiträge der europäischen Staaten aufgebracht.

Der Fonds dient zwei Zwecken; erstens soll er den Ausgleich der monatlichen Salden zwischen den Zentralbanken der Mitgliedstaaten erleichtern. Dieser Ausgleich wird jedoch auf einer hundertprozentigen Goldbasis erfolgen. Es werden keine automatischen Kredite gewährt werden, wie dies bei der EZU der Fall war. Daher wird durch diesen Ausgleich keine tatsächliche Inanspruchnahme der Mittel des Fonds erfolgen, und die Beträge, die zu diesem Zweck benötigt werden, dienen daher lediglich der Gewährleistung einer reibungslosen Durchführung der Operationen.

Zweitens kann der europäische Fonds für auf zwei Jahre begrenzte Kredite an jeden Mitgliedstaat in Anspruch genommen werden. Diese Kredite werden nach Prüfung der Anträge durch ein neues, vom Rat der OEEC zu bildendes Direktorium* und nach Billigung der Empfehlungen des Direktoriums durch den Rat gewährt.

Quelle: OEEC Press Release A (58) 46 vom 27. Dezember 1958. Uebersetzung des Europa-Archivs.

*) Am 30. Dezember hat der Rat der OEEC die Mitglieder des Direktoriums des EWA wie folgt ernannt: zum Präsidenten: Dr. H. K. *von Mangoldt-Reiboldt*, Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank; zu Vizepräsidenten: P. *Calvet*, stellvertr. Gouverneur der Bank von Frankreich, D. B. *Pitblado*, Unterstaatssekretär im britischen Schatzamt; zu Mitgliedern: C. *de Strycker*, stellvertr. Direktor der Belgischen Nationalbank, G. *Carli*, Hauptberater im italienischen Devisenkontrollamt, K. *Getz Wold*, stellvertr. Gouverneur der Bank von Norwegen, A. *Hay*, Direktor der Schweizerischen Nationalbank.

Die Mitglieder des Direktoriums sind ad personam ernannt, sie sind nicht Vertreter ihres Landes.

Mitteilung des Europäischen Wirtschaftsrats (OEEC) vom 30. Januar 1959 über die Liquidation der Europäischen Zahlungsunion

Die Europäische Zahlungsunion (EZU), über die der gesamte Zahlungsverkehr zwischen ihren Mitgliedstaaten (und deren Währungsgebieten) seit dem 1. Juli 1950 abgewickelt wurde, ist zum 27. Dezember 1958 beendet worden, und gleichzeitig trat das Europäische Währungsabkommen in Kraft.

Die letzten Operationen der EZU für die Zeit vom 1. bis zum 27. Dezember 1958 wurden am 15. Januar 1959 abgewickelt, und am gleichen Tage wurde das Kapital der EZU — 271,575 Millionen Rechnungseinheiten (RE = $) — dem Europäischen Fonds übertragen, der auf Grund des Europäischen Währungsabkommens gebildet wird.

Nach Uebertragung dieses Kapitals — und nach der Aufteilung des auf dem Einnahmen- und Ausgabenkonto der EZU angesammelten Ueberschusses (1,6 Millionen $) auf die Mitgliedstaaten — hatte die EZU folgende Aktiva und Passiva:

Tabelle I

Aktiva *in Millionen RE (= $)*		Passiva	
Liquide Vermögenswerte	167,1	**Normal-Kredit von:**	
Normal-Kredit an:		Deutschland	1027,1
Frankreich	484,5	Belgien/Luxemburg	153,9
Großbritannien	378,5	Niederlande	121,1
Norwegen	87,1	Italien	7,1
Dänemark	65,5	Oesterreich	5,4
Portugal	36,4	Schweden	1,1
Türkei	33,8	**Sonderkredit von:**	
Griechenland	11,9	Deutschland	100,0
Schweiz	11,8	Schweiz	6,0
Island	7,2	Belgien/Luxemburg	5,5
Sonderkredit an:		Italien	5,0
Frankreich	150,0	Oesterreich	1,5
	1433,7		1433,7

Der nächste Schritt bei der Liquidation war die Verteilung der verbliebenen konvertierbaren Guthaben (167,1 Millionen $) an die Gläubiger im Verhältnis ihrer Forderungen auf Grund des von ihnen der EZU gewährten Normal-Kredits. Das Ergebnis dieser Verteilung zeigt die folgende Tabelle:

Tabelle II

Verminderung des der EZU gewährten Normal-Kredits auf Grund der Verteilung der liquiden Vermögenswerte an die Gläubiger

in Millionen RE (= $)

Gläubiger	Der EZU gewährter Normal-Kredit	Verteilung aus den liquiden Vermögens-werten	Kreditstand nach der Verteilung
Deutschland	1027,1	130,4	896,6
Belgien	153,9	19,5	134,3
Niederlande	121,1	15,4	105,7
Italien	7,1	0,9	6,2
Oesterreich	5,4	0,7	4,7
Schweden	1,1	0,1	1,0
	1315,7	167,1	1148,6

Diese Verteilung wurde am 16. Januar 1959 vorgenommen.

Die verbleibenden Forderungen und Schulden der EZU werden nach den folgenden Bestimmungen liquidiert:

1) Wie anläßlich der Gewährung des Sonderkredits an Frankreich im Januar 1958 festgelegt, wird dieser Kredit in Höhe von 150 Millionen $ in 30 gleichen Monatsraten zu je 5 Millionen $, beginnend im Januar 1960, zurückgezahlt werden; dabei hat Frankreich das Recht, Vorauszahlungen zu leisten. Die von Frankreich zu leistenden Rückzahlungen werden direkt an die Länder gehen, welche die in den untenstehenden Tabellen III A und III B ausgewiesenen Ansprüche haben — dabei sind zuerst die Ansprüche gemäß Tabelle III A und anschließend die Ansprüche gemäß Tabelle III B zu befriedigen.

Tabelle III A
in Millionen RE (= $)

An die EZU gewährter Sonderkredit		Von der EZU an Frankreich gewährter Sonderkredit	
Deutschland	100,0	Frankreich	118,0
Schweiz	6,0		
Belgien	5,5		
Italien	5,0		
Österreich	1,5		
	118,0		118,0

Tabelle III B
in Millionen RE (= $)

Anteilmäßige Forderungen an die EZU im Verhältnis zum Normal-Kredit		Von der EZU an Frankreich gewährter Sonderkredit	
Deutschland	25,0	Frankreich	32,0
Belgien	3,7		
Niederlande	2,9		
Italien	0,2		
Österreich	0,1		
Schweden	0,0		
	32,0		32,0

2) Nach Durchführung der oben angeführten Operationen hatten die an die EZU und von der EZU gewährten Kredite folgende Höhe (in Millionen $):

Tabelle IV
in Millionen RE (= $)

An die EZU gewährter Normal-Kredit		Von der EZU gewährter Normal-Kredit	
Deutschland	871,6	Frankreich	484,5
Belgien	130,6	Großbritannien	378,5
Niederlande	102,8	Norwegen	87,1
Italien	6,0	Dänemark	65,5
Österreich	4,6	Portugal	36,4
Schweden	1,0	Türkei	33,8
		Griechenland	11,9
		Schweiz	11,8
		Island	7,2
	1116,6		1116,6

Tabelle V

Bilaterale Aufteilung des Normal-Kredits
(Senkrecht: bilaterale Forderungen; waagerecht: bilaterale Schulden)
in Millionen RE (= $)

Bilaterale Schulden der Länder:	Bilaterale Forderungen der Länder:															Bilaterale Schulden insgesamt
	Deutschland	Belgien-Luxemburg	Niederlande	Oesterreich	Italien	Schweden	Schweiz	Griechenland	Dänemark	Großbritannien	Norwegen	Island	Portugal	Türkei	Frankreich	
Frankreich	167,386	58,320	54,253	8,732	24,659	30,437	27,670	3,759	14,545	76,229	12,424	0,849	3,603	1,604	—	484,472
Türkei	14,553	4,497	4,122	0,624	1,739	2,125	1,889	0,223	0,797	4,060	0,578	0,035	0,131	—	—	35,371
Portugal	19,086	5,356	4,843	0,690	1,899	2,296	1,992	0,194	0,607	2,916	0,287	0,010	—	—	—	40,158
Island	4,012	1,094	0,985	0,138	0,377	0,453	0,390	0,035	0,101	0,468	0,032	—	—	—	—	8,085
Norwegen	52,433	13,830	12,385	1,686	4,586	5,495	4,669	0,371	0,935	3,993	—	—	—	—	—	100,382
Großbritannien	267,913	66,110	58,553	7,539	20,214	23,931	19,756	1,065	1,063	—	—	—	—	—	—	466,144
Dänemark	48,785	11,801	10,416	1,317	3,513	4,142	3,384	0,151	—	—	—	—	—	—	—	83,508
Griechenland	10,871	2,445	2,129	0,250	0,652	0,755	0,587	—	—	—	—	—	—	—	—	17,688
Schweiz	53,868	8,882	7,193	0,473	0,947	0,798	—	—	—	—	—	—	—	—	—	72,162
Schweden	54,426	8,088	6,347	0,269	0,330	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	69,461
Italien	42,278	5,920	4,554	0,123	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	52,876
Oesterreich	14,136	1,805	1,342	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17,284
Niederlande	62,107	2,255	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	64,361
Belgien-Luxemburg	59,805	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	59,805
Deutschland	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bilaterale Forderungen insgesamt	871,643	190,404	167,122	21,840	58,915	70,431	60,338	5,798	18,047	87,666	13,320	0,895	3,734	1,604	—	1571,757

In Uebereinstimmung mit dem EZU-Abkommen sind diese Schulden und Forderungen in bilaterale Schulden und Forderungen umgewandelt worden, wobei eine Formel angewandt wurde, deren Zweck es ist, alle zur Zeit der Liquidation gegenüber der EZU bestehenden Schulden und Forderungen auf alle Mitgliedstaaten im Verhältnis zur Quote jedes Mitglieds und zu seiner Position in der EZU aufzuteilen.

Die bilateralen Forderungen und Schulden, die sich aus der Anwendung dieser Bestimmungen ergeben, wurden heute vom Rat formell bestätigt und sind in Tabelle V ausgewiesen. Ueber den Modus der Rückzahlung wird nun zwischen den betroffenen Ländern verhandelt werden.

Quelle: OEEC Press Release A(59)5 vom 30. Januar 1959. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Erklärung von Dr. von Mangoldt vom 30. Januar 1959 über die Beendigung der EZU und das Inkrafttreten des EWA

1. Am 27. Dezember vergangenen Jahres lief die EZU aus, und an ihre Stelle trat unmittelbar das Europäische Währungsabkommen. Dieses war schon am 5. August 1955 unterzeichnet worden, um eine kontinuierliche Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet des Zahlungsverkehrs zu gewährleisten, falls einige von ihnen zur Konvertibilität zurückkehren sollten. Gleichzeitig war das EZU-Abkommen im August 1955 durch eine besondere Beendigungsklausel ergänzt worden. Danach sollte die EZU beendet und das EWA in Kraft gesetzt werden, wenn der OEEC von einer Gruppe von Ländern, auf die zusammen mehr als 50 vH der gesamten Quoten der EZU entfallen, die Mitteilung gemacht würde, daß sie die Konvertibilität ihrer Währungen herzustellen und das EWA in Anwendung zu bringen beabsichtigen.

Entsprechende Mitteilungen gingen am 27. Dezember 1958 von Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien, den Niederlanden und Großbritannien bei der Organisation ein; zu diesen kamen in der Folge noch weitere Mitgliedstaaten hinzu. Damit war die EZU beendet, und das EWA trat an diesem Tage in Kraft.

2. Zunächst möchte ich in diesem Zusammenhang hervorheben, daß der Wechsel von der EZU zum Europäischen Währungsabkommen keinen radikalen Wandel in der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Handels- und Zahlungsverkehrs, wie sie während der vergangenen 10 Jahre von der OEEC entwickelt worden ist, bedeutet. Im Gegenteil, es handelt sich lediglich um einen weiteren, im gegenseitigen Einverständnis unternommenen Schritt im Sinne einer kontinuierlichen Entwicklung der Finanz- und Währungspolitik der OEEC-Länder. Tatsächlich ist es eine von der EZU selbst vollbrachte Leistung im Rahmen ihrer ursprünglichen Zielsetzung, die unter anderem vorsah, daß sie „eine Rückkehr zur allgemeinen Konvertibilität der Währungen" fördern solle. In diesem Zusammenhang möchte ich ferner auf die wichtige Rolle hinweisen, die die EZU bei der Liberalisierung des Handels und der unsichtbaren Transaktionen der Mitglieder untereinander und zwischen ihnen und der übrigen Welt auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung gespielt hat. Ich brauche nicht näher auszuführen, wieviel auf diesen Gebieten erreicht worden ist. Meiner Ansicht nach hat die EZU — die nie mehr als eine Uebergangslösung darstellen sollte — weitgehend die Aufgaben erfüllt, die man bei ihrer Gründung im Auge hatte, und ihre Ablösung durch das Europäische Währungsabkommen ist nur eine natürliche und logische Weiterführung der von der EZU während der letzten achteinhalb Jahre ausgeübten Funktionen.

3. In den ersten Jahren bestand die wichtigste Aufgabe der Zahlungsunion darin, durch ihren multilateralen Ausgleichsmechanismus die uneingeschränkte Transferierbarkeit der Währungen der Mitgliedstaaten untereinander zu gewährleisten und gleichzeitig eine erhöhte Liquidität zu erreichen und weiterhin in der automatischen Bereit-

stellung von Krediten, auf Grund deren es den Mitgliedstaaten möglich wurde, ihre Zahlungsbilanz dem Risiko der gleichzeitigen fortschreitenden Liberalisierung des Handels auszusetzen. Man kann, glaube ich, mit Recht behaupten, daß beide Aufgaben erfüllt wurden.

4. Der multilaterale Ausgleichsmechanismus der Zahlungsunion, und zwar sowohl auf monatlicher Basis als auch auf lange Sicht, hatte den Erfolg, daß 70 vH der bilateralen Ueberschüsse und Defizite, die während des Bestehens der EZU in der Abrechnung eingebracht wurden, verrechnet werden konnten. Die gesamten Defizite und Ueberschüsse erreichten den Gegenwert von 47 Milliarden Dollar, und nach der Verrechnung in der EZU war von dieser Summe nurmehr der Saldo von 14 Milliarden Dollar in Gold oder durch Kredite zu verrechnen.

Ich darf vielleicht noch erwähnen, daß die von mir erwähnte Summe von 47 Milliarden Dollar lediglich die Summe der bilateralen *Netto*-Salden ist, mit anderen Worten der Salden der Gutschriften und Belastungen auf den bilateralen Konten während eines Monats.

Daraus geht hervor, daß der tatsächliche Gesamtwert aller über die EZU verrechneten Transaktionen ein Vielfaches dieser Summe erreicht. Aus verschiedenen Gründen ist es so gut wie unmöglich, die Gesamtziffer für alle durch die EZU verrechneten Transaktionen genau zu bestimmen, aber man kann wohl ohne Uebertreibung behaupten, daß während der achteinhalb Jahre des Bestehens der EZU nicht weniger als 30 vH der Welthandelsumsätze auf diese Weise verrechnet worden sind. Daß all dies mit einem Arbeitskapital von 350 Millionen Dollar erreicht werden konnte, ist ein schlagender Beweis für die Wirksamkeit des Abrechnungssystems der EZU und für die gute Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten.

5. Die zweite Hauptaufgabe der Zahlungsunion war die Bereitstellung von automatischen Krediten zur Förderung der Liberalisierungsmaßnahmen. Diese Aufgabe wurde durch regelmäßige Verrechnung monatlicher Netto-Defizite und -Ueberschüsse erfüllt, die teils in Gold und teils in Form von Krediten erfolgte. Das praktische Ergebnis dieses Systems war, daß die EZU einen Mechanismus darstellt, durch den Schuldnerländern automatisch Kredite der Gläubigerländer in bestimmten festgelegten Größenordnungen gewährt wurden. Während der ersten Jahre ihres Bestehens war die durchschnittliche Verrechnungsbasis der EZU: 40 vH in Gold und 60 vH in Form von Krediten. Aber als die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten in zunehmendem Maße gesundeten und ihre Gold- und Dollarreserven wuchsen, wurde der Goldanteil allmählich erhöht, zunächst auf 50 vH im Jahre 1954, und dann auf 75 vH im Jahre 1955. Außerdem wurden im Jahre 1954 Abmachungen getroffen, um eine Verrechnung der während der ersten Jahre in der EZU aufgelaufenen Schulden und Forderungen zu erleichtern. Danach verpflichteten sich die Schuldnerländer zu vertraglich festgelegten Amortisationszahlungen an die Gläubigerländer, wodurch den letzteren ihre der Zahlungsunion zur Verfügung gestellten Kredite zurückgezahlt wurden, während die Schuldner ihre bei der Union aufgenommenen Kredite tilgten. Bis zum 27. Dezember 1958 waren auf diese Weise über 1 Milliarde Dollar an Schulden und Forderungen abgegolten. Die Gesamtsumme der auf diese Weise verfügbar gemachten Kredite war stets auffallend konstant: sie betrug während der letzten Jahre etwa 2,4 Milliarden Dollar. Die von dieser Möglichkeit Gebrauch machenden Länder haben zwar während dieser Zeit gewechselt, aber die Gesamtsumme blieb konstant.

Wie bereits erwähnt, mußten von den in die EZU-Abrechnungen eingebrachten bilateralen Ueberschüssen und Defiziten in Höhe von 47 Milliarden Dollar nur 14 Milliarden Dollar durch Goldzahlungen oder durch Kreditgewährung ausgeglichen werden. Auf Grund der Tilgungsvereinbarungen und der allmählich sog. „Härtung" des Abrechnungs-

verhältnisses war dieser verbleibende Saldo von 14 Milliarden Dollar bis zum Zeitpunkt der Beendigung der Zahlungsunion zu etwa 80 vH in Gold und zu 20 vH in Krediten verrechnet worden.

6. Abgesehen von diesen grundlegenden Aufgaben der EZU hat ihre Existenz auch sonst bedeutende Ergebnisse gezeitigt. Die Tatsache, daß die monatlichen Abrechnungen der EZU zu im voraus festgelegten Wechselkursen für die Währung jedes Mitgliedstaats stattfanden, gab den Zentralbanken dieser Staaten die Gewißheit, daß sie jeden Monat ihre Guthaben in Währungen der anderen Mitgliedstaaten über die EZU zu festen Kursen verrechnen konnten. Dies war ein Element, das die Einführung der freien Devisenarbitrage für die Mehrzahl der europäischen Währungen (die 1953 vorgenommen wurde) und die ständig zunehmende Verwendung dieser Währungen im internationalen Handel — wie sie zum Beispiel in den mit Brasilien und Argentinien abgeschlossenen multilateralen Zahlungsabkommen zum Ausdruck kommt — wesentlich begünstigte.

7. Zweitens hatte die Zahlungsunion in ihrem Direktorium — dessen Vorsitz zu führen ich mehr als sechs Jahre lang die Ehre hatte — ein Forum für die Diskussion der von den einzelnen Mitgliedstaaten verfolgten Währungs- und Kreditpolitik. In diesem Rahmen konnten besondere Hilfsmaßnahmen für Mitgliedstaaten geprüft und empfohlen werden. Als Beispiele aus der letzten Zeit seien nur die beträchtlichen Kredite genannt, die Frankreich und der Türkei im Jahre 1958 gewährt wurden. In beiden Fällen — wie auch sonst allgemein — handelte das Direktorium in enger Fühlungnahme mit dem Internationalen Währungsfonds. Dieser enge Kontakt mit den verantwortlichen Stellen des Internationalen Währungsfonds hat es dem Direktorium erleichtert, die Funktionen und Aufgaben der EZU, die sich aus der allmählichen Aufhebung der Devisenbewirtschaftung und aus dem Abbau der diskriminatorischen Maßnahmen gegenüber anderen Währungsgebieten ergaben, in einer weiteren Perspektive zu betrachten.

8. Abschließend möchte ich noch einige Bemerkungen zum Europäischen Währungsabkommen machen. Es ist zwar noch zu früh, um Mutmaßungen über die Auswirkungen der letzten währungspolitischen Umstellungen und über die zukünftige Rolle des Europäischen Währungsabkommens auf den Gebieten des Handels- und Zahlungsverkehrs anzustellen; aber ich möchte auf das Element der Kontinuität zwischen EZU und EWA hinweisen, das zum Beispiel schon darin zum Ausdruck kommt, daß sich das neue Direktorium des EWA aus denselben Mitgliedern zusammensetzt wie das Direktorium der EZU.

9. Das EWA umfaßt folgende wesentliche Institutionen:

a) einen Europäischen Fonds für die Bereitstellung kurzfristiger Kredite (bis zu 2 Jahren) zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei vorübergehenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten, wenn die Aufrechterhaltung ihrer Liberalisierungsmaßnahmen gegenüber anderen Mitgliedstaaten gefährdet ist. Dieser Fonds verfügt über ein Kapital von 600 Millionen Dollar; davon werden 272 Millionen Dollar aus dem EZU-Vermögen übernommen, die restlichen 328 Millionen Dollar werden bei Bedarf bei den Mitgliedsländern abgerufen.

   Abweichend von der Handhabung bei der EZU werden diese Kredite jedoch nicht automatisch gewährt, sondern von Fall zu Fall unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände. Ferner werden die Kredite des Europäischen Fonds in Gold gewährt und können vom Empfängerland nach Belieben für Zahlungen irgendwo in der Welt verwendet werden.

b) Ein System des multilateralen Zahlungsausgleichs, das es den Mitgliedstaaten ermöglicht, ihre Forderungen gegenüber anderen Mitgliedstaaten monatlich unter vorher festgelegten Bedingungen zu verrechnen. Ebenso wie bei der EZU sind zwischen den monatlichen Abrechnungen weiterhin Zwischenfinanzierungen möglich;

aber im Gegensatz zu den Verfahren bei der EZU ist der Betrag, den ein Land im Rahmen einer solchen Zwischenfinanzierung in Anspruch nehmen darf bzw. den ein Land zur Verfügung stellen muß, fest begrenzt.

Das EZU-System der monatlichen Abrechnung zu im voraus festgesetzten Wechselkursen wird also weitergeführt, aber mit drei wichtigen Unterschieden. Der erste besteht darin, daß es jedem Mitgliedstaat freigestellt ist, ob er Guthaben in der Währung anderer Mitgliedstaaten in die monatlichen Abrechnungen einbringt oder nicht; allerdings *müssen* ausstehende Salden aus der Zwischenfinanzierung in die monatliche Abrechnung eingebracht werden. Zweitens werden alle Ausgleichszahlungen im Rahmen der monatlichen Abrechnung zu 100 vH in Dollars geleistet. Drittens werden die eingebrachten Salden nicht zur offiziellen Dollarparität verrechnet, sondern zu den An- und Verkaufskursen, die jedes Land für seine Währung im Verhältnis zum Gold oder zum US-Dollar festgesetzt hat. Deshalb ist jedes Mitgliedsland verpflichtet, die An- und Verkaufskurse für seine Währung, die der monatlichen Abrechnung zugrunde gelegt werden sollen, bekanntzugeben. Von einigen abgesehen, sind Kurse notifiziert worden, die von der Dollarparität nach jeder Seite um etwa ³/₄ vH abweichen.

10. Die hier beschriebenen Bestimmungen und die Tatsache, daß die Währungen der meisten Mitgliedstaaten für Ausländer konvertierbar sind, werden voraussichtlich dazu führen, daß die Länder es vorziehen, Fremdwährungen zu Marktkursen auf den Devisenmärkten zu kaufen oder zu verkaufen, statt das System des multilateralen Zahlungsausgleichs in Anspruch zu nehmen, bei dem die Verrechnung zu ungünstigen Kursen erfolgt. Trotzdem bedeuten die Existenz des Systems und die Verpflichtungen, die es allen Mitgliedstaaten auferlegt, für die Zentralbanken eine Garantie, daß sie jederzeit ihre Guthaben in Währungen anderer Mitgliedstaaten zu vorher festgelegten Kursen in Dollar einwechseln können.

11. Die neuen Einrichtungen werden ständig überprüft und der weiteren Entwicklung angepaßt werden, wie es auch bei der EZU der Fall war. Das EWA soll auf unbestimmte Zeit in Kraft bleiben, aber das System des multilateralen Zahlungsausgleichs wird drei Monate vor Ablauf des ersten Geschäftsjahres, d. h. am 30. September 1959, überprüft werden, um zu entscheiden, unter welchen Bedingungen es auf ein weiteres Jahr verlängert werden kann. Das gesamte Abkommen, einschließlich des Europäischen Fonds, wird drei Monate vor Ablauf des dritten Geschäftsjahres nach Inkrafttreten überprüft werden, um zu entscheiden, unter welchen Bedingungen es weiter in Kraft bleiben kann.

Quelle: OEEC Press Release A(59)6 vom 30. Januar 1959. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Weißbuch der britischen Regierung vom 30. Januar 1959 über den Verlauf der Verhandlungen über eine Europäische Freihandelszone

1. Dieses Weißbuch schildert den Verlauf der Verhandlungen über die Schaffung einer Europäischen Freihandelszone bis Ende 1958.

2. Zum besseren Verständnis der Umstände, unter denen die Verhandlungen begannen, sei auf folgende Veröffentlichungen hingewiesen:

a) die Erklärungen, die der Schatzkanzler (Harold Macmillan) und der Handelsminister (Peter Thorneycroft) während der Debatte im Unterhaus am 26. November 1956 abgaben[1];

[1]) Hansard, Spalten 35—54 und 154—164.

b) den Bericht über die Möglichkeit der Schaffung einer Freihandelszone in Europa, der von einem Sonderausschuß für den Ministerrat des Europäischen Wirtschaftsrats (OEEC) ausgearbeitet wurde[2];

c) das Memorandum des Vereinigten Königreichs an die OEEC vom Februar 1957[3].

Die wichtigsten, oben nicht erwähnten Dokumente zu den Verhandlungen sind in einem getrennten Weißbuch[4] enthalten, das dem Parlament gleichzeitig vorgelegt wird.

3. Sechs Mitgliedstaaten der OEEC — Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande — hatten bereits 1951 einen Vertrag unterzeichnet, durch den die Europäische Kohle- und Stahlgemeinschaft gegründet wurde. Der Gedanke, daß die von den sechs Ländern geplante und in der Zwischenzeit verwirklichte Zollunion von Vereinbarungen über die Schaffung einer Freihandelszone mit gewissen anderen Ländern begleitet werden könnte, tauchte in einem Bericht vom 21. April 1956 auf, den eine Arbeitsgruppe unter Vorsitz des damaligen belgischen Außenministers Spaak den Außenministern der Sechs vorlegte. Dieser Bericht war die Grundlage für die Verhandlungen, die zu den Verträgen von Rom führten.

4. Im Juli 1956 beschloß der Ministerrat der OEEC[5], „die möglichen Formen und Methoden einer Assoziation auf multilateraler Basis zwischen der geplanten Zollunion und nicht daran beteiligten Mitgliedstaaten zu untersuchen“, und setzte zu diesem Zweck eine Arbeitsgruppe unter Vorsitz von Baron Snoy (Belgien) ein.

5. Diese Arbeitsgruppe, in der alle 17 Mitglieder der OEEC vertreten waren, kam in ihrem im Januar 1957 veröffentlichten Bericht[6] zu dem Schluß, daß eine Freihandelszone in Europa, die die Zoll- und Wirtschaftsunion der Sechs einschließen würde, technisch möglich sei.

6. Die Regierung Ihrer Majestät hatte sich schon seit geraumer Zeit mit diesen Entwicklungen in Europa befaßt. Der Schatzkanzler (Macmillan) und der Handelsminister (Thorneycroft) hatten dieses Thema mit den Finanzministern des Commonwealth auf der Jahreskonferenz der Weltbank und des Weltwährungsfonds im September 1956 diskutiert. Auch danach stand die britische Regierung in engster Beratung mit den Regierungen anderer Commonwealth-Staaten.

7. Im Verlauf einer Debatte im Unterhaus erklärte die britische Regierung am 26. November 1956[7], sie sei zu der Schlußfolgerung gekommen, daß es wünschenswert und sowohl mit ihren Beziehungen zum Commonwealth als auch mit ihren übrigen internationalen Verpflichtungen vereinbar sei, in Verhandlungen über die Schaffung einer Europäischen Freihandelszone für Industriegüter zu treten. Ihre allgemeine Einstellung zu einer Reihe von Fragen, in denen grundlegende generelle Entscheidungen getroffen werden mußten, damit die Verhandlungen voranschreiten konnten, setzte sie in einem Memorandum[8] auseinander, das den Mitgliedern der OEEC am 7. Februar 1957 zugeleitet wurde.

8. Am 12. und 13. Februar 1957 trat der Ministerrat der OEEC zusammen, um über den Bericht der Arbeitsgruppe unter Baron Snoy zu beraten. In einer einstimmig angenommenen Entschließung[9] heißt es, daß der Ministerrat „in Verhandlungen zu treten

[2]) Von der OEEC veröffentlicht und erhältlich durch Her Majesty's Stationery Office.

[3]) Weißbuch Cmnd. 72. Deutscher Text in *British Information* Nr. 350 vom 16. 2. 1957.

[4]) Weißbuch Cmnd. 641 (Dokumente zu den Verhandlungen vom Juli 1956 bis Dezember 1958).

[5]) Siehe Weißbuch Cmnd. 641.

[6]) Veröffentlicht von der OEEC (s. oben Abschnitt 2b).

[7]) Hansard, Spalten 35—54 und 154—164 (s. oben Abschnitt 2a).

[8]) Weißbuch Cmnd. 72 (s. oben Abschnitt 2c). [9]) Veröffentlicht im Weißbuch Cmnd. 641.

wünscht, um über Mittel und Wege zu beraten, auf deren Grundlage eine Europäische Freihandelszone geschaffen werden könnte, die den Europäischen Gemeinsamen Markt auf multilateraler Basis mit anderen Mitgliedsländern der OEEC assoziieren würde, und um die notwendigen Maßnahmen vorzubereiten. Er hebt besonders hervor, daß es das Ziel sei, Wege zu finden, um eine Ausweitung des Handels in landwirtschaftlichen Produkten auf nichtdiskriminierender Basis zwischen allen Mitgliedsländern der OEEC sicherzustellen. Er weist ferner auf die Notwendigkeit hin, die spezielle Situation jedes Mitgliedslandes im Verlaufe der wirtschaftlichen Entwicklung zu berücksichtigen."

9. Auf einer weiteren Sitzung des Ministerrats am 8. März wurden drei Arbeitsgruppen eingesetzt[10]. Die erste sollte die Bedingungen festlegen, unter denen eine Europäische Freihandelszone verwirklicht werden könnte. Die zweite sollte sich mit dem Handel in landwirtschaftlichen Produkten befassen. Die dritte sollte die speziellen Umstände gewisser Mitgliedsländer untersuchen, die erklärten, daß der Stand ihrer wirtschaftlichen Entwicklung ihnen nicht gestatten würde, die allgemeinen, mit einer Europäischen Freihandelszone verbundenen Verpflichtungen einzugehen; sie sollte ferner prüfen, unter welchen Umständen sich diese Länder an einer Freihandelszone beteiligen oder mit ihr assoziieren könnten.

10. Die „Sechs" hatten inzwischen ihre Verhandlungen über die Schaffung einer Zoll- und Wirtschaftsunion abgeschlossen. Die Verträge über die Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft wurden am 25. März 1957 in Rom unterzeichnet.

11. Die Regierung Ihrer Majestät begrüßte die Unterzeichnung dieser Verträge und trat mit den Regierungen Frankreichs und Deutschlands in Verhandlungen ein, um das Freihandelszonenprojekt so schnell wie möglich voranzutreiben.

12. Diese Frage war unter anderem während eines Treffens zwischen dem britischen Premierminister (Macmillan) und dem französischen Ministerpräsidenten (Mollet) am 9. März 1957 diskutiert worden. In einem nach Abschluß der Besprechungen herausgegebenen Kommuniqué heißt es, daß „Fragen, die sich aus der Zoll- und Wirtschaftsunion auf der einen und der geplanten Freihandelszone auf der anderen Seite ergeben, erörtert wurden, vor allem solche Probleme, die sich aus dem Beschluß der Brüsseler Konferenz ergeben, überseeische Gebiete mit der Zollunion zu assoziieren. Wenn die Regierungschefs auch anerkannten, daß zwischen der Konzeption der Zollunion und der der Freihandelszone Unterschiede bestehen, waren sie sich darin einig, daß beide für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Einheit Westeuropas von großer Bedeutung sind. Sie kamen überein, daß das Ziel beider Organisationen die Ausweitung des Welthandels und nicht die Errichtung protektionistischer Blöcke ist. Sie kamen zu dem Entschluß, daß diese Probleme von Experten weiter sorgfältig untersucht und ausführlich erörtert werden sollten."

13. Am 6. Mai 1957 traf der französische Außenminister (Maurice Faure) in London zu Besprechungen mit dem britischen Schatzkanzler (Thorneycroft) als Vorsitzendem des Ministerrats der OEEC ein. Damals wurde bekanntgegeben, daß „auf dem Treffen das Stadium besprochen wurde, das die Verhandlungen über den Europäischen Gemeinsamen Markt und die Freihandelszone erreicht haben. Die britischen Vertreter begrüßten die Unterzeichnung des Vertrages von Rom und betonten die Bedeutung, die sie seiner Ratifizierung beimessen. Die französischen Vertreter ihrerseits bekräftigten ihre Unterstützung für eine Assoziation mit einer Freihandelszone, die Großbritannien und andere Länder der OEEC zusammen mit den Mitgliedern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bilden würden. Es fand ein befriedigender Meinungsaustausch statt, und man kam überein, daß die Regierungen alles in ihrer Macht Stehende tun werden, um dafür

[10]) Veröffentlicht im Weißbuch Cmnd. 641.

zu sorgen, daß die Verhandlungen in der OEEC über die Schaffung einer Freihandelszone zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden."

14. Am 8. Mai 1957 traf der Premierminister zu Gesprächen mit dem deutschen Bundeskanzler in Bonn zusammen. In dem nach Abschluß der Besprechungen veröffentlichten Kommuniqué heißt es, daß „die britische Regierung die am 25. März in Rom unterzeichneten Verträge als weiteren Schritt in Richtung auf ein geeintes Europa und als Beitrag zur Stärkung der europäischen Wirtschaft begrüßt. Beide Regierungschefs waren der übereinstimmenden Ansicht, daß den Interessen Europas durch eine baldige Ratifizierung der Verträge von Rom am besten gedient ist. Sie kamen ferner überein, daß es notwendig sei, so bald wie möglich eine Freihandelszone als Ergänzung zum Gemeinsamen Markt zu schaffen. Sie beschlossen daher, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um dafür zu sorgen, daß die Verhandlungen zu diesem Zweck vorangetrieben werden, damit sie zu gegebener Zeit erfolgreich abgeschlossen werden können."

15. Auf dem Treffen vom 6. Mai hatte die französische Regierung ersucht, die Verhandlungen über die Freihandelszone so lange aufzuschieben, bis die Ratifizierung der Verträge von Rom entscheidende Fortschritte gemacht habe. Dieses Ersuchen wurde von der deutschen Regierung auf dem Treffen vom 8. Mai befürwortet. Die Regierung Ihrer Majestät stimmte dem vorgeschlagenen Aufschub zu, betonte jedoch, daß sie dem baldigen und erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen über die Freihandelszone großen Wert beimesse.

16. Der Schatzkanzler (Thorneycroft) hat daraufhin als Vorsitzender des Rats der OEEC die Vorsitzenden der drei Arbeitsgruppen ersucht, persönlich Berichte über die seit der Errichtung der Arbeitsgruppen im März erzielten Fortschritte auszuarbeiten. Sie sollten als Diskussionsgrundlage bei den im Herbst wiederaufzunehmenden Verhandlungen dienen. Diese Berichte[11] wurden im Juli 1957 vorgelegt und zeigten, daß sehr wertvolle Vorarbeit geleistet worden war. Zusammen mit einem Memorandum[12] über die Punkte, die einer sofortigen Behandlung durch die Regierungen bedurften, wurden sie vom Schatzkanzler den übrigen Regierungen zugeleitet.

17. Auf der am 17. Oktober 1957 abgehaltenen Sitzung des Rats wurde einstimmig eine Resolution[13] angenommen, in der erklärt wird, daß der Rat „entschlossen ist, die Schaffung einer Europäischen Freihandelszone zu erreichen, die alle Mitgliedsländer der OEEC einschließt, auf multilateraler Grundlage die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft mit den anderen Mitgliedstaaten verbindet und unter voller Berücksichtigung der Ziele der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft praktisch parallel mit dem Vertrag von Rom wirksam wird."

Außerdem beschloß der Rat, zur Führung der Verhandlungen einen Regierungsausschuß auf Ministerebene[14] zu schaffen, in dem alle 17 Mitgliedstaaten der OEEC vertreten sind. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß die Verhandlungen vorangetrieben werden sollten, damit die Freihandelszone so rechtzeitig gebildet werden könnte, daß gleichzeitig mit den ersten Maßnahmen zum Abbau der Zölle und Mengenbeschränkungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft am 1. Januar 1959 auch die ersten Schritte zur Beseitigung der Zölle und Kontingente getan werden könnten.

18. Der Regierungsausschuß trat erstmals am darauffolgenden Tage unter dem Vorsitz des britischen Generalzahlmeisters (Maudling) zusammen. Der Generalzahlmeister übernahm es, ein Dokument auszuarbeiten, das dem Ausschuß bei der Erörterung der von ihm zu behandelnden sachlichen Probleme als Grundlage dienen sollte. Er unter-

[11]) Weißbuch Cmnd. 641, S. 10—22, 22—29, 30—38.
[12]) Weißbuch Cmnd. 641, S. 42—44.
[13]) Weißbuch Cmnd. 641, S. 48—49.
[14]) Weißbuch Cmnd. 641, S. 49—50.

breitete dieses Dokument dem Ausschuß am 30. Oktober 1957 in Form einer mit Anmerkungen versehenen Tagesordnung[15], die den ganzen Bereich der im Verlauf der Verhandlungen zur Erörterung stehenden Themen umfaßte.

19. Der Regierungsausschuß tagte mit häufigen Unterbrechungen bis Ende März 1958. Er begann damit, die in der kommentierten Tagesordnung des Vorsitzenden aufgeführten Themen durchzugehen, um in möglichst vielen Punkten eine Einigung herbeizuführen. Es war vereinbart worden, daß alle Erklärungen, die die Annahme bestimmter Punkte beinhalten, in dem Sinne provisorisch sein sollten, als kein Staat in irgendeinem Punkt endgültig gebunden sein sollte, ehe nicht auf dem ganzen Gebiet Einigung erzielt worden ist.

20. Der zur Erörterung stehende Themenbereich war zu diesem Zeitpunkt erheblich über die ursprüngliche Konzeption, die vornehmlich auf die Abschaffung der Zölle und Mengenbeschränkungen abgestellt war, hinausgewachsen. Das ganze zweite Halbjahr 1957 hindurch und während der Zeit, in der die Verhandlungen auf der politischen Ebene unterbrochen waren, untersuchten Experten die technischen und handelspolitischen Aspekte der Freihandelszone. Diese Erörterungen zeitigten mehrere wichtige Dokumente, insbesondere einen umfassenden Bericht des Regierungsausschusses über die Probleme der Ursprungsbestimmung für Waren, denen die Zollsenkungen zugute kommen sollten, und der Vermeidung von Umlenkungen des Handels als Folge der Unterschiede in den Außenzöllen[16]. Zu den anderen Themen, die bis März 1958 im Regierungsausschuß, in den Arbeitsgruppen oder in den an diese berichtenden Unterausschüssen erörtert wurden, gehörten: Dauer und Phasen der Uebergangszeit, Beseitigung der quantitativen Importbeschränkungen, Bestimmungen über die Senkung der Zölle, Richtlinien für die Bestimmung des Ursprungs, Richtlinien für den Wettbewerb, Landwirtschaft und Fischerei, Koordinierung der Wirtschaftspolitik, Harmonisierung der Gesetzgebung, Fragen des Zahlungsverkehrs, Kohle und Stahl, nukleare Stoffe, unsichtbarer Handel und Kapitalbewegungen, Bewegung von Arbeitskräften, Niederlassungsrecht, Inlandsverkehr und Transportgebühren und die Probleme der weniger entwickelten Gebiete. Außerdem führte der Regierungsausschuß vorläufige Besprechungen über Ausweichklauseln und Institutionen und streifte kurz die Lage der mit den OEEC-Staaten verbundenen Ueberseegebiete. Alle beteiligten Länder nahmen regen Anteil an der Ausschußarbeit.

21. Obwohl Kohle und Stahl sowie nukleare Stoffe unter die Zuständigkeit der Europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft und nicht unter die der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft fallen, wurde schon zu einem frühen Zeitpunkt vereinbart, daß sie in den Themenbereich der Verhandlungen über die Freihandelszone einbezogen werden sollten.

22. Ueber den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen wurde auf der Sitzung des Ministerrats der OEEC am 17. Oktober 1957 vom Vereinigten Königreich eine Erklärung[17] abgegeben. Die in dieser Erklärung niedergelegten Gedanken bildeten dann die Grundlage für detailliertere Vorschläge[18], die später vom Generalzahlmeister unterbreitet wurden.

23. Am 15. Januar 1958 kündigte die französische Regierung die Absicht an, eine Alternativlösung vorzubereiten, nachdem sie schon früher auf die Schwierigkeiten hingewiesen hatte, die ihrer Ansicht nach in einer Freihandelszone der vorgeschlagenen Form drohten. Daraufhin kamen die Mitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft überein, daß jeder für den Regierungsausschuß auf der Grundlage dieses Planes

[15]) Weißbuch Cmnd. 641, S. 50—59.
[16]) Weißbuch Cmnd. 641, S. 104—147.
[17]) Hansard v. 29. Oktober 1957, Spalten 26—28.
[18]) Weißbuch Cmnd. 641, S. 190—196.

ausgearbeitete Vorschlag die Form eines gemeinsamen Memorandums der Wirtschaftsgemeinschaft haben solle.

24. Auf der Sitzung des Regierungsausschusses im März 1958 unterbreitete der italienische Außenhandelsminister (Carli) einen Vorschlag zur generellen Beseitigung der aus den Unterschieden zwischen den Außenzöllen entstehenden Schwierigkeiten. Dieser Vorschlag war Gegenstand eingehender Untersuchungen durch die Experten[19].

25. Schon während mehrerer Sitzungen des Regierungsausschusses war in zunehmendem Maße deutlich geworden, daß in den großen grundsätzlichen Fragen nur wenig weitere Fortschritte erzielt werden konnten, ehe nicht das Memorandum der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vorlag. Dementsprechend wurde auf Antrag des Ministerrats der Wirtschaftsgemeinschaft die für den 2. Mai 1958 vorgesehene Sitzung des Regierungsausschusses abgesetzt. Am 23. Mai wurde im Regierungsausschuß angesichts der französischen Verfassungskrise eine Unterbrechung der Verhandlungen vereinbart, obwohl die technischen Untersuchungen auf der Expertenebene weitergeführt wurden.

26. Der Regierungsausschuß setzte seine Tätigkeit mit einer neuen Sitzungsreihe vom 24.—25. Juli, 23.—24. und 28.—30. Oktober und 13.—14. November 1958 fort. Die grundlegenden Fragen, die sich aus den technischen Untersuchungen auf Expertenebene ergeben hatten und die zur Erzielung weiterer Fortschritte der Entscheidung des Regierungsausschusses bedurften, waren: die Grundsätze für die Klassifizierung der Güter, die — teilweise unter Verwendung von Werkstoffen oder Bestandteilen aus dritten Staaten hergestellt — in den Genuß der Freihandelszonenbehandlung kommen sollten („Probleme des Ursprungs"), die Mittel zur Verhinderung einer Umlenkung des Handels als Folge der Unterschiede in den Außenzöllen, Vereinbarungen über die Handelspolitik gegenüber dritten Staaten, Harmonisierung der Sozialpolitik, Art, Funktionen und Abstimmungsverfahren der Institutionen und die Voraussetzungen, unter denen Länder den Verpflichtungen des Abkommens ausweichen oder aus ihnen entlassen werden können. Die Frage der Landwirtschaft wurde weiterhin auf der Grundlage der vom Vereinigten Königreich, von der Schweiz, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den skandinavischen Ländern unterbreiteten Vorschläge[20] erörtert; in diesem Punkt lag das Problem darin, eine vom Standpunkt des Importeurs und Exporteurs vernünftige Reziprozität zwischen den Agrarausfuhrländern und den Industrieausfuhrländern zu erreichen.

27. Das Memorandum[21], in dem die gemeinsamen Ansichten der Mitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft dargelegt sind (s. oben Absatz 23), wurde am 20. Oktober vorgelegt. In diesem Memorandum brachte die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft erneut ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, sowohl aus wirtschaftlichen wie aus politischen Gründen ein Abkommen zu erzielen, das den anderen Mitgliedern der OEEC die Möglichkeit böte, sich auf multilateraler Basis mit der Gemeinschaft zu einer Europäischen Wirtschaftsvereinigung zusammenzuschließen, die am 1. Januar in Kraft treten sollte. Das Memorandum legte in einiger Ausführlichkeit die Ansichten der Gemeinschaft über die meisten wichtigen Fragen dar, die im Verlauf der Verhandlungen behandelt werden sollten. Die Erörterung dieser Themen fand zwar statt, führte aber zu keinen Beschlüssen über die Hauptfragen. Der Tätigkeitsbericht[22] des Sekretariats der OEEC schildert im einzelnen die Fortschritte bei der Erörterung aller dieser Themen. Auf den Oktober-Sitzungen wurde neue Verfahren beschlossen, die eine eingehende Prüfung der Probleme des Ursprungs und verwandter Fragen, getrennt nach

[19]) Weißbuch Cmnd. 641, S. 147—149, 149—152, 153—163, 163—164, 165—175.
[20]) Weißbuch Cmnd. 641, S. 190—196, 196—198, 199—204, 204—206.
[21]) Weißbuch Cmnd. 641, S. 96—104.
[22]) Weißbuch Cmnd. 641, S. 59—96.

Sachgebieten, einschließen und Entscheidungen in diesen Angelegenheiten bis zum 31. Dezember 1958 erleichtern sollten.

28. Die letzte Konferenz des Regierungsausschusses fand am 13. und 14. November 1958 statt. Am 14. November gab die französische Regierung vor der Presse eine Erklärung ab, wonach ihr die Errichtung einer Freihandelszone in der vorgeschlagenen Form nicht möglich erscheine und sie eine neue Lösung suche. Wie der Generalzahlmeister dem Parlament am 17. November 1958[23] mitteilte, konnten unter diesen Umständen die weiteren vorgesehenen Zusammenkünfte in Paris nicht stattfinden, weil die gesamte Basis, auf der der Regierungsausschuß gearbeitet hatte, nämlich die einmütige Entschlossenheit aller Regierungen, für die Errichtung einer Freihandelszone zu sorgen, in Frage gestellt zu sein schien.

29. Daraufhin überreichte der Generalzahlmeister in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Regierungsausschusses dem Vorsitzenden des Rates der OEEC am 12. Dezember 1958 einen Bericht[24], dem ein Memorandum des Sekretariats mit einer Zusammenfassung der von dem Ausschuß erzielten Fortschritte beigefügt war. In seinem Bericht erklärte der Generalzahlmeister, der Ausschuß sie nicht imstande gewesen, sicherzustellen, daß eine Europäische Freihandelszone gleichzeitig mit dem Vertrag von Rom in Kraft trete.

30. Unter diesen Umständen erörterte der Ministerrat bei seinem Zusammentritt am 15. Dezember die unmittelbaren Probleme, die sich für die Mitglieder der OEEC angesichts der Tatsache ergeben würden, daß beim Inkrafttreten der Bestimmungen des Vertrages von Rom über Zölle und Kontingente am 1. Januar 1959 keine Freihandelszone bestehen würde.

31. Während der ganzen Dauer der Verhandlungen, über die in den vorangegangenen Abschnitten berichtet wurde, fand ein häufiger Meinungsaustausch zwischen der Regierung Ihrer Majestät und den anderen Regierungen des Commonwealth statt, die ständig auf dem laufenden gehalten wurden. Die Verhandlungen wurden auf einer Reihe von Commonwealth-Konferenzen besprochen. Die erste war die Konferenz der Commonwealth-Premierminister, die im Juni und Juli 1957 in London stattfand. Dieser folgte am 8. und 9. Juli 1957 eine Konferenz hoher Commonwealth-Beamter, die der Erörterung des gesamten Freihandelszonenprojektes im einzelnen gewidmet war. Die weitere Entwicklung war Diskussionsthema auf der Konferenz der Commonwealth-Finanzminister in Mont Tremblant im September 1957, auf der zweiten Vorkonferenz der Handels- und Wirtschaftskonferenz des Commonwealth im Juni 1958 und auf der Handels- und Wirtschaftskonferenz selber, die im September 1958 in Montreal stattfand. In dem gemeinsamen Bericht über die Konferenz von Montreal[25] heißt es:

„Wir sind der Ueberzeugung, daß eine nach außen gerichtete Freihandelszone, in der der Handel eher gesteigert als lediglich umgeleitet würde, dem Ziel einer sich ausweitenden Weltwirtschaft förderlich wäre. Wir sind der Hoffnung, daß man einen engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß in Europa nicht zu einer Schrumpfung der Handelsmöglichkeiten oder einem Anwachsen des Protektionismus führen lassen wird."

32. Das Memorandum des Vereinigten Königreichs vom Februar 1957[26] legte die Einstellung der Regierung Ihrer Majestät zu dem Vorschlag einer Freihandelszone zu dem Zeitpunkt dar, als erstmalig ernsthafte Verhandlungen unmittelbar bevorstanden. Seitdem haben sich im Verlauf der Verhandlungen wichtige Aenderungen in der ursprünglichen Einstellung ergeben.

23) Hansard, Spalte 845—846.
24) Weißbuch Cmnd. 641, S. 1—6.
25) Weißbuch Cmnd. 539, Absatz 6; siehe auch Absatz 40.
26) Weißbuch Cmnd. 72.

33. Vor zwei Jahren bezog sich die Konzeption, die die Regierung Ihrer Majestät von einer Freihandelszone hatte, in erster Linie auf eine Beseitigung der Handelsschranken für Industriegüter innerhalb Europas. Das Projekt beschränkte sich auf die für die Erreichung dieses Zieles notwendigen Maßnahmen — die Beseitigung von Zöllen und mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen sowie die Ausarbeitung von Vorschriften und Verfahren, die eine Vereitelung dieses Zieles durch andere Formen staatlicher Einmischung oder durch restriktive Geschäftspraktiken verhindern sollten.

34. Auf dem übrigen Wirtschaftsgebiet erkannte die Regierung Ihrer Majestät sowohl aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gründen die große und bleibende Bedeutung einer ausgedehnten Zusammenarbeit an, war aber der Meinung, daß sie am besten durch die schon bestehenden Regelungen der OEEC erreicht werden könnte. Vor allem hinsichtlich der Nahrungsmittel, die sie aus der Freihandelszone auszuschließen vorschlug, gab die Regierung Ihrer Majestät ihre Absicht bekannt, weiterhin an der Arbeit des Exekutivkomitees für Ernährung und Landwirtschaft und anderer Organe der OEEC, die sich mit dem Handel in landwirtschaftlichen Produkten befassen, voll mitzuwirken.

35. Es stellte sich heraus, daß alle beteiligten Länder den Wunsch hatten, die Verhandlungen über den ganzen Bereich dieser Probleme zu führen — die damit die meisten Themen des Vertrags von Rom einschlossen —, und die Regierung Ihrer Majestät hat bereitwillig ihre ursprüngliche Einstellung geändert, um den Ansichten der übrigen OEEC-Partner entgegenzukommen. Hinsichtlich der Landwirtschaft schlug die Regierung Ihrer Majestät vor, gleichzeitig ein gesondertes Abkommen abzuschließen[27], um die europäische Zusammenarbeit zu verstärken und den Handel in landwirtschaftlichen Produkten auszuweiten. Alle Beteiligten übernahmen die Verpflichtung, auf diese Ziele hinzuarbeiten.

36. Nachdem der Vertrag von Rom unterzeichnet war, erkannte die Regierung Ihrer Majestät überdies an, daß es wichtig sei, Abweichungen zwischen den Bestimmungen dieses Vertrages und denen über die Freihandelszone auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Deshalb ging sie bereitwillig darauf ein, ihre ursprünglichen Vorschläge abzuändern, um sich dieser Lage anzupassen. Ausgangspunkt der detaillierten Verhandlungen war die vom Vorsitzenden des Regierungsausschusses in Umlauf gesetzte und mit Anmerkungen versehene Tagesordnung[28], also kein britischer Plan; sie umfaßte ein weites Gebiet und fußte großenteils auf den Bestimmungen des Vertrags von Rom.

37. Der Bericht des Vorsitzenden des Regierungsausschusses beim Ministerrat der OEEC vom 12. Dezember 1958[29] enthält eine vom Sekretariat angefertigte Analyse der auf Grund dieser vereinbarten Tagesordnung geleisteten Arbeit. In Absatz 5 dieser Analyse faßte das Sekretariat die Hauptpunkte, über die eine Einigung nicht erzielt werden konnte, unter drei Ueberschriften zusammen: Außenhandelszölle und Außenhandelspolitik, Harmonisierung und Koordinierung der Binnenhandels- und Sozialpolitik und schließlich die Frage der Institutionen. Die Einstellung der Regierung Ihrer Majestät zu diesen grundlegenden Fragen ist im folgenden dargelegt.

Außenzölle und Außenhandelspolitik

38. Die Regierung Ihrer Majestät hat immer die Ansicht vertreten, die im Januar 1958 auch von Vertretern der großen Mehrheit der verhandelnden Länder akzeptiert wurde[30], daß ein System von Ursprungszeugnissen praktisch möglich sei und daß bei

[27]) Weißbuch Cmnd. 641, S. 190—196.
[28]) Weißbuch Cmnd. 641, S. 50—59.
[29]) Weißbuch Cmnd. 641, 1—6.
[30]) Weißbuch Cmnd. 641, S. 104—147.
[31]) Weißbuch Cmnd. 641, S. 152—153.

gutem Willen zur Zusammenarbeit und bei einer Verhaltensweise[31], die Mißbrauch verhindert und eine Anpassung der ursprünglichen Regeln ermöglicht, etwaigen Umleitungen des Handels, die sich in der Praxis vielleicht ergeben, durch institutionelle Maßnahmen begegnet werden könnte. Die Erfahrungen mit dem Commonwealth-Präferenzsystem liefern den praktischen Beweis dafür, daß das System der Ursprungszeugnisse erfolgreich angewandt werden kann, und das Vereinigte Königreich hat seine auf diesem Gebiet gesammelten Erfahrungen anderen Mitgliedstaaten der OEEC zugänglich gemacht. Die Regierung Ihrer Majestät akzeptierte die Grundsätze, die im Bericht des Lenkungsausschusses für Handel der OEEC[32] vom Juli zur Regelung der Frage des Ursprungs niedergelegt worden waren, und schlug vor, den Wünschen einiger anderer Länder insofern entgegenzukommen, als die praktische Anwendung dieser Grundsätze, getrennt nach Sachgebieten, geprüft werden sollte. Die Regierung Ihrer Majestät war sehr enttäuscht, daß diese Prüfung, die unverzüglich nach der Juli-Tagung beginnen sollte, bis Oktober kaum Fortschritte gemacht hatte.

39. Die Einstellung der Regierung Ihrer Majestät zur Frage der Außenhandelspolitik fand ihren Ausdruck in einem Entwurf[33], der vom Generalzahlmeister in Umlauf gesetzt wurde. Aus diesem Entwurf läßt sich ersehen, daß über einen wesentlichen Teil des gesamten Fragenkomplexes zwischen den Ansichten des Vereinigten Königreiches und den Vorschlägen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Uebereinstimmung herrschte, wie aus dem Memorandum der Gemeinschaft[34] hervorgeht.

40. Die Existenz des Commonwealth-Präferenzsystems hat der Entwicklung der OEEC niemals irgendwelche Schwierigkeiten bereitet, und die letzten Jahre sahen eine umfassende und begrüßenswerte Ausdehnung der Handelsbeziehungen zwischen Europa und dem Commonwealth. Die Regierung Ihrer Majestät ist daher nicht der Ansicht, daß durch das Commonwealth-Präferenzsystem in der Praxis die Gefahr einer Störung der Wettbewerbsbedingungen in einer europäischen Freihandelszone entstehen könnte, wie dies in dem Memorandum der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angedeutet worden war.

41. Diese Frage kam auf der Konferenz des Regierungsausschusses vom 13. November zur Sprache, als der betreffende Absatz im Memorandum der Gemeinschaft erörtert wurde. Von seiten der Regierung Ihrer Majestät wurde dazu erklärt, daß die Präferenzen, die der Export des Vereinigten Königreiches in bestimmten Teilen des Commonwealth genießt, mit den jeweiligen Regierungen der Commonwealth-Länder in Verhandlungen festgelegt worden seien und daß die Regierung des Vereinigten Königreiches daher nicht einseitig darüber bestimmen könne: sie seien Teil eines ausgewogenen Systems von Rechten und Pflichten, und es sei völlig abwegig, die Frage der Commonwealth-Präferenzen lediglich im Hinblick auf die damit verbundenen Vorteile zu behandeln, die Pflichten aber außer acht zu lassen; beide gehörten untrennbar zusammen.

42. Die Regierung Ihrer Majestät brachte ihre Bereitschaft zum Ausdruck, alle Schwierigkeiten in Betracht zu ziehen, die ihre Verhandlungspartner in diesem Zusammenhang vorzubringen wünschen, und zwar unter der Voraussetzung, daß nicht nur die Commonwealth-Präferenzen, sondern alle Regelungen, die irgendeinem Mitgliedstaat eine Vorzugsbehandlung einräumen, einer entsprechenden Prüfung unterzogen werden. Nach einer kurzen Erörterung wurde der Gemeinschaft anheimgestellt, alle diesbezüglichen praktischen Beispiele während der nach Sachgebieten getrennten Untersuchung der Frage des Ursprungs vorzubringen.

---

[32]) Weißbuch Cmnd. 641, S. 175—177.
[33]) Weißbuch Cmnd. 641, S. 189—190.
[34]) Weißbuch Cmnd. 641, S. 96—104.

Binnenwirtschafts- und Sozialpolitik

43. Die Regierung Ihrer Majestät hat stets anerkannt, daß mit einer Freihandelszone eine engere Koordinierung der Binnenwirtschaftspolitik (der Länder) einhergehen muß.

44. Im Hinblick auf die Koordinierung der Sozialpolitik unterbreitete die Regierung Ihrer Majestät im Januar 1958 eine Anzahl genau definierter Vorschläge[35], die den von einigen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft vertretenen Ansichten Rechnung trugen. Diese Kompromißvorschläge, die seitens Großbritanniens einen bedeutenden Schritt und für eine Reihe anderer Länder das Höchstmaß dessen darstellten, was sie einräumen zu können glaubten, wurden von der französischen Regierung als ungenügend betrachtet. In ihrem Memorandum[36], das dem Regierungsausschuß im Oktober 1958 vorgelegt wurde, bestand die Gemeinschaft geschlossen auf den ursprünglichen Bestimmungen des Vertrags von Rom in ihrer Gesamtheit. Nach der Diskussion sagte der Sprecher der Gemeinschaft zu, daß die Angelegenheit im Lichte der neuen Vorschläge noch einmal überprüft werden solle. Die Regierung Ihrer Majestät ist nach wie vor überzeugt, daß ein Kompromiß, der die Interessen aller Beteiligten befriedigt, auf dem von ihr aufgezeigten Wege gefunden werden kann.

Institutionelle Vereinbarungen

45. Die Regierung Ihrer Majestät war von der Voraussetzung ausgegangen, daß alle Entscheidungen in den Institutionen der Freihandelszone einstimmig getroffen werden sollten, obgleich sie zur Zeit der Vorlage des Memorandums vom Februar 1957[37] einzuräumen bereit war, daß es in bestimmten, genau definierten Angelegenheiten nötig sein würde, von der Einstimmigkeitsregel abzugehen. Ihre Konzeption einer Freihandelszone war zu jener Zeit noch stärker auf die Beseitigung der Handelsschranken und die unmittelbar damit zusammenhängenden Aktionen gerichtet. Im Verlauf der Verhandlungen wurde deutlich, daß erstens diese Konzeption auf das gesamte Gebiet der wirtschaftlichen Beziehungen, wie oben dargelegt, ausgedehnt werden müßte und daß zweitens, wenn die erforderlichen Beschlüsse gefaßt werden sollen, den Institutionen mehr Freiheit zugestanden werden müßte, da es mehr Ausnahme- und Ausweichklauseln geben würde, als man zuerst angenommen hatte. Unter diesen Umständen erklärte sich die Regierung Ihrer Majestät im Frühjahr 1958 bereit, auf einer Anzahl von Gebieten den Grundsatz der Mehrheitsentscheidung anzuerkennen. Dieser Vorschlag wurde zum damaligen Zeitpunkt von zahlreichen Delegierten, darunter verschiedenen Mitgliedern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, sehr begrüßt. Die Regierung Ihrer Majestät war nach wie vor der Ansicht, daß, wenn ein Abkommen für eine Freihandelszone wirksam sein soll, entweder sehr genau definierte Bestimmungen vorliegen müssen oder, wenn die Bestimmungen locker und die Ausweichklauseln zahlreich sind, ihre Inanspruchnahme einer strikten Kontrolle unterliegen muß, damit alle Mitgliedstaaten die Garantie erhalten, daß die Bestimmungen allgemein und fair angewandt werden.

46. Die Regierung Ihrer Majestät ist fest davon überzeugt, daß es von größter Bedeutung für die Zukunft Europas ist, eine multilaterale Lösung zu finden, die einen freien Handel gewährleistet, einschließlich der Beseitigung von Zöllen und quantitativen Beschränkungen unter allen Mitgliedern der OEEC. Die noch offenen Fragen haben zwar beträchtliches Gewicht, doch die Regierung Ihrer Majestät hält sie nicht für unlösbar, wenn weitere Verhandlungen mit dem gemeinsamen Willen zum Erfolg und in Uebereinstimmung über das Endziel geführt werden.

Quelle: Beilage zu *British Information* (Wirtschaft), Nr. 143 vom 5. Februar 1959.

[35]) Weißbuch Cmnd. 641, S. 216—217.

[36]) Weißbuch Cmnd. 641, S. 96—104.

[37]) Weißbuch Cmnd. 72.

Dokumente zur deutschen Frage und zur europäischen Sicherheit (Januar—März 1959)

Redaktionelle Vorbemerkung

Die sowjetischen Vorschläge für einen Friedensvertrag mit Deutschland vom 10. Januar 1959 und die in den gleichen Noten enthaltene Bekräftigung der sowjetischen Forderungen hinsichtlich Berlins (vgl. die Dokumente in Europa-Archiv 2—3/1959, S. D 13—D 40) haben die lebhafte diplomatische Tätigkeit in den Hauptstädten der Westmächte, die seit der sowjetischen Berlin-Note vom 27. November 1958 im Gange war, noch verstärkt. Sowohl durch diplomatische Kontakte als auch in öffentlicher Diskussion wurde versucht, eine einheitliche Auffassung des Westens über die notwendigen Gegenmaßnahmen herauszuarbeiten. So unterschiedlich die von verschiedenen Seiten hierzu vorgebrachten Gedanken auch sein mögen, so haben diese Erörterungen doch in den beiden Grundfragen eine weitgehend einheitliche Haltung des Westens erkennen lassen: 1. die Freiheit und Unantastbarkeit Berlins muß mit allen Mitteln aufrechterhalten werden; 2. der Westen ist zu umfassenden Verhandlungen über die deutsche Frage und die europäische Sicherheit bereit, lehnt aber isolierte Gespräche über Berlin oder über einen deutschen Friedensvertrag ab.

Da die Haltung der amerikanischen Regierung zu diesen Problemen von besonderer Bedeutung ist, geben wir auf S. D 88 dieser Folge einen Auszug aus einer Ansprache des stellvertretenden Staatssekretärs Robert *Murphy* wieder, die am 26. Januar vor dem Wirtschaftsklub in Detroit gehalten wurde. In dieser Rede befaßte sich Murphy mit der Haltung der Vereinigten Staaten zu den Deutschland betreffenden Fragen und mit dem Verhältnis zur Sowjetunion. Der Abstimmung der Haltung der amerikanischen Regierung mit der ihrer Verbündeten diente eine Reise, die der amerikanische Außenminister, John Foster *Dulles*, vom 3. bis zum 8. Februar nach London, Paris und Bonn unternahm. Ueber die mit den europäischen Regierungen erörterten Gedanken und Pläne wurde der Oeffentlichkeit wenig bekannt, doch betonte Dulles nach seiner Rückkehr den einheitlichen Standpunkt der vier Regierungen gegenüber der sowjetischen Drohung gegen Berlin[1].

Zur gleichen Zeit tagte in Washington eine Arbeitsgruppe dieser vier Mächte, welche die Grundsätze der Antworten auf die sowjetischen Noten vom 10. Januar festlegte. Diese Noten wurden nach ihrer Billigung durch den Ständigen Rat der NATO, die am 11. Februar erfolgte, am 16. Februar in Moskau überreicht. In ihren Noten bekräftigten die Westmächte ihre Entschlossenheit, ihre Position in Berlin zu halten. Ohne auf den sowjetischen Friedensvertrags-Entwurf im einzelnen einzugehen, schlugen sie vor, auf einer Außenminister-Konferenz der vier Großmächte das „Deutschlandproblem in all seinen Aspekten und Zusammenhängen" zu erörtern und dabei auch deutsche Berater zu konsultieren. (Vgl. den Wortlaut der Noten auf S. D 93.)

Der sowjetische Ministerpräsident, Nikita S. *Chruschtschow*, hat in einer Rede, die er am 24. Februar — während des Aufenthaltes des britischen Premierministers in der Sowjetunion — auf einer Wahlversammlung in Moskau hielt, den Vorschlag für eine Außenministerkonferenz abgelehnt und statt dessen eine Konferenz der Regierungschefs gefordert[2].

Es überraschte darum in den westlichen Hauptstädten, daß die am 2. März überreichten sowjetischen Antwortnoten an die Westmächte die Möglichkeit einer Außenministerkonferenz — wenn auch unter sehr einschränkenden Bedingungen — dennoch

---

[1]) Vgl. *The New York Times*, International Edition, 11. Februar 1959.

[2]) Vgl. *Neues Deutschland*, 26. Februar 1959.

offenließen. Zwar setzte sich die Sowjetregierung nachdrücklich für eine Konferenz der Regierungschefs ein, auf der neben der deutschen Frage auch alle anderen Aspekte des Kalten Krieges erörtert werden sollten[3], doch erklärte sie sich bereit, an einer Außenministerkonferenz im April teilzunehmen, falls die Westmächte einer „Gipfel"-Konferenz zu diesem Zeitpunkt nicht zustimmen. Allerdings sollen an dieser Außenministerkonferenz neben Vertretern der beiden deutschen Staaten auch die Außenminister Polens und der Tschechoslowakei teilnehmen, und Konferenzthemen sollen nur der deutsche Friedensvertrag und die Berlin-Frage sein, nicht aber die Wiedervereinigung Deutschlands. In der Sache beharrte die Sowjetregierung auf ihren bekannten Standpunkten. (Vgl. den Wortlaut der Note auf S. D 95 dieser Folge.)

In weiteren Noten unterrichtete die Sowjetregierung auch die Regierungen der Bundesrepublik, der DDR und der übrigen Adressaten ihrer Note vom 10. Januar von ihrem Konferenzvorschlag.

Der Besuch des britischen Premierministers, Harold *Macmillan,* in der Sowjetunion wurde am 3. März beendet. In dem von *Chruschtschow* und *Macmillan* unterzeichneten Schlußkommuniqué (vgl. den Wortlaut auf S. D 101) wurde erklärt, es hätten keine Verhandlungen stattgefunden, doch hätten die Gespräche zu einem besseren Verständnis der beiderseitigen Haltung geführt. In der Deutschlandfrage seien die beiden Regierungschefs zu keiner Verständigung gelangt, doch hätten sie die Vordringlichkeit einer Lösung dieses Problems anerkannt.

Ansprache des amerikanischen stellvertretenden Staatssekretärs Robert Murphy in Detroit am 26. Januar 1959 (Auszug betr. Deutschland und die Ost-West-Beziehungen)

... In den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg haben wir überstürzt und völlig unbeschwert demobilisiert und unsere Militärmacht desorganisiert. Die akuten Probleme der wirtschaftlichen Umstellung hielten uns im eigenen Lande beschäftigt. Im außenpolitischen Bereich waren wir dabei, die Möglichkeiten einer praktischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion auszuprobieren. Und ich möchte betonen, daß es nicht gut ist, wenn man über Zusammenarbeit in leeren allgemeinen Begriffen spricht, sie muß vielmehr in konkreten spezifischen Fällen geleistet werden.

Berlin war in der Nachkriegsperiode das Experiment, mit dem die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion ausprobiert wurde. Wir führten dieses Experiment mit aller nur möglichen Aufrichtigkeit und Zielstrebigkeit durch. Wir machten eine Konzession nach der anderen, um unsere Bereitschaft zur, ja unser Verlangen nach Zusammenarbeit unter Beweis zu stellen. Aber die harten Männer in Moskau, einschließlich Herrn Mikojan, der vor kurzem auch Ihr Gast war, interpretierten diese freundschaftlichen Gesten als unfreiwillig und durch unsere militärische Schwäche bedingt. Es war das Vorspiel zu der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei, zu der Blockade Berlins im Jahre 1948 und zu Korea.

Schließlich, aber nur allmählich, begannen wir zu erkennen, daß ein stabiles Verhältnis mit der Sowjetunion — freudetrunken, wie sie von dem Siege war, mit einem ungeheuren Gebietszuwachs und einem neuen Machtgefühl — für uns nicht möglich war, solange wir schwach waren. Wir begannen ferner zu erkennen, daß unsere beste Verteidigung ein Fortbestehen der Freiheit der übrigen freien Nationen war, und ihre Hoffnung war unsere Stütze.

[3]) Den im Jahre 1958 geführten Meinungsaustausch über eine „Gipfel"-Konferenz hatte die Sowjetregierung nach dem 1. Juli 1958 nicht mehr weitergeführt. Vgl. die Dokumente in EA 2/1958, S. 10 471 ff., 3—4/1958, S. 10 529 ff., 5—6/1958, S. 10 593 ff., 7/1958, S. 10 651 ff., 8/1958, S. 10 691 ff., 10/1958, S. 10 753 ff., 14/1958, S. 10 938 ff., sowie die Noten der Westmächte an die Sowjetunion vom 22. August (EA 18/1958, S. 11 068) und 30. September (EA 19—20/1958, S. 11 128 f.)

Auf der Basis dieser wachsenden Erkenntnis haben wir nicht nur unsere eigene Verteidigungsstärke wieder aufgebaut, sondern uns auch mit den übrigen freien Nationen zu gemeinsamen Hilfsprogrammen und kollektiven Verteidigungsabmachungen zusammengeschlossen. Die NATO wurde ins Leben gerufen, gestützt durch den Marshallplan, der Europa wieder auf seine Füße stellte. Im Laufe der Zeit wurde ein wiederaufgebautes und blühendes Westdeutschland unser Partner und Verbündeter. Wohl nur wenige Entwicklungen dürften größere Auswirkungen auf den Kreml gehabt haben als diese. Denn sie zeigt das Ende des sowjetischen Traumes von der Beherrschung Europas an.

Es kann ohne Uebertreibung gesagt werden, daß die gegenwärtige schwierige Situation, der sich die Sowjetunion in der Ostzone und in Osteuropa gegenübersieht, zu einem wesentlichen Teil das direkte Ergebnis der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Stärke ist, die die Amerikaner — endlich aufgerüttelt — als entscheidend ansahen und zusammen mit ihren Freunden schufen.

Ein Ergebnis der schwierigen Situation der Sowjetunion in der Ostzone wiederum ist der gegenwärtige Versuch Moskaus, die westlichen Alliierten aus Berlin zu verdrängen. Denn unser weiteres Verbleiben in Berlin macht die Probleme, mit denen sich die Sowjetunion befassen muß, nur noch schwieriger, dringender und offensichtlicher. Lassen Sie mich aufzeigen, wie es zu dieser Situation kam.

Die Moskauer Außenministerkonferenz über Deutschland im Jahre 1947 schlug fehl, weil die Sowjetunion die von Stalin in Potsdam übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllen wollte. Ich habe mich oft gefragt, warum die sowjetische Delegation damals in Potsdam überhaupt einem auf der Grundlage freier Wahlen wiedervereinigten, unabhängigen Deutschland zustimmte, denn in den Jahren danach war niemals irgendeine Bereitschaft auf seiten der Sowjets zu erkennen, dieses Abkommen wirklich durchzuführen. Aus den gegenwärtigen Vorschlägen Moskaus wird klar, daß die Russen nicht ein wirklich unabhängiges Deutschland im Auge haben, sondern vielmehr an eine Situation der begrenzten und eingeschränkten Souveränität denken. Herr Molotow, so erinnere ich mich, hat Deutschland immer große Bedeutung beigemessen. Es war Molotow, der sagte: „Wohin Deutschland geht, dahin geht auch Europa“ — und er wollte ganz offensichtlich, daß Deutschland zu den Kommunisten geht.

Als unsere Delegation Moskau nach dem Fehlschlagen der Deutschlandkonferenz von 1947 verließ, vereinbarten die drei Westmächte mit den Westdeutschen die Errichtung der deutschen Bundesrepublik. Dies geschah nicht in Mißachtung Potsdams, wie Herr Mikojan dies fälschlich darlegte, sondern es stellte vielmehr einen Versuch seitens der drei Westmächte dar, den Geist des Potsdamer Abkommens in ihren Kontrollgebieten zu verwirklichen.

Keine Politik, die vom Westen — dies schließt auch unsere deutschen Freunde ein — seit dem Kriege verfolgt wurde, hat sich so erfolgreich erwiesen wie die in Westdeutschland befolgte Politik. 52 Millionen energische und uns freundlich gesonnene Menschen haben eine lebenskräftige und demokratische Nation aufgebaut, die jetzt nicht nur für die Deutschen selbst, sondern auch für die freie Welt und die Sache des Friedens einen gewichtigen Aktivposten bildet. Dem gegenwärtigen russischen Interesse am deutschen Problem liegt eine wachsende Besorgnis, wenn nicht Angst, über die zunehmende Stärke und den steigenden Wohlstand einer westlich orientierten deutschen Bundesrepublik zugrunde. Trotz der so schön gefärbten Darstellung Mikojans von den glücklichen Verhältnissen in der Ostzone gibt es genügend Beweise dafür, daß die seit langem leidenden Ostdeutschen ungeduldig dem Tage entgegenblicken, da sie auf friedlichem Wege wieder mit ihren Brüdern im Westen vereint werden und frei von dem Druck fremder Kontrollen und von Tributen leben können. Während der ver-

gangenen Jahre haben rund drei Millionen Ostdeutsche Zuflucht in West-Berlin und in Westdeutschland gefunden.

Wenn Herr Mikojan von der sowjetischen Befürchtung spricht, daß — wie er behauptet — Westdeutschland die Absicht habe, sich die Ostzone einzuverleiben, dann meint er damit in Wirklichkeit, daß es der Sowjetunion ganz und gar nicht gelungen ist, die Bevölkerung der Ostzone für sich zu gewinnen, und daß die Führung in Moskau besorgt ist, eine Welle des nationalen und internationalen Gefühls könnte das Volk vereinen.

Die Sowjetunion hat es sowohl durch den Besuch von Herrn Mikojan wie durch andere Mittel klargemacht, daß ihr Vorschlag vom vergangenen November, West-Berlin zu einer freien Stadt zu machen, nicht als ein Ultimatum anzusehen ist. Dies ist ermutigend, weil — worauf die westlichen Verbündeten in ihren Noten vom Ende Dezember hinwiesen — wir es nicht leicht finden würden, unter irgendeiner Form der Drohung oder des Zwanges zu verhandeln.

Die kürzliche Reise von Herrn Mikojan nach den Vereinigten Staaten zeigt die echte Besorgnis, die die sowjetische Führung in bezug auf die deutsche Situation fühlt. Diese Besorgnis äußert sich zumindest in zweierlei Hinsicht. Es besteht einmal unzweifelhaft der Wunsch, das deutsche Problem gemäß russischen Bedingungen zu regeln, und dieser Wunsch wird noch durch das russische Unbehagen über die Verhältnisse in der Ostzone verstärkt. Es besteht ferner die Furcht, so unbegründet sie auch sein mag, daß ein wiederbewaffnetes Deutschland erneut zum Aggressor werden könnte.

Der gegenwärtige Vorschlag der Sowjetunion für eine Konferenz binnen zwei Monaten, die einen deutschen Friedensvertrag entwerfen soll, unterstreicht die hinsichtlich der Zukunft Deutschlands immer noch in unseren Anschauungen bestehenden grundlegenden Differenzen. Die UdSSR hat ständig den Standpunkt vertreten, daß Deutschland isoliert, abgetrennt, weitgehend entmilitarisiert, neutralisiert und ohne zu enge Bindungen zu seinen Nachbarn sein sollte. In anderen Worten, es sollte kein unabhängiges und souveränes Deutschland geben.

Wir glauben nicht, daß dies ein vernünftiger Weg zu einer Lösung des Problems wäre. Wir sind nicht der Ansicht, daß sich dies bewähren würde. Wir glauben, daß das deutsche Volk ein zu großes, zu lebenskräftiges und zu schöpferisches Volk ist, als daß es in solcher Weise behandelt werden kann. Wir vertreten die Auffassung, daß der sowjetische Vorschlag bei weitem nicht die Gefahr des Entstehens eines wiederbewaffneten und aggressiven Deutschlands verringern, sondern sie vielmehr wesentlich vergrößern würde.

Wir sind der gleichen Ansicht wie Bundeskanzler Adenauer, daß der Zukunft am besten gedient ist, wenn man die engstmögliche Integration — in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht — zwischen Deutschland und den übrigen europäischen Mächten bis zu einem Punkt fördert, wo irgendwelche aggressiven Schritte von seiten Deutschlands nicht nur unmöglich, sondern vom deutschen Standpunkt auch unerwünscht sein würden.

Wir geben zu, daß die Sowjetunion durchaus ein Recht hat, sich über die Frage der europäischen Sicherheit Gedanken zu machen. Wir wissen, daß jede Wiedervereinigung Deutschlands dieser Besorgnis voll Rechnung tragen muß. Wir haben in der Vergangenheit angedeutet, daß wir bereit sein würden, der Sowjetunion diesbezüglich Zusicherungen zu geben, und wir sind immer noch bereit, dies zu tun. Dies ist ein Aspekt der deutschen Fragen, wo unserer Ansicht nach die beiden Seiten nicht unüberbrückbar weit voneinander entfernt zu sein brauchen.

Herrn Chruschtschows eilig niedergelegte Ausführungen aus Anlaß des Moskau-Besuches von Herrn Gomulka im November haben die westliche Position in Berlin

nicht erschüttert, aber wir können vielleicht hoffen, daß die durch sie wachgerufene Besorgnis zu Fortschritten in bezug auf die deutsche Einheit und eine Minderung der Spannungen in Europa führen wird.

Die Frage nach der Zukunft Deutschlands führt uns zu der Frage nach der Gesamtbeziehung der freien Welt zum Sowjetblock. Ich habe immer wieder — genau wie Sie — sagen hören, daß wir zu einem gegenseitig zufriedenstellenden Uebereinkommen über ein Zusammenleben mit den Sowjets kommen könnten, wenn die Vereinigten Staaten nur ihre angeblich feindselige Einstellung zur Sowjetunion aufgeben und darauf verzichten würden, sie weiterhin mit „feindlichen“ Stützpunkten zu umgeben.

Wir sind bereit und gewillt, alle Wege offenzuhalten, die zur etwaigen Erreichung einer sinnvollen und realistischen Lösung — in großem oder kleinem Rahmen — führen könnten. Es ist weiter auch klug und vernünftig, stets darauf bedacht zu sein, daß wir nicht durch eine Maßnahme, durch eine Politik oder eine Einstellung bei der Sowjetunion unnötigerweise die Annahme erwecken, daß wir sie einzukreisen oder zu bedrohen versuchten.

Es ist jedoch unrealistisch und es könnte gefährlich sein, anzunehmen, daß wir den kalten Krieg und den Rüstungswettlauf einfach dadurch beenden könnten, daß wir dies wünschen. Wenn derartige Wünsche irgendeinen Einfluß hätten, dann würden solche Dinge niemals begonnen haben. Und es ist unrealistisch zu glauben, daß der unbestreitbare Wunsch des sowjetischen Volkes nach Frieden und einem höheren Lebensstandard an sich schon die Gepflogenheiten, die traditionsgemäß die russischen Beziehungen zu der übrigen Welt bestimmt haben, wie auch die Haltung der Männer ändern würde, die den sowjetischen Staat kontrollieren.

Wenn wir auch hoffen, daß Wege gefunden werden mögen, um die russische Feindseligkeit gegenüber dem Westen zu verringern, so müssen wir uns doch darüber im klaren sein, daß diese Feindseligkeit tiefen Wurzeln entspringt. Das alte Rußland, das am Rande Europas lag, betrat erst spät den europäischen Schauplatz. Rußland mit seinen harten klimatischen Bedingungen, ohne natürliche Grenzen zu seinem Schutze, das so oft vom Osten und vom Westen her Invasionen erlebte, entwickelte sich als ein militaristischer und autokratischer Staat, dessen Machthaber selten — wenn überhaupt jemals — die Unterstützung des Volkes für ihre Herrschaft besaßen oder stabile Beziehungen zu ihren Nachbarn hatten.

Im Gefühl der Unsicherheit ihrer Macht und im Wissen um die Primitivität ihres Landes haben die Herrscher Rußlands seit Jahrhunderten zu verhindern gesucht, daß die große Mehrzahl ihrer Untertanen andere Länder kennenlernten oder die Bürger anderer Länder Rußland kennenlernten. Um dieses Gefühl der Rückständigkeit und der Minderwertigkeit auszugleichen, entwickelte sich dann im russischen Denken, wie es scheint, jenes messianische Sendungsbewußtsein, mit der Idee, daß Rußland eines Tages die Welt retten und Moskau das „dritte Rom“ werden würde.

Die Revolution des Jahres 1917 fegte die alten Herrscher Rußlands hinweg, sie beseitigte jedoch nicht die Bedingungen, unter denen sie ihre Herrschaft ausgeübt hatten, noch die Haltung und Einstellung, die aus diesen Verhältnissen erwachsen waren. Die neue Ideologie — der Kommunismus — verschmolz in geradezu frappierender Weise mit dieser alten Einstellung. Ja, der Kommunismus war, wie es einmal gesagt wurde, das neue gefundene Feigenblatt, um sie in ihrer historischen Nacktheit zu verdecken.

Der Haß, den die Imperialisten angeblich gegen das neue sozialistische Regime hegen, schien den historischen Argwohn der Russen gegenüber der übrigen Welt zu bestätigen und eine neue Isolierung des russischen Volkes zu rechtfertigen. Die sozialistische Revolution, die die Menschheit von ihren Ketten befreien wollte, verband sich schnell

mit dem messianischen Sendungsbewußtsein, das schon stark im russischen Gedankengut verankert war, und schuf eine Ideologie, die sich für das neue Regime sowohl hinsichtlich der Herrschaft über seine Untertanen als auch bei der Suche nach Anhängern im Ausland als sehr wertvoll erweisen sollte. Aus diesem Missionsgedanken heraus erklären sich die traditionell labilen Beziehungen zwischen Rußland und den übrigen Mächten sowie sein jahrhundertealtes Ziel, sein Gebiet auf deren Kosten auszuweiten.

Vielleicht können Sie hier die tieferen Ursachen für die Schwierigkeiten erkennen, die sich, wie ich bereits schilderte, ergaben, als die Westmächte versuchten, mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten.

Es liegen uns nun Erklärungen der Herren Chruschtschow und Mikojan vor, welche besagen, daß sie bessere Beziehungen wünschen, und wir hoffen, daß sie dies wirklich wollen. Wir müssen jedoch diese Worte gegen Erklärungen Chruschtschows abwägen, die erst vor relativ kurzer Zeit abgegeben wurden und die folgendermaßen lauten:

„Ob Sie es nun mögen oder nicht, die Geschichte ist auf unserer Seite. Wir werden Sie begraben."

Oder aber: „Wir sind davon überzeugt, daß über kurz oder lang der Kapitalismus zugrunde gehen wird, genauso wie es einstmals mit dem Feudalismus der Fall war."

Oder: „Die ganze Welt wird kommunistisch werden. Die Geschichte fragt nicht danach, ob es einem gefällt oder nicht."

Solche Behauptungen, in denen wieder der alte Ton der Feindseligkeit und der unausweichlichen Gegnerschaft zum Ausdruck kommt, lassen ernste Zweifel darüber entstehen, ob wir alle unsere Hoffnungen auf gelegentliche nette Worte oder ein allgemeines Wünschen und Sehnen setzen sollten.

Sie könnten nun aus meinen Worten entnommen haben, daß ich keine „allzu rosige" Auffassung in bezug auf die Aussichten für eine Zusammenarbeit mit den Russen hege; daß ich den gleichen Fehler begehe, den sie gemacht zu haben scheinen, nämlich fatalistisch anzunehmen, daß es niemals zu einer Entspannung kommen wird. Das ist nicht der Fall. Ich will nur sagen, daß jeder Grund zur Vorsicht, aber kein Grund zur Entmutigung besteht.

Meines Erachtens muß das schließliche Zustandekommen einer umfassenden Regelung mit der Sowjetunion auf vier Grundfaktoren beruhen:

Zuerst einmal muß das Vertrauen ihrerseits in ausreichendem Maße zunehmen. Die sowjetischen Machthaber müssen selbst zu der Einsicht gelangen, daß sie den Status einer Großmacht mit den damit verbundenen Verpflichtungen erreicht haben, etwas, dessen Anerkennung sie von anderen fordern. Sie sind jetzt eine Großmacht.

Zweitens müssen sie immer mehr einsehen — und zwar auf Grund ihrer Erfahrung und des von uns gegebenen Beispiels —, daß das System, dessen Gegner sie sind, nicht nur nicht zu einem baldigen Zusammenbruch verurteilt ist, sondern praktisch eine vielversprechende Zukunft und gewisse Qualitäten hat, über die das kommunistische System nicht verfügt. Das von ihrem Standpunkt aus peinlich augenfällige Faktum der Prosperität und Stärke Westdeutschlands und ganz Westeuropas sowie die Tatsache, daß die USA weiterhin nicht das von den kommunistischen Machthabern vorausgesagte Schicksal einer verheerenden Depression erleiden, wird die kommunistischen Führer — so hoffen wir — rechtzeitig beeindrucken. Der Gegensatz zwischen dem hochentwickelten System des Anreizes, das in Rußland nach zahlreichen Versuchen und Fehlschlägen entstanden ist, und dem brutalen Absolutismus der chinesischen Volkskommunen, der kürzlich selbst von Mikojan zugegeben wurde, zeigt, daß die Russen schon „kapitalistischer" geworden sind, als sie vielleicht denken. Der Hinweis Präsident Eisenhowers auf den sowjetischen Staatskapitalismus spiegelt die tatsächliche Entwicklung wider.

Und drittens muß der Westen ganz offensichtlich weiterhin entschlossen und stark bleiben. In Berlin, auf Quemoy, im Libanon — an jedem Platz oder Punkt, wo die Kommunisten aus irgendeiner Form der Aggression, der Bedrohung oder taktischer Manöver Kapital zu schlagen versuchen, müssen wir darauf achten, daß ihnen dieses weder gelingt noch daß sie ermutigt werden. Wir brauchen weder zu drohen noch zu prahlen, weder furchtsam noch aggressiv zu sein. Wir müssen nur ruhig und entschlossen sowie fest und eindeutig in der Lage sein, unser rechtmäßiges Interesse wahrzunehmen.

Und schließlich müssen wir weiterhin bereit bleiben, die Lösung von Fragen — seien es große oder kleine — zu erörtern, wenn immer eine solche Lösung sich in konstruktiver Weise erörtern läßt. Unter voller Berücksichtigung der Tatsachen des Lebens müssen wir uns weiter aufrichtig und geduldig um ein besseres Fundament für das Zusammenleben mit der Sowjetunion in der einen Welt bemühen. Dies ist nicht gerade schnell und leicht zu erreichen...

Quelle: *Amerika-Dienst* (United States Information Service, Frankfurt a. M.), 27. Januar 1959.

Die westlichen Antworten auf den sowjetischen Friedensvertragsentwurf

*Note der Vereinigten Staaten vom 16. Februar 1959**

Die Regierung der Vereinigten Staaten bezieht sich auf die Note der sowjetischen Regierung vom 10. Januar 1959.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat immer wieder ihre Ueberzeugung zum Ausdruck gebracht, daß die fortgesetzte Teilung Deutschlands eine Gefahr für die Sicherheit Europas und den Weltfrieden darstellt. Diese Gefahr wird erhöht durch die beständige und flagrante Verweigerung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für die Ostdeutschen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat versucht, dieses Problem durch Verhandlungen zwischen den vier für Deutschland verantwortlichen Mächten so dringend wie möglich zu behandeln. Im Verfolg dieses Zieles ist sie bereit gewesen, ernsthaft über alle Aspekte des Problems zu verhandeln. Diese seit langem zum Ausdruck gebrachte Einstellung wurde erst in jüngster Zeit von den Vereinigten Staaten in ihren Noten vom 30. September und 31. Dezember 1958 dargelegt.

Die sowjetische Regierung hat ihre Absicht angekündigt, sich einseitig bestimmter international vereinbarter Verantwortungen und Verpflichtungen in bezug auf Berlin zu entledigen. Dies würde zu dem Versuch ermutigen — und könnte tatsächlich zu dem Versuch führen —, eine Kontrolle über die Rechte der westlichen Alliierten, in Berlin zu sein und ungehinderten Zugang dorthin zu haben, geltend zu machen. Die Gefahr für den Weltfrieden, die in dieser sowjetischen Initiative liegt, ist ganz offensichtlich.

Der Standpunkt der Westmächte zu dieser Angelegenheit ist in ihren Noten vom 31. Dezember klargestellt worden. Sie haben keine andere Wahl, als erneut zu er-

*) Die britische Note ist nahezu gleichlautend mit der amerikanischen. In der französischen Note wird erklärt, daß die französischen Streitkräfte aus Berlin nur im Rahmen eines frei ausgehandelten Abkommens, welches das deutsche Problem in seiner Gesamtheit löst, zurückgezogen werden können. Auch die französische Regierung erklärt, daß sie mit allen geeigneten Mitteln die Verbindungswege nach Berlin aufrechterhalten wird. Zum sowjetischen Friedensvertragsentwurf erklärt die französische Regierung, sie könne keine Konferenz in Betracht ziehen, die auf das Problem des Friedensvertrags beschränkt wäre und nicht auch die Wiedervereinigung Deutschlands behandelte. Die letzten drei Absätze der französischen Note sind gleichlautend mit den entsprechenden Absätzen der amerikanischen Note.

klären, daß sie sich das Recht vorbehalten, mit allen angemessenen Mitteln die Verbindung mit ihren Sektoren in Berlin aufrechtzuerhalten.

Neben der Berlin-Frage enthält die sowjetische Note vom 10. Januar eine Reihe von Erklärungen und Vorschlägen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten nicht übereinstimmt. Die Regierung der Vereinigten Staaten beabsichtigt jedoch nicht, diese Dinge in der vorliegenden Note zu erörtern. Zum Teil geschieht dies, weil ihre Ansichten zu den zur Debatte stehenden Punkten in der Note vom 31. Dezember 1958 sowie bei früheren Gelegenheiten klargestellt worden sind, und zum Teil, weil nach ihrer Ansicht weder eine Polemik noch das Beharren auf der vorherigen Billigung irgendwelcher Begrenzungen hinsichtlich der Möglichkeiten zur Erreichung gegenseitig befriedigender Lösungen von Nutzen sein kann.

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist bereit, an einer Konferenz der Außenminister der UdSSR, Frankreichs, Großbritanniens und der USA teilzunehmen, und ist willens, jeden Vorschlag hinsichtlich des Zeitpunktes sowie des Ortes in Erwägung zu ziehen, die in gegenseitigem Uebereinkommen festgelegt würden. Ueber den Ort und den Zeitpunkt sollte auf diplomatischem Wege eine Regelung erzielt werden.

Die Konferenz sollte sich mit dem Deutschlandproblem in all seinen Aspekten und Zusammenhängen befassen, wie sie in dem jüngsten Notenaustausch zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs, Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland auf der einen Seite und der Regierung der UdSSR auf der anderen Seite angeschnitten wurden.

Es wird vorgeschlagen, daß deutsche Berater zu der Konferenz eingeladen und konsultiert werden sollten.

Quelle: *Amerika-Dienst* (United States Information Service, Frankfurt a. M.), 17. Februar 1959.

Note der Bundesrepublik Deutschland vom 16. Februar 1959

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat die Note der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 10. Januar 1959 sorgfältig geprüft.

Nach Ansicht der Bundesregierung ist es im Interesse des friedlichen Zusammenlebens der Völker unerläßlich, möglichst bald auf dem Verhandlungswege eine gerechte Regelung der Deutschlandfrage zu finden und damit endlich eine Grundlage für einen dauerhaften Frieden zu legen. Die Bundesregierung ist der Ueberzeugung, daß ein solcher Friede nur dann gewährleistet ist, wenn er auf der Achtung völkerrechtlicher Verpflichtungen beruht und die nationalen Interessen der betroffenen Völker einschließlich des deutschen Volkes berücksichtigt. Eine Politik der Gewalt und der einseitigen Maßnahmen würde sehr ernste Gefahren heraufbeschwören.

Entsprechend dem aufrichtigen Wunsch des deutschen Volkes nach Frieden und Freiheit hat die Bundesregierung von Anbeginn an jegliche völkerrechtliche Form von Gewaltanwendung und eigenmächtigen Vorgehens abgelehnt. Sie bekräftigt dieses Prinzip aufs neue und ist bereit, mit allen Kräften an der Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens mitzuwirken. Da eine Friedensregelung indessen eine Reihe von schwerwiegenden Problemen aufwirft, ist die Bundesregierung der Ansicht, daß es unerläßlich ist, einen umfassenden Gedankenaustausch zwischen den vier für die Lösung der Deutschlandfrage verantwortlichen Mächten über alle damit in Zusammenhang stehenden Probleme herbeizuführen. In diesem Zusammenhang nimmt die Bundesregierung auf ihre Noten vom 17. November 1958 und 5. Januar 1959 Bezug.

Die Bundesregierung ist daher der Ansicht, daß eine Viermächtekonferenz auf Außenminister-Ebene mit dem Ziel eines solchen Meinungsaustausches einberufen werden

sollte. Eine derartige Konferenz hätte sich mit allen Aspekten und Zusammenhängen des Deutschlandproblems zu beschäftigen, wie sie in den jüngsten Notenwechseln zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika einerseits und der Regierung der Sowjetunion andererseits aufgetaucht sind. Ferner sollten die vier Außenminister über die Form einer deutschen Beteiligung entscheiden.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 31, 17. Februar 1959.

Note der Sowjetunion an die Vereinigten Staaten vom 2. März 1959*

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat sich mit der Note der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika vom 16. Februar 1959 vertraut gemacht und hält es für erforderlich, folgendes zu erklären:

Die Note der Regierung der USA gibt keine Antwort auf die konkreten Vorschläge der Sowjetunion über den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und über die zu diesem Zweck notwendige Einberufung einer Friedenskonferenz der Staaten, die am Krieg gegen Deutschland teilgenommen haben, sowie über die Normalisierung der Lage in Berlin. Die Lösung dieser Fragen, die von entscheidender Bedeutung für die Festigung des Friedens in Europa und für die Zukunft der deutschen Nation sind, versucht die Regierung der USA durch Aeußerungen darüber zu ersetzen, daß es wünschenswert sei, wenn die Vier Mächte das „Deutschlandproblem in allen seinen Aspekten" erörterten, während sie ihrerseits keinerlei Vorschläge zum Kern des Problems vorbringt.

Schon die Art und Weise, wie die Deutschlandfrage in dieser Note gestellt wird, zeigt, daß nicht der Wunsch besteht, sowohl der tatsächlichen in Deutschland entstandenen Lage als auch den Forderungen des gesunden Menschenverstandes Rechnung zu tragen. Während Deutschland vor vierzehn Jahren, wenn es auch in Zonen aufgeteilt war, ein Land mit einer einheitlichen Gesellschaftsordnung geblieben war, bestehen heute zwei deutsche Staaten, die sich in verschiedenen Richtungen entwickeln. Die Regierungen der Westmächte können, wenn sie wirklich eine Regelung des Deutschlandproblems auf realer Grundlage anstreben, nicht die Augen vor dieser Tatsache verschließen, um so weniger, als sie als erste den westdeutschen Staat geschaffen haben.

Während die USA, Großbritannien und Frankreich seit Beginn der Besatzung Kurs auf die Spaltung Deutschlands nahmen, bereiteten sie gleichzeitig eine Wiederbewaffnung des von ihnen geschaffenen westdeutschen Staates vor. Damit durchbrachen sie das Potsdamer Abkommen, das von der Idee der Ausrottung des deutschen Militarismus getragen ist, zu der die Völker Europas mit unermeßlichen Opfern und Entbehrungen

*) Inhaltlich entsprechende Noten wurden an die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs gerichtet.

Auch in den Noten an die Bundesrepublik, an die DDR und an die übrigen Adressaten der sowjetischen Friedensvertrags-Noten vom 10. Januar teilt die Sowjetregierung ihre Konferenzvorschläge mit und legt in ähnlicher Form wie in den Noten an die Westmächte nochmals ihre Auffassungen zu den zur Erörterung stehenden Problemen dar. Sie vertritt den Standpunkt, daß an der Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrags und an der Lösung der Probleme der europäischen Sicherheit auch Polen und die Tschechoslowakei teilnehmen sollten, ebenso müßten an der Erörterung des Friedensvertrags und der Berliner Frage auch die Bundesrepublik und die DDR teilnehmen.

Darüber hinaus wird in der für die Bundesregierung bestimmten Note die Politik der Bundesregierung wiederum scharf angegriffen: Charakter und Ton der Noten der Bundesregierung bestärkten die Sowjetregierung in der Annahme, daß die Bundesregierung die Leidenschaften bis zum Aeußersten aufpeitschen und unter allen Umständen eine friedliche Erörterung der sowjetischen Vorschläge hinsichtlich Berlins verhindern wolle; die Bundesregierung weise alle Vorschläge zur Erleichterung des deutschen Problems monoton zurück.

gelangten. Wie die folgenden Ereignisse zeigten, war ihre Hauptsorge die Einbeziehung Westdeutschlands in ihre Militärgruppierung. Die Beteiligung der Deutschen Bundesrepublik an der NATO ermöglichte es ihr, offen mit der Aufstellung der Bundeswehr zu beginnen und deren Ausrüstung mit Raketen- und Atomwaffen zu fordern. Gerade infolge der Politik der Wiederbewaffnung und Förderung der militaristischen Kräfte Westdeutschlands müssen die europäischen Völker erneut in Unruhe und Sorge um ihre Zukunft leben.

Der andere selbständige deutsche Staat — die Deutsche Demokratische Republik — hat den Weg des Friedens und des sozialen Fortschritts gewählt. Hier gibt es keinen Boden für das Wiederaufleben des Militarismus und für eine Politik der Aggression und der Revanche. Die Regierung der DDR hat auf die Einführung der Wehrpflicht und die Aufstellung einer Massenarmee verzichtet. Der Kontrast und die Kluft zwischen beiden deutschen Staaten vertiefen sich noch dadurch, daß sie einander gegenüberstehenden militärischen und politischen Mächtegruppierungen angehören und an bestimmte Verpflichtungen gebunden sind, die sich aus der Zugehörigkeit zu diesen Gruppierungen ergeben.

Die DDR gehört bekanntlich der Organisation des Warschauer Vertrages an, die keine anderen Ziele hat als die Festigung des Friedens, die Minderung der internationalen Spannung und die Beendigung des „Kalten Krieges", während die Deutsche Bundesrepublik aktiver Partner der NATO ist, in der alles dem Wettrüsten, dem Streben, die Welt in Spannung zu halten, und den Vorbereitungen zu einem Aggressionskrieg untergeordnet ist.

Somit hat die Nachkriegsentwicklung Deutschlands andere Probleme auf die Tagesordnung gesetzt als jene, die in den ersten Jahren nach der Zerschlagung Hitlerdeutschlands vor den Vier Mächten standen. Heute läßt sich kein einziger Schritt vorwärts in der Deutschlandfrage tun, wenn man vom früheren Standpunkt an diese Frage herangeht und die Existenz beider selbständiger deutscher Staaten sowie den grundlegenden Unterschied in den Richtungen ihrer Entwicklung nicht berücksichtigt. Und diese Lage wird sich um kein Jota ändern, wenn auch noch so viele Noten oder Erklärungen von den Westmächten abgegeben werden, um die vom Leben selbst geschaffenen Tatsachen zu widerlegen.

Die Westmächte schlagen vor, das Deutschlandproblem in allen seinen Aspekten zu erörtern, während sie selbst die Grundlage für eine solche Erörterung zerstört haben. Von einer gemeinsamen Politik der Vier Mächte gegenüber Deutschland ist schon lange keine Rede mehr. Niemand kann beispielsweise die Sowjetunion dafür verantwortlich machen, daß die Deutsche Bundesrepublik einen militaristischen Entwicklungsweg beschritten hat. Es ist allgemein bekannt, daß die Sowjetunion die Westmächte wiederholt warnend auf die Gefahr hingewiesen hat, die ein solcher Entwicklungsweg Westdeutschlands für den Frieden und die Einheit Deutschlands in sich birgt. Andererseits wird es kaum jemand auf das Konto der Westmächte buchen, daß in der DDR die friedliebenden demokratischen Kräfte gesiegt haben und erstarkt sind.

Heute gibt es noch eine Möglichkeit, um zur Zusammenarbeit der Vier Mächte in der so wichtigen Deutschlandfrage zurückzukehren. Eine solche Möglichkeit eröffnet der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages. Auf Grund des Friedensvertrages würden die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland die gleichen Verpflichtungen übernehmen, die die Möglichkeit für ein Wiedererstehen des deutschen Militarismus ausschließen. Das würde die Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung für beide deutschen Staaten schaffen und die europäischen Völker von der drückenden Kriegsgefahr erlösen.

Der Vorschlag der Sowjetregierung über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland fand bisher die volle Billigung der Regierung von neun Staaten, die mit

ihren Streitkräften am Krieg gegen Hitlerdeutschland teilnahmen. Die Bevölkerung dieser Länder beträgt fast eine Milliarde Menschen. Gleichzeitig wurde dieser Vorschlag in breiten Kreisen der Oeffentlichkeit in vielen anderen Staaten gebilligt und unterstützt.

Sind das etwa keine überzeugenden Tatsachen, die für den baldigsten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland sprechen?

Was das Problem der Vereinigung Deutschlands betrifft, so hat die Sowjetregierung in ihren Noten vom 27. November 1958 und vom 10. Januar 1959 sowie in einer Reihe anderer der Regierung der USA zur Kenntnis gebrachter Dokumente eindeutig und bestimmt erklärt, daß sie eine Einmischung in die Angelegenheiten beider deutscher Staaten und ihre Ersetzung durch irgend jemanden bei der Lösung des Problems der Vereinigung für unmöglich und unzulässig hält. Dieses Problem können und müssen die Deutschen selbst lösen. Das einzige, was die Vier Mächte in dieser Richtung unternehmen könnten, ohne die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik zu schmälern, ist, zur Beseitigung der gegenwärtigen Entfremdung in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sowie zur Annäherung und Einigung zwischen ihnen beizutragen, um die Aufgabe der Wiedervereinigung Deutschlands zu lösen. Die Sowjetregierung hat sich bereit erklärt, einen solchen Beistand zu leisten, wobei sie insbesondere den Vorschlag der Regierung der DDR über die Bildung einer deutschen Konföderation unterstützte. Es wäre natürlich, zu erwarten, daß die Regierung der USA, die erklärt, an der Wiedervereinigung Deutschlands interessiert zu sein, eine konstruktive Haltung zu diesem Vorschlag an den Tag legt. Indessen ist eine solche Einstellung bisher nicht gezeigt worden.

Die Sowjetregierung möchte ferner betonen, daß, davon ist sie tief überzeugt, der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Normalisierung der Lage in Berlin unter den gegenwärtigen Bedingungen an sich das beste Mittel wären, um auch der Lösung des Problems der Wiedervereinigung im Einklang mit den nationalen Hoffnungen der Deutschen, mit den Interessen des Friedens und der Sicherheit der anderen Völker näherzukommen.

Wenn die Sowjetregierung den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland vorschlägt, so geht sie von der Notwendigkeit aus, die Fragen, die seit dem Zweiten Weltkrieg offengeblieben sind und die die Beziehungen zwischen den Staaten komplizieren, endgültig zu regeln. Nur diejenigen können dagegen Einwände erheben, die sich nicht von der gegenwärtigen ungeregelten Situation trennen möchten, die danach trachten, den Boden für gefährliche Reibereien zwischen den Staaten zu erhalten, die die Welt im Fieberzustand halten möchten, die für die Vorbereitung zum Kriege und nicht für die Festigung des Friedens sind.

Ein Friedensvertrag kann, wenn die interessierten Staaten wirklich danach streben, mit beiden deutschen Staaten geschlossen werden, da jetzt nur sie im Namen Deutschlands sprechen können, das die Kapitulationsurkunde unterzeichnet hat, und ein Friedensvertrag muß die bestehende Lage festhalten. Man muß in einer Welt von Illusionen leben, um zu hoffen, die Gesellschaftsordnung irgendeines dieser Staaten mit Hilfe äußerer Einmischung zu ändern. Ist es nicht klar, daß jeder Versuch, gegenüber der DDR und der Deutschen Bundesrepublik Gewalt anzuwenden, zu einem Zusammenstoß der beiden einander gegenüberstehenden Militärgruppierungen, deren Partner sie sind, führen und die Menschheit in einen neuen Krieg stürzen würde, der in seinen Folgen hundertmal schwerer wäre als alle vergangenen Kriege?

Der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages würde auch die Regelung der Berlin-Frage bedeuten. Die Sowjetregierung hat die Regierung der USA bereits wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die in Berlin entstandene Lage anomal ist und eine

ernste Quelle internationaler Spannung, besonders in den Beziehungen zwischen den Staaten Europas, darstellt. Die Sowjetregierung tritt dafür ein, daß diese Frage auf einer für alle interessierten Seiten annehmbaren Grundlage gelöst wird, um den Frieden und die Sicherheit der Völker Europas zu gewährleisten. Deshalb unterbreitete sie den Vorschlag, West-Berlin in eine entmilitarisierte freie Stadt zu verwandeln, deren Selbständigkeit und notwendige geschäftliche, kulturelle und sonstige Verbindungen mit den Ländern des Westens und des Ostens durch zuverlässige internationale Garantien geschützt würden. An diesen Garantien können sich nach Meinung der Sowjetregierung die Großmächte mit ihrem ganzen Gewicht und Ansehen beteiligen, was schon an sich einen wirksamen Charakter dieser Garantien sichert und die Rechte und den Status einer freien Stadt West-Berlin zuverlässig schützt. Die Heranziehung der UN zur Beteiligung an den Garantien ist ebenfalls durchaus möglich und entspricht sowohl den Interessen der Bevölkerung der freien Stadt als auch den Erfordernissen der Festigung des Friedens. Es versteht sich von selbst, daß die Sowjetregierung bereit ist, die Frage der Garantien gemeinsam mit den anderen interessierten Staaten zu erörtern, um zu einem gegenseitig annehmbaren Uebereinkommen zu gelangen.

Was die in der Note der USA-Regierung enthaltene Erklärung über ihre Bereitschaft betrifft, „alle entsprechenden Mittel" zur Aufrechterhaltung der Besatzung West-Berlins anzuwenden, so wird dies natürlich den Standpunkt der Sowjetregierung hinsichtlich der Notwendigkeit, die Berlin-Frage zu regeln, nicht ändern und ihre Absichten in dieser Beziehung nicht beeinflussen. Der Regierung der USA braucht wohl kaum bewiesen zu werden, daß die Länder, denen mit dem Einsatz „aller Mittel" gedroht wird, alles Notwendige zu ihrer Verfügung haben, um sich in entsprechender Weise zu verteidigen und jeder beliebigen Aggression eine Abfuhr zu erteilen.

Die Sowjetregierung möchte betonen, daß sie als Verbündeter der Deutschen Demokratischen Republik im Warschauer Vertrag ihre Verpflichtungen auf Grund dieses Vertrages restlos erfüllen wird. Bekanntlich nehmen sämtliche Partnerstaaten des Warschauer Vertrages den gleichen Standpunkt ein. Sie sind sich einig in ihrer Entschlossenheit, alles in ihrer Kraft Stehende zu tun, um den Frieden zu erhalten und, sollte es erforderlich sein, ihn wiederherzustellen.

Wie soll man in einer solchen Situation die im Westen ausgestoßenen Drohungen bewerten, Panzer und Luftwaffe für einen Durchbruch nach Berlin einzusetzen, wenn die DDR als souveräner Staat, mit dem ein Friedensvertrag unterzeichnet sein wird, völlig frei über die Verbindungswege zwischen West-Berlin und der Deutschen Bundesrepublik verfügen wird? Wenn sich hinter diesen Drohungen tatsächlich das Bestreben verbirgt, zu den Waffen zu greifen, so wird jeder, der sich dazu entschließen sollte, eine schwere Verantwortung gegenüber der Menschheit für die Entfesselung eines neuen Krieges auf sich nehmen müssen.

Wenn aber die Initiatoren solcher Drohungen einen Nervenkrieg führen und Druck auf die Sowjetunion ausüben wollen, so sollten sie wissen, daß derartige Methoden gegenüber dem Sowjetstaat immer mit einem Fiasko endeten und auch in Zukunft das gleiche Fiasko erleben werden.

Nach der tiefen Ueberzeugung der Sowjetregierung ist es heute notwendiger denn je, dringende wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um einen gefährlichen Lauf der Ereignisse zu verhindern. Deshalb kehrt sie erneut zu ihrem Vorschlag zurück, ein Treffen der Staatsmänner auf höchster Ebene durchzuführen.

Verhandlungen der Außenminister, wie sie jetzt von der Regierung der USA vorgeschlagen werden, sind ein langer Weg.

Wenn die Regierungschefs noch keine feste Entscheidung darüber getroffen haben, die Beziehungen zwischen den Staaten auf der Grundlage der Zusammenarbeit aufzu-

bauen und alles zu verhindern, was diese Beziehungen komplizieren würde, können dann etwa andere Vertreter der Staaten Beschlüsse fassen, die eine grundlegende Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten herbeiführen würden? Man kann nicht daran zweifeln, daß heute die Bemühungen solcher Vertreter weniger darauf gerichtet sein würden, zur Annäherung zwischen den Staaten beizutragen, als vielmehr darauf, die Gründe und Ursachen ausfindig zu machen, von denen sich der eine oder andere Staat leiten läßt, wenn er seine Vorschläge unterbreitet.

Schon allein die Tatsache eines Treffens der Regierungschefs in der gegenwärtigen gespannten Situation würde zweifellos zur Gesundung der gesamten internationalen Atmosphäre beitragen. Man braucht noch gar nicht von der großen, wahrhaft historischen Bedeutung zu sprechen, die ein Beschluß der an einer Konferenz teilnehmenden Regierungschefs haben würde, daß sie von jetzt an ihre Bemühungen daransetzen werden, alle internationalen Probleme im Interesse des Friedens und auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu regeln, und alles unterlassen werden, was die Erreichung dieser edlen Ziele behindern würde. Schon dies allein würde günstige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Lösung der konkreten Fragen schaffen, die in den internationalen Angelegenheiten Spannung verursachen.

Selbstverständlich könnten die Regierungschefs einen umfassenderen Fragenkreis erörtern, als dies die Regierung der USA für eine Außenministerkonferenz vorschlägt. Das trifft besonders auf die ungelösten Fragen zu, die eine Gefahr für die Sicherheit der Völker und den Weltfrieden in sich bergen. Die Sowjetregierung geht davon aus, daß die Regierungschefs die von ihr unterbreiteten Vorschläge über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland sowie über gemeinsame Maßnahmen zur Beseitigung der anomalen Lage erörtern werden, die im Zusammenhang mit der ausländischen Besatzung West-Berlins entstanden ist. Natürlich müßten die auf dieser Konferenz vereinbarten Beschlüsse über einen Friedensvertrag einer Friedenskonferenz unterbreitet werden, wie es von der Sowjetregierung vorgeschlagen wurde.

Darüber hinaus könnten auf einer Konferenz der Regierungschefs Fragen behandelt werden, die mit der Gewährleistung der europäischen Sicherheit und der Abrüstung verbunden sind, wie zum Beispiel die beiderseitige Zurückziehung der Truppen und die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone sowie einer Sperrzone zwischen den Streitkräften der Organisation des Warschauer Vertrages und der NATO, die Reduzierung der Streitkräfte der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf dem Territorium anderer Staaten, das Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen und die Einstellung der Versuche mit diesen Waffen und andere Fragen. Die Sowjetregierung hat diese Fragen seinerzeit genannt, und sie sind der Regierung der USA gut bekannt.

Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß für die erfolgreiche Arbeit zur Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland und für die Lösung der mit der Gewährleistung der europäischen Sicherheit zusammenhängenden Fragen auch die aktive Beteiligung von Vertretern der Länder erforderlich ist, die der Aggression durch Hitlerdeutschland ausgesetzt waren. Vorschläge, die darauf abzielen, die Behandlung eines Friedensvertrages auf den Rahmen der Vier Mächte zu beschränken, können nur Schwierigkeiten bei der Herbeiführung gemeinsam formulierter Beschlüsse hervorrufen. In Anbetracht dessen hält es die Sowjetregierung für notwendig, daß an der Konferenz außer den Vier Mächten solche interessierten Länder wie Polen und die Tschechoslowakei als Staaten teilnehmen, die Deutschland benachbart sind und die ersten Opfer der Hitler-Aggression wurden. Was die Beteiligung der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik an der Konferenz betrifft, so ist die Sowjetregierung der Ansicht, daß auf einer Gipfelkonferenz bei der Behandlung der Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland und der West-Berlin-Frage sowohl die Deutsche Demokratische Republik als auch die Deutsche Bundesrepublik vertreten sein müssen.

Im Westen werden häufig Stimmen gegen eine Gipfelkonferenz laut, da es angeblich keine Garantien dafür gibt, daß diese Konferenz nicht scheitert. Wenn natürlich die einen oder anderen Teilnehmer von vornherein nicht den Wunsch haben, auf einer solchen Konferenz zu einer Einigung beizutragen, dann kann sie tatsächlich scheitern. Aber in einem solchen Falle wird jede Konferenz, auf welcher Ebene sie auch durchgeführt werden mag, unvermeidlich zum Scheitern verurteilt sein.

Um den Erfolg einer Gipfelkonferenz zu sichern, ist es notwendig, daß sich alle ihre Teilnehmer von dem aufrichtigen Wunsch leiten lassen, zu einem Uebereinkommen zu gelangen, und erkennen, daß im Interesse der Sicherung eines dauerhaften Friedens zwischen den Völkern die Versuche aufgegeben werden müssen, bei den Verhandlungen irgendwelche einseitigen Vorteile zu erzielen.

Die Sowjetregierung vertritt die Meinung, daß eine Konferenz auf höchster Ebene gegenwärtig die größten Chancen auf positive Ergebnisse hat. So maßgebliche Staatsmänner, die über die größten Vollmachten und Erfahrungen verfügen, wie die Regierungschefs, müssen auch ihr Wort geltend machen, um die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Staaten in eine neue Richtung zu lenken. Nachdem die Regierungschefs untereinander Einigung über die spruchreifen internationalen Fragen erzielt haben, könnten sie die Außenminister beauftragen, die weiteren Maßnahmen zur Verwirklichung der gefaßten gemeinsamen Beschlüsse auszuarbeiten.

Sollten die Regierungen der Westmächte noch nicht bereit sein, an einer Gipfelkonferenz teilzunehmen, so ist die Sowjetregierung der Ansicht, daß man zur Behandlung der Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland und der West-Berlin-Frage eine Konferenz der Außenminister der UdSSR, der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Polens und der Tschechoslowakei einberufen könnte. Hierbei erklärt sich die Sowjetregierung mit dem Vorschlag der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs einverstanden, daß auf dieser Konferenz die beiden deutschen Staaten — die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik — vertreten sein sollen.

Da diese beiden konkreten Fragen schon längst spruchreif geworden sind, hält es die Sowjetregierung für zweckmäßig, für eine Außenministerkonferenz eine Frist von höchstens zwei bis drei Monaten festzulegen.

Was die Frage von Zeit und Ort für eine Konferenz der Regierungschefs anbelangt, so würde es die Sowjetregierung für möglich halten, eine solche Konferenz zum April dieses Jahres nach Wien oder Genf einzuberufen, wenn dies der USA-Regierung sowie den anderen Regierungen der anderen Teilnehmerstaaten der Konferenz zusagt und wenn natürlich die Regierungen Oesterreichs oder der Schweiz bereit sind, den Teilnehmern dieser Konferenz Gastfreundschaft zu gewähren.

Sollte die Regierung der USA zu einem Treffen der Regierungschefs nicht bereit sein, so schlägt die Sowjetregierung vor, zum genannten Termin und nach dem erwähnten Ort eine Konferenz der Außenminister in der oben vorgeschlagenen Zusammensetzung einzuberufen.

Die Sowjetregierung möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß dieser ihr Vorschlag von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika unterstützt wird. Sie haben gemeinsam mit der Sowjetunion und den anderen Partnerstaaten der Anti-Hitler-Koalition in der Periode des Zweiten Weltkrieges ihren Beitrag zur Zerschlagung Hitlerdeutschlands geleistet und würden jetzt durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zur Beseitigung der Kriegsgefahr von seiten des deutschen Militarismus beitragen.

Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 53, 4. März 1959.

Kommuniqué vom 3. März 1959 über die Besprechungen zwischen den Regierungschefs Großbritanniens und der Sowjetunion in Moskau

Auf Einladung der Regierung der Sowjetunion stattete Herr Harold Macmillan, der Premierminister des Vereinigten Königreichs, in Begleitung von Herrn Selwyn Lloyd, Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, und offiziellen Beratern in der Zeit vom 21. Februar bis zum 3. März 1959 der Sowjetunion einen offiziellen Gegenbesuch ab.

Im Laufe ihres Besuchs hatten Herr Macmillan und Herr Selwyn Lloyd Gelegenheit zu einer Reihe von Gesprächen mit Herrn N. S. Chruschtschow, dem Vorsitzenden des Ministerrats der Sowjetunion, und anderen Mitgliedern der Sowjetregierung, darunter Herrn A. I. Mikojan, Erster Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats, und Herrn A. A. Gromyko, Minister für Auswärtige Angelegenheiten.

Diese Gespräche umfaßten einige der wichtigeren Fragen, die gegenwärtig von allgemeinem internationalem Interesse sind. Beide Seiten berücksichtigten jedoch die Tatsache, daß diese Fragen neben der Sowjetunion und dem Vereinigten Königreich noch viele andere Länder angehen. Wenn sie auch keine Verhandlungen führten, so konnten die Regierungschefs doch im Laufe ihrer Gespräche während der letzten 10 Tage einen wertvollen Meinungsaustausch über diese Fragen pflegen. Sie haben diese Gelegenheit benutzt, um ihre Haltung und die dafür maßgebenden Beweggründe in bezug auf alle erörterten Fragen zu erläutern.

Der freimütige Austausch von Meinungen und Gedanken, der stattfand, hat ein besseres Verständnis der beiderseitigen Haltung ermöglicht und dadurch einen nützlichen Beitrag zu den bevorstehenden internationalen Diskussionen in größerem Kreise geleistet. Die Regierungschefs waren sich darin einig, daß ein Fortschritt in Richtung auf eine Lösung des Abrüstungsproblems ein bedeutender Beitrag zur Erhaltung des Friedens wäre. Er würde dazu beitragen, das internationale Vertrauen zu vergrößern und die Last der Militärausgaben zu vermindern. Sie kamen überein, ihre Bemühungen um einen Fortschritt auf diesem Gebiet fortzusetzen.

Ihr gemeinsames Ziel bleibt das schließliche Verbot der Kernwaffen und die Anwendung der Kernenergie für ausschließlich friedliche Zwecke. Sie erkannten aber auch an, welch große Bedeutung die Erzielung eines Abkommens über die Einstellung der Kernwaffenversuche unter einem wirksamen System internationaler Inspektion und Kontrolle haben würde. Sie erörterten den Verlauf der Arbeiten der Genfer Konferenz über die Einstellung der Kernwaffenversuche und beschlossen, ihre Bemühungen um ein befriedigendes Abkommen fortzusetzen.

Sie waren der Meinung, daß ein solches Abkommen die Spannung vermindern, die aus den Kernwaffenversuchen erwachsende mögliche Gefahr für Gesundheit und Leben beseitigen und zur Verhütung der weiteren Entwicklung von Kernwaffen beitragen würde.

Die Regierungschefs tauschten ausführliche Erläuterungen der Ansichten ihrer beiden Regierungen zu den Deutschland betreffenden Fragen aus, einschließlich der Frage eines Friedensvertrags mit Deutschland und der Berlin-Frage. Sie waren nicht in der Lage, sich über die juristischen und politischen Aspekte der hierin eingeschlossenen Probleme zu verständigen. Gleichzeitig erkannten sie jedoch an, daß die vordringliche Regelung dieser Probleme von großer Bedeutung für die Aufrechterhaltung und Konsolidierung von Frieden und Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt ist.

Sie erkannten daher die Notwendigkeit baldiger Verhandlungen zwischen den interessierten Regierungen an, um eine Grundlage für die Regelung dieser Differenzen zu schaffen. Sie waren der Meinung, daß solche Verhandlungen den Grund für ein stabiles System der europäischen Sicherheit legen könnten.

In diesem Zusammenhang waren sie sich darin einig, daß es nützlich wäre, die Möglichkeiten einer Verstärkung der Sicherheit durch irgendwelche Methoden der Begrenzung von Streitkräften und Waffen — sowohl konventioneller als auch nuklearer — in einer vereinbarten Zone Europas und unter einem angemessenen Inspektionssystem weiterhin zu prüfen.

Bezüglich all dieser Fragen bekräftigten die Regierungschefs den Grundsatz, daß Differenzen zwischen den Nationen durch Verhandlungen und nicht durch Gewalt gelöst werden sollten. Sie erkannten an, daß es für solche Verhandlungen, wenn sie Erfolg haben sollen, wichtig ist, daß jede Seite sich aufrichtig bemüht, den Standpunkt der anderen Seite zu verstehen. Sie waren sich darin einig, daß der gegenwärtige Besuch des Premierministers und des Außenministers Großbritanniens in der Sowjetunion einen wertvollen Beitrag zu einem solchen Verständnis geleistet hat.

Die Regierungschefs erörterten auch eine Anzahl besonderer Fragen, welche die Regierungen des Vereinigten Königreichs und der Sowjetunion direkt angehen. Sie nahmen mit Zustimmung Kenntnis von einem Bericht von Vertretern der beiden Regierungen über die Entwicklung des Austauschs auf kulturellem Gebiet. Dieser Bericht ist dem Kommuniqué im Anhang beigefügt[1].

Sie erörterten auch den Stand des britisch-sowjetischen Handels. Sie stellten mit Befriedigung fest, daß die langfristige Tendenz des Handels zwischen den beiden Ländern eine Aufwärtsentwicklung aufweist und daß Raum für eine Ausweitung dieses Handels vorhanden ist.

Sie kamen überein, daß eine Delegation unter Leitung eines Ministers des Vereinigten Königreichs in naher Zukunft die Sowjetunion besuchen wird, um die Aussichten für den künftigen Handel eingehender zu prüfen, als dies während der gegenwärtigen Gespräche möglich war.

Die Regierungschefs gaben ihrer Zuversicht Ausdruck, daß die persönlichen Kontakte, die zwischen den Regierungschefs der Sowjetunion und des Vereinigten Königreichs hergestellt wurden, sowohl im Interesse der Entfaltung von Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Völkern der beiden Länder als auch im Interesse der Erhaltung und Konsolidierung des Weltfriedens aufrechterhalten werden.

Quelle: *The Times*, Late London Edition, Nr. 54400, 4. März 1959. Uebersetzung des Europa-Archivs.

---

[1]) Hier nicht wiedergegeben.

Dokumente des 21. Parteikongresses der KPdSU in Moskau vom 27. Januar bis zum 5. Februar 1959

Redaktionelle Vorbemerkung

Eine umfangreiche Dokumentation zum 21. Parteikongreß der KPdSU wird in dem Band *Meißner*, „Rußland unter Chruschtschow — Die Sowjetunion auf dem Wege vom 20. zum 21. Parteikongreß der KPdSU", den das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik demnächst in der Reihe „Dokumente und Berichte" im Verlag R. Oldenbourg, München, herausgeben wird, enthalten sein. Dort finden sich u. a. der ungekürzte Wortlaut des Referats *Chruschtschows* „Ueber die Kontrollziffern für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1959 bis 1965" und die wichtigsten Diskussionsreden auf dem Parteikongreß. Das Europa-Archiv beschränkt sich daher auf die auszugsweise Wiedergabe des Chruschtschow-Referats (siehe unten) und auf die vollständige Wiedergabe der Entschließung des Parteitags zum Chruschtschow-Referat (vgl. S. D 141).

Aus dem Referat *Chruschtschows* sind im folgenden die Kapitel III und IV, die sich mit der internationalen Lage, mit den Beziehungen zwischen den kommunistischen und Arbeiter-Parteien und mit ideologischen Fragen befassen, im vollen Wortlaut wiedergegeben. Die hier nicht wiedergegebenen Kapitel I, II und V haben folgenden Inhalt:

In Kapitel I gab Chruschtschow einen kurzen Ueberblick über die gegenwärtige Lage der Sowjetunion, in dem umfangreichen Kapitel II erläuterte er die Ziele und Aufgaben des Siebenjahrplanes 1959 bis 1965, den er als den ersten Teil eines auf 15 Jahre berechneten Perspektivplans bezeichnete, durch den die „materiell-technische Basis" für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft geschaffen werden soll. (Vgl. hierzu Teil C des Beitrags von Boris *Meißner*, Seite 219 ff. dieser Folge.)

In Kapitel V umriß Chruschtschow die Aufgaben der Kommunistischen Partei bei der Verwirklichung der wirtschaftlichen und politischen Ziele der Sowjetführung. Nach einer Auseinandersetzung mit der „Anti-Partei-Gruppe" (vgl. hierzu *Meißner*, Teil B) befaßte er sich mit der Erziehung und dem Einsatz der Partei-Kader und mit der zunehmenden Bedeutung der Partei im Prozeß des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft. Abschließend betonte er die Revisionsbedürftigkeit der Verfassung der Sowjetunion und die wachsende Bedeutung der Sowjets und wies den Gewerkschaften und dem Kommunistischen Jugendverband ihre künftigen Aufgaben zu.

Die Entschließung des Parteikongresses zum Chruschtschow-Referat (vgl. S. D 141) spiegelt die einzelnen Kapitel des Referats inhaltlich wider — wobei allerdings die beiden Kapitel über internationale Fragen (III im Referat) und über ideologische Fragen (IV im Referat) in umgekehrter Reihenfolge erscheinen.

Referat N. S. Chruschtschows vom 27. Januar 1959 „Ueber die Kontrollziffern für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1959 bis 1965" (Auszug)

III. DIE ENTSCHEIDENDE ETAPPE DES WIRTSCHAFTLICHEN WETTBEWERBS DES SOZIALISMUS MIT DEM KAPITALISMUS UND DIE GEGENWÄRTIGE INTERNATIONALE LAGE

Genossen!

Der Siebenjahrplan übt tiefen Einfluß auf die gesamte internationale Situation aus und wird ein neuer Triumph des Marxismus-Leninismus sein. Unsere Erfolge bei der

Erfüllung des Plans werden dem Sozialismus Millionen neuer Anhänger gewinnen, werden zur Festigung der Kräfte des Friedens und zur Schwächung der Kräfte des Krieges führen, sie werden riesige Veränderungen nicht nur in unserem Lande, sondern auch in der ganzen Welt hervorrufen, auf wirtschaftlichem Gebiet wird eine entscheidende Wende im Weltmaßstab zugunsten des Sozialismus eintreten.

Die Wirtschaft ist das Hauptfeld, auf dem sich der friedliche Wettbewerb des Sozialismus mit dem Kapitalismus entfaltet, und wir sind daran interessiert, diesen Wettbewerb in historisch kurzer Zeit zu gewinnen.

Der Siebenjahrplan und die Erfüllung der wirtschaftlichen Hauptaufgabe der UdSSR

Durch die Erfüllung des Siebenjahrplanes wird ein entscheidender Schritt zur Verwirklichung der ökonomischen Hauptaufgabe der UdSSR getan werden — in historisch kürzester Frist die entwickeltsten kapitalistischen Länder in der Produktion pro Kopf der Bevölkerung einzuholen und zu überholen.

In der ersten Etappe des Wettbewerbs mit dem Kapitalismus, die mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begann, wurde die von W. I. Lenin formulierte Frage „wer wen?“ in unserem Lande zugunsten des Sozialismus entschieden.

Das hat den weltgeschichtlichen Sieg des Sozialismus bedeutet und seine entscheidenden Vorzüge gegenüber dem Kapitalismus offenbart. Bereits in jener Etappe hat der Sozialismus große Erfolge auf dem internationalen Schauplatz erzielt. Ihre Erfolge ausbauend, hat die Sowjetunion im weiteren dem Gesamtumfang der Industrieproduktion nach die entwickelten Länder Westeuropas weit überflügelt und den zweiten Platz in der Welt errungen. 1958 hat die Industrieproduktion der Sowjetunion die Industrieproduktion Frankreichs, Großbritanniens und Westdeutschlands zusammengenommen bedeutend übertroffen.

Der Sozialismus hat seine völlige Ueberlegenheit über den Kapitalismus, was das Entwicklungstempo der Produktion anbelangt, voll und ganz bewiesen. Jetzt treten wir in eine neue Etappe des wirtschaftlichen Wettbewerbs mit dem Kapitalismus ein.

Gegenwärtig besteht die Aufgabe darin, ein Uebergewicht des sozialistischen Systems über das kapitalistische System in der Weltproduktion zu erreichen, die entwickeltsten kapitalistischen Länder in der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit, in der Produktion pro Kopf der Bevölkerung zu übertreffen und den höchsten Lebensstandard der Welt zu sichern.

In dieser Etappe des Wettbewerbs beabsichtigt die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten von Amerika in wirtschaftlicher Hinsicht zu überholen. Der Produktionsstand in den USA ist der Gipfel, bis zu dem sich die Wirtschaft des Kapitalismus aufschwingen konnte. Wir wissen, daß dabei günstige historische und natürliche Voraussetzungen ihre Rolle spielten. Den Stand der USA zu übertreffen, bedeutet, die höchsten Kennziffern des Kapitalismus zu übertreffen.

Und der Umstand, daß wir jetzt eine solche Aufgabe stellen, zeigt, wie sehr unsere Kräfte, unsere Möglichkeiten gewachsen sind. Es gab eine Zeit, da unser Land auf vielen Gebieten der Volkswirtschaft und der Kultur beträchtlich hinter den meisten kapitalistischen Ländern herhinkte, und mit Amerika konnten wir uns schon gar nicht vergleichen. Jetzt haben wir ein anderes Niveau, ein anderes Potential und andere Möglichkeiten. Die gigantische Arbeit des Sowjetvolkes, das den von Lenin gewiesenen Weg beschreitet, hob unser in der Vergangenheit rückständiges Land auf eine solche Höhe, daß es sich jetzt mit der stärksten kapitalistischen Macht messen kann.

Bereits damals, als die Grundlagen des Sozialismus gelegt wurden, wußte unsere Partei, daß unvermeidlich die Etappe des entscheidenden wirtschaftlichen Wettbewerbs

mit dem Kapitalismus kommen und der Sozialismus dabei seine ganze Stärke zeigen wird. Jetzt kann man sagen, daß diese Etappe gekommen ist. Gestützt auf den gegenwärtigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte, auf die wachsende Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit, auf die modernen technischen Mittel, auf die Planmäßigkeit der sozialistischen Wirtschaft und auf die schöpferische Aktivität des Volkes, hat die Sowjetunion alle Möglichkeiten, diesen Wettbewerb friedlich zu gewinnen.

Wie zeichnen sich die Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung der zwei Weltsysteme in der nächsten Zukunft ab?

Wann die ökonomische Hauptaufgabe der UdSSR gelöst wird, hängt in erster Linie davon ab, in welchem Verhältnis sich der Produktionsstand in der UdSSR und in den USA in der Ausgangssituation gegenüberstehen. Welches Bild ergibt sich dabei?

Der Umfang der Industrieproduktion der UdSSR ist etwa halb so groß wie der der USA. Der Umfang der landwirtschaftlichen Produktion ist um 20 bis 25 Prozent geringer.

Pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, produzieren die USA in der Industrie etwas über das Doppelte und in der Landwirtschaft etwa 40 Prozent mehr als die UdSSR.

Bis wann kann der Abstand eingeholt werden, haben wir Gleichstand und können wir die USA auch in diesen Zahlen überholen?

Eine entscheidende Rolle spielt das Tempo des Wachstums der Produktion. Der Vorteil in diesem Tempo liegt auf seiten des sozialistischen Wirtschaftssystems. Das durchschnittliche Jahrestempo des Wachstums der Industrie in allen Jahren der Sowjetmacht übertrifft das Tempo des Wachstums der Industrie in den entwickelten kapitalistischen Ländern um das Drei- bis Fünffache.

Niemand bezweifelt, daß der im Siebenjahrplan vorgesehene durchschnittliche Jahreszuwachs der Industrieproduktion von 8,6 Prozent nicht nur erreicht, sondern auch übertroffen wird. Es ist klar, daß auch die kapitalistischen Länder nicht auf der Stelle treten werden. Man kann annehmen, daß die Industrieproduktion in den USA in der nächsten Zeit jährlich etwa um zwei Prozent wachsen wird.

Das war auch das Entwicklungstempo der amerikanischen Industrie in den letzten Jahren. Dabei muß man noch ein wichtiges Moment berücksichtigen. Lange Zeit übertrafen die USA, ungeachtet ihres niedrigen Tempos des Produktionswachstums, die UdSSR im absoluten Umfang des Jahreszuwachses der Industrieerzeugung. Aber diese Zeit ist längst vorbei. In den letzten acht Jahren als Ganzes übertrifft der absolute Umfang des Zuwachses bei einer Reihe wichtiger Zweige der Produktion in der UdSSR (Stahl, Gußeisen, Eisenerz, Oel, Kohle, Zement und Wollstoffe) die entsprechenden amerikanischen Ziffern.

So hat auch in dieser Hinsicht eine qualitativ neue Etappe des Wettbewerbs begonnen: Jetzt übertrifft unser Land die Vereinigten Staaten sowohl im Tempo als auch im absoluten Jahreszuwachs der Produktion. Wir schreiten viermal schneller vorwärts und steigern die Produktion jedes Jahr mehr. Folglich ist das Einholen der Amerikaner jetzt viel leichter.

Ausgehend vom Tempo des Wachstums der Industrie in der UdSSR und in den USA, wird die Sowjetunion durch die Erfüllung des Planes dem absoluten Umfang der Produktion nach die USA bei einigen wichtigen Erzeugnissen übertreffen; bei anderen wird sie sich dem gegenwärtigen Stand der Industrieproduktion der USA annähern. Die Erzeugung der wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte wird sowohl im ganzen als auch pro Kopf der Bevölkerung den gegenwärtigen Stand der Vereinigten Staaten übertreffen. Sowohl in der UdSSR als auch in den USA wird die Bevölkerung wachsen, wobei man erwarten kann, daß das Wachstum der Bevölkerung bei uns größer sein wird.

Offensichtlich wird die Bevölkerungszahl der UdSSR ungefähr um 15 bis 20 Prozent größer sein als die der USA. Je Kopf der Bevölkerung gerechnet, werden daher wahrscheinlich nach der Erfüllung des Siebenjahrplanes noch fünf Jahre notwendig sein, um die Vereinigten Staaten in der Industrieproduktion einzuholen und zu überflügeln.

Daraus folgt, daß zu diesem Zeitpunkt, möglicherweise aber auch früher, die Sowjetunion sowohl dem absoluten Produktionsumfang nach als auch in der Pro-Kopf-Quote auf den ersten Platz in der Welt rücken wird. Dies wird ein welthistorischer Sieg des Sozialismus im friedlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus im internationalen Maßstab sein.

Bürgerliche Oekonomen wollen nachweisen, daß das Tempo der industriellen Entwicklung der UdSSR in einer bestimmten Etappe zwangsläufig „abflaut". Das ist nichts anderes als ein Versuch, den Sozialismus analog der kapitalistischen Wirtschaft zu beurteilen. In der Tat, der Kapitalismus errichtet unüberwindliche Schranken für die Entwicklung der Produktivkräfte, und das Wachstumstempo der Industrie beginnt zurückzugehen. Der Sozialismus hingegen schafft alle notwendigen Voraussetzungen für ein ununterbrochenes Wachstum der Produktivkräfte.

In den Nachkriegsjahren fehlte es in den USA und in anderen kapitalistischen Ländern nicht an Worten über die „Prosperität", über den Beginn einer Epoche der „krisenfreien" Entwicklung des Kapitalismus. Wie ist aber die wirkliche Lage der Wirtschaft des Kapitalismus in der Nachkriegszeit? Im Verlaufe von nur zwölf Jahren erlebten die USA dreimal einen krisenhaften Produktionsrückgang, 1948 bis 1949, in den Jahren 1953 bis 1954 und vor allem in den Jahren 1957/1958.

Wie sich dies auf die Wirtschaft auswirkt, ist am Beispiel der letzten Krise ersichtlich. Die Industrieproduktion der USA verharrte im Jahre 1957 im wesentlichen auf dem Stand des Vorjahres, 1958 sank sie im Vergleich zu 1957 um 6,5 Prozent. Die Krise warf somit die Industrieproduktion der USA auf den Stand des Jahres 1953 zurück.

Der ständige Wechsel zwischen krisenhaftem Rückgang und fieberhaftem Anstieg zeugt von der Unbeständigkeit der Wirtschaft des Kapitalismus. Weder das Wettrüsten noch andere Maßnahmen können die Wirtschaft der USA und anderer kapitalistischer Länder vor Ueberproduktionskrisen bewahren. Was immer die kapitalistischen Staaten auch tun mögen, sie können die Krisenursache nicht beseitigen. Der Kapitalismus ist nicht in der Lage, sich aus dem tödlichen Griff seiner eigenen Widersprüche zu retten; diese vermehren und vertiefen sich weiter und drohen mit neuen wirtschaftlichen Erschütterungen. Festzustellen ist eine weitere Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die sich durch die grundlegende Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Weltsystem sowie durch den Zerfall des Kolonialsystems und die Verschärfung der sozialen Gegensätze in den kapitalistischen Ländern verstärkt hat.

Für den Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus ist die Steigerung der Produktion von großer Bedeutung. Um die Ueberlegenheit einer Ordnung über eine andere beurteilen zu können, ist jedoch in erster Linie zu beachten, was diese Produktionssteigerung der Gesellschaft, dem Menschen, gibt. In der Tat, welcher Nutzen erwächst denn, sagen wir, dem amerikanischen Arbeitslosen daraus, wenn in seinem Land im Durchschnitt je Kopf der Bevölkerung viel Fleisch, Butter, Fernsehapparate und Automobile produziert werden? Fällt doch der Löwenanteil des produzierten Reichtums in den kapitalistischen Ländern den Ausbeutern und ihren Schmarotzern zu, während im Sozialismus eine Erhöhung der Pro-Kopf-Produktion eine faktische Verbesserung des Lebens der Werktätigen bedeutet. Bildlich gesprochen, wenn wir die Produktion steigern, so gewinnt daraus wirklich „jeder Kopf", während in den kapitalistischen Ländern vom Wachstum der Produktion nur jener „Kopf" Vorteil hat, der reich ist,

der Kapital besitzt. Ein „Kopf", der nicht über Kapital verfügt, wird auch beim Anwachsen der Produktion nur dahinvegetieren. Das sind eben die „gleichen Bedingungen" im kapitalistischen System — der eine wird reicher, der andere verhungert. Eine solche Lage entspricht völlig den Gesetzen des Kapitalismus und gilt als normal und natürlich.

Im Sozialismus ist ein Widerspruch, der daraus entsteht, daß die Produktion wächst, während das Niveau des Verbrauchs der Masse der Bevölkerung sich jedoch nicht erhöht, undenkbar. Das Wachsen der Produktion in der sozialistischen Gesellschaft wird eben zu dem Zweck geplant, um die Menge der materiellen Güter zur immer vollständigeren Befriedigung der Bedürfnisse aller Mitglieder der Gesellschaft zu erhöhen.

Man muß betonen, daß, wenn auch das Produktionsniveau in einem sozialistischen und einem kapitalistischen Land, beispielsweise in der UdSSR und in den USA, gleich hoch sein mag, die sozialen Folgen so unterschiedlich sind wie Tag und Nacht. Gerade darin äußert sich die Ueberlegenheit des Sozialismus, wo die Produktion nicht der Erzielung von Profit dient, sondern der maximalen Befriedigung der Bedürfnisse aller Mitglieder der Gesellschaft.

Die weitere Festigung des sozialistischen Weltsystems

Genossen! Auf dem Schauplatz des internationalen Geschehens ist ein wirtschaftlicher Wettbewerb der UdSSR und der USA, ein Wettbewerb des gesamten sozialistischen Weltsystems mit dem kapitalistischen Weltsystem, im Gange.

Das Aussehen des modernen Kapitalismus wird nicht nur von Ländern mit hohem Entwicklungsstand, sondern auch von Ländern charakterisiert, deren Produktionsniveau unvergleichlich niedriger ist. Der Produktionsstand im kapitalistischen System bleibt im ganzen weit hinter den USA zurück. Zwischen den verschiedenen kapitalistischen Ländern besteht eine große Kluft auch im Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung, wobei sich diese Differenz immer mehr vergrößert.

Gleichzeitig geht in allen Ländern des sozialistischen Weltsystems eine stürmische Entwicklung der Volkswirtschaft und der Kultur vor sich. Das hohe Entwicklungstempo ist die allgemeine Gesetzmäßigkeit des Sozialismus, die jetzt durch die Erfahrungen aller Länder des sozialistischen Lagers bekräftigt wird. Die Industrieproduktion in den sozialistischen Ländern betrug 1958 im Vergleich zu 1937 das 5fache. Die Volksrepublik China erhöhte in der Zeit von 1950 bis 1958 die Industrieproduktion auf etwa das 10fache.

Im Vergleich mit dem Vorkriegsstand stieg die Industrieproduktion im Jahre 1958 in Polen auf über das 5,5fache, in der Tschechoslowakei auf das 3,3fache, in der Deutschen Demokratischen Republik auf über das 2,5fache, in Rumänien auf fast das 4fache, in Ungarn auf über das 4fache, in Bulgarien etwa auf das 9fache und in Albanien auf das 18fache. Die Koreanische Volksdemokratische Republik erhöhte die Industrieproduktion im Vergleich zu 1949 auf das 3,5fache.

Infolge der sozialistischen Industrialisierung überwiegt in den meisten Ländern der Volksdemokratie der Anteil der Industrie. Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien wurden zu Industrie- und Agrarländern mit entwickelter Schwerindustrie, und die Volksrepublik China verwandelt sich aus einem Agrarland in ein Industrie- und Agrarland.

Erfolgreich wird auch das schwierigste Problem des sozialistischen Aufbaus — der genossenschaftliche Zusammenschluß der Bauernschaft — gelöst. In der Volksrepublik China, der Volksrepublik Bulgarien und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik ist die Genossenschaftsbildung in der Landwirtschaft verwirklicht, und in der Tschechoslowakei und in Albanien geht der Prozeß der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft seinem Ende entgegen.

In der Deutschen Demokratischen Republik wird fast die Hälfte des Bodens von den Genossenschaften und Staatsgütern bewirtschaftet. Die Bildung landwirtschaftlicher Genossenschaften schreitet auch in anderen sozialistischen Ländern immer weiter voran.

Einige Länder der Volksdemokratie sind bereits in die Periode der Vollendung des sozialistischen Aufbaus eingetreten. Es naht die Zeit, da sie wie auch die Sowjetunion die kommunistische Gesellschaft aufbauen werden. Das hat gewaltige internationale Bedeutung.

Es wurde in der Tat bewiesen, daß beim Aufbau eines neuen Lebens nur die kommunistischen Parteien Erfolge haben können, die sich von der Lehre des Marxismus-Leninismus, von den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus leiten lassen, die die revolutionäre Theorie schöpferisch anwenden und die nationalen und historischen Besonderheiten ihrer Länder in Rechnung stellen. Die Bruderparteien der sozialistischen Länder bereichern die Theorie und Praxis des sozialistischen Aufbaus und leisten ihren Beitrag zur weiteren Entwicklung des Marxismus-Leninismus.

Jetzt ist durch die Erfahrungen aller sozialistischen Länder Europas und Asiens bewiesen, daß ein wirklicher Fortschritt nur auf dem Wege des Sozialismus möglich ist.

In der Industrieproduktion pro Kopf der Bevölkerung hat das sozialistische Weltsystem als Ganzes genommen bereits das kapitalistische Weltsystem eingeholt. In den sozialistischen Ländern ist etwa ein Drittel der Bevölkerung der Erde konzentriert, und auf ihren Anteil entfällt mehr als ein Drittel der Industrieproduktion der Welt.

Die sozialistischen Länder erzeugen fast die Hälfte der Weltproduktion an Getreide und 43 Prozent der Baumwolle. Nach Berechnungen von Wirtschaftlern werden infolge der Erfüllung und Uebererfüllung des Siebenjahrplanes für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR sowie infolge des hohen Entwicklungstempos der Wirtschaft der Länder der Volksdemokratie die Länder des sozialistischen Weltsystems über die Hälfte der gesamten Industrieproduktion der Welt erzeugen. Damit wird die Ueberlegenheit des Weltsystems des Sozialismus über das Weltsystem des Kapitalismus in der materiellen Produktion, in der entscheidenden Sphäre der menschlichen Tätigkeit, gesichert.

Ueberlegt euch das, Genossen! Obgleich die Länder des Sozialismus nur den vierten Teil des Territoriums der Erde einnehmen, obgleich sie in ihrer Mehrheit in der Vergangenheit wirtschaftlich rückständige Länder waren, ist trotzdem die Zeit nicht mehr fern, da sie über die Hälfte der Industrieproduktion der Welt erzeugen werden! Ist das nicht ein äußerst markanter Beweis dafür, daß die Länder, die den Weg des Sozialismus einschlugen, über unerschöpfliche Möglichkeiten verfügen?

Bekanntlich fand die erste siegreiche sozialistische Revolution in unserem Lande statt. Die Bourgeoisie aller Staaten und auch die sozialdemokratischen Führer von Kautsky bis Suchanow orakelten laut viele Jahre über die Unvermeidlichkeit des Sturzes der Sowjetmacht und der Restauration des Kapitalismus gerade wegen unserer wirtschaftlichen Rückständigkeit. Was ist von diesen Prophezeiungen geblieben? Die in der Vergangenheit in industrieller Hinsicht schwachentwickelten Länder haben unter den Bedingungen des Sozialismus die entwickelten kapitalistischen Staaten eingeholt und schreiten zuversichtlich vorwärts. Die Geschichte selbst zeugt davon, daß, wenn die Macht in die Hände der Arbeiterklasse übergeht und die sozialistische Ordnung errichtet wird, es dem Volke möglich ist, die Wirtschaft seines Landes in unermeßlich schnellerem Tempo als unter dem Kapitalismus zu entwickeln.

Das Leben zeigt, daß die Völker der sozialistischen Länder immer neue Reserven für ein schnelles Entwicklungstempo der Produktion und für die Hebung des Wohlstandes der Werktätigen finden. Wir schreiten in einheitlicher Front vorwärts, helfen und unterstützen einander brüderlich. Somit wird allmählich die wirtschaftliche Entwicklung aller sozialistischen Länder ausgeglichen.

Die Frage des maximalen Zeitgewinns im wirtschaftlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus steht nicht nur vor der Sowjetunion. Bekanntlich hat die Kommunistische Partei Chinas 1957 die Aufgabe gestellt, im Verlauf der nächsten 15 Jahre Großbritannien in der Produktion der wichtigsten Industriezweige zu überholen.

Die Volksbewegung für die Durchführung des „großen Sprungs", die sich im Lande breit entfaltet hat, zeigt, daß das chinesische Volk diese Aufgabe in bedeutend kürzerer Zeit lösen wird. Die Tschechoslowakische Republik will den Umfang der Industrieproduktion bis 1965 im Vergleich zu 1957 um 90 bis 95 Prozent erhöhen. Die Volksrepublik Polen beabsichtigt, den Umfang der Industrieproduktion in der Zeit von 1958 bis 1965 um 80 Prozent zu steigern. Das bulgarische Volk will den Fünfjahrplan in 3 bis 4 Jahren erfüllen.

Die Länder des sozialistischen Lagers verfügen über alle notwendigen Voraussetzungen, um den Wettbewerb in der Weltproduktion zu gewinnen.

Auf der Seite des sozialistischen Weltsystems ist die Ueberlegenheit des Entwicklungstempos der Produktion. Der durchschnittliche Jahreszuwachs der Industrieproduktion betrug im gesamten sozialistischen Lager in den letzten fünf Jahren (1954 bis 1958) 11 Prozent, während er in der gesamten kapitalistischen Welt unter 3 Prozent lag.

Im Weltsystem des Sozialismus vereinigen und koordinieren alle Länder ihre Anstrengungen in der Produktion, während in den Beziehungen zwischen den kapitalistischen Staaten unversöhnliche Gegensätze herrschen.

Die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne — das ist die Form, in der die Produktionsanstrengungen der sozialistischen Länder in der derzeitigen Etappe vereinigt werden. In der Entwicklung der Wirtschaft des sozialistischen Lagers muß die internationale Arbeitsteilung vor allem in ihren höchsten Formen — in der Spezialisierung und Kooperierung — ein wichtige Rolle spielen. Darin liegen neue zusätzliche Möglichkeiten, die Produktion im gesamten Lager des Sozialismus und in einem jeden sozialistischen Lande zu steigern. Allein auf sich gestellt, könnte sich kein einziges Land in so stürmischem Tempo entwickeln, wie es ihm in dem System der sozialistischen Staaten möglich ist.

Eine Besonderheit der ökonomischen Entwicklung der sozialistischen Länder besteht darin, daß ihr Voranschreiten mit einer Festigung der gegenseitigen Beziehungen einhergeht und das sozialistische Weltsystem noch stabiler wird. Eine direkt entgegengesetzte Tendenz herrscht in der kapitalistischen Welt, wo eine Produktionssteigerung in dem einen oder anderen Lande die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Ländern vertieft, den Konkurrenzkampf verstärkt und Zusammenstöße auslöst. Das Wachstum und die Entwicklung eines jeden sozialistischen Landes festigen das gesamte sozialistische Weltsystem. Darin beruht unsere Kraft, das Unterpfand für die kommenden Siege des Sozialismus im friedlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus.

Die Sowjetunion erachtet es als ihre wichtigste Aufgabe, auch in Zukunft zur Festigung der Einheit der Länder des sozialistischen Weltsystems sowie zur Entfaltung der Zusammenarbeit, der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den Ländern des Sozialismus beizutragen, auf der Grundlage der Prinzipien des sozialistischen Internationalismus und der brüderlichen Freundschaft freier Völker.

Genossen! Der Siebenjahrplan steht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der gesamten Weltöffentlichkeit. Er wird sowohl von unseren Freunden als auch von unseren Gegnern erörtert und kommentiert. Die Freunde begrüßen das Programm des kommunistischen Aufbaus in der Sowjetunion aufs wärmste. Alle kommunistischen und Arbeiterparteien sind sich einig in der Einschätzung unseres Planes. Die Werktätigen und die fortschrittlichen Menschen aller Länder heben die große Bedeutung dieses Planes

für die weitere Festigung der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus hervor.

Im Lager unserer Gegner riefen die Kontrollziffern Bestürzung und Verwirrung hervor. Die bürgerliche Propaganda versucht, die friedlichen Ziele unseres Planes zu entstellen und seinen Einfluß auf Verstand und Herz der einfachen Menschen herabzumindern. Aber selbst die Organe der bürgerlichen Presse müssen zugeben, daß die im Siebenjahrplan gestellten Aufgaben wahrhaft gigantisch sind. Die englische Zeitschrift „Economist" sieht sich zu der Feststellung veranlaßt, daß der Plan einen „verblüffenden Eindruck" hervorgerufen hat.

Wenn man das Echo der bürgerlichen Presse über den Plan liest, wird man unwillkürlich an ihre Aeußerungen über den ersten Fünfjahrplan erinnert. Damals prophezeite die bürgerliche Presse den Schiffbruch des bolschewistischen Experiments und bezeichnete ihn als „Wahnwitz" und „Phantasterei".

Die Zeiten haben sich aber geändert. Die Erfolge des Sozialismus zwangen die ganze Welt, unsere Pläne zu achten. Zahlreiche bürgerliche Politiker, ernsthafte Oekonomen und Presseorgane müssen die Realität des Planes anerkennen. Die Zeitschrift der amerikanischen Monopole „Business Week" stellt fest, daß „die UdSSR gute Chancen hat, das gestellte Ziel auf dem Gebiete der Industrie zu erreichen ... In der Vergangenheit haben die Sowjets im großen und ganzen ihre Fünfjahrpläne erfüllt". Die Zeitung der japanischen Monopole „Sankei" erklärt, daß „es ein Fehler wäre, an der Realität der veröffentlichten Kontrollziffern zu zweifeln, wie es manche in der kapitalistischen Welt noch tun. Der sowjetische Plan ist schon deshalb real, weil er auf den Erfahrungen der seit der Revolution vergangenen 40 Jahre beruht".

Neue Zeiten — neue Lieder. Wir können mit vollem Recht sagen, daß der Siebenjahrplan bereits den ersten Sieg errungen hat, indem er die internationale Anerkennung erwarb.

Die amerikanische Zeitung „Des Moines Register" legt den Politikern der westlichen Länder nahe, sich ernsthaft mit dem Siebenjahrplan zu befassen, da die UdSSR „ihre Fähigkeit zu einem großen wirtschaftlichen Forschritt, zu einem schnelleren Fortschritt als in den Vereinigten Staaten, bewiesen hat". Einer der Redakteure der „New York Times" gibt zu: „Wir spüren, wenn man von Wirtschaft spricht, den Hauch der Sowjetunion in unserem Nacken. Sie wird von uns nur durch zwei Sprünge getrennt. Sie ist in der Entwicklung ihrer Produktionskapazität kaum ein Jahrzehnt hinter uns. Das ist eine nüchterne Schlußfolgerung, ihr kann man völlig zustimmen."

Bürgerliche Persönlichkeiten und Presseorgane erkennen die Realität unserer neuen Pläne an und äußern Besorgnis darüber, daß die Erfüllung der grandiosen Aufgaben des Siebenjahrplans die Anziehungskraft der Ideen des Kommunismus wie nie zuvor heben wird.

Die rechtsstehende französische Zeitung „l'Aurore" schreibt, daß die Sowjetunion „... die Zeitpunkte festsetzt, an denen die Träume verwirklicht werden sollen, die die revolutionären Marxisten ständig hegten. Sie beginnt mit beispiellosen Maßnahmen". Die amerikanische Zeitung „Wallstreet Journal" schreibt, daß der Plan einen solch tiefen Eindruck auf einzelne Länder machen kann, daß sie „den Kommunismus annehmen", „die Vereinigten Staaten aber fast nichts machen können". Das ist nicht schlecht gesagt!

Im Westen sagt man, daß wir ihn „herausgefordert" hätten. Nun gut, wenn ihnen dieses Wort gefällt, werden auch wir meinen, daß wir sie herausgefordert haben. Das ist aber eine Herausforderung zum Wettbewerb in der friedlichen Entwicklung der Wirtschaft, in der Hebung des Lebensstandards des Volkes. Mit der Vollendung der Oktoberrevolution forderte unser Volk auch den Kapitalismus heraus, jedoch auch das

war keine militärische Herausforderung, sondern eine Herausforderung zum friedlichen Wettbewerb. Wenn unser Volk die Rüstungsindustrie entwickeln mußte, so nur deshalb, um bereit zu sein, einen militärischen Angriff abzuwehren, von dem unser Land ständig bedroht wurde. Unser Hauptziel war und bleibt die friedliche Entwicklung, die Hebung des Wohlstandes des Volkes.

Wir wollen, daß der Wettbewerb nicht im Wettrüsten, nicht in der Produktion von Atom- und Wasserstoffbomben und Raketen, sondern in der Produktion von industriellen Erzeugnissen, von Fleisch, Fett, Milch, Kleidung, Schuhwerk und anderen Bedarfsgütern vor sich geht. Mögen die Völker sehen, welches System ihre Bedürfnisse besser befriedigt, und mögen sie jedes System gebührend würdigen.

Die friedliebende Politik der UdSSR und Fragen der internationalen Beziehungen

Der Siebenjahrplan ist ein neuer Ausdruck der Leninschen friedliebenden Politik der Sowjetunion. Seine Verwirklichung wird eine gewaltige Rolle bei der Lösung des Grundproblems der Gegenwart, der Erhaltung des Weltfriedens, spielen.

Die Bedeutung des Plans besteht erstens darin, daß er vom Geist der Friedensliebe durchdrungen ist. Ein Staat, der den grandiosen Aufbau von neuen Fabriken, Werken, Kraftwerken, Gruben und anderen Industriebetrieben vollzieht, fast 400 Milliarden Rubel für den Bau von Wohnungen und kommunalen Einrichtungen bereitstellt und sich eine bedeutende Hebung des Lebensstandards des Volkes zum Ziel setzt, dieser Staat strebt nach dem Frieden und nicht nach Krieg.

Zweitens erhöht die Erfüllung des Plans das Wirtschaftspotential der UdSSR in einem solchen Maße, daß es zusammen mit dem wachsenden Wirtschaftspotential aller sozialistischen Länder das entscheidende Uebergewicht im Kräfteverhältnis auf der Welt zugunsten des Friedens sichert und auf diese Weise neue noch günstigere Bedingungen für die Verhinderung eines Weltkrieges, für die Erhaltung des Friedens auf der Erde entstehen.

Die Schlußfolgerung des XX. Parteitags, daß es keine schicksalhafte Unvermeidlichkeit von Kriegen gibt, hat sich voll und ganz bestätigt. Gegenwärtig können wir mit noch größerem Recht die Richtigkeit dieser Schlußfolgerung bestätigen. Es gibt heute gewaltige Kräfte, die imperialistischen Aggressoren eine Abfuhr erteilen und eine Niederlage zufügen können, wenn diese einen Weltkrieg entfesseln sollten.

Was wird die Verwirklichung der Wirtschaftspläne der Sowjetunion, aller sozialistischer Länder Europas und Asiens neues für die internationale Lage bringen? Durch sie werden reale Möglichkeiten zur Ausschaltung des Krieges als Mittel zur Lösung internationaler Probleme geschaffen.

Und in der Tat, wenn die UdSSR zur ersten Industriemacht der Welt geworden ist und die Volksrepublik China zu einem mächtigen Industriestaat wird, wenn alle sozialistischen Länder zusammen mehr als die Hälfte der Industrieproduktion der ganzen Welt erzeugen werden, dann wird sich die internationale Situation grundlegend verändern. Zweifellos werden die Erfolge der Länder des sozialistischen Lagers die Stärkung der Friedenskräfte auf der ganzen Welt sehr stark beeinflussen. Man braucht nicht daran zu zweifeln, daß sich dann den Staaten, die für die Festigung des Friedens eintreten, Länder anschließen werden, die sich von der kolonialen Unterdrückung befreit haben. Noch tiefer wird der Gedanke, daß Kriege unzulässig sind, im Bewußtsein der Völker Wurzel fassen. Das neue Kräfteverhältnis wird so deutlich zutage treten, daß selbst den hartnäckigsten Imperialisten die Einsicht kommen muß, wie sinnlos jeder Versuch ist, einen Krieg gegen das sozialistische Lager zu entfesseln. Gestützt auf die Macht des sozialistischen Lagers, werden die friedliebenden Völker dann die kriegslüsternen Kreise des Imperialismus zwingen, auf die Pläne eines neuen Weltkrieges zu verzichten.

So wird also schon vor dem vollen Sieg des Sozialismus auf der Welt, während der Kapitalismus noch in einem Teil der Welt besteht, die reale Möglichkeit geschaffen werden, einen Weltkrieg aus dem Leben der Gesellschaft zu verbannen.

Man könnte sagen: Aber der Kapitalismus bleibt doch, also bleiben auch die Abenteurer, die einen Krieg beginnen können. Das stimmt, und man darf es nicht vergessen. Solange der Kapitalismus existiert, werden sich stets Menschen finden, die sich gegen alle Vernunft in ein aussichtsloses Unternehmen stürzen wollen. Doch dadurch beschleunigen sie nur den Untergang des kapitalistischen Systems. Jeder Versuch einer Aggression wird zunichte gemacht, und die Abenteurer werden sich dort wiederfinden, wo sie hingehören.

Das, Genossen, ist die Perspektive, die sich bei der Erörterung unserer Pläne vor uns auftut.

Gestatten Sie mir, jetzt auf Einzelfragen der internationalen Lage einzugehen. Ohne alle internationalen Probleme zu berühren, will ich mich doch wenigstens mit den aktuellsten unter ihnen beschäftigen.

Große Bedeutung für den Frieden und die Sicherheit der Völker hat eine richtige Lösung der Deutschlandfrage. Bekanntlich hat der deutsche Imperialismus zweimal in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Weltkriege entfesselt. Jetzt wird Westdeutschland mit Hilfe der Monopolherren der USA, Englands und anderer Mitglieder des aggressiven Nordatlantikpakts zum wichtigsten Atomwaffen- und Raketenstützpunkt der NATO. In diesem aggressiven Block beginnt Westdeutschland schon heute die führende Rolle zu spielen. Offensichtlich glauben einige Politiker westlicher Länder, sie könnten auch diesmal wieder die Spitze des deutschen Schwerts nach Osten richten, und vergessen dabei, daß der deutsche Militarismus auch den Weg in den Westen kennt.

Es ergibt sich die Situation, daß der deutsche Militarismus die Menschheit zum dritten Male in einen Weltkrieg hineinziehen kann.

Wenn wir auf die ernste Gefahr hinweisen, die durch die Wiederbewaffnung Westdeutschlands entsteht, antwortet man uns, Westdeutschland befände sich im Rahmen der NATO angeblich unter Kontrolle und stelle keine Gefahr dar. Heute aber erkennt jeder, daß Militarismus und Revanchismus in Westdeutschland das Haupt erhoben haben und die friedliebenden Völker bedrohen.

Die Deutsche Bundesrepublik ist eines der Länder, deren herrschende Kreise sich für die Fortsetzung des „kalten Krieges“, für die sogenannte „Politik der Stärke“ einsetzen. Der eifrigste Verfechter dieser Politik ist der Kanzler Adenauer. Er ist einer der Hauptgegner jeglicher Art von Abkommen, die die Entspannung der internationalen Lage und die Einstellung des „kalten Krieges“ zum Ziel haben. Diesen Standpunkt Adenauers unterstützen einflußreiche Kreise westlicher Staaten, aber auch Länder, die von den USA und der deutschen Bundesrepublik abhängig sind, weil sie von ihnen Kredite haben wollen, oder aus anderen Gründen.

Die Drohung des deutschen Militarismus veranlaßt die friedliebenden Staaten, in erster Linie die Nachbarn Westdeutschlands, notwendige Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Viele Jahre lang hat die Sowjetunion konsequent danach gestrebt, die friedliche demokratische Entwicklung Deutschlands gemäß dem Potsdamer Abkommen zu unterstützen und eine Wiedergeburt des Militarismus zu verhindern. Doch alle Schritte der Sowjetunion stießen bei den herrschenden Kreisen der USA, Englands, Frankreichs und Westdeutschlands auf hartnäckigen Widerstand.

In letzter Zeit hat die Sowjetunion in Anbetracht der wachsenden Kriegsgefahr seitens der Deutschen Bundesrepublik eine Reihe neuer Vorschläge zur Deutschlandfrage ge-

macht. Wir schlagen vor, eine allmähliche Verringerung der ausländischen Truppen in Deutschland in Angriff zu nehmen oder sie noch besser gänzlich von dort abzuziehen. Wir sind dafür, daß eine „Trennungszone“ der Streitkräfte geschaffen wird. Je weiter diese voneinander entfernt sein werden, desto mehr Garantien wird es gegen die Gefahr von Zusammenstößen und Konflikten geben. Die Sowjetunion ist bereit, ihre Truppen nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus Polen und Ungarn abzuziehen, wo sie sich entsprechend dem Warschauer Vertrag befinden, wenn alle anderen zur NATO gehörenden Länder ihre Truppen in den Bereich ihrer Landesgrenzen zurückziehen und die in anderen Ländern gelegenen militärischen Stützpunkte beseitigen.

Die Sowjetunion unterstützt den Plan der Regierung der Volksrepublik Polen, in Europa eine „atomwaffenfreie Zone“ zu schaffen und in dieser Zone die herkömmlichen Rüstungen zu beschränken.

Im November des vergangenen Jahres hat sich die Sowjetregierung an die USA, England und Frankreich mit dem Vorschlag gewandt, die Reste des Besatzungsregimes in Berlin zu beseitigen und West-Berlin zu einer entmilitarisierten Freien Stadt zu machen. Eine solche Lösung der Berlinfrage entspricht den Interessen der Festigung des Friedens in Europa und hilft, die internationale Spannung zu mindern.

Die Kardinallösung der deutschen Frage ist der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland. Durch nichts ist die Situation gerechtfertigt, daß bis zum heutigen Tage, 14 Jahre nach Kriegsende, noch kein Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Staaten abgeschlossen worden ist, die mit ihm Krieg führten.

Eine solche Situation ist faktisch für diejenigen von Vorteil, die für die Fortsetzung des „kalten Krieges“ sind. Sie wird von den Westmächten dazu benutzt, ihre Truppen im Herzen Europas zu halten, dort einen Aufmarschplatz für Atomwaffen zu haben und einen neuen Krieg vorzubereiten, wobei sie mit Deutschland und seiner Bevölkerung skrupellos wie mit Wechselgeld spielen.

Der von der Sowjetunion unterbreitete Entwurf eines Friedensvertrages verbindet die Rechte des deutschen Volkes, seine volle Souveränität sowie alle Möglichkeiten der friedlichen, demokratischen Entwicklung mit den notwendigen Maßnahmen zur Erhaltung der Sicherheit der Völker und des Friedens in Europa. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland würde die gespannte Lage in Europa sofort mildern. Er würde eine dauerhafte Rechtsordnung schaffen, den Revanchegelüsten in Westdeutschland den Boden entziehen, das deutsche Volk von der ausländischen Besatzung befreien und ihm ermöglichen, alle Fragen der Innen- und Außenpolitik selbst zu lösen.

Ihrerseits wird die Sowjetunion alle Anstrengungen darauf richten, daß ein Friedensvertrag abgeschlossen wird; in dieser Beziehung wird sie auch weiterhin konsequent und unermüdlich handeln. Der Abschluß eines Friedensvertrages wird auch zur Lösung der Berlinfrage auf friedlicher und demokratischer Grundlage sowie zur Verwandlung West-Berlins zu einer Freien Stadt mit den notwendigen Garantien der Nichteinmischung in ihre Angelegenheiten führen. Zur Sicherung dieser Garantie soll die Organisation der Vereinten Nationen herangezogen werden. Wir wollen über alle diese Fragen verhandeln, um eine vernünftige Lösung zu finden. Unsere Vorschläge entsprechen diesem Ziel, sie führen zur Beseitigung vieler Ursachen, die eine Spannung in den Beziehungen zwischen den Staaten im Herzen Europas hervorbringen, und werden zur Festigung des Friedens beitragen.

Der Abschluß eines Friedensvertrages wird ein großer Schritt vorwärts auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands sein, die durch die derzeitige internationale Spannung verhindert wird, besonders durch die Spannung in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten.

Man muß sich darüber klar sein, daß die Wiedervereinigung Deutschlands voll und ganz Sache des deutschen Volkes selbst ist. Da es heute zwei souveräne Staaten gibt und man keinen davon beseitigen kann, ohne dadurch den Brand eines Weltkrieges zu entfachen, kann die Wiedervereinigung Deutschlands nur auf dem Wege von Verhandlungen zwischen der DDR und der Deutschen Bundesrepublik erreicht werden. Einen anderen Weg gibt es nicht.

Jeder vernünftige Mensch begreift, daß die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichem Wege nicht dadurch erfolgen kann, daß man die sozialistischen Errungenschaften des deutschen Volkes in der Deutschen Demokratischen Republik beseitigt. Eine Vereinigung Deutschlands auf der Grundlage der Vorschläge Adenauers wäre eine Gefahr für die Sicherheit der Völker Europas, denn dadurch würde die Herrschaft des Militarismus, Revanchismus und der Reaktion auf das ganze Gebiet Deutschlands ausgedehnt. Man kann auch nicht auf eine Vereinigung Deutschlands durch die Beseitigung des in der Deutschen Bundesrepublik bestehenden Regimes rechnen.

Es wäre falsch, den Deutschen von außen Bedingungen für die Wiedervereinigung ihres Landes aufzudrängen. Die Deutschen sollen sich darüber selbst einig werden. Deshalb vertreten wir die Losung der demokratischen Kreise Deutschlands: „Deutsche an einen Tisch!"

Die westliche Propaganda erklärt mit großem Stimmaufwand, die Sowjetunion sei angeblich ein Gegner der Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen. Wir waren und sind nicht gegen freie Wahlen. Doch auch diese Frage sollen die Deutschen selbst entscheiden.

Wir wollen, daß alle Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Wege des Uebereinkommens der beiden deutschen Staaten, nicht aber so gelöst werden, wie es Adenauer will, das heißt durch Druck seitens der ausländischen Mächte, deren Einmischung in die inneren Angelegenheiten des deutschen Volkes und durch Einverleibung der Deutschen Demokratischen Republik.

Um den beiden deutschen Staaten die Wiedervereinigung Deutschlands zu erleichtern, unterstützen wir den vernünftigen Vorschlag der Regierung der DDR, eine Konföderation zu bilden, als ersten Schritt zur Herstellung einer ständigen Verbindung zwischen der DDR und der Deutschen Bundesrepublik sowie zur Schaffung gesamtdeutscher Organe. Wenn es noch einen Weg gibt, beiden deutschen Staaten die Möglichkeit zu geben, sich über die Wiedervereinigung zu einigen, so sind wir bereit, das zu fördern.

Im Zusammenhang damit muß erneut von der Rolle des Kanzlers Adenauer gesprochen werden, der die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher demokratischer Grundlage fürchtet. Seine Haltung ist völlig unverständlich. Sie widerspricht dem gesunden Menschenverstand und den Interessen des deutschen Volkes. Adenauer ist der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Union. Es scheint, daß er sich von den Lehren des Evangeliums leiten lassen müßte, über die sich seine Partei so viel und gern ausläßt. In Wirklichkeit aber hält dieser „Christ" in der einen Hand das Kreuz, in die andere aber möchte er die Atombombe nehmen. Und zwar setzt er am meisten eben auf die Bombe, obgleich eine solche Ansicht weder den Lehren des Evangeliums noch der Lösung der nationalen Aufgabe des deutschen Volkes entspricht. Herr Adenauer ist ein betagter und erfahrener Mann. Wie kann er außer acht lassen, daß nicht nur seine Verbündeten die Atomwaffe besitzen, sondern auch das Sowjetland darüber verfügt! Man darf nicht vergessen: Dies ist ein Mittel, das zur Vernichtung vieler Menschen führen kann.

Und da man Westdeutschland zum Atomwaffen-Stützpunkt macht, wird seine Bevölkerung im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung am ehesten in Mitleidenschaft gezogen.

Wäre Herr Adenauer ein wirklich gläubiger Mensch, müßte er entsprechend der Christenlehre an die Zukunft denken und sich darum kümmern, daß „seine Seele ins Himmelreich eingeht“. Doch wenn man Adenauers Wirken genauer betrachtet, muß man schon sagen, daß er so gut wie keine Aussichten hat, ins Paradies zu kommen. Für solche Taten ist nach den Sagen des Evangeliums ein ganz anderer Ort bestimmt: die feurige Hölle.

In einer anderen Gegend der Erde — im Fernen Osten — ist die aggressive Politik der USA gegenüber der Volksrepublik China und anderen friedliebenden Staaten die Hauptursache der Spannung. Vor kurzem beobachtete die ganze Welt besorgt, wie die amerikanischen Aggressionshandlungen zu einem riesigen Kriegsbrand auszuwachsen drohten. Nur das entschlossene Eingreifen der Volksrepublik China und anderer Friedenskräfte wandte diese Gefahr ab. Der Pazifik ist der wichtigste Schießplatz der Amerikaner zur Erprobung ihrer Atomwaffen.

Alles dies macht die Abwendung eines Krieges, und besonders eines Atomkrieges, in diesem Teil der Welt zu einem dringenden Anliegen. Die Möglichkeiten dazu sind hier vielleicht größer als irgendwoanders, denn die Sowjetunion, die Volksrepublik China, die Koreanische Volksdemokratische Republik, die Demokratische Republik Vietnam und auch Indien, Indonesien, Burma und andere Staaten in diesem Teil der Welt vertreten die Sache des Friedens. Ihr gemeinsames Eintreten für das Verbot der Atomwaffen und der Atomwaffenversuche könnte in entscheidendem Maße zur Erhaltung des Friedens im Raum des Stillen Ozeans beitragen. Die Initiative dieser Länder würde von den Völkern Japans und der anderen am Stillen Ozean gelegenen Länder unterstützt werden.

Es ist möglich und notwendig, im Fernen Osten und im gesamten pazifischen Gebiet eine Zone des Friedens und in erster Linie eine atomwaffenfreie Zone zu schaffen.

Die ganze fortschrittliche Menschheit kann mit der Entwicklung der Ereignisse in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens zufrieden sein. Wir begrüßen die nationale Befreiungsbewegung der arabischen Völker und der anderen Völker Asiens und Afrikas, die das koloniale Joch abgeschüttelt haben. Die Vertreibung der Truppen der imperialistischen Kolonialherren aus einer Reihe von Ländern dieses Raums war ein großer Sieg der arabischen Völker und aller friedliebenden Kräfte. Man glaube jedoch nicht, dort sei die Möglichkeit einer Verschärfung der Lage ausgeschlossen, weil sich die aus ihren Kolonien vertriebenen Kolonialherren nicht mit ihrer Niederlage abfinden werden. Die Westmächte und in erster Linie die USA und England sind bemüht, arabische Staaten gegeneinander aufzuhetzen, sie spinnen ein Netz von Intrigen im Irak und in anderen arabischen Ländern. Sie suchen schwache Stellen, um die Völker, die sich befreit haben, untereinander uneins zu machen, und vor allem die Völker des arabischen Ostens.

Wenn die Völker für ihre nationale Unabhängigkeit gegen die Kolonialherren kämpfen, schließen sich alle patriotischen Kräfte zu einer nationalen Einheitsfront zusammen.

So stand es zum Beispiel, als das ägyptische Volk und andere arabische Völker für die Befreiung vom Joch der imperialistischen Kolonialherren kämpften. Aegypten vertrieb durch Mobilisierung aller nationalen Kräfte die Kolonialherren aus dem Lande und nationalisierte die Suezkanalgesellschaft.

Die nationale Befreiung Aegyptens wurde von der ganzen fortschrittlichen Menschheit begrüßt. Im Irak wurde die reaktionäre Clique gestürzt, die den Imperialisten gedient hatte, und eine unabhängige Republik geschaffen. Das Sowjetvolk und die Völker der anderen sozialistischen Länder unterstützten aktiv den gerechten Kampf der arabischen Völker. Namhafte Persönlichkeiten dieser Bewegung — der Präsident der Vereinigten Arabischen Republik, Gamal Abdel Nasser, und das Oberhaupt der Regie-

rung der Irakischen Republik, Abdel Kerim Kassem — errangen die begeisterte Sympathie der Sowjetmenschen.

Nach der Vertreibung der Kolonialherren waren die gesamtnationalen Aufgaben im wesentlichen gelöst. Jetzt suchen die Völker Antwort auf die sozialen Probleme, die das Leben stellt. Es ist in erster Linie die Lösung des Agrar- und Bauernproblems, es sind ferner die Probleme des Kampfes der Arbeit gegen das Kapital. In den Reihen der nationalen Befreiungsbewegung entstehen gesellschaftliche Prozesse, die mit Notwendigkeit zu verschiedenen Ansichten über die Wege zur weiteren Entwicklung ihrer Staaten führen.

Unser Land hat, wie auch die anderen sozialistischen Länder, die nationale Befreiungsbewegung unterstützt und wird sie auch in Zukunft unterstützen. Die Sowjetunion hat sich bisher nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder eingemischt und beabsichtigt es auch nicht zu tun, aber wir müssen unsere Meinung darüber äußern, daß in einigen Ländern unter den verlogenen Losungen des „Antikommunismus“ eine Kampagne gegen die fortschrittlichen Kräfte geführt wird.

Da in der Vereinigten Arabischen Republik kürzlich gegen die Ideen des Kommunismus Stellung genommen wurde und man Beschuldigungen gegen die Kommunisten erhoben hat, halte ich es als Kommunist für notwendig, auf dem Parteitag unserer Kommunistischen Partei zu erklären: Es ist falsch, die Kommunisten zu bezichtigen, sie trügen zur Abschwächung oder zur Spaltung der nationalen Bemühungen im Kampf gegen den Imperialismus bei. Im Gegenteil, es gibt keine beharrlicheren und der Sache des Kampfes gegen die Kolonialherren ergebeneren Menschen als die Kommunisten. Es gibt keine beharrlicheren Kräfte im Kampf gegen den Imperialismus als die Kräfte des Kommunismus. Nicht zufällig richten die Imperialisten ihren Kampf gegen die kommunistische Bewegung.

Der Kampf gegen die kommunistischen und die anderen fortschrittlichen Parteien ist eine reaktionäre Angelegenheit. Die antikommunistische Politik vereint die nationalen Kräfte nicht, sondern spaltet sie: sie schwächt folglich die Bemühungen der ganzen Nation zum Schutz der Interessen gegenüber dem Imperialismus. Es ist falsch, die Kommunisten zu beschuldigen, daß sie sich gegen die nationalen Interessen der arabischen Völker wenden. Naiv ist es auch, den Kommunismus dem Zionismus gleichzusetzen. Es ist allgemein bekannt, daß die Kommunisten, darunter auch die Kommunisten in Israel, gegen den Zionismus kämpfen.

Es ist unvernünftig, in allem „Machenschaften der Kommunisten“ zu sehen. Die Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung müssen tiefer betrachtet werden. Es gibt objektive Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung. Sie besagen aber, daß innerhalb der Nationen Klassen mit unterschiedlichen Interessen existieren. Nach Beseitigung des imperialistischen Jochs in den kolonialen Ländern wollen die Arbeiter eine Verkürzung des Arbeitstages und Lohnerhöhungen erreichen. Die Bauern wollen mehr Land und die Möglichkeit haben, die Früchte ihrer Arbeit zu genießen; diese und jene verlangen politische Rechte.

Die Kapitalisten aber wollen sich große Profite aneignen, die Gutsbesitzer wollen das in ihren Händen befindliche Land behalten. Die fortschrittlichen Kräfte streben nach Entwicklung des Landes auf dem Wege des sozialen Fortschritts, sie sind bemüht, seine nationale Unabhängigkeit zu festigen und es vor den Machenschaften der Imperialisten zu bewahren. Dagegen kämpfen die inneren reaktionären Kräfte, die häufig durch die Imperialisten von außen aufgehetzt werden.

Diese Vorgänge in den Ländern, die sich vom imperialistischen Joch befreit haben, ergeben sich nicht nach dem Willen und auf Wunsch dieser oder jener Parteien, sondern deshalb, weil es Klassen und deren unterschiedliche Interessen gibt. Wir als Kommu-

nisten und auch alle anderen fortschrittlichen Menschen sympathisieren natürlich mit denen, die für soziale Gerechtigkeit kämpfen.

Wir leugnen nicht, daß es auf ideologischem Gebiet unterschiedliche Ansichten zwischen uns und einigen Persönlichkeiten der Vereinigten Arabischen Republik gibt. In den Fragen des Kampfes gegen den Imperialismus, der Festigung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Länder, die sich vom Kolonialismus befreit haben, und im Kampf gegen die Kriegsgefahr entspricht unser Standpunkt jedoch dem Standpunkt dieser Persönlichkeiten. Die unterschiedlichen ideologischen Anschauungen dürfen die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen unseren Ländern und den gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus nicht behindern.

Die Agenten der imperialistischen Staaten, die durch die Länder des Mittleren und Nahen Ostens reisen, wollen manchen mit dem Kommunismus schrecken mit dem Ziel, auf diese Weise den Einfluß der Imperialisten zu sichern und die reaktionären Kräfte zu unterstützen. Deshalb müssen die Völker dieser Länder den imperialistischen Machenschaften gegenüber wachsam sein.

Die Länder, die ihre nationale Befreiung erlangt haben, brauchen die Unterstützung der sozialistischen Staaten, die Unterstützung aller fortschrittlichen Menschen und werden sie auch in Zukunft brauchen. Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder festigen die freundschaftlichen Beziehungen zu den Ländern, die sich vom Kolonialjoch befreit haben, leisten ihnen Hilfe und werden es auch weiterhin tun.

Die Imperialisten versuchen, ihre Wirtschaftsbeziehungen zu den schwachentwickelten Ländern zu Erpressungen auszunutzen und ihnen militärische und politische Bedingungen aufzuzwingen. Unser Land baut seine Beziehungen zu allen Staaten auf der Basis der völligen Gleichberechtigung und Zusammenarbeit ohne jegliche Bedingungen militärischer oder politischer Art auf. Wir befassen uns nicht mit Wohltätigkeit. Die Sowjetunion gewährt Hilfe auf gerechter kommerzieller Grundlage. Die sozialistischen Länder helfen den schwachentwickelten Ländern beim Aufbau einer eigenen Industrie, während sich die USA bemühen, Verbrauchsgüter zu verkaufen, die auf dem Inlandsmarkt keinen Absatz finden. Der Siebenjahrplan bietet neue Möglichkeiten für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Sowjetunion mit den industriell schwachentwickelten Ländern.

Gegenwärtig erleben wir eine neue Etappe im Kampf der Völker für ihre Freiheit und Unabhängigkeit. In allen kolonialen und abhängigen Ländern entwickelt sich die nationale Befreiungsbewegung. Der Kampf der Völker Lateinamerikas gegen das Joch des amerikanischen Imperialismus hat sich verstärkt. Die Völker Asiens und Afrikas sind in Bewegung geraten. Jene Völker, die hier die nationale Freiheit erlangt haben, wollen ihr Schicksal selbst bestimmen.

Mehr denn je brauchen sie Frieden. Die Großmächte müssen sich feierlich verpflichten, die Souveränität der Völker in den Ländern des arabischen Ostens und Afrikas zu achten und bei der Lösung strittiger Fragen auf die Anwendung von Gewalt sowie auf die Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser Staaten zu verzichten. An Stelle eines Pulverfasses, an dem man mit dem Feuer spielt, muß eine Zone des Friedens und der freien nationalen Entwicklung der Völker geschaffen werden.

Die zur Entspannung der Situation in den einzelnen Gebieten erforderlichen Maßnahmen muß man mit dem Kampf um die allgemeine Gesundung der internationalen Atmosphäre verbinden.

Hauptaufgabe ist es heute, die Sache der Abrüstung vom toten Punkt abzubringen. Das Wettrüsten wird fortgesetzt, es verschlingt immer neue finanzielle und materielle Reserven. Um Mittel zur Waffenproduktion zu finden, konzentrieren die Regierungen der kapitalistischen Staaten den Löwenanteil ihres Budgets auf die Militarisierung, sie

betreiben eine Politik der Ausplünderung der Werktätigen und handeln dabei nach dem Prinzip: „Wenn auch nackt, so doch bewaffnet."

Besonders herangereift ist die Notwendigkeit, die Erprobung von Atom- und Wasserstoffwaffen zu verbieten. Heute, da von allen zugegeben wird, daß es möglich ist, Atomexplosionen an jedem Punkt der Erde festzustellen, gibt es keinerlei Gründe dafür, die Lösung der Frage des Verbots der Erprobung von Kernwaffen hinauszuschieben. Die Völker aller Ländern fordern, daß diese Versuche, die die Erdatmosphäre mit verderbenbringender Radioaktivität verseuchen, eingestellt werden. Und diese Forderung muß erfüllt werden.

Wir gehen davon aus, daß sich die Beziehungen zwischen den Staaten mit unterschiedlichen sozialen Systemen auf der friedlichen Koexistenz aufbauen müssen. Wir und die herrschenden Kreise der kapitalistischen Länder haben verschiedene Ansichten, verschiedene Weltanschauungen. Wir werden uns niemals von unseren Ansichten lossagen und uns keinerlei Illusionen darüber hingeben, daß unsere Klassengegner ihre Ideologie ändern würden. Dies bedeutet jedoch nicht, daß wir wegen der Unterschiede in unseren Ansichten miteinander Krieg führen müßten. In jedem Land bestimmt das Volk selbst sein Schicksal, entscheidet selbst über die Richtung seiner Entwicklung. Die Sowjetunion will niemandem den Weg aufdrängen, den sie selbst gewählt hat. Wir lassen uns ganz und gar von Lenins Weisung lenken, daß Revolutionen nicht exportiert werden.

Wäre es nicht besser, wenn die führenden Politiker der Staaten mit unterschiedlichem sozialem Aufbau recht bald zu diesem Schluß kämen: Wir haben nun einmal zusammen nur einen Planeten, und — mit dem Maßstab der modernen Technik gemessen — ist er gar nicht so sehr groß. Wäre es darum nicht besser, so auf ihm zu leben, daß man einander nicht mit den Ellbogen stößt, daß man nicht ständig mit den Fäusten in Form von Atom- und Wasserstoffbomben droht? Man muß lernen, Streitfragen in friedlichen Verhandlungen zu lösen.

Es ist an der Zeit, zu begreifen, daß Drohungen eine hoffnungslose Sache sind, wenn es sich um die Sowjetunion, um das sozialistische Lager handelt, und es ist an der Zeit, daß man sich über die grundlegenden Wandlungen klar wird, die sich in der strategischen Weltlage vollzogen haben. Heute erkennt jeder an, welche Erfolge die sowjetische Wissenschaft und Technik errungen haben, die der Menschheit den Weg in den Kosmos bahnten. Diese Errungenschaften veranschaulichen die Möglichkeiten, über die die Sowjetunion und das sozialistische Weltsystem verfügen. Es ist völlig klar: Wenn die Sowjetunion eine Rakete Hunderttausende von Kilometern in den Kosmos schicken kann, ist sie auch imstande, mit mächtigen Raketen jedes Ziel auf der Erdkugel genau zu treffen.

Doch aus diesen Tatsachen ziehen wir völlig andere Schlüsse als bestimmte Kreise des Westens. Sie betrachten jede Errungenschaft der Wissenschaft und Technik vor allem unter dem Gesichtspunkt, welchen militärischen Vorteil sie gewährt. Als in den USA die erste Atombombe geschaffen worden war, erhoben die herrschenden USA-Kreise sofort Anspruch auf die Weltherrschaft.

Der Sowjetunion sind derartige Absichten fremd. Wir benutzen die historischen Erfolge der Sowjetwissenschaft und Technik nicht dazu, um eine Kriegspolitik zu betreiben und anderen Staaten ein Diktat aufzuzwingen. Wir verwenden diese Erfolge zur Verdoppelung unserer Anstrengungen im Kampf um den Weltfrieden. Jetzt, da wir in der Entwicklung der Raketentechnik überlegen sind, schlagen wir den USA, Großbritannien und Frankreich erneut vor: Verbieten wir für immer die Erprobung, Herstellung und Anwendung von Atom-, Wasserstoff- und Raketenwaffen, vernichten wir alle Vorräte an diesen todbringenden Waffen, verwenden wir diese großartige Ent-

deckung des menschlichen Genius ausschließlich für friedliche Zwecke, für das Wohl der Menschheit. Unsere Regierung ist bereit, einen entsprechenden Vertrag schon morgen zu unterschreiben.

Die einzig vernünftige Politik für die Großmächte kann nur folgende sein: Uebergang zur friedlichen Regelung der internationalen Probleme und zur allgemeinen Abrüstung.

Vor mehr als einem Jahr hat die Sowjetregierung vorgeschlagen, eine Konferenz der Regierungschefs der Länder des Ostens und des Westens abzuhalten. Es ist die Schuld der Westmächte, daß seitdem in dieser Frage kein Fortschritt erzielt worden ist. Aber wir halten es vor den Völkern aller Länder für unsere Pflicht, die Einberufung dieser Konferenz zu erreichen, auf der so viele Hoffnungen all derer liegen, die am Frieden und an der Sicherheit der Völker interessiert sind.

Wir mußten bereits wiederholt auf die große Verantwortung für die Erhaltung des Friedens hinweisen, die die beiden Großmächte — die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten — tragen. Was die Sowjetunion betrifft, so hat sie mehrfach ihr aufrichtiges Streben nach einer Normalisierung der Beziehungen zu den USA bekundet und dies durch Taten bestätigt. Die Sowjetunion hat vorgeschlagen, einen Nichtangriffspakt für 50 Jahre abzuschließen, einen umfangreichen Handel auf der Basis des gegenseitigen Vorteils zu entwickeln, die kulturellen Beziehungen zu fördern und dergleichen mehr. Jedoch in allen Fällen stießen wir entweder auf direkte Ablehnung oder auf versteckten Widerstand.

Zwischen unseren Ländern gab und gibt es niemals gegenseitige Territorialansprüche. Es bestehen keine Gründe für Zusammenstöße zwischen unseren Völkern, doch sind die Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA seit langer Zeit anomal.

Wir wissen, daß es unter den Politikern und Finanziers, unter den Senatoren und Zeitungsverlegern in den USA viele Personen gibt, die an der Aufrechterhaltung eben dieser Beziehungen interessiert sind. In Amerika wächst die Zahl der Anhänger freundschaftlicher und gutnachbarlicher Beziehungen zur Sowjetunion. Treffend bestätigt hat das der Empfang, der A. I. Mikojan in den Vereinigten Staaten von Amerika zuteil wurde. Seine Reise wurde zu einer Manifestation der freundschaftlichen Gefühle des amerikanischen Volkes für die Völker der Sowjetunion. Die meisten Amerikaner, mit denen er zusammentraf, äußerten aufrichtig und offen ihre Sympathie für das Sowjetvolk und ihr Streben nach Freundschaft und friedlicher Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Unter ihnen befanden sich Menschen verschiedener politischer und religiöser Anschauungen und unterschiedlicher sozialer Stellung, darunter Vertreter der Wissenschaft, der Kultur, der Geschäftswelt und der breiten Schichten der Oeffentlichkeit.

Offensichtlich glauben die meisten Amerikaner schon nicht mehr der von den bürgerlichen reaktionären Zeitungen der USA betriebenen sowjetfeindlichen Propaganda. Die Versuche gewisser Elemente, während des Besuchs des Genossen Mikojan provokatorische Ausschreitungen zu organisieren, hatten keinerlei Erfolg, denn diese Elemente bringen nicht die Stimmung und die Ansichten des amerikanischen Volkes zum Ausdruck.

Wir begrüßen die Bemühungen all derjenigen Amerikaner, die für die Beendigung des „kalten Krieges“, für friedliche Koexistenz und Zusammenarbeit zwischen allen Ländern eintreten. In unserem Lande hegt man große Sympathien für das amerikanische Volk, dessen industrielles Genie und Arbeitsgeschick der ganzen Welt bekannt sind.

Natürlich gibt es auf dem Wege der friedlichen Koexistenz nicht wenig Schwierigkeiten. Beide Seiten müssen, wenn sie diesen Weg einschlagen, viel Willen zu gegenseitiger Verständigung, große Ausdauer und auch große Geduld aufbringen.

Eine große Rolle könnte die weitgehende Entwicklung des Welthandels bei der Milderung der internationalen Spannung und der Stärkung des gegenseitigen Vertrauens spielen.

Trotz der geschaffenen Hindernisse war der Warenaustausch der Sowjetunion mit den kapitalistischen Ländern Europas und Amerikas im Jahre 1958 gegenüber 1950 auf fast das Dreifache angewachsen. Gut sind wir mit Schweden vorangekommen. Es wurden ferner langfristige Handelsabkommen mit Frankreich und Italien geschlossen. Auch der Handel mit anderen Staaten dehnt sich aus.

Das Wirtschaftsprogramm des friedlichen Aufbaus in der UdSSR für die Jahre 1959 bis 1965 eröffnet der Entwicklung des Außenhandels der Sowjetunion mit allen Ländern weite Perspektiven. Wir können den Außenhandelsumfang mindestens verdoppeln.

Wir schlagen den kapitalistischen Ländern einen friedlichen Wettbewerb vor, und dies nicht nur für die Zeit des Siebenjahrplans. Wir arbeiten einen Perspektivplan zur Entwicklung der UdSSR aus, der sich auf 15 Jahre erstreckt. Er basiert ebenfalls auf dem Prinzip der friedlichen Entwicklung und des friedlichen wirtschaftlichen Wettstreits.

Wie die Völker aller Länder sehen, unsere Pläne sind Pläne des friedlichen Schaffens. Wir rufen alle Völker auf, den Kampf für die Erhaltung und Festigung des Friedens zu verstärken. Unsererseits werden wir alles mögliche tun, um den Frieden in der ganzen Welt zu sichern.

Der kommunistische Aufbau in der UdSSR und die internationale Arbeiterbewegung

Genossen!

Für die internationale Arbeiter- und kommunistische Bewegung, für alle demokratischen Kräfte ist unser Siebenjahrplan eine starke moralische Unterstützung in ihrem Kampf gegen die Kräfte der Reaktion und des Imperialismus. Indem das Sowjetvolk um neue Siege im Aufbau des Kommunismus kämpft, wird es seine internationale Pflicht vor der Arbeiterklasse der Welt erfüllen.

Gegenwärtig gibt es kommunistische und Arbeiterparteien in 83 Ländern; sie vereinen in ihren Reihen über 33 Millionen Menschen. Das ist ein gewaltiger Sieg des Marxismus-Leninismus, eine große Errungenschaft der Arbeiterklasse.

Dutzende von Feldzügen gegen den Kommunismus sind von den Reaktionären aller Schattierungen unternommen worden. Aber nichts vermag die kommunistische Bewegung zu ersticken, denn sie ist durch den Klassenkampf des Proletariats, aller Werktätigen hervorgerufen worden und bringt ihre Interessen zum Ausdruck. Viele kommunistische Parteien der kapitalistischen Länder stehen heute vor großen Schwierigkeiten. Die Reaktion unternimmt gegen sie einen neuen wütenden Angriff, der, wie wir überzeugt sind, wieder einmal mit einem Fiasko enden wird, während unsere Bruderparteien noch gefestigter und gestählter aus den Prüfungen hervorgehen werden.

Bei der Organisation des Angriffs auf die Arbeiter- und die kommunistische Bewegung nimmt die internationale Reaktion zur sozialen Demagogie, zur Täuschung der Massen durch die Lügenmärchen von der sogenannten „freien Welt" Zuflucht. Die Ideologen des Imperialismus versuchen, die volksfeindlichen kapitalistischen Zustände zu beschönigen. Prominente Vertreter der Bourgeoisie behaupten fast in jeder Rede, daß die kapitalistischen Länder des Westens „freie Länder" seien und die kapitalistische Welt die „freie Welt" sei.

Ja, in der Tat, es gibt in den Ländern des Kapitals eine Freiheit, aber für wen? Gewiß nicht für die Arbeiter, die gezwungen sind, sich dem Kapitalisten zu jeder Bedingung zu verdingen, um nicht in die riesige Armee der von Arbeit „freien"

Menschen zu geraten, und nicht für die Bauern, die ständig in der Gefahr schweben, durch Ruin von ihrer Wirtschaft „befreit" zu werden, und nicht für die Intelligenz, deren Schaffen eingezwängt ist durch die Klammer der materiellen Abhängigkeit vom Geldsack und der „geistigen Führung" durch verschiedene Kommissionen zur Prüfung der Loyalität.

Freiheit gibt es in den kapitalistischen Ländern nur für jene, die Geld und folglich die Macht haben.

Die Politiker und Ideologen der „freien Welt" spielen sich gern als Anhänger der religiösen Moral auf. Aber es sollte ihnen aus den religiösen Legenden über Christus wohl bekannt sein, daß dieser, als er sah, wie Händler, Wucherer und Wechsler im Tempel schacherten, zu einer Peitsche griff und sie aus dem Tempel trieb. Wenn schon die Kapitalisten zur religiösen Moral Zuflucht nehmen — warum haben sie dann die Gesellschaft, in der sie herrschen, in ein Paradies für die Reichen und in eine wahre Hölle für die Armen verwandelt? Und das, obwohl nach einem christlichen Spruch eher ein Kamel durch das Nadelöhr geht, als daß ein Reicher in den Himmel kommt! Die sogenannte „freie Welt" stellt ein Reich des Dollars, der Raffgier und der hemmungslosen Spekulation, der grausamen Ausbeutung von Millionen Menschen zur Bereicherung einer Handvoll Monopolisten dar.

Einstmals gaben die bürgerlichen Revolutionen im Kampf gegen den Feudalismus die verlockenden Losungen von der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aus, aber sie wurden von der Bourgeoisie vor allem ausgegeben, um den aristokratischen Adel zurückzudrängen und dem Kapital den Weg zu bahnen. In dem Maße, wie die Bourgeoisie ihre Macht festigte, warf sie diese Losungen immer mehr beiseite.

Heute gehen die Imperialisten, obgleich sie auch weiterhin mit den Losungen von der Gleichheit, Brüderlichkeit und Freiheit spekulieren, immer häufiger zur offenen Diktatur über. In den kapitalistischen Ländern treten unheilvolle Anzeichen für den Druck der Reaktion und des Faschismus auf. Eben diesen reaktionären Weg beschritt Westdeutschland, wo die Kommunistische Partei verboten ist, die demokratischen Kräfte verfolgt werden und wo den faschistischen und revanchistischen Organisationen volle Freiheit gewährt wird.

Der Kurs auf eine offene Diktatur ist in Frankreich eingeschlagen worden, wo die demokratischen Rechte und Errungenschaften der Volksmassen mit Füßen getreten werden. Der Druck der Reaktion in Frankreich, das für seine demokratischen Traditionen berühmt war, löst bei allen Verfechtern der Demokratie und des Fortschritts Besorgnis aus. Die militärischen Staatsstreiche in Pakistan und in Thailand haben gezeigt, daß sich eine Offensive auf die demokratischen Errungenschaften der Völker entfaltet, die die nationale Unabhängigkeit erkämpft haben. Die Kräfte der Reaktion werden auch in einer Reihe anderer kapitalistischer Länder aktiv.

Es liegen also nicht einzelne Fakten, sondern es liegt eine ausgeprägte allgemeine Tendenz vor, die für viele Länder der kapitalistischen Welt charakteristisch ist.

Die reaktionären Kräfte greifen zu dem alten gegen das Volk gerichteten Mittel: zum Abbau der demokratischen Ordnung, zur Einsetzung von Regierungen der „starken Hand". Aber die Tendenz zur offenen Diktatur der monopolistischen Bourgeoisie ist heute ebenso wie in der Periode der Errichtung der faschistischen Diktatur in Italien und Deutschland der Ausdruck nicht der Stärke, sondern der Schwäche der Bourgeoisie. Gleichzeitig darf man nicht vergessen, daß die Reaktion unter den Bedingungen einer durch nichts beschränkten Diktatur größere Möglichkeiten erhält, Repressalien und Terror zu entfalten, jede oppositionelle Bewegung zu unterdrücken, die Massen in dem für sie notwendigen Sinne zu bearbeiten, sie mit Chauvinismus zu vergiften und sich die Hände für Kriegsabenteuer frei zu machen. Deshalb müssen die Völker wachsam

und stets bereit sein, dem Angriff der Reaktion und der Gefahr einer Wiedergeburt des Faschismus Widerstand entgegenzusetzen.

In der Vorstellung von Millionen Menschen wird der Faschismus gewöhnlich mit den Namen von Hitler und Mussolini verbunden. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß der Faschismus in anderen Formen wiedererstehen kann, und zwar nicht in den früheren Formen, die in den Augen der Völker bereits kompromittiert sind.

Heute, da es ein mächtiges Lager des Sozialismus gibt, da die Arbeiterbewegung große Erfahrungen im Kampf gegen die Reaktion besitzt und da sich die Organisiertheit der Arbeiterklasse erhöht hat, haben die Völker größere Möglichkeiten, dem Faschismus den Weg zu versperren. Gegen den Faschismus können und müssen die breitesten Volksschichten, alle demokratischen, wahrhaft nationalen Kräfte vereinigt werden. Im Zusammenhang damit ist es wichtig, die sektiererische Beschränktheit, die die Mobilisierung der Massen zum Kampf gegen Reaktion und Faschismus verhindern kann, restlos zu überwinden. Die Einheit der demokratischen Kräfte, in erster Linie der Arbeiterklasse, ist die zuverlässigste Schranke gegen die faschistische Gefahr.

Wer hemmt die Einheit der Arbeiterklasse? Die imperialistische Reaktion und ihre Helfershelfer in der Arbeiterbewegung, z. B. die antikommunistisch eingestellten Führer der Sozialdemokratie wie Guy Mollet und Spaak. Diese Anführer des Antikommunismus kennen wir alle beim Namen, und wir rechnen nicht mit ihnen, wenn wir von der Aktionseinheit der Arbeiterklasse sprechen. Die Mehrheit in den Reihen der sozialdemokratischen Parteien bilden die Anhänger des Friedens und des sozialen Fortschritts, auch wenn sie sich den Weg dazu anders vorstellen als wir Kommunisten. Gerade im Kampf gegen Reaktion und Faschisten sollten die Kommunisten und die Sozialdemokraten eine gemeinsame Sprache finden. Es ist für die Vertreter aller Strömungen der Arbeiterbewegung an der Zeit, die Scharlatane des Antikommunismus beiseite zu fegen, sich an einen Tisch zu setzen und eine beiderseitig annehmbare Plattform für gemeinsame Aktionen der Arbeiterklasse zum Schutz ihrer Interessen, zum Schutz des Friedens auszuarbeiten.

Eine unerläßliche Bedingung für die weiteren Erfolge der kommunistischen und Arbeiterparteien ist die ideologische und organisatorische Stärkung ihrer Reihen, der weitere Zusammenschluß auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, die Festigung der brüderlichen internationalen Beziehungen.

Die Beratungen von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien im November 1957 demonstrierten die völlige Einheit in den Ansichten der Bruderparteien. Die Erklärung der Beratung wurde von allen kommunistischen und Arbeiterparteien einmütig gebilligt, und sie ist zur Charta der internationalen Einheit der kommunistischen Weltbewegung geworden. In der Erklärung wurden der Revisionismus als die Hauptgefahr sowie der Dogmatismus und das Sektierertum verurteilt. Die Wichtigkeit der Schlußfolgerungen der Erklärung ist durch das Leben voll bestätigt worden, und wir lassen uns von ihnen gegenwärtig leiten.

Nach den Novemberberatungen ging eine weitere Konsolidierung der Kräfte innerhalb einer jeden kommunistischen Partei vor sich, die gesamte internationale kommunistische Bewegung schloß sich noch fester zusammen. Es ist den Revisionisten nicht gelungen, auch nur eine einzige Bruderpartei vom marxistisch-leninistischen Wege abzubringen. Ihnen folgten nur jämmerliche Grüppchen von Opportunisten sowie Einzelgänger, die unter dem Feuer des Klassenfeindes den Kopf verloren haben. Das ist ein Abschaum, der die reine Quelle der kommunistischen Bewegung verschmutzte; er ist im Verlauf des Kampfes an die Oberfläche gekommen und wurde entfernt.

Die Behauptungen der Revisionisten sind durch das Leben, durch die Praxis des Kampfes der Arbeiterklasse, durch den ganzen Verlauf der gesellschaftlichen Entwick-

lung widerlegt worden. Verworfen wurden die Grundthesen des Revisionismus: von der Veränderung im Charakter des Kapitalismus, von der krisenfreien Entwicklung des kapitalistischen Systems, von dem friedlichen Hineinwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus usw.

Die internationale kommunistische Bewegung hat die Ansichten und die Politik der jugoslawischen Revisionisten verurteilt. Die Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens versuchen, die Sache so darzustellen, als hätten die marxistisch-leninistischen Parteien den ideologischen Kampf gegen sie deshalb begonnen, weil sie sich geweigert hatten, sich der Erklärung anzuschließen. Aber diese Behauptung ist durch und durch falsch. Es waren gerade die jugoslawischen Führer, die der Erklärung ihr eigenes revisionistisches Programm entgegenstellten, indem sie einen Angriff auf die marxistisch-leninistischen Positionen der internationalen kommunistischen Bewegung führten. Es fragt sich: Konnten die Marxisten an diesen Tatsachen vorübergehen? Gewiß nicht. Deshalb traten alle Parteien, die auf den Positionen des Marxismus-Leninismus stehen, mit einer prinzipiellen Kritik am Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens auf.

Unsere Position zu den Ansichten der jugoslawischen Führer ist klar. Wir haben sie mehr als einmal mit aller Offenheit dargelegt. Die jugoslawischen Führer dagegen winden sich, treiben ein falsches Spiel, scheuen die Wahrheit.

Die jugoslawischen Führer suchen das Wesen ihrer Meinungsverschiedenheiten mit den Marxisten-Leninisten zu verheimlichen. Und dieses Wesen besteht darin, daß die jugoslawischen Revisionisten die Notwendigkeit der internationalen Klassensolidarität bestreiten, die Positionen der Arbeiterklasse verlassen. Sie versuchen, alle und jeden zu überzeugen, daß es in der Welt zwei Blocks, zwei militärische Lager gebe. Aber es ist doch allen bekannt, daß das sozialistische Lager, das die sozialistischen Länder Europas und Asiens vereint, kein militärisches Lager, sondern ein Freundschaftsbund gleichberechtigter Völker im Kampf für Frieden und für ein besseres Leben der Werktätigen, für Sozialismus und Kommunismus ist. Das andere Lager ist das Lager der Imperialisten, die ihr System der Unterdrückung und der Gewalt um jeden Preis zu erhalten suchen, das Lager, das die Menschheit mit Krieg bedroht. Nicht wir haben diese Lager ausgedacht, sie sind vielmehr im Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung entstanden.

Die jugoslawischen Führer behaupten, daß sie außerhalb der Blocks, daß sie über den Lagern stehen, obwohl sie in Wirklichkeit dem Balkanblock angehören, der Jugoslawien, die Türkei und Griechenland vereint. Die beiden letzteren Länder sind bekanntlich Mitglieder des aggressiven NATO-Blocks, während die Türkei außerdem dem Bagdad-Pakt angehört. Die Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens sind sehr gekränkt, wenn wir ihnen sagen, daß sie auf zwei Stühlen sitzen. Sie behaupten, daß sie auf ihrem eigenen, dem jugoslawischen Stuhl sitzen. Aber aus irgendeinem Grunde wird dieser jugoslawische Stuhl von den amerikanischen Monopolen sehr gestützt! Und gerade deshalb riecht die Position „außerhalb der Blocks", die Neutralität, die von den Führern des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens so sehr zur Schau gestellt wird, so penetrant nach amerikanischen Monopolen, die den „jugoslawischen Sozialismus" aufpäppeln. Die Geschichte des Klassenkampfes kennt noch kein Beispiel dafür, daß die Bourgeoisie ihren Klassenfeind materiell oder geistig fördert, daß sie beim Aufbau des Kommunismus hilft.

Der beste Prüfstein für die Richtigkeit des Kurses in der Führung eines Landes sind die Erfolge bei der Entwicklung der Volkswirtschaft, bei der Hebung der Kultur und des Volkswohlstandes. Wir sowjetischen Kommunisten halten unseren, vom großen Lenin gewiesenen Weg zum Sozialismus für richtig. Auf diesem Wege voranschreitend, hat die Sowjetunion Siege errungen, die die ganze Welt erschüttern. Den Weg der

Oktoberrevolution, den Weg Lenins, sind alle Länder der Volksdemokratie gegangen, und sie haben ebenfalls großartige Erfolge erzielt.

Und wer hat die geringsten Ergebnisse erzielt? Das sind gerade die Partei und das Land, dessen Führer ihren sogenannten jugoslawischen Weg als den einzig richtigen anpreisen.

Das Volk denkt so: Der beste Weg ist der Weg, der es möglich macht, in kürzester Frist maximale ökonomische und politische Ergebnisse zu erzielen. Wenn man aber den Lebensstandard der Völker der sozialistischen Länder vergleicht, dann steigt dieser Standard, wie die von den Wirtschaftswissenschaftlern veröffentlichten Unterlagen zeigen, in Jugoslawien bedeutend langsamer. Die jugoslawische Praxis widerlegt selbst die theoretischen „Entdeckungen" der jugoslawischen Revisionisten.

Wenn Jugoslawien in seiner Entwicklung zurückbleibt, wenn es auf dem sozialistischen Weg nicht voranschreitet, sondern Haken schlägt, so fällt die Verantwortung dafür voll und ganz auf die revisionistische, antimarxistische Linie der Führung des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, die ihre besondere Ansicht über die Rolle der Partei im Aufbau des Sozialismus hat. Die jugoslawischen Revisionisten setzen die Rolle der Partei herab und negieren im Grunde die Leninsche Lehre von der Partei als der führenden Kraft im Kampf für den Sozialismus.

Die marxistisch-leninistischen Parteien beobachten mit Sorge, was in Jugoslawien vor sich geht. Die jugoslawischen Brudervölker haben um den Preis großer Opfer mit Unterstützung der UdSSR die Befreiung von den deutschen und italienischen Okkupanten erkämpft. Sie haben das Joch der eigenen Bourgeoisie abgeworfen und den Weg des Sozialismus eingeschlagen. Jetzt aber kann die Politik der jugoslawischen Führer, die darauf gerichtet ist, Jugoslawien dem sozialistischen Lager und der internationalen kommunistischen Bewegung entgegenzustellen, zum Verlust der sozialistischen Errungenschaften des jugoslawischen Volkes führen.

Wir bringen den Brudervölkern Jugoslawiens, den jugoslawischen Kommunisten, den Helden des illegalen und des Partisanenkampfes, die freundschaftlichsten Gefühle entgegen. In einer Reihe von Fragen der Außenpolitik haben wir eine gemeinsame Sprache. Wir werden auch künftighin den Handel mit Jugoslawien auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils entwickeln.

Wir werden bestrebt sein, mit Jugoslawien in allen Fragen des Kampfes gegen den Imperialismus, des Kampfes für den Frieden zusammenzuarbeiten, in denen unsere Positionen übereinstimmen.

Und wie wird es auf der Parteiebene weitergehen? Alles wird vom Bund der Kommunisten Jugoslawiens abhängen. Seine Führer haben sich selbst von der internationalen kommunistischen Bewegung isoliert. Deshalb ist es an dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens, eine Wendung zu einer Annäherung an die kommunistischen Parteien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus zu vollziehen, was auch den Interessen des jugoslawischen Volkes selbst entsprechen würde.

Die kommunistische Bewegung hat dem Revisionismus vernichtende Schläge versetzt. Aber dem Revisionismus ist noch nicht der Garaus gemacht. Man muß bedenken, daß der Imperialismus in jeder Weise bestrebt sein wird, die Revisionisten zu unterstützen und zu aktivieren.

Ebensowenig darf man die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Dogmatismus und das Sektierertum vergessen, die die Entwicklung der Theorie des Marxismus-Leninismus und ihre schöpferische Anwendung erschweren, die zur Loslösung von den Massen führen. Für uns alle, für die Kommunisten ist das Leninsche Gebot heilig: die

Verbindung zu den Massen festigen, aufmerksam auf die Stimme der Massen hören, an der Spitze der Massen marschieren.

Was die Beziehungen zwischen den Bruderparteien innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung betrifft, so gehen wir stets davon aus, wie diese Frage von Lenin gestellt wurde. Lenin lehrte, daß diese Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Unabhängigkeit der nationalen Abteilungen der internationalen Arbeiterklasse, auf der Grundlage der Prinzipien des proletarischen Internationalismus aufzubauen sind. Gerade weil alle Parteien gleichberechtigt sind, haben sie Beziehungen des Vertrauens und der freiwilligen Zusammenarbeit hergestellt, streben sie als Bestandteile der einigen großen Armee der Werktätigen freiwillig und bewußt zum einheitlichen Handeln.

Alle kommunistischen Parteien sind unabhängig und arbeiten, von den konkreten Bedingungen des betreffenden Landes ausgehend, ihre Politik aus. Sie haben in ihrer Tätigkeit Erfolge aufzuweisen, erweitern ständig ihren Einfluß, vergrößern die Zahl ihrer Anhänger, erringen Autorität in allen Schichten des Volkes.

Die Ideologen des Imperialismus und ihre Nachbeter, die Revisionisten, die den wachsenden Einfluß der kommunistischen Parteien in jeder Weise zu untergraben suchen, verbreiten die falsche Behauptung, daß die kommunistische Bewegung das „Werk Moskaus" sei und daß die kommunistischen und Arbeiterparteien von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion abhängen. Besonders eifrig sind die jugoslawischen Revisionisten, die nachzuweisen suchen, daß unsere Partei angeblich die „Hegemonie" über die anderen Parteien anstrebe. Sie haben die These von der „Hegemonie" sogar in ihr Programm aufgenommen. Die Revisionisten behaupten, daß sich unsere Partei in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmische und sich die anderen kommunistischen Parteien unterzuordnen suche. Für diese Verleumdung sprechen die reaktionären Kräfte den jugoslawischen Revisionisten besondere Anerkennung aus.

Allen, die mit der kommunistischen Bewegung vertraut sind, macht es nicht die geringste Schwierigkeit, die verlogenen Erfindungen der internationalen Reaktion und der Revisionisten zu zerschlagen.

Es wäre absurd anzunehmen, daß man in diesem oder jenem Lande von außen her eine politische Partei der Arbeiterklasse organisieren könnte, die nicht selten Hunderttausende und zuweilen auch Millionen Mitglieder zählt. Keiner wird glauben, daß beispielsweise die zwei Millionen Mitglieder zählende Kommunistische Partei Italiens, die Kommunistische Partei Frankreichs mit fast einer halben Million Mitgliedern, die Kommunistische Partei Indonesiens mit anderthalb Millionen und die Kommunistische Partei Indiens mit fast 300 000 Mitgliedern ebenso wie die anderen Bruderparteien „von Moskau geschaffen" und daß ihre Mitglieder „ausländische Agenten" sind.

Die kommunistischen Parteien sind nicht deshalb entstanden, weil irgendein Zentrum sie in allen Ländern „pflanzt". Solche Wunder gibt es in der Natur nicht. Die Geschichte der gesellschaftlichen Entwicklung besagt, daß mit dem Erscheinen und mit dem Wachstum der Arbeiterklasse auch die marxistischen Parteien entstehen. Und das bedeutet, daß die kommunistische Bewegung als eine objektive Notwendigkeit entstanden ist; sie wurde durch die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse eines jeden Landes selbst hervorgebracht. Ueberall in den kapitalistischen Ländern gibt es Klassen und folglich auch politische Parteien, die deren Interessen zum Ausdruck bringen. Die kommunistischen Parteien sind die politischen Parteien der Arbeiterklasse, und sie werden immer bestehen, solange es eine Arbeiterklasse geben wird. Ebenso naiv wäre es anzunehmen, daß man den in den kommunistischen Parteien vereinten Millionen Menschen von außen vorschreiben könnte, was sie heute denken und was sie morgen tun sollen.

Man sagt, die „Abhängigkeit" der kommunistischen und Arbeiterparteien von Moskau werde angeblich durch Erklärungen bestätigt, daß die KPdSU an der Spitze der internationalen kommunistischen Bewegung steht. Man beruft sich dabei auf den bekannten Leitsatz der Erklärung der Moskauer Beratung, wonach „das Lager der sozialistischen Staaten von der Sowjetunion geführt wird".

Die Kommunisten der Sowjetunion und aller anderen Länder sind der Meinung, daß man damit unserem Lande und unserer Arbeiterklasse gerecht wird, die unter der Führung der Kommunistischen Partei mit dem großen Lenin an der Spitze als erste die sozialistische Revolution vollbracht und die Macht in ihre Hände genommen hat.

In den mehr als 40 Jahren wurde ein großer und schwerer Weg des Kampfes und der Siege zurückgelegt und ein mächtiger Staat geschaffen, der das Bollwerk aller sozialistischen Länder und der kommunistischen Weltbewegung ist.

Für eine solche Anerkennung der historischen Rolle der Sowjetunion und der KPdSU danken wir den Bruderparteien aufrichtig.

Gleichzeitig muß betont werden, daß in der kommunistischen Bewegung wie auch im sozialistischen Lager die volle Gleichberechtigung und Selbständigkeit aller kommunistischen und Arbeiterparteien sowie der sozialistischen Länder bestanden haben und bestehen. In Wirklichkeit leitet die Kommunistische Partei der Sowjetunion nicht die anderen Parteien; die Sowjetunion leitet nicht die anderen Länder. In der kommunistischen Bewegung gibt es keine „übergeordneten" und „untergeordneten" Parteien. Alle kommunistischen und Arbeiterparteien sind gleich und selbständig; alle tragen die Verantwortung für das Schicksal der kommunistischen Bewegung, für ihre Mißerfolge und für ihre Siege. Jede kommunistische und Arbeiterpartei ist vor der Arbeiterklasse, vor den Werktätigen des eigenen Landes, vor der gesamten internationalen Arbeiter- und kommunistischen Bewegung verantwortlich. Im Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse, für den Sozialismus, verbinden die kommunistischen Parteien die allgemein gültigen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus mit den konkreten historischen und nationalen Bedingungen ihrer Länder. Nur eine marxistisch-leninistische Partei, die mit der Arbeiterklasse, mit dem Volk ihres Landes verbunden ist, kann die konkreten Bedingungen des Kampfes kennen, nur sie allein kann die politische Linie ausarbeiten, die diesen Bedingungen entspricht und die Traditionen der Arbeiterbewegung des betreffenden Landes berücksichtigt.

So ist es auch in der Tat. Auf der Grundlage der vollen Selbständigkeit und der Prinzipien des proletarischen Internationalismus, auf der Grundlage der freiwilligen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe leben und kämpfen alle kommunistischen und Arbeiterparteien. So faßt unsere Partei den Charakter der Beziehungen zwischen den Bruderparteien auf.

Was die Sowjetunion betrifft, so besteht ihre Rolle bekanntlich nicht darin, daß sie die anderen Länder leitet, sondern darin, daß unser Land als erstes der Menschheit den Weg zum Sozialismus gebahnt hat, daß es das mächtigste Land im sozialistischen Weltsystem ist und als erstes in die Periode des umfassenden Aufbaus des Kommunismus eingetreten ist.

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion ist von Lenin im Geiste des proletarischen Internationalismus erzogen worden. Wir sowjetischen Kommunisten haben den Marxismus-Leninismus nicht nur studiert, sondern ihn im Kampf gegen die Feinde aller Schattierungen verteidigt. Mit dieser Lehre als Richtschnur hat das Sowjetvolk mit der Kommunistischen Partei an der Spitze in hartem Kampf den Sozialismus erbaut und schreitet zuversichtlich dem Kommunismus entgegen.

Wir sind stets der großen internationalen Lehre von Marx, Engels, Lenin gefolgt und werden ihr auch künftighin unbeirrt folgen. Unsere Kommunistische Partei

betrachtet sich, bildlich gesprochen, als einen der Vortrupps der kommunistischen Weltbewegung, der als erster die Höhen des Kommunismus erklimmt. Und auf dem Wege zu diesen Höhen werden uns keine Lawinen und Steinschläge aufhalten. Niemand wird uns vom Wege zum Kommunismus abbringen.

Wir standen und stehen auf dem Standpunkt, daß man sich nicht in sein nationales Kämmerlein zurückziehen und im eigenen Gehäuse abkapseln darf. Wir halten die höchstmögliche Stärkung der Macht des sozialistischen Lagers, die weitere Festigung der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung entsprechend den Prinzipien für notwendig, die von allen Bruderparteien in der Moskauer Erklärung angenommen wurden. Die Sorge für die Geschlossenheit und Festigkeit unserer Reihen ist die höchste internationale Pflicht einer jeden kommunistischen und Arbeiterpartei.

Der Erfolg der nationalen Sache der Arbeiterklasse ist undenkbar ohne die internationale Solidarität aller ihrer Abteilungen.

Uns schließt das gemeinsame hohe Ziel der Befreiung der arbeitenden Menschheit, der Kampf für den allgemeinen Frieden zusammen. Wir haben eine gemeinsame Sorge: die Sorge um das Wohl der Völker, um ihre Blüte und Sicherheit, um ihre glückliche Zukunft, die nur auf den Wegen des Sozialismus erreicht werden kann. Uns vereinen die große Lehre des Marxismus-Leninismus und der Kampf um ihre Umsetzung ins Leben. Wir werden stets die ideologische Waffe des Marxismus-Leninismus reinhalten. Wir werden gegen die Opportunisten, gegen die Revisionisten aller Schattierungen kämpfen, wir werden der Arbeiterklasse treu sein. Darin sehen wir unsere internationale Pflicht vor der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung.

IV. DIE NEUE ETAPPE DES KOMMUNISTISCHEN AUFBAUS UND FRAGEN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN THEORIE

Genossen!

Jetzt, da unser Land in eine neue historische Periode seiner Entwicklung eingetreten ist, erlangen die Fragen der marxistisch-leninistischen Theorie, die mit dem Uebergang vom Sozialismus zum Kommunismus verbunden sind, besondere Bedeutung.

Man muß vor allem auf die Frage der zwei Phasen der kommunistischen Gesellschaft, der Gesetzmäßigkeiten des Hinüberwachsens des Sozialismus in den Kommunismus eingehen.

Die Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus — Marx, Engels, Lenin — definierten, daß die Gesellschaft nach dem Sturz der Herrschaft der Kapitalisten und Gutsbesitzer zwei Phasen zu durchlaufen hat. Die erste Phase muß der Sozialismus und die zweite, höhere Phase die klassenlose kommunistische Gesellschaft sein.

Die Entwicklung der Sowjetgesellschaft hat die marxistisch-leninistische Voraussicht von den zwei Phasen des Kommunismus bestätigt. Nachdem das Sowjetvolk die sozialistische Gesellschaft aufgebaut hatte, trat es in eine neue Periode der historischen Entwicklung ein, in der der Sozialismus in den Kommunismus hinüberwächst.

Die Theorie des Marxismus-Leninismus und die praktischen Erfahrungen beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft bieten Anlaß, gewisse wichtige Schlußfolgerungen über den Charakter der Vorwärtsbewegung der Gesellschaft zum Kommunismus zu ziehen.

Erstens:

Der Uebergang vom sozialistischen Stadium der Entwicklung zu der höchsten Phase ist ein gesetzmäßiger historischer Prozeß, den man nicht willkürlich verhindern oder

umgehen kann. Die marxistisch-leninistischen Parteien halten den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft für ihr Endziel. Aber die Gesellschaft kann nicht einen Sprung aus dem Kapitalismus zum Kommunismus tun, ohne das sozialistische Entwicklungsstadium zu durchlaufen.

„Vom Kapitalismus", so sagte W. I. Lenin, „kann die Menschheit unmittelbar nur zum Sozialismus übergehen, d. h. zum Gemeinbesitz an den Produktionsmitteln und zur Verteilung der Produkte nach dem Maße der Arbeitsleistung jedes einzelnen. Unsere Partei blickt weiter: Der Sozialismus muß unvermeidlich allmählich in den Kommunismus hinüberwachsen, auf dessen Banner geschrieben steht: ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.'"

Gewiß können manche Genossen sagen, daß man die Prinzipien des Kommunismus schneller einführen müsse. Aber vorzeitig zur Verteilung nach Bedürfnissen übergehen, wenn die ökonomischen Bedingungen dazu noch nicht geschaffen sind, ein Ueberfluß an materiellen Gütern nicht erreicht ist und die Menschen nicht vorbereitet sind, um auf kommunistische Art zu leben und zu arbeiten, hieße der Sache des kommunistischen Aufbaus schaden. Man muß bedenken, daß die Güter bei dem gegenwärtigen Entwicklungsstand der Produktion noch nicht für alle Menschen reichen würden, um ihre Bedürfnisse voll zu befriedigen. Ein solcher „nivellierender Kommunismus" würde zum Aufbrauchen der angesammelten Mittel führen und eine weitere erfolgreiche Entwicklung der Wirtschaft, die erweiterte Reproduktion, unmöglich machen.

Wir müssen Schritt um Schritt vorrücken, die materiellen und geistigen Voraussetzungen für den planmäßigen Uebergang zum Kommunismus schaffen.

Zweitens:

Bei allem Unterschied zwischen dem Kommunismus und dem sozialistischen Stadium steht zwischen ihnen nicht irgendeine Mauer, die diese Phasen in der gesellschaftlichen Entwicklung trennt. Der Kommunismus wächst aus dem Sozialismus hervor, stellt seine direkte Fortsetzung dar. Es wäre falsch und irrig anzunehmen, daß der Kommunismus irgendwie plötzlich in Erscheinung tritt. Schon jetzt entwickeln sich immer mehr die kommunistischen Formen der Arbeit, der Organisation der Produktion und solche gesellschaftlichen Formen für die Befriedigung der Bedürfnisse der Bürger wie die Verpflegung in den Kantinen, die Internatsschulen, die Kindergärten und -krippen. In unserer Gesellschaft gibt es viele spürbare und sichtbare Züge des Kommunismus, die sich entwickeln und vervollkommnen werden.

Der Eintritt in den Kommunismus wird nicht durch irgendeinen Kalendertag bestimmt. Es wird keinen Augenblick geben, da wir die eine Tür zuschlagen und erklären: „Der Aufbau des Sozialismus ist abgeschlossen", und dann eine andere Tür aufmachen und verkünden: „Wir sind beim Kommunismus angelangt." Der Uebergang vom Sozialismus zum Kommunismus vollzieht sich ununterbrochen. Wir öffnen schon jetzt die Tür in die kommunistische Gesellschaft, jetzt geht es um den Aufbau des Kommunismus. Unser Land ist nun in die Periode des umfassenden kommunistischen Aufbaus eingetreten, in der alle materiellen und geistigen Voraussetzungen des Kommunismus geschaffen werden. Der Abschluß des kommunistischen Aufbaus wird dann erfolgen, wenn wir einen vollen Ueberfluß zur Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen geschaffen haben, wenn alle Menschen gelernt haben, nach ihren Fähigkeiten zu arbeiten, um die gesellschaftlichen Reichtümer zu mehren und anzuhäufen.

Drittens:

Man darf den allmählichen Uebergang zum Kommunismus nicht als irgendeine verzögerte Bewegung auffassen. Im Gegenteil, das ist eine Periode der raschen Entwicklung der modernen Industrie, der mechanisierten Großlandwirtschaft, der gesamten

Oekonomik und Kultur bei aktiver und bewußter Teilnahme von Millionen und aber Millionen Erbauern der kommunistischen Gesellschaft. Der gesetzmäßige Prozeß des Hinüberwachsens des Sozialismus in den Kommunismus kann auf der Grundlage der hohen Entwicklung der materiellen Produktion, die noch in der Periode des Sozialismus erreicht wird, beschleunigt werden. Man darf nichts überstürzen und übereilt das einführen, was noch nicht herangereift ist. Das würde zu Entstellungen unserer Sache führen und sie kompromittieren. Aber ebensowenig darf man sich bei dem Erreichten aufhalten, da das zum Stillstand führen würde.

Ist die Zeit fern, da man die Lebensbedürfnisse aller Sowjetmenschen voll befriedigen kann? Sie ist offenbar nicht so fern, wenn man unsere gewaltigen Möglichkeiten für das Wachstum der gesellschaftlichen Produktion und die kulturelle Entwicklung der Gesellschaft berücksichtigt. Das wird nicht auf einmal, sondern Schritt um Schritt, nicht auf einen Schlag, sondern allmählich, mit der Schaffung der materiellen Produktionsbedingungen, erreicht werden.

Die volle Befriedigung des Bedarfs aller Sowjetmenschen an Nahrung, Wohnung und Kleidung in notwendigen und vernünftigen Grenzen wird man sicherlich in nicht ferner Zukunft verwirklichen können. Man braucht nicht viel Zeit, um — sagen wir — die Schüler mit kostenlosem Frühstück und Mittagessen zu versorgen, um alle Kinder in Kindergärten und -krippen, in Internatschulen mit vollem Unterhalt auf Kosten der Gesellschaft zu erfassen. Was die erwachsene Bevölkerung betrifft, so muß man bedenken, daß der Bedarf der Menschen an Existenzmitteln nicht grenzenlos ist.

Ein Mensch kann beispielsweise an Brot und anderen Nahrungsmitteln nicht mehr verbrauchen, als für seinen Organismus notwendig ist. Es gibt auch gewisse Grenzen bei der Kleidung und bei der Wohnung. Gewiß, wenn von der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen die Rede ist, sind nicht die Launen und nicht die Ansprüche auf Luxusgegenstände gemeint, sondern die gesunden Bedürfnisse eines kulturell entwickelten Menschen.

Eine längere Frist ist notwendig, damit sich bei den Menschen das innere Bedürfnis herausbildet, nach Fähigkeiten zu arbeiten. Solange das nicht der Fall ist, kann die Gesellschaft nicht ohne eine bestimmte Normung der Arbeitszeit auskommen, in der jeder Arbeitsfähige eine bestimmte Menge Arbeit zur Schaffung der von der Gesellschaft benötigten Werte leisten muß.

Die praktische Grundaufgabe für unser Land ist gegenwärtig die Schaffung der materiellen und technischen Basis der kommunistischen Gesellschaft, ein neuer mächtiger Aufschwung der sozialistischen Produktivkräfte.

Warum ist diese Aufgabe jetzt für uns die Hauptaufgabe in der Entwicklung der Wirtschaft des Landes? Bei dem gegenwärtigen Stand der sozialistischen Produktion sind wir noch nicht imstande, einen Ueberfluß an materiellen und kulturellen Gütern, die zur Befriedigung der wachsenden Bedürfnisse der Menschen zu ihrer allseitigen Entwicklung notwendig sind, zu schaffen. Und ohne das kann es keinen Kommunismus geben. Folglich ist es in erster Linie notwendig, die Produktivkräfte weiter zu entwickeln und die Produktion von materiellen Gütern zu steigern.

Der Kommunismus ist nur dann zu verwirklichen, wenn wir den Produktionsstand der entwickelten kapitalistischen Länder übertreffen und eine neue Arbeitsproduktivität gewährleisten, die weitaus höher als im Kapitalismus ist.

Die Schaffung der materiellen und technischen Basis des Kommunismus setzt vor allem voraus: eine hochentwickelte moderne Industrie; volle Elektrifizierung des Landes; wissenschaftlich-technischen Fortschritt in allen Zweigen der Industrie und der Landwirtschaft; Vollmechanisierung und Automatisierung aller Produktionsprozesse; allseitige

Ausnutzung neuer Energiequellen und der reichen Naturschätze, der neuen synthetischen und anderen Stoffe; die Hebung des kulturellen und technischen Niveaus aller Werktätigen; eine weitere Verbesserung der Organisation der Produktion und Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Eine Simplifizierung wäre die Annahme, daß wir, wenn wir die Vereinigten Staaten von Amerika in wirtschaftlicher Hinsicht eingeholt haben, damit den kommunistischen Aufbau vollenden. Nein. Das ist noch nicht das Endziel unserer Bewegung, sondern nur die entscheidende Etappe im Wettbewerb mit dem Kapitalismus.

Wir stehen mit Amerika im Wettstreit, halten das aber nicht für das Maß aller Dinge im ökonomischen Aufbau. Bei hochentwickelter Wirtschaft herrscht in den USA die verwerfliche kapitalistische Produktionsweise und Verteilung. Dort gibt es bei einem Ueberfluß an allen möglichen Waren Millionen arbeitsloser und unversorgter Menschen, die nicht einmal ihre elementarsten Bedürfnisse befriedigen können. Die Kommunisten wollen diese Zustände nicht nachahmen, sondern umgekehrt mit einer solchen Ungerechtigkeit auf Erden Schluß machen. Und wenn der Produktionsstand in den USA als Maßstab für das Wachstum unserer Wirtschaft genommen wird, dann nur, um sie mit der höchstentwickelten kapitalistischen Wirtschaft zu vergleichen.

Mit dem Gewinn des ökonomischen Wettbewerbs mit den USA werden wir nur die erste Etappe des kommunistischen Aufbaus abgeschlossen haben. Der in dieser Etappe erreichte Stand der ökonomischen Entwicklung ist für uns keineswegs die Endstation, sondern nur eine Zwischenstation, auf der wir das am weitesten entwickelte kapitalistische Land einholen, wo wir es zurücklassen können, während wir uns selbst vorwärtsbewegen werden.

Mit dem Wachstum der Produktivkräfte werden sich auch die sozialistischen Produktionsverhältnisse vervollkommnen, die auf den Prinzipien der kameradschaftlichen Zusammenarbeit, der Freundschaft und der gegenseitigen Hilfe aller Werktätigen der Gesellschaft beruhen. In unserem Lande ist die gesellschaftliche Arbeit schon heute zum Ausdruck der neuen sozialistischen Beziehungen zwischen den Menschen, zum Gradmesser der hohen moralischen Qualitäten des Menschen geworden.

In dem Maße, wie sich die sozialistische Produktion auf der neuen materiellen und technischen Grundlage entwickelt und die Ausbildung immer enger mit der Arbeit verbunden wird, werden die wesentlichen Unterschiede zwischen der geistigen und der körperlichen Arbeit allmählich verwischt. Mit der allseitigen Entwicklung der Menschen wird sich die Arbeit immer mehr in ihr erstes Lebensbedürfnis verwandeln. Das wird durch die vorgesehene Verkürzung des Arbeitstages und durch die weitere Verbesserung der Arbeitsbedingungen gefördert. Wenn in allen Zweigen der Produktion die Automatisierung eingeführt ist, wenn der Mensch zum Kommandeur über die Maschinen geworden ist, dann wird er weniger Zeit und Kraft für die Produktion von Existenzmitteln aufwenden müssen. Die Arbeit, die zuweilen noch schwer und ermüdend ist, wird zu einer Quelle der Freude und des Genusses für den gesunden, allseitig entwickelten Menschen.

Wenn wir die Schaffung der materiellen und technischen Basis des Kommunismus in den Vordergrund unserer gesamten Arbeit in der bevorstehenden Periode rücken, gehen wir voll und ganz von der Lehre des Marxismus-Leninismus, von den Erfahrungen der Sowjetunion und aller sozialistischer Länder aus.

Die Entwicklung der Gesellschaft stellt auch ein anderes höchst wichtiges Problem des wissenschaftlichen Kommunismus, das Problem der Verteilung der von der Gesellschaft erzeugten materiellen und geistigen Güter unter alle ihre Mitglieder. Der Marxismus-Leninismus lehrt, daß die Verteilung in der Entwicklung der Gesellschaft nicht bestimmend, sondern abgeleitet ist, daß ihre Formeln und Prinzipien von der

Produktionsweise und von der Menge der in der Gesellschaft erzeugten Produkte abhängen.

In der sozialistischen Gesellschaft erfolgt die Verteilung im wesentlichen nach dem Prinzip: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung. Das heißt, daß der überwiegende Teil der materiellen und kulturellen Güter unter den Mitgliedern der Gesellschaft je nach ihrem Arbeitsbeitrag zur gesellschaftlichen Produktion verteilt wird.

Man muß natürlich berücksichtigen, daß auch schon im Sozialismus ein bedeutender und ständig wachsender Teil der materiellen und kulturellen Güter unter den Mitgliedern der Gesellschaft, unabhängig von der Quantität und der Qualität ihrer Arbeit, d. h. kostenlos, verteilt wird. Die Gesellschaft trägt hohe Ausgaben für die unentgeltliche Bildung der Bürger, für die kostenlose medizinische Behandlung, für die Rentenversorgung, für die Unterstützung kinderreicher Familien, für die unentgeltliche Benutzung der Klubs, Bibliotheken usw.

Die Bedeutung, die die Ausgaben des Staates sowie die Ausgaben aus den gesellschaftlichen Fonds der Kolchosen für die Hebung des Wohlstandes und für die Verbesserung der materiellen Lage der Werktätigen haben, läßt sich durch folgende Zahlen veranschaulichen: In unserem Lande sind rund 100 Millionen Arbeiter, Angestellte und Kolchosbauern in der gesellschaftlichen Produktion tätig. Dabei werden rund 20 Millionen Rentner durch den Staat, die Kolchosen und die gesellschaftlichen Organisationen versorgt. 5 Millionen Kinder befinden sich in Kindergärten, Krippen und Kinderheimen. 3 300 000 Studenten der Hoch- und Fachschulen sowie Schüler der Schulen im System der Arbeitsreserven werden vom Staat mit Stipendien und Wohnheimen versorgt, während die Schüler der Internatsschulen vom Staat vollen Unterhalt erhalten. 5 600 000 Kinder erholen sich alljährlich in den Pionierlagern, auf den Sommerspielplätzen der Schulen und in den Touristenheimen. Ueber 3 Millionen Arbeiter, Angestellte und Kolchosbauern finden alljährlich auf Kosten der Sozialversicherung und der Kolchosen Heilung und Erholung in den Sanatorien und Erholungsheimen. Außerdem erhalten etwa 7 Millionen kinderreiche und alleinstehende Mütter staatliche Beihilfen.

In der Zukunft werden sich die Ausgaben des Staates für diese Zwecke erhöhen. In dem Maße, wie wir zum Kommunismus vorrücken, wird auch die Sorge der Gesellschaft für jeden Menschen von seiner Geburt an bis ins hohe Alter immer größer werden.

In der gegenwärtigen Etappe ist der Hauptmaßstab für den Anteil, den ein jeder von der Gesellschaft bei der Verteilung der Produkte erhält, die Arbeit, ihre Quantität und Qualität. Lenin sagte: „Bis die ‚höhere‘ Phase des Kommunismus eingetreten sein wird, fordern die Sozialisten die — strengste — Kontrolle seitens der Gesellschaft — und seitens des Staates — über das Maß der Arbeit und das Maß der Konsumtion.“ (Lenin, Staat und Revolution, Dietz Verlag 1951, Seite 102.)

In der Geschichte der Entwicklung unseres Landes gab es eine Periode des „Kriegskommunismus“, in der wir zeitweilig gezwungen waren, vom Prinzip der Verteilung nach Arbeit abzugehen und den Weg der nivellierenden Verteilung „nach Esser“ einzuschlagen. Diese Maßnahme war nicht auf einen Ueberfluß, sondern auf einen akuten Mangel an Nahrungsmitteln und Industriegütern zurückzuführen. Indem der Staat strengste Disziplin in der Versorgung einführte und zuweilen ein achtel Pfund Brot täglich je Kopf verteilte, vermochte er eine Massenhungersnot abzuwenden und die Kämpfer der Roten Armee sowie die städtische Bevölkerung mit einer, wenn auch kärglichen, so doch regelmäßigen Lebensmittelration zu versorgen.

Aber diese Form der Verteilung konnte nicht das normale ökonomische System sein. Ihr Mangel zeigte sich sofort, als das Land den Weg der Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft beschritt. W. I. Lenin sagte damals mit aller Offenheit,

daß man ohne eine materielle Interessiertheit der Werktätigen an den Ergebnissen ihrer Arbeit weder die Produktivkräfte des Landes heben noch die sozialistische Wirtschaft aufbauen und Dutzende von Millionen Menschen an den Kommunismus heranführen kann.

Mit dem Uebergang zum friedlichen Aufbau wurde konsequent die Entlohnung der Arbeiter und Angestellten in Geld eingeführt. Dem Lohn wurde das Prinzip der Verteilung nach Leistung zugrunde gelegt. Mit dem Sieg der Kolchosordnung setzte sich dieses Verteilungsprinzip auch im Kolchosdorf durch.

Einige Wissenschaftler äußern sich in ihren Aufsätzen und Lektionen dahingehend, daß die Verteilung nach Arbeit die Anwendung des bürgerlichen Rechts in der sozialistischen Gesellschaft bedeute. Sie stellen die Frage, ob man nicht gleich von der Verteilung nach Leistung zur gleichen Verteilung der gesellschaftlichen Produkte unter alle Werktätigen übergehen soll. Aber solchen Ansichten kann man nicht zustimmen.

Es stimmt, daß Marx und Lenin von Ueberresten des „bürgerlichen Rechts" sprachen, die im Sozialismus unvermeidlich sind, aber dabei meinten sie die Rechtsform, die von der alten Gesellschaft übrigblieb und die unter den Bedingungen des Kommunismus verschwinden wird. Die sozialistische Verteilung nach dem Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" bedeutet die Anwendung des gleichen Rechtsmaßes bei verschiedenen Menschen. Ein solches einheitliches, für alle gleiches Maß ist die Arbeit. Im Sozialismus wird die klassenmäßige Ungleichheit ausgeschlossen. Es bleibt nur die Ungleichheit in den Anteilen, die man bei der Verteilung der Produkte erhält. Da die Menschen eine unterschiedliche Qualifikation haben, ungleich begabt und arbeitsfähig sind und da sich ihre Familie unterschiedlich zusammensetzt, haben sie naturgemäß bei gleicher Bezahlung für gleiche Arbeit faktisch ungleiche Einkünfte. Aber eine solche Ordnung ist für die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft unvermeidlich.

Man darf die Rechtsnorm nicht mit dem Wesen der durch sie ausgedrückten gesellschaftlichen Verhältnisse durcheinanderbringen. Das bürgerliche Recht erkennt die Produktionsmittel als das Privateigentum von Einzelpersonen an, während der Sozialismus sie zum gesellschaftlichen Eigentum macht und in dieser Hinsicht restlos mit dem bürgerlichen Recht bricht. Im Sozialismus stehen alle Menschen im gleichen Verhältnis zu den Produktionsmitteln und verdienen entsprechend ihren Leistungen. In der sozialistischen Gesellschaft gilt für alle arbeitsfähigen Mitglieder der Gesellschaft die Regel: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.

Im Kapitalismus erfolgt die faktische Verteilung nicht nach der Leistung, sondern vor allem nach dem Kapital, sie wird durch die Gesetze vom Wert, Profit und der Grundrente reguliert. Deshalb hat dort nicht derjenige mehr Einkünfte, der mehr arbeitet, sondern derjenige, der mehr Kapital hat.

Wie wir sehen, besteht ein grundlegender Unterschied in der Verteilung der erzeugten Werte im Kapitalismus und im Sozialismus.

Das sozialistische Prinzip der Verteilung nach Leistung geht davon aus, daß eine nivellierende Verteilung in der Periode des Sozialismus unmöglich ist. Das ist das unter den gegebenen Bedingungen einzig vernünftige und gerechte Verteilungsprinzip. Man darf nicht übersehen, daß die Gleichmacherei zu einer ungerechten Verteilung führen würde: Der schlechte wie der gute Arbeiter würde den gleichen Anteil bekommen, was nur für die Faulenzer von Vorteil wäre. Den Menschen wäre der materielle Anreiz genommen, um besser zu arbeiten, die Arbeitsproduktivität zu steigern, mehr Produkte zu schaffen. Die Gleichmacherei würde nicht den Uebergang zum Kommunismus, sondern seine Diskreditierung bedeuten.

Die Verteilung nach Leistung gewährleistet die materielle Interessiertheit der Menschen an den Ergebnissen der Produktion. Sie spornt die Steigerung der Arbeitsproduk-

tivität sowie der Qualifikation der Werktätigen, die Vervollkommnung der Produktionstechnik an. Sie spielt auch eine große erzieherische Rolle, gewöhnt die Menschen an sozialistische Disziplin, macht die Arbeit zu einer allgemeinen Pflicht. In der sozialistischen Gesellschaft wird die Arbeitsbegeisterung der Menschen immer höher; eine immer größere Bedeutung erlangen die moralischen Impulse zur Arbeit. Durch die materielle Interessiertheit, mit dem wachsenden Bewußtsein und kraft der Gewohnheit wird die Arbeit zum Lebensbedürfnis der Millionen Werktätigen der sozialistischen Gesellschaft.

Die Notwendigkeit, die Verteilung der Produkte unter den Mitgliedern der Gesellschaft zu regulieren, entfällt erst im Kommunismus, wenn die Produktivkräfte so weit entwickelt sind, daß ein Ueberfluß an allen notwendigen Konsumgütern erreicht wird, und wenn alle Menschen freiwillig und unabhängig von der Menge der erhaltenen materiellen Güter unter vollem Einsatz ihrer Fähigkeiten arbeiten werden, wenn sie sich dessen bewußt sind, daß dies für die Gesellschaft notwendig ist.

Gewiß wird es in der kommunistischen Gesellschaft eine planmäßige und organisierte Verteilung der Arbeit auf die verschiedenen Produktionszweige, wird es eine gesellschaftliche Regelung der Arbeitszeit unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Produktionsprozesse geben. Die maschinelle Produktion hat einen bestimmten Rhythmus, der ohne eine entsprechende Regelung der Arbeit der Menschen unmöglich ist.

Manche stellen sich die kommunistische Gesellschaft in vulgärer Weise als eine formlose und unorganisierte, anarchische Masse von Menschen vor. Nein, das wird eine hochorganisierte und eingespielte Gemeinschaft von Werktätigen sein. Um die Maschinen zu lenken, wird jeder zu bestimmter Zeit und in einer festgelegten Ordnung seinen Funktionen in der Arbeit und seinen gesellschaftlichen Pflichten nachkommen. Die hochmechanisierte und automatisierte Produktion der Zukunft wird von den Menschen keine vielstündige Arbeit fordern, es wird ihnen viel freie Zeit zur Beschäftigung mit Wissenschaft, Kunst, Literatur, Sport und dergleichen bleiben.

Große praktische und theoretische Bedeutung erlangt bei der Lösung von Aufgaben des kommunistischen Aufbaus die Frage nach den Wegen der Entwicklung und der Annäherung zwischen der kollektivwirtschaftlichen und der anderen Form des sozialistischen Eigentums, dem allgemeinen Volkseigentum.

Es ist völlig klar, daß die kollektivwirtschaftlich-genossenschaftliche und die staatliche Form des Eigentums in der Zukunft völlig zu dem einheitlichen kommunistischen Eigentum verschmelzen werden. Warum forcieren wir aber, könnte man fragen, heute nicht ihre Verschmelzung, sondern sind der Meinung, daß man in der gegenwärtigen Etappe neben dem staatlichen auch das kollektivwirtschaftlich-genossenschaftliche Eigentum in jeder Weise entwickeln muß?

Die Formen des Eigentums verändern sich nicht willkürlich, sondern entwickeln sich auf der Grundlage der Gesetze der Oekonomik, hängen vom Charakter und vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte ab. Die Kolchosordnung entspricht voll und ganz dem Stand und den Erfordernissen der Entwicklung der modernen Produktivkräfte im Dorfe. Sie macht es möglich, die moderne Technik in höchst produktiver Weise in der Landwirtschaft einzusetzen, was man unmöglich in zersplitterten, kleinen bäuerlichen Betrieben tun kann. Heute, da die leistungsfähige moderne Technik unmittelbar in die Kolchose gelangt, geht das Wachstum der gesellschaftlichen Produktion der Kolchose schneller vor sich.

Wenn wir noch vor gar nicht so langer Zeit ein Zurückbleiben in einer Reihe von Zweigen der Landwirtschaft zu verzeichnen hatten, so nicht deshalb, weil die kollektivwirtschaftliche Form die Entwicklung der Produktivkräfte hemmte, sondern deshalb,

weil die Möglichkeiten und Vorzüge, wie sie die Kolchosordnung bietet, schlecht genutzt wurden. Die in den letzten fünf Jahren in der Landwirtschaft erzielten Erfolge besagen am überzeugendsten, daß die kollektivwirtschaftlich-genossenschaftliche Form der Produktionsverhältnisse ihre Möglichkeiten keineswegs erschöpft hat, sie dient und kann vielmehr noch lange Zeit der Entwicklung der Produktivkräfte der Landwirtschaft dienen.

Mit der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte wird auch der Grad der Vergesellschaftung der kollektivwirtschaftlichen Produktion höher, es geht eine Annäherung des kollektivwirtschaftlich-genossenschaftlichen Eigentums an das allgemeine Volkseigentum vor sich, die Grenzen zwischen ihnen werden allmählich verwischt. Davon zeugen die folgenden charakteristischen Prozesse:

Erstens wachsen stetig die unteilbaren Fonds der Kolchosen, die die ökonomische Grundlage für die weitere Entwicklung der Kolchosproduktion und für die allmähliche Annäherung des kollektivwirtschaftlich-genossenschaftlichen Eigentums an das allgemeine Volkseigentum darstellen.

Zweitens erfaßt die gesellschaftliche Kolchosproduktion immer vollständiger einen Zweig der Landwirtschaft nach dem anderen. Mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Wirtschaft werden die Bedürfnisse der Kolchosbauern nicht nur an Getreide, sondern auch an Milch, Fleisch, Butter, Gemüse, Kartoffeln, Obst immer vollständiger befriedigt, und zwar nicht aus den individuellen, wenig produktiven Hilfswirtschaften der Kolchosbauern, sondern aus der ökonomisch vorteilhaften Produktion des gesamten Kolchos.

Drittens entwickeln sich immer breiter und wachsen zwangsläufig die Produktionsbeziehungen, die verschiedenen Formen der Zusammenarbeit zwischen den Kolchosen. Der gemeinsame Bau von Kraftwerken, Bewässerungskanälen, Betrieben zur Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produktion, zur Herstellung von Baustoffen sowie der Bau von Straßen machen eine immer systematischere Vereinigung von Anstrengungen vieler Kolchosen erforderlich.

Viertens wird im Zusammenhang mit der fortschreitenden Elektrifizierung der Landwirtschaft, mit der Mechanisierung und Automatisierung der Produktion in immer stärkerem Maße die Vereinigung, eine Art Verschmelzung der kollektivwirtschaftlichen Produktionsmittel mit den staatlichen, mit den Produktionsmitteln des ganzen Volkes vor sich gehen; die landwirtschaftliche Arbeit wird sich nach und nach in eine Abart der industriellen Arbeit verwandeln.

Die historisch unvermeidliche Verschmelzung der kollektivwirtschaftlich-genossenschaftlichen Form des Eigentums und der Form des allgemeinen Volkseigentums wird in der Zukunft nicht durch den Abbau des kollektivwirtschaftlich-genossenschaftlichen Eigentums erfolgen, sondern durch Erhöhung des Grades seiner Vergesellschaftung mit Hilfe und Unterstützung des sozialistischen Staates.

Die Verschmelzung des kollektivwirtschaftlich-genossenschaftlichen Eigentums mit dem staatlichen Eigentum zum allgemeinen Volkseigentum ist nicht bloß eine organisatorisch-wirtschaftliche Maßnahme, sondern die Lösung des tiefen Problems der Ueberwindung des wesentlichen Unterschieds zwischen Stadt und Land.

Im Verlaufe der bevorstehenden sieben Jahre beabsichtigen wir, einen entscheidenden Schritt in der weiteren Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zu tun und auf dieser Basis die kulturellen und materiellen Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung grundlegend zu verbessern. Auch in der Zukunft stellt sich die Partei das Ziel, das Kolchosdorf in schmucke Ortschaften städtischen Typs unter Ausnutzung aller Errungenschaften der modernen kommunalen, kulturellen und anderen Dienstleistungen zu verwandeln.

Neben den Problemen der wirtschaftlichen Entwicklung ergeben sich dringlich auch Fragen der politischen Organisation der Gesellschaft, der staatlichen Ordnung und Verwaltung in der Periode des umfassenden Aufbaus des Kommunismus.

Der Marxismus-Leninismus lehrt, daß der Staat im Kommunismus absterben wird, daß die Funktionen in der gesellschaftlichen Verwaltung ihren politischen Charakter einbüßen und sich in die unmittelbare Verwaltung der Angelegenheiten der Gesellschaft durch das Volk verwandeln werden. Aber man darf sich den Prozeß des Absterbens der Staatsorgane nicht vereinfacht als eine Art Blätterfall im Herbst vorstellen, wenn an dem Baum, nachdem das Laub gefallen ist, nur die kahlen Aeste bleiben.

Die Frage des Absterbens des Staates ist, wenn man sie dialektisch auffaßt, die Frage der Entwicklung der sozialistischen Staatlichkeit zur kommunistischen Selbstverwaltung der Gesellschaft. Auch im Kommunismus werden einige gesellschaftliche Funktionen, analog den derzeitigen staatlichen Funktionen, bleiben, aber der Charakter und die Methoden ihrer Ausübung werden anders sein als im gegenwärtigen Entwicklungsstadium.

Die Hauptrichtung in der Entwicklung der sozialistischen Staatlichkeit ist die größtmögliche Entfaltung der Demokratie, die Einbeziehung breitester Bevölkerungsschichten in die Verwaltung aller Angelegenheiten des Landes, die Gewinnung aller Bürger für die Teilnahme an der Leitung des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus.

Die Theoretiker der Sozialdemokratie und die Revisionisten schmähen die sozialistische Demokratie in jeder Weise und schwärzen sie an. In ihrer Vorstellung soll die „Demokratisierung" den Verzicht auf die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei im Sozialismus, die Rückkehr zu den Formen der bürgerlichen Demokratie bedeuten. Tritt das nicht ein, dann gibt es nach ihrer Meinung weder Demokratie noch Sozialismus.

Für sie bedeutet die Demokratie die Möglichkeit, mit Reden vor dem Parlament zu glänzen, politische Kombinationen zwischen den Parteien auszuspielen und den buntschillernden Deckmantel der „freien Wahlen" zu schaffen, unter dem sich die Allmacht des Kapitals und die faktische Rechtlosigkeit der Werktätigen verbergen. Für uns ist die Demokratie die wahre Macht des Volkes, die allseitige Entwicklung der Initiative und Aktivität der werktätigen Massen, ihre Selbstverwaltung.

Heute ist es schon klar, daß viele von staatlichen Organen ausgeübte Funktionen nach und nach den gesellschaftlichen Organisationen übertragen werden müssen. Nehmen wir beispielsweise einige Fragen der kulturellen Betreuung der Bevölkerung. Es ist gar nicht obligatorisch, daß sie alle in den Zuständigkeitsbereich der staatlichen Organe fallen. Damit können sich mit Erfolg gesellschaftliche Organisationen befassen.

Die Praxis zeigt ferner, daß man die Organisation des Gesundheitswesens und des Kurbetriebs ändern muß. Offensichtlich reifen die Bedingungen dafür heran, daß die Fragen des Gesundheitswesens in den Städten in die Hände der Gewerkschaften und in den Dörfern in der gegenwärtigen Etappe unmittelbar an die örtlichen Sowjets übergehen.

Bislang stand die Sportbewegung in unserem Lande unter der Führung eines staatlichen Organs, des Komitees für Körperkultur und Sport. Jetzt ist eine zweckmäßigere Form für die Organisation der Sportbewegung gefunden worden, bei der die an der Sportbewegung teilnehmenden gesellschaftlichen Organisationen die entscheidende Rolle spielen werden. Es wird ein Verband der freiwilligen Sportgesellschaften geschaffen, der nicht ein staatliches, sondern ein gesellschaftliches Organ sein wird.

Die gesellschaftlichen Organisationen sollen immer kompetenter in der Frage der Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung sowie der Regeln des sozialistischen

Gemeinschaftslebens werden. In der Sowjetunion gibt es jetzt nicht einen Fall, daß irgend jemand für politische Verbrechen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen wird. Das ist zweifellos eine große Errungenschaft. Sie zeugt von einer beispiellosen Einheit der politischen Ueberzeugungen unseres gesamten Volkes, von seiner Geschlossenheit um die Kommunistische Partei und die Sowjetmacht.

Aber es gibt bei uns immer noch, und zwar nicht wenig, Fälle von Verstößen gegen die gesellschaftliche Ordnung, und gegen diese Verstöße muß ein entschlossener Kampf geführt werden. Ist die sowjetische Oeffentlichkeit etwa nicht imstande, mit denen fertigzuwerden, die die sozialistische Rechtsordung verletzen? Gewiß ist sie das. Unsere gesellschaftlichen Organisationen haben dazu nicht weniger Möglichkeiten, Mittel und Kräfte als die Organe der Miliz, des Gerichts und der Staatsanwaltschaft!

Die Sache läuft darauf hinaus, daß die Funktionen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit neben solchen staatlichen Institutionen wie Miliz und Gerichte parallel auch von gesellschaftlichen Organisationen ausgeübt werden. Bei uns vollzieht sich dieser Prozeß gegenwärtig. Der Apparat der Miliz wurde stark reduziert, besonders stark reduziert wurde der Apparat der Organe der Staatssicherheit.

Die sozialistische Gesellschaft schafft solche freiwilligen Organe zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung wie Volksmiliz, Schiedsgerichte und ähnliche. Sie werden auf eine neue Art und Weise arbeiten, auf eine neue Art und Weise ihre gesellschaftlichen Funktionen ausüben. Die freiwilligen Abteilungen der Volksmiliz müssen die Sicherung der öffentlichen Ordnung in ihren Ortschaften übernehmen und darauf achten, daß die Rechte und Interessen aller Bürger gewahrt und geschützt werden.

Es ist an der Zeit, den Schiedsgerichten mehr Aufmerksamkeit entgegenzubringen, die sich vor allem bemühen sollen, Verstöße jeder Art zu verhüten. Sie sollen nicht nur Fragen aus der Produktion, sondern auch Fragen aus dem Leben, Fragen der Moral untersuchen, Fälle eines falschen Verhaltens von Mitgliedern eines Kollektivs, die von den Normen der öffentlichen Ordnung abgewichen sind.

Wenn die gesellschaftlichen Schiedsgerichte aktiv tätig sind und die Oeffentlichkeit selbst Menschen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung stellt, dann wird es weitaus leichter sein, gegen die Verletzer dieser Ordnung zu kämpfen. Man wird einen solchen Menschen nicht erst dann genauer betrachten, wenn er ein Vergehen oder Verbrechen bereits begangen hat, sondern wenn an ihm Abweichungen von den Normen des gesellschaftlichen Verhaltens festgestellt werden, die ihn zu antisozialen Handlungen führen können. Man wird auf ihn rechtzeitig einwirken können, um seine schlechten Neigungen zu unterbinden. Man muß Maßnahmen ergreifen, die das Auftreten irgendwelcher der Gesellschaft schadender Vergehen bei einzelnen Personen verhüten und später gänzlich ausschließen. Das Wichtigste ist Prophylaxe, die Erziehungsarbeit.

Natürlich müssen dem Gericht, den Organen der Miliz und der Staatsanwaltschaft bestimmte Pflichten belassen werden. Diese Organe werden ihre Tätigkeit fortsetzen, um auf Personen einzuwirken, die sich böswillig den Normen der sozialistischen Gesellschaft nicht fügen und sich nicht erziehen lassen.

Die Uebergabe einiger Funktionen der Staatsorgane an die gesellschaftlichen Organisationen muß ohne Hast erfolgen. Bei bestimmten Voraussetzungen muß man das entschlossener tun, unter anderen Bedingungen zunächst die ersten Probeschritte unternehmen, um die Menschen daran zu gewöhnen, daß sie selbst auf Ordnung achten.

Es ist selbstverständlich, daß der Uebergang einzelner Funktionen von den Staatsorganen an die gesellschaftlichen Organisationen keineswegs eine Schwächung der Rolle des sozialistischen Staates im Aufbau des Kommunismus bedeutet. Die Ausübung einer

Reihe derzeitiger staatlicher Funktionen durch die gesellschaftlichen Organisationen wird die politische Grundlage der sozialistischen Gesellschaft erweitern und festigen, sie wird eine weitere Entwicklung der sozialistischen Demokratie gewährleisten.

Daß die Grundlagen der Sowjetordnung unerschütterlich sind, sehen nicht nur wir Kommunisten, wir Sowjetmenschen. Das müssen selbst jene zugeben, die aus dem Ausland zu uns kommen, um zu sehen, ob die Sowjetordnung nicht etwa auseinanderfalle, und die sich mit saurer Miene heimbegeben, nachdem sie nicht das Bild gesehen haben, das ihnen zusagen würde. Sie verlegen ihre Hoffnungen auf die Schwächung des Sowjetstaates in die Zukunft, indessen hat unser Land in der Zukunft noch herrlichere Perspektiven.

Der Sowjetstaat wird in der Zukunft noch mehr Aufmerksamkeit auf die Entwicklung der Wirtschaft konzentrieren können, die die materielle Grundlage unserer Ordnung darstellt. „Unter dem bürgerlichen Regime", sagte Lenin, „haben sich mit sachlicher Arbeit die Unternehmer beschäftigt, nicht aber die Staatsorgane, während bei uns die Wirtschaftsfragen Sache der Allgemeinheit sind. Das ist für uns die interessanteste Politik." (Werke, Band 32, S. 406, 407 russisch.)

Besonders wichtig und bedeutsam sind die Aufgaben des sozialistischen Staates auf dem Gebiete der Verteidigung des Friedens, auf dem Gebiete des Schutzes vor der Gefahr eines militärischen Ueberfalls der imperialistischen Mächte. Solange die aggressiven Militärblocks der westlichen Mächte bestehen, sind wir verpflichtet, unsere ruhmreichen Streitkräfte, die auf der Wacht der großen Errungenschaften und der friedlichen Arbeit des Sowjetvolkes stehen, zu festigen und zu vervollkommnen. Man muß die Organe der Staatssicherheit stärken, deren Spitze vor allem gegen die Agenten gerichtet ist, die von den imperialistischen Staaten entsandt werden, sowie alle anderen Organe, die dazu berufen sind, die provokatorischen Handlungen und Umtriebe unserer Gegner aus dem Lager des Imperialismus zu unterbinden. Unsere Feinde wenden riesige Mittel für die Wühltätigkeit gegen die sozialistischen Länder auf. Wie können wir da Organe auflösen, die dazu berufen sind, die Sicherheit des sozialistischen Staates zu schützen! Das wäre dumm und verbrecherisch.

Die jugoslawischen Revisionisten kritisieren uns, weil unsere Partei der Festigung des Sowjetstaates viel Aufmerksamkeit entgegenbringt, und das entspräche, so sagen sie, nicht der marxistisch-leninistischen Lehre vom Absterben des Staates.

Wie ich bereits gesagt habe, gibt es bei uns in den Gefängnissen keine politischen Häftlinge. Es wäre gut, wenn die jugoslawischen Führer, die sich so gerne über das Absterben der Organe des Zwanges auslassen, alle Kommunisten freilassen würden, die bei ihnen in den Gefängnissen schmachten, weil sie mit dem neuen Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens nicht einverstanden sind, weil sie einen anderen Standpunkt über den Aufbau des Sozialismus und die Rolle der Partei haben.

Der Leninismus lehrt, daß das Absterben des Staates beim vollen Sieg des Kommunismus erfolgen wird. Den sozialistischen Staat unter den gegenwärtigen Bedingungen schwächen heißt den Feinden helfen. Wenn uns schon die Imperialisten jetzt nicht schlagen können, dann muten uns die Revisionisten im Grunde zu, uns selbst zu entwaffnen, die Staatsorgane, die die Verteidigung des Landes gewährleisten, aufzulösen und uns so dem Feind auf Gnade und Ungnade auszuliefern. Die jetzt vom Staat ausgeübten Funktionen der Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes können erst dann absterben, wenn die Gefahr eines Ueberfalls der Imperialisten auf unser Land oder auf die mit uns verbündeten Länder restlos beseitigt sein wird.

Jetzt, da der Aufbau des Sozialismus aus dem Rahmen eines Landes getreten ist, da sich das sozialistische Weltsystem herausgebildet hat, entstanden auch neue theoretische Fragen des Kampfes für den Sieg des Sozialismus und des Kommunismus.

Vor gar nicht so langer Zeit wurde in der kommunistischen Bewegung die Frage der Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem einzelnen Lande, die Frage seines vollen und endgültigen Sieges gestellt und erörtert.

Als das Sowjetland gerade erst den sozialistischen Aufbau in Angriff nahm und sein weiterer Weg für viele im Dunkel der Zukunft lag, eröffnete ihm W. I. Lenin klare und weite Horizonte. Er sagte, daß wir „... alles für die Errichtung der vollendeten sozialistischen Gesellschaft Notwendige“ besitzen (Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Band II, S. 989). Das Sowjetvolk, das sich unentwegt von den Leninschen Weisungen leiten ließ, baute, von der Kommunistischen Partei mitgerissen, unter ständiger Gefahr eines militärischen Ueberfalls von seiten der kapitalistischen Staaten, beharrlich die sozialistische Gesellschaft auf, schritt auf unerforschten Wegen voran und erkämpfte den vollen Sieg des Sozialismus in unserem Lande.

Aber dieser Sieg war noch nicht endgültig. Unter dem endgültigen Sieg des Sozialismus verstehen die Marxisten seinen Sieg im internationalen Maßstab. Unser Land, das den Sozialismus aufgebaut hat, war lange Zeit das einzige sozialistische Land der Welt und befand sich in der feindlichen kapitalistischen Einkreisung. Es konnte sich vor der militärischen Intervention und vor der Gefahr einer gewaltsamen Wiederherstellung des Kapitalismus durch die Kräfte der internationalen Reaktion nicht für völlig gesichert halten. Die kapitalistischen Staaten, die damals das Land des Sozialismus einkreisten, waren diesem sowohl ökonomisch als auch militärisch weit überlegen.

Jetzt hat sich die Lage in der Welt von Grund auf gewandelt. Es gibt keine kapitalistische Einkreisung unseres Landes mehr. Es gibt zwei gesellschaftliche Weltsysteme: den Kapitalismus, der seinem Ende entgegengeht, und den von wachsenden Lebenskräften erfüllten Sozialismus, der die Sympathien der Werktätigen aller Länder auf seiner Seite hat.

Die Sowjetmacht ist ebensowenig wie jedes andere sozialistische Land vor einer möglichen Aggression von seiten der imperialistischen Staaten sicher. Aber das Verhältnis der realen Kräfte in der Welt ist jetzt derart, daß wir jeden Ueberfall jedes Feindes abzuwehren imstande sind.

Es gibt heute in der Welt keine Kräfte, die den Kapitalismus in unserem Lande wiederherstellen, die das sozialistische Lager zerschlagen könnten. Die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion ist ausgeschlossen. Das heißt, daß der Sozialismus nicht nur vollständig, sondern auch endgültig gesiegt hat.

Demnach kann man die Frage des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande sowie seines vollständigen und endgültigen Sieges durch den welthistorischen Ablauf der gesellschaftlichen Entwicklung für gelöst halten.

Der Sieg des Sozialismus in der UdSSR und die Schaffung des sozialistischen Weltsystems stärken unermeßlich die Kräfte der internationalen Arbeiterbewegung und eröffnen ihr neue Perspektiven. Wirklichkeit wird die geniale wissenschaftliche Voraussage Wladimir Iljitsch Lenins, die er in seiner letzten Schrift machte:

„Der Ausgang des Kampfes hängt in letzter Instanz davon ab, daß Rußland, Indien, China usw. die gigantische Mehrheit der Bevölkerung der Erde stellen. Gerade diese Mehrheit der Bevölkerung wird denn auch in den letzten Jahren mit ungewöhnlicher Schnelligkeit in den Kampf um ihre Befreiung hineingerissen, so daß es in diesem Sinne nicht die Spur eines Zweifels darüber geben kann, wie die endgültige Entscheidung des Weltkampfes ausfallen wird. In diesem Sinne ist der endgültige Sieg des Sozialismus vollständig und unbedingt gesichert.“

Wie wird die Entwicklung der sozialistischen Länder zum Kommunismus weiter verlaufen? Kann man sich eine solche Lage vorstellen, daß eines der Länder des So-

zialismus zum Kommunismus gelangt, die kommunistischen Prinzipien der Produktion und der Verteilung verwirklicht, während andere Länder noch irgendwo weit zurück in den Anfangsstadien des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft verbleiben?

Eine solche Perspektive ist, wenn man die Gesetze der ökonomischen Entwicklung des sozialistischen Wirtschaftssystems berücksichtigt, wenig wahrscheinlich. Theoretisch richtiger ist die Annahme, daß die Länder des Sozialismus, unter erfolgreicher Ausnutzung der der sozialistischen Ordnung innewohnenden Möglichkeiten, mehr oder minder gleichzeitig in die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft übergehen werden. Wir gehen davon aus, daß im sozialistischen Wirtschaftssystem neue Gesetze der ökonomischen Entwicklung wirken, wie sie die menschliche Gesellschaft in der Vergangenheit nicht gekannt hat.

Im Imperialismus wirkt beispielsweise das Gesetz der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung der verschiedenen Länder. Die Entwicklung geht dort so vor sich, daß die einen Länder auf Kosten der anderen vorauseilen und diese unterdrücken und ausbeuten. Die vorausgeeilten Länder hüten ihre privilegierte Stellung, um die zurückgebliebenen Länder in Abhängigkeit und Knechtschaft zu halten.

Im sozialistischen Wirtschaftssystem wirkt das Gesetz der planmäßigen, proportionalen Entwicklung, wodurch die in der Vergangenheit wirtschaftlich zurückgebliebenen Länder, auf die Erfahrungen der anderen sozialistischen Länder, auf die Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe gestützt, rasch die Zeit aufholen und ihre Wirtschaft und Kultur voranbringen. Auf diese Weise gleicht sich das allgemeine Niveau der ökonomischen und kulturellen Entwicklung aller sozialistischen Länder aus.

Zweifellos werden sich alle sozialistischen Länder im Verlauf des weiteren Wachstums und der weiteren Festigung des sozialistischen Weltsystems immer erfolgreicher entwickeln. In diesen Ländern werden in höherem Tempo die Voraussetzungen für den Uebergang von der ersten Phase des Kommunismus zu seiner zweiten Phase geschaffen werden.

Man sollte daran erinnern, wie glänzend sich in der Praxis der Leninsche Leitsatz bestätigt hat, daß einige in der Vergangenheit zurückgebliebene Länder mit Unterstützung der führenden sozialistischen Länder zur sozialistischen Ordnung und über bestimmte Entwicklungsstufen zum Kommunismus übergehen können, wobei sie das kapitalistische Entwicklungsstadium vermeiden. Jetzt sehen alle, welche riesigen Erfolge auf dem Wege der sozialistischen Entwicklung die Völker Kasachstans und Mittelasiens erzielt haben, die sich entweder im vorkapitalistischen Stadium befanden oder gerade erst zum Kapitalismus übergingen, als sich in unserem Lande die sozialistische Revolution vollzog.

Diese Völker brauchten nicht das ganze qualvolle Stadium der kapitalistischen Entwicklung durchzumachen, es gelang ihnen, dieses Stadium zu vermeiden und mit Unterstützung und Hilfe der stärker entwickelten sozialistischen Nationen, insbesondere der russischen sozialistischen Nation, zum Sozialismus überzugehen. Gesondert wäre etwas über die Mongolische Volksrepublik zu sagen, die unter Vermeidung des kapitalistischen Stadiums schon seit langem den sozialistischen Weg beschritten und große Ergebnisse beim wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau erzielt hat.

Wenn wir die Perspektiven der Bewegung der Menschheit zum Kommunismus betrachten, müssen wir die große Vielfalt der historischen Bedingungen in den verschiedenen Ländern berücksichtigen. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Verschiedenheit der Methoden und Formen für die Verwirklichung der allgemein gültigen Gesetzmäßigkeiten des Vormarsches der Gesellschaft zum Kommunismus. Bei alldem muß betont werden, daß das Wichtigste, Bestimmende in der Entwicklung aller Länder auf dem Wege zum Kommunismus die für sie alle allgemein gültigen Gesetzmäßigkeiten und nicht

ihre besonderen Erscheinungsformen sind. Der Marxismus-Leninismus erfordert die Fähigkeit, die Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus auf die konkreten Bedingungen eines jeden einzelnen Landes in den verschiedenen Etappen seiner Entwicklung anzuwenden.

Die jugoslawischen Führer reden jetzt viel darüber, daß sich die kommunistischen Parteien angeblich deshalb gegen sie wenden, weil sie beim Aufbau des Sozialismus von den Besonderheiten ihres Landes ausgehen und nicht dem Beispiel und den Erfahrungen der sozialistischen Länder folgen. Das ist natürlich eine Entstellung der Wahrheit. Die marxistisch-leninistischen Parteien erkennen die Besonderheiten in der Entwicklung eines jeden Landes an.

Das bedeutet jedoch nicht, daß man zum Sozialismus auf irgendeinem anderen Wege gelangen kann, der abseits von dem durch den Marxismus-Leninismus gewiesenen gemeinsamen Weg liegt. Die Besonderheiten des Weges — das bedeutet die Eigenarten der Situation und der Zeit berücksichtigen, unter denen sich das eine oder das andere Land entwickelt. So können beispielsweise einige Maßnahmen beim Aufbau des Sozialismus, die seinerzeit in der Sowjetunion angewandt wurden, nicht mechanisch in anderen Ländern angewandt werden. Alle sozialistischen Länder bauen den Sozialismus auf, aber das geschieht nicht nach einer Schablone.

Viele eigenständige Formen wendet die Kommunistische Partei Chinas beim Aufbau des Sozialismus an. Aber zwischen uns und ihr gibt es keinerlei Meinungsverschiedenheiten und kann es solche auch gar nicht geben.

Die jugoslawischen Revisionisten konzentrieren jetzt das Hauptfeuer auf die Volksrepublik China und setzen allerhand Hirngespinste über die angeblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Kommunistischen Partei Chinas in die Welt. Wie es in einem russischen Sprichwort heißt, hat die „hungrige Base nichts als Brot im Sinn". Die Revisionisten suchen nach Meinungsverschiedenheiten zwischen unseren kommunistischen Parteien, aber ihre illusorischen Hoffnungen sind zum Scheitern verurteilt. Wir sind in allem mit der brüderlichen Kommunistischen Partei Chinas voll einverstanden, obwohl ihre Methoden beim Aufbau des Sozialismus sich in vielem von den unsrigen unterscheiden. Wir wissen, daß China seine Besonderheiten in der historischen Entwicklung, in der Bevölkerungszahl, in dem Produktionsniveau und in der nationalen Kultur hat. Deshalb wäre es ein Fehler, diese Besonderheiten zu ignorieren und das zu kopieren, was für das eine Land gut und für das andere Land nicht geeignet ist.

Warum haben wir keine Meinungsverschiedenheiten mit der Kommunistischen Partei Chinas? Weil beide Parteien in gleicher Weise klassenmäßig an die Probleme herangehen und die gleiche klassenmäßige Auffassung haben. Die Kommunistische Partei Chinas steht fest auf klassenmäßigen, auf marxistisch-leninistischen Positionen. Sie führt den Kampf gegen die Imperialisten, gegen die Ausbeuter, den Kampf für die Neugestaltung des Lebens auf sozialistischer Grundlage, sie wahrt das Prinzip der internationalen proletarischen Solidarität und läßt sich von der marxistisch-leninistischen Theorie leiten.

Das wichtigste ist die Erhaltung und Festigung der Klassensolidarität im Kampf gegen den Kapitalismus, für die Befreiung der Arbeiterklasse, für den Aufbau des Sozialismus. Darin gibt es bei den Kommunisten keine Meinungsverschiedenheiten und keine unterschiedlichen Auffassungen und kann es sie nicht geben. Das ist das Wichtigste, das uns von den Revisionisten unterscheidet.

Die Fragen der Methoden und der Praxis des sozialistischen Aufbaus sind innere Fragen eines jeden einzelnen Landes. Wir streiten uns mit den jugoslawischen Führern doch nicht über die Schaffung der Arbeiterräte und über andere Fragen ihres inneren

Lebens. Als die Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder unterzeichnet wurde, gab es über solche Fragen keinerlei Erörterungen und Differenzen.

Man kann den jugoslawischen Revisionisten sagen: Sucht nicht nach Spalten, wo es sie nicht gibt. Ihr wollt euch offenbar selbst Mut machen und das jugoslawische Volk durch Erfindungen darüber irreführen, daß es nicht nur zwischen uns und euch, sondern auch angeblich zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China Meinungsverschiedenheiten gibt. Daraus wird nichts. Das bekommt ihr ebensowenig zu sehen wie eure eigenen Ohren. Die Kommunistische Partei der Sowjetunion und die Kommunistische Partei Chinas tun alles, um die Freundschaft zwischen den beiden großen sozialistischen Ländern zu festigen.

Die marxistisch-leninistischen Ideen sind für die internationale Arbeiterbewegung, für den Sieg des Kommunismus von ebensolcher lebenspendender Kraft wie die Sonnenstrahlen, wie Licht und Wärme für die Pflanzen, für das Leben auf Erden. So wie das Leben selbst in seiner fortschreitenden Bewegung, in seinen vielfältigsten Erscheinungsformen grenzenlos ist, so grenzenlos ist auch die marxistisch-leninistische Theorie in ihrer Entwicklung und Bereicherung durch neue Erfahrungen und neue Leitsätze.

Quelle: *Neues Deutschland,* Beilagen zu Nr. 29, 29. Januar, und 30, 30. Januar 1959.

Entschließung des 21. Parteikongresses der KPdSU vom 5. Februar 1959 zum Referat N. S. Chruschtschows „Ueber die Kontrollziffern für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1959 bis 1965“

Der XXI. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ist zu einem außerordentlich bedeutsamen historischen Zeitpunkt zusammengetreten, an dem das Sowjetland nach tiefgreifenden Umgestaltungen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens und auf der Grundlage des Sieges des Sozialismus in eine neue Periode seiner Entwicklung, in die Periode des umfassenden Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft, eingetreten ist. Das große Ziel des Aufbaus des Kommunismus, für das viele Generationen kämpften, wird jetzt vom Sowjetvolk unter der Führung der Kommunistischen Partei verwirklicht.

Das geplante Programm für den Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion, das Programm für den neuen mächtigen Aufschwung der Wirtschaft, des kulturellen Niveaus und des Wohlstandes des Volkes findet in seiner Großartigkeit nicht seinesgleichen in der Geschichte. Der Siebenjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR ist die konkrete Verkörperung der Leninschen Generallinie der Partei in der gegenwärtigen Etappe.

Der Parteitag äußert seine tiefe Befriedigung über den Verlauf und die Ergebnisse der dem Parteitag vorangegangenen Erörterung der Thesen zum Referat des Genossen Chruschtschow über die Kontrollziffern für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1959 bis 1965. Diese Diskussion wurde zu einer machtvollen Demonstration der schöpferischen Initiative und Aktivität des Sowjetvolkes und seiner Geschlossenheit um seinen bewährten Führer, die Kommunistische Partei. Das ganze Sowjetvolk hat einmütig die Kontrollziffern für die Entwicklung der Volkswirtschaft gebilligt, den Siebenjahrplan zu seiner ureigensten Sache gemacht und seine volle Bereitschaft erklärt, die Aufgaben des Planes zu erfüllen und überzuerfüllen.

Der XXI. Parteitag der KPdSU beschließt:

Die Thesen und das Referat des Genossen Chruschtschow über die Kontrollziffern für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1959 bis 1965 zu billigen, die Kontrollziffern für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1959 bis 1965 mit den auf Grund der Diskussion auf dem Parteitag und der dem Parteitag vorangegangenen Erörterung der Thesen hinzugefügten Veränderungen und Ergänzungen zu bestätigen und dem Zentralkomitee der KPdSU und dem Ministerrat der UdSSR vorzuschlagen, an den Jahresplänen zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR, die auf der Grundlage der vom Parteitag bestätigten Kontrollziffern abgefaßt werden, die notwendigen Veränderungen vorzunehmen, die sich aus der Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR ergeben.

I. DIE ERFOLGE DER POLITIK DER KPDSU SEIT DEM XX. PARTEITAG

Die seit dem XX. Parteitag vergangene Periode war eine der wichtigsten in der Geschichte der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates. In Verwirklichung der Beschlüsse des Parteitags und der folgenden Plenartagungen des Zentralkomitees der KPdSU hat das Sowjetvolk hervorragende Erfolge auf seinem Vormarsch zum Kommunismus erzielt. Diese Periode hat die gewaltige Bedeutung der Beschlüsse des XX. Parteitags sowohl für den kommunistischen Aufbau in der UdSSR als auch für die gesamte internationale kommunistische und Arbeiterbewegung und für die Festigung des Weltfriedens gezeigt.

Der XXI. Parteitag der KPdSU billigt voll und ganz die Tätigkeit des Zentralkomitees und die von ihm getroffenen umfassenden Maßnahmen auf dem Gebiet der Innen- und Außenpolitik. Die überaus wichtigen Beschlüsse der Partei

über die Umgestaltung der Leitung von Industrie und Bauwesen,

über die beschleunigte Entwicklung der chemischen Industrie,

über die Reorganisation der Maschinen- und Traktorenstationen und die weitere Entwicklung der Kolchosordnung,

über die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion,

über die Festigung der Verbindung der Schule mit dem Leben und die weitere Entwicklung des Volksbildungswesens

haben gewaltige Bedeutung für den Aufschwung der Wirtschaft, die Entwicklung der Kultur, die Hebung des Wohlstandes der Werktätigen und für den Aufbau des Kommunismus.

Durch den Leninschen Kurs des Zentralkomitees und der Sowjetregierung sowie durch die selbstlose Arbeit des Sowjetvolkes ist die Macht des Sowjetstaates noch mehr gewachsen und seine internationale Autorität gestiegen.

Die gesamte Tätigkeit des Zentralkomitees der Partei beruhte auf der schöpferischen Anwendung der marxistisch-leninistischen Theorie bei der Lösung der Aufgaben des kommunistischen Aufbaus, auf dem eingehenden Studium der Erfahrungen der Massen und der ständigen Verbindung mit dem Leben des Volkes, auf der Fähigkeit, die entscheidenden Glieder in der Kette der historischen Entwicklung zu finden, die Perspektiven herauszuarbeiten, die Massen zu mobilisieren und alles Ueberlebte, was die Vorwärtsbewegung hemmt, kühn und entschieden beiseite zu räumen.

Der Parteitag billigt die von der gesamten Partei und vom Volke einmütig unterstützten Beschlüsse des Juniplenums (1957) des ZK, das die parteifeindliche Gruppe Malenkow, Kaganowitsch, Molotow, Bulganin und Schepilow entlarvte und ideologisch zerschlug. Mit den niedrigsten Methoden des fraktionellen Kampfes versuchte diese

Gruppe, die Einheit der Partei zu zerstören und die Partei und das Land vom Leninschen Wege abzubringen. Sie wandte sich gegen all die außerordentlich wichtigen Maßnahmen, die in Verwirklichung der Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU getroffen wurden, gegen Maßnahmen, die es ermöglichten, große Erfolge in der Industrie, der Landwirtschaft, bei der Hebung des Wohlstandes des Volkes sowie auf dem Gebiet der Außenpolitik — bei der Minderung der internationalen Spannung und bei der Festigung des Friedens — zu erzielen. Das Zentralkomitee hat richtig gehandelt, als es die verachtungswürdige Gruppe der Fraktionsmacher und Spalter entschieden verurteilte und hinwegschleuderte. Nachdem die parteifeindliche Gruppe entlarvt und ideologisch zerschlagen war, schloß sich die Partei noch enger um das Zentralkomitee unter dem Banner des Marxismus-Leninismus zusammen.

Die Kommunistische Partei siegte und siegt stets dank ihrer Treue zum Marxismus-Leninismus, dank der Einheit und Geschlossenheit ihrer Reihen und dank ihrer unlösbaren Verbundenheit mit dem Volke. In der Leninschen Partei sieht das Sowjetvolk seinen erprobten Führer und Lehrer, in ihrer klugen Führung — das Unterpfand neuer Erfolge des Kommunismus.

Der XXI. Parteitag der Kommunistischen Partei zieht mit großer Befriedigung und revolutionärem Stolz das Fazit der großen Siege des Sowjetvolkes. Das Hauptergebnis des heldenhaften Kampfes und der Arbeit des Sowjetvolkes ist die von ihm geschaffene neue Gesellschaft — der Sozialismus und die ihm entsprechende politische Ordnung — der sozialistische Sowjetstaat.

Unser Land wurde zu einer mächtigen sozialistischen Macht mit hochentwickelter Wirtschaft und führender Wissenschaft und Kultur. Gegenwärtig nimmt die UdSSR nach dem Umfang der Industrieproduktion den ersten Platz in Europa und den zweiten Platz in der Welt ein. Die Bruttoproduktion der Industrie hat im Jahre 1958 im Vergleich zu 1913 das 36fache erreicht, wobei die Produktion von Produktionsmitteln — die Grundlage der ganzen Volkswirtschaft — auf das 83fache gestiegen ist, die Produktion des Maschinenbaus und der Metallbearbeitung auf das 240fache. Im Jahre 1958 wurden in unserem Lande etwa 55 Millionen Tonnen Stahl geschmolzen, 113 Millionen Tonnen Erdöl und 496 Millionen Tonnen Kohle gewonnen, es wurden 233 Milliarden Kilowattstunden Elektroenergie erzeugt.

Bedeutende Erfolge sind beim Aufschwung der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie zu verzeichnen. Die Produktion von Gebrauchsgütern erreichte im Jahre 1958 im Vergleich zu 1913 fast das 14fache, wobei der Ausstoß an Kultur- und Haushaltwaren mehr als das 45fache betrug. Gegenwärtig wird an Gebrauchsgütern mehr als das 2,7fache im Vergleich zu 1940 hergestellt.

Der gewaltige Aufschwung der Industrieproduktion und das noch nie dagewesene rasche Tempo ihrer Entwicklung wurden erzielt dank der Vorzüge des sozialistischen Wirtschaftssystems, durch die Anwendung der neuesten Errungenschaften von Wissenschaft und Technik und dank des sozialistischen Wettbewerbs des ganzen Volkes. Auf dieser Grundlage nimmt in allen Volkswirtschaftszweigen die Arbeitsproduktivität ununterbrochen zu. Die Arbeitsproduktivität in der Industrie war im Jahre 1958 bei Verkürzung des Arbeitstages 10mal so hoch wie 1913 und 2,6mal so hoch wie im Jahre 1940.

Mit dem stürmischen Anwachsen der sozialistischen Industrie entwickelt sich auch die Landwirtschaft erfolgreich. Die Partei hat die in der Vergangenheit gemachten Fehler und die Mängel in der Leitung der Landwirtschaft scharf kritisiert, sie hat alles beseitigt, was die Entwicklung der Produktion in den Kolchosen und Sowchosen behinderte, und ein Programm für den gewaltigen Aufschwung der Landwirtschaft festgelegt. Die von der Partei und dem Sowjetvolk ausgearbeiteten und verwirklichten

Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der Landwirtschaft haben unserem Heimatland herrliche Früchte gebracht. Im Jahre 1958 wurden 3,5 Milliarden Pud Getreide erfaßt, das heißt 1,6 Milliarden Pud mehr als im Jahre 1953. Durch die Erschließung von mehreren Dutzend Millionen Hektar Neuland hat das Land zusätzlich Milliarden Pud Getreide erhalten.

In den letzten fünf Jahren ist die Getreideerzeugung im Jahresdurchschnitt gegenüber dem vorangegangenen Planjahrfünft um 39 Prozent gestiegen. Es wurden auch große Erfolge bei der Erzeugung anderer landwirtschaftlicher Kulturen, insbesondere Zuckerrüben und Baumwolle, sowie in der Entwicklung der gesellschaftlich betriebenen Viehwirtschaft erzielt.

Das Sowjetland verfügt über eine mächtige, allseitig entwickelte Industrie und eine hochmechanisierte Landwirtschaft. Auf Grund des allgemeinen Aufschwungs der sozialistischen Wirtschaft mehrt sich ständig der gesellschaftliche Reichtum des Landes, werden der Wohlstand und die Kultur des Volkes gehoben. In den Jahren der Sowjetmacht erhöhte sich das Nationaleinkommen pro Kopf der Bevölkerung auf das 15fache. Die Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten waren 1958 fast zweimal so hoch wie 1940, und die Realeinkünfte der Bauern stiegen während dieser Zeit pro Arbeitskraft auf mehr als das Doppelte.

In Verwirklichung der Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU wurden solche umfassenden Maßnahmen durchgeführt wie die Erhöhung der Löhne für niedrig bezahlte Kategorien von Arbeitern und Angestellten, die Verkürzung der Arbeitszeit an Sonnabenden und Tagen vor Feiertagen, der Uebergang zur verkürzten Arbeitszeit der Arbeiter und Angestellten in einigen Zweigen der Schwerindustrie, die Einführung des Sechs- und Vierstundentages für Jugendliche und die Verbesserung der Leistungen der Sozialversicherung für die Werktätigen. Ferner wurde der Schwangerschaftsurlaub verlängert, die Renten für Arbeiter und Angestellte wurden wesentlich erhöht. Der Sowjetstaat stellt immer mehr Mittel bereit, um die materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen zu befriedigen.

Die Kommunistische Partei hat Millionen neuer Menschen, bewußter Erbauer des Kommunismus, erzogen. Das ist die hervorragendste Errungenschaft der sozialistischen Ordnung.

Im Sowjetland wurde ein wahres Aufblühen der Kultur aller Nationen und Völkerschaften erreicht, es wurden unbegrenzte Möglichkeiten für eine allseitige und freie Entwicklung der Wissenschaft, der Technik, der Literatur und der Kunst geschaffen. Ein markanter Ausdruck des hohen industriell-technischen Niveaus unseres Landes und des schöpferischen Genius des Sowjetvolkes ist der Start der ersten künstlichen Erdsatelliten in der Geschichte der Welt und des ersten künstlichen Planeten, der seine Bahn um die Sonne zieht. Das Sowjetland hat mit seinen großartigen Siegen auf wissenschaftlich-technischem Gebiet eine neue Epoche in der Erkenntnis der Welt eingeleitet. Die große Bedeutung dieser Siege liegt darin, daß sie die mächtigen schöpferischen Kräfte des Sozialismus demonstriert haben, die im Interesse der Menschheit, ihres Fortschritts und ihres Gedeihens wirken. Alle Sowjetmenschen sind von patriotischem Stolz auf ihre Heimat erfüllt, die an der Spitze des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der Welt steht und kühn den Weg in die Zukunft bahnt.

Die historischen Siege des Sowjetvolkes auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Kultur und die von der Partei und der Regierung während der letzten Jahre verwirklichten Maßnahmen führten zu einer weiteren Festigung der Sowjetordnung und ihrer unerschütterlichen Grundlage, des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft. Noch enger wurde die Freundschaft aller Brudervölker des Sowjetlandes, ihre politische Einheit festigte sich. Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist für

die ganze Welt ein Beispiel für einen kommunistischen Freundschaftsbund freier und gleichberechtigter Völker.

In der Sowjetunion, die der Menschheit den Weg zum Sozialismus gebahnt hat, ist jetzt ein solcher Stand der Produktivkräfte, der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der kulturellen Entwicklung erreicht worden, der es gestattet, in den bevorstehenden sieben Jahren auf breiter Front den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft zu entfalten.

II. DIE HAUPTAUFGABEN DER SOWJETUNION IN DEN BEVORSTEHENDEN SIEBEN JAHREN

Als Hauptaufgaben der Partei in den bevorstehenden sieben Jahren betrachtet der XXI. Parteitag der KPdSU

auf wirtschaftlichem Gebiet: die Produktivkräfte des Landes allseitig zu entwickeln, ein solches Anwachsen der Produktion in allen Wirtschaftszweigen auf der Grundlage der vorrangigen Entwicklung der Schwerindustrie zu erreichen, das es ermöglicht, einen entscheidenden Schritt bei der Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus und zum Sieg der UdSSR im friedlichen wirtschaftlichen Wettstreit mit den kapitalistischen Ländern zu machen. Die Stärkung des Wirtschaftspotentials des Landes, der weitere technische Fortschritt in allen Zweigen der Volkswirtschaft und die ununterbrochene Steigerung der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit sollen dazu führen, daß das Lebensniveau des Volkes wesentlich gehoben wird;

auf politischem Gebiet: die sozialistische Sowjetordnung, die Einheit und Geschlossenheit des Sowjetvolkes weiter zu stärken, die sowjetische Demokratie sowie die Aktivität und Initiative der breiten Volksmassen beim Aufbau der kommunistischen Gesellschaft zu entwickeln, die Funktionen der gesellschaftlichen Organisationen bei der Lösung staatlicher Fragen zu erweitern, die organisatorische und erzieherische Rolle der Partei und des sozialistischen Staates zu heben und das Bündnis der Arbeiter und Bauern sowie die Freundschaft der Völker der UdSSR mit allen Mitteln zu festigen;

auf ideologischem Gebiet: die ideologische und Erziehungsarbeit der Partei zu verstärken, das kommunistische Bewußtsein der Werktätigen und vor allem der heranwachsenden Generation zu heben und sie im Geiste der kommunistischen Einstellung zur Arbeit, des sowjetischen Patriotismus und des Internationalismus zu erziehen, die Ueberbleibsel des Kapitalismus im Bewußtsein der Menschen zu überwinden und gegen die bürgerliche Ideologie zu kämpfen;

in den internationalen Beziehungen: konsequent eine Außenpolitik zu betreiben, die auf die Erhaltung und Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker auf der Grundlage des Leninschen Prinzips der friedlichen Koexistenz von Ländern mit unterschiedlichen sozialen Systemen gerichtet ist, Kurs zu nehmen auf die Beendigung des kalten Krieges und die Minderung der internationalen Spannung, die allseitige Stärkung des sozialistischen Weltsystems und des Freundschaftsbundes der Brudervölker.

Das Grundproblem der bevorstehenden sieben Jahre ist das Problem des maximalen Zeitgewinns im friedlichen ökonomischen Wettbewerb des Sozialismus mit dem Kapitalismus. Es gilt, ein schnelles Tempo und die notwendigen Proportionen in der Entwicklung der Volkswirtschaft zu gewährleisten.

Angesichts der erstrangigen Bedeutung der Entwicklung der Industrie und besonders der Schwerindustrie hält es der XXI. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion für erforderlich, im Siebenjahrplan die Erhöhung der Bruttoproduktion der Industrie etwa um 80 Prozent vorzusehen, darunter in der Abteilung A (Erzeugung von Produktionsmitteln) um 85 bis 88 Prozent und in der Abteilung B (Erzeugung von

Konsumgütern) um 62 bis 65 Prozent. Der durchschnittliche Jahreszuwachs der Bruttoproduktion wird in den Jahren 1959 bis 1965 in der gesamten Industrie etwa 8,6 Prozent betragen, in der Abteilung A 9,3 Prozent und in der Abteilung B etwa 7,3 Prozent.

Der Parteitag hält es für erforderlich, im Siebenjahrplan vorzusehen:

Eine bedeutende Erhöhung der Produktion von Eisen- und Nichteisenmetallen für eine noch bessere Befriedigung des Bedarfs der Volkswirtschaft. Bis zum Jahre 1965 den Ausstoß von Roheisen auf 65 bis 70 Millionen Tonnen, von Stahl auf 86 bis 91 Millionen Tonnen und von Walzgut auf 65 bis 70 Millionen Tonnen sowie die Gewinnung von marktfähigem Eisenerz auf 150 bis 160 Millionen Tonnen zu erhöhen; die Produktion von Aluminium auf das 2,8- bis 3fache, von Raffinatkupfer auf das 1,9fache und den Ausstoß anderer Nichteisenmetalle und insbesondere seltener Metalle bedeutend zu steigern.

Eine beschleunigte Entwicklung der chemischen Industrie, und insbesondere der Produktion von Kunst- und synthetischen Fasern, Kunstdünger, Plasten und anderen synthetischen Materialien. Bis zum Ende des Siebenjahrplanes die Produktion von Kunstfasern auf das 4fache, von Plasten und Kunstharzen auf mehr als das 7fache, von Mineraldünger auf annähernd das 3fache zu erhöhen.

Eine Veränderung der Struktur der Brennstoffbilanz durch vorwiegende Entwicklung der Gewinnung und Produktion von wirtschaftlicheren Brennstoffarten — Erdöl und Gas; bis zum Jahre 1965 eine Erdölgewinnung in Höhe von 230 bis 240 Millionen Tonnen, eine Gasgewinnung und -produktion von 150 Milliarden Kubikmeter sowie eine Kohleförderung von 600 bis 612 Millionen Tonnen zu gewährleisten.

Die rasche Entwicklung der Elektrifizierung aller Zweige der Volkswirtschaft hauptsächlich durch den Bau großer Wärmekraftwerke; die Stromerzeugung bis zum Jahre 1965 auf 500 bis 520 Milliarden Kilowattstunden zu bringen.

Ein rasches Entwicklungstempo des Maschinen- und Gerätebaus zur Ausstattung der Betriebe mit neuen hochproduktiven Ausrüstungen, mechanischen Vorrichtungen und Geräten sowie zur Vollmechanisierung und Automatisierung der Produktion, die Produktion des Maschinenbaus und der Metallbearbeitung in den nächsten sieben Jahren zu verdoppeln.

Der Parteitag hält es für notwendig, auf der Grundlage eines hohen Entwicklungsstandes der Schwerindustrie und des weiteren Aufschwungs der Landwirtschaft ein beträchtliches Anwachsen der Massenbedarfsgüterproduktion vorzusehen, um die Bedürfnisse der Bevölkerung an Geweben, Bekleidung, Schuhwerk und anderen Waren im Laufe der sieben Jahre ausreichend zu befriedigen.

Zur Verwirklichung dieser Aufgabe sind bis zum Jahre 1965 gegenüber 1958 wie folgt zu steigern:

Die Bruttoproduktion der Leichtindustrie auf etwa das 1,5fache, darunter die Herstellung von Baumwollstoffen um 33 bis 38 Prozent, von Wollstoffen um 65 Prozent, von Seidenstoffen um 76 Prozent und von Lederschuhen um 45 Prozent;

die Bruttoproduktion der Nahrungsmittelindustrie auf etwa das 1,7fache, darunter die Erzeugung von Fleisch auf das 2,1fache, von tierischen Fetten um 58 Prozent, von Milchprodukten auf das 2,2fache, von Zucker um 76 bis 90 Prozent und von Fischen um 60 Prozent.

Besondere Aufmerksamkeit ist auf die Erweiterung des Sortiments und auf die Verbesserung der Qualität der Industriewaren und Nahrungsmittel sowie auf die Steigerung der Produktion von Haushaltsgegenständen zu lenken.

Die Parteiorganisationen müssen die rhythmische Arbeit aller Betriebe gewährleisten, damit die Staatspläne von Tag zu Tag, von Monat zu Monat in allen quantitativen und qualitativen Kennziffern erfüllt und übererfüllt werden. Es ist notwendig, die inneren Reserven und Möglichkeiten der Betriebe zur Steigerung der Produktion bei den vorhandenen Kapazitäten noch mehr zu erschließen, die Technologie und Organisation der Produktion ständig zu vervollkommnen sowie die Ausrüstungen, die Rohstoffe und die Materialien besser zu nutzen.

Auf dem Gebiet der Landwirtschaft besteht die Hauptaufgabe darin, einen solchen Produktionsstand zu erreichen, der es gestattet, die Bedürfnisse der Bevölkerung an Lebensmitteln und die der Industrie an Rohstoffen sowie allen anderen Bedarf des Staates an landwirtschaftlichen Produkten voll und ganz zu befriedigen. Diese Aufgabe soll vor allem durch eine wesentliche Steigerung der Ertragsfähigkeit aller landwirtschaftlichen Kulturen, durch Erhöhung des Viehbestands und weiteres Anwachsen der Produktivität der gesellschaftlich betriebenen Viehwirtschaft gelöst werden.

In der Siebenjahrperiode muß bei einer allgemeinen Erhöhung der Bruttoproduktion der Landwirtschaft auf das 1,7fache die Produktion der wichtigsten Erzeugnisse auf folgende Mengen gesteigert werden:

Getreide auf 10 bis 11 Milliarden Pud,
Zuckerrüben auf 76 bis 84 Millionen Tonnen,
Rohbaumwolle auf 5,7 bis 6,1 Millionen Tonnen,
Fleisch (Schlachtgewicht) auf 16 Millionen Tonnen,
Milch auf 100 bis 105 Millionen Tonnen,
Kartoffeln auf 147 Millionen Tonnen
sowie Gemüse auf die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung notwendige Menge.

Die Hauptlinie im Ackerbau wird auch weiterhin die größtmögliche Erhöhung der Getreideerzeugung als Grundlage der gesamten landwirtschaftlichen Produktion sein. In den Kolchosen und Sowchosen sind heute alle Voraussetzungen dafür vorhanden, um in den nächsten Jahren überall die Hektarerträge des Getreides im Durchschnitt um drei bis vier Doppelzentner zu erhöhen. In der Viehwirtschaft ist die Hauptaufgabe die Steigerung der Produktion von Fleisch, Milch, Wolle und Eiern, was durch eine Vergrößerung des Viehbestandes und durch eine Erhöhung der Viehleistungen, durch die Entwicklung der Geflügel- und Kaninchenhaltung auf den Kolchos- und Sowchosfarmen erreicht werden muß. Es ist notwendig, noch beharrlicher die Futtergrundlage der Viehwirtschaft zu verstärken, vor allem durch die Steigerung der Produktion von Mais, Kartoffeln, Zuckerrüben und solchem Eiweißfutter wie Klee, Luzerne, Wickhafergemenge, Erbsen, Lupinen und anderen Kulturen entsprechend den Besonderheiten der einzelnen Zonen. Auch die Erzeugung von Sojabohnen muß gesteigert werden.

Eine wichtige Aufgabe ist die erfolgreiche Erfüllung und Uebererfüllung der Jahrespläne zum Aufkauf aller Arten landwirtschaftlicher Produkte.

Der Parteitag bringt die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß die im Lande begonnene Bewegung für die vorfristige Erfüllung der in den Kontrollziffern auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Erzeugung, darunter der Erzeugung von Fleisch und anderen Produkten der Viehwirtschaft, vorgesehenen Aufgaben die Möglichkeit geben wird, den Siebenjahrplan sowohl in den Terminen als auch im Umfang nicht nur zu erfüllen, sondern auch überzuerfüllen.

Allseitig gebilligt werden muß die Initiative der Republiken, Regionen und Gebiete, die konkrete Maßnahmen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung in den nächsten Jahren ausgearbeitet und sich verpflichtet haben, bereits im Jahre 1959 die Fleischerzeugung auf das Zwei- bis Dreifache und mehr zu steigern. Durch die

Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen leisten die Republiken, Regionen, Gebiete, Rayons, Kolchosen und Sowchosen einen würdigen Beitrag zur Verwirklichung des Appells der fortgeschrittenen Kolchosen und Sowchosen, die Vereinigten Staaten in kurzer Zeit in der Erzeugung von Fleisch und anderen landwirtschaftlichen Produkten pro Kopf der Bevölkerung einzuholen.

Der Beitrag, den jede Republik, jede Region, jedes Gebiet und jeder Rayon, jeder Kolchos und Sowchos zur Verwirklichung dieses Appells leistet, muß nach der Erzeugung von Produkten der Viehwirtschaft auf je hundert Hektar Nutzfläche bewertet werden.

Um die großen Aufgaben erfolgreich zu lösen, die der Landwirtschaft für die bevorstehenden sieben Jahre gestellt sind, haben die Partei-, Staats- und Landwirtschaftsorgane die Pflicht, die Kolchoswirtschaft mit allen Mitteln zu stärken, umfassende Maßnahmen zur weiteren Mechanisierung und Elektrifizierung der Landwirtschaft sowie zur Verbesserung der Arbeitsorganisation durchzuführen und auf dieser Grundlage die Arbeitsproduktivität bedeutend zu steigern und die Selbstkosten der landwirtschaftlichen Produktion zu senken. Die Bedeutung der Sowchosen als führende sozialistische Betriebe in der Landwirtschaft muß noch mehr gehoben werden.

Zugleich mit den Maßnahmen zur weiteren Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung ist es notwendig, daß die Kolchosen und Sowchosen sowie die Konsumgenossenschaften mehr Betriebe zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte errichten, daß der Bau von Wohnungen, kulturellen Einrichtungen und Dienstleistungsbetrieben auf dem Land mit allen Mitteln erweitert wird und die Dörfer moderner und schöner gestaltet werden. Im Zusammenhang mit dem Wachsen der Einkünfte in den Kolchosen ist darauf hinzuwirken, daß die Mittel mehrerer Kolchosen zum Bau von Kraftwerken, Straßen, Baustoffbetrieben, großen und gutausgestatteten, mehreren Kolchosen gehörenden Konservenfabriken, Bäckereien und anderen Betrieben zusammengelegt werden.

Der XXI. Parteitag der KPdSU ist der Ansicht, daß die Fragen der Entwicklung aller Zweige der landwirtschaftlichen Erzeugung auch weiterhin im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Partei-, Staats- und Landwirtschaftsorgane sowie aller Werktätigen der Kolchosen und Sowchosen stehen müssen.

Um ein höheres Wachstumstempo der Volkswirtschaft zu erreichen, müssen alle Arten des Transportwesens entwickelt werden. Im Laufe der nächsten sieben Jahre soll eine gründliche technische Umgestaltung der Haupttransportarten, besonders der Eisenbahn, erfolgen, wo es notwendig ist, die Dampflokomotiven durch moderne wirtschaftlichere Lokomotiven — Elektro- und Dieselloks — zu ersetzen. Größtmöglich zu steigern ist ferner der Transport durch die Hochsee- und Binnenflotte, durch Flugzeuge und Kraftfahrzeuge; die Beförderung durch Rohrleitungen ist zu erweitern, und bei alledem müssen die für das gegebene Gebiet und den Charakter der Frachten ökonomisch günstigsten Transportarten genutzt werden. Es ist ferner erforderlich, das Telefonnetz auszubauen sowie die Zahl der Rundfunk- und Fernsehstationen zu erhöhen.

Der Parteitag ist der Ansicht, daß die weitgehende Einführung neuer technischer Hilfsmittel, die Vollmechanisierung und Automatisierung der Produktionsprozesse, die Spezialisierung und Kooperierung in allen Zweigen der Volkswirtschaft entscheidende Voraussetzungen für die erfolgreiche Erfüllung des Siebenjahrplanes und für die Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus sind. Es wird die Aufgabe gestellt, durch Vollmechanisierung der Produktionsprozesse in Industrie und Landwirtschaft sowie im Bau- und Verkehrswesen die schwere körperliche Arbeit in den nächsten sieben Jahren zu beseitigen.

Im Zusammenhang damit, daß die Verwirklichung der Maßnahmen zur Mechanisierung und zu noch breiterer Automatisierung der Produktion nicht nur wirtschaftliche, sondern auch große soziale Bedeutung hat, beauftragt der Parteitag das Zentralkomitee der Partei sowie die örtlichen Parteiorgane, die Verwirklichung aller Maßnahmen zur Vollmechanisierung und Automatisierung der Produktion ständig zu kontrollieren.

Es ist erforderlich, die weitere komplexe Entwicklung der Wirtschaftsgebiete durch wirksamste Ausnutzung der natürlichen Ressourcen vorzunehmen, wobei eine zweckmäßige Spezialisierung der Betriebe anzustreben ist, die Zusammenarbeit zwischen den Betrieben und Wirtschaftsgebieten verbessert werden muß und unrationelle Transporte auszuschalten sind.

Um bei der erweiterten sozialistischen Reproduktion ein rasches Tempo zu erzielen, hält es der Parteitag für notwendig, daß in den bevorstehenden sieben Jahren auf dem Gebiet der Investitionen umfassende Maßnahmen ergriffen werden. Die staatlichen Investitionen werden sich im Vergleich zu den letzten sieben Jahren auf das 1,8fache erhöhen und eine Summe von etwa 1940 bis 1970 Milliarden Rubel ausmachen, was nahezu den Investitionen in die Volkswirtschaft in allen Jahren der Sowjetmacht entspricht. Um die Investitionen so rationell wie möglich zu nutzen, sind große Mittel zur Rekonstruktion, zur Erweiterung und zur technischen Umgestaltung der vorhandenen Betriebe sowie zur Erneuerung und Modernisierung der Ausrüstungen zur Verfügung zu stellen, wodurch die Möglichkeit gegeben wird, bei geringerem Aufwand und rascher als beim Bau neuer Betriebe die Produktion zu steigern und die Arbeitsproduktivität zu erhöhen.

Der XXI. Parteitag der KPdSU lenkt die Aufmerksamkeit darauf, daß es, um die Investbauten rechtzeitig in vollem Umfang auszuführen, notwendig ist, den Kurs auf die größtmögliche Industrialisierung des Bauwesens sowie darauf fortzusetzen, daß die Bautätigkeit zu einem mechanisierten Fließbandprozeß der Montage von Gebäuden und Anlagen aus fabrikmäßig hergestellten Großblockbauelementen und Einheiten wird. Es ist erforderlich, die Baustoffindustrie und besonders die Zementindustrie in beschleunigtem Tempo auszubauen sowie die Herstellung von Eisenbetonkonstruktionen zu steigern. Man muß kühner auf den Zusammenschluß von Bauorganisationen hinwirken, die Projektierung verbessern, die Investitionen auf die wichtigsten Objekte und solche, deren Inbetriebnahme am dringendsten ist, konzentrieren, eine Verkürzung der Bauzeiten, eine Senkung der Selbstkosten und die Verbesserung der Qualität der Bau- und Montagearbeiten herbeiführen.

In Anbetracht des nie gekannten Ausmaßes der Bautätigkeit in den bevorstehenden sieben Jahren und der Notwendigkeit, eine maximale Einsparung an gesellschaftlicher Arbeit und einen Zeitgewinn zu erzielen, muß man der richtigen Verteilung der Produktivkräfte besondere Aufmerksamkeit schenken. Man muß die Aufmerksamkeit auf die weitere Entwicklung der Wirtschaft der östlichen Teile des Landes lenken, die über gewaltige natürliche Hilfsquellen verfügen.

Bei der Lösung der Fragen des weiteren Anwachsens der Produktionskapazitäten müssen jene Gebiete bevorzugt werden, in denen die investierten Mittel den größten ökonomischen Nutzeffekt ergeben werden. Es ist notwendig, daß die Parteiorganisationen strengstens die Wahrung der Interessen des Staates beachten und daß die geringsten Erscheinungen von Lokalpatriotismus im Keim erstickt werden.

Die Sowjetunion ist ein sozialistischer Nationalitätenstaat, der auf der Freundschaft gleichberechtigter Völker begründet ist, die durch gemeinsamen Willen und gemeinsames Streben vereint sind, unbeirrt vorwärts zu schreiten auf dem Weg des kommunistischen Aufbaus. In unseren Plänen spiegelt sich eindeutig die Leninsche Natio-

nalitätenpolitik wider, die breite Möglichkeiten zur allseitigen Entwicklung der Wirtschaft und der Kultur aller Völker sichert.

Im Siebenjahrplan ist ein gewaltiges Wachstum der Wirtschaft aller Unionsrepubliken vorgesehen. In jeder Republik ist die Entwicklung vor allem jener Wirtschaftszweige vorgesehen, für die die günstigsten natürlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen vorhanden sind, um die Reserven jeder Republik am wirksamsten nutzbar zu machen und die richtige Uebereinstimmung der Interessen der einzelnen Republiken und der gesamten Sowjetunion zu gewährleisten. Der Parteitag erachtet es als wichtigste Aufgabe des Siebenjahrplanes, die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit als Hauptquelle der erweiterten sozialistischen Reproduktion und Akkumulation, als Grundlage des weiteren Aufschwungs des Lebensstandards der Bevölkerung bedeutend zu steigern.

In den sieben Jahren muß die Arbeitsproduktivität in der Industrie um 45 bis 50 Prozent steigen, im Bauwesen um 60 bis 65 Prozent, im Eisenbahntransportwesen um 34 bis 37 Prozent, auf den Sowchosen um 60 bis 65 Prozent und auf den Kolchosen etwa auf das Doppelte.

Es ist notwendig, die Produktionskosten zu verringern, um im Laufe der sieben Jahre eine Senkung der Selbstkosten der Industrieproduktion um mindestens 11,5 Prozent und eine Senkung der Kosten der Bau- und Montagearbeiten um mindestens 6 Prozent zu erzielen.

Alle Partei-, Wirtschafts-, Gewerkschafts- und Komsomolorganisationen sind verpflichtet, den Kampf um die Erfüllung und Uebererfüllung der Aufgaben des Siebenjahrplanes, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Senkung der Produktionskosten, um strengste Sparsamkeit zu verstärken. Es ist notwendig, einen Feldzug des ganzen Volkes gegen jegliche Erscheinungen von schlechtem Wirtschaften, von Verschwendung, sorglosem Verhalten dem Volkseigentum gegenüber zu organisieren, die Verantwortlichkeit der leitenden Funktionäre für die Verbesserung der Qualität der Arbeit der Betriebe und Baustellen, insbesondere für die Senkung der Selbstkosten und die Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse zu erhöhen. Mit allen Mitteln muß man die wirtschaftliche Rechnungsführung in der Industrie, im Verkehrswesen und in der Landwirtschaft verstärken.

Der XXI. Parteitag der KPdSU ist der Ansicht, daß unter den derzeitigen Bedingungen, da in der Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft gewaltige Erfolge erzielt worden sind, alle Voraussetzungen dafür bestehen, daß das Sowjetvolk in nächster Zeit noch besser lebt, daß seine materiellen und geistigen Bedürfnisse noch vollkommener befriedigt werden.

Zu diesem Zweck ist im Siebenjahrplan vorzusehen:

das Nationaleinkommen um 62 bis 65 Prozent zu erhöhen, was zu einer bedeutenden Steigerung des Bedarfs der Bevölkerung beitragen wird; der Konsumtionsfonds wird in den sieben Jahren um 60 bis 63 Prozent steigen;

der Reallohn der Arbeiter und Angestellten ist um durchschnittlich 40 Prozent und das Realeinkommen der Kolchosbauern ebenfalls um mindestens 40 Prozent zu erhöhen;

die Besteuerung der Bevölkerung wird in den nächsten Jahren aufgehoben;

es werden Maßnahmen zur Neuregelung des Arbeitslohns getroffen und die Arbeitslöhne der niedrigbezahlten Arbeiter und Angestellten werden im Laufe der sieben Jahre von 270 bis 350 Rubel auf 500 bis 600 Rubel im Monat erhöht;

die Mindestaltersrenten werden von 300 Rubel gegenwärtig auf 400 Rubel monatlich in der Stadt und von 255 auf 340 Rubel für Rentenempfänger erhöht, die ständig

auf dem Lande wohnen und mit der Landwirtschaft verbunden sind, die Mindestinvalidenrenten werden erhöht, ebenso die beim Verlust des Ernährers gezahlten Renten;

der Handel und die Dienstleistung für die Bevölkerung werden bedeutend verbessert; das Gaststätten- und Kantinennetz wird erweitert, die Preise in den Verpflegungsstätten werden gesenkt;

die Zahl der Internatsschulen, Kinderkrippen, Kindergärten und Altersheime ist zu erhöhen;

der Bau von Wohnungen und kommunalen Einrichtungen ist in breitem Ausmaße voranzutreiben; im Laufe der nächsten sieben Jahre sind in den Städten und Arbeitersiedlungen Wohnhäuser mit einer Gesamtwohnfläche von 650 bis 660 Millionen Quadratmetern oder nahezu 15 Millionen Wohnungen zu errichten; auf dem Lande sollen für die Kolchosbauern und die ländliche Intelligenz — bei deren Beteiligung — nahezu sieben Millionen Häuser gebaut werden;

es sind Maßnahmen zur Verkürzung des Arbeitstages und der Arbeitswoche zu ergreifen; bis zum Jahre 1960 ist für Arbeiter und Angestellte der Siebenstundentag und für Untertagearbeiter mit wichtigen Berufen im Kohle- und Erzbergbau der Sechsstundentag einzuführen; bis zum Jahre 1962 ist für die Arbeiter und Angestellten mit Siebenstundentag zur Vierzigstundenwoche überzugehen sowie beginnend mit dem Jahre 1964 für Arbeiter unter Tage sowie in Produktionsbetrieben mit gesundheitsschädigender Arbeit allmählich die Dreißigstundenwoche und für die übrigen Werktätigen die Fünfunddreißigstundenwoche mit zwei freien Tagen in der Woche bei einem Sechs- bis Siebenstundentag festzusetzen;

der Warenumsatz im staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandel ist um etwa 62 Prozent zu steigern; der Verkauf von tierischen Erzeugnissen, von Pflanzenfetten, Zucker, Obst und Zitrusfrüchten an die Bevölkerung ist bedeutend zu erweitern, ebenso der Verkauf der wichtigsten Industriewaren, so von Stoffen, Kleidung, Wäsche, Schuhwerk und auch von Kultur- und Haushaltwaren, besonders von solchen Waren, die die Arbeit der Frau im Haushalt erleichtern.

Die Verwirklichung all dieser Maßnahmen bedeutet eine neue großartige Errungenschaft für die Werktätigen unseres Landes, einen deutlichen Ausdruck der ständigen Sorge der Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung um das Wohl des Sowjetvolkes.

Der XXI. Parteitag ist der Meinung, daß die Verwirklichung des grandiosen Planes des kommunistischen Aufbaus von den Partei-, Gewerkschafts- und Komsomolorganisationen sowie von den Sowjets eine weitere Verbesserung ihrer gesamten Arbeit bei der Erziehung der Sowjetmenschen erfordert; sie verlangt eine Erhöhung des Bewußtseins und der Aktivität der Menschen, die Formung eines neuen Menschen, der im Geiste der Kollektivität und der Arbeitsliebe, des gesellschaftlichen Pflichtbewußtseins und im Geiste des sozialistischen Internationalismus und Patriotismus, der ständigen Beachtung der hohen Prinzipien der kommunistischen Moral zu erziehen ist.

Die kommunistische Erziehung der Werktätigen, die Ueberwindung der Ueberreste des Kapitalismus im Bewußtsein der Menschen müssen in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und der Tätigkeit der Partei-, Gewerkschafts-, Komsomol- und der anderen gesellschaftlichen Organisationen sowie der Sowjets gestellt werden. Der unversöhnliche Kampf gegen die feindliche bürgerliche Ideologie muß fortgesetzt werden. In der ideologischen Arbeit der Partei müssen Propaganda und Agitation, Presse, Kino, Rundfunk und Fernsehen sowie die kulturellen Bildungsstätten eine wichtige Rolle spielen.

Besondere Aufmerksamkeit ist auf die kommunistische Erziehung der heranwachsenden Generation zu richten. Die Parteiorganisationen und die Sowjets müssen unentwegt für die Verwirklichung aller Maßnahmen zur Umgestaltung der Ober- und Hochschulen sorgen, sie müssen erreichen, daß die sowjetische Schule den Unterricht mit der Produktion und mit der Praxis des kommunistischen Aufbaus eng verknüpft und allseitig gebildete und bewußte Bürger, Spezialisten mittlerer und höherer Qualifikation heranbildet.

In der gegenwärtigen Periode des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft gewinnt die Wissenschaft eine immer größere Bedeutung. Der Parteitag hebt die gewaltigen Errungenschaften der sowjetischen Wissenschaft auf allen Wissensgebieten, insbesondere auf dem Gebiet der Kernphysik und der Atomenergetik, des Düsenflugwesens und der Raketentechnik hervor und hält es für erforderlich, daß im Laufe der sieben Jahre alle Zweige der Wissenschaft noch schneller entwickelt und wichtige theoretische Forschungen durchgeführt werden, die zu einem weiteren wissenschaftlich-technischen Fortschritt führen. Zu diesem Zweck muß ein umfangreiches Programm wissenschaftlicher Forschungsarbeiten aufgestellt werden, wobei die wissenschaftlichen Kräfte und Mittel auf die wichtigsten Fragen von praktischer und theoretischer Bedeutung konzentriert werden. Die Verbindungen der wissenschaftlichen Institutionen mit der Praxis müssen ständig gefestigt und die neuesten Errungenschaften der Wissenschaft und Technik weitestgehend und schnell in die Volkswirtschaft eingeführt werden; und es muß kühner experimentiert und konstruiert werden.

Auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften steht, besonders vor der Wirtschaftswissenschaft, die Aufgabe der schöpferischen Verallgemeinerung des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus und der Erforschung neuer, vom Leben gestellter Fragen. Es ist notwendig, die Gesetzmäßigkeiten des Uebergangs zum Kommunismus sorgfältig zu studieren, umfassend die wichtigsten Prozesse zu analysieren, die in der kapitalistischen Welt vor sich gehen, die bürgerliche Ideologie zu entlarven und für die Reinheit der marxistisch-leninistischen Theorie zu kämpfen.

Die bevorstehenden sieben Jahre müssen durch eine weitere Entwicklung der sozialistischen Kultur gekennzeichnet sein. Literatur-, Theater-, Film- und Musikschaffende, Bildhauer und Maler sind berufen, den künstlerischen Ideengehalt ihres Schaffens noch mehr zu heben und auch in Zukunft aktive Helfer der Partei und des Staates bei der kommunistischen Erziehung der Werktätigen, in der Propagierung der kommunistischen Moral und in der Entwicklung der sozialistischen Kultur der vielen Nationalitäten zu sein.

III. GRUNDFRAGEN DES ÜBERGANGS ZUM KOMMUNISMUS

Bei der Festlegung der Aufgaben des kommunistischen Aufbaus in der derzeitigen Etappe geht der XXI. Parteitag der KPdSU davon aus, daß die Sowjetunion in eine neue Phase der historischen Entwicklung eingetreten ist.

Der Sozialismus hat in unserem Lande einen vollen und endgültigen Sieg errungen. Vorbei ist die Zeit, da die Sowjetunion der einzige sozialistische Staat war, umgeben von der feindlichen kapitalistischen Umwelt. Es gibt heute zwei gesellschaftliche Weltsysteme: den absterbenden Kapitalismus und den von wachsenden Lebenskräften erfüllten Sozialismus, auf dessen Seite die Sympathien der Werktätigen aller Länder sind. In der Welt gibt es keine Kraft, die den Kapitalismus in unserem Lande restaurieren und das sozialistische Lager überwältigen könnte.

Unter Führung der Partei hat das Sowjetvolk auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und gesellschaftlich-politischen Lebens solche Siege für den Sozialismus errungen, die die Möglichkeit geben, die Aufgaben zur Schaffung der materiell-technischen Basis der kommunistischen Gesellschaft und des planmäßigen Uebergangs zum Kommunismus

praktisch zu verwirklichen. Der Kommunismus kann nur unter der Voraussetzung verwirklicht werden, daß wir den Produktionsstand der entwickelten kapitalistischen Länder überschreiten und eine höhere Arbeitsproduktivität erzielen als der Kapitalismus.

Der umfassende kommunistische Aufbau soll neben dem Ueberfluß an materiellen Gütern auch einen wahren Reichtum an geistiger Kultur, die immer vollkommenere Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen, die Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie und die Erziehung bewußter Werktätiger der kommunistischen Gesellschaft ermöglichen.

Mit dem Wachsen der Produktivkräfte sollen sich auch die sozialistischen gesellschaftlichen Verhältnisse vervollkommnen, die auf einer kameradschaftlichen Zusammenarbeit, auf Freundschaft und gegenseitiger Hilfe basieren. Mit dem weiteren technischen Fortschritt in allen Wirtschaftszweigen und der engeren Verbindung des Unterrichts mit der Produktion werden sich die wesentlichen Unterschiede zwischen der geistigen und körperlichen Arbeit verwischen, und das kulturelle und technische Niveau aller Werktätigen wird sich erhöhen. Die Verkürzung des Arbeitstages und die weitere Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch Vollmechanisierung und Automatisierung der Produktion sollen dazu beitragen, die Arbeit zum Lebensbedürfnis des allseitig entwickelten Menschen zu machen.

Infolge der Maßnahmen, die in den letzten Jahren zur Weiterentwicklung der Landwirtschaft und des Wachsens der Kolchoswirtschaft getroffen worden sind, erstarkt die Kolchosordnung, und ihre Vorzüge und die in ihr enthaltenen reichen Möglichkeiten treten immer mehr hervor. Dies alles zeigt, daß die kollektivwirtschaftliche, genossenschaftliche Form der Produktionsverhältnisse der Entwicklung der Produktivkräfte der Landwirtschaft dient und noch lange dienen kann.

Im Laufe des kommunistischen Aufbaus wird sich das Niveau der Vergesellschaftung der Kolchosproduktion erhöhen und eine Annäherung des kollektivwirtschaftlichen, genossenschaftlichen Eigentums an das Volkseigentum vollziehen, und die Grenzen zwischen ihnen werden sich verwischen.

Es werden die unteilbaren Fonds der Kolchosen vergrößert und verstärkt, und die Produktionsverbindungen zwischen den Kolchosen werden sich weiter entwickeln. Die Verschmelzung der kollektivwirtschaftlichen, genossenschaftlichen Form des Eigentums und des allgemeinen Volkseigentums wird in Zukunft nicht durch den Abbau des kollektivwirtschaftlichen, genossenschaftlichen Eigentums erfolgen, sondern durch die Hebung des Niveaus seiner Vergesellschaftung bis zum allgemeinen Volkseigentum, wobei der sozialistische Staat Hilfe und Unterstützung gewährt.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen des kommunistischen Aufbaus bleibt bei der Verteilung der materiellen Güter weiterhin leitendes Prinzip: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung. Die Verteilung nach der Leistung sichert die materielle Interessiertheit der Menschen an den Produktionsergebnissen, fördert das Wachstum der Arbeitsproduktivität, die Erhöhung der Qualifikation der Werktätigen, die Vervollkommnung der Produktionstechnik und spielt auch eine große erzieherische Rolle, sie gewöhnt die Menschen an sozialistische Disziplin, macht die Arbeit zur gemeinsamen Angelegenheit und zur Pflicht. Eine nivellierende Verteilung würde zum Verschleiß der angehäuften Mittel führen und dem Aufbau des Kommunismus Schaden zufügen.

Mit der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und dem Wachstum des Bewußtseins der Massen wird sich der Arbeitsenthusiasmus der Sowjetmenschen immer mehr steigern, wird ihre Sorge um den gesellschaftlichen Wohlstand wachsen, wird das Streben nach Gewinn absterben und der moralische Antrieb zur Arbeit für das Wohl der Gesellschaft immer größere Bedeutung erlangen.

Der Uebergang zur Verteilung nach den Bedürfnissen wird allmählich, im Zuge der Entwicklung der Produktivkräfte, erfolgen, wenn ein Ueberfluß an allen notwendigen Bedarfsgütern erreicht ist und wenn alle Menschen freiwillig und unabhängig davon, in welchem Maße sie materielle Güter erhalten, entsprechend ihren Fähigkeiten arbeiten werden in dem Bewußtsein, daß dies für die Gesellschaft notwendig ist.

Schon jetzt wird in der Sowjetgesellschaft ein erheblicher und ständig wachsender Teil der materiellen und kulturellen Güter unentgeltlich verteilt, und zwar in Form von Renten, Stipendien für Studierende, Unterstützungen für kinderreiche Mütter, in Form von Mitteln für den Bau und den Unterhalt von Schulen und Krankenhäusern, Kindergärten und -krippen, Internaten, Klubs, Bibliotheken und anderen kulturellen Einrichtungen. Dieser Anteil des gesellschaftlichen Verbrauchsfonds wird sich immer mehr vergrößern, was eine wichtige Voraussetzung für den allmählichen Uebergang zum kommunistischen Verteilungsprinzip ist.

Der Parteitag stellt fest, daß die Hauptrichtung in der Entwicklung des sozialistischen Staatswesens die allseitige Entwicklung der Demokratie, die Heranziehung aller Bürger zur Teilnahme an der Leitung des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus und zur Verwaltung der gesellschaftlichen Angelegenheiten ist. Es ist notwendig, die Bedeutung der Sowjets als Massenorganisationen der Werktätigen zu erhöhen.

Viele Funktionen, die gegenwärtig von staatlichen Organen ausgeübt werden, müssen allmählich auf die gesellschaftlichen Organisationen übertragen werden. Fragen der kulturellen Betreuung der Bevölkerung, des Gesundheitswesens, der Körperkultur und des Sports müssen unter aktiver und breiter Beteiligung der gesellschaftlichen Organisationen gelöst werden. Bei der Einhaltung der Regeln des sozialistischen Zusammenlebens müssen die Volksmiliz, die Kollegenschaftsgerichte und ähnliche ehrenamtliche Gremien eine immer wichtigere Rolle spielen, die neben den staatlichen Institutionen die Funktionen der Wahrung der öffentlichen Ordnung und der Bürgerrechte erfüllen und Vergehen vorbeugen, die der Gesellschaft schaden.

Die Uebertragung einzelner Funktionen von staatlichen Organen auf gesellschaftliche Organisationen wird die Rolle des sozialistischen Staates beim Aufbau des Kommunismus nicht verringern, sondern die politische Grundlage der sozialistischen Gesellschaft erweitern und festigen und die sozialistische Demokratie weiterentwickeln. Der Sowjetstaat wird die Aufmerksamkeit noch mehr auf die Entwicklung der Wirtschaft konzentrieren können, die die materielle Grundlage unserer Ordnung ist.

Der sozialistische Staat ist dazu berufen, außerordentlich wichtige Aufgaben bei der Verteidigung des Friedens, beim Schutz des Landes vor einem militärischen Ueberfall seitens der imperialistischen Mächte zu erfüllen. Solange das aggressive imperialistische Lager besteht, ist der Sowjetstaat verpflichtet, die ruhmreichen Streitkräfte — Armee und Marine — zu festigen und zu vervollkommnen, die auf der Wacht zum Schutze der sozialistischen Errungenschaften und der friedlichen Arbeit des Sowjetvolkes stehen.

Es ist erforderlich, die Organe der Staatssicherheit zu festigen, deren Schwertspitze vor allem gegen die Agenten gerichtet ist, die von den imperialistischen Staaten eingeschleust werden. Die Funktionen der Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes, die heute vom Staat ausgeübt werden, können erst dann absterben, wenn die Gefahr eines Ueberfalls von seiten der Imperialisten völlig beseitigt ist.

IV. DIE ERHALTUNG DES WELTFRIEDENS — HAUPTPROBLEM DER GEGENWART

Der Parteitag bringt seine feste Ueberzeugung zum Ausdruck, daß die Verwirklichung des Siebenjahrplanes die Positionen der Sowjetunion und des sozialistischen Weltlagers

als ein mächtiges Bollwerk des Friedens und des Fortschritts noch mehr festigen und zu einer weiteren Zunahme der Friedenskräfte sowie zur Schwächung der Kräfte des Krieges führen wird. Die Erfolge des Siebenjahrplanes werden der größte Triumph der alles besiegenden Lehre des Marxismus-Leninismus, ein Beweis der Ueberlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus sein. Sie werden Millionen neuer Anhänger für die Sache des Sozialismus gewinnen.

Der Siebenjahrplan eröffnet eine neue Etappe des wirtschaftlichen Wettbewerbs des Sozialismus mit dem Kapitalismus. Die gigantische Arbeit des Sowjetvolkes, das auf dem Leninschen Wege vorwärtsschreitet, hat unser Land auf eine solche Höhe gehoben, daß es jetzt erfolgreich mit den Vereinigten Staaten von Amerika in wirtschaftlicher Hinsicht wetteifern, diesen Wettbewerb gewinnen und die führende kapitalistische Macht überholen kann. Eine entscheidende Bedeutung wird dabei das hohe Wachstumstempo der Produktion in unserem Lande haben.

Durch die Erfüllung des Siebenjahrplanes wird die Sowjetunion mehr Industriegüter pro Kopf der Bevölkerung produzieren, als jetzt in den am weitesten entwickelten kapitalistischen Ländern Europas, Großbritannien und Westdeutschland, erzeugt werden. Die Sowjetunion wird in dieser Hinsicht auf den ersten Platz in Europa vorrücken. In der absoluten Produktion einiger wichtigster Güter wird die Sowjetunion den USA überlegen sein, und bei anderen wird sie sich dem heutigen Stand der Industrieproduktion in den Vereinigten Staaten von Amerika nähern. Zu diesem Zeitpunkt wird die Produktion der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse insgesamt und pro Kopf der Bevölkerung den gegenwärtigen Stand der USA übertreffen. Danach werden etwa fünf Jahre erforderlich sein, um die Vereinigten Staaten von Amerika in der Produktion von Industriewaren pro Kopf der Bevölkerung einzuholen und zu überflügeln. Somit wird die Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt, vielleicht aber auch früher, sowohl im absoluten Produktionsumfang als auch in der Produktion pro Kopf der Bevölkerung auf den ersten Platz in der Welt vorrücken. Dies wird ein welthistorischer Sieg des Sozialismus im friedlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus sein.

Eine andere Entwicklungslinie ist für die kapitalistischen Länder charakteristisch. Die allgemeine Krise des Kapitalismus vertieft sich weiterhin durch das Wachstum der Kräfte des Sozialismus, durch den Zerfall des Kolonialsystems und die Verschärfung der inneren sozialen Widersprüche. Die Lage der kapitalistischen Wirtschaft wird immer labiler, sie macht eine krisenhafte Depression nach der anderen durch. Weder das Wettrüsten noch die anderen von den kapitalistischen Staaten unternommenen Maßnahmen können die Ursachen der Krisen beseitigen. Die Widersprüche des Kapitalismus häufen sich weiter an, sie bereiten neue Erschütterungen vor.

In der Welt findet der wirtschaftliche Wettstreit des Weltsystems des Sozialismus mit dem Weltsystem des Kapitalismus statt. Die Wirtschaft aller Länder des sozialistischen Weltsystems entwickelt sich in stürmischem Tempo. Das rasche Wachstumstempo der Produktion ist eine allgemeine Gesetzmäßigkeit des Sozialismus, die heute durch die Erfahrung aller Länder des sozialistischen Lagers bekräftigt wird. Durch die sozialistische Industrialisierung und dadurch, daß die Bauernschaft den genossenschaftlichen Weg eingeschlagen hat, sind einige Länder der Volksdemokratie bereits in die Periode der Vollendung des Aufbaus des Sozialismus eingetreten.

Durch die Erfüllung und Uebererfüllung des Siebenjahrplanes sowie durch das hohe Entwicklungstempo der Wirtschaft der volksdemokratischen Länder wird das sozialistische Weltsystem nach Berechnungen von Wirtschaftswissenschaftlern mehr als die Hälfte der gesamten industriellen Weltproduktion liefern. Dadurch wird die Ueberlegenheit des sozialistischen Weltsystems über das Weltsystem des Kapitalismus in der materiellen Produktion, der entscheidenden Sphäre der menschlichen Tätigkeit, gesichert.

Die Besonderheit der ökonomischen Entwicklung der sozialistischen Länder besteht darin, daß sich entsprechend ihrem Vorwärtsschreiten ihre gegenseitigen Beziehungen festigen und daß sich das sozialistische Weltsystem noch mehr zusammenschließt. Eine direkt entgegengesetzte Tendenz herrscht in der kapitalistischen Welt, wo das Wachstum der Produktion in diesem oder jenem Lande zur Vertiefung der Widersprüche zwischen den kapitalistischen Ländern und zur Verstärkung des Konkurrenzkampfes sowie zu gegenseitigen Konflikten führt.

Mit dem weiteren Wachstum und der weiteren Festigung des Weltsystems des Sozialismus werden sich auch alle anderen sozialistischen Länder erfolgreich entwickeln. Die in der Vergangenheit wirtschaftlich zurückgebliebenen Länder werden, sich auf die Erfahrungen der anderen sozialistischen Länder, auf die Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe stützend, schnell mit ihrer Wirtschaft und Kultur aufholen. Auf diese Weise wird sich eine gemeinsame Linie der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung aller sozialistischen Staaten ergeben. In beschleunigtem Tempo werden die Voraussetzungen für ihren Uebergang von der ersten Phase des Kommunismus zu seiner zweiten Phase geschaffen. Es nähert sich die Zeit, da diese Länder wie die Sowjetunion die kommunistische Gesellschaft aufbauen werden.

Die Sowjetunion hält es für ihre wichtigste Aufgabe, auch weiterhin zur Stärkung der Einheit der sozialistischen Länder, zur Entwicklung enger wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zwischen ihnen sowie zu einem noch stärkeren Zusammenschluß der brüderlichen Familie freier Völker auf der Grundlage der großen Ideen des Marxismus-Leninismus und der Prinzipien des proletarischen Internationalismus beizutragen.

Der Parteitag ist der Ansicht, daß die Verwirklichung des Siebenjahrplanes wie auch der Pläne der anderen sozialistischen Länder noch günstigere Voraussetzungen für die Lösung des Hauptproblems der Gegenwart, für die Erhaltung des Weltfriedens, schaffen wird. Die vom XX. Parteitag gezogene Schlußfolgerung, daß es keine schicksalhafte Unvermeidbarkeit von Kriegen gibt, hat sich voll bestätigt. Es gibt jetzt gewaltige Kräfte, die imstande sind, den Frieden zu schützen, und falls die imperialistischen Aggressoren versuchen sollten, einen Krieg zu entfachen, so würden sie ihnen eine vernichtende Niederlage bereiten. Eine Aggression der imperialistischen Staaten gegen das sozialistische Lager kann nur mit dem Untergang des Kapitalismus enden.

Die neuen Erfolge der Länder des sozialistischen Lagers werden zum Anwachsen und zur Stärkung der Friedenskräfte in der ganzen Welt führen. Den Staaten, die sich für die Festigung des Friedens einsetzen, werden sich immer neue Länder anschließen. Im Bewußtsein der Völker wird die Idee der Unzulässigkeit eines Krieges immer tiefere Wurzeln schlagen. Gestützt auf die Macht des Lagers des Sozialismus, werden die friedliebenden Völker die kriegerischen Kreise des Imperialismus dann zwingen können, auf ihre Pläne zur Entfesselung neuer Kriege zu verzichten. Auf diese Weise wird sich noch vor dem vollen Sieg des Sozialismus in der Welt, beim Bestehen des Kapitalismus in einem Teil der Welt, die reale Möglichkeit dafür ergeben, den Weltkrieg aus dem Leben der menschlichen Gesellschaft zu verbannen.

Jedoch gegenwärtig besteht die Möglichkeit der Entfachung eines Krieges durch den Imperialismus, und man darf die Kriegsgefahr nicht unterschätzen. Deshalb müssen die sozialistischen Länder, alle friedliebenden Kräfte äußerst wachsam sein und den Kampf um die Erhaltung des Friedens verstärken.

Die Hauptquelle für die Kriegsgefahr bleibt weiterhin der aggressive Kurs des amerikanischen Imperialismus, der das Streben der kapitalistischen Monopole der USA nach der Weltherrschaft widerspiegelt. Die herrschenden Kreise der Vereinigten Staaten von Amerika, wie auch Westdeutschlands, Großbritanniens, Frankreichs und der anderen Länder, die zu dem aggressiven Nordatlantikpakt gehören, häufen weiterhin Atomwaffen

an, lehnen die friedliche Regelung der internationalen Probleme ab und provozieren ständig kriegerische Konflikte in verschiedenen Gebieten der Welt. Dabei ist Westdeutschland, das sich in die wichtigste Atom- und Raketenbasis des nordatlantischen Bündnisses verwandelt, die Rolle der Hauptstoßkraft dieses Bündnisses zugedacht. Militarismus und Revanchismus haben in Westdeutschland ihr Haupt erhoben und bedrohen die friedliebenden Völker.

Die imperialistische Aggression bedroht, wie die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, die Völker in den verschiedensten Gebieten der Erde. Die Imperialisten provozieren kriegerische Konflikte im Nahen und Mittleren Osten, im Raum des Stillen Ozeans, sie unternehmen militärische Operationen gegen die um ihre Freiheit kämpfenden Völker Afrikas und drohen ständig mit militärischer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder Lateinamerikas.

All das macht die Notwendigkeit des Kampfes der friedliebenden Völker um die kollektive Sicherheit und um die Ausschaltung des Krieges als Mittel zur Lösung internationaler Streitfragen besonders dringend.

Dem aggressiven Kurs der Westmächte steht der friedliebende Kurs der Sowjetunion und aller sozialistischen Staaten gegenüber, der von den friedliebenden Völkern unterstützt wird. Dank der festen Position der Länder des sozialistischen Lagers und der friedliebenden Staaten des Ostens gelang es in den letzten Jahren, Kriege im Nahen, Mittleren und Fernen Osten im Keim zu ersticken und auch andere Pläne der Imperialisten zunichte zu machen.

Der XXI. Parteitag billigt einmütig die Leninsche friedliebende Außenpolitik der Sowjetregierung, die unüberwindbare Hindernisse auf dem Wege der imperialistischen Aggressoren schafft. Zur rechten Zeit und völlig richtig wurden in der letzten Zeit Maßnahmen von der Sowjetregierung ergriffen, die auf die friedliche Lösung der deutschen Frage gerichtet sind, auf den Abschluß von Abkommen über die Einstellung der Versuche und das völlige Verbot der Kernwaffen, über die Abrüstung, über die Beendigung des kalten Krieges und über die Einberufung einer Konferenz der Regierungschefs.

Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee der KPdSU und die Sowjetregierung, auch weiterhin konsequent für die Verwirklichung dieser und anderer Vorschläge zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit der Völker zu kämpfen.

Durch die Anstrengungen aller friedliebenden Völker muß die internationale Atmosphäre von den hetzerischen Aufrufen zu militärischen Ueberfällen gereinigt und gegenseitiges Vertrauen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten, unabhängig von ihrer sozialen Ordnung, hergestellt werden. Eine wichtige Rolle bei der Minderung der internationalen Spannung und bei der Festigung des gegenseitigen Vertrauens muß die breite Entwicklung des Welthandels, des kulturellen Austausches und anderer Formen des internationalen Verkehrs spielen. Die Gesundung der internationalen Lage könnte in entscheidendem Maße zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika als den beiden Großmächten beitragen, die eine besondere Verantwortung für das Schicksal des Weltfriedens tragen.

Geleitet vom Leninschen Prinzip der friedlichen Koexistenz, wird die Sowjetunion beharrlich nach einer allseitigen Zusammenarbeit mit allen Staaten streben. Die wachsende Macht der Sowjetunion wie auch des gesamten sozialistischen Lagers, die neuen Erfolge der sowjetischen Wissenschaft und Technik sind völlig in den Dienst des Friedens und der Sicherheit der Völker gestellt.

Der Parteitag betrachtet die Verwirklichung des Siebenjahrplanes als neuen Beweis dafür, daß die Werktätigen der Sowjetunion ihre internationale Pflicht gegenüber der internationalen Arbeiter- und kommunistischen Bewegung, gegenüber der ganzen fortschrittlichen Menschheit erfüllen. Die neuen Erfolge beim Aufbau der kommunistischen

Gesellschaft werden eine mächtige moralische Unterstützung für alle Kräfte sein, die für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt kämpfen. Eine solche Unterstützung ist besonders in einer Periode von Bedeutung, da sich in den kapitalistischen Ländern die Anzeichen für eine neue Offensive von Reaktion und Faschismus bemerkbar machen.

Der Uebergang der reaktionären Bourgeoisie zur offenen Diktatur ist ein Zeichen ihrer Schwäche und ihrer Unfähigkeit, ihre Herrschaft durch parlamentarische Methoden aufrechtzuerhalten. Zugleich darf man nicht vergessen, daß die Reaktion bei uneingeschränkter Diktatur immer mehr Möglichkeiten für Repressalien und Terror sowie dafür erhält, die Oppositionsbewegung zu unterdrücken, die Massen in dem von ihr benötigten Geist zu beeinflussen, sie mit dem Gift des Chauvinismus zu infizieren und sich die Hände für militärische Abenteuer frei zu machen. Die Völker müssen wachsam und immer bereit sein, einen Angriff der Reaktion sowie der Gefahr des Wiedererstehens des Faschismus eine Abfuhr zu erteilen. Dabei muß man im Auge behalten, daß der Faschismus in neuen, nicht nur in alten Formen wiedererstehen kann, die sich in den Augen der Völker schon kompromittiert haben. Die Einheit der demokratischen Kräfte und in erster Linie der Arbeiterklasse ist das zuverlässigste Hindernis auf dem Wege der faschistischen Gefahr.

Das erfolgreiche Vorwärtsschreiten der Sowjetunion auf dem Wege zum Kommunismus sowie die Siege aller sozialistischen Länder und der konsequente Kampf um den Frieden eröffnen günstige Perspektiven dafür, daß sowohl in internationalem als auch in nationalem Maßstab die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herbeigeführt wird. Im Verlauf des Klassenkampfes werden die breiten Massen der sozialdemokratischen Arbeiter und ihre Organisationen in den kapitalistischen Ländern immer mehr die neuen Möglichkeiten erkennen, die sich der internationalen Arbeiterklasse im Zusammenhang mit den Erfolgen des Sozialismus eröffnen. Es ist zu hoffen, daß sie mit den anderen Teilen der Arbeiterklasse und breiten demokratischen Schichten zusammengehen, um dem Faschismus und dem Krieg den Weg zu versperren.

Der Parteitag stellt mit Befriedigung fest, daß die Beratung der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien im November 1957 die völlige Uebereinstimmung der Anschauungen der Bruderparteien demonstriert hat. Die Erklärung der Beratung wurde von allen kommunistischen und Arbeiterparteien einmütig gebilligt und ist zu einem Kampfprogramm der Aktionen der kommunistischen Weltbewegung geworden. Die Richtigkeit der Schlußfolgerungen der Erklärung wurde vom Leben voll und ganz bestätigt. Nach der Novemberberatung hat sich die Geschlossenheit in den Reihen der kommunistischen Parteien und in der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung auf der ideologischen Grundlage des Marxismus-Leninismus gefestigt. Der Revisionismus ist ideologisch und politisch aufs Haupt geschlagen.

Das revisionistische Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens ist von allen marxistisch-leninistischen Parteien einmütig verurteilt worden. Theorie und Praxis der jugoslawischen Führung bedeuten ein Abrücken von den Positionen der Arbeiterklasse, von den Prinzipien der internationalen proletarischen Solidarität. Die Anschauungen und die Politik der Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens gefährden die Errungenschaften der Volksrevolution und des Sozialismus in Jugoslawien.

Die sowjetischen Kommunisten und das ganze Sowjetvolk hegen freundschaftliche Gefühle für die jugoslawischen Brudervölker, für die jugoslawischen Kommunisten. Die UdSSR wird auch weiterhin bestrebt sein, mit Jugoslawien in allen Fragen des Kampfes gegen den Imperialismus und für den Frieden zusammenzuarbeiten, in denen unsere Standpunkte übereinstimmen werden.

Bei der weiteren Entlarvung des Revisionismus als der derzeitigen Hauptgefahr in der kommunistischen Bewegung darf der Kampf gegen Dogmatismus und Sektierertum,

die die schöpferische Anwendung der marxistisch-leninistischen Theorie erschweren und zur Loslösung von den Massen führen, nicht abgeschwächt werden.

Der Parteitag hält die größtmögliche Stärkung der Macht des sozialistischen Lagers und die weitere Festigung der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung in Uebereinstimmung mit den Prinzipien der Moskauer Erklärung für erforderlich. Die brüderliche Zusammenarbeit der kommunistischen und Arbeiterparteien auf der Grundlage der vollen Selbständigkeit einer jeden Partei, auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus, der freiwilligen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe muß weiter entwickelt und erweitert werden. Die Kommunistische Partei der Sowjetunion, die von W. I. Lenin im Geiste des proletarischen Internationalismus erzogen ist, betrachtet sich als einen der Bestandteile der internationalen Arbeiter- und kommunistischen Bewegung. Gemeinsam mit den anderen kommunistischen Parteien trägt die KPdSU die Verantwortung für die Geschicke des sozialistischen Lagers, für die Geschicke der kommunistischen Weltbewegung. Sie wird auch weiter unablässig der großen internationalen Lehre Marx' und Engels' und Lenins folgen und gegen die Revisionisten aller Schattierungen, für die Reinheit des Marxismus-Leninismus und für neue Erfolge der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung kämpfen.

V. AUFGABEN DER PARTEI UND DER MASSENORGANISATIONEN

Die historischen Siege des Sozialismus in unserem Lande, die die Voraussetzungen für den Uebergang zu einer neuen Etappe des kommunistischen Aufbaus geschaffen haben, sind das Ergebnis der unermüdlichen schöpferischen Arbeit des Sowjetvolkes, der gewaltigen politischen und organisatorischen Tätigkeit der Kommunistischen Partei. Gestützt auf die kollektive Weisheit der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes sowie auf ihre so reichen Erfahrungen, erarbeitet und verwirklicht die Partei die Pläne des kommunistischen Aufbaus. Unsere Partei ist so einig und geschlossen wie nie zuvor zu ihrem XXI. Parteitag zusammengetreten, fähig, die neuen grandiosen Aufgaben erfolgreich zu lösen.

Die grenzenlose Liebe und das Vertrauen des Volkes zu seiner Partei offenbaren sich deutlich im Wachstum der Reihen der KPdSU, der die besten Menschen der Arbeiterklasse, der Kolchosbauernschaft und der sowjetischen Intelligenz beitreten. In der Zeit seit dem XX. Parteitag hat unsere Partei konsequent die Linie der Entfaltung der innerparteilichen Demokratie, der Kritik und Selbstkritik sowie der Hebung der Aktivität der Parteimassen verfolgt. Das Zentralkomitee und die örtlichen Parteiorganisationen haben entschieden für die Wiederherstellung und Weiterentwicklung der Leninschen Normen des Parteilebens und der Prinzipien der kollektiven Leitung gekämpft.

Die gesamten Erfahrungen im Kampf für den Sieg des Sozialismus und des Kommunismus zeigen, daß im Prozeß des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft die Bedeutung der Partei als erprobter Vortrupp des Volkes und höchste Form der gesellschaftlichen Organisation immer größer wird.

Die Erfüllung des Siebenjahrplanes macht die weitere Hebung des Niveaus der gesamten ideologisch-politischen und organisatorischen Arbeit der Partei, die aktive Mobilisierung der schöpferischen Kräfte des Sowjetvolkes erforderlich. Es ist notwendig, das Bewußtsein aller Werktätigen mit den Aufgaben des Planes zu erfüllen, die Bemühungen eines jeden Kollektivs zu organisieren und auf ihre Erfüllung zu richten, alle Mängel entschieden auszumerzen und bei der Arbeit auftretende Schwierigkeiten zu überwinden.

Der Erfolg des Planes wird unmittelbar in den Betrieben und auf den Baustellen, in den Kolchosen und Sowchosen sowie in den wissenschaftlichen Institutionen ent-

schieden. In diesem Zusammenhang wächst die Bedeutung der örtlichen Parteiorgane und der Grundorganisationen der Partei noch mehr, die berufen sind, die Massen zur Verwirklichung der konkreten Produktionsaufgaben zu mobilisieren und zu organisieren. Die Parteiorganisationen sind verpflichtet, darauf hinzuwirken, daß in jedem Betrieb, in jedem Kolchos, Sowchos und in jeder Institution eine Atmosphäre der schöpferischen Arbeit und des Produktionselans geschaffen wird. Man muß dessen eingedenk sein, daß Siege nicht in den Schoß fallen, sondern daß man sie erringen und festigen muß.

Wenn die Parteiorganisationen, die Propagandisten und Agitatoren zur Erfüllung der Pläne des kommunistischen Aufbaus aufrufen, müssen sie in klarer und verständlicher Form erläutern, was Kommunismus ist, welch hohe Güter er den Menschen bringt; sie müssen die kommunistischen Arbeitsformen mit allen Kräften unterstützen und entwickeln. Die organisatorische und erzieherische Tätigkeit der Partei, alle Mittel ihrer ideologischen Arbeit müssen zur erfolgreichen Lösung der Aufgaben des kommunistischen Aufbaus beitragen. Es muß erreicht werden, daß jeder Werktätige, indem er fortschrittliche Arbeitsmethoden anwendet, seine Maschine, seine Werkbank, sein Aggregat, seinen Traktor oder seinen Mähdrescher besser ausnutzt.

Der Parteitag ist der Meinung, daß den Kadern der Partei und des Staates bei der Verwirklichung des Siebenjahrplanes eine erstrangige Rolle zufällt. Der Einsatz und die Erziehung der Kader müssen verbessert werden, indem man zur leitenden Tätigkeit Menschen heranzieht, die dazu ausgebildet und prinzipienfest sind und denen das Gefühl für das Neue eigen ist, die dem Wohle des Volkes alle Kräfte und Kenntnisse widmen, in die Arbeit bolschewistische Leidenschaftlichkeit hineintragen und gegenüber Mängeln unversöhnlich sind. Es ist notwendig, kühner die jungen Kader zu fördern, ihnen die Möglichkeit zu geben, in praktischer Arbeit ihre Fähigkeiten zu zeigen.

Die Parteiorganisationen sind verpflichtet, mit Hilfe qualifizierter Kader zurückgebliebene Betriebe, Kolchosen, Sowchosen und Rayons zu festigen, indem sie gute Organisatoren und Spezialisten heranziehen, die die großen Reserven mobilisieren, die Menschen anleiten und zurückbleibende Bezirke vorwärtsbringen können.

Die Pflicht der Parteiorganisationen ist es, unsere Kader, alle Kommunisten, im Geiste großer Anforderungen, der Verantwortung für die ihnen aufgetragene Arbeit, des treuen Dienens am Volk und an der Sache des Kommunismus zu erziehen. Es ist notwendig, daß das theoretische Niveau unserer Kader, ihre marxistisch-leninistische Ausbildung systematisch gehoben werden.

Bei der Verbesserung der organisatorischen Arbeit der Partei und der Mobilisierung der Massen zur Lösung der Aufgaben des kommunistischen Aufbaus gewinnt eine immer größere Bedeutung die konsequente Verwirklichung der innerparteilichen Demokratie, die Entfaltung der Kritik und Selbstkritik als mächtiges Mittel zur Beseitigung von Mängeln in der Arbeit und zum Vorwärtsschreiten.

In der gegenwärtigen Etappe der Entwicklung der Gesellschaft wächst weiterhin die Bedeutung der Sowjets der Deputierten der Werktätigen. Die Republik-, Bezirks-, Gebiets-, Stadt-, Rayon- und Dorfsowjets müssen sich tagtäglich mit den wichtigsten Fragen der Arbeit der Industriebetriebe und Baustellen, der Kolchosen und Sowchosen bei der Erfüllung der Aufgaben des Siebenjahrplanes befassen und sich um die Hebung des Wohlstandes und der Kultur der Werktätigen sorgen. Die Arbeit der Staatsorgane wird um so fruchtbarer sein, je mehr sie sich auf die Aktivität der Massen stützen, die sozialistische Demokratie erweitern und entschlossen Elemente des Bürokratismus und Amtsschimmels beseitigen.

Es ist notwendig, gewisse Abänderungen und Ergänzungen in der Verfassung der UdSSR vorzunehmen. Seit ihrer Annahme sind wichtige Veränderungen im politischen

und wirtschaftlichen Leben der Sowjetunion vorgegangen, auch die internationale Lage hat sich verändert. Alle diese Veränderungen müssen in der Verfassung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken widergespiegelt und gesetzgeberisch verankert werden.

Bei der Mobilisierung der breiten Massen für den Kampf um die erfolgreiche Erfüllung des Siebenjahrplanes steht den Gewerkschaftsorganisationen eine große Arbeit bevor. Die Gewerkschaften sind dazu berufen, die Aktivität der Arbeiterklasse und aller Werktätigen zu entwickeln, den sozialistischen Wettbewerb um die Erfüllung und Uebererfüllung der Staatsaufgaben in jedem Betrieb zu entfalten, die Neuerer und Erfinder sowie die Bestarbeiter zu fördern und ihre Erfahrungen zu popularisieren. Die Gewerkschaften sind verpflichtet, die Kontrolle über den Arbeitsschutz in der Produktion, über die Erfüllung der Pläne des Wohnungsbaus, über die Verteilung des Wohnraumes, über die Arbeit der Handelsunternehmen und der Gaststättten und Speisebetriebe sowie über die medizinische und kommunale Betreuung der Werktätigen zu verstärken. Die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften ist die Erziehungsarbeit unter den Massen, die Verbesserung der Tätigkeit der Kultur- und der Bildungsstätten.

Das Programm des kommunistischen Aufbaus, das von unserer Partei für die bevorstehenden sieben Jahre festgelegt ist, gibt der Aktivität und dem Wachstum der schöpferischen Initiative der jungen Generation und ihrer Avantgarde, des Leninschen Komsomols, breiten Raum. Komsomolzen sind dazu berufen, der Jugend auch weiterhin Vorbild selbstloser Arbeit zu sein. Jede Komsomolorganisation muß zu einem kämpferischen, aktiven Kollektiv werden, das eng mit der Jugend verbunden ist. Der Komsomol muß am industriellen Aufbau, am Wohnungsbau und am kulturellen Aufbau sowie am Kampf um die weitere Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft, um die Erschließung neuer Naturreichtümer des Landes aktiv teilnehmen.

Besondere Aufmerksamkeit müssen die Partei- und Komsomolorganisationen der Erziehung der Jugend zur kommunistischen Weltanschauung, der Erziehung aktiver, bewußter Erbauer der kommunistischen Gesellschaft widmen, die ihre Heimat grenzenlos lieben und auf kommunistische Art zu leben und zu arbeiten verstehen.

Die Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei und des Sowjetvolkes besteht jetzt darin, die unbedingte Erfüllung des Siebenjahrplanes für die Entwicklung der Volkswirtschaft zu sichern. Die Verwirklichung der von Partei und Regierung für die nächsten sieben Jahre gestellten Aufgaben wird für die weitere Festigung der Macht unseres Landes von gewaltiger Bedeutung sein. Die Erfüllung des Siebenjahrplanes für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR, dessen Hauptrichtung die friedliche Entwicklung der Wirtschaft und die Hebung des Wohlstandes des Volkes ist, wird gleichzeitig die Verteidigungskraft des Landes noch mehr stärken, sie wird seine Bereitschaft erhöhen, allen Anschlägen der imperialistischen Aggressoren auf die großen Errungenschaften des Sozialismus eine vernichtende Abfuhr zu erteilen. Die Erfolge des friedlichen wirtschaftlichen Aufbaus der UdSSR und aller Länder des Sozialismus werden ein neuer Ausdruck der Ueberlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus sein, sie werden die Anziehungskraft der großen Ideen des Marxismus-Leninismus noch vergrößern.

Das Sowjetvolk hat beim sozialistischen Aufbau große, von der ganzen Welt anerkannte Arbeitstaten vollbracht. Der XXI. Parteitag der Kommunistischen Partei bringt die feste Ueberzeugung zum Ausdruck, daß der Eintritt unserer Gesellschaft in die Periode des umfassenden kommunistischen Aufbaus eine mächtige Welle des Arbeitsenthusiasmus sowie neue Formen des Wettbewerbs des ganzen Volkes für die Erfüllung und Uebererfüllung des Siebenjahrplanes ins Leben rufen und von hervorragenden Siegen begleitet sein wird.

Das von der Partei vorgezeichnete großartige Programm des kommunistischen Aufbaus eröffnet dem Sowjetvolk breite und lichte Perspektiven für das Vorwärtsschreiten zum Kommunismus. Unser ersehntes Ziel ist bereits nah. Wir müssen eine entscheidende Etappe im friedlichen wirtschaftlichen Wettstreit mit dem Kapitalismus zurücklegen und diesen Wettbewerb in kürzester Zeit gewinnen. Wir verfügen über alles Erforderliche, um diese Hürde zu nehmen. Und wenn wir diese Aufgaben lösen und in neue Weiten vorstoßen werden, dann wird es leichter sein, vorwärtszuschreiten. Im Namen des großen Ziels des Aufbaus des Kommunismus kann und muß man gut arbeiten.

Das Sowjetvolk, das den Weg zum Kommunismus bahnt, ist eng mit den Völkern aller Länder des sozialistischen Lagers verbunden. Mit jedem Tag erstarkt das mächtige Lager des Sozialismus. Die Ideen des Kommunismus sind zur führenden Kraft der Gegenwart geworden.

Der XXI. Parteitag der Kommunistischen Partei wendet sich an alle Werktätigen unserer großen Heimat mit dem Aufruf zum aktiven Kampf für die Erfüllung und Uebererfüllung des Siebenjahrplanes. Der Parteitag ist fest davon überzeugt, daß die Arbeiter und die Kolchosbauern sowie die sowjetische Intelligenz alles tun werden, um die Macht unseres sozialistischen Staates noch mehr zu stärken und die kommunistischen Ideale zu verwirklichen, die der Marxismus-Leninismus auf sein Banner geschrieben hat.

Geführt von der Kommunistischen Partei, schreitet das heldenhafte Sowjetvolk zuversichtlich vorwärts und errichtet die beste und gerechteste Gesellschaft der Welt — die kommunistische Gesellschaft.

Quelle: *Neues Deutschland*, Beilage zu Nr. 39, 8. Februar 1959.

Dokumente zur deutschen Frage und zur europäischen Sicherheit (März-April 1959)

Redaktionelle Vorbemerkung

Nachdem am 2. März 1959 die Sowjetunion ihr Einverständnis mit einer Außenministerkonferenz über die deutsche Frage erklärt hatte[1] und am 3. März der Besuch *Macmillans* in Moskau zu Ende gegangen war[2], begab sich Ministerpräsident *Chruschtschow* zu einem Besuch in die DDR. Er besuchte zunächst die Leipziger Messe und ließ dort eine sehr harte Haltung in der deutschen Frage erkennen: Auf einer Kundgebung erklärte er am 4. März, die Sowjetunion sei entschlossen, einen Friedensvertrag mit der DDR zu unterzeichnen, auch wenn die Bundesrepublik keinen Friedensvertrag wünsche[3]. In einer Rede vor einer „Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz" am 7. März — deren Wortlaut erst am 27. März unter der Überschrift „Der Kommunismus wird triumphieren" im *Neuen Deutschland* veröffentlicht wurde — erklärte er, die Sowjetunion könne nicht „irgendeine" Wiedervereinigung Deutschlands akzeptieren, sondern man müsse an diese Frage „vor allem vom Klassenstandpunkt" herangehen. Eine Wiedervereinigung Deutschlands unter dem Kapitalismus komme nicht in Frage, ebensowenig gesamtdeutsche Wahlen. Wörtlich sagte Chruschtschow seinem Auditorium: „Wir sind für die Wiedervereinigung Deutschlands, und das deutsche Volk wird wieder vereinigt werden. Das ist nur eine Frage der Zeit. Dabei ist es natürlich sehr wichtig, auf welcher Grundlage es wieder vereinigt werden wird. Darum beeilen Sie sich nicht, der Wind bläst Ihnen nicht ins Gesicht, überlegen Sie alles gründlich. Haben Sie Geduld und unternehmen Sie selbst etwas, um kein unbeteiligter Zuschauer zu sein, um nicht später vor den Enkeln zu erröten, sondern ihnen im Gegenteil zu erzählen, daß die Arbeiterklasse Deutschlands aktiv gekämpft und die Klassen- und die nationalen Interessen verteidigt hat[4]." Nach seinem Besuch in Leipzig führte Chruschtschow in Ost-Berlin Besprechungen mit der Regierung der DDR. (Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués auf S. D 165 dieser Folge.) Während seines Aufenthaltes in Berlin lud Chruschtschow den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich *Ollenhauer*, zu einem Gespräch ein, das am 9. März in der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin stattfand.

Am 16. März nahm der Präsident der Vereinigten Staaten, Dwight D. *Eisenhower*, in einer Rede über Rundfunk und Fernsehen zu der gespannten internationalen Lage Stellung. Er ließ keinen Zweifel daran, daß die Vereinigten Staaten entschlossen sind, ihre Rechte und Pflichten in Berlin wahrzunehmen. Gleichzeitig betonte er aber die Bereitschaft zu Verhandlungen: die Vereinigten Staaten seien gewillt, neue Ideen anzuhören, und bereit, andere vorzutragen. (Vgl. den Wortlaut der Rede auf S. D 170 dieser Folge.)

Chruschtschow antwortete Eisenhower in einer Pressekonferenz, die er am 19. März im Kreml abhielt. Er begrüßte die Verhandlungsbereitschaft des amerikanischen Präsidenten und bemühte sich, die Absichten der Sowjetunion so darzustellen, als dienten sie lediglich der Schaffung „normaler Verhältnisse". Bezüglich Berlins räumte er ein, daß die Westmächte legitime Rechte dort haben, doch sei es an der Zeit, durch einen Friedensvertrag alle Besatzungsrechte in Deutschland zu beseitigen. Falls die Westmächte auf eine Garantie des Status von West-Berlin durch Truppen Wert legten, so sei die Sowjetunion bereit, sich mit ihren Truppen daran zu beteiligen. (Vgl. den Auszug aus der Pressekonferenz auf S. D 177 dieser Folge.)

Die lebhafte internationale Diskussion über die Haltung des Westens auf den bevorstehenden Konferenzen fand in die-

---

1) Vgl. den Wortlaut der Note an die Vereinigten Staaten in Europa-Archiv 5/1959, S. D 95 ff.

2) Vgl. den Wortlaut des Schlußkommuniqués in Europa-Archiv 5/1959, S. D 101.

3) Wortlaut in: *Neues Deutschland*, Nr. 64, 5. März 1959.

4) Wortlaut der Rede in: *Neues Deutschland*, Nr. 86, 27. März 1959.

ser Zeit ihren Ausdruck in zahlreichen Informationsreisen sowohl auf der Ebene der Regierungschefs und Außenminister als auch auf privater Ebene. So besuchte u. a. der britische Premierminister, Harold *Macmillan,* die Regierungschefs Frankreichs, der Bundesrepublik, Kanadas und der Vereinigten Staaten, um ihnen von seinen Gesprächen mit *Chruschtschow* zu berichten und die Gedanken der britischen Regierung über Maßnahmen zur Beschränkung der Rüstungen in Europa darzulegen; Bundeskanzler *Adenauer* traf sich mit Präsident *de Gaulle* in Marly; führende Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands führten informatorische Gespräche in Moskau, Belgrad und Prag.

Mitte März veröffentlichten die beiden oppositionellen Parteien der Bundesrepublik ihre seit längerer Zeit angekündigten Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage. Die Sozialdemokratische Partei legte einen Plan vor, der, ausgehend von einer allgemeinen Sicherheitsabmachung für Europa und einem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland, die stufenweise Zusammenführung der beiden deutschen Staaten vorsieht. (Vgl. den Wortlaut des Plans auf S. D 187 dieser Folge.) Hingegen schlägt der Deutschlandplan der Freien Demokratischen Partei die Ausarbeitung von Verträgen über die europäische Sicherheit, über die Friedensregelung mit Deutschland und über die Wiedervereinigung vor, die alle gleichzeitig in Kraft treten sollen. (Vgl. den Wortlaut des Plans auf S. D 191 dieser Folge.)

Viel Beachtung fand eine Pressekonferenz, die der Präsident der Französischen Republik, Charles *de Gaulle,* am 25. März in Paris abhielt. Er wies entschieden jeden Gedanken zurück, daß Frankreich sich auf Kosten Deutschlands Vorteile verschaffen könnte, und bezeichnete eine Neutralisierung Deutschlands oder ein Disengagement als eine militärische Gefahr für Frankreich. Die Wiedervereinigung Deutschlands bezeichnete *de Gaulle* als das „normale Schicksal" des deutschen Volkes, vorausgesetzt, daß die gegenwärtigen Grenzen Deutschlands nicht in Frage gestellt würden; solange dieses Ziel nicht erreicht sei, müßten die Kontakte zwischen beiden Teilen Deutschlands entwickelt werden. (Vgl. den Auszug aus der Erklärung *de Gaulles* auf S. D 195 dieser Folge.)

Am 26. März beantworteten die Westmächte und die Bundesrepublik die sowjetischen Noten vom 2. März und schlugen eine Außenministerkonferenz der Vier Mächte am 11. Mai in Genf vor. Die Sowjetunion erteilte ihre Zustimmung am 30. März. (Vgl. den Wortlaut des Notenwechsels auf S. D 198 dieser Folge.)

Die Konferenzen, die anläßlich des zehnten Jahrestages der NATO vom 1. bis zum 4. April in Washington stattfanden, gaben den westlichen Regierungen Gelegenheit, ihre eigenen Vorbereitungen auf die Genfer Konferenz zu koordinieren. Die Außenminister der drei Westmächte und der Bundesrepublik prüften die Berichte der Viermächte-Arbeitsgruppe, die sich vom 9. bis zum 21. März in Paris mit dieser Aufgabe beschäftigt hatte. Der Ministerrat der NATO befaßte sich in seiner Washingtoner Tagung ebenfalls mit der von den Westmächten auf der Genfer Konferenz zu verfolgenden Linie. Er bestätigte die einmütige Entschlossenheit der NATO-Staaten, die Freiheit Berlins aufrecht zu erhalten. (Vgl. den Wortlaut der beiden Washingtoner Kommuniqués auf S. D 201 und D 202 dieser Folge.) Vielfachen Gerüchten, daß in Washington erhebliche Meinungsverschiedenheiten zutage getreten seien, trat Bundeskanzler Konrad *Adenauer* am 8. April in einer Rundfunkansprache entgegen, in der er betonte, daß im Grundsätzlichen Einigkeit bestehe; eine Einigung auch in Detailfragen herbeizuführen, sei die Aufgabe der vor der Genfer Konferenz noch stattfindenden Erörterungen und Konferenzen[5].

Inzwischen hat die Sowjetregierung, sekundiert von der Regierung der DDR, ihre Angriffe gegen die Bundesregierung noch weiter verstärkt. Ließen schon die Polemiken in der Note der DDR an die Sowjetunion vom 25. März und in der sowjetischen Note an die Bundesrepublik vom 30. März (vgl. die Anmerkungen zu dem Notenwechsel auf S. D 198 — D 201) die Zielsetzung erkennen, die Bundesrepublik als den „Hauptstörenfried in Europa" hinzustellen, so tritt dieses Bestreben noch deutlicher in einer neuen Notenaktion zutage: In einer Note an die Bundesregierung vom 21. April wiederholte die Sowjetregierung die schon früher verschiedentlich erteilten Warnungen gegen eine atomare Be-

[5]) Vgl. den Wortlaut der Ansprache in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung,* Nr. 65, 9. April 1959.

waffnung der Bundeswehr und gegen die Errichtung amerikanischer Raketenbasen in der Bundesrepublik[6]. Sie bezeichnete eine angebliche Intensivierung dieser Bestrebungen als den Versuch der Bundesregierung, die Genfer Konferenz von vornherein zu sabotieren. Dabei drohte sie mit Gegenmaßnahmen unter Berufung auf eben jene Kapitulationsbedingungen von 1945, deren Gültigkeit hinsichtlich Berlins sie in vielen Verlautbarungen als überholt bezeichnet hat. (Vgl. den Wortlaut der Note auf S. D 203 dieser Folge.) Parallel damit gingen eine Note an die norwegische Regierung vom 19. April, in der diese angegriffen wurde, weil sie den „Forderungen der westdeutschen Militaristen" nach Bereitstellung von Versorgungsbasen in Norwegen nachgebe[7], und eine Note an die Vereinigten Staaten vom 22. April, in der vor Maßnahmen zur atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik gewarnt wurde (vgl. Anmerkung auf S. D 203). Ein Brief des Zentralkomitees der SED an den Parteivorstand der SPD vom 4. April, in dem erklärt wurde, daß der Deutschlandplan der SPD „in mancher Hinsicht die realen Gegebenheiten in der Welt und in Deutschland" berücksichtige[8], begann mit den Worten: „Der Friede ist bedroht, seitdem die Militarisierung und die Atomaufrüstung in Westdeutschland erfolgt. Adenauer, Strauß und Schröder lehnen seit Jahren alle Vorschläge, die der Entspannung dienen, ab, bestehen auf ihren Revancheforderungen und führen entgegen dem Willen des deutschen Volkes die Atomaufrüstung durch[9]." Die SPD hat diesen Brief nicht beantwortet.

(Abgeschlossen am 27. April 1959.)

Kommuniqué über den Besuch von Ministerpräsident Chruschtschow in der DDR vom 4. bis zum 12. März 1959

Auf Einladung der Regierung der DDR weilte der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, Genosse N. S. Chruschtschow, vom 4. bis 12. März 1959 in der Deutschen Demokratischen Republik.

Während seines Aufenthaltes in der Deutschen Demokratischen Republik besuchte Genosse N. S. Chruschtschow die Leipziger Frühjahrsmesse, wo er die Messepavillons und Ausstellungsgelände der sozialistischen, asiatischen und arabischen Länder sowie der wichtigsten Länder des kapitalistischen Westens eingehend besichtigte.

Genosse N. S. Chruschtschow sprach mit Vertretern der Geschäftskreise verschiedener Länder, mit Direktoren von Betrieben, Ingenieuren, Technikern, Arbeitern und Spezialisten. Er machte sich mit neuesten Errungenschaften auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Industrie und der Landwirtschaft sowie mit den Arbeitsbedingungen und der Organisation der Produktion in den auf der Messe vertretenen Ländern bekannt. Die Besichtigung der auf der Messe ausgestellten Waren vermittelte einen Eindruck vom gewaltigen Wachstum der Wirtschaft und Kultur der sozialistischen Länder und ihren sich ständig erweiternden wirtschaftlichen Beziehungen zu allen Ländern der Welt.

Die auf der Leipziger Messe ausgestellten Erzeugnisse der Deutschen Demokratischen Republik zeugten von den hervorragenden Erfolgen bei der Entwicklung der Wissen-

---

6) Vgl. die Note an die Bundesregierung vom 27. April 1957; Wortlaut in: *Die Sowjetunion heute* (sowjetische Botschaft, Bonn), Beilage zu Nr. 13, 1. Mai 1957.

7) Vgl. *Neues Deutschland* vom 22. April 1959.

8) In einer Stellungnahme des Zentralkomitees der SED zum Deutschlandplan der SPD, die als Beilage zum Märzheft der Zeitschrift *Einheit* (hrsg. v. ZK der SED) veröffentlicht wurde, heißt es u. a., der Plan entspreche „hinsichtlich einiger der in ihm enthaltenen Vorschläge den Vorstellungen der SED und den objektiven Interessen der Arbeiterklasse und aller anderen friedliebenden Deutschen". Das ZK der SED übe „kameradschaftliche Kritik" an dem Plan und gehe dabei „von den gemeinsamen Klasseninteressen der deutschen Arbeiter aus". Die Veröffentlichung dieser Stellungnahme erfolgte — nach anfänglicher Ablehnung des Plans — etwa zur gleichen Zeit wie die Veröffentlichung der Rede *Chruschtschows* vor der „Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz" in Leipzig (vgl. Anmerkung 4).

9) Voller Wortlaut des Briefs in: *Neues Deutschland*, Nr. 93, 5. April 1959.

schaft, der Technik, der Kultur und der gesamten Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, die erfolgreich die sozialistische Gesellschaftsordnung aufbaut. Sie zeugten gleichzeitig von der weiteren bedeutenden Erhöhung des Lebensniveaus der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik. Die Leipziger Messe offenbarte ferner die großen Möglichkeiten für die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen im Interesse der friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Völkern und der Festigung des Friedens.

Genosse N. S. Chruschtschow sprach auf einer Massenkundgebung in Leipzig. Er nahm außerdem an der Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz auf Einladung ihres Ständigen Ausschusses teil. Die Rede des Genossen N. S. Chruschtschow auf der Konferenz wurde von den Vertretern der Arbeiterbewegung beider deutscher Staaten, von den Gewerkschaftsfunktionären verschiedener politischer Richtungen mit großer Begeisterung aufgenommen.

In den Ansprachen auf Empfängen, in Gesprächen mit Vertretern der Oeffentlichkeit, mit Politikern und Geschäftsleuten unterstrich Genosse N. S. Chruschtschow immer wieder die Wichtigkeit der allseitigen Erweiterung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen zwischen den Staaten und die ständig wachsende Rolle der traditionellen Leipziger Messe, die zu einer Art internationalem Wirtschaftskongreß geworden ist.

Genosse N. S. Chruschtschow berichtete über die gewaltigen Handelsmöglichkeiten der Sowjetunion und unterstrich, daß die Entwicklung umfassender Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und den Staaten der kapitalistischen Welt eine immer größere Rolle bei der Annäherung zwischen den Völkern und der Festigung der friedlichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten spielt. Er hob besonders die Bedeutung des Außenhandels als einer gesunden und dauerhaften Grundlage hervor, auf der sich die friedliche Koexistenz von Staaten mit verschiedenen sozial-ökonomischen Systemen erfolgreich entwickeln kann. Das schafft seinerseits die notwendigen Voraussetzungen dafür, daß sich die politischen Beziehungen zwischen den Staaten festigen und das gegenseitige Vertrauen zwischen den Völkern wächst.

Bei der Erläuterung der Politik der Sowjetunion bekräftigte Genosse N. S. Chruschtschow erneut, daß die Sowjetregierung wie bisher so auch künftig für die Sache des Friedens eintreten und alles tun wird, um einen Krieg zu verhindern. In diesem Zusammenhang unterstrich Genosse N. S. Chruschtschow besonders, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Liquidierung des Besatzungsregimes in Westberlin unter den gegenwärtigen Bedingungen als wichtigste Voraussetzung für die Gewährleistung eines dauerhaften Friedens in Europa unaufschiebbar sind.

Der Erste Sekretär des ZK der SED, Genosse Walter Ulbricht, und der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Genosse Otto Grotewohl, bekräftigten in ihren Erklärungen die Entschlossenheit der Deutschen Demokratischen Republik, mit allen Kräften zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa, zur Entwicklung einer vertrauensvollen und sachlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten beizutragen. Sie erklärten erneut, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und alle demokratischen Parteien der Nationalen Front des demokratischen Deutschland keine Anstrengungen scheuen werden, um zum schnellstmöglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu gelangen. Das wird ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Lösung der nationalen Aufgabe des deutschen Volkes, zur Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat, sein.

Nach der Beendigung des Besuches der Leipziger Messe begaben sich Genosse N. S. Chruschtschow und die ihn begleitenden Personen gemeinsam mit dem Ersten Sekretär des ZK der SED, Genossen Walter Ulbricht, und dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Genossen Otto Grotewohl, in die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, wo sie von der Bevölkerung der Stadt aufs herzlichste begrüßt wurden.

In Berlin stattete der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, Genosse N. S. Chruschtschow, dem Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Genossen Wilhelm Pieck, einen Besuch ab und hatte mit ihm eine freundschaftliche Unterredung.

Genosse N. S. Chruschtschow besuchte das Berliner Rathaus und hatte mit dem Oberbürgermeister von Groß-Berlin, Genossen Friedrich Ebert, und den Mitgliedern des Berliner Magistrats eine Aussprache. Genosse N. S. Chruschtschow sprach ferner auf einer Massenkundgebung der Werktätigen der Hauptstadt der DDR.

Anläßlich des Aufenthaltes des Genossen N. S. Chruschtschow in der DDR gaben der Erste Sekretär des ZK der SED, Genosse Walter Ulbricht, und der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Genosse Otto Grotewohl, im Berliner Rathaus einen großen Empfang. Genosse N. S. Chruschtschow gab seinerseits im Gebäude der sowjetischen Botschaft einen Empfang.

Genosse N. S. Chruschtschow nahm ferner an dem Empfang teil, der vom ZK der SED und dem Ministerrat der DDR zu Ehren des 65. Geburtstages des Genossen Otto Grotewohl gegeben wurde.

In Berlin fanden zwischen dem Ersten Sekretär des ZK der SED, Genossen Walter Ulbricht, und dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Genossen Otto Grotewohl, einerseits und dem Ersten Sekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Genossen N. S. Chruschtschow, andererseits mehrere Zusammenkünfte statt. In ihnen wurde eine ganze Reihe beide Seiten interessierender internationaler Fragen beraten. An den Zusammenkünften nahmen ebenfalls die Mitglieder des Politbüros des ZK der SED und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Minister für Nationale Verteidigung, Willi Stoph, Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Heinrich Rau und der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission Bruno Leuschner sowie der Vorsitzende der National-Demokratischen Partei Deutschlands und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Dr. Lothar Bolz, das Mitglied des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Minister für Gesundheitswesen Max Sefrin, der stellvertretende Vorsitzende der Demokratischen Bauern-Partei Deutschlands und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Paul Scholz, der Vorsitzende der Liberal-Demokratischen Partei und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Dr. Hans Loch, der Präsident der Volkskammer der DDR, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, der Präsident des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Professor Dr. Dr. Erich Correns, das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Alfred Neumann, das Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Oberbürgermeister von Groß-Berlin, Friedrich Ebert, das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Professor Albert Norden, der Kandidat des Politbüros des ZK der SED und 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin, Paul Verner, der Kandidat des Politbüros des ZK der SED, Alois Pisnik, das Mitglied des ZK der SED und Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Otto Winzer, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der DDR in der UdSSR Johannes König und der Leiter des Büros des Präsidiums des Ministerrates Staatssekretär Anton Plenikowski von deutscher Seite sowie der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR W. A. Sorin und der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik M. G. Perwuchin von sowjetischer Seite teil.

Im Verlaufe des Meinungsaustausches wurde volle Einmütigkeit über die Einschätzung der internationalen Lage und über die Wege zur Lösung der wichtigsten Fragen festgestellt, die mit der Erhaltung des Friedens und der Gewährleistung der europäischen Sicherheit verbunden sind.

Besondere Bedeutung wurde dabei der Vorbereitung für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Lösung der Frage der Liquidierung des Besatzungsregimes in Westberlin beigemessen.

Beide Seiten sind der festen Ansicht, daß die Frage der Friedensregelung mit Deutschland gegenwärtig besonders aktuell geworden ist. Es kann nicht als normal betrachtet werden, daß das deutsche Volk fast 14 Jahre nach Beendigung des Krieges noch immer ohne Friedensvertrag ist. Das nimmt ihm die Möglichkeit, seine staatliche Souveränität in vollem Umfange zu verwirklichen. Auf deutschem Territorium befinden sich noch immer ausländische Truppen, und in einigen Teilen Deutschlands, insbesondere in Westberlin, besteht bis zum heutigen Tage ein Besatzungsregime, das jeglicher moralischen und rechtlichen Grundlage entbehrt. Das Fehlen eines Friedensvertrages mit Deutschland wird von friedensfeindlichen Kräften für eine Verschärfung in den Beziehungen zwischen den Staaten ausgenutzt. Es verstärkt die Spannungen in den internationalen Beziehungen und löst berechtigte Beunruhigung um das Schicksal des Friedens in Europa aus. Die Verschleppung einer Friedensregelung wird von den Westmächten ausgenutzt, um die Spaltung Deutschlands zu vertiefen. Der westliche Teil Deutschlands, die Deutsche Bundesrepublik, wurde in den aggressiven Block der imperialistischen Mächte, die NATO, einbezogen und wird zum Hauptstützpunkt dieses Blocks in Europa gemacht. Die Remilitarisierung Westdeutschlands wird von der ständig zunehmenden Vorbereitung eines Atomkrieges begleitet. Das stellt eine ernsthafte Gefahr sowohl für die Nachbarn Deutschlands als auch für das deutsche Volk selbst dar.

Alle, die an der Erhaltung des Friedens interessiert sind, können dieser gefährlichen Entwicklung nicht gleichgültig zusehen. Die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion sind einig in ihrem Entschluß, zusammen mit allen friedliebenden Völkern alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Wiederholung der verhängnisvollen Ereignisse der Vergangenheit zu verhindern und jeden Versuch zu vereiteln, neue Kriegsabenteuer zu entfachen.

Den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland betrachten sie als äußerst wichtige und vordringlichste Maßnahme. Der Friedensvertrag mit Deutschland, der den nationalen Interessen des deutschen Volkes entspricht, würde eine wichtige Rolle bei der Normalisierung der Lage in Europa und der Gewährleistung der Sicherheit aller europäischen Staaten spielen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann der Friedensvertrag von beiden deutschen Staaten — von der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik — und, wenn eine deutsche Konföderation gebildet werden sollte, auch in ihrem Namen unterzeichnet werden. Die Bildung einer Konföderation beider deutscher Staaten würde den direkten Weg zur Lösung der nationalen Aufgabe des deutschen Volkes, zur Wiedervereinigung Deutschlands, eröffnen. Beide Regierungen sind überzeugt, daß die Idee der Schaffung einer Konföderation das erforderliche Verständnis und die einmütige Unterstützung auch aller friedliebenden und patriotischen Kräfte Westdeutschlands finden wird.

Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland würde auch das Besatzungsregime in Westberlin beseitigt werden. Die realste Lösung der Berliner Frage unter den gegenwärtigen Bedingungen bestünde darin, Westberlin den Status einer Freien Stadt zu geben. Das würde die Normalisierung der Lage in Berlin gewährleisten.

Die Bevölkerung Westberlins bekäme die Möglichkeit, unter Beibehaltung der bestehenden sozial-ökonomischen Ordnung, ihr wirtschaftliches und kulturelles Leben frei zu entfalten und Beziehungen sowohl mit beiden Teilen Deutschlands als auch mit den anderen Ländern der Welt zu unterhalten.

Die Regierung der Sowjetunion begrüßt die Bereitschaft der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Westberlin, das auf dem Territorium der Deutschen

Demokratischen Republik liegt, im Interesse der Entspannung der Lage in Deutschland den Status einer entmilitarisierten Freien Stadt zu gewähren. Dabei wurden die Grundprinzipien behandelt, die bei der Ausarbeitung eines Statuts der Freien Stadt Westberlin durch die interessierten Staaten zugrunde gelegt werden können und die eine freie und unabhängige Entwicklung der Freien Stadt gewährleisten müssen. Die Regierung der DDR bekräftigt ihre früheren Erklärungen, daß sie den Status einer Freien Stadt in vollem Umfange achten wird.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik brachte erneut ihre Bereitschaft zum Ausdruck, die ungehinderte Verbindung der Freien Stadt Westberlin mit der Außenwelt sowohl in östlicher als auch in westlicher Richtung zu garantieren. Die Regierung der Sowjetunion bestätigte gleichzeitig ihre Bereitschaft, an Garantien der vier Großmächte für die Gewährleistung der Unabhängigkeit der Freien Stadt Westberlin und der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten teilzunehmen. Beide Regierungen erklärten sich damit einverstanden, daß an diesen Garantien die Organisation der Vereinten Nationen teilnimmt.

Die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion verurteilen entschieden den Standpunkt der Westmächte und der Deutschen Bundesrepublik, die gegen eine Friedensregelung mit Deutschland und gegen die Beseitigung des Besatzungsregimes in Westberlin auftreten. Insbesondere wurde die Politik der von Kanzler Adenauer geführten Regierung der Deutschen Bundesrepublik verurteilt, die das Haupthindernis für die Friedensregelung mit Deutschsland ist, Westdeutschland der Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung beraubt und es immer weiter auf den Weg des Militarismus und Revanchismus stößt.

Diese Politik kann nur zur Verschärfung der Spannungen und zur Entstehung von Konflikten zwischen den Staaten führen, die schwere Folgen für die Völker in sich bergen. Die Regierungen beider Staaten erklärten, daß die Regierungen der USA, Englands, Frankreichs und der Deutschen Bundesrepublik die gesamte Verantwortung für die Folgen einer solchen Politik in vollem Umfang tragen. Was die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion betrifft, so bestätigten sie ihre Entschlossenheit, den schnellstmöglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland anzustreben. Die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion sprachen sich einmütig für die möglichst rasche Einberufung einer Konferenz der Regierungschefs der entsprechenden Mächte zur Lösung von Fragen der Minderung der internationalen Spannungen und der friedlichen Regelung strittiger Probleme aus sowie für die Einberufung einer Konferenz der Außenminister der UdSSR, der USA, Englands, Frankreichs, Polens und der Tschechoslowakei unter Teilnahme von Vertretern beider deutscher Staaten — der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik — zur Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland und zur Beratung der schnellsten Liquidierung des Besatzungsregimes in Westberlin.

Die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion stellten mit besonderer Genugtuung fest, daß sich die herzliche und brüderliche Freundschaft zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion ständig festigt. Sie bekräftigten ihre Entschlossenheit, auch künftig die Freundschaft zwischen dem deutschen Volke und den Völkern der Sowjetunion zu stärken. Beide Staaten werden auch weiterhin einander Hilfe in allen Fragen gewähren und allseitige sachliche Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Vorteils und der gegenseitigen Achtung der Interessen pflegen.

Genosse N. S. Chruschtschow übergab im Namen des Zentralkomitees der KPdSU und des Ministerrates der UdSSR an das Zentralkomitee der SED und die Regierung der DDR die Einladung, der Sowjetunion in nächster Zeit einen Freundschaftsbesuch abzustatten.

Das Zentralkomitee der SED und der Ministerrat der DDR begrüßen diese Einladung und nahmen sie mit Dank an.

Die Partei- und Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik wird die Sowjetunion im Mai 1959 besuchen.

Quelle: *Neues Deutschland*, Nr. 71, 12. März 1959.

Rundfunk- und Fernsehansprache Präsident Eisenhowers vom 16. März 1959

Ich möchte heute abend zu Ihnen über zwei Themen sprechen: Einmal über eine Stadt, die mehr als 4000 Meilen entfernt liegt, nämlich West-Berlin. In einer geteilten Welt ist diese Stadt seit einem Jahrzehnt ein Symbol der Freiheit. Aber in jüngster Zeit ist ihr Name auch zu einem Symbol für die Bemühungen des imperialistischen Kommunismus geworden, die freie Welt zu spalten, uns aus dem Gleichgewicht zu bringen und unseren Willen zur Erhaltung unserer kollektiven Sicherheit zu schwächen.

Zum zweiten werde ich zu Ihnen über den Stand der Verteidigung der USA und die Fähigkeit der freien Welt sprechen, den ständigen Herausforderungen der Sowjets zu begegnen, die sich gegen den Frieden und unsere eigene Sicherheit richten.

Zuerst West-Berlin.

Sie haben in jüngster Zeit viel über diese Stadt gehört und sich vielleicht gewundert, warum dort überhaupt amerikanische Truppen sind. Wie kamen wir eigentlich dorthin? Welche Verantwortungen haben wir im Zusammenhang mit dieser Stadt, und wie kamen wir zu ihnen? Warum hat sich um diese Stadt herum eine Lage entwickelt, die erneut eine der immer wiederkehrenden Bedrohungen des Friedens darstellt, die den Stempel sowjetischer Machart tragen?

Lassen Sie mich mit einem kurzen Ueberblick über die jüngste Geschichte beginnen.

Wir haben zunächst einmal die Rechte und Pflichten in West-Berlin auf Grund des Zweiten Weltkrieges erworben. Noch vor Ende des Krieges, als die Niederlage und Kapitulation Nazi-Deutschlands abzusehen waren, haben die alliierten Mächte, einschließlich der Sowjetunion, Abkommen unterzeichnet, in denen die Besatzungszonen in Deutschland und Berlin festgelegt wurden, die sie übernehmen wollten.

Auf Grund dessen wurden Deutschland und die Stadt Berlin in vier Zonen aufgeteilt, die von amerikanischen, britischen, französischen und sowjetischen Truppen besetzt wurden.

Gemäß den während des Krieges getroffenen Abkommen, die ich erwähnte, schritten die westlichen Alliierten zu der Besetzung West-Berlins und zogen ihre Truppen aus der Sowjetzone zurück. Die Grenzen der Sowjetzone wurden also, ebenso wie unsere Anwesenheit in Berlin, auf Grund dieser gleichen Abkommen festgelegt. Weiter wurde ebenfalls durch eine Uebereinkunft der Besatzungsmächte den westlichen Alliierten — USA, Großbritannien und Frankreich — der freie Zugang nach Berlin garantiert.

Ich habe hier in meinen Amtsräumen eine Karte von Deutschland. Der helle Teil auf dieser Karte ist Westdeutschland — der dunklere ist Ostdeutschland. Die hellgrauen Streifen sind die Luftkorridore nach Berlin — und die punktierten Linien zeigen die Hauptstraßen und Eisenbahnlinien, die einen Zugang zu der Stadt gewähren. Dabei ist festzustellen, daß die Stadt Berlin 110 Meilen innerhalb Ostdeutschlands liegt. Weiter sehen Sie hier das heute zu Ostdeutschland gehörende Gebiet, das im Zweiten Weltkrieg von unseren Streitkräften erobert und den Russen auf Grund politischer Abmachungen, die vor der Beendigung des Krieges getroffen worden waren, übergeben wurde. Das zu Ende des Zweiten Weltkrieges von uns und unseren Kriegsgefährten

verkündete Ziel war die Befriedung und schließlich die Einigung Deutschlands in Freiheit.

Wir kamen alle überein, diese Aufgabe durchzuführen. Seit jener Zeit haben die Vereinigten Staaten niemals die völkerrechtliche Verpflichtung der Alliierten Regierungen aus den Augen verloren, eine gerechte Friedensregelung mit Deutschland zu erreichen und die Besetzung Deutschlands nicht unnötigerweise zu verlängern.

Die geschichtlichen Tatsachen zeigen deutlich, daß eine solche Regelung einzig und allein von den Sowjets verhindert worden ist. Es wurde schon sehr schnell klar, daß die sowjetischen Machthaber an der Schaffung eines freien, vereinten Deutschland nicht interessiert und entschlossen waren, die Westmächte zum Verlassen Berlins zu bewegen oder sie dazu zu zwingen.

Vor zehn Jahren lenkte Senator John Foster Dulles — heute unser großer Außenminister — die Aufmerksamkeit auf die grundlegende Zielsetzung der sowjetischen Regierung. Er sagte, dieses Ziel war „nichts weniger als die Weltherrschaft, die dadurch erreicht werden sollte, daß man nacheinander in jedem der vielen vom Kriege heimgesuchten Länder die politische Macht an sich reißt, so daß am Ende die Vereinigten Staaten, die offen als der Hauptfeind bezeichnet wurden, isoliert und fest eingekreist sein würden".

Die derzeitigen Anstrengungen der Sowjets in bezug auf Berlin liegen auf der Linie dieser grundlegenden Zielsetzung. Der außerordentliche Druck — der diese Zielsetzung eindeutig aufzeigte — wurde erstmalig im Jahre 1948 fühlbar, als die Kommunisten eine Blockade verhängten, um die westlichen Schutztruppen aus Berlin zu vertreiben und die Bevölkerung der Stadt durch Hunger zur Unterwerfung zu zwingen. Dieser Plan schlug fehl. Ein freies Volk und eine dramatische Luftbrücke zerbrachen die kommunistischen Machenschaften. Schließlich gaben die Kommunisten die Blockade auf und schlossen 1949 mit den Westmächten ein Abkommen, das unser Recht auf einen ungehinderten Zugang (nach Berlin) erneut bestätigte. Dann gaben die Sowjets im November vorigen Jahres ihre Absicht bekannt, diese feierliche Verpflichtung aufzukündigen. Wieder einmal scheinen sie nach der kommunistischen Formel vorzugehen, wonach „Versprechungen wie die Kruste eines Kuchens sind, die dazu da ist, gebrochen zu werden".

Die Sowjetregierung hat weiter ihre Absicht bekanntgegeben, einen Friedensvertrag mit dem ostdeutschen Marionetten-Regime abzuschließen. Ein derartiger Vertrag, so behaupten die Sowjets, würde unsere Besatzungsrechte und unser Recht auf freien Zugang aufheben. Vom moralischen und rechtlichen Standpunkt ist es natürlich klar, daß kein sogenannter „Friedensvertrag" zwischen den Sowjets und dem ostdeutschen Regime irgendeine Auswirkung auf unsere Rechte haben kann.

Die sowjetische Drohung, die von verschiedenen und immer wieder anderen Vorschlägen in bezug auf den Status der Stadt begleitet war, ist seitdem verschiedentlich wiederholt worden. Die Vorschläge der Sowjets schlossen unter anderem ein vages Angebot ein, den westlichen Teil Berlins — nicht aber den östlichen Teil, den die Sowjets kontrollieren — zu einer sogenannten „Freien Stadt" zu machen.

Es ist keineswegs klar, wovon West-Berlin befreit sein würde, außer vielleicht von der Freiheit selbst. Es würde nicht von der ständigen Gefahr einer kommunistischen Herrschaft befreit sein. Niemand, und bestimmt nicht die zwei Millionen West-Berliner, kann die kalte Tatsache ignorieren, daß dieser Teil Berlins von zahlreichen Divisionen sowjetischer und ostdeutscher Truppen eingekreist und von einem Gebiet umgeben ist, das von Behörden kontrolliert wird, die sich der Beseitigung der Freiheit in diesem Gebiet verschrieben haben.

Grundsätzlich können die Vereinigten Staaten das Recht irgendeiner Regierung nicht anerkennen, feierlich geschlossene Verträge, an denen wir ebenso wie andere beteiligt sind, einseitig aufzukündigen. Was nun aber die Lage in Berlin betrifft, so geht es dort um freie Menschen und freie Prinzipien.

Welche grundsätzlichen Möglichkeiten haben wir nun in dieser Lage, zwischen denen wir wählen können?

Zuerst einmal gibt es natürlich die Alternative, die die sowjetischen Machthaber uns am liebsten aufzwingen möchten. Sie hoffen, wir könnten durch Drohungen zur Aufgabe unserer Rechte gezwungen werden — die in Wirklichkeit Verpflichtungen mit dem Ziel sind, an der Herbeiführung einer gerechten und friedlichen Lösung des deutschen Problems mitzuwirken —, Rechte, die die amerikanischen und alliierten Soldaten mit ihrem Leben erkauften.

Wir haben nicht die Absicht, unsere Rechte aufzugeben oder ein freies Volk im Stich zu lassen. Die sowjetischen Machthaber sollten nicht vergessen, daß freie Männer schon früher für die sogenannten „Fetzen Papier" gestorben sind, die Pflicht, Ehre und Freiheit bedeuteten. Wenn wir unseren Verpflichtungen ausweichen würden, so würden damit für uns keine Probleme gelöst. Es würde das Ende aller Hoffnungen auf ein Deutschland bedeuten, das von einer von den Deutschen selbst gewählten Regierung regiert wird. Es würde unter unseren Freunden die ernsthaftesten Zweifel an der Gültigkeit aller internationalen Abkommen und Verpflichtungen aufkommen lassen, die wir mit ihnen in allen Teilen der Welt abgeschlossen haben. Es würde zum Beispiel zu dem Ergebnis führen, daß das gegenseitige Vertrauen untergraben wird, auf dem unser gesamtes kollektives Sicherheitssystem begründet ist. Dies würden die Sowjets als einen großen Sieg über den Westen feiern. Es liegt ganz klar auf der Hand, daß diese Alternative für uns nicht akzeptabel ist.

Die zweite Alternative, mit der zu beschäftigen die Sowjets uns gezwungen haben, ist die Möglichkeit eines Krieges.

Natürlich wünschen das amerikanische Volk und die westlichen Völker keinen Krieg. Weltweite Konflikte unter modernen Bedingungen könnten die Vernichtung der Zivilisation bedeuten. Die sowjetischen Machthaber selbst sind sich dieser Tatsache voll bewußt. Aber die Geschichte hat uns eine harte Lehre erteilt, die Lehre nämlich, daß keine Nation den Schrecken des Krieges erfolgreich durch die Weigerung, ihre Rechte zu verteidigen, vermeiden kann, indem sie versucht, die Aggression zu besänftigen. Welches Risiko eines bewaffneten Konflikts der gegenwärtigen Situation um Berlin auch innewohnen mag, es ist von den sowjetischen Machthabern planmäßig heraufbeschworen worden.

Die Rechtmäßigkeit unserer Position wird durch die Tatsache bewiesen, daß sie praktisch einmütig von der West-Berliner Bevölkerung unterstützt wird. Das Risiko eines Krieges wird verringert, wenn wir fest bleiben. Ein Krieg würde wahrscheinlicher werden, wenn wir nachgeben und eine Herrschaft des Terrors und nicht eine Herrschaft des Rechts und der Ordnung ermutigen. Dies ist in der Tat die Friedenspolitik, die zu verwirklichen wir uns in der ganzen Welt bemühen. In dieser Politik liegen die besten Hoffnungen der Welt für den Frieden begründet.

Unsere letzte Alternative sind Verhandlungen, während wir doch gleichzeitig fortfahren, für unsere Sicherheit gegen jede mögliche Bedrohung zu sorgen. Wir bemühen uns gerade im Augenblick um bedeutungsvolle Verhandlungen. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten stehen bereit, mit den sowjetischen Vertretern zu jeder Zeit und unter allen Bedingungen zu sprechen, die Aussichten auf angemessene Ergebnisse bieten.

Wir haben keine selbstsüchtigen, materiellen Ziele im Auge. Wir wollen nicht die Herrschaft über andere — wir wollen lediglich einen gerechten Frieden für die Welt und im besonderen zum derzeitigen Augenblick für die am meisten betroffenen Völker. Wir sind bereit, alle Vorschläge zu prüfen, die dazu beitragen könnten, den betroffenen europäischen Völkern Sicherheit zu geben und ihnen Rechnung zu tragen. Wir sind gewillt, uns neue Ideen anzuhören, und bereit, andere vorzutragen. Wir werden alles in unseren Kräften Stehende tun, um ernsthafte Verhandlungen zustande zu bringen und diesen Verhandlungen Bedeutung zu verleihen.

Es muß jedoch ganz eindeutig klar sein, was wir nicht tun können.

Wir können nicht versuchen, den Frieden dadurch zu erkaufen, daß wir die zwei Millionen freie Menschen in Berlin opfern. Wir können nicht einer ständigen und zwangsweisen Teilung des deutschen Volkes zustimmen, die Mitteleuropa zu einem ständigen Pulverfaß machen würde, obwohl wir bereit sind, mit allen beteiligten Nationen jeden vernünftigen Weg zu seiner schließlichen Wiedervereinigung zu erörtern. Wir können nicht das einfach in Anspruch genommene Recht irgendeines Landes anerkennen, seine internationalen Abkommen nicht einzuhalten, sobald ihm dies gefällt. Wenn wir eine solche Auffassung akzeptieren würden, so würden die ganzen Verhandlungen reiner Hohn sein. Wir dürfen nicht durch Schwäche oder Unentschlossenheit das Risiko eines Krieges vergrößern. Schließlich können wir nicht, nur um die sogenannte „Flexibilität" zu demonstrieren, irgendein Abkommen oder eine Absprache akzeptieren, die die Sicherheit der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten unterminieren würden.

Die sowjetische Note vom 2. März scheint ein Schritt zu Verhandlungen auf einer verbesserten Grundlage zu sein. Wir würden niemals unter einer uns diktierten zeitlichen Begrenzung oder einer uns diktierten Tagesordnung oder unter anderen untragbaren Bedingungen verhandeln. Angesichts des veränderten Tones der sowjetischen Note arbeiten wir jedoch zusammen mit unseren Alliierten eine Antwort auf diese Note aus. Ich hoffe, daß wir alle auf diese Weise zu einem Uebereinkommen mit den Sowjets über eine baldige Konferenz auf der Ebene der Außenminister gelangen können. Vorausgesetzt, daß die Entwicklungen eine Konferenz auf höchster Ebene im Sommer rechtfertigen, wären die Vereinigten Staaten bereit, sich an diesem weiteren Bemühen zu beteiligen.

Unser Standpunkt ist also der: Wir werden nicht einen Zoll von unseren Verpflichtungen zurückweichen. Wir werden weiterhin unser Recht auf friedlichen Zugang von und nach Berlin ausüben. Wir werden nicht die ersten sein, die den Frieden brechen; es sind die Sowjets, die mit Gewaltanwendung drohen, um diesen freien Zugang zu behindern. Wir sind bereit, uns voll und ganz an jedem aufrichtigen Versuch auf dem Verhandlungswege zu beteiligen, der die bestehenden Rechte aller respektiert und ihnen die Möglichkeit gibt, in Frieden zu leben.

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten in Berlin sind nicht der erste Hemmschuh, den der Internationale Kommunismus auf die Straße zum Frieden geworfen hat. Die Welt hat in den vergangenen zwölf Jahren kaum eine Verringerung der Spannungen erlebt. Solange das kommunistische Imperium weiterhin die Weltherrschaft anstrebt, werden wir mit Bedrohungen des Friedens in der verschiedensten Form und an den verschiedensten Orten rechnen müssen. Wir haben in einer Epoche gelebt, in der von den Sowjets hervorgerufene Krisen wie Glasperlen auf einer Schnur aneinandergereiht sind, und wir werden auch weiterhin in einer solchen Zeit leben.

Gleichgültig, wie lange diese Zeit dauern wird, werden wir ständig bereit sein müssen, die Aggression zurückzuweisen, ob sie nun auf politischem, wirtschaftlichem oder militärischem Gebiet erfolgt. An jedem Tag wird unsere Politik des Friedens einer neuen

Bewährungsprobe unterworfen werden. Wir müssen standhaft und entschlossen bleiben und fest zu unserer eigenen, sorgfältig durchdachten Politik stehen. Wir müssen vermeiden, aus Furcht oder mangelndem Vertrauen von dem Wege abzuweichen, den Selbstachtung, Würde und Freiheitsliebe uns weisen. Ein solches Abweichen würde ein Verschwenden der schöpferischen Kräfte unseres Volkes bedeuten, auf denen unsere wirkliche Sicherheit beruht. Dies werden wir niemals tun.

Der Aufbau des Friedens und die Erhaltung der Sicherheit der freien Welt werden Maßnahmen auf allen Gebieten des menschlichen Lebens erfordern. Dies kann nur geschehen, wenn die Völker der freien Welt eng zusammenarbeiten, ihre Differenzen beilegen, ihre gemeinsamen Lasten teilen und ihre gemeinsamen Ziele verfolgen. Wir unternehmen gegenwärtig einen solchen Versuch, und wir nennen ihn Gemeinsame Sicherheit.

Wir sind uns darüber im klaren, daß die Freiheit unteilbar ist. Wo immer in der Welt die Freiheit zerstört wird, wird auch jede andere freie Nation dadurch in Mitleidenschaft gezogen.

Wenn die Vereinigten Staaten allein die volle Bürde der Verteidigung ihrer Interessen gegenüber der kommunistischen Bedrohung zu tragen hätten, dann müßten wir einen weitaus größeren Teil unserer Männer zu den Streitkräften einberufen, weit mehr Milliarden Dollar ausgeben und all unsere Hilfsquellen und Möglichkeiten einer weitaus größeren Belastung unterziehen. Wir würden mehr und mehr zu einem Festungsstaat werden.

Glücklicherweise brauchen wir einen solchen verzweifelten Kurs nicht einzuschlagen. Nahezu fünfzig Nationen haben sich mit uns in einer gemeinsamen Anstrengung zum Schutze der Freiheit zusammengeschlossen. Dieses System der Gemeinsamen Sicherheit gestattet es jeder Nation, die Streitkräfte aufzustellen, die sie am besten unterhalten kann.

Wie stark sind diese Streitkräfte? Was tragen wir zu den gemeinsamen Anstrengungen bei? Worauf können wir bei unseren Alliierten zählen?

Lassen Sie mich zuerst einen Blick auf unseren eigenen Beitrag werfen. Lassen Sie mich dieses Problem von dem Standpunkt unserer eigenen Sicherheit betrachten. In der jüngsten Zeit habe ich — und ich bin sicher, auch das amerikanische Volk — widersprüchliche Ansichten über unsere Verteidigung gehört oder gelesen. Wir haben gehört, daß unsere militärische Position einem ausgeglichenen Haushalt untergeordnet und dadurch unsere nationale Verteidigung gefährdet worden sei. Wir haben gehört, daß unsere Verteidigung gegenwärtig nicht genügt, um den sich wiederholenden kommunistischen Drohungen zu begegnen, oder daß sie irgendwann in der Zukunft nicht genügen wird. Wir haben gehört, daß unter den gegenwärtigen Umständen größere Streitkräfte notwendig sind, als ich sie empfohlen habe, daß dies zumindest aus psychologischen Gründen, wenn nicht aus anderen, notwendig wäre.

Meine Freunde, derartige Behauptungen sind einfach nicht wahr. Sie entbehren jeder Grundlage. Es ist jedoch nicht wahrscheinlich, daß solche Behauptungen die Sowjetunion zu einer falschen Beurteilung unserer wahren Stärke veranlassen werden — und das ist in der Tat gut so.

Die Planung unserer Verteidigung ist das Ergebnis der besten von den verschiedensten Seiten abgegebenen Urteile, auf die wir bei der Erfüllung unserer Sicherheitsbedürfnisse zurückgreifen können. Wir verwenden große Summen für die Aufrechterhaltung von Streitkräften, die einen nuklearen Vergeltungsschlag führen können. Diese Fähigkeit ist ein unerläßliches Abschreckungsmittel für jede gegen uns gerichtete Aggression. Der Kern unserer abschreckenden Streitmacht ist das strategische Luftkommando mit seinen Langstreckenbombern. Sie werden verstärkt durch die Flugzeuge der Marine und durch

die Raketen der verschiedensten Typen sowie durch die taktischen Jagdbomber. Zu diesem Aufgebot werden in Kürze noch Waffen mit einer noch größeren Kraft und Wirksamkeit hinzukommen.

Die Schlagkraft unserer gesamten militärischen Machtmittel stellt eine fast unvorstellbare Zerstörungsgewalt dar. Sie wird durch ein schnell reagierendes Warnsystem von ungeheurem Ausmaß und gewaltige Luftverteidigungsstreitkräfte geschützt.

Diese große Vergeltungsstreitmacht wird in immer stärkerem Maße Mittelstrecken- wie auch Langstreckenraketen zur Verfügung haben, die in der Lage sind, jeden Zielpunkt auf der Erde zu erreichen. Während wir die stetige Uebergangsperiode von Bombenflugzeugen zu Raketen als Rückgrat dieser Einsatzmacht durchmachen, fahren wir doch nichtsdestoweniger fort, die Bombenflugzeuge, so schlagkräftig wir sie auch zur Zeit halten, durch andere zu ersetzen, die eine noch größere Schlagkraft, Reichweite und Schnelligkeit besitzen. Dadurch stellen wir die Notwendigkeiten für dieses Jahr und die nächstfolgenden Jahre in Rechnung, während wir gleichzeitig für die ferne Zukunft planen, entwickeln und bauen.

Wir beschäftigen uns rastlos mit Aufgaben der Forschung, Entwicklung und Produktion, um unsere Streitkräfte mit neuen Waffen auszurüsten. Dieser Prozeß ist unheimlich kostspielig, selbst wenn wir nur in Geld denken. Wenn wir über einen längeren Zeitraum hinaus die Probleme bewältigen sollen, die uns die Sicherheit stellt, so können wir nicht ständig von der Zukunft borgen, um den Erfordernissen der Gegenwart zu entsprechen.

Wir müssen daher unsere Hilfsquellen auf die Dinge konzentrieren, die wir am dringendsten benötigen, und die Programme hintanstellen, die weniger entscheidende Beiträge für unser Land leisten. Eine wirksame Verteidigung steht an erster Stelle.

Es gibt keinen Zweig der Verteidigung, auf den wir soviel Können, Kenntnisse und Geldmittel verwandt haben wie auf die Entwicklung von Raketen. Ich möchte Sie bitten, Ihren Blick auf drei Tabellen mit Raketen zu richten. Die erste Tabelle zeigt 17 verschiedene Typen von Raketen, die zur Zeit von unseren Streitkräften benutzt werden. Die zweite Tabelle zeigt Raketen, die im Jahre 1959 zur Verfügung stehen werden. Es handelt sich um 11 verschiedene Typen. Die dritte Tabelle zeigt weitere 13 Typen von Raketen, die sich jetzt in den verschiedenen Stadien der Forschung und Entwicklung befinden. Insgesamt haben wir 41 Typen von Raketen.

Natürlich gibt es ständig Verbesserungen, und neue und bessere Waffen treten laufend an die Stelle der älteren und weniger wirksamen Typen. Das erste Modell irgendeines neuen Ausrüstungsstückes ist immer verhältnismäßig primitiv. Die erste Nähmaschine, die erste Schreibmaschine, das erste Automobil — sie alle ließen viel zu wünschen übrig. Und selbst die Raketen, die heute noch so etwas Verwirrendes für uns sind, werden bald die Anfangsmodelle — die „Großmütter" — des Raketenzeitalters sein. Wir dürfen niemals am Veralteten festhalten.

Zusätzlich zu den Kräften, die unsere Vergeltungsstreitmacht darstellen, verfügen wir über wirksame und bewegliche See-, Boden- und Landungsstreitkräfte. Wir können ferner auf ein ständig wachsendes Aufgebot an mit Atomkraft getriebenen Schiffen — Unterseeboote wie Ueberwasserfahrzeuge — zurückgreifen.

Die weltweite Verteilung unserer Armeedivisionen, einschließlich der Raketeneinheiten, steigert die Fähigkeit der amerikanischen Armee und des Marinekorps, auf schnellstem Wege die erforderlichen Streitkräfte in jedem Krisengebiet einzusetzen. Bei uns in den USA ist das strategische Armeekorps bereit und in der Lage, sich so schnell wie erforderlich in jedes Gebiet der Welt zu verlegen.

Ich bin der Ueberzeugung, daß das amerikanische Volk moderne, wirksame und ausreichende militärische Einrichtungen wünscht und daß es ein Anrecht darauf hat. Ich bin ferner davon überzeugt, daß es dafür auf unbegrenzte Zeit die Mittel aufbringen kann und daß es jetzt über diese Einrichtungen verfügt und auch weiterhin darüber verfügen wird. Ich werde in dieser Ueberzeugung bestärkt durch den Großteil der besten militärischen Köpfe, die ich mobilisieren kann, sowie durch die wissenschaftlichen und anderen Experten, die ihre Aufmerksamkeit einem Problem widmen, mit dem ich mich persönlich ein Leben lang befaßt habe.

Wie alle einsichtigen Bürger wissen, erfordert unsere eigene Sicherheit zusätzliche Stärke und Macht, die von der gesamten freien Welt aufgebracht werden. Im Fernen Osten haben die Nationen, mit denen wir uns zu einem gemeinsamen Verteidigungssystem zusammengeschlossen haben, über 1 Million ausgebildeter Soldaten zur Verfügung, die an den Grenzen der freien Welt wachen. In Europa haben sich die Verteidigungsbemühungen von 15 Nationen vereinigt, um die Freiheit zu unterstützen.

Zusammengenommen haben unsere Freunde über 200 Heeresdivisionen, 30 000 Flugzeuge und 2500 Kriegsschiffe für die Verteidigung der freien Welt aufgeboten. Für jeden Soldaten, den wir stellen, bieten unsere Alliierten in der freien Welt fünf Soldaten auf. Durch jede dieser kühnen Bemühungen stärken wir die Bande der Freiheit.

Unser Gemeinsames Sicherheitsprogramm unterstützt dieses gemeinsame Unterfangen, indem es mithilft, unsere Partner mit den Waffen auszustatten, die sie sich selbst nicht beschaffen können, und indem es dazu beiträgt, daß ihre Volkswirtschaften stark bleiben. Dieser gemeinsame Versuch ist eine konstruktive langfristige Antwort auf die immer wieder aufflammenden Krisen, die von den Kommunisten hervorgerufen werden. Er stärkt die Stabilität der freien Nationen und verringert die Möglichkeiten für eine kommunistische Subversion und Durchdringung. Er fördert das wirtschaftliche Wachstum und gibt Hoffnung und Vertrauen in die Sache der Freiheit. Er ist Amerikas stärkstes Werkzeug für positive Maßnahmen in der heutigen Welt.

Am vergangenen Freitag habe ich dem Kongreß eine Sonderbotschaft unterbreitet, die meine Empfehlungen für diesen wichtigen Teil unseres Verteidigungs- und Sicherheitsprogramms für das kommende Jahr enthält. Meines Erachtens gibt es kein besseres Mittel, unsere Entschlossenheit, unsere Festigkeit sowie die Tatsache zu beweisen, daß wir die kommunistische Herausforderung erkannt haben, als dieses Programm voll und ganz zu unterstützen. Diese Mittel sind für unsere nationale Sicherheit und die Sicherheit der freien Welt von entscheidender Bedeutung. Jeder irrige Versuch, sie unter das zu reduzieren, was ich empfohlen habe, schwächt die Wachtposten der Freiheit, wo immer diese stehen. In dieser Ueberzeugung werde ich ebenfalls von den Militärexperten unserer Regierung unterstützt.

Meine amerikanischen Mitbürger, einer Sache bin ich mir sicher: nämlich, daß wir den Mut und die Fähigkeit besitzen, den harten Realitäten der Gegenwart und der Zukunft zu begegnen. Wir müssen nur wissen, worauf es ankommt, und die Selbstdisziplin üben, die die Freiheit erfordert.

Unser Sicherheitsschild ist die Produktivität unserer freien Wirtschaft, die Stärke unserer militärischen Streitkräfte und die dauerhafte Macht einer großen Gemeinschaft von Nationen, die zur Verteidigung ihrer Freiheit entschlossen sind.

Wir sind von Anfang an ein freies Volk gewesen — ein Volk, dessen geistige und moralische Stärke und dessen Liebe zu seinem Lande die Triebfeder für all das war, was wir getan haben, was wir jetzt tun und was wir noch tun werden. In diese Wahrheit setzen wir unser Vertrauen.

Zusammen mit unseren Verbündeten stehen wir fest, wohin auch immer die abtastenden Fühler eines Aggressors weisen mögen.

Auf diese Art verringern wir das Risiko einer Aggression. So werden wir mit Entschlossenheit und Mut kämpfen, bis der Traum eines gerechten und dauerhaften Friedens Wirklichkeit geworden ist. Mit Gottes Hilfe werden wir stets den uns gestellten großen Aufgaben gerecht werden.

Quelle: *Amerika-Dienst*, 20. März 1959.

Pressekonferenz Ministerpräsident Chruschtschows vom 19. März 1959 (Auszüge)

Wie Sie wissen, ist seit der Veröffentlichung des sowjetischen Entwurfs eines Friedensvertrages mit Deutschland und des Vorschlags zur Beseitigung des Besatzungsregimes in West-Berlin schon einige Zeit verflossen. Wir erläuterten und erläutern geduldig und beharrlich unseren Standpunkt. Nicht nur die entsprechenden Regierungen, sondern auch breite Kreise der Oeffentlichkeit hatten Gelegenheit, sich eine genügend klare Vorstellung vom Inhalt dieser wichtigen Vorschläge der Sowjetregierung zu machen.

Wir sagten und sagen auch jetzt, daß die Vorschläge der Sowjetregierung nur das einzige Ziel verfolgen, mit den Ueberresten des Zweiten Weltkrieges aufzuräumen, die Lage in Berlin und in ganz Deutschland zu normalisieren und dadurch einen guten Anfang zur Beseitigung des „kalten Krieges" zu machen.

Wir sind fest davon überzeugt, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Einstellung der Besetzung West-Berlins den nationalen Interessen des deutschen Volkes, den Interessen der Festigung des Friedens und der allgemeinen Sicherheit entsprechen.

Die internationale Atmosphäre kann nicht nur reiner werden, sie muß dies auch; wir wollen nur eines erreichen, nämlich, daß sich die finsteren Wolken eines neuen Krieges am internationalen Horizont auf immer verziehen.

Die Idee eines möglichst raschen Abschlusses des Friedensvertrages mit Deutschland und einer Normalisierung der Lage in Berlin hat im Ausland umfassende Anerkennung und Unterstützung erworben. Wir sind darüber erfreut, daß unsere dem Frieden dienende Politik unter den Völkern aller Länder immer größeres Verständnis findet. Wir schätzen dies hoch und werden alles tun, um die Folgen des Zweiten Weltkrieges aus der Welt zu schaffen, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland durchzusetzen und dadurch zur Schaffung normaler Verhältnisse in Mitteleuropa beizutragen. Damit wird die Säuberung der Beziehungen zwischen den Staaten von all dem beginnen, was sich an Störendem angehäuft hat und nun die normalen Beziehungen, die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung, hemmt.

Die Stimmung zugunsten von Verhandlungen zwischen den Staaten bricht sich auch unter den Politikern der westlichen Länder immer mehr Bahn. Immer häufiger werden vernünftige Aeußerungen über die Notwendigkeit genannt, das deutsche Problem friedlich zu lösen.

Es sei beispielsweise daran erinnert, daß im Zuge unserer kürzlich abgehaltenen Zusammenkünfte und Gespräche mit dem Premierminister Großbritanniens, Herrn Macmillan, es für notwendig anerkannt wurde, in Bälde zwischen den interessierten Regierungen zur Regelung der Meinungsverschiedenheiten Verhandlungen zu pflegen, darunter auch in solchen Fragen, wie der Friedensvertrag mit Deutschland und die Berliner Frage.

Nicht nur in den europäischen Ländern, sondern auch in den USA wächst unter den Politikern die Stimmung zugunsten der Beseitigung der gefährlichen Lage, die als Folge

des „kalten Krieges“, als Folge dessen entstanden ist, daß viele wichtige internationale Fragen 14 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges immer noch nicht gelöst sind.

Man nehme z. B. die neuerliche Rede des Vorsitzenden der außenpolitischen Kommission des USA-Senats, Herrn Fulbright. Obwohl wir mit vielen Gedanken, die er äußerte, nicht einverstanden sind, kann man indes nicht umhin, festzustellen, daß in seinen Aeußerungen unserer Ansicht nach positive Erwägungen enthalten sind. Sie sind nicht gar so weit entfernt von dem, was zu einer Verständigung zwischen den interessierten Staaten sowohl in der Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland als auch in der Frage der Aufhebung des Besatzungsregimes in West-Berlin beitragen kann.

Ich sprach schon früher von der Rede Senator Mansfields, der ebenfalls einige nützliche Gedanken zu diesen Fragen äußerte. Freilich wich er später etwas von seinem Standpunkt ab. Nichtsdestoweniger glauben wir, daß Senator Mansfield neben unannehmbaren auch solche Leitsätze aussprach, die eine Grundlage für Verhandlungen bieten und hoffen lassen, daß die interessierten Staaten sich in einigen strittigen Fragen verständigen könnten, wenn sie sich beharrlich darum bemühten.

Es liegen auch nicht wenige Aeußerungen anderer amerikanischer Politiker, Geschäftsleute und Kommentatoren vor, die vernünftige Meinungen sowohl in der Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland als auch in der Berlin-Frage äußerten.

Der Präsident der USA, Herr Eisenhower, unterstützte in seiner Rede vom 16. März den Verhandlungsgedanken und erklärte, daß die USA „bereit sind, an allen aufrichtigen Bemühungen um die Durchführung von Verhandlungen in vollem Maße teilzunehmen“.

Das alles bestätigt die Realität und die Rechtzeitigkeit unserer Vorschläge.

Zugleich kann man nicht umhin, auch auf Aeußerungen einzelner Politiker und Militärs des Westens die Aufmerksamkeit zu lenken, die den wirklichen Charakter der sowjetischen Vorschläge über einen Friedensvertrag mit Deutschland und über Berlin verzerren und uns nicht vorhandene Ziele zuschreiben. Man gewinnt den Eindruck, daß solche Persönlichkeiten sich noch immer nicht von den Methoden des „kalten Krieges“ lossagen können.

Wir möchten, daß unsere Vorschläge richtig verstanden werden und daß daraus richtige Schlüsse gezogen werden. Wir sind bereit, jede gewünschte Erläuterung zu geben, damit niemand unsere Vorschläge schief und krumm auslegen kann.

Die Sowjetregierung machte Vorschläge über einen Friedensvertrag mit Deutschland und über Berlin, ohne sich auf Kosten der anderen Seite irgendwelche Vorteile verschaffen oder irgendwessen Interessen beeinträchtigen zu wollen. Es wird niemand dadurch benachteiligt, daß die Deutschen einen Friedensvertrag erhalten werden und daß West-Berlin die Okkupanten loswerden wird, die sich dort schon allzu lange eingenistet haben. Alle Völker werden darüber befriedigt sein, daß durch die Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten die Ueberreste des Zweiten Weltkrieges beseitigt werden.

Allen wird es zum Nutzen gereichen, am meisten aber wird es der Sache des Friedens dienen, wenn die Atmosphäre im Herzen Europas, wo so oft Zwistigkeiten und militärische Konflikte entstanden, gesunden wird.

Wir fordern die Regierungen aller Länder, die sich am Kriege gegen Hitlerdeutschland beteiligt haben, auf, sich an den Verhandlungstisch zu setzen und die aktuellen Probleme zu regeln, einen Friedensvertrag mit Deutschland zu schließen. Wir möchten, daß die Regierungen des Westens, die unbesonnenen Drohungen ihrer Generale und Admirale gegenüber unserem Lande beiseite schiebend, sich mit uns an den Verhand-

lungstisch setzen. Haben sie vernünftige Vorschläge, so sind wir bereit, sie zugleich mit unseren Vorschlägen zu prüfen.

Die Völker erwarten und erhoffen, daß in der Politik der USA und der anderen Westmächte, unserer Verbündeten im Zweiten Weltkrieg, die Vernunft die Oberhand gewinnt.

Die Völker wollen, daß zwischen jenen Staaten, von denen in erster Linie der Frieden abhängt, Zusammenarbeit und gegenseitiges Verständnis bestehe. Was die Sowjetregierung betrifft, so ist für uns dieser Wille der Völker Gesetz. Wir haben Vorschläge über einen Friedensvertrag mit Deutschland und über die Normalisierung der Lage in Berlin eingebracht. Jetzt ist die Reihe an den Westmächten. Sind sie im Ernst zu Verhandlungen bereit, so soll es an uns nicht fehlen. Wir werden alles tun, was in unseren Kräften steht, damit die Verhandlungen erfolgreich verlaufen werden.

Eine Reihe von Korrespondenten hat sich an mich mit der Bitte um eine Zusammenkunft gewandt, damit die Korrespondenten Fragen stellen und Antwort auf sie erhalten könnten. Ich stehe zu Ihrer Verfügung!

D. *Kraminow,* Korrespondent der „Prawda“: Wie stellt sich die Sowjetregierung gegenwärtig zur Frage einer Außenministerkonferenz und einer Konferenz der Regierungschefs, und wie sind ihrer Ansicht nach die Perspektiven zur Einberufung dieser Konferenzen?

N. S. *Chruschtschow:* Unsere Einstellung zu einem Außenministertreffen wurde in unseren Noten an die Westmächte vom 2. März dargelegt, in denen wir uns mit ihrem Vorschlag einverstanden erklärten, eine Außenministerkonferenz einzuberufen. Wir halten unser Einverständnis aufrecht und sehen der Antwort der westlichen Staaten entgegen. Jedoch haben wir bisher keine Antwort erhalten.

Fragt man nach unserer Meinung zum Kern der Frage, so mache ich kein Hehl daraus, daß wir es vorziehen würden, daß ein Treffen auf höchster Ebene, ein Treffen der Regierungschefs, stattfände. Jedoch sind wir — ich wiederhole es — auch damit einverstanden, daß sich zunächst die Außenminister treffen. Und das nicht etwa, um zu zeigen, daß dieses Treffen die Fragen, die sich angehäuft haben, nicht lösen wird (diese Gefahr besteht ja wirklich), sondern um jegliches Mittel, das einer guten Sache dient, zu erproben. Man muß auch solch ein Mittel, wie eine Außenministerkonferenz, erproben und alles nur Mögliche tun, damit das Ministertreffen nützlich sein wird.

Aber es haben sich in den letzten Jahren so viele Schwierigkeiten aller Art in den Beziehungen zwischen den Staaten angehäuft, und so viele Noten und Reden, daß viel Zeit gebraucht wird, wenn die Außenminister zusammentreten und in all dem herumzuwühlen beginnen werden — und das müssen sie bestimmt tun, um die Richtigkeit ihrer Standpunkte zu beweisen. Ich glaube, daß sie in ein solches Labyrinth geraten könnten, daß es nachher schwer werden würde, sie selbst aus diesem Labyrinth zu befreien.

Daher wäre es besser, wenn mit dem Abtragen der riesigen Hindernisse, die in den internationalen Beziehungen errichtet wurden, sich, wenn man so sagen darf, die Schwergewichtler befassen würden — die Regierungschefs. Sie müssen ja sozusagen in der ersten Kolonne marschieren. Mögen sie dort die Felsblöcke beiseite schaffen, die Hindernisse forträumen, den Platz frei legen, irgendwelche Beschlüsse fassen. Das wird den Ausgangspunkt für die Arbeit der Außenminister ergeben.

Wenn diese Arbeit getan ist, werden die Minister zusammentreten; sie kommen dann auf einen freigelegten Platz, ohne befürchten zu müssen, sich in den angesammelten

Blöcken die Beine zu brechen. Sie könnten sich mit der weiteren Säuberung des freigelegten Platzes, mit der Vorbereitung der von den Regierungschefs geprüften Fragen beschäftigen, damit die Regierungschefs danach die gemeinsam ausgearbeiteten Beschlüsse unterzeichnen. So würden sowohl die einen als auch die anderen Staatsmänner nützliche Arbeit leisten.

Wenn dieser Vorschlag aber heute bei unseren Partnern noch keine Unterstützung findet, so sind wir damit einverstanden, mit einer Außenministerkonferenz zu beginnen und dann an eine Konferenz der Regierungschefs zu gehen.

Wir warnen aber unseren Minister, daß er vorsichtig sei, daß er sich ja nicht ein Bein bricht in den Felsblöcken, die sich gebildet haben. Immerhin ist er eine unserem Staate nützliche Person, und es wäre bedauerlich, wenn er sich ein Bein verletzen würde.

W. *Kudrjawzew,* Korrespondent der „Iswestija“: Es fallen gewisse Widersprüche in der Rede des USA-Präsidenten Eisenhower vom 16. März auf. Einerseits sprach er sich für eine Außenministerkonferenz aus und erklärte, daß die USA möglicherweise bereit wären, auch an einer Konferenz der Regierungschefs im Laufe dieses Sommers teilzunehmen. Andererseits versuchte der Präsident der USA den Gedanken einer Möglichkeit, Krieg wegen Berlin zu führen, zu suggerieren, und redete den Amerikanern zu, eine „feste Haltung“ in der Berlin-Frage zu wahren und keine Konzessionen zu machen.

Wie soll man diese Aeußerungen des USA-Präsidenten beurteilen, die sich schwerlich miteinander vereinbaren lassen?

N. S. *Chruschtschow:* In den Aeußerungen des Präsidenten der USA, Eisenhower, sind tatsächlich gewisse Widersprüche enthalten: Einerseits spricht er vom Streben der USA-Regierung nach Verhandlungen mit der Sowjetunion, andererseits tritt er mit Drohungen uns gegenüber auf. Auf der Pressekonferenz am 11. März zum Beispiel gab der Präsident eine unbesonnene Erklärung ab, indem er unserem Lande mit einem Atomkrieg wegen Berlin drohte. Diese Erklärung wurde offenbar mit der Absicht abgegeben, der Sowjetunion Angst zu machen. Das Resultat war aber ein ganz anderes: Die Erklärung Präsident Eisenhowers rief in den Vereinigten Staaten selbst und unter ihren Verbündeten Beunruhigung und Unzufriedenheit hervor.

Am 16. März gab der Präsident eine neue Erklärung ab, die darauf berechnet war, das amerikanische Volk zu beruhigen. Jetzt sprach sich Herr Eisenhower bereits für Verhandlungen, für ein Treffen der Außenminister aus, und er sprach sogar von der Bereitschaft der USA, sich an einer Gipfelkonferenz in diesem Sommer zu beteiligen.

Die Aeußerungen Präsident Eisenhowers sind somit widerspruchsvoll. Aber wir werden nicht an diesen Widersprüchen hängenbleiben, sondern wollen von der letzten Rede des Präsidenten sprechen.

In seinen Aeußerungen gab es allerlei Vorbehalte, allerlei „Wenn und Aber“. Und die Möglichkeit einer Gipfelkonferenz wurde bei Herrn Eisenhower gleichfalls von vielen „Wenn“ abhängig gemacht, faktisch von einem erfolgreichen Ausgang der Ministerverhandlungen.

Dennoch enthält diese Rede des Präsidenten Eisenhower ein gesundes Körnchen, was wir begrüßen. Dieses gesunde Körnchen kann Triebe ansetzen, die sich durchsetzen werden, wenn man die gemachten Vorbehalte beseitigt. Und ich glaube, daß sich die Ereignisse in der gebührenden Richtung entwickeln werden, daß die Vernunft Oberhand nehmen wird und daß es zu Verhandlungen kommen wird, daß — ein Treffen der Außenminister, ein Treffen der Regierungschefs stattfinden wird. Und wenn die Regierungschefs zusammenkommen, so werden sie — davon bin ich überzeugt — genügend Klugheit und Willenskraft in sich finden, um die vorhandenen Hindernisse

zu überwinden, und eine solche Lösung der Fragen finden, deren die nach Frieden und Sicherheit strebenden Völker harren.

B. *Nielsen-Stokkeby,* Korrespondent der DPA: Herr Vorsitzender des Ministerrates, hatten Sie nach den Gesprächen mit den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Ollenhauer, Schmid und Erler den Eindruck, daß der Standpunkt der deutschen Sozialdemokraten zu den aktuellen europäischen Fragen sich dem Standpunkt der Sowjetregierung mehr nähere als der Standpunkt der Regierung der Bundesrepublik Deutschland?

N. S. *Chruschtschow:* Ich würde die Frage nicht so stellen, ob ihre Standpunkte uns näher oder ferner seien als der Standpunkt der Regierung der Bundesrepublik, denn wir und die deutschen Sozialdemokraten vertreten unterschiedliche Standpunkte. Wir führten mit ihnen keine Verhandlungen, sondern Gespräche, denn sie waren nicht zu Verhandlungen ermächtigt, da sie Vertreter einer oppositionellen und nicht einer regierenden Partei sind. Unserer Ansicht nach nehmen die Sozialdemokraten einen realistischeren Standpunkt ein als die Bonner Regierung. Von den Unterredungen mit Erich Ollenhauer, Carlo Schmid und Fritz Erler gewann ich den Eindruck, daß, wenn sie zu Verhandlungen ermächtigt wären und sich mit uns an einen Tisch setzen würden, wir zu einer vernünftigen Entscheidung gelangen könnten.

H. *Schewe,* Korrespondent der „Welt“: In seiner Fernsehrede vom 16. März gab Präsident Eisenhower der Bereitschaft Ausdruck, an einer Konferenz der Regierungschefs im Sommer 1959 teilzunehmen. Würde die Sowjetregierung bereit sein, die Durchführung irgendwelcher konkreter politischer Aktionen im Zusammenhang mit der Berlin-Frage bis zu einer solchen Gipfelkonferenz aufzuschieben?

N. S. *Chruschtschow:* Wenn Sie diese Frage stellen, befinden Sie, Herr Journalist, sich offenbar unter dem Einfluß einer Propaganda, die unseren Standpunkt geflissentlich verzerrt und behauptet, wir hätten in unseren Noten ein Ultimatum gestellt und sogar den Zeitpunkt des Ablaufs dieses Ultimatums festgesetzt. Das ist eine ungewissenhafte Auslegung unseres Standpunktes. Wir haben den Vorschlag gemacht, einen Friedensvertrag mit Deutschland zu schließen und das Besatzungsregime in West-Berlin aufzuheben.

Seit der Beendigung der Kriegshandlungen sind bereits 14 Jahre verflossen, diese Fragen jedoch sind noch nicht gelöst, obwohl wir wiederholt konkrete Vorschläge zu ihrer Regelung machten.

Unter solchen Umständen konnten wir nicht umhin, eine bestimmte Frist festzusetzen, genügend, um die nötige Entscheidung zu fällen. Wissen wir doch aus der Geschichte, daß man auf eine Antwort unserer westlichen Partner ein Jahr und auch zwei warten kann. Darum will ich ihnen offen sagen, daß wir alles eingehend erwogen haben und zur Schlußfolgerung gelangt sind, daß sechs Monate vollkommen genügend seien. Wenn in neun Monaten Kinder geboren werden, so kann man, in sechs Monaten, denken wir, die West-Berliner Frage lösen. Da aber die Note, in der unser Vorschlag über die Normalisierung der Lage in Berlin enthalten war, am 27. November 1958 abgesandt wurde, so ergab sich daraus, daß die sechsmonatige Frist am 27. Mai d. J. abläuft. Das ist aber kein Ultimatum, sondern ein annähernder Termin. Würden wir diese Frage nicht innerhalb von sechs Monaten, sondern in einem Monat oder in zwei Monaten entscheiden — und man kann sie auch wirklich im Laufe eines Monats lösen —, so würden es alle von Herzen begrüßen. Glaubt man aber, daß diese Frage kompliziert ist und daß man sie nicht im Laufe von sechs Monaten, wohl aber in sieben Monaten lösen kann, so werden wir nichts dagegen haben. Das ist der wahre Sachverhalt.

In dieser Frage wird vieles verzerrt, man schreibt uns Absichten zu, die wir nicht hegen. Wir haben unmißverständlich erklärt, daß, wenn die Westmächte es ablehnen

werden, einen Friedensvertrag mit Deutschland, d. h. mit beiden deutschen Staaten, zu schließen, wir in Verhandlungen mit der DDR und mit jenen Ländern, die der gleichen Ansicht sind wie wir, treten und einen Friedensvertrag mit der DDR unterzeichnen werden.

Die Westmächte haben ein Treffen der Außenminister vorgeschlagen. Wir haben ihnen unsere Stellungnahme in dieser Frage mitgeteilt und erwarten nun ihre Antwort. Den Nachrichten zufolge, über die wir verfügen und offenbar auch Sie, wollen die Westmächte die Einberufung einer Ministerkonferenz für Mai vorschlagen; es wird sogar das Datum — der 11. Mai — genannt. Wie Sie sehen, antworten wir schon auf diesen Vorschlag, obwohl wir noch keine offizielle Bestätigung erhalten haben.

(Ich verrate Ihnen ein Geheimnis, aber ich will Ihnen doch sagen, daß wir den Vorschlag, die Konferenz für den 11. Mai einzuberufen, annehmen werden.)

Andrei Gromyko sagt mir, daß dies schon ein Zugeständnis unsererseits sei.

H. *Schewe:* Wären Sie bereit, sich mit dem Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Adenauer, zu treffen?

N. S. *Chruschtschow:* Meinen Besuch aufzudrängen, beabsichtige ich nicht. Wenn aber ein Treffen mit Herrn Adenauer oder mit wem es auch sei, nützlich wäre, so würde ich bereit sein, zum Nutzen der Sache, zur Erhaltung des Friedens, jederzeit und an jedem beliebigen Ort mit ihnen zusammenzukommen.

H. *Schewe:* Wenn ein separater Friedensvertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR geschlossen wird, werden in einem solchen Fall die Sowjettruppen auf dem Territorium der DDR bleiben oder werden sie abgezogen werden?

N. S. *Chruschtschow:* Wir bezeichnen den Friedensvertrag, den wir mit der DDR unterzeichnen werden, falls die Westmächte den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland ablehnen, nicht als einen separaten Friedensvertrag.

Und nun zur Frage selbst. Augenscheinlich würden unsere Truppen in der DDR bleiben. Sie können nur in dem Falle abgezogen werden, wenn ein allgemeines Abkommen über den Abzug der ausländischen Truppen aus fremden Gebieten erzielt wird. Ein solches Abkommen müßte zwischen den zur NATO gehörenden Staaten und den durch den Warschauer Vertrag vereinigten Staaten erzielt werden. Die Truppen einseitig abziehen, das können wir nicht und werden wir auch nicht. Und ich möchte sogar sagen, daß wir nicht die Absicht haben, unsere Streitkräfte weiter einseitig einzuschränken, weil die Sowjetunion ihre Truppen bereits um mehr als zwei Millionen Mann verringert hat. Leider sind die Westmächte unserem Beispiel nicht gefolgt. Daher müssen wir, während wir vom Frieden sprechen, das Pulver trocken halten.

G. *Leonhardt,* Korrespondent der ADN: In seiner Rede erklärte Präsident Eisenhower, der Vorschlag der Sowjetregierung, West-Berlin zu einer entmilitarisierten Freien Stadt zu erklären, sei gleichsam „nebelhaft", und er äußerte die Meinung, daß die Annahme dieses Vorschlages die Freiheit und die Unabhängigkeit West-Berlins nicht gewährleisten würde. Liegen irgendwelche Veranlassungen zu solchen Behauptungen hinsichtlich des Vorschlages der UdSSR zur Lösung der Berlin-Frage vor?

N. S. *Chruschtschow:* Man muß die Frage prinzipiell lösen. Wenn die Außenminister oder die Regierungschefs zusammentreten und im Prinzip entscheiden werden, daß man sich über den Status einer Freien Stadt für West-Berlin verständigen muß, so werden sich die einzelnen Fragen nicht als so schwierig erweisen. Wenn Herr Eisenhower glaubt, daß es unseren Vorschlägen an genügender Klarheit fehlt und daß, wie sich die Fotografen ausdrücken, der Brennpunkt noch nicht gefunden ist, so laßt uns doch zusammen diese Klarheit finden, laßt uns den Entwickler verstärken (in meiner Jugend hatte ich eine Vorliebe für das Fotografieren), laßt uns Mittel finden, der Freien

Stadt West-Berlin die Freiheit zu gewährleisten, damit sich niemand in ihre Angelegenheiten einmischt, damit sie Verbindungen mit den Staaten hat, mit denen sie es wünscht. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat ihrerseits erklärt, daß sie den Vertrag über die Freie Stadt West-Berlin respektieren und ihr alle nötigen Garantien geben wird. Wir unsererseits werden alles tun, damit die Unabhängigkeit dieser Stadt und die Nichteinmischung in ihre Angelegenheiten gewährleistet werden. Mögen andere Länder, wenn die Frage der Freien Stadt ihnen nebelhaft erscheint, es versuchen, gemeinsam mit uns sie klarer zu machen.

Sch. *Sanakojew*, Korrespondent der Zeitschrift „Meshdunarodnaja Shisn“: Präsident Eisenhower sprach in seiner Rede viel von „Rechten und Pflichten“, die die USA und deren NATO-Verbündete angeblich hinsichtlich West-Berlins hätten und die seiner Ansicht nach die Fortsetzung der ausländischen Okkupation dieser Stadt rechtfertigten. Haben die USA, England und Frankreich tatsächlich solche Rechte und Pflichten in West-Berlin?

N. S. *Chruschtschow:* Jawohl, ich glaube, daß die Vereinigten Staaten von Amerika, England und Frankreich legitime Rechte haben, sich in Berlin aufzuhalten. Diese Rechte ergeben sich aus der Tatsache der Kapitulation Deutschlands im Resultat unseres gemeinsamen Krieges gegen Hitlerdeutschland.

Aber seit Beendigung des Krieges sind 14 Jahre vergangen, und für eine weitere Okkupation West-Berlins liegt keine Notwendigkeit vor. Daher schlagen wir denn auch vor, endlich einen Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten zu schließen. Wenn ein Friedensvertrag mit der DDR und der Bundesrepublik unterzeichnet sein wird, werden die Okkupationsrechte erlöschen. Werden die westlichen Länder nicht gewillt sein, einen Friedensvertrag mit Deutschland zu unterzeichnen, so wird eben die Sowjetunion einen Friedensvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik unterzeichnen. Dann werden die Rechte, die sich aus der Tatsache der Kapitulation Hitlerdeutschlands ergeben und sich auf das Territorium der Deutschen Demokratischen Republik erstrecken, erlöschen. Die Deutsche Demokratische Republik ist ein unabhängiger, souveräner Staat, und wenn sie mit der UdSSR einen Friedensvertrag unterzeichnet, so werden sich die Friedensbedingungen folglich auf das ganze Territorium der DDR erstrecken, und West-Berlin liegt auf dem Territorium der DDR. Wir haben nicht die Absicht, die Lebensform der Bevölkerung West-Berlins, die sich herausgebildet hat, einem schmerzhaften Bruch zu unterziehen, und daher haben wir in Vereinbarung mit der Regierung der DDR vorgeschlagen, West-Berlin den Status einer entmilitarisierten Freien Stadt zu gewähren.

. . . . . .

H. *Shapiro*, Korrespondent der United Press International: Was für eine Zauberkraft besitzt eine Gipfelkonferenz, daß sie es möglich macht, internationale Probleme zu lösen, die durch andere Verhandlungsformen nicht gelöst werden können?

N. S. *Chruschtschow:* Die Russen haben ein Sprichwort: „Spannst dich vor einen Wagen, so darfst du nicht verzagen!“ Werden die Regierungschefs es nicht verstehen, die Fragen zu lösen, die zur Erhaltung des Friedens beitragen, an denen die ganze Menschheit interessiert ist, so werden diese Regierungschefs aller Voraussicht nach von ihren Völkern durch andere ersetzt werden. Andere Zaubermittel gibt es nicht. Die ganze Magie ist der Friedenswille der Völker.

H. *Shapiro:* Im Auslande wurden Vermutungen geäußert, daß die Sowjetregierung vielleicht darauf eingehen würde, den Status quo in Berlin aufrechtzuerhalten, im Austausch gegen die de facto-Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik durch den Westen. Liegt Veranlassung zu solchen Vermutungen vor?

N. S. *Chuschtschow:* Politik und Handel sind verschiedene Tätigkeitsbereiche. Was für den einen Tätigkeitsbereich gut ist, paßt keineswegs für den anderen. In der

Berlin-Frage kann es keine Tausch-, keine Handelsoperationen geben. Hier muß man den Willen des Volkes in der DDR berücksichtigen und die Berlin-Frage so lösen, daß es den Interessen des deutschen Volkes, den Interessen des Friedens entspricht.

Ihrer Frage merkt man das kommerzielle Herangehen der Amerikaner an. Da unsere Handelsbeziehungen zu den USA einstweilen noch schlecht sind, so wollen wir lieber diese kommerzielle Einstellung gemäß ihrer direkten Bestimmung — für die Entwicklung von Handelsbeziehungen zwischen der UdSSR und den USA — anwenden. Hierbei werden die Amerikaner in unserer Person sehr gute Partner finden.

H. *Shapiro:* Die Sowjetregierung hat Parität für die Vertretung auf der Außenministerkonferenz vorgeschlagen und als Teilnehmer Polen und die Tschechoslowakei genannt. Kann das Prinzip der Parität auch auf eine Konferenz der Regierungschefs angewandt werden?

N. S. *Chruschtschow:* Ich glaube, daß diese Frage über den Rahmen einer Pressekonferenz hinausgeht. Das ist eine Frage der Verhandlungen zwischen den Regierungen. Gestatten Sie, in dieser Frage uns mit den Regierungen anderer Länder auszusprechen.

H. *Shapiro:* Wird nicht, wenn die Sowjetunion einen Friedensvertrag mit der DDR schließt, die Potsdamer Erklärung ungültig gemacht und dies die juridische Grundlage der westlichen Nachkriegsgrenzen Polens und der Sowjetunion beseitigen?

N. S. *Chruschtschow:* Die Frage der Nachkriegsgrenzen in Europa ist entschieden. Das Potsdamer Abkommen und andere Abkommen in dieser Frage werden nach wie vor in Kraft bleiben.

W. *Buist,* Korrespondent der Reuter-Agentur: Ist die Sowjetregierung bereit, eine breitere Tagesordnung für die anfängliche Konferenz der Außenminister, als nur die Berlin-Frage und die Frage eines deutschen Friedensvertrages, zu prüfen?

N. S. *Chruschtschow:* Wir sind stets für ein vernünftiges Herangehen an die Lösung von Fragen. Wir glauben, daß man in diesem Falle an die Schlüsselfrage herangehen und sie lösen muß. Das ist ein Herangehen. Es gibt auch ein anderes Herangehen: mit minder wichtigen Fragen zu beginnen. Jetzt ist die große internationale Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland aktuell geworden. Es wäre besser, zunächst diese Frage zu lösen und damit den gordischen Knoten zu durchschlagen.

Dann wäre es leichter, auch andere Fragen zu lösen.

Als wir uns mit Herrn Macmillan trafen, sprachen wir darüber. Und wenn es zu Begegnungen der Regierungschefs kommen wird — solche Begegnungen müßten sich wiederholen, denn durch eine oder zwei Begegnungen kann man nicht alle Fragen lösen —, so wird offensichtlich ein besseres gegenseitiges Verständnis erreicht werden. Darüber aber, was man erörtern und was man in erster Linie entscheiden soll, das sollte man lieber mit den Regierungen und nicht hier auf einer Pressekonferenz vereinbaren.

P. *Hentges,* Korrespondent der Zeitung „l'Humanité": Einige französische Zeitungen schlagen vor, daß die Sowjetunion, um ein Abkommen im Bereich der Abrüstung zu erzielen, einen politischen Preis zahlen sollte, womit die Staatsordnung gemeint ist, die in den volksdemokratischen Ländern errichtet wurde. Was meinen Sie zu solchen Vorschlägen?

N. S. *Chruschtschow:* Auf diese Frage ist es nicht schwer zu antworten: Wir haben bereits einen hohen Preis bezahlt. Nach der Oktoberrevolution haben gerade jene Länder, mit denen wir uns heute auseinandersetzen, eine Intervention gegen unser Land organisiert und ihre Truppen gelandet: Die Franzosen in Odessa, die Engländer in Archangelsk, die Japaner und Amerikaner im Fernen Osten. Unser Volk griff nach dem Besen und sagte: Fort aus unserem Lande! Und ringsum wurde alles sauber. Das ist der Preis. Ich glaube, daß es sich nicht lohnt, auf diese Frage zurückzukommen, denn

alles ist voll bezahlt, und die Ordnung, die bei uns aufgerichtet wurde, ist dauerhaft und unerschütterlich.

Das gilt auch für die volksdemokratischen Länder. Sie haben die Ordnung, die jetzt bei ihnen herrscht, selbst gewählt. Und daher kann ich an das treffende russische Sprichwort erinnern: „Was man vom Wagen fallen ließ, das kriegt man nicht wieder." Zwei Kriege sind vorbei, der Erste und der Zweite Weltkrieg, und was vom kapitalistischen Wagen herunterfiel, das ist das, was sich vom Kapitalismus gelöst und auf die Geleise des Sozialismus umgestellt hat; das kann schon nicht mehr auf das Gleis der Vergangenheit zurückgebracht werden.

Wir sagen den Vertretern der westlichen Welt: Laßt uns den Streit in dieser Frage einstellen und von dem, was ist, ausgehen, laßt uns in Frieden leben, uns in die Angelegenheiten der anderen nicht einmischen. Dann wird auch die friedliche Koexistenz gewährleistet sein, die alle Völker wünschen.

J. *Brunner*, Korrespondent des Tschechslowakischen Rundfunks: Könnten Sie nicht die Verhandlungen kommentieren, die Macmillan jetzt mit den NATO-Verbündeten führt? Kann dieser Besuch, diese Reise Macmillans zur baldigen Einberufung einer Gipfelkonferenz beitragen, für die die Zeit reif geworden ist?

N. S. *Chruschtschow:* Es fällt mir schwer, darauf zu antworten, denn für dritte Personen kann ich nicht sprechen. Wir sind, wie ich schon sagte, für die Einberufung einer Gipfelkonferenz.

Im Anschluß an die Unterredungen mit Herrn Macmillan während seines Besuches in der Sowjetunion gewann ich den Eindruck, daß auch der britische Premierminister für die Einberufung einer Konferenz der Regierungschefs sei. Wie die Regierungen, mit deren Oberhäuptern Herr Macmillan Unterredungen hat, sich zu dieser Frage stellen werden, das weiß ich nicht, und rätselraten will ich nicht.

. . . . . .

J. *Brunner:* Während Ihres Besuches auf der Leipziger Messe unterhielten Sie sich mit einigen Vertretern der Geschäftswelt des Westens. Wie bewerten Sie die Aussichten eines ausgedehnteren Handels der UdSSR mit den kapitalistischen Ländern des Westens als eines Mittels zur Festigung der internationalen Zusammenarbeit und zur Minderung der internationalen Spannungen?

N. S. *Chruschtschow:* Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Wirtschaftskreise des Westen sehr den Handel mit uns zu erweitern wünschen. Sie würden daran verdienen, und auch für uns wäre es nützlich. Auch wir wollen die geschäftlichen Beziehungen mit den westlichen Ländern ausbauen.

Einige Politiker der westlichen Länder glauben, daß unser Siebenjahrplan nicht erfüllt werden würde, wenn sich kein Handel zwischen der Sowjetunion und den Ländern des Westens entwickeln wird.

Da und dort wird sogar behauptet, man hätte von irgendwelchen sowjetischen Vertretern erfahren, daß der Siebenjahrplan der Sowjetunion in bestimmtem Maße mit der Entwicklung des Handels mit den USA und den anderen westlichen Ländern verbunden sei.

Ich möchte diese Herren „beruhigen". Sogar wenn der Handel mit den westlichen Ländern nicht nur keine Ausdehnung erfahren, sondern zur Gänze eingestellt würde, so wird auch in dem Falle der Siebenjahrplan erfüllt werden. Unser Plan ist unter Berechnung unserer inneren Möglichkeiten aufgestellt.

Ich denke, daß an der Entwicklung des Handels in gleichem Maße sowohl die kapitalistischen als auch die sozialistischen Länder interessiert sind, weil der Handel zur Verbesserung der gegenseitigen Verständigung zwischen den Staaten beiträgt.

Manche könnten sagen, daß Chruschtschow von politischen Gesichtspunkten aus an den Handel herangehe. Darauf kann ich erwidern: Und von welchen Gesichtspunkten aus gehen die regierenden Kreise der Vereinigten Staaten von Amerika an den Handel heran, wenn sie den Handel mit uns verbieten, einen Boykott über die sozialistischen Länder verhängen? Was ist das denn? Dies ist ja ein zutiefst politisches Herangehen. Ich habe aber bereits gesagt und wiederhole auch jetzt, daß die Politik der Diskriminierung gegenüber den sozialistischen Ländern den Kalkulationen ihrer Initiatoren nicht entsprochen hat, daß sie bankrott gegangen ist.

Der Außenhandel hat große wirtschaftliche und politische Bedeutung, er kann helfen, den politischen Horizont aufzuhellen, die internationalen Spannungen zu mildern. Die Entwicklung der Wirtschaftsverbindungen spielt eine große Rolle bei der Stärkung des gegenseitigen Vertrauens, für die Einstellung des „kalten Krieges".

Die Wirtschaft der Sowjetunion entwickelt sich stetig; unsere Pläne werden erfüllt. Und jenen, die daran zweifeln, können wir sagen: Wenn Sie aufs neue dafür büßen wollen, dann bitte glauben Sie den Märchen, die Sie selber bereits seit vielen Jahren erfinden. Diejenigen, die diesen Erfindungen Glauben schenken, werden auch dieses Mal in der Patsche sitzen.

W. *Bereshkow,* Korrespondent der Zeitschrift „Neue Zeit": Die jüngsten Vorschläge über die Truppenkontingente in einer Freien Stadt West-Berlin und über die Verschiebung der Fristen zur Lösung der Berliner Frage haben in der Westpresse zu Behauptungen geführt, daß diese sowjetischen Vorschläge das Ergebnis der „Festigkeit" des Westens seien. Wie beurteilen Sie Aeußerungen dieser Art?

N. S. *Chruschtschow:* Ja, ich habe solche Aeußerungen in der Westpresse gelesen. Doch sie entstellen das Wesen der Sache. Man muß sagen, daß es keinerlei „Verschiebung der Fristen" gab, weil, wie wir bereits erklärten, überhaupt keinerlei ultimative Fristen für die Verwirklichung unserer Vorschläge zur Berliner Frage gestellt worden sind. Ich habe darüber während meines Aufenthalts in der DDR gesprochen und sagte dies auch heute. Deshalb kann von irgendeiner Festigkeit in dem gegebenen Fall überhaupt nicht die Rede sein.

Nun zu unseren Vorschlägen über die Stationierung von Truppen in einer Freien Stadt West-Berlin. Sie wissen, daß die Sowjetregierung, als sie ihre Vorschläge zur Schaffung einer Freien Stadt machte, die Frage gestellt hat, daß es notwendig sei, Garantien für die Einhaltung ihres Status zu geben. Wir gingen dabei davon aus, daß manchen rechtschaffenen Menschen, die eine friedliche Regelung mit Deutschland wollen, die Möglichkeit einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Freien Stadt aufrichtig Sorge macht.

Wir hielten und halten es für unsere Pflicht, diese Menschen zu beruhigen. Wir sind dafür, daß strikte Garantien für die Einhaltung des Status der Freien Stadt gegeben werden. Im Zusammenhang damit erklären wir im besonderen: Wenn unsere westlichen Partner es für wünschenswert halten, daß zu diesem Zweck irgendeine symbolische Zahl von Truppen in der Freien Stadt stationiert wird, so wäre die Sowjetunion bereit, sich daran mit ihren Truppen, zusammen mit den Truppen der USA, Englands und Frankreichs, zu beteiligen. Wir wären auch bereit zuzustimmen, daß sich in der Freien Stadt Truppen neutraler Staaten befinden.

Wie Sie sehen, kommt auch da die Frage von irgendeiner Festigkeit nicht auf. Es gibt einen Begriff vernünftiger Festigkeit, aber es gibt auch einen unvernünftigen Starrsinn. Dickköpfigkeit an den Tag legen, dies würde bedeuten, einem gewissen Tier nachzuahmen, dessen Sturheit allgemein bekannt ist, dem aber niemand Vernunft zuerkennt. Möchte denn irgendwer diesem Tier ähnlich werden?

Wir sind für eine vernünftige Lösung der West-Berliner Frage, für Verhandlungen, für die Festlegung annehmbarer Fristen — mit einem Wort, wir sind dafür, eine solche Lösung der Frage zu finden, die die vertragschließenden Seiten befriedigen würde.

Da sehen Sie, welche Nachgiebigkeit wir zeigen!

. . . . . .

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (sowjetische Botschaft, Bonn), Beilage zu Nr. 10, 1. April 1959.

Deutschlandplan der SPD vom 18. März 1959

Das deutsche Volk steht vor einer furchtbaren Gefahr. Wenn sich die vier Großmächte nicht über Berlin verständigen, droht Krieg. Wenn sie sich nur über Berlin verständigen, droht die Teilung Deutschlands endgültig zu werden.

Der sowjetische Vorstoß in der Berlin-Frage und der durch jahrelange Versäumnisse und Fehlspekulationen ermöglichte Friedensvertragsentwurf der Sowjetunion zwingen jetzt jeden zu der Erkenntnis, daß die Teilung Deutschlands den Weltfrieden bedroht.

Die Zeit drängt. Der weitere Verzicht auf das entschlossene Bemühen, die deutsche Frage und das mit ihr untrennbar verbundene Sicherheitsproblem in Europa friedlich zu lösen, wäre gleichbedeutend mit dem Verzicht auf die Anwendung der Vernunft.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands legt aus diesem Grunde der Weltöffentlichkeit ihren Plan vor, dessen Ziel es ist, den Weg endlich für eine Politik des Friedens, der Freiheit, der Sicherheit und der sozialen Gerechtigkeit in Europa freizumachen.

Dieser Plan ist mit auf jenen Vorschlägen aufgebaut, die von der deutschen Sozialdemokratie bereits vor der Berliner Konferenz der Großmächte im Jahre 1954, der Genfer Gipfelkonferenz im Sommer 1955 und der Außenministerkonferenz im Herbst des gleichen Jahres veröffentlicht worden sind.

Damals blieben diese Vorschläge leider unbeachtet. Heute stehen sie unbestreitbar im Mittelpunkt weltweiter Diskussionen.

Die jetzt vorgelegten Vorschläge der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands berücksichtigen auch wesentliche Bestandteile der Vorstellungen zur Entspannung in Europa, wie sie u. a. auch vom Abrüstungsunterausschuß des amerikanischen Senats, von dem amerikanischen Diplomaten Kennan, dem britischen Oppositionsführer Gaitskell, dem früheren belgischen Ministerpräsidenten van Zeeland und dem polnischen Außenminister Rapacki entwickelt worden sind.

Alle diese Vorschläge und Pläne haben eines gemeinsam: Sie streben in Erkenntnis der die Weltpolitik bestimmenden Realitäten zunächst eine militärische Entspannung in Europa an, um auch die politischen und wirtschaftlchen Probleme Europas lösen zu können.

Militärische Entspannung und Sicherheit in Europa

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert die sofortige Einberufung einer Konferenz der vier Großmächte, die nach grundsätzlicher Einigung einer ständigen Kommission unter beratender Teilnahme der Bundesrepublik und der DDR den Auftrag erteilt, Vorschläge für ein europäisches Sicherheitssystem und den Entwurf eines Friedensvertrages mit Gesamtdeutschland auszuarbeiten.

Die zugespitzte West-Ost-Situation läßt die Entspannung in Europa nur noch zu, wenn man sich zu einer schritt- und stufenweisen Regelung der militärischen und politischen Fragen entschließt.

Die SPD hält Vereinbarungen über regionale und kontrollierte Rüstungsbeschränkungen in Mitteleuropa für dringend erforderlich, weil ohne diese die politischen Probleme dieses Raumes nicht zu lösen sind.

Die SPD schlägt vor:

1. Festlegung einer Entspannungszone, die vorerst beide Teile Deutschlands, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn umfaßt.

2. Innerhalb dieser Entspannungszone und ihrer möglichen Erweiterungen treten Vereinbarungen über die Rüstungsbeschränkungen der nationalen Truppen und über den gleichwertigen Abzug der Fremdtruppen der NATO und des Warschauer Paktes in Kraft.

   Die nationalen Streitkräfte besitzen keine Atom- und Wasserstoffwaffen. Solche Waffen der im Zonenbereich noch stationierten Fremdtruppen werden „eingefroren", d. h. weder vermehrt noch verstärkt.

   Nach Abschluß der in räumlichen und zeitlichen Phasen genau festzulegenden „militärischen Verdünnung" ist die Entspannungszone frei von Fremdtruppen und von Atom- und Wasserstoffwaffen.

3. Alle Vereinbarungen über die Rüstungsbeschränkungen und über das gleichwertige Auseinanderrücken der in Mitteleuropa einander gegenüberstehenden Streitkräfte der NATO und des Warschauer Paktes sind vom ersten Schritt an durch eine ungehinderte Boden- und Luftkontrolle zu sichern.

4. Die Unverletzbarkeit der Teilnehmerstaaten in der Entspannungszone ist durch ein kollektives Sicherheitsabkommen aller interessierten Staaten, einschließlich der USA und der UdSSR, zu garantieren.

5. Mit dem Wirksamwerden des europäischen Sicherheitssystems scheiden die in der Entspannungszone gelegenen Staaten aus der NATO und aus dem Warschauer Pakt aus.

   Die Staaten in der Entspannungszone werden dann im Rahmen dieses europäischen Sicherheitssystems zur eigenen und europäischen Sicherheit mit angemessenen Leistungen beitragen.

6. Beibehaltung des gegenwärtigen Rechtsstatus und der militärischen Sicherung Berlins bis zur Regelung der deutschen Frage. Verpflichtung der vier Mächte auf die Respektierung der West-Berlin betreffenden Bestimmungen, die nach Aufhebung der Blockade 1949 als gültig erklärt und auch zur Zeit des Abkommens vom 20. September 1955 zwischen der UdSSR und der DDR als gültig anerkannt worden sind.

Die politische und wirtschaftliche Zusammenführung Deutschlands

Jeder Schritt, der zu einem gleichwertigen Auseinanderrücken der in Mitteldeutschland einander gegenüberstehenden Streitkräfte führt, schafft auch eine günstigere Voraussetzung für die Lösung der politischen Probleme.

Die langjährige Teilung Deutschlands hat zu einer strukturell grundverschiedenen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands geführt. Hieraus ergibt sich zwangsläufig, daß die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands durch eine frei gewählte Nationalversammlung eine allmähliche Annäherung in Stufen voraussetzt. Es sind gemeinsame Organe zur schrittweisen Zusammenführung zu bilden, ohne daß in der Uebergangszeit die derzeitigen Zuständigkeiten in den beiden Teilen Deutschlands berührt werden.

Die notwendigen Vereinbarungen hierüber können zwischen den vier Großmächten, oder den vier Großmächten gemeinsam mit den beiden Teilen Deutschlands bei Ausarbeitung eines Friedensvertrages, oder direkt zwischen den beiden deutschen Regierungen im Rahmen einer von den Großmächten festgelegten Regelung der europäischen Sicherheit und der deutschen Frage getroffen werden. Unerläßlich ist jedoch, daß diese Vereinbarungen für den Zeitraum bis zum Inkrafttreten einer gesamtdeutschen Verfassung die Menschenrechte und Grundfreiheiten in beiden Teilen Deutschlands sichern.

Die bestehenden Wirtschaftsverfassungen, Außenhandelsbeziehungen und langfristigen Verträge bleiben zunächst unberührt, soweit nicht ausdrücklich nachstehend Aenderungen vorgesehen werden. Beide Regierungen verpflichten sich zur Politik der Vollbeschäftigung und zur Garantie des sozialen Besitzstandes.

Die erste Stufe

Die *politische Zusammenführung* beginnt in der ersten Stufe mit der Bildung einer Gesamtdeutschen Konferenz. Beide deutschen Regierungen entsenden Beauftragte auf der Grundlage der Parität.

Die Gesamtdeutsche Konferenz hat die Aufgabe, Regelungen über innerdeutsche Angelegenheiten zu vereinbaren. Soweit diese Regelungen der Zustimmung verfassungsmäßiger Organe der Teile Deutschlands bedürfen, bleiben deren Zuständigkeiten unberührt.

Die Gesamtdeutsche Konferenz ist von allen Gesetzesvorlagen des Bundestages und der Volkskammer zu unterrichten und muß sich hierzu äußern.

Die Gesamtdeutsche Konferenz setzt zur Wahrung der Einheitlichkeit in der Auslegung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ein gesamtdeutsches Gericht ein, das in letzter Instanz entscheidet. Seine Mitglieder werden auf die Charta der Menschenrechte der Vereinten Nationen vereidigt.

Die *wirtschaftliche Zusammenführung* beginnt ebenfalls mit der Bildung paritätisch besetzter Institutionen.

Die Embargobestimmungen gegenüber der DDR und die güterwirtschaftlichen Kontingentierungen durch die Bundesrepublik müssen fortfallen. Der Interzonenhandel muß ausgeweitet werden, weitere Zonengrenzübergänge sind zu öffnen.

Ein Gesamtdeutscher Investitionsfonds und eine Bank für innerdeutschen Zahlungsausgleich werden gebildet. Der Fonds hat Investitionen in das Verkehrs- und Energieversorgungsnetz sowie zur Anpassung der beiden Volkswirtschaften zu planen und zu finanzieren. Die Bank wickelt die Zahlungen im Rahmen des innerdeutschen Handels und des Investitionsfonds ab. Ueber sie werden auch die auf rechtlichen Verpflichtungen beruhenden Renten-, Pensions- und sonstigen Unterhaltszahlungen geleistet.

Die zweite Stufe

In der zweiten Phase der *politischen Zusammenführung* wird ein Gesamtdeutscher Parlamentarischer Rat errichtet. Seine Mitglieder, die in ganz Deutschland Immunität genießen, werden je zur Hälfte in beiden Teilen Deutschlands gewählt. Die Gesamtdeutsche Konferenz schreibt diese Wahl aus.

Dem Gesamtdeutschen Parlamentarischen Rat wird die gesetzgeberische Zuständigkeit insbesondere für Eisenbahn, Straßenverkehr, Binnenschiffahrt, Post und Fernmeldewesen und zur Förderung der volkswirtschaftlichen Erzeugung übertragen. Er hat ferner die Befugnis, den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu verhindern und den gewerblichen Rechtsschutz zu regeln. Gegen die von ihm erlassenen Gesetze kann jede der

beiden Regierungen in einer bestimmten Frist Einspruch erheben. Der Gesamtdeutsche Parlamentarische Rat kann diesen Einspruch mit Zweidrittelmehrheit zurückweisen.

Die *wirtschaftliche Zusammenführung* wird durch die Entwicklung des Gesamtdeutschen Marktes beschleunigt. Es werden offizielle Verrechnungs- und Wechselkurse zwischen beiden Währungen eingeführt, die güterwirtschaftliche Kontingentierung des innerdeutschen Handels fällt nunmehr auch von seiten der DDR fort.

Die dritte Stufe

In der dritten Stufe der Zusammenführung befaßt sich der Gesamtdeutsche Parlamentarische Rat mit der Vorbereitung von gesamtdeutschen Gesetzen zum Steuersystem, Finanzausgleich, zur Zollunion, zur Währungsunion und zur sozialpolitischen Anpassung.

Eine gesamtdeutsche Willensbildung kann auch durch Volksabstimmungen herbeigeführt werden. Auf Antrag von einer Million Wahlberechtigter wird ein Gesetzentwurf einheitlich in beiden Teilen Deutschlands zur Volksabstimmung gestellt. Widerspricht eine der beiden Regierungen, so kann die Volksabstimmung nach einem Jahr wiederholt werden und wird dann verbindlich.

Volksabstimmungen sind ausgeschlossen, wenn sie eine Einschränkung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, eine Aenderung der Eigentumsverhältnisse, oder die Beseitigung der Legislativ- und Exekutivorgane in beiden Teilen Deutschlands zum Ziel haben.

Der Gesamtdeutsche Parlamentarische Rat ist befugt, jederzeit mit Zweidrittelmehrheit ein Gesetz für die Wahl einer Verfassunggebenden Nationalversammlung zu erlassen. Ist er hierzu nicht in der Lage, so erhält für diesen Fall eine Volksabstimmung uneingeschränkte Gesetzeskraft, wenn zwei Drittel aller abgegebenen Stimmen sich für die Wahl einer Verfassunggebenden Nationalversammlung aussprechen.

Die Nationalversammlung löst den Gesamtdeutschen Parlamentarischen Rat ab und beschließt die gesamtdeutsche Verfassung.

Während der stufenweisen Zusammenführung Deutschlands ist Berlin Sitz aller gesamtdeutschen Institutionen.

Die Wiedervereinigung

Nach dem Inkrafttreten der gesamtdeutschen Verfassung werden allgemeine, freie und geheime Wahlen zum Gesamtdeutschen Parlament abgehalten. Aus ihm geht die Gesamtdeutsche Regierung hervor.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands appelliert an alle beteiligten Regierungen und an die Weltöffentlichkeit, es im mitteleuropäischen Abschnitt des West-Ost-Konfliktes nicht zum Aeußersten kommen zu lassen.

Die ungelöste deutsche Frage darf nicht zu einem Brandherd werden, auch nicht aus Prestigegründen oder um vermeintlicher militärischer Vorteile willen. Das gilt auch für das Berlin-Problem, das nur mit friedlichen Mitteln und im Rahmen der Wiedervereinigung Deutschlands gelöst werden kann.

Zur Einleitung dieses Planes fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Verhandlungen der vier für die deutsche Frage unmittelbar verantwortlichen Staaten zur Vorbereitung eines Friedensvertrages für Gesamtdeutschland.

2. Verhandlungen zur Vorbereitung eines Europäischen Sicherheitssystems.

3. Ernennung von Beauftragten der Bundesrepublik Deutschland und der DDR als beratende Teilnehmer der Konferenzen über den Friedensvertrag und über das Sicherheitssystem.

4. Zustimmung der Bundesregierung zur Bildung von Organen aus Beauftragten der Regierungen der Bundesrepublik und der DDR, die im Rahmen der von den Großmächten vereinbarten Regelungen den Auftrag erhalten, Maßnahmen für die schrittweise Zusammenführung der beiden Teile Deutschlands vorzuschlagen.

5. Beibehaltung des gegenwärtigen Rechtsstatus und der militärischen Sicherung Berlins bis zur Regelung der deutschen Frage.

Ziel aller von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geforderten Verhandlungen ist der Abschluß von Vereinbarungen, die der stufenweise und zeitlich festgelegten Verwirklichung der europäischen Sicherheit sowie der politischen und wirtschaftlichen Zusammenführung Deutschlands bis zu seiner endgültigen Wiedervereinigung in gesicherter Freiheit und zur Aufnahme in die Vereinten Nationen dienen.

Quelle: *SPD, Pressemitteilungen und Informationen* (Hrsg.: Herbert Wehner), Nr. 77, 19. März 1959.

Deutschlandplan der FDP vom 20. März 1959

Vorbemerkung

1. Keine demütigenden Bedingungen für das deutsche Volk

Der Kriegszustand zwischen den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges und dem besiegten Deutschland ist längst beendet. Ein Friedensvertrag ist überfällig. Die inneren Wandlungen im deutschen Volk und die Veränderungen im Verhältnis der Völker zueinander haben gegenüber der Situation bei Kriegsausgang eine neue Lage geschaffen. Das deutsche Volk erfreut sich wieder einer gleichberechtigten Stellung inmitten anderer Völker. Es ist deshalb inkonsequent und unrealistisch, Deutschland im Jahre 1959 einen Friedensvertrag anzubieten, der demütigende Bedingungen enthält, wie sie einem Volk im Zustand der bedingungslosen Kapitulation entsprechen, nicht aber einem Volk, von dessen freiwilliger und ungetrübter Bündnisbereitschaft eine dauerhafte Friedensordnung in Europa abhängt. Demütigende Bestimmungen — wie die aufgezwungene Beschneidung und Zerstückelung des Begriffes Deutschland, die Uebernahme von ohne deutsche Mitwirkung erlassenen Schuldsprüchen, der kompromißlose Gebietsverzicht nach einseitig vorgenommener Grenzziehung, der Ehrenschutz für jederlei Art von Landesverrat, die Asylverweigerung für politische Flüchtlinge, das Verbot von Standardwaffen, wie sie für jede einigermaßen intakte Armee unentbehrlich sind, sowie das Verbot jeglicher Waffenausfuhr und schließlich die Zumutung, auf eigenem Boden fremde Denkmäler zu hüten, die an die schmerzlichste Niederlage erinnern — sollten in dem verspäteten Friedensvertrag keinen Platz mehr haben.

2. Gleichzeitige Verträge für die europäische Sicherheit

Das Sicherheitsbedürfnis der Völker im mitteleuropäischen Raum und die Lösung der Deutschlandfrage stehen in wechselseitiger Beziehung. Es ist deshalb erforderlich, über den herkömmlichen Inhalt eines Friedensvertrages hinaus vertragliche Abmachungen einzugehen, die — ganz abgesehen von dem vergangenen Krieg und seinen Folgen — eine dauerhafte Sicherheitsordnung in Europa, insbesondere im mitteleuropäischen Raum, begründen. Zumindest scheint es notwendig, einen Vertrag über ein europäisches Sicherheitssystem, wie es seit der Berliner Konferenz von 1954 in West und Ost erörtert wird, abzuschließen. Angeregt durch die Vorschläge des polnischen

Außenministers Rapacki sollte man auch dem Gedanken einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa nähertreten, was im Falle einer Verständigung über diesen Punkt einen weiteren Vertrag bedingen würde, zumal sich die Teilnehmerkreise der verschiedenen Vertragsprojekte nicht ganz decken. Da es sich als unumgänglich erweisen wird, die genannten Verträge zu gleicher Zeit wie den mit Deutschland abzuschließenden Friedensvertrag rechtskräftig werden zu lassen, muß bei der Abfassung des Friedensvertrags an den Einbau von Ansatzpunkten für die synchronischen Parallelverträge gedacht werden. Das hat zudem den Vorteil, daß den bündnispolitischen und militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages, die eine Selbstverpflichtung des deutschen Volkes im Sinne der Entspannung und der Rüstungsbegrenzung darstellen, der Charakter eines Verzichtes ohne Gegenseitigkeit genommen wird.

Die Vorschläge im einzelnen

1. Definition Deutschlands

Unter dem Begriff „Deutschland" wird Deutschland in seiner wiederhergestellten staatlichen Einheit verstanden.

Die Vertragspartner Deutschlands erkennen die volle Souveränität des deutschen Volkes über Deutschland einschließlich seiner Territorialgewässer und des Luftraumes an.

Die Vertragspartner Deutschlands werden ihre Beziehungen mit Deutschland und Deutschland wird seine Beziehungen mit seinen Vertragspartnern auf der Grundlage der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, des Nichtangriffes, der Gleichheit und der Gegenseitigkeit auf der Grundlage des vorliegenden Vertrages gestalten.

2. Grenzen

Die Bereitschaft Deutschlands, die Verpflichtungen dieses Friedensvertrages zu übernehmen, schafft die Voraussetzungen für die Entwicklung guter Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarstaaten. Die Grenzen Deutschlands im Osten müssen deshalb so gezogen werden, daß nicht durch eine grobe Verletzung der Grundsätze der Gerechtigkeit und der Vernunft die vom deutschen Volk aufrichtig gewünschte Versöhnung mit seinen Nachbarn im Osten in der Zukunft gefährdet wird.

3. Grundrechte und Grundfreiheiten

Deutschland wird die Grundrechte und Grundfreiheiten des Menschen gewährleisten. Alle unter deutscher Gerichtsbarkeit stehenden Personen ohne Unterschied des Geschlechts, der Abstammung, der Rasse, der Sprache, der Heimat und Herkunft, des Glaubens, der religiösen und politischen Anschauungen werden in Deutschland die gleichen Rechte genießen.

Die persönliche Freiheit, die Freiheit des Glaubens, des Gewissens, des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses, der ungestörten Religionsausübung, das Recht der freien Meinungsäußerung in Wort, Schrift und Bild, die Versammlungsfreiheit und die Vereinigungsfreiheit werden in Deutschland gewährleistet.

Die Grundrechte und Grundfreiheiten binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung in Deutschland als unmittelbar geltendes Recht.

Die Rechtsprechung in Deutschland wird unabhängigen und unabsetzbaren Richtern anvertraut, die nur dem Gesetz unterworfen sind.

4. Politische Parteien

Deutschland wird die freie Betätigung der politischen Parteien gewährleisten. Die Parteien erhalten das Recht, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden,

Kongresse und Versammlungen durchzuführen, das Recht der freien Meinungsäußerung für sich in Anspruch zu nehmen und bei Wahlen und Abstimmungen frei für ihre Anschauungen zu werben.

Deutschland verpflichtet sich, das Wiedererstehen der Nationalsozialistischen Partei, ihrer Gliederungen und der unter ihrer Kontrolle befindlichen Organisationen einschließlich militärischer und halbmilitärischer Organisationen und das Entstehen von Parteien und Organisationen, deren Tätigkeit auf eine Beseitigung der Grundrechte und Grundfreiheiten, auf eine Revision der Bestimmungen dieses Vertrages mit Gewaltanwendung oder mit der Drohung mit Gewalt oder auf eine Revision der deutschen Grenzen mit Gewaltanwendung oder mit der Drohung mit Gewalt gerichtet ist, unter Androhung strafrechtlicher Verfolgung nicht zuzulassen.

5. Generalamnestie

Um der inneren Befriedung zu dienen, wird Deutschland alle Personen, die während des Zweiten Weltkrieges Handlungen zugunsten der Kriegsgegner Deutschlands begangen oder mit deren Sache sympathisiert haben, desgleichen diejenigen Personen, die in der Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages Handlungen begangen haben, die darauf abzielten, die Erfüllung der gemeinsamen Beschlüsse der USA, der UdSSR, des Vereinigten Königreiches und Frankreichs über Deutschland oder irgendeiner der auf Grund dieser Beschlüsse herausgegebenen Proklamationen, Befehle, Anweisungen und Instruktionen zu erleichtern, durch eine Generalamnestie außer Verfolgung setzen.

Deutschland wird nur solchen Personen das Recht auf politisches Asyl gewähren, die sich verpflichten, vom Territorium Deutschlands aus keinerlei feindliche Tätigkeit gegen irgendeine der verbündeten oder vereinten Mächte zu betreiben.

Deutschland wird die Repatriierung von Bürgern seiner Vertragspartner, die durch den Krieg nach Deutschland verschlagen sind und heimzukehren wünschen, mit allen Kräften unterstützen. Die Vertragspartner werden die Repatriierung deutscher Bürger auf deren Wunsch nach den gleichen Grundsätzen unterstützen.

6. Wiederherstellung der Einheit

a) Die Mächte, die mit Deutschland den Friedensvertrag schließen, erkennen das Recht des deutschen Volkes auf Wiederherstellung seiner staatlichen Einheit an. Sie treten dafür ein, daß die Annahme des Friedensvertrages durch das deutsche Volk zeitlich mit der Wiedervereinigung der beiden getrennten Teile Deutschlands zusammenfällt.

b) Die genannten Mächte versichern, daß sie keinem deutschen Staatsgebilde, das seinen Fortbestand auf Kosten der Unabhängigkeit und der staatlichen Einheit Deutschlands zu erhalten sucht, in diesem Bestreben Unterstützung leihen werden.

c) In der Absicht, die staatliche Teilung Deutschlands zu beenden, fordern die genannten Mächte die staatlichen Organe in beiden getrennten Teilen Deutschlands auf, umgehend Vereinbarungen über Maßnahmen, die in deutscher Zuständigkeit liegen und der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands dienen, zu treffen. Soweit die innerdeutschen Vereinbarungen Interessen der anderen vertragschließenden Mächte berühren, werden sie nach Zustimmung der Mächte unlöslicher Bestandteil des Friedensvertrages. Insbesondere sind Absprachen über die Modalitäten zu treffen, nach denen eine deutsche Nationalversammlung als gesamtdeutscher Willensträger durch das deutsche Volk frei und geheim gewählt werden kann sowie über den Zeitpunkt der Wahl.

d) Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß bis zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands keine gesamtdeutsche Regierung besteht, die befugt ist,

über den Friedensvertrag zu verhandeln und ihn zu unterzeichnen, erklären die oben genannten Mächte sich damit einverstanden, daß

1. die Interessen des deutschen Volkes in den Verhandlungen von den Vertretungen beider Teile Deutschlands mit beratender Funktion wahrgenommen werden, daß

2. die verbindliche Annahme des Friedensvertrags von seiten Deutschlands durch einen freien unmittelbaren Willensentscheid (Volksentscheid) des deutschen Volkes in beiden Teilen Deutschlands erfolgt und daß

3. die Unterzeichnung des Friedensvertrages nach Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands durch die künftige gesamtdeutsche Regierung vollzogen wird.

e) Mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages leisten die Mächte, die nach der Kapitulation Deutschlands die oberste Gewalt in Deutschland übernahmen, ohne jeden Vorbehalt Verzicht auf die Rechte, die sie aus der Uebernahme der obersten Gewalt geleitet hatten. Die Deutschland zugesicherte Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten umschließt insbesondere die Möglichkeit freier Wahlen, der Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung und der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, sobald sich das deutsche Volk in einem Volksentscheid verpflichtet hat, die Bedingungen dieses Vertrages zu erfüllen.

7. Bündnisfrage

a) Deutschland verpflichtet sich, entsprechend seiner Lage in der Mitte Europas eine Politik des entspannenden Ausgleichs nach allen Seiten zu verfolgen und damit der Erhaltung des Friedens und der Zusammenarbeit der Völker zu dienen. Es verzichtet auf jegliche Teilnahme an Militärbündnissen, die Bestandteil eines Systems von Blöcken und Gegenblöcken in Europa sind und deren geographische Stoßrichtung eine bündnispolitische Option entweder zugunsten des Westens oder des Ostens bedingt. Dagegen erklärt Deutschland sich bereit, auf gleichberechtigter Grundlage Vertragspartner eines Bündnissystems zu werden, dessen Ziel die Festigung der gesamteuropäischen Sicherheit ist und dem neben anderen Staaten zumindest die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Rußlands, das Königreich Großbritannien und die Republik Frankreich angehören. Der Abschluß des deutschen Friedensvertrages soll gleichzeitig mit dem Abschluß eines europäischen Sicherheitsvertrages erfolgen.

b) Nach Inkrafttreten des deutschen Friedensvertrages und des europäischen Sicherheitsvertrages entfallen die Rechte und Pflichten, die von deutscher Seite mit der Mitgliedschaft in den Organisationen des Nordatlantikpaktes sowie der Westeuropäischen Union und des Warschauer Vertrages übernommen wurden.

c) Deutschland bekräftigt in diesem Friedensvertrag den Verzicht, den es in dem Vertrag über die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone hinsichtlich des Besitzes, der Produktion, des Erwerbs und der Erprobung von Kernwaffen leistet.

d) Deutschland verpflichtet sich ferner, auf den Besitz, die Produktion, den Erwerb und die Erprobung biologischer und chemischer Massenvernichtungsmittel zu verzichten.

e) Deutschland wird eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) besitzen, die eine wirksame Landesverteidigung ermöglichen.

f) Alle ausländischen Streitkräfte, die sich auf deutschem Boden befinden, müssen in einer festzulegenden Frist nach Inkrafttreten des Friedensvertrages in Etappen aus Deutschland abgezogen sein.

g) Deutschland bekräftigt seine im europäischen Sicherheitsvertrag übernommene Verpflichtung, durch Zulassung vertraglich vereinbarter Erd- und Luftinspektionsbehörden in seinem Hoheitsbereich einen Beitrag zur europäischen Sicherheitskontrolle zu leisten.

8. Interpretation

Die Vertragspartner verpflichten sich, jeden Streit über die Auslegung oder Erfüllung des vorliegenden Vertrages unter Ausschluß von Gewaltanwendung oder der Drohung mit Gewalt zu regeln.

Kann ein Streit um Auslegung oder Erfüllung des vorliegenden Vertrages nicht durch direkte diplomatische Verhandlungen oder in anderer Weise durch Vereinbarung zwischen den Partnern des Streites geregelt werden, so ist der Fall einer Kommission zu übergeben, der Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika, der Sowjetunion, des Vereinigten Königreichs, Frankreichs und Deutschlands angehören.

Falls dieser Streitfall innerhalb von zwei Monaten in der Kommission nicht durch eine Vereinbarung geschlichtet werden kann, wird er, falls die Partner des Streitfalles zu keiner Vereinbarung über andere Verfahren seiner Regelung gelangen, einer Kommission übergeben, der je ein Vertreter eines jeden Partners des Streitfalles und ein weiteres Mitglied angehören, das auf Vereinbarung beider Seiten unter den Bürgern eines dritten Landes ausgewählt wird. Die Partner verpflichten sich, sich dem Spruch dieser Kommission zu unterwerfen, die mit Stimmenmehrheit endgültig entscheidet.

Quelle: *Das freie Wort,* Bonn. Sonderdruck.

Ansprache von Staatspräsident de Gaulle in seiner Pressekonferenz am 25. März 1959 (Auszug)

Die von Sowjetrußland wegen Berlin ausgelöste Krise hat die Welt in eine tiefe Unruhe gestürzt. Drei miteinander eng verbundene Fragen wurden von Moskau aufgeworfen: Die Eventualität von Maßnahmen, die den amerikanischen, englischen und französischen Militärverbänden die Verbindung zwischen West-Berlin und der Westzone behindern würden, das Schicksal des deutschen Volkes, das durch die formelle Teilung Deutschlands in zwei Staaten zutiefst in Frage gestellt werden könnte und durch die Tatsache, daß die frühere Reichshauptstadt in ein unter totalitärer Diktatur stehendes Gebiet einbezogen würde oder Bedingungen ausgesetzt wäre, die sie zu solcher Unfreiheit führen würde. Schließlich die Neutralisierung einer Zone in Europa, die im wesentlichen Deutschland umfassen würde.

Dazu kommt, daß die Sowjetregierung, die die Westmächte drängt, Verhandlungen über das Schicksal Berlins und einen mit beiden Teilen Deutschlands abzuschließenden Friedensvertrag aufzunehmen, die Absicht geäußert hat, dem Pankower System die ihr zustehenden Rechte und die Verantwortlichkeit betreffs Berlin zu übertragen. In diesem Fall müßte das Kommen und Gehen der amerikanischen, britischen und französischen Verbände im Einvernehmen mit Pankow erfolgen, das Washington, London und Paris anzuerkennen gezwungen wären. Würden die Westmächte den Zugang nach Berlin, wenn er ihnen versperrt wäre, mit Gewalt öffnen wollen, so würden sie es mit den in Ostdeutschland stationierten Sowjettruppen zu tun haben, die, wie man uns erklärt hat, „nicht dazu da sind, Murmeln zu spielen".

Angesichts dieser Lage könnte man auf den Gedanken kommen, daß Frankreich aus dieser Krise Nutzen ziehen, sich an der Spaltung des deutschen Volkes beteiligen wolle, um sich auf Kosten Deutschlands ähnliche Vorteile zu verschaffen, wie sie die Sowjets anzustreben scheinen.

Das ist eine Politik, die andere gegenüber ihren unglücklichen Nachbarn betreiben mögen. Es ist nicht unsere Politik. Wenn das heutige Deutschland uns gefährlich schiene, würde die Erinnerung an die durch es erlittenen Prüfungen und der Wille, deren

Wiederholung vorzubeugen, uns zweifellos zu Forderungen Anlaß geben. Doch das heutige Deutschland bedroht uns in keiner Weise. Ja, wir sind der Ansicht, daß es mit seinen Fähigkeiten, seiner Energie und seinen Mitteln ein wesentliches Element des Lebens und des Fortschritts in Europa und der ganzen Welt ist. Mehr noch: Wie es bei zwei Gegnern, die aufgehört haben, sich gegenseitig zu bekämpfen und zu zerstören, natürlich ist, sind Frankreich und Deutschland entschlossen, zusammenzuarbeiten. In diesem Punkt stimmt die Politik von Bundeskanzler Adenauer mit der unsrigen überein. Und es ist, wie mir Ministerpräsident Segni kürzlich bestätigte, auch die Politik Italiens. Wir werden daher auch nichts unternehmen, was das deutsche Volk zur Verzweiflung bringen oder seine friedliche Zukunft gefährden könnte oder die Hoffnung zerstören würde, die nach so viel Zusammenstößen und Tränen zu beiden Seiten des Rheins besteht.

Man könnte sich ebenfalls vorstellen, daß Frankreich es als zweckmäßig erachte, sich nicht in den Streit einzumischen, weil es nicht über entsprechende Aktionsmittel verfügt, d. h. über die Vernichtungsmittel, die die Amerikaner und Russen besitzen, daß es daher nicht in der Lage sei, seiner Politik Geltung zu verschaffen und daß sich Frankreich aus dem gegenwärtigen Konflikt und einem eventuellen Krieg heraushalten könnte. Dies würde für Frankreich bedeuten, den Sinn des Lebens zu verlieren, um zu versuchen, sein Leben zu erhalten. Das würde auch bedeuten, das atlantische Bündnis zu zerstören, das nur denkbar ist, wenn Frankreich ihm angehört.

Dann könnte — ausgenommen ein Atomkrieg — nichts mehr die Sowjets daran hindern, ihre Herrschaft über ganz Europa und über ganz Afrika auszudehnen und schließlich über die ganze Welt. Danach würde die Menschheit, soweit sie das überlebt, der Unterdrückung durch die Diktatur, der grauenhaften Zerrissenheit ihrer Tendenzen und ihrer Leiter ausgesetzt sein. Wir ziehen es vor, das atlantische Bündnis so lange aufrechtzuerhalten, bis der Frieden wirklich gesichert ist.

Wir halten deshalb für notwendig, daß die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich es nicht hinnehmen, daß irgend jemand den Zugang ihrer Truppen nach Berlin versperrt. Auf Grund des Sieges und der seinerzeit mit der Sowjetunion getroffenen Abmachungen haben die drei Mächte Recht auf freien Zugang zu Berlin. Wenn jemand diesen Zugang behindern würde, würde er und alle, die ihm zu Hilfe kommen, gegenüber den Westmächten eine feindliche Handlung begehen und wäre daher für die Zusammenstöße verantwortlich, die sich daraus ergeben könnten.

Was das Schicksal der Stadt selbst betrifft, so stellen wir fest, daß diejenigen ihrer Einwohner, die die Möglichkeit haben, sich frei zu entscheiden, einstimmig den Wunsch haben, daß sie beim Westen bleibt. Aus diesem Grunde und auch aus anderen könnten wir es nicht zulassen, daß Berlin dem Pankower System ausgeliefert wird. Wir sind im übrigen nicht bereit, dieses System als einen souveränen und unabhängigen Staat anzuerkennen, denn er besteht nur auf Grund der sowjetischen Besatzung und einer unerbittlichen Diktatur.

In den außenpolitischen Beziehungen der Französischen Republik können wir dieses willkürliche Gebilde nicht auf die gleiche Stufe mit der Deutschen Bundesrepublik stellen, deren Bürger sagen, schreiben und hören, tun und lassen können, was sie wollen, und die ihre Vertreter sowie ihre Regierung in voller Freiheit wählen.

Die Wiedervereinigung der beiden gegenwärtig getrennten Teile zu einem Deutschland, das völlig frei wäre, betrachten wir als das Ziel und das normale Schicksal des deutschen Volkes, vorausgesetzt, daß es seine gegenwärtigen Grenzen im Westen, Osten, Norden und Süden nicht in Frage stellt und gewillt ist, sich eines Tages in eine vertragliche Organisation ganz Europas für Zusammenarbeit, Freiheit und Frieden einzufügen.

Doch bis dieses Ideal erreicht werden kann, glauben wir, daß die beiden Teile Deutschlands die gegenseitigen Beziehungen und Verbindungen auf allen praktischen Gebieten ausdehnen sollten: Das Transport-, Verkehrs- und Postwesen, die Wirtschaft, Kunst, Literatur und Wissenschaft, das Kommen und Gehen der Menschen usw. könnten zu Vereinbarungen führen, die die Deutschen innerhalb der, wie ich sie nennen möchte, „deutschen Sache" einander näher bringen, die im übrigen ihnen allen gemein ist, unter welchem Regime und unterschiedlichen Bedingungen sie auch leben.

Was nun die Frage angeht, aus Deutschland ein neutralisiertes Gebiet zu machen, so sagt uns eine solche Ausklammerung oder ein derartiges „Disengagement" nicht zu. Denn wenn die Abrüstung sich nicht auf eine Zone erstreckt, die sich ebensoweit dem Ural wie dem Atlantik nähern würde, welchen Schutz würde sie Frankreich bieten? Was würde im Falle eines Konflikts einen eventuellen Angreifer daran hindern, in einem Sprung oder Flug das nicht verteidigte deutsche Glacis zu überspringen? Wie eng wäre dann der übrigbleibende Streifen Land zwischen der Maas und dem Atlantik, um eine wirksame Entfaltung der Verteidigungsmittel der Westmächte zu ermöglichen? Gewiß sind wir für eine Kontrolle und Beschränkung aller Kriegswaffen. Damit aber diese humanitären Vorkehrungen nicht zu unserer Vernichtung führen, müssen sie sich auf einen genügend großen und hinreichend tiefen Raum erstrecken, damit Frankreich darin einen Schutz findet und nicht, im Gegenteil, exponiert ist.

Ich sehe keine Veranlassung, was sich auch immer in der Vergangenheit zugetragen haben mag, gegen die Aufnahme von Verhandlungen über diese und andere Fragen grundsätzliche Einwände zu erheben. Außenminister Couve de Murville würde also an einer eventuellen Konferenz der Außenminister teilnehmen. Sollte es dieser Konferenz nach einer gründlichen Prüfung der Probleme gelingen, Elemente eines Uebereinkommens über wichtige Punkte zu erarbeiten, würde ich selbst mit Premierminister Michel Debré an einem Treffen der Männer teilnehmen, die die höchste Verantwortung der großen Staaten tragen.

Die Verhandlungen eines solchen Gremiums müßten selbstverständlich vorbereitet sein, und eine derartige Versammlung könnte nur in einer befriedeten Atmosphäre beraten. In diesem Punkt bin ich völlig einig mit dem, was Präsident Eisenhower kürzlich darüber gesagt hat.

In dieser ernsten Lage fühlt sich Frankreich berufen, klar und ruhig zu sprechen. Zunächst, weil es gegenüber dem russischen Volk kein Gefühl der Konkurrenz oder der Animosität hegt, sondern im Gegenteil, für es eine echte und traditionelle Freundschaft empfindet; sodann weil, was Deutschland betrifft, das der Gegenstand dieser Krise ist, Frankreich angesichts der eingetretenen Veränderung seine früheren Einwände überwunden hat und in diesem Land nicht mehr einen Gegner, sondern einen Verbündeten sieht. Und schließlich, weil Frankreich noch über keine Atombomben verfügt und es also nicht wie die drei anderen der Versuchung ausgesetzt ist, seine Bomben gegebenenfalls abzuwerfen, bevor diejenigen des Gegners ihr Vernichtungswerk verrichtet haben würden. Kurz, Frankreich betrachtet die augenblickliche Krise auf seine Art mit Nüchternheit und sogar Unparteilichkeit.

Deshalb bin ich auch sicher, wenn ich in seinem Namen spreche, den Gedanken von zwei Milliarden Menschen Ausdruck zu geben. Wegen der Gefahren, denen die Menschen ausgesetzt sind, und dann der riesigen menschlichen Aufgaben, die wir alle gemeinsam erfüllen könnten und müßten, wäre jedes den Westmächten gestellte Ultimatum, um sie durch Einschüchterung zum Nachgeben zu zwingen, hassenswert und absurd.

Wenn auf jeder Seite alles so vorbereitet ist, daß die Vernichtungsmittel, die ganze Erdteile zu zerstören vermögen, innerhalb weniger Sekunden zur Auslösung kommen

können, wird ein Zustand der Spannung geschaffen, so daß jeder Irrtum oder Zwischenfall die Katastrophe auslösen könnte; es wäre dies eine nicht wiedergutzumachende Herausforderung für das Leben und die Menschheit.

Wenn zwei Drittel der Menschen auf dieser Erde ein elendes Dasein führen und gewisse Völker über die Mittel zum Fortschritt aller verfügen, was sollen dann diese gefährlichen Geschichten von West-Berlin, der DDR und dem deutschen Disengagement? ...

Quelle: Presseabteilung der französischen Botschaft, Bonn.

Notenwechsel über eine Außenministerkonferenz in Genf

*Note der Vereinigten Staaten vom 26. März 1959**

Die Regierung der Vereinigten Staaten bezieht sich auf die Note der Regierung der UdSSR vom 2. März 1959, mit der diese die Note der Vereinigten Staaten vom 16. Februar 1959 beantwortet, in der eine Konferenz der Außenminister Frankreichs, der UdSSR, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten vorgeschlagen worden war.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat ständig Treffen der interessierten Mächte befürwortet, die Möglichkeiten für ernste Diskussionen der großen Probleme bieten und wirksame Mittel sein könnten, ein Uebereinkommen über bedeutsame Fragen zu erreichen. Aus diesem Grunde hat die Regierung der Vereinigten Staaten in ihrer Note vom 16. Februar ein Treffen der Außenminister Frankreichs, der UdSSR, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten vorgeschlagen. Die Regierung der Vereinigten Staaten nimmt mit Genugtuung von dem Einverständnis der sowjetischen Regierung mit solch einem Treffen Kenntnis.

Im einzelnen schlägt die Regierung der Vereinigten Staaten vor, daß ein Treffen Frankreichs, der UdSSR, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten auf der Ebene der Außenminister am 11. Mai 1959 in Genf stattfinden sollte, um Fragen in bezug auf Deutschland zu beraten, einschließlich eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Berlin-Frage. Natürlich sollte jede der vier teilnehmenden Regierungen die Möglichkeit haben, ihre Ansichten über jede Frage vorzutragen, die sie als bedeutsam im Hinblick auf die zur Beratung stehenden Probleme ansieht. Ziel der Außenministerkonferenz sollte es sein, positive Uebereinkommen auf einem so weiten Feld wie möglich zu erreichen und in jedem Fall die Differenzen zwischen den gegenseitigen Ansichten zu verringern sowie konstruktive Vorschläge für die Beratungen einer Konferenz der Regierungschefs später im Sommer vorzubereiten.

Unter dieser Voraussetzung und sobald die Entwicklung auf der Außenministerkonferenz das Abhalten einer Gipfelkonferenz rechtfertigt, wäre die Regierung der Vereinigten Staaten bereit, an solch einer Konferenz teilzunehmen. Termin, Tagungsort und Tagesordnung für eine solche Konferenz sollten von der Außenministerkonferenz vorgeschlagen werden.

---

*) Die britische und die französische Regierung übersandten am gleichen Tage anders formulierte, aber inhaltlich völlig entsprechende Noten. Die britische Regierung spielte in ihrer Note auf das Kommuniqué über den Besuch vom Premierminister *Macmillan* in der Sowjetunion an (vgl. dessen Wortlaut in Europa-Archiv 5/1959, S. D 101), indem sie mit Genugtuung verzeichnete, „daß die Sowjetregierung noch immer glaubt, daß es den vier Mächten möglich ist, in Deutschland betreffenden Fragen zusammenzuarbeiten“; dies stimme mit dem Grundsatz der Lösung strittiger Fragen durch Verhandlungen überein, zu dem die Sowjetregierung sich vor kurzem bekannt habe.

Die Konferenz der Regierungschefs könnte einige weiter gespannte Probleme, wie jene, die in der Note der Sowjetregierung vom 2. März und in früheren Erklärungen der Regierung der Vereinigten Staaten aufgeführt sind, beraten und möglicherweise lösen sowie, wenn notwendig, die Einrichtungen für die weitere Beratung dieser Probleme schaffen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten erkennt an, daß Polen und die Tschechoslowakei sowie eine Reihe anderer Staaten ein legitimes und direktes Interesse an gewissen Angelegenheiten haben, die auf der Konferenz diskutiert werden. Daher könnte zu einem gewissen Zeitpunkt der Beratungen die Möglichkeit der Teilnahme anderer Länder ins Auge gefaßt werden. Dennoch glaubt die Regierung der Vereinigten Staaten, daß das vorgeschlagene Treffen zumindest zu Beginn nur die vier Mächte umfassen solle, die für Deutschland verantwortlich sind. Die Regierung der Vereinigten Staaten stellt weiter fest, daß die Sowjetregierung mit dem in der Note vom 16. Februar gemachten Vorschlag einverstanden ist, daß deutsche Berater zu dem Treffen am 11. Mai eingeladen und dabei konsultiert werden sollen.

Bei ihrem Vorschlag einer Außenministerkonferenz am 11. Mai geht die Regierung der Vereinigten Staaten davon aus, daß die Sowjetregierung Genf für einen passenden Tagungsort hält. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird daher bei der Regierung der Schweiz anfragen, um festzustellen, ob diese mit dem Ort und der Zeit einverstanden ist, und den Generalsekretär der Vereinten Nationen bitten, sicherzustellen, daß die Einrichtungen der Vereinten Nationen in Genf zur Verfügung stehen.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 59, 1. April 1959.

*Note der Bundesrepublik Deutschland vom 26. März 1959**)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat den Inhalt der Note der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 2. März 1959, deren Empfang sie hiermit bestätigt, sorgfältig geprüft und erwidert folgendes:

Es erscheint der Bundesregierung wenig zweckdienlich, auf die in der Note vom 2. März enthaltenen allgemeinen Betrachtungen über die Außenpolitik der Bundesregierung im einzelnen einzugehen. Die von der Regierung der UdSSR erhobenen Vorwürfe sind schon mehrfach widerlegt und zurückgewiesen worden. Sie beschränkt

---

*) Während die Westmächte sich in ihren Noten ganz auf die sachlichen Fragen bezüglich der Genfer Außenministerkonferenz beschränkten und die Bundesregierung nur eine kurze Richtigstellung sowjetischer Behauptungen vornahm, benutzte die Regierung der DDR ihre am 25. März überreichte Antwort auf die sowjetische Note vom 2. März zu einer umfangreichen Polemik im Sinne der sowjetischen Darstellung. Dabei richtete sie scharfe Angriffe gegen die Politik der Bundesregierung, die sie als den „Hauptstörenfried in Europa" hinstellte.

Hinsichtlich der Teilnahme deutscher Vertreter an den geplanten Konferenzen erklärte die Regierung der DDR:

> „Da die Frage einer Friedensregelung mit Deutschland nur dann erfolgreich gelöst werden kann, wenn alle Regierungen von der Existenz der beiden deutschen Staaten ausgehen und deren völkerrechtlichen Anspruch auf Teilnahme an Verhandlungen über alle sie betreffenden Fragen anerkennen, müssen an einer solchen Konferenz bei der Behandlung der Lebensfragen des deutschen Volkes Vertreter der beiden deutschen Staaten teilnehmen."

Diese Forderung erhebt die Regierung der DDR, wie sie in der Note ausdrücklich feststellte, sowohl für die Außenministerkonferenz als auch für eine künftige Gipfel-Konferenz. Ebenso trat sie in ihrer Note für die volle Teilnahme Polens und der Tschechoslowakei an beiden Konferenzen ein.

Der von der Sowjetunion vorgeschlagenen Begrenzung der Dauer der Außenministerkonferenz auf zwei Monate stimmte die Regierung der DDR mit folgendem Argument zu: „. . . um zu verhindern, daß unter dem Deckmantel von Verhandlungen die westdeutsche Atomrüstung fortschreitet."

sich daher darauf, in zwei ihr besonders wichtig erscheinenden Punkten eine Richtigstellung vorzunehmen:

1. Die Note vom 2. März 1959 versucht, der Bundesregierung die Verantwortung dafür zuzuschieben, daß schwerwiegende internationale Probleme nach wie vor der Lösung harren. In Wahrheit ist es jedoch die Regierung der UdSSR, die echte und dauerhafte Lösungen verhindert, denn sie hat es abgelehnt, eine nicht nur das deutsche Volk tief bewegende, sondern auch von der überwiegenden Mehrzahl aller Staaten als der dringlichen Lösung bedürftig erachtete Frage, nämlich die der Wiederherstellung der deutschen Einheit, überhaupt zu erörtern.

2. Wenn es heute in Berlin zu einer den Frieden gefährdenden Lage gekommen ist, so war es die Regierung der UdSSR, die diese akute Krise ohne erkennbaren Grund ausgelöst hat.

Zum sachlichen Inhalt der Note der Regierung der UdSSR vom 2. März 1959 wiederholt die Bundesregierung ihre Auffassung, daß möglichst bald auf dem Verhandlungswege eine gerechte Regelung der offenen Fragen der Weltpolitik gefunden und damit endlich eine Grundlage für einen dauerhaften Frieden gelegt werden muß.

Die Bundesregierung hat den Vorschlag der Regierung der UdSSR zur Abhaltung einer Konferenz von Regierungschefs zur Kenntnis genommen. Sie nimmt ferner davon Kenntnis, daß die Regierung der UdSSR den in den Noten der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten vom 16. Februar enthaltenen Vorschlägen zustimmt, wonach deutsche Berater zu einer Konferenz von Außenministern, an der auch die UdSSR teilnehmen würde, eingeladen und dabei konsultiert werden sollten.

Die Regierung der UdSSR hat in ihrer Note eine ganze Reihe von Problemen genannt, die auf einer Konferenz der Regierungschefs zu behandeln wären. Es erscheint der Bundesregierung nicht folgerichtig, den Kreis der Themen für eine Außenministerkonferenz, die eine Konferenz der Regierungschefs vorbereiten könnte, einzuengen. Es sollte keiner Teilnehmerregierung verwehrt sein, ihrerseits weitere Fragen in die Erörterung einzubeziehen, die mit den behandelten Problemen unmittelbar zusammenhängen. Der Bundesregierung muß natürlich an einer umfassenden Erörterung der Deutschland betreffenden Fragen besonders gelegen sein.

In der Erwartung, daß die Regierung der UdSSR sich diesen Gedanken nicht verschließen wird, erklärt sich die Bundesregierung bereit, zu der vorgeschlagenen Außenministerkonferenz Berater zu entsenden.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 59, 1. April 1959.

*Note der Sowjetunion an die Vereinigten Staaten vom 30. März 1959**

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat in die Note der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika vom 26. März 1959 Einsicht genommen und hält es für notwendig, das Folgende zu erklären:

Die Sowjetregierung stellt mit Befriedigung fest, daß zwischen den Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR gegenwärtig Einverständnis erzielt ist, an die Lösung der aktuellen internationalen Fragen auf einer Konferenz der Außen-

*) Entsprechende Noten richtete die Sowjetregierung am gleichen Tage an Großbritannien und Frankreich.

Ebenfalls am 30. März wurde die Note der DDR beantwortet, und am 31. März erhielt die Bundesrepublik eine Antwortnote. In beiden Noten teilte die Sowjetregierung den Inhalt ihrer an die Westmächte gesandten Noten mit. Sie nahm Kenntnis von dem Wunsch der DDR, an den vorgesehenen Konferenzen teilzunehmen. Im entsprechenden Absatz der Note an die

minister und einer Gipfelkonferenz heranzugehen, was zweifellos zur Minderung der Spannungen in den Beziehungen zwischen den Staaten und zur Gesundung der gesamten internationalen Lage beitragen wird, worauf die Bemühungen der Sowjetregierung bekanntlich stets gerichtet waren.

Was die Tagesordnung wie auch Zeit und Ort der Einberufung der Außenministerkonferenz betrifft, so erklärt sich die Sowjetregierung mit dem Vorschlag der Regierung der USA einverstanden, die Ministerkonferenz nach Genf (das Einverständnis der Regierung der Schweiz vorausgesetzt) für den 11. Mai 1959 einzuberufen, zur Prüfung der Fragen, die Deutschland betreffen, einschließlich des Friedensvertrages mit Deutschland und der Berlin-Frage, da diese beiden konkreten Fragen, wie in der Note der Sowjetregierung vom 2. März festgestellt wurde, schon längst dazu reif sind, daß die interessierten Staaten entsprechende Beschlüsse fassen.

Die Sowjetregierung gibt ihrem Bedauern Ausdruck, daß jetzt noch kein völliges gegenseitiges Verständnis in der Frage der Beteiligung der Polnischen Volksrepublik und der Tschechoslowakischen Republik an der Außenministerkonferenz erzielt worden ist. In Anbetracht der Haltung der Regierung der USA erachtet die Sowjetregierung es für möglich, daß die Frage der Beteiligung dieser Länder an der Konferenz auf der Konferenz selbst entschieden werde, ausgehend von dem unmittelbaren Interesse Polens und der Tschechoslowakei an der Lösung der erwähnten Fragen als Nachbarstaaten Deutschlands, die die ersten Opfer der Hitlerschen Aggression waren.

Wie aus dem erfolgten Meinungsaustausch hervorgeht, kann es als vereinbart gelten, daß auf der am 11. Mai beginnenden Außenministerkonferenz beide deutsche Staaten — die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland — vertreten sein sollen.

Die Sowjetregierung spricht die Hoffnung aus, daß alle Teilnehmer der Außenministerkonferenz ihren positiven Beitrag zur Arbeit dieser Konferenz leisten werden und daß die Konferenz ein wichtiger Schritt zur Herstellung eines dauerhaften Friedens in Europa sein wird. Die Sowjetregierung wird ihrerseits alles nur Mögliche tun, um zur Erreichung dieses Zieles beizutragen.

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (sowjetische Botschaft, Bonn), Beilage zu Nr. 11, 10. April 1959.

Kommuniqué vom 1. April 1959 über die Konferenz der Außenminister der Westmächte und der Bundesrepublik in Washington

Die Außenminister Frankreichs, der Bundesrepublik und Großbritanniens und der amtierende Außenminister der Vereinigten Staaten haben eine Reihe nützlicher, am

---

Bundesrepublik erklärte die Sowjetregierung in Abweichung von der von der Bundesregierung gebrauchten Formulierung, sie nehme den Beschluß der Bundesrepublik zur Kenntnis, *Vertreter* zur Außenministerkonferenz zu entsenden.

Die den sowjetischen Standpunkt unterstützende Polemik der Regierung der DDR in ihrer Note vom 25. März wurde von der Sowjetregierung „mit Befriedigung" zur Kenntnis genommen. Die kurzen Richtigstellungen der Bundesregierung hinsichtlich der Ursachen der Spannung und der Berlin-Krise hingegen nahm die Sowjetregierung zum Anlaß, in ihrer Note folgendes auszuführen:

> „Es fällt auf, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland angesichts der Tatsache, daß zwischen den Großmächten Einverständnis über die Durchführung von Verhandlungen zu den aktuell gewordenen internationalen Fragen erzielt wurde, allem Anschein nach die Versuche nicht aufgegeben hat, an der Schwelle der Verhandlungen diese im voraus mit unnötiger Polemik und haltlosen Vorwürfen zu belasten. Nur so können die in der Note der Regierung der Bundesrepublik Deutschland enthaltenen Behauptungen, die die Haltung der Sowjetunion in der deutschen Frage und in der Berlin-Frage entstellen, aufgefaßt werden."

Im Anschluß an diesen Vorwurf forderte die Sowjetregierung die Bundesregierung auf, „realistischeres Verständnis" für die bevorstehenden Aufgaben zu zeigen.

31. März und 1. April in Washington geführter Besprechungen abgeschlossen. Sie prüften die Berichte der Vier-Mächte-Arbeitsgruppe, die vom 9. bis 21. März in Paris zusammengetreten war, als Grundlage für die Vorbereitung auf die Außenministerkonferenz mit der Sowjetunion, die für den 11. Mai in Genf geplant ist. Sie legten die Richtlinien für die weiteren Zusammenkünfte der Vier-Mächte-Arbeitsgruppe fest, die am 13. April in London beginnen sollen. Die Minister entschieden über die Form des Berichtes, der am Donnerstag dem Atlantikrat vorgelegt werden wird.

Die Minister führten ihre Gespräche über Berlin auf der Grundlage ihrer Deklaration, die in dem am 14. Dezember 1958 in Paris veröffentlichten Kommuniqué über Berlin enthalten ist und der sich der Atlantikrat angeschlossen hat. Die Minister kamen überein, sich zu weiteren Vorbereitungen für die Konferenz mit der Sowjetunion am 29. April in Paris erneut zu treffen. Ein Bericht über die wesentlichen Punkte dieser Gespräche wird dem Atlantikrat vorgelegt werden. Alle diese Vorbereitungen basieren auf dem ernsten Wunsch, mit der Sowjetunion im Interesse des Weltfriedens konstruktiv zu verhandeln.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 62, 4. April 1959.

Kommuniqué der Tagung des Ministerrats der NATO in Washington vom 2. bis zum 4. April 1959

1. Die 15 Außenminister des Atlantikrates beendeten ihre Tagung in Washington am 4. April 1959, dem zehnten Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrages.

2. Der Rat erörterte die gegenwärtige internationale Lage, insbesondere die Berlin-Frage und die bevorstehenden Deutschlandverhandlungen in Genf. Er hielt gleichzeitig einen Rückblick auf den Fortschritt, den das Bündnis während seiner ersten zehn Jahre erzielt hat, seinen gegenwärtigen Stand und die Aussichten für die künftige Entwicklung.

3. Der Rat nahm einen Bericht der besonders für die Deutschlandfrage verantwortlichen vier Mächte über den gegenwärtigen Stand ihrer Ueberlegungen in bezug auf die Probleme entgegen, über die während der bevorstehenden Verhandlungen mit der Sowjetunion diskutiert werden wird. Auf der Grundlage dieses Berichtes fand eine umfassende Debatte statt. Die hierbei zum Ausdruck gebrachten Gesichtspunkte werden bei den Beratungen, die in den nächsten Wochen folgen, berücksichtigt werden. Der Rat gab der Generallinie der zu verfolgenden Politik seine volle Zustimmung. Während der Rat seinen Wunsch bekräftigte, die gegenwärtigen Probleme durch Verhandlungen gelöst zu sehen, bestätigte er seine einmütige Entschlossenheit, die Freiheit der Bevölkerung von West-Berlin und die Rechte und die Pflichten der alliierten Mächte aufrechtzuerhalten, wie sie in der Berlin-Erklärung des Rates vom 16. Dezember 1958 ausgedrückt wurden.

4. Bei einer Ueberprüfung der politischen Lage in anderen Teilen der Welt erörterte der Rat die verschiedenen Formen des Druckes, die der internationale Kommunismus weiterhin auf die freie Welt ausübt. Dieser Druck ist nicht nur für die Mitgliedstaaten, sondern auch für viele andere freie Länder eine Bedrohung, darunter für einige, deren Unabhängigkeit erst kürzlich hergestellt worden ist.

5. Bei der Erörterung der Entwicklung des Bündnisses und seiner Aussichten für die Zukunft war sich der Rat darüber einig, daß die Hauptgründe, die zur Unterzeichnung des Atlantikpaktes im Jahre 1949 führten, auch heute noch gültig sind. Das Nordatlantische Bündnis, das erfolgreich während der letzten zehn Jahre den Frieden erhalten und die Sicherheit der Mitgliedstaaten gewährleistet hat, bleibt eine wesentliche

Voraussetzung für ihre Freiheit. Aus diesem Grunde sowie im Hinblick auf die gegenwärtigen Gefahren bestätigten die Minister erneut die Entschlossenheit ihrer Regierungen, ihre gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen fortzusetzen. Gleichzeitig billigten sie die Ansicht, daß der Grundsatz der gegenseitigen Abhängigkeit weiterentwickelt werden muß, um sicherzustellen, daß von den verfügbaren Verteidigungsmitteln der beste Gebrauch gemacht wird.

6. In diesem Zusammenhang prüfte der Rat einen Bericht des Generalsekretärs über die Arbeit des Bündnisses, in dem er die Notwendigkeit unterstrich, die Sicherheit des Westens gegen die weltweite Herausforderung, der er sich gegenübersieht, zu festigen. Der Rat billigte die Forderung des Generalsekretärs, daß der Arbeit des Bündnisses ein neuer Auftrieb gegeben werden müsse, und erkannte die Notwendigkeit für eine verstärkte Gemeinschaftsaktion an, nicht nur in bezug auf die politische Konsultation und die gemeinsame Verteidigung, sondern auch auf bestimmte Aspekte der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und informatorischen Arbeit.

7. Abschließend erkannte der Rat an, daß das Atlantische Bündnis während der letzten zehn Jahre seine lebenswichtige Bedeutung bewiesen und dazu beigetragen hat, den Gemeinschaftsgedanken unter den Mitgliedstaaten zu fördern. Der Rat gab seiner Zuversicht Ausdruck, daß das Bündnis sich als die unerläßliche Grundlage für die Sicherheit der atlantischen Völker und die Verteidigung des Weltfriedens weiterentwickeln wird. Er glaubt außerdem, daß die Einheit des Handelns und der Politik, die das Bündnis ermöglicht, die beste Garantie für erfolgreiche Verhandlungen mit der Sowjetregierung und für eine Beilegung der Differenzen zwischen Ost und West ist.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung,* Nr. 63, 7. April 1959.

Note der Sowjetunion an die Bundesrepublik Deutschland vom 21. April 1959*

Die Regierung der Sowjetunion hält es für notwendig, sich an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in der folgenden Angelegenheit zu wenden.

In der letzten Zeit sind Tatsachen bekanntgeworden, die veranlassen, zu glauben, daß sich die Bundesregierung für eine baldige Verwirklichung der in der NATO ausgearbeiteten Pläne für eine Atombewaffnung Westdeutschlands und noch umfassendere Vorbereitungen auf ihrem Gebiet für einen Raketen- und Atomkrieg einsetzt. Die Presse der westlichen Länder, ganz besonders die gutunterrichtete amerikanische Zeitung „New York Times", berichtet, daß die Vorbereitungen für eine atomare Aufrüstung der Bundesrepublik und für die Errichtung eines Netzes amerikanischer Stützpunkte für den Abschuß von Kern- und Lenkwaffen in Westdeutschland beschleunigt werden. Amtliche Kreise der USA machen kein Hehl daraus, daß beabsichtigt ist, die Bundeswehr unverzüglich mit Raketen auszurüsten, die mit einem Atomsprengkopf versehen werden können. Dies wird bestätigt durch eine vor wenigen Tagen veröffentlichte Erklärung, die der Unterstaatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium, J. Irwin, vor dem außenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses abgab.

*) Eine ähnliche Protestnote richtete die Sowjetregierung am 22. April an die Regierung der Vereinigten Staaten. Darin wurde gegen „in Vorbereitung befindliche Maßnahmen zur atomaren Aufrüstung der Deutschen Bundesrepublik, Griechenlands, der Türkei und einiger anderer Mitgliedstaaten des Nordatlantikblocks und die Pläne zur Errichtung von amerikanischen Abschußrampen für Raketen auf den Territorien dieser Länder" protestiert. Weiter hieß es in der Note, angesichts der bevorstehenden Verhandlungen über die Frage eines Friedensvertrags mit Deutschland könne man Maßnahmen zur atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik nur als einen Versuch ansehen, diese Verhandlungen von vornherein zu torpedieren.

Wieweit die Vorbereitungen auf diesem Gebiet gediehen sind, zeigt der gegenwärtige USA-Besuch des Kriegsministers der Bundesrepublik, Strauß, der nach Presseberichten das Ziel hat, die praktischen Maßnahmen der beiden Regierungen für eine Atom- und Raketenbewaffnung Westdeutschlands zu koordinieren und die endgültige Aufhebung der noch existierenden wenigen Beschränkungen für eine Rüstung der Bundesrepublik vorzubereiten.

Es ist auch bekannt, daß in den USA Hunderte von Bundeswehrsoldaten in der Handhabung von Raketenwaffen ausgebildet werden. Der Bundeswehrinspekteur, General Röttiger, hat Pressevertretern mitgeteilt, daß die erste Raketeneinheit bereits in der Bundesrepublik geschaffen und in Hessen stationiert worden ist.

Das alles muß bei jeder Regierung, die wirklich an der Erhaltung des Friedens interessiert ist und zur Minderung der internationalen Spannung beizutragen sucht, Besorgnis erregen.

Die Sowjetregierung machte die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wiederholt auf die gefährlichen Folgen aufmerksam, die die atomare Bewaffnung der Bundeswehr und auch die Stationierung ausländischer Raketenrampen auf westdeutschem Gebiet nach sich zieht.

Es bedarf wohl kaum weiterer Beweise dafür, daß die Einbeziehung der Bundesrepublik in das atomare Wettrüsten und die Konzentrierung ausländischer Kernwaffen auf ihrem Gebiet unmittelbar an der Berührungslinie zwischen den Streitkräften der einander gegenüberstehenden militärischen Machtgruppen die Gefahr eines militärischen Zusammenstoßes erheblich vergrößern können, eines Zusammenstoßes, den zu verhindern die Bundesrepublik nicht weniger Interesse haben sollte als die Sowjetunion oder jeder andere europäische Staat.

Die sowjetische Regierung ist überzeugt, daß die Regierung der Bundesrepublik, die diesen Umstand unterschätzt, sich schwer verrechnet. Verläßt man nicht geflissentlich den Boden der Realität, so muß man die Tatsache anerkennen, daß das Vorhandensein von Raketen und Kernwaffen in der Bundesrepublik sie in eine äußerst gefährliche oder, um es genauer zu sagen, militärisch hoffnungslose Lage im Falle einer militärischen Auseinandersetzung in Europa versetzen würde. Daran ändert auch nichts, daß diejenigen, die ihre Politik eines atomaren Wettrüstens mit der atomaren Bewaffnung der westdeutschen Bundeswehr verknüpft haben und die Mitgliedstaaten der NATO mehr und mehr mit einem Netz von Atom- und Wasserstoffwaffen-Depots und Raketenanlagen zu überziehen suchen, ihre Augen vor dieser Tatsache verschließen. Wem wäre es weiter nicht klar, daß die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik von dem Bemühen zeugt, die Anwesenheit ausländischer Truppen auf ihrem Territorium zu verewigen?

Wie man auch immer die Verpflichtungen der Bundesrepublik gegenüber der NATO auslegen mag, so wird der Besitz von Atomwaffen durch die Bundeswehr einen ständigen Vorwand für die Stationierung ausländischer Truppen innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik bilden. Ganz zu schweigen davon, daß die Staaten, die heute das Territorium der Bundesrepublik für die Errichtung von Atom- und Raketenbasen zu nutzen suchen, dies nicht tun, um morgen die Militärstützpunkte wieder aufzugeben, die sie auf deutschem Boden geschaffen haben. Ein Sprung der Bundesrepublik in den Strudel der atomaren Bewaffnung würde zur gleichen Zeit einen neuen Schritt der Bundesregierung und ihrer NATO-Verbündeten darstellen, um die Chancen für eine Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten und für die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands zu untergraben.

Es versteht sich von selbst, daß die Sowjetregierung keinesfalls die Gefahr überschätzt, die eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr für die Sicherheit der Sowjet-

union darstellt. Das sowjetische Volk besitzt alles Notwendige, um zuverlässig seine friedliche Arbeit zu schützen und jeden Angreifer zu zügeln. Und wenn das sowjetische Volk in die Proteste der europäischen Völker gegen die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik einstimmt, so geschieht dies, weil es vor allem von dem Wunsche geleitet wird, eine weitere Zunahme der internationalen Spannung zu vermeiden und die Sicherheit Europas zu gewährleisten, die mit der Sicherheit der Sowjetunion und jedes anderen europäischen Landes unlösbar verbunden ist.

Die gegenwärtige Aktivierung der Kriegsvorbereitungen in der Bundesrepublik soll offenbar eine besondere Rolle spielen im Zusammenhang mit der erzielten Vereinbarung, ein Treffen der Außenminister am 11. Mai in Genf abzuhalten, um Deutschland betreffende Fragen zu erörtern, darunter den deutschen Friedensvertrag und die Berlin-Frage, worauf ein Treffen der Regierungschefs folgen soll. Es ist kaum bloßer Zufall, daß die Verwirklichung der Pläne für die atomare Bewaffnung der Bundeswehr und für die Errichtung amerikanischer Kernwaffen- und Raketenstützpunkte auf dem Gebiet der Bundesrepublik zu einer Zeit erfolgt, da sich die Staatsmänner von West und Ost am Verhandlungstisch treffen sollen, um die Fragen, die die Völker bewegen, zu lösen und den Weg für die Herstellung eines dauerhaften Friedens freizulegen.

Es taucht mit Recht die Frage auf: Warum strebt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland am Vorabend der Erörterung des deutschen Friedensvertrages so sehr danach, Kernwaffen in ihren Besitz zu bekommen? Geschieht dies nicht, weil die bevorstehende Konferenz der Großmächte zu solchen Entscheidungen führen und ein solches internationales Klima schaffen könnte, daß die Pläne für die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik in der Luft hängen bleiben?

Es gibt nur eine Antwort: Hinter den neuen Maßnahmen zur Aufrüstung der Bundesrepublik mit Kern- und Raketenwaffen steckt das Streben, die Teilnehmer an den Ost-West-Besprechungen vor vollendete Tatsachen zu stellen, die Chancen für ein Uebereinkommen auf ein Minimum zu verringern, das Bemühen um ein Ende des „Kalten Krieges" und eine Verminderung der internationalen Spannung zu sabotieren.

Allem Anschein nach würden gewisse Kreise in der Bundesrepublik, die bekanntermaßen gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland und die Normalisierung der Lage in West-Berlin sind, sehr erfreut sein, wenn das Uebereinkommen zwischen den Regierungen der Sowjetunion, der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die Lösung herangereifter Fragen anzupacken, völlig aufgehoben werden könnte. Ganz natürlich wäre es zu erwarten, daß die Bundesregierung, die als die Regierung eines der deutschen Staaten der Entsendung ihrer Vertreter zur Außenministerkonferenz zustimmte, angemessene Sorge um den Erfolg der bevorstehenden Verhandlungen zeigen oder sich zum allermindesten der Handlungen enthalten würde, die die Gespräche zum Scheitern verurteilen, besonders angesichts der Tatsache, daß Probleme auf der Tagesordnung stehen, die lebenswichtige Interessen des deutschen Volkes betreffen. Leider muß man aber feststellen, daß die Atmosphäre der Bereitschaft zu ernsthaften Erörterungen der herangereiften Probleme, die in vielen Hauptstädten der Welt entstanden ist, die Bundesregierung nicht berührt. Nach wie vor will sie keine anderen Perspektiven anerkennen als das Wettrüsten und die Verschärfung der Kriegsgefahr.

Die Regierung der Sowjetunion lenkt die Aufmerksamkeit der Bundesregierung auf die außerordentlich große Verantwortung, die sie mit einer Verwirklichung der geplanten Maßnahmen für die atomare Bewaffnung Westdeutschlands auf sich laden würde. Die sowjetische Regierung kann solche Maßnahmen nicht anders einschätzen als einen Versuch, die Anfänge internationaler Zusammenarbeit zu unterminieren und in erster Linie einen Schlag gegen das Uebereinkommen über die Konferenzen der

Staaten von Ost und West zu führen — als eine direkte Herausforderung für alle diejenigen, die die Sache des Friedens unterstützen.

Zur gleichen Zeit scheint es der sowjetischen Regierung notwendig, besonders darauf hinzuweisen, daß die Bundesregierung, indem sie Vorbereitungen für einen Atomkrieg auf ihrem Gebiet zuläßt und die Ausrüstung der Bundeswehr mit Kern- und Raketenwaffen anstrebt, die nach der Zerschlagung Hitler-Deutschlands und seiner Kapitulation von den alliierten Mächten ausgearbeiteten und von den deutschen Vertretern angenommenen Bedingungen verletzt, die die Bewaffnung und Militarisierung Deutschlands als eine Garantie für Frieden und Sicherheit in Zukunft verboten. Aus diesem Grunde betrachtet die sowjetische Regierung die Maßnahmen zur atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik als rechtswidrig und protestiert gegen sie. Die sowjetische Regierung behält sich das Recht vor, als ein Teilnehmer des Kampfes gegen Hitler-Deutschland und Unterzeichner der Kapitulationsurkunde Deutschlands sowie der Erklärung über die Niederlage Deutschlands, für sich entsprechende Konsequenzen hinsichtlich Westdeutschlands zu ziehen.

Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 94, 23. April 1959.

Weitere Dokumente zum Rapacki-Plan

In der Diskussion um Sicherheitsabmachungen zwischen Ost und West in Europa spielt auch der Vorschlag des polnischen Außenministers, Adam *Rapacki*, für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa eine Rolle. Das Europa-Archiv hat die Reden Rapackis vom Herbst 1957, in denen er diesen Gedanken vortrug und erläuterte, in der Folge 2/1958, S. 10 482 ff., im Wortlaut wiedergegeben. Das Memorandum der polnischen Regierung vom 14. Februar 1958, mit dem die Vorschläge den interessierten Regierungen offiziell übermittelt wurden, ist mit anderen, zugehörigen Dokumenten in Europa-Archiv 5—6/1958, S. 10 601 ff., abgedruckt, die ablehnende Antwortnote der Vereinigten Staaten vom 3. Mai 1958 in Europa-Archiv 11/1958, S. 10 799.

Am 4. November 1958, wenige Tage nach einem Besuch in Norwegen, bei dem ihm von der norwegischen Regierung die Bedenken der westlichen Länder gegenüber den möglichen Auswirkungen seines Planes dargelegt wurden*, berief Außenminister Rapacki in Warschau eine Pressekonferenz ein, der er die Bereitschaft der polnischen Regierung zu gewissen Modifikationen ihres Vorschlags bekanntgab. Die neuen Vorschläge sehen eine Verwirklichung der atomwaffenfreien Zone in zwei Stufen vor, wobei die zweite Stufe mit einer gleichzeitigen Einschränkung der konventionellen Rüstungen einhergehen soll. (Vgl. den Wortlaut der Erklärung Rapackis unten.) In Form eines offiziellen Dokuments hat die polnische Regierung diese Vorschläge jedoch bisher nicht unterbreitet.

Erklärung von Außenminister Adam Rapacki auf einer Pressekonferenz des polnischen Außenministeriums in Warschau am 4. November 1958 über die Vorschläge seiner Regierung für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa

In den vergangenen Monaten hatten wir verschiedentlich betont, daß die Regierung der Volksrepublik Polen die Diskussion über ihren Vorschlag zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa nicht als abgeschlossen betrachte und diesen Vorschlag voll aufrechterhalte. Unser Standpunkt entsprang der tiefen Ueberzeugung, daß

*) Vgl. die Ausführungen *Rapackis* vor der Norwegischen Studenten-Vereinigung in Oslo am 30. Oktober 1958; Wortlaut in: *Polish Perspectives* (Warschau), Nr. 6, Oktober 1958, S. 3—10.

es notwendig sei, auf dem Wege zur Minderung der Spannungen, zur Abrüstung und Erhöhung der Sicherheit in Europa nach realistischen Lösungen zu suchen. Diese Notwendigkeit hat u. a. im ganzen Verlauf der Diskussion über unsere Initiative, in der positiven Haltung breiter und sehr unterschiedlicher Kreise der Welt- und insbesondere der europäischen Oeffentlichkeit ihre Bestätigung gefunden. Wir haben mehr als einmal den Beweis erbracht, daß wir es vermögen, sachliche Argumente in Betracht zu ziehen, ja sogar von den unseren abweichende Anschauungen bzw. subjektive Schwierigkeiten dieser oder jener interessierter Stellen. Ich erinnere allein an unser Memorandum vom 14. Februar dieses Jahres, in dem wir eine Reihe derartiger Elemente berücksichtigt hatten. In diesem Memorandum hatten wir auch das Prinzip einer umfassenden Kontrolle über die Einhaltung der von uns vorgeschlagenen Verpflichtungen weiterentwickelt.

In letzter Zeit haben wir andere im Verlauf der Diskussion vorgebrachte Argumente und Befürchtungen in Erwägung gezogen.

Wir sind bereit, im Einvernehmen mit unseren Verbündeten einen neuen, unserer Meinung nach maximalen Schritt auf dem Wege zur Berücksichtigung der wichtigsten Einwände und Bedenken zu tun, die im Zusammenhang mit unserem Vorschlag geltend gemacht wurden.

So sind wir bereit, eine Teilung der Durchführung unseres Planes in zwei Etappen zu erwägen: In der ersten Etappe würde ein Verbot der Herstellung von Atomwaffen auf dem Territorium Polens, der Tschechoslowakei, der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik eingeführt werden und die Verpflichtung übernommen, in der vorgeschlagenen Zone auf die Kernwaffenrüstung derjenigen Armeen, die sie noch nicht besitzen, sowie auf den Bau von Einrichtungen für solche Waffen zu verzichten. Gleichzeitig würden entsprechende Kontrollmaßnahmen eingeführt werden. Dies wäre dann also ein Einfrieren der atomaren Rüstung in der von uns vorgeschlagenen Zone. Der Verwirklichung der zweiten Etappe ginge eine Diskussion über eine entsprechende Reduzierung der konventionellen Streitkräfte voraus. Diese Reduzierung würde gleichzeitig mit einer völligen Befreiung der genannten Zone von Atomwaffen erfolgen und ebenfalls mit einer Einführung entsprechender Kontrollmaßnahmen gepaart sein. Diese Modifikation des Weges zur Realisierung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa wird gewiß noch nicht alle bisherigen Gegner unserer Initiative zufriedenstellen. Vor allem nicht diejenigen, für die der Rüstungswettlauf und die Ausrüstung Westdeutschlands mit Atomwaffen das Kernstück ihrer politischen Konzeption ist. Die genannte Modifizierung entspräche hingegen den Anregungen und Vorschlägen, die sich aus den Stellungnahmen vieler westlicher Politiker ergeben, welche in Verbindung mit unserer Initiative das Wort ergriffen hatten. Sie dürfte die grundsätzlichen Befürchtungen zerstreuen, die in der Diskussion vorgebracht wurden und mit denen vor allem man die ablehnende Haltung gewisser Kreise und Regierungen zum polnischen Vorschlag zu begründen suchte. Das gilt — unabhängig davon, ob sie zu Recht bestehen — insbesondere für Befürchtungen vor einer Verlagerung des bestehenden militärischen Gleichgewichts zwischen den Gruppierungen in Europa, vor einer Schwächung der Verteidigungsfähigkeit des Westens, vor einem Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa usw. Alle diese Einwände wurden mit einem Hauptargument gestützt: „Eine Verwirklichung des Verbots der Produktion und des Besitzes von Kernwaffen in Mitteleuropa würde die Atlantikpakttruppen des sogenannten atomaren Schildes angesichts der Ueberlegenheit des Warschauer Paktes bei den konventionellen Waffen berauben."

Wir können dieses Argument nicht billigen, allein schon nicht mit Rücksicht auf unsere grundsätzliche Einstellung zum Problem der Massenvernichtungsmittel. Wir waren aber nie gegen Besprechungen über eine Reduzierung der konventionellen Rüstungen

in Mitteleuropa. Im Gegenteil, wir waren stets Befürworter solcher Gespräche und einer derartigen Reduzierung. Wenn wir uns im vergangenen Jahr mit einer enger gefaßten Initiative begnügt haben, mit dem Vorschlag für eine Atomwaffenbefreiung Mitteleuropas, dann nur deshalb, weil die Gespräche über die Frage einer Einschränkung der gesamten Rüstungen in diesem Raum auf sehr beträchtliche Schwierigkeiten gestoßen waren. Außerdem haben wir die Verwirklichung unseres Vorschlages stets nur als Auftakt zu weiteren Abrüstungsschritten in dieser Zone betrachtet. Da nun zahlreiche und ernste Stimmen laut geworden sind, die eine Verbindung der Atomwaffenbefreiung mit einer Reduzierung der anderen Rüstungen in Mitteleuropa fordern, sind wir bereit, zu diesen Stimmen eine positive Haltung einzunehmen. Unter einer Bedingung allerdings: daß sich die Gespräche über die beiden miteinander verbundenen Fragen nicht bis ins Unendliche hinziehen werden, während in der Zwischenzeit die atomaren Rüstungen auf andere Armeen ausgedehnt werden. Das sind die Voraussetzungen der Modifikation und des Weges zur Verwirklichung einer atomwaffenfreien Zone, die zu erörtern wir bereit sind*.

Quelle: *Polish Perspectives* (Warschau), Nr. 6, Oktober 1958, Beilage. Deutsch nach: *Pressedienst der Militär-Mission der Volksrepublik Polen beim Alliierten Kontrollrat in Deutschland*, Berlin-Grunewald, Nr. 1583, 6. November 1958.

---

*) Nach Abgabe seiner Erklärung beantwortete Minister *Rapacki* mehrere Fragen von Pressevertretern. Hierüber gibt der Pressedienst der Militär-Mission der Volksrepublik Polen auf Grund der *Trybuna Ludu* folgende Zusammenfassung:

Der Korrespondent der *New York Times*, A. *Rosenthal*, bat um nähere Erläuterungen bezüglich der im polnischen Vorschlag vorgesehenen zweiten Etappe. Minister *Rapacki* meinte, in der zweiten Etappe würde eine völlige Atomwaffenbefreiung der Zone erfolgen, wie das die Regierung der Volksrepublik Polen in ihrem Memorandum von 14. 2. 1958 vorgeschlagen habe. Dies bedeute eine Herausnahme der Atomwaffen und der in Frage kommenden Anlagen aus der Bewaffnung der Armeen, die in der genannten Zone noch Atomwaffen besitzen sollten, unter gleichzeitiger Durchführung der zuvor vereinbarten Reduzierung der konventionellen Streitkräfte beider Gruppierungen in der genannten Zone.

Die Antwort auf die nächste Frage, gestellt vom Korrespondenten der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, H. *Stehle*, welche Kontrollformen in der genannten Zone vorgesehen seien, lautete: „Wir haben wiederholte Male festgestellt, daß Polen an einer wirksamen Kontrolle der Einhaltung der von ihm vorgeschlagenen Verpflichtungen interessiert sei. In unserem Memorandum vom 14. Februar haben wir eine weite Skala von Mitteln genannt, die geeignet wären, einer Kontrolle der übernommenen Verpflichtungen zu dienen. Welche dieser Mittel in der ersten und welche in der zweiten Etappe einzuführen wären, wie weit in Betracht zu ziehen wäre, daß in der zweiten Etappe Verpflichtungen an die Reihe kämen, die eine Reduzierung der konventionellen Waffen betreffen — alles das sind Dinge, die in konkreten Besprechungen einer Erörterung bedürfen."

Redakteur St. *Arski (Swiat)* fragte, ob die Bundesrepublik im Lichte der verlesenen Erklärung die Möglichkeit hätte, ihre atomaren Rüstungen in der ersten Realisierungsetappe des Planes fortzusetzen.

Nach offiziellen Zusicherungen, erwiderte Minister Rapacki, besitze die westdeutsche Armee noch keine Atomwaffen. „Jedenfalls sind wir der Auffassung, daß das Verbot einer Ausdehnung der atomaren Bewaffnung und der entsprechenden Anlagen auf neue Armeen unter allen Umständen auch die westdeutsche Armee einbeziehen würde."

Auf die Frage des Korrespondenten der *Associated Press*, S. *Johnson*, wann die Diskussion über die beiden Etappen beginnen solle und ob Polen die Einberufung einer Konferenz über den Plan vorsehe, wurde geantwortet:

„Sobald nur die Zustimmung der interessierten Seiten zu konkreten Gesprächen vorliegt, werden wir uns mit solchen Gesprächsformen einverstanden erklären, die allen interessierten Seiten genehm sind."

Daraufhin fragte H. *Stehle*, welche Länder als interessierte Seiten betrachtet werden.

Minister *Rapacki* erwiderte: „Als interessierte Seiten betrachten wir vor allem die vier Staaten der von uns vorgeschlagenen Zone, die vier Großmächte und die Staaten, die bewaffnete Streitkräfte auf dem Territorium Deutschlands unterhalten (Belgien, Dänemark und Kanada — Anm. d. Red. der *Trybuna Ludu)*. Diese Staaten erachten wir als direkt interessierte. An einem Erfolg unseres Vorschlags Interessierte gibt es jedoch wesentlich mehr."

Dokumente zum Bagdad-Pakt und zur SEATO

Die Mittelost-Krise des Jahres 1958 hatte insofern erhebliche Auswirkungen auf den Bagdad-Pakt, als einerseits seit der irakischen Revolution vom 14. Juli 1958 mit dem Ausscheiden des Iraks aus dem Pakt gerechnet werden mußte, andererseits aber durch die krisenhafte Entwicklung die Wünsche der mittelöstlichen Paktmitglieder nach einem stärkeren Engagement der Vereinigten Staaten größeres Gewicht erhielten.

Um den Schwierigkeiten vorzubeugen, die bei einem eventuellen Austritt des Iraks auftreten mußten, bschloß der Rat der Stellvertreter der Außenminister am 23. Oktober 1958 die Verlegung der Organe des Paktes von Bagdad nach Ankara; am 28. April 1959 wurde der Sitz des Paktes auch formell nach Ankara verlegt. Die irakische Regierung hatte schon seit der Juli-Revolution nicht mehr an den Arbeiten der Pakt-Organe teilgenommen und erschien auch nicht zu der am 26. Januar 1959 in Karatschi begonnenen ordentlichen Tagung des Ministerrates. (Vgl. das Kommuniqué der Tagung unten.) Am 24. März 1959 gab der irakische Ministerpräsident, Abdul Karim *Kassem*, den Austritt des Iraks aus dem Bagdad-Pakt bekannt. (Vgl. den Wortlaut seiner Erklärung auf S. D 213.)

Eine formelle Beistandsverpflichtung der Vereinigten Staaten, die bis dahin nur in Form einer losen Assoziierung im Pakt mitgearbeitet hatten, war von der amerikanischen Regierung bereits auf der Londoner Konferenz der Mitgliedstaaten, die Ende Juli 1958 während der Mittelost-Krise stattfand, zugesagt worden[1]. Diese Zusage ist nunmehr erfüllt worden, indem am 5. März 1959 in Ankara zweiseitige Beistandsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und der Türkei, dem Iran und Pakistan andererseits unterzeichnet wurden. (Vgl. den Wortlaut des amerikanisch-türkischen Abkommens auf S. D 211 — die beiden anderen Abkommen sind gleichlautend.)

Im Gegensatz zum Bagdad-Pakt konnte die Südostasienpakt-Organisation (SEATO) bei ihrer Jahrestagung vom 8. bis zum 10. April 1959 in Wellington auf ein Jahr ruhiger Entwicklung im Paktgebiet zurückblicken. Die Hauptprobleme dieser Organisation liegen in der wirtschaftlichen Rückständigkeit und Armut der südostasiatischen Mitgliedstaaten und in der dadurch begünstigten Anfälligkeit gegenüber kommunistischer Subversion. Mit diesen Problemen hat sich der Rat auf seiner Wellingtoner Tagung in erster Linie befaßt. (Vgl. das Kommuniqué auf S. D 214.)

Kommuniqué der Sechsten Tagung des Rates des Bagdad-Paktes in Karatschi vom 26. bis zum 28. Januar 1959

Die Sechste Tagung des Ministerrates des Bagdad-Paktes wurde vom 26. bis zum 28. Januar 1959 in Karatschi abgehalten. Die Delegationen der an dieser Tagung teilnehmenden Länder wurden geleitet von Dr. Manutschehr Eghbal, Ministerpräsident des Iran, Herrn Manzur Qadir, Außenminister von Pakistan, Herrn Adnan Menderes, Ministerpräsident der Türkei, Herrn Duncan Sandys, Verteidigungsminister des Vereinigten Königreichs, und Herrn Loy Henderson, stellvertretender Unterstaatssekretär der Vereinigten Staaten. Den Vorsitz führte der Außenminister von Pakistan, Manzur Qadir. Die Tagung wurde eröffnet vom Präsidenten von Pakistan, General Mohammed Ayub Khan.

Ein großer Teil der Sitzungen des Rates war einem offenen und freimütigen Meinungsaustausch der Delegationen über die internationale Lage gewidmet, wobei besonders auf diejenigen Aspekte Bezug genommen wurde, welche in erster Linie das Gebiet des Paktes betreffen. Dieser Meinungsaustausch ist schon zu einem traditionellen Teil der Tagungen des Paktes geworden und stellt einen seiner wertvollsten Bestandteile dar.

[1]) Vgl. den Wortlaut der Londoner Erklärung in Europa-Archiv 22—23/1958, S. 11248.

Die Delegationsleiter bekräftigten von neuem die Entschlossenheit ihrer Länder, ihre Souveränität und Unabhängigkeit zu schützen, und unterstrichen den Wert des Paktes, der ein Instrument nicht nur für die defensive militärische Zusammenarbeit, sondern auch für die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit bei der Hebung des Lebensstandards ihrer Völker ist.

Der Rat war der Ansicht, daß die von den Mitgliedern des Bagdad-Paktes bewiesene Solidarität zu einer Verstärkung der Stabilität beigetragen hat, die seit der letzten Tagung des Rates im Mittleren Osten herrscht. Nichsdestoweniger war der Rat der Meinung, daß die Drohung direkter und indirekter Aggression nicht geringer geworden ist und mit allen verfügbaren legitimen Mitteln bekämpft werden sollte, einschließlich Maßnahmen der Vereinten Nationen.

Der Rat stellt mit Besorgnis fest, daß der internationale Kommunismus seine Anstrengungen fortsetzt, dominierenden Einfluß im Paktgebiet zu erlangen. Diese Anstrengungen, so folgerte der Rat, bedeuten, daß die Notwendigkeit der Verstärkung der kollektiven Sicherheit unverändert groß geblieben ist.

Da der internationale Kommunismus Konfliktsituationen ausnutzt, um Unzufriedenheit zu schüren, unterstreicht der Rat die Notwendigkeit, alle Streitfälle und Probleme, die sich zu solcher Ausnutzung anbieten, in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit und mit der Charta der Vereinten Nationen zu regeln.

Der Rat erörterte Mittel und Wege zur Verbesserung der politischen Zusammenarbeit und zur Verstärkung der Solidarität innerhalb des Paktes. Um die ständige politische Konsultation zu erleichtern, wurde vereinbart, daß mehr Gebrauch von Tagungen des Rates der Stellvertreter am Sitz des Paktes gemacht werden soll, um internationale Angelegenheiten zu erörtern. Es wurde ferner vereinbart, daß der Rat der Stellvertreter die Tätigkeit der verschiedenen nachgeordneten Ausschüsse koordinieren soll. Der Rat beschloß, daß der Generalsekretär den Vorsitz im Ständigen Rat der Stellvertreter führen soll.

Der Rat begrüßte die Fortschritte, die in Verfolg der auf den Ratstagungen von Ankara und London im Januar und Juli 1958 gesetzten Ziele auf dem Gebiet der Kontakte mit den anderen kollektiven Sicherheitsorganisationen der Freien Welt erreicht wurden.

Der Rat überprüfte die Arbeit der Organisation des Bagdad-Paktes und billigte nach Diskussion Berichte und Empfehlungen des Generalsekretärs und der Ausschüsse. Der Rat stellte befriedigt fest, daß die Ausschüsse während der letzten sechs Monate viel solide und konstruktive Arbeit leisten konnten und daß das Sekretariat in Ankara wirkungsvoll funktioniert hat.

Im besonderen enthielten die Berichte des Wirtschaftsausschusses, von denen Teile in einem gesonderten Kommuniqué* veröffentlicht wurden, eine Aufzählung wesentlicher Fortschritte auf den Gebieten des Fernmeldewesens, des Straßen- und Eisenbahnbaus, der Landwirtschaft, des Gesundheitswesens und der wissenschaftlichen Zusammenarbeit. Die Senkung der Gebühren für Pressetelegramme zwischen den Mitgliedstaaten im Paktgebiet und die Errichtung eines multilateralen Fonds für technische Zusammenarbeit zum Zwecke des Ausbaus der technischen Einrichtungen wurden vom Rat als neue und vielversprechende Initiativen begrüßt. Er hält diese Maßnahmen für einen wertvollen Beitrag zur Vergrößerung der technischen Möglichkeiten der einzelnen Länder und zur weiteren Ausbildung eines Gefühls der Einheit und gemeinsamen Zielsetzung unter den teilnehmenden Ländern.

---

*) Wortlaut des Kommuniqués des Wirtschaftsausschusses vom 24. Januar 1959 in: *Commonwealth Survey* (London), Vol. V, Nr. 3, 3. Februar 1958, Seite 102.

Der Rat begrüßte das Angebot des Vereinigten Königreichs, die Ausrüstung für ein Kernforschungszentrum zu liefern, das in Teheran errichtet werden soll. Dieses Zentrum wird Einrichtungen für die Ausbildung von Technikern auf dem Gebiet der Nutzung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken bieten.

Der Rat beschloß, die zentrale militärische Organisation des Paktes zu verstärken. Ein Vorschlag für die Verwirklichung dieses Vorhabens wurde dem Rat der Stellvertreter zur Prüfung und Durchführung überwiesen.

Der Rat sprach dem zweiten Direktor des gemeinsamen militärischen Planungsstabs, Generalleutnant Ekrem Akalin von der türkischen Armee, seine Anerkennung für die im Jahre 1958 geleistete Arbeit aus.

Der Rat nahm zur Kenntnis, daß Verhandlungen im Gange sind über die bilateralen Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und den drei Mitgliedstaaten im Paktgebiet, auf die in der Londoner Deklaration vom Juli 1958 Bezug genommen wurde.

Der Rat beschloß, seine nächste Ministertagung in ungefähr sechs Monaten in Teheran abzuhalten. In der Zwischenzeit wird der Rat auf der Ebene der Stellvertreter regelmäßige Tagungen in Ankara abhalten.

Quelle: *The New York Times*, International Edition, Nr. 36895, 29. Januar 1959. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Abkommen über Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und der Türkei vom 5. März 1959

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und die Regierung der Türkei,

In dem Wunsche, die Erklärung zu erfüllen, die sie am 28. Juli 1958 in London gemeinsam abgegeben haben;

In der Erwägung, daß unter Artikel I des am 24. Februar 1955 in Bagdad unterzeichneten Paktes für gegenseitige Zusammenarbeit die Vertragschließenden Teile eine Zusammenarbeit zu ihrer Sicherheit und Verteidigung vereinbarten und daß die Regierung der Vereinigten Staaten, wie in der obenerwähnten Erklärung festgestellt, sich in ähnlicher Weise im Interesse des Weltfriedens bereit erklärt hat, mit den Regierungen zusammenzuarbeiten, die jene Erklärung für ihre Sicherheit und Verteidigung abgegeben haben;

Daran erinnernd, daß die Mitglieder des Paktes für gegenseitige Zusammenarbeit, die die oben erwähnte Erklärung abgegeben haben, darin ihre Entschlossenheit zur Aufrechterhaltung ihrer kollektiven Sicherheit und zum Widerstand gegen direkte oder indirekte Aggression bestätigt haben;

Ferner in der Erwägung, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit den Arbeiten der Hauptausschüsse des am 24. Februar 1955 in Bagdad unterzeichneten Paktes für gegenseitige Zusammenarbeit assoziiert ist;

In dem Wunsche, den Frieden im Einklang mit den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen zu stärken;

Unter Bekräftigung ihres Rechtes, für ihre Sicherheit und Verteidigung in Uebereinstimmung mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;

In der Erwägung, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Integrität der Türkei als lebenswichtig für ihre nationalen Interessen und für den Weltfrieden erachtet;

In Anerkennung der Ermächtigung zur Leistung angemessener Unterstützung, die dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika vom Kongreß der Vereinigten Staaten

von Amerika in dem Mutual Security Act von 1954 in seiner abgeänderten Fassung sowie in der Gemeinsamen Resolution zur Förderung von Frieden und Stabilität im Mittleren Osten gewährt wurde;

In der Erwägung, daß ähnliche Abkommen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und den Regierungen von Iran und Pakistan abgeschlossen werden,

sind folgendermaßer übereingekommen:

Artikel I

Die Regierung der Türkei ist entschlossen, einer Aggression Widerstand zu leisten. Im Falle einer Aggression gegen die Türkei wird die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika im Einklang mit der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika diejenigen Maßnahmen einschließlich des Einsatzes von bewaffneten Streitkräften ergreifen, die gegenseitig vereinbart werden und die in der Gemeinsamen Resolution zur Förderung von Frieden und Stabilität im Mittleren Osten vorgesehen sind, um der Regierung der Türkei auf deren Ersuchen Hilfe zu leisten.

Artikel II

Gemäß dem Mutual Security Act von 1954 in seiner abgeänderten Fassung und den diesbezüglichen Gesetzen der Vereinigten Staaten von Amerika sowie gemäß den bisherigen oder künftigen anwendbaren Abkommen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Türkei bestätigt die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, daß sie auch weiterhin der Regierung der Türkei diejenige militärische und wirtschaftliche Unterstützung leisten wird, die zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Türkei vereinbart wird, um der Regierung der Türkei bei der Aufrechterhaltung ihrer nationalen Unabhängigkeit und Integrität sowie bei der wirksamen Förderung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu helfen.

Artikel III

Die Regierung der Türkei verpflichtet sich, die militärische und wirtschaftliche Hilfe, welche die Regierung der Vereinigten Staaten leisten wird, in Uebereinstimmung mit den Zielen und Zwecken, welche die Regierungen in der am 28. Juli in London unterzeichneten Erklärung gemeinsam festgesetzt haben, sowie zum Zwecke der wirksamen Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der Türkei und der Aufrechterhaltung ihrer nationalen Unabhängigkeit und Integrität zu verwenden.

Artikel IV

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und die Regierung der Türkei werden mit den anderen Signatar-Regierungen der in London am 28. Juli 1958 unterzeichneten Erklärung zusammenarbeiten, um die defensiven Vorkehrungen, die auf Grund gegenseitiger Vereinbarung wünschenswert erscheinen, vorbehaltlich der anderen anwendbaren Bestimmungen dieses Abkommens, vorzubereiten und an ihnen teilzunehmen.

Artikel V

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Abkommens beeinträchtigen nicht die Zusammenarbeit zwischen den beiden Regierungen auf Grund anderer internationaler Abkommen oder Vereinbarungen.

Artikel VI

Dieses Abkommen wird mit dem Tage seiner Unterzeichnung in Kraft treten; es bleibt in Kraft bis zu einem Zeitpunkt, der ein Jahr nach dem Tage liegt, an dem

eine Regierung die schriftliche Mitteilung der anderen Regierung erhalten hat, daß sie das Abkommen zu beenden wünscht.

Gegeben zu Ankara am 5. März 1959, in zweifacher Ausfertigung.

Quelle: US Department of State, *Treaties and Other International Acts Series*, Nr. 4191. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Presseerklärung des irakischen Ministerpräsidenten, Abdul Karim Kassem, vom 24. März 1959

Ich bringe Euch die Nachricht, daß der Irak keine Verpflichtungen mehr aus irgendeinem Abkommen oder Vertrag hat.

Das Außenministerium ließ heute die Botschafter Großbritanniens, der Türkei, des Iran und Pakistans — der Mitgliedstaaten des Bagdad-Paktes — kommen und überreichte jedem von ihnen eine entsprechende Note.

Es ist das Ziel der Revolution gewesen, den Irak von allen Bindungen, Verträgen oder Abkommen zu befreien. Wir haben Zurückhaltung und Weisheit in unserem Verhalten an den Tag gelegt. Wir haben unsere Ziele entsprechend einem wohldurchdachten Plan festgesetzt, der darauf ausging, dem Prestige des Irak nicht zu schaden, sondern seine Interessen zu schützen und der Meinung des Volkes zu entsprechen.

Wir überprüften unsere Haltung gegenüber dem Bagdad-Pakt unter folgenden Gesichtspunkten: sollen wir uns daraus zurückziehen oder darin verbleiben, oder sollen wir unsere Mitgliedschaft kündigen und bis zu ihrem Erlöschen im Pakt bleiben? Gleichzeitig nahmen wir Gelegenheit, sowohl diesen Pakt selbst als auch die bilateralen und Sonder-Abkommen zu studieren. Wir prüften auch die Auswirkungen sowohl unseres Ausscheidens aus dem Pakt als auch unseres Verbleibens im Pakt. Wir untersuchten auch die Wünsche des Volkes.

Nun bringe ich Euch die Nachricht, daß der Irak nicht mehr durch irgendein Abkommen oder irgendeinen Vertrag gebunden ist.

Das Ziel unserer Republik ist eine Politik der vollen Souveränität. Der Bagdad-Pakt brachte Beschränkungen für unsere Souveränität mit sich... Darum haben wir beschlossen, den Bagdad-Pakt mit Wirkung vom heutigen Tage, dem 24. März 1959, zu kündigen.

Wir sind ein neutrales Land, und wir haben keine aggressiven Absichten gegen die Staaten der Welt. Die Politik unseres Staates gründet sich auf die Neutralität, die seine Zugehörigkeit zu einem Pakt, einem militärischen oder aggressiven Block ausschließt. Ein Verbleiben im Bagdad-Pakt stünde im Widerspruch zu unseren Ueberzeugungen und im Gegensatz zur Meinung des Volkes, weil Unabhängigkeit und Souveränität voneinander nicht zu trennen sind und weil diese Staaten sie im Falle eines Krieges oder einer Aggression verletzen und eine Landung ihrer Streitkräfte in unserem Lande durchführen könnten, indem sie sich auf den „auf Eis gelegten" Bagdad-Pakt berufen.

Wir haben den betreffenden Botschaftern mitgeteilt, daß dieser Entschluß die Zusammenarbeit zwischen uns verbessern wird, weil wir jetzt ein freier und unabhängiger Staat geworden sind, der zur Zusammenarbeit mit anderen Staaten in der Lage ist. Wir werden ihnen Freundschaft in dem Maße erweisen, in dem sie uns Freundschaft erweisen.

Wir waren seit dem 14. Juli 1958 entschlossen, diesen Pakt zu beenden. Wir haben ihn faktisch beendet, aber Reste davon blieben. Die haben wir jetzt liquidiert.

Nichtsdestoweniger brauchen wir Klugheit und Wachsamkeit. Seid wachsam und heißt das Volk wachsam sein!

Quelle: *Asian Recorder*, Vol. V, Nr. 15, 11.—17. April 1959. Uebers. des Europa-Archivs.

Kommuniqué der Fünften Tagung des Rates der Südostasienpakt-Organisation in Wellington vom 8. bis zum 10. April 1959

Die Fünfte Tagung des Rates der SEATO wurde unter dem Vorsitz des Premierministers und Außenministers von Neuseeland, Walter Nash, vom 8. bis zum 10. April 1959 in Wellington abgehalten.

Der Rat ist sich bewußt, daß die Sicherheit irgendeiner Region mit derjenigen anderer Gebiete der Welt eng verbunden ist und daß er darum seiner Verantwortung nicht wirksam gerecht werden kann, wenn er nicht auch die wichtigsten Entwicklungen an anderen Orten in Rechnung stellt. Er mißt infolgedessen seinem jährlichen Meinungsaustausch über die allgemeine internationale Lage besondere Bedeutung zu. Die diesjährige Diskussion wurde von den Mitgliedern des Rates als außerordentlich wertvoll angesehen. Ihre Offenheit und ihr Freimut spiegeln die Atmosphäre vollen Vertrauens und gegenseitigen Verständnisses wider, die zwischen seinen Mitgliedern herrscht.

Der Rat erörterte Berichte und Empfehlungen der Ständigen Vertreter im Rat, der militärischen Berater und des Generalsekretärs und gab daraufhin Direktiven für die Tätigkeit der Organisation im kommenden Jahr. Der Rat sprach dem Generalsekretär, Nai Pote Sarasin, und seinem Stab seine Anerkennung für ihre erfolgreiche Arbeit aus.

Die Mitglieder der SEATO bekräftigen ihre Verpflichtung nach Artikel 1 des Vertrags von Manila, die Lösung internationaler Streitfragen durch friedliche Mittel anzustreben und sich in ihren internationalen Beziehungen der Androhung oder Anwendung von Gewalt in jeder mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht übereinstimmenden Weise zu enthalten. Die Mitglieder der SEATO unterstrichen erneut ihre gemeinsame Entschlossenheit, der Aggression Widerstand zu leisten.

Sie sind überzeugt, daß die SEATO eine wirksame Abschreckung der Aggression gewährleistet und so den Wert einer im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen errichteten kollektiven Sicherheitsorganisation demonstriert. Sie stellten fest, daß seit der Errichtung der SEATO vor vier Jahren keine Aggression gegen das Paktgebiet versucht worden ist. Dies steht in bemerkenswertem Gegensatz zu der bedrohlichen Lage, die im September 1954 herrschte, als die SEATO gegründet wurde, und es ist ein klarer Beweis des stabilisierenden Einflusses des Bündnisses.

Die Entwicklungen des letzten Jahres in der Straße von Formosa und an anderen Orten haben jedoch gezeigt, daß die Kommunisten noch immer darauf aus sind, ihre Ziele mit Gewalt bis zu dem Punkte zu verfolgen, an dem sie festem Widerstand begegnen.

Obwohl die Möglichkeit offener Aggression nach wie vor besteht, nimmt die hauptsächliche Bedrohung der Sicherheit und Unabhängigkeit des Paktgebietes jetzt mehr indirekte Formen an. Dies erfordert einfallsreiche und verschiedenartige Gegenmaßnahmen. Beweglichkeit und Flexibilität sind seit langer Zeit ein Charakteristikum des SEATO-Bündnisses. Aehnliche Qualitäten werden jetzt als Antwort auf die verschiedenartige Natur der kommunistischen Herausforderung entfaltet.

Die Mitglieder des Rates sind sich bewußt, welche Möglichkeiten für umstürzlerische Tätigkeit Situationen bieten, in denen Grundprobleme des Hungers, des Mangels an Ausbildungsmöglichkeiten und der Unterentwicklung ungelöst bleiben. Unter solchen Umständen ist nicht nur beständige Wachsamkeit, sondern sind auch positive Maßnahmen der Preis der Freiheit. Die SEATO hat schon viel getan, um im ganzen Paktgebiet die Ziele, auf welche die subversive Tätigkeit gerichtet ist, und die Methoden, derer

sie sich bedient, darzustellen und zu entlarven. Der Rat der SEATO bleibt sich der fortbestehenden Unruhe bewußt und hat vereinbart, daß im kommenden Jahre Vorkehrungen getroffen werden sollen, um diesen Aspekt der Arbeit der SEATO weiter zu verstärken. Es wurde beispielsweise ins Auge gefaßt, eine Tagung von Experten der Abwehr subversiver Tätigkeit in Pakistan abzuhalten.

Die Mitglieder des Rates erkennen die Notwendigkeit beständigen Handelns auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet an. Unter Artikel 3 des Vertrages haben sich die Mitglieder der SEATO zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit verpflichtet. Während der letzten vier Jahre wurden beachtliche Fortschritte in der Entfaltung wirtschaftlicher Maßnahmen im Einklang mit den Zielen des Paktes erreicht. Es wurde anerkannt, daß die Hebung des Lebensstandards und die Schaffung von Möglichkeiten beruflichen Fortkommens von Bedeutung für die Sicherheit des Paktgebietes sind. Es bestand die einmütige Auffassung, daß Armut und Unterentwicklung Probleme sind, unter denen verschiedene Länder im Paktgebiet leiden und die auf breitestmöglicher Grundlage bekämpft werden müssen. Das beträchtliche Ausmaß an Hilfe, die bereits durch den Colombo-Plan, durch Programme der Vereinten Nationen und durch zweiseitige Programme geleistet wird, wurde zur Kenntnis genommen.

Besondere Aufmerksamkeit widmet die SEATO den Fragen, die aus Paktverpflichtungen entstehen. Dazu gehören der Mangel an Facharbeitern sowie Schwierigkeiten, die sich aus der Verteidigungsbereitschaft und aus den Bedürfnissen unterentwickelter Gebiete ergeben. Verschiedene multilaterale wirtschaftliche Maßnahmen der SEATO, die auf eine Lösung der genannten Probleme gerichtet sind, beginnen sich jetzt auszuwirken. Eine Anzahl von Projekten zur Ausbildung von Facharbeitern sind in Angriff genommen worden, und die Ingenieur-Fachschule der SEATO in Bangkok wird im September dieses Jahres eröffnet werden. Beträchtliche zusätzliche Unterstützungsangebote für das letztgenannte Projekt wurden vom Rat dankend angenommen.

Auf Initiative Thailands wurden die Ständigen Vertreter im Rat angewiesen, die Möglichkeit der Errichtung von ländlichen Entwicklungszentren in den asiatischen Mitgliedstaaten zu prüfen; diese Zentren sollen so ausgerüstet sein, daß sie berufliche Ausbildung gewähren und die Bevölkerung über Mittel und Wege unterrichten können, ihren Lebensunterhalt, ihre Gesundheit und ihre Erziehungs- und Informationsmittel zu verbessern.

Der Rat begrüßte und billigte einen Vorschlag der Vereinigten Staaten, ein Sonderprogramm der SEATO für die Cholera-Forschung einzuleiten, und lud die Mitgliedsregierungen zur Teilnahme an diesem Projekt ein. Der Rat ist der Ansicht, daß es von Nutzen wäre, ein koordiniertes Programm in Angriff zu nehmen, dessen Ziel die bessere Kontrolle und, wenn möglich, die Austilgung der Cholera wäre.

Die SEATO beschäftigt sich aufmerksam mit der Untersuchung der kommunistischen wirtschaftlichen Aktivität im Paktgebiet. Während die Ausdehnung des legitimen Handels aller Staaten der Welt gefördert werden sollte, liegt es im Interesse der internationalen Ordnung, die kommunistische wirtschaftliche Aktivität, wo sie offensichtlich von politischen Motiven diktiert wird, zu identifizieren und zu entlarven.

Der Rat billigte die Grundlinien eines langfristigen Programms multilateraler kultureller Projekte, welche die beträchtlichen bilateralen Kontakte, die bereits bestehen, ergänzen sollen. Besonderes Gewicht legte der Rat auf die Fortsetzung der Gewährung von Forschungs- und Lernstipendien, Gastprofessuren und Vortragsreisen in den Mitgliedsländern und auf die Veranstaltung einer Konferenz von Universitäts-Rektoren. Der Rat ist der Ansicht, daß die gegenwärtig laufenden Programme hervorragende Erfolge aufweisen und davon zeugen, daß die Vielfalt von Kulturen und Traditionen in der Tat das gegenseitige Verständnis und Vertrauen bereichern kann.

Der Rat nahm mit besonderer Freude Kenntnis von den Fortschritten, die in den von Mitgliedstaaten verwalteten Territorien in Richtung auf die Selbstregierung und die Unabhängigkeit gemacht wurden. Dies ist ein praktisches Beispiel für die Art und Weise, in der die Prinzipien der Pazifik-Charta von den Mitgliedstaaten erfüllt werden. Es zeigt, daß die Sorge der SEATO um Stabilität und Sicherheit ihre Mitglieder nicht daran hindert, den politischen Fortschritt und die soziale Entwicklung zu fördern.

Der Rat verwies auf den starken Kontrast zwischen dieser Entwicklung und der Lage in Tibet und anderen, kommunistischer Herrschaft unterworfenen Gebieten. Als Mitglieder der Gemeinschaft der Freien Welt teilen die Mitglieder der SEATO die allgemeine Besorgnis über die Entwicklung in Tibet und den weithin zum Ausdruck gebrachten Abscheu vor den gewalttätigen Unterdrückungsmaßnahmen, die gegen das tibetische Volk angewendet werden.

Der Rat nahm Kenntnis von dem Bericht des Generalsekretärs über seine Besuche am Sitz der NATO und des Bagdad-Paktes, er erkannte übereinstimmend den Wert der Pflege von Kontakten zu anderen kollektiven Sicherheitsorganisationen an, die mit ähnlichen Aufgaben und Problemen zu tun haben.

Der Rat prüfte und billigte Berichte der militärischen Berater und ihre Empfehlungen für künftige Maßnahmen und bestätigte dabei die Notwendigkeit fortdauernder Planung von Verteidigungsmaßnahmen gegen eine mögliche, gegen das Paktgebiet gerichtete Aggression. Während des vergangenen Jahres hatte Brigadier L. W. Thornton von Neuseeland den Posten des Chefs des militärischen Planungsamtes der SEATO inne. Der Rat sprach für die unter seiner Führung geleistete Arbeit, die den Wert dieser zentralen und permanenten Planungsstelle unter Beweis gestellt hat, seine Anerkennung aus.

Im vergangenen Jahre wurden weitere militärische Manöver abgehalten. Alle trugen defensiven und Uebungs-Charakter, und Streitkräfte oder Beobachter aller Mitgliedstaaten nahmen an ihnen teil. Manöver dieser Art sind für die Verbesserung der Zusammenarbeit und die Hebung des Ausbildungsstandes von besonderem Wert. Sollte sich die Notwendigkeit ergeben, einer Aggression Widerstand zu leisten, so wird die Leistung der SEATO von der Fähigkeit ihrer Streitkräfte zu gemeinsamen Operationen abhängen. Aus diesem Grunde wurde vereinbart, das Programm der militärischen Manöver auch im kommenden Jahre fortzusetzen.

Der Rat billigte die Haushaltsvoranschläge für das Jahr 1959/60 in Höhe von 896 860 Dollar, mit denen die Kosten des zivilen und militärischen Hauptquartiers und der verschiedenen, von der Organisation unternommenen Programme gedeckt werden.

Der Rat nahm dankend eine Einladung der Regierung der Vereinigten Staaten an, seine nächste Tagung im Jahre 1960 in Washington abzuhalten.

Die Mitglieder des Rates gaben gemeinsam ihrem Bedauern Ausdruck, daß der Außenminister der Vereinigten Staaten, John Foster Dulles, durch Krankheit an seiner Teilnahme an dieser Fünften Tagung des Rates verhindert war. Der besonderen und langjährigen Verbundenheit von Herrn Dulles mit dem Aufbau und der Arbeit der SEATO wurde Anerkennung gezollt, und eine Grußadresse wurde ihm vom Vorsitzenden im Namen des Rates übersandt. Eine ähnliche Botschaft wurde dem Außenminister der Philippinen, Felixberto Serrano, gesandt, der ebenfalls durch Krankheit verhindert war, an der Sitzung teilzunehmen.

Der Rat sprach der Regierung von Neuseeland und der Bevölkerung von Wellington seinen Dank für ihre Gastfreundschaft und ihre Willkommensgrüße aus und zollte den gründlichen Vorbereitungen für die Konferenz seine Anerkennung. Die Tagung schloß mit einem Dank an den Vorsitzenden, Herrn Walter Nash.

Quelle: *Amerika-Dienst* (USIS, Frankfurt), 10. April 1959. Uebers. des Europa-Archivs.

Frieden auf der Grundlage von Recht und Gerechtigkeit

John Foster Dulles is dead. A lifetime of labor for world peace has ended. His countrymen and all who believe in justice and the rule of law grieve at the passing from the earthly scene of one of the truly great men of our time.

Dwight D. Eisenhower am 24. Mai 1959

Ansprache des amerikanischen Außenministers John Foster Dulles vor der New Yorker Anwaltskammer am 31. Januar 1959

Ich betrachte es als ein Geschenk des Schicksals, daß ich mein Leben lang meine Arbeitskraft in den Dienst des Rechtes und eines damit zusammenhängenden Gebietes, der Ausübung der Diplomatie, stellen durfte. Ich möchte heute abend über den tiefen inneren Zusammenhang zwischen dem Recht und der Außenpolitik der Vereinigten Staaten sprechen.

In dem raschen Ablauf des täglichen Einerlei verliert man leicht den Leitgedanken unserer Außenpolitik aus den Augen. Selbstverständlich suchen wir den Frieden. Aber wir suchen ihn auf dem uns als einzig zuverlässig erscheinenden Weg — indem Recht und Gerechtigkeit an die Stelle der Gewalt treten.

Dies ist eine relativ neue Konzeption, und sie wird heute von vielen noch nicht akzeptiert.

Der Friede wird oft so definiert, daß starke Nationen den schwächeren ihre „wohlwollende“ Herrschaft auferlegen. Die meisten Bemühungen in dieser Hinsicht sind im Kriege zusammengebrochen. Der bekannteste Versuch dieser Art war die Pax Romana. Einer Pax Britannica war es gelungen, ein Jahrhundert lang einen relativen Frieden und eine Weltordnung aufrechtzuerhalten, die eine weltweite wirtschaftliche Entwicklung ermöglichten.

Aber die heutige Welt ist sehr verschieden von der Welt vergangener Jahrhunderte. Sie läßt sich nicht beherrschen.

Dennoch ist der Weltfriede durch Weltherrschaft das Credo des internationalen Kommunismus.

Die dabei angewandte Logik ist sehr einfach. Die Materie der Natur, so sehen es diese Kommunisten, wird produktiver, wenn sie geordnet ist, wenn keine Disharmonien vorhanden sind, wenn sozusagen kein Sand im Getriebe ist. Der Mensch aber, so meinen sie, ist nichts anderes als belebte Materie und sollte daher in der gleichen Weise behandelt werden, wenn man ein Höchstmaß an Produktivität und Harmonie erreichen will. Daher, so argumentiert man, sollten die Völker auf der ganzen Welt in eine globale Ordnung und Konformität des Handelns gebracht werden, und dies ist die Mission der internationalen kommunistischen Bewegung.

Wir und unsere Verbündeten lehnen diesen Weg zum Frieden ab, gleichgültig, wie beschwerlich und wie schwierig die Alternative sein mag. Wir wissen, daß Menschen mehr sind als nur belebte Materieteilchen. Sie sind Teil einer geistigen Welt. Von einer rein materialistischen Basis auszugehen, heißt mit Sicherheit scheitern. Wie Sir

Winston Churchill es einmal formulierte: „Die große Lektion der Geschichte besteht darin, daß eine Tyrannei sich nur bei unterwürfigen Geschlechtern halten kann."

Heute aber sind die Völker überall — auch innerhalb der Sowjetunion — immer weniger zur Unterwürfigkeit bereit. Wir begrüßen dies, so wie wir die wachsende Einsicht in der Welt begrüßen, daß die kommunistische Diktatur genauso unzeitgemäß, ja noch rückständiger geworden ist als der Kolonialismus des 19. Jahrhunderts. Ein beständiger Friede wird niemals durch eine weltumfassende Tyrannei erzielt werden können.

Eine weitere Möglichkeit zur Bewahrung des Friedens ist die Aufrechterhaltung des sogenannten „Gleichgewichts der Kräfte". Manchmal geht das. Aber ein solches Gleichgewicht ist unvermeidlicherweise eine unsichere Sache. Darüber hinaus impliziert das Gleichgewicht der Kräfte normalerweise die Aufrechterhaltung des status quo. Die Geschichte lehrt jedoch, daß ein Wandel unvermeidlich ist. Wie stark auch immer der Wunsch ist, das Gleichgewicht der Kräfte aufrechtzuerhalten, es verlagert sich ganz unvermeidlich — mit Ergebnissen, wie wir sie 1914 und 1939 erlebt haben.

Wir kommen damit zu der dritten Möglichkeit, den Frieden zu erhalten. Es ist ein System der Ordnung, welches sich darauf gründet, daß die Gewalt durch die in der Gemeinschaft bestehende Gerechtigkeit ersetzt wird, in der das moralische Recht zum Ausdruck kommt. In vielen Ländern war dies eine verläßliche Grundlage für die nationale Ordnung, aber bis vor kurzem gab es keine entschlossenen Bemühungen, dieses Prinzip auch international anzuwenden.

Wir in den Vereinigten Staaten haben vom Anfang unserer Geschichte an darauf bestanden, daß es eine Herrschaft des Rechtes gibt, die über der Herrschaft des Menschen steht. Diese Konzeption übernahmen wir von unseren englischen Vorfahren. Genau wie sie sorgten wir aber dafür, daß diese Konzeption anerkannt wurde. Bei Commager und Morris heißt es in diesem Zusammenhang („Die Geschichte der amerikanischen Revolution", Band I, Seite 8): „. . . Der Unabhängigkeitskrieg zeichnete sich dadurch aus, daß es in diesem Krieg um das Prinzip der Legalität ging und darauf stets der Nachdruck lag. Die Amerikaner kämpften für die Rechte der Engländer, wie sie diese Rechte durch die britische Verfassung garantiert glaubten, und für die Rechte des Menschen, wie sie nach ihrer Meinung durch die Natur und durch Gott garantiert werden. Es gibt Prinzipien des reinen, abstrakten Rechtes, die der Schöpfer aller Dinge in das Denken des von ihm geschaffenen Menschen hineingelegt hat."

So hat sich unsere Nation seit ihrer Gründung zu dem Grundsatz bekannt, daß der Mensch in seinen Beziehungen zu seinen Mitmenschen von dem moralischen Gesetz oder dem Naturrecht geleitet werden soll. Man glaubte, daß dies von allen begriffen werden konnte. So hat man den Geschworenen große Verantwortungen aufgeladen und sich auf das „Gewissen" des Vorsitzenden für die Ausgleichung der rechtlichen Härten nach Recht und Billigkeit verlassen. In jedem Jahr nun wird unser kodifiziertes Recht von den Gesetzgebern abgewandelt in der Hoffnung, es dadurch der Gerechtigkeit entsprechender zu machen.

Diese Konzeptionen übertragen wir nunmehr auf internationales Gebiet. Wir glauben, daß die damit zu erlangenden Resultate, wenn auch nicht vollkommen, so doch im allgemeinen befriedigend sind und daß man sie jeder anderen erdenklichen menschlichen Ordnung vorziehen sollte.

Die bedeutsamste Entwicklung unserer Zeit ist die Tatsache, daß mit der Charta der Vereinten Nationen zum ersten Male der entschlossene Versuch gemacht wird, Gesetz und Gerechtigkeit in maßgeblicher und wesentlicher Weise an die Stelle der Gewalt treten zu lassen.

Von entscheidender Wichtigkeit ist hier die Erkenntnis, daß die Ablehnung von Gewalt unter diesen Umständen nicht die Beibehaltung des status quo impliziert, sondern einen Wandel in friedlicher Form. Die Ordnung der Welt kann nicht allein durch die Eliminierung von Gewalt sichergestellt werden. Es muß außerdem Prozesse eines friedlichen Sichwandelns geben, durch die sich die Gerechtigkeit selbst manifestiert.

Diese neue und konstruktive Denkweise war der entscheidende Beitrag der Konferenz von San Francisco im Jahre 1945.

Der feierlich besiegelte Kontrakt des Völkerbundes lief auf ein Festhalten an dem Grundsatz hinaus, daß durch die Autorität der „Großmächte" der status quo erhalten werden sollte. Diese Konzeption mußte nicht nur, wie Elihu Root bereits unterstrich, „wirkungslos bleiben, sondern schädlich sein. Wandel und Wachstum sind das Gesetz des Lebens."

Die Charta der Vereinten Nationen, wie sie von den „Großmächten" in Dumbarton Oaks entworfen wurde, hätte jedoch den gleichen Grundsatz widergespiegelt. Dahinter stand die Prämisse, daß — da die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die UdSSR durch ihre vereinigte militärische Macht den Frieden errungen hatten — die Weltordnung durch diese gleiche Autorität und Macht aufrechterhalten werden müßte.

Die Vorschläge von Dumbarton Oaks, wie sie dann in San Francisco den „kleinen" Mächten zur Annahme vorgelegt wurden, enthielten feierliche Verpflichtungen, nicht anzugreifen, sowie die Maßgabe, Streitfragen friedlich zu lösen. Weiter war ein Sicherheitsrat vorgesehen, der Aggressionen verhüten sollte. Aber sie enthielten keinerlei Hinweise auf die „Gerechtigkeit" als eine Alternative zur Gewalt. Ebensowenig eröffneten sie einen Weg für irgendwelche Prozesse der friedlichen Veränderung.

Was sich in San Francisco ergab, war etwas gänzlich anderes. Die ineinandergreifenden Konzeptionen des „Völkerrechts" und der „Gerechtigkeit" wurden in die ganze Charta als eine entsprechende Ergänzung des Verzichtes auf Gewalt hineinverwoben.

Die Völker der Vereinten Nationen brachten neben ihrer Entschlossenheit, die kommenden Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, in der Präambel der Charta außerdem ihren Willen zum Ausdruck, „Verhältnisse zu schaffen, in denen Gerechtigkeit und Achtung vor den Verpflichtungen, die sich aus Verträgen und anderen grundlegenden Dokumenten des Völkerrechtes herleiten, gewahrt werden können".

Im Artikel 2 werden die Mitglieder ermahnt, ihre Streitigkeiten auf internationaler Ebene „durch friedliche Mittel in einer solchen Form beizulegen, daß der internationale Friede sowie die internationale Sicherheit und das Völkerrecht nicht gefährdet werden".

Der Sicherheitsrat wurde aufgefordert, sich an diese Prinzipien bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu halten (Artikel 24/2). Außerdem wurde mit dem Artikel 14 ein Artikel über „friedliche Veränderung" aufgenommen, der es der Vollversammlung ermöglicht, Maßnahmen zur „friedlichen Schlichtung jeder Situation — ohne Rücksicht auf ihren Ursprung —, die nach Ansicht der Vollversammlung das allgemeine Wohl schädigen könnte", zu empfehlen.

Von besonderer Bedeutung ist die Erklärung der Konferenz bezüglich des „Austritts", in der es heißt: „... Der Austritt oder irgendeine andere Form der Auflösung der Organisation würde zwangsläufig erfolgen, wenn die Organisation — die Hoffnungen der Menschheit enttäuschend — sich nicht in der Lage zeigen sollte, den Frieden aufrechtzuerhalten, oder dies nur unter Aufgabe von Recht und Gerechtigkeit tun könnte."

Diese Beispiele zeigen neben anderen, daß wir in der Charta der Vereinten Nationen auf der einen Seite einen Verzicht auf Gewalt haben und auf der anderen Seite die notwendige ausgleichende Konzeption einer Herrschaft von Recht und Gerechtigkeit.

Wir haben jetzt vierzehn Jahre lang Erfahrungen mit der Charta der Vereinten Nationen sammeln können. Rückblickend müssen wir sagen, daß diese Konzeptionen zwar keinen endgültigen Erfolg hatten, aber auch nicht endgültig gescheitert sind.

Die Länder des kommunistischen Blocks haben niemals die Konzeptionen der Charta der Vereinten Nationen aufrichtig akzeptiert, sowohl was den Verzicht auf Gewalt angeht als auch was die Herrschaft von Recht und Gerechtigkeit anbetrifft. Diese Konzeptionen der Vereinten Nationen können tatsächlich mit der kommunistischen Doktrin ebensowenig verbunden werden wie Oel mit Wasser.

Der internationale Kommunismus glaubt, daß die Gewalt ein legitimes Mittel zur Förderung seiner Ziele ist. Die Reihe internationaler Beispiele, die hier angeführt werden können, ist recht lang. Zu ihr gehören: Lettland, Litauen, Estland, Finnland, Polen, Griechenland, die Tschechoslowakei, die Berliner Blockade, Tibet, Korea, Indochina, Ungarn, die Ostzone Deutschlands, die Straße von Formosa, die Drohungen der Vernichtung mit Raketenwaffen und die jüngsten Drohungen in bezug auf Berlin.

Da das Credo des internationalen Kommunismus atheistisch und materialistisch ist, wird in ihm die Idee eines formalen, abstrakten Rechts nicht akzeptiert.

Außerdem aber bedeutet für die Kommunisten „Recht" etwas ganz anderes als für uns. Rechtsgesetze sind für sie im wesentlichen die Mittel, mit denen diejenigen, die an der Gewalt sind, ihre Feinde unterdrücken oder vernichten.

Der kommunistische Block lehnt aus Prinzip die Anrufung des Internationalen Gerichtshofes im Haag ab, und anstatt der „Achtung vor den Verpflichtungen, die sich aus Verträgen und anderen grundlegenden Dokumenten des Völkerrechts herleiten", wenden sie die Formel Lenins an, wonach „Versprechen wie die Kruste einer Pastete sind, die dazu bestimmt ist, zerbrochen zu werden".

So schloß die Sowjetunion wenige Tage nach der Unterzeichnung der Charta, die für die Achtung internationaler Abmachungen sorgen soll, einen dreißigjährigen Freundschafts- und Bündnisvertrag mit der Nationalregierung in China und verpflichtete sich im Rahmen dieses Vertrages, „China moralische Unterstützung und Hilfe, militärischen Nachschub und sonstige materielle Hilfsmittel zukommen zu lassen, wobei diese Hilfe voll und ganz an die Nationalregierung als die zentrale Regierung Chinas gehen soll". Dieses Abkommen war kaum getroffen, als es auch schon gebrochen wurde, wie die Vereinten Nationen dies dann auch formell festgestellt haben.

Um gleich zu dem jüngsten Beispiel zu kommen: Vor kurzem erst hat sich die Sowjetunion entschlossen, die Abmachungen mit den Westmächten bezüglich Berlins aus den Jahren 1944—1945 für „null und nichtig" zu erklären.

In den Vereinten Nationen benutzen die Länder des kommunistischen Blocks ihre Mitgliedschaft als eine günstige Gelegenheit für Propaganda und Störmanöver. Sie benutzen das Veto-Recht im Sicherheitsrat, um jede Maßnahme zunichte zu machen, die ihnen nicht paßt. Sie ignorieren ganz einfach jede Resolution der Vollversammlung der Vereinten Nationen, wenn sie Empfehlungen oder Verurteilungen enthält, die ihrem Willen entgegenlaufen. Unter dem Deckmantel, die „Parität" anzustreben, suchen sie die Macht, die Arbeit der Vollversammlung zunichte zu machen.

Daher wurde es notwendig, die Fähigkeit der Vereinten Nationen zur Ausschaltung von Gewalt zu stärken. Artikel 51 der UN-Charta anerkennt das angestammte Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung, und etwa fünfzig Nationen haben

sich diesem Artikel gemäß zu kollektiven Verteidigungsgruppierungen zusammengeschlossen. Sie haben damit das Prinzip der Nichtanwendung von Gewalt sanktioniert, was bei den Vereinten Nationen, wie sie zur Zeit bestehen, nur auf diese Weise zu erreichen war.

Die Haltung der Vereinigten Staaten ist in dieser Hinsicht eindrucksvoll. Die Vereinigten Staaten kämpften in Korea und ließen sich bei einer Reihe anderer Gelegenheiten durch keine Kriegsdrohungen erschüttern, um sicherzustellen, daß bewaffnete Aggression von den Kommunisten nicht als ein Mittel benutzt wurde, um sich die freien Nationen eine nach der anderen einzuverleiben.

Unsere Einstellung zur Anwendung von bewaffneter Gewalt ist eine Frage grundsätzlicher Natur und nicht lediglich eine antikommunistische Politik. Dies wird aus der Tatsache ersichtlich, daß die Vereinigten Staaten selbst ihren guten Freunden unmißverständlich klargemacht haben, daß sie gegen jede Anwendung von Gewalt zur Lösung von internationalen Problemen sind. In dieser Hinsicht wurden wir durch den französisch-britischen Angriff auf Aegypten und den gleichzeitigen israelischen Angriff auf das gleiche Gebiet vor ein äußerst schwieriges Problem gestellt.

Es ist leicht, für einen Grundsatz einzutreten, wenn diejenigen, die ihn verletzen, gleichzeitig diejenigen sind, die sich als Feinde bekennen. Es ist jedoch sehr schwer, wenn das Problem durch Freunde aufgeworfen wird. Dennoch schien es uns im Herbst 1956, daß das gesamte Friedenskonzept der Vereinten Nationen auf dem Spiel stand und daß die Welt zu einem Chaos werden würde, wenn der Artikel 2 Abschnitt 4 der Charta, der sich auf die Verwerfung der Anwendung von Gewalt bezieht, zu einem toten Buchstaben werden sollte.

Wie ich vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 1. November 1956 erklärt habe, schien die angedrohte Handlungsweise „nicht in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen und Zielsetzungen der Charta zu sein und — wenn darauf bestanden würde — ernsthaft unsere Charta und diese Organisation zu untergraben zu drohen".

Ich verwies aber auch auf die Bestimmungen der Charta, die eine Beilegung von Streitigkeiten „in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts" verlangen. Und ich wies darauf hin, daß die Charta „nicht nur eine friedliche Lösung, sondern auch eine gerechte Lösung verlangt". Die Vereinten Nationen, so fügte ich hinzu, „mögen vielleicht etwas langsam und träge und nicht so ganz imstande gewesen sein, mit den Ungerechtigkeiten fertig zu werden, die im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Lage im Mittleren Osten im Spiel sind".

Der mit überwältigender Mehrheit gefällte Spruch der Vereinten Nationen ging voll und ganz von dem Grundsatz des Verzichtes auf Gewalt aus, den wir unterstützten. Großbritannien, Frankreich und Israel reagierten. Die in das Land eindringenden Truppen wurden zurückgezogen. Es wurden mit friedlichen Mitteln tragbare Lösungen gefunden.

Es wäre vielleicht verfrüht zu sagen, daß die Suez-Affäre ein entscheidender Wendepunkt in der Geschichte war, aber es könnte sich vielleicht so herausstellen. Was heute gesagt werden kann, ist das: Wenn die Verpflichtung der Charta, auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten, von den Mitgliedern der Vereinten Nationen so auf die leichte Schulter genommen worden wäre, daß man die Suez-Aktion erlaubt hätte, oder wenn Großbritannien, Frankreich und Israel gegenüber den Vereinten Nationen die gleiche Mißachtung an den Tag gelegt hätten, wie die Sowjetunion dies im Zusammenhang mit Ungarn tat, dann würden die ganzen Friedensbemühungen, wie sie von den Vereinten Nationen repräsentiert werden, zusammengebrochen sein, und die gegenwärtigen Anstrengungen der Menschheit, den Frieden nach rationellen Gesichtspunken aufzubauen, hätten ein Ende gefunden.

Während es uns gelungen ist, durch kollektive Sicherheitsvereinbarungen den kommunistischen Block weitgehend von der Gewaltanwendung abzuhalten, vermochten wir kein wirksames Mittel zu finden, um die Länder dieses Blocks davon zu überzeugen oder sie dazu zu bewegen, daß sie die Prinzipien des Rechts und der Gerechtigkeit sowie des friedlichen Sichwandelns akzeptierten.

Es gelang dagegen bei den Völkern der freien Welt. Hier haben sich die beiden zusammenhängenden Konzeptionen der Ablehnung von Gewalt und der positiven Rolle der Gerechtigkeit und des Völkerrechts, ganz allgemein gesprochen, durchgesetzt. Die Gründe dafür sind leicht zu verstehen. Die Völker der freien Welt achten die Religion, sie erkennen das moralische Gesetz an, und sie respektieren in gebührender Weise die Meinung der Menschheit. Daher haben die Nationen der freien Welt nicht nur einen angemessenen Respekt vor den Prinzipien des Völkerrechts gezeigt, sondern sie haben auch ein bemerkenswertes Maß von „friedlichen Veränderungen" unterstützt und gefördert, um den Ideen der Gerechtigkeit und den Prinzipien der Moral zu entsprechen.

Seit dem 1. Januar 1943 wurden zum Beispiel 21 neue Nationen in Ländern gegründet, die früher von einigen Staaten der freien Welt beherrscht worden waren. Diese neuen Nationen wurden in die Gemeinschaft der Völker aufgenommen. Andere sollen in naher Zukunft ihre Unabhängigkeit und Souveränität erhalten. Im Frühjahr des vergangenen Jahres sind 86 Nationen in Genf zusammengekommen, um die für das Seerecht maßgeblichen Grundsätze zu überprüfen. Während einerseits eine Reihe von altbewährten Gesetzesbestimmungen auf diesem Gebiet von der Konferenz erneut bestätigt wurden, kam man — es ist wichtig, darauf hinzuweisen — zu einer Uebereinstimmung in bezug auf eine Reihe wichtiger Veränderungen, die den neuen Verhältnissen Rechnung tragen.

Friedliche Veränderungen und Entwicklungen sind daher für die Nationen der freien Welt kennzeichnend. Vielleicht schwingt das Pendel jetzt sogar zu weit in dieser Richtung. Recht und Gesetz dienen nicht nur zur Beilegung bestimmter Streitigkeiten, sondern auch zur Schaffung eines Gefühls der Sicherheit im alltäglichen Leben. Ein gewisses Maß an Stabilität ist ein wesentliches Element von Frieden und Ordnung.

Die Veränderungen — auch die politischen und sozialen Wandlungen — dürfen nicht so stürmischer Natur sein, daß sie die Vorausplanung lähmen und den bisher gültigen Rechten unnötig Schaden zufügen. Wenn das Gesetz auch einem geordnet verlaufenden Wandlungsprozeß unterworfen ist und unterworfen sein sollte, wie die Gerechtigkeit dies erfordert, so sollte es doch ein Schild und Schutz für alle diejenigen sein, die sich im Vertrauen auf die internationalen Abmachungen auf es verlassen.

Lassen Sie uns daher den Blick nach vorne richten und erwägen, was man tun kann, um der Rolle der Gerechtigkeit und des Gesetzes eine vollere Anerkennung bei der Ordnung der internationalen Angelegenheiten zu verschaffen.

Erstens möchte ich sagen, daß es unbedingt notwendig ist, daß die Mitglieder der Vereinten Nationen die Anwendung von zweierlei Maßstäben in den UN stärker verurteilen und weniger tolerieren, die durch die Maßnahmen und Handlungen der Nationen des Sowjetblocks geschaffen worden sind. Diese Nationen sollten das Gewicht der öffentlichen Mißbilligung ihres Verhaltens zu spüren bekommen. Die Haltung, die sie einnehmen, rührt an die Wurzel der vielversprechenden und entscheidend wichtigen Anstrengung des Menschen, die Zufluchtnahme zur Gewalt abzuschaffen und sie durch das System von Recht und Gerechtigkeit zu ersetzen. Ich möchte allen Ernstes sagen, daß die Vereinten Nationen und die Welt vielleicht eine gewisse Zeit lang die Anwendung von zweierlei Maßstäben überleben können, aber sie können nicht eine dauernde Anwendung von zweierlei Maßstäben überleben. Wenn die Vereinten Nationen nicht, wie dies als Ziel gesetzt wurde, für alle zu einem Instrument

des Friedens durch Gerechtigkeit und Recht werden, dann muß, wie ihre Gründer erklärten, irgendeine Alternative gefunden werden.

Zweitens besteht eine echte Notwendigkeit, innerhalb der freien Welt die Entwicklung des Systems der Gerechtigkeit zu intensivieren, wobei der Notwendigkeit für Stabilität und der gleich wichtigen Notwendigkeit für einen ordnungsgemäß ablaufenden Prozeß des Wandels in Uebereinstimmung mit den Erfordernissen der Gerechtigkeit voll Rechnung getragen werden muß. Dies wird meiner Ansicht nach bei den Erörterungen und den Maßnahmen der Vollversammlung der Vereinten Nationen manchmal übersehen. Die Vollversammlung kann eine mächtige Institution sein und ist eine mächtige Institution — wenn sie ein wahrhaft moralisches Urteil anlegt. Auf der anderen Seite könnte die Vollversammlung eine feudale oder sogar tyrannische Einrichtung werden, wenn sie ein System einer „Abstimmung nach Blöcken“ entwickeln würde, und zwar nach dem Gesichtspunkt geographischer Ballungen oder nach der Unterscheidung von „Besitzenden“ und „Habenichtsen“.

Es besteht drittens für alle von uns die dringende Notwendigkeit, Achtung vor dem Gesetz als Grundlage für Stabilität und Vertrauen zu entwickeln. Diejenigen Nationen, die gemeinsame Wertmaßstäbe haben, sollten durch ihr Verhalten und durch ihr Beispiel die Herrschaft des Rechtes fördern, indem sie ihre Streitigkeiten dem Internationalen Gerichtshof oder einem anderen internationalen Tribunal, auf das sie sich einigen können, unterbreiten.

Ich habe erst kürzlich darauf hingeweisen, daß wir die Frage unserer eigenen Beziehungen zum Internationalen Gerichtshof einer genauen Prüfung unterziehen, um festzustellen, ob sich Mittel und Wege finden lassen, eine stärkere Inanspruchnahme dieses Gerichtshofes von unserer Seite aus zu gewährleisten und durch unser Beispiel andere ebenfalls dazu zu bewegen.

Die Vereinigten Staaten wurden als Nation gegründet, weil die Siedler glaubten, daß die Menschen unter dem Gesetz gewisse Grundfreiheiten und gewisse unveräußerliche Rechte besitzen. Wir haben uns als Nation stärker als jede andere für die Vorherrschaft des Rechtes als Ausdruck der Gerechtigkeit eingesetzt. Jetzt bemühen wir uns darum, eine Weltordnung zu schaffen, die auf der Grundannahme beruht, daß das Zusammenleben vom Recht bestimmt werden sollte — vom Recht, wie es in der Charta der Vereinten Nationen und anderen internationalen Verträgen formuliert ist und als Recht von den internationalen Gerichtshöfen gesprochen wird.

Ihre Kollegen in der amerikanischen Anwaltskammer haben einen Ausschuß eingesetzt, der unter Leitung des ehemaligen Präsidenten dieser Kammer, Mr. Charles Rhyne, steht und die Aufgabe hat, die Frage zu untersuchen, was zur Förderung der Herrschaft des Rechts unter den Nationen getan werden kann. Unsere Regierung begrüßt diese Maßnahmen und wird alle von diesem Ausschuß gemachten Empfehlungen eingehend und ernsthaft erwägen.

Die Aufgabe, Frieden durch Recht zu erreichen, erfordert Geduld und Ausdauer. Sie wird es zuzeiten erforderlich machen, daß wir ein Beispiel geben, indem wir für uns selbst Maßstäbe des Verhaltens akzeptieren, die weiter gehen als die allgemein akzeptierten. Wir werden mißverstanden und unsere Motive werden von denen falsch ausgelegt werden, die in den Grundsätzen des Rechts nicht so geschult sind wie wir.

Bei dieser Aufgabe haben die Juristen eine besondere Verantwortung und eine einzigartige Chance. Es gibt keine edlere Mission, die unser Land ausführen könnte; von der erfolgreichen Lösung dieser Aufgabe hängt vielleicht der Fortbestand der Menschheit ab. Wir können uns daher dieser Mission mit der absoluten Gewißheit widmen, daß wir damit das Schicksal unserer Nation erfüllen.

Quelle: *Amerika-Dienst*, 6. Februar 1959.

Der Friedensplan des Westens

Grundzüge eines Stufenplans für die deutsche Wiedervereinigung, die europäische Sicherheit und eine deutsche Friedensregelung

(der Genfer Außenministerkonferenz vorgelegt von den Delegationen der drei Westmächte am 14. Mai 1959)

Die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika sind überzeugt, daß das deutsche Problem dringend einer Regelung bedarf. Mit einer solchen Regelung wollen sie Schritt für Schritt Lösungen suchen, die zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur Sicherheit in Europa führen. Außerdem sind sie der Ansicht, daß Fortschritte, die in einer der Fragen: allgemeine Abrüstung, europäische Sicherheit und politische Regelung in Europa erzielt werden, sich darauf auswirken, in welchem Maße bei der Lösung der beiden anderen Fragen Fortschritte erreicht werden können.

Sie schlagen daher der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eine Vereinbarung zwischen den vier Regierungen vor, welche die nachstehend dargelegten Maßnahmen betreffend eine allgemeine Regelung der strittigen Probleme umfassen würde. Die ins Auge gefaßten Maßnahmen stehen in engem Zusammenhang miteinander, und die hier gemachten Vorschläge sind daher als ein untrennbares Ganzes zu betrachten. Sie würden schrittweise auf den angegebenen Stufen wirksam werden.

STUFE I

Wiedervereinigung

1. Die Vier Mächte würden geeignete Vorkehrungen für Konsultationen unter den Parteien treffen, um die Durchführung des Abkommens zu überwachen und etwaige vor dem Abschluß einer Friedensregelung mit einem wiedervereinigten Deutschland auftretende Streitigkeiten beizulegen.

2. Hinsichtlich Berlins würden die Vier Mächte folgendes vereinbaren:

a) Berlin ist eine einheitliche Stadt und gehört ganz Deutschland. Ost- und West-Berlin sollten deshalb durch freie Wahlen vereinigt werden, die unter Viermächte- oder UN-Ueberwachung abzuhalten wären. Ein frei gewählter Rat für ganz Berlin würde bis zur Verwirklichung der deutschen Wiedervereinigung und als ein erster Schritt auf diesem Wege gebildet werden. Auf diese Weise würde Berlin als künftige Hauptstadt einem wiedervereinigten Deutschland vorbehalten werden.

b) Vorbehaltlich der obersten Weisungsbefugnis der Vier Mächte (mit einem Abstimmungsverfahren, wie es von den alliierten Behörden in Wien angenommen wurde) würde der frei gewählte Berliner Rat die Stadt nach eigenem Ermessen verwalten können.

c) Die Freiheit und Unverletzlichkeit der wiedervereinigten Stadt Berlin und der Zugang dorthin würden von den Vier Mächten garantiert, die auch weiterhin das Recht hätten, wie im gegenwärtigen Zeitpunkt, Streitkräfte in Berlin zu stationieren.

d) Die Vier Mächte würden die erforderlichen Schritte unternehmen, um während der ersten und zweiten Stufe des Stufenplans die in Buchstabe (a) bis (c) beschriebenen Maßnahmen auszuführen.

Sicherheit

3. In einer gemeinsamen Erklärung, welcher beizutreten sie andere europäische Staaten einladen würden, würden die Vier Mächte sich verpflichten,

a) jede internationale Streitigkeit mit einer anderen Partei, in die sie verwickelt werden, durch friedliche Mittel beizulegen;
b) sich jeder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Charta der Vereinten Nationen unvereinbar ist;
c) einem Angreifer militärische oder wirtschaftliche Unterstützung zu verweigern.

4. Um die Lösung der politischen Probleme und die Verbesserung der internationalen Beziehungen weiter zu erleichtern, würden die Vier Mächte vor einem geeigneten Forum Beratungen über mögliche, in Stufen gegliederte und kontrollierte umfassende Abrüstungsmaßnahmen einleiten.

5. Sie würden für Beratungen Sorge tragen, um Verfahren für einen Informationsaustausch auf Stufe II über militärische Kräfte in vereinbarten Gebieten Europas auszuarbeiten.

STUFE II

Wiedervereinigung

6. Im Hinblick auf die vielschichtigen Probleme, die sich im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung ergeben, würde eine Uebergangszeit vereinbart werden. Die Vier Mächte würden einen Gemischten Deutschen Ausschuß einsetzen.

7. Der Gemischte Ausschuß würde aus 25 Mitgliedern aus der Bundesrepublik Deutschland und 10 Mitgliedern aus der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik bestehen. Diese Mitglieder würden einerseits von der Bundesregierung und andererseits von den Behörden der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik bestellt werden.

8. Der Gemischte Ausschuß würde seine Beschlüsse mit einer Mehrheit von drei Vierteln der Stimmen fassen.

9. Der Gemischte Ausschuß würde beauftragt werden, Vorschläge zu formulieren,

a) um die technischen Kontakte zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu koordinieren und zu erweitern;
b) um die Freizügigkeit von Personen, Ideen und Veröffentlichungen zwischen beiden Teilen Deutschlands sicherzustellen;
c) um die Menschenrechte in beiden Teilen Deutschlands sicherzustellen und zu gewährleisten;
d) für einen Gesetzentwurf, der allgemeine, freie und geheime Wahlen unter unabhängiger Kontrolle vorsieht.

10. Der Gemischte Ausschuß würde alle gemäß Absatz 9 Buchstaben (a) bis (c) einschl. von ihm gemachten Vorschläge den zuständigen Behörden in beiden Teilen Deutschlands übermitteln. Wird gegen derartige Vorschläge keine Einwendung erhoben, so sollten sie in beiden Teilen Deutschlands in geeigneter Form durchgeführt werden.

11.

a) Jeder gemäß Absatz 9 Buchstabe (d) vereinbarte Vorschlag für ein Wahlgesetz würde in beiden Teilen Deutschlands zum Volksentscheid gestellt werden.

b) Hat der Ausschuß binnen einem Jahr keinen solchen Gesetzentwurf formuliert, so formulieren die Mitgliedergruppe aus der Bundesrepublik einerseits und die Mitgliedergruppe aus der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik andererseits mit der Mehrheit ihrer Mitglieder je einen Gesetzentwurf. Diese beiden Gesetz-

entwürfe werden sodann als Alternativen zum Volksentscheid gestellt. Für jeden Gesetzentwurf umfaßt das Abstimmungsgebiet beide Teile Deutschlands.

c) Entfällt auf einen Vorschlag für ein Wahlgesetz die Mehrheit der gültigen Stimmen in jedem der beiden Teile Deutschlands, so erhält er Gesetzeskraft und gilt unmittelbar im gesamten Abstimmungsgebiet.

d) Die Vier Mächte würden im Zeitpunkt der Unterzeichnung der Vereinbarung die zuständigen deutschen Behörden ausdrücklich ermächtigen, ein so angenommenes Wahlgesetz zu verkünden.

e) Die Vier Mächte würden ein Statut zur Kontrolle des Volksentscheids beschließen.

12. Haben binnen dreißig Monaten nach Unterzeichnung der Vereinbarung gesamtdeutsche Wahlen nicht stattgefunden, so würden die Vier Mächte bestimmen, was mit dem Ausschuß geschehen soll.

Sicherheit

13. Es würde ein Informationsaustausch über militärische Streitkräfte in den im vorstehenden Absatz 5 genannten Gebieten stattfinden.

14. Die Vier Mächte würden ihre Streitkräfte auf vereinbarte Höchstzahlen begrenzen oder herabsetzen: z. B. Vereinigte Staaten 2 500 000; Sowjetunion 2 500 000. Während desselben Zeitabschnitts würden diese Staaten festgesetzte Mengen bestimmter Waffenarten, die zu vereinbaren und in Anlagen zu dieser Vereinbarung aufzunehmen wären, unter der Ueberwachung einer internationalen Kontrollorganisation innerhalb ihres Hoheitsgebietes in Magazinen einlagern.

15. Die Vier Mächte würden bereit sein, über eine weitere Begrenzung ihrer Streitkräfte und Rüstungen mit Wirkung für Stufe III zu verhandeln, und zwar vorbehaltlich

a) der Nachprüfung, daß die Bestimmungen des Absatzes 14 eingehalten worden sind;
b) der Zustimmung anderer wesentlicher Staaten zur Annahme von Begrenzungen ihrer Streitkräfte und Rüstungen, die im Verhältnis zur Begrenzung der Streitkräfte und Rüstungen der Vier Mächte festzusetzen wären;
c) der Errichtung eines Inspektions- und Kontrollsystems zur Nachprüfung der Einhaltung aller vereinbarten Sicherheitsmaßnahmen.

16. Es könnten Inspektions- und Beobachtungsmaßnahmen gegen Ueberraschungsangriffe, unter Zuhilfenahme technischer Vorrichtungen wie sich überschneidender Radarsysteme, in von den Vier Mächten und sonstigen beteiligten Staaten gegebenenfalls zu vereinbarenden geographischen Gebieten in allen Teilen der Welt getroffen werden.

17. Da die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1954 auf die Herstellung von chemischen, biologischen und Kernwaffen verzichtete, würden die Vier Mächte geeignete Vereinbarungen treffen, um sicherzustellen, daß ähnliche Verzichtmaßnahmen auch im Restteil Deutschlands und in anderen östlichen Ländern Europas erfolgen.

18. Es würden Inspektionssysteme ausgearbeitet werden, um die Einhaltung der für Stufe III vorgesehenen einschlägigen Sicherheitsmaßnahmen zu gewährleisten.

STUFE III

Wiedervereinigung

19. Spätestens zweieinhalb Jahre nach Unterzeichnung der Vereinbarung würden Wahlen für eine gesamtdeutsche Versammlung in beiden Teilen Deutschlands nach Maßgabe des Wahlgesetzes abgehalten werden, das vom Gemischten Ausschuß ent-

worfen, von den Vier Mächten genehmigt und vom deutschen Volk durch einen Volksentscheid (im Einklang mit den Bestimmungen für Stufe II) angenommen worden ist.

20. Die Wahlen würden von einer Ueberwachungskommission und Ueberwachungsgruppen in ganz Deutschland überwacht werden. Die Kommission und die Gruppen würden sich zusammensetzen aus entweder (a) Personal der Vereinten Nationen und Vertretern beider Teile Deutschlands oder (b) Vertretern der Vier Mächte und Vertretern beider Teile Deutschlands.

21. Die gesamtdeutsche Versammlung würde mit der Ausarbeitung einer gesamtdeutschen Verfassung beauftragt werden. Sie würde diejenigen Befugnisse ausüben, die zur Errichtung und Sicherung eines freiheitlichen, demokratischen und föderativen Systems erforderlich sind.

22. Sobald eine gesamtdeutsche Regierung auf der Grundlage der vorerwähnten Verfassung gebildet worden ist, würde sie die Regierungen der Bundesrepublik und der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik ersetzen und hätte

a) volle Entscheidungsfreiheit bezüglich innerer und äußerer Angelegenheiten, vorbehaltlich der Rechte, welche die Vier Mächte nach Maßgabe des Absatzes 23 behalten;
b) die Verantwortung, so bald wie möglich nach ihrer Errichtung Verhandlungen über einen gesamtdeutschen Friedensvertrag aufzunehmen.

23. Bis zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit einer auf Grund der gesamtdeutschen Verfassung gebildeten gesamtdeutschen Regierung würden die Vier Mächte nur diejenigen ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten beibehalten, die sich auf Berlin und Deutschland als Ganzes, einschließlich der Wiedervereinigung und einer Friedensregelung, sowie auf die Stationierung von Streitkräften in Deutschland in der gegenwärtig geübten Form und auf den Schutz der Sicherheit dieser Streitkräfte beziehen.

Sicherheit

24. Die Durchführung der folgenden Sicherheitsbestimmungen würde von der Errichtung wirksamer Kontroll- und Inspektionssysteme zwecks Sicherung der Nachprüfung sowie gegebenenfalls von der Zustimmung der gesamtdeutschen Regierung zu den auf Stufe III notwendigen Sicherheitsmaßnahmen abhängen.

25. Im Zeitpunkt der Errichtung einer gesamtdeutschen Regierung würden sich die Vier Mächte sowie die anderen unmittelbar beteiligten Staaten dahingehend einigen, daß in einer Zone, die zu beiden Seiten einer gemeinsam festzulegenden Linie Gebiete vergleichbarer Größe und Tiefe sowie Bedeutung umfaßt, vereinbarte Höchststärken für einheimische und nichteinheimische Streitkräfte in Kraft gesetzt würden.

26. Nach Abschluß des Friedensvertrages würde keine Partei Streitkräfte in einem in diesem Bereich gelegenen Staate ohne dessen Zustimmung stationieren; jede Partei, die in dieser Weise Streitkräfte stationiert hat, würde auf Ersuchen dieses Staates ihre Streitkräfte innerhalb einer festgesetzten Frist zurückziehen und sich verpflichten, ohne die Zustimmung der Regierung dieses Staates nicht wieder Streitkräfte dorthin zu entsenden.

27. Sollte die gesamtdeutsche Regierung beschließen, irgendeinem Sicherheitspakt beizutreten,

a) so könnten besondere Maßnahmen getroffen werden in bezug auf die Verteilung militärischer Kräfte und Anlagen in dem Gebiet, das den Grenzen zwischen einem wiedervereinigten Deutschland und Mitgliedstaaten eines anderen Sicherheitspakts am nächsten liegt;
b) wären die Vier Mächte bereit, gemeinsam mit anderen Parteien europäischer Sicher-

heitsabmachungen zusätzliche gegenseitige Verpflichtungen zu übernehmen, insbesondere die Verpflichtung zum Einschreiten gegenüber einem Angriff;

c) wären die Vier Mächte bereit, gemeinsam mit anderen Parteien der genannten europäischen Sicherheitsabmachungen die Zusicherung abzugeben, daß sie ihre Streitkräfte nicht über die frühere Demarkationslinie zwischen den beiden Teilen Deutschlands hinaus vorrücken lassen würden.

28. Unter der Voraussetzung, daß die auf Stufe II für Streitkräfte und Rüstungen dargelegten Begrenzungen und Bedingungen durchgeführt worden sind, würden die Vier Mächte ihre Streitkräfte zugleich mit einem entsprechenden Abbau der Rüstungen auf die folgenden Höchststärken weiter herabsetzen: z. B. Vereinigte Staaten 2 100 000 und UdSSR 2 100 000. Gleichzeitig würden gemäß Absatz 15 der Stufe II Herabsetzungen der Streitkräfte und Rüstungen anderer wichtiger Staaten auf vereinbarte Höchststärken stattfinden.

29. Nach erfolgter Feststellung der Einhaltung der genannten Begrenzungen und unter denselben Bedingungen würden Verhandlungen eingeleitet werden, um weitere Begrenzungen (z. B. Vereinigte Staaten 1 700 000 und Sowjetunion 1 700 000) zugleich mit einem entsprechenden Abbau der Rüstungen zu erzielen. Die Höchststärken der Streitkräfte und Rüstungen anderer wichtiger Staaten würden gleichzeitig durch Verhandlungen mit diesen festgelegt werden.

30. Die oben vorgesehenen Maßnahmen würden mit allgemeinen Abrüstungsplänen so in Einklang gebracht werden, daß sie sich in einen allgemeinen Rahmen einfügen.

31. Sämtliche Sicherheitsmaßnahmen des Stufenplans würden in Kraft bleiben, solange das Kontrollsystem gilt und durchgeführt wird und die Sicherheitsbestimmungen erfüllt und beachtet werden.

STUFE IV

32. Da eine endgültige Friedensregelung nur mit einer Gesamtdeutschland vertretenden Regierung getroffen werden kann, sollte sie in diesem Stadium getroffen werden. Die Regelung sollte allen Mitgliedstaaten der UN, die sich mit Deutschland im Krieg befunden haben, zur Unterzeichnung offenstehen. Die Regelung sollte in Kraft treten, wenn sie von den Vier Mächten und von Deutschland ratifiziert worden ist.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 87, 15. Mai 1959. Englischer Wortlaut: *The New York Times*, International Edition, Nr. 37001, 16. Mai 1959.

Weitere Dokumente zur deutschen Frage und zur europäischen Sicherheit (April-Mai 1959)

Ende April 1959 schlossen die Westmächte und der Ostblock ihre Vorbereitungen für die Genfer Konferenz durch zwei Außenministerkonferenzen ab, die in Paris und Warschau stattfanden.

Auf der Warschauer Konferenz der Ostblockstaaten, an der auch die Volksrepublik China teilnahm, ließ sich die Sowjetunion die einmütige Unterstützung ihrer Satelliten für ihre Forderungen hinsichtlich Deutschlands und Berlins bestätigen. Im Kommuniqué der Konferenz wurde der sich abzeichnende Plan der Westmächte, die deutsche Frage und die europäische Sicherheit in Genf zu einem untrennbaren Verhandlungspaket zusammenzufassen[1], schon im voraus abgelehnt. Gleichzeitig wurde in dem Kommuniqué die in den sowjetischen Noten vom 21. April[2] aufgestellte Behauptung, die Westmächte wollten durch die atomare Ausrüstung der europäischen NATO-Staaten, insbesondere der Bundesrepublik, die Genfer Konferenz

[1]) Vgl. den Wortlaut des westlichen Friedensplans auf S. D 224 dieser Folge.
[2]) Vgl. den Wortlaut der Note an die Bundesrepublik in Europa-Archiv 9—10/1959, S. D 203.

sabotieren, erneut vorgebracht. (Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués unten.)

Die Außenminister der Westmächte und der Bundesrepublik erzielten auf ihrer Pariser Konferenz vollständige Einigung über die Vorschläge, die der Westen auf der Genfer Konferenz vorlegen würde. (Vgl. das Kommuniqué auf S. D 232.)

Die in den sowjetischen Noten vom 21. April und im Warschauer Kommuniqué enthaltenen Behauptungen über die Atomrüstung der NATO wurden am 7. Mai vom Rat der NATO zurückgewiesen, der darauf hinwies, daß die Modernisierung der Bewaffnung der NATO-Streitkräfte sich auf Grund eines seit langem festliegenden Programms vollziehe und im übrigen nur die Antwort auf die sowjetische Rüstung sei. (Vgl. die Erklärung des Rates auf S. D 232.) In ähnlicher Weise beantworteten am 8. Mai die Regierung der Vereinigten Staaten und am 9. Mai die Bundesregierung die an sie gerichteten Sowjetnoten. (Vgl. beide Antwortnoten auf S. D 233 und D 235.) Am 23. Mai wiederholte die Sowjetregierung ihre Vorwürfe in neuen Noten an beide Regierungen. Der Sprecher des amerikanischen Außenministeriums erklärte am 25. Mai, seine Regierung werde diese Note nicht beantworten.

Kommuniqué vom 28. April 1959 über die Außenministerkonferenz der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages und der Volksrepublik China in Warschau

Am 27. und 28. April 1959 fand in Warschau eine Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Staaten des Warschauer Vertrages und der Volksrepublik China statt. An der Konferenz nahmen teil:

von der Volksrepublik Albanien — der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, B. Shtylla;

von der Volksrepublik Bulgarien — der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, K. Lukanow;

von der Volksrepublik China — der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Tschang Wen-tien;

von der Deutschen Demokratischen Republik — der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. L. Bolz;

von der Volksrepublik Polen — der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, A. Rapacki;

von der Rumänischen Volksrepublik — der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, A. Bunaciu;

von der Tschechoslowakischen Republik — der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, V. David;

von der Ungarischen Volksrepublik — der Erste Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, J. Peter;

von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken — der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, A. A. Gromyko.

Auf der Konferenz fand im Zusammenhang mit den bevorstehenden Genfer Verhandlungen zwischen Staaten des Ostens und des Westens über Fragen, die Deutschland betreffen, einschließlich des Friedensvertrages und der Berlinfrage, ein Meinungsaustausch statt.

Die Konferenz zeigte die völlige Uebereinstimmung der Einschätzung der gegenwärtigen internationalen Lage und des Herangehens an die Lösung herangereifter Fragen im Interesse der Festigung des Friedens und der Gewährleistung der Sicherheit der Völker.

Die Konferenz stellt fest, daß sich im Ergebnis der auf die Einstellung des kalten Krieges und die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung gerichteten Anstrengungen der friedliebenden Staaten die Perspektiven für die Minderung der internationalen Spannungen merklich verbessert haben.

Die Konferenzteilnehmer stellen mit Genugtuung fest, daß gegenwärtig im Ergebnis der Verhandlungen mit den Westmächten eine Uebereinkunft über die Einberufung einer Außenministerkonferenz und einer Gipfelkonferenz erzielt worden ist. Die Völker erwarten von diesen Konferenzen solche Entscheidungen zu herangereiften internationalen Fragen, die die Atmosphäre in den Beziehungen zwischen den Staaten grundlegend verbessern und die so notwendige Wende zur Schaffung von Bedingungen für ein friedliches und ruhiges Leben der Völker in der Entwicklung der internationalen Lage gewährleisten wird.

Die Konferenzteilnehmer geben ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß die Annahme gemeinsamer Beschlüsse auf der Genfer Konferenz der Außenminister zu den beiden dringendsten und wichtigsten Fragen der Gegenwart — dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Beseitigung des Besatzungsregimes in Westberlin — den Frieden in Europa auf eine feste Grundlage stellen wird.

Das Fehlen eines Friedensvertrages mit Deutschland wird von den friedensfeindlichen Kräften zur Wiedererrichtung des deutschen Militarismus, für das offene Erheben revanchistischer Forderungen und zur Umwandlung Westdeutschlands in den wichtigsten Atom- und Raketenstützpunkt der NATO ausgenutzt. Die Aufrechterhaltung der Reste des Besatzungsregimes in Westberlin schafft dort einen ständigen Spannungs- und Konfliktherd. Das weitere Aufschieben einer Friedensregelung mit Deutschland sowie der Lösung der Berlinfrage kann die Kriegsgefahr in Europa nur verstärken.

Die an der Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten teilnehmenden Staaten billigen und unterstützen einmütig die Vorschläge der Sowjetunion zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und zur Beseitigung des Besatzungsregimes in Westberlin.

Der sowjetische Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland sieht zuverlässige Garantien für die Sicherheit der europäischen Völker vor und gewährleistet die volle Wiederherstellung der Souveränität des deutschen Volkes und die Schaffung der für eine friedliche, demokratische Entwicklung Deutschlands notwendigen Bedingungen. Eine Friedensregelung mit Deutschland wäre ein wichtiger Schritt vorwärts zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage. Der Friedensvertrag würde beiden deutschen Staaten gleiche Verpflichtungen auferlegen und ihnen gleiche Rechte geben, was eine gute Grundlage für eine Annäherung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik schaffen würde. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland würde dem Besatzungsregime in Westberlin ein Ende bereiten.

Die auf der Konferenz vertretenen Staaten sind der Meinung, daß es unter den gegenwärtigen Bedingungen die annehmbare Lösung der Berlinfrage wäre, Westberlin den Status einer Freien Stadt zu gewähren, deren Sicherheit und ihre ungehinderten Verbindungen mit der Außenwelt von den Großmächten unter Mitwirkung der Organisation der Vereinten Nationen garantiert werden würde. Sie gehen davon aus, daß — wenn alle interessierten Staaten es wünschen — die Möglichkeit besteht, eine Uebereinstimmung über wirksame Garantien zu treffen, die die Entwicklung der Freien Stadt Westberlin als unabhängige politische Einheit gewährleistet, in deren Angelegenheiten sich kein Staat einmischen würde.

Die Konferenzteilnehmer stellen fest, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu den auf die Regelung der Berlinfrage gerichteten Anstrengungen einen großen Beitrag geleistet hat. Sie begrüßen die Bereitschaft der DDR, den Status einer Freien Stadt Westberlin in vollem Umfang zu respektieren und an Garantien für ihre Sicherheit teilzunehmen.

Es ist bemerkenswert, daß in der letzten Zeit die Regierungen der USA, der Deutschen Bundesrepublik, Italiens und einiger anderer Mitgliedstaaten der NATO in aller

Eile Maßnahmen zur Errichtung amerikanischer Raketen- und Atomstützpunkte auf den Territorien der europäischen NATO-Staaten treffen.

Man muß besonders darauf aufmerksam machen, auf welchen gefährlichen Kurs sich die Regierung der Deutschen Bundesrepublik in dieser Hinsicht begibt, die gegenwärtig die Maßnahmen zur Ausrüstung der westdeutschen Armee mit Kern- und Raketenwaffen zu forcieren beginnt. Gleichzeitig mit der Durchführung dieser Maßnahmen wendet sich die Regierung der Deutschen Bundesrepublik auch gegen alle Maßnahmen, die zur Minderung der internationalen Spannungen und zur Lösung der Abrüstungsfrage führen, wie auch gegen den polnischen Vorschlag zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa. Die Errichtung von Militärstützpunkten und Depots der Bundeswehr auf dem Territorium der westeuropäischen Länder stellt eine ernste Gefahr für die Sicherheit dieser Länder dar.

Nach all dem zu urteilen, bestehen Bestrebungen, die bevorstehende Konferenz der Vertreter von Ost und West in Genf vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Die Teilnehmerstaaten der Konferenz verurteilen einmütig eine solche auf die Komplizierung der Lage und die Fortsetzung der bankrotten „Politik der Stärke" gerichtete Politik. Die Mitgliedstaaten der NATO, die so handeln, erweisen der Sache des Friedens im allgemeinen und der Schaffung einer günstigen Atmosphäre für die bevorstehenden internationalen Verhandlungen in Genf im besonderen einen schlechten Dienst.

Es versteht sich von selbst, daß die Regierungen dieser Länder eine große Verantwortung für diese Handlungsweise und diese Politik auf sich nehmen.

Die Minister für Auswärtige Angelegenheiten sind der Auffassung, daß Versuche, die Erörterung der dringenden Fragen einer Friedensregelung mit Deutschland und der Westberlinfrage mit solchen Problemen zu verknüpfen wie der Vereinigung Deutschlands, nicht zu einem erfolgreichen Verlauf der Genfer Konferenz beitragen können. Gegenwärtig, da auf den Territorien Deutschlands zwei selbständige deutsche Staaten bestehen, ist die Wiedervereinigung Deutschlands ein innerdeutsches Problem, das nur von den Deutschen selbst durch die Annäherung und Verständigung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik ohne jegliche Einmischung von außen gelöst werden kann. Den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Regelung der Berlinfrage kann man auch nicht von der Lösung des Problems der europäischen Sicherheit abhängig machen. Jede einzelne dieser Fragen ist an sich schon kompliziert, und der, der sie zu einem Paket zusammenfaßt, ist offen bestrebt, die Annahme gemeinsamer Beschlüsse sowohl über einen Friedensvertrag mit Deutschland als auch zur Westberlinfrage sowie über Fragen der europäischen Sicherheit zu erschweren.

Die Konferenzteilnehmer sind davon überzeugt, daß für die erfolgreiche Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland eine aktive Mitwirkung von Vertretern der Staaten, gegen die sich die Aggression Hitler-Deutschlands richtete, erforderlich ist. Die Konferenzteilnehmer sind der Meinung, daß Polen und der Tschechoslowakei, die die ersten Opfer der Hitler-Aggression waren und mit ihren Kräften einen bedeutenden Beitrag zur Zerschlagung des gemeinsamen Feindes geleistet haben, die volle Teilnahme an der Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten in Genf und an der Gipfelkonferenz als Nachbarstaaten Deutschlands gewährleistet werden muß.

Die auf der Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten vertretenen Staaten sind der Meinung, daß die Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik das Recht haben, den ihnen gebührenden Platz am Verhandlungstisch der Genfer Konferenz einzunehmen.

Die Konferenzteilnehmer geben der Hoffnung Ausdruck, daß alle Staaten, die auf der Genfer Konferenz vertreten sein werden, alle Anstrengungen für einen erfolgreichen

Verlauf der Konferenz machen werden. Sie erklären ihrerseits, daß ihre Regierungen bereit sind, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um den Erfolg dieser Verhandlungen zu gewährleisten. Sie rufen die Regierungen der Großmächte und aller europäischen Staaten auf, nichts zu unternehmen, was zur Verschärfung der Lage in Europa führen und die sich abzeichnenden Perspektiven für eine Lösung der strittigen Fragen durch Verhandlungen zwischen Ost und West verschlechtern könnte.

Die Regierungen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Volksrepublik China, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der Tschechoslowakischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden den Kampf um den Frieden in der ganzen Welt unentwegt in der Ueberzeugung fortsetzen, daß sie in diesem Kampf die Unterstützung der Völker der ganzen Welt, die gegen die Gefahr eines neuen Krieges auftreten, haben. Sie sind überzeugt, daß gegenwärtig Voraussetzungen für die Verhinderung eines Krieges und die Sicherung eines dauerhaften Friedens in der Welt gegeben sind.

Quelle: *Neues Deutschland,* Nr. 117, 29. April 1959.

Abschlußkommuniqué der Tagung der Außenminister der drei Westmächte und der Bundesrepublik Deutschland in Paris am 29. und 30. April 1959

Die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika haben in Paris ihre Tagung abgeschlossen, um ihre Haltung in Uebereinstimmung zu bringen, auf deren Grundlage sie auf der bevorstehenden Konferenz in Genf verhandeln wollen.

Grundlage ihrer Besprechungen waren die Berichte der Arbeitsgruppe, die auf ihren Sitzungen in London die verschiedenen Seiten dieser Probleme geprüft hatte.

Die Außenminister bekräftigten ihre Entschlossenheit, der sie auf ihrer Dezember-Sitzung in Paris Ausdruck gegeben hatten und die sie in ihrer kürzlichen Begegnung in Washington wiederholt hatten, die Freiheit der West-Berliner Bevölkerung und die dortigen Rechte und Verpflichtungen der alliierten Mächte aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig bestätigten sie erneut die Bereitschaft, Verhandlungen mit der Sowjetunion aufzunehmen mit dem Ziel, einen gerechten und dauerhaften Frieden in Europa zu schaffen.

Zu diesem Zweck haben die Minister vollständige Uebereinstimmung über ihre in Genf einzunehmende Haltung erzielt.

Die Ergebnisse der gerade abgeschlossenen Tagung werden mit dem Nordatlantikrat besprochen werden, und Vorkehrungen werden getroffen werden, um während der Genfer Konferenz mit dem Rat in Verbindung zu bleiben.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung,* Nr. 81, 5. Mai 1959.

Erklärung des Rates der NATO vom 7. Mai 1959

Der Rat erörterte am 6. Mai die kürzlich an einige Regierungen der NATO gerichteten Sowjetnoten; in diesen Noten war erklärt worden, daß die laufenden Programme der NATO-Staaten für die Einführung moderner Waffen ein Versuch seien, von vornherein die Verhandlungen zu torpedieren, die am 11. Mai in Genf beginnen werden. Die gleichen Anschuldigungen finden sich in dem Kommuniqué, das nach der Konferenz der Warschauer Paktstaaten vom 28. April herausgegeben worden war.

Am Vorabend der Genfer Konferenz scheinen die sowjetischen Machthaber die westlichen Absichten hinsichtlich der weiteren, normalen Durchführung ihrer Programme

für die Modernisierung der NATO-Streitkräfte zu mißdeuten. Der Rat hat im Benehmen mit den militärischen NATO-Stellen die Fortschritte in der Ausrüstung und Ausbildung der Streitkräfte der Allianz mit modernen Waffen geprüft, einschließlich der bereits abgeschlossenen oder noch in Verhandlung befindlichen Abmachungen zwischen einigen NATO-Staaten über die notwendige Ausbildung von Personal und über den Austausch von Informationen auf diesem Gebiet.

Der Rat stellte fest, daß dieses Programm zur Verbesserung der NATO-Verteidigung die Folge seit langem festliegender NATO-Politik ist, welche sich aus gemeinsamen Entscheidungen der NATO-Staaten ergab. Gewisse Aspekte dieser Programme machen jetzt die parlamentarische Zustimmung in einigen Mitgliedstaaten erforderlich. Diese Programme sind seit mehr als zwei Jahren in Durchführung begriffen, wie es sich aus der Erklärung ergibt, die nach der Tagung der Regierungschefs vom Dezember 1957 herausgegeben wurde und in der die bereits früher getroffene Entscheidung bestätigt wurde, die NATO-Streitkräfte mit modernen Waffen auszurüsten. Diese Tatsachen lassen alle Behauptungen gegenstandslos werden, daß diese Maßnahmen, welche keinen aggressiven Zwecken dienen, dazu bestimmt wären, wie es in den sowjetischen Noten unterstellt wird, den Erfolg der bevorstehenden Konferenz in Genf zu präjudizieren.

Der Rat war sich darin einig, daß die in seinen Kommuniqués vom Mai und Dezember 1957 zum Ausdruck gebrachten Auffassungen noch heute gültig sind. Am 19. Dezember 1957 stellten die Regierungschefs der NATO-Länder fest:

„Die sowjetischen Führer haben, als sie ein allgemeines Abrüstungsabkommen verhinderten, deutlich gesagt, daß die modernsten und tödlichsten Waffen, darunter Flugkörper aller Art, bei den sowjetischen Streitkräften eingeführt werden. Nach sowjetischer Auffassung müßten alle europäischen Nationen, mit Ausnahme der UdSSR, ohne auf eine allgemeine Abrüstung zu warten, auf Atomwaffen und Flugkörper verzichten und sich mit konventionellen Waffen begnügen.

Solange die Sowjetunion bei dieser Haltung beharrt, haben wir keine andere Möglichkeit, als wachsam zu bleiben und auf unsere Verteidigung bedacht zu sein. Wir sind daher entschlossen, der militärischen Verteidigungsstärke der NATO die wirksame Form zu geben und dabei den jüngsten Entwicklungen auf dem Gebiet der Waffentechnik Rechnung zu tragen."

Der Rat betont insbesondere nochmals nachstehende Erklärung, die in dem Kommuniqué vom 3. Mai 1957 enthalten war:

„Bis zum Abschluß eines annehmbaren Abrüstungsabkommens kann keine Macht der Allianz den Besitz der zu ihrer Verteidigung erforderlichen modernen Waffen verbieten wollen. Wenn jedoch die Befürchtungen der Sowjetunion echt sind, könnten sie leicht zerstreut werden. Sie brauchte nur eine allgemeine Abrüstungsvereinbarung mit wirksamen Kontroll- und Inspektionsmaßnahmen im Rahmen der von den Westmächten mehrmals unterbreiteten und wiederholten Vorschläge, die eine der wichtigsten Grundlagen ihrer Politik bleiben, zu akzeptieren."

Schließlich erinnert der Rat an folgende, im Kommuniqué der Regierungschefs enthaltene Erklärung:

„Wir sind ferner bereit, jeden Vorschlag aus jeder Quelle für eine allgemeine oder teilweise Abrüstung zu prüfen, ferner jeden Vorschlag, der zu einem Abkommen über die kontrollierte Begrenzung der Rüstung auf allen Gebieten führen könnte."

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 84, 12. Mai 1959.

Note der Vereinigten Staaten an die Sowjetunion vom 8. Mai 1959

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erweist dem Außenministerium der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken ihre Hochachtung und gibt sich unter Bezugnahme auf die Note des Ministeriums Nummer 26/OSA vom 21. April die Ehre, auf Anweisungen ihrer Regierung folgendes zu erklären:

Die sowjetische Regierung hat in ihrer Note unter Zitierung ausgewählter Presseberichte bestimmte Bestandteile der seit langem bestehenden Verteidigungsprogramme der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten in einer irreführenden Art dargestellt. Sie legte ihre Version der jüngsten Entwicklungen bei diesen Programmen in einer Form dar, als wenn diese sich in irgendeiner Weise mit der Art von einseitigen Maßnahmen vergleichen lassen, wie sie in Zusammenhang mit der Note der Vereinigten Staaten vom 26. März hinsichtlich der sowjetischen Drohung erwähnt wurden, die Verantwortlichkeit für Berlin und den Zugang nach Berlin abzugeben und einen separaten Friedensvertrag mit der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik zu unterzeichnen. Die sowjetische Regierung hat auf dieser Basis behauptet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten versucht, den Erfolg der bevorstehenden Verhandlungen in Frage zu stellen, die am 11. Mai in Genf beginnen.

Um die in der Note der sowjetischen Regierung enthaltenen Entstellungen zu berichtigen, wünscht die Regierung der Vereinigten Staaten die Aufmerksamkeit der sowjetischen Regierung auf das vom Nordatlantikrat am 7. Mai 1959 herausgegebene Pressekommuniqué zu lenken, das die Tatsachen in bezug auf die Art der Verteidigungsprogramme der Nordatlantikpaktorganisation klarstellt, deren Mitglied die Vereinigten Staaten sind.

In diesem Pressekommuniqué weist der Rat darauf hin, daß diese Programme zur Verbesserung der Verteidigung der NATO die Folge einer seit langem bestehenden Politik der NATO sind, die in gemeinsamen Beschlüssen der NATO-Länder festgelegt wurde. Bestimmte Aspekte dieser Programme müssen jetzt in einigen Mitgliedstaaten durch die Parlamente gebilligt werden. Ihre Verwirklichung ist seit über zwei Jahren im Gange, wie dies die nach der Konferenz der Regierungschefs im Dezember 1957 herausgegebene Erklärung zeigt, in der die bereits früher getroffene Entscheidung erneut bekräftigt wird, die NATO-Streitkräfte mit modernen Waffen auszurüsten. Damit wird jede Vermutung entkräftet, daß diese Maßnahmen, denen keine aggressiven Absichten zugrunde liegen, dazu bestimmt sind, wie dies in den sowjetischen Noten behauptet wird, den Erfolg der bevorstehenden Genfer Konferenz von vornherein in Frage zu stellen.

Der Rat erklärte weiter, daß die in seinen Kommuniqués vom Mai und vom Dezember 1957 zum Ausdruck gebrachten Erwägungen auch heute noch gültig sind, wobei er im besonderen auf die Erklärung der NATO-Regierungschefs vom 19. Dezember 1957 Bezug nahm, in der darauf hingewiesen wird, daß „die sowjetischen Führer, die ein allgemeines Abrüstungsabkommen verhindern, eindeutig erklärt haben, daß die modernsten Waffen mit der größten Vernichtungskraft — einschließlich Raketen aller Art — gegenwärtig in den sowjetischen Streitkräften eingeführt werden. Nach sowjetischer Ansicht sollten alle europäischen Nationen mit Ausnahme der Sowjetunion, ohne auf eine allgemeine Abrüstung zu warten, auf Atomwaffen und Raketen verzichten und sich auf Waffen des Voratomzeitalters verlassen."

Die jüngsten Erklärungen sowjetischer Führer, vor allem von Marschall Malinowski am 9. Februar 1959, zeigen eindeutig, daß die sowjetische Regierung auch weiterhin auf dieser Haltung beharrt.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat den Hinweis in der Note der sowjetischen Regierung auf die Hoffnungen zur Kenntnis genommen, die überall in der Welt auf die am 11. Mai beginnende Außenministerkonferenz wie auch auf die Erklärung der sowjetischen Regierung gesetzt werden, daß sie zu denen gehört, die aufrichtig wünschen, daß diese Konferenz den Weg zu vernünftigen Beziehungen und einer vernünftigen Zusammenarbeit zwischen den Regierungen öffnet. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist der Ansicht, wie sie dies in ihrer Note vom 26. März erklärt hat, daß die Konferenz der Außenminister positive Abkommen erreichen sollte, die

sich über ein möglichst weites Gebiet erstrecken und in jedem Falle die Differenzen zwischen den beiderseitigen Standpunkten verkleinern sollten. Die Vereinigten Staaten gehen zu den bevorstehenden Verhandlungen nach Genf mit einem aufrichtigen Bestreben, alle Anstrengungen zu unternehmen, um diese zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Sie erwarten von der Sowjetunion, daß sie entsprechend den zahlreichen Beteuerungen eines solchen Wunsches von sowjetischer Seite die gleiche Haltung zeigen wird.

Quelle: *Amerika-Dienst* (Kabel-Dienst) vom 11. Mai 1959.

Note der Bundesrepublik Deutschland an die Sowjetunion vom 9. Mai 1959

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bestätigt die Note der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 21. April 1959 und beehrt sich, der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, daß die sowjetische Regierung in ihrer Note aus der Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an der gemeinsamen Verteidigung der Bündnispartner des Nordatlantikpaktes Schlußfolgerungen hinsichtlich der politischen Ziele und Absichten der Bundesregierung gezogen hat, die ungerechtfertigt sind.

Die Bundesregierung weist hierzu im einzelnen auf folgendes hin:

1. In Uebereinstimmung mit dem Willen des deutschen Volkes hat sich die Bundesregierung in ihrer Politik stets von den Grundsätzen der Satzung der Vereinten Nationen leiten lassen. Aus diesem Grunde setzt sich die Bundesregierung auch mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften für die friedliche Beilegung aller internationalen Streitfälle und für die Errichtung einer gerechten Friedensordnung in der Welt und insbesondere in Europa ein. In Uebereinstimmung hiermit strebt die Bundesregierung ebenfalls die Lösung der Schicksalsfrage des deutschen Volkes, seine Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit, auf der Grundlage des gleichfalls von der Sowjetunion anerkannten Selbstbestimmungsrechts der Völker und im Wege von Verhandlungen an. Im Hinblick darauf, daß der Sowjetunion diese friedlichen Zielsetzungen der Bundesregierung seit langem bekannt sind, kann die Behauptung der sowjetischen Regierung, daß die Bundesregierung eine aktive Kriegspolitik treibe und damit zur Verschärfung der Spannungen in Europa beitrage, nur als eine Verdrehung der Tatsachen angesehen werden.

2. Die Bundesregierung muß daran erinnern, daß die Sowjetunion einseitig in dem von ihr besetzten Gebiet Deutschlands schon zu einem Zeitpunkt starke militärische Verbände hat aufstellen lassen, als in der Bundesrepublik noch keinerlei Maßnahmen auf dem Gebiet der Selbstverteidigung geplant oder eingeleitet worden waren. Im Hinblick hierauf hat die Bundesregierung kein Verständnis dafür, daß die sowjetische Regierung zwar die Verteidigungsmaßnahmen in der Bundesrepublik, nicht aber die lange vorher erfolgte Aufstellung militärischer Verbände in ihrer Besatzungszone als rechtswidrig im Sinne der deutschen Kapitulation von 1945 und „der von den alliierten Mächten ausgearbeiteten und von deutschen Vertretern angenommenen Bedingungen" ansieht. Der Bundesregierung sind im übrigen außer den in der militärischen Kapitulationsurkunde vom 8. Mai 1945 enthaltenen Bedingungen keine Bestimmungen bekannt, die damals von deutscher Seite angenommen worden wären. Nach Auffassung der Bundesregierung entbehrt deshalb die drohende Haltung, die die sowjetische Regierung in ihrer Note vom 21. April 1959 der Bundesregierung gegenüber einnimmt, der Berechtigung.

3. Der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist die Haltung der Bundesregierung zur Frage der atomaren Aufrüstung wohl bekannt. Gegenüber den Unterstellungen der Note der sowjetischen Regierung vom 21. April 1959 weist

die Bundesregierung nochmals mit aller Entschiedenheit auf die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 25. März 1958 sowie auf die wiederholten Erklärungen des Bundeskanzlers, unter anderem in einem Schreiben an den Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Bundesrepublik vom 28. April 1957, hin.

Die Bundesregierung hält in voller Uebereinstimmung mit dem Deutschen Bundestag die allgemeine, kontrollierte Abrüstung auf nuklearem und konventionellem Gebiet zur Sicherung des Friedens für unerläßlich. Die Bundesregierung wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Abschluß derartiger Abkommen mit allem Nachdruck unterstützen.

Angesichts des großen militärischen Potentials, das die Sowjetunion auf ihrem Territorium und in unmittelbarer Nähe des Gebiets der Bundesrepublik Deutschland unterhält, hat sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Interesse des Schutzes ihrer Bevölkerung und auf Grund des allen Völkern in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen zugebilligten Rechts der individuellen und kollektiven Selbstverteidigung gezwungen gesehen, bis zum Zustandekommen eines allgemeinen Abrüstungsabkommens die erforderlichen Verteidigungsmaßnahmen im Rahmen der nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft in die Wege zu leiten. Hierzu gehört, wie der Sowjetregierung zumindest seit der Entschließung der im Rat der NATO vereinten Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Nordatlantikpaktes vom Dezember 1957 bekannt ist, die Ausrüstung der NATO-Streitkräfte mit ähnlichen oder gleichartigen Waffen, wie sie die Sowjetstreitkräfte schon seit langem besitzen. Es versteht sich von selbst, daß die Streitkräfte, die mit solchen Waffen ausgerüstet werden, auch die notwendigen Informationen und eine entsprechende Ausbildung erhalten müssen.

Die Bundesregierung erinnert bei dieser Gelegenheit daran, daß die deutschen NATO-Streitkräfte bekanntlich Atomsprengköpfe nicht besitzen und daß auch nicht die Absicht besteht, ihnen den Besitz daran zu übertragen.

Die Bundesregierung erklärt erneut, daß sie keine aggressiven Absichten gegen die Sowjetunion oder ein anderes Land in der Welt hat. Wenn die Sowjetregierung in ihrer Note darauf hinweist, daß das sowjetische Volk alles Notwendige besitze, um seine friedliche Arbeit zuverlässig zu schützen, so muß sie der Bundesregierung das Recht zubilligen, auch ihrerseits die notwendigen Schritte zum zuverlässigen Schutz der friedlichen Arbeit des deutschen Volkes zu unternehmen.

Außerdem hat die Bundesregierung sich im Rahmen der Westeuropäischen Union einer internationalen Rüstungskontrolle unterworfen und als einzige Regierung in der Welt auf die Herstellung atomarer, biologischer und chemischer Waffen ausdrücklich durch völkerrechtlichen Vertrag verzichtet. Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, eine Berichtigung oder Aufhebung dieser feierlichen Verpflichtungen anzustreben.

4. Gegenüber dem ungerechtfertigten sowjetischen Vorwurf, daß die Bundesregierung die Ergebnisse der bevorstehenden Außenministerkonferenz der vier Mächte durch eine angeblich beschleunigte Durchführung ihrer Verteidigungsmaßnahmen einseitig zu präjudizieren beabsichtige, verweist die Bundesregierung auf die Erklärung des NATO-Rats vom 7. Mai 1959. Die Bundesregierung stellt mit allem Nachdruck fest, daß sie im Rahmen der Stellung, die ihr in den Noten der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten vom 26. März 1959 zugedacht ist, ihren vollen Beitrag zur Lösung der auf dieser Konferenz anstehenden Fragen leisten wird. Die Bundesregierung sieht den bevorstehenden Verhandlungen der vier Mächte in der Erwartung entgegen, daß sie endlich eine gerechte Lösung der Deutschland betreffenden Fragen bringen werden. Sie ist an einem erfolgreichen Ausgang der Verhandlungen vital interessiert und bekundet dieses Interesse durch die Entsendung eigener Berater.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung,* Nr. 84, 12. Mai 1959.

Die sowjetischen Bemühungen um die Bildung einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan

Redaktionelle Vorbemerkung

Seitdem sie sich im Februar 1958 offiziell hinter die polnischen Vorschläge zur Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa gestellt hatte[1], ist die Sowjetregierung bemüht, durch vertragliche Abmachungen rings um die Grenzen ihres Machtbereichs ein Glacis zu schaffen, aus dem die atomaren Vergeltungswaffen des Westens verbannt sein sollen. Neben den Vorschlägen für den mitteleuropäischen Bereich hat sie — teils mit diplomatischen Schritten, teils durch vorerst unverbindliche Erklärungen — die Errichtung atomwaffenfreier Zonen für Skandinavien und den Ostseeraum[2], für den Balkan- und Adriaraum, für den Mittleren Osten[3] sowie für Ostasien und den Pazifik[4] gefordert. Fast immer waren die sowjetischen Vorschläge von der Drohung begleitet, Länder, welche die Errichtung von Atom- und Raketenstützpunkten auf ihrem Gebiet gestatten, im Kriegsfalle mit einem sofortigen Atomschlag zu vernichten[5].

Die neueste sowjetische „Friedensoffensive" auf dem Balkan nahm das italienisch-amerikanische Abkommen über die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Italien zum Anlaß. Der Abschluß dieses Abkommens war von der italienischen Regierung am 30. März 1959 bekanntgegeben worden; am 16. April hatte der italienische Senat die diesbezügliche Politik der Regierung gebilligt. Als erster Ostblockstaat protestierte am 16. April Bulgarien mit einer autorisierten Erklärung der Bulgarischen Telegraphenagentur. Am 28. April folgte die Sowjetunion mit einer Note, in der sie erklärte, die italienische Regierung habe „eine sehr schwere Verantwortung für die Folgen dieses Schrittes übernommen".[6] Es folgten eine albanische Protestnote am 2. Mai und eine rumänische Protestnote am 16. Mai. Auch die jugoslawische Regierung richtete am 5. Mai eine Botschaft an die italienische Regierung, in der sie erklärte, daß die Errichtung von Raketenstützpunkten im benachbarten Italien die Sicherheit Jugoslawiens gefährden könnte. Am 10. Mai beantwortete die italienische Regierung den sowjetischen Protest mit einer Note, in der sie sich ausländische Einmischung in Vertei-

---

[1]) Vgl. die Erklärung der Sowjetregierung vom 19. Februar 1958, Wortlaut in Europa-Archiv 5—6/1958, S. 10 603. Weitere Dokumente zum Rapacki-Plan in Europa-Archiv 2/1958, S. 10 482 ff., und 9—10/1959, S. D 206.

[2]) Rede *Chruschtschows* in Riga am 11. Juni 1959 anläßlich des Besuchs einer Regierungsdelegation der DDR, Wortlaut in: *Neues Deutschland*, Nr. 159, 12. Juni 1959. Vgl. hierzu auch die Vorschläge der Regierung der DDR vom 2. September 1957 für eine Neutralisierung des Ostseeraums, Wortlaut in: Europa-Archiv 23—24/1957, S. 10 373.

[3]) Memorandum der Sowjetregierung an die iranische Regierung vom 28. Dezember 1958, Wortlaut in: *Prawda*, Nr. 17, 17. Januar 1959.

[4]) Erklärung der *TASS* vom 6. April 1959 zur bevorstehenden Ratstagung der SEATO in Wellington, Wortlaut in: *Prawda*, Nr. 97, 7. April 1959; Note der Sowjetregierung an die japanische Regierung vom 4. Mai 1959, Wortlaut in: *Prawda*, Nr. 126, 6. Mai 1959 (Französisch in: *La Documentation Française*, Articles et Documents, Nr. 0.799, 16. Mai 1959).

[5]) Entsprechende Stellen enthielten bereits die Schreiben, mit denen Ministerpräsident *Bulganin* im März 1957 die Ministerpräsidenten Norwegens und Dänemarks vor der Errichtung von NATO-Stützpunkten in ihren Ländern warnte. Für die häufig wiederholten Drohungen gegen die Bundesrepublik Deutschland vgl. beispielsweise die sowjetische Note vom 21. April 1959, Wortlaut in Europa-Archiv 9—10/1959, S. D 203. Aehnliche Drohungen enthalten die in den Anmerkungen 3 und 4 genannten Dokumente sowie einige der den Balkan betreffenden Texte.

[6]) Wortlaut in: *Prawda*, Nr. 119, 29. April 1959 (Italienisch in: *Relazioni Internazionali*, Nr. 19, 9. Mai 1959, S. 776).

digungsangelegenheiten Italiens verbat[7]. Nachdem Ministerpräsident *Chruschtschow* während seines Besuchs in Albanien (s. unten) mehrfach den italienischen Beschluß scharf angegriffen hatte, erneuerte die Sowjetregierung ihren Protest am 10. Juni (Wortlaut der Note auf S D 243), wobei sie ihren Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan erstmals offiziell vorbrachte. Die italienische Regierung wies auch diesen Protest mit einer Note vom 4. Juli zurück. (Wortlaut auf S. D 246.)

Aehnliche Angriffe richtete die Sowjetregierung gegen die Türkei und Griechenland. Die Türkei wurde am 28. April in einer Verbalnote unter Hinweis auf die unausbleiblichen sowjetischen Gegenmaßnahmen vor einer Zustimmung zur Errichtung von Raketenbasen auf ihrem Gebiet gewarnt. Die gleiche Warnung erging am 13. Mai in einem Memorandum an Griechenland[8]. Die bulgarische Regierung benutzte am 20. Mai die Gelegenheit ihrer Antwort auf eine griechische Note betr. die griechischen Reparationsforderungen an Bulgarien, um sich dem Protest gegen Griechenland anzuschließen. Die rumänische Regierung erhob die gleichen Beschuldigungen gegen Griechenland, als sie am 5. Juni ihren Vorschlag aus dem Jahre 1957 für die Einberufung einer Konferenz der Regierungschefs der Balkanstaaten (s. unten) wiederholte. Die griechische Regierung wies den bulgarischen Protest am 3. Juni, den sowjetischen am 5. Juni und den rumänischen am 10. Juni zurück.

Der sowjetische Ministerpräsident, Nikita S. *Chruschtschow*, stattete vom 25. Mai bis zum 3. Juni Albanien einen Besuch ab. In mehreren Reden griff Chruschtschow dort die Regierungen Italiens und Griechenlands scharf an; er drohte Gegenschläge mit sowjetischen Raketen aus Albanien und Bulgarien an und brachte seinen Vorschlag vor, den Balkan und Italien zu einer atomwaffenfreien „Friedenszone" zu machen[9].

Zur Unterstützung der sowjetischen Vorschläge veröffentlichte die rumänische Regierung am 5. Juni eine Erklärung, in der sie ihre Einladung zu einer Konferenz der Regierungschefs der Balkanstaaten vom 10. September 1957[10] als ‚nach wie vor aktuell' bezeichnete und einer solchen Konferenz als vordringliche Aufgabe die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone zuwies. (Wortlaut auf S. D 239.) Der rumänische Vorschlag fand sofort die Unterstützung Albaniens und Bulgariens, die ihn schon 1957 unterstützt hatten. Die griechische Regierung erklärte in einer Note an Rumänien vom 10. Juni, sie halte die für die Einberufung einer solchen Konferenz unerläßlichen Voraussetzungen nicht für gegeben[11].

Am 25. Juni gab die Sowjetregierung ihren Vorschlägen für eine atomwaffenfreie Zone auf dem Balkan die Form einer offiziellen Erklärung, die den zehn in erster Linie interessierten Staaten notifiziert wurde: Rumänien, Bulgarien, Albanien, Jugoslawien, der Türkei, Griechenland, Italien und den drei Westmächten. (Wortlaut der Erklärung auf S. D 245.) Bis Mitte Juli haben die meisten der westlichen Adressaten die sowjetischen Vorschläge bereits ablehnend beantwortet. (Vgl. die amerikanische Erklärung vom 11. Juli auf S. D 247.)

Für Jugoslawien hat sich in dieser Auseinandersetzung um die Raketenstützpunkte auf dem Balkan eine Interessengleichheit mit den Ostblockstaaten ergeben. Präsident *Tito* hat in einer Rede in Smederevo am 8. Juni den Vorschlag für eine atomwaffenfreie Zone begrüßt. Dabei hat er jedoch angemerkt, daß er in einer solchen Zone allein noch keine Beseitigung der Kriegsgefahr sehe, und er gab zu verstehen, daß Jugoslawien Raketenbasen sowohl des Westens als auch des Ostens im Balkan-Adria-Raum gleich unangenehm sind. (Vgl. den Auszug aus der Rede Titos auf S. D 241.)

---

7) Wortlaut in: *Relazioni Internazionali*, Nr. 21, 23. Mai 1959, S. 841.

8) Wortlaut in: *Prawda*, Nr. 134, 14. Mai 1959 (Französisch in: *La Documentation Française*, Articles et Documents, Nr. 0.802, 26. Mai 1959).

9) Vgl. u. a. Chruschtschows Rede in Tirana am 26. Mai (*Neues Deutschland*, Nr. 144, 28. Mai 1959). In dem am 30. Mai veröffentlichten Kommuniqué über den Besuch *Chruschtschows* (*Prawda*, Nr. 152, 1. Juni 1959) ist der Vorschlag der atomwaffenfreien Zone ebenfalls enthalten, nicht jedoch die Androhung der Errichtung sowjetischer Raketenbasen in Albanien.

10) Vgl. den Wortlaut des Schreibens von Ministerpräsident *Stoica* vom 10. September 1957 in Europa-Archiv 22/1957, S. 10 323.

11) Wortlaut in: *Relazioni Internazionali*, Nr. 25, 20. Juni 1959, S. 955.

Erklärung der rumänischen Regierung zur Frage der Gewährleistung der Sicherheit auf dem Balkan vom 5. Juni 1959

Die rumänische Regierung, die an der Erhaltung des Friedens auf dem Balkan und an der Entwicklung der multilateralen Zusammenarbeit zwischen den Staaten dieser Region stark interessiert ist, kann nicht die Tatsache übersehen, daß sich in Griechenland, mit dem die Rumänische Volksrepublik gutnachbarliche Beziehungen unterhält, eine militärische Initiative entfaltet, die geeignet ist, den Frieden und die Sicherheit der Balkanvölker zu gefährden. Wie aus Erklärungen griechischer und amerikanischer Staatsmänner hervorgeht, werden in Griechenland neue Flugplätze und andere Einrichtungen für die amerikanischen Streitkräfte gebaut, und es wird der Abschluß eines Abkommens über den Bau von Abschußrampen für Raketen und andere Flugkörper ähnlichen Typs in Griechenland vorbereitet.

Um diese Maßnahmen zu rechtfertigen, benutzen die herrschenden Kreise Griechenlands den Vorwand einer angeblich notwendigen Anpassung der eigenen Streitkräfte an die Erfordernisse des Atomkrieges, wobei sie diese Notwendigkeit mit der angeblichen Existenz von Atomwaffenstützpunkten in den benachbarten sozialistischen Ländern begründen. Es ist bekannt, daß derartige Behauptungen, mit denen die griechische Oeffentlichkeit irregeführt werden soll, nicht den Tatsachen entsprechen und daß sie sowohl von der rumänischen Regierung als auch von den Regierungen der anderen sozialistischen Staaten auf dem Balkan wiederholt zurückgewiesen wurden.

In Wirklichkeit entsteht die Gefahr, welche das griechische Volk ebenso wie alle anderen Völker der Balkan-Region bedroht, allein aus der Tatsache, daß die militärischen Kreise der Vereinigten Staaten das Territorium Griechenlands, ebenso wie die Territorien der Türkei und Italiens, in Atomwaffenstützpunkte verwandeln, um sie für ihre aggressiven Pläne zu benutzen. Die Verwirklichung dieser Pläne, die zu einer Verschärfung der internationalen Spannung führt, bringt Griechenland, dessen Sicherheit von niemandem bedroht wird, auf einen gefährlichen Weg, der im Gegensatz zu den Interessen des Friedens und der Sicherheit aller Balkanstaaten steht. Es war daher verständlich, daß das griechische Volk seine Beunruhigung und seine Feindschaft gegenüber Plänen zum Ausdruck gebracht hat, die darauf abzielen, Griechenland in eine amerikanische Kernwaffen- und Raketenbasis zu verwandeln. Das Vorhandensein derart gefährlicher Einrichtungen auf seinem eigenen Territorium kann dem griechischen Volke kein Gefühl der Sicherheit und des Vertrauens in die Zukunft geben. Es versteht sich von selbst, daß die Errichtung von Abschußrampen für Raketen auf dem Territorium Griechenlands nur zu entsprechenden Gegenmaßnahmen seitens der bedrohten Länder führen kann.

In diesem Augenblick, da sich neue Aussichten auf Frieden und Zusammenarbeit zwischen den Völkern eröffnen, wäre es wünschenswert, daß die herrschenden Kreise Griechenlands davon Abstand nähmen, Initiativen zu ergreifen, die im Widerspruch zu den Bemühungen um die Liquidierung des kalten Krieges und um die Beseitigung der Gefahr eines Atomkrieges stehen.

Die Regierung der Rumänischen Volksrepublik ist der Ansicht, daß die Vorschläge von Ministerpräsident Chruschtschow über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan und im Mittelmeerbecken einen Beitrag zur Stärkung des Friedens darstellen. Die rumänische Regierung würde mit Genugtuung jede Maßnahme der griechischen Regierung begrüßen, die auf die Stärkung des Friedens und auf die Verminderung der internationalen Spannung gerichtet ist. Um dies zu erreichen, ist es selbstverständlich notwendig, auf die Errichtung von Abschußrampen für Raketen in Griechenland zu verzichten. Nach Ansicht der rumänischen Regierung führt der Weg

zur Sicherung des Friedens zwischen den Völkern der Balkan-Region über die Verständigung, die Freundschaft und die allseitige Zusammenarbeit.

In seiner Botschaft vom 10. September 1957 hat der Vorsitzende des Ministerrats der Rumänischen Volksrepublik den Regierungschefs der Balkanstaaten eine Zusammenkunft vorgeschlagen, um zu einem kollektiven Abkommen auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung der teilnehmenden Staaten zu gelangen. In dieser Botschaft wurde unter anderem betont, daß die Verwirklichung einer wirkungsvollen Zusammenarbeit zwischen Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen auf dem Balkan in bedeutendem Maße zur Entwicklung einer ähnlichen Zusammenarbeit im europäischen Rahmen und zur Schaffung eines allgemeinen europäischen Sicherheitssystems beitragen könnte.

Die in dieser Botschaft enthaltenen Vorschläge wurden auch von den Regierungen Albaniens, Bulgariens und Jugoslawiens unterstützt. Die genannten Vorschläge sind von der öffentlichen Meinung Griechenlands mit lebhaftem Interesse aufgenommen worden. Das rumänische Volk hat mit Genugtuung von den Erklärungen verschiedener griechischer Politiker Kenntnis genommen, die forderten, daß Griechenland einer politischen Linie folgen müsse, die geeignet wäre, die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zu den anderen Balkanstaaten zu fördern.

Die rumänische Regierung ist der Ansicht, daß in Anbetracht der Entwicklung der internationalen Lage diese Vorschläge von 1957 ihre Aktualität behalten haben und daß sie den besten Weg zur Gewährleistung des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Balkan-Region darstellen. Das Vorhandensein verschiedener Ansichten über einige ungelöste Probleme im Bereich der gegenseitigen Beziehungen sollte einen starken Anreiz zugunsten einer Zusammenkunft wie der oben vorgeschlagenen darstellen. Die rumänische Regierung ist der Ansicht, daß die Gefahr eines allgemeinen Atomkrieges wesentlich vermindert und der Friede und die Sicherheit der Balkanvölker wirkungsvoll geschützt werden könnten durch gemeinsame Bemühungen aller Staaten der Region, alle mit Kernwaffen und mit Raketenrampen ausgerüsteten ausländischen Streitkräfte aus der Region zu entfernen.

Im Rahmen einer Konferenz der Regierungschefs der Balkanstaaten könnten die Probleme erörtert werden, die sich auf die allseitige Zusammenarbeit und die Entwicklung von gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den Balkanstaaten beziehen. Durch ein entsprechendes Abkommen sollten die Balkanstaaten sich verpflichten, alle Streitigkeiten auf friedlichem Wege zu lösen, nicht zur Aggression oder zur Aggressionsdrohung zu schreiten und weder die Einrichtung von Kernwaffenlagern noch die Stationierung von mit Kernwaffen ausgerüsteten Streitkräften oder die Errichtung von Raketenrampen zuzulassen.

Wenn sie dem Abschluß eines derartigen Abkommens zustimmen, könnten die Regierungen der Balkanstaaten von den Großmächten Garantien für die Achtung der Beschlüsse der Balkanstaaten und insbesondere die Verpflichtung verlangen, daß sie davon Abstand nehmen werden, die Stationierung von mit Kernwaffen ausgerüsteten Einheiten und die Errichtung von Raketenrampen gewaltsam durchzusetzen. Die Zugehörigkeit der Rumänischen Volksrepublik und der anderen sozialistischen Staaten auf dem Balkan zur Organisation des Warschauer Vertrags und die Tatsache, daß Griechenland und die Türkei Mitglieder der NATO sind, sollten den Abschluß eines Vertrags über gute Nachbarschaft und kollektive Sicherheit nicht behindern.

Was die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen einigen Staaten der Balkan-Region angeht, so erfordern die Interessen aller Balkanvölker, einschließlich derjenigen des griechischen Volkes, daß sie mit friedlichen Mitteln gelöst werden. Die rumänische Regierung würde es mit lebhafter Genugtuung begrüßen, wenn die griechische Regierung eine konstruktive Haltung zur Frage der Umwandlung der

Balkan-Region in eine Friedenszone einnehmen würde, die in der besten Weise den Lebensinteressen aller Völker der Region entsprechen und einen entscheidenden Beitrag zur Sache des Friedens und der internationalen Sicherheit leisten würde.

Quelle: *Relazioni Internazionali*, XXIII. Jahrgang, Nr. 25, 20. Juni 1959, S. 955. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Rede von Staatspräsident Tito auf einer Kundgebung in Smederevo am 8. Juni 1959 (Auszug)

... Nun können wir uns nicht von dem Gedanken befreien, wie es möglich ist, daß einerseits diese Zusammenkunft [die Genfer Außenministerkonferenz] und die Verhandlungen zustande gekommen sind, um auf diese Weise eine Art modus vivendi und die Möglichkeit zu einer Verständigung zu finden, während zur gleichen Zeit, da in Genf die Verhandlungen im Gange sind, mit verstärkter Betonung über die Errichtung von Raketenstützpunkten um uns herum gesprochen wird. Gibt es hier eine Logik? Ist es denn logisch, daß über die Verwendung bzw. über das Installieren einer so gefährlichen Kriegswaffe — der gefährlichsten Waffe, die es für die Menschheit geben kann — gesprochen wird? Diese Raketen sollen nämlich mit Atomköpfen versehen werden, und die Atomköpfe bedeuten den Tod für Hunderttausende, ja, für Millionen von Menschen. Obwohl jedoch, wie wir sehen, diese Waffe so gefährlich ist, werden die Vorbereitungen für die Errichtung dieser Raketenstützpunkte zur gleichen Zeit getroffen, zu der auf der anderen Seite darüber verhandelt wird, wie man einen neuen Krieg verhindern könnte, wie man zu einer Verständigung in der Welt gelangen könnte.

Gibt es demnach hier eine Logik? Ich bin der Ansicht, daß es hier gar keine Logik gibt. Nach meiner Ansicht wäre es besser gewesen, daß sich diejenigen, deren Vertreter gegenwärtig in Genf verhandeln, erst darüber besprochen hätten, was unternommen werden könnte, damit diese Verhandlungen unter möglichst günstigen Bedingungen geführt werden können. Nach meiner Meinung wäre es besser gewesen, daß sie sich darüber einig geworden wären, daß man, solange die Verhandlungen in Genf dauern und während darüber gesprochen wird, wie die internationalen Probleme auf eine friedliche Weise gelöst werden könnten, mit jeder Errichtung von Raketenstützpunkten und mit jedem Gespräch darüber aufhören sollte. Mehr brauchte man nicht zu tun. Dies wäre die einzige gute Anfangsgeste in dieser Phase, und die Menschheit würde eine solche Geste nur begrüßen, die den Menschen Vertrauen einflößen und dazu beitragen würde, daß diejenigen, die heute Verhandlungen führen, ernsthaft an die Erörterung verschiedener Probleme herangehen, und zwar auf solche Weise, daß dies keine Propaganda, keine Täuschung des eigenen Volkes und anderer Völker bedeutet, sondern eine ernsthafte Angelegenheit und die Vornahme der ersten ernsthaften Schritte wäre.

Was uns Jugoslawen anbelangt, so waren wir immer gegen alle solchen Raketen- und anderen Stützpunkte. Wir waren immer gegen die Aufrüstung und gegen das Wettrüsten und setzen uns auch heute entschlossen dafür ein, daß jedem Errichten und jedem Ausbau von verschiedenen Raketenstützpunkten ein Ende gesetzt werden sollte. Statt dessen vertreten wir die Ansicht, daß es besser wäre, Annäherungsversuche zu einer Verständigung zu unternehmen, und daß dabei mit den kleineren Problemen angefangen werden sollte, um dann auf die größeren überzugehen. Dies sollten sie nach unserer Ansicht tun, wenn sie wenigstens ein Mindestmaß von Vertrauen aller Menschen in der Welt erlangen wollen.

Die zweite Sache, über die ich Euch etwas sagen wollte, ist das Balkanproblem, das Problem der Beziehungen auf dem Balkan. Es ist interessant, daß in diesem Jahre und namentlich in der letzten Zeit — gerade jetzt, da in Genf Verhandlungen geführt

werden — wieder vom Balkan als von einem Pulverfaß gesprochen wird. Wir dachten, daß dieses Pulverfaß während des Zweiten Weltkriegs explodiert wäre und daß es nicht mehr vorhanden sei. Dieses Pulverfaß mähte auf dem Balkan und insbesondere bei uns in Jugoslawien Millionen Menschen nieder, und wir waren der Meinung, daß wir nie wieder Gelegenheit haben würden, davon sprechen zu hören, daß die Großmächte niemals wieder um den Balkan herumschleichen würden und daß dies überhaupt für unsere Menschen und für die Balkanvölker nie wieder ein Element der Unruhe darstellen würde.

Wir haben wiederholt davon gesprochen, daß es nach unserer Ansicht für Jugoslawien und für die Sicherheit unseres Landes gefährlich sei, wenn zum Beispiel in Italien Raketenstützpunkte ausgebaut und errichtet werden. Denn wir besitzen keine solchen Waffen und Mittel, und wir wünschen auch keine zu besitzen. Wir sind ein friedliches Land, wir sind ein friedliches Volk, das weiß, was ein Krieg bedeutet, und zwar sowohl ein Krieg mit klassischen Waffen — den wir in zwei Weltkriegen zu fühlen und zu spüren bekamen —, als auch was ein Krieg heute bedeuten würde, da die Menschen über moderne, fürchterliche Zerstörungsmittel verfügen, wie es die Atombomben und andere Waffen sind. Wir sind der Ansicht, daß man heute, wenn von der Schaffung sogenannter atomwaffenfreier Zonen die Rede ist, daran denken sollte, daß damit — obwohl dies gut ist — das Problem noch immer nicht gelöst ist und die Gefahr eines neuen Krieges nicht gänzlich abgewendet ist — wenn auch damit in gewissem Sinne doch ein Vakuum gebildet wird, durch das ein neuer Zusammenstoß verhindert werden könnte. Wir betrachten auch solche atomwaffenfreien Zonen als nutzbringend, da Jugoslawien an und für sich gerade eine solche atomwaffenfreie Zone darstellt.

Jugoslawien kann sich jedoch nicht sicher fühlen, solange in anderen Ländern um Jugoslawien herum Atombasen errichtet werden. Wenn erreicht werden könnte — und nach meiner Ansicht besteht dazu die Möglichkeit, und in diesem Sinne sprach auch Chruschtschow dieser Tage in Albanien —, daß auf dem Balkan eine atomwaffenfreie Zone geschaffen wird, so muß bedacht werden, daß sich die atomwaffenfreie Zone nicht nur auf Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien und Albanien beschränken kann. In der atomwaffenfreie Zone müßte sich auch Italien befinden. Denn was würde dies für eine atomwaffenfreie Zone sein, wenn über uns hinweg Raketen mit Atomköpfen fliegen würden? Wir vertreten die Ansicht, daß auch Italien und Griechenland, so wie der ganze Balkan, sich in dieser atomwaffenfreien Zone befinden müßten.

Auf diese Weise würde das Pulverfaß aus dem Balkan entfernt werden, denn die Balkanvölker wissen, daß sie nur im Frieden und in gegenseitiger Duldsamkeit jedes für sich ihr Leben nach bestem Gutdünken und nach den gegebenen Verhältnissen aufbauen können. Wenn alle hier lebenden Völker schon nicht in inniger freundschaftlicher Beziehung miteinander leben können, so sollten sie wenigstens auf staatlicher Ebene zusammenarbeiten und untereinander in Frieden leben.

Entgegen den Einwänden und Vorwürfen, die uns von gewissen Seiten gemacht werden können, daß wir — sagen wir — die Politik der Sowjetunion befolgen, wenn wir sagen, daß die Berliner Frage auf diese oder jene Weise gelöst werden sollte oder daß es notwendig wäre, eine atomwaffenfreie Zone zu schaffen usw., bin ich der Ansicht, daß dies unsere Angelegenheit ist, daß dies unsere Auffassungen sind und daß es nur um so besser ist, wenn diese Auffassungen mit den Auffassungen der Sowjetunion übereinstimmen. Wir sind weder den Ländern des Westens noch irgendeinem anderen Land im mindesten feindlich gesinnt. Wir haben bereits durch eine Reihe von Jahren gezeigt, auf welche Weise die Interessen der einzelnen Länder ohne Rücksicht darauf, ob es sich um sozialistische oder kapitalistische Länder handelt, in Einklang gebracht werden können. Wir haben gezeigt, auf welche Weise die Staaten miteinander zusam-

menarbeiten können, ohne ihre Prinzipien zu opfern. Wir haben in der Praxis bewiesen, daß es eine friedliche, aktive Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedenen Gesellschaftssystemen geben kann....

Quelle: *Internationale Politik* (Belgrad), Heft 221, 16. Juni 1959, S. 11.

Note der Sowjetregierung an die italienische Regierung vom 10. Juni 1959

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR nimmt Bezug auf die Note der Botschaft der Italienischen Republik Nr. 154 vom 10. Mai 1959 und hat die Ehre, im Namen der Sowjetregierung folgendes zu erklären:

Die Sowjetregierung sieht sich gezwungen, nach Kenntnisnahme von der Note, in der die italienische Regierung ihre Absicht zur Errichtung von ausländischen Raketenbasen auf italienischem Gebiet bekräftigte, mit Bedauern festzustellen, daß die italienische Regierung der wohlwollenden Mahnung der Sowjetregierung, die sich dabei von ihrer unveränderlichen Politik der Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker leiten ließ, kein Gehör schenken will. Darüber hinaus bemüht sich die italienische Regierung, wie aus ihrer Note hervorgeht, mit allen Mitteln die gefährliche Politik des Rüstungswettlaufs und der Errichtung ausländischer Raketenstützpunkte auf ihrem Gebiet zu rechtfertigen, ohne zu bedenken, daß diese Handlungen zu einer Verschärfung der Beziehungen zwischen den Staaten führen und die Gefahr des Ausbruchs eines neuen Krieges vergrößern.

Der Beschluß der italienischen Regierung hinsichtlich des Baus ausländischer Raketenbasen hat bekanntlich auch große Beunruhigung in anderen europäischen Staaten hervorgerufen, die es ihrerseits für notwendig hielten, sich bezüglich dieses Schrittes, der voller tödlicher Konsequenzen vor allem für das italienische Volk ist, an die italienische Regierung zu wenden. Die Erklärung der italienischen Regierung, daß der Abschluß eines Abkommens mit den Vereinigten Staaten über den Bau von Raketenbasen ihre eigene Angelegenheit sei, entbehrt jeder Grundlage. Es ist klar, daß die Errichtung von Abschußrampen für Raketen mit einer Reichweite von Tausenden von Kilometern die nationale Sicherheit anderer europäischer Länder gefährdet und darum keinesfalls als innere Angelegenheit Italiens angesehen werden kann.

Die Tatsache, daß die italienische Regierung diese Warnungen der Sowjetunion und der anderen von diesen Stützpunkten bedrohten europäischen Länder nicht beachten will, zeigt, daß die herrschenden Kreise Italiens von neuem den Weg des Militarismus einzuschlagen suchen, ohne zu bedenken, daß dieser Weg in der Vergangenheit dem italienischen Volke nur Unglück und Prüfungen eingebracht hat. Es wäre aber naiv, zu glauben, daß diejenigen, die bereits mit der Aggression Hitlerdeutschlands und seines Verbündeten, des faschistischen Italien, zu tun hatten, gleichgültig in bezug auf ihre Sicherheit bleiben und unbeteiligte Beobachter sein können, wenn heute zusätzlich zur Remilitarisierung Westdeutschlands in Italien ein Arsenal von Raketen mit nuklearen Sprengköpfen vorbereitet wird.

Die Versuche der italienischen Regierung, jede Verantwortung für ihre Handlungen von sich zu weisen, indem sie die Tatsache anführt, daß der Bau der Raketenbasen Teil des Programms der NATO sei, ändert die Situation natürlich nicht, sondern beweist nur den aggressiven Charakter derartiger Maßnahmen. Es ist wohlbekannt, daß die Politik der NATO — dieses geschlossenen Militärblocks — nicht nur unlöslich mit dem „Kalten Krieg“ verbunden ist, sondern auch mit der Vorbereitung eines neuen Krieges, in dem die Verwendung von Massenvernichtungswaffen vorgesehen ist. Darum ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Errichtung von Raketenrampen in Italien

dieses auf einen Weg treibt, der in entgegengesetzter Richtung zu dem Weg führt, der nach dem Kriege durch den Friedensvertrag, welcher gleichermaßen den Interessen Italiens selbst und des allgemeinen Friedens entsprach, vorgezeichnet wurde. In Verletzung der fundamentalen Bestimmungen des Friedensvertrags vergrößert die italienische Regierung durch ihre Maßnahmen die Gefahr des Ausbruchs eines Atomkrieges und nimmt somit eine sehr schwere Verantwortung für alle Folgen einer solchen Politik auf sich.

Wenn die Sowjetregierung es für ihre Pflicht hält, diese Erklärung abzugeben, so nicht deshalb, weil sie etwa nicht über die Mittel zu einem vernichtenden Gegenschlag gegen die Raketenbasen des Aggressors verfügte — gleich ob auf italienischem Gebiet oder anderswo. Sie handelt vielmehr im Einklang mit den Grundsätzen ihrer friedlichen Außenpolitik und in dem Wunsche, den Ausbruch eines nuklearen Raketenkrieges nicht zuzulassen, sowie in der Erwägung, daß alle Staaten, die um die Erhaltung des Friedens besorgt sind, die Pflicht haben, auch ihre Bemühungen auf die Erreichung dieses Zieles zu richten.

Um ihre Maßnahmen zu rechtfertigen, verweist die italienische Regierung in ihrer Note auch auf das Fehlen eines Abkommens über die kontrollierte Begrenzung der Rüstungen. Indessen müßte die italienische Regierung wissen, daß das Abrüstungsproblem sich nicht durch die Schuld der Sowjetunion, die konstruktive Vorschläge zur Abrüstung vorgebracht hat und noch vorbringt, in der Sackgasse befindet, sondern durch die Schuld der Regierungen der Mitgliedstaaten der NATO, die mit ihren Handlungen vorsätzlich die Lösung dieses Problems verhindern. Es muß vermerkt werden, daß der Beschluß über die Errichtung von Raketenrampen in Italien die Erreichung eines Abkommens über das Abrüstungsproblem noch weiter erschweren und verzögern kann. Offensichtlich stellt der Hinweis auf das Fehlen eines Abkommens über die allgemeine Abrüstung nur ein Mittel dar, die Politik derjenigen italienischen Kreise zu verschleiern, die Italien auf den Weg des Militarismus stoßen wollen.

Die Sowjetregierung bekräftigt ihren Wunsch, ihre Beziehungen mit Italien auf freundschaftlicher und friedlicher Grundlage zu entfalten. Geleitet von diesem Wunsche, hat sie seinerzeit vorgeschlagen, ein Freundschafts- und Nichtangriffsabkommen zwischen unseren Ländern abzuschließen. Nach Ansicht der Sowjetregierung würde das in nicht geringerem Maße auch den Interessen Italiens dienen. Wie die Tatsachen beweisen, gehört indessen der Ausbau friedlicher Beziehungen mit der Sowjetunion nicht zu den Plänen derjenigen herrschenden Kreise Italiens, die sich dazu bereit gefunden haben, ein Abkommen über die Errichtung von Raketenrampen auf ihrem Gebiet abzuschließen, welche die Sicherheit der Sowjetunion und anderer europäischer Länder bedrohen. Es ist unschwer zu sehen, daß eine derartige Politik nicht mit den in der Note enthaltenen Versicherungen übereinstimmt, daß Italien seine Beziehungen zu allen Ländern auf der Grundlage der Freundschaft und des Friedens entwickeln wolle. Diese Politik fördert auch nicht die Schaffung einer günstigen Atmosphäre für die Erzielung positiver Resultate sowohl auf der Genfer Außenministerkonferenz als auch auf einer künftigen Gipfel-Konferenz.

Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß eine der bedeutsamsten Aufgaben, die allen Staaten gestellt sind, die Erreichung eines Abkommens über die Befreiung des ganzen Erdballs von Atomwaffen ist. Das wäre eine enorme Erleichterung für alle Menschen der Erde. Um ein solches Ziel zu erreichen, bedarf es der Anstrengungen aller Regierungen, denen die Erhaltung und Festigung des Friedens am Herzen liegt. Darum möchte die Sowjetregierung die Aufmerksamkeit der italienischen Regierung auf die sowjetisch-albanische Gemeinsame Erklärung vom 30. Mai 1959 lenken, in der dargelegt ist, daß es im Interesse der Völker der Balkan-Halbinsel und des Adriaraumes läge, in diesem Gebiet eine von Atomwaffen und Raketenbasen freie Zone zu schaffen:

dies würde einen großen Beitrag zur Verwandlung des Balkans und der Adria in eine Zone des Friedens und der Ruhe leisten.

Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß Italien, ebenso wie jedes andere Land, die Wünsche seiner Nachbarvölker und der anderen europäischen Völker nach Frieden und Ruhe nicht ignorieren kann, und sie gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die italienische Regierung die in dieser Note dargelegten Erwägungen mit der gebührenden Aufmerksamkeit prüfen wird.

Quelle: *Relazioni Internazionali,* XXIII. Jahrg., Nr. 25, 20. Juni 1959, S. 957. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Erklärung der Sowjetregierung
zur Frage der Gewährleistung der Sicherheit auf dem Balkan vom 25. Juni 1959

Im Hinblick darauf, daß in letzter Zeit die Regierungen und Staatsmänner einer Reihe von Ländern für die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit im Balkan- und Adriaraum eingetreten sind, erachtet es die Sowjetregierung für notwendig, folgendes zu erklären.

Geleitet von den Interessen des Friedens und der Sicherheit in Europa, hat der Chef der Sowjetregierung, N. S. Chruschtschow, bekanntlich den Vorschlag zur Schaffung einer atom- und raketenwaffenfreien Zone auf dem Balkan und im Adriaraum gemacht. Dieser Vorschlag wurde in der kürzlich abgegebenen gemeinsamen albanisch-sowjetischen Erklärung bekräftigt. Die Sowjetregierung ist fest überzeugt, daß eine Absage der Länder dieses Raumes an die Anlage von Atom- und Raketenbasen auf ihren Territorien den Lebensinteressen der Völker dieser Länder entsprechen würde und eine große Beisteuer zur europäischen Sicherheit und zur Gestaltung des Balkan- und des Adriaraums zu einer Zone der Ruhe und des Friedens wäre.

Wie wichtig und zeitgemäß dieser Vorschlag ist, ergibt sich aus der für den Frieden gefährlichen Situation, die sich gegenwärtig in diesem Raum herausbildet. Infolge des Drucks der USA gestatteten die Regierungen der Türkei und Italiens, auf ihren Territorien amerikanische Atom- und Raketenbasen anzulegen und somit die strategische Lage der Balkanhalbinsel für Aggressionszwecke zu benutzen. Die griechische Regierung beabsichtigt auch, Griechenland in einen Atombereitstellungsraum zu verwandeln. Dort entsteht heute mehr denn je eine unmittelbare Gefahr für den Frieden und die Sicherheit. Natürlich konnte die Sowjetunion als Staat, der an Balkanländer grenzt und daher an der Erhaltung und Wahrung des Friedens auf dem Balkan unmittelbar interessiert ist, eine für ihre Sicherheit dermaßen gefährliche Entwicklung der Ereignisse nicht unbeachtet lassen. Den Völkern der Sowjetunion sind andererseits die Gefühle der Balkanvölker nah und verständlich, die gegen die Verwandlung des Balkans in einen Herd eines neuen Krieges kämpfen und den Gedanken einer atomwaffenfreien Zone immer aktiver unterstützen.

Die Sowjetregierung schätzt sehr die Bemühungen der Regierungen jener Länder, die beharrlich und konsequent für die Festigung des Friedens, für die umfassendste Zusammenarbeit zwischen den Balkanvölkern auf Grund der Prinzipien der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eintreten.

Man kann nicht umhin, in diesem Zusammenhang die Erklärung der rumänischen Regierung vom 6. Juni d. J. zu vermerken. Darin wird aufs neue der Vorschlag gemacht, eine Konferenz der Regierungschefs dieser Länder der Balkanhalbinsel einzuberufen, auf der die Länder dieses Raums die betreffenden, spruchreif gewordenen Fragen er-

örtern sollen, darunter den Vorschlag zur Schaffung einer atom- und raketenwaffenfreien Friedenszone auf dem Balkan.

Die Sowjetregierung begrüßt die Erklärungen der Regierungen und Staatsmänner der Volksrepublik Albanien und der Volksrepublik Bulgarien, die sich entschieden für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan und im Adriaraum einsetzen.

Die Regierung der UdSSR konstatiert, daß die jugoslawische Regierung, wie aus der Rede des Präsidenten der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien, J. Broz Tito, vom 8. Juni 1959 zu ersehen ist, den Vorschlag zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan und im Adriaraum gleichfalls unterstützt.

Sie stimmt auch dem bei, daß die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Balkanraum dann am wirksamsten wäre, wenn dieser Zone alle Länder der Balkanhalbinsel und Italien zugehörten.

Zugleich vermerkt die Sowjetregierung mit Bedauern, daß der Standpunkt der Regierungen Italiens, der Türkei und Griechenlands ein ernstes Hindernis für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone ist. Angesichts der bestehenden Lage, da die meisten Balkanländer sich für die Bildung einer atomwaffenfreien Zone ausgesprochen haben, hätte man erwarten können, daß die Regierungen Italiens, der Türkei und Griechenlands der vernünftigen Stimme ihrer Nachbarn und der Völker ihrer eigenen Länder Gehör schenken und, ehe es zu spät ist, ihren Standpunkt in dieser Frage überprüfen.

Was die Erklärungen einiger Regierungen betrifft, daß die Sicherheit ihrer Länder in diesem Falle nicht genügend garantiert sein werde, so entbehren solche Befürchtungen — soweit sie die Sowjetunion betreffen — jeglicher Grundlage.

Nach Meinung der Sowjetregierung sollte man die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone auch nicht davon abhängig machen, ob die Länder, die das Abkommen über diese Zone unterzeichnen, Mitglieder der NATO beziehungsweise des Warschauer Vertrages sind oder nicht.

In der Zuversicht, daß die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Balkan- und Adriaraum ein bedeutsamer Beitrag zur internationalen Entspannung und zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa wäre, erklärt die Sowjetregierung sich bereit, zusammen mit den anderen Großmächten Garant dieser Zone zu werden.

Die Sowjetregierung appelliert an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs, mit allen Mitteln zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan und im Adriaraum beizutragen sowie bei Erzielung eines Uebereinkommens der interessierten Länder in dieser Frage gemeinsam mit der Sowjetunion die Sicherheit und die Unabhängigkeit der Teilnehmerländer der genannten Zone zu garantieren.

Die Sowjetregierung verleiht der Hoffnung Ausdruck, daß die an der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan und im Adriaraum interessierten Länder den in dieser Erklärung geäußerten Gedanken gebührende Aufmerksamkeit schenken werden.

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (sowjetische Botschaft, Bonn), Nr. 19, 1. Juli 1959.

Note der italienischen Regierung an die Sowjetregierung vom 4. Juli 1959

Die italienische Botschaft hat die Ehre, bezüglich der Note des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten vom 10. Juni 1959 im Auftrage ihrer Regierung folgendes mitzuteilen:

1. Die italienische Regierung kann nur den Ton der genannten Note bedauern, der den Ausdrücken entspricht, die in jüngster Zeit von höchsten sowjetischen Staatsmännern gegenüber Italien gebraucht wurden und denen sich die sowjetische Presse in einer Weise und Form angeschlossen hat, die gewiß nicht zu jener allgemeinen Entspannung beiträgt, welche die sowjetische Regierung stets anzustreben behauptet.

2. Die italienische Regierung könnte es sich deshalb ersparen, auf besagte Note zu antworten, zumal sie es für überflüssig hält, noch einmal die triftigen Gründe darzulegen, die sie veranlaßt haben, Vorbereitungen für eine modernere Verteidigung gegen die Rüstungen anderer zu treffen. Es ist kaum notwendig, zur Begründung auf die wiederholten Vernichtungsdrohungen hinzuweisen, welche die verantwortlichen Führer der UdSSR seit langem gegen die dem westlichen Verteidigungssystem angehörenden Nationen, darunter auch gegen Italien, gerichtet haben, geschweige denn auf die Tatsache, daß die UdSSR auf ihr neues, modernes Rüstungspotential pocht, das die Grundlage dieser Drohungen bildet.

3. Die italienische Regierung hält es jedoch für notwendig, zwei besondere Punkte aus der obenerwähnten Note aufzugreifen. Vor allem: wenn man durch unannehmbare Hypothesen die italienischen Verteidigungsvorbereitungen als Verletzungen des Friedensvertrags hinstellen möchte, so muß die italienische Regierung an die Ausführungen in ihrer Note vom 8. Dezember 1951 erinnern, die sie an die Signatarstaaten des Friedensvertrags, darunter auch an die Sowjetunion, gerichtet hatte. Diese Note war verursacht — und vollauf gerechtfertigt — durch die internationale Lage, die aus der von der Sowjetregierung beschlossenen Aufrechterhaltung großer militärischer Kräfte nach der Beendigung des Krieges entstanden war, wodurch die Erwartungen und Hoffnungen der Völker enttäuscht worden waren. Außerdem war diese Note auch gerechtfertigt durch die schnelle und stetige qualitative Verbesserung der Bewaffnung, welche die Sowjetregierung im Laufe der Zeit vorgenommen hat, und durch die Tatsache, daß die osteuropäischen Staaten über die durch ihre Friedensverträge festgesetzten Grenzen hinaus wiederbewaffnet wurden.

4. Hinsichtlich des Vorschlags der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone bemerkt die italienische Regierung vor allem, daß der in der sowjetischen Note enthaltene, vage und allgemein gehaltene Plan nicht der gegenwärtig in Europa existierenden realen Lage Rechnung trägt und in erster Linie dazu führen würde, das gegenwärtige Gleichgewicht der Kräfte zum einseitigen Vorteil der UdSSR zu ändern. Außerdem ist dieser Plan kürzlich in einer Erklärung wieder aufgegriffen worden, welche die Sowjetregierung verschiedenen Regierungen, darunter auch der italienischen, übermittelt hat. Die italienische Regierung ist darum der Ansicht, daß der erste Vorschlag nunmehr durch den zweiten überholt ist, und diesen wird sie zusammen mit den anderen Regierungen prüfen, denen die besagte Erklärung zugegangen ist.

Quelle: *Relazioni Internazionali*, XXIII. Jahrgang, Nr. 28, 11. Juli 1959, S. 1048. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Erklärung der Regierung der Vereinigten Staaten vom 11. Juli 1959

Das Außenministerium hat von der am 25. Juni dem amerikanischen Botschafter in Moskau übergebenen Erklärung der Sowjetregierung Kenntnis genommen, in der das Verbot von Atomwaffen und Raketen in einer Zone des Balkan-Adria-Raums gefordert wurde.

Diese Erklärung wurde ebenfalls den Regierungen Italiens, der Türkei, Griechenlands, Frankreichs und des Vereinigten Königreichs übermittelt. Während die von dem sowjetischen Vorschlag direkt betroffenen drei Regierungen, wie in der Tradition freier

Völker üblich, ihre eigenen Entscheidungen zu solchen ihre eigene Sicherheit angehenden Vorschlägen treffen werden, geht dieser Vorschlag jedoch auch die gesamte NATO an.

Dieser Vorschlag ähnelt anderen sowjetischen Vorschlägen, die darauf abzielen, Stück für Stück den Plan zu verwirklichen, den westlichen Nationen die Kraft zur Abschreckung einer Aggression zu nehmen. Wie die Regierungschefs der NATO-Staaten am 19. Dezember 1957 erklärten und der Nordatlantikrat am 7. Mai 1959 wiederholte, „haben die sowjetischen Führer, als sie ein allgemeines Abrüstungsabkommen verhinderten, deutlich gesagt, daß die modernsten und tödlichsten Waffen, darunter Flugkörper aller Art, bei den sowjetischen Streitkräften eingeführt werden. Nach sowjetischer Auffassung müßten alle europäischen Nationen, mit Ausnahme der UdSSR, ohne auf eine allgemeine Abrüstung zu warten, auf Atomwaffen und Flugkörper verzichten und sich mit konventionellen Waffen begnügen".

Bezüglich der sowjetischen Anregung, daß die Sowjetunion zusammen mit anderen Großmächten eine Garantiemacht dieser Zone werden sollte, wird darauf hingewiesen, daß weitreichende Nichtangriffsgarantien schon in der Charta der Vereinten Nationen bestehen. Unselige Erfahrungen, die niemand vergessen sollte, haben uns gezeigt, daß Verteidigungskraft im Rahmen kollektiver Sicherheitsabkommen der hauptsächlichste Garant des Friedens bleibt, solange keine allgemeine, kontrollierte Abrüstung zustande kommt.

Diesem sowjetischen Vorschlag haften die gleichen Fehler an, die andere sowjetische Vorschläge für willkürlich begrenzte Kontrollen der modernen Rüstungen charakterisierten. Er erwähnt nicht die grundlegende Frage der fortgesetzten Produktion und Anhäufung von Atomwaffen durch die gegenwärtigen Atommächte, und er bezieht sich auch nicht auf die Machtzentren, die in der Lage sind, einen Angriff mit Atomwaffen zu unternehmen. Es ist offenbar, daß die Reichweite der der UdSSR zur Verfügung stehenden Waffen den Gedanken einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan bedeutungslos macht, soweit die Sicherheit der freien Nationen in diesem Gebiet in Frage steht. Tatsächlich hat Ministerpräsident Chruschtschow kürzlich in Albanien, indem er sich auf die NATO-Stützpunkte in Italien, Griechenland und der Türkei bezog, gesagt, daß „diese Stützpunkte durch Raketen zerstört werden können, die vom Gebiet der Sowjetunion aus abgeschossen werden". Zusätzlich zu diesen Erwägungen fällt es den Vereinigten Staaten schwer, einen Vorschlag für das Verbot von Atomwaffen in einem bestimmten Gebiet als ernstzunehmende Bemühung um die Verminderung der Spannungen anzusehen, da die Sowjetregierung selbst zugegeben hat, daß es beim gegenwärtigen Stand der Wissenschaft kein bekanntes Mittel gibt, ein solches Abkommen zu kontrollieren.

Es bleibt die aufrichtige Hoffnung aller westlichen Nationen, daß durch Verhandlungen Fortschritte in Richtung auf eine allgemeine, kontrollierte Abrüstung auf fairer und ausgeglichener Grundlage erzielt werden können, die einige Erleichterung von dem Druck und der Drohung der Rüstungen bringen mögen. Bis solche Maßnahmen wirksam werden und solange die Sowjetunion fortfährt, ihr Arsenal moderner Waffen auszubauen, können die Nationen der freien Welt nicht auf ihr Recht verzichten oder ihre Verpflichtung vernachlässigen, angemessene Maßnahmen zu ihrer Verteidigung zu treffen.

Quelle: *United States Information Service,* 13. Juli 1959. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Die sowjetischen Bemühungen um die Bildung einer atomwaffenfreien Zone im Ostseeraum

Redaktionelle Vorbemerkung

Nur wenige Tage nach der Rückkehr von seiner Reise nach Albanien (25. Mai bis 3. Juni 1959), die im Zeichen der sowjetischen Bemühungen um die Bildung einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan[1] stand, empfing der sowjetische Ministerpräsident, Nikita S. *Chruschtschow*, vom 8. bis zum 20. Juni 1959 den Besuch einer Partei- und Regierungsdelegation der DDR in der Sowjetunion. Zentrales Gesprächsthema waren die auf der Genfer Konferenz erörterten Fragen. Es war aber sicherlich kein Zufall, daß sich Ministerpräsident Otto *Grotewohl* und Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* anläßlich eines Aufenthaltes in Riga ausführlich mit der Frage der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone auf der skandinavischen Halbinsel und im Ostseeraum befaßten. *Grotewohl* verwies in seiner Rede auf die Vorschläge der Regierung der DDR vom 2. September 1957 für eine Neutralisierung des Ostseeraums[2]. *Chruschtschow* unterstützte in seiner anschließenden Rede diese Vorschläge und erklärte, es wäre für die Völker aller skandinavischen Länder sehr nützlich, wenn Skandinavien zu einer atomwaffenfreien Zone würde. Chruschtschow vertrat die Auffassung, daß in Skandinavien keine Militärstützpunkte anderer Staaten geduldet werden dürften[3].

Unter Bezugnahme auf die Einladung der skandinavischen Staaten zu einem Gegenbesuch einer sowjetischen Regierungsdelegation sagte *Chruschtschow*, solche Begegnungen seien notwendig, um die Voraussetzungen für eine friedliche Koexistenz der Staaten zu schaffen. Norwegen und Dänemark seien nach seiner Auffassung durch ein Mißverständnis in die NATO geraten. Es sei zwar nicht leicht, aus einem Bündnis auszuscheiden, wenn man einmal dazu gehöre, doch würden diese Länder große Tapferkeit zeigen, „wenn sie die Situation real abwägen und richtig erkennen würden". (Auszüge aus den Reden Grotewohls und Chruschtschows auf S. D 251—D 252.)

Das Schlußkommuniqué vom 19. Juni 1959 über den Besuch der DDR-Delegation in der Sowjetunion enthielt einen gemeinsamen Appell der beiden Regierungen an die Regierungen aller Ostseeländer, „die Ostsee zu einem Meer des Friedens, zu einer atom- und raketenwaffenfreien Zone zu machen, in der es keine militärischen Stützpunkte anderer Staaten geben darf". Weiter hieß es in dem Kommuniqué: „Die Sowjetregierung unterstützt die Initiative der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zum Abschluß gegenseitiger Nichtangriffsverträge der Ostseestaaten, da dies ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa wäre[4]."

Die Reaktion der Presse der skandinavischen Länder auf diesen sowjetischen

---

1) Vgl. die Dokumentation in EA 14/1959, S. D 237—D 248.

2) Vgl. den Wortlaut der Vorschläge der Regierung der DDR vom 2. September 1957 in EA 23—24/1957, S. 10 373.

3) Am 16. April hatte die Regierung der Sowjetunion in einer Note an die norwegische Regierung gegen die Errichtung militärischer Versorgungsbasen der NATO auf norwegischem Gebiet protestiert. Norwegen wurde beschuldigt, den „Forderungen der westdeutschen Militaristen" nachzugeben. Am 20. April, einen Tag nach der Veröffentlichung der sowjetischen Note, erklärte ein norwegischer Regierungssprecher, die Errichtung militärischer Versorgungsbasen liege in der Zuständigkeit der norwegischen Behörden und solle es den Verbündeten Norwegens ermöglichen, im Falle eines Angriffs ihren Verpflichtungen gegenüber Norwegen nachzukommen. Bei der Errichtung der Basen werde die Bundesrepublik nach den gleichen Prinzipien behandelt wie die übrigen Mitgliedstaaten der NATO. Die norwegische Regierung betrachte die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und den Mitgliedstaaten der NATO als die denkbar beste Garantie gegen ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus.

4) Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués in *Neues Deutschland*, Nr. 168 vom 21. Juni 1959.

Vorstoß war kühl und ablehnend. Besondere Beachtung fand eine Rede des schwedischen Außenministers, Östen *Undén*, die dieser am 26. Juni vor dem Jubiläumskongreß der Nordischen Vereinigung in Stockholm hielt. Undén sagte, er sehe keine praktische Möglichkeit, den Frieden im Ostseeraum durch eine Neutralisierung seiner Gewässer zu fördern. Der freie Zugang zur Ostsee liege im Interesse Schwedens und stehe in Uebereinstimmung mit dem allgemeinen Interesse, daß Meere nicht von bestimmten Staaten oder einer Gruppe von Staaten monopolisiert werden sollten. Seiner Kenntnis nach sei die Sowjetunion die einzige Macht im Ostseeraum, die Kernwaffen besitze. Er wage aber nicht zu hoffen, daß die sowjetische Regierung bereit sei, einen erheblichen Teil ihres eigenen Gebiets im Zusammenhang mit der Errichtung einer solchen Zone im Ostseeraum von nuklearen Waffen zu entblößen[5].

Nur wenige Wochen später nahm Ministerpräsident *Chruschtschow* anläßlich eines Besuches in Polen vom 14. bis zum 22. Juli 1959 erneut Gelegenheit, um an die Vorschläge zur Schaffung atomwaffenfreier Zonen im Raum der Ostsee und der skandinavischen Halbinsel, im Balkan- und Adria-Raum sowie in Mitteleuropa zu erinnern. In einer Rede in Stettin am 17. Juli erklärte er, im Falle der Verwirklichung dieser Vorschläge würde eine breite Friedenszone entstehen, die die Streitkräfte der NATO und des Warschauer Paktes voneinander trennen werde. Solche Zonen könnten später erweitert werden. Chruschtschow bedauerte, daß diese „ausgesprochen humanen Vorschläge" in Skandinavien so negativ beurteilt würden. Wohl unter Anspielung auf die Rede Undéns sagte Chruschtschow: „Der Vorschlag zur Schaffung einer atom- und raketenwaffenfreien Zone in irgendeinem Teil des Gebiets der Sowjetunion hat unter den gegenwärtigen Bedingungen keinerlei praktischen Wert. In Anbetracht dessen, daß moderne Raketen- und Kernwaffen weittragend und mächtig sind, haben 100, 200 oder 300 km keine wesentliche Bedeutung. Somit wird die Schaffung einer raketen- und atomfreien Zone auf einen Teil sowjetischen Territoriums keinerlei Garantie für die skandinavischen Länder sein. Wenn man schon die Frage der Garantien für die Sicherheit der skandinavischen Länder im Falle ihrer Aufnahme in die atom- und raketenfreie Zone betrachtet, so müßte man sich überlegen, daß sowohl die Westmächte als auch die Sowjetunion die Verpflichtung übernehmen, das Territorium der dieser Zone angehörenden Länder als außerhalb des Wirkungsbereichs der Raketen- und Kernwaffen stehend zu betrachten und den status quo in diesem Raum zu achten. Zur Lösung der Frage könnte man in dieser oder jener Form die Organisation der Vereinten Nationen hinzuziehen[6]."

Noch während seines Aufenthaltes in Polen entschloß sich *Chruschtschow,* seine für August geplanten Besuche in Kopenhagen, Stockholm, Oslo und Helsinki abzusagen. Ursprünglich war die Einladung der skandinavischen Staaten schon im Mai 1956 für das Frühjahr 1957 erfolgt, doch hatten die skandinavischen Länder nach den Ereignissen in Ungarn der Sowjetunion zu verstehen gegeben, daß der Augenblick für einen Besuch nicht günstig sei. Erst am 10. Februar 1959 hatte der norwegische Ministerpräsident, Einar *Gerhardsen,* auf einer Pressekonferenz in Oslo mitgeteilt, daß sich die Regierungen von Schweden, Dänemark und Norwegen geeinigt hätten, Chruschtschow im Laufe des Jahres 1959 einzuladen. Die Sowjetregierung hatte später auf diplomatischem Wege die Einladung akzeptiert und als Termin den Monat August vorgeschlagen. Die finnische Regierung hatte sich auf Grund der beabsichtigten Skandinavienreise Chruschtschows ebenfalls entschlossen, eine sowjetische Regierungsdelegation nach Helsinki einzuladen.

Der Beschluß der sowjetischen Regierung, die Skandinavienreise abzusagen, wurde den vier Regierungen in Form von Denkschriften zur Kenntnis gebracht, die am 19. Juli 1959 den Botschaftern der vier Länder in Moskau überreicht wurden. In den Memoranden an Dänemark, Norwegen und Schweden heißt es, die Sowjetunion sei angesichts der feindseligen Tätigkeit verschiedener Organisationen und Presseorgane in diesen Ländern gegenüber der Sowjetunion zu dem Schluß gelangt, daß ein Besuch kaum zeitgemäß wäre und dieser Besuch ohne Schaden für die gegenseitigen Beziehungen und möglicherweise

[5]) Vgl. hierzu *The Times* vom 27. Juni 1959.

[6]) *TASS* (deutsch) vom 17. Juli 1959.

auch zum Nutzen der Sache aufgeschoben werden könne. (Wortlaut der sowjetischen Denkschrift an Dänemark auf S. D 253.) Der finnischen Regierung wurde mitgeteilt, daß infolge der entstandenen Lage die Sowjetunion zu ihrem Bedauern auch der Einladung Finnlands nun nicht folgen könne.

Die norwegische Regierung erklärte am 20. Juli in ihrer Antwort auf die sowjetische Denkschrift, sie bedaure die Verschiebung des Besuches, stimme aber mit der sowjetischen Regierung überein, daß ein solcher Aufschub für das gegenseitige Verhältnis nicht von Nachteil, sondern sogar von Vorteil sein könne.

Die schwedische Regierung brachte in ihrer Antwort vom 22. Juli das tiefe Bedauern über den sowjetischen Entschluß zum Aufschub des Besuches zum Ausdruck. Wenn die sowjetische Regierung ihre Verwunderung darüber zum Ausdruck bringe, daß die schwedische Regierung es nicht für notwendig gehalten habe, unfreundliche Aeußerungen gegen den geplanten Besuch zu unterdrücken, so könne dies nur mit einem Hinweis auf die traditionelle schwedische Pressefreiheit beantwortet werden. Die schwedische Regierung könne nur hoffen, daß der Aufschub des Besuches den Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht schaden werde.

Die am 23. Juli in Moskau überreichte Antwort der dänischen Regierung bringt das Bedauern zum Ausdruck, daß die Sowjetregierung gewissen Kundgebungen größeres Gewicht beimesse als der gutgemeinten Einladung der dänischen Regierung. (Wortlaut der dänischen Antwort auf S. D 254.)

In der Warschauer Schlußerklärung vom 22. Juli 1959 über den sowjetischen Besuch in Polen wurde die Absage der Skandinavienreise mit keinem Wort erwähnt. Dagegen wurde die Frage einer atomwaffenfreien Zone im Ostseeraum nochmals aufgegriffen. In der Erklärung (vgl. hierzu den Wortlaut auf S. D 257 dieser Folge) heißt es, daß für die Ostseestaaten gegenwärtig alle Bedingungen gegeben seien, um in ihrem eigenen Interesse zu einer Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Kultur zu gelangen und um eine Atmosphäre des gegenseitigen Verstehens zu schaffen, damit die Ostsee zu einem Friedensmeer werde. Die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Skandinavien werde für die Anrainerstaaten der Ostsee die Atomgefahr beseitigen.

Rede von Ministerpräsident Otto Grotewohl in Riga am 11. Juni 1959 (Auszug)

... Als eine sehr wichtige Teilfrage zur internationalen Entspannung betrachtet die Deutsche Demokratische Republik auch ihre Politik gegenüber den Anliegerstaaten der Ostsee.

Die Bonner Pläne, den nordeuropäischen Raum als Einflußsphäre und Ausgangsbasis für Aggressionen gegen den osteuropäischen Raum auszunutzen, sind seit langem ein Bestandteil der aggressiven Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus. Bereits in den vergangenen Jahren wurde deutlich, daß der westdeutschen Kriegsmarine die Aufgabe gestellt ist, die Kriegsvorbereitungen im Rahmen der aggressiven NATO-Pläne vorwiegend in der Ostsee zu treffen. Heute, nachdem die westdeutsche Kriegsmarine bereits über 100 Kriegsfahrzeuge besitzt, werden diese Pläne noch offensichtlicher. Sie richten sich nicht nur gegen die Deutsche Demokratische Republik, die Volksrepublik Polen und die Sowjetunion, sondern auch gegen die skandinavischen Anliegerstaaten. Das Hauptziel der Admirale Bonns ist gegenwärtig darauf gerichtet, durch ihre Vormachtstellung und militärische Befehlsgewalt im NATO-System die gesamte Meerenge zwischen Schleswig-Holstein und Norwegen unter die Kontrolle der westdeutschen Atomkriegsstrategen zu bringen.

Der kriegerischen Forderung, die Ostsee zum „Schicksalsmeer der NATO", zur „Rollbahn gegen den Osten" zu machen, setzen wir unsere Forderung entgegen: „Macht die Ostsee zu einem Meer des Friedens!"

Bereits im September 1957 hat sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an alle Ostseestaaten gewandt und vorgeschlagen, über den Abschluß von

Vereinbarungen zu verhandeln, um die wirtschaftlichen, Verkehrs- und kulturellen Beziehungen zwischen den Ostseestaaten auszubauen und gegenseitige Verpflichtungen zum Nichtangriff zu übernehmen. Dieser Vorschlag hat in der gegenwärtigen Zeit an Aktualität nur noch gewonnen. Ein solcher Nichtangriffsvertrag zwischen den Anliegerstaaten könnte ähnlich wie ein Nichtangriffsvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten ein wichtiger Schritt zur internationalen Entspannung und zur Sicherung des Friedens sein ...

Quelle: *Neues Deutschland* Nr. 159, vom 12. Juni 1959.

Rede von Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow in Riga am 11. Juni 1959 (Auszug)

... Hier in Riga, der herrlichen Hauptstadt Sowjetlettlands, die am Ufer der Ostsee liegt, kann man nicht umhin, auch einige Worte über das Streben der Sowjetregierung nach Festigung des Friedens im Ostseeraum zu sagen. Ebenso wie in ihrer gesamten Außenpolitik ist die Regierung der Sowjetunion bestrebt, alles in ihrer Kraft Stehende zu tun, um auch in diesem Raum der Welt die Spannung zu beseitigen und auch hier Bedingungen von Frieden und Ruhe für die Menschen zu schaffen. Wir unterstützen alle vernünftigen Vorschläge zu Festigung des Friedens in diesem Raum, die von anderen Staaten unterbreitet werden. Die Sowjetunion unterstützt die Idee, auf der skandinavischen Halbinsel und im Ostseeraum eine Zone ohne Raketen- und Atomwaffen zu schaffen. Unsere deutschen Freunde setzen sich tatkräftig dafür ein, daß die Ostsee in ein Meer des Friedens verwandelt wird. Die Interessen aller Ostseevölker machen dies dringend erforderlich. Die Ostsee muß die sie umsäumenden Staaten durch Bande der Freundschaft und des Vertrauens verknüpfen. Sie darf nicht zu einer Zone militärischer Konflikte werden.

Es wäre für die Völker aller skandinavischer Länder sehr nützlich, wenn Skandinavien zu einer atomwaffenfreien Zone würde, einer Zone, in der es keine Militärstützpunkte anderer Staaten gäbe. Kalte Winde wehen von Norden, Skandinavien aber könnte sie erwärmen, und von hier aus würde das Auftauen des Eises des kalten Krieges einsetzen.

Ich hoffe, in Norwegen und Dänemark wird man mich richtig verstehen, wenn ich sage, daß diese Länder durch ein Mißverständnis in den Atlantikblock geraten sind. Heute fühlen sich einige herrschende Kreise dieser Länder bedrückt durch ihre Verwandtschaft mit der NATO.

Sagen wir es offen: In welcher Verwandschaft können sie zu dieser Organisation stehen, in der die westdeutschen Militaristen und Revanchisten, die in der Vergangenheit mit ihrem Stiefel den Boden dieser Länder zertrampelten, immer mehr den Ton angeben? Doch wie können diese Länder jetzt aus dieser Lage herauskommen? Man weiß doch, daß es nicht so leicht ist, aus den Netzen dieses Blocks auszubrechen, wenn man einmal in sie geraten ist.

Wir empfinden Sympathie für die Völker dieser Länder. Sie würden große Tapferkeit an den Tag legen, wenn sie die Situation real abwägen und richtig erkennen würden.

Es wäre unsinnig, zu glauben, die Sowjetunion habe irgendwelche aggressiven Absichten gegen diese Länder. Führende Staatsmänner der skandinavischen Länder waren bei uns zu Gast, ihnen wurde ein freudiger Empfang zuteil. Sie konnten sich von der Friedensliebe unseres Volkes und der Sowjetregierung überzeugen. Jetzt haben die Regierungen dieser Länder eine Regierungsdelegation der Sowjetunion eingeladen, und wir haben bereits einen Erwiderungsbesuch vereinbart. Welches Ziel verfolgen diese Begegnungen? Wir sind der Ansicht, daß Begegnungen nicht deshalb notwendig sind, um den kalten Krieg zu entfachen, sondern deshalb, um die Zusammenarbeit zu

festigen und auszubauen, um die Voraussetzungen für ein friedliches Leben, für die friedliche Koexistenz der Staaten, unabhängig von ihrer sozialen Ordnung, zu schaffen.

Zwischen uns und unserem nördlichen Nachbarn Finnland haben sich gute Beziehungen herausgebildet, obwohl es dort noch einige Kräfte um Tanner gibt, die die Politik Finnlands in eine andere Richtung lenken möchten.

Wir sind überzeugt, daß das finnische Volk trotz der Bemühungen Tanners und seiner Handlanger die Notwendigkeit erkennt, mit dem Sowjetvolk in Frieden und Freundschaft zu leben. Die Sowjetregierung tut ihrerseits alles, um solche Beziehungen zu unterhalten. Würden die anderen skandinavischen Völker ebenfalls diesen Weg, den Weg der Nichtbeteiligung an Militärblocks, beschreiten, so wäre das sehr nützlich, in erster Linie für sie selbst ...

Quelle: *Neues Deutschland* Nr. 159, vom 12. Juni 1959.

Denkschrift der Sowjetregierung an die Regierung Dänemarks vom 19. Juli 1959

Als die Sowjetregierung der Dänischen Regierung auf die Einladung des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chruschtschow, zu einem offiziellen Gegenbesuch in Dänemark in diesem Jahr eine positive Antwort gab, ließ sie sich von guten Absichten und Bestrebungen zur Verbesserung der sowjetisch-dänischen Beziehungen und zum weiteren Ausbau der allseitigen Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten leiten.

Wie die Sowjetregierung jedoch erfahren hat, ist in letzter Zeit in Dänemark eine Aktivierung der feindseligen Tätigkeit verschiedener dänischer Organisationen und Presseorgane gegenüber der UdSSR zu beobachten, was mit dem geplanten Besuch des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chruschtschow, in Dänemark in Zusammenhang gebracht wird. Nach Meldungen der dänischen Presse betreiben reaktionäre Politiker gewisser rechtsgerichteter Organisationen eine unverhüllte Vorbereitung antisowjetischer Demonstrationen und Kundgebungen. Daran beteiligen sich eine Gruppe von Konservativen mit ihrem Führer, dem ehemaligen Außenminister Kraft an der Spitze, gewisse Funktionäre der Venstre-Partei mit Bull an der Spitze, die Jugendorganisation der sogenannten „Unabhängigen", faschistische Elemente, die sich um die Zeitung „Fedrelandet" gruppieren, die vor beleidigenden Ausfällen gegenüber dem Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR nicht haltmacht.

Verstärkt haben ihre Tätigkeit die sich in Dänemark befindlichen Emigrantengruppen, die mit sowjetfeindlichen Organisationen in anderen westlichen Ländern verbunden sind. Nicht nur solche reaktionär gesinnten Zeitungen wie „Dagens Nyheder" und „Jyllandsposten", sondern sogar das Zentralorgan der regierenden Sozialdemokratischen Partei Dänemarks, „Aktuelt", bringen Tag für Tag Aufsätze mit der Sowjetunion feindlichem Inhalt, wodurch in Dänemark künstlich eine für einen Staatsbesuch führender sowjetischer Persönlichkeiten ungünstige Situation geschaffen wird.

Befremdend ist, daß die dänische Regierung es bis jetzt nicht für nötig befunden hat, dieser Kampagne in Dänemark, angesichts eines bevorstehenden Staatsbesuches, entgegenzuwirken. Natürlich weiß man in der Sowjetunion gut, daß das Volk Dänemarks der Sowjetunion, die ein Verbündeter Dänemarks im vergangenen Krieg gegen den gemeinsamen Feind, den deutschen Militarismus, war, freundschaftlich gesinnt ist und keinerlei Konflikte oder Interessengegensätze mit der Sowjetunion hatte und hat.

Nicht von ungefähr findet die Kampagne gegen die Sowjetunion jedoch vor allem in den aggressiven Kreisen des Nordatlantikblocks, die an einer Festigung und Entwicklung frendschaftlicher Beziehungen zwischen Dänemark und der Sowjetunion nicht interessiert sind, ihre Billigung.

Aus all dem läßt sich die Schlußfolgerung ziehen, daß sich die inneren Verhältnisse in Dänemark jetzt so gestalten, daß sie dem Besuch einer sowjetischen Delegation nicht günstig sind. Und eine Reise nur dazu zu unternehmen, um einen Gegenbesuch protokollarischen Charakters abzustatten, dürfte kaum zweckmäßig sein. Die Sowjetregierung begrüßt natürlich Gegenbesuche und bestreitet nicht, daß sie zweifellos von Nutzen sind, aber es versteht sich auch, daß ein derartiger Staatsbesuch eine bestimmte politische Bedeutung haben muß. Nur dann hat er einen Sinn.

Andererseits hat die Sowjetregierung mit ihrem Einverständnis zu der Reise des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR nach Dänemark ihren Wunsch bekundet, einen Gegenbesuch abzustatten. Ohne Zweifel muß jedoch dieser Höflichkeitsbesuch in einer annehmbaren Situation erfolgen, da die Einstellung zur Sowjetunion und ihren führenden Persönlichkeiten gebührend sein wird. An guten Beziehungen zwischen Dänemark und der Sowjetunion müssen doch alle Menschen in unseren Ländern interessiert sein, und die Hinweise auf das in Dänemark bestehende Mehrheitsparteiensystem und auf ein Recht der Opposition, eine andere Meinung als die der Regierung zu vertreten, können kein Grund zu einer Antisowjetkampagne sein. Bekanntlich gehörten die gegenwärtig in Opposition stehenden bürgerlichen Parteien vor verhältnismäßig kurzer Zeit der dänischen Regierung an, und zwischen der Regierung und der Opposition in Dänemark bestehen bekanntlich auch keinerlei grundlegende Meinungsverschiedenheiten in Fragen der Außenpolitik. Hinzu kommt noch, daß an der Kampagne gegen die Sowjetunion, wie oben festgestellt wurde, auch die Presse der Sozialdemokratischen Partei teilnimmt, deren Vertreter der Regierung angehören und sie sogar leiten.

Somit sei es gestattet, die Schlußfolgerung zu ziehen, daß ein Besuch des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR in Dänemark unter den entstandenen Bedingungen kaum zeitgemäß wäre und daß dieser Besuch ohne Schaden für die gegenseitigen Beziehungen zwischen beiden Ländern und vielleicht sogar zum Nutzen der Sache aufgeschoben werden kann.

Man muß der Tatsache Rechnung tragen, daß bei der gegenwärtigen Situation in Dänemark die geplante Reise einen unguten Nachgeschmack in der Sowjetunion zurücklassen und zur Verschlechterung der sowjetisch-dänischen Beziehungen, statt zu ihrer Verbesserung, führen kann. Ein solches Ergebnis würde den Bestrebungen der Sowjetregierung nicht entsprechen, die gerade alles tun möchte, um die Beziehungen zwischen der UdSSR und Dänemark zu verbessern.

Die Sowjetregierung strebt nach wie vor eine wirkliche Besserung der Beziehungen zwischen der UdSSR und Dänemark an. Da gegenwärtig, wie aus dem oben Dargelegten ersichtlich, offenbar die Voraussetzungen für einen Dänemarkbesuch des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR noch nicht herangereift sind, mußte die Sowjetregierung leider zu der Schlußfolgerung gelangen, daß es notwendig ist, den vorgesehenen Dänemarkbesuch bis zu einem günstigeren Zeitpunkt aufzuschieben.

Die Sowjetregierung hofft, daß in Zukunft, vielleicht in einem Jahr, in Dänemark bessere Bedingungen für einen derartigen Staatsbesuch entstehen werden und man dann auf diese Frage zurückkommen könne.

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (sowjetische Botschaft, Bonn), Nr. 22, 1. August 1959.

Antwort der dänischen Regierung an die Sowjetregierung

(In Moskau überreicht am 23. Juli 1959)

Die dänische Regierung hat mit Bedauern die in dem sowjetischen Pro memoria vom 19. Juli enthaltene Mitteilung über den Beschluß der sowjetischen Regierung entgegen-

genommen, den geplanten Besuch des Präsidenten des Ministerrates der Sowjetunion, Herrn N. S. Chruschtschow, in Dänemark auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

Die dänische Regierung hatte diese Einladung in der besten Absicht ausgesprochen und hoffte, daß der geplante Besuch zu einer günstigen Entwicklung des Verhältnisses beider Länder beitragen könne. Die Regierung hat mit Bedauern festgestellt, daß die Sowjetregierung größeres Gewicht auf gewisse Kundgebungen, unter anderem in der dänischen Presse, legen zu müssen glaubte als auf die gut gemeinte Einladung und den aufrichtigen Wunsch der dänischen Regierung, den Besuch planmäßig durchzuführen.

Wenn die Sowjetregierung in ihrem Pro memoria der Verwunderung darüber Ausdruck gibt, daß die dänische Regierung es nicht für notwendig gehalten habe, dem, das als eine Kampagne gegen den verabredeten Besuch bezeichnet wird, zu begegnen, so muß von dänischer Seite darauf hingewiesen werden, daß voneinander abweichende Erklärungen, wie sie in verschiedenen dänischen Presseorganen erschienen sind, ein — wie der Sowjetregierung bekannt sein dürfte — allgemeiner Zug der in Dänemark üblichen öffentlichen Diskussionen von Ereignissen größeren Interesses und größerer Bedeutung sind. Man muß dies im Zusammenhang mit der in der Verfassung verankerten Meinungs- und Pressefreiheit sehen, derzufolge die dänische Presse nicht von der Regierung kontrolliert wird.

In dem sowjetischen Pro memoria wird erklärt, daß es kaum zweckmäßig sei, eine Reise nur deshalb durchzuführen, um einen Gegenbesuch protokollarischen Charakters abzustatten, und daß ein Staatsbesuch der hier behandelten Art sinnlos ist, wenn er keine bestimmte politische Bedeutung hat. Hierzu muß bemerkt werden, daß es zwischen einem rein protokollarischen Besuch und einem Besuch für politische Verhandlungen viele Möglichkeiten gibt. Wie der Sowjetregierung aus vorhergegangenen Mitteilungen bekannt sein wird, dachte die dänische Regierung nicht an eigentliche politische Verhandlungen während des Besuches. Die Regierung hoffte jedoch, daß der Meinungsaustausch, der natürlicherweise mit einem derartigen Besuch verbunden ist, dazu beitragen könne, verschiedene Fragen von gemeinsamem Interesse zu klären und sich auch auf die Erweiterung des Handelsverkehrs und des kulturellen Austausches fördernd auswirken könne, die eine Voraussetzung gegenseitigen Verstehens sind. Die Regierung hatte außerdem erwartungsvoll gehofft, Ministerpräsident Chruschtschow, seine Familie und seine übrigen Begleiter als Gäste empfangen zu können, um dem Ministerpräsidenten und seiner Reisebegleitung die Möglichkeit geben zu können, sich einen selbständigen Eindruck von der dänischen Gemeinschaft, ihren Verhältnissen und Problemen zu machen.

Die dänische Regierung hat die Ueberzeugung, daß die Durchführung des Besuches auf dieser Basis eine wesentliche Rolle für eine günstige Entwicklung des Verhältnisses beider Länder spielen würde. Von dänischer Seite strebt man, wie der Sowjetunion bekannt sein wird, einen ständigen Ausbau der guten dänisch-sowjetischen Beziehungen an. Der öffentlichen Diskussion des Besuches hat man keine entscheidende Bedeutung beigemessen und darin kein Hindernis für dessen gelungene Durchführung gesehen. Aus diesem und den vorher angeführten Gründen kann die dänische Regierung nicht die Ansicht der Sowjetregierung teilen, daß die Voraussetzungen für die Durchführung des Besuches nicht gegeben seien, und kann nur schwerlich verstehen, daß die Sowjetregierung es für nötig hielt, so zu reagieren, wie es geschehen ist.

Die dänische Regierung stimmt indessen vollständig mit der Sowjetregierung darin überein, daß die Verschiebung des Besuches, die nunmehr als eine Tatsache angesehen werden muß, keine schädlichen Auswirkungen auf das vorhandene gute Verhältnis beider Länder haben dürfte, und die dänische Regierung teilt die Hoffnung der Sowjetregierung, daß der Besuch zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden kann.

Quelle: Kgl. Dänische Botschaft, Bonn.

Der Besuch Chruschtschows in Polen im Juli 1959

Redaktionelle Vorbemerkung

Fast drei Jahre nach seinem Versuch, durch sein persönliches Erscheinen in Warschau in die Oktober-Ereignisse des Jahres 1956 einzugreifen[1], hat Nikita S. *Chruschtschow* im Juli 1959 erstmals wieder der polnischen Hauptstadt einen Besuch abgestattet. Damit fand ein Entwicklungsprozeß seinen vorläufigen Abschluß, der gekennzeichnet war durch eine allmähliche Wiedereingliederung Polens in das politische und ideologische System des Ostblocks, aus dem es infolge der Oktober-Ereignisse auszubrechen schien. Hier soll lediglich an einige wichtige Etappen dieser Entwicklung erinnert werden:

Bei seinen Verhandlungen mit der Sowjetregierung im November 1956 in Moskau erreichte der polnische Parteisekretär, Wladyslaw *Gomulka*, einen modus vivendi mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion; gleichzeitig bestätigte er Polens Verbleiben im Ostblock und sein Festhalten am Warschauer Pakt[2].

Während die polnischen Führer zu der Konferenz der Partei- und Regierungschefs der Ostblockstaaten in Budapest im Januar 1957[3] nicht eingeladen worden waren, nahmen sie an der anläßlich der Feiern zum 40. Jahrestag der Oktoberrevolution im November des gleichen Jahres in Moskau veranstalteten Konferenz der kommunistischen Parteien der Ostblockstaaten wieder teil und unterzeichneten die dort verfaßte „Zwölfer-Deklaration".[4]

Am 16. Januar 1958 trafen *Chruschtschow* und *Gomulka* im Walde von Bialowieza zu Geheimbesprechungen zusammen. Im Anschluß an in der Folgezeit in Moskau geführte Verhandlungen billigte die Sowjetregierung im Februar den Plan des polnischen Außenministers, Adam *Rapacki*, für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa[5].

Im April 1958 stattete der Präsident des Obersten Sowjet der UdSSR, Marschall Kliment *Woroschilow*, Polen einen „Freundschaftsbesuch" ab; der Delegation gehörten jedoch keine maßgebenden Mitglieder der Sowjetregierung an[6].

In einer Rede in Danzig am 28. Juni 1958 verurteilte *Gomulka* nachträglich den ungarischen Volksaufstand und rückte gleichzeitig von dem jugoslawischen „Reformkommunismus" ab, dem die offiziellen Stellen Polens seit dem Oktober 1956 wohlwollend gegenübergestanden hatten[7].

Während des Besuchs einer polnischen Regierungsdelegation unter Führung *Gomulkas* im November 1958 benutzte *Chruschtschow* eine sowjetisch-polnische Freundschaftskundgebung im Moskauer Lenin-Stadion, um seinen Vorstoß gegen Berlin anzukündigen[8]. Gomulka pflichtete ihm bei, obwohl er wissen mußte, daß dies Polens Beziehungen zum Westen, die sich inzwischen gebessert hatten, erneut belasten würde[9]. Im Schlußkommuniqué über die polnisch-sowjetischen Verhandlungen[10] wurde die zweite, entgegenkommendere Fassung des Rapacki-Planes, die Rapacki nach seinem Besuch in Norwegen bekanntgegeben hatte[11], nicht erwähnt.

Nun ist am 14. Juli 1959 *Chruschtschow* endlich zu seinem Besuch nach Polen ge-

---

1) Vgl. Georg W. *Strobel*, „Die nationale Komponente in der kommunistischen Entwicklung Polens" in EA 22—23/1956, S. 9317—9336 (hier: S. 9330).

2) Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués in EA 22—23/1956, S. 9385 ff.

3) Vgl. den Wortlaut der Erklärung der Konferenz in EA 3/1957, S. 9607 ff.

4) Vgl. den Wortlaut in EA 23—24/1957, S. 10 364 ff.

5) Vgl. die Dokumente in EA 5—6/1958, S. 10 601 ff.; ferner EA 2/1958, S. 10 482 ff.

6) Vgl. den Bericht über den Besuch in: *Pressedienst der Militär-Mission der Volksrepublik Polen*, Berlin, Nr. 1568, 29. April 1958.

7) Vgl. Georg W. *Strobel*, „Polens ‚eigener Weg zum Sozialismus'" in EA 15—16—17/1958, S. 10 995—11 020 (hier: S. 11 015/16).

8) Vgl. einen Auszug aus der Rede in EA 24/1958, S. 11 297 ff.

9) Vgl. hierzu und zum Folgenden auch die Betrachtung von Hansjakob *Stehle* „Gomulka gestärkt und enttäuscht" in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 267, 17. November 1958.

10) Wortlaut (französisch) in: *La Documentation Française*, Articles et Documents, Nr. 0.731, 27. November 1958.

11) Vgl. den Wortlaut in EA 9—10/1959, S. D 206 ff.

kommen. Der Besuch, der zu einer „Demonstration der Verbrüderung und Freundschaft“[12] werden sollte, führte die sowjetische Delegation auch in die wichtigsten Städte der ehemaligen deutschen Ostgebiete; dabei hielt Chruschtschow in Stettin eine außenpolitische Rede, in der er von neuem eine Garantieerklärung für die Oder-Neiße-Grenze abgab und die Demarkationslinie zwischen der DDR und der Bundesrepublik als die unantastbare Grenze des sozialistischen Lagers bezeichnete, für die alle Staaten des Warschauer Paktes gemeinsam kämpfen würden[13].

Die im folgenden wiedergegebene gemeinsame Erklärung vom 22. Juli unterstreicht mit ihren mitunter überschwenglichen Formulierungen den Zweck des Chruschtschow-Besuches, Demonstration der endgültigen Versöhnung zwischen den Parteiführungen beider Länder zu sein. In ihrem außenpolitischen Teil enthält sie die polnische Zusicherung bedingungsloser Unterstützung der sowjetischen Berlin-Pläne und einen nachdrücklichen Hinweis auf die Rolle, die der DDR dabei zugedacht ist: „Polen und die Sowjetunion werden die DDR bei solchen Maßnahmen unterstützen, die diese im Rahmen ihrer souveränen Rechte zur Beseitigung der anomalen Lage in West-Berlin zu ergreifen für notwendig erachtet[14].“

Gemeinsame Erklärung vom 22. Juli 1959 über den Aufenthalt einer Partei- und Regierungsdelegation der Sowjetunion in der Volksrepublik Polen.

Eine Partei- und Regierungsdelegation der Sowjetunion unter Führung des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Ministerrates der Sowjetunion, N. S. Chruschtschow, stattete der Volksrepublik Polen vom 14. bis zum 23. Juli 1959 auf Einladung des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) und der Regierung der Volksrepublik Polen einen freundschaftlichen Gegenbesuch ab.

Während des Aufenthaltes der Partei- und Regierungsdelegation der Sowjetunion in der Volksrepublik Polen fanden Besprechungen statt, an denen teilnahmen:

(hier folgt die Aufführung der Namen der den beiden Delegationen angehörenden Partei- und Regierungsvertreter)

Im Laufe der Besprechungen und der freundschaftlichen Aussprachen erörterten beide Seiten wichtige Fragen, die den weiteren Ausbau und die Festigung der brüderlichen Zusammenarbeit zwischen den Völkern der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen betreffen sowie aktuelle Probleme der gegenwärtigen internationalen Lage. Beide Seiten stellen mit Genugtuung fest, daß die Ansichten in allen besprochenen Fragen übereinstimmen.

Während des Aufenthaltes in der Volksrepublik Polen besuchte die Delegation Warschau, Kattowitz, eine Reihe von Städten in Schlesien, Stettin, Posen, Rzeszow, Danzig, Lodz, Lublin und Auschwitz; sie besichtigte Industriebetriebe, landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, Staatsgüter und kulturelle Einrichtungen. Die sowjetische Partei- und Regierungsdelegation wurde auf ihrer Reise von dem Ersten Sekretär des ZK der PZPR, Wladislaw Gomulka, begleitet.

(hier folgt Aufzählung der Namen polnischer Partei- und Regierungsmitglieder, die die sowjetische Delegation begleiteten)

Die Partei- und Regierungsdelegation nahm am Nationalfeiertag der Volksrepublik Polen, dem 15. Jahrestag Volkspolens, teil.

Die Mitglieder der Delegation hatten zahlreiche freundliche Begegnungen und herzliche Unterhaltungen mit Angehörigen der Partei und der öffentlichen Dienste, Arbeitern, Bauern und Vertretern der Wissenschaft und Kultur. Diese Zusammenkünfte

12) Vgl. S. D 258 dieser Folge.

13) Wiedergegeben nach der von TASS am 17. Juni 1959 veröffentlichten deutschen Uebersetzung.

14) Vgl. S. D 262 dieser Folge.

wurden zu einer Demonstration der Verbrüderung und Freundschaft zwischen dem sowjetischen und dem polnischen Volk, einem Beweis für die umfassende, sich ständig verstärkende Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern.

Die Partei- und Regierungsdelegation lernte die großen Erfolge kennen, die das polnische Volk auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens errungen hat. Während der Jahre der Herrschaft des Volkes ist Polen aus einem rückständigen Agrarland zu einem hochentwickelten Industrie- und Agrarland geworden. Verglichen mit dem Vorkriegsstand, hat sich die polnische Industrieproduktion versechsfacht; das Volkseinkommen pro Kopf war 1958 3,2mal höher als vor dem Kriege.

Die sowjetische Delegation stellt mit Genugtuung fest, daß das polnische Volk beträchtliche Erfolge bei dem Wiederaufbau und der Entwicklung seiner Wirtschaft und Kultur in den wiedergewonnenen Gebieten erzielt hat, die im Zweiten Weltkrieg zerstört worden waren. In diesen Gebieten, die einen integrierenden Bestandteil des polnischen Territoriums bilden, sind neue Fabriken und Anlagen gebaut und Dutzende von wissenschaftlichen, kulturellen und erzieherischen Einrichtungen eröffnet worden.

Alle Erfolge der Volksrepublik Polen im sozialistischen Aufbau wurden durch die selbstlose Arbeit des polnischen Volkes unter der bewährten Anleitung durch die PZPR mit der Unterstützung und brüderlichen Hilfe der Sowjetunion und der anderen Länder des sozialistischen Lagers erreicht.

Die Delegationen der Sowjetunion und Polens stellen mit tiefer Genugtuung fest, daß der Vertrag über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Nachkriegszusammenarbeit zwischen der UdSSR und der Republik Polen vom 21. April 1945 eine der wichtigsten Errungenschaften der beiden Völker darstellt. Er entspricht den grundlegenden Interessen der Werktätigen beider Länder.

Die Völker der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen haben ein großes Ziel: den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft. Die sozialistische Gesellschaft ist in der Sowjetunion bereits aufgebaut worden. Der Außerordentliche 21. Kongreß der KPdSU, ein großes Ereignis in der gegenwärtigen Zeit, kennzeichnete den Eintritt der UdSSR in eine neue Periode, die Periode des weitergehenden Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft. Die Entscheidungen des 21. Parteikongresses haben das konkrete Programm für die Errichtung der materiell-technischen Basis des Kommunismus aufgezeigt. Der 21. Parteikongreß hat theoretische Thesen für die Hauptrichtlinien der praktischen Tätigkeiten der KPdSU und des sowjetischen Volkes ausgearbeitet, um so die Ideale des Kommunismus zu verwirklichen.

Beträchtliche Erfolge beim Aufbau des Sozialismus sind in der Volksrepublik Polen erzielt worden. Der jüngste, dritte Kongreß der PZPR hat eine Bilanz der im Laufe der letzten Jahre erzielten Ergebnisse gezogen und weitere majestätische Aufgaben des sozialistischen Aufbaus aufgezeigt, deren Verwirklichung einen großen Schritt auf dem Wege zum Sozialismus in Polen und einen wichtigen Beitrag der Volksrepublik Polen zu der weiteren Stärkung des weltweiten sozialistischen Systems, zu der großen Sache des Triumphs des Sozialismus und des Kommunismus, darstellt.

Die Freundschaft zwischen den Völkern der beiden Länder, gegründet auf tiefer ideologischer Gemeinsamkeit, auf den Leninschen Prinzipien des proletarischen Internationalismus, erstarkt und entwickelt sich immer mehr. Das findet seinen konkreten Ausdruck in der umfassenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Polen beruht auf langfristigen Vereinbarungen. Diese Vereinbarungen, wie alle Vereinbarungen zwischen sozialistischen Ländern, tragen den Interessen jedes individuellen Landes und der Gesamtheit des sozialistischen Lagers Rechnung. Sie bilden eine wichtige Garantie für

weitere Fortschritte aller sozialistischen Länder. Beide Seiten stellen mit Genugtuung fest, daß sich die Handelsumsätze zwischen der Sowjetunion und Polen beträchtlich vergrößert haben, daß die Auswahl der gegenseitig gelieferten Güter beträchtlich zugenommen hat, insbesondere aber, daß der Handel mit Maschinen und industriellen Ausrüstungen gewaltig gesteigert wurde. Die Volksrepublik Polen beliefert die Sowjetunion mit Hochsee-Handelsschiffen und Hochsee-Fischdampfern, mit rollendem Eisenbahnmaterial, verschiedenen Industriegütern, Kohle, Zink, Zucker, Textilien und anderen für die Volkswirtschaft der UdSSR wesentlichen Gütern.

Die Sowjetunion erwies und erweist Polen uneigennützige Hilfe bei der Entwicklung hochwichtiger Zweige der Volkswirtschaft und bei der Errichtung zahlreicher Industrieanlagen. In Uebereinstimmung mit den getroffenen Vereinbarungen hilft die Sowjetunion Polen beim Ausbau des „Lenin-Hütten-Kombinats" und gewährt Polen technische Hilfe bei der Entwicklung seiner Erdöl- und Erdgasförderung sowie des Kupferbergbaus. Die Sowjetunion beliefert Polen mit einer Anzahl sehr wichtiger Rohstoffe, insbesondere Eisenerz, Oel und Getreide. In Verbindung mit dem Arbeitsprogramm zur Mechanisierung der ländlichen Gebiete Polens wird die Sowjetunion in Uebereinstimmung mit den Vereinbarungen Polen bei dem Ausbau der „Ursus-Traktoren-Werke" und bei der Durchführung von Bodenverbesserungsarbeiten behilflich sein.

Beide Seiten vermerken, daß die richtige und zweckmäßige Arbeitsteilung zwischen den sozialistischen Ländern, besonders die Spezialisierung und Kooperierung, auf der gegenwärtigen Entwicklungsetappe des Wirtschaftslebens von besonderer Bedeutung sind. Die Koordination der Volkswirtschaftspläne und das gemeinsame Studium der Produktionsmöglichkeiten und Bedürfnisse eines jeden sozialistischen Landes gestatten, auf wissenschaftlicher Basis eine sozialistische, internationale Arbeitsteilung zu verwirklichen, die die allseitige Entwicklung der nationalen Wirtschaft, die gegenseitige Unterstützung und Hilfe im Aufbau des Sozialismus und Kommunismus sicherstellt.

Die Konferenz von Vertretern der kommunistischen und Arbeiter-Parteien der Mitgliedstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe am 1. Mai 1958 in Moskau und auch die 10. und 11. Sitzungsperiode des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe haben die Wege zur weiteren Perfektion der Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern aufgezeigt und die wirksamste Ausnutzung der dem weltweiten sozialistischen Wirtschaftssystem innewohnenden Vorteile klargemacht. Diese Konferenzen haben erneut die unerschütterliche Einheit und den Zusammenhalt des sozialistischen Lagers demonstriert. Sie kennzeichnen eine neue und wichtige Phase in der Förderung der Zusammenarbeit und brüderlichen gegenseitigen Hilfe zwischen den sozialistischen Ländern. Diese Zusammenarbeit und die unerschöpflichen Hilfsquellen der Länder des sozialistischen Lagers ermöglichen ein vertrauensvolles Vorgehen an einer einzigen Front, wodurch die Wirtschaft schnell entwickelt und der Lebensstandard der Völker dieser Länder gehoben wird.

Die wissenschaftlich-technische und kulturelle Zusammenarbeit ist ebenfalls weitgehend entwickelt worden. Die umfassenden Kontakte zwischen Wissenschaftlern, Spezialisten und Kulturarbeitern beider Länder nehmen von Jahr zu Jahr zu. Die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Forschungsinstituten ähnlicher Art bei der Ausarbeitung wissenschaftlicher Probleme und Produktionsfragen hat sich in letzter Zeit immer weiter verbreitet.

Beide Seiten stellen mit Genugtuung fest, daß in Uebereinstimmung mit der Vereinbarung vom 25. März 1957 über die Bedingungen und Ordnung der Repatriierung von polnischen Staatsangehörigen aus der Sowjetunion die Heimführung von polnischen Staatsangehörigen aus der Sowjetunion in diesem Jahr erfolgreich beendet wurde.

Die Volksrepublik Polen und die Sowjetunion sind davon überzeugt, daß die Festigung des mächtigen sozialistischen Lagers die weitere schnelle Entwicklung unserer

Länder, die Vermeidung der Drohung eines Weltkrieges und den Schutz der Sicherheit der Völker garantiert. Der größtmögliche Ausbau der brüderlichen sowjetisch-polnischen Freundschaft bedeutet einen wesentlichen Beitrag zur weiteren Stärkung der Einheit und Geschlossenheit der Länder des sozialistischen Lagers, trägt zur Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit bei und hat den Triumph der Idee der friedlichen Koexistenz von Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zur Folge. Beide Seiten gaben ihrem Entschluß Ausdruck, die brüderliche Freundschaft der beiden Völker, beruhend auf den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, auch künftighin zu stärken, die politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe allseitig auszubauen und einen noch engeren Zusammenschluß aller Länder des sozialistischen Lagers herbeizuführen.

Die Delegationen der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen erörterten in einer Atmosphäre von Herzlichkeit und völligem Einvernehmen einen breiten Fragenkreis und konstatierten übereinstimmende Ansichten in allen wichtigen Fragen der gegenwärtigen internationalen Lage. Es wurde erneut bestätigt, daß die Erhaltung und Festigung des Friedens das Hauptproblem bildet, das die ganze fortschrittliche Menschheit bewegt.

Die Außenpolitik der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen richtet sich auf die Beseitigung der Drohung eines neuen Krieges, auf die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, die Verminderung der internationalen Spannungen und die umfassende Entwicklung der gegenseitigen Zusammenarbeit zwischen allen Staaten auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils. Die Erfolge der Länder des mächtigen sozialistischen Lagers werden zu einem immer größeren Anwachsen und einer Konsolidierung der friedliebenden Kräfte in der ganzen Welt führen; das weitere Wachsen und die Konsolidierung des Weltsystems des Sozialismus schafft unüberwindliche Hindernisse auf dem Weg der aggressiven Kreise. Die sozialistischen Länder, an erster Stelle die Sowjetunion, haben eine Reihe konkreter Vorschläge zur Regelung dringender internationaler Probleme auf dem Verhandlungswege unterbreitet. Diese Vorschläge finden einen ständig zunehmenden Widerhall sowohl unter der Arbeiterschaft als auch in verschiedenen politischen Kreisen aller Länder. Für die breite Oeffentlichkeit wie auch für die verschiedenen politischen Kräfte in der kapitalistischen Welt wird es immer deutlicher, daß keine Politik der Stärke imstande ist, den dominierenden Prozeß der gegenwärtigen Entwicklung der sozialistischen Kräfte aufzuhalten oder die nationalen Befreiungsbewegungen zu unterdrücken. Nur die friedliche Koexistenz und der friedliche Wettbewerb beider Systeme können den Ausbruch eines Krieges verhindern. Die Existenz des sozialistischen Lagers und seine immer wachsende Kraft haben unübersteigbare Schranken allen Versuchen gesetzt, der Welt Beschlüsse von der Position der Stärke aus aufzuzwingen.

Die aggressiven imperialistischen Kreise, die aus dem Kalten Krieg bis jetzt den größten Profit gezogen haben, wollen sich aber nicht mit der Tatsache abfinden, daß die Politik der Stärke in eine Periode einer sich immer mehr vertiefenden Krise getreten ist. Sie weisen hartnäckig alle Vorschläge zurück, die zur Verminderung der Spannung beitragen könnten, und unternehmen alle möglichen Schritte, um die Entspannung zu hintertreiben und die internationale Lage gar zu verschärfen. Dies ist die Bedeutung der Politik der aggressiven Kreise der USA und der NATO-Führer, die auf eine Beschleunigung der Atomrüstung und die Lieferung von Atomwaffen an die westdeutschen Militaristen und Revanchisten gerichtet ist; dies ist die Bedeutung der Beschleunigung des Aufbaus von Atom- und Raketenstützpunkten der NATO rings um die Länder des sozialistischen Lagers.

Ernste Aufmerksamkeit schenkten die Delegationen der Erörterung von Deutschland betreffenden Fragen. Es wurde einmütig festgestellt, daß der Abschluß eines Friedens-

vertrages mit Deutschland und die Beseitigung des Besatzungsregimes in West-Berlin die wichtigsten Fragen sind, die unverzüglich gelöst werden müssen. Völlig anomal und untragbar ist es, daß das deutsche Volk bis jetzt immer noch keinen Friedensvertrag hat und in West-Berlin das Besatzungsregime fortbesteht.

Diese Sachlage, die von dem Frieden feindlich gesinnten Kräften und besonders von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die bestrebt ist, die politische Lage in Europa zu verschärfen, ausgenutzt wird, schafft eine ernste Gefahr für den Frieden. Die Militarisierung Westdeutschlands wird besonders gefährlich angesichts der Schritte der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die dazu bestimmt sind, die Bundeswehr mit Raketen- und Atomwaffen auszustatten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der westdeutsche Militarismus, der sich auf die atlantische Konzeption der Politik der Stärke stützt und auf die Fortdauer der Spannung in den internationalen Beziehungen hofft, bemüht ist, eine herrschende Stellung in Westeuropa zu erlangen, um in Zukunft eine imperialistische wirtschaftliche und militärische Expansion zu entfalten, wie sie im Verlauf der letzten 50 Jahre die Welt zweimal in verheerende Kriege gestürzt hat und dem deutschen Volk nichts als Schwierigkeiten, Tod und Zerstörung gebracht hat. Die deutsche Bundesregierung unterstützt die Tätigkeit revanchistischer Kreise; sie ist die einzige Regierung in Europa, die anderen Staaten gegenüber Gebietsansprüche stellt; sie ist bestrebt, die Teilung Europas in sich gegenüberstehende militärische Blocks zu verschärfen, indem sie die Normalisierung ihrer Beziehungen mit vielen Ländern im Osten Europas vermeidet.

Die revanchistischen und militaristischen Kreise in Westdeutschland, deren Interessen durch Kanzler Adenauer vertreten werden, handeln gegenwärtig als der Hauptgegner einer Minderung der internationalen Spannung und als die Verfechter der Anfachung des Kalten Krieges. Eine solche Politik ist für die Völker der Welt, insbesondere für diejenigen, die erst vor fünfzehn Jahren im Kampf gegen das Hitlertum litten, unannehmbar.

Die Delegationen der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen vertreten den Standpunkt, daß die Genfer Außenministerkonferenz eine gewisse positive Arbeit geleistet hat. Auf der Konferenz kamen die verschiedenen Standpunkte in einzelnen Fragen besser zur Geltung. Vorhandene Differenzen wurden präzisiert und Versuche zu einer Annäherung der Ansichten der Konferenzpartner unternommen. Gleichzeitig stellen die Delegationen mit Bedauern fest, daß die Genfer Konferenz wegen der Haltung der Westmächte bis jetzt keine Verständigung über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Normalisierung der Lage in West-Berlin erzielen konnte.

Die gegenwärtige Haltung der Westmächte und der Bundesregierung rückt das von allen Völkern erwartete Uebereinkommen in weitere Ferne und kann so zu einer weiteren Verschärfung der Lage führen, die voll von Gefahren für die Sache des Friedens in Europa ist.

Beide Delegationen sind der Meinung, daß ein Treffen der Regierungschefs für die Lösung der Hauptprobleme unserer Zeit von großer Wichtigkeit wäre. Bei einem solchen Zusammentreffen könnten die dringendsten Probleme der internationalen Lage erörtert und entsprechende Beschlüsse gefaßt werden, die sicherlich zur Verminderung der internationalen Spannung beitragen würden.

Beide Seiten unterstreichen das besondere Recht Polens und der Tschechoslowakei, bei Konferenzen zwischen Ost und West an der Behandlung von Fragen teilzunehmen, die das deutsche Problem und die europäische Sicherheit berühren. Beide Seiten bedauern, daß die Haltung der Westmächte trotz zahlreicher immer wieder von der Sowjetunion vorgetragener Vorschläge Polen und der Tschechoslowakei bisher die Möglichkeit verwehrt hat, ihren eigenen Beitrag zu der Arbeit dieser Konferenzen zu leisten.

Beide Delegationen erklären, daß die Sowjetunion und die Volksrepublik Polen auch weiterhin konsequent für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland kämpfen werden. Es ist voll verständlich, daß die beste Lösung der Frage der Abschluß eines Friedensvertrages mit einer gesamtdeutschen Regierung oder irgendeiner anderen bevollmächtigten Vertretung Gesamtdeutschlands wäre. Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage gelangen beide Seiten zu der Auffassung, daß unter den heutigen Bedingungen ein Friedensvertrag mit den beiden bestehenden deutschen Staaten unterzeichnet werden muß. Wenn aber die aggressiven Kreise des Westens die friedliche Regelung auf dieser Grundlage vereiteln, so werden die Volksrepublik Polen und die Sowjetunion einen Friedensvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik unterzeichnen. Sie sind sicher, daß ein Friedensvertrag mit der DDR auch von anderen Staaten unterzeichnet werden wird, die an der Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa wirklich interessiert sind.

Ausgehend von der Tatsache, daß die Aufrechterhaltung eines Besatzungsregimes in West-Berlin mit ernsten Komplikationen der internationalen Lage beladen ist, erklären die Delegationen der Volksrepublik Polen und der Sowjetunion, daß eine Situation, die die Beibehaltung des Besatzungsregimes in West-Berlin für unbestimmte Zeit bedeuten würde, nicht länger geduldet werden kann. Die Gewährung eines garantierten Status einer Freien Stadt an West-Berlin würde bis zur Wiedervereinigung Deutschlands eine mögliche und durchaus reife Entscheidung dieser Frage sein.

Die Völker Polens und der Sowjetunion erklären ihre Solidarität mit der DDR und unterstützen die DDR, den ersten Arbeiter- und Bauernstaat in der deutschen Geschichte, der den Sozialismus erfolgreich aufbaut und einen aktiven Kampf für die Sicherheit in Europa führt. Beide Seiten nehmen mit Genugtuung davon Kenntnis, daß die Regierung der DDR einen erheblichen Beitrag zu den Anstrengungen der friedliebenden Völker geleistet hat, die auf einen schnellen Abschluß eines deutschen Friedensvertrages, die Regelung des Berlin-Problems und die Wahrung der europäischen Sicherheit gerichtet sind.

Wenn jedoch die anomale Lage in West-Berlin entgegen dem guten Willen der DDR und der anderen sozialistischen Länder nicht beseitigt wird, werden Polen und die Sowjetunion die DDR bei solchen Maßnahmen unterstützen, die diese im Rahmen ihrer souveränen Rechte zur Beseitigung der anomalen Lage in West-Berlin zu ergreifen für notwendig erachtet.

Die Volksrepublik Polen und die Sowjetunion unterstützen voll und ganz den Vorschlag der DDR auf Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland und den Vorschlag der DDR über den Verzicht der beiden deutschen Staaten auf Atom- und Raketenwaffen.

Die Regierungen Polens und der Sowjetunion haben erneut bestätigt, daß die Grenze entlang der Oder und der Lausitzer Neiße die einzige legitime, gerechte und unantastbare Grenze zwischen Polen und Deutschland ist.

Die Sowjetunion und andere sozialistische Länder haben wiederholt konstruktive Vorschläge über die Minderung der internationalen Spannungen und die Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens zwischen den Ländern unterbreitet. Die Volksrepublik Polen und die Sowjetunion haben stets die Beendigung des Rüstungswettlaufs, die allgemeine Abrüstung und das volle und bedingungslose Verbot von Atom- und Wasserstoffwaffen befürwortet, damit diese ein für allemal aus der Rüstung ausgeschaltet werden. Die beiden Regierungen befürworten diese Vorschläge auch weiterhin.

Die Westmächte, an erster Stelle die Vereinigten Staaten, widersetzen sich hartnäckig dem Verbot dieser Waffen. Nur weil die Westmächte die Drohung der Anwendung von Atomwaffen zur Grundlage ihrer Außenpolitik gemacht haben, ist es bisher nicht möglich gewesen, dieses wichtigste Problem unserer Zeit zu lösen.

Die Regierungen der UdSSR und Polens betonen erneut, daß sie den Vorschlag für den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrags und des Nordatlantikpaktes unterstützen. Der Abschluß eines solchen Paktes wäre ein wichtiges Mittel zur Minderung der internationalen Spannung und würde zur Stärkung des Vertrauens und zur Schaffung von Bedingungen für eine friedliche Regelung von Streitfragen beitragen.

Die sowjetische Regierung erklärte erneut, daß sie den Vorschlag der Volksrepublik Polen für die Bildung einer atom- und raketenwaffenfreien Zone in Mitteleuropa unterstützt. Dieser Vorschlag könnte, wenn er angenommen werden sollte, zu einem wichtigen Schritt auf dem Wege zur Minderung der internationalen Spannung in Europa und zur Beseitigung der Drohung eines atomaren Vernichtungskrieges auf dem europäischen Kontinent werden. Eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa könnte zu einem wichtigen Bindeglied bei der Bildung eines atomwaffenfreien Gürtels werden, der die beiden sich gegenüberstehenden militärischen Gruppierungen voneinander trennt. Das Bestehen eines solchen Gürtels würde die Länder des Ostseeraums und der skandinavischen Halbinsel von der Drohung eines Atomkrieges befreien.

Zur Zeit sind die Bedingungen gegeben, daß die Völker des Ostseeraumes und Skandinaviens Anstrengungen unternehmen, um im Ostseeraum eine Zone der friedlichen Koexistenz von Ländern mit verschiedener Gesellschaftsordnung zu bilden. Es bestehen für diese Länder alle Voraussetzungen zur Entwicklung gegenseitiger wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit im Interesse ihrer Völker für die Schaffung einer Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens, damit die Ostsee zu einem Meer des Friedens wird. Beide Seiten begrüßen jede Initiative, die zur Minderung der Spannung und zur Gewährleistung der gegenseitigen Sicherheit und eines dauerhaften Friedens in diesen Gebieten dient, und sind bereit, entsprechende Vorschläge gemeinsam zu prüfen.

Die Volksrepublik Polen und die Sowjetunion setzen sich voll und ganz für den Vorschlag zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone auf der Balkan-Halbinsel ein. Eine Weigerung aller Länder dieses Raumes, die Anlage von Atom- und Raketenstützpunkten auf ihren Gebieten zu gestatten, wäre ein wichtiger Beitrag zur Sache des Friedens und der Sicherheit auf dem Balkan.

In Anbetracht der Tatsache, daß imperialistische Kreise ihre gegen die sozialistischen Länder gerichteten militärischen Vorbereitungen beschleunigen, betonen beide Seiten die Notwendigkeit einer weiteren Stärkung des Warschauer Vertrages, der in der gegenwärtigen internationalen Lage einen mächtigen Faktor für den Frieden und die Sicherheit seiner Mitglieder darstellt. Dennoch werden die Volksrepublik Polen und die Sowjetunion jeden vernünftigen Plan unterstützen, der geeignet ist, die Streitkräfte der Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Vertrages zu vermindern, ebenso wie andere Maßnahmen zur Minderung der internationalen Spannung.

Beide Seiten bekunden ihre warme Sympathie und Unterstützung für alle Kolonial- und Halbkolonialvölker, die tapfer gegen alle Formen des Kolonialismus, für die Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Länder kämpfen.

Die beiden Delegationen unterstützen voll und ganz das legitime und souveräne Recht des großen chinesischen Volkes auf die Befreiung und Vereinigung all seiner Territorien einschließlich Taiwans und der Küsteninseln. Beide Seiten schätzen die friedliebende Politik der Volksrepublik China und ihren Beitrag zur Sache des Friedens und des Fortschritts, zur Sache der Vergrößerung der Einheit der sozialistischen Länder und fordern entschlossen, daß der Volksrepublik China ihr rechtmäßiger Sitz in den Vereinten Nationen gegeben wird.

Die Volksrepublik Polen und die Sowjetunion sind entschlossen, gemeinsam mit allen friedliebenden Nationen alles nur Mögliche zu tun, um die internationale Spannung

zu vermindern. Sie werden für die Festigung des Friedens zwischen den Nationen und für den Ausbau wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zwischen allen Ländern auf der Basis des gegenseitigen Vorteils und der Prinzipien der friedlichen Koexistenz der Staaten ungeachtet ihrer sozialen Systeme arbeiten.

Die leitenden Persönlichkeiten der KPdSU und der PZPR tauschten Informationen über die Tätigkeit ihrer Parteien aus, erörterten Fragen der Beziehungen zwischen ihnen sowie aktuelle Probleme der internationalen kommunistischen und Arbeiter-Bewegung. Vertreter beider Parteien stellen mit Befriedigung fest, daß die Erklärung der kommunistischen und Arbeiter-Parteien, die im November 1957 in Moskau gebilligt wurde, zu einem militanten Aktionsprogramm der kommunistischen und Arbeiter-Bewegung in der ganzen Welt geworden ist. Die Erfahrung hat die Richtigkeit der in der Erklärung enthaltenen Schlußfolgerungen bestätigt. Getreu den Grundsätzen der Deklaration und des Friedensmanifestes betrachten es beide Parteien als ihre internationale Verpflichtung, diese Prinzipien und Ideen auch weiterhin aufrechtzuerhalten, um so die Einheit der sozialistischen Länder und die kommunistische und Arbeiter-Bewegung in der ganzen Welt auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus zu festigen.

Beide Parteien halten es für ihre heilige Pflicht, den Revisionismus als die Hauptgefahr für die kommunistische und Arbeiter-Bewegung sowie den Dogmatismus und das Sektierertum, die eine Loslösung von den Massen zur Folge haben, weiterhin unerbittlich zu bekämpfen. Die historischen Beschlüsse des 21. Parteikongresses der KPdSU, die neue großartige Möglichkeiten für die Entwicklung des sozialistischen Systems in aller Welt und zur weiteren Stärkung der Einheit der kommunistischen und Arbeiter-Bewegung in aller Welt und des sozialistischen Lagers eröffneten, sind ein weiterer Beweis für die unbesiegbare Stärke des Marxismus-Leninismus. Die Verwirklichung des vom Kongreß gebilligten Siebenjahrplanes wird den größten Triumph der marxistisch-leninistischen Doktrin, einen neuen und überzeugenden Beweis der Ueberlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus darstellen. Die Beschlüsse des 3. Kongresses der PZPR haben einen wichtigen Beitrag zur internationalen Arbeiterbewegung und der Sache des Aufbaus des Sozialismus in Polen geleistet.

Im Verlauf der Verhandlungen wurden auch konkrete Maßnahmen zur weiteren Stärkung der Verbindungen und zur Erweiterung der Kontakte zwischen der PZPR und der KPdSU sowie eine Erweiterung des Erfahrungsaustausches in der Parteiarbeit erörtert. Beide Seiten stellen mit Genugtuung fest, daß die Kontakte zwischen der PZPR und der KPdSU und die Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien immer enger und vielseitiger geworden sind. Kontakte zwischen polnischen Provinzen und Städten und sowjetischen Gebietskörperschaften und Städten werden ständig erweitert.

Beide Seiten sind entschlossen, die freundschaftlichen Beziehungen und die brüderliche Zusammenarbeit zwischen der KPdSU und der PZPR und den gegenseitigen Erfahrungsaustausch in der Parteiarbeit auszubauen und zu vertiefen. Sie betonten, daß die unzerstörbare Einheit aller kommunistischen und Arbeiter-Parteien, die sich auf die Prinzipien des Marxismus-Leninismus gründet, den Interessen aller Arbeiter und der Sache des Friedens und des Sozialismus dient.

Der freundschaftliche Gegenbesuch der Partei- und Regierungsdelegation der Sowjetunion in der Volksrepublik Polen, der sich zu einer markanten Manifestation der brüderlichen Freundschaft und des brüderlichen Bündnisses der beiden Länder gestaltete, wird die weitere Entwicklung und den Ausbau der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen dem sowjetischen und dem polnischen Volk, zwischen den Völkern des gesamten sozialistischen Lagers fördern und der Festigung des Weltfriedens dienlich sein.

Quelle: *BBC Monitoring Service, Summary of World Broadcasts*, Eastern Europe, Nr. 86, 24. Juli 1959. Uebersetzung des Europa-Archivs (in Anlehnung an eine Kurzfassung des deutschen Dienstes der *TASS)*.

Die Vereinbarung von Stockholm über die Schaffung einer europäischen Freihandelsvereinigung

Redaktionelle Vorbemerkung

„Obgleich die Entscheidung in Stockholm heute als ein vernünftiger taktischer Zug erscheinen mag, kann es sich im Rückblick herausstellen, daß sie ein weiterer Wendepunkt in den Beziehungen Großbritanniens zu Europa war." Mit diesen Worten schließt eine vorläufige Würdigung der Vereinbarung von Stockholm über die Schaffung einer europäischen Freihandelsvereinigung durch Miriam *Camps*, die soeben von der bekannten unabhängigen britischen Forschungsvereinigung PEP (Political and Economic Planning) veröffentlicht wurde[1]. Die *National and English Review* ist in ihrer Beurteilung noch pessimistischer und veröffentlicht in ihrer Septembernummer einen Beitrag mit der Ueberschrift „Dieser Plan wird Europa spalten".[2] Solche besorgten Stimmen sind derzeit noch in der Minderzahl. Es überwiegt die Meinung, daß die „Kleine Freihandelszone" der „Aeußeren Sieben" nach einer wahrscheinlich schwierigen Uebergangsperiode doch noch zur Schaffung einer multilateralen europäischen Wirtschaftsassoziation führen werde, in der alle Mitgliedstaaten der OEEC wieder zusammenfinden.

Wie dem auch sei, die Entwicklung, die zu der Vereinbarung von Stockholm führte, bedarf jedenfalls der sorgfältigsten Beachtung und einer gründlichen Analyse. An ihrem Anfang stehen Verhandlungen der Industrieverbände und Arbeitgeberorganisationen Großbritanniens, Dänemarks, Norwegens, Oesterreichs, Schwedens und der Schweiz, die sich bereits im Frühjahr 1958 mit möglichen Alternativlösungen für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen über eine europäische Freihandelszone beschäftigten. Noch war das Hauptmotiv der am 14. April 1958 veröffentlichten gemeinsamen Erklärung dieser Verbände[3] die Stärkung der Verhandlungsposition gegenüber den „Sechs", aber als sich im Herbst die Aussichten auf eine Freihandelszone verschlechterten, trat der Gedanke einer Alternativlösung in den Vordergrund, der vor allem von seiten Schwedens vorgetragen wurde, was aber wohl nicht ohne Fühlungnahme mit London geschehen ist.

Wenngleich nun die Verhandlungen der Industrie- und Arbeitgeberverbände der „Aeußeren Sechs" nach dem Scheitern der Bemühungen um eine alle Mitgliedstaaten der OEEC umfassende Freihandelszone[4] mit Wissen und stillschweigender Zustimmung der Regierungen intensiviert wurden, so übten die Regierungen doch noch starke Zurückhaltung. Am 21. November wurde in Bern amtlich bekanntgegeben, daß Großbritannien, Norwegen, Schweden, Dänemark, Oesterreich und die Schweiz beschlossen hatten, Anfang Dezember in Genf zu einer Konferenz zusam-

[1]) Vgl. Miriam *Camps*, „The European Free Trade Association. A Preliminary Appraisal". PEP Occasional Paper No. 4, 7. September 1959, S. 35.

[2]) Vgl. Leonard *Gaunt*, „This Plan will split Europe" in: *The National and English Review*, Vol. 153, September 1959, No. 919, S. 77—79.

[3]) Vgl. „Free Trade in Western Europe. A joint statement by the Industrial Federations and Employers Organisations of Austria, Danmark, Norway, Sweden, Switzerland, the United Kingdom, Paris, 14. April 1958."

[4]) Vgl. hierzu das Weißbuch der britischen Regierung vom 3. Januar 1959 über den Verlauf der Verhandlungen über eine europäische Freihandelszone in Europa-Archiv 4/1959, S. D 77 bis D 86, hier insbesondere Ziffer 17 des Weißbuches auf S. D 80, ferner die Dokumentenpublikation der britischen Regierung „Negotiations for a European Free Trade Area. Documents Relating to the Negotiations from July, 1956, to December, 1198" (Cmnd. 641, Januar 1959) sowie OEEC-Document C (58) 267 vom 12. Dezember 1958.

menzutreten, um die Lage zu prüfen, die infolge des Abbruchs der Verhandlungen zur Schaffung einer Freihandelszone entstanden war. An den am 1. und 2. Dezember 1959 in Genf abgehaltenen vertraulichen Besprechungen hoher Regierungsbeamter nahm außer den genannten Ländern auch noch Portugal teil.

Inzwischen hatte die Kommission der EWG dem Ministerrat den sogenannten „Hallstein-Bericht" vorgelegt[5], und die Fronten hatten sich verfestigt. Wie dieser Bericht hervorhob, „müssen hinfort drei große wirtschaftliche Einheiten als Antriebskräfte der Wirtschaft in der freien Welt angesehen werden: die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft". Der Grundgedanke des Hallstein-Berichtes war, daß die Konzeption der Freihandelszone nicht geeignet war, die Probleme der europäischen wie der weltweiten wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu lösen, und daß man auf pragmatische Weise nach neuen Wegen zu einer europäischen Wirtschaftsassoziation suchen müsse, ohne dabei den Zusammenhalt der „Sechs" zu lockern.

Auf den nächsten Zusammenkünften der „Sieben" am 21. Februar in Oslo und danach am 17. und 18. März in Stockholm und schließlich auf einer weiteren Konferenz von Regierungsbeamten vom 1. bis zum 13. Juni 1959 in Saltsjöbaden bei Stockholm wurde die Möglichkeit der Bildung einer engen handelspolitischen Verbindung der vertretenen Länder geprüft und den Regierungen ein Plan für eine europäische Freihandelsvereinigung zur Stellungnahme unterbreitet.

Am 20. und 21. Juli fand dann die Stockholmer Ministerkonferenz statt, in deren Verlauf die Minister beschlossen, ihren Regierungen die Schaffung einer europäischen Freihandelsvereinigung der sieben Länder zu empfehlen. Die Minister stimmten dem auf der Konferenz von Saltsjöbaden ausgearbeiteten Entwurf des Plans für eine europäische Freihandelsvereinigung zu und beauftragten einen Sachverständigenausschuß mit der Ausarbeitung einer Konvention auf der Grundlage dieses Entwurfs und der Konferenzgespräche. Diese Konvention soll den Ministern bis spätestens 31. Oktober 1959 vorgelegt werden.

Ueber den Verlauf und das Ergebnis der Konferenz von Stockholm unterrichtet ein amtliches Kommuniqué (vgl. den Wortlaut auf S. D 267 dieser Folge). Darüber hinaus erstatteten die Minister nach ihrer Rückkehr aus Stockholm detaillierte Berichte. (Vgl. den Wortlaut des Berichts des österreichischen Handelsministers, Fritz *Bock*, auf S. D 280 dieser Folge.)

Der von der Ministerkonferenz in Stockholm gebilligte Entwurf für eine europäische Freihandelsvereinigung (vgl. den Wortlaut auf S. D 269 dieser Folge) sieht eine Beseitigung aller Zölle unter den Mitgliedsländern bis zum 1. Januar 1970 vor. Das Nahziel ist eine zwanzigprozentige Zollsenkung zwischen den sieben Staaten, die am 1. Juli 1960 in Kraft treten soll. Alle mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen zwischen den Mitgliedstaaten sollen bis zum Ende der Uebergangsperiode, d. h. bis zum 1. Januar 1970, aufgehoben werden.

Betrachtet man nun den Stand der europäischen Integration nach der Konferenz von Stockholm, so ergibt sich, daß die Türkei und Griechenland die Assoziierung zur EWG beantragt haben, während Portugal sich der Freihandelsvereinigung zugewandt hat. Spanien, das bisher nur dem Ministerausschuß der OEEC für Landwirtschaft angehörte, ist am 20. Juli 1959 als 18. Mitglied der OEEC beigetreten. Jugoslawien, das bisher nur in einem sehr lockeren Verhältnis an den Arbeiten der OEEC beteiligt war, hat durch seine Aufnahme in den Ministerausschuß der OEEC für Landwirtschaft am 29. Juli 1959 etwa den bisherigen Status Spaniens in der OEEC erreicht. Für Finnland hat der Minister für Handel und Industrie, *Karjalainen*, der an der Konferenz von Stockholm teilnahm, das Interesse an der Freihandelsvereinigung unterstrichen, gleichzeitig aber erklärt, daß es im gegenwärtigen Stadium nicht möglich sei, die Haltung Finnlands endgültig festzulegen. Inwieweit die Bildung einer kleinen Freihandelszone die Pläne zur Errichtung eines gemeinsamen nordischen Marktes berühren wird, wird erst die Zukunft zeigen.

[5]) Vgl. European Economic Community: First Memorandum from the Commission of the European Economic Community to the Council of Ministers of the Community, Brüssel, 26. Februar 1959.

Kommuniqué vom 21. Juli 1959 über die Stockholmer Ministerkonferenz

Minister aus Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Oesterreich, Portugal, Schweden und der Schweiz traten am 20. und 21. Juli 1959 in Stockholm unter dem Vorsitz des schwedischen Handelsministers Lange zusammen. Die folgenden Minister nahmen an der Konferenz teil: Dänemark: Außenminister J. O. Krag und der Minister für Wirtschaft und Nordische Beziehungen B. Dahlgard; Großbritannien: Schatzkanzler D. Heathcoat Amory und Generalzahlmeister Reginald Maudling; Norwegen: Handelsminister A. Skaug und Finanzminister T. M. Bratteli; Oesterreich: Außenminister B. Kreisky und der Minister für Handel und Wiederaufbau, F. Bock; Portugal: Handelsminister J. G. Correia de Oliveira; Schweden: Handelsminister G. Lange und Landwirtschaftsminister Genetzen; Schweiz: der Leiter des Politischen Departements, M. Petitpierre, und der Leiter des Departements für Volkswirtschaft, T. Holenstein.

Die Minister beschlossen, ihren Regierungen die Schaffung einer Europäischen Freihandelsvereinigung der sieben Länder zu empfehlen. Ziel dieser Vereinigung wäre eine Stärkung der Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten durch Förderung der wirtschaftlichen Expansion, Hebung des Lebensstandards und Sicherung der finanziellen Stabilität. Die Minister bestätigen, daß sie mit der Errichtung einer Europäischen Freihandelsvereinigung den Zweck verfolgen, eine Möglichkeit für baldige Verhandlungen sowohl mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als auch mit den übrigen Mitgliedern der OEEC zu schaffen, die vor speziellen, eine besondere Lösung verlangenden Problemen stehen. Ziel dieser Verhandlungen sollte die Abschaffung der Handelsgrenzen und die Errichtung einer multilateralen Vereinigung sein, die alle Mitglieder der OEEC umfaßt. Die Regierungen wären dann in der Lage, die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas innerhalb der OEEC zu intensivieren und die Ausweitung des Welthandels voranzutreiben. Die Minister stimmten dem Entwurf des Plans für eine Europäische Freihandelsvereinigung zu, der auf ihren Beschluß veröffentlicht werden soll, und beauftragten Vertreter damit, auf der Grundlage dieses Entwurfs und der Konferenzgespräche eine Konvention auszuarbeiten und den Ministern bis spätestens 31. Oktober 1959 vorzulegen.

Sie beschlossen ferner, daß die mit der Ausarbeitung der Konvention beauftragten Vertreter als ein offizieller Ausschuß zusammentreten sollen, der die Regierungen in Fragen, die sich für andere Länder aus der Errichtung der Freihandelsvereinigung ergeben, beraten und vor allem das Problem künftiger Verhandlungen mit dem Ziel einer weitergefaßten Vereinigung prüfen soll. Alle Regierungen, die auf dem Treffen vertreten waren, sprachen sich für die Errichtung ständiger Vertretungen bei der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft aus, um damit den Kontakt zu der Gemeinschaft zu fördern. Dänemark hat diesen Schritt bereits getan. Für Industrieprodukte sieht der Plan Bestimmungen vor über die Abschaffung von Zöllen und Mengenrestriktionen, über die Sicherung eines fairen Wettbewerbs und über den Ursprungsnachweis der Waren, die frei zwischen den Mitgliedsländern gehandelt werden sollen. Unmittelbares Ziel ist die Senkung der Zölle um 20 vH am 1. Juli 1960. Die Minister beschlossen, daß für die Landwirtschaft ein Sonderabkommen getroffen werden sollte. Es sollte vereinbarte Ziele der Agrar- und Ernährungspolitik festlegen, für geeignete Fälle gegenseitige Konsultationen vorsehen und darauf abgestellt sein, die Ausweitung des Handels zwischen den Mitgliedern zu erleichtern, unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, ein ausreichendes Maß an Reziprozität unter den Mitgliedern zu erreichen. Die Minister stellten fest, daß zur Erzielung der gewünschten Reziprozität bereits bilaterale Vereinbarungen zwischen einigen Mitgliedstaaten getroffen worden sind und weitere Vereinbarungen dieser Art in Aussicht stehen.

Fisch und andere Fischereiprodukte sollten unabhängig von der Landwirtschaft als ein separates Problem behandelt werden. Vorschläge für eine Sonderregelung mit dem Ziel, den Handel mit diesen Erzeugnissen zu verstärken und freizügiger zu gestalten, sind vorgelegt worden und sollen sorgfältig geprüft werden. Ueber diese Frage werden die Regierungen weiterverhandeln. Die Minister vereinbarten, daß die institutionellen Organe so einfach wie möglich sein sollten. Das leitende Gremium wird ein Ministerrat sein. Alle Beschlüsse über neue Verpflichtungen müssen einstimmig gefaßt werden. In bestimmten Fällen, die keine neuen Verpflichtungen betreffen, ist Mehrheitsbeschluß vorgesehen.

Während der Konferenz gab der Außenminister Dänemarks, Krag, seitens der dänischen, norwegischen und schwedischen Delegationen im Hinblick auf die Verhandlungen zur Errichtung eines Gemeinsamen Nordischen Marktes folgende Erklärung ab:

„Die Verhandlungen über die Errichtung eines Gemeinsamen Nordischen Marktes, an denen sich auch Finnland beteiligt, haben bereits ein fortgeschrittenes Stadium erreicht. Aus Beziehungen zwischen dem Nordischen Markt und der Freihandelsvereinigung ergeben sich Fragen, auf die wir noch zurückkommen müssen. Die Verhandlungen zwischen den nordischen Staaten haben zu dem Entwurf eines Plans für eine nordische wirtschaftliche Zusammenarbeit einschließlich eines nordischen Gemeinsamen Marktes geführt. Dieser Plan wurde den Ministerdelegationen von Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden vorgelegt, die am 11. und 12. Juli in Kunglav zusammentraten. Die Delegationen vertraten die Auffassung, daß die Pläne für eine nordische wirtschaftliche Zusammenarbeit der geplanten Europäischen Freihandelsvereinigung der sieben Staaten angepaßt werden sollten. Die nordischen Staaten sind entschlossen, ihre Arbeit auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit untereinander fortzusetzen und den neuen Bedingungen anzupassen. Die nordischen Delegationen werden die anderen Staaten über die weitere Entwicklung ihrer Pläne für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit laufend unterrichten. Sie werden bereit sein, alle Fragen von gemeinsamem Interesse, die sich aus ihren Plänen ergeben, mit den anderen Mitgliedern der Freihandelsvereinigung zu erörtern."

Die Minister forderten Handelsminister Lange auf, die OEEC und den geschäftsführenden Sekretär des GATT in ihrem Namen davon in Kenntnis zu setzen, daß sie die Schaffung einer Europäischen Freihandelsvereinigung empfohlen haben. Da Finnland der nordischen Gruppe angehört und diese eine wirtschaftliche Zusammenarbeit der nordischen Staaten plant, wurde der finnische Minister für Handel und Industrie, Karjalainen, gebeten, auf der Konferenz eine Erklärung über die Einstellung der finnischen Regierung zu dem Plan einer Freihandelsvereinigung abzugeben. Karjalainen verwies auf Finnlands Beteiligung an den Plänen der nordischen Staaten für eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit und hob das Interesse und die Bedeutung hervor, die der Plan einer Freihandelsvereinigung für Finnland in wirtschaftlicher Hinsicht hat. Er betonte jedoch, Finnland werde in diesem Zusammenhang nur Zoll- und Handelsabkommen abschließen, sofern sie mit seiner erklärten Außenpolitik auf Grund der bestehenden internationalen Abmachungen sowie seinen traditionellen Handelsbeziehungen, einschließlich der bilateralen Handelsabkommen, im Einklang stünden.

Da die finnische Regierung keine Gelegenheit gehabt habe, die Diskussionen über den Plan einer Freihandelsvereinigung zu verfolgen, und die finnischen Legislativorgane sich mit der Angelegenheit noch nicht befaßt hätten, sei es, wie Karjalainen erklärte, im gegenwärtigen Stadium nicht möglich, die Haltung Finnlands endgültig festzulegen. Seine Regierung hoffe, die Möglichkeit zu haben, die weiteren Erörterungen über den Plan einer Freihandelsvereinigung genauer zu verfolgen. Die Minister der sieben Länder nahmen die Erklärung Finnlands zur Kenntnis und vereinbarten, daß Finnland als Mitglied der nordischen Gruppe diese Möglichkeit erhalten soll.

Quelle: „Stockholm Draft Plan for a European Free Trade Association", London: HMSO, Cmnd. 823. Deutscher Text: *British Information*, Nr. 410, 20. August 1959.

Entwurf für eine Europäische Freihandelsvereinigung

(fertiggestellt von Sachverständigen in Saltsjöbaden am 13. Juni 1959)

I. Bestimmungen für die Liberalisierung des Handels

Zölle

Beseitigung der Zölle

1. Die Mitglieder werden die bestehenden Zölle auf eingeführte Waren, die ihren Ursprung im Gebiet der Europäischen Freihandelsvereinigung haben, progressiv abbauen.

2. Dieser progressive Abbau wird in folgender Weise durchgeführt:
   i) Eine 20prozentige Senkung erfolgt am 1. Juli 1960.
   ii) Der Zollabbau soll spätestens am 1. Januar 1970 gemäß dem folgenden Zeitplan abgeschlossen sein:

	vH		vH
1. Januar 1962	10	1. Januar 1967	10
1. Juli 1963	10	1. Januar 1968	10
1. Januar 1965	10	1. Januar 1969	10
1. Januar 1966	10	1. Januar 1970	10

3. Jedes Mitglied kann seine Zölle schneller abbauen, wenn seine wirtschaftliche und finanzielle Position sowie die Lage des betreffenden Industriezweigs ihm dies gestatten.

4. Die Mitglieder sollen in der Zeit vom 1. Juli 1960 bis 31. Dezember 1961 untersuchen, ob es möglich wäre, daß einige oder alle Mitglieder für einige oder alle Waren den Zeitraum für den Zollabbau verkürzen.

Finanzzölle

5. Die Mitglieder sind sich darin einig, daß es jedem Mitglied freisteht, sein eigenes Finanzsystem beizubehalten. Doch Finanzzölle und ähnliche Steuern und Abgaben, die auf importierte Erzeugnisse erhoben werden, sind, wenn sie nicht von gleichwertigen Steuern auf die Inlandsproduktion, soweit vorhanden, begleitet werden, ein höchst wirksamer Schutz. Die Mitglieder sind daher übereingekommen, daß hinsichtlich aller Waren, die als aus dem Gebiet stammend behandelt und auf die Finanzzölle oder ähnliche Steuern und Abgaben erhoben werden, angemessene Maßnahmen ergriffen werden müssen, um jedes in solchen Zöllen, Steuern und Abgaben enthaltene wirksame Schutzzollelement auszuschalten oder auszugleichen.

Basiszölle

6. Der Stichtag für die Festlegung der Zollsätze, die während der Uebergangsperiode progressiv abgebaut werden sollen, ist der 1. Januar 1960.

7. Es erhebt sich die Frage, ob man sich zu diesem Zweck für den Vertragszollsatz oder für den angewandten Zollsatz entscheiden soll.

8. Eine mögliche Lösung wäre, den angewandten Zollsatz zu übernehmen und gleichzeitig anzuerkennen, daß einzelne Länder bei bestimmten Erzeugnissen berechtigte Gründe haben mögen, um von der allgemeinen Regel abzuweichen. Falls man sich auf diese Lösung einigt, gehört dazu als integrierender Bestandteil ein Verfahren zur Behandlung der Ausnahmen.

Rückvergütung

9. Die Mitglieder sind sich darin einig, daß das richtige Funktionieren der Konventionen die Abschaffung der Rückvergütung von Zöllen auf Grundstoffe oder Waren-

bestandteile, die als aus dem Gebiet stammend behandelt werden, erfordert. Das sollte während der Uebergangszeit geschehen. Die Rückvergütung von Finanzzöllen fällt nicht unter diese Bestimmung.

10. Angesichts der anerkannten Kompliziertheit des Problems einigte man sich darauf, eine endgültige Entscheidung so lange aufzuschieben, bis sich Experten über die beste Möglichkeit, dieses Ziel zu verwirklichen, geäußert haben. Vor allem sollte das System zur Abschaffung der Rückvergütung verwaltungstechnisch nicht kompliziert sein. Die portugiesische Delegation erklärte, daß die Struktur der Wirtschaft ihres Landes in gewissen Punkten Sonderregelungen in Zollangelegenheiten rechtfertigen würde. Es wurde anerkannt, daß dieses Problem der weiteren Untersuchung bedarf.

Mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen

11. Als Ausgangspunkt einigte man sich darauf, daß die Mitglieder nicht auf den Liberalisierungsstand vom 1. Januar 1960 zurückfallen würden. Zweitens kam man überein, daß am Ende der Uebergangsperiode alle Einfuhrrestriktionen im Handel zwischen den Mitgliedern abgeschafft werden müssen. Ueberdies muß die Mindestverpflichtung auf den progressiven Abbau der Kontingente während der ganzen Uebergangszeit lauten, damit erstens die aus der schrittweisen Zollsenkung zu erwartenden Vorteile nicht zunichte gemacht und zweitens keine belastenden Probleme für die letzten Jahre der Uebergangszeit geschaffen werden.

12. Alle Mitglieder haben hinsichtlich der Anwendung mengenmäßiger Beschränkungen internationale Verpflichtungen, und es ist nicht die Absicht der Mitglieder, durch die Bildung der Vereinigung diese in irgendeiner Weise abzuändern. Vor allem ist es nicht ihre Absicht, die mengenmäßigen Restriktionen dazu zu benutzen, ein Vorzugssystem unter den Mitgliedern zu schaffen.

13. Damit diese Ziele erreicht werden, sollte die Konvention folgende Verpflichtungen enthalten:

a) Alle Handelskontingente unter den Mitgliedern spätestens bis zum Ende der Uebergangszeit abzuschaffen.

b) Zu vereinbaren, daß jedes Kontingent, das nur anderen Mitgliedern eingeräumt wird, jährlich um mindestens 20 vH erhöht wird.

c) Zu vereinbaren, daß die Kontingente, die nicht nur anderen Mitgliedern, sondern auch dritten Ländern gewährt werden, jährlich um nicht weniger als 20 vH des Handels erweitert werden, der tatsächlich auf andere Mitglieder entfällt.

d) Wenn ein Mitglied für irgendeine bestimmte Ware bis jetzt noch kein Kontingent erteilt hat oder wenn das Kontingent so klein ist, daß die jährliche 20prozentige Erhöhung zur Beseitigung dieses Kontingents bis zum Ende der Uebergangszeit allein nicht genügt, am 1. Juli 1960 ein Kontingent oder Kontingente ausreichenden Umfangs zu schaffen. Bei der Abfassung der Konvention wird es notwendig sein zu entscheiden, ob allgemeine Bestimmungen über die Anfangsgröße solcher Kontingente niedergelegt werden sollen oder ob man ihre Festsetzung den Mitgliedern selber überlassen will, vorbehaltlich des Rechts anderer Mitglieder, sich von ihrer Zulänglichkeit zu überzeugen.

e) Es wird Fälle geben, in denen ein Mitglied die unter b), c) und d) aufgeführten Verpflichtungen auf Grund internationaler Erwägungen nicht wird übernehmen können.

Außerdem wird es in den Ausnahmefällen, da ernsthafte Schwierigkeiten innerhalb der Vereinigung vorhergesehen werden können, erforderlich sein, entsprechende Vereinbarungen auszuhandeln, wenn möglich vor Unterzeichnung der Konvention. Alle solchen Vereinbarungen müssen darauf abgestellt sein, die Kontingente bis zum Ende der Uebergangszeit abzuschaffen, eine angemessene Expansionsrate des Handels, die sich aus dem progressiven Zollabbau ergibt, nicht

zu beeinträchtigen und keine belastenden Probleme am Ende der Uebergangszeit zu schaffen.

Es wird erforderlich sein, dasjenige Verfahren auszuarbeiten, welches zur Anwendung auf solche Fälle in die Konvention aufgenommen werden sollte.

f) Die heraufgesetzten Kontingente, die in Uebereinstimmung mit b), c) und d) eingeräumt werden, sollen am 1. Juli 1960 in Kraft treten; die Erhöhung soll auf den Stand vom 31. Dezember 1959 bezogen sein.

14. Angesichts der Möglichkeit, daß sich die meisten Mitglieder des GATT in Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen bereits angeschickt haben, während der nächsten zehn Jahre die mengenmäßigen Beschränkungen generell auf einen großen Teil aller Einfuhren abzuschaffen, werden die Mitglieder vor dem 31. Dezember 1961 und danach in regelmäßigen Abständen die Eignung der Bestimmungen zur Beseitigung der Kontingente überprüfen sowie die Frage, ob die tatsächliche Entwicklung seit Inkrafttreten der Konvention gewährleistet, daß diese Bestimmungen wirklich zur Beseitigung aller mengenmäßigen Beschränkungen bis zum Ende der Uebergangsperiode führen.

Ausweichklauseln

Zahlungsbilanzschwierigkeiten

15. Wenn sich die Gesamtzahlungsbilanz eines Mitglieds zusehends verschlechtert und dadurch eine ernste Situation entsteht, kann dieses Mitglied in Uebereinstimmung mit seinen bestehenden internationalen Verpflichtungen zu Schutzmaßnahmen greifen. Die Maßnahmen dürfen weder eine Diskriminierung von Mitgliedern zur Folge haben, noch dürfen Mitglieder weniger begünstigt behandelt werden als dritte Länder.

16. Ein Mitglied, das solche Schutzmaßnahmen ergreift, muß die anderen Mitglieder davon in Kenntnis setzen, damit die Institutionen die Sachlage rechtzeitig prüfen können, wenn möglich vor Inkrafttreten der geplanten Maßnahmen. Während dieser Prüfung können die Institutionen entsprechende Empfehlungen unterbreiten, um die Auswirkungen der Schutzmaßnahmen abzuschwächen oder dem betreffenden Land bei der Ueberwindung seiner Schwierigkeiten zu helfen.

17. Da alle Mitglieder auch anderen internationalen Organisationen angehören, die befugt sind, die aus Gründen der Zahlungsbilanz ergriffenen Schutzmaßnahmen zu kontrollieren, dürften in der Konvention spezielle Bestimmungen oder detaillierte institutionelle Vorkehrungen für den Bereich der Vereinigung nicht erforderlich sein.

18. Nichtsdestoweniger könnten solche Schutzmaßnahmen, wenn sie längere Zeit aufrechterhalten werden, das Funktionieren der Vereinigung ernstlich stören. Die Institutionen sollten daher die Anwendung dieser Maßnahmen ständig überprüfen. Die Erfahrung mag auch zeigen, daß es notwendig ist, besondere Verfahrensweisen auszuarbeiten, um die Auswirkungen solcher Maßnahmen abzuschwächen oder auszugleichen.

Schwierigkeiten in speziellen Sektoren

19. Wenn ein Mitglied Schwierigkeiten in einem speziellen Industriezweig oder Gebiet hat und die Arbeitslosigkeit in diesem Zweig oder Gebiet beträchtlich zunimmt, weil auf Grund der Einfuhren aus anderen Mitgliedsländern ein auffallender Rückgang des Inlandsbedarfs an einheimischen Erzeugnissen zu verzeichnen ist, kann das betreffende Mitglied bestimmte Schutzmaßnahmen ergreifen. Solche Maßnahmen müssen in nichtdiskriminierender Weise auf alle Mitglieder angewendet werden, und die Mitglieder dürfen nicht weniger begünstigt behandelt werden als dritte Länder.

20. Unter diesen Umständen kann ein Mitglied solche Einfuhren aus anderen Mitgliedsländern beschränken, indem es ein Kontingent einführt, das zumindest der Rate der Einfuhren aus anderen Mitgliedsländern während einer vorangegangenen normalen

Periode entspricht. Ein solches Kontingent darf nur mit Billigung des Rates länger als 18 Monate beibehalten werden. Normalerweise soll eine solche Billigung durch den Rat mit der Maßgabe verbunden sein, das Kontingent heraufzusetzen.

21. Ein Mitglied, das diese Klausel für sich in Anspruch nimmt, muß andere Mitglieder darüber informieren, damit eine rechtzeitige und eingehende Prüfung seitens der Institutionen erfolgen kann, möglichst noch bevor die geplanten Maßnahmen in Kraft treten. Die Institutionen müssen prüfen, ob die Maßnahmen gerechtfertigt sind, und in der Lage sein, entsprechende Empfehlungen zu unterbreiten, um die Auswirkungen der Schutzmaßnahmen abzuschwächen oder dem betreffenden Land bei der Ueberwindung seiner Schwierigkeiten zu helfen.

22. Auf Ersuchen eines Mitglieds kann der Rat ihm gestatten, anderweitige Maßnahmen zu ergreifen, die entweder an die Stelle der Einfuhrbeschränkung durch Kontingente treten oder sie ergänzen.

23. Wenn ein Mitglied der Ansicht ist, daß die vereinbarte Zollsenkung nach der erstmaligen Senkung um 20 vH zu Störungen der Art führen werde, wie sie in Absatz 19 beschrieben sind, und daß ein langsamerer Zollabbau — ohne daß die Beseitigung aller Zölle bis zum Ende der Uebergangsperiode beeinträchtigt wird — eine geregeltere Anpassung des betreffenden Industriezweigs oder Gebiets ermöglichen würde, kann es einen solchen langsameren Abbau vorschlagen, und wenn ihn der Rat für gerechtfertigt hält, kann er ihn genehmigen.

24. Die Bestimmungen in den Absätzen 19 bis 22 haben nur für die Uebergangsperiode Gültigkeit. Vor Ablauf dieser Periode werden die Mitglieder erwägen, ob derartige Vereinbarungen auch weiterhin erforderlich sind.

Ursprung

25. Bei der Ursprungsbestimmung der Waren innerhalb des Gebiets sollte von den folgenden Grundsätzen ausgegangen werden:

a) Von einem Prozentsatz der Wertsteigerung, die eine Ware innerhalb des Gebiets erfährt. Der Prozentsatz sollte 50 vH betragen auf der Grundlage des fob-Preises oder des Preises frei Grenze berechnet. Mit dem Prozentsatz sollte eine Grundstoffliste gekoppelt sein. Die in der Liste aufgeführten Grundstoffe sollen, ohne Rücksicht auf ihren wirklichen Ursprung, als aus dem Gebiet stammend behandelt werden, wenn der prozentuale Gebietsanteil der Waren errechnet wird.

   Im Hinblick auf das Ursprungsproblem behielt sich die dänische Delegation die Akzeptierung von 50 vH als allgemeinen Prozentsatz vor, solange noch keine festen Verpflichtungen über den Umfang der Grundstoff- und Verarbeitungslisten bestehen, wie auch die Entscheidung darüber, bis zu welcher Höhe sie einem größeren Prozentsatz als 50 vH zustimmen könnte.

b) Von der Verarbeitung. Es sollte eine Liste der in Frage kommenden Verarbeitungsverfahren aufgestellt werden. Wenn nachgewiesen werden kann, daß eines der aufgeführten Verfahren innerhalb des Gebiets durchgeführt wurde, sollen die betreffenden Waren als aus dem Gebiet stammend behandelt werden.

26. Der Exporteur soll entscheiden können, welcher der beiden Grundsätze auf seine Waren angewendet werden soll. Eine Entscheidung wird immer dann notwendig, wenn Prozentsatz und Verarbeitungsverfahren als Maßstäbe in Frage kommen.

27. Nur auf einem Sektor hält man einschränkendere Bestimmungen als die in den Absätzen 25 und 26 aufgeführten möglicherweise für unvermeidlich — in der Textilindustrie. Zur Lösung dieses Problems müssen geeignete Regelungen ausgearbeitet werden.

28. Die Mitglieder sollten ihre Absicht bekräftigen, die Ursprungsbestimmungen, wo immer es möglich ist, liberaler zu gestalten. Für das Verfahren, das allgemeine Uebereinstimmung erfordert, gelten die in den Unterabsätzen 31 b) bis d) aufgeführten Richtlinien. Nichts hindert jedoch ein einzelnes Land daran, liberaler zu verfahren, wenn es das wünscht.

29. Die Mitglieder sollten sich verpflichten, keine Maßnahmen zu ergreifen, deren Hauptauswirkung eine Umlenkung des Handels wäre („Regel des guten Verhaltens").

30. Wenn auf Grund unterschiedlicher Außenzölle eine ernstliche Umlenkung des Handels entsteht, sollten die Mitglieder dieses Problem verständnisvoll erörtern und sich dabei um eine zufriedenstellende Lösung bemühen. Zu diesem Zweck sollte ein Beschwerdeverfahren vorgesehen werden. Als Ergebnis des Verfahrens könnten dann Empfehlungen an die Mitglieder gerichtet werden mit dem Ziel, die Ursache der Umlenkung zu beheben.

31. Eine Gruppe von Experten sollte sich mit den folgenden Aufgaben befassen, damit die einzelnen Punkte der vorangegangenen Absätze verwirklicht werden können:

a) Der Abfassung der allgemeinen Bestimmungen für die Definition, Bescheinigung und Prüfung des Ursprungs der Waren. Die Gruppe sollte dabei von dem OEEC-Dokument FTA/WP2(58)32 ausgehen. Sie sollte von jeder sich bietenden Möglichkeit Gebrauch machen, diese Vorschläge zu vereinfachen.

b) Der Definition der Industriezweige oder Erzeugnisgruppen, für die liberalere Ursprungsbestimmungen als das 50-vH-Verfahren angemessen wären. Maßnahmen unter c) und d) dieses Absatzes würden diese Arbeit erleichtern.

c) Der Ausarbeitung einer Grundstoffliste. Dabei muß nicht nur die Einfuhrstruktur des Gebiets in seiner Gesamtheit berücksichtigt werden, sondern auch die einzelner Mitglieder, die über keine ausreichenden Rohstoffquellen verfügen. Die praktische Arbeit der Ausarbeitung dieser Liste sollte von den Vorschlägen ausgehen, die bereits in dem OEEC-Dokument FTA/WP4(58)10 unterbreitet wurden, unter Berücksichtigung der oben erwähnten Ueberlegungen.

d) Der Aufstellung einer Liste von Verarbeitungsverfahren, die dazu berechtigen, Waren als aus dem Gebiet stammend zu behandeln. Als Ausgangspunkt sollte die Gruppe eine Zusammenstellung diesbezüglicher Vorschläge benutzen, die zwecks Erörterung in der OEEC gemacht wurden.

e) Der Ausarbeitung eines Verfahrens, das bei eventuell entstehenden Umlenkungen im Handel anzuwenden wäre, und von Bestimmungen, die den in Absatz 29 aufgeführten Prinzipien Gültigkeit verleihen.

32. Die Experten sollten am 1. Oktober 1959 einen ersten Bericht vorlegen. Dieser sollte sich auf alle Punkte erstrecken, die in die Konvention aufgenommen werden müssen, und sollte außerdem den Regierungen die klarstmögliche Vorstellung von den allgemeinen Auswirkungen der Ursprungsbestimmungen geben. Man ist sich jedoch bewußt, daß nicht alle in Absatz 31* umrissenen Arbeiten innerhalb dieser Zeit abgeschlossen werden können. Während es möglich sein müßte, eine umfangreiche Grundstoffliste bis 1. Oktober 1959 fertigzustellen, wird es zweifellos weitere Grundstoffe geben, auf deren Einschluß sich die Mitglieder später einigen könnten. Es müßte ferner möglich sein, sich bis 1. Oktober auf eine Anzahl von Verarbeitungsverfahren zu einigen, doch ein großer Teil dieser Arbeit wird später durchgeführt werden müssen. Die Experten sollten sich ohne Unterbrechung mit den noch ausstehenden Punkten befassen, damit am 1. März 1960 ein so zufriedenstellender und umfassender Plan wie möglich vorliegt. Wenn durch dieses stufenweise Vorgehen der größte Teil der Arbeit an den Bestimmungen über die Verarbeitungsverfahren auch bis zuletzt aufgeschoben wird,

*) *Anmerkung der Redaktion:* Im englischen Original ist irrtümlich auf Absatz 32 verwiesen.

darf doch nicht angenommen werden, daß diese als weniger wichtig betrachtet werden. Im Gegenteil, man ist sich darin einig, daß diese Bestimmungen die Ursprungsfeststellung wesentlich erleichtern werden.

33. Die Mitglieder sind sich darin einig, daß sie vor Inkrafttreten der Ursprungsbestimmungen prüfen sollten, in welchem Ausmaß ihre volle Anwendung in irgendwelchen bestimmten Fällen eine übermäßig restriktive Wirkung auf den Handel innerhalb des Gebiets während der ersten Jahre der Konvention haben könnte.

II. Wettbewerbsbestimmungen

Allgemeines

34. Es wurde vereinbart, daß kein Mitgliedsland Maßnahmen ergreifen oder beibehalten darf, die den Zweck haben, den Nutzen der progressiven Abschaffung von Zöllen und sonstigen Handelserschwernissen für die anderen Mitglieder zu vereiteln, und daß vor allem Abmachungen über die in den folgenden Absätzen erwähnten Punkte getroffen werden sollen. Auch könnte es geschehen, daß in einem Mitgliedsland Maßnahmen ergriffen werden, die nicht ausdrücklich verboten sind, sich aber für andere Mitglieder eventuell schädlich auswirken.

35. Daher ist es notwendig, ein Beschwerdeverfahren vorzusehen, damit jedes Mitglied ein Mittel an die Hand bekommt, das ihm erlaubt, Beschwerde zu führen und gegebenenfalls Abhilfe zu erreichen bzw. Entschädigung zu erwirken, wenn es sich um Praktiken eines anderen Mitglieds oder privater Firmen in einem anderen Mitgliedsland handelt, die den zu erwartenden Nutzen vereiteln oder zu vereiteln drohen.

Staatliche Beihilfen

36. Es wurde vereinbart, daß eine staatliche Unterstützung der Industrie, die innerhalb des Freihandelsgebietes ungleiche Wettbewerbsbedingungen schafft oder zu schaffen droht, mit der Konvention unvereinbar ist.

Die Regierungen sollten keine Beihilfen gewähren, die folgenden Charakter haben:

i) Maßnahmen, die auf eine Exporthilfe an Mitglieder des Freihandelsgebietes hinauslaufen, vor allem diejenigen, die im Anhang des OEEC-Dokuments C (58) 271 Final aufgeführt sind.

ii) Jede andere Form der Hilfe, die hauptsächlich das Ziel verfolgt oder darauf hinausläuft, die einheimische Industrie gegen Einfuhren aus anderen Mitgliedsländern zu schützen.

37. Es könnte sein, daß gewisse Umstände außerhalb des Freihandelsgebietes, die den Handel oder die wirtschaftliche Lage eines Mitgliedes beeinträchtigen, nach Ansicht dieses Mitgliedes eine gewisse Form der Unterstützung seitens der Regierung für einen Industriezweig im Hinblick auf dessen Handel mit dritten Ländern erforderlich machen. Da eine solche Unterstützung aber nachteilige Auswirkungen auf den Handel innerhalb des Gebietes haben kann, wird erwogen werden müssen, welches Vorgehen seitens der Institutionen geeignet wäre, eventuelle nachteilige Auswirkungen auf den Handel der betroffenen Mitglieder zu beseitigen oder einen Ausgleich dafür zu bieten.

Mengenmäßige Ausfuhrbeschränkungen und Ausfuhrzölle

38. Die Mitglieder sollten im Handel mit anderen Mitgliedern weder mengenmäßige Ausfuhrbeschränkungen festsetzen noch Ausfuhrzölle erheben, sondern die bestehenden Beschränkungen und Zölle während der Uebergangszeit so bald wie möglich abbauen. Ausnahmen von dieser Regel sollten aber aus anderen als kommerziellen Gründen (z. B. militärischen, strategischen und gesundheitlichen Gründen) zulässig sein.

39. Falls Mitglieder aus anderen als den oben erwähnten Gründen Ausfuhrbeschränkungen beibehalten oder wieder einführen, könnten sich unter den Mitgliedern hinsichtlich des gleichberechtigten Zugangs zu den Grundstoffen Diskrepanzen ergeben. Diese wiederum könnten für einige Mitglieder auf den betroffenen Handelssektoren Schwierigkeiten hervorrufen, so daß sie sich berechtigt fühlen, Ausgleichs- oder Abwehrmaßnahmen zu ergreifen.

40. Die in diesem Zusammenhang sich ergebenden Fragen bedürfen noch der weiteren Untersuchung, sowohl hinsichtlich des genauen Umfangs der einzugehenden Verpflichtungen als auch des bei auftretenden Schwierigkeiten einzuschlagenden Verfahrens.

Restriktive Handelspraktiken auf dem privaten Sektor

41. Die bei den Verhandlungen in der OEEC ausgearbeiteten Bestimmungen sind im wesentlichen annehmbar. Darin wird anerkannt, daß restriktive Geschäftspraktiken mit einer Freihandelszone insofern unvereinbar sind, als sie den durch die Abschaffung oder das Nichtvorhandensein von Zöllen und mengenmäßigen Beschränkungen auf Ein- und Ausfuhren zu erwartenden Nutzen vereiteln oder auf andere Weise das Ziel der Vereinigung zunichte machen können. Mitglieder, die der Ansicht sind, daß ihre Interessen durch solche Verstöße geschädigt werden, sollen das Recht haben, die Institutionen anzurufen, die dann geeignete Schritte zur Lösung der Probleme unternehmen werden. Läßt sich keine Lösung finden, kann das geschädigte Mitglied Schutzmaßnahmen ergreifen. Ein Schnellverfahren für die Behandlung solcher Fälle muß im einzelnen ausgearbeitet werden.

Eine Revision der Bestimmungen auf Grund der gewonnenen Erfahrungen sollte vorgesehen werden.

Unternehmen der öffentlichen Hand und Staatsmonopole

42. Während der Uebergangszeit sollen die Mitglieder nach und nach aufhören, aus nationalen Gründen Unternehmen der öffentlichen Hand und kommerzielle Staatsmonopole zum Schutz und zur Diskriminierung des Handels einzuspannen; die Wettbewerbsbestimmungen sollen auch für sie Gültigkeit haben. In dieser Hinsicht sollen die Unternehmen der öffentlichen Hand die gleiche Behandlung erfahren wie private Unternehmen.

43. Jedes Mitglied, das in dieser Beziehung durch die Praktiken anderer Mitglieder benachteiligt wird, soll das Recht haben, ein Beschwerdeverfahren anzustrengen.

Dumping

44. Es soll den Mitgliedern gestattet sein, untereinander die Anti-Dumping-Bestimmungen zur Anwendung zu bringen, die in anderen internationalen Uebereinkommen festgelegt sind. Die Mitglieder sollen auch weiterhin in den Bemühungen zur Verbesserung dieser Bestimmungen zusammenarbeiten. Die Konvention soll u. a. eine Bestimmung enthalten, die den Mitgliedern im Falle eines Dumpings die ungehinderte Wiederausfuhr einer Ware in dasjenige Mitgliedsland erlaubt, aus der sie versandt wurde bzw. in der sie ihren Ursprung hat.

45. Auf Ersuchen eines Mitglieds, dessen Exporte in das Freihandelsgebiet durch ein derartiges Dumping betroffen werden, sollten die Mitglieder gemeinsam über mögliche Anti-Dumping-Maßnahmen gegen dritte Länder beraten.

Niederlassungsfreiheit

46. Hinsichtlich der Niederlassungsfreiheit sollen die Mitglieder keine Vorbehalte der Art machen, daß sie Staatsangehörige anderer Mitgliedsländer weniger begünstigt

behandeln als ihre eigenen und so den durch die Aufhebung oder das Nichtvorhandensein von Zöllen und mengenmäßigen Beschränkungen zu erwartenden Nutzen vereiteln oder auf andere Weise das Ziel der Vereinigung zunichte machen.

47. Der genaue Umfang der in dieser Hinsicht zu übernehmenden Verpflichtungen, die Frage, unter welchen Umständen Mitglieder Beschränkungen beibehalten oder Benachteiligungen rechtfertigen können, die Art und Weise, wie diese Ziele erreicht werden können, sowie das Verfahren bei Schwierigkeiten, die sich aus der Beibehaltung der Beschränkungen ergeben, müssen im einzelnen noch untersucht werden.

III. Gültigkeit

48. Die in den vorausgegangenen Abschnitten aufgeführten Bestimmungen über die Liberalisierung des Handels und den Wettbewerb gelten für alle Waren, die nachstehend nicht als landwirtschaftliche Erzeugnisse, Fisch oder andere Fischereiprodukte klassifiziert sind.

IV. Landwirtschaft

49. Die Mitglieder sind sich darin einig, daß für die Landwirtschaft ein Sonderabkommen geschlossen werden sollte, um eine Ausweitung des Handels zwischen den Mitgliedern zu erleichtern; dieses Abkommen müßte sowohl die Frage der agrarpolitischen Maßnahmen als auch die Notwendigkeit berücksichtigen, ein ausreichendes Maß an Reziprozität unter den Mitgliedern zu erreichen.

50. Auf Ersuchen eines Mitglieds sollen so bald wie möglich zweiseitige Besprechungen zwischen solchen Mitgliedern stattfinden, die den Handel mit bestimmten landwirtschaftlichen Produkten für die ausführenden Länder als wichtig ansehen; anschließend soll den Ministern Bericht erstattet werden.

51. Die dänische Delegation wies auf eine Reihe allgemeiner Erwägungen und Grundsätze hin, die sie bei weiteren Besprechungen angewandt sehen möchte. Eine Kopie ihrer Erklärung ist als Anhang I beigefügt. Die anderen Delegationen nahmen die Erklärung zur Kenntnis und wollen sie sorgfältig prüfen.

52. Als landwirtschaftliche Erzeugnisse soll alles gelten, was im Anhang II des Vertrags von Rom aufgeführt ist, vorbehaltlich solcher Aenderungen, die während der Verhandlungen über die Konvention vereinbart werden. Außerdem sollen Bestimmungen vorgesehen werden, die innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Konvention die Möglichkeit bieten, Erzeugnisse von der Liste zur streichen bzw. — in besonderen Fällen — ihr hinzuzufügen.

V. Fisch und andere Fischereiprodukte

53. Die Mitglieder haben vereinbart, innerhalb der Vereinigung Fisch und andere Fischereiprodukte als ein selbständiges Problem unabhängig von den Agrarprodukten zu behandeln. Die norwegische Delegation unterbreitete den Vorschlag, ein Sonderabkommen über diese Produkte abzuschließen. Der Vorschlag enthielt die wichtigsten Grundsätze, die in das Abkommen aufgenommen werden sollten (Siehe Anhang II, Abs. 2). Die übrigen Delegationen sagten eine sorgfältige Prüfung dieses Vorschlags zu. Die Delegation des Vereinigten Königreichs wies darauf hin, daß sie keine Verpflichtungen übernehmen könne, die einen Wegfall des Zolls auf solche Artikel dieser Kategorie, die nicht als industrielle Produkte behandelt werden sollten, beinhaltet.

54. Die norwegische Delegation schlug ferner vor, daß die Erzeugnisse aus der industriellen Verarbeitung von Fisch und anderen Fischereirohstoffen die gleiche Behandlung wie normale Industriegüter erfahren sollten. Das oben erwähnte Fisch-Abkommen sieht diesen Status für die folgenden Produkte vor:

ex 03.01 gefrorenes Filet,

ex 03.03 gefrorene Krebstiere und Weichtiere,

ex 16.04 zubereiteter und konservierter Fisch,
ex 16.05 Krebstiere und Weichtiere, zubereitet oder konserviert.

Außerdem wird vorgeschlagen, die folgenden Fisch- oder anderen Fischereiprodukte als normale Industriegüter zu behandeln:

15,04 Fette und Oele von Fischen und Meeressäugetieren, auch raffiniert,
ex 15.12 Fette und Oele aus Fischereiprodukten, gehärtet, auch raffiniert, jedoch nicht weiterverarbeitet,
ex 23.01 Mehl aus Fisch, Krebstieren und Weichtieren.

55. Die Delegation des Vereinigten Königreichs war nicht bereit, einer industriellen Klassifizierung von zwei der oben genannten Positionen, nämlich gefrorenes Filet (ex. 03.01) und gefrorene Krebstiere und Weichtiere (ex 03.03) zuzustimmen. Sie sagte zu, die übrigen Positionen dieser Liste wohlwollend zu prüfen, vorausgesetzt, daß annehmbare Vereinbarungen in bezug auf den norwegischen Vorschlag in Absatz 53 erzielt werden.

56. Die Delegationen Dänemarks, Oesterreichs, Portugals und Schwedens stimmten mit der norwegischen Delegation hinsichtlich des in Absatz 54 gemachten Vorschlags überein. Die fünf Delegationen waren sich ferner darin einig, daß in bezug auf die Positionen 15.04 und ex 15.12 die auf die Fetterzeugnisse des Agrarsektors angewendeten Sonderregelungen sowie alle im Einklang damit künftig zu schaffenden Bestimmungen gelten sollen, vorausgesetzt, daß eine nichtdiskriminierende Behandlung der verschiedenen Fetterzeugnisse garantiert ist und daß den verarbeitenden Industrien keinerlei Schutz in Form von Zöllen, Kontingenten usw. gewährt wird. Jedes bestehende Element eines solchen Schutzes sollte im Einklang mit den Bestimmungen über die Beseitigung von Beschränkungen bei industriellen Gütern abgeschafft werden.

VI. Wirtschafts- und Finanzfragen

Wirtschaftspolitik

57. Die Konvention sollte Bestimmungen des Inhalts enthalten, daß die Mitglieder eine Wirtschaftspolitik verfolgen, die dazu dient, in dem Gebiet und in jedem Mitgliedsland eine anhaltende Expansion der wirtschaftlichen Aktivität, Vollbeschäftigung, erhöhte Produktivität und den rationellen Einsatz von Hilfsquellen, finanzielle Stabilität und eine ständige Hebung des Lebensstandards zu ermöglichen.

58. Es sollten regelmäßige Treffen stattfinden, um die jeweilige wirtschaftliche Lage der Mitglieder zu überprüfen und Ansichten über die verfolgte Politik auszutauschen unter besonderer Berücksichtigung einer Koordinierung der Politik, soweit die Ziele der Vereinigung sie erfordern. Der Rat kann den Mitgliedern Empfehlungen unterbreiten. Die Beratungen sollten mit den entsprechenden Tätigkeiten in der OEEC koordiniert werden.

Unsichtbarer Handel und Kapitalverkehr

59. Für das richtige Funktionieren der Vereinigung wird es wichtig sein, daß zwischen den Mitgliedern laufend unsichtbare Transaktionen und Kapitalbewegungen stattfinden können. Im Augenblick scheinen die Bestimmungen und Verfahren, auf die man sich in der OEEC auf diesem Gebiet geeinigt hat, auszureichen.

60. In bezug auf den Kapitalverkehr machten einige Delegationen geltend, daß die Mitglieder Schwierigkeiten, die sich aus der Vereinigung ergäben, besser überwinden könnten, wenn sie freieren Zugang zu den Kapitalmärkten anderer Mitglieder erhielten. Man war sich einig, daß die Angelegenheit, obgleich sie Schwierigkeiten aufwerfen werde, einer genaueren Prüfung im Hinblick auf weitere Erörterungen in einem späteren Stadium wert sei.

VII. Institutionen und verwandte Fragen

Institutionen

61. Die institutionellen Vorkehrungen sollten so einfach wie möglich sein. Entscheidungen sollten von einem Ministerrat getroffen werden. Die Minister können auch Stellvertreter entsenden. Man hielt es in diesem Stadium noch für verfrüht, Empfehlungen in der Frage der Beschlußfassung zu machen. Der vorliegende Entwurf beruht in erster Linie auf dem Prinzip der Einstimmigkeit, schließt aber die Möglichkeit des Mehrheitsbeschlusses in bestimmten, noch festzulegenden Fällen nicht aus. Dazu würden die Anwendung von Ausweichklauseln und die Beschwerdeverfahren gehören.

62. Es sollte auch ein Direktorium gebildet werden, dem je ein Vertreter aus jedem Mitgliedsland angehört; dieses sollte sich mit der Anwendung der Konvention befassen und dem Rat entsprechende Vorschläge und Empfehlungen unterbreiten. Das Direktorium sollte auch das Funktionieren der Konvention ständig prüfen und dem Rat in Handels-, Wirtschafts- und Finanzfragen Vorschläge unterbreiten, die einem reibungslosen Arbeiten und einer stetigen Verstärkung der Zusammenarbeit unter den Mitgliedern dienlich sind. Das Direktorium sollte sich auch mit Beschwerden befassen im Rahmen der in der Konvention festgelegten Verfahren, und zwar in jedem Fall, in dem aus technischen Gründen diese Aufgabe nicht einer Ad-hoc-Expertengruppe übertragen werden kann.

63. Später sollte geprüft werden, ob ein ständiges Sekretariat erforderlich ist.

64. Bei der Anwendung der Konvention sollte enger Kontakt mit der OEEC aufrechterhalten werden; auch sollten die Möglichkeiten untersucht werden, von den Diensten dieser Organisation den größtmöglichen Gebrauch zu machen.

Mitgliedschaft

65. Die Mitgliedschaft in der Vereinigung soll jedem Land offenstehen, das bereit ist, die Verpflichtungen zu übernehmen. Für die Aufnahme ist der einstimmige Beschluß der Mitglieder erforderlich.

Allgemeine Ausnahmen

66. Es sollte eine allgemeine Ausweichklausel geben, die Ausnahmen von den Bestimmungen aus nichtkommerziellen Gründen gestattet (zum Beispiel aus Gründen der Gesundheit und öffentlichen Ordnung sowie aus militärischen und strategischen Gründen usw.).

ANHANG I

Dänischer Vorschlag zur Landwirtschaft

I. Im Interesse eines freieren und verstärkten Handels mit landwirtschaftlichen Produkten verpflichtet sich jedes Mitgliedsland, seine Import- und Subventionspolitik darauf abzustellen, daß mengenmäßige Beschränkungen, Zölle, staatliche Handelsabschlüsse oder sonstige Regierungsmaßnahmen andere Mitgliedsländer nicht daran hindern, ihre traditionellen Märkte beizubehalten bzw. ihren Marktanteil in angemessener Weise zu vergrößern.

Die Mitgliedsländer sind übereingekommen, ihre Landwirtschaftspolitik in dem zur Verwirklichung dieses Ziels notwendigen Maß zu koordinieren. Zu diesem Zweck werden sie alle erforderlichen Informationen austauschen. Bei der Koordinierung ihrer Politik werden die Mitglieder die innerhalb der OEEC durchgeführten vergleichenden Studien verwerten.

II. Für landwirtschaftliche Produkte, die ein Mitgliedsland in andere Mitgliedsländer zu exportieren beabsichtigt, sind vorzusehen:

a) Tarifvergünstigungen, die nach Vereinbarung zwischen den interessierten Mitgliedern entweder in der Abschaffung oder Senkung der Zölle oder in der Gewährung zollfreier Kontingente bestehen können.

b) Vorschriften über mengenmäßige Beschränkungen, die bei diesen bzw. bei Maßnahmen mit gleicher Wirkung einen Stopp bewirken und — je nach Vereinbarung zwischen den interessierten Mitgliedern — zur Abschaffung der mengenmäßigen Beschränkungen bzw. zur Erhöhung der Importkontingente führen.

c) Bestimmungen über Subventionen: —

1. Produktionszuschüsse

(i) Ueber Produktionszuschüsse sind vergleichende Studien anzustellen, damit ihre nachteiligen Folgen für den Handel allmählich ausgeschaltet werden können.

(ii) Durch Vereinbarung zwischen den interessierten Mitgliedern sind ferner Vorkehrungen zur stufenweisen Senkung bestimmter Zuschüsse zu treffen, die sich besonders nachteilig auf Nahrungsmittel exportierende Länder auswirken.

2. Exportzuschüsse

Die Mitglieder verpflichten sich, direkte oder indirekte Zuschüsse nicht in einer Weise einzusetzen, die ein Ansteigen der Exportziffern gegenüber einer vergleichbaren früheren Periode zur Folge hat. Vor Ende 1961 soll der Rat ein Programm zur Abschaffung exportfördernder Subventionen aufstellen.

III. Die Mitgliedsländer führen keine subventionierten landwirtschaftlichen Produkte aus Ländern außerhalb des Freihandelsgebiets ein. Es ist weiter zu prüfen, ob ein Verfahren zur Behandlung eventueller Sonderfälle ausgearbeitet werden soll.

ANHANG II

Vorschlag für ein Sonderabkommen über Fisch und andere Fischereiprodukte

(vorgelegt von der norwegischen Delegation)

1. Das in Anhang II des Vertrages von Rom aufgeführte Warenverzeichnis enthält folgende Fischereiprodukte: —

03.01 Fisch, frisch (lebend oder tot), gekühlt oder gefroren,
03.02 Fisch, gesalzen, gepökelt, getrocknet oder geräuchert,
03.03 Krebstiere und Weichtiere, mit und ohne Schale, frisch (lebend oder tot), gekühlt, gefroren, gesalzen, gepökelt oder getrocknet; Krebstiere, mit Schale, einfach in Wasser gekocht,
15.04 Fette und Oele von Fischen und Meeressäugetieren, auch raffiniert,
ex. 15.12 Fette und Oele aus Fischereiprodukten, gehärtet, auch raffiniert, jedoch nicht weiterverarbeitet,
16.04 zubereiteter oder konservierter Fisch, einschließlich Kaviar und Kaviarersatz,
16.05 Krebstiere und Weichtiere, zubereitet oder konserviert,
ex. 23.01 Mehl und Tierfutter aus Fischen, Krebstieren und Weichtieren.

2. Es wird vorgeschlagen, die Positionen:

03.01 Fisch, frisch (lebend oder tot), gekühlt oder gefroren (außer gefrorenem Filet),
03.02 Fisch, gesalzen, gepökelt, getrocknet oder geräuchert,
03.03 Krebstiere und Weichtiere, mit und ohne Schale, frisch (lebend oder tot), gekühlt, gesalzen, gepökelt oder getrocknet; Krebstiere, mit Schale, einfach in Wasser gekocht (außer gefrorenen Krebstieren und Weichtieren),

in einem gesonderten Abkommen über den Fischhandel nach folgenden Grundsätzen zu behandeln:

a) Der rationelle Einsatz der Produktionsfaktoren ist zu gewährleisten. Die Mitgliedsländer verpflichten sich zur Herstellung eines freieren und verstärkten Handels mit Fisch und anderen Fischereiprodukten.

b) Ein multilateraler Plan zur Abschaffung bestehender Handelsbeschränkungen wie Importzölle, mengenmäßige Beschränkungen usw. wird sobald wie möglich ausgearbeitet. Sofern die Abschaffung der Handelsbeschränkungen in einem Mitgliedsland ernsthafte Störungen wirtschaftlicher oder sozialer Art zur Folge hat, kann das betreffende Land entsprechende Schutzmaßnahmen zeitweiligen Charakters ergreifen. Diese Maßnahmen dürfen jedoch die anderen Mitgliedsländer nicht diskriminieren. Bevor das betreffende Mitgliedsland derartige Maßnahmen in Kraft setzt, wird es — soweit irgend möglich — den Rat davon in Kenntnis setzen, der dann ihre Auswirkungen auf den Handel der übrigen Länder prüft. Ein Mitgliedsland, das solche Maßnahmen anwendet, wird auf Ersuchen anderer Mitgliedsländer mit diesen verhandeln, um etwaigen materiellen Schäden abzuhelfen, die ihnen aus derartigen Maßnahmen erwachsen.

c) Ueber Subventionen oder andere Formen staatlicher Unterstützung sind vergleichende Studien anzustellen, mit dem Ziel der allmählichen Beseitigung ihrer nachteiligen Folgen für den Handel.

d) Die Mitgliedsländer beteiligen sich an den innerhalb der OEEC stattfindenden vergleichenden Studien und werden sich bemühen, unter Berücksichtigung der obenerwähnten Grundsätze Richtlinien für die Handhabung des Fischereiwesens in Europa zu entwickeln.

3. Hinsichtlich der in Absatz 1 genannten anderen Fisch- und Fischereiprodukte wird auf Absatz 53 des Abschnitts über Fisch und andere Fischereiprodukte des Entwurfs verwiesen.

Quelle: „Stockholm Draft Plan for a European Free Trade Association", London: HMSO, Cmnd. 823. Deutscher Text: *British Information*, Nr. 410, 20. August 1959.

Bericht des österreichischen Handelsministers Dr. Fritz Bock vom 23. Juli 1959 über Verlauf und Ergebnis der Konferenz von Stockholm

Nun, da die Konferenz von Stockholm abgeschlossen ist, darf man feststellen, daß diese Ministerkonferenz wieder mehr Klarheit in den Fragen der europäischen Wirtschaftsintegration geschaffen hat. Zunächst ist festzuhalten, daß die Konferenz schon rein äußerlich die Form eines bedeutenden internationalen Ereignisses hatte. Alle Regierungen waren mit zwei aktiven Ministern vertreten, denen zahlenmäßig starke Beamtendelegationen beigegeben waren. Selbstverständlich war auch die internationale Presse stark vertreten, die insofern auf eine Geduldprobe gestellt wurde, als vor der nach Abschluß der Sitzung stattfindenden amtlichen Pressekonferenz keinerlei Presseinformationen gegeben wurden.

Daß die Verhandlungen in wirklich freundschaftlichem Geiste verliefen, konnte vom Anfang an als ein Beweis für die Absicht aller Teilnehmer angesehen werden, diese Konferenz zu einem positiven Ende zu bringen. Da sich außerdem die teilnehmenden Minister fast alle schon persönlich aus den früheren Verhandlungen des Maudlingkomitees kannten, herrschte auch sehr bald eine herzliche, persönliche Atmosphäre, die es außerdem erleichterte, manches Problem außerhalb der Sitzungen im persönlichen Gespräch zu klären. So war es dann auch bald klar, daß die Absicht, zu einem positiven Ergebnis zu gelangen, tatsächlich rasch verwirklicht werden konnte.

Natürlich darf nicht übersehen werden, daß die Schwierigkeiten einer Freihandelszone an sich durch eine freundschaftliche Atmosphäre allein nicht beseitigt werden

können. Die Ueberwindung bestimmter Schwierigkeiten wird aber durch guten gegenseitigen Willen erleichtert. Und das war das wesentlichste Merkmal dieser Stockholmer Ministeraussprache, daß von den seit langem bekannten, heiklen Problemen einer Freihandelszone, wie der Ursprungsnachweis, die Aufrechterhaltung bestimmter Ausfuhrbeschränkungen usw., keines als ein unüberwindbares Hindernis für die Schaffung der Kleinen Freihandelszone angesehen wurde.

In jenen Punkten, bei denen in der Ministerkonferenz noch keine restlose Klarheit geschaffen werden konnte, hat man sich ausnahmslos darauf geeinigt, die Wünsche der einzelnen Regierungen zu Protokoll zu nehmen und das Beamtenkomitee zu beauftragen, Lösungsvorschläge auszuarbeiten. Damit ist natürlich noch nicht gesagt, daß es wirklich für alle noch offenen Fragen eine Lösungsmöglichkeit geben wird. Es kann eher angenommen werden, daß der Vertrag über die Kleine Freihandelszone ebenso viele Ausnahmen konzedieren wird, als unbedingt notwendig sind.

Das wird ja nun nach meiner Meinung der wesentlichste Unterschied zum seinerzeit beabsichtigten Vertrag über eine Große Freihandelszone sein, daß sich der Vertrag der Sieben eben im wesentlichen auf jene Probleme beschränken wird, die zunächst allgemein lösbar sind. Die Parallele zu dem seinerzeitigen österreichischen Vorschlag einer kleinen Lösung innerhalb der 17 OEEC-Staaten ergibt sich von selbst.

Das erfreulichste Ergebnis von Stockholm aber stand bereits zwei Stunden nach Eröffnung der Konferenz fest: Alle Regierungen erklärten, daß die Schaffung einer Kleinen Freihandelszone nicht zu einer Affrontstellung gegen die EWG führen dürfe, sondern im Gegenteil ein Weg zu einer multilateralen Lösung sein soll.

Es war für die österreichische Delegation eine angenehme Ueberraschung, daß die Notwendigkeit einer multilateralen Assoziierung so eindeutig von allen Verhandlungspartnern herausgestellt wurde.

In diesem Zusammenhang ist es auch nicht uninteressant, die internationalen Pressestimmen der letzten Tage gerade zu diesem Problem zu hören. Als wichtigstes erscheint dabei der Tenor der Presse innerhalb der EWG, die zwar nicht immer freundlich, manchmal auch etwas besorgt von Stockholm Notiz nahm, aber doch einheitlich die Auffassung vertrat, daß es nun nicht mehr möglich sei, über die Wünsche der Sieben debattelos zur Tagesordnung überzugehen.

Das aber war ja gerade das Verhängnisvolle bei der Entwicklung der Europäischen Wirtschaftsintegration, daß man sich innerhalb der EWG allzu leicht über die Assoziierungswünsche der übrigen OEEC-Staaten hinwegsetzte; das wird nun ohne Zweifel nicht mehr möglich sein. Damit aber hat die Stockholmer Konferenz schon die erste Aufgabe der kommenden Kleinen Freihandelszone erfüllt: Die Sieben sind durch ihren einstimmig bekundeten Willen, unter sich eine Freihandelszone zu schaffen, ein aktiver und starker Gesprächspartner der EWG geworden.

Es ist selbstverständlich, daß gerade Oesterreich an dieser Entwicklung besonders interessiert sein muß, weil den 50 Prozent unseres Exports in die Staaten der EWG natürlich ein bedeutend stärkeres Gewicht zukommt als den 12 Prozent unseres Exports in die Länder der Kleinen Freihandelszone. Wenn wir auch erwarten dürfen, daß die Kleine Freihandelszone eine Steigerung unseres Exports in diese Länder bei entsprechenden Anstrengungen unsererseits herbeiführen wird, so kann selbstverständlich nicht erwartet werden, damit etwa bei fortschreitender Diskriminierung seitens der EWG einen für uns ins Gewicht fallenden Ausgleich zu erfahren.

Darum wird Oesterreich im Rahmen der neuen Gemeinschaft immer wieder darauf dringen, daß der einheitliche Wunsch nach Gesprächen mit der EWG so rasch wie möglich realisiert werde. Und es muß schon jetzt der Vorbehalt angemeldet werden,

daß Oesterreich bei einer Erfolglosigkeit der Verhandlungen zwischen EWG und Kleiner Freihandelszone natürlich für sich allein alles unternehmen müßte, um seinen Export in die EWG-Staaten zu sichern, denn die Aufrechterhaltung unserer Exportwirtschaft und ihre Ausweitung ist für uns eine Aufgabe, der wir mit allen Mitteln zu dienen haben. Das Ergebnis von Stockholm läßt jedoch hoffen, daß die Verhandlungen zwischen EWG und Kleiner Freihandelszone erfolgreich sein werden.

Stockholm bestätigte auch, daß die wirtschaftliche Integration Europas eine unbedingte Notwendigkeit ist, wenn die europäischen Volkswirtschaften in Zukunft dem Druck der Großwirtschaftsräume des Westens und des Ostens standhalten sollen. Das ist keine politische, sondern eine ökonomische Bemerkung, darauf basierend, daß Automation und großräumige Arbeitsteilung unaufhaltsame, bevorstehende Entwicklungsstufen der Weltwirtschaft sind!

Gerade Oesterreich muß dieser Entwicklung größtes Verständnis entgegenbringen. Daher sind auch zwei fast gleichzeitig eintretende Ereignisse auf Grund dieser Ueberlegungen zu begrüßen: der Beitritt Spaniens zur OEEC und die Fühlungnahme Finnlands gegenüber der Kleinen Freihandelszone.

Wie jede Integration, so entwickelt auch die Europäische Wirtschaftsintegration gewisse extensive Tendenzen. Die Anziehungskraft großer Wirtschaftsräume zunächst auf Benachbarte wird damit sinnfällig dokumentiert. Aus den beiden Ereignissen ist aber auch zu entnehmen, daß die Integration als wirtschaftliche Entwicklungserscheinung ohne politischen Hintergrund aufgefaßt wird, was wir vom Standpunkt Oesterreichs aus erst recht begrüßen! Ob Finnland wirklich der Kleinen Freihandelszone beitreten wird oder ob es nur einen Assoziierungsstandpunkt dabei sucht, ist noch unentschieden. Die Begrüßung des finnischen Handelsministers, der außerhalb der Tagesordnung für kurze Zeit am Konferenztisch erschienen ist, war außerordentlich freundschaftlich.

Gemäß einem Beschluß der Ministerkonferenz werden nun die zuständigen Beamten der sieben Regierungen bis zum 31. Oktober d. J. einen Vertragsentwurf über die Kleine Freihandelszone auszuarbeiten haben. Ohne jetzt schon auf die Einzelheiten eines solchen Vertrages eingehen zu können, ist doch festzustellen, daß eine Beschlußfassung darüber durch die Regierungen und Parlamente der Vertragsstaaten zustande kommen wird, wenn man sich innerhalb des Vertrages auf ein unbedingt notwendiges Minimum beschränkt und auf die verschiedenartigen Schwierigkeiten in Einzelfragen entsprechend Rücksicht nimmt. Das heißt, es wird ein Vertragstext angestrebt werden müssen, der die Entwicklung der Handelspolitik der Sieben der gleichen Entwicklung innerhalb der EWG ungefähr anpaßt.

Die Einrichtung einer gewissen Parallelität der handelspolitischen Entwicklung zwischen den beiden Integrationsgemeinschaften wird dann den Ausgleich zwischen EWG und Freihandelszone erleichtern. Dieser Ausgleich aber kann nach meiner Meinung gefunden werden, wenn ein diesbezügliches Abkommen sich im wesentlichen auf die Vermeidung der auf dem Zoll- und Kontingentsektor drohenden Diskriminierung bezieht.

So stellt Stockholm unzweifelhaft einen Schritt vorwärts dar, der uns Anlaß gibt, wieder mit mehr Optimismus als bisher in die Zukunft der Europäischen Handels- und Wirtschaftspolitik zu blicken!

Quelle: *Oesterreichische Neue Tageszeitung* vom 24. Juli 1959.

Dokumente zur Revision der Ergebnis- und Planzahlen für die wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik China für 1958 und 1959

(Vgl. hierzu den Bericht „Plan und Wirklichkeit des Wirtschaftswachstums in der Volksrepublik China" auf S. 645-652 des Beitragsteils)

Kommuniqué über das 8. Plenum des Achten Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas vom 2. bis zum 16. August 1959

(veröffentlicht am 26. August 1959)

Das 8. Plenum des Achten Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas fand vom 2. bis zum 16. August 1959 in Luschan, Provinz Kiangsi, statt. Das Plenum stand unter dem Vorsitz von Genossen Mao Tse-tung. An der Sitzung nahmen 75 Mitglieder und 74 nichtständige Mitglieder des Zentralkomitees teil. 14 andere Genossen aus zuständigen Abteilungen des Zentralkomitees sowie aus Parteikomitees von Provinzen, Städten und autonomen Regionen nahmen ebenfalls an der Sitzung teil.

Das Plenum unterzog die Durchführung des Plans für die Entwicklung der Volkswirtschaft im Jahre 1959 einer eingehenden Prüfung, erörterte gründlich die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und stellte die kämpferische Aufgabe, die Kampagne zur Steigerung der Produktion und zur Sparsamkeit zu erweitern, um schon in diesem Jahre vorfristig die Hauptziele des Zweiten Fünfjahrplans (1958—1962) zu erfüllen. Die Kontrollzahlen des Zweiten Fünfjahrplans waren auf der 1. Sitzung des Achten Nationalkongresses der Partei im September 1956 gebilligt und vom Staatsrat im Februar 1957 akzeptiert worden.

Das 8. Plenum des Achten Zentralkomitees stellte mit Genugtuung fest, daß als Ergebnis der gründlichen Durchführung der Generallinie der Partei — alle Kräfte einzusetzen, die Ziele weit zu stecken und größere, schnellere, bessere und wirtschaftlichere Ergebnisse beim Aufbau des Sozialismus zu erzielen — durch die ganze Partei und die gesamte Nation die verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft in der ersten Hälfte dieses Jahres sich auf der Grundlage des 1958 getanen Sprungs nach vorn stürmisch weiterentwickelten und neue, bedeutende Erfolge errangen. In der ersten Hälfte dieses Jahres stiegen der Gesamtwert der Industrieproduktion um 65 Prozent und das Volumen der Eisenbahntransporte um 49 Prozent gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres. In der Landwirtschaft haben trotz der Tatsache, daß die bestellten Anbauflächen sich im vergangenen Winter etwas verminderten und daß nicht wenige Gebiete von schweren Ueberschwemmungs- und Dürrekatastrophen betroffen wurden, die durchschnittlichen Hektarerträge der Sommerernte überall Steigerungen aufzuweisen, und der Gesamtertrag an Weizen, Frühreis und Raps überstieg noch die außergewöhnlichen Rekordernten des Vorjahres. Der Umfang der Einzelhandelsumsätze war in der ersten Hälfte dieses Jahres um 23 Prozent größer als in der gleichen Periode des Vorjahres. Wenn auch der Umfang der Einzelhandelsumsätze sich so rasch steigerte, so wuchs die Kaufkraft des Volkes doch noch schneller, so daß es bei einigen wenigen Waren vorübergehend einige Versorgungsschwierigkeiten gab. Dank einer Reihe wirksamer Maßnahmen der zentralen und lokalen Behörden zur Steigerung der Produktion von sekundären Nahrungsmitteln, von Fertigwaren und handwerklichen Erzeugnissen und dank dem Anschluß an die Sommerernte hat sich die Versorgungslage wieder gebessert. Die wirtschaftliche Lage war in der ersten Hälfte dieses Jahres im großen ganzen gut.

Das 8. Plenum des Achten Zentralkomitees ist der Ansicht, daß es angesichts der im letzten Jahre und in der ersten Hälfte dieses Jahres erzielten Ergebnisse durchaus möglich ist, schon in diesem Jahre vorfristig die Hauptziele für die wichtigsten industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu erfüllen, die ursprünglich erst für das letzte Jahr des Zweiten Fünfjahrplans (1962) aufgestellt waren. Die vorfristige Erfüllung der Hauptziele des Zweiten Fünfjahrplans sollte zur Hauptaufgabe dieses Jahres gemacht werden. Das ist eine große und ruhmreiche Aufgabe. Ihre Erfüllung wird die Volkswirtschaft unseres Landes auf ein neues und höheres Niveau heben.

Auf der Grundlage überprüfter Statistiken über die Volkswirtschaft im Jahre 1958, die vom Staatlichen Amt für Statistik aufgestellt wurden*, und im Lichte der tatsächlichen Entwicklung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion in den ersten sechs Monaten dieses Jahres sowie der in letzter Zeit in weiten Gebieten des Landes aufgetretenen schweren Hochwasser- und Dürrekatastrophen überprüfte das 8. Plenum den diesjährigen Plan für die Entwicklung der Volkswirtschaft und stellte fest, daß die ursprünglich in diesem Plan festgesetzten Ziele etwas zu hoch waren und in angemessener Weise revidiert werden müssen.

Wiederholte Ueberprüfungen, die in der ersten Hälfte dieses Jahres vorgenommen wurden, zeigen, daß die früher veröffentlichten Zahlen über die landwirtschaftliche Produktion des Jahres 1958 ein wenig zu hoch sind. Die Rekordernte von 1958 war ohne Parallele in der Geschichte unseres Landes. Infolge Mangels an Erfahrungen bei der Bewertung und Ausrechnung des Ergebnisses einer solchen, noch nie dagewesenen Rekordernte ist den agrarstatistischen Organen in den meisten Fällen eine Ueberbewertung unterlaufen. Darüber hinaus waren die für die Einbringung der Rekord-Herbsternte zur Verfügung gestellten Arbeitskräfte unzureichend, was dazu führte, daß Mähen, Dreschen und Lagern in etwas übereilter Weise geschahen. Die Ueberprüfung hat ergeben, daß die tatsächliche Menge des im Jahre 1958 eingebrachten Getreides 500 Milliarden Jin (250 Millionen Tonnen) betrug, was einer Steigerung um 35 Prozent gegenüber 1957 entspricht; die tatsächliche Menge eingebrachter Baumwolle war 42 Millionen Dan (2,1 Millionen Tonnen), eine Steigerung um 28 Prozent gegenüber

---

*) Das am 26. August 1959 vom Staatlichen Amt für Statistik in Peking herausgegebene Kommuniqué über die Revision der landwirtschaftlichen statistischen Zahlen des Jahres 1958 hat folgenden Wortlaut;

„China erzielte 1958 eine Rekordernte, für die es in der Geschichte kein Beispiel gibt. Wegen mangelnder Erfahrung bei der Schätzung einer derartigen beispiellosen Rekordernte sind die landwirtschaftlichen statistischen Organe in den meisten Fällen jedoch zu überhöhten Schätzungen gelangt. Gleichzeitig war die Arbeitskräfteverteilung während der Rekord-Herbsternte unzulänglich. Infolgedessen wurden die Ernte-, Dresch-, Aufbereitungs- und Lagerarbeiten in gewissem Maße ungenügend vorgenommen. Dies führte zu einigen Verlusten, und die Ernteergebnisse stimmten nicht mit den geschätzten Zahlen überein.

Nach wiederholten Ueberprüfungen und Bestätigungen in der ersten Hälfte dieses Jahres wurde festgestellt, daß einige der bisher veröffentlichten statistischen Angaben über die landwirtschaftliche Produktion von 1958 höher liegen als die tatsächlich erzielten Ergebnisse. Die abgeänderten statistischen Angaben über die Agrarproduktion von 1958 lauten:

Getreideernte insgesamt 250 Millionen Tonnen, 35 Prozent mehr als 1957; Baumwollernte insgesamt 2,1 Millionen Tonnen, 28 Prozent mehr als 1957. Die Zuwachsraten anderer wichtiger landwirtschaftlicher Produkte betragen (verglichen mit 1957): Sojabohnen vier Prozent, Erdnüsse neun Prozent, getrockneter Tabak 48 Prozent, Jute und Ambarihanf drei Prozent.

Ende 1958 erreichten die Schweinebestände in China eine Gesamtzahl von 160 Millionen Stück, zehn Prozent mehr als Ende 1957. Die im Frühjahr und Herbst 1958 von der Bevölkerung aufgeforsteten Flächen erstrecken sich über 17,3 Millionen Hektar. Dies ist das Vierfache der 1957 aufgeforsteten Flächen. Entsprechend diesen bestätigten Erträgen wird der Gesamtwert der Agrarproduktion im Jahre 1958 neu mit 67,1 Milliarden Jüan beziffert; das sind 25 Prozent mehr als 1957. Dies bedeutet, daß der Wert der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion im Jahre 1958 insgesamt 184,1 Milliarden Jüan — 48 Prozent mehr als 1957 — betrug."

Quelle: *Die Presse der Sowjetunion*, Nr. 104 vom 2. September 1959, S. 2376.

1957. Das war offensichtlich ein großer Sprung nach vorn. Aber unter diesen Umständen bedürfen die ursprünglich für dieses Jahr geplanten Ziele für Getreide und Baumwolle einer Berichtigung. Ferner sind von den im vergangenen Jahre produzierten 11,08 Millionen Tonnen Stahl 3,08 Millionen Tonnen mit einfachen Mitteln hergestellt worden, so daß sie nur den Bedürfnissen der ländlichen Gebiete entsprachen; die Produktion von Stahl, der mit modernen Mitteln hergestellt wurde und den Bedürfnissen der Industrie entsprach, belief sich auf 8 Millionen Tonnen, das ist eine Steigerung um 49,5 Prozent gegenüber den im Jahre 1957 produzierten 5,35 Millionen Tonnen. Angesichts der Tatsache, daß in diesem Jahre eine gewisse Knappheit an Arbeitskräften für die Landwirtschaft besteht, wird angeregt, daß die Produktion von Stahl mit einfachen Mitteln für den Gebrauch an Ort und Stelle von den lokalen Behörden unter Berücksichtigung der lokalen Bedingungen festgesetzt wird; sie wird künftig nicht mehr in den staatlichen Plan einbezogen werden. Es wurde auch beschlossen, die Kohleförderung in entsprechendem Maße zu revidieren. Das 8. Plenum des Achten ZK ist der Ansicht, daß die vier diesjährigen Hauptziele für Stahl, Kohle, Getreide und Baumwolle wie folgt revidiert werden sollten: Stahl: 12 Millionen Tonnen; Kohle: 335 Millionen Tonnen; Getreide und Baumwolle: je ungefähr 10 Prozent mehr als die revidierten Produktionszahlen von 1958. Das Plenum empfiehlt dem Staatsrat, auf der Grundlage dieser Produktionsziele dem Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses einen Vorschlag für die Berichtigung des Entwicklungsplans für die Volkswirtschaft im Jahre 1959 zur Prüfung und Billigung zuzuleiten.

Das 8. Plenum des Achten Zentralkomitees weist darauf hin, daß der revidierte Plan für die Entwicklung der Volkswirtschaft im Jahre 1959 immer noch ein Plan für einen Sprung nach vorn bleibt. Die Stahlproduktion wird um 4 Millionen Tonnen über den 8 Millionen Tonnen des Vorjahres liegen, das ist eine Steigerung um 50 Prozent; die Kohleförderung wird um 65 Millionen Tonnen gesteigert werden, d. h. um 24 Prozent; die Zuwachsraten der Getreide- und Baumwollproduktion werden beide wesentlich über den durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten in der Periode des Ersten Fünfjahrplanes (Getreide: 3,7 Prozent, Baumwolle: 4,7 Prozent) liegen. Wenn wir den diesjährigen revidierten Volkswirtschaftsplan erfüllen, werden wir bei folgenden Kategorien die im Zweiten Fünfjahrplan ursprünglich für 1962 gesteckten Ziele schon erfüllt, übererfüllt oder annähernd erfüllt haben: Stahl, Kohle, Holz, Hüttenausrüstungen, Generatoren, Metallbearbeitungsmaschinen, Baumwollgarne, Papier, Salz, Getreide und Baumwolle. Dies wird uns in die Lage versetzen, die ursprünglichen Produktionsziele des Zweiten Fünfjahrplans erheblich zu erhöhen und größere Anstrengungen um die Stärkung gewisser schwächerer Zweige der Volkswirtschaft zu unternehmen, und damit wird es uns möglich sein, danach zu streben, daß die Losung „Großbritannien auf dem Gebiet der Erzeugung der wichtigsten Industrieprodukte in 15 Jahren einholen!“ im großen ganzen schon in ungefähr 10 Jahren verwirklicht wird und daß das Zwölfjahrprogramm für die Entwicklung der Landwirtschaft, das ursprünglich bis 1967 laufen sollte, schon zu einem viel früheren Zeitpunkt erfüllt wird.

Das 8. Plenum des Achten Zentralkomitees weist darauf hin, daß die gegenwärtige innen- und außenpolitische Lage günstig für die Verwirklichung eines weiteren Sprungs nach vorn in unserer Volkswirtschaft ist. Im Innern hält das Wachstum der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion an; die Volkskommunen auf dem Lande befinden sich nach den Umorganisationen der vergangenen Monate jetzt auf dem Wege einer gefestigten und gesunden Entwicklung; der Arbeitsenthusiasmus der Massen der Arbeiter und Bauern ist weiter im Wachsen begriffen; die Einheit der Menschen aller Nationalitäten im Lande wird immer stärker; Wissenschaften, Kultur und Erziehung schreiten weiter fort. Im internationalen Bereich wachsen die Stärke der sozialistischen Länder mit der Sowjetunion an der Spitze und ihre Einheit und Zusammenarbeit von Tag zu Tag; die nationalen Unabhängigkeitsbewegungen und die volksdemokratischen

Bewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika und der revolutionäre Kampf der Völker in den anderen kapitalistischen Ländern breiten sich von Tag zu Tag aus; die inneren Schwierigkeiten der imperialistischen Länder und die Widersprüche zwischen ihnen nehmen täglich zu. Das Plenum unterstützt voll und ganz die von der Sowjetunion auf der Genfer Außenministerkonferenz unternommenen Anstrengungen und begrüßt die Ankündigung der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten über den Austausch von Besuchen zwischen ihren Regierungschefs. Das Plenum ist der Ansicht, daß dies der weiteren Minderung der internationalen Spannung förderlich und der Sache der Verteidigung des Weltfriedens dienlich ist.

Das 8. Plenum des Achten Zentralkomitees weist darauf hin, daß die Imperialisten und ihre Lakaien die Generallinie unseres Landes für den Aufbau des Sozialismus, die Bewegung für den großen Sprung nach vorn und die Volkskommunen-Bewegung von Anfang an bösartig verleumdet und angegriffen haben. Sie haben jedoch eine schimpfliche Niederlage erlitten. Die Kraft der Generallinie unseres Landes für den Aufbau des Sozialismus wird in immer größerem Ausmaß demonstriert. Unter der Leitung der Generallinie tat das Volk unseres Landes nicht nur im letzten Jahre einen großen Sprung nach vorn, es setzt den Sprung nach vorn auch in diesem Jahre fort; die ländlichen Volkskommunen haben nicht nur feste Wurzeln geschlagen, sie erweisen auch ihre Vorzüge immer deutlicher. Die Imperialisten und feindliche Elemente im Lande werden weiterhin den sozialistischen Aufbau unseres Landes verleumden und zu sabotieren suchen, aber das wird unserem ganzen Volke nur ein Ansporn sein, seine revolutionäre Begeisterung auf ein noch höheres Niveau zu heben, und es wird unsere ganze Partei und die Menschen aller unserer Nationalitäten veranlassen, ihre Reihen fest zu schließen, unentwegt das strahlende Banner der Generallinie hochzuhalten und die sozialistische Sache unseres Landes stetig, aber auch mit Sprüngen und Sätzen vorwärtszutragen.

Nach einer Analyse der gegenwärtigen Lage weist das 8. Plenum des Achten Zentralkomitees darauf hin, daß die Hauptgefahr, die der Erzielung eines weiteren Sprunges nach vorn in diesem Jahre droht, das Auftreten rechtsopportunistischer Ideen in einigen Kadern ist. Diese tun nicht ihr Bestes, um die Aufgaben zu erfüllen, die nach den objektiven Bedingungen und bei entsprechenden subjektiven Anstrengungen erfüllt werden könnten. Sie unterschätzen die großen Errungenschaften von Hunderten von Millionen Werktätiger und der revolutionären Intelligenz in der Bewegung für den großen Sprung nach vorn und in der Volkskommunen-Bewegung, und sie übertreiben die Bedeutung gewisser Fehler, die infolge Mangels an Erfahrung in den beiden Bewegungen vorgekommen sind und schnell überwunden wurden. Sie verleumden die Bewegung für den großen Sprung nach vorn und die Volkskommunen-Bewegung, für die sich Hunderte von Millionen Werktätiger unter der Führung der Partei begeistert einsetzen, als „kleinbürgerlichen Fanatismus". Das ist völlig falsch. Sie sehen nicht, daß bei allen Unternehmungen des Volkes unter der Führung der Partei die Errungenschaften die Hauptsache sind, während Mängel und Fehler Nebensache sind und nicht mehr gleichkommen als einem Finger unter zehn. Das Plenum befiehlt den Parteikomitees aller Ebenen, solche irrigen rechtsopportunistischen Ideen in einigen Kadern entschlossen zu kritisieren und zu überwinden, der Politik die entscheidende Rolle zu geben, die Massen voll zu mobilisieren, alle Kräfte einzusetzen und für die Erfüllung und Uebererfüllung des diesjährigen Plans für den Sprung nach vorn zu kämpfen.

Das 8. Plenum des Achten Zentralkomitees weist darauf hin, daß für die Erfüllung des diesjährigen Plans für den Sprung nach vorn in der zweiten Hälfte dieses Jahres sehr schwere Aufgaben an der Wirtschaftsfront bewältigt werden müssen. Das Plenum appelliert an die Parteikomitees aller Ebenen, die Zeit von mehr als einem Monat, die noch vom dritten Quartal bleibt, gut zu nutzen, um der Massenkampagne für die Steigerung der Produktion und zur Sparsamkeit, die an allen Fronten der Industrie,

der Landwirtschaft, des Transportwesens und des Handels in vollem Gange ist, eine kraftvolle Führung zu geben, damit wir den zehnten Jahrestag der Gründung unserer Volksrepublik mit noch strahlenderen Erfolgen begrüßen können.

Das 8. Plenum des Achten Zentralkomitees appelliert an die ganze Partei und an die Menschen aller Nationalitäten im Lande, mit einem einzigen Willen zu arbeiten, sich enger zusammenzuschließen und unter der Führung des Zentralkomitees der Partei, geführt vom Genossen Mao Tse-tung, und unter dem Leuchtfeuer der Generallinie tapfer vorwärtszuschreiten, um den diesjährigen Volkswirtschaftsplan zu verwirklichen und in diesem Jahre vorfristig die Hauptziele des Zweiten Fünfjahrplans zu erfüllen!

Quelle: *Peking Review*, Nr. 35 vom 1. September 1959. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Entschließung des Achten Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas über die Entwicklung der Kampagne zur Steigerung der Produktion und zur Sparsamkeit

(gebilligt vom 8. Plenum am 16. August, veröffentlicht am 26. August 1959)

I

Auf der Grundlage des beispiellos großen Sprungs nach vorn, den unser Land 1958 gemacht hat, wurden in der ersten Hälfte des Jahres 1959 wiederum neue große Siege in der Volkswirtschaft errungen. Die Siege des vergangenen und dieses Jahres haben voll und ganz die absolute Richtigkeit der Generallinie der Partei bestätigt, die darin besteht, größte Anstrengungen zu unternehmen, hohe Ziele zu setzen und noch größere, schnellere, bessere und wirtschaftlichere Ergebnisse beim Aufbau des Sozialismus zu erreichen. Damit der Sprung nach vorn in diesem Jahr beibehalten wird, müssen in den kommenden vier Monaten noch große Anstrengungen unternommen werden. Das 8. Plenum des Achten ZK der Kommunistischen Partei Chinas ist der Ansicht, daß die Hauptaufgabe der ganzen Partei und der Angehörigen aller Nationalitäten des ganzen Landes jetzt darin besteht, intensiv eine umfassende Massenkampagne für die Erhöhung der Produktion und zur Sparsamkeit zu entwickeln und für die Erfüllung und Uebererfüllung des Produktions- und Aufbauplans für 1959 zu kämpfen. Die wertvolle Zeit des kommenden Monats oder noch etwas mehr sollte besonders gut genutzt werden, um einen neuen Aufschwung der Produktion herbeizuführen und so einen entscheidenden Sieg in Industrie, Landwirtschaft und Transportwesen im dritten Quartal zu erringen und damit den 10. Jahrestag der Gründung der großen Volksrepublik China zu ehren.

II

Der Gesamtwert der Industrieproduktion war in der ersten Hälfte dieses Jahres 65 Prozent größer als in der entsprechenden Periode des vergangenen Jahres. Die Produktion von Roheisen erreichte 9,5 Millionen Tonnen, die von Kohle 174 Millionen Tonnen und die von metallzerspanenden Werkzeugmaschinen 45 000 Stück. Damit erhöhte sich im Vergleich zur entsprechenden Zeit des Vorjahres die Produktion dieser Erzeugnisse auf mehr als das Doppelte. Die Produktion von Stahl (ohne den mit örtlichen, einfachen Methoden gewonnenen Stahl) belief sich auf 5,3 Millionen Tonnen und erhöhte sich damit gegenüber der entsprechenden Zeit des Jahres 1958 um 66 Prozent. Die Produktion von Baumwollgarn belief sich auf 4,147 Millionen Ballen, die von Zucker auf 0,78 Millionen Tonnen. Damit stieg die Produktion beider Erzeugnisse gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit um über 40 Prozent. Auch bei anderen Erzeugnissen der Schwer- und Leichtindustrie war ein beachtliches Ansteigen der Produktion zu verzeichnen. Die Qualität der Industrieerzeugnisse hat sich von Monat zu Monat verbessert. Das trifft besonders für die Eisen- und Stahlproduktion zu, wo

beim Eisenschmelzen kleine und mittlere Hochöfen in schnellem Tempo an die Stelle der kleinen, einheimischen Oefen getreten sind, die im vergangenen Winter entsprechend den damals herrschenden Bedingungen geschaffen wurden. Bei der Bedienung der kleinen und mittleren Hochöfen hat sich das technische Niveau ebenfalls schnell erhöht. Dadurch wurden nicht nur viele Arbeitskräfte eingespart, sondern es wurde auch die Bruttoproduktion auf annähernd den gleichen Umfang gebracht wie bei großen Hochöfen. Gleichzeitig wurde auch die Qualität der Erzeugnisse verbessert und der Kohleverbrauch eingeschränkt. Die Frachtleistung der Eisenbahnen hat 247 Millionen Tonnen erreicht und damit die des entsprechenden Vorjahrszeitraums um 49 Prozent überschritten.

Obwohl in der Landwirtschaft die Anbaufläche für Sommerkulturen in diesem Jahr etwas eingeschränkt wurde und Ueberschwemmungen und Trockenheit eintraten, liegen dennoch die Hektarerträge an Weizen, Frühreis und Raps beträchtlich über denen des vergangenen Jahres. Die Gesamtproduktion war höher als im vergangenen Jahr.

In Uebereinstimmung mit dem Beschluß des 6. Plenums des Achten ZK der Partei vom Dezember vergangenen Jahres, dem Beschluß der erweiterten Tagung des Politbüros des ZK vom Februar dieses Jahres in Tschengtschou und den anschließend vom Zentralkomitee herausgegebenen Richtlinien wurde in den ländlichen Volkskommunen ganz Chinas eine Ueberprüfung durchgeführt. Im Verlauf dieser Ueberprüfung wurden die Prinzipien der Leitung und Wirtschaftsführung auf den verschiedenen Ebenen, das Prinzip „Jedem nach seiner Leistung" und das Prinzip „Höherer Lohn für höhere Arbeitsleistung" durchgesetzt. Es ist festgelegt, daß in der gegenwärtigen Etappe auf die Volkskommunen ein dreistufiges Eigentumsverhältnis an Produktionsmitteln anzuwenden ist. Das Eigentum auf der Ebene der Produktionsbrigade ist die grundlegende Form. Ein Teil des Eigentums liegt in den Händen der Kommune (zusätzlich zu dem Eigentum an den von ihr betriebenen öffentlichen Wirtschaftsunternehmen kann die Kommune jährlich auch einen angemessenen Teil ihres Akkumulationsfonds aus dem Einkommen der Produktionsbrigaden entnehmen). Ein kleiner Teil des Eigentums sollte auch bei den Produktionsgruppen liegen. Auf diese Weise haben die großen Volkskommunen, die Industrie, Landwirtschaft, Handel, Erziehung und militärische Angelegenheiten in sich vereinigen und bei denen die staatliche Verwaltung und die Verwaltung der Kommune zusammengefaßt sind, die Tendenzen überwunden, die in der Anfangszeit ihres Bestehens auf Grund mangelnder Erfahrungen auftauchten. Das waren Tendenzen der Ueberzentralisierung, der Gleichmacherei und der Verschwendung. Die Kommunen haben schnell den Weg der gesunden und gefestigten Entwicklung eingeschlagen. Auf diese Weise werden sich die Vorzüge der Volkskommunen immer deutlicher auswirken — da sie groß sind und sich über ein breites Tätigkeitsfeld erstrecken, können sie die Produktion und Verteilung der ganzen Kommune einheitlich planen. Sie können wirksamer als die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften die Arbeitskraft in den Landgebieten gänzlich mobilisieren und rationell einsetzen. Sie können Bauten errichten, mit denen die Genossenschaften kaum fertig werden könnten. Sie können die schnelle und gleichzeitige Entwicklung von Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Viehzucht, Nebenwirtschaften und der Fischerei erleichtern. Das gleiche gilt für die Entwicklung von Industrie, Landwirtschaft, Handel, Erziehungswesen und Verteidigungswesen sowie für die Mechanisierung der Landwirtschaft, für die ständige Erhöhung des Einkommens der Bauern, für den rascheren Fortschritt auf dem Lande und für die Entwicklung von Gemeinschaftsprojekten, wie Speisehäuser und Kindergärten. Schließlich können sie in gewissem Maße die freie Versorgung in ihrem Verteilungssystem aufnehmen und so weiter. Was den Handel anbelangt, so belief sich der Einzelhandelsumsatz in der ersten Hälfte dieses Jahres auf 29,6 Milliarden Jüan und war damit 23 Prozent höher als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Der Getreideumsatz lag 12 Prozent höher als im Vergleichszeitraum des

Vorjahres, und auch der Umsatz anderer wichtiger Verbrauchsgüter, wie Gemüse, Zigaretten, Baumwolltextilien, Strickwaren, Lederschuhe, Seife, Schreibwaren und Arzneimittel, lag beträchtlich über dem Stand der Zeit von 1958. Da aber die Kaufkraft der Bevölkerung noch schneller stieg, waren einige wenige Verbrauchsgüter eine Zeitlang ziemlich knapp. Dank verschiedener Maßnahmen, die Partei und Regierung ergriffen haben, trat ein schneller Wandel der Situation ein, und in absehbarer Zeit wird zweifellos eine radikale Aenderung zu verzeichnen sein.

Die Lage in den verschiedenen Zweigen der Volkswirtschaft war in der ersten Hälfte dieses Jahres im ganzen gesehen gut, und die Voraussetzungen für den weiteren Sprung nach vorn sind in diesem Jahr günstig.

III

Angesichts der bestätigten landwirtschaftlichen Produktionsziffern des vergangenen Jahres, der tatsächlichen Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes in der ersten Hälfte dieses Jahres und der Naturkatastrophen der letzten Zeit empfiehlt das 8. Plenum des Achten Zentralkomitees, daß der Staatsrat dem Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses einen Vorschlag für eine angemessene Berichtigung des Planes für 1959 unterbreitet.

Dieser Vorschlag sollte folgende Ziele setzen: Stahl (ohne die Produktion mit örtlichen, einfachen Methoden) 12 Millionen Tonnen (eine Erhöhung um 50 Prozent gegenüber der Produktion von acht Millionen Tonnen Stahl mit modernen Ausrüstungen im vergangenen Jahr; angesichts des Arbeitskräftemangels in den Landgebieten wird angeregt, daß die Produktion von Stahl mit örtlichen, einfachen Methoden in diesem Jahr von den örtlichen Behörden selbst bestimmt und nicht in den Staatsplan aufgenommen wird); Kohle 335 Millionen Tonnen (eine Erhöhung um 24 Prozent gegenüber einer Kohleproduktion von 270 Millionen Tonnen im vergangenen Jahr); Getreide ungefähr 10 Prozent mehr als die bestätigte Produktionsziffer von 500 Milliarden Catties (250 Millionen Tonnen); Baumwolle ungefähr 10 Prozent mehr als die bestätigte Produktion von 42 Millionen Dan (2,1 Millionen Tonnen). Es ist völlig klar, daß der berichtigte Volkswirtschaftsplan ein Plan des weiteren Sprungs nach vorn bleibt. Er kann übererfüllt werden und ist um so mehr geeignet, die Initiative der werktätigen Bevölkerung zu fördern.

Infolge des Sprungs nach vorn im Jahre 1958 haben wir das Produktionsziel für Kohle, Holz, Salz und Getreide, das der im Jahre 1956 aufgestellte zweite Fünfjahrplan vorsah, vier Jahre vorfristig erfüllt. Wenn wir den diesjährigen Plan für den fortgesetzten Sprung nach vorn verwirklicht haben, werden wir die Ziele, die der zweite Fünfjahrplan für so wichtige industrielle und landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Stahl, metallurgische Ausrüstungen, Energieausrüstungen, spanabhebende Werkzeugmaschinen, maschinell hergestelltes Papier, Baumwolle und Baumwollgarn stellt, drei Jahre vorfristig erreicht oder fast erreicht haben.

Auf diese Weise wird es uns möglich sein, die Losung „Großbritannien in der Produktion von wichtigen Industrieerzeugnissen innerhalb von 15 Jahren einholen", die von 1958 an gilt, in zehn Jahren zu verwirklichen. Es wird uns auch gelingen, den Zwölfjahrplan für die landwirtschaftliche Entwicklung (1956 bis 1967) erheblich vorfristig zu erfüllen. Außerdem werden die erfolgreiche Erfüllung des diesjährigen Produktions- und Aufbauplans der Industrie sowie eine Rekordernte an Nahrungsmitteln und Industriepflanzen in diesem Jahr weitgehend das Tempo unserer industriellen und landwirtschaftlichen Entwicklung im nächsten Jahr bestimmen. Deshalb müssen sich die ganze Partei und das ganze Volk zusammenschließen, umfassende Anstrengungen unternehmen, eine energische Kampagne für die Erhöhung der Produktion und zur Sparsamkeit in den kommenden vier Monaten entfalten und mit allen Mitteln danach

streben, den diesjährigen Plan für den weiteren Sprung nach vorn zu erfüllen und zu überbieten.

IV

Auf allen Gebieten — Industrie, Landwirtschaft und Transportwesen — müssen Anstrengungen unternommen werden, um die Produktion zu steigern. Es sollte eine Kampagne des sozialistischen Wettbewerbs eingeleitet werden. Das ist in diesem Augenblick die edelste Aufgabe der Arbeiter, Bauern und der revolutionären Intellektuellen des ganzes Landes.

In der Industrie sollte in erster Linie der Produktion von Roh- und anderen Materialien, Brennstoff und Elektroenergie, besonders der Produktion von Eisen, Stahl, Walzstahl, Kohle, Holz, Zement und Rohstoffen für die chemische Industrie, Aufmerksamkeit gewidmet werden. Es sollten große Anstrengungen gemacht werden, um die Produktionsziele auf diesen Gebieten zu übertreffen. Die Maschinenbauindustrie sollte vor allen Dingen die Produktion von Ausrüstungen sichern, die in diesem Jahr dringend gebraucht werden, und sie planmäßig in kompletten Sätzen liefern. Sie sollte sich auch schnell und gründlich mit dem Problem der Halbfertigerzeugnisse befassen. Alle Schlüsselbetriebe sollten den Staatsplan qualitäts-, quantitäts- und sortimentsgemäß und auch entsprechend dem Monats- und Zehntagesoll erfüllen und übererfüllen. Die kleinen und mittleren örtlichen Betriebe sollten in Uebereinstimmung mit den Erfordernissen des Staatsplanes die Ziele in qualitativer und quantitativer Hinsicht erfüllen. Sie müssen ihr Bestes tun, um die Zahl der Erzeugnisse zweiter Wahl zu verringern und Ausschuß zu vermeiden. Außerdem sollten in erster Linie weitere Anstrengungen unternommen werden, um die Qualität des Roheisens, das in kleinen und mittleren Hochöfen hergestellt wird, und des Konverterstahls zu verbessern. Die Produktion der Erzeugnisse der Leichtindustrie und des Handwerks für den täglichen Bedarf der Bevölkerung sollte so schnell wie möglich erhöht und alle Möglichkeiten sollten ausgeschöpft werden, um weitere Rohstoffquellen für diese Erzeugnisse zu erschließen. Alle Betriebe müßten die Betriebsführung verbessern sowie sich um die Einhaltung des Arbeitsschutzes kümmern und ihn gewährleisten.

Für die Investitionsbauten sollten die Mittel konzentriert werden, um den Bau bedeutender Projekte, vor allen Dingen solcher Projekte, die in diesem Jahr in Betrieb genommen werden müssen, zu sichern. Die Betriebe sollten die Bauarbeiten beschleunigen und darauf achten, daß die Investitionen schnell Ergebnisse bringen. Die Arbeitskraft muß im ganzen Lande rationeller eingesetzt werden, indem überschüssige Arbeitskräfte in der Industrie und im Bauwesen soweit wie möglich in die Landgebiete zurückgebracht oder auf anderen Gebieten eingesetzt werden, wo dringend Arbeitskräfte benötigt werden. Es müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, um die Arbeitsproduktivität zu steigern.

In der Landwirtschaft sollte Gewicht darauf gelegt werden, die kommenden zwei Monate voll zu nutzen, um ergänzend zu den Feldarbeiten bei Nahrungs- und Industriepflanzen Arbeiten zur Unkrautbekämpfung, Düngung sowie zur Verhütung und Bekämpfung von Pflanzenkrankheiten und Insektenplagen vorzunehmen, damit eine reiche Ernte erzielt werden kann. Die Herbstkulturen sind in diesem Jahr zunächst allgemein gut gediehen. Aber nach den großen Ueberschwemmungen im Süden leiden die Zentralgebiete unseres Landes gegenwärtig unter einer ernsten Trockenperiode. Einige Gebiete im Norden wurden auch von Ueberschwemmungen oder Versumpfung heimgesucht. Diese Naturschäden müssen überwunden werden, bevor wir den diesjährigen Plan für eine erhöhte Produktion erfüllen. Der menschliche Wille muß über die Natur triumphieren ...

V

Bei der Erhöhung der Produktion muß strenge Sparsamkeit angewandt werden. Erhöhung der Produktion und Sparsamkeit sowie fleißige und sparsame Führung der Volkskommunen, aller Betriebe, Unternehmen und Haushalte — das ist der Weg, über den unser Land wohlhabend und stark werden wird und auch der Schlüssel, um den Plan für dieses Jahr zu erfüllen und überzuerfüllen.

Alle Industriebetriebe müssen unter der Bedingung, daß die Qualität gesichert ist, große Anstrengungen unternehmen, um Rohstoff und andere Materialien, Brennstoff und Elektroenergie einzusparen. Die Hüttenindustrie und die Energiewirtschaft, die Eisenbahnen, die Organe des Wassertransportwesens und andere Industriezweige müssen strikte Pläne für die Einsparung von Kohle ausarbeiten und sie entschlossen durchführen. Die Betriebe der Schwerindustrie und die Investbauvorhaben müssen alles tun, um den Verbrauch von Walzstahl und Holz einzuschränken. Die Betriebe der Leichtindustrie müssen alle Kraft einsetzen, um den Verbrauch von Rohstoffen, die aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen bestehen, einzuschränken. In der landwirtschaftlichen Produktion muß den Zugtieren und Geräten große Aufmerksamkeit gewidmet werden. Wasser, Düngemittel und Saatgut dürfen nicht verschwendet werden. Auf die Einsparung von Arbeitskräften und Umlaufmitteln in der Industrie, im Transportwesen, in der Landwirtschaft und in anderen Betrieben muß geachtet werden.

Die Erziehung zur Sparsamkeit muß überall in Stadt und Land weitgehend durchgeführt werden. Die Staatsorgane sollten in erster Linie ein Beispiel für Fleiß und Sparsamkeit geben, indem sie alle Ausgaben einschränken, die eingeschränkt werden können. Die Einsparung von Getreide, Kohle und anderen Verbrauchsgütern, die noch nicht im Ueberfluß vorhanden sind, muß unter den Bürgern gefördert werden. Verschwendung muß bekämpft werden.

Alle Volkskommunen auf dem Lande müssen das der menschlichen Ernährung dienende Getreide gut verwalten und verwenden. Die langfristige Gesamtplanung sollte unter dem Gesichtspunkt erfolgen, daß Produktion und Verbrauch von Getreide, Kartoffeln, Kürbissen, Gemüse, Futtermitteln und Brennstoffen Mangelzeiten vorbeugen und Reservebildungen für lange Zeit gestatten. Die Volkskommunen sollten danach streben, den für den Markt bestimmten Teil der schwer lagerfähigen Nahrungsmittel, wie Fisch, Fleisch, Hühner, Enten, Eier und Speiseöl, zu erhöhen, um den Kommunemitgliedern ein höheres Einkommen zu sichern. Sie sollten Lieferungen an die Städte und für Exportzwecke erhöhen, um auf diese Weise den Aufbau des Sozialismus zu unterstützen. Bei der Leitung der Gemeinschaftsküchen in den Landgebieten sollte man sich an die Politik der aktiven Verbesserung und freiwilligen Teilnahme halten. Korn sollte an jede Familie auf der Grundlage einer bestimmten Ration für jede Person verteilt werden. In den Gemeinschaftsküchen sollte ein System der Essenmarken eingeführt werden, wobei die nichtverbrauchten Nahrungsmittel an die Person gegeben werden, die sie spart. Das Sparen sollte unter der Stadt- und Landbevölkerung gefördert werden, damit das Geld, das der einzelne im Augenblick nicht braucht, rationell und wirksam für den Aufbau im Interesse sowohl des Staates als auch der Familie verwendet werden kann.

Der ganzen Partei und dem ganzen Volk muß gesagt werden, daß wir nicht nur fähige Arbeiter bei der Meisterung der Produktion, sondern daß wir auch in der Lage sein müssen, das Leben zu meistern und den Haushalt gut zu führen, sorgfältige Budgets aufzustellen und Ersparnisse für Notzeiten zu machen. Solange die Regierung und das Volk einheitlich zusammenarbeiten, energisch die Produktion erhöhen und Sparsamkeit üben, wird unser Land mit Sicherheit in der Lage sein, alle Hindernisse

auf dem Wege unseres siegreichen Vormarsches zu überwinden und ein blühendes und gedeihliches Leben für das ganze Volk zu schaffen.

VI

Die Generallinie, der große Sprung nach vorn und die Volkskommune — das sind die Verkörperungen der großen Entschlossenheit und der hohen Weisheit der 650 Millionen fleißigen und tapferen Menschen unseres Landes und die Ergebnisse der schöpferischen Verbindung der universellen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus mit der praktischen Situation in China durch den Genossen Mao Tse-tung, den großen Führer unserer Partei und der Menschen aller Nationalitäten unseres Landes. Wir haben im vergangenen Jahr und in der ersten Hälfte dieses Jahres große Siege errungen, und zwar deshalb, weil wir beim sozialistischen Aufbau die führende Rolle der Partei gestärkt, uns an die Arbeitsmethode der Linie der Masse gehalten und das ruhmreiche Banner der Generallinie — des großen Sprungs nach vorn und der Volkskommune — hochgehalten haben.

In Zukunft werden wir weiterhin kühn auf diesem ruhmvollen und siegreichen Weg voranschreiten und für neue große Siege kämpfen.

Die Erfahrung von 1958 hat in hervorragender Weise bewiesen, daß die Weisheit und die Kraft der Massen unbegrenzt sind. Von der Partei und dem Genossen Mao Tse-tung erleuchtet und geführt, inspiriert von der Generallinie der Partei und in ihrem Zeichen organisiert, sind diese Weisheit und Kraft unwiderstehlich wie eine machtvolle Kavalkade geworden, unter deren Ansturm Bergriesen sich buchstäblich neigen und breite Ströme ihren Lauf ändern. Für unser Volk sind der große Sprung nach vorn und die Volkskommune neue Dinge, die in der Geschichte erstmalig sind. Im Verlauf ihrer Entwicklung ist es natürlich unvermeidlich, daß man auf gewisse Schwierigkeiten und Mängel stößt. Aber die Massen des Volkes haben unter der festen Führung der Partei und des Genossen Mao Tse-tung diese Probleme, die vorübergehender und lokaler Natur sind, schnell gelöst und sind dabei, sie auch weiterhin schnell zu lösen. Gegnerische Elemente innerhalb und außerhalb unseres Landes, die der sozialistischen Sache unseres Landes feindlich sind, haben die Gelegenheit benutzt, um uns zu verleumden, um damit gewisse unsichere Elemente in unseren Reihen zu beeinflussen. Aber kein Reaktionär kann die große Entschlossenheit unserer Partei und unseres 650-Millionen-Volkes im geringsten erschüttern.

Im Gegenteil, die große Masse der Funktionäre und des Volkes sieht mit vollem Vertrauen, daß unsere Errungenschaften außerordentlich groß und unsere Zukunft äußerst hell ist. Das 8. Plenum des Achten ZK der KP Chinas appelliert an die ganze Partei und die Menschen aller Nationalitäten des Landes, sich unter der Führung des ZK der Partei und des Genossen Mao Tse-tung eng zusammenzuschließen, entschlossen alle Schwierigkeiten zu überwinden und alle Mängel in unserer Arbeit zu korrigieren, die rechtsopportunistischen Stimmungen bei einigen unsicheren Elementen zu überwinden, der Spaltertätigkeit der antisozialistischen Elemente entscheidende Schläge zu versetzen, für die großen Siege dieses Jahres zu kämpfen und in diesen zwei Jahren (1958 und 1959) die Hauptziele des zweiten Fünfjahrplans vorfristig zu erreichen. Das III. Quartal ist eine entscheidende Periode bei der Erfüllung und Uebererfüllung des diesjährigen Planes. Jede Sekunde ist eine Unze Gold wert. Handeln wir gemeinsam, um den Plan für das III. Quartal zu erfüllen und überzuerfüllen und den 10. Jahrestag der Gründung unserer großen Volksrepublik China mit einem großen, neuen Aufschwung in der Produktion zu grüßen!

Quelle: *Prawda* vom 28. August 1959. Deutsche Uebersetzung aus *Die Presse der Sowjetunion,* Nr. 104 vom 2. September 1959, S. 2376—2379.

Texte und Dokumente zu dem Besuchsaustausch zwischen Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow und Präsident Dwight D. Eisenhower

Der Besuch Chruschtschows in den Vereinigten Staaten vom 15. bis zum 27. September 1959

(Vgl. hierzu den Bericht „Die Ergebnisse der Amerikareise Chruschtschows“ auf S. 657 ff. des Beitragteils)

Erklärung über den Besuchsaustausch zwischen Ministerpräsident Chruschtschow und Präsident Eisenhower vom 3. August 1959

(Gleichzeitig in Washington und Moskau veröffentlicht)

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat den Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Nikita S. Chruschtschow, zu einem offiziellen Besuch der Vereinigten Staaten im September eingeladen. Die Einladung wurde von Herrn Chruschtschow mit Freude angenommen. Auch der Präsident hat die Einladung von Herrn Chruschtschow, der UdSSR später in diesem Herbst einen offiziellen Besuch abzustatten, mit Freude angenommen.

Herr Chruschtschow wird Washington für zwei oder drei Tage besuchen und außerdem etwa für zehn Tage durch die Vereinigten Staaten reisen. Er wird mit dem Präsidenten informelle Besprechungen führen, die ihnen Gelegenheit geben, ihre Ansichten über Probleme auszutauschen, die von gegenseitigem Interesse sind. Auf seiner Reise durch die Vereinigten Staaten wird Herr Chruschtschow in der Lage sein, einen unmittelbaren Eindruck von dem Land und seiner Bevölkerung zu gewinnen und sich mit ihrem Leben vertraut zu machen.

Präsident Eisenhower wird Moskau besuchen und auch einige Tage durch die Sowjetunion reisen. Dies wird eine weitere Gelegenheit für informelle Gespräche und einen Gedankenaustausch über Probleme von gemeinsamem Interesse mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR geben. Auf seiner Reise durch die Sowjetunion wird Präsident Eisenhower gleichfalls in der Lage sein, das Land und seine Leute unmittelbar kennenzulernen und sich mit ihrem Leben vertraut zu machen.

Beide Regierungen geben der Hoffnung Ausdruck, daß die bevorstehenden Besuche dazu beitragen werden, ein besseres Verständnis zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR zu schaffen, und daß sie die Sache des Friedens fördern werden.

Quelle: *Amerikadienst*, 4. August 1959.

Pressekonferenz Präsident Eisenhowers in Washington am 3. August 1959

Ich habe Sie heute morgen zu einer besonderen Pressekonferenz über das Thema des bevorstehenden Besuchsaustausches mit Herrn Chruschtschow zu mir gebeten. Obwohl dieses Thema in den letzten Tagen in Europa zu den am schlechtesten gehüteten Geheimnissen gehörte, so glaube ich doch, daß Ihr besonderes Interesse für diese Angelegenheit diese besondere Pressekonferenz rechtfertigt.

Zuerst möchte ich Ihnen ein wenig über das Zustandekommen dieses Besuchsaustausches mitteilen. Vor einiger Zeit vertrat ich gegenüber Vertretern des Außenministeriums die Ansicht, daß es notwendig sei, den Versuch zu unternehmen, das Eis, das unsere Beziehungen mit der Sowjetunion einfrieren ließ, ein wenig zu schmelzen, und

daß dabei vielleicht ein Besuchsaustausch, wie ich ihn jetzt vorgeschlagen habe, von Nutzen sein könne. Wir untersuchten die Möglichkeiten eines solchen, und Anfang Juli ging von mir jener Briefwechsel aus, dessen Ergebnis schließlich ein Uebereinkommen über einen solchen Besuchsaustausch ist. Einige Einzelheiten, vor allem genaue Einzelheiten, müssen noch zwischen den diplomatischen Vertretungen unserer beiden Regierungen vereinbart werden ...

(Es folgt der Text der gleichzeitig in Washington und Moskau veröffentlichten Erklärung)

... Ich möchte noch ein oder zwei Dinge hinzufügen.

Wir haben über diesen Gegenstand einige Zeit lang einen Meinungsaustausch auf ziemlich niedriger Ebene geführt, dann wurde die Möglichkeit eines Besuchsaustausches einige Wochen von den Außenministern erörtert. Die westlichen Außenminister wurden von dem Plan informiert und stimmten ihm zu. Erst kürzlich wurden die Regierungschefs von dem bevorstehenden Besuch unterrichtet. In ihrer Stellungnahme stimmten sie ihm zu und vertraten die Ansicht, daß ein solcher Besuch mehr von Nutzen als von Schaden sein könne. In anderen Worten, grundsätzlich befürworteten sie den Plan eines Besuchsaustausches.

Auch kann ich Ihnen mitteilen, daß ich heute morgen einige der führenden Persönlichkeiten des Kongresses unterrichtete, die in den Fällen, wo mir ihre Stellungnahme bisher zugänglich war, den Plan recht günstig beurteilten.

Eines möchte ich noch klarstellen: Ich beabsichtige auf keinen Fall und bin auch gar nicht dazu in der Lage, in meinen Gesprächen mit Herrn Chruschtschow als Sprecher der Westmächte aufzutreten. Ich kann nur für die Vereinigten Staaten und ihre Regierung sprechen. Ich habe jedoch den Vorschlag gemacht, vor meiner Begegnung mit Herrn Chruschtschow mit unseren Verbündeten in Europa die Probleme gegenseitigen Interesses zu erörtern. Der Besuch steht in keiner Beziehung mit einer möglichen späteren Gipfelkonferenz. Natürlich hoffe ich, daß die Ankündigung des Besuchsaustausches die Außenminister zu intensiveren Bemühungen für eine gemeinsame Vereinbarung anspornt, so daß die Außenministerkonferenz vor ihrer vorübergehenden Vertagung am Mittwoch wenigstens solche Ergebnisse bringt, die die Abhaltung eines solchen Treffens zu einem beliebigen Zeitpunkt rechtfertigten.

Auf jeden Fall hoffe ich, daß ein Wiederzusammentritt der Außenministerkonferenz möglich sein wird, d. h. wenn die Außenminister eine solche als nützlich und gerechtfertigt empfinden.

Ich möchte also klarstellen, daß es sich um einen persönlichen Besuch zu den oben von mir skizzierten und in der Erklärung erwähnten Zwecken handelt. Aber ich hoffe, daß durch diesen Besuchsaustausch das gegenseitige Verständnis gefördert und der Förderung des Weltfriedens gedient wird.

Wenn ich auch ausführlich über diesen einen Gegenstand gesprochen habe, da dies eine Sonder-Pressekonferenz ist, so bin ich doch bereit, nun etwa zehn Minuten Fragen zu beantworten.

Quelle: *The New York Times* (International Edition) vom 5. August 1959.

Pressekonferenz Ministerpräsident Chruschtschows in Moskau am 5. August 1959

Wie Sie bereits wissen, wurde eine Uebereinkunft zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und mir über einen Austausch offizieller Besuche erzielt. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde ich mich Mitte September in die USA begeben, während der Präsident der USA den Besuch im späteren Herbst erwidern wird. Im Verlauf dieser Besuche werden wir unoffizielle Gespräche — also Gespräche und keine Verhand-

lungen — führen. Ich messe aber der Form unseres Gedankenaustausches keine besondere Bedeutung bei, mögen es nun Gespräche oder unoffizielle Diskussionen sein. Bedeutsam ist, durch diesen Meinungaustausch eine gemeinsame Sprache und ein gemeinsames Verständnis der zu regelnden Fragen zu finden. In welchen Rahmen die erzielten Resultate zu formen sind, ist kein Problem. Diesbezüglich kann immer eine Uebereinkunft getroffen werden.

Unser Standpunkt zu einem Treffen von Staatsführern ist wohl bekannt. Wir wünschen, daß die Regierungschefs und die Staatschefs, Leute, die mit großen Vollmachten ausgestattet sind und die ein großes Vertrauen genießen, sich öfter treffen, um ihre Auffassungen auszutauschen. Wir glauben, daß jede solche Zusammenkunft zu einer besseren Wertung der Fragen, deren Regelung notwendig ist, und zu einem besseren Verständnis des Standpunktes der anderen Partner führen wird. Dies wird wiederum dazu beitragen, zu Beschlüssen zu gelangen, die für beide Seiten vorteilhaft sind.

Solche Gespräche werden aber nur zu guten Resultaten führen, wenn sich alle Seiten von dem Bestreben leiten lassen, einen dauernden Frieden zu gewährleisten, den alle Völker der Erde so sehr wünschen. Wenn wir dieses grundsätzliche Ziel aus dem Auge lassen und uns nach anderen Gesichtspunkten richten, so könnte eine Lage entstehen, bei der man feststellt, daß eine Seite als Ergebnis der Gespräche etwas verliert, während die andere Seite etwas gewinnt. Wir sollten von der Annahme ausgehen, daß bei Abkommen zur Gewährleistung des Friedens niemand etwas verliert. Im Gegenteil, alle Völker werden von einer Förderung des Friedens profitieren.

Dies ist nach meiner Meinung ein fortschrittlicher Standpunkt, der allgemeine Zustimmung genießt. Staatsmänner, die sich wahrhaft von diesem grundsätzlichen Ziel leiten lassen, sollten ihren Beitrag zur noblen Sache der Gewährleistung eines dauernden Friedens leisten. Jene, die dies nicht tun und die nicht ernstlich an die Lösung dieses Problems herangehen, werden mit ihrer Politik keinen Erfolg haben. Das ist gewiß. So sehen wir die Aufgaben von Staatsmännern an, die sich treffen.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich auf unsere Zusammenkünfte und Gespräche mit dem britischen Premierminister Macmillan während seines Besuches in der Sowjetunion im Februar beziehen. Unsere Zusammenkünfte spielten unzweifelhaft eine große Rolle bei der Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern. Sie führten z. B. zum Abschluß eines neuen Handelsabkommens, das für Großbritannien und die Sowjetunion von Vorteil ist. Wenn es noch ungeregelte Fragen gibt, die zwischen unseren beiden Ländern strittig sind, so handelt es sich hierbei nicht mehr um Fragen der gegenseitigen Beziehungen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion, sondern hauptsächlich um Fragen zwischen den NATO-Staaten — Großbritannien eingeschlossen — einerseits und der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern andererseits.

Wir haben daher allen Grund zu sagen, daß unsere Zusammenkünfte und Gespräche mit Herrn Macmillan nützlich und fruchtbringend waren. Man kann viele andere Beispiele dafür anführen, daß der Kontakt zwischen führenden Staatsmännern zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den Ländern führt.

Jedermann begreift die immense Bedeutung, welche die Art der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, den beiden größten Nationen der Welt, für die Sache des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit besitzt. Kann man tatsächlich noch daran zweifeln, daß der Frieden auf Erden stabiler und dauerhafter wird, wenn diese beiden Mächte gute freundschaftliche Beziehungen herstellen und eine Zusammenarbeit im Interesse des Friedens zu schaffen vermögen? Gibt es realistische Möglichkeiten für Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA, die auf den Grundsätzen des Friedens und der Freundschaft basieren? Wir sind über-

zeugt, daß es solche Möglichkeiten gibt. Es bestehen keine territorialen Streitfragen zwischen unseren Ländern, keine unlösbaren Gegensätze und keine Probleme, welche die Schaffung eines Klimas des Vertrauens und des gegenseitigen Verstehens hindern könnten. Es ist allgemein bekannt, daß die sowjetischen und amerikanischen Völker in den Jahren des Zweiten Weltkrieges zusammen gegen einen gemeinsamen Feind kämpften.

Wir sind stets bereit, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um sicherzustellen, daß die Beziehungen zwischen unseren Ländern auf der gesunden Grundlage des Friedens und freundschaftlicher Zusammenarbeit beruhen. Eine Besserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen wird dazu beitragen, die Beziehungen mit anderen Ländern zu bessern und die dunklen Wolken in anderen Teilen der Welt zu vertreiben. Natürlich wollen wir nicht nur Freunde der Vereinigten Staaten sein, sondern auch Freunde ihrer Freunde. Ebenso wünschen wir, daß die Vereinigten Staaten nicht nur gute Beziehungen mit uns, sondern auch mit unseren Freunden haben.

Wir hoffen daher, daß der Austausch von Besuchen zwischen dem Präsidenten der USA und mir nützlich sein wird. Wir werden unsererseits unser Bestes tun, damit die Gespräche zu einem besseren Verständnis zwischen der UdSSR und den USA und zu einer Förderung des Friedens beitragen.

Quelle: *TASS* (deutsch) vom 5. August 1959.

Rundfunk- und Fernsehansprache Präsident Eisenhowers vom 10. September 1959 über seine Europareise

In den kommenden wenigen Minuten möchte ich hauptsächlich über meine kürzliche Europareise zu Ihnen sprechen.

Um Ihnen zuerst meinen stärksten Eindruck wiederzugeben: es war der, daß die Völker Europas eine tiefe Zuneigung zum amerikanischen Volke haben. In den Dörfern und Städten und in den Großstädten konnte ich spüren, wie diese Botschaft in lauter Begeisterung über den Atlantik flog. Entlang der Straßen und Landstraßen war die Botschaft überall die gleiche. Selbst während einer langen Autofahrt, um der Königin und ihrer Familie einen Höflichkeitsbesuch abzustatten, gab es kaum eine Strecke von hundert Metern, wo nicht eine kleine Gruppe von Menschen stand, um diese Grüße und dieses Empfinden nach Amerika zu senden.

Während der vergangenen zwei Wochen habe ich, wie Sie wissen, mit Bundeskanzler Adenauer in Deutschland, Premierminister Macmillan in Großbritannien und Präsident de Gaulle in Frankreich — alles alte Freunde von mir — Besprechungen geführt. Ich habe mit dem italienischen Ministerpräsidenten Segni und dem italienischen Außenminister Pella sowie mit Herrn Luns aus Holland und Herrn Spaak aus Belgien, dem Präsidenten des NATO-Rates beziehungsweise dem Generalsekretär der NATO, gesprochen.

Diese Männer sind Staatsmänner. Sie haben sich gleich uns der Erhaltung der Sicherheit der freien Nationen und der Aufrechterhaltung der Werte verschrieben, die wir über alles andere stellen — Freiheit, Gleichheit der Möglichkeiten, Menschenwürde und Frieden in Gerechtigkeit.

Wir haben mit ihnen zusammen erneut unsere Einigkeit in grundlegenden Fragen sowie in der Unterstützung der Nordatlantikpakt-Organisation bekräftigt. Wir sind entschlossen, daß es kein Zurückweichen von den fundamentalen Zielen gibt, denen wir uns gemeinsam verschrieben haben. Wir stimmen darin überein, daß die für unsere gemeinsame Sicherheit erforderliche Verteidigungsstärke weiter erhalten bleiben muß. Ich bin dankbar und zutiefst befriedigt, daß wir von Angesicht zu Angesicht diesen

Glauben und diese Ziele erneut bekräftigen konnten. Ich hatte das gleiche Gefühl auf meiner ganzen Reise, als ich mit dem deutschen Bundespräsidenten Heuss und einer großen Anzahl anderer Männer und Frauen innerhalb und außerhalb der Regierung sprach.

Gegenüber unseren Freunden in Bonn, London und Paris brachte ich die Besorgnis Amerikas über die aggressiven Handlungen der Kommunisten in Asien zum Ausdruck. Jeder von ihnen war der Ueberzeugung, daß die Vereinten Nationen die Lage in Laos offiziell zur Kenntnis nehmen und daß wir diese Körperschaft bei der Suche nach einer befriedigenden Lösung unterstützen sollten. Herr Macmillan hat diesen Punkt besonders nachdrücklich unterstrichen. Ich freue mich, daß die Vereinten Nationen bereits eine Untersuchungskommission neutraler Beobachter eingesetzt haben. Ich hoffe, daß diese prompte Maßnahme der Vereinten Nationen dazu dienen wird, der Aggression Einhalt zu gebieten, die die Freiheit von Laos bedroht hat.

Ganz natürlicherweise drehte sich ein großer Teil unserer Besprechungen um unser Verteidigungsbündnis, die NATO. Alle brachten ihre Befriedigung über die zunehmende Fähigkeit der NATO zum Ausdruck, zusätzlich zu ihrer Arbeit auf dem Gebiet der Sicherheit die Zusammenarbeit der Mitglieder auf politischem, wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Gebiet sicherzustellen. Der Gemeinsame Markt und ähnliche Entwicklungen, die dazu geeignet sind, die Nationen Europas enger aneinander zu binden, fanden ebenfalls unsere Beachtung.

Eines der Themen, die in unseren Gesprächen erörtert wurden, betraf die immer größer werdenden Probleme, denen sich die unterentwickelten oder die neu geschaffenen Nationen der Welt gegenübersehen. Ueber eine Milliarde notleidender Menschen fordern wirkliche Fortschritte auf dem Gebiet des Erziehungswesens, der Gesundheitseinrichtungen und des Lebensstandards. Es ist nur verständlich, wenn es unter ihnen gärt, wenn sie mit ihrem gegenwärtigen Los in hohem Maße unzufrieden und in immer stärkerem Maße entschlossen sind, dieses Los zu verbessern. Sie brauchen auf allen Gebieten eine größere technische Hilfe sowie mehr Investitionskapital und weitgehendere Handelsmöglichkeiten.

Da alle von uns außerhalb des Eisernen Vorhangs wünschen, daß derartige Fortschritte in Freiheit erreicht werden, müssen die hochindustrialisierten freien Nationen gemeinsam wirksame Mittel finden, um die benötigte Hilfe zu gewähren. Jeder von uns hat sich mit dem Studium dieses riesigen Problems befaßt, das eventuell eine Gefahr für unsere eigene Freiheit werden könnte. Da keine Nation allein die hiermit verbundenen Lasten tragen sollte oder kann, sehen wir hier wieder die Notwendigkeit für eine stärkere Zusammenarbeit und Einigkeit zwischen uns, so daß durch eine gerechte Aufteilung ein Erfolg vielleicht allmählich, aber bestimmt erreicht werden kann.

In Zusammenhang mit diesem weltweiten Problem hatte ich in Paris eine einzigartige und hochinteressante Gelegenheit, viele Dinge über die politischen Entwicklungen in allen Teilen Französisch-Afrikas zu erfahren. Die Ministerpräsidenten der Länder, die die Französische Union ausmachen, waren nach dieser Stadt eingeladen worden. und elf von ihnen kamen.

Nebenbei bemerkt sind sie so sehr bestrebt, in irgendeiner Weise ihre Achtung und Bewunderung gegenüber dem amerikanischen Volk zum Ausdruck zu bringen, daß sie jetzt einen jungen Elefanten nach Amerika schicken. Ich hoffe, daß ich seine Unterbringung in einem unserer Zoologischen Gärten in die Wege leiten kann.

Die Völker dieses Gebietes, die in örtlichen Angelegenheiten weitgehend Selbstregierung haben, werden von Frankreich in ihrem wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Fortschritt unterstützt. Sie sind des Rechtes versichert worden, über ihr eigenes politisches Schicksal ihre eigenen endgültigen Entscheidungen zu treffen.

Die Moral all dieser Männer ist sehr hoch. Sie lehnen die falschen Lehren des Kommunismus ab. Sie haben eine Vorstellung von Fortschritt und zukünftiger Größe in Freiheit. Sie brachten mir gegenüber nachdrücklich ihre Dankbarkeit gegenüber Frankreich und General de Gaulle zum Ausdruck für die Möglichkeiten, die sich ihnen erschließen.

Es waren gerade diese Atmosphäre und das Wissen um die freundschaftliche Zusammenarbeit, die meine Gespräche mit unseren westlichen Verbündeten über den bevorstehenden Besuch von Ministerpräsident Chruschtschow in den Vereinigten Staaten charakterisierten.

Ich zeigte ihnen die Gründe auf für meine Einladung an ihn. Sie sind ganz einfach diese:

Erstens: ihm die Möglichkeit zu geben, zu sehen, wie Amerika ist und wie die Amerikaner sind. Möge er sehen und erleben, wie eine große und vorwärtsstrebende Nation in wirklicher Freiheit lebt.

Zweitens: ihm von Angesicht zu Angesicht die grundlegenden Ueberzeugungen unseres Volkes in den wichtigen Fragen unserer Tage, einschließlich der Frage West-Berlins, zu vermitteln und von ihm direkt seine eigenen Ansichten bezüglich dieser Fragen zu hören.

Wir hatten kürzlich den Besuch zweier hoher Vertreter der sowjetischen Regierung — von Herrn Mikojan und von Herrn Koslow. Es ist angebracht, daß jetzt dem Oberhaupt des sowjetischen Staates und der überragenden Figur in der sowjetischen Regierung die gleiche Möglichkeit geboten wird, seine eigenen Eindrücke von Amerika aus erster Hand zu sammeln.

Ich versicherte unseren Verbündeten in geheimen Unterredungen — wie ich dies auch bei anderen Gelegenheiten öffentlich getan habe —, daß ich bei meiner Einladung an Herrn Chruschtschow nicht lediglich an einen zeremoniellen Besuch dachte — genausowenig, wie ich irgendeine Absicht zu definitiven Verhandlungen hegte. Der Einladung lag jedoch die Hoffnung zugrunde, daß ernsthafte, sondierende Bemühungen neue Möglichkeiten für praktisch realisierbare Fortschritte in Richtung auf eine Beseitigung einiger der Ursachen für die Spannungen in der Welt aufzeigen könnten.

Die Unterredungen mit Ministerpräsident Chruschtschow werden keine Verhandlungen über Fragen einschließen, die die Interessen unserer Verbündeten oder irgendeines anderen Teiles der freien Welt direkt betreffen. Ich weiß, daß weder Amerika noch seine Verbündeten in dieser Hinsicht gute Formen und Redlichkeit als Schwäche auslegen werden; keine Prinzipien oder grundlegenden Interessen werden unter den Auktionshammer kommen. Dies wird hier und auch im Ausland verstanden werden.

Die führenden Männer der verbündeten Länder haben ihr Verständnis für die Gründe zum Ausdruck gebracht, die zu der Einladung an Herrn Chruschtschow geführt haben, Amerika zu besuchen. Wenn auch ihre Hoffnung auf Fortschritte verschiedene Stufen von Optimismus erkennen ließ, so war doch jeder von ihnen überzeugt, daß dieser Versuch unbedingt hatte unternommen werden müssen.

Uebrigens habe ich die feste Zuversicht, daß unser Volk Herrn Chruschtschow und seine Gattin und Familie mit der traditionellen amerikanischen Höflichkeit und Würde begrüßen wird. Es darf nicht sein, daß wir ihm nicht die gleiche Aufnahme zuteil werden lassen, die die sowjetische Bevölkerung dem Vizepräsidenten und Mrs. Nixon zuteil werden ließ.

Nachdem ich soeben erst aus Frankreich zurückgekehrt bin, mag es vielleicht angebracht sein, an ein Wort zu erinnern, das vor einem Jahrhundert von einem anerkannten Beobachter, Tocqueville, über unser Volk gesagt wurde. „Die große erhal-

tende Kraft Amerikas", so sagte er, „ist nicht einfach in seinen Gesetzen oder Institutionen zu finden, sondern in den guten Sitten seiner Menschen und ihrer Herzensbildung."

Jeder der führenden Männer, mit denen ich gesprochen habe, ist sich voll und ganz der Ueberzeugung Amerikas bewußt, daß jede Uebereinkunft, eine Gipfelkonferenz abzuhalten, auf der Gewißheit beruhen muß, daß unser Status und unsere Rechte in Berlin respektiert werden. Darüber hinaus müssen nach unserer Ansicht einige klare sowjetische Hinweise dafür vorliegen — gleichgültig in welcher Form sie gegeben werden —, daß ernsthafte Verhandlungen wirklich Aussicht auf eine Reduzierung der Ursachen für die Spannungen auf der Welt bieten werden.

Sollte sich eine Gipfelkonferenz auf einer solchen Basis ergeben, sind wir und unsere Verbündeten stets bereit, realistisch mit den Sowjets über jeden auf beiden Seiten durchführbaren Plan für eine Reduzierung der Rüstungen zu verhandeln; sind wir bereit, einen wirklichen Anfang in Richtung auf die Lösung des Problems des geteilten Deutschland zu machen; hoffen wir, umfassendere Kontakte in bezug auf Ideen, Publikationen, Personen und Informationen anzubahnen; sind wir — kurz gesagt — bereit, über jedes Gebiet innerhalb der Grenzen zu verhandeln, die uns durch die Hingabe unserer Regierung und unseres Volkes an die Sache eines gerechten Friedens sowie durch unsere Loyalität zu den Vereinten Nationen und ihren grundlegenden Konzeptionen gesetzt werden. Diese Konzeption besagt, daß internationale Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln und in Einklang mit den Prinzipien der Gerechtigkeit und des Völkerrechts beigelegt werden sollten.

Wir werden nicht von diesen Idealen oder Prinzipien abgehen oder in unserer Entschlossenheit nachlassen, zu ihrer Verteidigung stark zu bleiben. Dies bedeutet, daß wir um die Freiheit der zwei Millionen West-Berliner genauso besorgt sein müssen wie um die Freiheit irgendeines Teiles unserer Koalition. Wir müssen uns mit den Bedrohungen der Freiheit befassen, ganz gleich wo diese auftreten.

Wenn auch spezifische Probleme manchmal solche Schwierigkeiten aufwerfen, daß eine sofortige, praktisch durchführbare Lösung nicht möglich ist, so müssen wir uns doch darüber im klaren sein, daß, wo immer die Freiheit verwehrt wird oder verloren ist — gleichgültig ob in Asien, den amerikanischen Republiken oder Osteuropa —, damit auch die Freiheit unseres eigenen Volkes gefährdet wird. Festigkeit in der Unterstützung des Grundsätzlichen bei gleichzeitiger Elastizität in den Taktiken und Methoden ist der Schlüssel für jede Hoffnung auf Fortschritte bei den Verhandlungen.

Die führenden Männer der Welt stehen vor einer bedeutsamen Wahl.

In der Vergangenheit sind Konferenzen zu oft durch Mißtrauen, Drohung oder starre Voreingenommenheit charakterisiert worden, und die Ergebnisse waren armselig und traurig.

Wenn es jedoch möglich wäre, eine verbesserte Atmosphäre des gegenseitigen Verstehens und der Ernsthaftigkeit der Zielsetzungen zu schaffen, dann könnte man mit neuer Hoffnung an die Probleme herangehen, die uns trennen. Wenn der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR konstruktive Ideen und Vorschläge hat, die die Grundlage für verantwortungsbewußte Verhandlungen über die uns trennenden Probleme abgeben könnten, würden wir die Möglichkeit begrüßen, sie zusammen mit unseren Verbündeten zu prüfen.

Es ist meine ernste Hoffnung, daß ein gewisser echter Fortschritt erzielt werden wird, wenn auch niemand die Kühnheit haben würde, ein solches Ergebnis vorauszusagen.

Meine amerikanischen Mitbürger, wir verehren — außer der Bibel — kein anderes Dokument mehr als die Amerikanische Unabhängigkeitserklärung. Diese Deklaration war mehr als nur ein Aufruf zur nationalen Tat.

Sie ist eine Stimme des Gewissens, die klare, dauernde Werte aufrichtet, die für das Leben aller Menschen Gültigkeit haben.

Sie hat heute ihren Ehrenplatz als eine Charta der menschlichen Freiheit und Würde. Solange nicht alle lebenden Menschen diese besitzen, bleibt ihre Verfechtung eine unbedingte Aufgabe für unsere Kinder und die kommenden Generationen.

In diesem Geiste stehen wir fest in der Verteidigung der Freiheit.

In diesem Geiste arbeiten wir mit unseren Freunden zusammen und verhandeln mit jenen, die gegen uns sind.

Wenn der kommende Besuch von Herrn Chruschtschow in diesem Lande ihn bis zu einem gewissen Grade zu einer echten Ein- und Wertschätzung dieses Geistes und dieser Gewissenshaltung bringen sollte, dann wäre es dieses Unterfangen tausendfältig wert, getan zu werden.

Ich weiß, daß ganz Amerika zum Allmächtigen betet, daß dies geschehen möge.

Quelle: *Amerika-Dienst*, 18. September 1959.

Rede Ministerpräsident Chruschtschows im National Press Club in Washington am 16. September 1959 (Auszüge betreffend Deutschland)

...Es gibt auch andere dringende internationale Probleme. Ihnen ist es natürlich nicht neu, daß die Sowjetunion dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland ernstliche Bedeutung beimißt. Es ist längst an der Zeit, die Fragen, die der Zweite Weltkrieg hinterlassen hat, endgültig zu regeln, wenn wir nicht gewillt sind, einen dritten Krieg zu erleben.

Warum setzen wir uns so beharrlich dafür ein, daß der Friedensvertrag mit Deutschland endlich geschlossen werde? Ja, weil das Fehlen eines Friedensvertrages die Beziehungen zwischen Dutzenden Staaten vergiftet. Ohne die Ueberreste des letzten Krieges zu beseitigen, ist es nicht möglich, die Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden in Europa zu gewährleisten. Man kann dessen nicht sicher sein, daß diese Ueberreste nicht den Boden für einen neuen Krieg düngen werden. Ich verstehe sehr wohl die Bedeutung von Dünger in der Landwirtschaft, jedoch bin ich gegen solchen Dünger in der Politik.

Wir sind fest überzeugt, daß man sich mit einem Zustand nicht abfinden kann, wo 14 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges die Länder, die gegen Deutschland gekämpft haben, noch nicht mit Deutschland Frieden geschlossen haben und folglich das Besatzungsregime von West-Berlin erhalten bleibt.

Von manchen Amerikanern bekommt man mitunter solche Betrachtungen zu hören: Europa ist von uns weit entfernt; auf dem Territorium Deutschlands existieren zwei deutsche Staaten, der eine davon ist sogar ein Verbündeter der USA, und ein Verbündeter mehr, das kann bekanntlich nicht schaden. Also, kann man auch ohne einen Friedensvertrag leben.

Aber, entschuldigen Sie, so können nur leichtfertige Leute sprechen. Bedenken Sie doch, zweimal im Laufe des Lebens einer Generation mußte Ihr Land seine Söhne auf Schlachtfelder in Europa schicken, gegen Deutschland kämpfen. Und was wird geschehen, wenn Ihr jetziger Verbündeter Westdeutschland einen dritten Krieg provozieren wird? Unter den gegenwärtigen Verhältnissen würde es sich schon nicht bloß um die Entsendung der Ernährer amerikanischer Familien auf Kriegsschauplätze fern von der Küste Amerikas handeln.

Das Territorium jedes kriegführenden Landes würde sich in einen Kriegsschauplatz verwandeln. Die heutigen Vernichtungsmittel sind solcher Art, daß ein Krieg sich momentan auf den ganzen Erdball verbreiten kann.

Sie müssen begreifen, daß wir an die mit dem Fehlen eines Friedensvertrags mit Deutschland verbundenen Fragen erinnern nicht etwa, weil wir vor den deutschen Militaristen Angst hätten. Wir sind stark genug, um Revanchisten zu bändigen und nötigenfalls zur Besinnung zu bringen. Sie müssen aber zugeben, daß man die Tatsache nicht ignorieren kann, daß gewisse Kreise Westdeutschlands Pläne schmieden, die Sowjetunion mit anderen Staaten kollidieren zu lassen, die Beziehungen zwischen ihnen zuzuspitzen, die Welt im Zustand internationaler Spannung zu halten.

Die Nachkriegsentwicklung in Europa und in Deutschland hat bekanntlich zur Bildung von zwei deutschen Staaten geführt. Diese beiden Staaten existieren unabhängig von unseren Wünschen und dem Verhalten zu ihnen. Wir müssen dem Rechnung tragen. Die richtigste Politik ist realistische Politik. Es bleibt nur ein Ausweg: zugeben, daß zwei deutsche Staaten bestehen. Das heißt, den status quo, der sich in der deutschen Frage ergeben hat, anerkennen und die Beseitigung der Ueberreste des Krieges nicht weiter hinziehen und Frieden mit den beiden deutschen Staaten schließen.

Nur eine Möglichkeit — den Abschluß eines Friedensvertrages lediglich mit einem vereinigten Deutschland, was natürlich das Beste wäre, zuzulassen — das bedeutet faktisch, die Frage des Friedensvertrages abzusetzen.

Mit dem Abschluß des Friedensvertrages würde auch ein solches, ständige Reibungen in den Beziehungen zwischen Mächten hervorrufendes Problem, wie die Berlinfrage, endgültig geregelt sein.

Mitunter bekommt man zu hören, daß vor einem Jahr die Berlinfrage sozusagen nicht bestanden hätte, daß die Lage in Berlin nicht schlecht gewesen sei. Soll man denn aber etwa warten, bis irgendein auf den ersten Blick unbedeutender Vorfall in Berlin dahin führt, daß Kanonen sprechen?

Wir sind dafür, daß Maßnahmen zur Verhütung von Konflikten rechtzeitig getroffen werden.

Weder bei der Sowjetunion noch bei der Deutschen Demokratischen Republik bestehen irgendwelche verborgene Motive oder geheime Vorhaben in Hinsicht auf West-Berlin. Niemand prätendiert auf einen Anschluß West-Berlins an die Deutsche Demokratische Republik, ebensowenig wie auf eine Aenderung der dort vorhandenen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse. In dem nach den Verhandlungen der Regierungschefs der USA und der Bundesrepublik Deutschland Ende vorigen Monats veröffentlichten Kommuniqué wurde gesagt, daß Präsident Eisenhower das „Versprechen der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten, die Freiheit und Wohlfahrt der Berliner Einwohnerschaft zu schützen", bekräftigt hat. Nun, diese Formel entspricht auch unseren Absichten. Die Sowjetunion hat erklärt, daß es das Vernünftigste unter den entstandenen Gegegebenheiten ist, West-Berlin zu einer Freien Stadt zu erklären. Wir schlugen und schlagen jetzt weiterhin vor, das unabhängige Bestehen West-Berlins durch die zuverlässigste Garantie, welche die internationale Praxis nur kennt, zu verbürgen, unter Heranziehung der Organisation der Vereinten Nationen oder ohne sie. Dies muß die Freiheit und Wohlfahrt der West-Berliner Einwohnerschaft gewährleisten.

Wir halten für ein gutes Zeichen, daß auf der Außenministerkonferenz in Genf die Standpunkte der drei Westmächte und der Sowjetunion einander etwas näher gekommen sind und gegenseitig ein größeres Verstehen der Absichten und der Standpunkte erreicht wurde . . .

Quelle: *TASS* (deutsch) vom 16. September 1959.

Rede Ministerpräsident Chruschtschows im New York Economic Club am 17. September 1959 (Auszüge betreffend Wirtschaftsfragen)

Es ist ein großes Vergnügen für mich, mit Vertretern der Wirtschaftskreise im New Yorker Club zusammenzutreffen. Die Reise nach den Vereinigten Staaten von Amerika gibt mir die Möglichkeit, das Leben Ihres großen Landes näher kennenzulernen und persönliche Kontakte zu Ihrem Volk, zu allen Schichten dieses Volkes, darunter auch zu Ihnen, meine Herren Vertreter der Geschäftswelt, aufzunehmen.

Ich nehme an, daß Geschäftsleute vollkommen offenherzig, ohne Diplomatie zu sprechen pflegen, deswegen möchte ich Ihnen ganz offen etwas sagen, was Ihnen vielleicht nicht gefallen, was dafür aber nützlich sein wird.

Gewisse Leute, die von ihrer Feindseligkeit dem Kommunismus gegenüber, gelinde gesagt, geblendet sind, liegen im Schlaf und sehen sogar im Traum, wie man zu sagen pflegt, den Untergang der Länder, die diesen Entwicklungsweg beschritten haben. Der Mensch träumt gewöhnlich von Dingen, die er sich oft erhofft, und manchmal bringt ihm das Erwachen eine bittere Enttäuschung: Er wacht auf, und siehe, rundum dieselben Gesichter und dieselbe Wirklichkeit, bei der er in seinen unerfüllbaren Traum gesunken war.

Gewisse Leute träumen oft davon, das sozialistische Rußland sei dasselbe Land geblieben wie vor der Revolution. Laßt uns aber das Entwicklungstempo Rußlands, seit der Zeit, da wir das alte, morsche Regime gestürzt haben, vergleichen mit dem der Vereinigten Staaten innerhalb derselben Zeitspanne. Gegenüber dem Stand von 1913 ist die Produktion in der Sowjetunion auf das 36fache angewachsen, bei Ihnen jedoch nur auf das 4fache. Weshalb aber gelingt es uns, unsere Wirtschaft und Kultur schneller als Sie zu entwickeln? Es liegt mir fern, Ihnen meine Weltanschauung aufzwingen zu wollen, obwohl ich weder meine Zugehörigkeit zu der Kommunistischen Partei noch meine politischen Ansichten verheimliche; sie sind Ihnen bekannt. Aber schon die nackten Zahlen beweisen auf das überzeugendste, daß die Quelle unserer rasch zunehmenden Stärke die sozialistische Revolution ist, die den Uebergang unseres Landes auf das Gleis einer solchen Entwicklung gewährleistet hat, auf der die Lokomotive der sowjetischen Wirtschaft mit stets steigender Geschwindigkeit dahinbraust. Das alte Rußland hat von einem derartigen Tempo nicht einmal träumen können.

Vielleicht sind Sie mit mir nicht einverstanden. Dann aber müssen Sie erklären, durch welche Wunder derartige Resultate erzielt wurden!

Im alten Rußland entfielen auf je 100 Einwohner — im Alter ab 9 Jahren und höher — 76 Analphabeten. Fast 80 Prozent aller Kinder und Jugendlichen hatten keine Möglichkeit, die Schule zu besuchen. Und heute lernen bei uns alle Kinder. Es gibt praktisch überhaupt keine Analphabeten mehr im Lande. Wir haben jetzt 40mal so viel Fachleute mit Hoch- und Fachschulbildung, als es sie in Rußland vor der Revolution gab, wobei unsere Hochschulen fast dreimal soviel Ingenieure als die amerikanischen Hochschulen heranbilden. Im vorigen Jahre haben wir beispielsweise 94 000 Ingenieure, Sie aber nur 35 000 ausgebildet.

Jetzt haben wir einen gigantischen Siebenjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft ausgearbeitet und seine Verwirklichung bereits in Angriff genommen. Damit Sie sich seine Ausmaße vorstellen können, werde ich hier nur eine Zahl nennen: allein für Investitionen werden wir in diesen sieben Jahren etwa 750 Milliarden Dollar bereitstellen. Durch die Erfüllung dieses Planes werden wir ganz dicht an den Entwicklungsstand der Wirtschaft der USA herankommen.

Woher nehmen wir die Mittel dafür? Woher nehmen wir unsere Akkumulationen? All das läßt sich nur durch die Vorteile des sozialistischen Systems erklären; Wunder

gibt es bekanntlich nicht. Vielleicht glauben gewisse Leute es nach wie vor nicht, daß unsere Pläne real sind. Das ist aber Vogel-Strauß-Politik! Wenn der Strauß sieht, daß ihn ein Feind einholt, steckt er, wie man sagt, seinen Kopf in den Sand. Wenn Sie vor der Wirklichkeit die Augen verschließen, so wird dadurch unsere Entwicklung nicht aufgehalten. Ich kann schon jetzt denjenigen, die in der Vogel-Strauß-Haltung verharren, neuen Verdruß bereiten. Wissen Sie eigentlich, wie die Erfüllung des Siebenjahrplans in seinem ersten Jahr angelaufen ist? Unser Plan für 1959 sah eine Zunahme der Industrieproduktion um 7,7 Prozent vor. Faktisch haben wir in den ersten acht Monaten d. J. den Ausstoß der Produktion um 12 Prozent gesteigert. In diesem Jahr werden wir allem Anschein nach über den Plan hinaus Erzeugnisse im Wert von mehr als 10 Milliarden Dollar produzieren. Das bedeutet, daß das von uns geplante Tempo der Wirtschaft keineswegs unsere Kraft übersteigt, sondern vielmehr, daß für die Industrie günstige Bedingungen festgelegt wurden, die keine Ueberlastung der Wirtschaft hervorrufen, um auf Kosten der Uebererfüllung des Plans zusätzliche Akkumulationen zu erhalten, um einen besseren Rhythmus in der Arbeit unserer Betriebe sicherzustellen, damit wir die USA in der Wirtschaftsentwicklung nach dem Gesamtumfang und später auch pro Kopf der Bevölkerung rascher überholen können, als unsere Pläne vorsehen.

Vor meiner Abreise erstattete mir Kossygin, der Vorsitzende der Staatlichen Planungskommission, Bericht über den im großen und ganzen fertiggestellten Plan für das Jahr 1960. Es handelt sich allerdings um einen Vorentwurf, aber er ist bereits mit sämtlichen Unionsrepubliken übereingestimmt und unterscheidet sich folglich nur unwesentlich von der Form, in der der Plan bestätigt werden wird. Voraussichtlich wird er bald nach meiner Rückkehr aus Amerika, Ende Oktober oder Anfang November, zur Beschlußfassung unterbreitet werden. Die Kennziffern dieses Plans dürften nicht uninteressant sein. Beispielsweise werden wir im Jahre 1960 die Möglichkeit erhalten, 2,2 Millionen metrische Tonnen mehr Walzgut zu erzeugen, als es für das zweite Jahr des Siebenjahrplanes vorgesehen war. Wir haben allein für 1960 eine Steigerung der Erdölförderung um mehr als 14 Millionen Tonnen eingeplant. Das ist für unsere Wirtschaft auch nicht schlecht. Ausgezeichnete Perspektiven eröffnen sich vor der Gasindustrie. Vorläufig nimmt Amerika auf dem Gebiet der Gasförderung und nach den erschürften Gasvorräten den ersten Platz in der Welt ein. Aber in den letzten Jahren benutzen wir Erdgas im steigenden Maße. Unsere Geologen haben derart gewaltige Erdgaslager entdeckt, daß sie für Jahrzehnte reichen werden. Dadurch erhalten wir die Möglichkeit, die Gasförderung und den Gasverbrauch noch mehr zu steigern und Sie auf diesem Gebiet zu überflügeln.

Soweit, meine Herren, eine ganz kurze Charakteristik unserer Möglichkeiten. Wir haben in unserem Lande alles; unser Volk steht geschlossen um seine Regierung geschart. Die Menschen brennen vor Enthusiasmus, bestrebt, so gut wie nur möglich ihre Pflichten zu erfüllen und dadurch ihre sozialistische Ordnung noch mehr zu stärken.

Gewisse Leute haben vielleicht gedacht, ich werde in die Vereinigten Staaten kommen, um mich um die Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Handelsbeziehungen zu bemühen, ohne die angeblich der Siebenjahrplan nicht erfüllt werden kann. Ich muß mit aller Deutlichkeit erklären, daß ich nicht daran denke, hier als Bittsteller aufzutreten. Wir haben uns immer, vom Zeitpunkt der Entstehung der Sowjetmacht an, für die Entwicklung des internationalen Handels eingesetzt, und auch jetzt rollen wir diese Frage keineswegs deswegen auf, weil ohne einen solchen Handel die Erfüllung des Siebenjahrplanes nicht gewährleistet sein würde. Wer so denkt, der befindet sich in einem schweren Irrtum! Wir messen der Entwicklung des internationalen Handels keine geringe Bedeutung bei, weil wir uns von der gleichen Regel leiten lassen, von der sich auch viele Menschen in Ihrem Lande leiten lassen, wenn man der Devise Glauben schenken darf, die auf einer kürzlich in den USA herausgegebenen Briefmarke steht: „Frieden in aller Welt durch internationalen Handel."

Mit solch einer Fragestellung sind wir einverstanden. Als ich allerdings vor einiger Zeit fast dasselbe sagte, darauf hinweisend, daß der Handel als Mittel zur Minderung internationaler Spannungen Bedeutung habe, wurde ich von einigen Leuten in Amerika kritisiert. Damals schrieben Ihre Zeitungen, Chruschtschow habe nur deshalb vom Handel zu sprechen begonnen, weil für ihn Handel bloß Politik sei. Wenn man aber schon davon spricht, wer den Handel in ein Werkzeug der Politik verwandele, so ist das eine Ihnen wohlbekannte amerikanische Institution, die eine besondere Beschränkungsliste erfunden hat, an die sich die Geschäftsleute halten müssen, wenn sie mit der Sowjetunion Handel treiben. Aber wir wollen nicht miteinander streiten. Die Geschichte wird schon Klarheit darüber schaffen, wer den Handel mit Politik verband und wie. Ich möchte betonen, daß die Sowjetregierung immer für einen gleichberechtigten, gegenseitig vorteilhaften internationalen Handel ohne jede Diskriminierung eintrat und stets eintreten wird. Für einen solchen Handel, von dem Franklin, dessen Worte über dem Haupteingang zum amerikanischen Handelsdepartement eingemeißelt sind, sagte: „Das Ziel der USA muß Handel auf gleicher und gerechter Grundlage sein."

Die Einführung gleich welcher Beschränkungslisten im Handel ist das, wogegen wir als eine unvernünftige Aktion kämpfen und kämpfen werden. Sie wollen nicht mit sogenannten strategischen oder irgendwelchen anderen Waren Handel treiben. Das ist Ihre Sache! Aber führen Sie keine Diskriminierung gegen irgendein Land oder eine Gruppe von Ländern ein! Eine solche Praxis stört den normalen internationalen Handel und führt zu einer politischen Zuspitzung. Aus der Geschichte ist ja bekannt, daß Staaten solche Beschränkungen nur dann einführen, wenn sie eine militärische Aktion gegen das Land im Sinne haben, das der Diskriminierung unterzogen wird. Laßt uns den Weg ebnen zur Gewährleistung normaler Handelsbeziehungen zwischen allen Ländern, unabhängig von ihrer sozialen Ordnung!

Wir treiben gleichberechtigten Handel mit vielen Ländern. Es genügt zu sagen, daß der Außenhandelsumsatz der Sowjetunion im vorigen Jahre den Stand von 1938 um das 7fache übertraf und 34 589 Millionen Rubel erreichte. Unsere Handelsbeziehungen mit England gestalten sich gar nicht schlecht. Es entwickelt sich der Handel mit Geschäftsleuten Westdeutschlands. Man muß hervorheben, daß auch die Regierung Westdeutschlands die Interessen ihres Staates in dieser Frage richtig einschätzt und die Entwicklung der Handelsbeziehungen nicht hemmt, sondern fördert. Wir begrüßen das. Mit Italien haben sich gute wirtschaftliche Verbindungen angebahnt, auch zu Frankreich haben wir keine schlechten Beziehungen. Weshalb sollte Amerika denn abseits stehen? Im übrigen ist das Ihre Sache. Die Frage des Handels ist eine Frage des Vorteils. Wenn es für Sie unvorteilhaft ist, bei uns einzukaufen oder uns irgendwelche Waren zu verkaufen, dann müssen Sie so tun, wie Sie es für nötig erachten.

Berücksichtigen Sie bloß eines! Im Leben kommt es vor, daß manche übermäßig wählerische Braut die Zeit verpaßt, eine alte Jungfrau wird und endgültig sitzenbleibt. Im Wirtschaftsleben ist es um so wichtiger, keine solche unentschlossene Jungfrau zu sein. Hier herrscht, wie nirgendwo sonst, die Regel nach dem englischen Sprichwort: „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst." Wir haben ebenfalls kein schlechtes Sprichwort für diesen Zweck: „Wer nicht kommt zur rechten Zeit, der kriegt nur, was übrigbleibt."

Zur Rechtfertigung der Stagnation in den amerikanisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen, die nun schon fast 10 Jahre anhält, sagen manche Leute, wohl eher Politiker als Geschäftsleute, diese Lage sei normal und für die westliche Welt sogar von Vorteil. Mit ernsthafter Miene behaupten sie, daß die USA durch Verzicht auf Handel mit uns die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion bremsen und deren Verteidigungskraft schwächen würden. Ich jedoch glaube, in diesem Saal werden sich nur wenig Leute finden, die diese Geschichte glauben. Sie alle kennen die Pressemeldungen über die sowjetischen Sputniks und Raketen, über das Wachstum unserer Wirtschaft,

das niemals so stürmisch verlief wie in den letzten zehn Jahren. Wenn jemandem von Ihnen auch nur die geringsten Zweifel diesbezüglich bleiben, dann kommen Sie bitte in die Sowjetunion und überzeugen Sie sich selbst, so wie dies Ihr Kollege, Herr Harriman, vor kurzem getan hat.

Uebrigens habe ich mich mit Herrn Harriman über einige Fragen unterhalten, darunter auch über den Handel. Ich habe ihm gesagt, und ich möchte dies jetzt wiederholen, daß das Gesetz über das Verbot des Handels mit der UdSSR, das in den USA als Repressalie gegen die Sowjetunion angenommen wurde, zu diametral entgegengesetzten Ergebnissen geführt hat als die, auf die ihre Urheber rechneten.

Wir haben aus jener Politik, welche die USA der Sowjetunion gegenüber auf dem Gebiet des Handels betrieben, sogar einen gewissen Nutzen gezogen. Wir waren gezwungen, die Produktion jener Maschinen zu entwickeln, die es früher bei uns nicht gab und die wir bei Ihnen einkaufen wollten. Und jetzt sind wir auf diesem Gebiet von niemandem mehr abhängig. Somit hat die künstliche Hemmung des Handels mit der Sowjetunion dazu geführt, daß wir nicht schwächer, sondern stärker geworden sind, als wir es früher waren. Sehen Sie nur, welch gewaltige Erfolge in diesen zehn Jahren in unserer Wirtschaft erzielt wurden, wie sich unsere Technik und unsere Wissenschaft entwickelten! Früher als Sie sind wir in das Geheimnis der Ausnutzung der Wasserstoffenergie eingedrungen. Früher als Sie schufen wir die ballistische interkontinentale Rakete, über die Sie faktisch bis jetzt noch nicht verfügen. Dabei ist die ballistische interkontinentale Rakete wahrhaft die Quintessenz des menschlichen schöpferischen Geistes.

Welchen Sinn haben eigentlich Ihre Verbote? Die Fortsetzung der Politik der Handelsdiskriminierung der Sowjetunion seitens der USA stellt einfach sinnlosen Starrsinn dar.

Ein lebhafter Handel galt seit jeher als ein gutes Kennzeichen der Beziehungen zwischen den Staaten. In der gegenwärtigen Situation gewinnt der internationale Handel als eine Art Barometer der Beziehungen zwischen den Staaten eine noch höhere Bedeutung. Möge denn der Zeiger dieses Barometers sich wenigstens in Richtung „veränderlich" bewegen; sobald er aber diese Grenze überschreitet, wird er, und davon sind wir fest überzeugt, bei einigen Bemühungen von beiden Seiten bald auf „Schönwetter" weisen.

Sie sind alle gut davon unterrichtet, daß wir Ihnen einen wirtschaftlichen Wettbewerb vorschlagen. Manch einer nennt dies eine Herausforderung der Vereinigten Staaten unsererseits; spricht man aber von einer Herausforderung, so kann man wohl sagen — und dies würde sogar genauer sein —, daß die Vereinigten Staaten als erste die ganze Welt herausgefordert haben: Sie entwickelten ihre Wirtschaft höher als alle anderen Länder. Lange Zeit hindurch wagte niemand, ihnen diese Priorität streitig zu machen. Doch nun ist die Zeit gekommen, wo ein solcher Staat auftaucht, der ihre Herausforderung annimmt, den Entwicklungsstand der USA berücksichtigt und Sie seinerseits herausfordert. Sie können überzeugt sein, daß die Sowjetunion in diesem wirtschaftlichen Wettbewerb für sich einstehen wird: sie wird Sie einholen und überholen.

Und was ist denn Schlechtes daran? Unabhängig davon, wer in diesem Wettbewerb siegen wird — Sie oder wir —, gewinnen werden dabei sowohl die Sowjetunion als auch die Vereinigten Staaten, denn unsere Völker werden in Frieden und noch besser als bisher leben. Uebrigens, der Wettbewerb, wie wir sowjetischen Menschen ihn verstehen und durchführen, schließt keineswegs Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand aus; und wir sind bereit, diese Regel auch auf die Vereinigten Staaten auszudehnen, wenn ihrerseits dazu das Einverständnis gegeben wird. Schon in der Vergangenheit haben wir zusammengearbeitet! Vor ungefähr 30 Jahren, als unser Land an den

Aufbau der Großindustrie heranging, wurden gute wirtschaftliche Beziehungen zu größten Firmen der USA hergestellt. Ford half uns beim Bau des Autowerks in Gorki. Der namhafte amerikanische Fachmann Cooper konsultierte den Bau des Dnjepr-Kraftwerks, das zu jener Zeit das größte in der Welt war. Ihre Ingenieure halfen uns, Traktorenwerke in Stalingrad und in Charkow zu errichten. Amerikaner konsultierten gemeinsam mit Engländern den Bau der Moskauer Untergrundbahn. Wir waren Ihren Fachleuten dankbar für diese Zusammenarbeit, und viele von ihnen kehrten mit sowjetischen Orden und Ehrenurkunden in ihre Heimat zurück, von der materiellen Entlohnung gar nicht zu sprechen.

Was hindert uns, die wirtschaftliche Zusammenarbeit in der heutigen, qualitativ neuen Etappe aufzunehmen und sie zu entwickeln, wo wir nicht nur von Ihnen lernen können, sondern auch Sie vieles von unseren Ingenieuren, Konstrukteuren und Wissenschaftlern erfahren könnten! Eine solche Zusammenarbeit wäre zweifellos von beiderseitigem Vorteil.

Ihre und unsere wirtschaftlichen Erfolge wird die ganze Welt begrüßen, die erwartet, daß unsere beiden Großmächte jenen Völkern helfen, rascher auf die Beine zu kommen, die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung um Jahrhunderte zurückgeblieben sind. Ich will jetzt nicht davon sprechen, durch wessen Schuld das so geworden ist; Sie selbst wissen das alles sehr wohl. Wollen wir lieber gerecht und human beschließen, wie diesen Ländern zu helfen ist, aus dieser Lage, in der sie sich befinden, herauszukommen. Der Standpunkt der Sowjetunion in dieser Frage ist klar. Obwohl unser Land keinen einzigen Rubel durch Ausbeutung fremder Naturschätze und fremder Arbeit verdient hat, sind wir bereit, den Ländern Asiens und Afrikas, die ihre Unabhängigkeit erkämpft haben, auch weiterhin Beistand zu leisten. Gleichzeitig wäre es aber auch gerecht, wenn die Länder, die fremde Naturreichtümer und fremde Arbeit ausnutzen, ihre Geldbörsen weiter öffnen würden...

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (sowjetische Botschaft, Bonn), Beilage zu Nr. 28 vom 1. Oktober 1959.

Ansprache Ministerpräsident Chruschtschows vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York am 18. September 1959 (Auszüge betreffend Abrüstung)

Es sind nun schon mehr als 14 Jahre, daß in der UN sowie auf internationalen Konferenzen das Abrüstungsproblem erörtert wird. Bis jetzt sind aber noch keine praktischen Resultate erzielt worden. Worin liegt die Ursache für diese Lage? Ich möchte nicht in der Vergangenheit kramen, mich nicht in eine Analyse der Hindernisse und Meinungsverschiedenheiten vertiefen, die im Laufe der Abrüstungsverhandlungen entstanden sind, und um so weniger Beschuldigungen gegen irgend jemand erheben. Das ist jetzt nicht die Hauptsache! Die Hauptsache besteht unserer tiefen Ueberzeugung nach darin, die Haupthindernisse wegzuräumen, die der Abrüstung in den Weg gelegt wurden, ein neues Herangehen an die Lösung dieses Problems zu finden suchen.

Die Erfahrungen mit den Abrüstungsverhandlungen haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß als eines der Haupthindernisse für ein Uebereinkommen die Frage der Kontrolle vorgebracht wurde. Wir traten und treten für strenge internationale Kontrolle über die Einhaltung eines Abrüstungsabkommens ein, wenn ein solches Abkommen erzielt wird. Wir waren aber immer dagegen, daß das Kontrollsystem von den Abrüstungsmaßnahmen getrennt werde, daß die Kontrollorgane im Grunde genommen zu Organen für die Sammlung von Aufklärungsdaten würden, unter Bedingungen, da eine Abrüstung faktisch nicht erfolgt.

Wir sind für wirkliche Abrüstung unter Kontrolle, aber gegen Kontrolle ohne Abrüstung. Die Gegner der Abrüstung können jede Maßnahme leicht von solchen Kontroll-

forderungen abhängig machen, die zu erfüllen andere Staaten in der Atmosphäre des allgemeinen Wettrüstens nicht imstande sind.

Offenbar wären auch jene Staaten, die aus diesen oder jenen Gründen so weitgehende Kontrollforderungen stellen, in Wirklichkeit selber nicht geneigt, diese Forderungen anzunehmen, wenn es sich um deren Verwirklichung handeln würde.

Es besteht auch eine andere Schwierigkeit. Solange die Abrüstung nur als Teilabrüstung gedacht ist und angenommen wird, daß nach dem Abschluß des Abrüstungsabkommens diese oder jene Waffen erhalten bleiben, würden die Staaten die materielle Möglichkeit für einen Ueberfall behalten. Es würde stets befürchtet werden, daß mit Hilfe der erhalten gebliebenen Rüstungsarten und Streitkräfte auch fernerhin die Möglichkeit bestehenbleiben wird, einen Ueberfall zu verüben. Das Bewußtsein, daß diese Möglichkeit bestehenbleibt, erschwert nicht wenig die Abrüstungsverhandlungen.

Viele Staaten befürchten, daß die Abrüstungsmaßnahmen gerade jene Rüstungsarten berühren werden, in denen sie besondere Ueberlegenheit besitzen und die sie für sich als besonders notwendig betrachten. Es ist ganz natürlich, daß es unter diesen Umständen, in der Situation des „kalten Krieges" und des gegenseitigen Argwohns, keinem einzigen Staat, wenn man im Ernst und nicht zu Propagandazwecken spricht, möglich wäre, seine militärischen Geheimnisse, die Organisation seiner Verteidigung und seiner Rüstungsproduktion zu enthüllen, ohne den Interessen seiner nationalen Sicherheit Abbruch zu tun.

Ich bin überzeugt, daß alle Delegierten mir beipflichten werden, daß es notwendig ist, die kollektive Vernunft aller Staaten sowie der Organisation der Vereinten Nationen auf die Suche nach neuen Möglichkeiten zur Lösung des Abrüstungsproblems zu konzentrieren.

Es gilt, einen Hebel zu finden, mit dem man dem Hinabgleiten der Menschheit in den Abgrund des Krieges Einhalt gebieten könnte. Heut ist eins notwendig: die Möglichkeit selbst der Entfesselung von Kriegen auszuschalten. Solange es große Armeen, Militärflugzeuge und Kriegsflotten, Kern- und Raketenwaffen gibt, solange junge Menschen, die ins Leben eintreten, vor allem Krieg führen lernen und die Generalstäbe die Pläne zukünftiger militärischer Operationen ausarbeiten, ist keine Garantie für einen dauerhaften Frieden gegeben.

Die Sowjetregierung ist nach allseitiger Prüfung der entstandenen Situation zur festen Ueberzeugung gelangt, daß man den Ausweg aus der Sackgasse auf den Wegen der allgemeinen und völligen Abrüstung suchen muß.

Bei einem solchen Herangehen wird die Möglichkeit der Schaffung irgendwelcher militärischer Vorteile für diese oder jene Staaten vollends beseitigt.

Nur allgemeine und völlige Abrüstung wird alle Hindernisse beseitigen, die bei der Prüfung der Fragen der Teilabrüstung geltend gemacht wurden, und wird den Weg zur Herstellung einer allumfassenden, vollständigen Kontrolle freilegen.

Was schlägt die Sowjetregierung vor?

Der Kern unserer Vorschläge besteht darin, daß innerhalb von vier Jahren alle Staaten die völlige Abrüstung durchführen und keine Mittel der Kriegsführung mehr besitzen sollen.

Das bedeutet, daß Bodenarmeen, Kriegsflotten und Luftstreitkräfte zu existieren aufhören, daß die Generalstäbe und Kriegsministerien aufgelöst und die militärischen Lehranstalten geschlossen werden. Dutzende Millionen Menschen werden zur friedlichen, schöpferischen Arbeit zurückkehren. Die Militärstützpunkte in fremden Gebieten werden aufgelöst werden, alle Atom- und Wasserstoffbomben, über die die Staaten

verfügen, werden vernichtet, und ihre weitere Produktion wird eingestellt werden. Die Energie der spaltbaren Stoffe wird ausschließlich für friedliche wirtschaftliche und wissenschaftliche Zwecke verwendet werden.

Die militärischen Raketen aller Wirkungsreichweiten werden beseitigt werden, und die Raketentechnik wird lediglich als ein Transportmittel und ein Mittel zur Erschließung des Weltraums zum Wohl der ganzen Menschheit bestehenbleiben.

Den Staaten dürfen nur streng begrenzte, für jedes Land festgelegte Polizeikontingente (Miliz) zur Verfügung stehen, die mit leichten Schießwaffen ausgerüstet und ausschließlich für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und für den Schutz der persönlichen Sicherheit der Bürger bestimmt sind. Damit niemand seine Verpflichtungen brechen kann, schlagen wir vor, ein internationales Kontrollorgan unter Beteiligung aller Staaten zu gründen. Ein System der Kontrolle über alle Abrüstungsmaßnahmen muß geschaffen werden, das gemäß den jeweiligen Etappen, in denen die Abrüstung durchgeführt werden soll, geschaffen werden und funktionieren muß.

Wenn die Abrüstung allumfassend und vollständig ist, so wird nach deren Durchführung auch die Kontrolle umfassend und vollständig sein. Die Staaten werden voreinander nichts zu verbergen haben: Kein einziger von ihnen wird über Waffen verfügen, die gegen einen anderen erhoben werden könnten; dann werden die Kontrolleure mit aller Energie ihren Eifer zeigen können. Eine solche Lösung der Abrüstungsfrage verbürgt die völlige Sicherheit aller Staaten. Sie wird günstige Bedingungen für die friedliche Koexistenz der Staaten schaffen. Alle internationalen Probleme werden dann nicht mit Waffengewalt, sondern mit friedlichen Mitteln geregelt werden.

Wir sind Realpolitiker und begreifen, daß für die Ausarbeitung eines solchen umfassenden Programms der Abrüstung eine gewisse Zeit erforderlich ist. Bis ein solches Programm ausgearbeitet ist, bis die Fragen vereinbart werden, kann man nicht die Hände in den Schoß legen.

Die Sowjetregierung ist der Auffassung, daß die Ausarbeitung eines Programms für allgemeine, völlige Abrüstung nicht die Lösung einer so akuten und gänzlich spruchreif gewordenen Frage wie die der unbefristeten Einstellung der Kernwaffenversuche aufhalten darf. Jetzt sind alle Voraussetzungen für eine solche Lösung gegeben. Wir hoffen, daß ein entsprechendes Abkommen über die Einstellung der Versuche geschlossen und ohne Verzug verwirklicht werden wird.

Die die Völker bedrohende Gefahr eines Raketen- und Atomkrieges erfordert mutige, weitgehende Beschlüsse für die Gewährleistung des Friedens.

Ein Beschluß, in kurzen Fristen die allgemeine und völlige Abrüstung durchzuführen, und die Verwirklichung dieses Beschlusses, würde eine neue Etappe im internationalen Leben einleiten. Das Einverständnis der Staaten, an die allgemeine, völlige Abrüstung heranzugehen, wäre in der Tat eine Bekräftigung, daß keinerlei aggressive Absichten von ihrer Seite bestehen und der aufrichtige Wunsch vorhanden ist, ihre Beziehungen zu den anderen Staaten auf der Grundlage der Freundschaft und der Zusammenarbeit aufzubauen. Mit der Vernichtung der Waffen und der Abschaffung der Streitkräfte würden keinerlei materielle Möglichkeiten dafür übrigbleiben, daß die Staaten eine andere Politik als Friedenspolitik durchführen . . .

Die Verwirklichung der allgemeinen und völligen Abrüstung würde die Möglichkeit bieten, kolossale Mittel für den Bau von Schulen, Krankenhäusern, Wohnhäusern und Straßen, für die Produktion von Lebensmitteln und Industrieartikeln zu verwenden. Die freigewordenen Mittel würden es ermöglichen, die Steuern wesentlich zu reduzieren, die Preise zu senken. Dies würde sich günstig auf den Lebensstandard der Bevölkerung auswirken, was Millionen einfacher Menschen begrüßen würden. Allein

von den Mitteln, die von den Staaten im letzten Jahrzehnt für militärischen Bedarf verwendet wurden, könnten mehr als 150 Millionen Häuser errichtet werden, in denen viele Hunderte Millionen Menschen mit allem Komfort unterkommen könnten.

Die allgemeine, völlige Abrüstung würde auch ganz neue Möglichkeiten bieten, den Staaten, deren Wirtschaft gegenwärtig noch schwach entwickelt ist und die der Unterstützung seitens der entwickelteren Länder bedürfen, Hilfe zu erweisen. Selbst wenn für Hilfeleistung an solche Staaten ein geringer Teil der durch Einstellung der militärischen Aufwendungen der Großmächte freigewordenen Mittel zugewiesen würde, könnte dies buchstäblich eine neue Epoche in der ökonomischen Entwicklung Asiens, Afrikas und Lateinamerikas eröffnen.

Es würden alle künstlichen Hindernisse auf dem Wege der Entwicklung des internationalen Handels wegfallen, die heute in Form von diskriminierenden Begrenzungen, Verbotslisten und anderem mehr bestehen. Die Industrie solcher Staaten wie der USA, Englands, Frankreichs, Westdeutschlands und anderer hochentwickelter Länder könnte schließlich große Aufträge von anderen Staaten erhalten.

Die Verwendung der infolge der Abrüstung freigesetzten Mittel würde weitestgehende Möglichkeiten für die Beschäftigung der Bevölkerung ergeben. Falsch sind daher die Behauptungen, die Abrüstung werde zu einer Krise oder einer Wirtschaftsflaute in den industriell hochentwickelten kapitalistischen Ländern führen.

Wenn faktisch kein Staat die Möglichkeit haben wird, Kriegshandlungen gegen andere Staaten vom Zaun zu brechen, dann werden sich die internationalen Beziehungen im Zeichen des Vertrauens entwickeln. Verschwinden werden Argwohn und Furcht, alle Länder werden sich zueinander wie wahrhaft gute Nachbarn verhalten können. Weit offen wird die Tür zu wirtschaftlicher, Handels- und kultureller Zusammenarbeit zwischen allen Staaten stehen.

Zum ersten Mal wird ein sicherer, dauerhafter Frieden, den alle Völker so herbeisehnen, reale Wirklichkeit werden.

In der Ueberzeugung, daß diese großen Ziele durch die vereinten Bemühungen aller Staaten, die sich im Zeichen der friedlichen Prinzipien der Charta der Organisation der Vereinten Nationen vereinigt haben, erreicht werden können und erreicht werden müssen, bringt die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der UN eine Deklaration über allgemeine und völlige Abrüstung, mit konkreten Vorschlägen zu dieser Frage, ein.

Es versteht sich, daß, wenn die Westmächte jetzt aus diesen oder anderen Gründen sich nicht bereit erklären werden, auf allgemeine und völlige Abrüstung einzugehen, die Sowjetregierung bereit ist, sich mit anderen Staaten über entsprechende Teilschritte zur Abrüstung und zur Festigung der Sicherheit zu verständigen. Die wichtigsten dieser Schritte sind nach Ansicht der Sowjetregierung: Erstens: Schaffung einer Kontroll- und Inspektionszone mit Einschränkung der ausländischen Truppen auf den Territorien der entsprechenden Länder Westeuropas; zweitens: Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa; drittens: Abzug sämtlicher ausländischer Truppen von den Territorien der europäischen Staaten und Auflösung der Militärstützpunkte auf fremden Territorien; viertens: Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Mitgliedstaaten der NATO und den Staaten des Warschauer Vertrags; fünftens: Abkommen zur Frage der Verhütung eines überraschenden Ueberfalls eines Staates auf einen anderen.

Die Sowjetregierung hält es für angebracht, an ihre Vorschläge vom 10. Mai 1955 zur Abrüstungsfrage zu erinnern, die konkrete Gesichtspunkte betreffs teilweiser Schritte auf dem Gebiete der Abrüstung enthalten. Sie ist überzeugt, daß diese Vorschläge

eine gute Grundlage für eine Verständigung über dieses lebenswichtige Problem darstellen.

Die Idee einer allgemeinen und völligen Abrüstung wird nicht zum ersten Male von der Sowjetunion aufgeworfen. Schon in der Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg schlug die Regierung unseres Landes ein umfangreiches Programm völliger Abrüstung vor. Damals pflegten die Gegner der Abrüstung gern zu behaupten, die Sowjetunion habe diese Vorschläge gemacht, weil sie ein wirtschaftlich und militärisch schwacher Staat sei. Konnte diese falsche These damals jemand täuschen, so ist es heute jedermann klar, daß die Redereien von einer Schwäche der Sowjetunion absurd sind.

Der neue Vorschlag der Sowjetregierung entspringt dem einzigen Wunsch, einen wahrhaft dauerhaften Frieden zwischen den Völkern zu gewährleisten!

Wir sagen allen Ländern freimütig: Im Gegensatz zur Losung „Laßt uns aufrüsten!", die immer noch mancherorts im Umlauf ist, stellen wir die Losung auf: „Laßt uns völlig abrüsten!" Wollen wir lieber darin wetteifern, wer für seine Völker mehr Wohnungen, Schulen, Heilanstalten bauen, mehr Brot, Milch, Fleisch, Kleidung und andere Konsumgüter produzieren wird, nicht aber darin, wer mehr Wasserstoffbomben und Raketen besitzt. Das werden alle Völker auf der Erde begrüßen.

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (sowjetische Botschaft, Bonn), Beilage zu Nr. 28 vom 1. Oktober 1959.

Programm der Sowjetregierung zur allgemeinen und völligen Abrüstung

(den Vereinten Nationen von Ministerpräsident Chruschtschow am 18. September 1959 unterbreitet)

Das Programm der allgemeinen und völligen Abrüstung muß die Durchführung folgender Maßnahmen enthalten:

Auflösung sämtlicher Streitkräfte (Bodentruppen, See- und Luftstreitkräfte) und Verbot ihrer Wiederaufstellung in jeglicher Form;

Vernichtung aller Rüstungsarten und Vorräte an Kriegsmaterial — sowohl der in den Streitkräften als der in den Arsenalen befindlichen;

Abschaffung sämtlicher Kriegsschiffe, Militärflugzeuge wie auch militär-technischer Mittel jeder anderen Art;

völliges Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen, Einstellung der Produktion dieser Waffen jeder Art, ihre Ausschaltung aus den Rüstungen der Staaten und Vernichtung ihrer Vorräte;

völlige Einstellung der Produktion und Vernichtung aller Arten von Raketenwaffen mit beliebigem Wirkungsradius einschließlich der kosmischen Raketen für militärische Zwecke;

Verbot der Produktion, des Besitzes und der Lagerung von Mitteln des chemischen und des bakteriologischen Krieges und Vernichtung der Vorräte an Waffen dieser Art;

Auflösung von Militärstützpunkten jeder Art in fremden Gebieten — der Bodentruppen-, Flotten-, Luftstützpunkte und aller Raketenabschußrampen;

Einstellung der Rüstungsproduktion in Rüstungswerken und Vernichtung der militärischen Produktionsanlagen in Werken der allgemeinen Industrie;

Einstellung jeglicher Einberufungen zu Uebungen und militärischer Ausbildung sowohl in der Armee als auch in öffentlichen Organisationen und Erlaß von Gesetzen über Abschaffung des Militärdienstes in jeder Form — der Wehrpflicht, des freiwilligen Militärdienstes, der Anwerbungen und dergleichen;

Auflösung der Kriegsministerien, der Generalstäbe, der militärischen Lehranstalten und jeglicher militärischer und militarisierter Anstalten und Organisationen;

Einstellung der Bewilligungen für militärische Zwecke in jeder Form sowohl im Rahmen des Staatshaushalts als auch im Rahmen öffentlicher Organisationen und durch Privatpersonen;

gesetzliches Verbot der Kriegspropaganda und der militärischen Erziehung der Jugend und Erlaß von Gesetzen, die strengste Bestrafung für Verletzungen irgendeiner der angeführten Maßnahmen vorsehen.

Den Staaten dürfen nur streng begrenzte, für jedes Land festgelegte Polizeikontingente (Miliz) zur Verfügung stehen, die mit leichten Schußwaffen ausgerüstet und ausschließlich für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und für den Schutz der persönlichen Sicherheit der Bürger bestimmt sind.

Zur Beobachtung der rechtzeitigen Durchführung der Maßnahmen zur allgemeinen, völligen Abrüstung wird ein internationales Kontrollorgan unter Beteiligung aller Staaten gegründet. Das Personal des Kontrollorgans wird auf internationaler Grundlage, unter Berücksichtigung des Prinzips gerechter geographischer Verteilung, zusammengestellt.

Das internationale Kontrollorgan muß über alle materiellen Voraussetzungen verfügen, die für die Durchführung einer strengen Kontrolle erforderlich sind. Die Funktionen und Vollmachten dieses Organs müssen dem Charakter der zur Durchführung gelangenden Abrüstungsmaßnahmen entsprechen.

Die Sowjetregierung schlägt vor, das Programm der allgemeinen und völligen Abrüstung innerhalb einer möglichst kurzen Frist — im Laufe von vier Jahren — durchzuführen.

Es wird vorgeschlagen, im ersten Stadium folgende Maßnahmen durchzuführen:

Unter entsprechender Kontrolle die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte der UdSSR, der USA und der Volksrepublik China auf den Stand von 1 700 000 Mann, die der Streitkräfte Großbritanniens und Frankreichs auf 650 000 Mann für jeden Staat zu reduzieren.

Die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte anderer Staaten soll auf den Stand reduziert werden, der auf einer Sondertagung der Vollversammlung der UN oder auf einer Weltkonferenz für allgemeine und völlige Abrüstung zu vereinbaren ist.

Die Rüstungen und die militär-technischen Mittel, über welche die Streitkräfte der Staaten verfügen, sind so weit zu reduzieren, daß die restlichen Rüstungsbestände dem festgesetzten Stand der Streitkräfte entsprechen.

Im zweiten Stadium soll durchgeführt werden:

Die vollständige Beseitigung der bei den Staaten übriggebliebenen Streitkräfte.

Die Auflösung sämtlicher Militärstützpunkte auf fremden Territorien. Die Truppen und das militär-technische Personal werden von fremden Territorien in die eigenen nationalen Grenzen zurückgezogen und aufgelöst.

Im dritten Stadium wird durchgeführt:

Die Vernichtung der Atom- und Raketenwaffen jeder Art.

In Kraft tritt das Verbot der Erzeugung, des Besitzes und der Vorratshaltung von chemischen und bakteriologischen Kriegsmitteln. Alle bei den Staaten vorhandenen Vorräte an chemischen und bakteriologischen Waffen müssen eingezogen und unter internationaler Kontrolle vernichtet werden.

Verboten werden wissenschaftliche Untersuchungen für Kriegszwecke und die Entwicklung von Waffen und von Kriegstechnik.

Aufgelöst werden die Kriegsministerien, die Generalstäbe, alle militärischen und militarisierten Institutionen und Organisationen.

Eingestellt werden alle Einberufungen zu Uebungen und zur militärischen Ausbildung. Die Staaten sind verpflichtet, die militärische Ausbildung der Jugend durch Gesetz zu verbieten.

Im Einklang mit ihren verfassungsmäßigen Verfahren beschließen die Staaten Gesetzesakte, wonach der Militärdienst in allen Formen — obligatorisch, freiwillig, durch Werbung usf. — aufgehoben wird und die Wiederherstellung militärischer und militarisierter Institutionen und Organisationen in offener oder getarnter Form verboten wird.

Eingestellt wird die Zuweisung von Mitteln für militärische Zwecke in jeder Form, sowohl im Rahmen des Staatshaushalts als auch im Rahmen öffentlicher Organisationen. Die Mittel, die im Ergebnis der allgemeinen und völligen Abrüstung frei werden, müssen für die Herabsetzung oder die vollständige Aufhebung der von der Bevölkerung erhobenen Steuern, für die Subsidierung der nationalen Wirtschaft und für umfassende wirtschaftliche und technische Hilfeleistung an schwachentwickelte Länder Verwendung finden.

Für die Kontrolle über die Durchführung der Maßnahmen zur allgemeinen und völligen Abrüstung wird ein internationales Kontrollorgan geschaffen. Das Ausmaß der Kontrolle und der Inspektion wird entsprechend der Stufe der etappenmäßig erfolgenden Abrüstung der Staaten vorgenommen.

Nach Abschluß der allgemeinen und völligen Abrüstung, die die Auflösung der Streitkräfte jeder Art, die Vernichtung aller Waffen, darunter der Massenvernichtungswaffen (der Atom-, der Raketen-, der chemischen und der bakteriologischen Waffen), umfassen muß, wird das internationale Kontrollorgan freien Zutritt zu allen Kontrollobjekten haben.

Die Kontrollorganisation kann ein System der Luftbeobachtung und Luftaufnahmen über den Territorien der Staaten einrichten.

Im Prozeß der Durchführung des Programms der allgemeinen und völligen Abrüstung, bis zur Auflösung aller Streitkräfte, wahren die Staaten zwischen den verschiedenen Arten ihrer Streitkräfte eine solche Proportion, wie sie im Moment des Inkrafttretens des Vertrags über die Abrüstung bestand.

Das Programm der allgemeinen und völligen Abrüstung wird von den Staaten strikt im Einklang mit den im Vertrag genannten Fristen durchgeführt, und seine Verwirklichung darf nicht unterbrochen oder von der Erfüllung irgendwelcher im Vertrag nicht vorgesehener Bedingungen abhängig gemacht werden.

Für den Fall, daß seitens des einen oder anderen Staates ein Versuch gemacht wird, den Vertrag über die allgemeine und völlige Abrüstung zu umgehen und zu verletzen, muß in den Vertrag eine Bestimmung aufgenommen werden, die vorsieht, daß die Frage einer Vertragsverletzung der sofortigen Prüfung durch den Sicherheitsrat und durch die Vollversammlung der Organisation der Vereinten Nationen, entsprechend ihren Befugnissen, unterliegt.

Es versteht sich, daß die Sowjetregierung die bestehende Lage realistisch beurteilen möchte, und wenn die Westmächte gegenwärtig aus diesen oder jenen Gründen sich nicht bereit erklären sollten, auf allgemeine und völlige Abrüstung einzugehen, ist die Sowjetregierung nach wie vor bereit, sich mit anderen Staaten über entsprechende teilweise Schritte zur Abrüstung und zur Festigung der Sicherheit zu verständigen. Die wichtigsten davon sind, nach Ansicht der Sowjetregierung:

erstens die Schaffung einer Kontroll- und Inspektionszone nebst Reduzierung der ausländischen Truppen auf den Territorien der entsprechenden Länder Westeuropas;

zweitens die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa;

drittens Abzug sämtlicher ausländischer Truppen von den Territorien europäischer Staaten und die Auflösung der Militärstützpunkte auf fremden Territorien;

viertens der Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Mitgliedstaaten der NATO und den des Warschauer Vertrages;

fünftens ein Abkommen zur Frage der Verhütung eines überraschenden Ueberfalles eines Staates auf einen anderen.

Die Sowjetregierung hält es für angebracht, an ihre Vorschläge vom 10. Mai 1955 zur Abrüstungsfrage zu erinnern, die konkrete Vorschläge betreffs teilweiser Schritte auf dem Gebiet der Abrüstung enthalten. Sie ist überzeugt, daß diese Vorschläge eine gute Grundlage für eine Verständigung über dieses lebenswichtige Problem darstellen.

Was die Frage der Einstellung der Versuche mit Kernwaffen betrifft, so war und ist die Sowjetregierung für die sofortige Einstellung dieser Versuche für immer und ewig.

Die Sowjetregierung gibt der festen Ueberzeugung Ausdruck, daß die vorgeschlagene radikale Lösung des Abrüstungsproblems einen durchgreifenden Umschwung in der Entwicklung der internationalen Beziehungen herbeiführen, eine Atmosphäre des Vertrauens zwischen den Staaten herstellen und die Voraussetzungen für ein friedliches Leben der Völker schaffen würde. Die Sowjetregierung wendet sich an die Regierungen aller Länder in der Welt, in erster Linie an die Regierungen der Großmächte, die die mächtigsten Streitkräfte besitzen, die ständige Mitglieder des Sicherheitsrats sind und die den Völkern gegenüber besondere Verantwortung für die allgemeine Sicherheit tragen, unverzüglich und gemeinsam zur Durchführung der allgemeinen und völligen Abrüstung zu schreiten.

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (sowjetische Botschaft, Bonn), Beilage zu Nr. 28 vom 1. Oktober 1959.

Ausführungen Außenminister Herters vor UN-Korrespondenten in New York am 22. September 1959 (Auszüge betreffend Deutschland)

Frage: Herr Außenminister, in Ihrer Rede vor der Vollversammlung berührten Sie die deutsche Frage. Darf ich Sie fragen, ob Sie, wenn Sie die Lage in West-Berlin heute beurteilen sollten, glauben würden, daß sich die Spannung vermindert hat, oder betrachten Sie die Lage in West-Berlin noch mit der gleichen Besorgnis und Befürchtung, wie Sie sie vor der Genfer Konferenz und vor den jüngsten Ereignissen angesehen haben?

Antwort: Ich glaube nicht, daß die Lage in West-Berlin eine so akute Krise darstellt, wie dies nach der Rede Chruschtschows vom 10. November und nach der Note der Fall war, die er den drei Besatzungsmächten übermittelt hat. Dies ist eine Sache, die sehr schwer abzuschätzen ist, wenn Sie in der Sprache der Berliner selbst sprechen wollen. Ich besuchte Berlin im Juli und stellte fest, daß die industrielle Aktivität und Produktivität der Stadt West-Berlin zwischen dem 10. November und jenem Tag im Juli sehr beträchtlich zugenommen hatte. Mit anderen Worten, die Bevölkerung von Berlin hat einen Mut bewiesen, hat eine Anstrengung an den Tag gelegt, ihr normales Leben weiterzuführen, die mir ganz außerordentlich vorkamen, gemessen an den Befürchtungen, die wir alle im Hinblick auf das hatten, was sich in dieser Stadt entwickeln könnte.

Was das Erreichen einer Lösung des Problems angeht, so glaube ich nicht, daß seit Beendigung der Genfer Besprechungen irgendein Fortschritt erzielt worden ist. Vielleicht werde ich etwas mehr wissen, wenn Herr Chruschtschow bei den kommenden Besprechungen mit dem Präsidenten etwas zu diesem Thema zu sagen hat. Es handelt sich hier jedoch, wie der Präsident sehr deutlich zum Ausdruck gebracht hat, um eine

Angelegenheit, in der neben uns auch andere Staaten betroffen sind, und diese Gespräche werden bestimmt in keiner Weise die Gestalt von Verhandlungen annehmen. . . .

Frage: Welches sind nun, angesichts der gemilderten Lage, die — wie Sie angedeutet haben — jetzt in bezug auf die Berlin-Frage existiert, die Kriterien für die Abhaltung einer richtiggehenden Gipfelkonferenz, und welches sind nach Ihrer Meinung — diese Kriterien als gegeben betrachtet — die Aussichten, daß kurz nach dem Zwiegespräch in Washington eine solche stattfindet?

Antwort: Nun, auch hier kann ich nicht in die Kristallkugel schauen. Aber von dem Standpunkt der Auffassungen des Präsidenten selbst bezüglich einer Gipfelkonferenz gesehen, glaube ich, er hat die Ueberzeugung gehegt, daß es nutzlos ist, die Angelegenheit einer Gipfelkonferenz zu unterbreiten, solange nicht in der Verhandlungsposition der Russen bezüglich Berlins und der Deutschlandfrage mehr Nachgeben und das Verschwinden der Drohung zu verzeichnen ist. Es muß unbedingt noch mehr Arbeit geleistet werden auf der Ebene der Außenminister oder auf dem Wege über irgendwelche allgemeinen Zusicherungen, die ein Gipfeltreffen nutzbringender gestalten könnten. Der schwächste Punkt von allen ist, wie Sie wissen, immer noch die Frage eines separaten Friedensvertrages mit Ostdeutschland, der nach Auffassung der Russen automatisch alle unsere Rechte in bezug auf Berlin und unsere Verpflichtungen bezüglich Berlins auslöschen und uns sofort auf Gnade und Ungnade der Situation ausliefern würde, mit der ostdeutschen Regierung verhandeln zu müssen. Dies ist die Drohung, der man uns lange Zeit ausgesetzt hat — eine Drohung, die von Herrn Chruschtschow gleich zu Anfang sehr deutlich ausgesprochen wurde, als er erklärte, daß nach der Uebergabe der Zufahrtswege von Berlin an die Ostdeutschen die Russen diesen militärisch zu Hilfe kommen würden, wenn irgendeine Nation — wobei er uns oder die Briten oder die Franzosen meinte — versuchen würde, die Souveränität Ostdeutschlands ohne Zustimmung der Ostdeutschen zu verletzen. Dies ist immer noch ein entscheidender Punkt in den Verhandlungen. Und es hat keinen Sinn, diese ganze Angelegenheit vor eine Gipfelkonferenz zu bringen, solange dieses spezielle Problem noch nicht gelöst ist. Ich hoffe doch, daß einige der Erörterungen, die während dieser Woche stattfinden werden, zu einer Lösung beitragen mögen.

Zwischenfrage: Ist das Kriterium also dann, daß sie von ihrer Absicht oder Drohung abrücken, einen separaten Vertrag mit Ostdeutschland abzuschließen?

Antwort: Nein, nicht notwendigerweise. Wir haben keine Einwände, daß sie einen Vertrag mit Ostdeutschland abschließen; aber bei dem Abschluß dieses Vertrages mit Ostdeutschland müssen sie die Rechte ausnehmen, die uns zustehen, die den Ostdeutschen zu übertragen sie kein Recht haben*.

Quelle: *Amerika-Dienst* (Kabeldienst) vom 24. September 1959.

*) Der Pressereferent des amerikanischen Außenministeriums, Robert J. *McCloskey*, gab am 25. September 1959 zu den Ausführungen von Außenminister *Herter* folgende Erklärung ab: „Die Ausführungen des Außenministers zur Frage des Abschlusses eines separaten Friedensvertrages mit Ostdeutschland durch die Sowjetunion erfolgten im Zusammenhang mit Fragen, die das wesentliche Problem behandelten, um das es bei der Berlin-Krise geht. Der Außenminister hat ganz offensichtlich nicht den Abschluß eines separaten Friedensvertrages mit dem ostdeutschen Regime durch die Sowjetunion befürwortet. Er hat lediglich erneut unseren Standpunkt umrissen, daß die Vereinigten Staaten die Sowjetunion nicht hindern können, gemäß ihren internationalen Verpflichtungen die Verhältnisse in Ostdeutschland zu regeln, so wie wir dies in Westdeutschland durch die Bonner Konvention getan haben, obschon die sowjetischen Rechte darin besonders ausgenommen werden. Der wichtige Punkt ist unseres Erachtens, daß alle getroffenen Vereinbarungen nicht die legalen Rechte des Westens in Deutschland oder die sowjetischen Verpflichtungen gegenüber den drei Westmächten beeinträchtigen können. Es ist eine wohlbekannte Gepflogenheit im Völkerrecht, daß Rechte und Pflichten zwischen Staaten nur durch Abkommen festgesetzt oder modifiziert werden können, an denen die interessierten Staaten Partner sind."

Kommuniqué vom 27. September 1959 über die Besprechungen Präsident Eisenhowers mit Ministerpräsident Chruschtschow in Camp David

Der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chruschtschow, und Präsident Eisenhower hatten in Camp David einen offenen Meinungsaustausch. Bei einigen dieser Gespräche waren der amerikanische Außenminister Herter und der sowjetische Außenminister Gromyko sowie weitere hohe Beamte beider Länder zugegen.

Der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR und der Präsident stimmten darin überein, daß diese Gespräche zur Klärung des beiderseitigen Standpunktes in einer Anzahl von Fragen nützlich gewesen sind. Die Gespräche wurden nicht mit dem Ziele geführt, über Probleme zu verhandeln. Es ist jedoch zu hoffen, daß ihr Meinungsaustausch zu einem besseren Verständnis der Motive und des Standpunktes beider Seiten und damit zur Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens beitragen wird.

Der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR und der Präsident der Vereinigten Staaten waren sich darüber einig, daß die Frage einer allgemeinen Abrüstung die wichtigste ist, der die Welt heute gegenübersteht. Beide Regierungen werden alle Anstrengungen unternehmen, um eine konstruktive Lösung dieses Problems zu erreichen.

Im Verlauf der Besprechungen fand ein Gedankenaustausch über die Deutschlandfrage einschließlich der Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland statt, wobei die Standpunkte beider Seiten dargelegt wurden.

Was die Berlin-Frage im besonderen anbetrifft, so wurde ein Uebereinkommen darüber erzielt, daß vorbehaltlich der Zustimmung der übrigen direkt betroffenen Parteien die Verhandlungen wieder aufgenommen werden sollen mit dem Ziele, eine Lösung zu finden, die im Einklang mit den Interessen aller Betroffenen sowie im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens steht.

Zusätzlich zu diesen Fragen wurden nützliche Gespräche über eine Anzahl von Problemen geführt, die die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten betreffen. Zu diesen Themen gehörte die Frage des Handels zwischen den beiden Ländern. Hinsichtlich eines verstärkten Personen- und Gedankenaustausches wurde in den Besprechungen zwischen den Beratern ein wesentlicher Fortschritt erzielt, und es steht zu erwarten, daß gewisse Abkommen in naher Zukunft erreicht werden.

Der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR und der Präsident der Vereinigten Staaten kamen überein, daß alle offenen internationalen Fragen nicht durch die Anwendung von Gewalt, sondern mit friedlichen Mitteln durch Verhandlungen gelöst werden sollen. Schließlich wurde vereinbart, daß ein genauer Termin für den Gegenbesuch des Präsidenten in der Sowjetunion im kommenden Frühjahr auf diplomatischem Wege festgelegt wird.

Quelle: *Amerika-Dienst* (Kabel-Dienst) vom 28. September 1959.

Pressekonferenz Präsident Eisenhowers in Washington am 28. September 1959 (Auszüge)

Frage: Herr Präsident, könnten Sie uns eine allgemeine Bewertung Ihrer Gespräche mit Herrn Chruschtschow geben, und könnten Sie uns insbesondere sagen, ob der Verzicht auf Gewalt, von dem im Kommuniqué gesprochen wird, bedeutet, daß Herr Chruschtschow jetzt irgendwelche sowjetischen Drohungen oder Ultimaten hinsichtlich Berlins zurückgezogen hat?

Antwort: ... Der Ministerpräsident und ich erörterten die Berlin-Frage eingehend, und wie Sie wissen, können in einer solchen Frage wie dieser ohne unsere Alliierten keine spezifischen Verhandlungen geführt werden. Aber Sie werden das Kommuniqué gelesen haben, das diesen Punkt ausführt und erklärt, daß die Verhandlungen nach entsprechenden Vorbereitungen wieder aufgenommen werden sollen mit dem Ziel, zu

einer Lösung zu gelangen, die die legitimen Interessen der Sowjets, der Ostdeutschen, der Westdeutschen und vor allem der westlichen Völker schützt. In erster Linie und vor allem aber kamen wir außer dem, was wir sagten, was das Kommuniqué sagte, überein, daß diese Verhandlungen zwar nicht ins Unbegrenzte ausgedehnt werden sollten, daß es aber keine festgesetzte Zeitgrenze für sie geben dürfte. Dies nun, glaube ich, ist vollkommen klar und eindeutig — und da es sich um ein zwischen zwei Personen getroffenes Uebereinkommen handelt, meine ich, daß ich nicht versuchen sollte, mich weiter über diesen Punkt auszulassen.

Frage: Herr Präsident, können Sie uns sagen, ob ganz allgemein das Thema China in diesen Gesprächen angeschnitten wurde und in welchem Zusammenhang?

Antwort: Soweit ja: Es wurde angeschnitten, aber die Diskussion beschränkte sich weitgehend auf folgendes — eine Darlegung unserer beiderseitigen Ansichten, die, wie Sie wissen, in fast jeder Beziehung einander diametral entgegengesetzt sind. Und man war sich einig darüber, daß es zu nichts führen würde, wollte man versuchen, die Chinafrage sowie das aufzubringen, was man vielleicht als Methodik des Vorgehens bezeichnen könnte . . .

Frage: Herr Präsident, könnten Sie uns sagen oder uns einen Hinweis geben, wann Sie mit einer Gipfelkonferenz rechnen?

Antwort: Nein, ich kann es nicht sagen. Ich kann es nicht sagen, weil ich zunächst einmal allen meinen interessierten Verbündeten alles berichten werde, was ich über den soeben stattgefundenen Besuch denke. Und ich werde dazu ihre Meinungen hören. Ich möchte jetzt keinerlei Vermutungen anstellen, da lediglich wir beide miteinander sprachen und keiner von uns versucht hat, irgendeine reale Diskussion oder einen bestimmten Zeitpunkt festzulegen.

Frage: Herr Präsident, sind Sie der Ansicht, daß die von Ihnen früher für das Stattfinden einer Gipfelkonferenz genannten Bedingungen jetzt erfüllt sind oder daß sie erst noch in weiteren Verhandlungen erfüllt werden müssen?

Antwort: Ich würde für meine Person folgendes sagen: Die von mir, soweit ich betroffen bin, gesetzten Bedingungen — ich meine die Gespräche — haben, was mich persönlich betrifft, zahlreiche der von mir bisher vorgebrachten Einwände beseitigt; aber auch dies wieder ist eine Angelegenheit für Verhandlungen und Beratungen mit unseren Alliierten. Und der Fortschritt, der — wie ich sagte — erzielt worden ist, liegt darin, daß wir zu bedenken haben, daß — solange wir verhandeln — ein Fortschritt gegeben ist, weil wir nicht an einem toten Punkt stehen.

Frage: Können Sie uns sagen, ob Ministerpräsident Chruschtschow etwas darüber angedeutet hat, was er in der Frage der Inspektionen an Ort und Stelle, der Zahl dieser Inspektionen sowie der Zusammensetzung des Personals der Kontrollposten für die Ueberwachung eines Atomversuchsverbotes zu unternehmen bereit ist?

Antwort: Ich möchte ganz eindeutig klarstellen, nicht nur als Antwort auf Ihre Frage, sondern auch auf andere Fragen ähnlicher Art — wir konnten unmöglich derartig detaillierte Fragen behandeln —, so ein Gespräch braucht viel Zeit, doppelt so viel Zeit wie zwischen uns hier, weil wir keinen Dolmetscher benötigen. Daher wurde die Frage der Zusammensetzung der Kontrollposten und ihre Anzahl sowie die technische Ausstattung und ähnliches überhaupt nicht besprochen.

Frage: Herr Präsident, können wir es so verstehen, daß Ihr Uebereinkommen, wonach es keine festgelegte zeitliche Begrenzung in bezug auf die Berlin-Verhandlungen gibt, auch bedeutet, daß es keine festgelegte zeitliche Begrenzung hinsichtlich unserer dortigen Besatzungsrechte und unserer Zugangsrechte zu jener Stadt gibt?

Antwort: Natürlich kann es keine festgelegte zeitliche Begrenzung geben. Wir sagen dies: wir alle stimmen darüber überein, daß dies eine anomale Situation *(abnormal situation)* ist, die ganze Welt sagt dies. Hier ist eine freie Stadt, die inmitten eines

kommunistischen Landes liegt und die 170 Kilometer von Westdeutschland entfernt ist, zu dem sie sich zugehörig fühlt. Daher sind Verhandlungen der einzige Weg, der zu einer Lösung führt. Sie werden wahrscheinlich einige Zeit in Anspruch nehmen, und wir sind uns darüber einig, daß sie nicht unnötigerweise oder über Gebühr hinausgezogen werden sollten. Wir sagten jedoch, daß es keine festgelegte zeitliche Begrenzung gibt, in der sie — auf die sie limitiert sind.

. . .

Frage: Herr Präsident, welchen Eindruck haben Sie von Herrn Chruschtschow?

Antwort: Nun, er ist eine dynamische und fesselnde Persönlichkeit. Er ist ein Mann, der jedes ihm für Debatten zur Verfügung stehende Mittel ausschöpft. Er kann sehr sprunghaft sein — man könnte fast sagen, exzentrisch —, und er kann nahezu im Augenblick von einer völlig negativen und schwierigen Haltung zu der leichtesten, leutseligsten und genialsten Gesprächsführung überschwenken . . .

Ich glaube wirklich, daß er von der Richtigkeit der grundlegenden Lehren der sozialistischen oder kommunistischen Doktrin überzeugt ist. Er hat jedoch das ursprüngliche Konzept dieser Doktrin erheblich durchlöchert. Zum Beispiel hat er sehr entschieden erklärt, daß er sich in der sowjetischen Wirtschaft in viel stärkerem Maße des Anreizsystemes bedient hat, als wir dies tun . . . So hat er auf verschiedenen Gebieten gezeigt, wie sich die Doktrin in ihrer Anwendung heute im sowjetischen Machtbereich erheblich geändert hat.

Frage: Herr Präsident, um mit Ihren Worten zu sprechen, glauben Sie, daß Sie und Herr Chruschtschow einen Teil des Eises in bezug auf die Ost-West-Beziehungen zum Schmelzen bringen konnten, und wenn ja, wieviel?

Antwort: Nun, ich möchte folgendes sagen: Das Beste, was hier getan werden konnte, ist ein erster Anfang. Ich glaube, es gibt eine Reihe von Leuten seiner engeren Umgebung, die sich recht wohl über einige der Probleme im klaren sind, die auftauchen, wenn wir das Eis nicht zum Schmelzen bringen. Beispielsweise hat er selbst die Notwendigkeit bedauert, so viel Geld für die Verteidigung aufwenden zu müssen. Wir haben in unserer Unterredung versucht, ein wenig über unsere beiderseitigen Ausgaben zu sprechen. Und so konnten wir genau ausrechnen, wieviel Prozent unseres Vermögens für diese Dinge ausgegeben werden, die doch letzten Endes negativ und steril und rein defensiv sind. Nun, dies war ein interessantes Experiment, aber natürlich gelangten wir dabei zu nichts, außer daß er ständig unterstrich, dies koste viel zu viel Geld und wir müßten bessere Mittel und Wege finden. Dasselbe spielte sich dann mit dem Herrn ab, dessen Namen ich niemals . . . (Der Präsident bezog sich hier auf die Unterredung zwischen dem Direktor der sowjetischen Behörde für die friedliche Verwendung der Atomenergie, W. S. Jemeljanow, mit dem Vorsitzenden der amerikanischen Atomenergiekommission, John A. McCone.) Er wies auf die Bemühungen hinsichtlich der Entwicklung des Programms zur friedlichen Nutzung der Atomenergie hin und sagte, daß wir es gemeinsam durchführen sollten, weil es für ein Land allein zu kostspielig sei. Daher findet man, wenn das Eis geschmolzen ist, in mancher Beziehung bei ihnen eine gewisse Einsicht, und zwar nicht nur, daß große Kriege undenkbar sind — das steht dahinter —, sondern auch in vielen Einzelfragen erkennen sie nun, daß etwas getan werden muß, was ein bißchen vernünftiger ist als das, was bisher getan wurde.

Frage: Herr Präsident, die wichtigste der drei Vorbedingungen für eine Gipfelkonferenz, die wir jetzt aufgestellt haben, scheint in der Beseitigung der Drohungen gegenüber Berlin zu bestehen. Ich weiß, Sie haben dies in der ersten Frage berührt, ich möchte aber gerne wissen, ob Sie uns nicht Andeutungen darüber machen könnten, ob der Ministerpräsident versprochen hat, den Druck zu vermindern oder den Druck ein wenig zu beseitigen?

Antwort: Ich glaube, die von mir gegebene Erklärung ist vollständig — und beantwortet Ihre Frage, und der Grund, warum ich nicht mehr darüber sagen will: Wir

stellten fest, ich meine, wir waren in bezug auf diese Erklärung völlig einig, und ich bin sicher, daß er selbst sie abgeben und erhärten wird. Mehr zu sagen, würde jedoch bedeuten, einem anderen Worte in den Mund zu legen, was meiner Ansicht nach nicht fair wäre. Ich persönlich glaube, daß die Frage damit genau beantwortet ist, es gibt hierüber weder eine festgelegte Linie noch eine festgesetzte Zeit. Niemand steht unter Druck, niemand ist irgendeiner Drohung ausgesetzt, und tatsächlich hat er nachdrücklich betont, daß er niemals die Absicht gehabt habe, irgend etwas zu sagen, was als Nötigung oder Zwang interpretiert werden könnte.

Frage: Herr Präsident, Herr Chruschtschow gebrauchte, als er von der Abrüstung sprach, die Worte: „Die strengste und umfassendste Kontrolle". Ich frage mich jetzt zwei Dinge: erstens, meinte er damit die gesamte Abrüstung oder nur das den Vereinten Nationen unterbreitete totale Abrüstungsschema?

Antwort: Er sagte immer wieder, wenn er von der Abrüstung sprach: „Ich möchte, daß Sie den von mir gemachten Vorschlag prüfen." Er fügte mir gegenüber, was Einzelheiten anbelangt, nichts hinzu. Ich wies ihn darauf hin, daß wir Verbündete haben, daß wir in der Vergangenheit umfassende Pläne und Programme, eigene Vorschläge unterbreitet haben; daß Großbritannien soeben erst einen weiteren Vorschlag in den Vereinten Nationen eingebracht hat und daß ich gerade im Augenblick von einem sehr kompetenten Ausschuß unter dem Vorsitz von Herrn Coolidge unser ganzes bisheriges Verhalten in dieser Angelegenheit überprüfen lasse, um festzustellen, ob irgend etwas Neues getan werden kann. Aber abgesehen von den Einzelheiten eines genauen Ausmaßes dieser strikten Kontrollen, habe ich diesen Punkt nicht weiter behandelt.

Frage: Haben Sie irgendwie angedeutet oder irgendwelche Zahlen genannt, daß sie die Budgets — zum Beispiel auf militärischem Gebiet — zu kürzen versuchen würden?

Antwort: Nein. Der Grund, warum ich die Budgetfrage ausgelassen habe, ist ein sehr einfacher, weil ich nämlich nicht glaube, daß mit Ländern, in denen alles dirigiert wird und wo man die Kosten nicht wirklich miteinander in Beziehung setzen kann, irgendein Vergleich möglich ist. Aber ich sagte folgendes: kein Volk ist mehr bestrebt als das unsrige, diese Last abzuwerfen, oder zumindest einen Teil dieser Last, solange wir dies mit Sicherheit, Gerechtigkeit und Ehre tun können.

Frage: Herr Präsident, können Sie uns sagen, ob wir, wenn wir in die neuen Verhandlungen über Berlin eintreten, von denselben Maßstäben und Prinzipien geleitet werden, die wir früher hatten, daß nämlich jede Lösung die alliierten Rechte dort garantieren und die Freiheit der West-Berliner schützen muß?

Antwort: Ich kann überhaupt nichts Derartiges garantieren, aus dem einfachen Grunde, weil ich nicht weiß, welche Art von Lösung sich schließlich als annehmbar erweisen mag. Aber wie ich sagte, muß man von folgendem ausgehen: die Lage ist anomal, sie ist durch die Beendigung der militärischen Feindseligkeiten nach Schluß des Krieges, durch einen Waffenstillstand, entstanden, und sie brachte leider einige — oder vielmehr eine ganze Anzahl von freien Menschen in eine sehr unangenehme Lage. Wir müssen nun ein System finden, das wirklich für alle Menschen in jenem Gebiet annehmbar ist, darunter auch für die am meisten Betroffenen, die West-Berliner*.

Quelle: *Amerika-Dienst* (Kabeldienst) vom 29. September 1959.

*) Im Anschluß an die Pressekonferenz war der Pressereferent des Weißen Hauses, James G. *Hagerty*, von verschiedenen Korrespondenten um eine Erläuterung zu der Antwort ersucht worden, die Präsident *Eisenhower* auf die letzte, Berlin betreffende Frage gegeben hatte. *Hagerty* erklärte daraufhin: „Der Präsident meinte natürlich nicht, daß die Freiheit der Bevölkerung West-Berlins aufgegeben werden sollte oder daß die alliierten Rechte durch irgendeine einseitige Maßnahme preisgegeben werden sollten. Was er sagen wollte, war vielmehr, daß er im Augenblick nicht in allen Einzelheiten die schließliche Lösung der Berlin-Frage darlegen könnte. Jedes Abkommen muß für die Menschen in diesem Gebiet, darunter auch für die am meisten Betroffenen — die Bevölkerung West-Berlins und der Bundesrepublik Deutschland — akzeptabel sein."

Dokumente zur französischen Algerienpolitik

(Vgl. hierzu den Aufsatz „Die Initiative General de Gaulles zur Lösung der Algerienfrage auf S. 665 — S. 674 des Beitragsteils.)

Die Algerienerklärung Staatspräsident de Gaulles vom 16. September 1959

Unsere Wiederaufrichtung schreitet weiter voran. Gewiß dürfen wir uns damit nicht brüsten. Auf technischem Gebiet, zum Beispiel, sind wir noch nicht so weit, um Raketen zum Mond zu entsenden. Doch seit 15 Monaten haben wir auf vielen Gebieten Fortschritte erzielt. Die nationale Einheit ist wiederhergestellt, die Republik verfügt über solide und dauerhafte Institutionen, das Gleichgewicht der Finanzen, des Warenaustausches und der Währung steht auf festen Grundlagen. Dadurch wurde den Franzosen und besonders den Arbeitern in Industrie und Landwirtschaft die Tragödie der Inflation und der Rezession erspart.

Auf der so gefestigten Grundlage können der soziale Fortschritt weiter ausgebaut, die Zusammenarbeit der verschiedenen Zweige, von denen die Wirtschaft abhängt, verwirklicht, die wichtige Aufgabe der Ausbildung unserer Jugend fortgesetzt und die Mittel unserer wissenschaftlichen und technischen Forschung entwickelt werden.

Auch wurde die Gemeinschaft zwischen Frankreich, elf afrikanischen Staaten und der Madegassischen Republik verwirklicht, und schließlich wird in der Welt, wo es gilt, die Freiheit zu bewahren und zugleich den Frieden zu erhalten, unsere Stimme wieder gehört.

Dennoch steht Frankreich weiterhin vor einem schwierigen und sehr ernsten Problem: der Algerienfrage. Sie muß gelöst werden. Wir werden sie sicher nicht lösen, wenn wir einander sterile und vereinfachende Schlagworte dieser oder jener entgegenhalten, die, um das Gegenteil vorzutäuschen, ihre Interessen, Leidenschaften und Schimären verschleiern. Wir werden sie lösen, wie es einer großen Nation gebührt, und mittels der einzigen gültigen Stimme, womit ich sagen will, durch die Wahl, welche die Algerier selbst über ihr eigenes Schicksal treffen werden. Es sei erwähnt, daß schon viel getan wurde, um diesen Weg vorzubereiten, vor allem durch die Befriedung, denn solange geschossen und gemordet wird, kann nichts geregelt werden.

Damit will ich nicht sagen, daß wir in dieser Hinsicht schon am Ziele angelangt seien, wohl aber, daß kein Vergleich möglich ist zwischen dem, was die Sicherheit für die Menschen sowie für Hab und Gut vor zwei oder drei Jahren war und was sie heute ist. Unsere Armee erfüllt ihre Aufgabe mit Mut und Geschick, nicht nur durch Bekämpfung des Gegners, sondern auch durch Aufnahme reger und enger Kontakte mit der Bevölkerung, wie sie bis dahin nie bestanden haben.

Wären unsere Soldaten, besonders die unter ihnen befindlichen 120 000 Mohammedaner, in ihrer Pflicht ermüdet, oder hätte sich die Masse der algerischen Bevölkerung gegen Frankreich gewandt, wäre es zu einer Katastrophe gekommen. Da dies jedoch nicht geschah, steht die Rückkehr zur öffentlichen Ruhe und Ordnung, wenn auch nicht unmittelbar bevor, so doch klar in Sicht.

Die zweite Voraussetzung einer Regelung ist, daß alle Algerier die Möglichkeit haben müssen, ihren Willen in einer wirklich allgemeinen Abstimmung zum Ausdruck zu bringen. Bis zum vergangenen Jahr hatten sie diese Möglichkeit nicht. Jetzt haben sie sie, dank der Gleichberechtigung, des Bestehens eines einzigen Wahlkollegiums und der Tatsache, daß die größten Bevölkerungsgruppen, die der Mohammedaner, sicher sind,

bei allen Abstimmungen eine große Mehrheit zu erringen. Dies ist eine Wandlung von größter Tragweite, ja geradezu eine Revolution.

Am 28. September des vergangenen Jahres haben die Algerier sich für die neue Verfassung entschieden und damit ihren Willen bekundet, ihre Zukunft zusammen mit Frankreich zu gestalten. Am 30. November haben sie ihre Abgeordneten gewählt, am 19. April ihre Gemeinderäte, am 31. Mai ihre Senatoren. Ich weiß, daß es nicht an Menschen fehlt, die behaupten, daß in Anbetracht der Lage, in der sich die Wähler befanden, ermuntert durch die Kräfte der Ordnung und bedroht durch die Aufständischen, solche Wahlen nur in begrenztem Maße den wirklichen Willen zum Ausdruck bringen konnten; doch sie haben stattgefunden in den Städten und auf dem Lande, wo die Beteiligung der Wähler groß, bei der Volksbefragung sogar allgemein, spontan und begeistert war.

Jedenfalls ist der Weg jetzt frei. Nach Maßgabe der Befriedung wird er in noch größerem Maße und noch freier beschritten werden können. Schon im kommenden Jahr werden die Generalräte gewählt, aus deren Reihen die Mitglieder einer Anzahl beratender Körperschaften auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Verwaltung und des Sozialwesens hervorgehen werden, um dem Generaldelegierten für die Entwicklung Algeriens beratend zur Seite zu stehen.

Denn um die Algerienfrage zu lösen, genügt es nicht, die Ordnung wiederherzustellen und den Menschen das Selbstbestimmungsrecht zu geben. Es geht um ein menschliches Problem. Die Bevölkerung Algeriens verdoppelt sich alle 35 Jahre auf einem zum großen Teil unkultivierbaren Boden, ohne Bergwerke, Fabriken und große Energiequellen. Diese Bevölkerung lebt zu 3/4 in einer durch die Natur bedingten Not. Um leben zu können, müssen die Algerier in der Lage sein, Arbeit zu finden, die Möglichkeit haben, eine Elite herauszulösen und heranzubilden, aus ihrem Boden und unter dem Boden wesentlich mehr und wesentlich bessere Produkte herauszuwirtschaften. Das erfordert große Anstrengungen zugunsten der wirtschaftlichen Erschließung und der sozialen Entwicklung. Diese Anstrengungen werden bereits unternommen. Im Jahre 1959 wird Frankreich in Algerien, und ich erwähne hier nur die öffentlichen Investitionen und die Kosten der Zivilverwaltung, etwa 200 Milliarden Francs ausgeben. Im Zuge der Verwirklichung des Plans von Constantine werden die Ausgaben für Investitionen jährlich steigen.

In den letzten 10 Monaten haben über 100 Fabriken um Bewilligung angesucht, sich dort niederzulassen, 8000 ha guten landwirtschaftlichen Bodens werden gegenwärtig an mohammedanische Landwirte verteilt, im Mutterland haben weitere 50 000 Algerier Arbeit gefunden, die Zahl der von den mohammedanischen Algeriern verwalteten öffentlichen Aemter ist um 5000 gestiegen, und die Schulen nehmen beim diesjährigen Schulbeginn 860 000 Kinder auf, während es im vergangenen Jahr 700 000 und im Jahre zuvor nur 560 000 waren.

In sechs Wochen wird das Erdöl von Hassi-Messaoud mittels der neuen Erdölleitung zur Mittelmeerküste nach Bougie gelangen, in einem Jahr wird es von Edjélé aus den Golf von Gabès erreichen, und 1962 wird das Erdgas von Hassi-R'Mel in Algier und Oran zur Verteilung gelangen, um bald darauf auch nach Bône geleitet zu werden.

Wenn Frankreich den Willen zeigt und die Möglichkeit hat, dieses große Werk mit den Algeriern weiterzuführen — es alleine ist in der Lage, es zu tun —, wird Algerien in 15 Jahren ein blühendes und produktives Land sein. Dank des Fortschritts der Befriedung, dank des demokratischen und sozialen Fortschritts, kann man schon heute den Augenblick absehen, in dem die Frauen und Männer Algeriens in der Lage sein werden, über ihr Schicksal endgültig, frei und in Kenntnis des Sachverhalts zu entscheiden.

Unter Berücksichtigung aller algerischen, nationalen und internationalen Aspekte des Problems halte ich es für notwendig, diese Anwendung des Selbstbestimmungsrechts im Namen Frankreichs und der Republik, auf Grund der mir verfassungsmäßig zustehenden Vollmachten, die Bürger zu befragen, schon heute zu verkünden. Sofern Gott mich am Leben erhält und das Volk mir Gehör schenkt, verpflichte ich mich, die Algerier in ihren 12 Departements zu befragen, welches Schicksal sie wählen wollen.

Selbstverständlich werde ich auch dafür sorgen, daß alle Franzosen diese Entscheidung respektieren. Ich werde die Frage jedem einzelnen Algerier stellen, denn seit die Welt besteht, haben sie nie eine Einheit gebildet, und noch weniger hat es eine algerische Souveränität gegeben. Karthager, Römer, Vandalen, Byzantiner, Araber aus Syrien und Cordoba, Türken und Franzosen sind nacheinander in das Land eingedrungen, ohne daß es jemals und in irgendeiner Weise einen algerischen Staat gegeben hat.

Was das Datum der Befragung betrifft, so werde ich es zu gegebener Zeit festsetzen, jedoch spätestens vier Jahre nach der Wiederherstellung des Friedens, worunter ich verstehe, daß im Laufe eines Jahres nicht mehr als 200 Personen durch Ueberfälle und Attentate ums Leben kommen. Dieses Kriterium wird es ermöglichen, die Periode einzuleiten, in der alles wieder in Ordnung gebracht werden muß, in der die öffentlichen und individuellen Freiheiten wiederhergestellt werden, das normale Leben wieder aufgenommen wird, die Gefängnisse und Lager geöffnet werden, die im Exil lebenden Personen zurückkehren können und die Bevölkerung in der Lage sein wird, sich dessen, was auf dem Spiel steht, bewußt zu werden.

Ich lade im voraus die Berichterstatter der ganzen Welt ein, dieser Befragung, dieser endgültigen Entscheidung beizuwohnen, und ich garantiere Ihnen, daß Sie dabei ohne jede Behinderung Ihrer Tätigkeit nachgehen können. Doch wie kann das politische Schicksal aussehen, das die Frauen und Männer Algeriens in Frieden zu wählen haben?

Da es im Interesse der ganzen Welt und auch im Interesse Frankreichs liegt, die Frage ohne jede Zweideutigkeit zu entscheiden, sehen wir die Dinge so, wie sie sind. Jeder weiß, daß es drei mögliche Lösungen für dieses politische Schicksal gibt, und diese drei Lösungen werden Gegenstand der Volksbefragung sein.

Die eine Lösung wäre die Sezession, in der gewisse Kreise glauben, die Unabhängigkeit zu finden. In diesem Falle würde Frankreich die Algerier, die ihren Willen kundgetan haben, sich von ihm zu trennen, verlassen. Sie würden ohne Frankreich das Gebiet verwalten, das sie bewohnen, sowie die wirtschaftlichen Hilfsmittel, über die sie verfügen, und die Regierung haben, die sie wünschen. Ich glaube, daß eine solche Lösung unwahrscheinlich ist und katastrophal wäre.

Unter Berücksichtigung der Verhältnisse in Algerien und in der Welt würde die Lostrennung eine schreckliche Not, ein furchtbares politisches Chaos, ein allgemeines Morden und bald eine kriegerische Diktatur der Kommunisten zur Folge haben. Doch der Dämon muß ausgetrieben werden, und das muß durch die Algerier geschehen, denn wenn sie ein solches Unheil wirklich wünschten, würde Frankreich sicherlich aufhören, so viel Werte und Milliarden für eine hoffnungslose Sache auszugeben.

In diesem traurigen Falle versteht es sich von selbst, daß die Algerier, welcher Herkunft auch immer, die Franzosen bleiben möchten, es auch bleiben würden und Frankreich, falls es notwendig wäre, für ihre Umsiedlung und Niederlassung Sorge tragen würde. Auch würden alle Maßnahmen getroffen werden, um den Abbau, den Abtransport und die Verschiffung des Erdöls der Sahara, das ein Werk Frankreichs und für den gesamten Westen von Interesse ist, unter allen Umständen sicherzustellen.

Die zweite Lösung wäre die vollständige Französisierung, so wie sie die Gleichberechtigung mit sich bringt und derzufolge die Algerier Zugang zu sämtlichen Aemtern der Politik, Verwaltung, Gerichtsbarkeit und den öffentlichen Dienststellen hätten,

in den Genuß der für das Mutterland gültigen Gehälter, Löhne, Sozialversicherungsleistungen, Schul- und Berufsausbildung und sonstigen Bestimmungen kommen würden, sich innerhalb des gesamten Gebietes der Republik niederlassen und arbeiten könnten, wo sie wünschen. Kurz, sie würden unter den gleichen Bedingungen wie die anderen Bürger leben und Teil des französischen Volkes sein, das sich dann von Dünkirchen bis Tamanrasset erstrecken würde.

Die dritte Möglichkeit wäre eine Regierung der Algerier durch die Algerier, gestützt auf die Hilfe Frankreichs in einer engen Union mit ihm auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Unterrichtswesens, der Verteidigung und der Außenpolitik. In diesem Fall müßte das innere Regime Algeriens föderativen Charakter haben, damit verschiedene Teile der Bevölkerung, Franzosen, Araber, Kabylen, Mosabiten usw., die miteinander dieses Land bewohnen, dort die Sicherung ihres Lebens und den Rahmen für ihre Zusammenarbeit finden.

Da es seit dem letzten Jahr mit der Einführung des gleichen Wahlrechts, des einheitlichen Wahlkollegiums und der sich daraus ergebenden Mehrheit der mohammedanischen Vertretung feststeht, daß die Zukunft der Algerier auf jeden Fall in den Händen der Algerier liegt, da heute feierlich und in aller Form verkündet wird, daß die Algerier nach Wiederherstellung des Friedens selbst über das von ihnen gewünschte Schicksal entscheiden werden, es nur dieses geben wird und daß alle, welches Programm auch immer sie verfolgen mögen, was sie auch immer getan haben und woher auch immer sie kommen, die Möglichkeit haben werden, wenn sie es wünschen, sich an der Volksbefragung zu beteiligen, welchen Sinn hat dann noch die Rebellion?

Wenn deren Führer für die Algerier das Selbstbestimmungsrecht fordern, so stehen hierzu alle Wege offen. Wenn die Aufständischen fürchten, daß sie bei Einstellung der Feindseligkeiten der Justiz ausgeliefert werden, so liegt es nur an ihnen, mit den zuständigen Behörden über die Bedingungen ihrer freien Rückkehr zu verhandeln, wie ich es in meinem Angebot des Friedens der Tapferen vorgeschlagen habe. Wenn die Männer, welche die politische Organisation des Aufstandes bilden, nicht von den Beratungen, Abstimmungen und den Einrichtungen ausgeschlossen sein wollen, die über die Zukunft Algeriens und sein politisches Leben entscheiden werden, so versichere ich, daß sie wie alle anderen, nicht mehr und nicht weniger, den Platz, das Gehör und den Anteil finden werden, der ihnen kraft ihres Anteils an den Stimmen der Bürger zukommt.

Ich frage noch einmal: Warum sollen die schauderhaften Kämpfe und brudermörderischen Attentate, die den algerischen Boden noch immer mit Blut tränken, fortgesetzt werden? Es sei denn, sie wären nur das Werk einer Gruppe ehrgeiziger Rädelsführer, die entschlossen sind, durch Gewalt und Terror ihre totalitäre Diktatur zu errichten, und die glauben, daß die Republik ihnen das Privileg zugesteht, mit ihnen über das politische Schicksal Algeriens zu verhandeln und ihnen damit den Nimbus einer algerischen Regierung verleiht. Es besteht keine Aussicht, daß Frankreich sich zu solcher Willkür hergibt. Das Schicksal der Algerier ist Sache der Algerier, und nicht ein Schicksal, das ihnen mit Messern und Maschinengewehren aufgezwungen würde, sondern so, wie sie selbst darüber entscheiden werden in einer rechtmäßigen allgemeinen Abstimmung. Während der wenigen Jahre, die noch bis zu diesem Zeitpunkt vergehen werden, bleibt noch viel zu tun, damit ganz Algerien das Für und Wider seines eigenen Entschlusses ermessen kann.

Ich werde mich selbst dafür verwenden. Sobald der Augenblick gekommen ist, müssen die Bestimmungen der künftigen Befragung in ihren Einzelheiten ausgearbeitet und näher festgelegt werden. Doch der Weg ist vorgezeichnet, der Entschluß ist gefaßt, und die Sache ist der französischen Nation würdig.

Quelle: *Informationsblätter* (Französische Botschaft, Bonn), Nr. 205 vom 5. Oktober 1959.

Die Erklärung der Provisorischen Regierung der Algerischen Republik*

(bekanntgegeben durch Ferhat Abbas in Tunis am 28. September 1959)

Während die Vollversammlung der Vereinten Nationen kurz vor Beginn des sechsten Kriegsjahres unmittelbar vor der erneuten Behandlung der Algerienfrage steht und während die großen internationalen Auseinandersetzungen doch eine Hoffnung auf Frieden in der Welt durchblicken lassen, richtet sich das Augenmerk auf Algerien. Alle Völker ersehnen für dieses afrikanische Land, in dem noch immer ein Krieg fortgesetzt wird, der schon fast eine Million Opfer gekostet hat, den Frieden.

Das algerische Volk wurde vom Kolonialismus gezwungen, die Waffen zu ergreifen. Wenn die Provisorische Regierung der Algerischen Republik auch ihre Entschlossenheit, bis zur nationalen Befreiung den Kampf fortzusetzen, bestätigt, so erklärt sie doch gleichzeitig, daß sie keine Gelegenheit zu einem Friedensschluß ungenutzt lassen wird.

Der Präsident der Französischen Republik hat in seiner Erklärung vom 16. September 1959 feierlich im Namen Frankreichs das Recht der Algerier auf Selbstbestimmung anerkannt.

Endlich wird dem algerischen Volk das Recht zuerkannt, frei über sein Schicksal zu entscheiden. Diese Entwicklung war nur möglich, weil das algerische Volk seit fünf Jahren in einem der blutigsten Kriege der kolonialen Rückeroberung siegreich Widerstand geleistet hat und leistet und weil die Nationale Befreiungsfront und die Nationale Befreiungsarmee für die Freiheit kämpfen und, falls erforderlich, weiterhin dafür kämpfen werden; und schließlich war diese Entwicklung nur möglich dank der Unterstützung aller Bruder- und Freundesstaaten und dank der Unterstützung durch die Weltöffentlichkeit.

Das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, das in der Erklärung der Nationalen Befreiungsfront vom 1. November 1954 verkündet wurde, ist stets ein grundsätzliches Ziel der algerischen Revolution gewesen. Für das algerische Volk stellt es ein demokratisches und friedliches Mittel dar, die nationale Unabhängigkeit zu erlangen.

Das in der Charta der Vereinten Nationen verankerte Selbstbestimmungsrecht, nämlich das Recht eines jeden Volkes, über sein Schicksal zu entscheiden, gibt dem algerischen Volk die nationale Souveränität zurück, die ihm durch militärische Eroberung — von der sich keine Legitimität herleiten läßt — genommen wurde.

Die nationale Einheit Algeriens und die soziologische Geschlossenheit seiner Bevölkerung sind wesentliche und objektiv anzuerkennende Tatsachen. Die Verwirklichung der Selbstbestimmung ohne Berücksichtigung dieser Gegebenheiten würde auf eine Zersplitterung dieser Einheit in Rassen- oder Religionsgemeinschaft abzielen und ist illusorisch.

Die Provisorische Regierung der Algerischen Republik beruft sich auch auf den unverletzlichen Grundsatz der nationalen territorialen Integrität und betont die feste Entschlossenheit des algerischen Volkes, sich jedem Versuch einer Teilung zu widersetzen.

---

*) Die *Dépêche Quotidienne* in Algier veröffentlichte am 16. Oktober eine Aeußerung des FLN-Ministers und Oberkommandierenden der Armee, *Boussouf*, der gegenüber einer amerikanischen Persönlichkeit erklärt hatte: „Wir erkennen an, daß de Gaulle einen echten Mut bewiesen hat, indem er angesichts der politischen Lage in Frankreich eine derart liberale Politik öffentlich verkündete. Die vordringliche Frage ist die Feuereinstellung, und wir sind der Ansicht, daß diese jetzt erreichbar ist, wenn Paris zu einigen kleinen Konzessionen bereit ist, die sich überdies mehr auf die Form als auf die Sache beziehen."

Sie macht die Weltöffentlichkeit auf die Gefahr aufmerksam, die jeder Angriff auf diese Einheit und Integrität darstellt. Jeder Versuch dieser Art würde, statt die Algerien-Frage zu lösen, sie nur noch verschärfen und eine permanente Bedrohung des Weltfriedens und der Sicherheit schaffen.

Was die Reichtümer der Sahara anbetrifft, so können ihre Förderung und Nutzung nicht von Eigentumsrechten bestimmt sein. Als Voraussetzung für den menschlichen Fortschritt, vor allem zunächst in Algerien und Nordafrika, können diese Reichtümer nur im Interesse des allgemeinen Wohles zu einer weitgehenden, fruchtbaren Zusammenarbeit führen.

Andererseits würde es die Negation des Selbstbestimmungsgrundsatzes und der Demokratie selbst bedeuten, wenn die freie Entscheidung des algerischen Volkes von der Ratifizierung durch das französische Volk abhängig wäre.

Die Unabhängigkeit, die das Ergebnis einer freiwilligen Konsultation des algerischen Volkes wäre, wird nicht zu Anarchie und Elend führen. Im Gegenteil, diese Unabhängigkeit wird die Voraussetzung für jeden wirklichen Fortschritt sein. Sie wird die persönliche Freiheit und Sicherheit des Einzelnen gewährleisten. Schließlich wird sie den Aufbau des Maghreb und die freie Zusammenarbeit mit allen Ländern fördern.

Da diese Grundsätze feststehen, ist es offensichtlich, daß allgemeine Wahlen erst abgehalten werden können, wenn der Frieden wiederhergestellt ist. Die „Befriedung" — das heißt der Krieg, der auf immer grausamere Weise fortgesetzt wird — kann Algerien nicht den Frieden bringen.

Das algerische Volk kann unter dem Druck einer Besatzungsarmee von mehr als einer halben Million Soldaten und fast einer gleichen Anzahl von Gendarmerie-, Polizei- und Miliztruppen nicht frei wählen; es kann unter dem Druck von Flugzeugen, Panzern und Kanonen, unter dem Druck eines Verwaltungsapparats, der bekannt ist für seine Wahlverfälschungen, keine freie Entscheidung treffen.

Freie Wahlen sind nicht möglich, solange über ein Viertel der Bevölkerung in Gefängnissen und Lagern inhaftiert ist oder im Exil leben muß. All diese Probleme müssen erörtert werden.

Die Provisorische Regierung der Algerischen Republik, die heute viele Staaten anerkennen, ist so lange Bürge und Garant der Interessen des algerischen Volkes, bis es sich frei entschieden hat. Sie leitet und überwacht den Widerstand des algerischen Volkes und den Freiheitskampf der Nationalen Befreiungsarmee. Die Rückkehr zum Frieden ist also — ohne ihre Einwilligung — nicht möglich. Sie kann jedoch sofort geschehen.

Die Provisorische Regierung der Algerischen Republik ist aus diesem Grunde zu Verhandlungen mit der französischen Regierung bereit, um die politischen und militärischen Bedingungen eines Waffenstillstandes und die Bedingungen und Garantien für die Verwirklichung der Selbstbestimmung zu erörtern.

Quelle: *Afrika-Informationsdienst* Nr. 20/1959, Dokument Nr. 51.

Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten in Europa

Zum Thema der amerikanischen Außenpolitik in Europa sind im Laufe des Monats Oktober 1959 zwei beachtenswerte Beiträge von berufener amerikanischer Seite geleistet worden. Es handelt sich hierbei um einen Vortrag, den der amerikanische Unterstaatssekretär Robert *Murphy* am 22. Oktober 1959 vor dem National Women's Republican Club in New York gehalten hat, und um eine Studie, die im Auftrage des Auswärtigen Ausschusses des amerikanischen Senats vom Forschungsinstitut für Auswärtige Politik an der Universität Pennsylvania angefertigt und am 15. Oktober veröffentlicht wurde. Diese Studie ist eine von 15, die der Auswärtige Ausschuß an Universitäten und private Forschungsinstitute vergeben hat. Sie sollen als Unterlagen für einen Gesamtbericht dienen, den der Auswärtige Ausschuß für den Senat vorbereitet. An der vom Forschungsinstitut für Auswärtige Politik an der Universität Pennsylvania ausgearbeiteten Studie wirkten unter Leitung des Institutsdirektors Robert *Strausz-Hupé* folgende Wissenschaftler mit: Alvin J. *Cottrell,* James E. *Dougherty,* Walter F. *Hahn,* Robert C. *Herber* und Erasmus H. *Kloman* jr.

Wir veröffentlichen nachstehend den Wortlaut der Kapitel „Zusammenfassung der Feststellungen und Schlußfolgerungen" und „Empfehlungen" dieser Studie. Auf Seite D 335 folgt der Wortlaut der Rede von Unterstaatssekretär Robert *Murphy.*

Die amerikanische Außenpolitik in Westeuropa

Eine Studie des Forschungsinstituts für Auswärtige Politik der Universität von Pennsylvania, angefertigt im Auftrage des Auswärtigen Ausschusses des amerikanischen Senats (in Washington veröffentlicht am 15. Oktober 1959)

1. Zusammenfassung der Feststellungen und Schlußfolgerungen

A. Allgemein

1. Die Zukunft der freien Welt hängt von der Stärke und Einigkeit der nordatlantischen Völkergemeinschaft ab. Die atlantischen Völker haben ihre Stärke und Einigkeit mittels verschiedener Organisationen entfaltet. Unter diesen ist die Nordatlantikpakt-Organisation die wichtigste.

2. Die Hauptziele der NATO sind zweifacher Natur: (1) die Sicherheit der Mitgliedstaaten durch angemessene militärische Stärke zur Abschreckung und Verteidigung und (2) auf lange Sicht die Entwicklung einer wahren atlantischen Gemeinschaft, die auf politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit und kulturellem Austausch beruht.

3. Die nordatlantischen Völker können diese Ziele nicht getrennt verfolgen; sie unterstützen sich gegenseitig und sind aufeinander angewiesen. Die dauernde militärische Sicherheit des nordatlantischen Raumes kann nur durch enge politische Zusammenarbeit und wachsende Produktion gewährleistet werden.

4. Die Idee der nordatlantischen Gemeinschaft schöpft ihre Kraft aus bedeutsameren Wurzeln als aus den unmittelbaren Gefahren der kommunistischen Bedrohung. Im gegenwärtigen Zeitalter der technologischen und politischen Umwälzung ist der Nationalstaat, der sich hauptsächlich nur auf seine eigenen Kräfte verläßt, nicht in der Lage, die Sicherheit und den Wohlstand seines Volkes zu gewährleisten. Das Wachsen

supranationaler Institutionen spiegelt, obwohl es aufs Geratewohl und langsam vor sich gegangen ist, die gegenseitige Abhängigkeit der nordatlantischen Völker wider.

5. Die Welt macht eine Revolution der Systeme durch. Die Reiche des 19. Jahrhunderts sind in Auflösung begriffen. Millionen Menschen gelangen aus der Kolonialherrschaft zur Freiheit und werden zu Nationen. Dieser Vorgang wirft Probleme auf, die alle atlantischen Länder, ob sie Kolonialmächte sind oder nicht, angehen. Ihre engste Zusammenarbeit ist unerläßlich, wenn sie die fortschreitende und friedliche Integration der entstehenden Nationen in die freie Welt gewährleisten und ihnen die Vorteile der Freiheit und das bessere Leben verschaffen wollen, zu denen ihnen nur die nordatlantischen Völker verhelfen können.

B. Politisch

1. Bis jetzt ist die europäische Einigung eher funktional und partiell als politisch und allumfassend vor sich gegangen. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Euratom und der Gemeinsame Markt sind funktionale Einrichtungen, die sich mit der Integration verschiedener Aspekte der Wirtschaft des Kontinents befassen. Auf der anderen Seite arbeitet eine Anzahl einflußreicher privater Gruppen in Europa, einige davon eng mit amerikanischen Gruppen verbunden, auf verschiedene Formen europäischer, atlantischer oder regionaler politischer Einigung und auf eine schließliche Integration hin. Der europäischen wie der atlantischen Einigungsbewegung fehlen jedoch die zentrale Leitung, die zusammenfassende Doktrin und, was am wichtigsten ist, die Unterstützung der Massen.

2. Unter den zahlreichen für die europäische Einigung wirkenden Kräften ist eine der bedeutsamsten das Heranwachsen neuer Eliten in Regierung, Geschäftswelt und Arbeitnehmerschaft, die sich für die Expansion einer Wirtschaft der Massenproduktion und für den innereuropäischen Handel einsetzen. Diese Tendenzen werden verstärkt durch vermehrte innereuropäische Freizügigkeit und Verbindungen und durch ein neues Bewußtsein gemeinsamer geistiger und kultureller Tradition. Wie beharrlich gewisse nationalistische Gegenkräfte auch sind, so entspricht die europäische Idee doch wirtschaftlicher und strategischer Notwendigkeit.

3. Die Schwankungen in der Haltung der Europäer gegenüber der Einigung sind in beträchtlichem Maße ein Spiegelbild von Ebbe und Flut der sowjetischen Aggressivität. Die laufenden Manipulationen der sowjetischen Politik — eine Kombination von Friedensoffensive und atomarer Erpressung — spielen kunstvoll jenen europäischen Interessentengruppen in die Hände, die aus verschiedenen Gründen den fragmentarischen status quo aufrechtzuerhalten suchen.

4. Das Aufkommen eines exklusiven Kontinentalismus kann das Wachstum der westeuropäischen Einigungsbewegung behindern. Diese Entwicklung könnte die gegenwärtigen Institutionen der europäischen Einigung in Instrumente der Diskriminierung gegenüber anderen Mitgliedern der atlantischen Gemeinschaft verwandeln.

5. Da die Bewegung in Richtung auf eine wirtschaftliche Integration und politische Einigung auf dem Kontinent Fortschritte macht, schafft sie ein neues Gefühl der Selbstsicherheit und verstärkt die Anziehungskraft einer Politik der Unabhängigkeit sowohl vom Vereinigten Königreich als auch von den Vereinigten Staaten. Es gibt jedoch zahlreiche einflußreiche Staatsmänner und führende Intellektuelle auf beiden Seiten des Atlantiks, die glauben, daß die gegenwärtige kontinentale Bewegung ihre volle Leistungsfähigkeit nur erreichen kann, wenn sie ein Teil eines umfassenderen Einigungsprozesses ist, der nicht nur ganz Westeuropa umfaßt, sondern auch in irgendeiner Form die ganze atlantische Gemeinschaft.

6. Die amerikanische Politik ist von der Annahme ausgegangen, daß die Bewegung für die westeuropäische Integration nicht nur mit den Interessen der Vereinigten Staaten, sondern auch mit den Zielen der NATO und der atlantischen Einigungsbewegung vereinbar ist. Die Tendenz zu einer engeren Version westeuropäischer Einigung stellt diese Annahme jedoch in Frage. Wenn in den nächsten zehn Jahren diese Tendenz zu exklusiven Gruppierungen europäischer Nationen umgekehrt und die Bewegung auf eine umfassendere politische und wirtschaftliche Integration Westeuropas beschleunigt werden soll, müssen die Vereinigten Staaten dynamischer in ihrer Führung und geschickter in ihrer Diplomatie werden. Darüber hinaus liegt es im langfristigen Interesse der Vereinigten Staaten, daß gleichlaufende Anstrengungen unternommen werden, um eine größere Einheit unter allen nordatlantischen Nationen zu erreichen.

7. In den nächsten zehn Jahren werden sich die Vereinigten Staaten Problemen gegenübersehen, die komplizierter sind als diejenigen der ersten zehn Jahre nach dem Kriege. Die Nationen Westeuropas sind weniger abhängig von den Vereinigten Staaten und bestimmter in ihren eigenen Interessen geworden. Diese Entwicklung hat die Beziehungen zwischen den Nationen auf beiden Seiten des Atlantiks von Grund auf verändert. Die Westeuropäer, besonders die größeren Mächte, verlangen eine einflußreichere Stimme in den Räten der Allianz.

8. Die wachsende Stärke und das wachsende Selbstbewußtsein der westeuropäischen Nationen sind in einigen Fällen, vor allem in Frankreich, in einem Wiederaufleben des Nationalismus zum Ausdruck gekommen. Dieser Nationalismus ist dem Ziel der atlantischen Einigung nicht notwendigerweise schädlich. Bis jetzt hat er sich auf eine Wiederbelebung des nationalen Prestiges und auf eine Forderung nach Gleichberechtigung innerhalb der nordatlantischen Allianz beschränkt.

9. Die Vereinigten Staaten sind bei der Vorbereitung eines neuen Anlaufs zur atlantischen Einigung durch die Fehler der Vergangenheit behindert. In den ersten zehn Nachkriegsjahren begünstigte die amerikanische Hilfe gewisse europäische Regierungen und Parteien in dem Glauben, daß sie den politischen Zielen der Vereinigten Staaten am besten dienen würden. Die amerikanische Politik ist zum Teil verantwortlich für eine der beunruhigendsten politischen Entwicklungen im heutigen Europa: die wachsende französisch-britische Entfremdung. In der frühen Nachkriegszeit hatten die Vereinigten Staaten Großbritannien eine bevorzugte Stellung innerhalb der Allianz zugedacht. Diese Politik wurde noch fortgesetzt, lange nachdem die Kontinentalmächte ihre bemerkenswerte wirtschaftliche Wiedergesundung erreicht hatten. Allmählich begannen Frankreich, Deutschland und Italien, diese anglo-amerikanische Sonderstellung übelzunehmen. Das Ergebnis war das Aufbrechen gefährlicher Risse in der atlantischen Allianz, auf welche die Sowjetunion mit beträchtlichem Erfolg ihre Spaltungsstrategie richtet.

10. In den letzten Jahren ist der Neutralismus in Westeuropa eine durchdringendere Kraft geworden. Die weitgehend beste Antwort auf den Neutralismus ist eine gradlinige und kluge amerikanische Führung. Eine weitsichtige amerikanische Politik kann die Bedrohung vermindern, die im Neutralismus — der Suche nach einem Uebereinkommen mit der Sowjetunion um beinahe jeden Preis —, für die freie Welt enthalten ist.

11. Ein ernstes Hindernis für die Einigkeit der nordatlantischen Nationen sind die beständigen Befürchtungen westeuropäischer Regierungen, daß die Vereinigten Staaten des Kalten Krieges überdrüssig werden und irgendeiner Form von modus vivendi mit der Sowjetunion zustimmen könnten. Diese Befürchtungen schwanken entsprechend den Erklärungen und der Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Problemen, die direkt die Sicherheit Westeuropas berühren. Besonders während der gegenwärtigen Periode gegenseitiger Besuche der Regierungschefs und anderer führender Politiker der Ver-

einigten Staaten und der Sowjetunion könnten einige unserer westeuropäischen Verbündeten befürchten, daß wichtige Probleme, die ihre Interessen betreffen, in ihrer Abwesenheit behandelt werden könnten. Diese Befürchtungen können vermindert werden durch wiederkehrende Versicherungen, daß die amerikanische Regierung ihre Verbündeten konsultieren wird, bevor irgendwelche Entscheidungen über wichtige Angelegenheiten getroffen werden, die von lebenswichtigem Interesse für die atlantische Gemeinschaft sind.

12. Die christlich-demokratischen Parteien, die bis jetzt die Bannerträger der europäischen Idee waren, sind jetzt großem inneren und äußeren Druck ausgesetzt. Mit Ausnahme der deutschen Christlich-Demokratischen Union haben sie in der europäischen Politik an Boden verloren. Die Verminderung ihres Einflusses hat einen entsprechenden Verlust deutlicher und wirksamer Unterstützung der europäischen Idee zur Folge.

13. Die Sozialisten, in deren Reihen sich einige der wichtigsten Förderer der europäischen Idee befinden, haben an Unterstützung aus der Masse und dem Mittelstand eingebüßt. Die Parteiorganisationen haben sich in letzter Zeit engeren nationalistischen Interessen zugewandt und haben sich, mit Ausnahme der französischen Sozialistischen Partei, besonders an jene Gruppen gewandt, die eine Annäherung an die Sowjetunion wünschen.

14. Die kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien, die stärksten in Westeuropa, streben danach, eine „Volksfront“-Koalition mit anderen Links- und Mittelparteien zu bilden und „nationaler“ und weniger sowjetisch orientiert zu erscheinen, um einen Teil der Stimmen des Mittelstandes an sich zu ziehen.

C. Militärisch

1. Die NATO mag nicht die vollkommenste Organisation zur Verteidigung Westeuropas sein. Sie ist jedoch die einzige bestehende Organisation dieser Art. Sie mag einer gewissen Anpassung bedürfen, aber eine gangbare Alternative ist nicht in Sicht.

2. Innerhalb des globalen Ringens bleibt Europa eine Schlüsselstellung des Kalten Krieges. Die Vereinigten Staaten können nicht allein gegen die kommunistische Flut ankämpfen: Westeuropa ist von größter Wichtigkeit für den Erfolg dieser Anstrengung. Die vereinte Wirtschaft der Vereinigten Staaten und Westeuropas ist stark genug, um den Aufbau von Streitkräften zu ermöglichen, die nicht nur Abschreckungswert haben, sondern tatsächlich operativ dem ganzen Spektrum von Herausforderungen entgegentreten können, das die Sowjets wahrscheinlich im nächsten Jahrzehnt bieten werden.

3. Während des letzten halben Jahrzehnts ist die Verteidigung Europas auf die Abschreckung eines unbegrenzten Krieges eingestellt gewesen. Die globale Abschreckung, wie sie gegenwärtig besteht, wird um so weniger glaubhaft, je mehr die Sowjets ihr Atomwaffenlager vergrößern.

4. Das „Gleichgewicht des Schreckens“ ist kein stabiles Gleichgewicht. Um eine wirksame Abschreckung in einem Zeitalter unablässiger Veränderungen aufrechtzuerhalten, müssen die Waffensysteme ständig auf den neuesten Stand der technologischen Entwicklung gebracht werden.

5. Der Westen kann nicht mehr lange fortfahren, seine Strategie in Westeuropa auf Waffensystemen aufzubauen, die nicht der ganzen Skala von Konfliktsmöglichkeiten begegnen können. Die Anwendung von Atomwaffen in irgendeinem europäischen Konflikt muß nicht notwendigerweise zu einem unbegrenzten Atomkrieg führen, vorausgesetzt, daß dem Feind klargemacht werden kann, daß es letztlich in seinem wie in unserem Interesse liegt, solch einen Konflikt „begrenzt“ zu halten. Wegen der engen

Nachbarschaft militärischer und ziviler Ziele in Westeuropa und wegen des den Atomwaffen möglicherweise innewohnenden Strudel-Effekts wird es allerdings schwer sein, eine Strategie des begrenzten Atomkrieges durchzusetzen. Nichtsdestoweniger muß eine solche Strategie geplant werden, wenn die NATO auf alle Eventualitäten vorbereitet sein soll.

6. Keiner der „Disengagement"-Vorschläge, die auf eine entmilitarisierte Zone in Mitteleuropa hinzielen oder ein wiedervereinigtes oder neutralisiertes, bewaffnetes oder unbewaffnetes Deutschland verlangen, bieten einen annehmbaren Weg zur Sicherheit des Westens. Sie werden auch, angesichts der Kampfstrategie der Sowjetunion, nicht die internationale Spannung vermindern. Historische Erfahrung zeigt, daß „leere Gebiete" zur Eroberung durch dynamische Gewalt einladen.

7. Wir können uns für die Verteidigung Westeuropas weder gänzlich auf weitreichende Atomwaffen noch auf eine örtliche Verteidigung ohne moderne Waffen und ohne die Anwesenheit Amerikas verlassen. Gegenwärtig können die strategischen Probleme Europas nur gelöst werden, wenn die Europäer weiterhin beträchtliche amerikanische Hilfe erhalten.

8. Die NATO-Streitkräfte benötigen schon allein deswegen dringend Atomwaffen, weil die Sowjets sie haben. Die NATO wird aber, was noch wichtiger ist, die militärisch-technischen Probleme der Zukunft nur lösen können, wenn Atomwaffen entwickelt und in die Gesamtstrategie eingegliedert werden und wenn ein großer Teil der gegenwärtigen europäischen Bewaffnung, besonders ihre Trägerwaffen und Stützpunkte, drastisch modernisiert werden. Dies bedeutet jedoch nicht, daß Europa überwiegend mit „strategischen" Waffensystemen ausgerüstet werden sollte, die für den Einsatz von Waffen mit großer Zerstörungskraft vorgesehen sind oder unter allen Umständen taktische Atomwaffen verwenden müssen.

9. Die Möglichkeit eines begrenzten Krieges in Westeuropa ist nicht auszuschließen. Er könnte veranlaßt werden durch: (a) eine sowjetische „Nadelstich"-Probe (die Sowjets könnten versuchen, ihren Weg zum Kriege durch „Kraftproben" zu „ertasten"); (b) Zwischenfälle (z. B. ein Aufstand in Ostdeutschland); (c) provokatorische Handlungen seitens sowjetischer Satellitenstaaten (z. B. ein ostdeutscher Versuch, den Zugang nach Berlin zu sperren); (d) eine Fehlkalkulation der Sowjets hinsichtlich der Möglichkeiten und Absichten des Westens (z. B. Berlin). In unmittelbarer Zukunft werden die Sowjets wahrscheinlich weiterhin mit raffinierten psycho-politischen Methoden einschließlich der Drohung mit Raketen und lautstarker Propaganda mit ihren technischen Erfolgen versuchen, die Demoralisierung und Desintegration der NATO durch Mittel zu bewerkstelligen, die nur am Rande des offenen Krieges liegen.

10. Zwei verschiedene Möglichkeiten höchster Gefahr müssen in Betracht gezogen werden: (a) Die Sowjets könnten einen unbegrenzten Krieg planen. Wenn dem so wäre, so ist es unwahrscheinlich, daß ihre Vorbereitungen für ein solches Wagnis vor Ablauf einiger Jahre beendet sein werden. Sie würden kaum einen allumfassenden Angriff unternehmen, bevor sie sich ganz vorbereitet glauben. Wenn die Sowjets abgeschreckt werden sollen, muß angesichts der zeitraubenden Probleme der modernen Waffen und insbesondere der Atomwaffen sofort mit dem Aufbau der europäischen Verteidigungsmacht begonnen werden. (b) Andererseits kann ein begrenzter Konflikt in Europa jederzeit ausbrechen. Angesichts jeder dieser beiden Möglichkeiten sind die Umstellung der europäischen Verteidigung und die Entwicklung einer flexibleren NATO-Strategie dringend notwendig.

11. Um sich für den Fall eines örtlichen konventionellen Krieges vorzubereiten, braucht die NATO nicht die sowjetische Landstreitmacht Division für Division auszugleichen. Notwendig ist eine Streitmacht, die groß genug ist, die Sowjets zur Ent-

scheidung zwischen einem massiven, unbegrenzten Angriff oder vollständiger Enthaltung zu zwingen. In diesem strategischen Konzept sind die Schild-Streitkräfte der NATO keine Alternative, sondern ein integrierender Bestandteil der allumfassenden strategischen Abschreckung und der globalen Position der freien Welt. Die Standhaftigkeit der westeuropäischen Nationen und ihre Entschlossenheit, gegenüber sowjetischen Verlockungen und Erpressungen fest zu bleiben, wird weitgehend das Maß der Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie sein.

12. Welche Form ein totaler Krieg auch annehmen mag, Europa wird immer ein territoriales Hauptziel der Sowjetunion sein. Der Aufbau einer militärischen Stellung, die es den Sowjets praktisch unmöglich macht, Europa zu erobern oder es zu besetzen und auszubeuten, dürfte die wirksamste Methode sein, den Kommunisten das Motiv zum Kriege zu nehmen.

13. Eine wirksame NATO-Verteidigung verlangt taktische Streitkräfte, die in der Lage sind, den Feind in jedwedem örtlichen Konflikt in Westeuropa zu schlagen oder ihm mindestens Einhalt zu gebieten. Die Hauptfunktion solcher Streitkräfte ist, durch ihre tatsächliche Kampfbereitschaft jene kommunistischen Herausforderungen abzuschrecken, die unterhalb der Schwelle einer offensichtlichen tödlichen Bedrohung der Vereinigten Staaten liegen und daher nicht allein durch die Drohung mit strategischer Vergeltung abgewendet werden können.

14. Europa braucht, um ein ebenso sicherer wie vertrauensvoller Bündnispartner zu sein, auch ein gewisses Potential an strategischen Atomwaffen.

15. Das Obengesagte macht deutlich, daß eine vernünftige Sicherheit für Westeuropa nur erreicht werden kann durch eine Rückkehr zum ursprünglichen Konzept einer umfassenden NATO-Verteidigung gegen die mannigfaltige kommunistische Herausforderung. Eine solche Verteidigung müßte beruhen auf einer realistischen Einschätzung (a) der nahezu unerträglichen psychologischen Belastung, welche die Einleitung eines atomaren Krieges — auch nur mit taktischen Waffen — der NATO auferlegen würde; (b) der Möglichkeit, daß irgendwann in der Zukunft die atomare Bewaffnung oder ihr Aequivalent in Form eines lähmenden „Gleichgewichts des Schreckens" eine fast ausschließlich auf den Besitz von Kernwaffen gegründete Strategie entkräften könnte.

D. Wirtschaftlich

1. Das schnelle wirtschaftliche Wachstum und der technologische Fortschritt Westeuropas ist eine der bemerkenswertesten Erscheinungen der Nachkriegszeit gewesen. Während der letzten zehn Jahre ist die wirtschaftliche Gesamt-Zuwachsrate Europas größer gewesen als diejenige der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, und seine Wachstumsrate in den nächsten zehn Jahren wird sich wahrscheinlich neben der der Sowjetunion vorteilhaft ausnehmen.

2. Die Entwicklung der Wirtschaftskraft Westeuropas kann von entscheidender Bedeutung für die freie Welt in ihrem globalen Ringen mit dem kommunistischen Block werden. Von jetzt ab sollte Europa in der Lage sein, einen größeren Beitrag zu den Bemühungen des Westens zu leisten, seine Sicherheit zu stärken, den technologischen und wirtschaftlichen Wettkampf mit der Sowjetunion zu bestehen und seine Beziehungen zu den Entwicklungsgebieten der Welt zu verstärken.

3. Umgekehrt sind die freien Völker Europas und ihr ausgedehntes Netz wirtschaftlicher Beziehungen besonders in Asien und Afrika in Gefahr, in verstärktem Maße zu attraktiven Zielen der politischen und wirtschaftlichen Kriegführung der Kommunisten zu werden. Die voraussichtliche Expansion der europäischen Industrie wird wahrscheinlich Ueberschüsse bringen, welche die Anziehungskraft sowjetischer Handelsofferten vergrößern. Wenn der sowjetische Griff nach der europäischen Wirtschaft stärker wird,

wird es für die NATO-Verbündeten notwendig sein, ihre Wirtschaftspolitik enger zu koordinieren. Eine kommunistische wirtschaftliche Invasion gegen einen bedeutet einen Angriff auf alle. Zur Aufrechterhaltung der Einigkeit angesichts der zunehmenden sowjetischen Herausforderung auf dem Gebiet des Handels wird die westliche Allianz ein vereinbartes System brauchbarer wirtschaftlicher Grundregeln benötigen. Aber das Bemühen, die freie Wirtschaft Europas gegen die gefährlichen Auswirkungen kommunistischer staatlicher Handelsmonopole abzuschirmen, wird letzten Endes von einer beträchtlichen Erweiterung der Aufnahmefähigkeit der Märkte der freien Welt abhängen.

4. Die westliche Allianz benötigt die beständige Freundschaft der Entwicklungsländer nicht nur aus strategischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen. Westeuropa nimmt als der größte Rohstoffimporteur der Welt einen äußerst wichtigen Platz im Außenhandel und in den inneren Entwicklungsvorhaben dieser Gebiete ein. Auf lange Sicht wird sich die Verstärkung der Handelsverbindungen des Westens mit Asien, Afrika und Lateinamerika für die Entwicklung dieser Gebiete als bedeutsamer erweisen als die Auslandhilfe-Programme. Bis jetzt ist man an die Aufgabe der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas und Asiens aufs Geratewohl herangegangen. Ein erfolgreiches Angehen der Probleme der wirtschaftlichen Rückständigkeit erfordert das vereinte, umfassende Bemühen der nordatlantischen Nationen.

5. Der Gemeinsame Markt beginnt bereits eine beträchtliche Wirkung auf die europäische Industrie auszuüben. Dieses Wagnis verspricht, erfolgreich zu sein, weil es auf einer nüchternen Einschätzung des Selbstinteresses der Mitgliedstaaten beruht. Die meisten Europäer der „Sechs“ (jene zum Gemeinsamen Markt gehörenden Nationen) vertrauen darauf, daß der Gemeinsame Markt auf lange Sicht den Handel eher fördern als ablenken wird und daß er die wirtschaftlichen Vorteile bringen wird, die im allgemeinen mit einem freieren Handel und einem größeren Markt verbunden sind.

6. Die Suche nach neuen Formen regionaler Zusammenarbeit gibt Anlaß zu Kontroversen innerhalb der westlichen Gemeinschaft. Großbritannien ist aus wirtschaftlichen und politischen Gründen der Integrationsbewegung ferngeblieben. Jetzt besteht eine Gefahr, daß Europa in zwei rivalisierende wirtschaftliche Gruppen gespalten werden könnte. Angesichts einer steigenden Fähigkeit der Sowjets zur Führung eines Wirtschaftskrieges könnte ein solcher Konflikt die Solidarität der westlichen Allianz in Gefahr bringen.

7. Europa und Amerika besitzen zusammen eine sich ausdehnende industrielle Basis, die stark genug ist für kompliziertere Programme militärischer und ziviler Technologie, für den sozialen Wohlstand innerhalb der Industriestaaten und für die Entwicklung der aufstrebenden Gebiete der Welt. Als Partner können Europa und die Vereinigten Staaten für unbegrenzte Zeit einen beträchtlichen wirtschaftlichen Vorsprung vor dem chinesisch-sowjetischen Block aufrechterhalten.

II. Empfehlungen

A. Allgemein

1. Die Vereinigten Staaten sollten im nächsten Jahrzehnt in ihrer Außenpolitik ein ausschlaggebendes Ziel haben: die Stärkung des militärischen Bündnisses der NATO und die Einigung der atlantischen Gemeinschaft auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet.

B. Politisch

1. Die Vereinigten Staaten sollten die Bewegung für eine politische und wirtschaftliche Integration Europas unterstützen unter einem Vorbehalt: daß es eine gleichlaufende Bewegung für eine größere nordatlantische Einheit gibt.

2. Die Vereinigten Staaten sollten das ermutigen, was heute der einzige wirksame und aussichtsreiche Prozeß europäischer Integration zu sein scheint: das Europa der „Sechs", das hauptsächlich auf französisch-deutscher Zusammenarbeit basiert. Die Vereinigten Staaten sollten jedoch energisch darauf dringen, das Entstehen eines exklusiven Kontinentalismus zu verhindern, der zu einem Instrument der Diskriminierung gegenüber den anderen Nationen des nordatlantischen Raumes werden und gleichlaufende Bemühungen in Richtung auf eine weitere wirtschaftliche und politische Einigung Westeuropas behindern könnte.

3. Die Vereinigten Staaten sollten keinen Staat und keine Gruppe von Staaten gegenüber irgendwelchen anderen innerhalb der nordatlantischen Gemeinschaft begünstigen. Amerikanische Führung sollte versuchen, die mannigfaltigen und oft divergierenden Interessen unserer wichtigsten NATO-Partner im Rahmen einer gestärkten atlantischen Gemeinschaft miteinander in Einklang zu bringen.

4. Die Vereinigten Staaten sollten größeren Wert darauf legen, die wirtschaftliche und militärische Stärke der westeuropäischen Nationen auszubauen, als ihre Unterwerfung unter die amerikanische Politik anzustreben.

5. Die Vereinigten Staaten sollten die NATO-Staaten erneut ihrer erklärten Absicht versichern, wichtige politische Angelegenheiten mit ihnen zu beraten. Eine solche Politik stünde im Einklang mit unserer Billigung der folgenden Erklärung des Berichtes der „Drei Weisen" von 1956*:

> „Eine Mitgliedsregierung (der NATO) darf ohne angemessene Vorauskonsultation sich zu keiner festen Politik entschließen oder sich zu wesentlichen Dingen äußern, die das Bündnis oder eines seiner Mitglieder in bedeutsamer Weise angehen, es sei denn, daß die Umstände eine derartige vorgängige Konsultation offensichtlich und nachweisbar unmöglich machen."

6. Die Vereinigten Staaten sollten in der gegenwärtigen Periode gegenseitiger Besuche zwischen den höchsten politischen Persönlichkeiten der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ihren europäischen Verbündeten regelmäßig durch Wort und Tat erneut zusichern, daß sie keine wichtigen Verpflichtungen eingehen werden, ohne vorher ihre Verbündeten zu konsultieren.

7. Die Vereinigten Staaten sollten den vom Atlantischen Kongreß in London (Juni 1959) gemachten Vorschlag unterstützen, für das Frühjahr 1960 eine besondere Konferenz führender, repräsentativer Bürger einzuberufen, die angewiesen ist, Mittel zu prüfen und zu empfehlen, durch die am besten eine größere Zusammenarbeit und Einigkeit innerhalb der atlantischen Gemeinschaft entwickelt werden kann.

8. Die Vereinigten Staaten sollten die Führung übernehmen bei dem Versuch, die Methoden und Institutionen der Konsultation und Zusammenarbeit unter den Nationen des nordatlantischen Raumes zu verbessern. Konsultationen sollten in festgelegten periodischen Abständen abgehalten werden. Diese Institutionen sollten so beschaffen sein, daß sie es der atlantischen Gemeinschaft ermöglichen, sich mit aufkommenden Krisenlagen und anderen Problemen zu befassen, die innerhalb oder außerhalb des nordatlantischen Raumes entstehen und die Einigkeit und die Interessen der nordatlantischen Nationen erheblich bedrohen.

9. Die Vereinigten Staaten sollten Bemühungen unterstützen, einen ständigen Gerichtshof für die freundschaftliche Beilegung von Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten, die unter den Nationen des nordatlantischen Raumes entstehen, zu errichten.

---

*) Vgl. Europa-Archiv 2/1957, S. 9566.

10. Die Vereinigten Staaten sollten periodische Zusammenkünfte der Regierungschefs der NATO-Staaten vorschlagen.

11. Die Vereinigten Staaten sollten fortschrittliche Politik der Kolonialmächte gegenüber ihren abhängigen Gebieten unterstützen und die Abänderung einer Politik verlangen, die fähigen abhängigen Völkern den Weg zur Selbstregierung und schließlichen Unabhängigkeit verlegt.

12. Die Vereinigten Staaten sollten die Entwicklung frei assoziierter Gemeinschaften von Nationen unterstützen, die aus ehemaligen Kolonialreichen hervorgehen, wie z. B. das Commonwealth und die Französische Gemeinschaft.

C. Militärisch

1. Die Vereinigten Staaten sollten die Führung übernehmen bei der Anpassung der NATO-Strategie an Veränderungen im globalen nuklearen Gleichgewicht, die durch sowjetische Fortschritte auf nuklearem Gebiet entstehen.

2. Die Vereinigten Staaten sollten für die Verteidigung Westeuropas folgende Prioritäten setzen: (a) Aufbau einer umfassenden Verteidigung für den totalen Krieg, d. h. eine Verteidigung, welche die Sowjets davon überzeugt, daß sie weder in Europa noch sonstwo unter tragbaren Kosten und Risiken den Sieg erringen können; (b) Aufbau eines Potentials für einen örtlichen Krieg, das die Sowjets davon überzeugt, daß ein begrenzter Vorstoß zu Lande nicht gelingen und auf jeden Fall das Risiko eines allgemeinen Krieges heraufbeschwören wird; (c) Stärkung der NATO, damit eine sowjetische Strategie der „psychologischen Eroberung“ durch atomare Erpressung unwirksam gemacht wird. Während wir hauptsächlich darauf ausgehen sollten, die Sowjets zu „überzeugen“, muß unsere Abschreckung aber auch unseren Verbündeten glaubhaft erscheinen.

3. Um für einen totalen Krieg umfassend gerüstet zu sein, sollten die Vereinigten Staaten ihre Fähigkeit aufrechterhalten, der Sowjetunion untragbaren Schaden zuzufügen. Um mögliche Zweifel an der Bereitschaft der Vereinigten Staaten, einen atomaren Angriff in Europa mit Vergeltung zu beantworten, aus der Welt zu schaffen, sollte durch die NATO eine strategische atomare Streitmacht aufgestellt und mit der spezifischen Aufgabe der Verteidigung Europas betraut werden. Die globale Abschreckung sollte weiterhin von den Vereinigten Staaten bereitgestellt werden.

4. Um ein Potential für die örtliche Kriegführung zu schaffen, sollten die Vereinigten Staaten in Zusammenarbeit mit ihren Verbündeten den sofortigen Aufbau taktisch-atomarer und konventioneller Streitkräfte unternehmen, bis der Zustand erreicht ist, daß Westeuropa mit oder ohne Atomwaffen verteidigt werden kann.

5. Die Vereinigten Staaten sollten darauf dringen, daß die NATO-Streitkräfte so schnell wie möglich mindestens auf die 30 einsatzbereiten Divisionen gebracht werden, die das Alliierte Oberkommando in Europa gefordert hat. Zusätzlich sollten 60 Reservedivisionen aufgestellt werden. Ungefähr ein Drittel dieser Reserven sollte innerhalb der ersten Woche nach Beginn der Kampfhandlungen mobilisiert werden können, der Rest kurze Zeit später. Die NATO sollte ihre Bereitschaft zu schneller Mobilmachung erhöhen und ihre Streitkräfte auf einen Stand bringen, daß sie nicht nur einem minimalen, sondern auch einem maximalen sowjetischen Angriff zu Lande standhalten können. Der Westen dürfte durchaus über die Mittel zur Erreichung dieser Ziele verfügen.

6. Die Vereinigten Staaten sollten mit Unterstützung ihrer Verbündeten äußerst bewegliche strategische Reserven aufbauen, einschließlich Unterseebooten sowie verstreuten Raketen- und Luftwaffen-Einheiten, um dem Notfall eines frontalen Angriffs

zu Lande und in der Luft begegnen und jede Operation durchführen zu können, die zur Unterstützung der Strategie der NATO-Mächte notwendig ist. Diese strategischen Reserven sollten sich jeweils auf dem neuesten Stand befinden und in der Lage sein, mit den Linienstreitkräften der NATO zusammenzuarbeiten. Sie sollten sowohl für den nicht-atomaren als auch für den atomaren Kampf ausgerüstet sein.

7. Die Vereinigten Staaten sollten die Entwicklung „sauberer", begrenzt wirkender Atomwaffen beschleunigen. Diese Waffen sollten jedoch nicht in einer Weise eingegliedert werden, daß sie bei jedem militärischen Zusammenstoß unentbehrlich wären.

8. Die Vereinigten Staaten sollten als Zeichen ihrer Verpflichtung auf die neue NATO-Strategie und zur Ermutigung größerer europäischer Bemühungen ihr Truppenkontingent in Europa um wenigstens eine Division verstärken. Die größeren Verstärkungen sollten jedoch von den europäischen NATO-Mitgliedern kommen. Zusätzlich zu diesen direkten Beiträgen zur NATO sollten die Vereinigten Staaten die Kräfte ihrer strategischen Luftwaffe vermehren, die zu schnellem Einsatz in Westeuropa oder anderswo bereitstehen. Die NATO sollte erwägen, ob es ratsam ist, eine oder zwei türkische Divisionen an den Mittelabschnitt zu verlegen, und die Vereinigten Staaten sollten jede Anstrengung unternehmen, um die Modernisierung der spanischen Streitkräfte zu beschleunigen.

9. Die Vereinigten Staaten sollten angesichts des technischen Fortschritts, der steigenden Kosten und der schnellen Entwicklung der Waffen die Einrichtung einer Gemeinschaft für Erforschung, Konstruktion und Finanzierung der Bewaffnung sowie eine Arbeitsteilung in der Herstellung militärischer Ausrüstung vorschlagen. Ohne zu warten, bis dies erreicht ist, sollte die Wirksamkeit bestehender Organisationen erhöht werden, und die Grundlage für die gemeinsame Infrastruktur sollte so weit ausgedehnt werden, daß sie die Herstellung von Waffen mitumfaßt.

10. Die Vereinigten Staaten sollten ihren wichtigsten europäischen Verbündeten ein angemessenes nukleares Potential zur Verfügung stellen, um kostspielige doppelte Entwicklungsarbeiten und die Ablenkung der knappen Mittel von der Aufstellung angemessener Landstreitkräfte zu vermeiden.

11. Die Vereinigten Staaten sollten nicht mehr so viel Nachdruck auf die „Abschreckung" legen. Ein solche Betonung fördert eine Konzeption des Krieges, die mehr theoretisch als praktisch und mehr defensiv als dynamisch ist.

D. Wirtschaftlich

1. Die Vereinigten Staaten sollten weiterhin die Bewegung in Richtung auf eine europäische wirtschaftliche Integration unterstützen unter zwei Bedingungen:

(a) daß das Ausmaß der die Integration begleitenden wirtschaftlichen Diskriminierung auf ein Mindestmaß beschränkt wird, so daß die Höhe der gemeinsamen Außenzölle des Gemeinsamen Marktes im ganzen nicht zu einer größeren Protektion führt, als sie jetzt besteht; und

(b) daß irgendwelche Tendenzen zu regionalen Regelungen, die für die politische Solidarität der atlantischen Gemeinschaft schädlich sind, auch auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

2. Die Vereinigten Staaten sollten, um einerseits die in der westeuropäischen Integration latent vorhandenen Tendenzen zur „dritten Kraft" unwirksam zu machen und andererseits für einen Mechanismus zum Schutze des Westens gegen die sowjetische Wirtschaftsoffensive zu sorgen, die Errichtung eines neuen Amtes für atlantische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OAEC) unterstützen, wie es der Atlantische Kongreß in London im Juni 1959 vorgeschlagen hat.

3. Die Vereinigten Staaten sollten in Zusammenarbeit mit ihren europäischen Verbündeten Mittel und Wege prüfen, wie die letzteren mit ihrer wachsenden Wirtschaftskraft einen größeren Anteil an den militärischen Verteidigungslasten der NATO und an dem Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der unterentwickelten Gebiete der Welt übernehmen können.

4. Die Vereinigten Staaten sollten in Zusammenarbeit mit anderen westlichen Regierungen und der Privatwirtschaft Mittel und Wege finden, wie Regierungen und Privatwirtschaft in einer konsequenten, weltumfassenden Entwicklungsbemühung zusammenarbeiten können.

5. Die Vereinigten Staaten sollten ihre Bemühungen fortsetzen, ihre NATO-Verbündeten davon zu überzeugen, daß in einer Zeit wirtschaftlicher Kriegführung zwischen zwei unversöhnlichen Systemen der Begriff der „strategischen Güter" (der bis jetzt auf einer engen Definition der möglichen militärischen Verwendung beruht) viel weiter ausgelegt werden muß und alle Güter einschließen muß, die einen Beitrag zum Industrie- und Handelspotential des chinesisch-sowjetischen Blocks darstellen können.

6. Die Vereinigten Staaten sollten versuchen, von ihren europäischen Verbündeten die Zustimmung zu erwirken, daß

(a) Lieferungen an die Länder des kommunistischen Blocks nur gegen Zahlung in konvertierbaren Währungen erfolgen,

(b) sie sich jeder Kreditgewährung an Länder des kommunistischen Blocks enthalten,

(c) der Verkauf von Kapitalgütern in jeder Form an Länder des kommunistischen Blocks eingeschränkt wird und man sich auf den Verkauf von Konsumgütern konzentriert, und daß

(d) verhindert wird, daß der kommunistische Block auf europäischen Märkten durch Dumping und andere, ähnliche Kunstgriffe vordringt.

7. Die Vereinigten Staaten sollten in Anerkennung der Tatsache, daß das Problem des zukünftigen Energiebedarfs Europas akuter ist als unser eigenes und Europa daher stärker auf Atomenergie angewiesen ist, sicherstellen, daß ein möglicherweise zu erzielendes internationales Abkommen über ein Verbot von Atomversuchen nicht die größtmögliche Entwicklung der Kernenergie für industrielle Zwecke behindert.

Quelle: „United States Foreign Policy. Western Europe", a Study prepared at the request of the Committee on Foreign Relations, United States Senate, by Foreign Policy Research Institute, University of Pennsylvania (Pursuant to S. Res. 336, 85th Cong., and S. Res. 31, 86th Cong.); No. 3, October 15, 1959. Committee Print, 86th Congress, 1st Session. US Government Printing Office, Washington 1959. IX, 95 Seiten. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Vortrag von Unterstaatssekretär Robert Murphy vor dem National Women's Republican Club in New York am 22. Oktober 1959

Das Schwierige an einem Vortrag über Europa ist, daß man nicht weiß, wo man anfangen soll. Ein Faktor hebt sich klar hervor. Fast jedes der europäischen Probleme, mit denen wir uns täglich auseinanderzusetzen haben, wird mehr oder weniger von der in den Ost-West-Beziehungen vorherrschenden Atmosphäre beeinflußt. Die physische Anwesenheit der Sowjetunion in Europa bis zur Elbe, das Entstehen des sowjetischen Machtblockkomplexes als ein bestimmender Faktor in europäischen Angelegenheiten, die bekannten Pläne für eine Kommunisierung des Gebietes, die hinlänglich propagierten Methoden der Durchdringung von Staatsregierungen und örtlichen Körperschaften und Gruppen bis hinunter zur kleinsten Dorfgemeinschaft und Gewerkschafts-

zelle, alles das gehört zum Nachkriegserbe einer sich ändernden Welt. Der Tod eines großen Mannes, der diese Woche in Washington starb und dessen Name mit dem europäischen Wiederaufbau identisch geworden ist, General Marshall, ruft uns viele Probleme des Nachkriegseuropa mit ihren Einwirkungen auf unsere heutige Politik ins Gedächtnis zurück.

Es mag das beste sein, wenn ich damit beginne, die Grundzüge unserer Politik in Europa kurz aufzuzeigen. Was sind unsere Ziele, wenn man sie gegen den Hintergrund der Anwesenheit, der Konkurrenz und der Bestrebungen der Sowjetunion betrachtet?

Das Grundziel der amerikanischen Politik in jedem Gebiet der Welt ist selbstverständlich das Wohlergehen und die Sicherheit des amerikanischen Volkes. Die Bande, die uns mit Europa verbinden, sind besonders eng. So viele von uns stammen aus Europa. Das ist der Grund dafür, daß unsere politischen Beziehungen viel enger und viel inniger geworden sind, als unser erster Präsident es sich je hätte träumen lassen.

Im Jahre 1949 haben wir tatsächlich den Rubikon überschritten, als der amerikanische Senat seine Zustimmung zu unserm Eintritt in das Nordatlantische Bündnis gab. Dieser Schritt, der mit Ueberlegung getan wurde, war für die Vereinigten Staaten ebenso wie für unsere Verbündeten von größter Bedeutung. Ich glaube, viele unserer europäischen Freunde sind sich immer noch nicht darüber im klaren, was das für eine grundlegende, historische Wende in unserer Politik war. Artikel IV jenes Bündnisvertrages besagt, daß ein Angriff gegen ein Mitglied einem Angriff gegen alle fünfzehn Mitglieder des Bündnisses gleichkommt. Es gibt nichts, was uns tiefer verstricken könnte, ein Wort, das George Washington brauchte, als er die Nation in seinen Abschiedsworten davor warnte, ein derartiges Bündnis einzugehen. Die Weisheit seiner Zeit läßt sich jedoch nicht auf die Probleme unserer im harten Konkurrenzkampf stehenden und von Tag zu Tag kleiner werdenden Welt anwenden.

Wie unser verstorbener Außenminister John Foster Dulles oft erklärt hat, ist es zu beschwerlich, wenn nicht gar unmöglich für eine einzelne Nation, allein mit ihren eigenen Mitteln für ihre nationale Sicherheit zu sorgen. Deshalb haben unsere europäischen Verbündeten und wir uns das Prinzip der kollektiven Sicherheit zu eigen gemacht. Dies Prinzip ist ein Hauptelement unserer europäischen Politik. Manchmal wird es mit dem Begriff der „Politik der Stärke" in Verbindung gebracht, ein Begriff, der für den Ministerpräsidenten Chruschtschow ein rotes Tuch geworden zu sein scheint. Da es sich nach unseren Vorstellungen lediglich um eine Einrichtung defensiven Charakters handelt, können wir nicht einsehen, warum Herr Chruschtschow diese Politik oder diese Umschreibung als besonders provozierend empfindet — es sei denn, er wäre der Ansicht, daß seinem eigenen privaten „Weg zum Kommunismus" ein besserer Dienst getan würde, wenn wir uns zu einer Politik der Schwäche bekennen würden.

Eine gesunde und florierende europäische Wirtschaft ist natürlicherweise ein Bestandteil unserer Politik der kollektiven Sicherheit. Die europäische Wirtschaft kann nur dann florieren, wenn es eine Sicherheit gibt. Hinter dem Schild des atlantischen Bündnisses hat Europa einen neuen Hochstand wirtschaftlichen Fortschritts und wirtschaftlicher Blüte erreicht.

Wenn wir die Prosperität und die wirtschaftliche Stärke Europas fördern, tun wir das nicht nur aus altruistischen Gründen. Denn stärkere Verbündete sind nicht nur in immer größerem Umfang dazu in der Lage, zu unserm gemeinsamen Wohlstand beizutragen, sie sind auch in der Lage, den entsprechenden Anteil an den gemeinsamen Verteidigungslasten zu tragen. Ein so ungeheures Reservoir an gelernten Arbeitskräften und Industrien wie Europa, mit einer Bevölkerungszahl von etwa 1/4 Milliarde, muß notwendigerweise ein bedeutender Faktor in unserer Außenpolitik sein.

Wir suchen auf alle mögliche Art die Vereinigung Europas zu fördern, wobei wir uns natürlich darüber im klaren sind, daß das in erster Linie Sache der Europäer ist. Die Probleme, die sich in diesem Zusammenhang ergeben, sind mannigfaltig und werfen viele schwierige Fragen auf. Da sind z. B. der Gemeinsame Markt und die Vorschläge zur Begründung einer Freihandelszone. Das sind delikate Probleme, die u. a. die Beziehungen zwischen Großbritannien und dem Kontinent berühren. Gesunde Handelsbeziehungen sind entscheidend für den Erfolg unserer Politik in Europa.

Einige unserer europäischen Verbündeten haben wichtige territoriale Interessen in anderen Teilen der Welt, z. B. in Afrika. Wir sind seit dem Zweiten Weltkrieg Zeugen eines Erwachsens nationaler Bestrebungen geworden, wie die Geschichte es noch nicht erlebt hat.

Wie Sie wissen, haben sich seit der Gründung der Vereinten Nationen 22 Staaten dieser Organisation als neue Mitglieder angeschlossen. Bei vielen von ihnen handelt es sich um Nationen, die eben erst ihre Unabhängigkeit erreicht haben. Manche von ihnen befinden sich noch in einer Phase des Experimentierens. Sie versuchen, die für sie geeignete Regierungsform zu finden, und bedürfen in vielen Fällen der Mitarbeit und Unterstützung. Andere Territorien ringen noch um ihre Unabhängigkeit. Ob in Asien, Afrika oder im Nahen Osten, das Muster, nach dem diese Entwicklung sich vollzieht, ist in vielen Fällen dasselbe. Es ist wohlbekannt, daß unser Land traditionsgemäß mit denen sympathisiert, die nach Selbstbestimmung streben, sobald sie dazu in der Lage sind, die Regierung ihres Landes selbst in die Hände zu nehmen. Seit vielen Jahren haben derartige Bestrebungen bei uns ein großzügiges Echo gefunden. Gleichzeitig hat der Drang nach nationaler Unabhängigkeit die Beziehungen zwischen einigen unserer europäischen Verbündeten und solchen Völkern gestört, über die sie die Regierung auszuüben pflegten, und oft haben diese Störungen explosive Formen angenommen. Das Wort „Kolonialismus“ hat einen schlechten Klang bekommen. Zusammen mit einem ähnlichen Wort, nämlich „Imperialismus“, gehört es zu den im Lexikon der kommunistischen Propaganda am meisten gebrauchten und mißbrauchten Wörtern.

Wir suchen nun einen Kurs zu steuern, der es uns ermöglicht, einerseits unseren europäischen Freunden und Verbündeten gegenüber loyal zu sein, andererseits aber den neu entstehenden Nationen Verständnis für ihre Bestrebungen entgegenzubringen und, wo möglich, Unterstützung zu gewähren. Wir wünschen die Freundschaft dieser neuen Völker. Wir sind aber dagegen, daß irgendwo ein machtpolitisches Vakuum entsteht, das der internationale Kommunismus für seine Zwecke ausnützt, wenn man ihm Gelegenheit dazu gibt.

Verwandt mit dem eben genannten Problem ist unsere Politik der Wirtschaftshilfe für unterentwickelte Länder mit ihrem Ueberfluß an Menschen, ihrer Rückständigkeit und ihrer Armut. Das ist eine Aufgabe, die unserem Präsidenten sehr am Herzen liegt. Erst kürzlich bemerkte er, daß viele Völker der Welt, die einst von anderen beherrscht wurden und sich mit ihrem Schicksal abgefunden hatten, sich heute in einem Gärungszustand befinden, der möglicherweise zu explosiven Ausbrüchen führen kann. Unwissenheit und Aberglaube von Jahrhunderten werden durch Wissen und Ideen überwunden. Die Menschen wissen jetzt, daß Armut und Unterdrückung weder allgemein verbreitet noch unvermeidlich sind. Sie fordern die Abschaffung der menschenunwürdigen Zustände des Hungers, der Krankheit und des Frondienstes. Sie fordern Unabhängigkeit, Freiheit des einzelnen und eine selbständige Regierung. In den Völkern der Welt von morgen, die sich zahlenmäßig ungeheuer vermehren, wird dieser Drang nach Unabhängigkeit immer stärker werden, so daß sie schließlich über eine konstruktive ebenso wie auch destruktive Kraft verfügen werden, die größer ist, als die Welt es je erlebt hat.

Der Präsident hat darauf hingewiesen, daß eine verantwortungslose Anwendung der Macht oder eine Anwendung der Macht für falsche und selbstsüchtige Zwecke zur Vernichtung der Zivilisation führen kann. Er nannte in diesem Zusammenhang ein Beispiel, das uns allen vertraut ist: das Telefon. Wir sprechen hinein, und unsere Worte werden mit der Geschwindigkeit des Lichts um die Erde getragen. Doch selbst bei dieser technischen Errungenschaft gibt es große Hindernisse, die einem freien Verkehr zwischen den Völkern im Wege stehen. Die meisten Menschen auf der Welt haben kein Telefon zu ihrer Verfügung. Das ist ein wirtschaftliches Problem. Von denen, die über ein Telefon verfügen, würden viele sich aus sprachlichen Gründen nicht verständigen können — ein Problem der Erziehung. Selbst wenn man diese Schwierigkeiten überwinden könnte, würde es etwa einem Drittel der Menschen auf dieser Erde verboten sein, mit uns zu reden — ein politisches Problem. Es ist also klar, daß wir einer verständnisvollen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet, auf dem Gebiet der Erziehung und auf politischem Gebiet bedürfen. Der Präsident hat klargemacht, daß ein Ziel der amerikanischen Außenpolitik der Aufbau einer Weltwirtschaft ist und sein muß, in der jede Nation ihr Auskommen hat, und zwar auf eine Weise, die ihren Bürgern ein erfülltes und lebenswertes Dasein ermöglicht. Eine solche Politik ist von entscheidender Bedeutung für unsern Wohlstand und unsere Sicherheit und lebenswichtig für die Sache eines gerechten und dauerhaften Friedens.

Manchen, der sich in der Vergangenheit mit deutschen Fragen befaßt hat, befremdet es, daß wir uns am heutigen Tage, genau zehn Jahre später, in einer ähnlich kritischen Lage befinden, als sie während der Berlin-Blockade 1948 und zur Zeit der berühmten Luftbrücke die Schlagzeilen unserer Zeitungen füllte. Jenes schwierige und kostspielige Unterfangen führte zu dem Pariser Abkommen von 1949 und bestätigte die Rechte der Westmächte auf freien Zugang nach und Anwesenheit in Berlin.

Was sind das für Rechte, und warum liegt uns so viel daran, sie zu behalten? Wie viele Amerikaner wissen, die Ende des Zweiten Weltkrieges mit den US-Streitkräften Deutschland besetzten, waren diese Rechte wohlverdient und keineswegs ein Geschenk der Sowjetunion. Die Streitkräfte der Alliierten und besonders die amerikanischen Streitkräfte haben große Teile Ostdeutschlands erobert. Kurze Zeit darauf traten sie jenen wichtigen territorialen Gewinn an die Sowjetunion ab. Das geschah in Uebereinstimmung mit politischen Abmachungen, die während des Krieges getroffen worden waren, insbesondere war das das Abkommen von London von 1944.

Ich weiß, es kommt selten etwas dabei heraus, wenn man zurückblickt und feststellt, was für Fehler in der Vergangenheit gemacht worden sind. Es ist besonders einfach, nunmehr die Feststellung zu machen, daß man vor Beendigung des Zweiten Weltkrieges, solange sich unsere Truppen noch auf dem Vormarsch befanden, keine politischen Entscheidungen über Deutschland hätte treffen sollen und daß man erst dann, nach der Niederringung Deutschlands, die für notwendig erachteten Abkommen mit der Sowjetunion hätte treffen sollen. Zweifellos wäre ein derartiges Vorgehen für uns sehr viel günstiger gewesen. Ich zweifle nicht daran, daß die westlichen Alliierten in einem solchen Fall die Stadt Berlin erobert haben würden, zusätzlich zu dem ostdeutschen Gebiet, das wir tatsächlich erobert haben, oder vielleicht sogar mehr. Die gegenwärtige Berlin-Krise hätte dann gar nicht erst entstehen können.

Wenn man jedoch die Ereignisse jener Zeit betrachtet, ist es unerläßlich, daß man sich auch das Klima jener Tage ins Gedächtnis zurückruft. Es gab damals in den harten Kriegstagen von 1943 eine ganze Anzahl von Menschen, die befürchteten, daß die alliierten Streitkräfte nicht in der Lage sein würden, nach Osten über den Rhein vorzudringen. Sie waren der Ansicht, daß möglicherweise die Russen als erste den Rhein erreichen und damit das gesamte deutsche Gebiet besetzen würden. Sie betrachteten deshalb ein vorzeitiges politisches Abkommen, das den westlichen Vormarsch der

Russen auf das Gebiet bis an die Elbe beschränkte, als einen diplomatischen Erfolg. Denn ein solches Abkommen gab den Westmächten die Sicherheit, daß die Industrie des Ruhrgebietes und Westdeutschlands nicht den Russen zufallen würde. Ich glaube, rückblickend kann man sagen, daß man uns übervorteilt hat. Die Schlagkraft der 70 amerikanischen Divisionen war unterschätzt worden, ebenso wie die Kampfmüdigkeit der deutschen Truppen. Sie dürfen auch nicht vergessen, daß wir zu jener Zeit mit Japan im Krieg waren. Auf jeden Fall, nachdem wir einen großen Teil Ostdeutschlands erobert hatten, waren unsere Streitkräfte gezwungen, auf Grund von politischen Abmachungen, die während des Krieges getroffen waren, das besetzte Gebiet wieder aufzugeben. Es gab damals Leute, die dringend darauf bestanden, daß unsere Truppen aus den großen Gebieten Ostdeutschlands, die sie damals besetzt hielten, nicht wieder abgezogen werden sollten. Unsere Regierung erkannte die Tatsache an, daß sie ein Abkommen getroffen hatte, und sie erfüllte das Abkommen. Tatsächlich war es so, daß die Sowjetunion, deren Streitkräfte ganz Berlin erobert hatten, sich mit einer Besetzung West-Berlins durch unsere Truppen nicht einverstanden erklären wollte, solange wir unsere Streitkräfte nicht aus Ostdeutschland zurückgezogen hatten.

Später, im Jahre 1945, unterzeichneten wir in Potsdam ein anderes Abkommen mit der Sowjetunion. Die Grundidee dieses Abkommens war die Schaffung eines politisch und wirtschaftlich geeinten Deutschlands, und zwar eines demokratischen Deutschlands, das sich auf freie Wahlen gründet und das vom Makel des Nazismus befreit ist. Ich bin immer noch neugierig darauf, zu erfahren, was Marschall Stalin bewogen haben mag, damals in Potsdam jenem Vertragstext zuzustimmen. Denn später haben die sowjetischen Behörden sich nicht einmal zum Schein um die Ausführung der Bestimmungen des Potsdamer Vertrages bemüht. Es ist natürlich klar, daß nach Potsdam das Ziel der Sowjets die Herrschaft über ganz Deutschland war. Ihr Denken spiegelt sich in einem Ausdruck wider, den Herr Molotow seinerzeit gebrauchte: „Was mit Deutschland geschieht, geschieht mit Europa." Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten haben sich bemüht, die Bestimmungen des Potsdamer Vertrages genau einzuhalten, der an sich ein achtenswertes Dokument ist.

So wurde Berlin zu einem Prüffeld für ost-westliche Zusammenarbeit. Das Experiment mißlang. Es wurde ungünstig beeinflußt durch die sowjetische Theorie — zweifelsohne war diese Theorie aus der Not geboren, die eine Folge der erlittenen Kriegsschäden war —, daß die Vereinigten Staaten die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen sollten, die Deutschland in die Lage versetzen würden, Reparationen zu leisten, und daß die zerfallenen und zerstörten Industriewerke Deutschlands eingespannt werden sollten für die Zahlung von Milliarden und aber Milliarden Reparationen an die Sowjetunion. Die Sowjetunion hatte furchtbar durch den Krieg gelitten und benötigte dringend fast jede Art von Gebrauchsgütern.

Bald wurde offenbar, daß das politische Ziel der Sowjets die Einführung einer Gesellschaftsform in Deutschland war, die sie als „Demokratie" zu bezeichnen pflegen, deren Kern aber ein Ein-Parteien-System ist, das wiederum von dem Parteiapparat in Moskau kontrolliert wird.

Da die sowjetischen Bestrebungen, ungeachtet unserer Bemühungen, mit den Sowjets bei der Durchführung der Bestimmungen des Potsdamer Vertrages zusammenzuarbeiten, weder für das deutsche Volk noch für die westlichen Alliierten eine glänzende Zukunft zu versprechen schienen, beschlossen die westlichen Alliierten im Jahre 1947, den Deutschen zu erlauben, in den von ihnen kontrollierten Gebieten Deutschlands eine wirklich demokratische, repräsentative, unabhängige Regierung einzuführen. Alle Bemühungen, diese Regierungsform in ganz Deutschland einzuführen, scheiterten an der sowjetischen Entschlossenheit, der deutschen Bevölkerung in einem geteilten Deutschland ihre be-

sondere Sorte einer von einer einzigen Partei kontrollierten Scheindemokratie aufzuzwingen. Deutschland sollte für eine unbestimmte Zeit nur begrenzt unabhängig sein.

Eine fähige Führung in Westdeutschland hat, mit westlicher Unterstützung und Zusammenarbeit, auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet Dinge vollbracht, die auch die optimistischsten Erwartungen der Fachleute jener Zeit bei weitem übertroffen haben. Der Kontrast zwischen den außerordentlichen sozialen Fortschritten, die in Westdeutschland nach dem Kriege erzielt wurden, und dem mühevollen Vorwärtskommen in Ostdeutschland, mit seinem unattraktiven und schwerfälligen Wirtschaftssystem, mit dem Mißtrauen und der Furcht, die dort herrschen, ist eins der großen Dramen unserer Zeit. Für die sowjetischen Geopolitiker ist dieser Kontrast eine Dornenkrone.

Aus irgendeinem geheimnisvollen Grunde, vielleicht aus dem Bestreben, das sowjetische Reich zu konsolidieren, hielt es Nikita Chruschtschow, Vorsitzender des sowjetischen Ministerrates, am 10. November letzten Jahres für angebracht zu erklären, daß die Sowjetunion auf Grund ihrer im Potsdamer Abkommen verankerten Rechte am 27. Mai 1959 ihre Besatzungsrechte in Berlin aufgeben würde. Sie würde diese Rechte auf die Strohmänner übertragen, die sie in Ostdeutschland die Regierungsgeschäfte ausüben läßt. Einige Tage später haben sich die Rechtsberater des sowjetischen Ministerpräsidenten offensichtlich mit Herrn Chruschtschow ins Benehmen gesetzt, der uns am 27. November eine Note sandte, in der er den Hinweis auf das Potsdamer Abkommen ausließ und sich statt dessen, und diesmal richtigerweise, auf das Londoner Abkommen von 1944 berief. Das ist das Abkommen, auf dem der gegenwärtige Status der Besetzung Berlins durch die vier Mächte begründet ist. Chruschtschow gab in der Tat bekannt, daß innerhalb von sechs Monaten die Westmächte sich in Fragen des Zugangs nach und der Besetzung von West-Berlin mit den ostdeutschen Vertretern der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik auseinandersetzen müßten, die wir nicht anerkennen. Wir erkennen sie deshalb nicht an, weil sie kein Repräsentant des frei zum Ausdruck gebrachten Willens der ostdeutschen Bevölkerung ist und weil man sie nicht als unabhängige Regierung bezeichnen kann, auch nicht mit der blühendsten Phantasie. Wir erkennen sie nicht an, weil unser Verbündeter, die Deutsche Bundesrepublik, ebenso wie wir davon überzeugt ist, daß eine Anerkennung die Teilung Deutschlands verewigen würde.

Unser fähiger Außenminister hat kürzlich in Genf neun Wochen lang versucht, eine annehmbare Lösung für das Berlin-Problem zu finden. Nach seinen Berichten wurde ein großer Teil der Zeit mit dem Bemühen verbracht, herauszufinden, was der Standpunkt des Herrn Gromyko hinsichtlich bestimmter Fragen ist. Was das zentrale Problem der „Rechte" betrifft, ist es uns nicht gelungen, den sowjetischen Standpunkt festzustellen.

Außenminister Herter kehrte aus Genf mit der Ueberzeugung zurück, daß die Sowjetunion in Wahrheit nicht an einer Verbesserung der Lage in Berlin interessiert, sondern lediglich entschlossen ist, die Westmächte aus Berlin zu vertreiben. Die Vereinigten Staaten gingen mit ihren Vorschlägen für eine Entspannung so weit, wie es ihnen Vernunft und Klugheit geboten. Diese Vorschläge schlossen eine zahlenmäßige Beschränkung der westlichen Streitkräfte und die Uebereinkunft ein, keinerlei Kern- oder Raketenwaffen in West-Berlin zu stationieren. Sie enthielten auch Hinweise auf eine zwischenzeitliche Uebereinkunft, in Berlin (bei Wahrung grundsätzlicher Rechte und Freiheiten) Zurückhaltung in der Durchführung gewisser unfreundlicher Aktionen zu üben, die eine Störung der öffentlichen Ordnung oder eine Einmischung in die internen Angelegenheiten anderer darstellen könnten. Der vierte und letzte Vorschlag befaßte sich mit der Frage der Dauer eines Interims-Abkommens über Berlin und der Lage nach dem Ablauf eines solchen Abkommens.

Die sowjetischen Vorschläge zielten auf den Abzug unserer Streitkräfte aus West-Berlin hin und forderten die weitgehende Einschränkung politischer Aktivität in West-Berlin unter Ueberwachung einer Vier-Mächte-Kommission, jedoch ohne daß Ost-Berlin einer gleichen Ueberwachung unterzogen werden sollte. Das offene Ziel dieser Vorschläge war es, die bestehenden Rechte und Aufgaben des Westens in Berlin zu verändern. Die Genfer Konferenz war nur insoweit nützlich, als sie die gegensätzlichen Punkte der beiderseitigen Auffassung klar herausstellte und vielleicht den Weg zu einer späteren Lösung der Berlin-Frage andeutete. Vielleicht könnte man vorläufig einmal sagen, daß die Konferenz ein Anfang auf dem langen Wege zur Ueberwindung der fortdauernden Teilung Deutschlands war.

Die Berlin- und Deutschland-Frage gehören zu den drückendsten Problemen, denen die Weltmächte heute gegenüberstehen. Es war nicht zu erwarten, daß die kürzlich in Camp David zwischen Präsident Eisenhower und Ministerpräsident Chruschtschow geführten Gespräche schon eine glückliche Lösung dieser Probleme bewirken würden. Ich glaube, daß diese Gespräche dazu beitrugen, die Atmosphäre von der herrschenden Ultimatums- und Krisenstimmung zu befreien. Man kam darin überein, daß die bestehenden Probleme durch friedliche Verhandlungen gelöst werden sollten. Sie werden weiterhin entweder auf niederer oder auf Gipfel-Ebene Gegenstand von Verhandlungen sein.

Sicherlich sollte zumindest eine Zwischenlösung in der Berlin-Frage gefunden werden, und ich glaube, daß dies geschehen wird. Solange die Wiedervereinigung Deutschlands noch nicht stattgefunden hat, ist es schwer, sich eine dauernde Lösung für Berlin vorzustellen. Ganz abgesehen von den größeren, hier einbezogenen politischen Aspekten, haben sich die außergewöhnlich tapferen und schon seit langem leidenden Bürger West-Berlins (für die die Westmächte die direkte Verantwortung übernommen haben) in reichlichem Maße das Recht erworben, ihr eigenes Schicksal in Freiheit selbst zu gestalten.

So werden viele europäische Probleme von den Schwankungen des Ost-West-Verhältnisses überschattet. Es gibt da einen Faktor in den Beziehungen zwischen Ost und West, dem eine gewisse Wichtigkeit beizumessen ist und der gerade für Sie, meine Damen, vielleicht besonders interessant sein wird, das ist die wichtige Rolle der Frau in der Sowjetunion. Ich halte diese Entwicklung für günstig im Sinne unserer Politik, denn ich glaube, daß die überwältigende Mehrheit aller sowjetischer Frauen nach den furchtbaren Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges ein brennendes Bedürfnis nach Frieden verspürt. Führende sowjetische Persönlichkeiten und insbesondere Chruschtschow widmen der Rolle der Frau in der Sowjetunion ihre besondere Aufmerksamkeit.

Die Frauen Rußlands, die 55 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, stellen schätzungsweise 60 Prozent der Arbeitskräfte in der kollektiven Landwirtschaft, 57 Prozent aller Wirtschaftler und Statistiker, 70 Prozent der Grund- und Mittelschullehrer und 75 Prozent aller Akademiker. Selbst in so komplizierten und spezialisierten Berufssparten wie Justiz und Ingenieurswesen sind sie mit ungefähr einem Drittel vertreten. In den letzten Jahren zeigten sich amtliche sowjetische Kreise oft peinlich berührt von den Kommentaren, die Ausländer zu der schweren körperlichen Arbeit abgaben, die viele Frauen bei allgemeinen Bauarbeiten, Eisenbahnbau, Bergbau und ähnlichen Beschäftigungen leisten mußten. Maßnahmen zur Verbesserung dieses Zustandes wurden vorgeschlagen. Wie Sie wissen, gibt es jetzt ein weibliches Mitglied im 14köpfigen Präsidium des Zentral-Komitees, und zwar zum erstenmal in der sowjetischen Geschichte. Im ganzen gesehen deuten all diese Faktoren an, daß die Frau in der UdSSR in verschiedener Hinsicht eine größere Rolle spielt als in vielen westlichen Ländern und daß ihr Einfluß auf den Lauf der Ereignisse innerhalb der Sowjetunion sich in

der Zukunft wahrscheinlich noch verstärken wird. Der Einfluß, den Frau Chruschtschow auf ihren Gatten ausübt, spricht auch für diese Theorie.

In zunehmendem Maße ermutigt uns die Ablehnung, auf die der Kommunismus und die von der Sowjetunion und Rot-China verkörperte Lebensform in Europa und anderen Gebieten der Welt stoßen. Kommunistische Aktionen in Ungarn und Tibet haben auch bei vielen Völkern der unterentwickelten Weltgebiete die Illusionen über die Ziele des Kommunismus zerstört.

Ich möchte auch hier noch das Zusammentreffen zweier Gedenktage hervorheben. Der morgige 23. Oktober ist der dritte Jahrestag der ungarischen Revolution. Die Ungarn erhoben sich in dem tapferen und spontanen Bemühen, sich ihre Freiheit von fremder Herrschaft und Unterdrückung zurückzuholen. Der Aufstand wurde durch eine rücksichtslose militärische Intervention der Sowjets niedergeschlagen. Seither haben die ungarische und sowjetische Regierung den von der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit überwältigender Mehrheit angenommenen Resolutionen Trotz geboten. Als Amerikaner, die Freiheit und nationale Integrität hochhalten, stehen wir in Ehrerbietung vor dem Opfer der ungarischen Patrioten, die in diesem unglückseligen und ungleichen Kampf ihr Leben ließen. Am 24. Oktober feiern wir den 14. Jahrestag der Charta der Vereinten Nationen. In einer Proklamation hat Präsident Eisenhower alle amerikanischen Bürger aufgerufen, diesen Gedenktag in würdiger Weise zu begehen. Die enge Verbindung zwischen diesen beiden Daten ist nicht ohne Bedeutung.

Abschließend möchte ich sagen, daß die Ziele der Außenpolitik der Vereinigten Staaten weder in Europa noch anderswo ein Geheimnis sind. Wir streben danach, uns die physische Sicherheit unseres Landes und unserer Lebensform zu erhalten, die beide im Kriegsfalle bedroht wären. Wir wünschen unsere Wirtschaft gesund zu erhalten, und dazu müssen wir, wo wir können, unsere eigene Rolle bei der Anwendung und Förderung liberaler Handelspolitik spielen. Wir wünschen, uns die Ideale und Grundsätze zu erhalten, auf denen unsere Nation sich gründete. Diese Ziele und Bestrebungen werden in einigen Teilen der Welt angefochten, sind jedoch in West-Europa nicht gefährdet.

Wir glauben, daß wir, wenn notwendig, für einige Zeit mit dem Kommunismus in einer Welt leben und ihn ohne Krieg besiegen können. Seltsamerweise müssen wir annehmen, daß die Kommunisten dasselbe von ihrem System annehmen. Offenbar suchen viele von Herrn Chruschtschow in letzter Zeit gemachte Aeußerungen diesen Glauben zu verstärken. Die Politik unseres Landes schließt einen Präventivkrieg aus, und wir versuchen, jeden Krieg zu vermeiden. Solange jedoch die Zukunft noch gefährliche Elemente der Unvorhersehbarkeit in sich trägt, wird die Abschreckung des Schwertes (wie im Nordatlantischen Bündnis) ebensosehr zu den Grundlagen der Strategie unseres Landes gehören wie die Hoffnung, daß wir dieses Schwert niemals gebrauchen müssen.

Quelle: *United States Information Service* (American Consulate General, Bremen), Archivmaterial M 25 vom 26. Oktober 1959.

Amerikanische Außenpolitik und „kompetitive Koexistenz"

Rede des amerikanischen Außenministers, Christian Herter, vor dem Foreign Trade Council in New York am 16. November 1959

„Konkurrenzkampf ist die Seele des Handels", diese Devise hat sich zu allen Zeiten bewährt. Heute stehen wir vor einer Bewährungsprobe, wie sie keine Gemeinschaft jemals zuvor in einem solchen Umfang zu bestehen hatte: Es geht darum, Vorsorge zu treffen, daß dieser Konkurrenzkampf für die Völker das Leben und nicht den Tod bedeutet.

Daß dieses Problem heute dringender denn je ist, zeigen zwei Tatsachen. Da ist einmal eine revolutionäre Bewegung von großer und wachsender Stärke, die den gesamten internationalen Wettstreit auf die Frage des sozialen Fortbestehens auszurichten sucht. Und zum anderen stehen im Hintergrund dieser Auseinandersetzung Mittel von ungeheurer Vernichtungskraft.

Wie können wir einen solchen Konkurrenzkampf bestehen und gleichzeitig sicherstellen, daß er nicht in den Abgrund eines weltweiten Ruins führt? Ich möchte den zweiten Punkt zuerst behandeln.

Unsere Welt sieht sich heute vor eine Frage gestellt, die an Bedeutung alles andere überragt, wie nämlich die mächtige Rivalität zwischen den politischen Systemen im Verlauf der Geschichte ihre Lösung finden kann, ohne daß es zu der Explosion eines thermonuklearen Krieges kommt.

Mehr als einmal ist in den vergangenen Jahren eine solche Explosion ganz unangenehm nahegerückt — so in allerjüngster Zeit wegen der Berlin-Frage. Im vergangenen Sommer wurde es klar, daß die Sowjetunion trotz ihrer Beteuerungen des Gegenteils immer noch auf Druckmittel zurückgriff, um West-Berlin unter ihren Einfluß zu bringen.

Damals entschloß sich Präsident Eisenhower aus der Erkenntnis, daß sich die Aussicht auf den Frieden verdüsterte, den Kurs der Geschichte vom Krieg hinweg auf einen beständigen Frieden hinzulenken. Zuerst einmal lud er Ministerpräsident Chruschtschow zu einem Besuch unseres Landes ein. Sie wissen, welche weiteren Zusammentreffen folgen sollen. Worin liegt nun ihre Bedeutung?

Vorerst einmal ist das Element des Drucks in bezug auf Berlin von der Bildfläche verschwunden; aber sonst gab es nur wenige greifbare Resultate des Chruschtschow-Besuches, und man konnte solche auch nicht erwarten. Ja, es ist sogar vielleicht besser so, denn rasche Erfolge verleiten leicht zu einer selbstrügerischen Euphorie.

Die wahre Bedeutung der Serie von Konferenzen auf hoher Ebene liegt darin, daß sich vielleicht ein neues Verfahren des Miteinander-ins-Gespräch-Kommens dadurch entwickelt. Ich sage „vielleicht", weil nur die Zeit erweisen kann, ob wir gelernt haben, etwas weniger aneinander vorbeizureden als in der Vergangenheit und statt dessen mit einem größeren Verständnis für die gegensätzlichen Gesichtspunkte miteinander zu sprechen.

Herr Chruschtschow hat erklärt, daß es nötig sei, eine gemeinsame Sprache zu entwickeln trotz des ideologischen Konfliktes, an dem er hartnäckig festhält. Viele werden dies nach all den Jahren der verwirrenden Doppelzüngigkeit kaum glauben können. Ich bin jedoch der Meinung, daß wir über bestimmte Lebensgrundlagen eine gemeinsame Sprache finden können, weil wir ein gemeinsames Interesse haben.

Dieses Interesse ist ganz einfach der alles beherrschende Wille, zu überleben, der bei freien Menschen und Kommunisten in gleicher Weise vorhanden ist. Ich glaube, daß die sowjetische Führerschaft jetzt zu einem ähnlichen Schluß kommt wie wir selbst — nämlich daß beide Seiten, wenn nicht in den Lauf der Ereignisse eingegriffen wird, und

zwar bald eingegriffen wird, vor dem untragbaren Risiko eines allgemeinen Atomkrieges stehen, der einem beiderseitigen Selbstmord gleichkäme.

Damit dürfte das eine Gebiet, auf dem eine gemeinsame Sprache am besten gedeihen kann, das der Grundregeln des großen Konkurrenzkampfes sein, der unsere Zeit bestimmt — einiger „Spielregeln", um diesen Konkurrenzkampf innerhalb der Grenzen zu halten, die durch die Erfordernisse für ein gemeinsames Fortbestehen gesetzt werden.

Es müssen solche Regeln gefunden werden, um die akuten politischen Fragen abzukühlen, die sich zur Zeit nicht völlig lösen lassen, und den sich hochschraubenden Rüstungswettlauf unter Kontrolle zu bringen, der durch diese Probleme angetrieben wird. Darin liegt die Hauptaufgabe der Verhandlungen in den kommenden Monaten und vielleicht auch Jahren.

Es gibt andere Gebiete, auf denen eine gemeinsame Sprache Wurzel schlagen und dadurch den zugrunde liegenden Konflikt bis zu einem gewissen Grade mildern kann. Gemeinsame Interessen auf dem Gebiete der Kunst und der Wissenschaften, gemeinsame Interessen an den Grundvoraussetzungen des menschlichen Wohlergehens und des alltäglichen menschlichen Lebens werden zur Zeit durch viele verschiedene Austauschprojekte gefördert, und wir sind bereit, diese Projekte in dem Maß zu erweitern, wie die Russen ein Gleiches tun. Auf diesen Gebieten finden wir sogar Wege, um den Wettstreit in eine Zusammenarbeit zu verwandeln, zum Beispiel durch solche gemeinsamen Unternehmen wie das Internationale Geophysikalische Jahr. Wir sollten keine echte Chance auslassen, um das Gebiet der Zusammenarbeit zu erweitern.

Der Wettstreit wird weiterhin hart und rauh bleiben, trotz aller Grundregeln und Austauschprojekte. Herr Chruschtschow läßt keinen Zweifel an diesen letztlichen Zielen, und wir können mit Sicherheit erwarten, daß viele verschiedene Formen von Lockmitteln und Druckmitteln in allen Teilen der freien Welt zur Anwendung kommen werden — von wachsender industrieller Macht gestützt und zur Anstiftung von Verwirrung, Subversion und zur Ergreifung der Macht bestimmt. Die Notwendigkeit, beide Fakten fest in den Griff zu bekommen — die Notwendigkeit gemeinsamer Grundregeln und der aggressive Wettstreit —, wird unsere politische Reife als Nation auf eine harte Probe stellen.

Es ist viel einfacher, als wir noch in dem Schwarz-Weiß-Schema der glatten Konfrontation mit einem hundert Prozent feindlich eingestellten Kommunismus denken konnten. Selbst heute noch — obwohl der derzeitige Rüstungswettlauf unbeschreiblich gefährlich ist — scheint es viel einfacher zu sein, auf dem gewohnten Weg weiter fortzuschreiten, als zu versuchen, Neuland zu betreten.

So wird es denn auf lange Zeit hinaus großen Mutes und starker Nerven bedürfen, um eine neue Beziehung zwischen den antagonistischen Systemen aufzubauen. Dies muß jedoch geschehen, wenn die Zivilisation fortbestehen soll. Es geht um nichts Geringeres als um dieses gewaltige und langfristige Projekt, an dem wir jetzt arbeiten.

Ich wende mich nun dem anderen Teil meiner anfangs gestellten Frage zu: Wie können wir, während wir uns gemeinsam des Krieges enthalten, den rücksichtslosesten Konkurrenzkampf bestehen, den die Welt je gesehen hat?

Es wird unsere rastlosesten, hingebungsvollsten und hartnäckigsten Anstrengungen erfordern. Nichts könnte verhängnisvoller sein, als ein Nachlassen der Spannungen mit einem Nachlassen der eigenen Anspannungen zu verwechseln, und eine der ernsthaftesten vor uns liegenden Gefahren besteht darin, daß man versucht sein wird, genau das zu tun.

Aufmerksame Besucher der Sowjetunion haben dort den Eifer bemerkt, mit den Vereinigten Staaten „gleichzuziehen". Wir werden in dem Konkurrenzkampf mit den Sowjets nicht gut fahren, wenn wir es ihrem mitreißenden Erfolgsstreben nicht gleichtun.

Die gemeinsame Anstrengung wird auch weiterhin und möglicherweise immer größere Anforderungen an unsere Finanzen, unser Wissen und unsere Geduld stellen. Vor allem wird sie eine weit größere Beteiligung und Unterstützung durch die große Mehrheit aller Amerikaner erfordern. Es genügt nicht, daß wir unsere Steuern bezahlen und alles übrige „den Männern in Washington" überlassen. Die Sache des Friedens und der Freiheit ist zu wichtig, als daß sie einigen wenigen überlassen werden kann.

Wir haben uns in jüngster Zeit, so glaube ich, viel zu sehr dem Genuß eines Lebens im Wohlstand hinter unserem Verteidigungsschirm der nuklearen Waffen hingegeben. Wir müssen uns statt dessen darüber im klaren sein, daß der schicksalhafte Konkurrenzkampf mit dem Kommunismus die Kraft und das Interesse von uns allen in allererster Linie in Anspruch nehmen muß. Dies bedeutet die Unterordnung unserer privaten Interessen unter das überragende öffentliche Interesse, es bedeutet ferner, daß wir unsere Wirtschaft weniger für Dinge einsetzen, die nicht so wichtig sind, und mehr für die Dinge, die wirklich zählen — für die Dinge, die unseren Geist schulen und bilden, die die Gesundheit unseres Gemeinwesens fördern und die unser Land frei halten.

Unser größter Vorteil in der weltweiten Auseinandersetzung ist, daß wir nicht allein sind. Zahlreiche Länder stehen mit ganzem Herzen und voller Zuversicht an unserer Seite. Zahlreiche weitere fühlen sich im Geiste mit uns verbunden, auch wenn sie es nicht zum Ausdruck bringen dürfen.

Eines der erfreulichsten Zeichen der letzten Jahre war das Wiedererstehen der wirtschaftlichen Stärke unserer Partner der freien Welt in Westeuropa und Japan. Sie sind jetzt in der Lage, ihren Völkern die Aussicht auf ein kontinuierliches wirtschaftliches Wachstum und auf einen anhaltend hohen Stand der wirtschaftlichen Aktivität zu bieten. Damit beweisen sie die fortdauernde Lebenskraft freier Gesellschaften.

Unser gegenwärtiges Problem des Zahlungsausgleichs ist zum Teil auf die zunehmende Wiedergesundung der freien Welt zurückzuführen. Wir möchten diesem Problem durch Maßnahmen begegnen, die den Welthandel fördern, statt ihn zu beschränken. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir dies in dem Maße erreichen können, wie andere freie Industrieländer die volle Rolle übernehmen, die ihre Wiedergesundung gestattet. Diese Länder haben es nicht mehr nötig, für die alltäglichen wirtschaftlichen Projekte in erster Linie auf unsere Unterstützung zu rechnen. Sie sind vielmehr in der Lage — und ich glaube auch dazu bereit —, in immer stärkerem Maße an der gemeinsamen Sache der Liberalisierung und Ausweitung des Handels teilzunehmen und den Entwicklungsländern dabei zu helfen, den Weg zu Gesundheit, Wachstum und Stabilität zu finden.

Im vergangenen Jahr hatten die Vereinigten Staaten auf Grund ihrer wirtschaftlichen Transaktionen mit anderen Ländern ein Defizit in ihrer Zahlungsbilanz, das sich — gemessen an dem Transfer von Gold und liquiden Dollarguthaben nach anderen Ländern —, auf etwa 3,4 Milliarden Dollar belief. Dieses Jahr können wir mit einem Defizit von etwa 4 Milliarden Dollar rechnen. Defizite von solcher Größenordnung liegen — wie der Zuhörerkreis weiß —, wesentlich über denen in früheren Jahren. Sie erfordern ganz eindeutig unsere Aufmerksamkeit und dürfen natürlich nicht unbegrenzt andauern.

Der Grund für das derzeitige Defizit ist ganz einfach darin zu sehen: Während die Vereinigten Staaten zur Zeit zwar bei der Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen einen Ueberschuß von etwa 3,5 Milliarden Dollar aufzuweisen haben, ist dieser Ueberschuß doch nicht groß genug, um die Zahlungen der Vereinigten Staaten an die übrige Welt zur Erhaltung einer starken Verteidigung im Ausland auszugleichen, den privaten Investitionen einen Anreiz zu geben und die Entwicklung der weniger entwickelten Gebiete zu fördern. Die militärischen Ausgaben der Vereinigten Staaten im Ausland — das heißt die durch die Stationierung amerikanischer Truppen in anderen Ländern entstehenden Ausgaben — betragen rund 3 Milliarden Dollar pro Jahr; die nichtrückzahlbaren Zuwendungen, Kredite und anderweitige Kapitalbereitstellungen der Regierung,

die zu einem großen Teil zu einer Ausweitung des amerikanischen Exports beitragen, belaufen sich auf etwa 2,5 Milliarden Dollar pro Jahr; und der Abfluß privaten Kapitals für Investitionen beträgt rund 2 Milliarden Dollar pro Jahr.

Das Problem besteht darin, dafür zu sorgen, daß das Defizit durch Mittel verringert wird, die den Welthandel ausweiten und nicht beschränken — durch Mittel und Wege also, die den wirtschaftlichen Wettstreit und den Fluß des Entwicklungskapitals fördern, statt ihn zu behindern.

Wenn diese Methode Erfolg haben soll, dann müssen die anderen Länder, insbesondere Westeuropa und Japan, Maßnahmen ergreifen, um ihre Tür den amerikanischen Exporten zu öffnen und den entwicklungshungrigen Nationen in Asien, Afrika, dem Nahen Osten und Lateinamerika zusätzliches Kapital zur Verfügung zu stellen.

Auf den kürzlichen Konferenzen des Internationalen Währungsfonds und des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) haben die Vereinigten Staaten die Abschaffung der diskriminierenden Bestimmungen gefordert, die viele Länder in früheren Jahren gegenüber amerikanischen Exporten aufrechtzuerhalten gezwungen waren, die jetzt aber nicht länger notwendig sind. Unsere Forderung fand auf allen Seiten zufriedenstellende Unterstützung. Sowohl die Institutionen des Währungsfonds als auch des GATT konnten sich der Ansicht nicht verschließen, daß die diskriminierenden Bestimmungen aus Gründen des Zahlungsausgleichs nicht länger allgemein zu rechtfertigen sind, und zahlreiche Länder haben Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierungen ergriffen.

Erst vor einigen Tagen haben Großbritannien und Frankreich weitere wichtige Schritte zur Beseitigung diskriminierender Restriktionen bekanntgegeben, die zahlreiche amerikanische Exportgüter betreffen. Wir erwarten weitere schnelle Fortschritte, so daß alle bedeutenden diskriminierenden Restriktionen, die sich gegen amerikanische Güter richten, schon in sehr naher Zukunft ein Ende haben werden.

Die übrigen Industrieländer haben immer mehr die Möglichkeit, die Entwicklung der freien Welt zu fördern — nicht nur durch den Export von Gütern, sondern auch dadurch, daß sie in stärkerem Maße diese Güter finanzieren, und zwar zu Bedingungen, die den Forderungen der weniger entwickelten Gebiete mehr entsprechen. Ein Weg, über den dieses Ziel erreicht werden kann, ist die Internationale Entwicklungsgesellschaft (IDA).

Die Vereinigten Staaten haben im vergangenen September auf der Jahrestagung der Weltbank eine Resolution vorgeschlagen, in der die Formulierung von Satzungen für diese Gesellschaft gefordert wird. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Absicht ist, bei den Mitgliedern der Weltbank Mittel zu mobilisieren und diese Mittel dann den weniger entwickelten Gebieten zu Bedingungen zur Verfügung zu stellen, die ihre Zahlungsbilanz wesentlich weniger belasten als Kredite der Weltbank.

In der Internationalen Entwicklungsgesellschaft würden die von den Vereinigten Staaten gezeichneten Beträge von den gesamten Zeichnungen der anderen Industrieländer mehr als aufgewogen werden. Auf Grund ihrer engen Bindungen zu der Weltbank wird die Entwicklungsgesellschaft von der befähigten und erfahrenen Leitung dieser Bank verwaltet werden und so arbeiten, daß sie gesunde Finanzpraktiken unterstützt und das private Unternehmertum fördert. Wir sind der Ansicht, daß — wie der Präsident im September sagte —, keine andere Institution dem Bedürfnis der freien Welt nach einer multilateralen Behandlung des Problems der Beschleunigung der Entwicklung in so wirksamer Weise gerecht werden kann wie die Internationale Entwicklungsgesellschaft.

Wie viele von Ihnen wissen, hat man seitens unseres Entwicklungsanleihefonds (DLF) kürzlich die Absicht bekanntgegeben, in Zukunft den Hauptnachdruck auf die Gewährung von Anleihen an die Entwicklungsländer zum Ankauf von Waren und Dienst-

leistungen zu legen, die sie bei den Vereinigten Staaten bestellen. Diese Entscheidung wurde aus dem Wissen heraus getroffen, daß die anderen Industrieländer, die den aufstrebenden Ländern Kapitalgüter zur Verfügung stellen, jetzt in der Lage sind, ihrerseits auch für die notwendige Finanzierung dieser Exporte aufzukommen. Diese neue Politik des Entwicklungsanleihefonds wird natürlich mit Vorsicht und unter Berücksichtigung aller Bedürfnisse der Entwicklungsländer angewandt werden.

Die weltweite Beschaffungspolitik des US-Amtes für Internationale Zusammenarbeit (ICA) wie auch die Finanzpolitik der übrigen Dienststellen der amerikanischen Regierung unterliegen einer ständigen Ueberprüfung. Eine solche Ueberprüfung ist soeben erst beendet worden.

Man muß erkennen, daß beträchtliche Unterschiede zwischen der von der ICA und der vom DLF gewährten Hilfe bestehen. Ueber die ICA suchen wir in erster Linie die Volkswirtschaften, die schwere militärische Lasten für die Verteidigung der freien Welt zu tragen haben, wirtschaftlich zu stärken, und stellen wir vor allem Verbrauchsgüter wie Lebensmittel, Düngemittel, Brennstoffe und ähnliches zur Verfügung. Die Finanzierung eines großen Teiles dieser Güter erfolgt auf der Basis nichtrückzahlbarer Zuwendungen. Manche dieser Güter werden aus weniger entwickelten Ländern beschafft, und durch solche Beschaffungskäufe erfährt die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder die notwendige Förderung.

Kurz gesagt, die Bedingungen, unter denen die ICA arbeitet, unterscheiden sich ganz allgemein von denen, die für den DLF gelten. Deshalb beabsichtigen wir auch im Augenblick nicht, in der Beschaffungspolitik der ICA grundlegende Aenderungen vorzunehmen. Wir sind uns jedoch darüber im klaren, daß es erwünscht ist, weitmöglichst die Unterstützung von der ICA auf den DLF zu übertragen, die die ICA in Form von Beiträgen zu bestimmten Entwicklungsprojekten gewährt. Wir beabsichtigen, in dieser Richtung weiterzugehen. Die so überstellten Projekte würden dann nach den neuen Verfahren des DLF finanziert werden.

Ein weiterer wichtiger Grund, der für die Beibehaltung der derzeitigen Beschaffungspolitik der ICA spricht, ist die Tatsache, daß die ICA auf die Förderung der privaten Unternehmen in den Empfängerländern hinarbeitet und dies bisher erfolgreich getan hat. Die betreffenden Güter werden von Geschäftsleuten auf einer Wettbewerbsbasis angekauft und weiterverkauft. Dies wäre nicht möglich, wenn sie gehalten wären, zu höheren als Weltmarktpreisen zu kaufen. Eine Aenderung in der Handhabung der Beschaffungskäufe seitens der ICA würde auf der anderen Seite bedingen, daß die Verteilung unserer Hilfe von privaten Unternehmen auf Regierungsstellen übergehen und damit unserem Bemühen direkt entgegenlaufen würde, die Gründung freier privater Unternehmen in den Entwicklungsländern zu fördern.

Die letzten Monate brachten Anzeichen einer Besserung des amerikanischen Exports. Wir hoffen, daß diese Tendenz anhalten und daß sie zu einer Besserung unserer gesamten Zahlungsbilanz im kommenden Jahr führen wird. Wir werden natürlich unsere wirtschaftlichen Programme auch weiterhin im Hinblick auf die Zahlungsbilanz überprüfen; aber ich kann Ihnen versichern, daß keine Absicht besteht, von der grundlegenden liberalen Handelspolitik Amerikas abzugehen oder Lösungen vorzuschlagen, durch die die Verteidigungsstärke oder die wirtschaftliche Stärke der freien Welt insgesamt geschwächt würde. Wir müssen Lösungen für unsere Probleme durch eine Expansion und nicht durch Einschränkungen finden. Durch Zusammenarbeit mit unseren Freunden und Verbündeten werden wir bei diesen Bemühungen Erfolg haben, und im weiteren Verlauf werden wir dann eine stärkere, besser ausgewogene und blühende freie Welt für alle aufbauen.

Ministerpräsident Chruschtschow sieht die Zukunft als den Wettstreit zwischen rivalisierenden Gesellschaftssystemen durch andere Mittel als die des Krieges. Wir Ameri-

kaner begrüßen den Wettstreit, und wir sind bereit, gemeinsam mit ihm nach Wegen zu suchen, um ihn mit Sicherheit friedlich zu gestalten.

Aber vielleicht wird Herr Chruschtschow dem zustimmen, daß jeder von uns das Recht hat, die Zukunft nach seiner eigenen Weise zu sehen. Wir in den Vereinigten Staaten glauben, daß wir gemeinsam mit Millionen unserer Mitmenschen in Ost und West ein Bild der Zukunft haben, das sich von dem seinen unterscheidet. Wie verschiedenartig wir auch in bezug auf unseren Glauben, unsere Rasse und Kultur sein mögen, so sind wir doch darin einig, daß wir gerade diese Verschiedenheit begrüßen. Wir glauben an die von Gott geschaffene Vielfalt des Menschen und seiner Zukunft.

Von unserem Gesichtspunkt aus handelt es sich daher nicht um einen Wettkampf zweier uniformer, wenn auch entgegengesetzter Gesellschaftssysteme. Es geht vielmehr um die Entscheidung, ob die großen Probleme unseres Zeitalters besser in einer freien Vielfalt zusammenwirkender Methoden oder durch die eine völlig in sich geschlossene monolithische Methode des Kommunismus gelöst werden können.

Daher würde ich die zu lösende Aufgabe anders sehen als Herr Chruschtschow. Aber ich möchte ihm darin zustimmen, daß sie überaus dringend ist. Sie erfordert all die Opferbereitschaft und all die Hingabe, die Sie und ich und alle gleichgesinnten Männer und Frauen in den vor uns liegenden Jahren aufbringen können.

Wenn wir also jetzt in eine Aera eintreten, die vielleicht einmal eine Aera des Wettstreits in Frieden wird, dann liegt die Hauptquelle unserer Stärke nicht in materiellen Dingen, sondern in unserem Glauben an die Freiheit. Die Kommunisten bringen immer wieder ihr Bekenntnis zu dem Glauben an ihr System und seinen schließlichen Sieg zum Ausdruck. Wir müssen ihrem Bekenntnis mit dem Glauben und der Treue zu unseren eigenen Grundsätzen gegenübertreten — einem Glauben und einer Treue, die aus dem jahrtausendealten Streben der Menschheit nach Freiheit herrühren.

Gegenüber dem marxistischen Materialismus treten wir für einen universellen Humanismus ein, der den Nachdruck auf die geistige Natur des Menschen legt, ohne seine physischen Bedürfnisse außer acht zu lassen. Wir lehnen den Materialismus als Hauptgestaltungskraft des menschlichen Seins ab, ob er nun im wirtschaftlichen Determinismus, in der Staatsallmacht oder in irgendeinem anderen, dem Individuum von außen aufgezwungenen System zum Ausdruck kommt. Wir glauben, daß die wahre dynamische Kraft des menschlichen Lebens die innere geistige Kraft ist, die in einem Kosmos sich entfaltet, der von göttlicher Macht, göttlichem Gesetz und Zweck bestimmt wird.

Unsere Hauptsorge ist nicht, daß die Sowjets versuchen, uns in der Schweine-, Milch- oder auch Stahlproduktion auszustechen. Wir freuen uns an ihrem Fortschritt, insoweit er zur Verbesserung des menschlichen Lebens und zum Frieden beiträgt.

Was wir dagegen am meisten fürchten, ist der Verlust unseres eigenen Zukunftsbildes und des Bewußtseins unserer Bestimmung — unseres Glaubens an die schließliche Ausbreitung der demokratischen Freiheit auf alle Völker unseres Planeten. Wir sollten hieran einen so tiefen und starken Glauben haben, wie ihn der gläubigste Jünger des Kommunismus besitzt. Wir sollten vor allem aber diesen Glauben durch die Tat unter Beweis stellen.

Die Freiheit gedeiht im Wettstreit, wir brauchen daher nicht etwa mit Schrecken an die vor uns liegende Zeit zu denken. Wir haben kein vollkommenes und einer weiteren Entwicklung nicht fähiges System. Amerika ist noch im Werden. Die verheißungsvollste Aufgabe liegt noch vor uns. An diese Aufgabe mit Mut — ja mit einer nicht zu erschütternden Hoffnung — heranzugehen, heißt den Traditionen sich treu erweisen, die Amerika groß gemacht haben.

Quelle: *Amerika Dienst*, 20. November 1959.